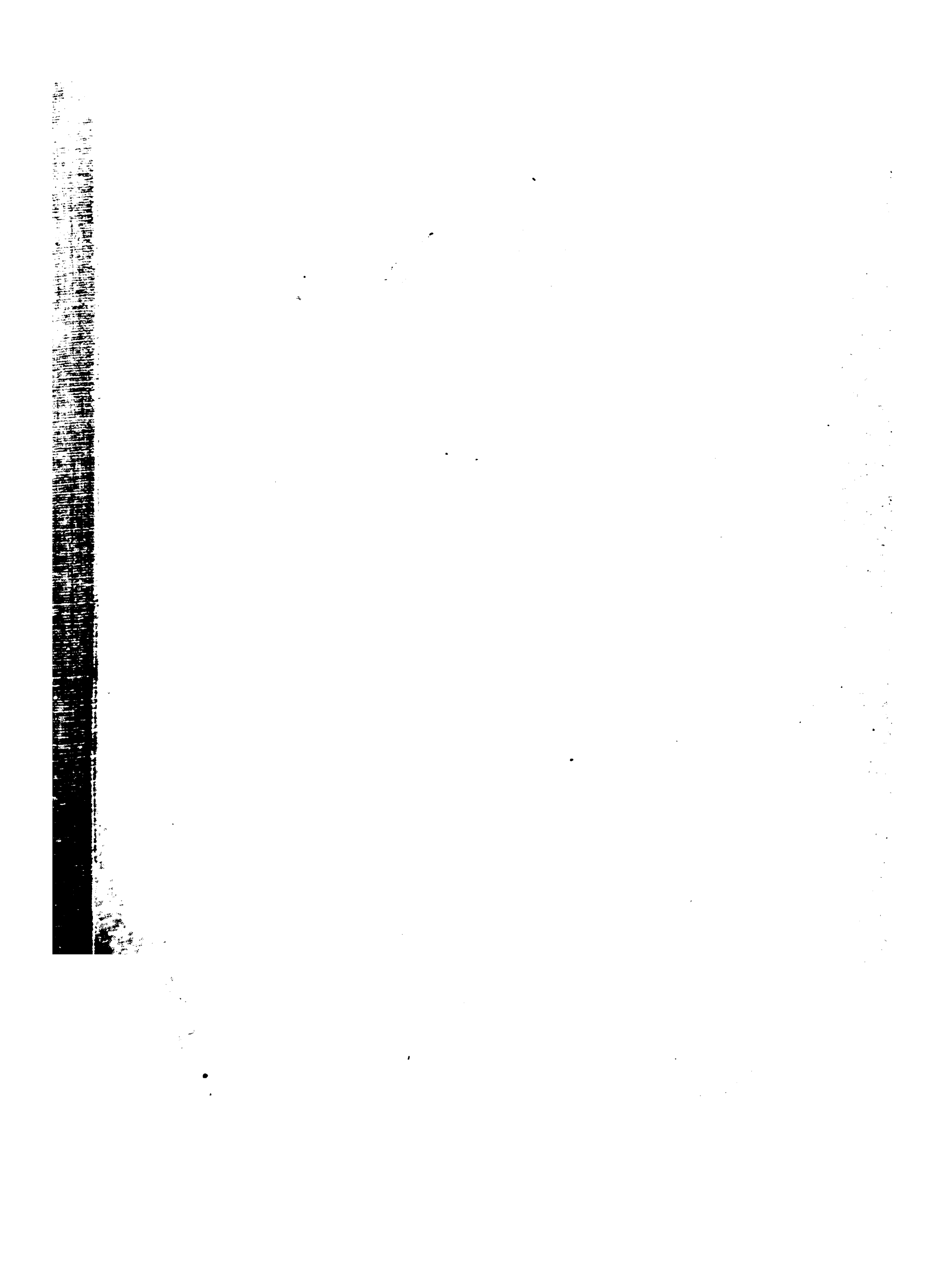
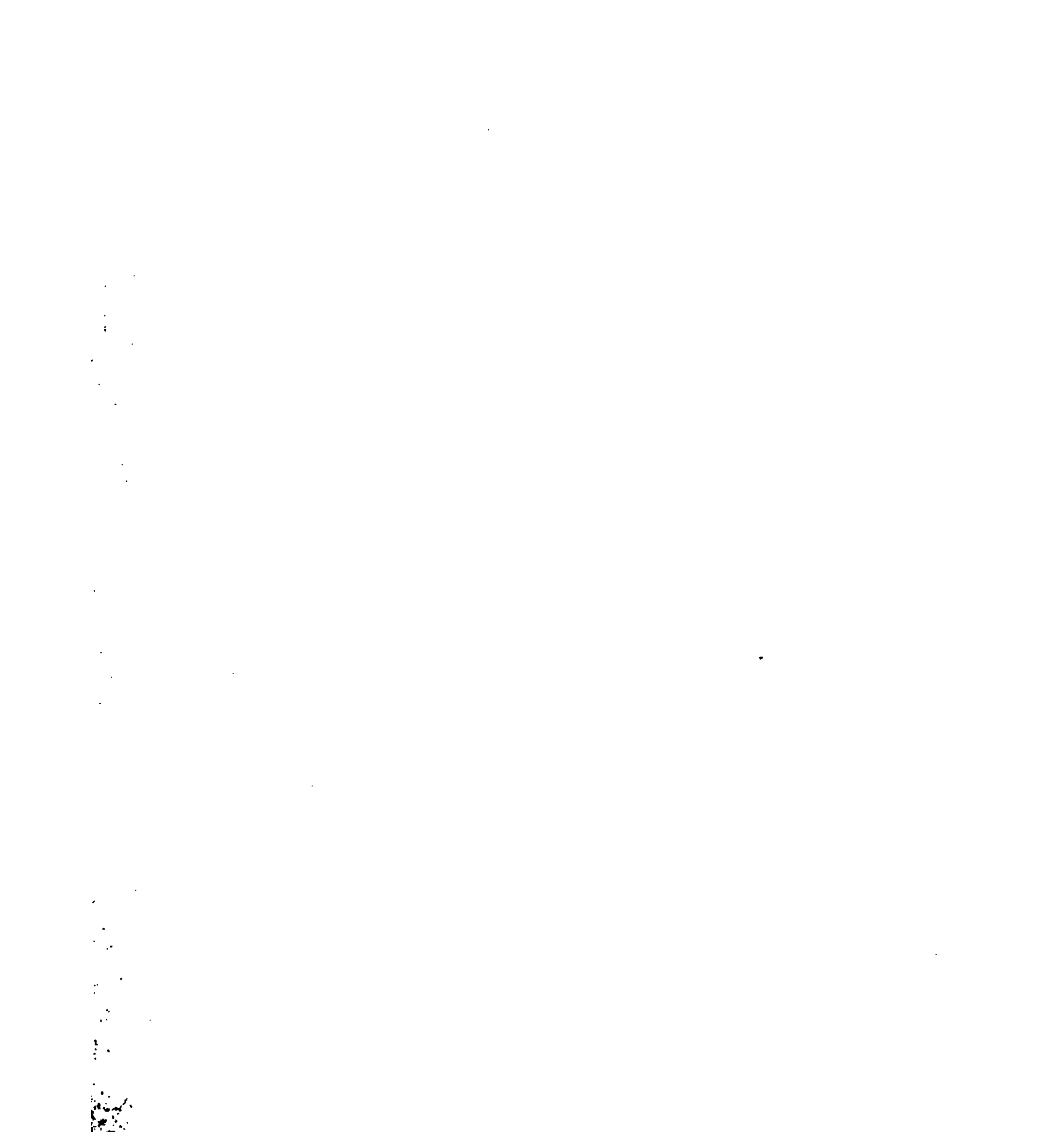



STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES





Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrgangs 1893

Zweiter Band.



Historisch-politische

Blätter

für das

katholische Deutschland

herausgegeben

von

Edmund Jörg und **Franz Binder.**

(Eigenthum der Familie Görres.)

Hundertundzwölfter Band.

München 1893.

In Commission der literarisch-artistischen Anstalt.

Inhaltsverzeichniß.

I.

Vom Grafen Leo Thun.

III.[1])

Am 24. Mai d. Js. wurde in der prunkvollen Aula der Wiener Universität die erste allgemeine Sitzung der 42. Wanderversammlung deutscher Philologen und Schulmänner abgehalten. Diese Sitzung der hochangesehenen Vereinigung von Fachgenossen der Wissenschaft und der Schule fand noch ihre ganz besondere Weihe durch den bedeutsamen Umstand, daß an diesem Eröffnungstage ein Denkmal in festlicher Weise enthüllt wurde, welches (nach den Worten des Festredners, des Hofrathes und Universitäts-Professors Dr. Wilh. Ritter v. Hartel in Wien) „das dankbare Vaterland dem Unterrichtsminister Grafen Leo Thun und seinen Räthen Franz Exner und Hermann Bonitz in den Arkaden dieses Hauses errichten ließ, Männern, welche sich um die Reform der Universitäten und Mittelschulen Oesterreichs unvergängliche Verdienste erworben haben; und es sind, ihr Andenken zu ehren und des Festes Glanz zu erhöhen, Vertreter des Staates und der Stadt, der akademische Senat, Angehörige der Familie der drei zu Feiernden, Verehrer und Freunde derselben in unserer Mitte erschienen".[2])

1) Vgl. „Histor.-polit. Blätter". 1892. Bd. 109, S. 797 ff. und S. 877 ff.

2) Ihre Excellenz, die verwittwete Frau Gräfin Thun, konnte leider an der erhebenden Feier zum Andenken ihres hochverdienten Gatten nicht theilnehmen.

Die Anregung zur Errichtung eines würdigen Denkmal
zur Ehrung dieser Männer ging aus der Mitte der zahl
reichen Freunde, Verehrer und Schüler der obgenannte
drei Männer hervor und es erweckte lebhafte Befriedigung
daß dieser Gedanke von Seiten der obersten Unterrichts-
Verwaltung in Oesterreich nicht nur vollständige Billigun
fand, sondern daß die Regierung zugleich die Erklärung ab
gab, die Kosten des zu errichtenden Denkmals aus Staats
mitteln übernehmen zu wollen.

Das geschah im Jänner des Jahres 1889. Die ein
gesetzte Denkmal-Commission einigte sich am 12. Januar 189
in folgenden Anträgen: Das Denkmal solle aus dem lebens-
großen Bildnisse des Grafen Thun und den Büsten vo
Exner und Bonitz auf Hermen bestehen und in der südliche
Ecke des Arkadenhofes des Wiener Universitätsgebäude
seine Aufstellung finden; mit der Ausführung des Denkmal
möge Professor Karl Kundmann in Wien betraut werden
Diese Anträge wurden von dem Ministerium genehmigt, un
Kundmann, dem Wien eine Reihe hervorragender Kunst-
schöpfungen verdankt, übernahm das Werk.

Eine kurze Beschreibung desselben möge hier Pla
finden! Aus der Marmornische in der Mitte, deren Ar-
chitektur George Niemann entwarf, erhebt sich das imposante
lebensgroße Standbild des Grafen, in der Marmornisch
zu seiner Rechten steht die Herme mit der Kolossalbüst
Exners, in der zur Linken die Herme mit der Kolossalbüst
von Bonitz. Statue, Hermen und Büsten sind aus Laase
Marmor. Alle skulptirten Theile der Nische, wie Akroterie
(eine sitzende Eule in der Mitte, Halbpalmetten an den Ecken)
Wappen und Band mit der Devise: „In recto decus“ i
Giebel, Lorbeerzweige in den Zwickeln und Capitäle zeige
die Naturfarbe des Gesteins (Karst-Marmor), das Uebrig
ist grau polirt. An den Büsten liest man die Namen, a
den Hermen die Daten: A Consiliis aulicis 1849—185
und Professor Vindobonensis 1849—1867. Den äußer

Zusammenhang und die innere Bedeutung des Denkmals bringt in vornehmer Schlichtheit der Fassung eine Inschrift zum Ausdruck, welche in Goldbuchstaben auf dem Unterbau des Mauerwerks eingehauen ist: „Comes Leo de Thun-Hohenstein Minister publicus 1849—1860, qui auspiciis imperatoris augustissimi Francisci Josephi I. universitates et gymnasia novis legibus institutisque feliciter reformavit in ea re consilio eximiorum virorum Exner et Bonitz strenue adiutus."

Den Commentar zu diesem auch künstlerisch vollendeten Denkmal bot aber zunächst die inhaltsreiche und formgewandte Festrede des Hofrathes von Hartel[1]) und in weiterer, dokumentarischer Ausführung die Festschrift von Dr. S. Frankfurter,[2]) wozu noch die Ansprache des jetzigen österreichischen Unterrichts-Ministers, des Freiherrn von Gautsch, zu nehmen ist, da in dieser der epochalen Wirksamkeit des Grafen Leo Thun in ebenso anerkennenden als pietätsvollen Worten gedacht wird. Uebrigens bildete diese 42. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner überhaupt zum hervorragenden Theil eine Feier der unsterblichen Verdienste, welche der verewigte Graf Leo Thun um die Neuschöpfung des Unterrichtswesens in Oesterreich sich erworben hatte.

War doch der unvergeßliche Mann mit diesem Philologen-Congresse auch in persönliche Berührung getreten, als derselbe zum ersten Male, vom 25. bis 28. September 1858, in Wien seine 18. Wanderversammlung abhielt. Der damalige Minister Graf Leo Thun wohnte nicht nur den

1) „Festrede zur Enthüllung des Thun-Exner-Bonitz-Denkmals, gehalten von Wilhelm von Hartel." Wien, 1893. gr. 8°. 32 S.

2) „Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz. Beiträge zur Geschichte der österr. Unterrichts-Reform." Mit 3 Tafeln in Lichtdruck und 1 Abbildung im Text. Wien, 1893. gr. 8°. VIII und 168 S.

drei allgemeinen Sitzungen bei, sondern er nahm auch an dem Festmahle Theil und hielt bei dieser Gelegenheit eine mit lautem Jubel begrüßte Rede, deren Wirkungen von nachhaltiger Dauer waren und die noch heute ihren Werth besitzt. Der Minister sprach über „den Einfluß der Philologie auf die allgemeinen Bildungszustände", und wir erlauben uns, daraus nur einige Stellen anzuführen.

„Wir leben", heißt es u. a. daselbst, „in einer Zeit, in welcher die materiellen Interessen, großartige industrielle Unternehmungen und was sie zu fördern geeignet ist, einen noch nie gekannten Aufschwung genommen haben. Fast drohen sie die Alleinherrschaft an sich zu reißen, und es fehlt nicht an solchen, die auch aus den Schulen Alles zu verweisen geneigt wären, was nicht unmittelbar jener Richtung dienlich ist. Deshalb bedarf in unsern Tagen die Philologie einer besonders tüchtigen Vertretung. Denn nach der Religion, dieser wahren Führerin der Menschen, die den Reichen wie den Armen, den Gelehrten wie den Ungelehrten über das Irdische erhebt und zum Bewußtsein seiner höhern Bestimmung führt; nächst der Philosophie, dieser Wissenschaft aller Wissenschaften, die aber ihrer Natur nach doch nur einer verhältnißmäßig geringen Zahl von Auserwählten zugänglich sein kann: ist vor Allem die Philologie geeignet, die Geister über das Gemeine zu erheben. Sie ist die Bewahrerin der ältesten Schätze einer hohen Cultur, sie enthält die Vorbedingungen des Aufschwunges der Kunst in allen ihren Zweigen, sie lieferte der Geschichte, dieser großen Lehrmeisterin der Menschheit, unentbehrliche Grundlagen, sie bietet Jedem die Schlüssel zu tieferem Verständniß seiner Muttersprache und lehrt ihn sie erfolgreich gebrauchen. Deßhalb ist ihre wohlthätige Wirksamkeit vielleicht noch deutlicher wahrnehmbar in ihrem Einflusse auf ganze Geschlechter als auf einzelne Personen. Wie viel würde ein Volk verlieren, aus dessen Schulen die Philologie verdrängt würde! Durch den veredelnden Einfluß, den die Philologie

auf alle lebenden Sprachen übt, hat sie für Oesterreich noch eine besondere Bedeutung".

Der edle Graf findet diese in der Förderung, welche die verschiedenen österreichischen Volkssprachen durch die eingehende Pflege der Philologie gewinnen. „In dem Maße, als diese (philologischen) Studien in Oesterreich allgemeine Verbreitung finden, werden auch jene seiner Volkssprachen, denen es an einer ältern Literatur gebricht, sich mehr und mehr innerlich entwickeln und an Eignung für höhere Zwecke zunehmen, und in demselben Maße werden die Einseitigkeiten verschwinden, die in sprachlicher Beziehung noch hie und da zum Vorschein kommen, und sie werden nur von einem edlen Wetteifer ersetzt werden, die Sprache nicht etwa durch künstliche Mittel zu erhalten und zu erweitern, sondern auf naturgemäßem Wege die Bildung des Volkes zu fördern. Die tiefere Einsicht in die unverwüstliche Naturkraft, die jeder lebenden Sprache innewohnt, und die Erkenntniß des steigenden realeren Werthes der Erzeugnisse der heimischen Literatur wird den Gemüthern jene Beruhigung gewähren, die erforderlich ist, damit verschiedene Sprachen friedlich neben einander bestehen. Aber auch die Wissenschaft wird großen Gewinn daraus ziehen, wenn einmal alle die Sprachen Oesterreichs mit jener Methode bearbeitet werden, die nur durch gründliche philologische Studien gewonnen werden kann".

„Nicht mindere Erfolge hat die Philologie nach ihrer realen Seite von der Verbreitung dieser Studien in Oesterreich zu erwarten. Wie groß sind die noch unausgebeuteten Schätze römischer Alterthümer in Siebenbürgen, Ungarn, Dalmatien, Istrien — des schon mehr durchforschten lombardisch-venetianischen Königreiches nicht zu gedenken. So läßt sich gewiß behaupten, daß auf dem Gebiete der Philologie großartige Aufgaben vorliegen, die zu lösen vor Allem Oesterreich berufen ist. Oesterreich kann und wird diese Aufgaben aber nur dann lösen, wenn es dabei Hand in

Hand mit Deutschland vorgeht." Diesen letztern Gedanken betont der Minister wiederholt und rühmt insbesondere auch vom österreichischen Kaiser, daß er mit fester Hand nicht nur die auseinanderfallenden Theile seines Reiches enger verbunden, sondern auch mit weiser Sorgfalt zugleich alle Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland gepflegt habe. „Nicht nur auf dem Gebiete der materiellen Interessen sind wichtige Schritte geschehen, um die Einigung immer mehr herzustellen, sondern auch auf dem Gebiete geistigen Strebens ist ein Wechselverkehr wieder entstanden, wie er seit Jahrzehnten nicht bestanden hatte. . . . Die Gemeinsamkeit wissenschaftlicher Bestrebungen in Deutschland und Oesterreich ist eine Idee, deren fortschreitende Verwirklichung ich mit freudiger Theilnahme beobachte" . . .

Der gehobene, zukunftsfrohe Ton, welche diese Festmahlsrede beherrscht, berührt auch jetzt nach fünfunddreißig Jahren überaus wohlthuend. So manches von dem, was Graf Thun damals gehofft, ist in Erfüllung gegangen; aber vieles ist auch anders, ganz anders geworden. Die so sehr betonte „Gemeinsamkeit" Deutschlands und Oesterreichs auf materiellem und geistigem Gebiete hat durch die geschichtlichen Ereignisse von 1859, 1864 und 1866 einen harten Stoß erlitten, und es bedurfte der schweren Erfahrungen langer Jahre, bis die feindlich auseinandergerissenen Bruderreiche sich einander wieder näherten, um den friedlichen Verkehr und die geistige Wechselseitigkeit abermals aufzunehmen und zu pflegen. Daß der politische und nationalökonomische Bruch nicht auch zu einer erneuerten Abschließung auf den Gebieten der Wissenschaft, der Schule, der Literatur und Kunst geführt hat, das verdankt man wesentlich den Unterrichtsschöpfungen des Grafen Leo Thun und seiner Mitarbeiter, die in der kurzen Zeit von kaum zehn Jahren solche Einrichtungen getroffen, welche die größten Stürme glücklich bestanden.

Unter den Einflüssen dieser Reformen gediehen auf philo-

logischem Gebiete ganz im Sinne des Grafen Thun die klassischen Studien an den Hoch- und Mittelschulen Oesterreichs und ebenso wurde dadurch die Pflege und Hebung der verschiedenen Volkssprachen gefördert. Leider hat aber das verbesserte und vertiefte Studium der Philologie in Bezug auf das friedliche Zusammenleben dieser Volkssprachen nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Statt des Friedens und edlen Wetteifers sieht man hier vielmehr einen langjährigen Hader und Streit, beobachtet man gegenseitige Anfeindung und Verfolgung um der Sprache willen. Die „Einseitigkeiten" sind zu Schroffheiten geworden, der „naturgemäße Weg der Bildung" wurde verlassen und man strebt durch künstliche, oft auch durch gewaltsame Mittel die eigene Sprache nicht nur zu erhalten, sondern sie auch auf Kosten anderer gleichberechtigter Sprachen zu erweitern. Die habsburgische Monarchie bildet heute den Schauplatz der wüstesten Sprachenkämpfe.

Und dennoch hat Graf Leo Thun vollkommen Recht, wenn er von dem richtigen Studium der Philologie auch auf dem Gebiete der verschiedenen Volkssprachen wohlthätige Einwirkungen erwartet. Die Frage ist nur, ob dieses richtige Studium auch in Wahrheit und in erforderlicher Ausdehnung und Vertiefung betrieben worden ist. Denn nur in diesem Falle können von demselben die segensreichen Früchte auf wissenschaftlichem und humanem Gebiete gehofft werden. In unsern Tagen wird jedoch ein leidenschaftlicher Kampf geführt und es sind der Angriffe nicht wenige, welche die Humanitätsstudien aus den mittleren Lehranstalten überhaupt verdrängen oder mindestens auf ein sehr bescheidenes Maß einschränken wollen. Gewiß ist, daß ohne die durchgreifenden Unterrichtsreformen des Grafen Thun nicht nur die allgemeinen und fachlichen Bildungszustände in Oesterreich und Ungarn lange nicht auf ihrem heutigen Niveau stehen würden, sondern daß in den sprachlich-nationalen Beziehungen der Völkerschaften dieser polyglotten Monarchie die Ver-

hältnisse eine noch weit schlimmere Gestalt angenommen hätten.

Von jenen Männern, die im Verein mit dem Grafen Leo Thun das große Werk der Unterrichtsreform in Oesterreich zu Stande gebracht haben, weilt gegenwärtig nur noch Einer unter uns, es ist der weithin bekannte Historiker und Staatsmann Dr. Alexander Frhr. von Helfert, der noch in ungebrochener Geistesfrische und in körperlichem Wohlbefinden unermüdlich thätig ist und uns erst jüngst wieder mit einer köstlichen literarischen Gabe beschenkt hat. Es ist die Fortsetzung der Lebensbeschreibung des Grafen Leo Thun. Der langjährige treue Mitarbeiter des Grafen war auch vor Allen berufen, der Biograph dieses außergewöhnlichen Mannes zu werden. Wir freuen uns, daß der im vorigen Jahre an dieser Stelle ausgesprochene Wunsch [1]) nach der Fortsetzung dieser sehr interessanten und inhaltsreichen Arbeit des Freiherrn von Helfert sich erfüllt hat. In dem dießjährigen Jahrgange des „Oesterreichischen Jahrbuchs" (Wien, 1893) veröffentlicht Baron Helfert den Abschnitt „Graf Leo Thun in Galizien" (S. 57—132), ebenfalls „größtentheils nach Briefen und handschriftlichen Aufzeichnungen". Wir erachten es für unsere Pflicht, den Lesern dieser „Blätter", denen das sehr empfehlenswerthe „Oesterreichische Jahrbuch" zumeist unbekannt oder unzugänglich sein dürfte, auch diesen Abschnitt aus der musterhaften Darstellung über das Leben und Wirken des Grafen Leo Thun hier auszugsweise mitzutheilen. Dabei schließen wir uns dem Wunsche des Dr. Frankfurter (l. c. p. 146) an, daß nämlich „diese ebenso trefflich als fesselnd geschriebenen Aufsätze ihre Fortsetzung wenigstens bis zum Ausscheiden Thuns aus dem Ministerium (1860) fänden, wozu Niemand berufener wäre als Helfert, und zusammen in Buchform erschienen". So sei es.

---

1) „Histor.-polit. Blätter" 1892. Band 109, S. 897.

Wir haben den Grafen Leo Thun als unbesoldeten Regierungs-Sekretär, zugetheilt bei der k. k. Vereinigten Hofkanzlei in Wien, verlassen, wo er im „illyrischen Departement" verwendet wurde, ohne jedoch irgendwelche ersprießliche Wirksamkeit entfalten zu können. Zwar arbeitete er sich mit größtem Eifer in die ihm fernliegenden, unbekannten Verhältnisse ein, lernte auch die „illyrische" Sprache und machte später beim Gemeinde-Departement neue Studien. „Er erlebte jedoch bei den geistlos-mattherzigen Zuständen in der Hofkanzlei manche bittere Enttäuschung, indem die eingehenden Vorschläge, die er über wünschenswerthe Aenderungen und Besserungen mühevoll ausgearbeitet, einfach ad acta gelegt wurden; einen Trost hatte er nur daran, daß die Bemühungen älterer Beamten auch keinen besseren Erfolg hatten". (Dr. Frankfurter, l. c. p. 29.)

Man begreift es also gar wohl, wenn der schaffenslustige arbeitsfrohe Graf Thun sich aus diesen versumpften Zuständen heraussehnte und gerne die Gelegenheit ergriff, welche seiner Thatkraft ein weites Gebiet zu eröffnen versprach. Der galizische Aufstand zu Anfang des Jahres 1846 bot hiezu den Anlaß. In Wien riefen die Nachrichten aus Galizien „in allen Kreisen die lebhafteste Spannung und Aufregung hervor und rüttelten selbst, was viel sagen wollte, die höchsten Verwaltungskreise mindestens theilweise aus jenem Halbschlafe hervor, in welchem sie die Staatsmaschine bisher ihren alten schleppenden Gang hatten fortgehen lassen". (Helfert.)

Es wurden nun Vorschläge gemacht und Patente erlassen zur Abstellung der ärgsten Mißbräuche in den Beziehungen zwischen den Grundherrschaften und ihren Unterthanen, die insbesondere gegen das Walten der Patrimonial-Aemter ernste Klagen führten. Auch sonstige Verbesserungen auf agrarischem Gebiete wurden in Berathung gezogen und es folgten nun die Commissionssitzungen an den obersten Reichsstellen rasch aufeinander. Allein die Bureaukratie kam über

halbe Maßregeln nicht hinaus; kannten doch die maßgebenden Kreise in Wien die wirklichen Zustände in Galizien (wie in den Provinzen überhaupt) entweder nur höchst oberflächlich oder gar nicht. Aus diesem Grunde brachten auch die mit kaiserlichem Patente vom 13. April 1846 angebahnten Reformen bei Gutsbesitzern und Bauern keine Befriedigung hervor, umsoweniger, als die Neuerungen durch die Beamten im Lande selbst hie und da mißverstanden und unrichtig ausgelegt wurden.

Je länger man sich indessen in Wien mit den galizischen Zuständen beschäftigte, desto klarer wurde die Einsicht und Ueberzeugung, daß die Fragen über die Regelung der Grundunterthänigkeits-Verhältnisse die Hauptsache sei und deshalb deren Lösung in erster Reihe versucht werden müßte. Allein über das „Wie“ dieser Lösung gingen die Ansichten weit auseinander. Graf Leo Thun begleitete diese Berathungen am grünen Tische mit keinen besonderen Erwartungen; hatte er ja doch „dies leidige papierne Geschäft, das seinen letzten Zweck im ‚Erledigen‘ der Akten erblickte, hinreichend ausgekostet, um sich davon nicht enttäuscht und ernüchtert, ja angewidert zu fühlen“. Er sehnte sich hinaus in das wirkliche thatkräftige Leben und so entstand der Plan einer Reise in die südöstlichen Gegenden der Monarchie, nach der Militärgrenze, Ungarn, Siebenbürgen u. s. w., deren Zustände aus eigener Anschauung kennen zu lernen er für jeden Staatsbeamten für nothwendig erachtete. Die dortigen Zustände und Verhältnisse seien doch „alles äußerst interessante Dinge, in denen Niemand, der sein Leben dem österreichischen Staatsdienst widmen will, ganz Ignorant sein sollte.“ Und im weiteren Verlauf des Schreibens (Juni 1846), in welchem er diese seine Reisepläne und deren Zweck erörtert, macht der Graf folgende höchst merkwürdige Aeußerung: „Ich bilde mir nicht ein, jedenfalls zum Minister prädestinirt zu sein. Wenn auch mich manchmal nicht übel darnach gelüstet, so sage ich mir doch nach jeder ernsten Selbstprüfung:

nicht darnach zu streben, daß ich es werde, ist meine Pflicht, sondern nur darnach, daß ich, falls mir Gott etwas dergleichen beschieden haben sollte, mich dabei so brauchbar als möglich mache".

Man erkennt hier wieder den Mann des ernsten sittlichen Strebens, der das öffentliche Amt nicht als Ziel des Ehrgeizes sucht, sondern es als eine Aufgabe der Pflichterfüllung betrachtet, zu welcher jeder gewissenhafte Mensch und getreue Staatsbürger sich je tüchtiger und leistungsfähiger vorbereiten müsse. Dem allgemeinen Wohle in selbstloser Weise zu dienen, war des edlen Grafen vorgestecktes, selbstgewähltes Lebensziel, dem er auch unverbrüchlich treu geblieben ist.

Zu jener beabsichtigten Reise in die südöstlichen Länder der habsburgischen Monarchie kam es freilich nicht, dagegen wurde Graf Thun in anderer Richtung in Anspruch genommen, und damit zugleich auf einen höheren und weiteren Wirkungskreis gestellt. Um nämlich in Galizien wieder Ordnung zu schaffen, erkannte man in Wien für nothwendig, nach dem Rücktritte des bisherigen General-Gouverneurs, des Erzherzogs Ferdinand von Este (2. Juli 1846) in der Person des Gouverneurs von Mähren, des Grafen Rudolf Stadion, einen „außerordentlich bevollmächtigten Hofkommissär" für die nächst bevorstehende Periode nach Galizien zu entsenden mit der Aufgabe, „daß derselbe, mit der Amtsgewalt der k. k. vereinigten Hofkanzlei versehen, im Lande selbst persönlich wirksam auftrete, alle zur Beruhigung der Grundbesitzer und Unterthanen erforderlichen Maßregeln in Uebereinstimmung und Zusammenhang bringe, für die kräftige, möglichst schnelle Vollziehung der diesfälligen öffentlichen Anordnungen Sorge trage, außerdem aber darauf einwirke, daß die als angemessen erkannten organischen Einrichtungen und Verbesserungen der wahrgenommenen Mängel in der politischen Verwaltung schnell und vollständig er-

mittelt, gewählt und vorbereitet und endlich zweckmäßig durc
geführt werden".

Graf Leo Thun wurde durch einen Freund auf di
Wendung der Dinge in Galizien aufmerksam gemacht u
der Aufmunterung, daß er sich für den Dienst in jene
Lande melden sollte. Der Graf erfaßte sogleich den G
danken und stellte sich den maßgebenden Persönlichkeiten
diesem Zwecke zur Verfügung. Graf Rudolf *Stadion* g
ihm bald nachher die Zusage, daß er ihn „wahrscheinlic
mitnehmen werde. Gleich am andern Tage sah sich Th
um einen polnischen Lehrer um, und schrieb (8. Juli 184
an seine Schwester die bezeichnenden Worte: „So wenig
mir unter irgend anderen Umständen eingefallen wäre, na
Galizien zu gehen, so schien es mir wirklich unter dies
Verhältnissen Pflicht, guten Willen zu zeigen. Von de
Resultate der Mission (Stadions) hängt das Glück od
Unglück Galiziens und die Ehre der Monarchie nicht wenig
ab, als es schien, daß sie von dem Feldzuge, zu dem es g
nicht mehr kam, abhängen werde. So gut es also in d
Ordnung war, daß sich zu jenem Feldzuge Freiwillige meldete
ebenso und noch mehr scheint es mir in der Ordnung, da
man gleiche Bereitwilligkeit zeige, jetzt der Regierung z
Pacifikation des Landes seine Dienste anzubieten. Ich brauc
Dir nicht zu sagen, daß es mir in mehr als einer Beziehun
anthut. Indeß mit dem Staatsdienste läßt sich einmal nic
spielen, *in staatsdienstlicher Rücksicht muß ich e
unbedingt für gut erkennen, das Andere mu
da weichen*"

Am 22. Juli empfing Thun die Weisung des Oberst
Kanzlers Grafen Inzaghi, Graf Rudolf Stadion habe de
Wunsch ausgesprochen, daß „der Herr Regierungs-Sekretär
ihm für die Mission als Hilfsarbeiter beigegeben werde; „i
Vertrauen auf Ihren bisher bewiesenen Diensteifer und a
Ihre Geschäftsgewandtheit" sei Thun vom Dienste bei d
Hofkanzlei enthoben und habe die Reise nach Galizien dera

anzutreten, daß er sich „zuverlässig bis zum 5. August zu des Herrn Hofkommissärs Befehlen“ stelle.

Graf Thun trat in Gesellschaft mit dem Hofconcipisten Moriz Schneider wenige Tage später seine Reise in das Land der kaum überwundenen Gräuel und Schrecken an und gelangte am 4. August nach Lemberg, wo jedoch der Hofcommissär noch nicht eingetroffen war, wohl aber harrte dessen Leibkoch schon daselbst der Ankunft seines Herrn. Graf Thun sah den kommenden Dingen mit Mißtrauen entgegen. „Unbeschreiblich begierig bin ich“, schreibt er, „wie Stadion seine Mission anfassen wird, und erwarte nun schon mit größter Ungeduld, ihn reden zu hören und handeln zu sehen.“ Der Hofcommissär Graf Stadion kam erst am 7. August in Lemberg an; allein zu ernsten Arbeiten gelangte man noch nicht. Graf Stadion hatte nicht umsonst seinen Koch mitgenommen. An schönen Tagen wurde der Tisch im Garten des Regierungsgebäudes gedeckt und nahmen an dem Diner die Mitglieder der Hofcommission, Stadions Adjutanten, wie sie sich nannten, in der Regel Theil. Das Theater, besonders die Oper, wurde fleißig besucht. Im Amt waren die „Adjutanten“ des Hofcommissärs anfangs nicht übermäßig angestrengt, so daß Thun Zeit genug blieb, es in der polnischen Sprache etwas weiter zu bringen, obwohl es damit sehr langsam ging, und sich in der ruthenischen Grammatik und Schriftzeichen zu üben. Bald wurden jedoch auch durchgreifende Reformmaßregeln in ernste Erwägung gezogen.

„Es war eine Riesenaufgabe“, bemerkt Baron Helfert, „vor deren Lösung man stand. Selbst in normalen Zeitläuften waren die galizischen Verhältnisse von den Begriffen, Einrichtungen und Gewohnheiten der westlichen Theile unserer Monarchie so grundverschieden, daß es eines Studiums und längerer Erfahrung bedurfte, um sich einigermaßen hineinzuleben und hineinzuarbeiten. Besonders galt dies von den Zuständen auf dem Lande, von der Stellung des grundbesitzenden Adels zu der Bauernschaft. In Ostgalizien war

die Zeit der russischen Zwischenregierung (1809—1814) bei dem Landvolk in unangenehmer Erinnerung; die Russen hatten die österreichischen Unterthansverhältnisse nicht geändert, aber die Gesetze nach den Grundsätzen ihrer Knutenpolitik ausgeführt; daraus entstand eine heillose Wirthschaft und der russische Name war seither dem Bauer ein Schreck geblieben. Von da an gab es im großen Durchschnitt zwischen Gutsherrn und Unterthan einen Zustand des Krieges; die Obrigkeit übervortheilte den Bauer und die Bauern übervortheilten die Obrigkeit, wo sie konnten. . . . Durchaus im Argen lag die Rechtspflege auf dem Lande, besonders die Amtshandlungen des sogenannten adeligen Richteramts. . . . Die wenigen Wochen der Ereignisse von 1846 reichten hin, Alles außer Rand und Band zu bringen. . . . Von kaiserlichen Behörden waren nur die Kreisämter thätig und sie waren jetzt Alles: Verwaltungsbehörde, Sicherheitsbehörde, selbst Gerichtsstelle. Diese kreisamtliche Allgewalt dauerte noch eine geraume Zeit fort. . . . Alle Grundbesitzverhältnisse waren verschoben. Viele Gutsherren waren zum Verkauf ihrer Güter genöthigt, die weit unter ihrem wahren Werth, zu 8—9 Prozent Erträgniß, an den Mann kamen. „Ich habe Leute kennen gelernt", sagte ein höherer Beamter zu Thun, „die sich, ohne unredlich zu handeln, in kurzer Zeit ein schönes Vermögen gemacht haben." In einigen Gegenden waren die Güter geradezu unveräußerlich, weil Niemand wußte, was er kaufe. . . . Am schlimmsten stand es mit dem Landadel der westlichen Kreise. Wo die Verschwörung zum Ausbruch gekommen war, waren die gutsherrlichen Familien verjagt, theilweise umgebracht oder dem Gerichte überliefert, auf Meilenweite bis zum Kreisamte war für den Augenblick Niemand da, der dem Bauer zu befehlen hatte. Dabei hatten die Gutsherren noch fortwährend von in- und ausländischen Habenichtsen zu leiden, die sich im Lande herumtrieben, einen Edelsitz nach dem andern brandschatzten, ‚von der modernen noblen Passion des Conspirirens und Revolutionirens'

gut lebten und andere Leute an den Rand des Verderbens führten."

In Zustände solcher Art war nun Ordnung, in Stimmungen solchen Charakters war Ruhe und Frieden zu bringen!

Wir können an dieser Stelle selbstverständlich in die Details der getroffenen Maßregeln des Grafen Stadion nicht eingehen, sondern wenden uns der Person des Grafen Leo Thun wieder zu, um ihn in seiner Wirksamkeit und Antheilnahme bei diesem Reformwerk zu begleiten. Wir wissen, daß der Graf in allen seinen bisherigen amtlichen Stellungen sich keineswegs mit dem ihm aufgetragenen Soll seiner Bureauarbeiten begnügte, sondern stets bemüht war, durch Studium und regere Beobachtung den vorhandenen Verhältnissen und Zuständen auf den Grund zu sehen, sich über das Wesen derselben, über die Mittel und Wege wünschenswerther Abhilfe zu belehren nicht um der bloßen theoretischen Bereicherung seiner Kenntnisse willen, sondern um diese in seinem Berufe zu Nutz und Frommen des allgemeinen Besten praktisch zu verwerthen.

Auf der Herreise hatte Graf Thun in den westlichen Gegenden, wo der Aufstand getobt hatte, äußerlich keine Spuren der vorgefallenen schauderhaften Ereignisse bemerkt: „Aber jetzt", berichtet Baron Helfert, „wo er die Dinge näher wahrgenommen hatte und sie täglich genauer kennen lernte, kam es ihm wohl anders vor. Das Land blutete aus tausend Wunden, die Gedanken und Gemüther der Leute waren noch voll der Eindrücke, welche die ungewöhnlichen Ereignisse in ihnen zurückgelassen hatten. Ueberall, allüberall, kaum daß das Gespräch eine Weile im Gang war, kamen jene Vorgänge, die Zustände und Stimmungen, aus denen sie hervorgegangen waren, die unsichere Entwicklung, der man entgegensah, zur Sprache, wobei Thun von der einen wie von der andern Seite oft bittere Klage über das Verhalten der Regierung und ihrer Organe anhören mußte, auf

die nun einmal im Lande Alles geschoben wurde, was geschah oder nicht geschah."

Besonders gespannt waren die Beziehungen zwischen dem Adel und dem Militär; dem letzteren war Alles, was Pole hieß, revolutionär, und ganz gereizt war die Stimmung der Offiziere gegen die polnischen Damen, die ja von altersher und so auch bei den jüngsten Ereignissen auf politischem Gebiete eine oft verhängnißvolle Rolle gespielt hatten. „Viele Weiber hatten sich kopfüber in die Politik gestürzt und ihre schwachen Männer und gehorsamen Söhne in eine Unternehmung gejagt, die zu einem so traurigen Ende führen sollte." Die Damen vergalten ihrerseits das Mißtrauen und die Gereiztheit durch eine zuweilen offen bekundete Abneigung, ja Verachtung.

Für die Regierung ergaben sich daraus eigenthümliche Schwierigkeiten, vorab auch darum, weil die Lage der Gutsherren ihren Grundholden gegenüber, wie schon erwähnt, im weitaus größten Theile des Landes eine bedauerliche war. In manchen Gegenden hatten die adeligen Grundbesitzer wahre Demüthigungen zu bestehen, so daß sich viele von ihren Gütern in die Städte zogen. In den westlichen Kreisen blickte der Bauer mit einer Art Geringschätzung auf den Edelmann; sein eigener Volksname, seit vielen Menschenaltern zu jeder Art Verschwörung und Empörung mißbraucht, war ihm verächtlich geworden; die rebellischen Edelleute waren ihm die „Polen", von sich sagte er: „Kein Pole, sondern ein Kaiserlicher". Der Bauer glaubte, sich dem Edelmann gegenüber Alles herausnehmen zu dürfen und wußte oft nicht, was er begehren sollte. Wohl stand es nicht bei allen Gutsherren und ihren Grundholden so schlimm; aber die klugen Herren, die sich mit ihren Unterthanen wohl verstanden, waren doch nur in der Minderheit zu finden.

All diese Zustände lernte Graf Thun gründlicher als aus den Akten und aus den eingehendsten Besprechungen durch die selbsteigene Anschauung und Beobachtung an Ort

und Stelle kennen. Er benützte einen vierwöchentlichen Urlaub zu einer Studienreise in die östlichen Kreise Galiziens. „Er nahm sich ein fingerdickes Folioheft Schreibpapier mit, in das er Tag für Tag eintragen wollte, was sein belehrender Ausflug brachte. Die Blätter (berichtet Baron Helfert) liegen vor uns. Wir finden Alles darin sorgfältig und mit möglichster Ausführlichkeit, obwohl flüchtig und mit Abbreviaturen hingeschrieben, dabei leserlich genug, um uns nach fünfundvierzig Jahren als verläßlicher Führer zu dienen, wenn wir ihn im Geiste auf seiner Rundfahrt begleiten".

Diese begann am 10. September von Lemberg über Zloczow, Podhorce, Olejow, Skalat, Tarnopol, Czerwonogrod, Zaleszczyki nach der Bukowina, damals „Cernowitzer Kreis"; Thun fuhr hier den Pruth aufwärts über Waschkoutz bis Wiznitz, von da über Lukawetz am Sereth den Fluß abwärts bis Storozynetz, dann in die Berge hinein nach Krasna Ilski. Südwärts sich wendend kam er nach Kirlibaba an der goldenen Bistritz und weiter abwärts nach Jakobeny an der siebenbürgischen Grenze, fuhr von hier nach Radautz und trat über Czernowitz, Sniatyn, Zablotow, Kolomea die Rückreise an und war am 5. Oktober wieder in Lemberg. Wir bedauern, aus den Aufzeichnungen Thuns, wie sie Helfert auszugsweise mittheilt, hier mit Rücksicht auf den verfügbaren Raum keine ausführlicheren Proben anführen zu können. Nur das sei erwähnt, daß der Graf sich überall als scharfer Beobachter erweist; ihm entgeht weder ein charakteristischer Zug im Volksleben noch bedeutsame Verhältnisse in der adeligen Societät; die politischen wie nationalökonomischen Zustände fesseln seine Aufmerksamkeit in gleicher Weise, aber er hat auch für die Bildungsbedürfnisse sowie für die Verwaltungsgebrechen, namentlich auch in Bezug auf die Tüchtigkeit und Verläßlichkeit des Beamtenpersonals, einen unbefangenen kritischen Blick und ein treffendes Urtheil. Endlich fesseln ihn auch die mannigfaltigen Schönheiten der Natur in jenen weltabgelegenen Gegenden, welche dem Ge-

bildeten insbesondere zu jener Zeit noch eine „terra incognita“ gewesen.

Eine Erscheinung war es, welche unter vielen andern beachtenswerthen Momenten sich dem Beobachter überall aufdrängte, nämlich die Häufigkeit, ja das Vorherrschen des semitischen Volkselements. Schon bei seiner Reise nach Galizien hatte er in Krakau die „grausliche Judenstadt“ kennen gelernt, in Ostgalizien fand er nun die Juden allenthalben als die in Handel und Verkehr, in Geschäften aller Art maßgebenden Faktoren, denen der Gutsherr ebenso wie der Bauer verfallen war, deren Einfluß sich aber auch Geistliche, Beamte und Militär kaum völlig entziehen oder erwehren konnten. Die revolutionäre Propaganda war übrigens den östlichen Theilen Galiziens ferngeblieben; die Ruthenen boten ihr keinen günstigen Boden.

Auf seiner ostgalizischen Studienreise hatte Thun auch diesem letztgenannten Volksstamme seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Er bemühte sich, wie schon erwähnt, die ruthenische Sprache und deren Schriftzeichen, so wesentlich verschieden von denen der polnischen, zu lernen; es finden sich unter seinen Papieren Bogen und Bogen, wo er sich Wortbedeutungen verzeichnete, sich in den Deklinationen und Conjugationen übte. Mit dem orientalisch-katholischen Kirchenregiment, welchem die Ruthenen im Gegensatze zu den lateinischen Katholiken unterstehen, war es zu jener Zeit sehr kümmerlich bestellt. Der Landgeistliche, im Durchschnitte gutmüthig, doch in seiner Bildung weit zurück, hatte mit seiner Landwirthschaft, die ihm ein armseliges Brod abwarf, besonders wenn in sein Haus Kindersegen eingezogen war, persönlich und mit eigenen Leibeskräften so viel zu schaffen, daß er sich in dieser Hinsicht wenig von den Bauern, seinen Seelsorgebefohlenen, unterschied. Religionsunterricht gab es fast keinen, in der Kirche nach Vorlesung des Evangeliums eine kurze Exhorte, keine wohl angelegte Predigt. Das Verständniß der altslavischen Sprache, in welcher der Altardienst

abgehalten wurde, mangelte vielen von der Geistlichkeit; an manchen Orten verstand sie nur der für diesen seinen Stand eigens herangezogene Kirchensänger, der Dziak (Diakon). Die bischöflichen Hirtenbriefe wurden nicht selten in polnischer Sprache hinausgegeben, die dem Geistlichen, geschweige denn dem Manne aus dem Volke, nur schwer verständlich war. Es gab also hier viel zu thun.

Das war übrigens auf allen übrigen Gebieten des öffentlichen und des privaten Lebens im damaligen Galizien der Fall. Der außerordentliche Hof-Commissär Graf Rudolf Stadion war jedoch der ihm gestellten Aufgabe nicht völlig gewachsen, obwohl er sich bemühte, sie zu erfüllen. Zunächst wurde „im Interesse der öffentlichen Ruhe und im Interesse der Dominien“ eine provisorische Landes-Sicherheitswache organisirt und wurden kreisamtliche Expposituren errichtet. Graf Thun hatte sich bei seiner Studienreise überzeugt, daß namentlich diese letztere Institution den Erwartungen nicht entsprach. Auch in Wien war man mit dem Vorgehen des Hofcommissärs wenig zufrieden; es wurden über seine Reformanträge Staatskonferenzen abgehalten, an denen Graf Stadion ebenfalls theilnahm. Während seiner Abwesenheit ruhten in Lemberg die Arbeiten nahezu gänzlich; Leo Thun konnte einen großen Theil seiner Zeit der Fortsetzung seiner polnischen Sprachstudien widmen, ohne es aber hierin sonderlich weit zu bringen. Es ist überhaupt eine interessante Erscheinung, daß der Graf trotz der lebhaften Sympathie für die Cultur- und Nationalinteressen der österreichischen Slaven in keiner der slavischen Sprachen die vollständige Beherrschung des Idioms in Wort und Schrift erringen konnte, obgleich er von früher Jugend an in dieser Richtung ernstlich bemüht gewesen; selbst das Böhmische sprach und schrieb er nicht vollkommen, wie er das selber eingestanden.

Wenige Tage nach der Rückkunft aus Ostgalizien überraschte den Grafen Thun eine allerhöchste Entschließung vom 10. Oktober 1846, womit er zum „überzähligen unbesoldeten

Hofsekretär" der vereinigten Hofkanzlei, mit vorläufiger Dienstleistung bei der außerordentlichen Hofcommission für Galizien befördert wurde. Diese Beförderung machte in den Kreisen seiner Bekannten und der Beamten allenthalben den besten Eindruck. Denn die Persönlichkeit Thuns, sein ernstes und dabei so wohlwollendes Streben, sein unverkennbarer Eifer, sich mit den Zuständen und Verhältnissen, in denen er zu wirken berufen war, vertraut zu machen, erweckte überall aufrichtige Sympathie. Er galt zudem als der erkorene Vertrauensmann des Hofcommissärs, ja man sprach vielseitig davon: Graf Rudolf Stadion sei nur unter der Bedingung nach Galizien gegangen, daß ihm Thun zugetheilt werde.

Ihn selber ließ seine Titularbeförderung so ziemlich gleichgiltig. „So lang sie mich", schreibt er unter dem 24. Oktober, „nicht zum Kreishauptmann machen, ist es mir ganz einerlei, was sie mir für ein Wort vor den ‚Sekretär' setzen, da es auf das, was ich bin und zu thun bekomme, gar keinen Unterschied macht." Uebrigens falle es ihm nicht ein, in Galizien selbst Kreishauptmann werden zu wollen. „Es ist an sich unter den jetzigen Verhältnissen kein Spaß, und zumal nicht für Jemand, der nicht polnisch oder rusniakisch ganz geläufig kann; denn in allen Kreisen gibt es jetzt fortwährend ernste Unterthansangelegenheiten, Robotverweigerungen 2c. und die Unterthanen sind, auch wo es nicht gerade dazu kommt, doch in einem Zustand von Aufregung, in dem ein ungeschicktes Wort sehr übel wirken kann und, wer nicht ordentlich mit ihnen reden kann oder nicht wenigstens jedes Wort, das sie sagen, gut versteht und darnach sein Benehmen einzurichten weiß, um ihr Vertrauen zu gewinnen, aber auch kräftig zu imponiren, jeden Tag in fatale Verlegenheiten zu gerathen Gefahr lauft." Allein selbst als Gubernialrath möchte er hier um keinen Preis dienen, „wenn nicht erst ein Gouverneur da wäre, dessen Principien mit den meinigen übereinstimmen. Hier kann man

nicht leicht ein bloßer Administrativbeamter sein, sondern jeder Beamte ist, wenn er tüchtig sein will, mehr oder weniger in einer politischen Stellung und daher in einer durchaus falschen, lähmenden, wenn er nicht aufrichtig die Tendenzen der Landesregierung vertheidigen kann." Nichtsdestoweniger würde er, falls ihm ein Kreishauptmanns- oder Gubernialrathsposten in Galizien angetragen würde, denselben annehmen, obgleich mit schwerem Herzen, weil ja kein Beamter von Pflichtgefühl sich einem so wichtigen Posten entziehen könne. Allein er selber werde „keinen Schritt thun, um hier angestellt zu werden, es wäre denn, daß die ganze Geschichte eine Wendung so außerordentlicher Art nähme, daß man ihr auch die innersten Neigungen des Herzens mit einer gewissen Befriedigung opfern könnte. Außerordentliche Wendungen sind aber bei den tiefen Geleisen, in denen sich die Dinge bei uns bewegen, nicht zu erwarten, und ebenso ganz und gar unwahrscheinlich ist es, daß es irgend jemand einfalle, mich hier anzustellen, wenn ich nicht selbst mich darum bewerbe. Ich zweifle daher nicht, daß ich wieder ganz ruhig zur Hofkanzlei einrücken werde".

Dieser Brief ist charakteristisch für die ruhige, selbstlose Auffassung seiner amtlichen Stellung, aber auch für die richtige Beurtheilung der Pflichten des öffentlichen Beamten. Darin hatte Graf Thun ebenfalls Recht, wenn er die Dauer seines Aufenthaltes in Galizien für bald beendigt betrachtete; ebenso, daß nur „eine Wendung von außerordentlicher Art" ihn wieder nach diesem Lande zurückführen könne. Wie nahe jedoch diese „außerordentliche Wendung" bevorstand, davon hatte er gar keine Ahnung, noch weniger davon, welcher Umschwung im ganzen Staatswesen der habsburgischen Monarchie so bald eintreten werde, ein Umschwung, der auch auf sein persönliches Schicksal einen mächtigen Einfluß ausüben sollte.

Thuns Dienstleistung in Galizien neigte sich ihrem Ende zu; am 28. November stellte ihm Graf Stadion das Dekret

des Obersten Kanzlers zu, laut dessen er zum Dienste bei der vereinigten Hofkanzlei einzurücken habe. Stadion enthob ihn „nach Vollendung des Systemal-Operates, das ich Ihnen zugewiesen habe und das der Schlußstein Ihres hiesigen Wirkens sein soll“, von seiner bisherigen Verwendung bei der außerordentlichen Hofcommission und stellte seiner „gediegenen Geschäftskenntniß“, seinem „Eifer für alles Gute“ sowie den „ausgezeichneten Eigenschaften seines Charakters“ das glänzendste Zeugniß aus. Bald nachher bat auch Graf Rudolf Stadion um Abberufung von dem Posten eines außerordentlichen Hofcommissärs für Galizien und um die Rückkehr in seine Stellung als Präsident des mährisch-schlesischen Guberniums.

(Schluß folgt.)

II.

Kaspar Querhamer.

Ein katholischer Bürgermeister aus der Reformationszeit.

Kaspar Querhamer, ein angesehener Bürger von Halle in Sachsen, war am Anfange der religiösen Neuerung, wie so manche andere katholische Männer der damaligen Zeit, ganz für Luther eingenommen gewesen. Bald aber hatten sich seine Gesinnungen geändert. Verschiedene Gründe brachten ihn zur Ueberzeugung, daß die neue Lehre nicht von Gott komme; namentlich fühlte er sich abgestoßen durch Luthers hochmüthiges Wesen. Querhamer selber berichtet hierüber

in einem interessanten Schriftchen, das er Anfangs 1533 der Oeffentlichkeit übergab. [1])

„Anfänglich“, so erklärt er in der Vorrede, „haben mir Luthers Schriften sehr wohl gefallen, also auch, daß ich die mit ganzem Fleiß aufgekauft und gelesen. Hernach aber hab ich gefunden, daß nicht alles Gold gewesen, was darinnen geglänzt hat, derwegen sie mir allenthalben ohne Unterschied, wie anfänglich, nicht mehr gefallen haben. Dieweil denn etliche sich dessen verwundert, mich auch darüber angeredet und angefochten, hab ich etliche Ursachen in Schrift verfaßt und angezeigt, was mich zu solchem Abfall bewogen. Dieweil aber derselben ganz viel, einem jeden alles zu lesen und zu kaufen beschwerlich, habe ich derselben eine, als nämlich die achte, im Druck ausgehen lassen wollen, auf daß man doch zum Theil sehe, daß ich solch Abtreten nicht ohne Ursach gethan.“

Diese achte Ursache, warum ihm Luther nicht mehr gefallen, sei dessen „Hoffart oder Stolz“. In der hl. Schrift heiße es ausdrücklich, daß Gott dem Hoffärtigen widerstehe und den Demüthigen seine Gnade gebe. „Dieweil Hoffart und Gnade beieinander nicht stehen mögen und Luther also stolz und hoffärtig ist, als ich es denn zum Theil hernach anzeigen will, ist's nicht möglich, daß der hl. Geist und die Gnade Gottes da seien. Ist aber die Gnade Gottes und der hl. Geist nicht da, so wird seine Lehre nicht durchaus rechtschaffen sein, denn Hoffart ist ein Anfang aller Sünden.“

Daß aber Luther hoffärtig sei, bezeugen seine eigenen Schriften; „die geben Zeugniß, wie er im Herzen geschickt ist, denn wessen das Herz voll ist, dessen geht der Mund

---

1) Eyne, und under andern, die achte Ursach, so Casparn Querhamer, eynen Leyen und Burger zu Halle bewogen, das ihm Luters lere nicht mher durchaus, wie Erstlich, gefallenn. Am Ende: Lypsie Impressit Valentinus Schumann. 12 Bl. 4°. Das Jahr des Druckes ist nicht angegeben, doch heißt es am Ende des Schriftchens: „Abgeschrieben und verbessert in Weihnachten im Anfang des 33. Jahres“.

[illegible].“ Querhamer bringt dann aus Luthers Schriften eine ganze Reihe von Stellen, die wegen der maßlosen Selbstüberhebung, die sich darin kundgibt, keineswegs zu Gunsten des Wittenbergers sprechen; denn „wahre Geisteshöhe ist stets bescheiden. Anmaßung nimmt auf allen Gebieten gegen sich ein, besonders aber auf dem religiösen.“ [1]) Querhamer glaubt sich denn auch berechtigt, zu behaupten, daß Gottes Gnade und rechtschaffene Lehre bei der Hoffart und folglich bei Luther nicht sein können.

„Vermeint aber Jemand“, so schließt er seine Ausführungen, „daß diese Ursache nicht genug sei, der thue eins und bewähre, daß ein stolzer hoffärtiger Mensch den hl. Geist, die Gnade Gottes und rechtschaffene Lehre haben möge, oder daß oben angezeigte Worte des Luthers und andere, so ich der Kürze halber nicht angezeigt, demüthige Worte sind oder einen demüthigen Menschen anzeigen, so will ich bekennen, daß ich diese Ursache unbillig angezogen. So lange aber solches nicht geschieht, bleibe ich dabei, daß diese Ursache genugsam ist, so sie auch allein wäre, daß ich Luther allenthalben nicht Glauben gebe oder mir seine Lehre gefallen lasse.“

Der Gedanke, daß er durch seine frühere Parteinahme für die Neuerung Einigen vielleicht ein Stein des Anstoßes gewesen, bewog ihn anfangs 1535, eine zweite Schrift gegen Luther zu veröffentlichen.[2]) Da er sich dadurch, obwohl

---

1) Vgl. Germanus, Reformatorenbilder. Freiburg 1883. S. [illegible]. Ebenda [illegible] ff. viele Stellen über Luthers Hoffart.

2) Ein [illegible] so durch Lutern nicht wöllen verfürt werden, [illegible] und derhalben In yren bewisern Anzuschlahen, [illegible] zu lesen und gantz wol zubedencken. Fast nothwendig, zugericht durch [illegible] Querhammer ein Leye, und burger zu Hall. [illegible] anheften. Bei Weller, Repertorium [illegible] Nr. [illegible], wo jedoch die Schrift irrig [illegible] angeführt wird. Querhamers „Brief“ wurde mehrmals [illegible]. Auf der Münchener Staatsbibliothek befinden [illegible] unter dem Titel: Labyrinthus Luth[illegible]

er's „herzlich gemeint,“ „bei etlichen Feindschaft und Zorn verdient,“ so ließ er noch in demselben Jahre die nämliche Schrift mit einigen erläuternden Fragen und Bemerkungen neu ausgehen.[1])

In der Vorrede erklärt er, warum er fortfahre, die Neuerung nach Kräften zu bekämpfen.

„Ich weiß, daß ich am Anfange Luthers Schreibens guten Gefallen an seiner Lehre gehabt, und besorge, daß ich dadurch etliche verursacht, daß sie ihm auch zugefallen, die noch nicht wiederum zur Einigkeit gemeiner christlichen Kirche gekommen sind. Und so das durch mich geschehen (das dann Gott, mir aber nicht so eben mißlich), so will ich vermittelst Gottes Hülfe etlichen auch Ursache geben, daß sie ihm, dem Luther, nicht zufallen, und, so es sein kann, die zu ihm gefallen, ihm wiederum abfällig machen. Und gleich wie etliche durch mich geursacht (wo es anders geschehen), aus gemeiner christlichen Kirche zum Luther zu treten, daß also wiederum durch mich etliche geursacht, wiederum von ihm zur christlichen Kirche Einigkeit sich begeben, auf daß, so viel möglich, der christlichen Kirche wiederum eine Wiedererstattung geschehe.“

In dieser Schrift sind es Luthers zahlreiche Widersprüche bezüglich der hl. Communion, die Querhamer der Reihe nach aufzählt. Bald lehre der Wittenberger, so führt der Verfasser

---

Sechs und dreißig Stell und Ort u. s. w. Ingolstadt. Ohne Jahr (1575). 12°. Ebendaselbst 1583. 12°. Unter dem Titel: Ein Kurtzer Brieff oder Taffel u. s. w. Neyß, bei Johann Creutziger. 1575. 12°. Cochläus übersetzte das Schriftchen ins Lateinische: Tabula Contradictionum Lutheri etc. Dresden, W. Stöckel. 1535. 4°. Mit einem Widmungsschreiben des Uebersetzers an Joh. Matthäus Giberto, Bischof von Verona. Dresden, 20. März 1535.

1) Der Brieff, oder die Tafel, durch Caspar Querhamer, einen Layen und Burger tzu Hall, vormals ausgelassen, tzusampt XXVI Fragen, auch von ihm, an die Lutherischen, oder (wie sie sich nennen und heißen lassen) guten Evangelischen gestellt. MDXXXV. Dresden. 24 Bl. 4°.

aus, es sei nicht nothwendig, daß man dem Volke das Sakrament unter beiden Gestalten gebe, bald, daß die Communion unter beiden Gestalten nothwendig sei. Einmal behauptet er, Christus sei unter einer jeden Gestalt ganz gegenwärtig; ein anderes Mal „redet er fast zweifelig davon." Noch manche andere Widersprüche hebt Querhamer hervor und frägt dann die Lutheraner: Ob Luther, der nach seiner Versicherung von Christus selbst für einen Evangelisten gehalten werde, darüber von Gott Siegel und Brief habe, oder ob er dies mit Wunderzeichen bewähre; ob wirklich, wie Luther rühme, Christus der Urheber und Meister einer so widersprechenden und unbeständigen Lehre, wie die lutherische sei, sein könne: ob sie glaubten, daß nach Luthers Ausspruch alle Menschen die anders lehren, als er gelehrt habe, zur Hölle verdammt seien — ein Urtheil, das vor allen ihn selber, wegen seiner zahlreichen Widersprüche, treffen würde.

Protestantischerseits hatte man unserm Querhamer zum Vorwurf gemacht, daß er als einfacher Laie sich unterstehe, über religiöse Fragen Schriften zu veröffentlichen. „Was geht's dich an?" hatte man ihm vorgehalten, „ist dir's doch auch nicht befohlen, bist weder Bischof noch Pfarrherr, bist auch sonst der Mann nicht darnach, denn du bist weder Doktor noch Magister, weder Baccalaureus oder sonst ein Gelehrter, denen solche Sachen zugehören; deßhalb hättest du dies wohl mögen unterlassen".

„Es ist wahr", erwiderte Querhamer, „ich bin deren keiner, ich bin ein Laie, ein Bürger, hab Weib und Kinder und sonst anderes daneben mehr zu versorgen. Ihr habt aber gehört, daß Christus sagt: Alles, was ihr wollt, daß euch die Menschen thun sollen, das thut ihnen auch. Nun wollte ich ja gern vor meinem Schaden gewarnt sein. Derhalben habe ich vor diesen Worten Christi nicht vorüber gekonnt, sondern habe das andern thun müssen, was ich mir gethan haben wollte und noch will. Dieweil mir denn Gott auch ein geringes Pfündlein nicht derhalben daß ich's in die Erde vergrabe und still liegen

lasse, sondern daß ich das anlege und vermittelst seiner Hülfe ihm damit Gewinn treiben soll, untergeben hat, so hab ich's nicht wissen mit gutem Gewissen nachzulassen, sondern habe dasselbe anlegen müssen."

Zu einer Zeit, wo der wahre Glaube so großen Gefahren ausgesetzt sei, dürfen auch die Laien die Hände nicht müßig in den Schoß legen. Ein jeder müsse sein Mögliches thun wie bei einer Feuersbrunst. „Wer nicht einen Zuber Wasser tragen kann, der mag es beim Eimerlein bewenden lassen; wer ungeschickt ist, auf das Dach zu steigen, der mag den Born ziehn, also daß ein jeder sein Vermögen darzu thue". Aehnlich verhalte es sich in den Sachen des Glaubens. „Diewiel viele unter denen stillschweigen, die billig reden sollten, so müssen die anderen reden, auf daß dennoch geredet werde. Wer nicht kann scharf und spitzig arguiren, der sage die Meinung mit gemeinen Worten, auf daß er seinem Gewissen genug thue".

Bei dieser Gelegenheit unterläßt der Verfasser nicht, den geistlichen Pfründenbesitzern, die auch jetzt noch in träger Selbstsucht dahinlebend nichts für die schwerbedrängte Kirche thaten, scharfe Wahrheiten zu sagen.

„Ist's nicht zu erbarmen, daß unter so vielen gelehrten Männern, unter so vielen reichen und mächtigen Prälaten, als da sind Bischöfe, Aebte, Dompröpste, Dechanten, Domherren und andere Doctores und gewaltige Männer, sich ihrer so wenig bemühen, den armen gemeinen Haufen von der mancherlei Verführung, so jetzt in diesen gefährlichen letzten bösen Zeiten vorhanden ist, mit ihrer Kunst, ihrem Vermögen und ihrer Habe zu verhüten oder zu verwarnen und den Verführern zu widerstehen? Wenn ein Bisthum, eine Abtei, Propstei, ein Decanat, Canonicat, Vicariat oder sonst etwas, das viel Pracht, Herrlichkeit, zeitlich Gut und Einkommen hat, verledigt ist, da ist man wacker, da spart man keinen Fleiß, da ist keine Arbeit zu viel, daß man dazu kommen möge, da reitet man gute Pferde zu Tod, da gibt man Geschenke und Gaben und läßt

sich nichts dauern. Aber wenn mancher wider die Ketzer, die Feinde des alten wahren christlichen Glaubens hundert Gulden verthun und ausgeben sollte, oder gewarten, daß man ihn sauer ansehe oder deßwegen schände und lästere, wie denn Luther und seine Anhänger zu thun pflegen, so ist da Niemand daheim. Ja wohl, sollten sie etwas ausgeben von wegen der Schäflein Christi, damit sie von den reißenden Wölfen, den Ketzern, nicht aus dem rechten einigen Schafstall der einigen apostolischen Kirche gerissen und im Abgrund der Hölle verderbt werden, das lassen sie, wenden's viel lieber anderswohin, wohin es doch, Schande und Aergerniß, Gottes Zorn und Strafe zu meiden, nicht sollte gewandt werden. Man versteht mich wohl, wer mich verstehen will."

Wollen oder können die reichen Geistlichen nicht selber am Kampfe theilnehmen, so sollten sie doch wenigstens die katholischen Vorkämpfer mit Geld unterstützen.

„Man findet manchen feinen gelehrten Mann, der mit seiner Kunst, womit er von Gott begabt ist, den Ketzern und Feinden der rechten wahren alten heiligen christlichen Kirche und ihres Glaubens wohl begegnen und all ihr Vorgeben mit der hl. Schrift und natürlichen und Schulkünsten gründlich und wohl widerlegen könnte. Es mangelt ihm aber allein daran, daß er die Druckerei nicht verlegen kann, und darüber muß seine Kunst und sonderliche Gnade, von Gott ihm verliehen, dahinten bleiben und die Ketzer und Verführer allein den Platz behalten. Sollten nicht allhier die großen und reichen Prälaten solche gelehrte Männer verlegen, und was sie selbst durch ihre Person mit Kunst und sonderlicher Gnade nicht vermöchten auszurichten, dasselbe mit ihrem Gut und ihrer Habe erfüllen und einbringen?"

Insbesondere sollten die Prälaten Sorge tragen, daß durch eine Gelehrtencommission die Bibel ins Deutsche übersetzt und dem Volke zugänglich gemacht würde.

„Es will jetzt jedermann die Biblia, die hl. Schrift lesen; ob's gut ist, weiß Gott, ich will's nicht urtheilen. Nun hat dieselbe Luther und andere mehr verdeutscht, trifft aber

allwegen nicht recht zu. Nun wäre es Noth, dieweil man je eine deutsche Biblia haben will, daß diejenigen, die das vermöchten, als da sonderlich sind die Erzbischöfe und Bischöfe, Domprövste, reiche Aebte und Domherren, denen solches sonderlich und mehr als den Weltlichen zusteht, etliche gelehrte Männer, als ungefährlich zehn oder zwölf, zusammen forderten und besoldeten, die uns unsere rechte Bibel, die wir in der christlichen Kirche gehabt und noch haben, recht verdeutschen, also daß ein jeder, der sie lese, gewiß wäre, daß sie recht verdeutscht und einiger Fälschung unverdächtig wäre. Aber da will niemand an, niemand will etwas darauf wenden, ungeachtet, daß ihnen solches zusteht und gebührt, und sie daneben sehen, daß die Widerpart gar keine Unkosten, auch keinen Fleiß spare oder sich etwas dauern lasse. Wohlan, Gott wird sie einst zur Zeit derhalben, daß sie so nachlässig sind, zur Antwort fordern. Sollten sie auch leiden, daß man sie namhaftig und öffentlich lästere und schände, verhöhne und verspotte, sie Papstesel, Narren, Götzen, sonst oder so heiße derhalben, daß sie sich hervorgethan und wider die Ketzer öffentlich gesetzt, das lassen sie auch, schweigen viel lieber still und warten auf ihr Einkommen und lassen gehen, wie es geht, lassen den lieben Gott walten, der wird's wohl machen, wie es sein soll, trachten und gedenken dieweil darauf, daß ihrer Pracht und ihrem Einkommen nichts abgehe. Wohlan, Gott wird sie wohl finden, das werden sie mit ihrem Schaden der Seele inne werden. Gott verleihe ihnen, daß sie sich anders zum Handel schicken."

Dieser einfache Laie, der „weder Doctor noch Magister, weder Baccalaureus noch sonst ein Gelehrter war," dennoch in seinen apologetischen Schriften eine so kräftige Sprache zu führen wußte, war auch „ein guter Musicus und Poet". [1]) Da er die mächtige Wirkung sah, welche die neuen protestantischen Lieder auf das Volk machten, so rieth er seinem Freunde dem Haller Stiftspropste Michael Vehe, ein deutsches

---

1) J. Chr. Dreyhaupt, Beschreibung des Saal-Kreyses. Halle 1749 II, 691.

Gesangbuch herauszugeben, was dieser auch that.[1]) Das Gesangbüchlein erschien 1537 mit einer Widmung an Querhamer. Letzterer hatte diese Widmung wohl verdient. Hatte er doch seinem Freunde für das neue Gesangbuch eine ganze Anzahl Lieder gedichtet, wie er auch mehrere Melodien componirt hatte.

Unsere Hochachtung für diesen trefflichen Mann wird sich noch steigern, wenn wir hören, daß er auch für das Wohl seiner Vaterstadt eifrig besorgt war. Zu Halle wußte man Querhamers Dienste sehr wohl zu schätzen; in einem Zeitraume von 22 Jahren wurde er nicht weniger als achtmal zum Bürgermeister gewählt, nämlich in den Jahren 1534, 1536, 1538, 1541, 1544, 1550, 1553, 1556.[2]) Dies ist um so bemerkenswerther, als Querhamer, nachdem im Jahre 1541 die Neuerung zu Halle die Oberhand gewonnen, aus seiner katholischen Ueberzeugung durchaus kein Hehl machte. Allerdings sollte es ihm nicht fehlen an allerlei Anfeindungen von Seiten der Prädikanten; am meisten wurde er von Justus Jonas verfolgt.

Letzterer war im Frühjahr 1541, auf heimliche Berufung einiger aus dem Ausschusse der Bürgerschaft, mit einem andern Prediger unvermuthet von Wittenberg nach Halle gekommen. Die protestantische Partei forderte sofort, daß ihm das Predigen gestattet werde. Uebel oder wohl mußte der Rath nachgeben. „Zur Verhütung eines Aufruhrs in der Gemeinde“[3]) gaben auch die katholischen Rathsmeister ihre Einwilligung. Kaum hatten aber die Neuerer in der Stadt festen Fuß gefaßt, so forderten sie alsobald, wie überall anderswo, die völlige Unterdrückung des katholischen Gottesdienstes.

---

1) Vgl. Histor.-polit. Blätter Bd. 110, S. 487–89

2) Dreyhaupt II, 343. Die Bürgermeister oder „regierenden Rathsmeister“ wurden jedes Jahr aufs neue gewählt.

3) Dreyhaupt I, 975.

Schon am 15. Januar 1542 richtete Justus Jonas ein Begehren an den Rath,[1]) worin er denselben aufforderte, „die Stadt von falscher Lehre und allerlei Abgötterei ganz rein zu machen“. Die Katholiken besaßen damals noch eine Pfarrkirche. Bezüglich derselben meinte Jonas, „es wäre zu Förderung des rechten Gottesdienstes und Abschaffung der Greuel sehr nützlich, solche Kirche, wo die Papisten eine Synagoge und Zuflucht haben, welche ein Rest ist der Papisterei und aller päpstlichen Mißbräuche, zum Predigtamt zu opfern“.[2])

Viel schärfer spricht er sich gegen die noch bestehenden Klöster aus. Die Mönche seien „verstockte, unbußfertige Götzendiener, die auch mit der Sünde gegen den hl. Geist sich gar hoch beschweren“. Man dürfe sie deßhalb in der Stadt nicht länger mehr dulden. „Ob auch möchte vorgewendet werden, Gewalt wäre nicht an sie zu legen, sondern wir möchten und sollten sie dulden, wie der Herr Jesus Christus die Pharisäer, so ist es wohl wahr, daß wir als Christen keine Gewalt gebrauchen sollen, doch hat der Magistrat seinen Befehl. In diesem Falle aber sind wir Prediger schuldig nach dem Exempel Christi und Johann Baptistä, als viel schädlichere, schändlichere Götzendiener, denn die Pharisäer gewesen, sie Ottern und Schlangen zu nennen, mit ihnen zu disputiren, ihnen bis auf das Verstummen das Maul zu stopfen, daher dann die Tumulte entstehen können“. In der ganzen Umgegend seien übrigens die Klöster „auf Vermahnung allein der Prediger mit Messen und Baalgottesdiensten gefallen“. Warum sollte nun Halle eine Ausnahme machen?

Der Rath, der üble Folgen befürchtete, wagte indeß

---

1) Abgedruckt bei Dreihaupt I, 982 ff.

2) Bald nachher wurde die Kirche von den Protestanten gewaltsam den Katholiken entrissen; man hielt es nicht einmal für nöthig, die Erlaubniß des Rathes abzuwarten.

nicht die Klöster einzuziehen. Da sie unter dem Schutze der Landesobrigkeit stehen, erklärte er, so müsse man sie dulden, „als wenn man eine Judensynagoge oder türkische Moschee leiden müßte". Doch sei, „gleich wie zu Magdeburg geschehen, ein öffentlich Verbot auszuhängen, daß niemand von der Bürgerschaft die Predigten in den Klöstern besuchen, noch von den Mönchen das Sacrament unter einerlei Gestalt empfangen solle". In dem Jahre 1543 ließ denn auch „der Rath den Bürgern von Haus zu Haus durch die Stadtknechte verbieten, die Klosterkirchen zu besuchen und das Nachtmahl daselbst zu empfangen".[1])

Mit solchem Bescheide waren jedoch die Prädikanten keineswegs zufrieden. Fort und fort hetzten sie das Volk, gegen die „Ueberreste des Baalsdienstes" auf.

„So wir diese ganz fünf Jahre hindurch," schrieb anfangs 1546 Jonas im Namen aller Amtsbrüder an den Magistrat, [2]) „gar mit großer Beschwerung unserer Gewissen die manchfältige Abgötterei und große Gotteslästerung der Klöster haben sehen und hören müssen, wiewohl wir oft geklagt und angeregt, wie E. W. sich zu erinnern wissen haben wir für uns und unsere Kirche für nothwendig geachtet, E. W. in unser aller Superintendenten (Justus Jonas), beider Pfarrer und aller Prediger Namen in einer Schrift Bericht zu thun, was wir von den abgöttischen speluncis latronum, gotteslästerischen Bethaven und cavernis Scorpionum sammt unsern Zuhörern haben leiden müssen und noch leiden, was auch für ein Aergerniß nicht allein zu Halle, sondern auch den umliegenden Orten solche letzte Hefen und Grundsuppen der Mönche und Nonnen, so sich zu Halle gesammelt, zu großem Hinderniß des Evangeliums gewesen, und — wo ihnen nicht gewehrt — noch sein mögen".

Die Klöster, so fährt Jonas fort, seien „Satans- und Götzenhäuser"; die Mönche seien „Baalsdiener", „die rechten

---

1) Dreyhaupt I, 980, 981.

2) Das Schreiben abgedruckt bei Dreyhaupt I, 210 ff., wo es jedoch irrthümlich in's Jahr 1545 versetzt wird.

cainischen, allerbittersten, giftigsten, verstockten Feinde des hl. Evangeliums und der reinen Lehre". Sie wenden die einfältigen frommen Herzen vom Evangelium ab, „da sie denn viel Schaden gethan". „Wir haben oft auf dem Predigtstuhl das Volk vermahnet, wider solche bittern Ottern und Schlangen und Feinde der göttlichen Wahrheit zu beten. So hat auch unser lieber Vater R. P. Dr. Martinus in der allerletzten Predigt, so er vor seinem Absterben zu Halle gethan,[1]) mit großem brünstigem heftigem Ernst den Rath und die ganze Kirche vermahnt, sie wollten des Ungeziefers los werden, da er also sagte: Mich wundert über die Maßen, wie ihr Herren zu Halle die Buben, die schäbigen lausigen Mönche, bei euch leiden konnt, dieweil ihr wisset, daß sie noch diese Stunde nicht aufhören, zu schänden und zu lästern Gott und sein heiliges Wort. Solche Narren sollte man nicht leiden. Ihr Herren solltet einmal Muth fassen und die närrischen schäbigen Mönche zur Stadt hinausjagen. — Solche Vermahnung unsers lieben Vaters Dr. Martin mag ein ehrbarer Rath zu Herzen fassen und bedenken".

„Ein ehrbarer Rath habe Fug und Macht, sie von ihrer Abgötterei und ihren Mißbräuchen abzuweisen, und solche Baaliten und abgöttischen Lästerer in ihren, der Stadt Halle, Gebänden, Klöstern und Häusern nicht zu herbergen, denn christliche Magistrate seien aus Gottes Befehl schuldig, bei ihren Unterthanen Abgötterei und falschen Gottesdienst abzuthun, wie davon der Herr Philipp Melanchthon ein ganz nützlich Buch geschrieben an die Fürsten,[2]) welches Buch auch von uns einem ehrbaren Rath aufs Rathhaus geschickt". Ueberall sei in den umliegenden Städten und Fürstenthümern „das Ungeziefer ausgefegt worden". Dasselbe müsse auch in Halle-

---

1) Den 25. Januar 1546. Vgl. Luthers sämmtliche Werke. Erlangen. XVI, 126 f.

2) Ph. Melanth. De officio Principum, quod mandatum Dei praecipiat eis tollere abusus ecclesiasticos. Vitebergae 1539. Von Veit Dietrich (Nürnberg 1539) und Georg Major (Wittenberg 1540) in's Deutsche übersetzt.

geschehen. „Sollte aber solche Abgötterei länger neben dem Evangelium getrieben werden, so müßten wir heftiger als je zuvor darwider lehren und predigen, wie E. W. zu bedenken haben, und wo darüber die Baalsdiener wider das Evangelium trutziglich von jemanden gehandhabt würden, möchte daraus erfolgen, daß wir Beschwerung unserer Gewissen und solcher schrecklichen Abgötterei Gemeinschaft zu vermeiden, Rath bei dem Kurfürsten von Sachsen und seiner Kurfürstlichen Gnaden Gelehrten zu Wittenberg suchen würden, um die Ehre des Evangeliums, unser Predigtamt, unsere Person, Conscienz und Gewissen von solchen unaufhörlichen Gotteslästerungen der Mönche, Nonnen und aller solchen verstockten Papisten zu erretten und nach Aenderung zu gedenken."

Daß solche fanatische Eiferer auch gegen Querhamer feindselig gesinnt waren, ist leicht zu begreifen. Gleich am Anfange mußte Jonas einsehen, daß der katholische Bürgermeister eine der festesten Stützen der altgläubigen Partei sei. Man hegte zwar eine Zeitlang die Hoffnung, den einflußreichen Mann für die Neuerung gewinnen zu können. Jonas spricht dies offen aus in einem Briefe vom 23. April 1542, worin er dem Brandenburger Hofprediger Johann Agricola einen protestantisch gesinnten Sohn Querhamers für eine Stelle in der Leibwache des Kurfürsten Joachim anempfiehlt.[1])

Um die „Bekehrung" zu beschleunigen, hatten die Prädikanten den Rath ersucht, auf Querhamer einzuwirken, daß er protestantische Predigten anhöre. Querhamer glaubte in diesem Stücke nachgeben zu können. Ein ganzes Jahr hindurch besuchte er die Predigten des Magisters Benedikt Schumann,

---

1) Der Briefwechsel des Justus Jonas, gesammelt von G. Kawerau. Halle 1884. II, 73: „Ei (Petro Querhamer) parens nullo alio nomine est parum propitius, quam quod Franciscanos cucullos non adorare vult secum, quam quod dissentit ab eo . . . in causa religionis . . . Pater senex Querhamer spero patietur se doceri de doctrina; juvando filium forsan et ipsum lucri faciemus evangelio".

Pfarrers zu St. Ulrich. Schon wähnten die Prediger gewonnen Spiel zu haben. Wie groß war nun ihre Entrüstung, als Querhamer, statt sich für die neue Lehre zu erklären, ein Buch veröffentlichte, worin er die Predigten, denen er beigewohnt, einer scharfen Kritik unterzog.[1]) Man kann sich leicht denken, welchen Verdruß eine solch unerwartete Wendung der Dinge den Prädikanten verursachte.

„Nachdem E. W.", schrieb Jonas an den Rath in dem oben angeführten Bedenken vom 15. April 1546, „den Rathsmeister Querhamer vielfältig haben vermahnen lassen, daß er die Predigt des Evangeliums und reiner Lehre hören solle, er auch ein ganz Jahr und länger die Predigt M. Benedicti Pfarrers zu St. Ulrich gehört, da man in Hoffnung gestanden, er werde sich gebessert und von der höllischen papistischen Lehre sich zu der Wahrheit gewendet haben, und er nichtsdestoweniger aus seiner vorigen Bitterkeit wider die evangelische Lehre seine heimlichen Gedanken bei sich gehabt und nun erst ein ganz ungeschickt Buch herausgeschirrt, darin doch kein rechter Grund befunden, durch welches Buch er die Lehre M. Benedicti — welche unsere einträchtige aller Prediger zu Halle Lehre ist — hart anficht und verwirft, ist mir Dr. Jonä Superintendenten in keinem Wege leidlich noch den andern meinen Mitpredigern, daß ein solcher unerfahrener ungelehrter Mann erst nach fünf Jahren unsere Lehre verwerfen sollte. Nachdem der Herr Dr. Martinus, unser lieber Vater, mir Dr. Jonä einen Befehl gethan zuvor zu Wittenberg und auch neulich vor seinem Tode hier zu Halle von den vorigen gottlosen giftigen Büchern Querhamers, so er wider Dr. Martinum hat lassen ausgehen, welchen ich zu seiner Zeit E. W. zu eröffnen bedacht, befindet sich durch dies sein nächst zusammengetragenes Buch, daß er in allem dem Widerstand und Trotze, so er wider Dr. Martini Lehr- und Bücher viele Jahre erzeigt, ohne alle Erkenntniß unbußfertig verharret. Derhalben werden wir aus Nothdringen unserer Gewissen verursacht, die Ehre des Evangelii zu erretten, gemeldeten Querhamer zu weisen

1) Ich habe leider diese Schrift nicht auffinden können.

und, wo es Noth, öffentlich auf dem Predigtstuhl zu ermahnen, daß er seine ungegründete gottlose Schrift wider Dr. Martinum und unsere Lehre hier zu Halle widerrufe, und wird da in diesem Falle durch uns als Pastoren der christlichen Kirche zu Halle die ecclesiastica cohercitio gebraucht werden müssen". [1])

Man hatte demnach im Sinne, Querhamer öffentlich von der Kanzel herab zu excommuniciren. Diese Drohung wird ohne Zweifel auf den katholischen Polemiker wenig Eindruck gemacht haben. Mußte es ihm doch höchst gleichgiltig sein, von einer Kirche ausgeschlossen zu werden, mit welcher er keine Gemeinschaft haben wollte. Bedenklicher war es, wenn die Prädikanten den evangelischen Pöbel gegen die treugebliebenen Katholiken aufhetzten. Daß aber in gewissen Kreisen der Haller Bürgerschaft die Leidenschaften nicht wenig erregt waren, zeigte sich bald nachher, als im Jahre 1547 der sächsische Kurfürst Johann Friedrich mit seinen Truppen die Stadt in Besitz genommen.

Einem städtischen Berichte zufolge, wurden die Klöster von den Soldaten und Bürgern greulich verwüstet. Die Mönche wurden „erbärmlich tractirt" und aus der Stadt gejagt; in den Kirchen zerschlug man die Tafeln und Bilder; „nichts wurde ganz gelassen". Auch „wurde an Kelchen, Monstranzen u. s. w. eines großen Guts Werth vom Kurfürsten nach Eisleben geschickt und allda eines Theils vermünzt". Nachdem auf diese Weise der Kurfürst die kostbarsten Schätze sich angeeignet, ließ er zwar das Rauben bei Leibesstrafe verbieten. „Aber es hat wenig geholfen; denn das lose Gesindel hat der papistischen Bürger Häuser angefallen, dieselben beraubet, und übel mit den Leuten umgegangen, sonderlich den Rathsmeister Querhamer, welcher gut papistisch und wider Dr. Martin Luther zuvor geschrieben hatte, fadennacket ausgezogen, ihm einen Strick um die Scham gebunden und

---

1) Dreyhaupt I, 214.

in seinen Brunnen gehenkt und gemartert, daß er sagen müssen, wo er sein Geld hätte".[1])

Trotz aller Mißhandlungen blieb der ehrwürdige Greis der katholischen Kirche treu zugethan; auch die späteren Ermahnungen protestantischer Freunde konnten ihn von seinem Glauben nicht abwendig machen. „Anno 1555 baten ihn seine Collegen Balthasar Freudemann und Valentin Köhler nebst dem Syndikus Dr. Goldstein um Gottes willen, er sollte von seiner Papisterei abstehen, unter beiderlei Gestalt communiciren und seiner Seele Seligkeit in Acht nehmen; er aber bat sie wieder um Gottes willen, ihn bei seiner Religion zu lassen".[2])

Im Jahre 1556 wurde der charakterfeste Mann noch einmal zum Bürgermeister gewählt. Bald nachher starb er, wie er gelebt hatte, dem alten Glauben treu. „Begehrte auch des Superintendenten Boetii, der ihn nachgehends in seiner Krankheit besuchen wollte, nicht, sondern starb als ein Katholik den 19. März 1557, und ward zwar mit Geläut, aber ohne Begleitung der Prediger auf dem Gottesacker begraben, dabei die bösen Buben im Thor gestanden und ihr Gespött getrieben. Ist sonst ein aufrichtiger und geschickter Mann gewesen, der der Stadt Beßtes sich eifrig hat angelegen sein lassen".[3])

N. Paulus.

---

1) Städtischer Bericht bei Dreyhaupt I. 244.
2) Dreyhaupt II, 692.
3) Dreyhaupt ebendas.

III.

Preußen und die katholische Kirche von 1786 bis 1792.[1])

Seit dem Erscheinen des fünften Bandes der vom Geheimen Archivrath Dr. Max Lehmann auf Veranlassung und mit Unterstützung der königlichen Archiv-Verwaltung in Berlin unternommenen großen Urkundensammlung ist ein Zeitraum von beinahe acht Jahren verflossen.[2])

Während die fünf ersten Bände in rascher Aufeinanderfolge an das Licht traten, hat die Herstellung des sechsten Theiles ungebührlich lange auf sich warten lassen. Das große Interesse, welches man dem bedeutenden Unternehmen von Anfang an entgegenbrachte, hat in Folge dieser Verzögerung insofern an Stärke eingebüßt, als man jetzt nur mit Mühe den geschichtlichen Faden wieder auffinden kann, und sich in die Gesinnungen und leitenden Grundsätze der tonangebenden Personen hineindenken muß. Dazu kommt dann, daß der Gang der aktuellen Kirchenpolitik seit dem Jahre 1885 eine den Katholiken freundlichere Wendung genommen hat, die wesentlich abweicht von der Haltung der

---

1) Publikationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven. 53. Band. Preußen und die katholische Kirche seit 1640. Nach den Akten des Geheimen Staatsarchivs. Von Max Lehmann. Sechster Theil. Von 1786 bis 1792. Leipzig, Hirzel. 1893. 8°. 593 S.

2) Ueber die früheren Bände vgl. „Histor.-polit. Bl.“ Bd. 89, S. 762; Bd. 91, S. 542 und 608; Bd. 93, S. 432; Bd. 98, S. 124 ff.

Regierung in den Jahren, in welchen die ersten Bände der Sammlung veröffentlicht wurden. Hr. Geheimerath Lehmann hat sich auch bei der Herstellung des 6. Bandes einer anerkennenswerthen Objektivität beflissen. Sämmtliche Urkunden gelangen im Originaltext zum Abdruck, auf die Reinheit und Genauigkeit des Textes ist besondere Sorgfalt verwendet, während die Anmerkungen solche geschichtliche Hinweise darbieten, welche geeignet sind, das Verständniß des Textes zu erleichtern. Zum Lobe des Herausgebers ist anzuerkennen, daß alles vermieden wurde, was das Urtheil beim Gebrauch in kirchengeschichtlicher oder kirchenpolitischer Hinsicht beeinflussen könnte. Der Freiheit des Lesers zur Bildung einer selbständigen Anschauung ist in keiner Weise zu nahe getreten. In der That ist das auch eine nicht abzulehnende Forderung der Gerechtigkeit, daß die Art der Behandlung von Urkunden, deren Herausgabe aus den öffentlichen Mitteln aller Staatsbürger geschieht, die Freiheit des Bekenntnisses in keiner Weise antaste.

Am 17. August 1786 hat Friedrich der Große sein thatenreiches Leben beschlossen. Die Krone ging über auf seinen Neffen Friedrich Wilhelm II. (1786—1797), dessen sechs erste Regierungsjahre im vorliegenden Bande in Betracht kommen. Soweit die dargebotenen Urkunden, deren Zahl sich auf 488 beziffert, auf die innere Lage der Kirche sich beziehen, bieten dieselben nur mäßiges Interesse. Auch nicht ein einziges Dokument ist anzutreffen, das sich nur im entferntesten mit der Memoria originale Pius VI. vom 16. November 1782 an Bedeutung zu messen vermöchte. Nichteinmal in Schlesien begegnen wir großen Staatsaktionen. Dagegen fesselt unser Band die Aufmerksamkeit des Lesers nach einer andern Seite hin. Es ist die Stellung, welche der König und seine Minister zu dem Emser Congreß und dem von drei rheinischen Kurfürsten angefachten Nuntiaturstreit einnahmen. In diesem Punkte enthält der neue Band äußerst schätzbares Material, welches auf die

Stimmung der Geister am Rhein ein sehr bedenkliches Lich
wirft und einen Blick in eine Kirchenpolitik thun läßt, di
naturgemäß in ein Schisma auslaufen mußte, wäre nic
vom Westen ein Sturm dahergebraust, welcher Gute un
Schlimme zugleich wegfegte.

„Die Nachricht vom Tode Friedrichs des Großen"
meldete der Abbé Ciofani, preußischer Agent beim aposto
ischen Stuhle, aus Rom am 6. September 1786 dem Etats
Minister Hertzberg, „war schon am ersten dieses Monat
hier eingetroffen, Jedermann war davon betroffen. W
haben den Held des Jahrhunderts, den Freund der Humanität
das Vorbild der Könige verloren — das sind die Wort
die ich auf allen Seiten vernehme. Auch der päpstliche Ho
hat tiefen Antheil an diesem Verlust genommen. Unmöglic
könnte ich Ihnen nach Gebühr die Gefühle schildern, welc
der hl. Vater und seine Minister unter Hinweis auf ih
Verpflichtungen gegen den verstorbenen Monarchen mir b
zeugt haben". Im Oktober sandte Ciofani dem König fü
Schreiben, in welchen die Ordensgenerale der Carmelite
Franziskaner, Minoriten, Kapuziner und Dominikaner d
neuen Landesherrn zu seinem Regierungsantritt beglü
wünschten, und welche der Monarch auch einzeln bean
wortete. Den Inhalt der fünf Briefe erfährt man im Ei
zelnen nicht. Doch drängen alle Vermuthungen zu der A
nahme, daß die Ordensgenerale ihre in den königlichen Land
gelegenen Convente dem landesväterlichen Wohlwoll
empfahlen.

Bittschriften ganz anderer Art richtete der zweideuti
französische Exmönch Abbé Du Val-Pyrau an den Köni
In meiner Berichterstattung über den fünften Band ha
ich das unwürdige Treiben dieses Mannes dargelegt, welch
ein alter und verdienter Beamter, von echtem Schrot un
Korn, der Etats-Minister Hertzberg, wenigstens zeitweil
zu Paaren trieb. Unter der neuen Regierung kam der m
Pfründen ohnehin viel zu reichlich bedachte Mann wied

zum Vorschein. Am 14. Dezember 1786 bittet er aus Potsdam den König zum dritten Mal, ihm die durch das Abscheiden des Abbate Bastiani[1]) in Schlesien erledigten Pfründen zu verleihen. Denn, „Sire, wer könnte gerechteren Anspruch auf dieselben erheben? Die Versprechungen des verstorbenen Königs, sieben Jahre des Harrens, mehr als 10,000 Thaler Vorschuß, endlich die Arbeit, der ich mich Tag und Nacht widme, auf das Grab des unsterblichen Mannes eine Krone zu setzen, welche der Ihrigen nicht schaden wird" — das waren die vielsagenden Gründe, auf welche der Herr Abbé sein Gesuch stützt. Leider fehlt die Antwort des Königs. Ein würdiger Genosse dieses Mannes ist der Abbé Karl Denina, Legationsrath und Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Das Interesse der katholischen Kirche in Preußen, aber nicht minder sein eigener Vortheil lag ihm außerordentlich am Herzen. Am 9. Juli 1792 reichte er eine Denkschrift ein mit dem Zwecke, den Zuzug der Katholiken in die preußischen Staaten zu fördern. Er wünscht die Ernennung eines in Berlin residirenden Weihbischofs. Pfründen in Westpreußen, also der Diöcese Kulm, wozu Berlin nicht gehört, wird man, nach dem Abbé, ohne alle Schwierigkeiten für den neuen Prälaten flüssig machen. Zwar ist der Mann bescheiden genug, seine eigene werthe Person für den neuen Posten nicht in Vorschlag zu bringen, doch zwingen ihn die Interessen der Religion zu der Bitte, der Monarch möchte ihm den „Titel eines Geheimen Rathes für die Angelegenheiten der katholischen Kirche" ertheilen.

Den Löwenantheil an den Urkunden besitzt, wie in den voraufgehenden Bänden, so auch in dem sechsten die Diöcese Breslau. Zunächst kommen in Betracht diejenigen Urkunden, welche die Wahl eines Coadjutors für den Fürstbischof Schaffgotsch von Breslau betreffen. Ueber das höchst beklagenswerthe, eines katholischen Bischofs durchaus un-

1) Histor.-pol. Blätter. Bd. 93, S. 436.

würdige Auftreten dieses Mannes, sowie über die von Friedrich II. über ihn verhängte Verbannung aus den königlichen Landen wurde früher gehandelt.[1] Bei der Wahl zu einem Weihbischof mit dem Rechte der Nachfolge wandelt der König einfach die Wege der überlieferten Kirchenpolitik. Am 2. August 1787 ernannte er den Minister Grafen von Hoym zum Commissar für das Wahlgeschäft und erließ zugleich an das Domkapitel ein Empfehlungsschreiben für den Prinzen Karl Joseph Ernst Justin von Hohenlohe-Bartenstein. Vom Standpunkte des katholischen Kirchenrechts unterliegt das Schreiben schweren Bedenken. Mit einem auch noch so kräftigen Empfehlungsbriefe hätte das Domkapitel sich zufrieden geben können. Aber das Schreiben verlangt zugleich auch die wirkliche Wahl des Fürsten und betont außerdem, sämmtliche Jurisdiktion solle bis zum Tode des Fürstbischofs Schaffgotsch ausschließlich dem Domkapitel zustehen. Für Hohenlohe verlangt der König erst beim Ableben des Fürstbischofs Uebernahme der Verwaltung der Diöcese (147).

Diesem vom König und dem Domkapitel beliebten Verfahren standen zwei Hindernisse entgegen: der Fürstbischof lebte noch, und ferner konnte das Domkapitel nach kanonischem Recht ohne eine besondere Genehmigung des Papstes unter solchen Umständen keinen Weihbischof ernennen. Das Ministerium vertrat seinen Standpunkt in einem Erlaß an den römischen Agenten Abbate Ciofani vom 9. Februar 1788: „Das Domkapitel von Breslau“, heißt es darin, „hat mir mitgetheilt, daß es nach seinen Rechten zur Wahl eines Coadjutors für den Bischof einer Genehmigung des Papstes nicht bedarf und daß der Papst nur auf die Bestätigung der Wahl einen Einfluß ausübt“ (195). In Rom zögerte man, doch wollte der hl. Vater zuerst noch einen letzten Schritt zu Gunsten des Fürstbischofs thun. Bereits am

1) Histor.-pol. Bl. Bd. 93, S. 493.

1. Oktober 1786, etwa zwei Monate nach dem Hintritte Friedrichs hatte Schaffgotsch dem königlichen Nachfolger das Gesuch um Rückkehr nach Breslau eingereicht. „Ich glaube, Ihnen einen Dienst zu erweisen“, erwiderte der Monarch am 6. Oktober, „wenn ich die Bitte verweigere. Denn Ihr Verhalten in bürgerlicher wie kirchlicher Beziehung war derart, daß es Sie um alle Achtung in Schlesien gebracht hat . . . Bleiben Sie in Frieden in Johannesberg, um daselbst in Ruhe Ihre alten Tage zu verleben, und erleichtern Sie sich durch aufrichtige Buße den Schmerz über Ausschreitungen vergangener Zeiten, deren Andenken geeignet ist, Ihre letzten Augenblicke zu vergiften“ (4). Die Sprache des Königs mag hart erscheinen, aber sie war gerecht und verdient gegenüber einem Manne, auf dessen Lebenswandel tiefschwarze Schatten lagerten, deren in einem früheren Berichte ausführlich hier gedacht wurde (Bd. 93, S. 436 ff.). Jetzt veranlaßte man in letzter Stunde Pius VI. für den unglücklichen Prälaten beim Monarchen eine Lanze zu brechen und seine Rückkehr zu beantragen. Höflich, aber fest lehnte der Monarch das Gesuch ab.

In Sachen des Domkapitels dagegen hatte man in Rom einen Sieg zu verzeichnen. In formell verbindlicher, sachlich aber sehr genauer und scharfer Darlegung trat der Cardinal-Staatssekretär Buoncompagni in seiner Note vom 12. März 1788 an den Agenten Ciofani dem Wahlverfahren des Domkapitels entgegen. „Man darf annehmen, daß die Domherren in Breslau die Grundsätze des kanonischen Rechtes entweder nicht kennen, oder daß sie dieselben nicht zu kennen glauben, da sie ihr Wahlrecht nicht blos bei erledigtem, sondern auch bei besetztem Stuhl ausüben wollen“. Für den letzteren Fall bedürfe es einer besonderen Genehmigung des päpstlichen Stuhles, wie eine solche jüngst (wovon unten) für Mainz und Worms ergangen sei. Wünsche das Domkapitel Beobachtung des nämlichen Verfahrens, welches Benedikt XIV. beliebt habe, so werde der hl. Vater das

gewähren. Der Papst, so schließt der Cardinal, vertraut, Se. k. Majestät werde sich entweder damit einverstanden erklären, daß der apostolische Stuhl sich an diese Beispiele anlehne, oder aber dem Domkapitel aufgeben, „den übrigen Domkapiteln der Christenheit zu folgen, ohne die ganze Jurisprudenz und Praxis der Kirche zu erschüttern und zu verwirren" (201). Nachdem das Domkapitel am 1. Mai 1788 sich der päpstlichen Entscheidung unterworfen (214), hat Pius VI. im September 1788 das ungiltige Wahlverfahren sanirt und die vom Kapitel berufene Person des Fürsten Hohenlohe genehmigt. Indem Ciofani im Schreiben vom 10. September dem König diese frohe Mittheilung macht, bemerkte er: „Der hl. Vater hat sich bei dieser Gelegenheit ein Vergnügen daraus gemacht, Eurer Königlichen Majestät mehr und mehr seine Geneigtheit zu beweisen" (311). In der That bedurfte der Papst der Hilfe des Königs damals in hohem Grade, wenn es ihm gelingen sollte, die unheilvollen Bestrebungen der drei geistlichen Kurfürsten, sowie des kaiserlichen Hofes in Wien zur Aufhebung der Nuntiaturen zu brechen. Schon gleich im Anfang der Regierung Friedrich Wilhelms II. scheint man in Rom die Stellung des Monarchen im Nuntiaturstreit geahnt zu haben, daß man sich den König schon damals verpflichten wollte und zwar an einer empfindlichen Seite. Am 20. Dezember 1786 konnte Ciofani aus Rom dem Etatsminister Hertzberg melden, daß der Königstitel der Krone Preußen im neuen päpstlichen Hofkalender verzeichnet sei (14). Zum Dank für die Haltung des Königs in der Nuntiaturfrage, schreibt Ciofani Anfangs Januar 1787, „hat der Papst Befehl gegeben, überall in Rom den königlichen Titel Preußens anzuerkennen" (26).

Die Urkunden über die Nuntiaturstreitigkeiten erregen unser Interesse in ausnehmendem Maße. Hierorts genügt es, daran zu erinnern, daß die übel berathenen drei rheinischen geistlichen Kurfürsten bereits 1769 in Coblenz 31 „Desiderien" durch ihre Abgeordneten aufstellen und dann

dem Kaiser überreichen ließen, damit dieser beim Papst die Gewährung ihrer Bitten betreiben möge. Diese Beschwerdeschrift richtete sich auch gegen die Jurisdiktion der Nuntien. Als nun Pius VI. auf dringendes Bitten des Kurfürsten Karl Theodor dennoch 1785 in München eine Nuntiatur in's Leben rief, beantworteten die Kurfürsten diesen Schritt durch die 23 Artikel der Emser Punktation vom Jahre 1786. Joseph II., an welchen sie sich nochmals wandten, ging sogar so weit, daß er durch Hofdekret vom 9. August 1788 die Nuntiaturfrage vor den Reichstag verwies. In das politische Getriebe jener aufgeregten Zeit gewähren die von Lehmann mitgetheilten Urkunden einen tiefen Blick. In alle und jede Einzelheiten einzugehen, verbietet der Raum. Wollte man die Stellung der betheiligten geistlichen und weltlichen Mächte kurz darlegen, so müßte man sagen: der Papst vertrat die unveräußerlichen Rechte seines Primats, welcher unzweifelhaft die Befugniß zur Abordnung von Nuntien in sich schließt. Doch ging der heilige Stuhl mit Bedacht vor, denn Alles kam darauf an, einen Bundesgenossen wider den Wiener Hof als den Schutzherrn der aufrührerischen Kurfürsten zu gewinnen. In der That berührte sich das päpstliche Interesse mit der Politik Friedrich Wilhelms II., dem außerordentlich viel daran liegen mußte, den österreichischen Einfluß in Köln, Trier und Mainz zu brechen. So kam es, daß der König in den langwierigen Streitigkeiten mehr als einmal von Rom aus um Vermittlung angerufen wurde. Wohl mag der Druck, den er durch seine Diplomaten ausübte, die Kurfürsten vom Aeußersten zurückgehalten haben. Was die drei Erzbischöfe selbst anlangt, so zeigen die neuen Urkunden ein Bild tiefster Zerfahrenheit unter denselben. Die schlimmste Rolle spielte der Kurfürst Max Franz von Köln, der Bruder des Kaisers, der jüngste Sohn der Maria Theresia. Trier bezeigte sich am wenigsten feindlich gegen Rom, Mainz schwankte. Einen höchst lesenswerthen, auf Grund persönlicher Besprechungen sich stützenden Bericht

über die Stimmung der kurfürstlichen Höfe haben der Geheimerath Dohm, preußischer Gesandter in Köln, und der Landjägermeister Stein, preußischer Gesandter in Mainz, am 8. August 1788 dem Ministerium in Berlin eingereicht. Der langen Rede kurzer Sinn liegt in dem vom Herausgeber durch Sperrdruck hervorgehobenen Satze: „Nicht nur sind die Erzbischöfe hierin anderer Meinung als die Bischöfe, sondern auch jene selbst betrachten die Sache und ihren Betrieb aus verschiedenen Gesichtspunkten" (268).

Eine besonders unrühmliche Erwähnung verdient der Kurfürst von Mainz, Karl Joseph von Erthal, dessen Haltung auch eine ausnehmend scharfe Kritik seitens des Cardinal-Staatssekretärs hervorrief. Nachdem Friedrich Wilhelm II. bereits im Monat Februar 1787 den Kammerherrn Marchese Girolamo Lucchesini in Sachen der Nuntiaturen als außerordentlichen Agenten an den heiligen Stuhl gesandt, um den letztern zur Mäßigung gegen die Kurfürsten zu bestimmen (68), empfing Lucchesini von Kur-Mainz den Auftrag, für den Baron von Dienheim die Coadjutorie von Mainz zu erwirken Als empfehlende Gründe sollte er angeben die Hinneigung des Barons an die „Grundsätze des deutschen Reiches" und seine Mäßigung in Sachen der Kirchendisciplin. Schon war die Stunde einer zur Erledigung dieser Angelegenheit bestimmten Audienz beim Papst anberaumt, da stürzt ein Mainzer Courier herein mit der Meldung, den Dienheim habe man fallen lassen, der Kurfürst bringe für die Coadjutorie den Domherrn Karl Theodor von Dalberg nunmehr in Vorschlag. „Glücklicher Weise", bemerkt Lucchesini, „hatte ich, von der geringen Aussicht auf Erfolg des kurmainzer Vorschlags überzeugt, das Beglaubigungsschreiben, welches die Coadjutorie für Dienheim beantragte, noch in der Tasche behalten. Wenigstens habe ich damit dem Kurfürsten den Vorwurf der Leichtfertigkeit erspart, denn er würde dem römischen Hofe wenig Vertrauen in seine Grundsätze und Versprechungen eingeflößt haben" (97).

Was Lucchesini in diesen Worten befürchtet, ist dennoch eingetreten. Im Nachtrag finden wir nämlich den genauen Text der zu Mainz am 2. Mai 1787 für Lucchesini ausgestellten Vollmacht zur Erlangung der Coadjutorie von Mainz für Dalberg. Darin erkärt der Kurfürst, er sei geneigt, alles aufzubieten, „um wahre Freundschaft und Einheit mit dem römischen Hofe wiederherzustellen, um die mit Bezug auf die Nuntiaturen und Grundsätze des Emser Congresses in der deutschen Kirche entbrannten Streitigkeiten friedlich beizulegen, von dem Vertrauen erfüllt, daß Seine Heiligkeit zur Pflege der nämlichen Freundschaft, zum Schutz der Rechte der deutschen Metropoliten und Bischöfe und zu andern Gnadenerweisen bereit sei" (583). Zu diesen gehöre die Verleihung der Coadjutorien von Mainz und Worms an Dalberg. Gemäß einer Note Lucchesini's an den Staatssekretär Buoncompagni vom 14. April trat als Bürge für die Erfüllung der Zusagen der König von Preußen ein (584). Die Zusagen werden von Lucchesini näher dahin beschrieben, „daß der erlauchte Kurfürst, wie auch sein Coadjutor Dalberg weder Förderer noch Begünstiger der Bestimmungen des Emser Congresses sein, vielmehr den Status quo nach Maßgabe des am 2. Mai an den Marchese Lucchesini gesandten Beglaubigungsschreibens aufrechterhalten werden." Bald stellte sich heraus, daß Kur-Mainz das Versprechen anders auffaßte als der Cardinal-Staatssekretär. Für den Kurfürst war der Status quo gleichbedeutend mit Aufhebung aller Nuntiaturen, der Cardinal erblickte im Status quo volle Freiheit des apostolischen Stuhles zur Ausübung seiner Primatialrechte (306).

Der Cardinal stand unentwegt auf dem Boden des kanonischen Rechtes. Der Gang der Ereignisse, insbesondere aber die Dekrete des allgemeinen Concils vom Vatikan 1870 haben seinen Standpunkt vollkommen gerechtfertigt. Um zu erkennen, wie weit der Kurfürst vom kanonischen Recht, insbesondere von der göttlich gewährleisteten unveränder-

lichen Verfassung der Kirche sich entfernte, lese man jene Briefe, in denen er bei Friedrich Wilhelm II. Schutz wider die sogenannte römische Curie nachsuchte (290, 436, 459). Namentlich krankt das erste Schreiben vom 25. August 1788 an bedeutendem Mangel an rechtlichen und kirchengeschichtlichen Kenntnissen. Selten hat ein Kirchenfürst größeren Mißbrauch mit dem Pseudo-Isidor und seinen falschen Papstbriefen getrieben. Die Fürstenconcordate werden ausgebeutet, aber Eugens IV. Salvatorium einfach bei Seite geschoben. Die Aschaffenburger oder Wiener Concordate scheint der Kurfürst nicht zu kennen.

Hier setzte der Cardinal Buoncompagni mit Recht seine Hebel ein. In der an den Agenten Ciofani im November 1788 gerichteten Note bemerkt er: „Alle unsere Hoffnungen gründeten und gründen sich auf die Billigkeit dieses (des Berliner) Hofes, der es sich zum Ruhm anrechnet, den Besitz der Schwachen und die Unversehrtheit der Verfassung und alter Gebräuche zu schirmen" (353). Am 31. Dezember 1788 richtete der Cardinal an den Etatsminister Hertzberg jenen Brief, welcher Kur-Mainz dessen Angriff auf die Verfassung der deutschen Kirche und die Verletzung der dem hl. Vater 1787 gemachten Versprechen vorhält. „Haben wir", betont der Cardinal, „die Rechte der Bischöfe und Metropoliten verletzt (die einzige Bedingung, die der mächtigste und treueste aller Garanten sich vorbehalten), dann nehme man sich die Mühe, die Klagepunkte genau darzulegen, wir werden uns rechtfertigen, oder sofort verbessern. Erblickt man aber tamquam primarium gravamen die Concordate, die man als Fundamentalgesetz zu beobachten uns vorgeschlagen, sowie die Gesetze und den Besitzstand von Jahrhunderten, dann befinden wir uns in der unglücklichen Lage, daß die Beobachtung der Gesetze als Uebertretung derselben gilt" (361, 362).

Ende 1788 lenkten die Kurfürsten ein. Friedrich Wilhelm II. ließ am 8. Februar 1789 in Rom um baldige

Ertheilung einer Antwort bitten. Weil aber die Briefe der Kurfürsten eine lange Reihe von Beschwerden umfaßten, so wollte Pius VI. sich Zeit gönnen zu gründlicher Prüfung. Schon vorläufig ließ er dem Grafen Brühl, preußischem Gesandten bei Kurpfalz-Baiern, durch den Nuntius in München Mjgr. Zoglio am 7. April 1789 eröffnen, die Beschwerden seien „übertrieben und ungerecht“, erst seit zwei Monaten befänden sich dieselben in seinen Händen, der Papst werde die Sache allseitig erwägen. Bekanntlich erfolgte die Antwort in der berühmten Responsio ad Metropolitanos, welche in Berlin durch den Grafen Guiccioli, Sekretär des Kölner Nuntius Mjgr. Bartolomeo Pacca, überreicht wurde (484). Guiccioli hatte bereits im März 1789 in Berlin eine Denkschrift mitgetheilt, zu dem Zwecke, den Nutzen der Nuntiaturen darzulegen, die nach Beseitigung derselben immer steigende Macht der Erzbischöfe zu kennzeichnen und Preußen für die Beschützung der Nuntien zu gewinnen (387, 417). Die Folge war, daß die Verhandlungen des Reichstags zu keinem Ergebniß führten und die Erzbischöfe ihren rechtlich unhaltbaren Forderungen entsagen mußten.

Wenn der König im Nuntiaturstreit die Rolle eines Vermittlers zwischen Rom und den geistlichen Kurfürsten übernahm, dann trat er anderseits den Ansprüchen des Erzbischofs von Köln auf Ausübung der geistlichen Jurisdiktion in Cleve nach wie vor entgegen. Die hüben und drüben gepflogenen Verhandlungen bieten durchaus keine neuen Gesichtspunkte, weßhalb ich auf meine ausführliche Analyse der Memoria originale di Pio VI. verweise (Bd. 98, S. 129). Die nämliche Bemerkung bezieht sich auf die Verhandlungen des Ministeriums mit dem Bischofe von Roermond (537), welcher seine geistliche Gewalt über Geldern ausüben wollte. In der Grafschaft Lingen haben sich auch jetzt die Verhältnisse der Katholiken nicht gebessert. Zeitweilig übernahm der Bischof von Paderborn die Obsorge um die dortigen Glaubensgenossen (229), dann aber, nachdem dieser die Last

abgewälzt (473), der Nuntius Pacca in Köln. Als dieser aber nicht bloß dem Schein nach, sondern auch in Wirklichkeit Ordinarius zu sein wünschte, ließ der König in Rom Klage gegen ihn führen (572), worauf ein Vergleich erfolgte

Aachen. A. Bellesheim.

IV.

Röslers Biographie des Cardinals Dominici. [1])

Vor einigen Jahren besuchte mich in Köln ein damals in Löwen studirender englischer Dominikaner und machte mir die Mittheilung, er trage sich mit der Abfassung einer Lebensbeschreibung des heiligen Erzbischofs Antonin von Florenz. Zu diesem Zwecke habe er sich auch nach Aachen begeben und mit dem Geheimrath Alfred von Reumont eine Unterredung gehabt. Seitdem sind schon acht Jahre verflossen, ohne daß man von der Ausführung dieses übrigens höchst dankenswerthen Unternehmens etwas vernommen hätte. Um so freudiger sind wir jetzt durch die Nachricht in der Vorrede zu obiger Schrift überrascht, daß P. Rösler sich die Aufgabe, das Lebensbild der anziehenden Persönlichkeit des großen Florentiner Erzbischofs zu zeichnen, gesetzt habe. Die Erreichung dieses Zieles war aber unmöglich ohne eingehende Beschäftigung mit dem Leben und den Schriften des seligen

1) Cardinal Johannes Dominici O. Pr. 1357—1419. Ein Reformatorenbild aus der Zeit des großen Schisma, gezeichnet von P. Augustin Rösler, C. SS. R. Mit dem Bildniß Dominici's. Freiburg, Herder 1893. 8°. VI, 196 S.

Cardinals Dominici, aus dem Predigerorden, dessen Reformbestrebungen in Antonin ihre reichste und schönste Frucht gezeitigt. Während die Erziehungslehre Dominici's als ein besonderer Band in der „Bibliothek der katholischen Pädagogik“ demnächst durch Rösler zur Ausgabe gelangen wird, empfangen wir schon jetzt ein sorgsam gearbeitetes Bild der gesammten Thätigkeit des großen Cardinals.

In mehrfacher Beziehung verdient derselbe unsere eingehende Aufmerksamkeit. Rösler wandelt keine ausgetretenen Geleise, er ist Originalforscher. In Folge ebenso tiefgehender wie anhaltender Forschungen in den Bibliotheken und Archiven von Florenz und Rom hat er sich in den Stand gesetzt, nicht wenige Schriften Dominici's im Original zu prüfen und damit neue Gesichtspunkte zur Beurtheilung einer uns wahrhaft imponirenden Gestalt in einer der traurigsten Zeiten des ausgehenden Mittelalters zu liefern. Um so höher schlagen wir dieses Verdienst an, als Dominici bei uns zu Lande durch Sauerland in der Brieger'schen Zeitschrift für Kirchengeschichte eine Kritik erfahren hat, welche nicht seltene psychologische Unmöglichkeiten enthält und mit wohlbegründeten objektiven Thatsachen sich nicht vereinbaren läßt. Röslers Polemik wider diese Behandlung ist ebenso lebhaft wie berechtigt. Vom Standpunkt der Papstgeschichte liefert obige verdienstvolle Arbeit neue bedeutende Beiträge zur Vertheidigung Gregors XII. Soviel steht denn doch für jeden einsichtsvollen Forscher fest: Gregor XII. war der allein rechtmäßige Oberhirt der katholischen Kirche. Unerschütterlich müssen wir an dieser wohlverbürgten Thatsache festhalten, gegen die alle zweideutigen Elemente, zuletzt noch der verlebte Curci in seinem Tarlo Vaticano, ankämpfen. Mit Gregor XII. ist aber Dominici unauflöslich verbunden. Gerade deßhalb, weil er von der Rechtmäßigkeit desselben so tief überzeugt war, konnte er in Constanz mit gutem Gewissen als Vertreter desselben in der Frage der freiwilligen Amtsniederlegung thätig sein.

Was die Ausführungen im Einzelnen anbetrifft, so verweisen wir den Leser auf die Schrift selbst. Sie führt uns den stammelnden Jüngling vor, der mit Mühe und gegen den Wunsch seiner Mutter Aufnahme in den Predigerorden findet und dann zuerst in Venedig als Kanzelredner wie als Reformator des Ordens eine höchst gesegnete Wirksamkeit entfaltet. Dominici's reformatorische Thätigkeit läßt uns tiefe Blicke in die damalige Lage der italienischen Orden thun, die vielfach den Reformbestrebungen der Päpste, als deren Vikar auf diesem Gebiete Dominici uns entgegentritt, den heftigsten Widerstand entgegensetzten. Die Nachrichten über die Gründung und Leitung des Klosters der Dominikanerinen zu Venedig bieten eine Fülle der trefflichsten Lehren für alle, welche in ähnlichen Stellungen zu wirken berufen sind. In Dominici's Anleitungen paart sich die tiefe Wärme mittelalterlicher Frömmigkeit mit jener feinen Maßhaltung und jener zarten Vorsicht, die alle echtchristlichen Männer auszeichnet und vor Ausschreitungen bewahrt, die aus hoffärtiger Selbstüberhebung und Mangel an demüthiger Unterwerfung unter die lebendige Autorität der Kirche entspringen. Das höchst anziehende dritte Kapitel führt uns mitten in das religiöse, gesellschaftliche und politische Leben von Florenz, wo Dominici, wegen einer leichten Unvorsichtigkeit aus Venedig verbannt, von 1399 bis 1406 als Prediger und Ordensreformator sich mit unsterblichem Ruhm bedeckte.

Aus der verständnißvollen Charakteristik der Predigten des großen Dominikaners, in dessen Lob die Vertreter aller damaligen Geistesrichtungen rückhaltslos übereinstimmten, wie aus den geistlichen Lehren, welche Dominici seinen Schülern ertheilt, ergibt sich, daß die Pflege der Kanzelberedsamkeit durchaus nicht in alleweg darniederlag und daß tiefinnerliches, auf die Nachfolge des gekreuzigten Heilandes begründetes Christenthum seine schönsten Blüthen trieb. Nur wer sich herausnimmt, die Thatsachen zu vergewaltigen, kann den Vorwurf von äußerer, mechanischer Werkheiligkeit erheben.

Das ausnehmend lange Kapitel über „Dominici's Stellung zur Wiederbelebung des klassischen Alterthums“ (63—120) sucht mit Recht eine mittlere Linie zu gewinnen, welche die anscheinend entgegengesetzten Aeußerungen Dominici's über diese weittragende Frage ausgleicht. Rösler selbst weicht in seiner Auffassung über dieselbe von Ludwig Pastor, dem Verfasser der Papstgeschichte, nicht unbedeutend ab. Seine Kritik des „Paradiso“, insbesondere seine Darlegung der humanistischen Lebensanschauung des in den Florentiner Kreisen tonangebenden Augustiners Luigi Marsigli († 1394) sind geeignet, den Leser auch über die ältere Richtung in der Renaissance, welche Petrarca vertritt, ein härteres Urtheil als bisher fällen zu lassen. „Wenn Petrarca“, bemerkt Rösler, „in seinen Dichtungen sich nie frivol zeigt und der Lüsternheit keine Nahrung bietet, so können wir deshalb zwischen ihm und Boccaccio, dem ziemlich offenen Prediger der freien Liebe, sowie den Vertretern der sogenannten falschen Renaissance keinen Unterschied entdecken. Die Ruhmsucht und der feine Egoismus wächst aus derselben Wurzel hervor, wie die Fleischeslust: aus der Genußsucht, dem Grundcharakter des Heidenthums“ (72).

In den beiden letzten Kapiteln tritt uns Dominici entgegen als unerschütterliche Säule der beiden Päpste Gregor XII. und Martin V. Daß Gregor XII. einen Mann, der in guten und, was bedeutend mehr besagen will, in schlimmen Tagen, ohne zu wanken und zu weichen, bei ihm ausgeharrt, zu seinem Vertreter in Constanz erwählte und durch ihn seine Amtsniederlegung bekannt machen ließ, genügt allein schon, um uns Dominici im besten Lichte erscheinen zu lassen. Martin V. entbot ihn als Legaten zu König Sigismund, sowie zur Beilegung der husitischen Wirren in Böhmen. Als solcher entschlief der Cardinal am 10. Juni 1419 in Buda. Den Cult eines Seligen, den er alsbald im Orden empfing, hat Gregor XVI. im Jahre 1832 bestätigt.

Auf Grund der Handschriften und der gedruckten Literatur

liefert Rösler (182—191) ein genaues Verzeichniß alle Werke Dominici's, unter denen nicht wenige als Testi d lingua in der Entwicklung der bella favella del si eine be deutende Rolle spielen.

V.

Zeitläufe.

Der Ausfall der Reichstagswahlen und ihre Folgen.

Den 24. Juni 1893.

Die Neuwahl hat zunächst eine bisher noch nicht erhör Anzahl von Stichwahlen ergeben, welche an sich schon ein Bestimmung des Endresultats der Reichstagsauflösung un möglich macht. Sie sind auch der klarste Beweis des Ab grunds von Verwirrung, die in unserm Volksleben eingeriss hat, der allgemeinen Unzufriedenheit, rathlosen Schwanken und der Zerwürfnisse in den alten Parteien. Für od wider die Militärvorlage war die Wahlparole der Regierun Als die Vorlage erschienen war, entsetzte sich der ganze al Reichstag, alle Parteien nahmen Stellung dagegen, un trotz der Erlahmung durch die sechsmonatliche „ekelhaf Handlerei", um mit Graf Caprivi zu sprechen, fiel s schließlich dennoch durch. Wer aber vom jungen Reichsta entschlossenen Widerstand gegen die maßlose Anforderun erwartet hat, macht sich bis jetzt die Rechnung ohne de Wirth. Die Stichwahlen lassen es immer noch möglich e scheinen, daß die Regierung ihre Leute und ihre Mittel bess gekannt hat, und ihren Willen durchsetzt, wenn auch mit A und Krach.

Einstweilen aber hat der endgültige Ausfall der Wahlen doch zwei für uns erfreuliche Thatsachen festgestellt: den Sieg des Centrums gegen die Militärvorlage und den gänzlichen Bankerott des Nationalliberalismus. Zahlen im Vergleiche sprechen: endgültig Gewählte vom Centrum 81, Conservative 49, und Nationalliberale — 15! Das Centrum, von allen Seiten bestürmt, von den Liberalen durch den Bauernbund hinterlistig angefallen und trotz des im eigenen Hause ihm angezündeten Schadenfeuers, ist bis jetzt die stärkste Partei unter den Gewählten. Die Nationalliberalen haben sich noch selber die Schande angethan, daß sie, wie der Socialdemokratie gegenüber den Sohn, so in der Werbung um die Bauern den eigenen Vater verläugneten: den liberalen Oeconomismus. Zu solchen Mitteln mußte die Partei greifen, die vor zwanzig Jahren für sich allein die Mehrheit im Reichstag besaß, um bei der Hauptwahl 15 Stimmen und in zwei bayerischen Provinzen, wo sie eigene Candidaten gar nicht aufzustellen wagte, kaum eine Handvoll Erwählte des „Bauernbundes" zu erobern.

Freilich ist es nicht mehr gut, den Wählern noch mit dem liberalen Oeconomismus, der sogenannten Manchesterlehre von der „freien Concurrenz", zu kommen. Er war, neben dem Kirchenhaß, das Auf und Nieder der ganzen liberalen Welt, jetzt ist er todt und begraben. „Wie lange ist es her!" hat der österreichische Finanzminister wehmüthig ausgerufen. Aber daß es so ist, mußte nun auch die Partei erfahren, welche vor zwölf Jahren sich von der Fraktion der „Nationalen" trennte, weil sie ihren Grundsätzen treu bleiben wollte und von der Achselträgerei der Anderen angeekelt war. Unter dem Namen der „deutschen Fortschrittspartei" hat sie trotz ihrer Minderzahl großen Einfluß im Reichstag geübt, und auch noch den Ausschlag zum Fall der Militärvorlage gegeben. Aber gleich darauf hat sie sich selber gespalten, und bei der Hauptwahl hat das Fähnlein der Treugebliebenen keine einzige Stimme erhalten und ihr

tapferer Hauptmann steht in bedrängter Stichwahl. Auch die wegen der Militärvorlage Abgesprungenen haben nur ein paar Stimmen ergattert. Offenbar haben nun sogar die Juden den Männern der „freien Concurrenz" den Rücken gewendet, weil sie den Militarismus brauchen zum Schutze ihrer — freien Concurrenz.

Der „Bauernbund" hat seine eigenthümliche Rolle hauptsächlich im Kreise Niederbayern gespielt, und trotz des Lärms und der geheimen Unterstützung von liberaler Seite, namentlich auch aus der Beamtenschaft, bloß zwei bäuerliche Candidaten durch die Hauptwahl gebracht; denn der Dritte ist ein Etwas ganz für sich, aber das sprechendste Symbol für den Mischmasch der Hetzer und der Verhetzten. Vor dreißig Jahren war Niederbayern im Landtag noch ausschließlich durch entschiedene Liberale vertreten, jetzt wagte diese Partei nur unter der Maske des Bauernbundes zur Wahl zu gehen, und um die gemeinsamen drei Siege ist wahrlich Niemand zu beneiden, zumal man jetzt erst sehen muß, wie die drei Beglückten, und namentlich der Dritte, in Berlin sich thun werden. Unter der Losung: „Kein Adelicher, kein Geistlicher, kein Beamter!" hat der Bund die Wahlen gemacht. Die letztere Kategorie scheint sich darüber nicht einmal geärgert zu haben, denn die Verstoßung der Geistlichen versöhnt jedes liberale, insbesondere das liberale Beamten-Herz. Nach dem Adel hat man früher begierig gegriffen, denn den diätenlosen Reichstag zu erschwingen, ist nicht Jedermanns Sache. Von der ersten Sitzung an hat der Reichsrath Graf Preysing dort die größten Opfer gebracht; jetzt ist das Unglaubliche geschehen, er ist fallen gelassen worden. Gewiß nicht von den Bauern aus eigenem Antrieb, aber dort herum wimmelt es seit Jahrzehnten von liberalen Brutstätten.

Der Mohr hat indeß seine Schuldigkeit bereits gethan: der „Bauernbund" existirt als solcher nicht mehr, er ist aufgegangen in den nordischen „Bund der Landwirthe", und hat seine Sammelgelder der reicheren Kasse des letztern einverleibt.

Es ist eine merkwürdige Geschichte, über die leider nur auszugsweise berichtet ist.[1]) Als am 18. Februar d. Js. in Berlin von norddeutschen Großgrundbesitzern der Bund gegründet werden sollte „zur Abwehr der Bedrückung der Landwirthschaft", da trat am selben Tage der Reichskanzler gegen das Aufbrausen der „Agrarier" im Reichstag selber auf. Er warf ihnen vor, daß sie nur kritisirten und tadelten, aber keine Vorschläge zu machen wüßten, um das Getadelte zu bessern. Insbesondere warnte er vor der neuen Bauernbewegung, deren Consequenzen nicht abzusehen seien. „Man könne nicht wissen, wo dieser Strom münden werde, und ob derselbe in seinem Laufe nicht mit einem andern Strom sich verbinden werde", wobei der Kanzler bedeutsam zu den Socialdemokraten hinüberschaute. Aber der neue Bund hatte den Beifall der ganzen protestantisch-conservativen Partei; denn „die Kleinen", sagte ihr Organ zur Beruhigung des Grafen Caprivi, „gehen viel weiter als die Großen, und müssen eher zurückgehalten werden."[2]) Als die Wahlen in Sicht kamen, warf der neue Bund seinen Blick auch auf den Süden, namentlich auf Bayern, und der erste Direktor desselben unternahm dort die Gründung des „Bauernbundes". Um die Sache der Conservativen hatten die vom „Bund der Landwirthe" sich schon in Preußen bei ihren Wahlumtrieben nicht sehr gekümmert, umsoweniger scheuten sie sich gegenüber dem Centrum im Süden.

„Der Bund der Landwirthe, welcher nominell von Hrn. von Ploetz, in Wirklichkeit aber von dem liberal schillernden Hrn. Rösicke, sowie dem ebenfalls etwas liberalisirenden ersten Direktor Suchsland geleitet wird, hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen der Conservativen arg enttäuscht. Es wäre nicht angebracht, den Bund gering zu schätzen, der über eine gefüllte Wahlkasse verfügt und bereits unzählige Candi-

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 13. Mai u. 18. Juni d. Js.
2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 11. Juni d. Js.

daturen aufgestellt hat. Allein der Bund unterstützt nur dort die conservativen Candidaten, wo er eben muß, und scheint mittelparteiliche, nationalliberal-freiconservativen Schlages, vorzuziehen. Sie müssen nur gegen den russischen Handelsvertrag sein. So fällt diese mit conservativem Gelde begründete und erhaltene Organisation der conservativen Partei in die Flanken. Die Kreuzzeitung zeigt sich heute daher schon über den Bund stark verstimmt, aber diese Einsicht dürfte zu spät kommen." [1])

Es ist nicht ganz klar, warum schon am 13. Mai in der Generalversammlung des Deutschen Bauernbundes zu Berlin die Auflösung desselben und sein Aufgehen in den Bund der Landwirthe als unerläßlich beantragt wurde. Ausgesprochener Zweck war nur die Centralisation in Berlin. Der bayerische Führer des „Bauernbundes", protestantisch-conservativer Abgeordneter im bayerischen Landtag, Hr. Lutz, erklärte auch ausdrücklich: „Die künstlichen Gegensätze müssen aufgehoben werden. Sollen wir deutsche Bauern den Gegnern Recht geben, daß zwischen ostelbischem und westelbischem Grundbesitz ein Unterschied bestehe? Nein, das dürfen wir nicht; wir dürfen nicht Uneinigkeit in unsere Reihen säen lassen". Andererseits scheint eine zunehmende Demokratisirung im Bauernbund befürchtet worden zu seyn. Wenigstens wurde von zwei Seiten der Widerspruch damit begründet, daß der Bauernbund dem Kleinbesitzer die Gelegenheit geboten habe, sich politisch zu bilden, durch die Auflösung würde der Kleingrundbesitz politisch todt gemacht; sie wäre auch im Interesse des Vertrauens der Großgrundbesitzer zu den Kleingrundbesitzern zu bedauern. In dieser Beziehung ist schon ein paar Monate vorher, aus Anlaß der vielbesprochenen Einrichtung von Landwirthschaftskammern, auf die thatsächlichen Verhältnisse hingewiesen worden, welche

---

1) Berliner Correspondenz der „Kölnischen Volkszeitung" vom 5. Juni ds. Js.

eine Aufsaugung des neuen Bauernbundes durch den Bund der Landwirthe dem letztern wünschenswerth erscheinen lassen mußten:

„Bilden beide Besitzgruppen getrennte Wahlkörper, so ist es ganz zweifellos, daß die Vertreter des Bauernstandes durchaus nicht immer mit denen des Großgrundbesitzes übereinstimmen würden. Man denke z. B. nur an die Wild- und an die Jagdfrage. Wer Gelegenheit hatte, als Beobachter, vielleicht als Berichterstatter, den Vereinsversammlungen kleinerer Landwirthe beizuwohnen, wird sicher die Erfahrung gemacht haben, daß eine bemerkenswerthe Beklemmung, gleichsam ein Alp, sich auf die Anwesenden lagerte, sobald einmal ein ‚großer Herr‘, sei es ein Regierungsbeamter oder ein Großgrundbesitzer der Gegend, als Gast oder als Redner bei den Verhandlungen zugegen war. Selten hört man während dessen Anwesenheit eine ungezwungene Meinungsäußerung, und leicht wird es einem solchen Redner, den ihm genehmen Beschluß zu erzielen. Zwar macht sich dann nachträglich der Aerger der kleinen Grundbesitzer oft in kräftigen Ausdrücken Luft. Aber so lange der persönliche Einfluß des Adligen sich geltend macht, so lange leisten sie ihm Gefolgschaft, und zwar um so willfähriger, je machtvoller dessen Besitzstellung ist.“ [1])

Den Adel werden also die einverleibten Bauernbündler dort doch nicht los, nur daß es der protestantische des Nordens ist. Gegen den Schluß der zweiten Versammlung, in welcher der Antrag auf Einverleibung des Bauernbundes endgültig angenommen wurde, erfolgte zwar auch die Erklärung: „Im Bunde der Landwirthe herrsche keine Junkerpartei“. Dem fügte aber der Vorsitzende noch bei, nach der Einverleibung würden etwa tausend Adelige dem Bund der Landwirthe angehören. Von Seite der Vertheidiger der selbständigen Existenz des Bauernbundes wurde auch noch

1) „Conservative Zukunftspläne“ s. Stuttgarter „Neue Zeit“. April 1893. Nr. 45.

hervorgehoben, daß der letztere von Natur aus antisemitisch sei, der Bund der Landwirthe aber statutengemäß auch Juden aufnehme, ja sogar Juden, die gar keine Landwirthe mehr seien, zu seinen Mitgliedern zähle, wie den Bankinhaber Bleichröder, den Sohn des bekannten Bismarck'schen Orakels. Alles zusammengenommen, darf man also wohl annehmen, daß das Centrum wegen der gemischten Gesellschaft der neuen Bauernbewegung sich keine besonderen Sorgen zu machen braucht.

Schon am Tage nach der Hauptwahl konnte die „Germania" in Berlin verkünden: „Das Centrum hat sich, so läßt sich jetzt schon sagen, ausgezeichnet behauptet; die Dissidenten haben nichts erreicht, die Schorlemianer sind sogar gründlicher geschlagen, als man erwarten durfte." Ebenso ergab es sich in Schlesien, wo die Dinge vielleicht noch bedenklicher lagen, als in Westfalen. Bekanntlich hat Freiherr von Huene, wie die andern Herren, die für seinen Antrag gestimmt hatten, anfänglich auf eine Wiederwahl verzichtet, dann aber doch zur Wiederaufstellung als Candidat sich bestimmen lassen, die auch in verschiedenen Wahlkreisen erfolgt ist, überall vergebens. Die erste Folge davon ist die, daß es einen Antrag Huene, den der Reichskanzler im letzten Moment sich förmlich als Regierungsantrag zur Richtschnur für die Wahlen und für den künftigen Reichstag angeeignet hat, nun nicht mehr gibt. Für das Centrum kann es Einerlei seyn, ob der Antrag unter einem andern Namen wiederkehrt oder auf den ursprünglichen Regierungsantrag zurückgegriffen wird. Es wird nun, wie zu hoffen, einig seyn in der Behauptung seines höheren Standpunktes, daß und warum es ein Ende nehmen müsse.

Es ist die Meinung geäußert worden, nicht die Militärfrage sei der Grund des Schorlemer'schen Auftretens gewesen, sondern sein Agrarierthum; nicht nach der Ablehnung seines Antrags, den Abgeordneten bei der Abstimmung über die Heeresvorlage freie Hand zu lassen, sondern erst nach der

Zurückweisung des Verlangens, eine bestimmte Anzahl von Centrumswahlkreisen für Landwirthe abzutrennen: habe er die bekannte Versammlung mit der Erklärung verlassen, daß er nun nicht mehr in der Lage sei, mit dem Centrum zusammenzuwirken. Angesichts dieser Absage gegenüber einer Partei, welche sich die Vertretung einseitiger Interessen versagt und dieselben unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Wohlfahrt auszugleichen sucht, konnte es allerdings scheinen, als ob das Ziel der Ausscheidung nichts Anderes sei, als „eine katholische Junkerpartei neben der protestantischen".[1]) Einer solchen Auslegung hat übrigens der Herr Baron schon mehrere Wochen vorher durch eine Rede Vorschub geleistet, welche er in einer Versammlung der, größtentheils protestantischen, „Deutschen Adelsgesellschaft" gehalten hat. Diese sonderbare Ausführung hatte bereits peinliches Aufsehen in den Centrumskreisen hervorgerufen, aber auch außerhalb derselben:

„Wenn Herr von Schorlemer in jener Rede unter ausdrücklicher Berufung auf das ‚Königthum von Gottes Gnaden' das Haus Hohenzollern als den ‚Hort der Monarchie in Deutschland, ja in Europa' feierte, während doch alle Welt darüber einig ist, daß König Wilhelm, wie sein Biograph Simon sich ausdrückt, ‚dem Legitimitätsprinzip die vernichtendsten Streiche zugefügt hat' — so beweist das, daß der westfälische Freiherr den Begriff des Gottesgnadenthums seines ursprünglichen und allein berechtigten Inhaltes unbedingter Gebundenheit an das Recht bereits völlig entleert hat. Noch deutlicher aber trat dieß dadurch hervor, daß derselbe im Gegensatz gegen die ‚internationale Legitimität früherer Generationen' sich zu einer ‚national-königlichen Gesinnung' bekannte. Das ist eben nichts Anderes mehr als die Irrlehre des preußischen Conservatismus, welche nur für das preußische Königthum den Schutz der Legitimität in Anspruch nimmt und ihm zugleich den Freibrief ertheilt, da wo es der eigene Nutzen zu erfordern

1) Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 28. Mai d. Js.

scheint, alle andern Legitimitäten zu vernichten, eine Vertretung des ‚Gottesgnadenthums', die man in der übrigen Welt richtiger und deutlicher als Cäsarismus zu bezeichnen pflegt." [1])

Der Wahlaufruf des Centrums erklärte an entscheidender Stelle: „Die Umwandlung des Reichs in einen Militärstaat, ein stehendes Heerlager bereits in Friedenszeiten; die dauernde Heranziehung des letzten halbwegs waffenfähigen Mannes; die bleibende übermäßige Belastung des nothleidenden Nährstandes für den Wehrstand bis zur Erschöpfung vor dem Krieg: das ist's, worum der nun entfachte Kampf geht. Es war zu wichtig für die ganze Zukunft unseres Volks- und Verfassungslebens, als daß wir nicht schon darum ihn zur Entscheidung des deutschen Volkes selber bringen mußten".

Das ist der allein richtige Standpunkt einer Partei, welche eine wirkliche Volksvertretung seyn will; aber auch der Standpunkt, ohne dessen Heilighaltung der gesammte Parlamentarismus nichts weiter ist als eine trügerische Farçe. Nicht um einen sogenannten „Fraktionszwang" handelt es sich, noch um ein sogenanntes imperatives Mandat. Aber der Abgeordnete muß wissen, was die Wähler von ihm erwartet und vorausgesetzt haben, und jeder weiß das auch, namentlich in einer solchen das Volk bis in seine tiefsten Schichten erregenden Lebensfrage. Was sagte dagegen der Wahlaufruf des Herrn von Schorlemer? Er spricht die Erwartung aus, „daß die zu wählenden Abgeordneten, als freie Männer, sich nicht durch Versprechungen vor der Wahl binden lassen, sondern sich die freie Entscheidung darüber vorbehalten, was sie nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung im Interesse des wahren Wohls des Vaterlandes für gut und zutreffend erachten". Und das, also nicht bloß die Abweisung des sogenannten Fraktionszwangs, soll „den alten bewährten Grundsätzen der Centrumspartei entsprechend seyn!"

1) Das Hessische Organ der „Deutschen Rechtspartei" vom April 1893. Nr. 7, S. 63.

Gerade diesem Führer der Sonderlinge ist nachgewiesen, wie entschieden er in der großen schwebenden Frage sich den Wählern als durchaus zuverlässig vorgestellt hat, und im Sinne der Wähler, sowie nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung, hat die ganze Fraktion sich 1890 durch die Annahme der Windthorst'schen Resolutionen gegen den neuen Ansturm des Militarismus gebunden. Edelmännisch haben die Herren gehandelt, welche im Bewußtseyn, daß die Wähler eine andere Abstimmung von ihnen erwarten durften, auf die künftige Bewerbung um ein Mandat sofort verzichtet haben. Wer aber nach der Wahl um die Voraussetzung bei den Wählern sich nicht mehr kümmern zu müssen glaubt, der ruft das Mißtrauen gegen die ganze Volksvertretung hervor und bringt, insbesondere bei den im preußisch-deutschen Reich nun einmal herrschenden Umständen, den Parlamentarismus in den schlimmsten Verdacht. Folgerichtig wäre da die Einführung des in anderen Ländern bereits mehrfach angestrebten „Referendums", wornach Parlamentsbeschlüsse auf Erfordern der unmittelbaren Volksabstimmung unterzogen werden können, als volkspolizeiliche Schutzmaßregel gegen parlamentarische Windfahnen durchaus am Platze.

Helle Freude erregte das Schorlemer'sche Auftreten sofort bei der preußisch-protestantischen Partei der Conservativen und den verwandten Richtungen im Regierungslager. In der bestimmten Erwartung, daß der vielbesprochene „rechte Flügel" nun ganz ausscheiden und eine eigene Fraktion bilden werde, erklärte das Hauptorgan der ersteren es für seine Pflicht, hier einzuspringen, weil es sich dabei auch um eine Vertretung conservativer Interessen handle. „Wir haben", sagte das Blatt, „schon vielfache Zuschriften aus dem Lager des ‚rechten Centrums' erhalten und werden dessen Wort führen, bis es sich ein eigenes Preßorgan geschaffen hat".[1])

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 9. Juni ds. Js.

Diesem neuen Centrum gegenüber könnte sich dann auch das alte nicht mehr als „Vereinigung aller Katholiken" geltend machen, und ersteres brächte den weitern Vortheil, daß es den Adel aus letzterem an sich ziehen würde. Das waren die Berechnungen, welche auch die freiconservative „Post" zu einem hier nur theilweise wiederzugebenden Wuthanfall gegen den Grafen Ballestrem und die auf dem richtigen Auswege ihm folgenden Herren antrieben. „Die Erklärung des Freiherrn von Huene, daß er es nunmehr für seine Pflicht halte, ein Mandat anzunehmen, sticht ebenso wohlthätig von der erbärmlichen Haltung seiner Gesinnungsgenossen im Reichstag ab, welche sämmtlich vom Kampfplatz ruhmlos abtreten, ehe der Sieg entschieden ist, wie die des Freiherrn von Schorlemer gegen die vieler anderer Westfalen."[1])

Allerdings: wo das jüngste kaiserliche Wort zutrifft, „die Grundpfeiler der Gesellschaft seien die Armee und die Marine", da verändert sich der Begriff der Legitimität. Es kann dann nur mehr das Uebergewicht der bewaffneten Macht darunter verstanden werden nach außen und nach innen. Die Ehe von „Thron und Altar" ist dann aufgelöst; die bürgerliche Gesellschaft ist rechtlos in die Dienstbarkeit des Militarismus gerathen, sonst bedeutet sie nichts mehr; es ist der neue Feudalismus, der nach innen nur mehr den Capitalismus als seinen unentbehrlichen Bankier vertheidigt gegen die Socialdemokratie, die folgerichtig auch mit ihm selber reinen Tisch machen will. An Dem ist es ja bereits, daß es sich um die bestehende Gesellschaft handelt, aber nicht bloß nach Einer Seite hin, nach der socialdemokratischen, wie der militärfromme Liberalismus annimmt, und mit ihm der Capitalismus.

In Stuttgart ist vor Kurzem eine Schrift erschienen unter dem Titel: „Der Militarismus im Deutschen Reich. Eine Anklageschrift von einem deutschen Historiker". Der

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 5. Juni ds. Js.

liberale Verfasser nennt sich nicht; aber auch so muß man sich wundern, daß aus seinen Kreisen heraus Jemand derart anklagend aufzutreten wagt. Die Schrift schildert die Zerstörung, die durch den Militarismus im bürgerlichen Leben bereits einreißt. Neues weiß sie indeß nicht zu erzählen: denn bekanntlich werden — auch ein Zeichen der Zeit! — Geheimnisse aus den hohen Militärkanzleien nur an das socialdemokratische Hauptorgan, den Berliner „Vorwärts", verrathen. Aber seine Nachweise berechtigen den Verfasser zu dem Schluß: „Siegt auch dießmal der Militarismus, so tritt, darüber täusche man sich nicht, eine neue Verschärfung aller dieser Erscheinungen ein. Mit dem brutalen Uebermuthe des Siegers wird der Militarismus unserm Culturleben, der bürgerlichen Gesellschaft und der Freiheit den Fuß auf den Nacken setzen und unser wirthschaftliches Leben für seine Zwecke ausnützen. Wohl möglich, daß man den Liberalen, die sich unter das Joch des Militarismus gebeugt haben, zum Dank einige Brosamen hinwirft. Aber was kann das bedeuten gegen die Stärkung des militarischen Geistes und gegen die Schwächung der bürgerlichen Widerstandskraft. Die Zustände, die man mit uns beklagt, die ganze rücksichtslose Härte in der Armee, die Durchsetzung unserer bürgerlichen Gesellschaft mit militärischen Vorurtheilen, die Ueberhebung des Beamtenthums und die Zwangsmaßregeln der Gesetzgebung und der Verwaltung, die ganze Vernachlässigung dessen, was uns den Culturfortschritt bedeutet: alles Das ist doch nur — die natürliche und unausbleibliche Folge, die sich aus dem Parallelogramm der Kräfte des Militarismus einerseits und der freien bürgerlichen Gesinnung andererseits ergibt."

Die militärischen Anforderungen treten selbstverständlich unter Berufung auf die Sicherstellung nach außen auf, und es ist ja leider wahr, daß die preußische Eroberungssucht seit dreißig Jahren einen Zustand herbeigeführt hat, welcher furchtbare Anstrengungen erheischt. Eine äußere Politik gibt

es überhaupt nicht mehr außer: Rüsten! Aber eben derselbe preußische Geist strebt immer noch darüber hinaus, und gefährdet die bürgerliche Gesellschaft durch Alterirung des ganzen Volkslebens. Wie war es möglich, daß in einigen Fällen sogar in Centrumskreisen diese bedenklichste Seite der Frage überschlagen werden konnte? Auch darüber möge sich lieber der liberale Ankläger aus Württemberg äußern:

„Der Militarismus, der in den höchsten Kreisen und in der Regierung herrscht, beeinflußt naturgemäß auch einen Theil der Volksvertreter, die von Hause aus ihm ablehnend gegenüberstehen. Das wird schon durch die Atmosphäre des Berliner Lebens und durch persönliche Berührungen mit sich gebracht. Andere aber halten es für politisch klug, dem Militarismus Zugeständnisse zu machen, die sie nach einer rein sachlichen Prüfung anderen Ressorts verweigern würden. Man weiß, daß man an höchster Stelle mit nichts so sehr anstößt, wie mit einem scharfen Eingriff in militärische Forderungen, für die die Regierungsautorität einmal mit voller Kraft eingesetzt ist. Man kann dringende Forderungen für Bildungszwecke ablehnen, ein Unterrichtsgesetz zu Fall bringen, die Handelsverträge bekämpfen, oder der socialpolitischen Gesetzgebung Schwierigkeiten machen, aber nur um Himmelswillen nicht an der geheiligten Majestät des Militarismus rühren, falls man nicht jeder Hoffnung entsagen will, auf den Gang der Regierungsgeschäfte Einfluß zu üben. Man macht sich damit für gewisse Kreise auf immer unmöglich".

VI.

Gutberlets ethische Schriften.[1])

Zwei einander direkt entgegengesetzte geistige Kämpfe werden gegenwärtig in der Welt mit Aufbietung aller Kraft geführt, nämlich auf der einen Seite ein Kampf für, auf der andern Seite ein Kampf gegen das Christenthum. Den geistigen Kampf für das Christenthum führen in den außerchristlichen Ländern die Missionäre, in den christlichen Ländern aber die noch gläubigen Männer der Wissenschaft, den geistigen Krieg gegen das Christenthum und die ganze christliche Weltanschauung führt die moderne antichristliche Wissenschaft mit einem Eifer und einem Aufwand von Gelehrsamkeit, die einer bessern Sache werth wären. Dieser doppelte Kampf für und wider das Christenthum tritt uns in recht lebhafter Weise vor das Auge des Geistes bei der Lektüre der zwei neuesten Werke aus der Feder des als tüchtiger Vorkämpfer für die christliche Wahrheit schon längst bekannten Professors Dr. C. Gutberlet in Fulda.

Der Krieg der unchristlichen Wissenschaft gegen das Christenthum, der früher vorzugsweise gegen die religiösen

---

1) Ethik und Religion. Grundlegung der religiösen und Kritik der unabhängigen Sittlichkeit von Dr. Const. Gutberlet. Münster i. W. 1892. S. VIII, 376. (ℳ 7.50.)

2) Die Willensfreiheit und ihre Gegner. Von Dr. Const. Gutberlet. Fulda, Verlag der Fuldaer Aktiendruckerei. 1893. 271 S. (ℳ 3.50.)

Dogmen gerichtet war, hat sich in neuester Zeit auch gegen die Moral gewendet, und zwar zielen die Angriffe auf den Umsturz zweier Grundpfeiler der christlichen und überhaupt jeder positiven Moral ab. Der eine dieser Grundpfeiler ist die Religion, oder genauer ausgedrückt, das unauflösliche Band, wodurch die Moralität mit Gott und Religion zusammenhängt; der andere Grundpfeiler ist die menschliche Willensfreiheit.

Gerade gegen diese zwei Grundpfeiler der Ethik und des sittlichen Lebens werden nun von der modernen antichristlichen Wissenschaft die heftigsten Angriffe gerichtet; diese Wissenschaft will eine sogenannte unabhängige Ethik, d. h. eine Ethik ohne Gott und ohne Religion, und andrerseits gibt sich diese nämliche Wissenschaft alle erdenkliche Mühe, die allgemeine Ueberzeugung der Menschheit von der Willensfreiheit als eine Selbsttäuschung hinzustellen und zu erweisen; sie will also jene zwei Grundpfeiler der Moral untergraben und umstürzen. Diesen doppelten Angriff auf die christliche Moral zurückzuweisen, jene zwei Grundpfeiler gegen diesen Angriff zu vertheidigen, dies ist der Zweck der zwei Werke, die wir hier zur Anzeige bringen.

1. Das oben an erster Stelle genannte Werk behandelt, wie schon der Titel sagt, den Zusammenhang der Ethik mit der Religion überhaupt und besonders mit der christlichen Religion in drei Abschnitten, wovon der erste in positiver Weise die theistische, d. h. auf den Glauben an einen persönlichen Gott und auf Religion gegründete Ethik in ihren Grundzügen darlegt, worauf dann im zweiten Abschnitt eine eingehende Kritik der bedeutendsten Systeme der sogenannten unabhängigen Ethik folgt. Den Beschluß bildet im dritten Abschnitt eine Vergleichung und Verhältnißbestimmung der christlichen und der unabhängigen Ethik.

Da Referent bei der Besprechung des zweiten Werkes noch eingehender verweilen will, beschränkt er sich bei diesem darauf, aus dem zweiten und dritten Abschnitt Einiges her-

vorzuheben, was geeignet sein dürfte, eine beiläufige Vorstellung zu geben von dem Geiste, der in dem Werke zum Leser spricht, und von der Beziehung, in welcher der Inhalt des Buches zu den Interessen und Fragen der Gegenwart steht.

Unsere Zeit ist sehr stolz auf den Culturfortschritt und es ist daher nicht zu verwundern, wenn der Versuch gemacht wird, an die Stelle der religiös-christlichen Ethik eine Ethik des Culturfortschrittes zu setzen, in welcher nicht religiöse Motive, nicht die Rücksichten auf Gott und Hoffnung auf ewige Seligkeit, sondern die Ideale des Culturfortschrittes, der Wissenschaft, Kunst, Industrie ꝛc. den Menschen zu einem sittlichen Leben bewegen sollen. Dieser Standpunkt des Culturfortschrittes ist, wie Gutberlet bemerkt, besonders consequent durchgeführt in der Ethik von W. Wundt. Hiegegen nun erklärt der Vertheidiger der religiös-christlichen Ethik (S. 214):

„Da es unsere feste Ueberzeugung ist, daß die Welt ihrem sittlichen Ruin unaufhaltsam entgegeneilte, wenn es der neuen Wissenschaft gelänge, die christliche Ethik zu beseitigen oder auch nur das Vertrauen zu ihr zu mindern, so erachte ich es für eine heilige Pflicht, allen Versuchen, die daran arbeiten, nach Kräften entgegenzutreten." An einer späteren Stelle (S. 231) wird gegen Wundt bemerkt: „Was kann den Menschen, dem durch das Christenthum seine freie Persönlichkeit erst zum Bewußtsein gekommen, bestimmen, seinen sittlichen Werth wieder im Staate nach antiker Fassung aufgehen zu lassen, wie es Wundt — als wünschenswerth erklärt? Wenn derselbe nun gar die allgemeine Wehrpflicht als Beförderungsmittel der Vaterlandsliebe empfiehlt, so hat er wohl an die jährlich wiederkehrenden Desertionen, Selbstmorde, Verhandlungen über Soldatenmißhandlungen beim Militär nicht gedacht. Die Empfehlung solcher Motive ist Verzweiflung an jedem Motiv. Sollte es aber der neueren Philosophie gelingen, alle religiösen Motive zu verdrängen,

um sie durch weltliche zu ersetzen, dann wird vollständige Anarchie im Heere wie im öffentlichen Leben die unausbleibliche Folge sein." Mit Recht ist hiemit auf die grundverderblichen Folgen, welche die religionslose unchristliche Ethik, wenn sie herrschend würde, für die ganze menschliche Gesellschaft nach sich ziehen müßte, hingewiesen. Darum ist deren Bekämpfung von eminent praktischer und socialer Bedeutung. Uebrigens ist Wundt ein verhältnißmäßig noch nobler Gegner der christlichen Ethik im Vergleich mit einigen anderen, wie z. B Ed. v. Hartmann, dem Philosophen des Pessimismus.

Es ist nicht zu verwundern, wenn Gutberlet am Schlusse seines Werkes, nachdem er über die antichristlichen Moralsysteme Revue gehalten, die Gegenüberstellung der christlichen und der weltlichen Moral mit Worten beschließt, in denen eine tiefe, aber gerechte Indignation sich verräth. Er schreibt: „Geistesheroen, wie ein hl. Paulus und ein hl. Augustinus, welche eine ungewöhnliche Willensstärke mit energischestem sittlichen Streben verbanden: sie haben ihre Ohnmacht in ihren eigenen Bemühungen eingestanden und laut der Welt verkündet, daß nur Christus sie vom Verderben gerettet: und moderne Aretologen wollen der Menschheit einreden, sie bedürfen der Hilfe Gottes und des Beispieles Christi auf dem Wege des Heiles nicht!" — Nach Hinweis auf die christlichen Heiligen fährt der Autor fort: „Und nun kommen moderne Tugendschwätzer, welche nicht selten nach einem wüsten Jugendleben ohne vorausgehende Buße sich ein ethisches System construiren, das der Selbstsucht der christlichen Moral (!) entgegentreten und den Menschen auf eigene Kräfte stellen soll. Ein solches selbstgemachtes System soll dann dem Menschen in den schwierigsten Lagen des Lebens Muth und Ausdauer, in den heftigsten Versuchungen Kraft, in den anhaltendsten und heftigsten Schmerzen Geduld und Trost verleihen! O wie kennen unsere religionslosen Ethiker das menschliche Herz so schlecht! Wie unterfangen sich spätgeborne Epigonen von gestern, die christliche Moral ver-

bessern zu wollen, welche das Antlitz der Erde erneuert und Jahrhunderte lang die Völker gesittigt, getröstet und gestärkt hat!".

2. Die Willensfreiheit und ihre Gegner.

Es ist eine eigenthümliche Erscheinung unserer Zeit, daß man, wenn es sich um irgend eine Einschränkung der menschlichen Freiheit im Denken, Wollen und Handeln durch religiöse Dogmen, durch göttliche, kirchliche und politische Gesetze handelt, so gern gegen jede derartige Einschränkung protestirt und die zügelloseste Freiheit proklamirt, während zu gleicher Zeit eine antichristliche Wissenschaft alles aufbietet, um der Welt zu beweisen, es gebe keine Freiheit; die Ueberzeugung von einer Willensfreiheit sei ein Wahn, eine scholastische Grille. Mögen übrigens diese modernen Kundgebungen in Bezug auf Freiheit noch so sehr entgegengesetzt sein, das Ziel und Endresultat, auf das sie hinausgehen, ist dasselbe, nämlich Untergrabung und Umsturz der Grundpfeiler nicht blos der specifisch christlichen Sittlichkeit, sondern aller Sittlichkeit überhaupt. Wie schon oben bemerkt, ist die Willensfreiheit der zweite Grundpfeiler der Sittlichkeit und einer christlichen oder doch mit dem Christenthum vereinbaren Ethik. Diesen Grundpfeiler nun sowohl positiv festzustellen, als auch kritisch und polemisch gegen die Angriffe moderner Systeme zu vertheidigen, ist die Aufgabe, welche Gutberlet in dem an zweiter Stelle genannten Werke sich gestellt hat. Die Lösung ist in sieben Kapitel getheilt, wovon zwei den positiven Theil der Aufgabe erledigen durch Präcisirung des Begriffes der Willensfreiheit und durch positiven Beweis der Realität derselben.

Die übrigen fünf Kapitel beschäftigen sich damit, zwar nicht alle, aber doch die gewichtigsten Angriffe, welche die moderne Wissenschaft gegen die Willensfreiheit gemacht hat, darzulegen und zurückzuweisen. Diese Angriffe sind charakterisirt und von einander unterschieden durch die wissen-

schaftlichen Grundlagen und Standpunkte, wovon sie aus-
gehen. Sie gehen nämlich aus 1. vom Standpunkte der
Moralstatistik, 2. der vergleichenden Anthropologie, 3. der
physiologischen Psychologie, 4. der Spekulation, 5. der me-
chanischen Weltauffassung. Recensent hat nicht die Absicht
über jedes dieser fünf Kapitel im Einzelnen zu referiren
sondern bemerkt zunächst im Allgemeinen, daß der Autor in
jenen Kapiteln mit vielem Scharfsinn und großer Schlag-
fertigkeit die Grundlosigkeit der gegen die Willensfreiheit
erhobenen Einwendungen und die logischen Fehler in den
Argumenten der Gegner aufdeckt. Es wird allerdings dem-
jenigen Leser des Buches, der nicht schon dem System der
Willensunfreiheit, des Determinismus verfallen ist, einig
Ueberwindung kosten, von all den Sophistereien, womit di
moderne Wissenschaft die Willensfreiheit bekämpft, Notiz z
nehmen, aber diese Ueberwindung wird durch die Befriedigung
welche die Widerlegung gewährt, belohnt. Mit besondere
Ausführlichkeit und Gründlichkeit ist die Moralstatistik un
der von ihr ausgehende Kampf gegen die Willensfreihei
behandelt, und aus diesem Kapitel glaubt Recensent einig
specielle Punkte hervorheben zu sollen.

Das bezeichnete Kapitel bietet, abgesehen davon, da
es die Willensfreiheit gegen die von der Moralstatistik her
genommenen Einwendungen auflöst, auch noch ein andere
Interesse. Es zeigt, daß in der civilisirten modernen Wel
mit dem vielgerühmten Culturfortschritt keineswegs ein ebens
großer Fortschritt der Sittlichkeit, sondern in mancher Be
ziehung ein erschreckender Fortschritt der Immoralität Han
in Hand geht. Beweise dieses Fortschrittes in der Richtun
nach unten liefert das Buch in den Abschnitten über Pro
stitution, Sittlichkeitsattentate und Selbstmordfrequenz. „Kein
Thatsache", so lesen wir S. 78, „weist so handgreiflich de
unzertrennlichen Zusammenhang zwischen der Unzucht un
der modernen religionslosen Cultur nach, wie der statistis

nachgewiesene Fortschritt der Nothzucht und der Lustmorde in der neuen Aera".

Wir sehen hier durch die Statistik das bestätigt, was der Autor in dem ersten Werke (Ethik) über die Insufficienz der religionslosen Culturmoral gesagt hat. Eine weitere Bestätigung dieser Insufficienz ist die ebenfalls durch die Statistik nachgewiesene stetige Zunahme der Selbstmordfrequenz, welche gerade bei den höchst cultivirten Völkern und besonders in vorwiegend protestantischen Ländern, wie z. B. in Dänemark, im Königreich Sachsen und in der preußischen Provinz Sachsen, nach dem Zeugniß des protestantischen Statistikers Alexander von Oettingen die höchsten Ziffern aufweist (im Königreich Sachsen fast 400 auf 1 Million Einwohner). Derselbe Statistiker stellt auch über den Einfluß des militärischen Berufes auf die Selbstmordfrequenz und auf die Moral überhaupt kein günstiges Zeugniß aus. Er schreibt (Moralstatistik 2. Aufl., S. 686, vgl. Willensfreiheit S. 99) über das Militär: „Wir finden in demselben die große Mehrzahl der unehelichen Geburten, die furchtbarste Ausbreitung der geschlechtlichen Krankheiten und das beinahe häufigste Vorkommen des Selbstmordes," wozu Gutberlet bemerkt: „Die Kasernen werden für Manche eine Schule der Unsittlichkeit. Glaubt man da an eine Besserung, wenn das ganze Land zu einer Kaserne gemacht wird? Man sieht, daß der moderne Militarismus nicht blos für die Finanzen, sondern auch für die Moralität der Völker Gefahren in sich birgt" Bei Dienstboten soll es nach A. Wagner mit der Selbstmordfrequenz noch etwas schlimmer stehen, als beim Militär, aber das stößt, wie G. bemerkt, die Anklage gegen die moderne Cultur nicht um. „Unter den Folgen der modernen Aufklärung leiden sie (die Dienstboten) ähnlich wie die Soldaten. Unsere Culturmenschen betrachten die Dienstboten vielfach nicht als gleichberechtigte Wesen. Ich habe im großstädtischen Leben Herrschaften kennen gelernt, welche den Kindern das Zucker=

zeug bis zum Erbrechen zustopften, sogar den Pferden Zucker verabreichten: das arme Dienstmädchen aber, das sich die Hände wund reiben mußte, schmerzlichen Hunger leiden ließen."

Aus den Thatsachen der Moralstatistik ließe sich etwas lernen, wenn man die richtigen Schlüsse daraus ziehen wollte. Statt dessen aber ziehen moderne Moralphilosophen aus jenen Thatsachen den ganz falschen Schluß, daß es keine Willensfreiheit gebe, sondern die Menschen in Folge einer allgemeinen Illusion blos sich einbilden, Willensfreiheit zu besitzen; die in den statistischen Thatsachen hervortretende Gesetzmäßigkeit der menschlichen Handlungen soll ein Beweis gegen die Willensfreiheit sein. Die Falschheit und Grundlosigkeit dieser Schlußfolgerung wird von Gutberlet schlagend aufgedeckt. Uebrigens haben auch schon andere Philosophen, die nicht gerade auf positiv christlichem Standpunkte stehen, wie z. B. Drobisch und Otto Liebmann, es ausgesprochen, daß die Moralstatistik nichts gegen die Willensfreiheit beweise.

Wenn es überhaupt keine Willensfreiheit gibt, dann folgt hieraus von selbst, daß insbesondere jene menschlichen Handlungen, welche als Verbrechen betrachtet und bestraft werden, nicht freie Thaten sind, sondern naturnothwendige Folgen der leiblichen und psychischen Constitution jener unglücklichen Menschen, welche als Verbrecher betrachtet werden. Diese Consequenz hat Cesare Lombroso, Professor an der Universität in Turin, gezogen und den Versuch gemacht, durch vergleichende Beobachtungen an einer großen Anzahl von Verbrechern, Irrsinnigen und Epileptischen den Beweis zu führen, daß die Verbrecher als moralisch irrsinnig und unzurechnungsfähig zu betrachten seien; ihr Zustand sei ein krankhafter, eine Art Rückschlag auf den wilden Urmenschen. Es ist leicht einzusehen, daß, wenn diese Theorie im Staatsleben praktische Anerkennung fände, alle Criminaljustiz aufhören müßte; man dürfte die Verbrecher höchstens noch in Irrenhäuser einsperren, aber keine Strafe über sie verhängen.

Gutberlet anerkennt, daß die Beobachtungen Lombroso's zum Theil sorgfältig angestellt und nicht ganz ohne wissenschaftlichen Werth für die Anthropologie seien, er zeigt aber, daß die gegen die Willensfreiheit gezogenen Schlüsse falsch seien. Es ist übrigens noch zu bemerken, daß eine solche Beurtheilung des Verbrechens, wie sie aus der Theorie Lombroso's folgt, wenn sie in die Volksmassen Eingang fände, ganz geeignet wäre, den Abscheu vor dem Verbrechen und hiemit auch die sittliche Widerstandskraft zu vermindern, und folglich die ohnehin schon erschreckend hohe Zahl der Verbrecher noch zu vermehren. Es ist daher nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch von großer Wichtigkeit, solchen Theorien entgegenzutreten.

Von den übrigen freiheitsfeindlichen Theorien, welche in diesem Buche noch besprochen und widerlegt werden, will Recensent nur diejenigen noch erwähnen, welche auf eines der allgemeinsten Principien, nämlich auf das sogenannte Princip der Causalität sich stützen. Auf Grund dieses Princips, welches besagt, daß alles Geschehene eine Ursache habe, wird gegen die Willensfreiheit eingewendet, daß ein freies Wollen und Handeln ursachlos wäre. Gutberlet zeigt dagegen, daß auch das freie Wollen und Handeln eine Ursache habe, also von jenem Princip keine Ausnahme mache; nur sei hier die Ursache nicht eine mit Nothwendigkeit, sondern eine mit Freiheit wirkende.

Uebrigens hat in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift", Bd. V. Nr. 4, auch Dr. Eugen Dreher in einem Artikel über das Causalitätsprincip der Naturerscheinungen in sehr treffender Weise die Willensfreiheit gegen den Determinismus vertheidigt. Derselbe sagt unter Anderm: „Es gibt keinen Versuch, der uns das Gefühl der Willensfreiheit als Täuschung kennen lehrt... Die Willensfreiheit in Abrede stellen, heißt streng genommen nichts weiter, als aus Liebe zu einer einseitig begründeten Theorie den Erscheinungen Zwang anthun".

Recensent schließt mit dem Wunsche, daß die beiden hier besprochenen Bücher, die auch durch schönen und correkten Druck sowie durch mäßigen Preis sich empfehlen, recht viele Käufer und Leser finden mögen, dieselben sind in hohem Grade zeitgemäß.

Dillingen. Dr. Xaver Pfeifer.

VII.

Justizrath Franz Reinhard in Ehrenbreitstein †.

Die Histor.-polit. Blätter haben schon mehrere Male über die schriftstellerische Thätigkeit des Herrn Justizrathes Reinhard berichtet, auch selbständige Aufsätze aus seiner Feder veröffentlicht.[1]) Nachdem der edle Mann am 28. Januar d. Js. aus dem Leben geschieden, lohnt es sich, einen kurzen Ueberblick über sein Leben und seine Schriften zu geben. Der Heimgegangene ist geboren zu Haus Baldeneu bei Werden a. d. Ruhr am 2. Mai 1814, hat somit das 79. Jahr erreicht. Seine Gymnasialstudien machte er in Essen und Dortmund, seine philologischen und juristischen Studien absolvirte er mit außergewöhnlichen Erfolgen in Bonn. Nachdem er die Staatsprüfung in Berlin gemacht, bekam er ein Commissorium in Hamm und in Limburg an der Lenne, wurde aber bald Regierungs- und Obergerichtsrath an der fürstlich Solms-Braunfels'schen Regierung in Braunfels bei Wetzlar. Das Revolutionsjahr 1848 beseitigte die standesherrliche Gerichtsbarkeit, und Reinhard siedelte nach Ehrenbreitstein über, wo er sich am

1) Vgl. Bd. 73, S. 966—72; Bd. 83, S. 548 ff.; Bd. 100 S. 403—412.

Justizsenat als Rechtsanwalt niederließ. In dieser Stellung war er 24 Jahre lang im edelsten Sinne des Wortes „des Rechtes Anwalt", ein gewiegter Jurist, ein Vater der Wittwen, Waisen und Bedrückten.

Zum kgl. Justizrath ernannt und mit dem rothen Adlerorden geschmückt, legte er im Jahre 1873 mit Rücksicht auf seine Gesundheit sein Amt nieder und lebte dann volle 20 Jahre in stiller Zurückgezogenheit den Werken der Frömmigkeit, des Wohlthuns und der vielseitigsten ununterbrochenen Studien. Das Reinhard'sche Haus übte am Rhein eine Anziehungskraft aus, ähnlich fast wie früher in München das Haus von Joseph v. Görres. Da verkehrten die Cardinäle von Wien und Köln, der Erzbischof von Freiburg, die Bischöfe von Trier, Mainz, Limburg, der Weihbischof von Köln, die Domkapitulare der genannten Diöcesen, Aebte, verschiedene Ordensleute, Professoren, Juristen, Geistliche und Laien, ein Kolping, Reichensperger, Janssen, Windthorst, nebst vielen Verwandten und anderen Bekannten.

Doch wir wollen uns auf eine Skizzirung seiner schriftstellerischen Thätigkeit beschränken. Reinhard war als Jurist Mitarbeiter fachmännischer Zeitschriften und schrieb das Buch: „Recht, Staat und Eid in den Strömungen unserer Tage und Deutschlands sittliche Entwicklung bis zur Gegenwart. Coblenz 1868." Sehr viel beschäftigte er sich mit Poesie und war selbst poetisch hoch begabt. Er schrieb „Dramatische Scherze für Freunde unschuldigen Humors", die bei Schöningh in Paderborn in 2. Auflage erschienen sind. Schon am Anfang seiner juridischen Laufbahn hat er die Faustsage in christlichem Sinn bearbeitet, und sein Gedicht „Faust" ist in Düsseldorf 1848 erschienen. Noch zu Kolpings Lebzeiten hat Reinhard allwöchentlich die „Rheinischen Volksblätter" und auch jedes Jahr den Kalender mit Gedichten versehen; auch nach Kolpings Tode unter dem Generalpräsidium des Herrn Domkapitulars S. Schäffer hat Woche um Woche ein Reinhard'sches Gedicht in denselben Blättern gestanden, und der Vorrath ist noch lange nicht erschöpft. Dreißig geschriebene Heftchen und Bändchen von Gedichten finden sich im Nachlaß vor. In seiner letzten Krankheit hat er 26 Gedichte abgefaßt, von denen das letzte noch eine Stunde vor

seinem Tode geschrieben ist. Wahrlich, es lohnt sich, die Produkte der Reinhard'schen Muse zu sammeln und zu veröffentlichen. Es finden sich wahre Perlen der Poesie darunter. Der hochselige Bischof Eberhard von Trier schreibt darüber: „Die Gedichte erinnern mich durch ihre Tiefe an manche religiösen Dichtungen spanischer Dichter aus dem goldenen Zeitalter dieser Nation; ich betrachte sie als einen besonderen Schatz meiner Bibliothek".

Reinhard hat sich von seinen Universitätsjahren, namentlich aber in der letzten Zeit seines Lebens sehr viel mit der klassischen Philologie befaßt. Zwei Schriften hierüber: „Odysseus und sein Sänger Homer im Lichte christlicher Weltanschauung" 1885 und „Offenbarung und klassisches Alterthum" 1887 sind im Bd. 100 dieser Zeitschrift ausführlicher besprochen. Die erstere Schrift hat er kurz vor seinem Tode durch H. Schöningh in Münster noch einmal auflegen lassen und hat ihr eine neue Abhandlung hinzugefügt: „Von der Bedeutung der christlichen Weltanschauung überhaupt und insbesondere für unsere Zeit". Noch in seiner letzten Krankheit sprach er, daß er Gott danke, diese Schrift noch vollendet zu haben. Es lag ihm viel daran, daß sie zahlreiche Leser finden möge. Der letzte Satz derselben lautet: „Wenn es gelungen ist, zu zeigen, wie das klassische Alterthum zum Heile des Einzelnen wie des Staates zu verwerthen sei, zu zeigen, was demselben unerreichbar blieb und dem modernen Unglauben unerreichbar bleibt, zu zeigen ferner, daß das, was jenem fehlte und diesem fehlt, allein das Christenthum bringen konnte und bringen kann, wenn es gelungen ist, das (auf dem geringen Raum) einleuchtend zu machen: dann kann der Verfasser mit dem innigsten Danke gegen Den, der ihm diese Darlegung vor seinem vielleicht nahen Lebensende noch gestattet hat, die Feder niederlegen."

Noch bedeutungsvoller ist Reinhards schriftstellerische Thätigkeit auf dem Gebiete der Exegese, weßhalb er oft Laientheologe genannt wurde. Schwere Seelenkämpfe und Zweifel, die ihm die Straußische Bibelkritik und deren schwache Widerlegung bereitet hatten, führten ihn zu einem tiefen und gründlichen Forschen in der hl. Schrift. Er hat alle Commentare der lateinischen und griechischen Väter zu den hl. Schriften nicht

nur wiederholt gelesen, sondern wußte auch die Erklärungen derselben zu den einzelnen Stellen auswendig. Ebenso hat er alle mittelalterlichen Exegesen sowie der Neuzeit genau studirt. Seine Hauptstärke liegt in der Erfassung und Erforschung des typischen Sinnes der hl. Schrift und in einer neuer Begründung derselben. Er lebte der Ueberzeugung, daß als eine Hauptursache des großen und sittlichen Verfalles in unserer Zeit die Unkenntniß und Vernachlässigung der Lektüre und des Studiums der hl. Schriften von Seiten der gebildeten Klassen anzusehen sei. Reinhard betrachtete es als seinen Lebensberuf, diesem Uebelstand, der ihm viel Kummer und Herzleid verursachte, nach Kräften abzuhelfen. Aus dem Advokaten am Justizsenat ist ein Advokat des göttlichen Wortes geworden. Außer zahlreichen Aufsätzen in Zeitungen und Zeitschriften nennen wir besonders fünf Bücher, in welchen Reinhard seine Schriftauffassung begründet hat: „Das Alte Testament in seiner hohen Bedeutung als Vorbild des Neuen.“ Coblenz 1863. „Durch die Schale zum Kern, von den Schatten zum Licht“, von einem rheinischen Juristen. Ebdas. 1873. „Ruth. Nach der heil. Schrift“. Ebdas. 1874. „Das Leiden des Herrn in seinen Beziehungen zu Vergangenheit und Zukunft“. Am Rhein 1885. „Der Welterlöser im Alten Testament, insbesondere im Buch Genesis“. Am Rhein 1888.

In diesen Büchern liegt eine Fülle von tiefen Gedanken und herrlicher Resultate der eingehendsten Studien verborgen. Geistliche und Laien können Vieles daraus lernen. Wir hoffen, daß die Zeit nicht mehr ferne ist, in welcher man diesen Schriften mehr Beachtung schenkt, als dies bisher der Fall war. Reinhard ragte weit über das Niveau der Menge hinaus, und deßhalb hat das große Publikum seine einzigartigen tiefen Studien zu wenig gewürdigt. Der hl. Vater, Papst Leo XIII., hat unsern Gelehrten mit einem eigenhändig unterzeichneten Handschreiben ausgezeichnet. Vor uns liegen auch Anerkennungsschreiben von Cardinälen und andern hohen Kirchenfürsten.

Obschon in den genannten Büchern und Schriften die Frucht einer langjährigen angestrengten Geistesarbeit niedergelegt ist, so repräsentiren sie doch lange nicht alle Studien und Arbeiten

Reinhards. Noch hundert ausgearbeitete Manuscripte haben sich in seinem Nachlaß vorgefunden. . .

Was war dies doch ein großer, immer schaffender Geist! Welch enormes Gedächtniß verrathen die vielen Schriften! Darin ist eine solche Menge trefflichster Gedanken, Grundsätze, Wahrnehmungen zusammengestellt, daß man wie durch einen großartigen Blumengarten voll Lieblichkeit und Duft wandelt und kaum ein Plätzchen findet, wo das Auge ruhen kann. Bei solchen Arbeiten reicht der Verstand allein nicht aus. Es muß auch ein tiefe innere Freude an der Wahrheit im Herzen leben, die es zum unermüdlichen Suchen antreibt und es mit Jubel erfüllt, wenn es im Schmutz der Gasse eine der himmlischen Perlen gefunden und sie gereinigt und glänzend den Freunden zeigen kann. Ja wahrlich, hier ist ein Reichthum von kostbaren Perlen, die aus dem trüben Meer des klassischen Alterthums herausgefischt sind. In diesen Arbeiten kommen die Strahlen der göttlichen Offenbarung reichlich zur Geltung und verbreiten überraschendes Licht über manchen dunklen Punkt.

Nach dem hl. Hieronymus stehen die geoffenbarten Wahrheiten in freundlichem Connex mit dem Denken und Wissen der Edelsten und Besten der Menschheit. Von dieser Wahrheit wird man bei der Lektüre der Reinhard'schen Schriften so recht überzeugt. Hätten doch die Professoren der klassischen Literatur besonders an den Gymnasien die Augen eines Reinhard! Wie ganz anders würde die studirende Jugend aus unsern Gymnasien hervorgehen!

VIII.

Der Interessenkampf im Wirthschaftsleben.

Glückliche Zeiten, welche nichts wußten von Statistik, Nationalökonomie und Politik, wo man in heiterer Unwissenheit über die Gesammtlage der Gesellschaft dahinlebte und jeder nur für sich zu sorgen brauchte! Da war das Gesammtbewußtsein nur dunkel und trübe, man fühlte weder den Aufschwung noch den Niedergang vom eigenen oder fremden Volksthum, von Landwirthschaft oder Gewerbe, man brauchte nicht zu bangen um das Dasein ganzer Völker und Volksklassen und lebte in den engbegrenzten Territorien sorglos dahin. Wie reizbar sind wir dagegen geworden, stets schwankt unsere Stimmung zwischen Hoffnung und Furcht, und unsere patriotische Begeisterung und optimistische Auffassung des frischen Lebens in allen Gauen wird gar unlieb durchbrochen durch all den Jammer und das Elend, welches die Klagen der niedern Stände, des Arbeiters in Land und Stadt aufrühren. Es liegt allerdings etwas Großartiges in dem umfassenden Ueberblick, den uns Volkswirthschaft und Politik über den Lebensstand und die Lebensbewegung ganzer Völker vermitteln; etwas Befreiendes, Erhebendes und Aufklärendes liegt in dieser Umschau, zumal wenn uns statt des hundertfachen Widerstreites der Standesinteressen ihre Harmonie gewiesen und gezeigt wird, wie Ackerbau, Gewerbe und Handel einander in die Hände arbeiten, Kapital und Arbeit aufeinander angewiesen ist, wie

ein blühender Handel und ein Ueberfluß von Kapitalien alle Arbeit in Land und Stadt beflügelt. Es ist fürwahr ein beglückender und beruhigender Gedanke, ein in sich geschlossenes Volksthum zu sehen, das in geregeltem Schaffen sich die Bedürfnisse und Bedingungen zu dem vollkommenen Leben in dem Sinne des aristotelischen Staatszweckes bereitet[1]) und das Ideal der aristotelischen Selbstgenügsamkeit(αὐτάρκεια) wo nicht für das Individuum, den Menschen im Kleinen, so doch für den Menschen im Großen, für den Staat erreicht. In dieser Betrachtung vermögen auch wir die Gluth der Begeisterung nachzufühlen, welche einen Fichte bei der Abfassung seines „geschlossenen Handelsstaates“ und seiner Reden an die deutsche Nation erfüllten. All die Widerstreite und Interessenconflikte zwischen den Ständen, zwischen der geistigen und der leiblichen Arbeit, zwischen dem Kapital und dem Proletariat bleiben dabei sorgfältig verhüllt. Ja noch weiter, man entwirft uns ein bezauberndes Gemälde von dem Weltmarkte, von dem freien Wettbewerb der tüchtigsten Kräfte der Völker, von dem Ausgleich ihrer Fähigkeiten und dem Austausch ihrer besten Leistungen, welche allein ermöglicht, daß jedes Volk seiner besonderen Aufgabe gerecht wird und aus dem Zusammenarbeiten die Blüthe der Cultur entsteht. In noch höherem Grade als im einzelnen Volksthume würden sich im Völkerverein die verschiedenen Culturthätigkeiten zum Menschen im Großen ergänzen und vollenden. Diese Idee würde den unbedingtesten Freihandel empfehlen und in diesem Sinne sprach der Kaiser jenes bekannte Wort, unsere Zeit stehe unter dem Zeichen des Verkehrs.

Allein über all diesen schönen Aussichten und großartigen Fernblicken hängt eine schwere Wetterwolke herein und die innere Erhebung wird gelähmt durch den niederdrückenden Gedanken an unendliche Gefahren, welche gerade

---

1) ἡ πόλις . . . γινομένη μὲν τοῦ ζῆν ἕνεκα, οὖσα δὲ τοῦ εὖ ζῆν.

die großen Zusammenhänge bergen. Dumpf grollt die Stimme der Unzufriedenheit und Verbitterung unter Völkern und Volksklassen; zu den nationalen und religiösen Gegensätzen gesellen sich die schwersten wirthschaftlichen Interessenkämpfe und es ist gerade der Umstand, daß sich die einzelnen Gruppen zusammenschließen können und die räumlichen Entfernungen gleichsam aufgehoben sind, was den Kampf ungeheuer erschwert; es ist die Feinfühligkeit des Allgemeinbewußtseins, die Regsamkeit des Weltbewußtseins, was die socialen Gefahren für uns so empfindlich macht. An sich hat es schon schwerere Nothstände und Gefahren gegeben. Völkern drohte der Untergang, Ackerbau und Gewerbe gingen z. B. im römischen und byzantinischen Reiche zu Grunde, Völker und Volksklassen wurden hörig, die Bauern empörten sich und die Revolution triumphirte, und doch ging die bange Furcht und trübe Stimmung nicht vorher, die wir angesichts unserer Gefahren hegen, es fehlte die nervenerregende unheimliche Spannung der gesammten Weltlage, die überwältigende Massenhaftigkeit der Bewegungen und die unabsehbare Menge der Kämpfenden.

Wir wollen nun in gegenwärtiger Studie absehen von den großen Völkergegensätzen und im Anschlusse an unsere frühere Abhandlung von dem „Kampfe gegen den Geist und die geistigen Berufe“ [1]) den Interessenkampf zwischen den Geistes- und Handarbeitern näher ins Auge fassen. Wir haben damals unter den Geistesarbeitern nicht nur Gelehrte, Geistliche und Beamte, sondern auch speculirende Kapitalisten und Unternehmer verstanden, und unter den Handarbeitern Bauern und Fabrikarbeiter zusammengefaßt. Nun bestehen aber zwischen diesen Klassen selbst wieder sehr bedeutende Differenzen, und namentlich trennt ein großer Gegensatz den Bauern und Fabrikarbeiter, den wir damals aus dem Auge ließen und bei dem damaligen Plane auch unbeachtet lassen

1) Histor.-polit. Blätter CXI, 359 (1. März 1893).

konnten. Seitdem hat die Zeitgeschichte gezeigt, daß d
Bauern ihrer besonderen Standesinteressen sich wohl bewu
sind, und man hätte sich freuen dürfen, daß sie sich endli
aufrafften, wenn es nur die Socialdemokraten gewesen wäre
welche ihr Bewußtsein geweckt hätten. Man hätte sich i
sofern freuen dürfen, als dadurch der bäuerlichen Unzufriede
heit ein Durchzug geöffnet wurde, welche ohne das von d
Socialdemokraten ausgebeutet worden wäre. Denn d
Zeitpunkt mußte wohl einmal eintreten, in dem auch d
Bauern ihrer gedrückten Stimmung und ihren Leiden laut
Ausdruck verschaffen mußten, und es hat uns schon gewunde
daß der Zeitpunkt nicht bälder eintrat, aber auch gewunde
daß es in einer für das Centrum ungünstigen Weise gescha
als ob es nicht der Liberalismus gewesen wäre, welchem
ihre Leiden zu verdanken hatten. Dem Bauern fehlte d
Lust und Gelegenheit, seine Schmerzen anzubringen, er pfle
überhaupt so laut nicht zu schreien, wie städtische Krakehle
auch hindert die räumliche Zerstreutheit jenen engen Z
sammenschluß und jene rasche Propaganda, wie sie in d
Städten möglich ist. Daher erhielt die sociale Frage ih
Richtung und Färbung vornehmlich durch das Fabrikele
und man übersah das ländliche Elend, wiewohl schon frü
Männer wie Dr. Jörg, Arco-Zinneberg, Dr. Ratzinger u.
auf diesen wunden Fleck ihre Finger legten.

Inzwischen geschah manches zur Linderung der No
und zum Schutze des Fabrikarbeiters, manches auch für d
Bauern. Man versicherte den einen gegen die äußerst
Nothfälle, Krankheiten und Alter, und schützte ihn vor all
großer Ausnutzung (Maximalarbeitstag, Beschränkung d
Frauen- und Kinderarbeit); ebenso versicherte man den Baue
gegen Nothfälle, Hagel und Viehepidemien und sorgte f
Verbesserung des Ackerbaues (Landesculturrenten, Fel
bereinigung) und der Viehzucht. Man glaubte die Interess
beider Stände harmonisch fördern zu können und woll
z. B. mit einem Schlage in der Alters- und Invaliditä

versicherung ländlicher und städtischer Noth gerecht werden. Allein da klaffte noch einmal der Gegensatz, noch stärker wurde er durch die Agitation gegen Getreidezölle, und siehe, da, es offenbarte sich die Unvereinbarkeit. Diese Unvereinbarkeit bildet nun und muß ein Mittel bilden, um die Bauern von der Gefolgschaft der Socialdemokratie zurückzuhalten, und so sehr man im Sinne des Centrumsprogramms eine Ausgleichung der Interessen wünschen muß, so müssen wir doch den unbestreitbaren Thatsachen Ausdruck geben. Die Thatsachen lehren aber: alles, was infolge socialdemokratischer Anregung den Fabrikarbeitern bewilligt wird, gereicht dem Bauern zum Nachtheil. Nicht nur wollen die Fabrikarbeiter möglichst billige Lebensmittel, also niedrige Mehl- und Viehpreise, sondern ihre Ansprüche (Achtstundentag, Lohnerhöhung, Beschränkung der Concurrenz, der Frauenarbeit) vertheuern nothwendig die Industrieprodukte, welche der Bauer und andere Stände kaufen müssen, z. B. alle Kleidungsstoffe. So schroff stehen sich die Interessen gegenüber.

Es wäre übrigens noch gut, wenn nur diese zwei natürlichen Rivalen: Ackerbau und Gewerbe einander gegenüberstünden, allein dazu kommt ein dritter Rivale, der Zwischenhändler, Kapitalist, Börsenmann, welcher jeden Versuch des einen Gegners, den andern zu überbieten, in seinem Interesse ausnützt und trefflich auszunützen weiß. Er vertheuert die ländlichen und die gewerblichen Produkte, mögen diese noch so nieder stehen. Daher haftete seit Aristoteles das ganze Mittelalter hindurch auf diesem Zwischenmann ein sittlicher Makel, welcher gewiß oft unberechtigt, aber vielleicht in den meisten Fällen berechtigt war.

Es ist die Bemühung eines Jeden, der wirthschaftlich kämpft, ja zuletzt eines jeden Menschen, seine Arbeit möglichst hoch entlohnt zu erhalten, d. h. um wenig Arbeit viel Genuß zu erzielen, mit andern Worten, möglichst wenig zu arbeiten und möglichst viel zu genießen. Auf dieses einfache Gesetz

nun lassen sich alle wirthschaftlichen Interessenkämpfe zurückführen, ja dieses Gesetz bildet den Angelpunkt jeder Nationalökonomie. Die moderne Lösung des Problems, in welcher die Socialdemokraten mit der liberalen Schule Smith's[1]) und seiner Nachfolger übereinstimmen, ist die: mit möglichst wenig Arbeit, unterstützt durch Maschinen und andere Erleichterungen des Großbetriebs, möglichst viel zu produciren, um möglichst viel zu genießen; nur über die Art der Güterproduktion (ob proletarische Arbeitsausnutzung oder allgemeiner Arbeitszwang) und über die Art der Gütervertheilung herrscht Meinungsverschiedenheit. Ganz verschieden aber laufet die christliche Lösung, welche heute nicht genug betont werden kann: maßvoll arbeiten und mäßig genießen. Man soll weder den Menschen noch die Natur aus- und abnützen wollen, damit spätere Geschlechter auch noch arbeiten und genießen können. Die christliche ist die allein naturgemäße und heilsame Lösung, sie ist ebenso gut begründet in der Natur des Menschen, als der Wirthschaftsgüter. Ich habe schon an einem andern Orte betont: Nicht die maßlose Vermehrung des Volksvermögens, wie es die nationalökonomische Theorie verlangt, ist die wahre Aufgabe. Wirklichen Werth hat das Vermögen in potentia, nicht in actu und wahrhaft reich ist ein Volk nur, wenn ihm Natur, Kapital und Arbeit jederzeit und unter allen Umständen genügend vorhanden sind, vor allem die nothwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, während die wirkliche Produktenmenge nichts entscheidet. Das wahrhaft Werthvolle ist das latente, potentielle „Vermögen", eine reiche Natur, tüchtige Vorarbeit (Kapital) und solide Arbeitskräfte. Eine ungemessene Steigerung des cirkulirenden Vermögens muß nothwendig die Bedürfnisse maßlos erweitern und vermehren. Hier kann nur das christliche Princip der Entsagung und Mäßigkeit einen Damm bilden.

---

1) Schon der Titel seines Buches: Wealth of nations (der Reichthum der Völker) ergibt sein Programm.

So lange das christliche Princip der Entsagung und Mäßigkeit nicht zur Geltung gelangt ist, werden sich die Interessen unversöhnlich gegenüberstehen, und leider besteht hiezu noch wenig Aussicht, zumal so lange das liberale Princip des freien Wettbewerbes die Gesetzgebung beherrscht.

Der unversöhnliche Conflikt der Interessen muß entweder zur Revolution oder zu einem Rückgange des wirthschaftlichen Lebens, zur Verarmung und Entvölkerung führen. Letzteren Ausgang legt uns das originelle Werk des Neuburger Archivars Dr. G. Hansen über „die Bevölkerungsstufen" nahe. Dieses leider wenig bekannte und berücksichtigte Werk — eine einschneidendere und vernichtendere Kritik des liberalen Wirthschaftssystems, als es hier gegeben ist, läßt sich kaum denken, nur hütet sich Hansen allzu ängstlich, seine wahren Gegner zu nennen — dieses Werk also geht von dem Malthus'schen Bevölkerungsgesetz aus, wornach sich die Volksvermehrung von selbst innerhalb der Grenzen der Lebensmittelmenge hält, während an sich die Bevölkerung das Bestreben hat, sich viel rascher zu vermehren (in geometrischer Progression), als die Unterhaltsmittel. Von diesem Gesetze ausgehend, verfolgt Hansen zuerst die aufsteigende Wirthschaftsbewegung, worin für rasch sich vermehrende Bevölkerung weitausreichender Boden und genügende Arbeitsgelegenheit gegeben ist, und dann die absteigende, in welcher alle Möglichkeiten erschöpft und die Bevölkerung, gezwungen durch den Mangel, sich von selbst verringert. In der aufsteigenden Linie wird der Boden von der ersten Bevölkerungsstufe, dem Bauernstande, zuerst extensiv und intensiv immer weiter verarbeitet und der Ueberschuß der ländlichen Bevölkerung für industrielle Zwecke in die Stadt abgegeben. Das städtische Leben und Arbeiten bildet die zweite Bevölkerungsstufe, den „Mittelstand"; hier sind es nicht mehr die gleichsam von selbst arbeitenden Naturkräfte, sondern es ist individuelle Arbeit, der freie Unternehmungssinn, die geistige Ueberlegenheit, welche ent-

scheidet. Da kommt alles auf die individuelle Tüchtigkeit an und es fehlt die erbliche Constanz wie auf der ersten Bevölkerungsstufe. Rasch steigt und fällt der Familienreichthum, und die städtischen Geschlechter fristen ein kurzes Dasein. Fortwährend fließt vom Lande frisches unverbrauchtes Blut nach, und es treten immer wieder neue Geschlechter an Stelle der veralteten. Sehr interessant ist das Beweismaterial, welches Hansen für diese seine Theorie der fortwährenden Bevölkerungserneuerungen in den Städten beibringt, leider können wir nicht weiter darauf eingehen; nur soviel: der „gesunde Lehrjunge" und das fleißige Dienstmädchen von dem Lande spielt die Hauptrolle, während die eingesessene Bevölkerung dem Proletariat anheimfällt und oft im Laster untergeht. Auf den ländlichen Kräften beruht die jeweilige Zukunft des Stadtlebens, der Lehrjunge wird Meister und das Dienstmädchen Hausfrau (merkwürdig ist die starke Verehelichungsziffer aus dem Stande weiblicher Dienstboten S. 226). Von der zweiten Bevölkerungsstufe im jeweiligen Mittelstande geht es wieder unaufhaltsam abwärts zur dritten Stufe, zum Proletariat, und sobald in Folge der großen Völkerconcurrenz Industrie und Handel zurückgehen müssen, droht Ruin dem ganzen Mittelstande. Vor diesem Schicksale sucht er sich nun krampfhaft zu retten, er sucht erstens aus dem Staat den möglichsten Vortheil zu ziehen und zweitens den Bauernstand sich hörig zu machen und das Proletariat auszunützen. In erster Hinsicht strebt er darnach, durch die Parlamente die Steuerbewilligung in seinem Interesse (geringe Kapitalsteuer) in die Hand zu bekommen. Die staatlichen Arbeiten, Straßen, Eisenbahnen und Kanäle kommen hauptsächlich ihm zu gute. Im Heerdienst an und für sich schon wegen mangelnder physischer Kraft weniger beansprucht, hat er im einjährigfreiwilligen Dienst ein weiteres Privileg, welches, wie Hansen hervorhebt, gegenüber der ländlichen ohnedies finanziell schlechter situirten Bevölkerung ein schreiendes Unrecht einschließt. Aber

nicht genug, der Mittelstand möchte auch noch ein Privileg auf Staatsversorgung im Beamtendienst haben, daher die fortgesetzten Klagen städtischer Eltern über den harten Studienzwang. Hansen drückt sich drastisch aus: „Wenn wir unser Söhnlein, meinen die Eltern, nur glücklich durch die verschiedenen Examina gedrückt haben, dann mag der Staat sehen, wie er mit ihm fährt. Ist er nicht zu brauchen, so kann man ihn ja pensioniren, auf alle Fälle ist dann für ihn gesorgt".

Um den Bauernstand sich hörig zu machen, mußte durch die liberal bürgerliche Gesetzgebung die feudale Hörigkeit fallen, die Fideicommisse und Majorate wurden abgeschafft, Aktienfreiheit, Freihandel u. a. eingeführt. Grund und Boden wurde durch das Kapital mobilisirt und der Proceß ist seit fünfzig Jahren bereits soweit gediehen, daß die Anfänge einer kapitalistischen Hörigkeit überall fühlbar sind. Bereits hat man den socialistischen Gedanken herübergenommen: Verstaatlichung des Hypothekenwesens, d. h. im Grunde genommen Verstaatlichung von Grund und Boden, um der Verschuldung und dem Untergang der Bauern Einhalt zu thun. Was das Bürgerthum aus dem Bauernstand machen kann, zeigt klar der Zustand der italienischen Landarbeiter (Bauern gibt es nicht mehr). Seit dem 12. Jahrhundert geht der Kampf der Städte gegen das Land fort: zuerst wurden die Ritter, also die Großgrundbesitzer, kriegerisch vernichtet, dann ihre Güter und Hörigen durch Einführung fremden Getreides, Verwandlung der Lehen in Erbpacht, später in Zeit- und Theilpacht, und kleinliche Beschränkung bäuerlicher Unternehmungslust (Verbot gewisser Wirthschaftsarten). Dadurch sank die Landbevölkerung zu jenem „zeitpachtenden, taglöhnernden Lumpengesindel" herab, wie es Niebuhr schildert, sie wurde proletarisirt: zwischen dem Fabrik- und Landarbeiter besteht der einzige Unterschied, daß dieser von Zeit zu Zeit auf das Land hinaus muß, während jener immer in der Stadt bleibt. Aehnliche Zu-

stände schuf die Bourgeoisie in den Niederlanden und in England, nur daß es hier doch noch wirkliche Dörfer gibt, die in Italien fast ganz fehlen.

Wie der Mittelstand die Proletarier, die dritte Bevölkerungsklasse, ausnutzt, ist männiglich bekannt. Aber gerade in dieser Richtung gelangt der Mittelstand am frühesten an eine Grenze und erweist sich die Unmöglichkeit, dauernd sich festzuhalten. Nicht blos bildet die Macht der Arbeitermassen eine Schranke, sondern auch der Absatzkreis und der Weltmarkt. Es gab noch nie eine nationale Industrie, welche sich auf dem Weltmarkt dauernd gehalten, und wie einst die florentinische und flandrische Tuchmanufaktion einging, so werden auch in Zukunft blühende Industriezweige Deutschlands und Frankreichs verfallen. Erst in jüngster Zeit wurde dem europäischen Gewerbe ein großer Markt in Nordamerika so gut wie versperrt, und wer weiß, wie lange noch andere Absatzländer in Australien, Asien und Afrika der europäischen Einfuhr offen sind? Es wird ein Zeitpunkt eintreten, in welchem die Industrie sich nicht mehr rentirt und die Arbeiter sammt dem Kapital auf das Land zurückströmen müssen. Wie im römischen und byzantinischen Reiche müßte als Reaktion auf eine übertriebene centralistische Großstadtcultur eine ländliche Cultur treten. Bereits hat Tolstoi, wie wir früher ausführten, eine solche Zeit gleichsam prophetisch uns vor Augen gestellt und die ländliche, klösterliche Cultur des Mittelalters mit Cölibat, Volkskunst und Volksliteratur als Ideal gezeichnet.

Die Geistesarbeit würde dadurch ohne Zweifel zurückgehen, die Lebenshaltung würde wieder roher und einfacher. Allein es wäre noch immer ein besserer Ausweg, als Vernichtung eines Volksthums durch Revolution und Völkerkrieg.

Die Consequenz all' dieser Ausführungen, welche uns über Hansen hinausführten, führt uns wieder zu ihm zurück. Wir stimmen vollständig mit ihm überein, wenn er in erster Linie auf Erhaltung des Bauernstandes dringt, nicht bloß

weil er die Grundlage der Volkswirthschaft und die festeste Stütze der bestehenden Ordnung, sondern auch eine Quelle der Verjüngung für das gesammte Volksthum auch in geistiger Hinsicht ist. Als besonders fruchtbar preist Hansen in dieser Hinsicht das protestantische Pfarrhaus, weil es mit den Vortheilen des Landlebens diejenigen städtischer Cultur verbinde. Dem protestantischen Pfarrhaus verdanke, meint Hansen, das protestantische Deutschland seine Ueberlegenheit, so löse sich die schwierige Frage, warum die Protestanten in der Cultur den Katholiken voraus sind, am einfachsten. Ich will die Frage nicht näher berühren, ob denn diese Ueberlegenheit so sicher feststehe und ob größerer Reichthum, mehr Bücher und Professoren schon die höhere Bildung und das wahre Glück begründen; jene Ueberlegenheit also zugegeben, möchte ich zu ihrer Erklärung an einen schon früher gemachten Versuch erinnern.[1]) Der Katholik ist im Besitze der Wahrheit und braucht nicht erst zu forschen, der Protestant muß aber erst darnach forschen, er ist unsicherer und unruhiger. Ganz aus dem protestantischen Bewußtsein heraus hat Lessing geschrieben, das Forschen nach Wahrheit sei ihm lieber als ihr ruhiger Besitz. Der Protestant ist weit entfernt von jener ruhigen Behaglichkeit und Sättigung südlicher Naturen, er ist nicht leicht befriedigt, daher auch strebsamer und reger, denn die Unbefriedigtheit wechselt gerne ihre Lage und ist ein Sporn zur Arbeit. Die Unzufriedenheit endet aber leicht auch in Verzweiflung und daher erklärt es sich, daß der Selbstmord auf protestantischer Seite häufiger vorkommt als auf katholischer.[2]) Schon diese eine Thatsache genügt, die wahre oder vorgebliche culturelle Ueberlegenheit des Protestantismus in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen zu lassen.

Dr. Grupp.

---

1) System und Geschichte der Cultur. II, 343.

2) v. Oettingen (Professor der Theologie in Dorpat) Moralstatistik. 2. A., S. 616 ff. Vergl. auch „Histor.-polit. Bl." Bd. 89, S. 452 und 539 ff.

IX.

Vom Grafen Leo Thun.

(Schluß.)

„Graf Leo Thun's fast viermonatliche Thätigkeit in Galizien", urtheilt Baron Helfert, „war für den Gang seiner Entwickelung von folgenreicher Bedeutung. Er hatte nun außer Böhmen einen ganz verschiedenen Theil der Monarchie aus eigener Anschauung kennen gelernt, was seinen bisherigen, wenn wir so sagen dürfen, ‚provinciellen‘ Gesichtskreis auf eine Stufe höherer und weiterer Umschau stellte. Der stete Umgang mit Staatsmännern und höheren Beamten förderte seine Ausgestaltung für umfassendere Staatszwecke, erhöhte sein Interesse für die allgemein österreichische Idee und Politik. Auf religiös-kirchlichem Gebiete hatte er neben dem lateinisch-katholischen Ritus, in welchem er auferzogen, jenen der unirten Griechen kennen gelernt, die in unzertrennlicher Verbindung und Unterordnung mit dem Mittelpunkt der christlichen Einheit leben, aber in Sachen der priesterlichen und kirchlichen Uebung wesentliche Zugeständnisse von Rom erhalten hatten."

In Wien wurde der Graf nach seiner Rückkunft dem galizischen Departement zugetheilt und mit Arbeiten über die Darlegung der Verhältnisse, sowie über die Organisirung landesfürstlicher erster Instanzen in Galizien betraut.

Während dieser Zeit reifte auch das langgehegte Herzensverhältniß zur Comtesse Karoline Clam-Martinitz

und es wurden zwei Seelen einander näher geführt, die ebenso durch unbegrenztes Vertrauen wie durch tiefe innere Neigung einander angehörten, als sie mit dem Segen der Eltern am 30. März 1847 sich verlobten und am 14. Okt. desselben Jahres den Liebesbund für's Leben vor dem Altar des Herrn schlossen.

Die Dinge in Galizien waren inzwischen nicht besser geworden. Man erkannte endlich in den obersten Regierungskreisen, daß in diesem Lande an die Stelle einer provisorischen Hofcommission vor Allem wieder eine definitive Landesregierung treten müsse, und so wurde der bisherige Gouverneur des Küstenlandes Graf Franz Stadion, der Bruder des Grafen Rudolf, zum Gouverneur von Galizien ernannt. (21. April 1847.)

Damit war auch für den Grafen Thun die „außerordentliche Wendung" eingetreten, welche ihn nach seiner eigenen Aeußerung eventuell veranlassen könnte, sich abermals um eine Stelle in Galizien zu bewerben. Er that dies zunächst aus zwei Gründen; einmal wollte er einen sicheren Posten bekommen, um seine Vermählung nicht länger zu verschieben, und dann war ihm der neuernannte Gouverneur jene sympathische, vertrauenswürdige Persönlichkeit, unter der zu dienen ihm „zu einer wahren Herzensstärkung" gereichte. Als er am 16. Mai 1847 dem neuen Gouverneur seinen Besuch machte, erkannte er ihn in der „vollen Einsicht der außerordentlichen Schwierigkeiten seiner ernsten Aufgabe", aber auch „voll entschlossener Thatkraft und Vertrauens in die siegende Kraft guten Willens und gewissenhafter Einsicht". Als Thun seine Bewerbung um einen Posten in Galizien vorbrachte, sagte Stadion: „Ich habe Sie dazu auffordern wollen, weil ich um des Dienstes willen Sie jetzt in Galizien angestellt zu sehen wünsche, und danke Ihnen dafür, daß Sie meinem Vorhaben entgegenkommen." Stadion gab ihm das Versprechen, ihm die erste in Erledigung kommende Gubernialrathsstelle zu verleihen. Aber es verstrichen

noch Monate, bis Stadion am 31. August unserm Freunde mittheilen konnte, er habe ihn für eine der erledigten Gubernialrathsstellen in Aussicht genommen, nur müsse er bis in den Oktober hinein warten, „indem alle politischen Beamten durch die letzten Kreishauptmanns-Ernennungen sehr entmuthigt worden sind.“ Erst unter dem 30. Oktober 1847 erfolgte die allerhöchste Entschließung, laut welcher Graf Leo Thun zum Gubernialrath bei der galizischen Landesstelle ernannt wurde. Das junge Ehepaar Thun reiste am 11. November über Prag, Schloß Smečno, Leitmeritz und Schloß Tetschen, dann Dresden und Breslau nach Krakau und von da durch ein flaches Kothmeer ins galizische Land hinein, wo es mit der Unterkunft wohl nicht sehr gut aussah. „In Lemberg wurde im Hotel abgestiegen und hier bekam die junge Frau zum erstenmal jenes in allen galizischen Städten unentbehrliche, in praktischen Fingerzeigen findige, zu allen Geschäftsgängen bereitwillige und in der Regel in seinen Ansprüchen mäßige Hausmöbel zu Gesicht, das selbstverständlich mosaischen Glaubens ist und ‚Faktor‘ genannt wird, im schwarzen Talar und mit dem an den Schläfen herabfallenden schwarzen Lockenhaar, den charakteristischen Beises. Durch den Faktor kam das Aviso von der Ankunft des Gepäckes, mit dessen Ausrüstung eine Privatwohnung im zweiten Stockwerk des Graf Czapski'schen Hauses in der Sixtuska bezogen werden konnte.“ Die Behaglichkeit der Häuslichkeit des Thun'schen Ehepaares wurde noch erhöht, als auch der Bruder der Frau, Graf Heinrich Clam-Martinitz, der der Landesstelle zur Dienstleistung zugewiesen wurde, Anfangs 1848 in Lemberg eintraf und in demselben Hause eine Wohnung fand.

Der Gouverneur Graf Franz Stadion hatte eine ungemein schwierige und heikelige Aufgabe übernommen. Es galt, in Galizien nicht bloß eine geordnete politische Verwaltung, eine öffentliche Sicherheit und unparteiische Rechtspflege herzustellen, sondern es war überdies die noch weit

verwickeltere Frage der Beziehungen zwischen den Grundherren und ihren Unterthanen zu schlichten und einer beiderseits befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Ganz besonders erschwert wurden aber diese Reformaufgaben durch den aufgeregten Zustand der Gemüther. Das Feuer der Revolution glomm unter der Asche und es bedurfte nur eines geringen Hauches, um die Gluth zu offener Flamme anzufachen. Zwar gelang es dem ebenso energischen als umsichtigen und gerechten Vorgehen des Grafen Franz Stadion, daß trotzdem die Verhältnisse im Lande sich allmählich günstiger gestälteten, und sicherlich wäre der Erfolg auch ein durchgreifender und dauernder geworden, wenn nicht die aufbauende Friedensarbeit durch die erschütternden Ereignisse aus dem europäischen Westen und namentlich in Folge der umstürzenden Vorgänge in Wien im Frühjahr 1848 urplötzlich gestört und verhindert worden wäre.

Graf Stadion und seine Mitarbeiter staken in ernster Beschäftigung, denn der Regierungschef forderte viel von seinen Beamten, doch das meiste von sich selbst. Graf Leo Thun arbeitete unter ihm mit Lust, weil er auch sah, daß die Arbeit zu etwas führen müsse. Erholung bot dem viel beschäftigten Gubernialrath nur seine glücklichste Häuslichkeit, deren Annehmlichkeiten noch durch einen Kreis guter Freunde erhöht wurden. Manchmal des Abends kam auch Graf Stadion auf Besuch, dann war die Gräfin aufmerksame Zuhörerin der Gespräche des Landeschefs mit seinem Gubernialrathe, der bereits sein volles Vertrauen gewonnen hatte, über Dienstsachen und Politik; doch gab es auch Stoffe zu gemeinschaftlichem Gedankenaustausche über Gegenstände von allgemeinem Interesse. Als in den Tagen der wachsenden Aufregung Stadion eines Abends bei Thun zum Thee war, kam das Gespräch unter den Herren auf die fortwährende Bewegung, die auch unsere Monarchie ergreifen werde, die zu befürchtende Verwirrung im Centrum, Ueberstürzung mit Gewährungen u. dgl., wobei die junge Frau die Bemerkung

einflocht, es gehe doch manchen Ländern, wo constitutionelle Einrichtungen bestehen, nicht so schlecht. Stadion schüttelte das Haupt und sagte mit Nachdruck: „Nein, nein, regieren muß Einer!" Als dann der Morgen des 19. März die Gewißheit von dem Umsturz in Wien brachte, sandte Stadion, in Erinnerung an das Gespräch, das man einige Tage früher in der Sixtuska geführt hatte, an Thun einen Zettel mit den kurzen Worten: „Wir haben sie!" — die Constitution nämlich.

Nun geriethen aber auch in Galizien die Dinge in's Rollen. Sturmpetitionen, Bewaffnung der Studenten, Freigebung der politischen Gefangenen u. dgl. bildeten den Anfang; die Forderung einer allgemeinen Volksbewaffnung schlug Graf Stadion rundwegs ab. Da kam es zu der ersten Straßenbewegung in Lemberg, welche aber durch die Festigkeit und Energie des Statthalters ohne Anwendung von Gewalt beseitigt wurde. Lemberg blieb fortan ruhig, doch vielfach im Lande begann es zu gähren. Sendlinge der communistischen Partei hetzten die Bauern gegen die Grundbesitzer und drängten anderseits den Adel, die Bauern durch Robotschenkung zu gewinnen, ein Mittel, dessen Zugkraft schon im im Februar 1846 versucht worden war, aber sich nicht bewährt hatte, weil die Gutsbesitzer am wenigsten bereit waren, ein solches Opfer zu bringen. In mehreren Kreisstädten bildeten sich sogenannte „Volksräthe" mit revolutionären Tendenzen unter loyaler Maske. Graf Stadion verbot die Bildung solcher Comités, desgleichen untersagte er strengstens die Errichtung der Nationalgarde und veranlaßte den Landescommandirenden, an einigen wichtigen Punkten des Landes größere Streitkräfte zusammenzuziehen, auch erneuerte er an die Kreishauptleute die Weisung, von Zeit zu Zeit mobile Colonnen auszusenden.

Graf Leo Thun faßte unter solchen Umständen den Entschluß, seine junge Gemahlin aus Lemberg fortzuschicken, um sie den drohenden Gefahren zu entziehen. Für seine eigene

Person zweifelte er, ob er, selbst unter einem so verehrten Chef wie Stadion, länger werde im Lande bleiben können; denn, wie er an seinen Vater schrieb, „selbst wenn Galizien noch längere Zeit österreichisch bleiben sollte, wird es ohne Zweifel in Kurzem ganz polnisch regiert werden müssen"; nach zwei Seiten hin bedürfe es Stadion's ganzer Kraft und Weisheit, „um den Ausbruch von Unordnungen zu verhüten: auf der einen droht die überall angefachte Gluth polnischer Hitzköpfe in helle Flammen auszubrechen; auf der anderen ist die Spannung der Bauern im ganzen Lande so groß, daß es sehr zweifelhaft ist, ob es nicht trotz aller Bemühungen Stadions zu einem Ausbruche wie 1846 kommen wird; jedenfalls wird das nicht ausbleiben, wenn irgendwo Versuche einer polnischen Revolution gemacht werden sollten."

Der Graf sieht die politische Lage der Monarchie in düsterem Lichte, die Verwirrung werde so gewaltig hereinbrechen, daß an ein ruhiges Arbeiten nicht zu denken sei. Und namentlich in Böhmen! „Ich fürchte, die schwarzrothgoldene Fahne in des Kaisers Händen und das Auftauchen des sauberen Schuselka werden in Prag das Feuer noch sehr schüren." Es sei ihm leid, in solchen Zeiten nicht in Prag sein zu können, obwohl er sich sagen müsse, daß bei solcher Aufregung der Gemüther „und wo allen Schreiern der Mund geöffnet ist", kaum etwas zu wirken sein werde. Wie sei eine Abhilfe zu schaffen?

„Das Wichtigste", so schreibt er weiter, „scheint mir jetzt, daß sich sobald als möglich eine entschieden conservative Partei, gestützt auf die Aristokratie der ganzen Monarchie, wenigstens der Theile, deren Verband noch nicht in Frage gestellt ist (!), mit unabhängigen, d. i. auf selbständigen Geldmitteln beruhenden Organen der Presse in allen Provinzen zusammenfinde und offen auftrete. Nur das könnte, wie mir scheint, noch die Monarchie zusammenhalten und uns davor bewahren, von dem Kampfe der Nationalitäten auseinandergerissen und

zugleich ganz und gar vor dem schalen modernen Constitutionalismus in denselben Gang der Dinge fortgerissen zu werden, den wir in Frankreich vor Augen haben. Nur das könnte uns vielleicht noch mehr englischen Verhältnissen entgegenführen. Hört einmal die Möglichkeit einer leitenden Regierung auf, so kann nichts mehr helfen, als das Gegengewicht organisirter Parteien, und namentlich die Presse ist ein erbärmliches Ding, wenn sie sich nur in den Händen einer Partei befindet, wie es auch bei uns jetzt leider ist und bei dem urplötzlichen Sprung von einem Extrem in's andere nothwendig sein mußte" . . .

Diese Worte des Grafen enthalten Wahrheiten, welche für Oesterreich auch heute noch aktuelle Bedeutung haben. Wäre man den Rathschlägen Thun's stets gefolgt, so würden manche böse Ereignisse nicht stattgefunden haben, oder wäre mindestens das staats- und gesellschafts-feindliche Demagogenthum in der Politik, in Parlament und Presse, sowie in den breiten Schichten des Volkes, insbesondere in Böhmen und Mähren, zu weniger gefährlicher Verbreitung und Geltung gelangt.

Leo Thun hatte eine dringende Mission in einige Kreisstädte des östlichen Galiziens erhalten, er mußte am 8. April von Lemberg aufbrechen, und am andern Tage reiste seine Gemahlin trotz allen Widerstrebens von ihrer Seite zu ihrer Mutter ab. Es war eine schmerzliche, aber unvermeidliche Trennung, umsomehr, als der Graf eine Amtsreise in dem Aufstande verfallene Orte antreten mußte. Seine Mission führte ihn zunächst in die Kreisstadt Stanislau. Als Zweck, der erreicht werden mußte, hatte der Statthalter bezeichnet: „völlige Entwaffnung der Nationalgarde, die sich eigenmächtig gebildet habe; Entwaffnung jener, welche dem ergangenen Verbote zum Trotz ihre Waffen bisher nicht abgelegt haben; Ausweisung aus der Stadt aller solcher, die sich dort, ohne Geschäfte zu haben, nur zu dem Zwecke eingefunden haben, um zur Bildung der Nationalgarde beizutragen."

„Thun hatte hier", wie Helfert bemerkt, „zum erstenmal Gelegenheit, wilden Zuständen und Stimmungen gegenüber die ganze Festigkeit seines Willens und die Unbeugsamkeit seines Charakters zu entfalten." Er erreichte den beabsichtigten Zweck vollkommen. Die Stadt war in Aufregung. Deputationen wollten von dem Regierungscommissär die Bildung der Nationalgarde ertrotzen; doch der Graf stand ihnen gegenüber wie ein Fels, an dem die Brandung der Leidenschaften machtlos abprallte. Er gewährte nichts, vielmehr forderte er entschieden die Ablieferung der Waffen; einen der keckſten Redner behielt er in seinem Bureau zurück, die anderen entließ er mit der Warnung, es nicht aufs Aeußerste ankommen zu lassen. Als die vor dem Gebäude versammelte aufgeregte Menschenmasse erfuhr, daß die Deputation nichts ausgerichtet, drang sie ins Innere, stürmte die Stiege hinan und überfluthete die Amtszimmer, so daß der Kreishauptmann von Festenburg, für Thun's Sicherheit besorgt, eilends dessen Zimmer von außen absperrte. Die erschreckten Beamten eilten um militärische Hilfe; als diese kam, befreite sie den von der wüthenden Menge mißhandelten Kameralrath von Zulawski aus bedrohlicher Lebensgefahr. Die Menge aber schrie, daß „der Hund, der nach ihrem Blute lechze", daran müßte, daß sie ihn aus dem Fenster werfen würden. Unter diesem „Hund" meinten sie aber den Regierungscommissär Graf Thun, der mittlerweile ohne Ahnung der Gefahr in dem versperrten Zimmer seinen Bericht abgefaßt hatte. Als nun durch das Eintreffen des Militärs die tobende Menge zerstreut worden war und man die Thüre zum Zimmer des Grafen wieder aufschloß, erschien dieser in hochaufgerichteter Gestalt und fragte zornglühend, wer sich vermessen habe, ihn einzuschließen? Am andern Tage wurde eine Kundmachung gegen Zusammenrottungen und wegen Niederlegung der Waffen publicirt; das Militär stand in Bereitschaft. Der schwache Kreishauptmann wurde des Dienstes enthoben und erhielt einen tauglicheren Nachfolger; andere Beamte wurden

durch strenge Mahnungen in den Schranken der Pflicht gehalten. Aber die Waffen lieferte Niemand ab, ja am Abende zog eine Patrouille der Nationalgarde wieder auf und tagsüber war Graf Thun unzähligemal von Einzelnen und von Sendschaften bestürmt worden, es möchte doch bei der Nationalgarde belassen werden. Er verneinte es jedesmal in ganz entschiedenem Tone, und am Abende entwaffnete eine Militärabtheilung die Nationalpatrouille und brachte diese als Gefangene auf die Hauptwache. Jetzt sahen die Leute, daß es völlig Ernst sei, und am folgenden Tage erklärten sie sich zur Ablieferung der Waffen bereit.

Die Nachricht von diesem energischen Auftreten des Grafen versetzte die Unruhestifter in Lemberg in die heftigste Aufregung. An einem schönen Abend sammelte sich eine johlende Menge vor Thuns Wohnung und arrangirte ihm eine ohrenzerreißende Katzenmusik, drohte ihn zum Fenster hinauszuwerfen u. dergl., bis Militär herbeikam und das Gelichter auseinandertrieb.

Graf Thun aber hatte nach der glücklichen Herstellung der Ordnung in Stanislau einen ähnlichen Auftrag für Zloczow erhalten, von wo er sich dann nach Zaleszczyki und Tarnopol begeben sollte. Hier in Tarnopol harrte nun seiner eine große Ueberraschung. Er erhielt nämlich seine Berufung zum Gubernial-Präsident von Böhmen und gleichzeitig die Ernennung zum wirklichen Geheimen Rath. Zum Statthalter des Königreiches war der Erzherzog Franz Joseph, der nachmalige Kaiser, ausersehen. Der damalige österreichische Minister des Innern, Freiherr von Pillersdorff, ergriff unter Einem die Gelegenheit, um Thun „das vollste Vertrauen auszusprechen, daß Euer Hochgeboren mit Ihrer während Ihrer Dienstleistung bei der Vereinigten Hofkanzlei bewährten Einsicht, Ehrenhaftigkeit und genauesten Kenntniß der Zustände Böhmens mich in meinen Bestrebungen, die Constitution des Vaterlandes zum wahren Wohle der Völker Oesterreichs

auszuführen, thätigst unterstützen, und mich durch das Band gegenseitigen Vertrauens in den Stand setzen werden, Ihren hochherzigen Gesinnungen für das Wohl Ihres Vaterlandes kräftigen Vorschub zu geben." Thun möge seine neue Bestimmung schleunigst antreten und sich bei seinem Eintreffen in Wien sogleich wegen der Eidesleistung melden. In dem Enthebungsschreiben sprach ihm Stadion „für die in jeder Beziehung ausgezeichnete dienstliche Verwendung den innigsten Dank und die vollste Anerkennung" aus.

Damit war ein Lieblingswunsch des Grafen Thun in unerwarteter, überraschender Weise in Erfüllung gegangen; denn der Gedanke, in seinem engern Vaterlande Böhmen einmal in leitender Stellung öffentlich wirksam sein zu können, begleitete ihn auf allen seinen Wegen und kommt in seinen vertraulichen Briefen immer wieder zum Ausdruck. So z. B. auch in dem Schreiben vom 8. August 1848 an seine Schwester, welches Schreiben in anderer Beziehung gleichfalls höchst interessant ist. „Daß mein Wunsch", heißt es darin, „einmal in Böhmen zu wirken (durch die Entsendung nach Galizien), wieder hinausgerückt wurde, ist mir keineswegs gleichgiltig, zumal sich an das amtliche Wirken in Böhmen so manches Außeramtliche[1]) knüpfen würde, dem ich so ganz entsagen muß. Indessen mittelbar diene ich unserem lieben Böhmen doch auch, indem ich einer andern Provinz diene, wenn ich nur daselbst wirklich etwas zu leisten und mich für den höhern Staatsdienst auszubilden Gelegenheit finde. Mehr als Du, liebe Schwester, erkenne ich, wie Böhmen einmal einen intregrirenden Theil der Monarchie, ein Glied eines Körpers bildet, das nur mit diesem erstarken und gesund sein kann; wie wieder die Erstarkung des Ganzen von der Gesundheit jedes Gliedes mitbedingt ist. Darum bin ich eben ein so guter Oester-

---

1) „Offenbar seine gemeinnützige Vereinsthätigkeit". (Anmerkung des Baron Helfert.)

reicher geworden, obwohl vor Allem ein guter Böhme. Mir würde Alles, was sich im Einzelnen für Böhmen wirken läßt, ganz unbedeutend erscheinen, neben der Wohlthat, die dem Lande und allen seinen Interessen durch zweckmäßige Veränderungen und Verfügungen in und aus dem Centrum der Monarchie erwachsen müßte."

Mit dieser echtösterreichischen Gesinnung, mit solch weitblickender, staatsmännischer Auffassung, mit der gewissenhaftesten geistigen und beruflichen Vorbildung und mit jenem seltenen, im praktischen Staatsdienste glänzend bethätigten Pflichtgefühle folgte Graf Leo Thun dem ehrenden Rufe zur Leitung der Verwaltung des Königreiches Böhmen. Zwar war es kein froher Ausblick, der bei den damaligen Zuständen des von politischen und nationalen Leidenschaften aufgewühlten Landes sich dem neuen Gubernialpräsidenten eröffnete, auch meinte er in Bescheidenheit von sich selber, daß „ein halbes Jahr eines selbständigen Wirkungskreises gar zu wenig Vorbereitung sei für einen Präsidenten", und er hätte darum „viel lieber noch zwei Jahre ruhig als Straßenreferent unter Stadion weiter gedient": aber er selber war es auch, der sich zu dem Grundsatz bekannte, daß der in öffentlichen Diensten stehende in erster Reihe seine Pflicht erfüllen müsse und daß daneben alle sonstigen Wünsche und Neigungen zu schweigen haben. „Im Dienste bleiben", schreibt er, „ihn aber nicht unbedingt zur Hauptsache machen, ist jedenfalls eine durchaus verfehlte halbe Maßregel, durch die man zuverläßlich seine Jahre und besten Kräfte vergebens vergeudet und nichts zu Stande bringt, als sauberes Papier mit Tinte zu beflecksen".

Und so entschließt er sich, obwohl er noch so gar keinen Begriff von dem hat, was „jetzt die Stellung und Aufgabe eines Gubernialpräsidenten sein wird", und obgleich es ihm mitunter sei, „als sollte er die Stelle ausschlagen", zur Annahme des ebenso auszeichnenden wie verantwortungsvollen Postens; denn „wohin soll es kommen, wenn Niemand zu-

greifen will? Zumal, nachdem wirklich Erzherzog Franz Joseph, die Hoffnung der Monarchie, nach Böhmen geht". „Also mit Gott! Er verleihe mir gnädig seinen Beistand, das betest gewiß auch Du" — so schließt er den Brief an seine fernweilende, geliebte Gemahlin, in deren Nähe er allerdings nur kurze Zeit verweilen konnte; denn schon am 30. April trifft er in Prag ein.

Je mehr er jedoch in das Detail der ihm gewordenen Aufgabe eindringt und je deutlicher er die Situation in Böhmen erkennt, desto riesenhafter und schwieriger erscheint ihm die Lösung. Noch aus Lemberg schreibt er: „Was das Weitere anbelangt, so klingt die Freude gar sonderbar an mein Ohr; denn wir gehen ganz gewiß sehr ernsten Tagen entgegen, die mir keine Rosen bringen werden. Indeß wird doch vielleicht momentan Gutes zu thun und Schlechtes zu lindern sein, und darauf wollen wir uns freuen". Von Königgrätz aus berichtet er jedoch schon seiner Gemahlin, daß bei näherem Eindringen in die vorliegenden Fragen ihm „die Sache leider nicht mehr zu retten erscheine"; „eine ganz radikale Zusammensetzung des künftigen (böhmischen) Landtages und ein leidenschaftlicher Kampf der Nationalitäten sei unvermeidlich nach Allem, was schon geschehen". Unter Blitz und Donner kam der Graf in Prag an, er hofft, daß der Himmel ihm damit erklären wollte, „er würde jeden niederdonnern, der sich nicht benimmt, wie ich wünsche".

Auf dem Bahnhof übernahm er einen Brief seiner Gemahlin und „labte sich an seinem Inhalt, so warm und treffend". „Letzteres nämlich", antwortet er, „hinsichtlich dessen, was Du sagst über die Bedingung eines festen Standpunktes. Jawohl hast Du Recht. . . Ich hasse mit Dir die Gesinnung, die meint, daß, was wahrhaft religiös ist, nicht auch zugleich die höchste Weisheit sein müsse. Ob nun aber darum, weil ich Gott sei Dank Jedem ins Auge sehen kann, ich auch schon der rechte Mann für diese Aufgabe bin, wie Du als parteiischer

Richter annimmst, und ferner, ob es in Gottes Rathschlüssen liege, daß jetzt bei uns geholfen werde, ob nicht vielmehr, daß an uns die Lügenhaftigkeit und Unausführlichkeit des modernen Staatsrechtes sich in trauriger Art zum Heil der Welt erweise: das ist allerdings die Frage. Nun, wie Gott will, ich werde thun, was ich kann und treffe. Einstweilen freue ich mich doch wieder der alten Mauern des alten Prags, denen man noch nicht viel ansieht von dem Umschwung der Dinge. . . ."

Graf Leo Thun war für diesen schwierigen Posten der „rechte Mann", und wir freuen uns lebhaft auf die Fortsetzung der Helfert'schen Erzählung, welche uns in weiterer authentischer und musterhafter Weise die Wirksamkeit des neuen Gubernialpräsidenten Böhmens in aufgeregter, ordnungsloser Zeit schildern wird.

Dr. S.

X.

Der neueste Geschichtsschreiber des Hauses Stuart.[1])

Die ereignißreiche hochbedeutende Periode von 1603—1688 in einem mäßigen Band erschöpfend zu behandeln, aus dem überaus reichlich fließenden Quellenmaterial und den zum Theil trefflichen Bearbeitungen das Wichtigste auszuheben und einheitlich zu gliedern, ist eine so schwere Aufgabe, daß der Kritiker sich geneigt fühlt, den Versuch

1) Brosch M., Geschichte von England. Siebenter Band (1603—1688). Gotha, Perthes. 1892. XI, 576. (12 sh.)

des Herrn Brosch milde zu beurtheilen. Lingard, der sich bekanntlich durch Prägnanz und Kürze auszeichnet, hat dieser Periode vier Bände gewidmet, ebenso Ranke. Guizot ist noch ausführlicher; Gardiner dagegen hat die ersten 40 Jahre der Regierung der Stuarts in zehn, den Bürgerkrieg in drei Bänden behandelt. Herr Brosch hätte gut daran gethan, den reichen Stoff auf zwei oder drei Bände zu vertheilen, oder wenn das sich nicht thun ließ, sich größerer Bündigkeit zu befleißigen und alle die geschraubten Wendungen und ungehörigen Reflexionen, in denen er sich gefällt, zu unterdrücken. Daß Herr Brosch im siebenten Bande ebenso wenig auf der Höhe seiner Aufgabe steht, als in seinen zahlreichen früheren Werken, über welche die englische Kritik sehr abfällig geurtheilt hat, werden wir im Folgenden nachweisen.

Man kann von einem in Deutschland lebenden Gelehrten nicht verlangen, daß er, wie Gardiner, die ungedruckten ebenso wie die gedruckten Quellen gründlich kenne und für seine Darstellung verwerthe; es genügt, wenn er die Calendars of State Papers, die Veröffentlichungen der Camden Society, der Historical Manuscript Commission und einige andere Werke, die auch in Deutschland erreichbar sind, zu Rathe zieht und die besten Bearbeitungen benützt. Hat Brosch diesen mäßigen Anforderungen Genüge geleistet, hat er die besten und neuesten Werke gekannt und benützt? Referent muß das entschieden verneinen. Hier nur einige Beweise. Seite 9 lesen wir: „Den jüngsten Stand der Forschung über Raleigh repräsentirt Edwards Life of Raleigh. London 1868". Stebbing's Life of Raleigh erschien 1891; dieser Gelehrte aber gibt sich viele Mühe, die von Gardiner in seiner Geschichte Englands vertheidigten Ansichten zu widerlegen. Gardiner und Stebbing haben jedenfalls die Forschung weiter geführt. Viel schwerer fällt ins Gewicht, daß Herr Brosch uns beständig auf die erste Bearbeitung der Geschichte Englands von Gardiner

verweist, und die zweite vielfach verbesserte und vermehrte Auflage weder kennt noch benützt. Gardiner sagt in der Vorrede zur neuen Auflage, daß er während der 20 Jahre seit dem Erscheinen der ersten Bände über Manches seine Ansicht geändert, daß er darum die früheren Theile ganz umgearbeitet habe. Hätte Brosch die zweite Auflage Gardiners statt der ersten benützt, so würde er manche Fehler vermieden haben, in die er gefallen ist. Die zahlreichen Quellenwerke, welche Gilbert über Irland veröffentlicht, sind von Brosch weder angeführt noch verwerthet; er bezieht sich in seiner Darstellung irischer Verhältnisse meist auf Lecky, der über diese Periode aus zweiter Hand geschöpft hat.[1]) Die Wichtigkeit von Leslie Stephen's Dictionary of National Biography für den Geschichtsschreiber ist oft hervorgehoben worden, weil man in demselben viel Material findet, das man anderswo vergeblich sucht; es ist weder citirt noch benützt, so viel ich gesehen habe. Ein überaus wichtiges Quellenwerk „Les derniers Stuarts“ von Campana de Cavelli wird gleichfalls nicht genannt. Die zahlreichen neueren Biographien, von denen manche hohen wissenschaftlichen Werth besitzen, sucht man vergebens.

Von einem wissenschaftlichen Werke kann man mit Recht nicht nur Angabe der Quellen und Hauptwerke, sondern auch eine Hinweisung auf die besten Monographien verlangen. Wenn man Aufsätze aus Zeitschriften anführen will, so lasse man sich bei ihrer Auswahl nicht durch den Parteistandpunkt der Verfasser, sondern durch die Güte ihrer Arbeiten bestimmen, Brosch hat gegen diesen Grundsatz oft und schwer gesündigt. Monographien und Aufsätze von Katholiken werden nicht oder nur höchst selten angeführt,

---

1) Manche Irrthümer, welche sich in Brosch's Oliver Cromwell finden, sind in diesem Bande berichtigt, hoffentlich wird das Studium der Quellen den Verfasser von dem Ungrunde anderer Anklagen gegen die Katholiken überzeugen.

auf ihre Kritik seiner Behauptungen wird nicht eingegangen. Referent hat in zwei Artikeln im „Historischen Jahrbuch" 1890 manche falsche Behauptungen des Herrn Brosch durch Hinweisung auf die Quellen widerlegt; statt die Beweise zu entkräften, wiederholt Brosch nicht alle, aber doch viele seiner von mir gerügten Fehler. Hier nur ein Beispiel. „Ueber Cromwells für seine Zeit ganz außerordentlich weitgehende Toleranz der Bekenntnisse und sein Verhältniß zur Glaubensfreiheit unserer Zeit siehe Details in des Verfassers Oliver Cromwell", S. 349. Es ist richtig, unter Cromwell wurden nur wenige ihres Glaubens wegen hingerichtet, dagegen wurde die große Mehrheit der Nation verfolgt und an der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte gehindert. Wenn eine Majorität eine Minorität vergewaltigt, so ist das eine große Ungerechtigkeit; wenn aber ein Siebentel der Nation alle kirchlichen Pfründen an sich reißt, den ausgetriebenen Geistlichen nicht nur das Predigen, sondern auch den Privatunterricht untersagt, so ist das eine Verfolgung im großartigsten Maßstabe, weil nicht, wie es sonst zu geschehen pflegt, eine Minderheit verfolgt und gequält wird, sondern die überwiegende Mehrheit des Volkes. Die Gefängnisse waren unter dem Protektorate mit Quäkern angefüllt; der wahnsinnige Quäker Naylor wurde furchtbar mißhandelt. Wenn Cromwell hie und da sich der Verfolgten annahm, so ließ er seine fanatischen Anhänger in der Regel gewähren. In Frankreich, Holland und Deutschland ruhten damals die Verfolgungen um der Religion willen, und doch soll unter Cromwell in England größere Duldung geherrscht haben! Solche Blößen sollte sich ein Historiker nicht geben.

Ein Recensent in „Hirsch's Mittheilungen aus der historischen Literatur 1892" S. 370 scheint es zu billigen, daß Brosch von Ranke und Gardiner abweicht und sich wieder mehr Macaulay nähert; ja er geht soweit, in der Parallele, welche er zwischen Ranke und Brosch zieht, letzterem in manchen Punkten den Vorzug zu geben und die Dar=

stellung dieses Werkes „eine fesselnde zu nennen, in der auch hochgespannte Erwartungen ihre Befriedigung finden würden“. Uns mit dem Recensenten über die Vorzüge, welche er hervorhebt, auseinanderzusetzen, wäre eine verlorene Liebesmühe; prüfen wir vielmehr Brosch's Arbeit auf ihren wahren Gehalt hin.

Herr Brosch verfolgt eine Tendenz, er ist von der fixen Idee beherrscht, unter Elisabeth sei Alles vortrefflich gewesen, durch die Unfähigkeit und Verkehrtheit der Stuarts sei England von seiner Höhe herabgesunken, hätte seine politische Macht und seinen Einfluß eingebüßt, bis Oliver Cromwell und gegen die Neige des Jahrhunderts Wilhelm III. England wieder frei und groß gemacht hätten. Man kann sich allenfalls die Thatsachen so zurecht legen, wenn man seiner Phantasie freien Lauf läßt, aber historisch ist das nicht. Gerade die besten neueren Historiker betonen, der folgenschwerste Fehler der Stuarts sei das Beharren auf der verkehrten inneren Politik Elisabeths gewesen und die Gewaltthätigkeit und Willkür, welche sie sich im Hinblick auf das Beispiel Elisabeths zu Schulden kommen ließen. Kein Kundiger läugnet, daß Verschwendung und Bestechlichkeit, Zügellosigkeit und Unsittlichkeit schon während der Regierung Elisabeths im Schwange waren, nur Herr Brosch kann das nicht sehen. Die Stuarts waren unklug, aber nicht in dem Maße, wie uns der Verfasser glauben machen will, am allerwenigsten kann man Jakob I. den Thoren beizählen. Brosch bewundert die Charakteristik dieses Königs durch einen venetianischen Diplomaten, der Jakob „veränderlich, hinterlistig, verschlossen nennt, dem Frieden geneigt, von der Furcht allein beherrscht, den Urgrund alles Uebels für England“. Ein Vergleich Jakobs mit Elisabeth wird zeigen, wie wenig gerechtfertigt dieses Urtheil ist.

Jakob trat nicht nur die Erbschaft Elisabeths an, sondern machte sich auch viele ihrer Grundsätze zu eigen. Gleich ihr bevorzugte er die Staatskirche, verfolgte er die

strengen Calvinisten (Puritaner) und Katholiken, gleich ihr suchte er die Einmischung des Parlamentes in die Angelegenheiten der Regierung fernezuhalten; gleich ihr hatte er Günstlinge, denen er hohe Würden und Aemter verlieh. In einem und zwar einem wesentlichen Punkte unterschied er sich von Elisabeth: er suchte den europäischen Frieden um jeden Preis zu erhalten, während Elisabeth der beständige Störenfried war und durch ihre beständigen Kriege England oft an den Abgrund des Verderbens führte. Elisabeth war wankelmüthig und veränderlich, und ließ sich häufig von ihren Launen leiten, von einer consequenten Durchführung eines Planes kann bei ihr nicht die Rede sein. Ganz abgesehen von ihrer Gesinnung und Stimmung gegen ihre Minister und Günstlinge, die so veränderlich waren wie das Wasser, sehen wir sie das eine Mal die Staatskirche ehren und schützen, das andere Mal beschimpfen und berauben. Die Katholiken und Puritaner werden bald blutig verfolgt, bald in Schutz genommen. Ihre irische Politik schwankt hin und her, je nachdem ein Raleigh oder Essex oder ein anderer Günstling sich ihrer vorübergehenden Huld erfreut. Wie klug geht Jakob vor, mit welcher Zähigkeit und Schlauheit führt er seinen Plan durch, den starren Unabhängigkeitssinn der schottischen Presbyterianer zu brechen; wie sehr gelingt es ihm, der englischen Staatskirche äußeres Ansehen zu verleihen, und den Einfluß der Puritaner und Katholiken Englands abzuschwächen! Die Mittel und Wege, auf welchen Jakob sein Ziel zu erreichen suchte, haben keineswegs unsern Beifall. Jakob würde nach unserer Ansicht weiser gehandelt haben, wenn er seinen Unterthanen auch noch den religiösen Frieden gewährt, den bestehenden Religionsgesellschaften Religionsfreiheit gegeben hätte. Wenn er die unter Elisabeth veröffentlichten Strafgesetze nicht zurücknehmen wollte, so empfahl es sich, die Strafgelder durch die Regierung, statt wie früher durch Privatleute, d. h. Spione einzuziehen, was er auch gethan hat. Die Beraubung der Grafen Tyrone

und Tyrconnell, die Einziehung ihrer Besitzungen, welche eine Flächenausdehnung von mehr als 3,700,000 acres (Morgen) betrugen, war eine höchst ungerechte Maßregel, verwandelte aber den Norden, wo die Regierung auf den zähesten Widerstand gestoßen war, in ein Bollwerk des Protestantismus, machte es den englischen Königen möglich, die irischen Katholiken durch die Protestanten des Nordens niederzuhalten. Nur selten sahen sich die englischen Könige von nun an genöthigt, englische Truppen nach Irland zu schicken. Elisabeth hatte sich auch mit demselben Projekte getragen, aber ihre Versuche scheiterten. Jakob hat hier offenbar mehr Geschick und Klugheit an den Tag gelegt, als Elisabeth, sein Verfahren gegen die Iren war ungerecht, im Grunde aber humaner als das Verfahren Elisabeths, denn er hat die ehemaligen Eigenthümer doch wenigstens als Pächter belassen, während Elisabeth Hunderttausende derselben durch ihre zügellose Soldateska tödten, oder ihre Felder verwüsten, ihre Häuser niederbrennen ließ. Brosch hat wohl Recht, wenn er über die Ulster-Siedelung bemerkt: „Der Reihe von unrechtmäßigen Handlungen war ein neues faules Glied (sic) hinzugefügt worden; es verbreitete die Fäulniß im Lande und diese trieb Zustände hervor, aus denen sich Greuel und Entsetzen ergeben mußten" (S. 29—30). Gleichwohl war der Friede dem Kriege unter Elisabeth vorzuziehen.

Brosch sucht die Verdienste Jakobs um die Wiederherstellung des Friedes mit Spanien durch folgenden Satz abzuschwächen: „Im Ganzen waren diese Jahre 1604—15 für England wie für die festländischen Staaten Jahre der Sammlung, so recht nach Jakobs Wunsch und ohne sein Verdienst." Man erwartet den Nachweis, daß irgendwelcher Minister gegen den Willen Jakobs Verhandlungen mit Spanien angeknüpft und den König förmlich gezwungen habe, den Frieden zu ratificiren. Statt eines solchen oder ähnlichen Beweises liest man: „Denn mag auch der Frieden,

den er mit Spanien geschlossen hatte, vornehmlich sein Werk sein und im Princip nicht zu tadeln gewesen sein — die erlangten Friedensbedingungen waren ebensowenig von Vortheil als ehrenhaft für England" (S. 27). Welcher vernünftige Mensch kann Jakob den Titel eines Friedenstifters bestreiten, weil die Bedingungen für England nicht vortheilhaft waren, oder weil (das ist ein weiterer Grund, den B. anführt) mit etwas mehr Hartnäckigkeit bessere Bedingungen hätten erlangt werden können? Uebrigens war der Friede für England ebenso vortheilhaft als ehrenvoll. England hatte den Frieden kaum weniger nothwendig als Spanien; in dem Kriege hatten sich Abenteurer und Piraten wie Raleigh bereichert, Verkehr und Handel mit England dagegen war gewaltig geschädigt worden. Es war eine Schmach für die Regierung und Nation gewesen, daß hohe Adelige, einflußreiche Minister, ja die Königin selbst sich an dem Seeraub betheiligt, daraus Gewinn gezogen hatten. Sir Walter Raleigh hatte schon deßhalb den Tod verdient, weil er auf seinem Zuge nach Guiana diese alte Unsitte erneuert und eine spanische Stadt eingeäschert hatte.

Wenn die Regierung Jakobs wohlthätiger war als die Elisabeths, wie kommt es, daß Elisabeth so populär gewesen, daß das Parlament sich ihr gegenüber so gefügig erwies, daß man gemeiniglich ihre Regierung als das goldene Zeitalter Englands betrachtet? Weder das Parlament noch die Höflinge waren die Vertreter der Nation, sie repräsentirten höchstens eine Klasse, die sich unter der Regierung Elisabeths bereichert hatte. So lange die Katholiken noch so zahlreich, die protestantische Erbfolge noch nicht gesichert war, ließ sich die protestantische Partei, Puritaner sowohl als Anglikaner, die Bedrückungen der Königin gefallen, die bis daher der Hort des Protestantismus gewesen war. Die Verfassungspartei erstarkte jedoch gegen das Ende der Regierung Elisabeths. Wir erinnern nur an Wentworth. Die Reaktion mit ihren Uebertreibungen und ihren Auswüchsen nach einer

so langen Sklaverei war unvermeidlich, auch Elisabeth hätte sie nicht verhindern können.

Jakob hatte weder die Gabe noch die Lust, der Führer des Parlamentes zu sein, und suchte schon deßwegen den Frieden zu erhalten, weil ein Krieg ihn abhängig gemacht hätte vom Parlamente, welches das Steuerbewilligungsrecht hatte. Das Parlament wünschte den Krieg, weil derselbe die Gelegenheit bot, die absolutistischen Gelüste des Königs zurückzudrängen. Der Ausbruch des dreißigjährigen Krieges war deshalb dem Parlamente nicht unwillkommen, für Jakob aber eine wahre Calamität, die sich nur durch einen baldigen Frieden abwenden ließ. Gardiner hat diesen Punkt so meisterhaft behandelt, die Gesinnungen und Absichten der verschiedenen Parteien in England so klar dargelegt, daß man sich wundern muß, wie es Herrn Brosch gelungen, die Frage wieder zu verwirren und die Irrthümer der älteren Historiker wieder aufzufrischen. Hören wir, wie Brosch die damalige Lage auffaßt: „Die augenblickliche Conjunktur hat der englischen Regierung die Möglichkeit, ja die förmliche Einladung dargeboten, sich an die Spitze eines mächtigen Bundes zu stellen, der die Niederländer, die Hugenotten zu gemeinsamer Aktion vereinige, und der katholischen Kirche wie der spanischen Monarchie unberechenbaren Schaden bringen könne. Allein diese günstigen Aussichten wurden verscherzt." Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Hugenotten Frankreichs sich ungestraft den Engländern hätten anschließen dürfen, daß die Niederländer, welche so oft von den Engländern im Stiche gelassen worden waren, sich in einen Krieg eingelassen hätten. Wäre es wirklich gelungen, Calvinisten und Lutheraner zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Katholiken zu vermögen, so hätte Jakob entweder ein bedeutendes Heer nach Deutschland schicken, oder den protestantischen Fürsten Subsidien zahlen müssen. Die Kassen waren leer, das Parlament wenig geneigt, große Geldsummen zu bewilligen, am allerwenigsten für einen Krieg in Deutschland;

der König hatte sonach nur die Wahl zwischen einem Krieg mit Spanien oder Unterhandlungen. Jakob wählte naturgemäß das Letztere; es war nicht seine und nicht Spaniens Schuld, daß der Friede nicht zu Stande kam. Carte, History of England 1754, Vol. IV, 126—30, gibt eine Charakteristik Jakobs, die auch heute noch lesenswerth ist. Er bedauert, daß Jakob aus Herzensgüte und Dankbarkeit, die in Schwäche ausartete, sich zu übermäßiger Freigebigkeit verleiten ließ. Sein Benehmen stand nicht im Einklang mit seinem durchdringenden Verstand. Schon Ranke hat bemerkt, daß Jakob sich weit weniger von Günstlingen beherrschen ließ, als man gemeiniglich annimmt, daß er klug genug war, dieselben fallen zu lassen, wenn sie den öffentlichen Unwillen erregt hatten. Brosch verkennt auch hierin den Charakter Jakobs; er läßt denselben „hin- und hergeschleudert werden zwischen Anfällen der Rührung und Zärtlichkeit, die ihn zum Günstling und Sohn zogen, und Rückfällen in Schrecken und Furcht, die ihn vor der kriegerischen Verwicklung erfaßten“ (S. 76).

Die Charakteristik der übrigen Stuarts ist gerade so verfehlt, als die des ersten. Gegen Henriette Marie wiederholt er die in seiner Biographie Cromwells erhobene Anklage, es habe schon zu Karls Lebenszeit eine Intrigue zwischen ihr und Jermyn bestanden. Weil sie sich die Ernennung Jermyns zum Peer erbat, wird sie also getadelt: „So unklug hat sie das Volks- und Hofgerede verachtet, das ihr um diese Zeit, vielleicht noch mit Unrecht, ein sträfliches Verhältniß mit Jermyn nachsagte“ (S. 239). Gardiner, Civil War I. 194, erblickt in ihrer Verwendung für Jermyn einen Beweis der innigen Liebe, welche Gattin und Gatten vereinte. „Die lebhafte Königin kümmerte sich gar nichts um die Verläumdungen“. Gardiner ist jedenfalls ein besserer Gewährsmann als Brosch.

Der Verfasser ist vielleicht glücklicher in der Charakterisirung der Puritaner. Geben wir einige Proben. Pym,

der bitterste Gegner Karls I., wird mit einem Sterne verglichen, der seine Zeit beherrscht und der Zukunft ihre Wege weist. „Seine Rede vom 28. November zeigt, daß er seine Zeit und die treibenden Elemente derselben verstanden, ja mit seinem Verständniß über die ihn umgebende Gegenwart hinausreicht und die bleibende, wenn auch bald mehr bald weniger ausgeprägte Form einer Erscheinung zu fassen weiß" (S. 63). Glücklicherweise folgt sogleich nach diesem Dithyrambus die Kraftstelle, welche den großen Gelehrten begeistert hat. „Wenn den Papisten einige Nachsicht gewährt wird, dann werden sie auf Duldung dringen, dann auf Gleichberechtigung, dann werden sie nicht ruhen, bis sie das Uebergewicht erhalten und alle entgegengesetzten Bekenntnisse ausgerottet haben". Pym entpuppt sich hier als engherzigen Fanatiker, als beschränkten Geist, weil er glaubt, eine geistige Macht durch Gewaltmittel niederhalten zu können.

Das Menschenmögliche auf dem Gebiete der Uebertreibung wird jedoch geleistet durch die Behauptung, Cromwell sei „einer der größten Herrscher aller Zeiten" gewesen. Abgesehen von Carlyle, der keine Worte finden kann für sein überschwängliches Lob, hat wohl keiner der neueren Bewunderer des Protektors denselben den größten Herrschern beigezählt, denn die Mißerfolge seiner inneren Politik und die Verkehrtheit seiner äußeren Politik springen zu sehr in die Augen. Er gleicht dem Zauberlehrling, der die Geister heraufbeschworen und die Formel, wodurch sie gebannt werden können, vergessen hat. Er sprengt das lange Parlament, weil es ihm zu weit geht, er beruft Männer seiner eigenen Wahl in das neue Parlament und überwirft sich gar bald mit denselben, er versucht es dann mit einem zweiten und dritten, und regiert dann aus Verzweiflung ohne Parlament. Frederic Harrison entschuldigt diese Gewaltthaten durch die Bemerkung, Cromwell habe kein Verständniß für den Parlamentarismus gehabt, richtiger hieße es, Cromwell war ein Despot, der sich durch die Verfassung

nicht binden ließ. Cromwell war eine Kraftnatur, ein Titane, wenn man will, aber kein großer Herrscher, denn ein solcher rechnet mit den gegebenen Verhältnissen und versteht es, für die Ausführung seiner Pläne geeignete Werkzeuge zu finden. Cromwell hat nichts Bleibendes geschaffen, keine der Ideen, welche er mit solcher Zähigkeit durchzuführen versuchte, ist später verwirklicht worden. Der Verfasser ist freilich anderer Ansicht und schildert uns in folgender Stelle den Einfluß, den Cromwell auf die spätere Gesetzgebung geübt haben soll. „Cromwell hat den Thron in Stücke gehauen. Die Stuarts wollten ihn wieder zusammenzimmern. (Nein, Cromwell hat es zuerst versucht.) Sie waren dazu nicht stark, nicht geschickt, nicht ehrlich genug. (Saßen sie nicht volle 28 Jahre auf dem Thron?) Ein Fremder hat ihnen die Sache aus der Hand genommen. Die Nation hat ihm freudig zugestimmt unter der Bedingung, daß ihre Freiheit gesichert, die Rechte der Krone ermäßigt werden und das Parlament eigenmächtig die Aenderung der Thronfolge dekretire. Daraus hat sich ergeben, daß die oberste Macht im Staate an das Haus der Gemeinen fallen mußte. (Vor 1832 war das kaum der Fall.) Alles dieses kam und ging Schlag auf Schlag, wie die Wirkung aus ihrer Ursache, wie die Folge aus einem zureichenden Grunde, welchen in's Dasein gerufen zu haben das mit schöpferischer Kraft vollbrachte Werk Olivers und seiner Puritaner war" (S. 367).

Die strengen Puritaner warfen Cromwell vor, daß er durch seinen Ehrgeiz das, wofür er so viel gearbeitet, wieder zerstöre, daß er die Tyrannei Karls durch seine Willkürherrschaft überbiete. Die Verdienste des Protektors sind negativ. Er suchte die Ausschreitungen des langen Parlamentes zu beschränken, durch Anmaßung von Rechten, welche nicht einmal die Tudors ausgeübt hatten, durch Unterhaltung einer Armee, welche das Volk maßregeln sollte, falls es sich erhebe. Wer wie Cromwell die Verfassung untergräbt, die Parlamente verjagt, die Richter absetzt, weil sie am Alt-

hergebrachten festhalten, kann unmöglich ein Vertheidiger der Verfassung genannt werden.

Trotz oder gerade wegen seiner Bewunderung hat Brosch Cromwell nicht nach dem Leben gezeichnet, hat er manche seiner Handlungen, die auf den ersten Blick so auffallend scheinen, unerläutert gelassen. Keiner, welcher Cromwells Leben kennt und seine Briefe gelesen, wird glauben, daß derselbe aus Fanatismus gegen die öffentliche Stimmung und entgegen den Interessen der Nation, den Krieg gegen Spanien so eifrig betrieben und ein Bündniß mit Frankreich mit so großen Opfern erkauft habe. Was bewog ihn zu dem Bündniß? Sicherlich nicht die Wohlfahrt des Staates, sicherlich nicht Mangel an Einsicht, sondern das Privatinteresse, der Wunsch an Frankreich eine Stütze zu haben, die Rückkehr der Stuarts unmöglich zu machen. War Cromwell mit Frankreich verbündet, dann brauchte er die Landung einer royalistischen Armee nicht zu fürchten; mit Hilfe der Armee aber konnte er die politisch Unzufriedenen in England niederhalten. Von Spanien hätte Cromwell keine Hilfe erwarten können, weil es sich nur mit Mühe gegen Frankreich behaupten konnte. Der Verfasser gießt die Schale seines Zornes über Karl II. und Jakob II. aus, weil sie sich so eng an Frankreich angeschlossen und die allgemeine Wohlfahrt ihren Sonderinteressen nachgesetzt hätten, und doch waren sie hierin nur gelehrige Nachahmer Cromwells.

Die religiöse Frage hat mehr als jede andere die Gemüther der Nation in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts beschäftigt. Beim Verfasser vermißt man eine klare Darlegung der Streitpunkte, eine Hervorhebung dessen, was in der Lehre der verschiedenen Sekten wahr oder falsch ist. Von Laud und seinen Bestrebungen hat er eine ganz verkehrte Ansicht, wie folgende Stelle zeigt: „Auf Grund einer pomphaften Liturgie wollte Laud die schon aus Rand und Band gegangene Einigkeit wiederherstellen, und eben diese Liturgie konnte nur bewirken, daß der Anhang der Kirche geschwächt,

der des Puritanismus verstärkt wurde“ (S. 146). (Vorübergehend ja, auf die Dauer nein, wie die Geschichte des Ritualismus der Gegenwart zeigt.) Sehr sonderbar ist der für obige Behauptung angeführte Grund: „Denn es ist ja einleuchtend, daß jede Liturgie einen Mangel an Freiheit und geistiger Spannkraft, weniger zur Voraussetzung, als vermöge ihres stetigen Gebrauches zur Folge hat. Sie muß doch darauf gerichtet sein, die religiösen Gefühle ihrer Theilnehmer in Zeichen oder Handlungen zu verkörpern; sie schreibt Akte vor, denen tiefgehende Bedeutung verliehen wird, die aber gleichmäßig wiederholt zu einer mehr oder minder mechanischen Verrichtung herabsinken.“ Brosch weiß offenbar nicht, was er will, und geht von der falschen Voraussetzung aus, daß jeder innere Akt, der sich nach außen hin offenbart, früher oder später mit Nothwendigkeit zu einer mechanischen Verrichtung herabsinke, daß dagegen ein rein innerlicher Akt nothwendig rein und vollkommen sein müsse. Wir rechtfertigen mit nichten den Ritualismus Lauds, der durch Nachäffung katholischer Bräuche die zum Katholicismus hinneigende Partei für den Anglikanismus gewinnen wollte, müssen aber doch gestehen, daß derselbe sich größerer äußerer Erfolge rühmen konnte als die Puritaner.

Von seinem protestantischen Standpunkte, der Allen volle Freiheit gewährt, aus hat Brosch kein Recht, die von Laud und seinen Anhängern eingeführte Gottesdienstordnung zu verhöhnen, weil sie von der der Puritaner abweicht. Die englische Nation fühlt sich jedenfalls mehr zum Anglikanismus hingezogen als zum Puritanismus. Die Innerlichkeit des Puritanismus hatte bekanntlich zu unehrerbietigem Betragen in der Kirche, zu Profanation alles Heiligen geführt. Laud kann wenigstens das Verdienst beanspruchen, die Kirchen von Unrath gesäubert, für Reinlichkeit und Anstand des Klerus sowohl als der Laien Sorge getragen zu haben. Hallam sagt vom Tagebuch Lauds: „Es kann kein verächtlicheres Werk geben“. Brosch übersetzt ungenau, es sei das ein-

fältigste aller Bücher. Er weiß wohl nicht, daß die Zeitgenossen und Spätere der Gelehrsamkeit Lauds das größte Lob spendeten. Den Aberglauben und den Glauben an Träume theilte Laud mit den großen von Brosch bewunderten Reformatoren, an Eifer und unermüdeter Thätigkeit stand er keinem nach; er hätte somit eine glimpflichere Behandlung verdient.

Nicht so sittenrein und uneigennützig als sein Freund Laud war Thomas Wentworth, später Earl von Strafford. Statt den Charakter dieses merkwürdigen Mannes zu studiren, statt Rechenschaft zu geben über die politischen Wandlungen des Mannes, der aus einem Vertheidiger der Verfassung ihr bitterster Gegner geworden, wirft Brosch die kecke Behauptung hin: „Strafford ist mit vollem Bewußtsein und Verständniß auf die vom König geplante Aufrichtung einer absoluten Herrschaft an Stelle der gesetzlich beschränkten eingegangen: das läßt sich weder in Abrede stellen, noch auch damit beschönigen, daß er und sein Herr in der Täuschung gelebt hätten, als seien sie Vertheidiger des Gesetzes vor parlamentarischen Uebergriffen" (S. 145). Auch Gardiner gibt zu, daß Strafford das Parlament nach Kräften bekämpft, macht aber geltend, daß er ohne zu wissen, was er that, dem Absolutismus Vorschub geleistet (History IX, 370). In der Rede, welche Strafford vom Schaffot herab an die ihn umstehende Menge hielt, erklärte er, er habe die Parlamente von jeher für eine der segensreichsten Staatseinrichtungen gehalten und nächst der Gnade Gottes betrachte er sie als das beste Mittel, um den König und das Volk glücklich zu machen (Gardiner IX, 369). Strafford hat in der Täuschung gelebt und ist in der Täuschung gestorben, wenn wir nicht annehmen wollen, er habe das Volk belogen. Gardiner, welcher den Charakter Straffords mit besonderer Sorgfalt studirt, hat gezeigt, wie ein für die Verfassung begeisterter, tiefblickender Staatsmann wie Strafford die Pläne Karls unterstützen konnte, weil der Absolutismus

ihm als das geringere Uebel erschien, verglichen mit der Anarchie, der man infolge der Uebergriffe des Parlamentes zusteuerte.

Daß Brosch sich in seiner Darstellung Macaulay genähert, und Ranke und Gardiner vielfach bekämpft hat, kann in unsern Augen nicht als besonderer Vorzug gelten; wir können es nur bedauern, daß er auf den überwundenen Standpunkt dieses heftigen Parteigängers sich gestellt hat. Macaulay's Darstellung der Regierung Karls II. und Jakobs II. ist noch ungerechter und unbilliger als die ihrer Vorgänger. Brosch hat nur in wenigen Fällen das schroffe Urtheil Macaulay's gemildert und neuere Werke zu Rathe gezogen. Der zweite Theil hat deßhalb noch weniger Werth als der erste. Das Kapitel über die englische Literatur ist ungenügend; wer sich orientiren will, wird zu einer englischen Literaturgeschichte greifen. Ueber das sociale, wirthschaftliche und religiöse Leben erfahren wir fast nichts. Eine Hereinziehung der Culturgeschichte hätte gründliche Studien nöthig gemacht, die wir beim Verfasser, der in so kurzer Frist seinen siebenten Band auf den sechsten folgen ließ, nicht voraussetzen können. Nach dem Gesagten wundert man sich kaum, daß Professor Gardiner im Oktoberheft der English Historical Review den vorliegenden Band einer eingehenden Besprechung nicht würdig hielt und denselben mit einigen Zeilen abfertigte.

A. Zimmermann.

XI.

Der Hintergrund der Heeresvorlage.

(Zuschrift.)

Wenn man sich in einer schwierigen Lage befindet, muß zuerst deren Umfang und Ursache genau festgestellt werden, bevor an Rettung aus derselben gedacht werden kann. Seit 1873 sind alle Heeresvorlagen vom deutschen Reichstage angenommen worden. Jedesmal wurde versichert, nun sei alles besorgt, nichts weiter mehr nöthig. Windthorst hat einmal, nach ausgiebigen Bewilligungen, auf eine Anfrage eine solche Versicherung in bündigster Form erhalten. Aber auch dies verhinderte nicht, daß bei der nächsten Tagung wiederum eine neue Militärvorlage auf dem Tisch des Reichstags sich vorfand. Wäre die letzte Vorlage angenommen, die 70,000 Mann bewilligt worden, dann würde mit einer weiteren Heeresmehrung höchstens eine größere Spanne Zeit gewartet worden sein. Genehmigt der neue Reichstag nur einen Theil derselben, dann folgt der andere um so eher und sicherer nach. Es gibt keinen Halt auf dieser schiefen Ebene. Der Kriegsminister Verdy du Vernois hat (1891) sich entschlüpfen lassen, es handle sich darum, den Scharnhorst'schen Plan, die Einstellung aller Waffenfähigen, in vollem Umfange durchzuführen. Da er zu früh gesprochen, aus der Schule geplaudert hat, wurde er entlassen. Seine Nachfolger sind zu dem bis dahin bewährten Verfahren der stückweisen Durchführung zurückgekehrt, bestehen aber um so hartnäckiger auf dem Plan.

Die Einstellung aller Wehrfähigen liegt eben in der Natur der Dinge. Sie ist unveräußerlich mit dem preußischen Staats-

gedanken verbunden und folgt mit Nothwendigkeit aus den öffentlichen Einrichtungen, welche auch schon größtentheils auf alle deutschen Staaten übergegangen sind. Wie alle Lobredner desselben unaufhörlich wiederholen, ist Preußen die wahrhafte Verkörperung des Protestantismus. Hierin bestehe seine Macht, sein Vorzug, sein Beruf. Und Preußen ist wirklich der vollkommenste protestantische Staat, den es geben kann.

Der protestantische Staat ist die Auffaugung und Zusammenfassung aller geistigen, sittlichen und sonstigen Kräfte eines Volkes, um sie für den Staatszweck zu schulen und auszunützen. Hierin besitzt Preußen unzweifelhaft die größte Meisterschaft. Der Protestantismus macht die Religion zur ausschließlichen Staatssache. Preußen hat es verstanden, die verschiedenen sich gegenseitig ausschließenden protestantischen Bekenntnisse zu einer Staatskirche zusammenzuschweißen. Es hält dieselben um so fester in der Hand, gebraucht sie um so unbeschränkter, als die Uneinigkeit in der Lehre jede Fähigkeit des Widerstandes ausschließt. Wie schnell sind einst die Lutheraner, Calviner, Altlutheraner, in unseren Tagen die Landeskirchen der 1864—66 angegliederten Staaten zerrieben worden? Die vom Staate bezahlten Gottesgelehrten haben, zum Zweck dieser Zermalmung, eine Unionstheologie zustande gebracht, sogar in mehreren, den verschiedenen Bedürfnissen entsprechenden Ausgaben, so daß von positiver, rationalistischer und mittlerer Unionstheologie gesprochen wird. Diese ganz auf den preußischen Staatsgedanken zugeschnittene Theologie hat denn auch schon die übrigen protestantischen Landeskirchen Deutschlands an das preußische Staatskirchenthum angegliedert, trotzdem die betreffenden Staatsoberhäupter noch, dem Namen nach, Landesbischöfe sind.

Dieses preußisch-deutsche Staatskirchenthum geht ganz im preußischen Staatsgedanken auf, und aus dieser Verschmelzung von Staat und Kirche ergibt sich alles Uebrige von selbst. Das Recht und die Pflicht, alle Kräfte des Volkes dem Staatszweck dienstbar zu machen, brauchen gar nicht bewiesen zu werden. Denn es ist selbstverständlich, daß der Staat alle Machtmittel in den Dienst des ihn belebenden Grundgedankens stellt. Die materiellen Machtmittel müssen um so straffer zusammengefaßt, um so fester eingeordnet werden, als die geistigen Machtmittel

d. h die protestantische Lehre, uneiniger und zerrütteter sind. Da die Kirche nicht einigt, muß der Staat umsomehr einigen, wenn auch nur äußerlich und mit Gewalt. Der preußisch-protestantische Staat kann keinen seiner Angehörigen außerhalb seines Triebwerkes lassen. Deßhalb muß auch jeder Waffenfähige eingestellt, dem Staatszweck zugeführt werden. Der Wehrdienst, die militärische Drillung sind nothwendig zur staatlichen Einheit, sie müssen die fehlende moralisch-religiöse Einheit ersetzen, sind eine Staatsnothwendigkeit: die unentbehrliche — „Erziehungsanstalt".

Ebenso nothwendig sind dem preußischen Staatsthum das Beamtenthum und die Großgeldmacht. Bismarck war die leibhaftige Verkörperung des preußischen Staatsthumes, weil er diese drei Machtmittel am erfolgreichsten zu gebrauchen verstand. Er hat die Zahl und die Macht der Beamten ungemein vermehrt, jeden Anlaß in diesem Sinne ausgenützt. Durch den Culturkampf wurden neue Beamtengattungen geschaffen, alle Beamten aber an rücksichtsloses Eingreifen gewöhnt. Die sociale Gesetzgebung war für ihn nur ein neues Mittel, weitere Beamtenklassen zu schaffen, welche der Staatsgewalt als Werkzeuge und Handhaben zu all ihren Zwecken zu dienen haben. Die Mitglieder des Centrums, welche in guter Absicht dem Klebegesetz zustimmten, kannten den preußischen Staatsgedanken nicht. Bismarck sah in diesen Gesetzen nur den Zweck: Mehrung der Staatsallmacht. Deshalb fielen dieselben so ächt bureaukratisch aus. Bei Haftpflicht und Altersversorgung kostet die Verwaltung, d. h die Beamten, nicht viel weniger, als der Ruhesold der Arbeiter. Bei der Fuhrwerksgenossenschaft der Provinz Sachsen z. B. wurden in einem Jahre 72,000 Mark für Verwaltung und 600 Mark für einen einzigen Unfall ausgegeben. Ueber Einrichtungen, welche zu solchen Ergebnissen führen, ist jeder weitere Streit überflüssig. Die Regierung aber und ihre Beamten haben nur Lobeserhebungen für dieselben, denn ihr Zweck, Mehrung der Machtmittel des Staates, ist trefflich erreicht.

Bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen hatte Bismarck ganz denselben Zweck. Deßhalb sollten alle Bahnen in den Besitz des Reiches gebracht werden, weil die Reichsregierung

dadurch zugleich ein weiteres Mittel hatte, die anderen Staaten Preußen anzuschließen und unterzuordnen In den Ausständen der Bergleute sah Bismarck nur Gefahr einer Lahmlegung der staatlichen Machtmittel durch Kohlenmangel. Sein erster Gedanke war, die Bergleute alle zu Staatsbeamten zu machen, um dadurch Ausstände unmöglich zu machen Dadurch hat er den Grundgedanken seiner socialen Politik, seine Auffassung von einer Lösung der socialen Frage verrathen. Daß dieselbe nur noch um einige Striche von derjenigen der Socialdemokraten geschieden ist, leuchtet ein. Bismarck kennt, wie diese, nur Zwang und Beamte, Soldaten, Geldmacht und Polizei, um etwas auf socialem Gebiet auszurichten. Bei ihm heißt es, wie bei Bebel: „Wer sich nicht unterwirft, fliegt hinaus!“ Es ist bemerkenswerth, daß in Berlin seit Abgang des Altreichskanzlers unentwegt nach Bismarck'schem Leisten fortgearbeitet wird. Eine Anzahl Vorarbeiter, Werk- oder Rottenführer bei den Eisenbahnen und in den Staatsbergwerken sind zu Staatsbeamten befördert worden. Sie werden sich schnell mehren und erhöht werden, wie alle neugeschaffenen Beamtenklassen der Gegenwart. Die übrigen Arbeiter werden dann schon folgen. Namentlich in den Kohlengruben des Saarbeckens sind die Bergleute durch scharfe Polizeimaßnahmen, Verurtheilungen, Verabschiedungen (es sollen 25,000 Mann in härtester Weise abgelegt worden sein) und ähnliche Mittel sehr eingeschüchtert worden.

In diesen Blättern (Bd. 111 S. 913 ff.) ist nachgewiesen worden, wie die Regierung den „Ordnungs“-Parteien zur Seite gestanden, als dieselben die Reform des Gemeindewahlrechtes in das Gegentheil umkehrten, der Geldmacht noch mehr Rechte auf Kosten der mittleren und kleineren Leute verschafften. Ausschlaggebend für dieselben war, daß durch Minderung der Mißstände der Dreiklassenwahl das Centrum in einigen Städten das Uebergewicht in deren Verwaltung erlangt haben würde. Also der Widerwille gegen die Katholiken ist bei der Regierung und den ihr nahestehenden Parteien maßgebend! Dies konnten wir übrigens schon aus dem plötzlichen Fall des Schulgesetzes erfahren. Dabei war dieses Gesetz durchaus nicht günstig für unsere Rechte, es bot nur den Vortheil, die Errichtung freier d. h. Privatschulen zu erleichtern.

Bei den Bochumer Enthüllungen traten alle der Regierun nahestehenden Blätter mit Berserkerwuth gegen Fusangel ei Behörden und Gerichte bethätigten eine ungewöhnliche Streng gegen ihn, während Baare und Genossen sich aller Rücksichte und Schonung zu erfreuen hatten, und ihre Freisprechung i sorgsamster Weise erzielt werden konnte. Die Bochumer Millionär waren überführt, nur für ein Drittel oder noch weniger ihre Einkommens Steuer zu zahlen, während kleine Leute, welch sich mühsam durchbringen, über ihr Vermögen steuern mußten Die Behörden und Gerichte billigten Fusangel, welcher doc die Sache der Armen und Kleinen vertreten, schreiende Miß stände aufgedeckt hatte, nicht einmal mildernde Umstände zu Daß die Art und Weise, wie die Dinge amtlich in Bochu behandelt wurden, nur Unzufriedenheit, Förderung der Social demokratie zur Folge haben konnte, liegt auf der Hand.

Die Staatsbürgerzeitung[1]) berichtet: „Mit dem Syste Douglas-Lucanus muß gebrochen werden, sagte Herr Stöcke in einer Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises an Wahltage (15. Juni). Dies System besteht darin, die Mitte parteien um jeden Preis zu fördern, dagegen die christlic conservative Richtung zurückzudrängen und zu beseitigen. Jene System führt nur den glorreichen Siegeswagen der deutsche Nation in den mittelparteilichen Sumpf. Ich bin überzeug daß wenn unser junger Kaiser sich an die Spitze der christ lichen Bewegung stellen wollte, in einem Vierteljahr wäre d Mehrheit des Reiches auch reichstreu".

Nun, in gewisser Beziehung steht der Kaiser an der Spit dieser Bewegung. Sind nicht durch seine Bemühungen jet 26 protestantische Kirchen zu Berlin im Bau und dazu 15 b 16 Millionen aufgebracht worden? Man wunderte sich dabe daß so viele Gleichgültige und selbst Juden, freilich al gute Mittelparteiler, reichliche Beiträge leisteten. Der Gr Douglas aber ist ein bei Hofe sehr einflußreicher freiconse vativer Abgeordneter. Lucanus ist Chef des Civilkabinetes de Kaisers, und durch Bismarck in diese Stellung gebracht worde Während des Culturkampfes war er im Cultusministerium

1) Vgl. „Kölnische Volkszeitung" Nr. 342.

die rechte Hand des Ministers Falk. So erklärt sich gar Vieles, besonders auch die auffallende Thatsache, daß seit dem Abgange Bismarcks noch weniger Katholiken zu Beamten und Richtern ernannt werden, namentlich in den höhern Stellen fast gar nicht mehr vertreten sind.

Diese mittelparteiliche Richtung erklärt es auch, warum die Behörden so wenig Verständniß für sociale Fragen, für die Bedürfnisse des Volkes zeigen. Von der jetzigen Regierung ist ebensowenig in socialer Hinsicht zu erwarten, als von Bismarck. Sie sieht den Staat und seine Aufgaben auch nur in Gestalt des Heeres, der Beamten und der Geldmacht. Solange man ihr Soldaten, neue Beamtenstellen und neue Steuern bewilligt, ist für sie Alles besorgt, das Uebrige nur Nebensache. Daß Ausnahmegesetze eine Schwäche des Staatswesens sind, besonders in den Augen des Auslandes, dafür fehlt es Mittelparteilern und selbst den sogenannten Ordnungsparteien ebenso an Verständniß, wie der Regierung selbst. Sie bleiben immerhin in Sicht.

Uns Katholiken hat bei Errichtung des Neuen Reiches gar zu sehr das Bild des alten Reiches vorgeschwebt, trotz aller Verschiedenheit der Zeiten und Umstände. Dies ist eine, ja die Hauptursache unserer Enttäuschungen. Das alte Reich war eine Schöpfung der Kirche, hatte deren Glaubenseinheit zur Grundlage, den Schutz der Christenheit und ihres Oberhauptes, die Wahrung des Rechtes in Europa zum Zwecke. Diese erhabene Aufgabe hat es zwar nicht immer in vollem Umfange erfüllt, aber auf dieser katholischen Grundlage hat das alte Reich doch tausend Jahre bestanden, unsterblichen Ruhm und Verdienste erworben. Der Protestantismus ist die vollständige Verneinung alles dessen, was den Ruhm und die Größe des alten Reiches ausmacht. Er ist die schlimmste Empörung gegen das Kaiserthum, die es je gegeben; er zielte unablässig auf dessen Vernichtung, ebenso wie er in seinem Bereich die Papstgewalt vernichtet hatte. Der Protestantismus war die Sache der Fürsten gegen die Sache des Kaisers und Papstes; er war Zersplitterung in kirchlicher wie in politischer Hinsicht. Welche Grundlage, welchen Einheitsgedanken soll nun das neue Reich haben? Der Protestantismus ist in nichts

einig — umschließt gleichmäßig Gotteslängner und Gottes
gläubige — als im Haß gegen die Kirche. Deßhalb erga
sich die Verfolgung der Kirche mit Naturnothwendigkeit aus de
Herstellung des neuen Reiches. Der Culturkampf ist kei
That der Ueberzeugung, sondern des innewohnenden, oft ga
unbewußten Katholikenhasses. Die Protestanten insgemein sin
in gröblichen Vorurtheilen gegen die Kirche auferzogen, vo
der sie nur ein häßliches Zerrbild kennen. Bekämpfung, Aus
rottung der Kirche erscheint ihnen als eine selbstverständlich
ächt protestantische Pflicht, als Gewissenssache. Die Geschicht
wird so dargestellt, daß die Kirche ihnen als Feind Deutschland
erscheinen muß, der Protestantismus dagegen als die größ
That der Menschheit, als das verdienstlichste Werk Deutschland
insbesondere, dessen Ruhm er für alle Ewigkeit bleibt.

Durch den Culturkampf und die anderen Ausnahmegeset
wurde eine furchtbare Saat des Hasses ausgestreut, Uneini
keit und Gegensätze gefördert und neu hervorgerufen. Na
einander haben Bismarck und seine Mameluken im Reichsta
wie in amtlichen Schriftstücken, in Presse und Versammlunge
fast alle Parteien, zwei Drittel Deutschands, als Reichsfeind
gebrandmarkt und in bitterster Weise angegriffen. Statt g
fördert, ist dadurch die moralische Einheit zerstört worde
soweit dieselbe noch vorhanden sein mochte. Der Parteikam
nahm eine Bitterkeit an, wie nie zuvor, es entstand eine all
gemeine moralische Zerrüttung im Volksleben. Derselben mußt
ein Gegengewicht geschaffen werden. Dies besteht in dem ei
heitlichen Heer, in dem Beamtenthum, welche beide vermeh
werden müssen, um keinen Deutschen außerhalb ihres Rahmen
zu lassen.

„Armee und Marine sind die Grundpfeiler des Reiches“, sag
der Kaiser kürzlich in Danzig Er wiederholte damit nur, wa
die preußischen Staatsgelehrten, Beamten, Junker und dere
Presse seit mehr als Menschengedenken täglich betheuern. Ma
rechnet nur auf die äußere Gewalt. Von der justitia funda
mentum regnorum des alten Reiches entschwindet der Begrif

Wundern darf es da nicht, wenn unter dem „neue
Curs“ die Socialdemokratie mindestens ebenso stark gewachse
ist, als vorher, wie die neuen Reichstagswahlen bewiesen haben

Ebenso haben dieselben von Neuem dargethan, daß bei allen anderen Parteien, selbst unter den als gläubige Christen geltenden Conservativen, sowie bei den Regierungen, Abneigung und Haß gegen das Centrum, die Katholiken, noch größer sind, als ihre unverständige Furcht vor den Socialdemokraten. Es ist immer dieselbe Grundursache, welche schon mehrfach von den liberalen Rednern öffentlich eingestanden wurde: „Von dem Centrum, dem Ultramontanismus, sind wir durch Alles geschieden; mit den Socialdemokraten aber haben wir die ganze Weltanschauung, das moderne Denken, gemein“. Man lese doch die nichtkatholischen Blätter, um in allen diese Grundanschauung wiederzufinden. Deshalb sollte man doch einmal mit dieser Thatsache rechnen, daß wir stets und auf allen Gebieten „Feinde ringsum“ haben.

Während der Wahlbewegung standen die Behörden überall auf Seiten der Gegner des Centrums. Die der Berliner und auch den andern Regierungen genehmen Parteien dachten noch mehr an Sprengung des Centrums, als an Bekämpfung der Socialdemokratie. Ganz besonders lag dergleichen den der Reichsregierung nahestehenden Berliner Blättern, wie der Kölnischen Zeitung, am Herzen. In vielen Städten, sogar in Straßburg und Mülhausen, gaben Nationalliberale, Protestanten und Beamte in Wort und Schrift die Losung aus, lieber für den Socialdemokraten zu stimmen, als einen Ultramontanen durchkommen zu lassen, obgleich Bebel, wie bekannt, des öftern die Rücknahme Elsaß-Lothringens in schärfster Weise verurtheilt hat, die beiden ultramontanen Candidaten aber auf dem Boden der gesetzlichen Ordnung standen. Die Militärvorlage war dabei ganz Nebensache, da die Socialdemokraten dieselbe mindestens ebenso scharf bekämpfen als das Centrum.

Zu den Stichwahlen empfahl die Kreuzzeitung, die „Ordnungsparteien“ müßten lieber für Socialdemokraten stimmen, als „Freisinnige“ durchkommen lassen Die mittelparteiliche Schlesische Zeitung schrieb: „Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß Wähler der staatserhaltenden Parteien dem Socialdemokraten gegen Richter zum Siege verhelfen; denn Eugen Richter ist der böswilligste Irreleiter der öffentlichen Meinung, der hartnäckigste Neinsager in allen Fragen, in welchen es sich um die

Ehre Deutschlands und Sicherung seiner Wehrhaftigkeit und Machtstellung handelt." Freilich, Richter kennt die Finanzverhältnisse Deutschlands und Preußens besser als irgend Jemand, hat daher der Regierung stets in die Karten geschaut, und noch jedem Finanzminister am Zeuge geflickt.

Als das Schulgesetz den Mittelparteien geopfert wurde, Graf Caprivi ohne Anlaß im Reichstag erklärte, die Reichsregierung werde nie in die Aufhebung des Jesuitengesetzes willigen, nahm man Anstand, dies als eine Kriegserklärung anzunehmen. Seitdem ist kein Zweifel mehr gestattet. Die Wahlen haben klärend gewirkt. Das Centrum geht einiger aus dem Wahlkampf hervor, die Abgesonderten haben keinen Erfolg beim katholischen Volke gehabt. Dieses wird um so fester zu dem Centrum stehen, als dasselbe unabhängiger und in steter Kampfesstellung sich befinden wird. Sagte doch der Culturkampfminister Falk: „Man (das katholische Volk) glaubt uns nicht". Das soll man nie vergessen; darin besteht die Stärke des Centrums. Selbst wenn es der Regierung gelingen sollte, die Militärvorlage ganz oder theilweise durchzusetzen, ist das Centrum noch nicht überwunden, nicht machtlos. Dann müßten die 80 bis 100 Millionen neue Steuern zur Deckung der Mehrausgaben bewilligt werden. Steuerfreudig ist aber keine Partei. Sogar die Parteien, welche so begeistert für Mehrung des Heeres stimmen, zeichnen sich durch Eifer und Geschick aus, mit denen sie die Lasten auf Andere abzuwälzen suchen. Da ist das Centrum immer noch mächtig genug, um solche Steuerpläne zu vereiteln, was ihm seine Wähler Dank wissen werden.

Auf Verhandlungen und Ausgleich darf es sich erst einlassen, wenn die Regierungen ihre Stellung ändern und alle die Kirche an ihren Lebensäußerungen hindernden Gesetze abschaffen. Dann, aber nur dann kann ein anderes Verhältniß zu den Parteien eintreten, und ein maßvolles Zusammengehen mit den Conservativen ermöglicht werden. Unter den Conservativen sind genug Leute, mit denen auszukommen wäre. Ja, mit allen, selbst Freiconservativen, wäre dies möglich sofern die Regierung will. Denn diese ist für die Conservativen durchweg maßgebend. Stellt sich die Regierung gut zu dem

Centrum, so werden es auch die Conservativen thun. Mit diesen anbinden und sich verständigen wollen, bevor die Regierung ihre Stellung ändert, ist verlorene Mühe und Schuld an den Enttäuschungen, welche das Centrum erlebt hat.

Die begehrte Mehrung des Heeres würde am empfindlichsten auf dem Bauern lasten, ihn noch mehr seiner Arbeitskräfte berauben, ihm höhere Steuern auflegen, dabei der Socialdemokratie noch weitere Schaaren in die Arme treiben Denn die städtische und Fabrikbevölkerung würde sich des Weitern auf Kosten der Ackerbaubevölkerung mehren. Dies allein hätte den Urhebern der Militärvorlage Bedenken einflößen müssen. Aber sie stehen auf einem andern Standpunkt, glauben den Teufel durch Belzebub austreiben zu können. Für sie ist die Mehrung des Heeres ein Mittel, weitere Massen in die Staatsmaschine einzufügen, zu Werkzeugen des Staates zu pressen. Der Militarismus ist nach ihren Begriffen das beste Mittel zur Abhaltung der Socialdemokratie. Der Militarismus ist ein Stück des Staatssocialismus, durch den der wilde demokratische Socialismus ausgetrieben werden soll. Deshalb verdienen diejenigen, welche sich als Ordnungs- und staatserhaltende Parteien benennen, fast eher den Namen Unheilsparteien. Für sie sind Soldaten, Beamte, Steuern — die meist auf den Schwächeren lasten — der Inbegriff aller Staatsweisheit. Das riesige Anwachsen der Socialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen hat ihnen die Augen nicht geöffnet, die Verblendung eher noch gesteigert. Ueberhaupt zeigt sich bei diesen Parteien wenig Verständniß für die Grundursachen der Socialdemokratie. Niemand hat sich gefragt, warum gerade die durch ihr neuzeitliches, liberales, confessions-, vielfach thatsächlich religionsloses Schulwesen berühmten Städte Berlin, Hamburg, Leipzig, Breslau, Dresden, Königsberg, Nürnberg, Mainz auch die Hochburgen der Socialdemokratie sind. Wer hier die Wechselwirkung nicht sieht, dem ist der Staar nicht zu stechen.

Die Reichsregierung wird sich wahrscheinlich auf's Drohen verlegen; aber eine Regierung, welche schon mehrere Male (siehe Schulgesetz, Wahlreform) vor einer Handvoll Schreier die Segel gestrichen hat, kann weder Furcht noch Vertrauen einflößen. Bei den letzten Reichstagswahlen sind unzweifelhaft

Tausende von Stimmen für die regierungsfreundlichen Partei
gepreßt worden. Trotzdem hat sich die Mehrheit der Wähl
gegen die Reichsregierung ausgesprochen. Diese hat nur, w
ihr sicher war: die sogenannten Mittelparteien, die Börse, d
Gutsbesitzer der alten Provinzen, welche ihre Söhne a
Offiziere und Beamten durch den Staat versorgen lassen, d
Beamten, die Abhängigen und Mantelträger aller Art. D
große Mehrheit hängt noch an der deutschen Einheit, aber
ist durchaus unzufrieden mit der Reichs- wie mit den Lande
regierungen. Ein um so undankbareres Geschäft würde
sein, sich da unbesehen in den zugemutheten Dienst stell
zu wollen.

XII.

Zeitläufe.

Der Ausfall der Reichstagswahlen und ihre Folgen. I

Den 12. Juli 1893.

Die Thronrede, mit welcher der neue Reichstag a
4. Juli eröffnet wurde, ist kurz und nüchtern. Neues konn
ja auch nach den neunmonatlichen Verhandlungen über da
Werk, für dessen Zustandebringen der Kaiser nach der Ve
lesung in freier Rede „Unser Aller Gott" anrief, nicht vo
gebracht werden.[1] Nur in der Einleitungsrede des Reich
kanzlers Grafen Caprivi findet sich ein neuer Gedanke, wen

1) „Liberalismus und Militarismus an der Zeiten Wende". Histo
polit. Blätter. Hefte vom 1. Februar, 10. Februar un
1. März 1893. Band 111. S. 221 ff., S. 307 ff., 396 ff.
„Die inneren Kämpfe in der Zukunft des Reichs. I.: an d

man nicht sagen will, eine Erinnerung aus verschollener Zeit. Er empfiehlt nämlich die Militärvorlage nicht nur aus Gründen der äußern Sicherheit, sondern auch, „damit wir unsere Stimme im europäischen Areopag ebenso laut wie früher erklingen lassen können". Wo er aber diesen europäischen Areopag wieder aufgefunden hat, das hat der Herr Graf nicht gesagt.

Man wird immer wieder, und jetzt erst recht, an die merkwürdigen Widersprüche in der Geschichte dieser Militärvorlage erinnert, und zwar von ihrem Ursprunge an aus dem Plane des Kriegsministers de Verdy. Er wollte die allgemeine Wehrpflicht durchführen unter Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit; die Mehrkosten hätten 117 Millionen Mark betragen. Bismarck war dafür, dem Kaiser hatte er seine Unterstützung zugesagt. Erst vor Kurzem berichtete ein nationalliberaler Besucher über eine Unterredung mit ihm: „Er unterscheidet sich von uns darin, daß er in seinen Wünschen für die Heeresverstärkung im Rahmen der alten Verdy'schen Vorschläge nach Art und Maß bedeutend weiter geht; er jammert nicht über die unerschwinglichen Lasten des armen Volkes, sondern hält für's Vaterland keine Opfer für zu hoch."[1] Bismarck war nicht mehr am Ruder, als die Verdy'schen Pläne voreilig in der Commission ausgeplaudert wurden. Der Schrecken war so allgemein, daß sie eiligst verläugnet würden; und der neue Reichskanzler erklärte sich wiederholt so, daß Niemand eine Vorlage wie die nachgefolgte, von ihm für möglich halten konnte.

Was der Kaiser mit seiner Aeußerung v. Js. auf dem Tempelhofer Felde gemeint hat, daß er „eine kleinere Armee

---

Schwelle der Entscheidungen. II.: auf der Schwelle der Entscheidungen". Hefte vom 1. Mai und 16. Mai ds. Js. Band 111. S. 707 ff. u. S. 782 ff.

1) Professor Kahl in Erlangen s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 15. Juni d. Js.

mit längerer Dienstzeit einem großen Haufen vorziehe",
insoferne nicht recht klar, als damit der Verdy'sche Pl
bezüglich des großen Haufens, vorbehaltlich die dreijähri
Dienstpflicht, nicht ausgeschlossen wäre. Brachte es doch d
Großherzog von Baden zuwege, in zwei aufeinander folgend
Reden einmal die bessere Qualifikation und dann wieder
größere Armee mit der zweijährigen Dienstzeit zu empfehl
Auch aus der Haltung der conservativen Partei läßt sich a
eine geheime Berechnung hinter dem Standpunkt Capriv
schließen. Ohne ein solches Commando wäre der erstaunli
Umfall der Conservativen nicht erklärlich. Erst Feuer u
Flamme gegen die Gewährung der zweijährigen Dienstz
als das sichere Verderbniß der Armee, und dann das Tob
ihres Organs: „schmachvolle Bethätigung eines unerhört
Mangels an nationalem Sinn", „die Neuwahlen werd
zeigen, ob Deutschland sich wirklich preisgegeben habe", „d
zweite Ablehnung bedeutet den Krieg".

Sollten alle diese Wendungen nicht auf den Hint
gedanken deuten: habe Caprivi einmal Bresche geschoss
dann könne de Verdy nach höchstens fünf Jahren wied
einrücken? „Verfassungsmäßig" bleibt ja die dreijähri
Dienstzeit „aufrechterhalten", und der Grundsatz der al
gemeinen Wehrpflicht erlaubt sogar den Gedanken, daß ma
auch im Frieden gar nicht genug Soldaten zu Parade- u
Manöverspiel haben könne. Dagegen sagte Graf Capri
am 24. Juni 1890 im Reichstag: „er lege mehr Gewic
auf gute, als auf viele Truppen". Am 24. November 18
verspottete er die Schätzung der Heere nach ihrer Zahl; d
gehöre zum Handwerk der Zeitungsschreiber: „Es rechnet
einer vor, die Franzosen haben 5,400,000 und ihr ha
4,500,000, folglich seid ihr schwächer als die Franzose
folglich beunruhigt euch." „Ich glaube nicht", fährt er fo
„daß unter den lebenden Heerführern einer ist, der im Stan
wäre, solche Massen, mit denen zu rechnen man sich je
gewöhnt hat, zu ernähren, zu bewegen und zu gemeinsame

Schlagen zu bringen." Nochmals erklärt er: „So lange die deutsche Armee so gut bleibt, wie sie ist, habe ich den ganz bestimmten Glauben, daß es keine Nation Europas gibt, die für die künftige Art der Kriegsführung so viele vorzügliche Eigenschaften mitbringt, wie die deutsche." Und nach Jahresfrist kommt derselbe Redner mit einer dem Allem widersprechenden Anforderung mit der Erklärung, es sei die „Existenzfrage Deutschlands!" Gewiß, der Widerspruch liegt nicht in der Person, sondern in dem militärischen Verhältniß. „Er sah seine Pflicht darin, die ihm ertheilte Ordre, so gut oder so schlecht es ging, zu befolgen, und wenn Contreordre kam — man erinnere sich nur der Geschichte des Zedlitz'schen Schulgesetzentwurfs — so mußte er sich auch damit abzufinden suchen, wie es eben gehen wollte." [1]) Aber: wem soll man nun glauben?

Am 9. Mai erfolgte abermals eine kaiserliche Ansprache nach der Parade auf dem Tempelhofer Felde, dießmal über die Auflösung des Reichstags. Zweimal wird Denen der Patriotismus abgesprochen, welche die erhoffte „unbedingte Annahme" der Militärvorlage abgelehnt haben. Sollte auch die Hoffnung auf Zustimmung im neuen Reichstage täuschen, „so bin Ich gewillt, Alles, was Ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen". Man habe auch von Aufregung der Massen gesprochen, der Kaiser glaube nicht, „daß sich das deutsche Volk von Unberufenen erregen lassen werde, im Gegentheile, er wisse sich Eins mit dem Volke", wie mit den Bundesfürsten und der Armee. Wenige Tage darauf kam der ehemals Bismarck'sche, jetzt Caprivi'sche Amtsverkündiger mit der Hinweisung auf den Artikel der Reichsverfassung, wonach das Reichsheer in Krieg und Frieden dem Befehl des Kaisers untersteht, und mit der Erklärung: Angesichts dieser verantwortlichsten und schwersten aller Pflichten werde die Frage unabweisbar, „ob die Organisation

---

1) Wochenschrift der „Frankfurter Zeitung" v. 2. Juli d. Js.

und Stärke des Reichsheeres zur Zeit die Mittel biete, Deutschland vor einem feindlichen Einbruch zu schützen und den Krieg zu einem glücklichen Ende zu führen; werde diese Frage, wie es seitens der berufenen militärischen Organe geschehe, verneint, so sei die Erfüllbarkeit der Pflichten des Bundesfeldherrn im Kriege in Frage gestellt". Selbst liberale Organe fanden, daß durch derartige Anschauungen der Wille der Krone über jede verfassungsmäßige Schranke gesetzt werde, und der Reichstag in militärischen Dingen kein anderes Recht hätte, als Ja zu sagen.[1])

Die von demselben halbamtlichen Blatte aufgerufene „Mehrheit der deutschen Nation" hat dann bei der Hauptwahl entschieden Nein gesagt. Man kann aus dem Verhältniß der in Bayern abgegebenen Stimmen, wo fast vier Fünftel gegen die Militärvorlage lauteten, zwar nicht ohne weiters auf das Ganze schließen; aber das ist sicher, daß wenn eine, sei es auch noch so kleine, bewilligungsbereite Mehrheit im Reichstag sich ergeben würde, dieß dem Ergebniß der Volksabstimmung keineswegs entspräche. Schon die sehr verschiedene Größe der Wahlkreise läßt die Stimmenzahl der Wähler in der Zahl der Abgeordneten nicht zum entsprechenden Ausdruck kommen, und überdieß ist fast die Hälfte der Abgeordneten aus den unerhört zahlreichen Stichwahlen hervorgegangen, mit welchen unvermeidliche Verschiebungen verbunden sind. So ist es gekommen, daß eine knappe Mehrheit für die Vorlage möglich wäre, aber doch nur durch das Beispringen aus den Kreisen der Polen, der Antisemiten und der von der Fortschrittspartei Abgefallenen. Jedenfalls wäre dieselbe mit wenigen Ausnahmen norddeutsch-preußisch und insbesondere ostelbisch. Im Süden und Westen sind auch die drei aus Centrumskreisen abgesplitterten Freunde

1) Aus den Münchener „Neueste Nachrichten" s. Berliner „**Germania**" vom 28. Mai; Wiener „**Neue Freie Presse**" vom 11. Mai d. Js.

der Militärvorlage nur mit Hilfe der Liberalen und unter bedeutendem Verlust an den früheren Wählern durchgedrungen.

Woher kommt das Alles? Es ist kein Zufall, daß die neue Bauernbewegung gerade zur Zeit des Streits über die Militärvorlage hervorgetreten ist. Auch bei diesem handelt es sich um eine der Interessebewegungen, die unsere Zeit zu kennzeichnen anfangen, und auf eine verhängnißvolle Verunstaltung der Volkszustände hinweisen. Die Militärvorlage wurzelt wenigstens eben so sehr, wie in dem hervorgekehrten Bedürfnisse bezüglich der äußeren Lage, in einem Classeninteresse. Bei uns im Süden ist dasselbe noch nicht so hervordrängend, wie überall da, wo das Altpreußenthum die Gesellschaft umgemodelt hat. Allerdings beginnt es sich auch bei uns in gewissen höheren Ständen bemerkbar zu machen; aber so weit ist es doch noch nicht, daß unsere Kadetten von allerhöchster Stelle unterrichtet würden: die Offiziere möchten sich im Verkehre mit Civilisten, namentlich in öffentlichen Lokalen, die größte Zurückhaltung auferlegen. Aber es ist Zeit, daß man sich endlich auch bei uns eine Vorstellung davon mache, was es um den Militärstaat ist und um das fragliche Classeninteresse:

„Bei der heutigen Ueberfüllung der bürgerlichen ‚gelehrten‘ Berufe einerseits und dem großen Bedarf der ungeheuren Friedensarmee an Offizieren andererseits wächst sich letztere immer mehr zu einer Versorgungsanstalt der Söhne, nicht blos des hohen und niederen Adels, sondern auch jener bürgerlichen Kreise aus, die nach der bescheidenen Behauptung eines ihrer publicistischen Organe ‚Bildung und Besitz‘ repräsentiren. Mit jeder Vermehrung des Heeres wächst die Aufnahmefähigkeit dieser Anstalt, die ihren Conventualen im schlimmsten Falle eine leidliche, bei gutem Glück eine glänzende äußere Existenz bietet. Dem Sohne des Unbemittelten, des kleinen Beamten, des Handwerkers, des Arbeiters ist die Offizierslaufbahn noch weit fester verschlossen, als die bürgerliche „höhere Carriere“;

einzelne Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Der Knabe aus dem Volk kann es allenfalls zum Unteroffizier bringen, der zwar nach der neuesten Dogmatik der ‚Stellvertreter Gottes auf Erden' ist, von den Meisten aber um dieses hohe Amt aus guten Gründen sehr wenig beneidet wird. Trotz notorischen Unteroffiziermangels, und obgleich es keinem Zweifel unterliegen kann, daß die Eröffnung der Offizierscarriere das beste Mittel sein würde, diesem Mangel abzuhelfen, wies die Heeresleitung diesen Gedanken auch bei der Berathung der neuen Vorlage wieder weit von sich; die gesellschaftliche Kluft zwischen den ‚niederen' und den ‚höheren' Schichten soll im Heer um so krampfhafter aufrecht erhalten werden, je mehr sie im bürgerlichen Leben dem Fluch der Lächerlichkeit anheimzufallen beginnt." [1])

Es liegt allerdings System in der Sache, und das hat sich auch bei den Neuwahlen kundgegeben. Schon bei der Abstimmung vom 6. Mai, welcher die Auflösung des Reichstags folgte, trat dieselbe Erscheinung eines Classeninteresses zu Tage. Man könnte auch sagen: wo die Socialdemokratie die größte Macht besitzt, da hatte die Militärvorlage und mit ihr die Weiterführung des Militärstaats die meisten Zustimmenden. Süd- und Westdeutschland stimmte mit geringen Ausnahmen gegnerisch. Bei dem Unterschiede kommt aber noch ein besonderer, ausschließend preußischer, Umstand in Betracht.

„Man kann davon absehen, daß die Polen, aus besonderen Gründen, für die Vorlage gestimmt haben. Sonst aber ergibt sich, daß die altpreußischen Provinzen die Jasager gestellt hatten. Nur die großen Städte machen eine Ausnahme. Die großen Städte sind freisinnig, socialistisch, liberal gesinnt; Beamte und Offiziere kommen bei ihnen wenig in Betracht. Die Bezirke, welche die Zustimmenden gewählt hatten, sind genau auch diejenigen, welche die meisten Beamten und Offiziere stellen. Für sie handelt es sich nicht bloß um den durchaus militärisch-

---

1) Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 2. April d. Js.

protestantischen preußischen Staatsgedanken, sondern es ist eine Frage des Interesses. Je größer das Heer, desto mehr Offiziere und Unteroffiziere sind erforderlich, die dann zeitlebens versorgt sind. Seit der Herstellung des Deutschen Reiches sind auch eine Menge preußischer Offiziere und Unteroffiziere in die bayerischen, sächsischen, württembergischen und badischen Truppen gesteckt worden. In den katholischen Provinzen liegen die Dinge ganz anders. Von den Einheimischen werden nur sehr wenig Offiziere und Beamte, aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie nicht angenommen werden oder nicht vorwärts kommen... Die Erwerbung Elsaß-Lothringens war ein großer Vortheil für die besagten altpreußischen Gegenden, indem dadurch einige tausend ihrer Angehörigen als Beamte und Offiziere versorgt wurden. Die dortigen Wahlkreise, in denen die adeligen Grundbesitzer auch einen namhaften Einfluß besitzen, werden daher immer und stets für jede Vermehrung des Heeres und des Beamtenstandes eintreten." [1])

Nun liegt aber noch eine Ungeheuerlichkeit dazwischen, nämlich die Deckungsfrage. Noch unmittelbar vor der Neuwahl hat das Bismarck'sche Sprachrohr in Hamburg erklärt: „der neue Reichstag müsse verlangen, daß die Regierung ihm zugleich mit der Militärvorlage auch eine Vorlage betreffend die Deckungsmittel zugehen lasse; sonst sei der Reichstag nach etwaiger Annahme der Militärvorlage auch gezwungen, in der Deckungsfrage zuzustimmen, und verliere die freie Hand".[2]) Das war allerdings bis jetzt der selbstverständliche Brauch: die Regierung verlangte den Credit, ehe sie anschaffte. Jetzt wird's umgekehrt. Rüstet Frankreich im Wettlauf wieder höher, dann muß das Reich nachrennen wie jetzt, und der Reichstag hat von Neuem etwa 70 Millionen zu bewilligen, ohne sich umzusehen. Zudem handelt es sich in der Hauptsumme um dauernde Ausgaben,

---

1) Aus Westdeutschland s. Wiener „Vaterland" vom 18. Mai d. Js.

2) „Kölnische Volkszeitung" vom 13. Juni ds. Js.

und die Frage ist, woher alle die ungezählten Millionen nehmen?

Die Reichsfinanzen leiden an der Krebskrankheit; es ist berechnet, daß in den letzten drei Jahren der Bismarck'schen Regierung das Reich fast genau ein Drittel seines Bedarfs durch Schuldenmachen aufbringen mußte. Angesichts der neuen Lage ist sogar der Gedanke aufgetaucht, den müßig im Juliusthurm zu Spandau liegenden Kriegsschatz zu 40 Millionen Thalern flüssig zu machen; aber auch das wäre nur für Preußen und bloß ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Reich verfügt nur über die indirekten Steuern, und es lag nahe, zunächst das Bier und den Branntwein in's Auge zu fassen. Das sind Verbrauchsgegenstände des gemeinen Mannes, deren Belastung vor Allem ihn gedrückt hätte, neben der erhöhten Blutsteuer, welche viele Tausende junger Leute ihrem Erwerb entziehen und ihre Familie noch überdieß mit unvermeidlichen Unterstützungsausgaben heimsuchen würde. Beim Branntwein ist auch gar keine Rede davon gewesen, die sogenannte „Liebesgabe" von 40 Millionen, welche den großen ostelbischen Brennern als Zollentschädigung alljährlich in die Tasche geschoben wird, für das Reich einzuziehen.

Die Regierung hat sich denn auch rechtzeitig von diesen zwei B zurückgezogen. Die Stimmen riefen zu gellend: warum denn wieder nur die Kleinen auspressen, und nicht lieber die Großen hernehmen? Allerdings war auch die Börsensteuer in Betracht gezogen, aber sie hätte erfahrungsgemäß den Kohl nicht fett gemacht. Was erfährt nun der neue Reichstag von dem Deckungsplan der Regierung? Gleich wieder eine Sonderbarkeit. Die Thronrede sagt: bei dem Kaiser und den hohen Verbündeten bestehe die Ueberzeugung fort, daß die Deckung auf dem Wege der im Herbst vorgelegten Steuervorschläge ohne Ueberlastung erfolgen könne. Der Reichskanzler aber erklärt kurzweg: „Die Gesetzentwürfe sind nicht wieder vorgelegt, sie ge-

hören einer vergangenen Zeit an." Die Regierung suche neue Steuern im Verein mit dem preußischen Finanzminister, inzwischen sollen, wie die Thronrede bereits verkündet hatte, die Matrikularbeiträge herangezogen werden. Daß neben den vorjährigen Entwürfen auch noch nach anderen Deckungsmitteln geforscht werde, und zwar nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit, hatte auch die Thronrede erklärt, und der Reichskanzler nahm von den „leistungsfähigsten Schultern" ausdrücklich die Landwirthschaft aus, die er zu den „schwächeren Kräften" rechnet. Wer denn also? Der Reichstag spitzte die Ohren, der Kanzler aber schloß kurz und gut: „Ich kann mich nicht als einzelner Mensch darüber äußern, denn ich weiß nicht, was der Bundesrath beschließen wird; ich würde auch mit jedem Wort, das ich sagte, einen großen — Sturm erregen, der die Sache nur erschwerte."

Man kann also nur nach wie vor rathen, woher denn der „große Sturm" käme. Die Champagner-Trinker wird der Kanzler doch nicht so sehr fürchten. Bedenklicher wäre es schon beim Tabak und vollends beim Monopol, das Fürst Bismarck dereinst als sein „letztes Ideal" gepriesen hat. Aber die Berufung auf den Finanzminister Miquel als den Quellenfinder und die Hinweisung des Kanzlers auf den „complicirten Mechanismus des Reichs" läßt noch auf eine andere Absicht schließen. Herrn Miquel nämlich verdankt Preußen ein neues Steuersystem, mit dem auch eine „Vermögenssteuer" als Zuschlag eingeführt ist, gegen welche sich der Capitalismus auf das Heftigste ereifert hatte. Sie sah voraus, wozu der „Vermögenskataster" unter Umständen dienen würde: „Wenn in Zukunft Mehrforderungen an die Volksvertretung ergehen, so wird nichts natürlicher als das Verlangen seyn, die nöthigen Summen durch Erhöhung der Vermögenssteuer aufzubringen. Nur der erste Schritt kostet Mühe, alles Uebrige folgt von selbst." [1]) Gemeint ist damit

1) Berliner „Vorwärts" vom 16. November 1892.

der Schritt zur progressiven Einkommensteuer. Die wirklichen Volksparteien haben davon nichts zu fürchten. „Ein ultramontanes Blatt hat Denjenigen, die in erster Linie und hauptsächlich für die Heeresvermehrung bluten sollen, unlängst gerathen, sie möchten die bewilligungsbereiten Lärmschläger auffordern, die Kosten aus den eigenen Taschen durch freiwillige Spenden oder durch eine progressive Reichseinkommensteuer aufzubringen. Der Rath ist nicht übel, nur müßte die Aufforderung dahin erweitert werden, daß die Generalpächter der Vaterlandsliebe, die vermeintlich patentirten Inhaber der ‚Bildung und des Besitzes', überhaupt ihren vollen Antheil an den Guts- und Blutsopfern, die sie dem Volke auferlegen wollen, auf sich nehmen sollen." [1]) Merkwürdigerweise hat ein sächsischer Jude mit Namensnennung einen entsprechenden Vorschlag gemacht, damit seine Nation den getauften Genossen im Capitalismus mit dem guten Beispiele vorangehe:

„Als Freund der Militärvorlage geht mein Vorschlag dahin, zur Deckung dieser eine Judensteuer einzuführen, die dem deutschen Reiche die gewünschten 70 Millionen bringen würde. Das deutsche Judenthum hat seit den letzten 30 Jahren soviel irdische Güter erworben, wie in keinem anderen Lande der Erde. Deutschland zählt allein über 500 jüdische Millionäre. Jeder von diesen könnte eine Judensteuer von 3000 Mark an tragen. Berlin mit seinen 15,000 Geschäften und Unternehmungen würde vielleicht nach meiner Berechnung allein 25 Millionen aufbringen u. s. w. Meine jüdischen Mitbürger können nur durch eine derartige Maßregel vor vielleicht noch größeren Unheil bewahrt bleiben." [2])

Die Juden in tausend Aengsten denken eben an die benöthigte Schutzmannschaft. Unmittelbar darauf tauchte jedoch ein ganz ähnlicher Vorschlag von getaufter, aber geschäftl

---

1) Wochenschrift der „Frankf. Zeitung" vom 2. April d.

2) Berliner „Germania" vom 11. Juni d. Js.

verwandter Seite auf. Er erging an die Industrie- und Handels-, Bank- und Börsenwelt. Umsonst sollte sie es auch nicht thun. Ein neues Reichstags-Wahlgesetz sollte den Spendern dafür die ihnen gebührende „Bedeutung und Machtstellung“ verbürgen. Der Antrag erschien zuerst unter dem Namen der „Eisenindustriellen-Conferenz“. Zwar zeigte sich bald, daß nur einzelne Mitglieder für den Gedanken verantwortlich waren; aber das große rheinische Industrie-Blatt hatte den Antrag doch alles Ernstes veröffentlicht, und er ergänzt das Bild von unserer modernen Gesellschaft und ihren „leistungsfähigsten Schultern“:

„Da nicht anzunehmen ist, daß der nächste Reichstag sich gegen die Aufbringung des ganzen, von der Regierung geforderten Betrages aussprechen wird, so ist die Bewältigung des freiwillig aufzubringenden Zuschusses keineswegs schwierig, wenn man bedenkt, daß allein die deutschen Aktiengesellschaften bei einem Capital von etwa 5000 Millionen Mark einen Reingewinn von etwa 500 Millionen Mark aufbringen. Wenn, wie man annehmen darf, ein Sieg nicht allzu schwer zu erzielen ist, so wird er auch noch andere große Vortheile für den Staat im Gefolge haben. Der berechtigte Einfluß im Staat wird in die Hände derjenigen zurückkehren, welche mehr Einsicht für die Bedürfnisse desselben haben, sowie den guten Willen und die Macht, solche zu befriedigen. Die Zerstückelung des Einflusses im Staate auf viele kleine und unzufriedene Elemente liegt nicht im Wesen einer vernünftigen Staatsraison; nur die Einsichtigen, Verständigen und Starken sollen regieren, bezw. der Regierung mit ihrem Rathe zur Seite stehen, dafür aber müssen sie stets die Ersten sein, welche mit Rath und That hilfbereit beispringen und diejenigen Lasten gern und willig übernehmen, welche die Aermeren zu tragen nicht wohl angehalten werden können.“ [1])

Erst wenn diese Hauptfrage, die der Kostendeckung, zur Entscheidung vorliegt, würde die Regierung voll und ganz

---

1) Berliner „Vorwärts“ vom 18. Mai d. Js.

zu fühlen bekommen, was sie mit ihrer einseitigen Wahlparole für Unheil angerichtet hat. Es ist ein wüstes Durcheinander von Interessevertretung, in dem nur das Centrum vorwurfslos hervorragt, und gerade die Mehrheit, welche die Regierung für die Bewilligung ihrer Militärvorlage bedürfte, ist darauf eingeschworen, die Regierung so oder anders auf ihre Wege zu bringen. In den wichtigsten Fragen würde die Eine oder andere der unberechenbaren kleinen Gruppen den Ausschlag geben: die Polen, die Antisemiten oder die von der Fortschrittspartei Abgesprungenen. Ueber die Nationalliberalen, die ja doch mit dabei sein müßten, und ihre „krummen Wege“ spricht sich das conservative Parteiblatt mit unverholener Verachtung aus: „Bald sind sie als Antisemiten aufgetreten, bald haben sie sich in die philosemitische Haut gesteckt, hier schienen sie Freunde der Landwirthschaft und der Doppelwährung zu sein, dort sind sie für den Freihandel und sogar für den Vertrag mit Rußland eingetreten, wie von gegnerischen Organen — ohne Widerspruch, soweit wir sehen — versichert worden ist, nicht etwa in verschiedenen Wahlkreisen, nein vielfach in denselben, je nachdem die ländlichen oder städtischen Wähler ‚vor der Klinge‘ waren. Besonders der ‚Bund der Landwirthe‘ mag sich daher auf Ueberraschungen im Reichstage gefaßt machen.“[1] Das ist aus der ehemals so stolzen Garde des Reichskanzleramts geworden.

Die conservative Fraktion ist mehr als je eine Vertretung des Standes- und Classeninteresses geworden. Der Adel, welcher dort als „Junkerthum“ bezeichnet wird, ist in ihr so zahlreich geworden, daß es in der Partei selbst Aergerniß gibt, weil die bürgerlichen Schichten in ihr nahezu gar nicht vertreten sind. Selbst ein Mann wie Stöcker hat in ihr keinen Platz mehr gefunden. Um die Zugkraft der Partei und ihres Programms zu steigern, hat man letzteres mit

---

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 29. Juni ds. Js.

einem Satze gegen die Juden ausgestattet und den Agrariern zulieb dem Bund der Landwirthe auf's Roß geholfen. Beiden Richtungen hat Graf Caprivi offen den Krieg erklärt. Den stärksten Aufschwung bei den Wahlen hat aber der Antisemitismus genommen; während die Socialdemokraten mit ihren 44 Abgeordneten bei der Hauptwahl nur etwa um 370,000 Stimmen zugenommen hatten, fiel den antisemitischen Candidaten fast eine halbe Million Stimmen zu. Es wird sich bald fragen, wer in jenem Lager der Herr und wer der Diener seyn soll.

Zwischen den Schaaren der Unzufriedenen, die nach allen Seiten hin aus den beiden alten Parteien flüchteten, ist der „Fortschritt“ mit einem Stimmenverlust von fast einer Viertelmillion nahezu erdrückt worden; und auch das war kein Gewinn für die Regierung, schon weil sie damit die Stütze des jüdischen Einflusses verlor. Allerdings fällt derselbe jetzt für die Militärvorlage in's Gewicht, aber nur aus Furcht, daß bei einem entstehenden Conflikt „die Juden die Zeche bezahlen müßten“. Das ist jedenfalls keine Stütze mehr. Zwei Rabbiner, darunter der Herausgeber der „Israelitischen Wochenschrift“, haben ihre Mahnung öffentlich begründet; der letztere mit der besondern Bitte um Entschuldigung beim Freisinn. „Wir verlangen geradezu, die Juden sollen für die Vertheidiger der Militärvorlage stimmen, und hoffen, daß unsere liberalen Freunde unsere Zwangslage zu würdigen wissen werden. Schmerzlich wird es einen Juden, der sonst zu den streng Freisinnigen gehört, berühren, bei diesen Wahlen sich von seiner alten politischen Partei zu trennen, aber uns zwingt die Rücksicht auf die Selbsterhaltung, die Pflicht, die Juden vor Schaden zu bewahren“. [1]) Spottend meinte ein freisinniges Blatt: da thäten ja die Juden am besten, Herrn Ahlwardt als Zählcandidaten aufzustellen; und wirklich haben

---

1) Berliner Germania“ vom 30. März und 30. Mai d. Js.

in Hessen Juden bei der Stichwahl aus Furcht für An
semiten gegen Freisinnige gestimmt.

Die Judenangst gehört auch zu den Zeichen der Ze
Wer hätte diese Wendung für möglich gehalten in jenen lang
Jahren, wo Herr Lasker als parlamentarische Nebenson
im Reiche glänzte. Aber alle diese Leuchten haben ihr
Dienst gethan, und jetzt bricht ihre Nacht an. Wer dama
den Reichstag gesehen hat und betrachtet ihn heute, der ken
ihn kaum wieder.

XIII.

Biographische Nachträge zu Christoph v. Schwarzenberg.

I. Aus der Jugendzeit in Schwaben.

Bei der angesehenen Stellung, welche Christoph v
Schwarzenberg einst als bayerischer Landhofmeister ei
genommen, und der persönlichen Bedeutung des hochgeb
deten und charaktervollen Mannes, der in die kirchliche B
wegung seiner Zeit so thatkräftig eingegriffen, mag es gestat
sein, zu der früher veröffentlichten Studie ein paar Nachträ
zu liefern. In erster Linie ergänzende Notizen über Schwarze
bergs Jugendzeit und sein Leben in Schwaben, ehe er
den Dienst der bayerischen Herzoge trat. Ueber sein ak
demisches Leben in Tübingen können wir zwei weitere Zeu
nisse anführen, welche das früher erwähnte Lob des Pr
fessors Joh. Altenstaig bestätigen, daß der junge Edelma
bestrebt gewesen, dem Adel der Geburt den „Schmuck d
schönen Wissenschaften" beizufügen.

---

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 111, S. 10 32.

Neben Altenstaig, der ihm seinen Vocabularius dedicirte, waren es an der Hochschule besonders Bebel und Heinrichmann, mit denen Schwarzenberg freundschaftlich verkehrte. Von seinem vertrauteren Umgang mit dem Dichter und Professor Heinrich Bebel gibt ein kleines Gedicht Zeugniß, das der junge Freiherr auf den Tod von Bebels Vater, einem Bauern in Justingen, verfaßte. Bebel hat das Gedicht seinen im Jahre 1509 veröffentlichten Opera Bebeliana (Phorcae, in aedibus Th. Anshelmi Badensis a. 1509 mense Augusto) einverleibt: „Epigramma Christophori Baronis de Suartzenberg Franci Orientalis in mortem Henrici Bebelii senioris qui fuit pater Henrici Bebelii poetae". Das Epigramm lautet:

Proh superi sceptrum parcis vos demite ternis,
Vivere ne praestent stamina neve secent,
Cum nullis parcant rigidae, nec parcere callent,
Sed sine mortales hac ratione necent.
Hoc jam Bebelii commonstrat mors senioris,
A cunctis cujus vita probata fuit,
Hic nunc excoluit naturae debita, natos
Sed liquit binos, qui modo laude micant,
Hunc rogo perducas ad celsa diespiter alme
Limina coelorum, sunt ubi regna dei.

Ein Schüler Bebels, der nachmals gleichfalls den Ruf eines tüchtigen Gelehrten gewann, war Jakob Heinrichmann von Sindelfingen. Er galt im Sinne der Humanisten als Dichter und ist Verfasser einer Schulgrammatik.[1] Im Jahre 1508 sandte er seine „Prognostica" an Heinrich Bebel und Christoph von Schwarzenberg zum Lesen zu und wünschte, daß Bebel sie seinen Scherzreden anfügen möchte, was dann auch geschah. Dieselben sind den im Jahre 1512 gedruckten opuscula Bebels (Straßburg bei Schurer) angehängt, zugleich mit dem Begleitschreiben Heinrichmanns: Nobili et generoso viro Christophoro Baroni de Suartzen-

1) Vgl. Beckers Butzbach, des letztern Auctarium 115.

bergo, et illustri poetae Henrico Bebelio, Jacobus Henrichmann Sindelfingensis S. P. D. Ex Suertzlochio, undecimo Kal. Martias, Anno octavo ultra sesqui millesimum. Darunter noch: Distichon Christophori Baronis de Suartzenbergo in prognostica J. H. praeceptoris:

Henrichmannus predixit tibi vera futura,
Hic nullum fallit, tu bene crede mihi.[1])

In den folgenden Jahren finden wir den jungen Freiherrn in Oberschwaben. Er hatte sich inzwischen mit Eva von Montfort verehelicht und lebte in dem Schlosse zu Tettnang. Von hier kam er in freundliche Beziehungen mit dem gelehrten Humanisten Michael Hummelberg in Ravensburg, wodurch seine literarischen Interessen wieder frische Nahrung erhielten.

Hummelberg war aus Paris, wo er seine Studien an der Universität nach vierjährigem Aufenthalt vollendet und eine vielseitige Bildung sich angeeignet hatte, im Jahre 1511 nach der schwäbischen Vaterstadt zurückgekommen, und widmete sich in Ravensburg besonders der griechischen Sprache, in welcher er sich an der Pariser Hochschule namentlich unter der Anleitung des berühmten Hieronymus Aleander gründliche Kenntnisse angeeignet hatte.[2]) Diese Studien waren es ohne Zweifel, welche auch Christoph von Schwarzenberg in seine Nähe zogen und zwischen beiden einen näheren, mündlichen und schriftlichen Verkehr vermittelten. Sie besuchten sich gegenseitig und Hummelberg säumte nicht, den jungen Baron für das Griechische zu interessiren.

Nach einem Besuch Schwarzenbergs in Ravensburg im Dezember 1511, sandte ihm Hummelberg Tags darauf einen lateinischen Brief nach, worin er ihm Schwarzenbergs Wahlspruch, den dieser so gerne im Munde führe: „Sis memor

1) Zapf, Heinrich Bebel (Augsb. 1802), S. 41, 189, 282.
2) Beatus Rhenanus hat Hummelbergs „Epitome Grammaticae Graecae" nach dem Tode des Freundes herausgegeben (Basel 1532).

aevi" griechisch übersetzt und mit ermunternden Worten allgemeiner Art grammatisch erläutert, lediglich um ihm damit einen Beweis seiner warmen Zuneigung zu geben.[1]) Ein zweiter Brief soll diesem, seinem mündlichen Versprechen gemäß, alsbald als Neujahrsgruß nachfolgen. Schwarzenberg antwortete aus Tettnang schon am 20. December und sandte als Gegengabe Wildpret. In seinem Brief dankt er dem gelehrten Nachbarn für zwei anmuthige Briefe und andere Beilagen, die ihm in jeder Hinsicht Freude bereitet haben, und schließt dann mit der Nachricht: „Ich reise heute nach München, und sobald ich zurückkomme, sollst Du mich oder Briefliches von mir sehen. Herzlich Lebewohl".[2]) Diese Reise hing offenbar mit seinem späteren Eintritt in bayerische Dienste zusammen.

Das nächste Lebenszeichen ist vom 31. August 1512, dem eine persönliche Begegnung mit dem Ravensburger Freunde vorausgegangen war. Hummelberg schickt dem Freiherrn dessen „scherzhafte Gespräche" (oder komische Scenen) zurück, deren Lektüre ihm durch ihren ergötzlichen Witz Vergnügen bereitet haben. „Möchten doch",

---

[1]) . . . ut meum in te animum quam benevolentissimum ostenderem, quando hesterna luce hic coram ob festinum discessum tuum non licuit. Quod tibi pollicitus sum propediem praestabo et Kalendis Januariis chartaceam strenulam ad te liberaliter mittam. Vale faustiter Magnifice Baro.
Cod. lat. M. 4007. (Fol. 9.)

[2]) Schwarzenbergs Brief, der einzige in der Hummelberg'schen Sammlung von ihm selbst, lautet: Accepi binas tuas literas, Vir doctissime, et alia a te missa, haec haud infaceta nec illepida. Scripta nempe emuncta, labor in graecis literis sedulus, et enucleatio ad quaesita amplissima, quae omnia plus quam grata fuere. Postremum librum remitto una cum carne ferina, quam meo nomine habeto. Ego hodie Monachium proficiscor et quam primum rediero, aut me aut mea scripta videbis. Vale amantissime et Hieronymianas et castas musas ama. Ex Tetnang XX decembris MDXI.
Cod. lat. M. 4007. (Fol. 10.)

fügt er bei, „die Edelleute und Würdenträger in unserm Deutschland Dir ähnlich sein, das heißt, Gönner der Literatur und der Gelehrten“.[1])

Weihnachten 1512 brachte Hummelberg, einer Einladung Schwarzenbergs Folge leistend, zu Tettnang in der Familie des Freiherrn zu, mit der er sich um diese Zeit durch ein geistliches Band noch enger verbunden fühlte: er war Pathe eines der Schwarzenberg'schen Kinder geworden. In mehreren Briefen an andere Freunde (wie Christoph Schappeler und Reuchlin), in denen er Schwarzenbergs Erwähnung thut, nennt er ihn Gevatter, „compater meus“, und spricht von „compaternitatis necessitudo et mutua inter nos caritas“, die sie verbinde.

Nicht lange nach der ebenerwähnten gemeinsamen Weihnachtsfeier zu Tettnang erfolgte Schwarzenbergs Eintritt in den Dienst der bayerischen Herzoge. Mit der Uebersiedlung nach München begann eine neue Zeit. Doch führte gerade seine dienstliche Stellung in Bayern ihn etliche Jahre später noch einmal auf einige Zeit ins Schwabenland zurück. Nach der Vertreibung des Herzogs Ulrich von Württemberg durch den schwäbischen Bund wurde Christoph von Schwarzenberg von Herzog Wilhelm von Bayern, der als des Bundes oberster Hauptmann am 7. April 1519 zu Stuttgart die Huldigung entgegennahm, zum Statthalter des Herzogthums Württemberg ernannt. Von jedem Stand (Fürsten, Prälaten, Adel und Städte) wurden ihm zwei

---

1) Hummelberg an Schwarzenberg: Comicas illas colloquutiones tuas satis admodum lepidas et venustas non sine quadam voluptate pellegi, Baro generose, lectasque jam tandem ad te remitto, ne quam par est, diutius apud me hospitentur. Vellem profecto Germaniae nostrae nobiles et qui reipublicae munia agunt, tibi haud dissimiles esse, hoc est: literarum literatorumque amatores . . . Vale musice.

Cod. lat. M. 4007. (Fol. 22b.)

Räthe beigegeben und von den Beamten des Landes Philipp von Nippenburg, Ravan von Thalheim, der Hausvogt, der Landschreiber und M. Simon, Secretarius. (Heyd, Herzog Ulrich, I. 552.)

Reuchlin wohnte damals auch in Stuttgart. An diesen wandte sich am 14. Juli 1519 Michael Hummelberg, der um das Schicksal des betagten Gelehrten in der belagerten Stadt besorgt gewesen, und empfahl ihm, die Bekanntschaft des neuen Statthalters zu suchen, wofern er denselben noch nicht kenne, und ihn, seinen unvergleichlichen Freund und Gevatter, in seinem Namen zu begrüßen. „Er ist ein frommer, leutseliger, milder und gütiger Mann, großer Freund der Gelehrten und selbst ziemlich gelehrt; in Wahrheit werth, von allen geliebt und verehrt zu werden“.[1])

Aus Reuchlins Antwort (d. d. Stuttgart an Peter- und Paulstag) erhellt, daß er Schwarzenberg bereits kennen gelernt hatte und sich seines besonderen Schutzes erfreute. Gerade um diese Zeit war Reuchlins Athanasius de variis quaestionibus erschienen, und der Gelehrte säumte nicht, dem Statthalter ein Exemplar des Werkes zu überreichen, was dieser aufs wohlwollendste aufnahm. Accepit ut omnia solet benigno vultu. „Deinen Brief habe ich dem edlen Baron gezeigt, der Dich liebt und auch mich schätzt oder vielmehr als Greis verehrt. Er besitzt alle guten Eigen-

---

[1]) Est istic castro praefectus, si vera audio, clari generis herus Christophorus Baro a Svarzoberg, dns. compater et amicus noster incomparabilis. Hunc, si qua tibi cum eo est familiaritas, uti esse credo, nam cum doctis libenter conversatur nec minus diligenter illorum amorem sibi conciliat: plurimum salvere meis verbis jubeto. Sin autem hactenus nusquam secum congressus es, hinc arrepta occasione, te ejus amiciciae insinua. Pius est vir, facilis, comis et perbenignus, doctorum hominum maximus amator, et ipse alioqui non male doctus, dignus certe qui ab omnibus ametur venereturque. (Ravensp. pridie Eidus Quintil. 1519.) Cod. lat. M. 4007. Fol. 108.

schaften, die Du ihm zuschreibst und noch mehr dazu. Ich gelte etwas und vermag nicht wenig bei ihm".[1])

Schwarzenbergs Statthalterschaft dauerte ungefähr ein halbes Jahr. Nach Herzog Ulrichs vergeblichem Versuch zur Wiedereroberung des Landes und dem abermaligen Einrücken des Bundesheeres, wurde ein neues Regiment in Stuttgart eingesetzt, 18. Oktober 1519. Statthalter wurde jetzt Freiherr Wilhelm Truchseß zu Waldburg. (Heyd, H. Ulrich, I. 590.)

Christoph von Schwarzenberg aber trat nun in seine einflußreiche Stellung als bayerischer Landhofmeister.

München. F. B.

II. Schwarzenbergs Familie.

Als der im ersten Hefte dieses Jahrgangs erschienene Aufsatz über Christoph von Schwarzenberg bereits unter der Presse war, wurde der Verfasser von befreundeter Seite noch auf ein Werk Bergers[2]) aufmerksam gemacht; er konnte jedoch diese Schrift nicht mehr einsehen, sonst wären am Schlusse des Aufsatzes Schwarzenbergs Familienverhältnisse richtiger dargestellt worden. Es sei deßhalb gestattet, hier den begangenen Irrthum zu berichtigen und zugleich einige neue, wenig bekannte Angaben beizufügen. Insbesondere soll auch angedeutet werden, in welchen verwandtschaftlichen

---

1) Literas tuas Christophero Baroni pro tuo jussu ostendi, qui et te amat et me diligit, quin potius me ut senem veneratur. Habet omneis virtutes quas de illo praedicas et multo plureis . . . . Et polleo apud eum et possum idque haud vulgariter.

2) A. Fr. Berger, Felix Fürst zu Schwarzenberg. Ein biographisches Denkmal. Leipzig 1853. Als Einleitung dient ein „historisch-generalogischer Ueberblick" über das Fürstenhaus Schwarzenberg. S. 61 ff. ist von Christoph und dessen Nachkommen die Rede.

Beziehungen Christoph zu dem heute noch blühenden Schwarzenberg'schen Geschlechte gestanden.

Der Stammvater der Schwarzenberge war Erkinger, aus dem uralten fränkischen Geschlechte derer von Seinsheim. Im Jahre 1420 kaufte Erkinger die Herrschaft Schwarzenberg in Franken; einige Jahre später wurde er von Kaiser Sigismund in den Freiherrnstand erhoben; von da an nannte er sich Freiherr von Schwarzenberg. Nach dessen Tode verzweigte sich das Schwarzenberg'sche Geschlecht in zwei Linien. Die eine, deren Vertreter zu Anfang des 16. Jahrhunderts in den Niederlanden eine neue Heimath fanden, wurde von Erkingers ältestem Sohne, Michael, fortgepflanzt. Eine zweite Linie begann Erkingers jüngster Sohn, Sigismund († 1502), der Vater des bekannten Johann von Schwarzenberg. Letzterer († 1528) hinterließ drei Söhne: Christoph, Paul und Friedrich. In seinem Testamente hatte er Christoph und Friedrich zu Miterben der fränkischen Stammgüter eingesetzt; Paul, als Geistlicher, war mit dem Pflichttheile bedacht worden. Einem im Jahre 1534 abgeschlossenen Vergleiche gemäß, trat Friedrich, gegen Herauszahlung des Erbantheils an Christoph, in den Alleinbesitz der fränkischen Stammgüter. Bereits im Jahre 1588, wo Friedrichs Sohn, Johann, kinderlos dahinschied, fielen diese Güter an die bayerische von Christoph begonnene Linie zurück.

Mit dem Gelde, das Christoph von seinem Bruder erhalten, kaufte er sich in Bayern das Schloß Traubling, später auch noch Eggenhofen, und gründete somit seiner Nachkommenschaft eine neue Heimath. Am 13. März 1509 hatte er sich vermählt mit der Gräfin Eva von Montfort, die ihm nicht weniger als zehn Kinder schenkte, wovon acht mit Namen erwähnt werden[1]): Johann Ulrich,

---

1) Nic. Rittershusius, Schema genealogicum gentis de Seinsheim et inde oriundorum comitum in Schwartzenberg. Noribergae 1694. Diesem Werke zufolge wäre Eva von Montfort

Johann Christoph, Maria Salome und Ma Kunigunde, die alle vier frühzeitig dahinstarben, Ma Jakobe, Fürstäbtissin des freien adeligen Reichsstiftes Buchau am Federsee in Schwaben, Maria Magdale († 1543), Gemahlin des Grafen Hugo von Montfort, e jene verheirathete Tochter, an welche Christoph anfangs 1 seine „väterliche Anzeigung" gerichtet, endlich Wilhe und Sebastian, von denen weiter unten die Rede wird.

Nach dem Tode Eva's von Montfort (1527) heirathete sich Christoph ein zweites Mal (1528) mit Sch lastika Rothaft von Werenberg († 1592), ei geistvollen und hochgebildeten Frau, die ihm ebenfalls za reiche Kinder gebar. Folgende werden von dem Genealo Rittershausen mit Namen angeführt: Paul und Ot Heinrich, die wir noch näher werden kennen lernen, da Anna Jakobe, Johann Erkinger, Ludwig, Johann Erkinger und Margaretha, die alle in den Kinderjahren vom T hinweggerafft wurden.

Vom Vater selber erfahren wir, daß Ende 1537 n fünf Söhne am Leben waren: Wilhelm, Sebastian, Joh Christoph, Paul und Otto Heinrich. Den 6. Nov. 1 widmete nämlich Christoph diesen seinen Söhnen eine Sam lung von lateinischen Gedichten, die ihm sein Bruder P († 1535) zurückgelassen hatte.[1])

---

den 9. Nov. 1494 geboren worden; es muß jedoch wohl heißen, da die Gräfin, nach der Grabinschrift, bei ihrem scheiden (16. Nov. 1527) 32 Jahre zählte. Bei ihrer Hei war sie erst 14 Jahre alt, was damals etwas ganz Gewöhnli war. Christophs älteste Tochter verheirathete sich in demse jugendlichen Alter.

1) Epigrammata D. Pauli a Svvartzenberg, Eminentioris La pergii dominii, Canonicis regulis pie adstricti, aedita. Vind. excudebat Henricus Steyner. Anno MDXXXVIII. M Aprili. 36 Bl. 4°. Hier der Anfang des Widmungsschreib

Der erstgenannte dieser Söhne, Wilhelm, geboren 1511,[1] † 1552, bezog am 16. Januar 1527 die Universität Ingolstadt, als Stiftscanonicus von Würzburg.[2]) Später, vielleicht aus Anlaß des Todes seines Bruders Johann Ulrich, entsagte er dem geistlichen Stande, was leicht geschehen konnte, da er die höheren Weihen noch nicht empfangen hatte, und begab sich für einige Jahre nach Wien an den Hof des Königs Ferdinand. Nach Bayern zurückgekehrt, vermählte er sich mit Maria, Tochter des bekannten Staatsmannes Leonhard von Eck, und gründete so die ältere bayerische Schwarzenberg'sche Linie, die im Laufe des 17. Jahrhunderts mit Georg Ludwig († 1646) ausstarb.

Sebastian, der zweite Sohn, starb 1588 als Landrichter zu Donaustauf. Dessen einziger Sohn, Johann Gerwick (geb. 1546, † 1608), wurde Dompropst von Bamberg und später auch Präsident des Reichskammergerichts in Speyer.

Paul (geb. 1529, † 1557), am 11. Dezember 1538 als Studiengenosse des Herzogs Albrecht in Ingolstadt immatrikulirt,[3]) wurde Domherr in Würzburg und Passau.

Johann Christoph, wie oben bemerkt worden, starb schon in den Kinderjahren.

Das Ansehen des Hauses zu erhöhtem Glanze zu steigern, war Otto Heinrich (geb. 1535, † 1590) vor-

---

d. d. München, 6. Nov. 1537: „Christophorus baro a Schwarzenberg superioris bavaricae aulae praesidens, Guilhelmo, Rom. Reg. Majest. dapifero, Sebastiano, Joanni Christophoro, Paulo et Otthoni Henrico, quinque filiis suis, salutem perpetuam optat"

1) So auch Rittershausen. Bei Berger wird 1517 als Geburtsjahr angegeben.

2) Universitätsmatrikel von Ingolstadt, Tom. I. Fol. 246 a. Im Münchener Universitätsarchiv.

3) Matrikel. Fol. 273 a: „Paulus a Schwartzenberg baro clericus familiaris ducis Alberti." Herzog Albrecht war im Jahre 1537 immatrikulirt worden. Ibid fol. 272 a.

behalten, „einem durch hervorragende Eigenschaften des Geistes und Herzens, durch ungewöhnliche Bildung, ächte Lebensweisheit und Welterfahrung, sowie nicht minder durch eminente Tüchtigkeit und Brauchbarkeit in Staatsgeschäften, denen er sein Leben widmete, ausgezeichneten Manne". In Anerkennung der geleisteten Dienste wurde er 1566 mit seinen Neffen und Vettern vom Kaiser in den Grafenstand erhoben.[1]) Als Besitzer des Schlosses Eggenhofen wurde er Stifter der jüngeren, aber schon mit seinem Sohne Wolfgang Jakob (geb. 1560, † 1618) wieder erlöschenden bayerischen Linie Schwarzenberg.

Als um die Mitte des 17. Jahrhunderts, wie oben erwähnt worden, auch die ältere bayerische Linie ausstarb, ging das gesammte Schwarzenberg'sche Besitzthum an die niederländische Linie über. Diese letztere Linie ist es, die heute noch in Oesterreich fortbesteht.

N. Paulus.

XIV.

Aus dem Leben eines anglikanischen Bischofs.

Charles Wordsworth, ehemaliger Bischof von St. Andrews, in seinen jüngeren Jahren Freund und Studiengenosse Mannings, Hope-Scott's und Gladstone's, hat Erinnerungen aus seinem Leben veröffentlicht, über deren ersten, die Jahre 1806—1846 umfassenden Band wir vor Jahresfrist (Bd. 109, S. 377—384) Einiges mitgetheilt haben. In der Zwischenzeit ist nun der

1) Ein Porträt Ott Heinrichs, gestochen von J. Sadeler 1590 findet sich in der Maillinger'schen Sammlung. Bilderchronik I Nr. 123. F. B.

zweite Band erschienen: Annals of my Life 1847—1856, herausgegeben von W. Earl Hodgson,[1]) der hauptsächlich Wordsworths Wirksamkeit in Schottland behandelt.

In der langen Vorrede setzt sich der seitdem verstorbene Autor mit den Kritikern des ersten Bandes auseinander und sucht namentlich sein Urtheil über die Oxfordbewegung zu rechtfertigen. Dank den Angriffen mancher Kritiker sind die lateinischen und englischen Verse und ganz werthlosen Citate aus Briefen von Freunden weniger zahlreich, als im ersten Bande; aber auch so hätte vieles noch wegbleiben können. Abgesehen von einer gewissen Eitelkeit, die immer wieder ihr eigenes Lob ausposaunt, und der geistigen Beschränktheit, die sich in ganz falschen und bisweilen lieblosen Urtheilen über Personen und Dinge ausspricht, für deren Beurtheilung Wordsworth der richtige Maßstab fehlt, finden wir viel Bewunderns-werthes in dem Charakter Wordsworths. Ungeheuchelte Frömmigkeit, große Uneigennützigkeit, Seeleneifer kann man dem Manne nicht absprechen. Wie in England, so sucht er auch in Schottland, als Vorsteher des Colleges Glenalmond, den Studenten Liebe zur Frömmigkeit einzuflößen. Er baut auf eigene Kosten eine Kapelle für die Schüler, er regelt die Andachten, er fördert den Kirchengesang, er geht seinen Schülern als Vorstand, seinen Diöcesanen als Bischof mit dem guten Beispiel voran. Es ist charakteristisch, daß Wordsworth, weil er die Frömmigkeit und einen würdigen Gottesdienst empfiehlt, in den Verdacht kommt, er sei ein Puseyite. Wordsworth ist einer der ersten Bischöfe Großbritanniens, der ein Klerikalseminar errichtet, der die Nothwendigkeit der klerikalen Erziehung einsieht. Dabei hat er nicht nur mit pekuniären Schwierigkeiten zu kämpfen, er stößt auch häufig auf Widerstand seitens seiner Amtsbrüder, welche mit großer Zähigkeit an dem alten Schlendrian fest-halten. Die Annahme eines schottischen Bisthums (1853) war für Wordsworth ein großes Opfer, denn er verschloß sich hier-durch den Zugang zu hohen Ehrenstellen in England; gleich-wohl wurde er der Ehrsucht beschuldigt. Durch sein correktes

1) London, Longmans 1893. XXXIII. 223 p.

Verhalten und seine Mäßigung gelang es ihm, seine Gegner zu versöhnen und die längst geplanten Reformen durchzuführen. Wenn die Episcopalkirche in Schottland seit den letzten Jahrzehnten unter dem Adel und den Gebildeten große Fortschritte gemacht hat, so verdankt sie das nicht zum wenigsten Bischof Wordsworth, der durch Wort und Schrift, als Prediger und Volksredner eine erfolgreiche Thätigkeit entwickelt hat.

Die von Wordsworth angestrebte Reunion aller protestantischen Sekten führte zwar eine Annäherung an den Presbyterianismus herbei, aber keineswegs eine Verständigung, respektive Unterwerfung des Presbyterianismus unter das Episcopalsystem. Wordsworth erwarb sich die Achtung seiner religiösen Gegner, die von Jahr zu Jahr stieg; von einer Anerkennung der Ansprüche der schottischen Episcopalkirche wollten sie jedoch nichts wissen. James Hope-Scott, der später Katholik wurde, und Gladstone, die eigentlichen Gründer des Collegs Glenalmond, welche Wordsworth zur Annahme der Vorsteherschaft vermocht hatten, wurden dem Jugendfreunde nachmals ganz entfremdet. Wordsworth war ein Ultra-Tory, der Gladstone nie vergeben konnte, daß er für die Erhöhung des Regierungszuschusses für das katholische Colleg in Maynooth in Irland gestimmt, daß es die irische Staatskirche abgeschafft und Trennung der Kirche vom Staate befürwortet hatte. Selbst die Freunde des Bischofs tadelten die Gereiztheit, mit welcher Gladstone angegriffen wurde; dieser verweigerte zuletzt seinen jährlichen Beitrag für Erhaltung des Collegs, so lange Wordsworth Vorsteher bliebe.

Im Anhang erhalten wir die von Wordsworth für das Colleg Glenalmond abgefaßten Regeln und eine Sammlung von Gebeten, die zum Theil Uebersetzungen katholischer Gebete sind.

Ein dritter demnächst in Aussicht gestellter Band wird uns Aufschlüsse über das Verhältniß des schottischen Bischofs zu den presbyterianischen Predigern geben. Dieser Band ist weit weniger interessant as der erste, enthält jedoch wichtige Beiträge zur Kirchengeschichte Schottlands. Z.

XV.

Oldecop's Chronik.

(Luther und die „Reformation".)

Von Oldecop wird demnächst noch viel die Rede sein; es stehen über diesen Mann, der erst seit 150 Jahren mehr in Vergessenheit gerathen, von mehreren Seiten ausführliche Biographien bevor. Das Universallexikon von Zedler vom Jahre 1740 erwähnt nur die Protestanten dieses Namens, den katholischen Johannes Oldecop kennt es nicht. Erst Jürgens in seinem 1846/47 erschienenen Werke über „Luther" (bis zum Ablaßstreit) hat ihn wieder dem größeren Publikum bekannt gegeben.

Wie seiner Person, so erging es auch dem Hauptwerke Oldecops, seiner Chronik. Einst sehr bekannt, häufig citirt und abgeschrieben, ist sie geraume Zeit gänzlich verschollen geblieben; man wußte nichts mehr von dem ursprünglichen Original; noch 1842 sagt Lüntzel,[1]) daß dasselbe abhanden gekommen sei. Aber schon bei der (theilweisen) Reproduktion der Abschriften erklärt derselbe Autor, daß Oldecops Chronik auf den Namen eines beachtenswerthen Geschichtswerkes Anspruch zu erheben hat, obschon Oldecop aus seiner katholischen Auffassung kein Hehl machte.

Neuerdings hat man nun das Original wieder in

---

1) „Die Annahme des evangelischen Glaubensbekenntnisses in Hildesheim", daselbst 1842.

Hildesheim aufgefunden und Herr Gymnasiallehrer
Euling hat dasselbe sorgfältig durch den Druck repro
ciren lassen; dem Literarischen Verein zu Stuttgart gebü
das Verdienst, das über 700 Druckseiten starke Werk
Oeffentlichkeit überwiesen zu haben.[1])

Johannes Oldecop war 1493 geboren als Sohn ei
Hildesheimer Baumeisters. 1515 bezog er die Univers
Wittenberg, wo er über zwei Jahre verweilte. Er h
Luthers Vorlesungen, die er gern besuchte. Er wä
sich Luther auch zum Beichtvater und diente ihm oft
Messe. Aber 1518 wurde er wegen der ausgebroche
Unruhen nach Hause zurückberufen.[2]) Während der a
demischen Ferien des Jahres 1515 wallfahrtete er zum
Rock nach Trier. 1519 zog er zu seiner weiteren theol
ischen Ausbildung nach Rom. Später trat er in kaiserl
Dienste, die ihn nach Deutschland, Belgien und Spa
führten. Er fungirte theils als Kaplan des kaiserli
Vicekanzlers, theils vollzog er selbständig diplomati
Commissionen. Seit dem 1531 erfolgten Tode des V
kanzlers lebte er in seiner Vaterstadt Hildesheim, wo
1574 als Stiftsdechant verstarb.

„Dem Geschichtswerke Oldecops“, sagt Dr. Euli
„liegen meist Aufzeichnungen zu Grunde, die während
Ereignisse oder unmittelbar nach denselben gemacht wurd
Im Jahre 1561 begann er die Redaktion der einzel
Theile“.

Man merkt auch aus dem Inhalte heraus, daß
später Zusätze zu früher Geschriebenem gemacht hatte,

---

1) 190ste Publikation des Literarischen Vereins in Stuttgart (
bingen), enthaltend Chronik des Johann Oldecop. Tübingen 1

2) Es kann auch Ende 1517 gewesen sein. Ueber den The
Anschlag durch Luther am Vorabend vor Allerheiligen 1
berichtet Oldecop nichts mehr; kurz vorher war er noch
Wittenberg.

spätere Mittheilungen widersprechen bisweilen Dem, was er mehrere Seiten vorher gesagt hatte — was wohl daher zu erklären ist, daß er das bereits Geschriebene nicht hat ausstreichen, im Interesse der historischen Wahrheit aber auch nicht hat ohne Weiteres passiren lassen wollen.

Von besonderem Belang sind natürlich seine Notizen und Urtheile über Luther und die „Reformation“.[1]) Wir sehen, daß Oldecop einer von den zahlreichen Deutschen war, welche anfänglich Luthers Unternehmen begünstigten, nach und nach aber zu der Ueberzeugung kamen, daß der „Reformator“ nicht die Reformation, sondern den Umsturz der Kirche erstrebte und so aus Freunden Gegner der neuen Bewegung geworden waren.

Die Mittheilungen Oldecops sind dabei deßhalb von großem Werth, weil sie zumeist auf persönlichen Erlebnissen beruhen. Manches Neue ist denn auch durch Dr. Eulings Publikation bekannt geworden; andererseits ist vieles Bekannte durch einen Augen- und Ohrenzeugen wieder bestätigt worden.

Es sei uns gestattet, Einiges von dem Alten und Neuen aus der Geschichte Luthers und seines Werkes in der chronologischen Reihenfolge, wie wir es bei Oldecop finden, hier wiederzugeben.

Was zunächst die Schreibart des Namens „Luther“ betrifft, so bestätigt unser Chronist, daß der Familienname des „Reformators“ nicht „Luther“, sondern „Luder“ lautete. In der ältesten protestantischen Lutherbiographie des Mathesius wird gleichfalls der Name des Vaters von Martin Luther „Hans Luder“ genannt; erst in den spätern Ausgaben des Mathesius heißt es „Hans Luther“. Der

---

1) Ueber Oldecop's amtliche Wirksamkeit in Hildesheim und auf diplomatischen Missionen, sowie über die Wichtigkeit seiner Chronik für das Stift und die allgemeine Reichsgeschichte wird später ein eigener Artikel handeln. A. d. Red.

„Reformator“ hatte sich bekanntlich auch als „Martin Luder“ auf der Universität zu Erfurt immatriculiren lassen.

Oldecop, der seine Chronik mit 1500 beginnt, gibt die erste biographische Notiz über Luther vom Jahre 1503, wo er sagt:[1]) „In dusser tit und jahre is Martinus Luders, de sik, do he doctor wart, Luther schref und nomen leit, in sinem twintigesten jare to Erforde magister artium geworden“.

An einer späteren Stelle, wo vom Jahre 1510 die Rede ist, wiederholt Oldecop dieselbe Behauptung, indem er nicht „Luders“, sondern „Luder“ schreibt. Er sagt dort (l. c. S. 30)[2]):

„In dieser selben Zeit ist Martinus Luder, der nach der Zeit, als er Doktor war geworden, Martinus Luther sich nennen läßt, nach Rom gezogen aus Erfurt, wo er in dem Augustinerkloster war und vielleicht zu Rom von wegen des Ordens was ausrichten sollte. Dennoch Etliche das nicht glauben, weil Martinus ein junger und wilder Geselle von 27 Jahren war, daß ihm von so vielen und gelehrten Doktoren und Magistern, die in dem Augustinerorden befunden, als einer Person, die auch aus wunderlichen Ursachen und Gespenst in's Kloster gegangen, des Ordens Gebrechen dem Papst vorzustellen befohlen worden wäre. Man hat danach auch befunden, daß Martinus Luders mehr seines eigenen Begehrs und Willens davongezogen. Denn da ich wenig Jahre danach nach Rom kam und zuvor zwei Jahre zu Wittenberg d. Martinum Lutheri gekannt, auch epistulas Pauli von ihm gehört und sonderliche Kundtschaft mit ihm gehabt, fragte ich bei vielen Personen, was Martinus zu Rom beschaffet hätte. Zum letzten fragte ich den würdigen und ehrbaren Herrn Siegfried von Crome, Domherrn zu Hildesheim und Dechant von St. Andreas daselbst. Damals war auch ein Jude in

---

1) Bei Euling S. 17.

2) Wir werden fortan längere Citate in modernem Deutsch geben unter möglichstem Anschluß an den niedersächsischen Text.

Rom, der hieß Jakob — von dem hatte Martinus erst ein wenig die hebräische Sprache gelernt, und der Jakob Jude gab sich für einen Ersten aus — und sagte mir für Wahrheit, daß er nachgespüret und gehört hätte, daß Martinus keinen Befehl von seinem Kloster, viel weniger des Ordens gehabt hätte; aber das wäre wahr, daß Martinus an den Papst suppliciert, daß er möchte zehn Jahre in weltlichen Kleidern in Italien studieren. Weil nun Martinus von seinem Obersten keinen Brief und keine Empfehlung soll gehabt haben, ist derhalben die Supplikation reitiert und zurückgewiesen worden und Martinus mußte also die Kappen anbehalten. Darnach ward mir das auch von einem Official offenbart, der dem Martinus die Supplication gestellet hatte. Weil aber damals Luthers Name zu Rom nicht gern gehöret war, der Official auch nicht jedermann bekannt [war auch aus diesem Grunde die Supplication zurückgewiesen worden]. [Der Official hat] auf Glauben mir wiederum geoffenbart: ‚Hätte Martinus Luder diesmal die Kappen unter dem Scheine, in weltlichen Kleidern zu studieren, ablegen und ausziehen dürfen, er hätte die Kappen sein Leben lang nicht wieder angezogen und gethan, wie Erasmus Roterdamus auch davor gespielet und die Kappen abgelegt und liegen ließ'".

Im Weiteren geht Oldecop dazu über, zu zeigen, wie wenig die „neue Lehre" Luthers den deutschen Landen von materiellem Vortheil gewesen sei, da man z. B. im Jahre 1510 in Hildesheim auf dem Markte noch für einen hannover'schen Witten 12 Eier gekauft habe, „das Pfund guter frischer Butter für vier Witten, das Pfund frischen Käses für einen Witten, ein Paar Schweine halben Jahres alt für dreißig Schilling Hildesheimisch, ein fettes Osterlamm für sieben oder acht Schilling, den Scheffel Weizen für sechs Schillinge, den Roggen für fünf Schillinge', die Gerste für vier Schillinge Hildesheimisch". Oldecop gibt nicht den Preis der genannten Gegenstände für die Zeit an, in welcher er seine Chronik abfaßte; er setzte sie bei seinen Lesern als

bekannt voraus; jedenfalls müssen sie bedeutend höher gewesen sein.

Daß in Folge der Bewegung, welche Luther (der auch „Luder“, „Luders“ und „Lurs“ geschrieben wurde) hervorgerufen, die Preise für alle Produkte ganz unverhältnißmäßig gestiegen, gibt der Autor auch an andern Stellen seines Berichtes an; er beklagte es namentlich, daß die Pension für die Wittenberger Studenten seit Luthers Auftreten so erheblich vertheuert wurde. Dabei bestätigt er wiederholt die auch sonst schon bekannte Thatsache, daß Luther schon 1516 gegen den „römischen Ablaß“ sich öffentlich erklärt, d. h. gepredigt hatte. In der Literatur waren, resp. sind ebenfalls Schriften Luthers von gleicher Tendenz, die vor 1517 geschrieben wurden, mehrfach vorhanden. Gegen diese wandte sich namentlich der unten näher bezeichnete Petrus Sylvius.

Die Reise Luthers nach Rom verlegt Oldecop ins Jahr 1510. Das würde allerdings den gründlichen Untersuchungen widersprechen, welche neuerdings Herr N. Paulus im „Historischen Jahrbuch“ (XII, 1891) [1]) angestellt hat Es ist schon möglich, daß Oldecop sich um ein Jahr geirrt hat. Dagegen erweist sich nach Oldecop die Ansicht Janssens als unhaltbar, welcher (II, 73) meint, daß der vom Herzog Georg gegen Luther erhobene Vorwurf, dieser sei dem Papste in Rom deßhalb Feind geworden, weil letzterer ihn nicht habe von der Kutte entbinden wollen, „ohne Zweifel grundlos“ sei.

Oldecop führt zwei Gewährsmänner für seine Mittheilung an, welche aussagen, was auch der Herzog Georg — ein an sich schon sehr glaubwürdiger Zeuge — behauptet

---

1) Die Behauptung des Herrn Paulus, daß Luther als Organ der „widerspenstigen“ Augustiner nach Rom gegangen, läßt sich mit der Darstellung Oldecop's vereinigen. (Vergl. N. Paulus, J. Hoffmeister, S. 122.)

hatte. Ein paar Seiten [illegible] kommt Oldecop auf denselben Gegenstand [illegible]. Er sagt dort:

„In jare 1512 was magister [illegible] to Wyttenberg gewesen. [illegible] to Rome getogen. [illegible] seggen, vor des ordens wegen [illegible] it to Rome [illegible] gefunden [illegible] hedde dat Martinus Luther [illegible] cappen darmal [illegible] und hedde [illegible] ligen kledern [illegible]. [illegible] cappen liggen laten, alse dat [illegible] Erasmus von Rotterdam gedan hatte [illegible] ligen clederen, [illegible] to closter. [illegible] Luther was eine geringe tid binnen Rome gewesen. Und darna [illegible] to werdende."

Wie man bemerkt, nimmt es Oldecop mit dem Jahre, in welchem Luther nach Rom gezogen, nicht genau. Auch seine Orthographie ist, wie überhaupt bei allen Schriftstellern seines Zeitalters, keine consequente. Aus seiner wiederholten Darstellung ergibt sich aber, daß es Luther vor Allem darauf angekommen war, ein ungebundenes Leben zu führen und zwar als Mönch in weltlichen Kleidern. Da ihm dies in Rom nicht glückte, so entsprang daraus sein erster Groll gegen das Papstthum. So haben es alle Ketzer gemacht. Zuerst suchten sie innerhalb der Kirche die Glaubens- und Zuchtlosigkeit einzuführen und da ihnen dieß niemals gelang, so schritten sie zum offenen Angriff.

Bei Luther kann man aus den obigen Mittheilungen Oldecops ersehen, wie es mit dem klösterlichen, ja priesterlichen Berufe des „Reformators" bestellt war. Oldecop sagt von ihm, dem „wilden Gesellen", daß er „ut wunderlichen frochten und gespens in das closter gegan". Ueber dieses „gespens" erzählt Oldecop Folgendes (S. 17):

„In dieser Zeit und Jahre [1503] ist Martinus Luders,

der sich, da er Doctor ward, Luther schrieb und nennen ließ, in seinem zwanzigsten Jahre zu Erfurt magister artium geworden;[1]) und da er gegen alle Mann mit einer sonderlichen Vermessenheit disputirte und niemandem etwas nachgeben wollte, soll er seine Oppinion unter Hader und Zank verteidigt haben. Und so waren die Gelehrten zu Erfurt wohl zufrieden, daß magister Martinus Lurs nach Wittenberg zog; denn das Augustinerkloster stand dort schier ledig. Und wäre die Universität und Hochschule zu Wittenberg nicht gelegt worden — wie dort alle Mann bekennen — so wäre das Städtlein Wittenberg in ringer Achtung und Namen geblieben. Martinus kam nach Wittenberg und ihm wurden mit dem ersten geringe Lektionen zu lesen befohlen, und ich kam auch darnach. Derhalben was ich von ihm in diesem Buche schreiben werde, das habe ich in dem Buche Acta Lutheri genannt,[2]) gelesen oder bei Doctor N. Fontanus[3]) oder das steht in dem Epitome Jaspari Geneppei[4]) geschrieben, oder ich habe dabei gewesen, gehöret und von ihm selbst handeln sehen. Weil nun diese und dergleichen Mittheilungen und jährigen Berichte sollen die Wahrheit haben und vermelden, so will ich mit der Hilfe Gottes einem jeden unparteiischen Leser die Wahrheit hier inne zu lesen vorstellen. Und ist der Leser nicht parteiisch, so wird er mit der Wahrheit und mir hiermit ein gut Begnügen haben; denn den Parteiischen mag niemand genug thun. Magister Philippus Melanchton war 22 Jahre bei Doktor Martino zu Wittenberg und alle seines Handelns und Schreibens erfahren; der hat nach Martinus Tode ein Buch in Druck ausgeben lassen, darinnen er meldet, daß Martinus Luther anno 1483 zu Eisleben sollte geboren sein und zu Magdeburg zuerst, danach zu Eisenach zur Schule gegangen und danach nach Erfurt gesandt

---

1) Bis dahin schon oben citirt.

2) Commentaria J. Cochlaei de actis et scriptis M. Lutheri. Moguntiae 1549.

3) Historiae ecclesiasticae nostri temporis libri XVII, authore D. Fontano. Coloniae 1558.

4) Epitome warhaftiger beschreibung der vornembsten händel, so sich 1500 bis 1559 zugetragen. Cöllen bei Jaspar Gennep. 1559.

und anno 1503, wie vorher geschrieben steht, magister artium geworden. Andere Scribenten vermelden, in Sonderheit N. Fontanus in seinem Buche, anno 1558 zu Cöln gedruckt, [1]) daß Margaretha Luther astu diabolico Martinum empfangen habe. Desgleichen lese ich in praefatione ante Acta Lutheri, und steht geschrieben, wie der Luther von dem unreinen Geiste Jacobo soll geboren sein, und daß Martinus Luther einmal mit vielen anderen Mönchen in dem Chore gestanden, wo in der heiligen Messe das Evangelium Marci 7 gelesen wart, da Christus den stummen Teufel ausgetrieben — da hätte Martinus Luther schrecklich gerufen: ‚Ich bin's nicht! Ich bin's nicht!‘ Und als er angesehen wurde, war er schamroth geworden. Derhalben sind viele Leute der Meinung, der Luther habe eine heimliche Kundschaft und Dienstbarkeit von einem Teufel, wie er auch in vielen Städten vermeldet und selbst bekannt, daß ihn der Teufel vielmal im Bette umgeworfen und hier und da hingewandt, als er mit ihm disputirte und ihn lehrte, wie er die Messe abthun sollte. Da nun Martin Luther war Magister geworden, wie vorgemeldet, und war einmal mit einem andern Studenten vor das Thor zu Erfurt spazieren gegangen und ihr Studium conferiert, wie das unter Etlichen gebräuchlich ist — so nun die Beiden allein auf dem Felde waren, ward Martinus unruhig; es war bei hellem Tage und ein sehr schönes Wetter, so schlägt unvermuthens ein Blitz her und erstickt den Gesellen, daß er bei Luther umfiel und blieb straks todt; derhalben Luther sehr erschrocken und nicht lange danach ohne Wissen und Fürsprache seiner Eltern in das Augustinerkloster zu Erfurt ging und ein Mönch ward, und da hatte er 21 Jahre alt gewesen“.

Die Ursachen, aus denen Luther in's Kloster trat, werden von den Historikern verschieden angegeben. Nach Oldecop war es der Blitzschlag, der den Freund des „Reformators“ traf; auch Cochläus hat diese Version. Dagegen sind die ältesten protestantischen Lutherbiographen Mathesius,

1) d. h. in lateinischer Uebersetzung; das Original erschien kurz vorher in Paris.

Melanchthon und Selnecker der Meinung, der Freund Luthers sei im Zweikampf erstochen und fast gleichzeitig sei Luther durch ein heftiges Gewitter erschreckt worden. Wie dem auch sei: Luther erklärt ja selbst in seinen Briefen (De Wette II, 101), daß er ein „gezwungen und gedrungen Gelübde“ abgelegt habe.

Wenn Janssen (II, 73) der Meinung ist, daß Luthers „streng kirchliche Stellung gegenüber dem Oberhaupte der Christenheit noch mehrere Jahre nach seiner Rückkehr aus Rom unerschüttert blieb“, so kann dies bezüglich des äußern Verhaltens des „Reformators“ zugegeben werden; aber auch hier kann die Grenze nur bis 1516 reichen, in welchem Jahre Luther gegen den „römischen Ablaß“ (auch nach Mathesius) öffentlich aufzutreten begann.

Daß derselbe sich bis dahin den äußern Schein der Kirchlichkeit wahrte, hat eben Viele getäuscht — auch unsern Oldecop. Dieser sagt darüber (S. 45): „Im jare 1515 des mandages na dem witten sondage, in Quasimodo geniti, kam ik Johannes Oldecop to Wyttenberge, und min erste rector universitatis was de erwerdige und hochgelarter hern Johan von Staffelsteyn. Und umme de tit hof an doctor Martinus Luther epistolas Pauli ad Romanos to lesende“.

Seine näheren Beziehungen schildert nun der Autor (in modern deutscher Uebersetzung) wie folgt: „Der Doktor hatte bei Johann Grunenberg, dem Buchdrucker, bestellet, daß die epistola Pauli so gedruckt wurde, daß ein leerer Raum für Glossen frei blieb. Denn es wurde durch Luther viel über und bei gelesen aus den alten katholischen Doctoren. Ich war damals 22 Jahre alt und bethätigte nach meinem Vermögen guten Fleiß und besuchte die Lectionen von Martino gern. Ich ging auch zu allen seinen Predigten und kam mit ihm in sonderliche Kundschaft. Er war mein Beichtvater; auch diente ich ihm oft zur Messe — und Gott weiß, daß ich nicht lüge — und hatte bei ihm keinen Mangel und Mißfallen („neinen mangel und missgefall“), allein

daß er mit der katholischen Kirche zuweilen betreffs der Verehrung der Heiligen nicht übereinkam („allein dat he mit der catholischen kerken underwilen de veneratione sanctorum nicht overeinkam".)

Nach Luthers Ansicht, so führt Oldecop des Näheren aus, wurden die Heiligen mehr als Gott verehrt. „Die Heiligen werden obenan an den Tisch gesetzet und Gott, der Schöpfer aller Dinge, muß es leiden": so lauteten Luthers Worte. Dabei fielen Spottreden aus seinem Munde und nannte er einzelne Heilige, denen bei besonderen Bedrängnissen die Gläubigen nach seiner Meinung zu viel Ehre angethan hätten. Besonders wandte sich der „Reformator" gegen die Feierlichkeiten, die bei einzelnen Heiligenfesten in Schmausereien, Trinkgelagen und Tanzlustbarkeiten stattfanden, an denen sich insbesondere Studenten mit Bürgerstöchtern betheiligten. „Dagegen predigte Doctor Martinus so hart und scharf", sagt Oldecop, „daß darnach die Eltern ihre Töchter, die mannbar wurden, in ihren Häusern behielten. Und dadurch kriegte (krech) Luther bei den vornehmsten Bürgern Anhang, Lob, Ehre und Preis".

Bis 1515 kann also der Zuhörer seinem Lehrer nichts Anderes nachsagen, als daß derselbe bisweilen über die Verehrung der Heiligen nicht mit der Lehre der katholischen Kirche übereinstimmte. Wenn dabei Luther nur den Satz betonte, daß zuerst der Schöpfer aller Dinge zu verehren sei und dann erst die Heiligen, so hatte er damit nur eine erzkatholische Lehre ausgesprochen. Wenn er gegen Ausschweifungen an Heiligenfesten sich wandte, so hatte er natürlich auch alle Gutgesinnten auf seiner Seite.

Wenn man sich aber vergegenwärtigt, daß der mit solcher Sittenstrenge auftretende Mönch selber ein freies Leben führen wollte, so zweifelt man, ob er um der Sache selbst willen eine äußere Correktheit bekundete, oder ob er nur so demonstirte, um später einen Anhang auch unter dem besseren Theile der Bevölkerung zu erlangen. Daß seine Ordens-

brüder schon bald zu Beginn seines Ordenslebens Argwohn über ihn hegten und der Meinung waren, daß „der böse Feind mit ihm besondere Anschläge" vorhätte, wird uns von Cochläus ausdrücklich versichert. (Cochlaeus, De actis et scriptis Lutheri, cap. 1, 2). Bezeichnend ist es jedenfalls, daß Luthers Name schon bei seiner Anwesenheit in Rom im Jahre 1511 oder 1512 „nicht gern gehoret was", wie oben Oldecop versicherte. Der „Reformator" war somit als er 1517 seine Thesen anschlug, in Rom bereits ein „alter Bekannter", so daß auch schon ein paar Wochen nach dem Anschlag der Thesen Papst Leo X. an den Generalvikar der Augustiner schrieb, er möge durch gelehrte und besonnene Männer des Ordens so bald als möglich den Ordenspriester Martin Luther, der, wie er wohl wisse, auf Neuerungen sinne („res novas moliri") und neue Dogmen dem Volke vortrage, zur Ruhe bringen und die Flamme löschen, die leicht einen großen Brand entzünden könne, die Sache habe Eile und fordere große Besonnenheit". (Hefele-Hergenröther, Conciliengeschichte, IX, 61). Die traditionelle Weisheit Roms hatte sich also auch in diesem welthistorischen Falle glänzend bewährt.

(Schluß folgt.)

XVI.

„Wo hinaus?"

Aphorismen aus dem Osten.

Die heutigen Staatsverfassungen bringen es mit sich, daß die Volksvertretungen nicht bloß die einzelnen Gesetzesvorschläge nach ihrer augenblicklichen und besondern Zweckmäßigkeit pflicht- und rechtmäßig zu prüfen haben, sondern auch die Gesammtrichtung der Politik im Verhältniß zu dem Endziel des allgemeinen Wohles, dem alle Faktoren der öffentlichen Gewalt zu dienen bestimmt sind.

Die rhetorische Frage: „Wo hinaus?" mit welcher Graf Conrad von Preysing das erste Erscheinen der Militärvorlage begrüßt hat, enthielt daher den bündigsten Hinweis darauf, daß es höhere und allgemein giltige Rücksichten geben könne, und für ihn und seine Gesinnungsgenossen in der That gebe, um eine vom militärischen Standpunkt aus empfohlene Heeresvermehrung abzulehnen, und daß ächte Vaterlandsliebe dadurch nicht verletzt, sondern vielmehr bewährt werde.

Zur Einsicht: „wo hinaus" die deutsche Militärvorlage führe oder vielmehr nicht führe, keineswegs nämlich zu größerer Sicherheit des Volkswohles, sollen die nachfolgenden Erwägungen beitragen. Da aber dieser Gesetzesvorschlag ausdrücklich mit den internationalen Verhältnissen gerechtfertigt wird, so gehört ein Gesammtüberblick auch über die innere politische Lage der continentalen Großmächte zur

Sache; gerade dieser aber liefert, so scheint es uns, die beste Begründung für die Anschauungsweise des Centrums.

In Preußen-Deutschland ist die Socialdemokratie seit Decennien in stetem Wachsthum begriffen, wie Jedermann weiß. Der Nationalitäten-Wahn schädigt, wie ein unheilbares Krebsübel, die Macht und Würde der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Sicherheit beider Kaiserreiche ist mithin im Falle eines auswärtigen und nicht alsogleich glücklichen Conflictes im eigenen Innern bedroht. Die savoyische Dynastie hat bei dem ersten erfolgreichen Vorstoß der „Französischen Brüder“ jene Dankbarkeit der Loge zu erwarten, welche sie gegen ihre ausgenützten oder weitere Dienste versagenden Werkzeuge stets bewährt hat.

Während die dritte Republik des liberalen Opportunismus in Frankreich mit Culturkampf und Millionenbetrug ihre Bachanalien feiert, treibt die Anarchie unter ihren Füßen, unverdrossen und ungestört, ihre Minengänge, um so sicherer, je bedächtiger und schweigsamer. Das Geschlecht der russischen Nihilisten endlich, Milchbrüder der Dynamitarden, wird im Sumpfe der über die mittleren und höchsten Stände jenes Reiches weitverbreiteten Entsittlichung allzu üppig gezüchtet, als daß es an einigen Galgen erwürgt werden könnte.

Welches sind nun dieser fünffachen Verneinung gegenüber die Machtmittel der Conservativen oder Dessen, was man die „bestehende Gesellschaftsordnung“ nennt? „Soldaten“ heißt im preußischen oder preußisch-denkenden Deutschland die einzige Antwort, und eben deßhalb begreift es sich, daß man auf Einen Wink, wo möglich, den letzten waffenfähigen Mann will unter die Fahne rufen können und zugleich — die Socialdemokraten unter das Militärgericht. Was dort die physische Gewalt, dasselbe soll diplomatische Geschicklichkeit in Oesterreich-Ungarn leisten: die Unholde der Parteien zu wechselseitigem Ueberwachen und Unschädlichmachen, mit Schlägen bald und bald mit halber Fütterung, abzurichten.

Der italienische Thronsessel steht zwar mit drei Füßen in der Luft; ruht aber, für den Augenblick wenigstens, mit dem vierten um so fester auf dem strammen Seile, welches der Dreibund vom interdicirten Quirinal über den St. Stephansdom zu Wien nach dem Berliner Stadtschloß gespannt hat.

In Frankreich sitzen, statt eines Napoleoniden oder eines Orleans, am Spieltisch der europäischen Politik liberale Partner, unter der Obhut der vom zweiten Empire geschulten Polizei und der Revanche-Armee.

Der Moskowitische Czar dagegen fühlt sich als Träger einer zweifachen siegesgewissen Mission: des Slaventhums und des Schisma's, zu deren Vollzug der übrige politisch und ökonomisch verelendete Continent ihn täglich dringender einladet. Der sittliche Aussatz seiner Völker ist noch nicht soweit vorgeschritten, um den Ausmarsch von Millionen zu behindern; wer behindern oder im Rücken bedrohen könnte, den nimmt ein moralischer Luftkurort in Sibirien auf.

Mannigfache Verschiedenheit weist dieses fünffache Kleeblatt auf, aber nur dem oberflächlichen Beobachter; je näher geprüft, desto mehr Aehnlichkeit zeigen die einzelnen Blätter, und zwar auf der Kehr- wie auf der Lichtseite, weil an Einem Stengel, auf Einer Wurzel. Socialdemokratie, Quasicultus des nationalen Götzen, Anarchie, Nihilismus sind sämmtlich blutsverwandte Abkömmlinge ungleichen Grades vom Einem Vater, dem liberalen Princip.

Aus dem Widerspruch gegen die geoffenbarte Religion und die ihre Lehren und Gebote mit verpflichtendem Ansehen vermittelnde göttliche Anstalt folgt die Leugnung jeder menschlichen Autorität, jedes natürlichen wie geschichtlichen Rechtes. Wer eine „Gesellschaftsordnung“ und deren unentbehrliche Bedingung: eine Autorität will, dennoch aber dieselbe bei ihrer Quelle zu suchen ablehnt: hat den lebendigen Glauben, hat Religion eingebüßt. Weil aber Ordnung und Autorität

der Menschheit unentbehrlich, darum ist jenes Princip des Liberalismus als Irrthum und Sünde das, was nach Gottes allmächtigem Willen nicht sein soll, und deßhalb auch sammt allen seinen Schöpfungen keinen Bestand haben kann. Die Kinder dieses „Zeitgeistes“ werden nothwendig vom eigenen Vater verschlungen, so jedoch, daß die äußersten Consequenzen des Liberalismus, d. i. der menschlichen Selbstvergötterung, mit ihrem unvermeidlichen Untergang in einem Meere von Thränen und Blut, zugleich zu seiner Enthüllung und allgemeinen Verwerfung führen müssen, als des Knochenmannes der letzten drei Jahrhunderte, auf der Schädelstätte unter dem Kreuze!

Aber woher denn die Macht der verderblichen und sich selbst verderbenden Irrthümer? Von dem Ueberreste der Wahrheit, der jedem Irrthum beiwohnt; denn es gibt keinen Irrthum, der nicht das Zerrbild einer Wahrheit wäre, so wenig als eine Krankheit, wenn nicht an einem lebendigen Wesen. Die menschliche Natur strebt nach ihrer Vollendung, um in ihr der Glückseligkeit sich zu erfreuen. Wie das Auge vom Sonnenstrahl, so wird die Vernunft vom Lichte der Wahrheit eröffnet und angezogen, weil diese ihr jene Vollendung verspricht Dem aber, was als beglückend erkannt oder für beglückend gehalten wird, gibt der Wille sich hin und folgt die That.

Seit dem Paradiese verführt daher die Lüge nur durch den Wahrheits-Schein und zwar auch gutmeinende Menschen; um so leichter, wenn durch ihre eigene oder fremde Schuld die ganze Wahrheit ihnen verborgen blieb.

Für den zwischen Hungertod und Elend, Auswanderung zu brasilianischer Sklavenarbeit oder Räuberhandwerk zur Wahl gedrängten Italiener, wie für Anarchisten und Nihilisten aller Länder — plaidirt auf mildernde Umstände, ja mitunter auf Nichtschuld wegen gerechter Nothwehr oder Geistesstörung das natürliche Rechtsgefühl gegen Obrigkeiten, deren Arm nur der Selbstsucht ihrer Bedrücker zu dienen scheint,

nachdem er gewaltsam den Mund der Religion verschlossen, welche allein die Mißhandelten zur Geduld im Leiden und zum Gehorsam um Gottes willen zu unterweisen und zu stärken berufen und befähigt ist.

Da nun ein einziger mit Wahrheit verquickter Irrthum von drei Millionen Soldaten so wenig niedergeschossen werden kann als von Einer Schildwache vor einer Kaserne; da gehätschelte Feinde und mißhandelte Freunde eines obrigkeitlichen Regiments endlich weder Zeit noch Lust mehr haben werden, ja nicht haben dürfen, einen grundsatzlosen Seiltanz über den Parteien „fortfretten“ zu helfen; da endlich kein opportunistisches Kunststück weder der Logik des revolutionären Gedankens noch dem Verzweiflungsmuth eines betrogenen Volkes Einhalt gebieten wird: so ergibt sich, als die unzweideutige Aehnlichkeit aller s. g. conservativen Elemente der rein europäischen Großmächte: ihre nur graduelle verschiedene Ohnmacht gegenüber den Mächten der Verneinung und inneren Selbstauflösung. Rußland allein hat seinen destruktiven Tendenzen eine zur Zeit noch stärkere, wenngleich durch schismatische Verblendung und nationale Selbstüberhebung irregeleitete Idee entgegenzusetzen.

Was folgt nun aus dem Gesagten zur Beantwortung der Frage: „Wo hinaus führt die preußisch-deutsche Militär-Vorlage?“

Zunächst dahin, daß die Vermehrung der Heere, wie der materiellen Mittel überhaupt, gegenüber den inneren Feinden social-politischer Irrthümer und religiös-sittlicher Entartung für nutzlos zu erklären ist: selbst wenn nur die mögliche Einberufung aller waffenfähigen Umsturzmänner unter kaiserliche oder königliche Fahnen, und damit unter die Militärgerichte bezweckt würde. Wo die Religion eines Hartmann, Harnack oder Dahn, Dittes ꝛc. von Staatswegen im Namen der freien Wissenschaft gelehrt worden, dagegen Jesuiten, gleich ihrem Freunde Stöcker, für staatsgefährlich gelten, da hindert schwerlich ein Eid die Meuterei

unter den Söhnen und Enkelkindern des Liberalismus und der Loge.

Aber nicht blos nutzlos, sondern schädlich würde die Militärvorlage wirken durch die, zugleich mit der ökonomischen Bedrückung, vermehrte Noth und Unzufriedenheit eines großen und des angesichts der socialen Gefahr wichtigsten Theiles der Bevölkerung. Die wehrpflichtige Jugend kommt großentheils aus religionslosen, nicht selten religionsfeindlichen niedern und höheren Schulen und findet in einer aufs bescheidenste Maß reducirten Militärseelsorge und der mitunter absichtlichen, immer aber unnöthigen Verkümmerung der privaten Religionsübung die nothwendige Stütze nicht, weder gegen die allgemeinen Gefahren ihres Alters, noch gegen die besonderen ihres zeitweiligen Berufes. Als unfreiwillige Ironie klingt daher die Zumuthung, die Kaserne vor den Versuchungen des Socialismus für geschützt oder gar dieselbe für eine „Bildungsanstalt der Nation“ halten zu sollen, denn religiös-sittliche Verwahrlosung bereitet jeder Verführung, jedem Verbrechen den Weg! Der moralische Zehrpfennig an Frömmigkeit und Tugend, aus braven Familien mitgebracht, ist vielmehr bei der Truppe durch schlechtes Beispiel und Verhöhnung, nicht ohne Mitschuld der Vorgesetzten, in der Regel der Beraubung preisgegeben.

Da auch ein ganzes Volk im Soldatenrock nicht in eine Armee aus Bleifigürchen sich verwandelt, sondern Mensch bleibt: so ist die bei der Militärvorlage stillschweigend mitgemeinte Rechnung auf größere innere Sicherheit eine falsche: die höchsten moralischen Faktoren menschlicher Dinge werden niemals ungestraft ignorirt.

Hierher gehört endlich noch die Erwägung, daß, wenn die Regierungen der deutschen Bundesstaaten im Bundesrath unter dem Berliner Drucke gegen die Interessen und Ueberzeugungen ihrer Bevölkerungen abstimmen sollten: solches nur zu innerer Beunruhigung und Schwächung der Einzelstaaten führen könnte. In Folge davon würde sich das

Reichsregiment in denselben, anstatt lebendiger Glieder, nur gleichsam Stelzfüße schaffen, von denen sie im Augenblick der Gefahr von außen oder innen keine Hilfe, sondern nur Verlegenheiten zu gewärtigen hätte. „Viribus unitis“ hat da, wie anderwärts, nur einen guten Sinn, wenn alle Glieder eines Reichs oder Bündnisses, und alle Kräfte eines Jeden, moralische wie materielle, gleich geachtet, geschont und verwerthet werden. So ist gerade der Partikularismus, bei deutscher Treue, die Kraft einer Centralgewalt.

Die noch schuldige letzte Antwort auf das „Wo hinaus?“ mit der Militärvorlage, für den Kriegsfall nämlich und dem Auslande gegenüber, lautet nicht günstiger. Auch Frankreich ist von inneren Erschütterungen bedroht. Ob aber der Krieg eine innere Umwälzung oder eine Umwälzung den Krieg nach außen beschleunigen wird: der revolutionäre Fanatismus und die Rachewuth gegen Deutschland würde durch den Brand im Innern in keinem Falle geschwächt. Deutschland und die deutsche Armee haben dagegen in der Socialdemokratie einen Feind im Rücken und im eigenen Innern, und zwar ebenfalls im Osten gegenüber dem mit religiöser Schwärmerei für seinen Czaren sich hinopfernden russischen Soldaten. Der erste französische Waffenerfolg in Italien bezeichnet wahrscheinlich den letzten Tag des italienischen Königthums und der italienischen Bundesgenossenschaft, und sofort hat auch Oesterreich nach zwei Himmelsgegenden seiner Feinde sich zu erwehren. Wer weiß, wie viele Jungczechen und Welsche fremde Farben begrüßen würden? Die allzeit getreuesten Unterthanen des gesalbten Königs von Ungarn aber versäumen keine Verlegenheit der St. Stephanskrone, um über die kurze Brücke der Personalunion Apponyi's zu Kossuth's magyarischer Republik voranzudrängen.

Allerdings, keine andere Großmacht hat eine der Aufgabe Oesterreichs annähernd gleich schwierige: viele, vielfach verschiedene, von Freundes Hand und Mund überdieß gegen-

einander gehetzte Nationalitäten zu gemeinsamem Wohl brüderlich zu verbinden. Aber auch keine andere besitzt in der weit überwiegenden katholischen Mehrheit ihrer Angehörigen ein gleich mächtiges, ja das einzige. unter allen Umständen unwandelbar geltende Element der Einigung.

Um seiner Wirksamkeit sich zu erfreuen, hatte man der katholischen Kirche lediglich den Gebrauch ihrer göttlichen Vollmachten freizugeben und die Träger derselben. in deren Bevormundung und Herabwürdigung der liberale Staat seit hundert Jahren und bis auf den heutigen Tag vor Allem seine Macht geübt und bewährt hat, im vollen Umfange selbständiger Berufsthätigkeit zu ermuthigen und zu unterstützen. Dazu freilich bedürfte es eines von ganzer Seele gläubigen katholischen Staatsmannes, nicht eines verschämt-liberalen Regiments.

Den auswärtigen Feinden des Dreibunds würde das Fallen der Militärvorlage weit weniger Befriedigung gewähren können, als sie seinerzeit beim Zurückziehen des Zedlitz'schen Schulgesetz-Entwurfs und dem spurlosen Verhallen der bischöflichen Anträge zur Revindicirung der entchristlichten Volksschule in Oesterreich zu empfinden Grund hatten.

Mag die Militärvorlage geeignet sein, die numerische Stärke der Armeen des Dreibunds denjenigen der Gegner gleich oder selbst überlegen zu machen: die Ungleichheit der moralischen Faktoren wird dadurch aus den angedeuteten Gründen nicht aufgehoben. Ist die österreichisch-ungarische Monarchie durch große nationale Gegensätze gespalten, so ist die Bevölkerung des deutschen Reiches in vielen seiner Gebiete nicht blos religiös getheilt, sondern durch den Uebermuth der numerisch überlegenen Confession feindselig verhetzt und verbittert. Verarmung, einreißende Irreligiosität und Entsittlichung unter den den Wohlstand der Staaten bedingenden Volksschichten, durch Steuerlast, durch die Ausbeute aller schwunghaft betriebenen Geschäfte des Lasters,

als: Wucher, Alkohol, schlechte Presse, liederliche Kunst u. s. w., durch eigene ungezügelte Genußlust; Ohnmacht einer geistlosen Legalität und einer gegenüber Loge und Großcapital grundsatzlosen Verwaltung: daher widerstandsloses Vordringen der socialdemokratischen Propaganda. Dort zur Zeit, beim rhetorischen Appell an den „Reichsgedanken" nur traurige Erinnerungen, Dank seiner berufenen verschämt und nichtverschämt liberalen Wächter und Hüter; hier die ironisch klingende Prätension, in einem lutherischen Landesfürsten den Nachfolger eines Großen Karl, eines heiligen Heinrich, den Gründer eines „protestantischen Kaiserthums" begrüßen zu sollen: dieses Alles sind Thatsachen und Zustände, welche zwar im Herzen keines christlichen Soldaten Oesterreich-Ungarns oder Deutschlands Fürstentreue und Vaterlandsliebe ersticken; aber ihn auch ebenso wenig mit freudigem Heldenmuth beseelen werden zum Kampf für — deren ungebesserte Fortdauer!

Von moralischen Faktoren in einer Armee, die das freimaurerisch geknebelte Italien heute gegen das republikanische Frankreich, Schulter an Schulter mit dem verhaßten Oesterreich, aufstellen müßte, kann ohnehin die Rede nicht sein.

Dem gegenüber steht der Gewittersturm eines von Natur leidenschaftlichen, zum größten Theil von oben herab seiner Religion beraubten Volkes bevor, nicht allein um Wiedervergeltung zu üben an dem Verdemüthiger seiner Eitelkeit. Nach mehr als zweihundertjährigem königlichen, kaiserlichen, republikanischen an ihm verübten Gewaltmißbrauch wird es an den Ueberresten der alten Ordnung, wo immer solche erreichbar, seinen Rachedurst zu kühlen begehren. Im Einverständniß mit diesem vulkanischen Feuer, werden vom Norden her russische Lawinen herabrücken, langsam aber in unabsehbaren Heeressäulen, mit der Elementargewalt ihres religiös-politischen Fanatismus, nicht feilschend um den Siegespreis für den Kaiser-Papst! Welches immer das Ergebniß der bevorstehenden innern und äußern Kämpfe

sein wird; nicht dem Räuberwahlspruch: „Macht vor Recht“, noch der Advokatenkunst des „Fortfrettens“ zwischen ganzer katholischer Wahrheit und liberaler Lüge wird es entsprechen.

Ein anderer Janssen des nächsten Jahrhunderts wird berichten, daß das Votum des deutschen Centrums gegen weitere Heeresvermehrung nicht dazu angethan gewesen sei, die Widerstandskraft Deutschlands zu schwächen, jedoch bestimmt und geeignet, abermalige Steigerung der ökonomischen und persönlichen Belastungen, der Leiden und sittlichen Gefahren der Nation abzuwenden. Wird auf dem nämlichen Blatte zu lesen sein, daß die verbündeten Kaiserreiche sieghaft aus der Feuerprobe hervorgegangen, so erkennt der Geschichtskundige, daß der Herr der Heerschaaren so entschieden nicht um der Besitzenden und Mächtigen willen, sondern „propter miseriam inopum et gemitum pauperum“ (Ps. 11, 6). Stehen aber, was Gott verhüten wolle, Verdemüthigungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns eben dort verzeichnet: dann hat, wie vor hundert Jahren, Gott abermals die weniger Schlechten gezüchtiget durch Schlechtere, um in der Noth von ihnen sich suchen und finden zu lassen. Von einer Anmerkung am Fuß der Seite wird man vielleicht erfahren, wie der „große“ deutsche Schüler des nicht großen dritten Napoleon und sein College, der kleine Nachahmer des kleinen Thiers, das Loos ihrer Vorbilder getheilt, ihren Ruhm überlebt haben und auch den ihrer Werke.

Wofür unter den Forderungen der Unzufriedenen die natürliche Gerechtigkeit selbst streitet, als eigene Aufgabe erklären und aufrichtig verfolgen; zu Dem, was darüber hinaus die christliche Nächstenliebe zu leisten berufen ist, der Kirche Christi volle Freiheit und Schutz gewähren; vor Allem aber das eigene Wesen frei machen vom Geist der liberalen Irrlehre: das sind die Bedingungen, unter welchen allein die Staatsgewalten dem unerträglichen Provisorium eines bewaffneten Friedens und latenten Kriegs im Innern und nach Außen ein Ziel würden setzen können. Wo immer aus Kurzsichtigkeit

oder Selbstsucht („nach uns die Sündfluth!“) auch nur der Versuch solcher Umkehr verschmäht wird, da dienen die moralischen und materiellen Zustände dieser gegenwärtigen erkünstelten Galgenfrist nur zur weiteren Abschwächung der noch vorhandenen erhaltenden Elemente, und somit dazu, daß die unvermeidliche Umwälzung eine um so allgemeinere und tiefere werden muß.

XVII.

Schweizer Brief.

Allerlei Nothstände.

Das Jahr 1893 wird eines der traurigsten werden, welche die Schweiz gesehen. Am 7. Mai kam über die Rebgelände von Thurgau, Genf, Zürich, Schaffhausen und Graubünden ein enormer Frostschaden, der die schönen Hoffnungen von Tausenden in wenigen Stunden vernichtete. Noch viel schlimmere Folgen hatte die lang anhaltende Dürre. Viele Bauern sind wegen Futtermangels gezwungen, ihren Viehstand immer mehr zu reduciren. Infolge dessen sinken die Preise derart, daß der Werth des Viehstandes der Schweiz schon um 300 Millionen Franken zurückgegangen ist. Vielfach mußte man bereits den Roggen schneiden und als Futter verwenden. An eine eigentliche Heuernte ist in manchen Gegenden nicht mehr zu denken; die Preise der importirten Futtermittel aber sind für die seit Jahren bedrängten Bauern unerschwinglich.

Sowohl die Bundes= wie die Kantonsbehörden treffen Maßregeln zur Linderung des Nothstandes. Sie beschaffen

aus Staatsgeldern große Quantitäten Kraftfutter, um es unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen; die gesetzlichen Bestimmungen über den Fleischverkauf sollen aufgehoben werden, um den Bauern den Absatz der aus Noth geschlachteten Stücke zu ermöglichen; die Sammlung von Laub, Moos rc. zu Streuzwecken soll allgemein gestattet werden; man will den Landwirthen die Grundsteuer ganz oder zum Theil erlassen, sowie zinslose Darlehen auf mehrere Jahre gewähren. Die Bahngesellschaften haben die Transporttarife für Futtersendungen reducirt. Auch wurde angeregt, die dießjährige Militärdienstzeit zu beschränken, die großen Manöver für dieses Jahr zu unterlassen, den vom Nationalrath bereits beschlossenen, vom Ständerath noch zu berathenden Bau des neuen eidgenössischen Parlamentsgebäudes zu verschieben und die für den Bau in Aussicht genommenen sieben Millionen zur Linderung des Nothstandes zu verwenden.

Alle diese Maßnahmen werden jedoch nicht im Stande sein, dem schwer bedrohten Bauernstand wesentlich aufzuhelfen. Daher treten die kantonalen Bauernbünde mit tiefergehenden Reformpunkten auf: 1) Reform des Hypothekarwesens zum Zwecke der Zinsreduktion und Amortisation. 2) Einfachheit und Sparsamkeit im Staatswesen. 3) Besteuerung und Schatzung der landwirthschaftlichen Liegenschaften nach dem Ertrag. 4) Bessere Zollpolitik. 5) Förderung des Genossenschaftswesens.

Die christliche Socialpolitik kann und wird die meisten dieser Postulate unterstützen. Aber es darf doch nicht verschwiegen werden, daß auch noch andere Ursachen zum Niedergange des Bauernstandes beitragen. Auch auf dem Lande werden die alte Solidität und Einfachheit immer mehr verdrängt durch Luxus und Genußsucht, die alte Frömmigkeit macht der Aufklärung Platz. Die Socialdemokraten sind redlich bemüht, durch Wort und Schrift das Landvolk für ihre Ideen zu gewinnen. Diese stehen aber im vollsten

Gegensatz zum Christenthum. Noch im März d. J. wurde in Zürich nach langer Debatte auf Antrag des Literaten Wicher mit 263 gegen 70 Stimmen folgende Resolution aufgestellt: „Christenthum und Socialismus sind unvereinbare Gegensätze und das erstere muß von letzterem bekämpft werden". Bisher pflegten die schweizerischen Socialdemokraten ihre Glaubensfeindlichkeit immer noch mit dem Satze zu verhüllen: „die Religion ist Privatsache". Nun heißt die Losung: Krieg dem Christenthum! Darum schrieb einige Tage nach dieser Versammlung die protestantische „Berner Volkszeitung":

„Nun weiß die Welt, woran sie ist,
Wohin der Freisinn mündet;
In Zürich hat der Antichrist
Dem Christ den Krieg verkündet.

Den ‚Pfaffen' nur gilt unsre Wehr,
So sprachen noch die Alten,
Das Christenthum und Christi Lehr,
Die wollen wir erhalten.

Die Jungen aber strafen dreist
Der Alten Phrasen Lügen,
Das Christenthum und Christi Geist
Wir öffentlich bekriegen. . . .

O Schmach dem Atheistenstaat,!
Ein Wehruf geht auf Erden:
Das ist des Freisinns junge Saat —
Wie wird die Ernte werden?"

Wie in Deutschland, so sehen es die Socialdemokraten in der Schweiz nicht mehr bloß auf die Männer, sondern auch auf die Frauen und Mädchen ab. In Kriens, einem Dorfe bei Luzern, haben sie bereits schöne Erfolge gehabt. Dort streikte der größte Theil der Arbeiterinen, es war Anfangs Mai. Sie veranstalteten Versammlungen, und eine Emancipirte, Frau Busch, hielt eine wahre Brandrede gegen das „Pfaffenthum", tadelte die Frauen, welche

statt in socialdemokratische Versammlungen, zu den Kirchen laufen, geißelte aber auch die Faulheit und Tyrannei der Männer, welche die Frauen nicht in solche Versammlungen mitnehmen und sie nicht auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandeln.

Die Zersetzung des Christenthums macht um so raschere Fortschritte, weil in protestantischen Gegenden die Protestanten selber um die Grunddogmen sich streiten. Eben in den letzten Wochen ergaben sich Anstände in der protestantisch-rhätischen Kirche, welche beweisen, daß selbst in Graubünden das Reformerthum mächtig um sich gegriffen hat, und wie dieses die fundamentalsten christlichen Einrichtungen zu beseitigen oder wenigstens als werthlos hinzustellen trachtet. Die letztjährige Versammlung sämmtlicher protestantischer Geistlichen (Synode) beschloß mit schwacher Mehrheit, in die Predigerordnung die Bestimmung aufzunehmen, daß nur Getaufte zur Confirmation zugelassen werden dürfen. Nun kam vor kurzer Zeit die Sache vor die „evangelische Session" d. h. vor die Versammlung der protestantischen Mitglieder des Großen Rathes. Diese gilt als oberste reformirte, kirchliche Behörde. Als in derselben die Tauffrage discutirt wurde, sprachen mehrere Redner die sonderbarsten, von totaler Unkenntniß der Sache zeugenden Ansichten aus. Oberst Th. Sprecher hingegen trat in einem sehr klaren und entschiedenen Votum für die Nothwendigkeit der Taufe ein. Deßungeachtet wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Taufe nicht mehr als Bedingung der Zugehörigkeit zur Kirche zu betrachten. So macht die Selbstauflösung des Protestantismus täglich neue Fortschritte, auch auf dem Lande und in bisher treugläubigen Gegenden.

Mit dem Reformerthum arbeitet Hand in Hand die Freimaurerei, um das christliche Volksbewußtsein zu vergiften. Zum großen Aerger der Logenbrüder veröffentlichte die „Berner Volkszeitung" Anfangs dieses Jahres in

einer Beilage „das Mitgliederverzeichniß der schweizerischen Freimaurerlogen. Als Protest gegen die Geheimbündelei im 19. Jahrhundert". Daraus ersehen wir, daß dermalen die Mehrzahl der höchsten schweizerischen Würdenträger, der Bundesrath nicht ausgenommen, dem Ordensverbande angehören, und daß eine enorme Zahl der eidgenössischen Beamtungen, besonders in der Bundesstadt, sowie auch die Mehrzahl der höheren und einflußreicheren Offizierschargen von Mitgliedern der Loge besetzt ist. Allein auch das Land liefert seine Mitglieder, und wir wissen aus ganz zuverlässiger Quelle, daß reiche Bauernsöhne, besonders zur Zeit des Militärdienstes, auf alle mögliche Weise bearbeitet wurden, um sie zum Beitritte in die Loge zu bestimmen. Die Jesuiten sind immer noch durch die Bundesverfassung von unserm Lande fern gehalten, die Kinder des „freien" Schweizerlandes müssen das Brod der Verbannung essen. Dafür dürfen Freimaurer und Socialdemokraten ungehindert ihre religionsfeindlichen Ideen verbreiten; sie dürfen Versammlungen halten, wann und wo sie wollen, und sie dürfen mit der blutrothen Fahne der Revolution durch die Straßen und Gassen unserer Städte und Dörfer ziehen. Soll man sich wundern, wenn in Stadt und Land der christliche Geist mehr und mehr schwindet, wenn der Geist der Auflehnung und der Mißachtung aller Autorität sich breit macht? Es vergeht bald kein Monat mehr, ohne daß bald da bald dort Kravalle und Aufläufe stattfinden. Im Tessin hatte voriges Jahr eine Verschwörerbande ein Zeughaus geplündert, einen Staatsrath erschossen und wehrlose Greise als Geiseln vor sich hergetrieben. Dafür wurde die revolutionäre Bande von aller Schuld und Strafe freigesprochen, der Anführer militärisch ausgezeichnet und noch in der letzten Bundesversammlung vom Juni beschlossen, zu all dem aus dem Staatssäckel der Eidgenossenschaft die Tessiner Interventionskosten zu bezahlen. Dadurch wurde natürlich vom schweizerischen Parlamente das Recht auf Revolution förmlich

proklamirt, patentirt. Das ließen sich auch die Umsturzelemente nicht zweimal sagen. „Unser Ziel", schrieb die „Arbeiterstimme" vom 25. Juni l. Js., „zu erreichen, sind ja mehrere Wege offen: Obstruktion, Wahl von Conservativen, Steuerverweigerung, vielleicht auch ein Rebelliönchen oder Revolutiönchen, wie im Tessin, alles von den höchsten staatlichen Behörden als rechtmäßig anerkannte Mittel." Zuerst in St. Immier und vor wenigen Tagen in Bern brachen Arbeiterkrawalle aus, bei denen das Militär einschreiten mußte. „Nur fest drauf los! Die Eidgenossenschaft bezahlt alles. Sie hat's den Tessinern auch bezahlt": das war das Losungswort der schweizerischen Arbeiter, welche am 20. Juni in Bern sich zusammenthaten, um mit Gewalt die italienischen Arbeiter zu vertreiben. Noch am Samstag, den 17. Juni, hatte die Bundesversammlung auf Kosten des Rechtes in friedensduseliger Laune mit 73 gegen 61 Stimmen dem vollen Nachlaß der Tessiner Interventionskosten zugestimmt, und schon am Dienstag darauf sah sich dieselbe Bundesversammlung vor die Thatsache neuer eidgenössischen Intervention in der Bundesstadt gestellt. Die Todten reiten schnell.

Das sind viel tiefer gehende und verhängnißvollere Nothstände, als der Mangel an Futter und Wein. Wenn die Dinge so vorwärts gehen, wenn man in den höheren und höchsten Kreisen nicht sehr bald zur Einsicht kommt, daß das Christenthum mit seinen Principien der Gerechtigkeit und Freiheit das erste und vorzüglichste und einzige staatserhaltende Element ist, dann wird das Elend und die Noth immer weitere Kreise ziehen, und es werden Nothstände eintreten, wie sie die französische Revolution in ihren Blättern verzeichnet. Die „Gerechtigkeit erhöht ein Volk; aber die Sünde macht unglücklich die Völker."

Im Juli 1893.

XVIII.

Pfalzgraf Friedrich Michael von Zweibrücken.[1])

(1724—1767.)

Die Kirchenspaltung und der 30jährige Krieg hatten die Macht des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation gebrochen. In der Folge ward Deutschland ein lockerer Bund von zuletzt mehr als tausend Territorialherren. Sie konnten beginnen in Krieg und Frieden, was sie wollten; nur sollten sie sich nicht gegen das Reich selber wenden. Die Fortdauer der religiösen Leidenschaften; der in der menschlichen Natur begründete Ehrgeiz kleiner Größen; das Streben Oesterreichs, seine Hausmacht zu erweitern; das Streben Preußens, unter Friedrich II., Schlesien zu gewinnen; das Streben des Hauses Wittelsbach nach der Kaiserkrone; die Herrschaft einer Anzahl von deutschen Fürsten über nichtdeutsche Gebiete; Frankreichs Raubpolitik, seine Einmischung in deutsche Dinge unter dem Vorwande, den westfälischen Frieden zu garantiren (zugleich mit Schweden) und der Aufrechterhaltung „deutscher Libertät und Ver=

1) Pfalzgraf Friedrich Michael von Zweibrücken und das Tagebuch seiner Reise nach Italien. Von Geh. Leg.=Rath Dr. Ludwig Trost, kgl. Geh. Haus= und Staatsarchivar, und Dr. Friedrich Leist, Geh. Sekretär des kgl. Geh. Hausarchivs. Mit dem Bildnisse des Pfalzgrafen. München und Bamberg, C. C. Buchner 1892. LXXXII u. 224 S. nebst einer Stammtafel. (10 ℳ)

fassung" zu dienen — alle diese Umstände mußten die Krankheit des „Reichs" zur unheilbaren machen. Die Reichsregierung war unfähig, ein haarspaltender Diplomaten-Congreß; das Reichsgericht schied sich in den Reichshofrath zu Wien und in das Reichskammergericht zu Wetzlar, ohne strenge Competenzbegrenzung; die Reichsarmee war als „elende Reichshülfe" der Spott des In- und Auslandes. Das Volk, verarmt und sein freier, schaffensfreudiger Sinn gelähmt, sah mit stumpfer Gleichgiltigkeit dem Zerfalle zu. Die Unterthanen waren oft übler daran als Leibeigene; sie fürchteten sich, gegen willkürlich schaltende Landesherren Abhilfe beim Reiche zu suchen, da, nach einem Worte v. Moser's, die Medizin nicht selten schlimmere Folgen hatte als die Krankheit selber. Die Presse, von kirchlicher und staatlicher Censur bedrängt, stand auf niedrigster Stufe; Schulbildung mangelte den unteren Volksklassen. Zudem waren sie durch das römische Recht mit seiner fremden Sprache, seinen Verschleppungen, seinen Quälereien und dem geheimen Verfahren dem Rechtsleben, durch die stehenden, oft aus verworfenem Gesindel geworbenen Heere der Vertheidigung des Vaterlandes fremd geworden.

War es ein Wunder, wenn dem deutschen Volke das Gefühl der Zusammengehörigkeit, die Liebe zur altgermanischen Freiheit, die Liebe zum Vaterland erstarb? Mußte, bei der Lauigkeit gegen das Staatswohl und bei der dem Deutschen im Blute liegenden Neigung zur Bevorzugung des Fremden, mußte nicht jene Aenderung im Volkscharakter eintreten, die heute noch nicht völlig die Nachahmung des Schlimmeren überwunden hat in Sitten, Gebräuchen und Denkungsart, wenn das Bewunderte nur aus der Fremde stammt?

Im Gegensatze zu der deutschen Zerklüftung und Zerfahrenheit war Frankreich ein Einheitsstaat. Seine Heere, wohlgerüstet und disciplinirt, erwiesen sich gefügig in der Hand eines einzigen Monarchen und im Dienste zielbewußter

Staatsmänner. Die Machtentfaltung Frankreichs, die Blüthe seiner Kunst und Wissenschaft, seiner schönen Literatur, seiner Industrie, seines Gewerbes, der Glanz und feine Ton am Hofe zu Versailles, nicht zuletzt das leichte Wesen dort, das alles bewirkte, daß die deutschen Fürsten, die im 18. Jahrhundert Anspruch auf Bildung machten, fast ausnahmslos sich französisches Reden und Empfinden aneigneten. Nicht bloß nachgeborene Prinzen, auch regierende Häupter suchten oft genug Ehrenstellen am Hof und im Heere Frankreichs. Als während des österreichischen Erbfolgekrieges und im siebenjährigen Krieg der Niedergang des Heeres und die Zerrüttung des Staatshaushaltes in Frankreich offen zu Tage trat, waren die deutschen Bewunderer noch lange nicht geheilt. Auf den bloßen Wink der Fremden hin konnten Deutsche gegen Deutsche bewaffnet werden.

Aufs grellste zeigte sich im 17. und 18. Jahrhundert die deutsche Zerrissenheit und Ohnmacht am Rheine. Die drei Reichskreise dort zählten 104 reichsunmittelbare, geistliche und weltliche Herren und freie Städte; manche waren noch begütert oder belehnt in Elsaß und Lothringen, unter französischer Oberherrlichkeit. Hier war der Schauplatz des Krieges von 1672—1679, der Reunionen von 1679, der Mordbrennereien von 1688—1697, der Gewaltthaten während des spanischen und polnischen Erbfolgekrieges (von 1701—1714 und von 1733—1735). Das „Reich" zeigte sich über die Maßen langsam und machtlos; Frankreich war rasch und barbarisch in Geltendmachung seiner Forderungen. Eine Mißachtung Frankreichs war für die rheinischen Reichsfürsten gleichbedeutend mit Selbstmord.

So stand es um Deutschland, als der Mann lebte, dessen gedrängtes Lebensbild Dr. Trost nach den Dokumenten des geh. Hausarchivs in München und des geh. Kriegsarchivs in Wien zur Darstellung bringt. Dr. Leist hat den Stammbaum des pfalzbayerischen Hauses beigegeben.

Pfalzgraf Friedrich Michael von Zweibrücken

ist der Urgroßvater Sr. kgl. Hoheit des Prinzen Luitpold von Bayern. Geboren den 27. Februar 1724 zu Rappoltsweiler, als der zweite Sohn Christians III. von Pfalz-Birkenfeld, verlor Friedrich Michael mit 11 Jahren seinen Vater. Dessen dreißigjährige Wittwe Karoline, Gräfin von Nassau-Saarbrücken, übernahm vormundschaftlich die Landesregierung für ihren ältesten Sohn Herzog Christian IV., und die Erziehung ihrer drei Kinder, zweier Prinzen und einer Prinzessin. Sie waren, wie die Eltern, lutherischer Religion. Zur ferneren Ausbildung kamen die beiden Söhne auf die Universität Leyden, dann nach Paris. Fünf Jahre dauerte die Lernzeit in der Fremde. Nach deren Ablauf trat Friedrich Michael, ein Jüngling voll Tapferkeit und Thatendrang, in französische Kriegsdienste. Den noch nicht Achtzehnjährigen sehen wir unter dem Feldmarschall Fouquet, Grafen von Belle Isle, sich auszeichnen. Es war im österreichischen Erbfolgekrieg, den Kurfürst Karl Albert von Bayern im Herbst 1741 begonnen hatte. Seine ersten Lorbeern erntete der jugendliche Prinz bei der Belagerung und Vertheidigung von Prag, als Oberster des französischen Regiments „Royal Alsace". Kaiser Karl VII. nicht minder als Ludwig XV. ehrten den todesmuthigen Soldaten wiederholt und aufs anerkennendste. 1745 stand derselbe am Todbette seines unglücklichen hohen Verwandten und Gönners, eben Karls VII. 1746 vermählte er sich mit Maria Franziska Dorothea, Tochter des Pfalzgrafen Joseph Karl von Pfalz-Sulzbach. Dabei gelobte der Bräutigam, die katholische Religion seiner Braut anzunehmen, sobald er genügend in derselben unterrichtet sein würde. Aus Anlaß der Vermählung wurde der Prinz zum Generallieutenant der französischen Armee und von seinem Schwager, dem Kurfürsten Karl Theodor, zum Generalissimus der kurpfälzischen Truppen ernannt, mit einem „Friedenstraktament" von 12,000 Gulden. Auch ward Friedrich erster Inhaber des neugebildeten Regiments „Pfalz-Zweibrücken", des einzigen, welches seinen Ursprung

im Herzogthum Zweibrücken hat, dem Stammlande des bayerischen Königshauses.

Nächst seiner Vermählung mit der Prinzessin von Sulzbach war der wichtigste Schritt im Leben des Pfalzgrafen sein Uebertritt zur katholischen Kirche, den er am 8. Dezember 1746 zu Düsseldorf öffentlich kundthat. War der Confessionswechsel zunächst auch die Erfüllung eines seiner Braut gegebenen Versprechens, so entsprach er doch vor allem der ganzen Gemüthsanlage Friedrichs. Uebereilt wurde nichts. Zum geistlichen Berather war der Pater Franz v. Seedorf, S. J., erwählt, Professor an der Universität Ingolstadt. Ihm gegenüber äußerte sich der hohe Convertit aufs freimüthigste.

„Sie kennen", sagte er einmal, „meine zärtliche Ehrerbietigkeit gegen Ihre durchlauchtigsten Kurfürstlichen Hoheiten, wie auch meine Liebe zur Prinzessin von Sulzbach. Ich erkläre Ihnen aber ein- für allemal, daß kein Staatsgrund, noch irgend eine Triebfeder der Convenienz, des Familienbundes, der irdischen Liebe, des zeitlichen Interesses je im Stande sein wird, auf mich den geringsten Eindruck zu machen, sobald es sich um die Religion handelt. Durch Gottes Gnaden ist mir dieselbe durchaus nicht fremd. Ich verdanke meine Erziehung einer würdigen und tugendhaften Mutter, für die ich stets eine grenzenlose Ehrfurcht und eine ewige Dankbarkeit bewahren werde. Würde man mich aber zur Ueberzeugung bringen, daß meine Seligkeit in Gefahr steht, daß ich im Irrthum wandle, dürfte ich wohl keinen Augenblick in der Unschlüssigkeit schweben, mich der Wahrheit gefangen zu geben".

Die religiöse Belehrung des Pfalzgrafen erfolgte in zwölf Briefen, welche 1747 in französischer, 1748 zu Mannheim in deutscher[1]), dann auch noch in italienischer und holländischer Sprache erschienen sind.

1) „Send-Schreiben über die strittige Glaubens-Frage, worinn die

Dem Pater Seedorf spricht Häusser (Gesch. der Pfalz, 2. Bd.) die Befähigung zum Prinzenerzieher ab, gibt ihm aber das Prädikat eines „wohlmeinenden“ Mannes. Der Pfalzgraf hatte selbst Bemerkungen zum Manuscript der Briefe gemacht, und „nach einer reiffen und mit eusserstem Ernst vorgenommenen Untersuchung von sechs gantzen Monathen Sich der erkanndten Wahrheit ergeben“. Die Aufnahme in die Kirche erfolgte in der Stille den 27. Nov. 1746.

Von dem für das bayerische Kurhaus so wichtigen Vorgang that Karl Theodor Mittheilung an die Kaiserin Maria Theresia, an verschiedene Höfe und an Papst Benedikt XIV. Pfalzgraf Friedrich Michael zählt zu den 42 deutschen Fürsten, welche von 1614—1769 wieder katholisch geworden sind. Als derselbe 1750 eine Italien- und Romfahrt machte, erklärte ihm Papst Benediktus bei der ersten Audienz im Quirinal: „Je comte le jour de votre Conversion, Mon Prince, pour le plus heureux de mon Pontificat“. Am Aschermittwoch, den 24. Februar 1751, spendete Se. Heiligkeit selber dem Prinzen das Sakrament der Firmung.

Nach der Rückkehr aus Italien übertrug Karl Theodor dem Reorganisator der kurpfälzischen Streitmacht das Gouvernement der Stadt und Festung Mannheim, und im Juli 1753 die Statthalterschaft von Jülich. Das Jahr darauf, da längst schon die Gewitterschwüle vor dem Ausbruch des 7jährigen Krieges Europa drückte, beriefen die Abgeordneten des oberrheinischen Kreises den Pfalzgrafen Friedrich zum General-Feldmarschall sowie zum Obersten eines Kreisregimentes zu Fuß und einer Escadron zu Pferd. Das Kreiscontingent zählte, alles in allem, 3344 Mann. Dem

---

fürnehmste Beweg-Ursachen enthalten, krafft deren der Durchl. Fürst und Herr Friedrich, Pfaltz-Graff ꝛc. entschlossen, mit der heiligen, catholischen, apostolischen, römischen Kirch sich wieder zu vereinigen“.

Kurfürsten Karl Theodor zu Liebe verließ der neue Kreisfeldherr den französischen Dienst, obwohl man alle Anstrengungen machte, ihn zu halten, und namentlich der Herzog von Belle Isle seine ganze Redekunst einsetzte.

Im Jahre 1757 ging Friedrich über München und Wien nach dem Kriegsschauplatz in Böhmen, zur Armee Karls von Lothringen. In der blutigen Schlacht bei Prag that er sich ruhmvoll hervor, und der erste Feldherr seiner Zeit, Friedrich II. von Preußen, legte später selbst Zeugniß für die Tapferkeit seiner Gegner ab. Karl von Lothringen folgte dem klugen Rathe des kriegs- und ortskundigen Pfalzgrafen und warf sich mit der geschlagenen Armee in die Hauptstadt von Böhmen. Die Ueberfüllung der Stadt, die Feuersbrünste bei der unausgesetzten Beschießung, die Kriegsdrangsale jeder Art erzeugten eine entsetzliche Hungersnoth. Friedrich Michael hatte reichste Gelegenheit, seinen Edelsinn zu bewähren, indem er mit Wort und Beispiel die Belagerten zum opferfreudigen Ausharren anfeuerte. Nach dem glänzenden Siege bei Kollin trat ein, was der bayerische Pfalzgraf vorausgesehen: die Preußen mußten die Belagerung Prags aufheben und sich in die Lausitz zurückziehen. Ersterer begab sich nach Wien und ward, bei seinen 34 Jahren ein Muster von Schönheit und seiner verbindlichen Formen wegen von jedermann bevorzugt, am 18 Januar 1758 Feldmarschall in der österreichischen Armee Sein Ehrgeiz aber stand schon lange darnach, in die Generalität der Reichsarmee aufgenommen werden. Nach dem Rücktritte des Prinzen Joseph Friedrich von Sachsen-Hildburghausen ernannte denn Kaiser Franz I. aus eigener Macht unseren Pfalzgrafen zum Oberbefehlshaber der Reichsarmee. Dieselbe, lange vor der Schlacht bei Roßbach (5. November 1757) aller Welt Verachtung, zählte während des ganzen 7jährigen Krieges niemals über 32,000 Mann. In Wirklichkeit stand sie unter dem Willen von mehr als 200 Reichsfürsten, Reichsgrafen, gefürsteten Aebten und Aebtissinen, hatte meist unwissende

Offiziere, war mit ihrem jeweils gewaltsamen Rekrutement aus Landstreichern und Zuchthäuslern, bloß ausnahmsweis an die Uebungen größerer Truppenkörper gewöhnt, führte die denkbar willkürlichste Bewaffnung. Kurz, es war ein buntscheckiges, jammerwürdiges Ding. Was sollte und konnte Friedrich Michael mit demselben beginnen? Schon sein Eintritt in die Armee, da er zuvor nicht einmal der Reichsgeneralität angehört hatte, rief einen Sturm der Entrüstung hervor. Die Reichsstände klagten über die Willkür des Kaisers; die protestantischen zumal fanden ein arges „gravamen“ darin, daß sich unter den Generälen nur Katholiken befänden, obwohl jede Charge protestantisch und katholisch besetzt sein sollte. Einige, wie der Landgraf von Hessen-Darmstadt, zogen im Groll ihre Regimenter zurück.

Friedrich Michael fand im Lager von Bayreuth, woselbst er 28. April 1759 eintraf, noch 12,000 Mann. Ein Drittel trug Waffen, ein Drittel unbrauchbare und das letzte gar keine. Der Oberfeldherr bewies, wenn je durch etwas, seine Tüchtigkeit dadurch, daß er die bei Roßbach schimpflichst geschlagene, über alle Maßen verwahrloste Armee dahin brachte, siegreiche Kämpfe zu bestehen (bei Pirna am 2. September gegen Prinz Heinrich, dann Eroberung der Feste Sonnenschein). — Das folgende Jahr, das glorreichste des Krieges für Oesterreichs Waffen, brach der Pfalzgraf am 2. Mai aus dem Hauptquartier Bamberg nach Kulmbach auf, während sein Gegner Prinz Heinrich schon Ende Februar den Feldzug in Mitteldeutschland eröffnet hatte. Bis Nürnberg anfangs zurückgedrängt, nahm Friedrich Michael hier Stellung, welche die Preußen nicht anzugreifen wagten. Sie zogen ab, und der Pfalzgraf rückte nach, nicht, wie man in Wien wünschte, direkt auf die Grenzen von Sachsen und Böhmen zu, sondern über Erfurt und Weimar nach Naumburg und ins Halberstadt'sche. Der Einmarsch der Russen in in Posen nöthigte den Prinzen Heinrich, den größeren Theil seiner Truppen aus Sachsen zu ziehen. Darauf mußten

sich Leipzig, Torgau und Wittenberg mit ihren Besatzungen dem Pfalzgrafen ergeben. Nach der Schlacht bei Kunersdorf (12. August 1759) wurden die Reichstruppen Meister der Elbe bis Dresden. Auch die Hauptstadt mußte deren Commandant, der entschlossene Graf Schmettau, den 5. September übergeben. Reichgefüllte Magazine fielen den Siegern in die Hände. Daun's glänzender Sieg bei Maxen (21. Nov.), zwischen Dresden und Dippoldiswalde, über den preußischen General Fink, der berühmte „Finkenfang bei Maxen", sicherte den Oesterreichern den Besitz von Dresden, auf dessen Wiedereroberung alle Bemühungen Friedrichs II. gerichtet gewesen.

Der Reichstag, welcher die kaiserliche Ernennung des Pfalzgrafen von Zweibrücken zum Oberbefehlshaber der Reichsarmee so übel vermerkt hatte, wählte ihn nachträglich mit Mehrheit zum „katholischen Reichs-Generalfeldmarschall", am 17. März 1760. Dessen ruhmwürdigste Thaten im neuen Kriegsjahr waren ein Sieg über den preußischen General Hülsen, der fast 1100 Mann und 2 Kanonen an die Reichsarmee verlor; dann die Eroberung Torgaus, dessen Commandant Normann mit 2000 Mann kriegsgefangen wurde; ferner die Wiedergewinnung Wittenbergs (3.—14. Oktober), wodurch ganz Kursachsen den Preußen entrissen war. Freilich dauerte die Behauptung nicht lange. Feldmarschall Daun verlor die Entscheidungsschlacht bei Torgau den 3. November, und am Ende des Kriegsjahres war Sachsen mit Ausnahme seiner von den Oesterreichern besetzten Hauptstadt, wieder in der Gewalt des Preußenkönigs.

Pfalzgraf Friedrich Michael mußte der undankbaren Aufgabe müde werden, mit einer Maschine, wie die Reichsarmee trotz aller seiner Bemühungen im Grunde blieb, Erfolgreiches zu leisten. Dazu kamen Dauns Vorwürfe, welche den Reichsfeldherrn erzürnten. Drum legte er sein Commando nieder, ging nach Wien, übernahm das ihm schon 1759 übertragene Generalcommando in Ungarn und vertauschte dieses 1763 mit jenem in Böhmen. An einem Feldzuge

betheiligte sich Friedrich Michael nicht wieder; meist hielt er sich in Wien und in seiner Residenz Mannheim auf.

Die Thaten des Befehlshabers der Reichsarmee im 7 jährigen Kriege werden von den Geschichtsschreibern nur nebenher erwähnt. Daß Friedrich Michael mit guten Streitkräften das Ruhmwürdigste geleistet hätte, läßt Friedrichs II. Lob über seine militärischen Talente und seine persönliche Tapferkeit erkennen. Denkmünzen und die Inschrift seines Grabmales feierten den Prinzen als „Saxoniae Liberator“.

Nach dem Tode des Königs August III. von Polen (5. Oktober 1763) befand sich Friedrich Michael unter den Bewerbern um die polnische Krone. Katharina II. hatte dieselbe aber ihrem Günstlinge Poniatowski zugedacht.

Schloß Oggersheim, anderthalb Stunden von Mannheim, ward die Residenz der pfalzgräflichen Familie; es war ein Geschenk des Kurfürsten. Friedrich Michael sollte sich aber der Ruhe nicht freuen. Am 15. August 1767 erlag er der Wassersucht. „Me voilà malade, et mes fatigues de guerre me font mourir“ hatte er gesagt, zwei Tage vor dem Verscheiden. An Mariä Heimsuchung begann und an Mariä Himmelfahrt endigte die Krankheit. Der Prinz, der nie den Tod gefürchtet, ertrug sie mit Muth und christlicher Ergebung; sein Sterben war das des „frömmsten katholischen Christen“. Die Beisetzung erfolgte zu Heidelberg, in der Gruft der Karmeliterkirche, wo auch seine Schwiegereltern ruhten. 1805 wurden die sterblichen Ueberreste in ihrem prächtigen Zinnsarge nach München überführt, in die St. Michaels-Hofkirche.

Um den edlen Fürsten, den Maria Theresia einen „ohnvergleichlichen Caracter“ nannte, trauerte man tief, ehrlich und allgemein. Man empfand den Hingang des noch nicht Vierundvierzigjährigen, wie Kaiser Joseph an Karl Theodor schreibt, als den Verlust „eines um das gemeine teutsche Vatterland besonders verdienten Reichs-Fürsten.“ Bis herab in die Zeiten seines erlauchten Urenkels, des Prinzen

Luitpold, dauert das Andenken fort an Friedrich Michael, Pfalzgrafen von Zweibrücken.

Ein Lebensbild des Mannes, welcher „das Mechanische des Kriegsdienstes vollkommen verstand“, in allen Leibesübungen Meister und ein leidenschaftlicher Freund der Jagd war — „der schönste Mann seiner Zeit“ — darf es nicht vergessen lassen, daß er auch als guter Haushalter sich bewährte und, wenn gleich nicht so glänzend begabt wie sein älterer Bruder Christian, den geistigen Bestrebungen nicht abhold war. Den berühmten bayerischen Gelehrten Johann Georg von Lori hatte er beauftragt, in der vatikanischen Bibliothek die „Palatina“ durchzumustern und die auf Bayern und die Pfalz bezüglichen Handschriften auszuziehen. Noch weniger als den idealen Sinn hat das wilde Kriegshandwerk dem Prinzen, dessen „Tugenden alle in seinem Herzen waren“, die Güter des Gemüthes verkümmern dürfen. Leutselig, herzensgut und bieder wie selten ein Fürst, hinterließ er keinen einzigen Feind. Selbst seine politischen Gegner und die auf dem Schlachtfelde rühmten seine Großmuth. In den Denkwürdigkeiten Friedrichs II. von Preußen (VI. T., 98 ff.), ist eigens die edle Haltung des Oberbefehlshabers der Reichsarmee gegen die Stadt Halle hervorgehoben. Als vor der Belagerung von Dresden 1759 auf Friedrich Michaels Aufforderung, sich zu ergeben, Graf Schmettau erwiderte, er werde sich bis zum letzten Mann vertheidigen im königlichen Schloß, nachdem er die Vorstädte niedergebrannt hätte, da drohte der Pfalzgraf, er werde zur Repressalie nach der sicheren Eroberung die ganze Besatzung zusammenhauen und zudem die Stadt Halle, die sich in der Gewalt der Reichstruppen befand, plündern, einäschern und sammt den Salinen dort zernichten lassen. Wie wenig solch' ein barbarischer Plan in der Absicht des Prinzen lag, hat sein Verhalten gezeigt. Nicht bloß hat er veranlaßt, daß die Brandschatzung durch den kaiserlichen General Weczeg um die Hälfte, um anderthalb Tonnen Goldes ermäßigt ward, als die Stadt die Gnade

des Pfalzgrafen auflehte, sondern auch die Absetzung des österreichischen Kriegscommissärs Koschinna wurde verfügt, der mit unnachsichtiger Strenge die Kriegsauflage eingetrieben hatte.

Von Ende November 1750 bis 12. April 1751 machte Friedrich Michael eine Reise nach Italien. Der Lieutenant Karl Jörg, mit dem Dienste des Hoffouriers betraut, hat eingehendst über diese Reise Aufzeichnungen gemacht. Das Tagebuch ward am 19. Jan. 1752 dem Pfalzgrafen überreicht, reich geschmückt mit Kupferbildern, um „die Beschreibungen und Herkommen der Kirchen, Paläste, Antiquitäten und sonstigen Merkwürdigkeiten" zu „besserem Einsehen" zu bringen. Die Reise ging von Mannheim nach München, von hier über den Brenner nach Bozen, Trient, Verona, Padua, Venedig. Ueber Bologna, Rimini und Ancona fuhr man nach Loreto, woselbst der Pfalzgraf Wallfahrt machte. Weiter gings dann über das Apenninische Gebirg, dessen Anfang bei Serravalle und Case Nuove lag, über Foligno, Spoleto, Terni, Narni, Civita Castellana in der Richtung der alten Via Flaminia nach Rom. Einen Ausflug nach Neapel machte Jörg ohne seinen Herrn. Die Rückreise erfolgte auf denselben Wegen, nur daß man von Bologna direkt nach Verona und von München über Augsburg, Geislingen, „Geppingen", „Blockingen", Cannstatt, Ludwigsburg, Bietigheim, Heilbronn nach Mannheim zog.

Der Text des Tagebuchs, dessen Manuscript (groß Quart) sich im königl. geheimen Hausarchiv zu München befindet, ist von Dr. Fr. Leist zum Abdrucke gebracht. Im Ganzen ist der Inhalt und Stil, überhaupt der ursprüngliche Charakter des Tagebuchs unverändert gelassen; nur die Orthographie ist der Lesbarkeit zuliebe verbessert. Die historischen, kunstgeschichtlichen und sonstigen (unbedeutenden) Fehler blieben ohne Berichtigung; denn so nur konnte dem Büchlein sein culturgeschichtlicher Werth, das ist die Abspiegelung seiner Zeit im Geist eines geschickten und ge-

treuen Beobachters, erhalten bleiben. Unvergleichlich allerdings würde dieser Werth erhöht worden sein, wenn auch die zahlreichen Kupferstiche (gesammelt in einem Großfoliobaud des genannten Archives) dem Drucke beigefügt wären, und wär' es nur in guten Holzschnitten.

Inhaltlich bringt das Reisebuch nichts Außergewöhnliches. Es ist aber durchweg recht ergötzlich zu lesen. Als wären nicht bald 150 Jahre verflossen, schildert es z. B. mit einer vielfach heute noch zutreffenden Richtigkeit besonders eine Art des italienischen Conservatismus. „Die Bettlerei macht gleichfalls dahier — in Ala — ihren Anfang. Der Postillon, wenn er auch dreifaches Trinkgeld bekommen, verlangt täglich: E per bever! Auf den Posthäusern findet man nichts als Camerieri, Stallieri und dergleichen Gesindel, welche insgesammt betteln . . . Es gehe ein Fremder aus einem Cardinals-, Bischofs-, Fürsten-, ja sogar aus einem Bauernhaus, so findet derselbe die Vorzimmer und Stiegen von Bedienten mit ausgestreckten Händen besetzt, und da muß la buona Mano folgen, wann anders nicht die Audienz fernerhin refüsirt werden solle" (S. 28 f. u. 102.)

Welchen Ansehens der Pfalzgraf Friedrich Michael von Zweibrücken, der in dem Tagebuch von seinen liebenswürdigsten Seiten gezeigt ist, sich in hohen und höchsten Kreisen erfreute, gibt die Schilderung der Abschiedsaudienz beim Papste zu erkennen. Der heilige Vater umarmte „mit thränenvollen Augen nochmals unseren gnädigsten Prinzen mit höchster Gemüthsbewegung, und mit Benediktionen ihn bis zu dem Zimmer hinausbegleitend, versicherte er, daß er den lieben Prinzen in seinem Gebete niemals vergessen werde. Dieser Abschied war dermaßen durchdringend, daß es das Ansehen hatte eines gehorsamen Sohnes von einem geliebtesten Vater." (S. 193.)

—g.

XIX.

Historische Novitäten.

(Snell. Höfler. Ehses. Manfred Mayer. P. Duhr. Bellesheim. Morgott.)

Das dunkle Gebiet der Hexenprocesse gilt bei den Culturhistorikern als verrufener Ort, an dem jeder möglichst rasch vorüberzukommen sucht; sie scheuen sich, planmäßig dieses verworrene Gehege zu durchqueren, als empfänden sie ein geheimes Grauen vor den Entdeckungen, die in diesen Niederungen ihrer harren. Und doch wäre ein methodisches Erforschen dieser räthselhaften Krankheitserscheinung gerade für die Geschichte des deutschen Volkslebens so bedeutungsvoll! Vom medizinischen Standpunkte aus hat der Münchener Psychiater O. Snell[1]) sich an die Lösung des Problems gemacht und mit vielem Fleiß eine Reihe von Processen durchgeprüft, manche der Fälle auch aufgeklärt; aber im Ganzen ist sein Resultat das Bekenntniß: Ignoramus et ignorabimus „Als ich anfing, mich eingehender mit den Hexenprocessen zu beschäftigen, hegte ich die Erwartung, es werde sich nachweisen lassen, daß ein sehr großer Theil der Verurtheilten geisteskrank war. Beim tieferen Eindringen in den einen großen Zeitaufwand erfordernden Gegenstand

1) Hexenprozesse und Geistesstörung. Psychiatrische Untersuchungen von Dr. med. Otto Snell, I. Assistenzarzt der Kreisirrenanstalt zu München. München 1891. 130 S. gr. 8°.

kam ich nun zu der Einsicht, daß meine Voraussetzung eine irrige war". Also der Verfasser im Vorwort. Und am Schlusse gesteht er: „Daß Geisteskranke für Hexen und Zauberer gehalten und deßhalb bestraft wurden, läßt sich in einer Reihe von Fällen nachweisen, doch ist ihre Zahl so gering, daß sie in der großen Masse der Opfer verschwindet. Dagegen erhielten verschiedene Formen von Geistesstörung und besonders die Hysterie dadurch eine große Bedeutung für die Hexenprocesse, daß man die Kranken für besessen hielt."

Der Verfasser steht auf ausgeprägt monistischem Standpunkt, und deßhalb sind seine außerhalb der medizinischen Sphäre liegenden Untersuchungen, die „den Kern des ganzen Unwesens im Dämonenglauben" suchen, ziemlich werthlos, ja vielfach irreführend. Die von ihm beliebte Vermengung von Inquisitions- und Hexenprocessen ist ebenso unbegründet, als die Annahme, die Hexenverfolgung beruhe auf einer Verfolgung der freien naturwissenschaftlichen Forschung durch die Kirche. Schon von dem Standpunkte der gegenwärtigen Kenntniß des dunkeln Gebietes aus läßt sich festsetzen, wie frühzeitig dieser Gegenstand dem Einfluß der Kirche entzogen wurde; eine Prüfung des allerdings zum größeren Theile noch in den Archiven ruhenden Materials von Fall zu Fall, wie Snell mit der gedruckten Literatur sie vorgenommen, müßte dann einigermaßen die weitverzweigten Ursachen aufdecken, welche an dieser schrecklichsten aller Volkskrankheiten neuerer Zeit — denn die Blüthe der Hexenprocesse fällt ins 16. und 17. Jahrhundert — hauptsächlich betheiligt waren.

2. Ein dunkles Blatt der Geschichte, wenn auch in anderem Sinne, ist es auch, dem der achtzigjährige Altmeister deutscher Geschichtschreibung, Ritter Constantin von Höfler, seine Aufmerksamkeit seit Jahren mit so trefflichem Erfolge zugewendet. Sein jüngster Essay,[1]) eine bedeutende

---

1) Die Katastrophe des herzoglichen Hauses der Borjas von Gandia. Niederlage und Flucht Don Juans II., Plünderung des Palastes

Studie in sich, erhält doch erst die rechte Beleuchtung im Zusammenhalt mit den vorausgegangenen Arbeiten über Don Rodrigo Borja [1]) und die italienischen Bastard-Dynastien. [2]) Es liegt eine erschütternde Tragik in dem gewaltsamen wilden Aufwuchern des Geschlechtes der Borja und in dem jähen Niedergange desselben. Die nächsten Sprossen Alexanders VI., Cesare und Lucrezia, sind wohl Jedem, sei es auch nur aus Roman- und Theaterdichtung, bekannt; aber, sagt Höfler, „das große Drama des Hauses Borja ist weder durch Don Cesare noch durch Madama Lucrezia zum eigentlichen Abschlusse gelangt, und fehlt, wenn man nicht auf Papst Calixt III. (Borja) Rücksicht nimmt, der Anfang der welthistorischen Tragödie dieses Hauses, so fehlt, wenn die Geschichte der nächsten Herzoge von Gandia irrig aufgefaßt wird, der überraschende Schluß, von der späteren Sühnung nicht zu reden". Diese Sühne ist eine doppelte: ein entsetzliches Strafgericht bricht im Sommer 1521 herein über das Herzogthum, das die Borja's in Spanien sich geschaffen; die siegreiche Revolution der Agermanados erobert Gandia und macht den Enkel Rodrigo's Don Juan II. zum heimathlosen Flüchtling. Nur achtzehn Jahre liegen zwischen dem Tode des Papstes und der Vernichtung seines Hauses — wie das gekommen, wie die Weltgeschichte auch hier so rasch zum Weltgericht geworden, das enthüllt uns Höfler an der Hand der Quellen. Eine andere Art Sühne ist freiwilliger Natur: Don Juans einziger Sohn, der letzte Herzog von Gandia, der Urenkel Alexanders VI., nimmt das Ordenskleid und wird heute unter dem Namen Franz Borgias als Heiliger verehrt. „Wie ein Meteor

---

Borja. Von Constantin R. von Höfler. Wien 1892. 54 S. in 4°.

1) Don Rodrigo de Borja (Papst Alexander VI.) und seine Söhne. Wien 1888.

2) Die Aera der Bastarden am Schlusse des Mittelalters. Prag 1892.

war die Größe des Hauses Borja gekommen, wie ein Meteor verging sie". So nahe beisammen liegen Frevel und Strafe, Sünde und Sühnung. „Das sechzehnte Jahrhundert, reich an scharfen Gegensätzen, hat kaum einen größeren aufzuweisen, als den des Papstes Alexanders VI., der nach seinen letzten Jahren noch jenem angehört, und seines Urenkels, Don Franzisco de Borja (S. J.), der seiner Tugenden wegen der Canonisation würdig erachtet wurde".

Wahrhaftig, man merkt diesen auf mühsamer Detailforschung beruhenden und dann in großen Zügen hingeschriebenen Studien noch nichts an von den 82 Jahren des greisen Meisters — möge es ihm vergönnt sein, uns noch mit recht vielen derartig werthvollen Arbeiten zu beschenken!

3. Auch der Papst, dem Stephan Ehses seit Jahren seine besten Kräfte widmet, ist ein Kind der Renaissance mit seinem politischen Denken und Streben, aber sein ethisches Wirken liegt in reineren Sphären als es bei Rodrigo Borja der Fall gewesen. Hart geprüft hat auch er, zum Theile wenigstens, gesühnt, was andere Mediceer in Florenz und Rom gefehlt; die Erweiterung und unheilbare Festigung des Risses in Deutschland, die Verwüstung Italiens, die Plünderung Roms, der sich anbahnende Abfall Englands machten die Regierung Clemens VII. zu einer der traurigsten für die Kirchengeschichte. Dem letzteren Punkte, dem englischen Schisma, gilt diesmal die Forschung Ehses'.[1]) Der gelehrte Verfasser bringt eine Reihe meist neuer werthvoller Dokumente aus dem Vatikanischen Archive, welche, wenn auch zunächst unter dem Gesichtspunkte der verwickelten englischen Ehescheidungsfrage gesammelt und für diese von grundlegender Bedeutung, doch auch über die gesammte europäische Politik

---

1) Römische Dokumente zur Geschichte der Ehescheidung Heinrichs VIII. von England. 1527—1534. Mit Erläuterungen herausgegeben von Dr. Stephan Ehses. Paderborn 1893. XLIV u. 284 S. gr. 8°.

jener Tage neues Licht verbreiten und das Hereinspielen verschieden gearteter außerhalb der Sache liegender Interessen darthun. Nicht verschwiegen soll dabei werden, daß wir diese achtunggebietende wissenschaftliche Publikation, wie so manch andere, unserer Görresgesellschaft verdanken, deren historischem Institut zu Rom der Verfasser seit zwei Jahren vorsteht.

4. Im Anschluß an die genannten Werke sei endlich noch des Lebensbildes eines Mannes gedacht, welcher gleichfalls dem sogenannten Reformationszeitalter angehört, wenn auch seine politische und schriftstellerische Thätigkeit in engerem Kreise sich vollzog. Ich meine den bayerischen Rath und Kanzler Wiguleus Hundt, den fleißigen Sammler und Bearbeiter des bayerischen Stammenbuches und der Metropolis Salisburgensis. Aus edlem Geschlechte entsprossen (22. Juli 1514) und von Pinician, dem Augsburger Humanisten, in der Grammatik unterrichtet, widmete sich Hundt dem Rechtsstudium in Ingolstadt und Bologna und stellte dann nach kurzer akademischer Lehrthätigkeit sein umfassendes Wissen in den Dienst dreier Wittelsbacher Fürsten: Wilhelms IV., Albrechts V. und Wilhelms V. Während er das Vertrauen, das die Herrscher in ihn setzten, in hohen Verwaltungsstellen und in schwierigen diplomatischen Sendungen durch Geschick und Treue rechtfertigte, widmete er seine Mußestunden der Geschichtsschreibung seines engeren Vaterlandes, und als bayerischer Historiker reiht er sich würdig an Johann Thurmair von Abensberg an. Er starb fünfundsiebzigjährig den 18. Februar 1588 und fand bei den Franziskanern in München seine letzte Ruhestätte. Ueber seine gedruckten und noch ungedruckt in Bibliotheken ruhenden Schriften, wie über seinen äußeren Lebensgang gibt Manfred Mayer[1]) in einer fleißigen, erschöpfenden Bio-

---

1) Leben, kleine Werke und Briefwechsel von Dr. Wiguleus Hundt. Ein Beitrag zur Geschichte Bayerns im 16. Jahrhundert von

graphie Kunde; dieselbe hat nur den großen Mangel, daß sie durch eine erschreckende Anzahl von Druck-, Schreib- und Sprachfehlern oft ganz drolliger Natur verunziert ist. Unter den Inedita, welche den zweiten Theil des Buches füllen, ragen die pfälzische Genealogie und der Briefwechsel Hundts hervor; als Adressaten erscheinen die bayerischen Herzöge, Kanzler Eck, Petrus Canisius, Cardinal Otto Truchseß und Bischof Moriz von Eichstätt.

5. Anderer Art, nach Anlage und Tendenz kein Geschichtswerk, dem Inhalte nach aber doch die Entwicklung der gesammten neueren Geschichte streifend ist das Buch P. Bernhard Duhr's[1]) über den Jesuitenorden, das seinen nächsten, apologetischen Zweck schon im Titel zu erkennen gibt und nun als stattlicher Kleinoktavband vollendet vorliegt.[1]) Die rasche Verbreitung in zwei gleichzeitig erscheinenden Auflagen gibt nicht bloß Kunde von dem Interesse, welches man in Deutschland gegenwärtig dem Institut der Gesellschaft Jesu und seiner Geschichte entgegenbringt, sondern ist auch ein Zeugniß dafür, daß der Verfasser seine Aufgabe gut gelöst und ein stattliches Arsenal geschaffen hat, worin die Vertheidiger des Jesuitenordens gegen alte und neue Gegner desselben die entsprechenden Waffen bereitgestellt finden. Eine systematische Entwicklung oder eine chronologische Anordnung herrscht allerdings in dem Buche nicht; nach Art eines interessanten Feuilletons werden in bunter Reihe all die Anklagepunkte durchbesprochen, welche besonders vom historischen Gesichtspunkte aus gegen das Institut der Gesellschaft Jesu erhoben zu werden pflegen; aber gerade diese zwangslose Mannigfaltigkeit hat etwas Anziehendes, Fesselndes und vermag auf viel weitere Kreise zu wirken als ein streng

Dr. Manfred Mayer. Innsbruck 1892. VII u. 320 S. gr. 8°.

1) Jesuitenfabeln. Ein Beitrag zur Culturgeschichte. Von P. Bernhard Duhr S. J. 832 S. Freiburg 1892.

methodisch angelegtes Werk, um so mehr als der Verfasser keineswegs versäumt hat, seine Aufstellungen mit quellenmäßigen Belegen zu stützen.

Auch auf biographischem Feld hat Duhr rüstig gearbeitet. Ich erinnere hier an seine Studien über Cardinal Otto Truchseß von Waldburg[1]) und an seine Charakteristik Pombals.[2]) Von jenen dürfen wir vielleicht hoffen, daß sie sich noch zu einem vollständigen Lebensbilde des berühmten Augsburger Bischofes ausreifen, und diese ist schon um deßwillen freudig zu begrüßen, weil sie uns endlich einmal eine katholische Kraft auf dem Gebiete der Geschichte des vorigen Jahrhunderts thätig zeigt; denn auffallender Weise scheinen unsere Historiker vor der Behandlung der Geschichte neuerer und neuester Zeit eine heilige Scheu zu empfinden. Theilweise mag sie wohl begründet sein in der Erwägung, daß die Archive ihre Schätze ihnen wohl nicht so rückhaltlos erschließen würden, wie etwa Herrn von Sybel; Onno Klopp kann davon erzählen. Duhr war in der vortheilhaften Lage für seine Charakteristik Wiener Staatspapiere und Gesandtschaftsberichte zu verwerthen, und aus diesen wird das Urtheil, welches die katholischen Historiker bisher schon über den allmächtigen Minister des schwachen Königs José I. von Portugal gefällt, keineswegs gemildert, vielmehr erscheint seine rohe Vergewaltigung bürgerlicher und kirchlicher Freiheit in neuer aktenmäßiger Beleuchtung.

6. Das Lebensbild eines jüngst verstorbenen großen Mannes hat uns Bellesheim mit kundiger Hand ge-

---

1) Quellen zu einer Biographie des Cardinals Otto Truchseß von Waldburg (Histor. Jahrb. VII, 177 ff.) und Reformbestrebungen des Cardinals Otto Truchseß von Waldburg (Histor. Jahrb. VII, 369 ff.); vgl. dazu Histor.-polit. Blätter CX, 781—796.

2) Pombal. Sein Charakter und seine Politik nach den Berichten der kaiserlichen Gesandten im geheimen Staatsarchiv zu Wien. Ein Beitrag zur Geschichte des Absolutismus. Von P. Bernhard Duhr, S. J. 182 S. gr. 8°. Freiburg 1891.

zeichnet.[1]) Was ist es eigentlich, das uns an diesen Convertitengestalten aus dem Inselreiche, für welche der Purpur der Ehre kaum genug bot, so mächtig anzieht? Worin liegt das Imponirende, Ueberwältigende einer Persönlichkeit, wie Newman und Manning es waren, worin der Zauber ihrer Erscheinung, das Geheimniß ihres Wirkens? Ist es der Reichthum des Geistes, der in ihnen lebendig war, oder das Vollmaß moderner Bildung, worüber sie verfügten, oder die Energie eines klar des Zieles sich bewußten starken Willens, der über alle Hindernisse hinweg aus der Tiefe zum Lichte sich durchringt und nicht eher ruht und rastet, bis er auf der vollen Mittaghöhe der Wahrheit angelangt ist? Sind es die politischen und socialen Erfolge, das seltene Verständniß für den Pulsschlag des Volkes, die treue Fürsorge nicht bloß für seine religiösen, sondern auch für seine zeitlichen Interessen? Oder ist es die Liebe zum Vaterlande, zu seinen Sitten, zu seiner Sprache und Literatur, die jeder dieser Säkularmänner mit eigenartigen Perlen bereichert hat? Oder hat vielleicht das schlichte Wort des Evangeliums, das Manning überall und jederzeit, auf der Straße wie in der Kirche, im Meeting wie in der Presse, in den Docks wie in den Palästen verkündete, hat vielleicht das Geheimniß des Kreuzes, das der Cardinal, ob gelegen oder ungelegen, in die Wagschale warf, von seinem verklärenden Lichte eine solche Fülle auf seine Person zurückgestrahlt, daß jeder Engländer bewundernd zu ihm aufblickte, jeder Katholik nur mit Verehrung seinen Namen nennt? Keiner von diesen Faktoren war es für sich allein, aber sie alle insgesammt haben den Mann gebildet, dessen Entwickelung, segensreiches

---

1) Henry Edward Manning, Cardinalerzbischof von Westminster (1808–1892). Ein Lebensbild von Alfons Bellesheim, Doktor der Theologie und beider Rechte, Canonikus des Collegiatstiftes in Aachen. Mit dem Bildniß des Cardinals. Mainz 1892. XII u. 276 S. 8°.

Wirken, gewaltige Erfolge der auf dem Boden Albions heimische Verfasser so liebevoll studirt, so kundig deutet, so beredt schildert.

7. Am Schlusse sei endlich die Biographie eines noch Lebenden erwähnt.[1]) Domkapitular Morgott ist der Verfasser, der Held Bischof Freiherr von Leonrod. Entstanden ist sie anläßlich des Eichstätter Bischofsjubiläums im vorigen Jahre — also eine Gelegenheitsschrift, die gar nicht gelehrt und erschöpfend sein will, aber um so werthvoller, weil sie der Feder eines Studiengenossen und Jugendfreundes entstammt.

Auf wenig Bogen hat der Verfasser es verstanden, ein Bild von dem gesegneten Wirken des Bischofs zu zeichnen, der die große Aufgabe, der Nachfolger eines Reisach zu sein, glänzend gelöst und der Diöcese Eichstätt eine Bedeutung innerhalb der deutschen Kirche angewiesen hat, welche ihr, dem kleinsten und entlegensten unter den bayerischen Sprengeln, die Natur versagt zu haben scheint. „Ein geborner Kirchenfürst, ein Edelmann jeder Zoll an ihm!" Das ist, hörte ich oft sagen, der Eindruck, den der Fremde vom Eichstätter Oberhirten empfängt, und das ist auch der Inhalt dieser anziehenden Lebensskizze, welche die besonderen Verdienste des ritterlichen Streiters im Kampfe für Recht und Freiheit der Kirche gebührend betont.

---

1) Dr. Franz Leopold Freiherr von Leonrod, Bischof von Eichstätt. Eine Lebensskizze von Dr. F. Morgott. Festgabe zu Hochdessen 25jährigen Bischofsjubiläum am 9. März 1892. Ingolstadt 1892. 4°. 47 S.

(Die separat erschienene Lebensskizze ist auch einer von der gleichen Verlagshandlung als Jubiläumsgabe veranstalteten Sammlung der Hirtenschreiben des hochwürdigsten Herrn Bischofs von Eichstätt als Einleitung beigegeben.)

XX.

Ueber Vering's Kirchenrecht.[1])

Das Werk ist nun in dritter Auflage erschienen. Der Verfasser, den Canonisten als Redakteur der verdienstvollen Zeitschrift „Archiv für katholisches Kirchenrecht“ (die schon 69 Bände zählt) bekannt, hat seine umfassende Kenntniß der bis in die neueste Zeit erfolgten „römischen Entscheidungen“ und der kirchenpolitischen staatlichen Bestimmungen in dem berührten Lehrbuche reichlich verwerthet. Dieses erscheint dadurch in hervorragender Weise als ein werthvolles Handbuch sowohl für die Studirenden des Kirchenrechts als für Staatsmänner und Geistliche.

Das 989 Seiten umfassende Werk stellt in seiner Einleitung den Begriff der Kirche, den Charakter, die Quellen und die hauptsächliche Literatur des canonischen Rechts, sowie die kirchenpolitischen Verhältnisse der einzelnen Länder dar. Das Bestreben des Verfassers, dem Kirchenpolitiker ein zuverlässiges Orientirungswerk über die von den einzelnen Staaten der Kirche gebotenen Verhältnisse an die Hand zu geben, hat ihn auch in der dritten Auflage seines Lehrbuches etwas zu eingehend (S. 118—316) mit der kirchengeschichtlichen Darstellung der Culturkämpfe in Preußen, Baden 2c. beschäftigt. Es dürfte in einem Kirchenrechte genügen, die bestehenden kirchenpolitischen Staatsgesetze und Verordnungen, sowie die damit in Beziehung stehenden kirchlichen Rechtsverwahrungen und Verordnungen darzustellen. Vielleicht erscheint es überhaupt gerathen, wie in den trefflichen „In=

1) „Lehrbuch des katholischen, orientalischen und protestantischen Kirchenrechts“ von Professor Dr. Friedrich H. Vering. (Freiburg, Herder 1893.)

stitutionen des katholischen Kirchenrechts" von Dr. Lämmer geschehen ist, statt bei den Quellen des Kirchenrechts in einer eigenen Abtheilung (etwa nach Abschluß des öffentlichen Kirchenrechts) das Verhältniß der Kirche zu den Staaten darzustellen. Es wäre dann auch Raum geboten, einestheils um eingehender, als dies in unserm Lehrbuche geschehen, das principielle Verhältniß der Kirche zum Staate darzustellen, anderseits auf die durchaus veränderte Verfassung und das Wesen der heutigen Staaten hinzuweisen.

Diese sind fast durchweg keine katholischen Gemeinwesen, manche können mit Recht nicht einmal als christliche bezeichnet werden. Auf ihrem Charakter als katholische Staaten, als Schützer der Kirche, auf der vielseitigen Einwirkung, die solche der Kirche auf politische und civile Angelegenheiten im Interesse der Religion einräumten, beruhte die im canonischen Rechte enthaltene Concordia inter sacerdotium et imperium. Auf dieser Anschauung, auf der daraus hervorgegangenen staatlichen Anerkennung der ausschließlichen kirchlichen Ehejurisdiktion, der kirchlichen Leitung der Bildung, Wohlthätigkeit rc. fußen noch die meisten Concordate. Dem die Aufrechthaltung der christlichen Religion auf allen Gebieten fördernden Staate räumen sie eine weitgehende Betheiligung z. B. bei der Besetzung der Kirchenstellen, bei der Heranbildung des Klerus und Verwaltung kirchlicher Institute, wie des Kirchenvermögens ein. Die Verfassung, das Wesen und die Staatsgesetze der meisten Culturländer erfordern aber freie Religionsübung für die christlichen Confessionen und für die Nichtchristen, sie garantiren Gläubigen wie Ungläubigen die gleichen staatsbürgerlichen und bürgerlichen Rechte, gesetzlich wenigstens jeder Kirche bezw. Confession den gleichen Schutz für ihre Lehren und Institutionen, sowie das Eigenthum ihres Vermögens, endlich allgemeine Unterrichtsfreiheit.

Wir haben hier zwar den kirchenfeindlichen (Culturkampfs-) Staat, deshalb auch die in diesem Falle gebotene Trennung von Staat und Kirche nicht im Auge, sondern

das Wesen des bestehenden modernen Staats, welchem gegenüber die Kirche mehr und mehr eine Sonderung der ihrem Gebiete anheimfallenden Jurisdiktionsrechte erstreben dürfte. Von einer Verquickung kirchlicher und staatlicher Attribute gegenüber unsern Staaten, welche ihrer Verfassung entsprechend die Kirche vom Staate getrennt, der Kirche keinerlei Einfluß auf staatliche Verhältnisse gestattet haben, kann im Interesse der Religion (die durch den Einfluß einer ihr fremd, indifferent oder gar feindlich gegenüber stehenden Staatsgewalt geschädigt wird) und der Freiheit wohl keine Rede mehr sein. An die Stelle jener abusiv gewordenen Concordia dürfte die Kirche die Ausübung jener allgemeinen Freiheitsrechte setzen.

Wie durchgängig in dem Vering'schen Lehrbuche die einschlägige Literatur benützt wird, so finden wir hier die Beleuchtung der verschiedenen Anschauungen über die rechtliche Natur der Concordate, welche Professor Vering (S. 354) mit Recht „für wirkliche, zweiseitige, beide Theile rechtlich bindende Verträge" erklärt.

Das zweite Buch handelt über die Verfassung der Kirche, über die Ordination, Heranbildung, Prüfung und Standespflichten der Geistlichen, über die Errichtung und Verleihung der Kirchenämter. Bei der gründlichen Darlegung des Patronatsrechts begründet unser Lehrbuch den bei neueren Verhandlungen mit den Regierungen häufig übersehenen Rechtssatz, daß das im Besitze einer kirchlichen Genossenschaft gestandene, „ein geistliches Patronatsrecht nur mit bischöflicher Genehmigung in Laienhände übergehen" kann (S. 475). So wurden z. B. im badischen Concordat die meisten geistlichen Patronate dem Landesfürsten überantwortet. Diesem Präsentationsrechte liegt allerdings „kein Rechtstitel, sondern nur Gunstbezeugung (vi conventionis) zu Grunde." Nicht ganz richtig ist, wenn in dem Lehrbuche (S. 478) allgemein bemerkt wird, daß der (badische) Landesfürst einen von den drei ihm vom Bischof bezeichneten

(Pfründe-) Candidaten zu präsentiren hat. Dies gilt (n
der Convention von 1861, das Concordat von 1859 ke
den modus der Terna-Besetzung nicht) nur von einer v
hältnißmäßig geringen Zahl, von den sogen. Terna-Pfründ

Weit eingehender als dies in den meisten Kirchenrech
Compendien geschieht, beschäftigt sich der Verfasser mit
Rechten der kirchlichen Organe, besonders mit der päpstlic
Jurisdiktions- und Lehrgewalt (S. 522 ff.), den Cong
gationen und Bischöfen. So ist auch das Wahlrecht
Capitel, insbesondere bei der Besetzung des bischöflic
Stuhles sorgfältig, unter genauer Berücksichtigung der Quel
(der bestehenden Verträge S. 563 ff.) dargestellt. D
Lehrbuch kommt zu dem richtigen Resultat, daß in Preu
die Capitel sich vor der Wahl zu vergewissern haben,
der in Aussicht genommene Candidat, nach dem aus
jektiven Thatsachen vom Capitel gewonnenen Urtheil,
Könige keine mißliebige Person sei. Das Capitel kann
diese Gewißheit auch durch Vorlage einer Candidatenl
verschaffen. Nimmt die Regierung eine solche Liste entgeg
so muß sie wenigstens drei Candidaten (als „nicht min
genehm") stehen lassen. Ebenso muß die Regierung in
oberrheinischen Kirchenprovinz, wo die Capitel zur Vorl
einer Candidatenliste verpflichtet sind, wenigstens drei
„nicht minder genehm" stehen lassen. Sie hat „nicht
Recht, mehr als bis auf drei zu streichen oder eine n
Liste zu fordern", sondern (wie in Preußen) nur die
fugniß, „gegen die Bestätigung der gewählten mißliebi
Person beim apostolischen Stuhle unter Darlegung ih
Gründe Einsprache zu erheben." Die Verfassung und
Rechte der Domcapitel, Capitels- und Generalvikare,
Dekane und Pfarrer werden in correktem Anschlusse an
bestehende Kirchenrecht bündig, aber in alle Bestimmun
klar eingehend, dargestellt, und hiebei wie bei der Besprech
der Concilien und Synoden die neueren Verhältnisse
Literatur sorgfältig berücksichtigt.

Im dritten Buche über die kirchliche Gerichtsbarkeit haben wir mit großer Befriedigung eine, in den meisten neueren Compendien nicht vorhandene, gründliche Behandlung des kirchlichen streitigen, insbesondere des Straf- oder Disciplinar-Prozesses gefunden. Die von Professor Hinschius begonnene Darlegung des kirchlichen Strafrechts und Prozesses (im IV. und V. Bande seines Systems des katholischen Kirchenrechts) erscheint als eine sehr erfreuliche Thatsache. Die praktischen Juristen und Seelsorgegeistlichen werden aber ein Kirchenrecht, welches wie das von Vering auch im Strafrecht die präcise, dogmatische Definition des rechtlich bedrohten Thatbestandes gibt, einer mehr rechtsgeschichtlichen Darstellung wohl vorziehen. Das Hinschius'sche System bietet dem Gelehrten, dem Canonisten die vorzüglichsten Hilfsmittel. Gerade dieser Theil des Kirchenrechts, das Strafrecht (insbesondere die Bestimmung Conc. Trid. sess. 24 c. 8, sess. 25 c. 14 de ref.) und der Strafprozeß bedarf einer unsern Verhältnissen entsprechenden Ausbildung. Die Kirchenrechts-Lehrbücher sollten deshalb einerseits eine gründliche Darstellung des bestehenden Rechts, anderseits Vorschläge zur Abhilfe der hier obwaltenden Mängel z. B. bei den Strafen, welche der Verletzung der honestas clericorum, betreffs der Nichterfüllung der Standespflichten durch Unverträglichkeit ꝛc. in jetzt unzulänglicher Weise gedroht sind, sowie des unnöthig schleppenden Geschäftsganges des Prozesses (z. B bei der Schlußverhandlung), bieten. Die neue Auflage des Vering'schen Lehrbuches enthält in erster Beziehung eine wesentliche Verbesserung und gründlichere Behandlung als die früheren Auflagen.

Die umfassende Kenntniß der Quellen, wie der päpstlichen Entscheidungen und der Literatur, welche das auf den positiven canonischen Rechtssätzen fußende Vering'sche Lehrbuch auszeichnet, tritt uns insbesondere im vierten Buche über das kirchliche Vermögensrecht entgegen. Gestützt auf das bestehende Kirchenrecht weist der Verfasser nach, wie gemäß

den Aussprüchen der hier allein maßgebenden kirchlich
Autorität die Kirche das Rechtssubjekt des Kirchenvermöge
sei. Wenn Richter, Schulte rc. die einzelne Stiftung,
Amira und nach ihm Meurer den Willen des Stifters
Rechtssubjekt dieses Vermögens erklären, so erscheint e
das vom Stifter Gewollte, der Zweck als das Subjekt sei
Stiftung. Wenn auch die kirchliche Stiftung nach au
als Rechtssubjekt auftritt, so erscheint sie doch im Hinb
auf ihren kirchlichen Zweck als Theil des kirchlichen G
sammtvermögens, dessen Eigenthum der Kirche zust
(S. 765). Mit unserm Lehrbuche vertreten die katholisch
Canonisten (Lämmer, Institutionen des Kirchenrechts S. 4
die rechtlich begründete Ueberzeugung, daß lediglich
Kirchenrecht darüber zu bestimmen und angeordnet
„wem die Verwaltung (Rechtsvertretung) und Verwend
des Kirchenguts zusteht". Hiernach hat denn auch
römische Recht Vermächtnisse zu Cultus-, Wohlthätigkei
und Schulzwecken als zur Vertretung des Bischofs gehörig
Vermögen erklärt.

Da sich das Vering'sche Lehrbuch mehr mit der d
matischen, als der rechtsgeschichtlichen Behandlung
Kirchenrechts beschäftigt, war es ihm auch möglich, nä
und genau auf die insbesondere für Geistliche wichtige
handlung von Detailfragen, wie S. 793 auf die Beschw
ung des Beneficiums mit einer Pension, auf die Bestim
ung der Congrua für Curatpfründen, auf die Testirfreih
der Geistlichen über das peculium clericale, die St
gebühren rc. einzugehen. Es wäre sehr erwünscht, wenn
einer sicher zu erhoffenden vierten Auflage des Lehrbuc
außer dem Berührten eine eingehendere Darlegung
rechtlichen Verhältnisses der Kirche zur Schule (von
Universitäten bis zur Volksschule) erfolgen würde, als d
im fünften Buche S. 837 ff. geschehen ist. Dieser letzte T
des Lehrbuches behandelt insbesondere umfassend und grü
lich das Eherecht. Wir hätten nur in wenigen Punk

eine schärfere Definition einzelner Ehehindernisse gewünscht, so z. B. bezüglich des Satzes: „Zwang macht die Ehe ungiltig rc.“ Indeß können wir das gründliche, die kirchlichen und staatlichen Vorschriften, wie die Literatur und die canonistischen und civilen Entscheidungen genau berücksichtigende, praktische Lehrbuch des Kirchenrechts nur empfehlen.

XXI.

Zeitläufe.

Der Einstand des neuen Reichstags mit dem Militärgesetz.

Den 24. Juli 1893.

Also die Polen haben die „Existenz Deutschlands“ gerettet; denn diese Existenz stand nach Caprivi bei Ablehnung der Militärvorlage auf dem Spiele. Wie wird sich der grimmige Hasser im Sachsenwalde schämen müssen „bis in die Waden hinab!“ Die Polen waren für ihn immer, was das rothe Tuch für den Stier ist. Sie standen für ihn an der Spitze der „Reichsfeinde“; hundert Millionen hat er sich bewilligen lassen, um sie in ihren alten Provinzen auszukaufen, und jetzt ist ihnen das deutsche Kaiserthum zum tiefsten Danke verpflichtet. Mit zweifelloser Mehrheit hat die „deutsche Nation“ gegen die uferlosen Zumuthungen des Militarismus sich ausgesprochen, und die neunzehn Polen haben ihm in der äußersten Noth durchgeholfen, sogar ohne Rücksicht auf ihre Wähler und auch auf das eigene Gewissen. Das verdient die freigebigste Anerkennung vom Throne um so mehr, als die Polen nicht zu jenen Jasagern gehören, die vorzugsweise an den Krippen des preußischen Militär-

staats gefüttert werden, und als ihre Landsleute in Rußland ohne Zweifel ihr Verdienst um denselben zu büßen haben werden.

Der polnische Ausschlag für die Militärvorlage hat aber auch noch eine bemerkenswerthe Kehrseite. Die Wütherei Bismarck's gegen die Polen hatte ihren Grund in seiner Ueberzeugung, daß Rußland um jeden Preis, und auch um diesen, für die Freundschaft mit Preußen gewonnen und erhalten bleiben müsse. Jede Mißhandlung des Polenthums war eine Schmeichelei für das Czarthum. Auf polnische Kosten war eine jener „Brücken zu Rußland“ erbaut deren sorgsame Pflege der Fürst nicht müde wird der Regierung einzuschärfen. Und nun muß sich das deutsche Kaiserthum gerade von den Polen den Gefallen thun lassen einer Heeresverstärkung durchzuhelfen, deren Spitze wesentlich gegen Rußland gerichtet ist. Das wird dort wie ein zurückgezogenes Unterpfand aussehen; darüber ist kein Zweifel.

Drei kurze Lesungen im Reichstage, und aus war's. Die Versammlung war augenscheinlich von der Gewißheit niedergedrückt, daß der Handel abgeschlossen und alles Reden umsonst sei. Die zwei socialdemokratischen Führer ließen sich eben nur die Gelegenheit nicht entgehen, zum Fenster hinaus zu predigen. Beschlossen hat der Reichstag eigentlich bloß den Anfang zu einem Verlauf ohne Ende. Weder ist eine gesetzliche Bestimmung über die Aufhebung der dreijährigen Dienstpflicht erreicht worden, noch weiß man, woher die Kosten der enormen Heeresvermehrung genommen werden sollen. Gewiß ist nur so viel, daß es auch an dieser Neueinstellung noch nicht genug seyn wird. Gegen hunderttausend Taugliche hat der Reichskanzler gezählt, die von der Einstellung in Ermangelung der Mittel noch befreit bleiben müßten. Früher oder später müssen sie die Heuschreckenschwärme der großen Manöver vollmachen. Fürst Bismarck rühmte sich, der Germania auf's Roß geholfen zu haben; man ist versucht, an das Sprüchwort von einem

Andern zu denken, der auf's Roß gekommen sei, sich und dem Gaul zum Unheil.

Wie Niemand sonst außer dem Militärstaat, so wird auch die Regierung selber, soweit sie doch immer noch civilistische Aufgaben hat, ihres Sieges nicht froh werden. Mit dem alten Reichstag hätte sich, außer der Heeresfrage, auskommen lassen, der neue sieht ganz darnach aus, daß er den Beruf habe, der Regierung bei jedem Schritt Prügel vor die Füße zu werfen, und nicht einmal aus oppositioneller Bosheit, sondern dem unwiderstehlichen Drange von unten Folge gebend. Im Auslande sieht man der künftigen Entwicklung der Dinge mit unverhehlter Schadenfreude entgegen. Das Berliner conservative Hauptorgan ärgert sich über die Stimmen, welche selbst in der österreichisch-ungarischen Presse, die doch, aus leicht begreiflichen Gründen, mit Feuereifer für die Annahme der Caprivi'schen Militärvorlage eingetreten ist, jetzt über die Folgen laut geworden sind. „In der deutschen Welt sieht es verzweifelt öde und wüst aus; die nationale Hypertrophie hat die politische Entwicklung gehemmt; statt politischer Gedanken regieren brutale Instinkte". So sagte das vornehmste Blatt in Pesth, und ein cisleithanisches fügte bei: „noch einen Schritt weiter auf dieser Bahn, und Deutschland höre auf, zu den civilisirten Ländern zu gehören; und nicht die unteren Classen, sondern die oberen hätten sich ein Armuthszeugniß ausgestellt." Es liegt freilich nahe, derlei Aeußerungen dem jüdischen Zorne über den Aufschwung des Antisemitismus bei uns zuzuschreiben;[1]) aber was läßt sich sachlich gegen die ausführlicheren Erklärungen des großen Wiener Judenblattes einwenden?

„Um welchen Preis ist dieser Sieg der Militärvorlage erkauft? Die liberalen Parteien kommen, todeswund und bis in ihr innerstes Gebein erschüttert, in den Reichstag zurück. Die aristokratischen Elemente des Centrums sind ecrasirt, die

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 7. Juli ds. Js.

Physiognomie der Conservativen ist (durch den Antisemitismus von Grund aus verändert, und die Socialdemokratie zieht mi siegreichem Selbstbewußtseyn in das Parlament ein. So wa der Entschluß, die Militärvorlage durch einen Appell an da Volk durchzusetzen, sicherlich nicht gemeint, und man brauch kein Gedankenleser zu sein, um zu errathen, daß Graf Capriv mit gemischten Empfindungen am Ziele steht. Nicht das i in Wahrheit die Signatur des deutschen Wahlkampfes gewesen daß um die Militärvorlage gerungen wurde, sondern daß dieselb das Schlagwort lieferte, hinter welchem sich ganz andere un viel gefährlichere Bestrebungen verbargen. Da hat in der vorige Session sich Graf Caprivi mit den schärfsten Accenten gege das Tivoli-Programm gewendet, da hat das Parlament alle Ekel und alle Entrüstung auf Ahlwardt gehäuft und nun i das Tivoli-Programm mit 80 Mandaten im Reichstag ve treten, ist Ahlwardt sogar zweimal gewählt. Wenn Gr Caprivi der Majorität ad hoc sich dankbar erweisen will, muß er sich selbst aufgeben. So steht unmittelbar hinter de gelösten Problem ein anderes und ungleich schwierigeres auf."

Graf Bismarck, der Erstgeborne, hat eine lange Re im Reichstag gegen die Vorlage hergesagt, aber dafür g stimmt. Bismarck, der Vater, aber sieht die Zeit seiner Err kommen, und er ruft die kleineren Mächte im Reiche z Erhebung auf. Sofort nach dem Zusammentritt des neue Reichstags hat er das gethan in einer Weise, die man in diese Augenblick für unmöglich hätte halten sollen. In eine langen Rede an einen Huldigungszug aus Lippe spricht e geradezu dem Partikularismus das Wort. Er tadelt es daß die Bundesrathsmitglieder nicht öfter im Reichstag da Wort ergreifen, namentlich wenn sie nicht im Einklang mi der Mehrheit dieses Collegiums stehen; er will, daß di Sitzungen des Bundesraths öffentlich seien, und er verlang daß „die Landtage der einzelnen Staaten sich an der Reichs politik lebhafter, als bisher geschehen, betheiligen sollten, un

1) „Neue Freie Presse" vom 27. Juni d. Js.

die Reichspolitik auch der Kritik der partikularistischen Landtage unterzogen werde." Es sei, sagt er, „ein Irrthum, wenn Staatsrechtslehrer behaupten, die Landtage seien zur Betheiligung an der Reichspolitik nicht berechtigt". Während der zwanzigjährigen Regierung des Fürsten hat man davon nie ein Wort gehört, und Einzelne mögen sich noch erinnern, wie es im bayerischen Landtag Denen ergangen ist, die dem neuen Reich gegenüber solche Behauptungen aufstellten, und für den Landtag Einfluß auf die Instruirung der Bundesrathsmitglieder beanspruchten. Jetzt sagt derselbe Mann: er habe von Anfang an die Gefahr zu bekämpfen gehabt, an Stelle des deutsch-nationalen Reiches ein Großpreußen zu bekommen. „Es gibt Viele, die gerne deutsche Reichsangehörige seyn wollen, aber nicht Preußen, und ich habe immer gefürchtet, daß sich das Reich nach der großpreußischen Seite entwickeln würde".

Das ist nun erst recht vollendete Thatsache und das neue Militärgesetz ist deren Krönung. Nachdem man sich in allen mittleren Residenzen unter die Fittiche des obersten Commando's gestellt hat, ist von dieser Seite eine Ermannung nicht zu erwarten. Wohl aber mögen einzelne Landtage den Wünschen des ehemaligen Parlamentsverächters in Friedrichsruh nachkommen. Dafür werden schon die Socialdemokraten sorgen, soweit sie in den trüben Karpfenteich einzelner Landtage eingeschwommen sind. Aber es wird ihrer nicht einmal bedürfen; soweit ist die wirthschaftliche Empörung in die Mittelstände schon eingedrungen, und die Frage der Kostendeckung wird auch vor die Landtage treten. Die einstweilige Verweisung auf die Matrikularbeiträge berührt alle ihre Budgets, auch wenn es möglich werden sollte, an der Einführung direkter Reichssteuern vorbeizukommen.

Die finanzministeriellen Kräfte mögen sich nach allen Richtungen hin die Köpfe zerbrechen: wie immer, so wird auch jetzt der kleine Mann so oder so die Steuererhöhung mit zu empfinden haben. Inzwischen werden die Mittelstände

auch erfahren, was es mit der „Wohlthat" der zweijährigen Dienstzeit für eine Bewandtniß hat. Für Jeden, der aus der Kaserne heimkehrt, muß der Andere fort. Bis jetzt kam von den Söhnen des Gewerbsmanns und Bauers der Eine mit kurzer Uebung als Ersatzreservist davon, der andere blieb überhaupt vom Friedensdienst verschont; jetzt ist der Anfang damit gemacht, daß alle diese Erleichterungen aufhören, nur die Einjährig-Freiwilligen bleiben für die Classen von „Bildung und Besitz" privilegirt. Und dafür soll nun der Mittelstand auch noch mehr zahlen! Was Wunder, wenn die Parteien sich bereits nur noch im Classenhaß unterscheiden und gruppiren?

Bekanntlich war es Fürst Bismarck, der zuerst der Militärvorlage mit einem entschiedenen Nein: „unannehmbar, weil nicht nothwendig", entgegentrat. Er hätte es freilich nur etwas anders gemacht, insbesondere dem Hund den Schweif nicht auf einmal abgehackt. Aber mit Recht hat er den Conservativen und den Nationalliberalen ihren Umfall zu dem Caprivi'schen Plan als Schwäche und Mangel an Charakterfestigkeit vorgeworfen. Derselbe Vorwurf trifft auch zwei kleinere, sonst unter sich im schärfsten Gegensatz stehende Parteien: die Abtrünnigen von der Fortschrittspartei, die eigentliche sogenannte „Judenschutztruppe", und die Antisemiten. Die letzteren bilden freilich keine Fraktion, und sind unter sich wieder über ihr Ziel und die Wege zum Ziel nicht einig; aber ohne den Umfall in ihrer Reihe und in der ehemaligen Fortschrittspartei wäre den Polen das Glück — und dem Reiche das Unglück — die Retter der „Existenz Deutschlands" zu spielen, versagt geblieben.

Die Antisemiten sind noch vor sechs Jahren bei den Wahlen mit ihrer Stimmenzahl gar nicht eigens aufgeführt, sondern einfach der conservativen Partei zugezählt worden; bei den letzten Wahlen sind sie gegenüber denen im Jahre 1890 mit Einem Sprunge zu einem Zuwachs von mindestens 300,000 Stimmen gekommen. Hiebei ist davon

abgesehen, wie viele dieser Stimmen immer noch der conservativen Partei zu Gute gekommen sind, die durch ihr Tivoli-Programm, um mit dem Berliner „Vorwärts" zu reden, „den gefräßigen Kukuk des Antisemitismus sich selber in's Nest geschleppt hat und in Gefahr steht, von ihm mit Haut und Haar aufgefressen zu werden." Der Stimmenzuwachs der mit überraschender Plötzlichkeit auftretenden Bewegung übertraf sogar den der Socialdemokratie, welche die erwarteten zwei Millionen Wähler noch nicht ganz erreicht hat. Daran scheint übrigens, neben zufälligen Umständen, der Austritt der „Unabhängigen", und von diesen wieder der Anarchisten, Schuld zu tragen, welche sich grundsätzlich des Wählens enthalten. Einer der letzteren meinte sogar, die socialdemokratischen Abgeordneten hätten nicht gegen die Mehrforderung von 64,000 Mann stimmen, sondern hunderttausend Mann mehr fordern sollen, denn „das System des Militarismus würden wir erst los, wenn es auf der äußersten Spitze angelangt sei." [1]) Andererseits ist auch bei den Spaltungen in der österreichischen Socialdemokratie bemerkt worden, daß die Massen stets mehr und mehr zum Antisemitismus hinneigen und somit seine Schaaren vermehren helfen.

Er bietet ja etwas Greifbareres: in der Person des Juden die Scheibe zum Schuß auf den Alles aufsaugenden Capitalismus. Er ist die Form, in der die weitesten Kreise der Mittelstände ihrer Unzufriedenheit mit der modernen Gestaltung der Gesellschaft Luft machen. Alle die zusammenbrechenden kleinbürgerlichen Existenzen schreien jetzt auf gegen das Capital, das ihnen in der Gestalt des auch hier rasch vordringenden Juden verkörpert erscheint. [2]) In der dumpfen Gährung tritt die Frage ganz zurück, ob Stöcker oder Böckel oder Ahlwardt Führer seyn soll. Wer „Hepp, Hepp" sagt,

---

1) Berliner „Vorwärts" vom 20. Mai ds. Js.

2) „Kölnische Volkszeitung" vom 10. April u. 5. Juli d. Js.

wird populär; Hr. Ahlwardt ist gleich nach seiner Abschlachtun
im Reichstag vor der Thüre des Hauses von einer Volksmeng
als Triumphator gefeiert worden und doppelt gewählt dahi
zurückgekehrt. Er hat auch bereits seine Parole erweitert
„Gegen Juden und — Junker!“ Ebenso erklärt der Wahlaufr
der neuen „Antisemitischen Volkspartei“ in Bayern einmal
„Unser Kampf gilt der Verjudung, wo sie sich auch finde
der Verseuchung unseres gesellschaftlichen und wirthschaf
lichen Lebens durch die jüdische Moral“, und dann: „Wi
wollen vor Allem dem übermächtigen und corrumpirende
Einfluß des Großcapitals entgegentreten und den produktive
Ständen den Lohn ehrlicher Arbeit sichern.“ Die Gefah
die von der Bewegung droht, kann sich auch der entschiedenst
Gegner nicht verhehlen.

„Man wird die sociale Tragweite des Antisemitism
viel richtiger abzuschätzen vermögen, wenn man ihn nicht a
eine von festen einheitlichen Prinzipien getragene Partei, sonder
als eine mächtige, durch verschiedene Zuflüsse geschwellte social
Strömung betrachtet. In ihm vereinigen sich aus den zerbröckel
den alten Parteien die verschiedensten Elemente: in erster Lin
die gegenüber den liberalen, wie conservativen Parteien gleic
mäßig mißtrauisch gewordenen Handwerker und Kleinbürg
aller Art; er führt aber insbesondere ein Element in d
politische Leben ein, das bisher nur als ein Anhängsel d
conservativen Parteien erschien und nun ein selbständiges u
sehr resolutes Dasein äußert: den Bauer. Und man beach
wohl: die Schaaren, die massenhaft dem Antisemitismus zuströmen
treibt Unzufriedenheit, sociale Verbitterung, wirthschaftlic
Verzweiflung ihm zu. Die eigentliche Triebkraft des Antisemitis
mus, wenigstens seiner von den größten Erfolgen gekrönte
Spielart, ist sein Radikalismus, sein energischer Kampf gege
die capitalistische Ausbeutung, bei der Großgrundbesitzer u
Großindustrielle gleich nach dem Juden kommen. Darin lie
seine Stärke, und diese wird sich immer mehr entwickeln. D
Antisemitismus erweist sich als ein gewaltiger Minirer u
Zerstörer. Theile der Bevölkerung, die der socialdemokratisch
Agitation relativ unzugänglich bleiben, wie die Bauern, a

auch manche Schichten des Handwerks, der kleineren und mittleren Bourgeoisie versteht er mit plumpen, aber handgreiflichen Mitteln in die leidenschaftlichste sociale Erregung zu versetzen." [1])

Allerdings ist vorauszusehen, daß die antisemitische Bewegung erst am Anfang einer noch viel gewaltigern äußern Entwicklung steht, aber auch, daß sie dann, je mehr sie zum Bewußtseyn ihrer innersten Ziele kommt, mit der Socialdemokratie gemeinsame Sache machen muß. Die letztere betrachtet auch den Antisemitismus keineswegs als ihren gehässigen Nebenbuhler. Im Gegentheil gibt sie Denen recht, welche in ihm die socialistische Vorfrucht erkennen; „Culturdünger für uns": sagt ihr Berliner Organ. „Den Socialismus zur Linken, den Antisemitismus zur Rechten gleicht der Capitalismus einer an zwei Enden angesteckten Kerze, die verbrennen muß." [2]) Und ein anderes Parteiblatt hat dem Ahlwardtscandal im alten Reichstag gegenüber bemerkt: „In dem wüsten Spektakel spiegelt sich ein qualvoller, aber unvermeidlicher Proceß der öconomischen Entwicklung wieder: die allmähliche Proletarisirung des Kleinbürgerthums. Die Arbeiterclasse kann diesen Proceß nicht beseitigen, und wenn sie es könnte, dürfte sie es nicht einmal wollen. Sie hat nicht einmal ein ideologisches Interesse an einer bürgerlichen Opposition, die den bürgerlichen Idealismus längst an die brutalsten Interessen des Capitals verrathen hat, und zu allerletzt braucht ihr die Sorge um den Antisemitismus, und was daran hängt, graue Haare zu machen." [3])

Gegenüber der Huldigung der Lipper hat Fürst Bismarck auch noch den Ausspruch gethan: „seine Befürchtung und Sorge für die Zukunft sei die, daß das nationale Bewußtseyn erstickt werde in den Umschlingungen der Boa con-

---

1) Dr. H. Braun's „Socialpolitisches Centralblatt." Berlin den 3. Juli d. Js.

2) „Vorwärts" vom 8. Juni d. Js.

3) Stuttgarter „Neue Zeit". Märzheft 1893. S. 844.

strictor der Bureaukratie, die in den letzten Jahren reißende Fortschritte gemacht habe." Aber noch reißendere Fortschritte, und in noch mehr „erstickender Weise", hat der Militarismus gemacht und wird der Militärstaat machen, dem der neue Reichstag nunmehr die Bahn zu seiner Vollendung zu Wasser und zu Land frei gemacht hat. Davon sagt der ehemalige Kanzler zur Zeit noch wohlweislich nichts. Aber der Faden der Geduld ist bei denen, die am Ersticken sind, überall gerissen, und die, welche den Vortheil davon haben, werden sich endlich vergebens gegen den allgemeinen Aufschrei die Ohren zuhalten. Durch ein tragisches Geschick ist gerade in der Zeit, wo der militärische Uebermuth seinen Staatsstreich durchsetzte, die „Nährmutter des Staats", wie Caprivi sich einst ausgedrückt hat, auch noch durch die Ungunst der Elemente blutleer geworden.

Unter allen den alten Parteien kann das Centrum allein seine Hände in Unschuld waschen. Was Wunder, wenn es darum beneidet wird! Es hat schwere Anfechtungen überstanden, auch aus der eigenen Mitte. Die nächste Zukunft wird ihm erst die volle Würdigung verschaffen; schon machen die Baracken-Kasernen, die überall aus dem Boden herauswachsen, damit den Anfang. Der Reichskanzler selbst hat sich jenen Anfechtungen angeschlossen mit dem Vorwurf: das Centrum sei „in einer Umwandlung von einer confessionell-kirchlichen in eine politisch-demokratische Partei begriffen." Die Redner des Centrums und Graf Hompesch, als Vorsitzender der Fraktion in deren Namen, sind die Antwort nicht schuldig geblieben. Es ist die einzige Partei, die nicht von Classeninteressen lebt; es ist die eigentliche „Volkspartei", was man auf lateinisch ja immerhin „demokratisch" nennen kann. Aus katholischer Grundanschauung vertheidigt es, was an der alten Welt dem allgemeinen Volkswohl dienlich war, gegen die Anstrebungen der neuen Welt voll Jammer, Elend und Noth. Insoferne ist es auch „legitimistisch". Es hat eine Zeit gegeben, wo man jeden

Mann mit einem Vollbart für einen Thronumstürzer angesehen hat; damit ist es längst vorbei. Heute kann man demokratisch seyn, ohne den Respekt nach oben verloren zu haben, wo er noch am Platze ist. Und in dieser Stellung kann man auch jeden Mitkämpfer einer andern Confession brüderlich begrüßen, wie das Centrum immer gethan hat. „Katholische Fraktion" war drüben stets ein Schimpfwort: „Hinaus damit aus politischen Körperschaften!"

XXII.

Pariser Bilder. [1])

„In Deutschland beschäftigt man sich mehr mit Frankreich als mit allen andern Ländern zusammen genommen. Und doch kennt man die Franzosen nicht, wenigstens nicht, wie man sie kennen sollte". Wer das neue Werkchen von Hermann Kuhn gelesen, der wird obigen Worten des Verfassers ohne Zweifel Recht geben. Was wir von Frankreich erfahren durch Literatur und Zeitungen, das muß den, der den französischen Charakter nicht versteht, unbedingt irre führen. H. Kuhn hat in diesen Sachen ein competentes Urtheil. [2]) Seit nahezu einem Menschenalter in Paris weilend, hat er klaren, offenen Auges die dortigen Zustände sich angesehen, und was er uns heute darbietet als Frucht seiner Beobachtungen, ist von culturhistorischer Bedeutung. Eine Reihe der interessantesten und fesselndsten Bilder sind es, die in diesem neuen Werkchen aus seiner Hand an unserm Geist vorüberziehen. Aus Politik, Wirthschaftsleben und Volksleben hat er vereinzelte Momente herausgegriffen und sie mit geschickter Hand zu den allerliebsten

1) Aus dem modernen Babylon. — Pariser Bilder von Hermann Kuhn. Köln, Bachem in 16°. S. 229.

2) Schon vor zehn Jahren hat seine Schrift über „Französische Zustände der Gegenwart" (Freiburg 1882) Aufsehen gemacht und die Anerkennung der Landeskundigen gefunden. Vergl. „Histor.-polit. Blätter" Bd. 91, S. 326 f.

Porträts ausgemalt. Kein Kapitel, das nicht für jeden Les
mancherlei Neues und Belehrendes hätte.

Es tritt uns zunächst der Präsident der Republik m
seiner Hofhaltung entgegen. Frankreich ist Republik und
monarchischen Erinnerungen sind im Schwinden begriffen. Ab
der Geist des Volkes ist monarchisch geblieben. Der Präside
ist ihm, was früher seine Könige ihm gewesen. Er gilt a
das wirkliche Staatsoberhaupt, und so sehr man auch mit fr
heitlichen Ideen sich täuscht, übertrifft er an Machtbefugn
vielfach die gewaltigsten Herrscher, und wie kaum ein Kön
wird der Präsident auf seinen Reisen gefeiert. Der Franz
muß einen Herrscher haben, dem er zujubeln, dem er die a
geborene Begeisterung zuwenden kann. Der Boulanger-Rumm
ist allein diesem Volksbedürfniß entsprungen.

Von den neuzeitlichen politischen Größen Gambett
Floqet, Boulanger u. a. sind einzelne ausgezeichnet skizzi
Doch hätte Männern wie Ferry, Freycinet, Rochefort a
ein Plätzchen eingeräumt werden müssen. Wie es möglich
daß hohle Phrasenmacher, wie deren so manche waren, es
einer solchen politischen Stellung bringen konnten, darüb
gibt uns die Schilderung der politischen Versammlungen einig
Aufschluß. Man möchte sie für übertrieben halten; doch m
hat ja in französischen Kammersitzungen schon ähnliches e
lebt. Ein solches Treiben ist nur denkbar bei dem leicht e
zündbaren Charakter der Franzosen. Etwas Geist und Red
kraft und ein glücklicher Griff in einer dieser Radauversam
lungen und der Bummler oder verkrachte Student ist
Held des Tages und der Mann der Zukunft geworden.
Sitz in der Kammer, ein Portefeuille in dem einen o
dem andern Ministerium sind ihm sicher. Gambetta, Roc
fort, Yves-Guyot, Spuller u. a. sind diesen Weg gegang
Der Verfasser betont mit Recht den tiefen Unterschied zwisc
dem politischen Leben und Fühlen des Franzosen und
Deutschen. Französisches nach deutschem Maß bemessen u
nach deutscher Art behandeln, ist durchaus verfehlt. Daß u
auch höheren Orts diesen bedeutsamen Unterschied oft ge
übersehen, dafür ließen sich die beigebrachten Belege bedeut
vermehren. Man denke nur an das ungeschickte Schalten

den Reichslanden, das in diesen Blättern schon verschiedentlich besprochen wurde. Uebrigens ist es sicher, „ohne die leidige Politik würden Franzosen und Deutsche sich bestens verstehen". Auch wir können uns mit dem Verfasser an den Gedanken einer nothwendigen ewigen Feindschaft zwischen den beiden führenden Völkern der germanischen und romanischen Rasse, und des unabwendbaren bis zur Vernichtung unerbittlichen Revanchekrieges nicht gewöhnen. Doch woher eine Vereinbarung? Indessen mag es den Deutschen freuen, daß seine Landsleute, die nach 1870 oder früher nach Frankreich ausgewandert sind, über 30,000, ruhig und ungestört in Paris leben und Künstler in allen Gewerben des höchsten Rufes sich erfreuen. Eine Reihe der weltberühmten Pariser Industrieprodukte werden nachweisbar von Deutschen verfertigt.

Eine interessante Studie ist dem Judenthum gewidmet. Paris ist der Sammelplatz der jüdischen Millionäre. Ihr Geld beherrscht die Regierung und die Presse. Man kann in Frankreich allgemein die Klage hören: die deutschen Juden seien das Unheil Frankreichs. Es hat dieselbe einige Berechtigung. Die übergroße Mehrzahl der Juden ist aus Deutschland eingewandert und trägt deutsche Namen. Warum unter den Panamahelden gerade deutsche Juden waren, ist demnach klar. Daß der Glanz der Weltausstellung von 1889 einen großartigen politischen Sieg Frankreichs und besonders der Republik bedeutete, ist außer Zweifel. Doch die Panamisten-Regierung konnte ihn nicht ausnützen, und der welthistorische Skandal hat alles wieder gründlich verdorben.

Die wirthschaftliche Lage in Paris zeigt in erhöhtem Maßstab all den Glanz und aber auch die Schattenseiten, wie die größern Städte sämmtlich sie aufweisen. An Produkten der Industrie finden wir das höchste und beste. Riesige Etablissements mit allem nur erdenklichen Luxus ausgestattet und allen möglichen Bequemlichkeiten für den Käufer. Dabei aber die bedauerliche Aufsaugung jeglichen Kleingeschäfts durch jene Riesenbetriebe. Tausende von kleinen Geschäften, die hingemordet werden jedes Jahr und deren Besitzer in den Rang von Lohnarbeitern heruntersinken. In allen Sphären macht sich diese Absorption geltend: Kleider-, Spezerei-, Arzneiwaaren,

sogar Hotel und Restaurantgeschäften. Die Möbelfabrika
im Faubourg St. Antoine macht noch eine Ausnahme. D
gegenüber wird immer mächtiger das Bestreben der Arb
und kleinen Geschäftsleute, sich zünftlerisch in Fachvereine (s
dicats) zu organisiren. Der Geldhandel ist von den J
ungefähr monopolisirt. Presse und Regierung sind Mitte
ihrer Hand, um sich die Herrschaft zu sichern. Mit i
Hülfe wurden die rivalen christlichen Banken, die Union géné
und das Comptoir d'Escompte auf die empörendste Weise
würgt. Im Kunsthandel ist Paris unbedingt herrschend;
auch der Kunstschwindel wird hier schwungvoll wie nirg
betrieben. Von seiner früher unbestrittenen Herrschaft
die Mode ist Paris bedeutend heruntergekommen, seit es s
leitende politische Stellung verloren. Der Verfasser will
die Nachtseiten des „modernen Babylon" hervorkehren;
das tief dunkle Bild der „Armen Kinder" läßt uns des soci
Elends genug ahnen.

Das Pariser Volksleben mit seinen vielen interessa
Eigenthümlichkeiten tritt uns in frischen lebendigen Bil
entgegen. Volksvergnügungen, die Versorgung der Volksk
und das Schmugglerwesen, die Lebensweise und Beschäftig
der Kleinleute, Aberglauben- und Wahrsagerei, Spiritis
und Geisterverkehr. Wir können hierauf nicht näher einge
Alles in allem gelten die Worte: „Wir Pariser sind überh
viel besser als unser Ruf".

Man sieht, das Werkchen, obwohl klein, ist doch unge
reichhaltig und mit großer Sach- und Detail-Kenntniß
schrieben. Nur beiläufig sei noch erwähnt: die Zahl
jüdischen Präfekten und Unterpräfekten scheint etwas zu ni
gegriffen. Anläßlich der Arbeiterkravalle in Fourmies (Un
präfekt Isaak) wurde in einer französischen Zeitschrift
Zahl auf 163 angegeben! S. 75 hätte Zenaide Fle
genannt werden dürfen. Das Urtheil über „Figaro" und „
Journal" ist vielleicht etwas zu gelinde.

Dem über französische Verhältnisse äußerst belehre
und auch in jeder Beziehung hübsch ausgestatteten Werke
man nur die weiteste Verbreitung wünschen.

XXIII.

Sammlung englischer Marienhymnen.[1])

Orby Shipley, dessen Conversion zur katholischen Kirche ich seiner Zeit im „Katholik“ (1879, I, 157—175) ausführlich dargelegt, hat vom ersten Tage seiner Aufnahme in das Heiligthum der Väter mit unermüdlichem Fleiße und namhaftem Erfolge seine Feder in den Dienst der Religion gestellt. Insbesondere setzte er sich zum Ziele, aus dem reichen Schatze der Gebete und der geistlichen Lieder der katholischen Vorfahren solche zu sammeln und zu veröffentlichen, welche deren begeistertes Glaubensleben zum Ausdruck brachten und deßhalb auch dem heute lebenden Geschlechte wesentliche Dienste leisten könnten. Diesen edlen Bemühungen des feingebildeten Mannes entsprang die Veröffentlichung des „Annus Sanctus“, sowie der „Hymns of the Church for the ecclesiastical Year“. In den engsten Beziehungen stand Orby Shipley zum hochseligen Cardinal Manning, welchem er einen Nachruf von solcher Wärme der Empfindung, aber auch solcher Unbefangenheit und Gerechtigkeit der Auffassung und der Würdigung gewidmet, daß der Biograph des Kirchenfürsten kein Bedenken trägt, ihn den schönsten Blättern anzureihen, die das preiswürdige Wirken des zweiten Erzbischofs von Westminster geschildert haben.

Dem „ehrwürdigen Andenken des Cardinals Manning, Kirchenfürsten, Philanthropen, Patrioten, welchem nebst anderen Gaben und Gnaden auch *der* Vorzug vom Himmel verliehen wurde, in seiner Freundschaft wahr und treu zu sein, welcher den Plan der Hymnensammlung zu Ehren unserer lieben Frau ermuthigte und seine Ausgestaltung beförderte“, hat der Herausgeber auch dieses Werk gewidmet. In der Vorrede verbreitet er sich ausführlich über Plan und Ausführung seiner Arbeit.

---

1) Carmina Mariana. An English Anthology in Verse in honour of or in relation to the Blessed Virgin Mary. Collected and arranged by Orby Shipley, M. A. London. Spottiswoode & C. 8°. XXXI. 439 pag. (10 sh. 6 d.)

Mit beiden kann man sich lediglich einverstanden erklären. Einen doppelten Zweck galt es zu erreichen, indem Kunst und Frömmigkeit sich paaren sollten. Kein Gedicht hat demnach Aufnahme gefunden, welches dem Zwecke der Erbauung zu dienen nicht geeignet schien. Der Referent würde aber seines Amtes nur einseitig walten, wollte er die Thatsache unbeachtet lassen, daß noch lange nicht alle Stücke, die zugelassen wurden, in dieser Beziehung gleichwerthig dastehen. Orby Shipley soll keinen Tadel deßhalb erfahren, weil er auch Marienlieder akatholischer Dichter der Sammlung einverleibt. Ganz im Gegentheil — nicht wenige derselben sind von ergreifender Schönheit. Wie aber alle Kunst im weitesten Sinne des Wortes, so ruht insbesondere die religiöse Kunst nebst der religiösen Dichtung auf den Glaubenslehren des Christenthums und der Kirche. Unmöglich kann die Würde Mariens den Dichter begeistern, welcher ihren Sohn nicht als Gottmenschen bekennt. Von diesem unverrückbaren Grundsatz aus sind u. a. die Leistungen des lorbeergekrönten Tennyson (378), der bekannten George Eliot (141) und Anderer zu beurtheilen. Weit höheres Interesse beansprucht ein Marienlied des bekannten officiellen Hymnendichters der anglikanischen Kirche, John Keble. Seine „Mother out of Sight" wurde, wie wir erfahren (193), weil zu stark katholisirend, bei Lebzeiten des Verfassers „mit seiner Zustimmung, aber gegen seinen Wunsch, auf inständiges Ersuchen einiger seiner theuersten Freunde" der Oeffentlichkeit nicht übergeben.

Abgesehen von dieser Ausstellung verdient die Sammlung der Marienhymnen große Anerkennung. Alle Perioden der englischen Literatur von Chaucer bis Tennyson sind vertreten. Auch das alte katholische Schottland bringt seinen Tribut, und zwar einen ganz bedeutenden, durch zwei Balladen des Dichters Dunbar (128), woran sich drei andere Stücke des 16. Jahrhunderts: Carol, Song and Romance anschließen (58). Von den katholischen Dichtern unserer Zeit ist vielleicht der Oratorianer William Faber (143. 140) der angesehenste. Bekannt ist, daß der berühmte Seedichter Wordsworth dem annoch protestantischen Faber in der Feinheit der Auffassung der Natur vor allen modernen Poeten den Vorzug ertheilte.

Orby Shipley, allem Insularstolz entsagend, hat auch das Ausland gebührend berücksichtigt. Außer Deutschland sind es namentlich die romanischen Länder, welche in Betracht kommen. Die Gesammtzahl aller Gedichte beträgt 362. Die Ausstattung ist vorzüglich.

XXIV.

Aus Frankreich: vor den Neuwahlen.

Frankreich steht vor den Wahlen. Die letzte Befragung des Volkes, 1889, geschah inmitten des boulangistischen Ansturmes, welchem die Regierung, außer ihrem aufs Höchste vervollkommneten Wahltriebwerk, auch den beispiellosen Erfolg der Weltausstellung entgegensetzen konnte. Obwohl gerade letzterer hauptsächlich Paris zugute kam, wählte die Hauptstadt dennoch fast ebenso viel Boulangisten als Mitglieder der herrschenden radikal-opportunistischen Mehrheit, jedenfalls ein Anzeichen, daß letztere in Paris keinen rechten Boden mehr hat. Diesmal geht den Wahlen ein in anderer Hinsicht sehr bewegtes Jahr voraus, bei dem die tiefen Schäden des herrschenden Staatsthums, trotz der meisterhaften Bemühungen zu ihrer Vertuschung, sehr grell an's Tageslicht gekommen sind. Dabei haben wiederholt namhafte Straßenunruhen stattgefunden, welche keineswegs als Anzeichen einer günstigen Stimmung gelten können. Daß die Regierenden zum guten Theil selbst Schuld an den Unruhen gewesen sind, gehört nun einmal zu den berechtigten Eigenthümlichkeiten neuzeitlicher Regierungen.

Der Pariser Gemeinderath hat vor mehreren Jahren auf städtische Rechnung an der Sorbonne einen Professor der Revolutionsgeschichte, Hrn. Aulard, angestellt, mit dem offen dargelegten Zweck, die Helden derselben gegen die Verläumdungen reaktionärer Schriftsteller zu vertheidigen.

In der That, durch die Arbeiten unparteiischer Gelehrten ist die Wahrheit über jene Zeiten und ihre Männer an das Tageslicht gezogen, das alte Frankreich gerächt worden. Dies mußte natürlich unbequem werden für die herrschenden Parteien, welche Danton, Marat, Diderot, Voltaire, Robespierre und den anderen Schreckens- und Blutmenschen Denkmale setzen. Auch wurde ein „Allgemeiner Studentenverein" gegründet, welcher mehrere tausend Mitglieder zählt, und sich für die ihm von oben gewidmete Unterstützung dankbar zu beweisen sucht. Er betheiligt sich an republikanischen Kundgebungen, befehdet dabei die anders gesinnten Studenten, besonders die Katholiken. Die Vorlesungen Aulards wurden zur Wahlstatt, auf der es mehrfach heftige Zusammenstöße gab, wenn die Andersgesinnten sich nicht an dem dem Professor gespendeten Beifall betheiligten. Der Kampf verpflanzte sich auf die Straße, wo eine Woche hindurch, im April, Schlägereien sich entwickelten.

Ernster waren die Unruhen an den vier ersten Tagen im Juli, die Veranlassung dabei um so bezeichnender. Um Fastnacht hatten in zwei verrufenen Vergnügungsanstalten sogenannte Künstlerbälle stattgefunden, bei denen die schamlosesten Schaustellungen, nackte Weibsbilder, die Hauptsache bildeten. Der Senator Berenger rügte dies im Senate, worauf die Gerichte einschritten, was jedoch das Aergerniß nur noch steigerte. Denn die breitgetretenen Gerichtsverhandlungen boten der zügellosen Presse neuen Anlaß, sich erst recht in Unfläthereien zu wälzen. Die Urheber und Betheiligten an den Schamlosigkeiten wurden zu lächerlich kleinen Strafen verurtheilt. Aber es befand sich darunter ein Kunstakademiker, Mitglied des „Allgemeinen Studentenvereins". Dieser erließ eine anmaßende Verwahrung, daß man ein Künstlerfest nach so gemeinem Maßstab zu verurtheilen sich erlaube. Die Blätter stimmten ein, übergoßen Berenger mit Spott und Hohn, beanspruchten für die Sinnlichkeit ihr Vorrecht gegenüber der veralteten Sittenlehre.

Dazu bildeten die Studenten einen Straßenaufzug, um unter Geschrei, mit allerlei Abzeichen, vor dem Hause Berengers zu johlen und zu pfeifen. Die Polizei trat dazwischen, die Studenten leisteten Widerstand und fingen des andern Tages von Neuem an. Das Unglück wollte, daß dabei, als die verjagten Studenten sich in ein Kaffeehaus flüchteten, der Kaufgehilfe Nuger durch einen an den Kopf geworfenen Streichhölzchenbecher so schwer verletzt wurde, daß er in der folgenden Nacht verstarb. Trotz aller Unwahrscheinlichkeit stand nun sofort fest, die Polizei habe „den Mord“ ausgeführt; und nun ging es gegen diese los. Sogar ein Sturm auf die Polizeipräfektur wurde versucht. Es mußten schließlich Truppen herangezogen, die Straßen durch Reiterei gesäubert werden, um der Meuterei Herr zu werden. Da 185 Polizisten wegen dabei erlittener Verletzungen acht Tage und mehr dienstunfähig wurden, sind sicher an 2000 Personen als verletzt und verwundet zu zählen. Eine Menge Zerstörungen, ja Brandlegungen fanden statt, selbst Barrikaden wurden gebaut. Es war ein ganz ordentlicher Aufruhr, dabei ohne anderes politisches Schlagwort, als „weg mit Lozé“ (Polizeipräfekt) und „weg mit Dupuy“ (erster Minister). Ein Haufe von 5 bis 600 Studenten zog auch an das Palais Bourbon, dessen Hof schnell geschlossen wurde. Es erschienen einige Abgeordnete, um den Studenten in feierlichem Tone Achtung der gesetzgebenden und der Polizeigewalt zu empfehlen. „Weg mit den Panamiten, weg mit den Checkmännern, den Bestochenen“: schrieen die Studenten durch das Gitter zurück, indem sie den Abgeordneten Kupfermünzen hinwarfen, um anzudeuten, daß sie käuflich seien. Jedoch gelang es den Behörden, das Schlimmste zu verhüten, indem sie heimlich bei Nacht die Leiche Nuger's fortschaffen ließen. Die Studenten mit ihrem Anhang hatten beabsichtigt, durch einen Leichenzug, an dem sich Hunderttausende betheiligt haben würden, eine großartige revolutionäre Kundgebung zu veranstalten.

Mit beiden kann man sich lediglich einverstanden erklären. Einen doppelten Zweck galt es zu erreichen, indem Kunst und Frömmigkeit sich paaren sollten. Kein Gedicht hat demnach Aufnahme gefunden, welches dem Zwecke der Erbauung zu dienen nicht geeignet schien. Der Referent würde aber seines Amtes nur einseitig walten, wollte er die Thatsache unbeachtet lassen, daß noch lange nicht alle Stücke, die zugelassen wurden, in dieser Beziehung gleichwerthig dastehen. Orby Shipley soll keinen Tadel deßhalb erfahren, weil er auch Marienlieder akatholischer Dichter der Sammlung einverleibt. Ganz im Gegentheil — nicht wenige derselben sind von ergreifender Schönheit. Wie aber alle Kunst im weitesten Sinne des Wortes, so ruht insbesondere die religiöse Kunst nebst der religiösen Dichtung auf den Glaubenslehren des Christenthums und der Kirche. Unmöglich kann die Würde Mariens den Dichter begeistern, welcher ihren Sohn nicht als Gottmenschen bekennt. Von diesem unverrückbaren Grundsatz aus sind u. a. die Leistungen des lorbeergekrönten Tennyson (378), der bekannten George Eliot (141) und Anderer zu beurtheilen. Weit höheres Interesse beansprucht ein Marienlied des bekannten officiellen Hymnendichters der anglikanischen Kirche, John Keble. Seine „Mother out of Sight" wurde, wie wir erfahren (193), weil zu stark katholisirend, bei Lebzeiten des Verfassers „mit seiner Zustimmung, aber gegen seinen Wunsch, auf inständiges Ersuchen einiger seiner theuersten Freunde" der Oeffentlichkeit nicht übergeben.

Abgesehen von dieser Ausstellung verdient die Sammlung der Marienhymnen große Anerkennung. Alle Perioden der englischen Literatur von Chaucer bis Tennyson sind vertreten. Auch das alte katholische Schottland bringt seinen Tribut, und zwar einen ganz bedeutenden, durch zwei Balladen des Dichters Dunbar (128), woran sich drei andere Stücke des 16. Jahrhunderts: Carol, Song and Romance anschließen (58). Von den katholischen Dichtern unserer Zeit ist vielleicht der Oratorianer William Faber (143. 140) der angesehenste. Bekannt ist, daß der berühmte Seedichter Wordsworth dem annoch protestantischen Faber in der Feinheit der Auffassung der Natur vor allen modernen Poeten den Vorzug ertheilte.

Orby Shipley, allem Insularstolz entsagend, hat auch das Ausland gebührend berücksichtigt. Außer Deutschland sind es namentlich die romanischen Länder, welche in Betracht kommen. Die Gesammtzahl aller Gedichte beträgt 362. Die Ausstattung ist vorzüglich.

XXIV.

Aus Frankreich: vor den Neuwahlen.

Frankreich steht vor den Wahlen. Die letzte Befragung des Volkes, 1889, geschah inmitten des boulangistischen Ansturmes, welchem die Regierung, außer ihrem aufs Höchste vervollkommneten Wahltriebwerk, auch den beispiellosen Erfolg der Weltausstellung entgegensetzen konnte. Obwohl gerade letzterer hauptsächlich Paris zugute kam, wählte die Hauptstadt dennoch fast ebenso viel Boulangisten als Mitglieder der herrschenden radikal-opportunistischen Mehrheit, jedenfalls ein Anzeichen, daß letztere in Paris keinen rechten Boden mehr hat. Diesmal geht den Wahlen ein in anderer Hinsicht sehr bewegtes Jahr voraus, bei dem die tiefen Schäden des herrschenden Staatsthums, trotz der meisterhaften Bemühungen zu ihrer Vertuschung, sehr grell an's Tageslicht gekommen sind. Dabei haben wiederholt namhafte Straßenunruhen stattgefunden, welche keineswegs als Anzeichen einer günstigen Stimmung gelten können. Daß die Regierenden zum guten Theil selbst Schuld an den Unruhen gewesen sind, gehört nun einmal zu den berechtigten Eigenthümlichkeiten neuzeitlicher Regierungen.

Der Pariser Gemeinderath hat vor mehreren Jahren auf städtische Rechnung an der Sorbonne einen Professor der Revolutionsgeschichte, Hrn. Aulard, angestellt, mit dem offen dargelegten Zweck, die Helden derselben gegen die Verläumdungen reaktionärer Schriftsteller zu vertheidigen.

In der That, durch die Arbeiten unparteiischer Gelehrten ist die Wahrheit über jene Zeiten und ihre Männer an das Tageslicht gezogen, das alte Frankreich gerächt worden. Dies mußte natürlich unbequem werden für die herrschenden Parteien, welche Danton, Marat, Diderot, Voltaire, Robespierre und den anderen Schreckens- und Blutmenschen Denkmale setzen. Auch wurde ein „Allgemeiner Studentenverein" gegründet, welcher mehrere tausend Mitglieder zählt, und sich für die ihm von oben gewidmete Unterstützung dankbar zu beweisen sucht. Er betheiligt sich an republikanischen Kundgebungen, befehdet dabei die anders gesinnten Studenten, besonders die Katholiken. Die Vorlesungen Aulards wurden zur Wahlstatt, auf der es mehrfach heftige Zusammenstöße gab, wenn die Andersgesinnten sich nicht an dem dem Professor gespendeten Beifall betheiligten. Der Kampf verpflanzte sich auf die Straße, wo eine Woche hindurch, im April, Schlägereien sich entwickelten.

Ernster waren die Unruhen an den vier ersten Tagen im Juli, die Veranlassung dabei um so bezeichnender. Um Fastnacht hatten in zwei verrufenen Vergnügungsanstalten sogenannte Künstlerbälle stattgefunden, bei denen die schamlosesten Schaustellungen, nackte Weibsbilder, die Hauptsache bildeten. Der Senator Berenger rügte dies im Senate, worauf die Gerichte einschritten, was jedoch das Aergerniß nur noch steigerte. Denn die breitgetretenen Gerichtsverhandlungen boten der zügellosen Presse neuen Anlaß, sich erst recht in Unfläthereien zu wälzen. Die Urheber und Betheiligten an den Schamlosigkeiten wurden zu lächerlich kleinen Strafen verurtheilt. Aber es befand sich darunter ein Kunstakademiker, Mitglied des „Allgemeinen Studentenvereins". Dieser erließ eine anmaßende Verwahrung, daß man ein Künstlerfest nach so gemeinem Maßstab zu verurtheilen sich erlaube. Die Blätter stimmten ein, übergoßen Berenger mit Spott und Hohn, beanspruchten für die Sinnlichkeit ihr Vorrecht gegenüber der veralteten Sittenlehre.

Dazu bildeten die Studenten einen Straßenaufzug, um unter Geschrei, mit allerlei Abzeichen, vor dem Hause Berengers zu johlen und zu pfeifen. Die Polizei trat dazwischen, die Studenten leisteten Widerstand und fingen des andern Tages von Neuem an. Das Unglück wollte, daß dabei, als die verjagten Studenten sich in ein Kaffeehaus flüchteten, der Kaufgehilfe Nuger durch einen an den Kopf geworfenen Streichhölzchenbecher so schwer verletzt wurde, daß er in der folgenden Nacht verstarb. Trotz aller Unwahrscheinlichkeit stand nun sofort fest, die Polizei habe „den Mord“ ausgeführt; und nun ging es gegen diese los. Sogar ein Sturm auf die Polizeipräfektur wurde versucht. Es mußten schließlich Truppen herangezogen, die Straßen durch Reiterei gesäubert werden, um der Meuterei Herr zu werden. Da 185 Polizisten wegen dabei erlittener Verletzungen acht Tage und mehr dienstunfähig wurden, sind sicher an 2000 Personen als verletzt und verwundet zu zählen. Eine Menge Zerstörungen, ja Brandlegungen fanden statt, selbst Barrikaden wurden gebaut. Es war ein ganz ordentlicher Aufruhr, dabei ohne anderes politisches Schlagwort, als „weg mit Lozé“ (Polizeipräfekt) und „weg mit Dupuy“ (erster Minister). Ein Haufe von 5 bis 600 Studenten zog auch an das Palais Bourbon, dessen Hof schnell geschlossen wurde. Es erschienen einige Abgeordnete, um den Studenten in feierlichem Tone Achtung der gesetzgebenden und der Polizeigewalt zu empfehlen. „Weg mit den Panamiten, weg mit den Checkmännern, den Bestochenen“: schrieen die Studenten durch das Gitter zurück, indem sie den Abgeordneten Kupfermünzen hinwarfen, um anzudeuten, daß sie käuflich seien. Jedoch gelang es den Behörden, das Schlimmste zu verhüten, indem sie heimlich bei Nacht die Leiche Nuger's fortschaffen ließen. Die Studenten mit ihrem Anhang hatten beabsichtigt, durch einen Leichenzug, an dem sich Hunderttausende betheiligt haben würden, eine großartige revolutionäre Kundgebung zu veranstalten.

Zwei Tage nachher, am 6. Juli, entstanden neue Unruhen, jedoch in einem ganz andern Viertel, durch die polizeiliche Schließung der Arbeitsbörse. Diese ist ein neues mächtiges Gebäude mit großen Sälen und vielen Zimmern, welches der Gemeinderath den Fachvereinen der verschiedenen Gewerkschaften zur Verfügung gestellt hat und ihnen dabei noch einen Zuschuß (50,000 Fr.) zahlt. Wir haben es hier mit einer sehr merkwürdigen Entwicklung zu thun. Als eine der größten Errungenschaften der Revolution ward stets das Gesetz von 1791 gepriesen, welches unter schweren Strafen Zünfte, Fachgenossenschaften, Versammlungen und Vereinigungen von Handwerkern und Gewerbtreibenden verbot. Kein Gesetz wurde strenger durchgeführt und hartnäckiger aufrecht erhalten. Trotzdem gelang es nie, die genossenschaftlichen Bestrebungen, den Zunftgeist, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aus den betreffenden Schichten gänzlich auszutilgen. Die Zünfte bestanden vielfach als eine Art kirchlicher Bruderschaften weiter, feierten, selbst noch vielfach in Paris, das Fest ihrer Schutzheiligen in der Kirche, wie durch abendliche Vergnügungen. Besprechungen ihrer gemeinsamen Angelegenheiten waren nicht zu umgehen, es blieb immer ein fachlicher Zusammenhang. Besonders im Sprachgebrauch blieb der Zunftgedanke erhalten, indem heute sogar mehr als je z. B. der Ausdruck notre corporation (unsere Zunft, Innung, Körperschaft) bei Arbeitern und Arbeitgebern gang und gäbe ist. Einige zünftige Genossenschaften (z. B. die Zimmerleute und Fußbodentischler in Paris, die Packträger in Marseille, die Schlächter in Limoges) erhielten sich trotz allen Gesetzes. Vielfach verbanden sich die betreffenden Zunftgenossen noch untereinander durch Heirathen. Bei jeder Umwälzung, 1830 wie 1848, entstanden von Neuem fachliche, meist Erwerbsgenossenschaften, von denen freilich nur wenige sich dauernd erhielten. Dieselben gingen meist wegen ungenügender Leistungen und schlechter Leitung zu Grunde. Während nament-

lich die kaiserliche Regierung Vereine zur gegenseitigen Unterstützung (Krankenkassen) förderte, denen Jeder beitreten konnte, gründeten die Arbeiter stets nur Vereine dieser Art, die sich auf ein Fach beschränkten, wodurch sich Besprechung anderer gemeinsamer Angelegenheiten von selbst ergab. Auch für Herbergen und Arbeitsnachweis sorgten vielfach Meister und Gesellen durch ihre Verbände.

Der erste Fachverein — „Syndikat", chambre syndicale — entstand in den zwanziger Jahren, indem sich die Pariser Bauunternehmer, Bauhandwecker in einer „Union" zusammenthaten. Derselbe erlangte fast sofort die amtliche Anerkennung, insofern die Behörden mit der union du batiment verhandelten, ihre Gutachten einholten, sie über einschlägige Angelegenheiten befragten. Seitdem entstanden weitere solche Vereinigungen; besonders unter dem Kaiserreich mehrten sie sich ausnehmend. Es gab z. B. eine Société des maitres tailleurs de Paris (Gesellschaft der Pariser Schneidermeister), welche auch die Mode-Angelegenheiten besorgte, Preisbewerbungen unter ihren Gesellen und Arbeiterinen veranstaltete u. s. w. Schon unter dem zweiten Kaiserreich gab es daher in Paris fast in jedem Berufszweig irgend einen fachlichen Verein, und wurde ein engerer Zusammenschluß erstrebt. Die 1870er Ereignisse brachten einen neuen, dauernden Aufschwung in diese Bewegung, die sich bald auf alle erdenklichen Geschäfte und Stellungen ausdehnte. Nun traten aber auch die Bestrebungen der Socialisten hervor, sich der Führerschaft dieser Fachvereine zu bemächtigen. Dies ist ihnen indessen nur zum Theil gelungen. Sogar in Paris hat sich die Hälfte der Fachvereine dem 1884er Gesetze unterworfen und dadurch bewiesen, daß sie eine friedliche, sachliche, genossenschaftliche Ordnung wollen. In der Provinz widerstreben kaum einige hundert Fachvereine dem Gesetz, während gegen 5000 Fachvereine dasselbe mit Freuden angenommen haben. Es bestehen dort allein 6 bis 700 Ackerbau-Fachvereine (syndicats agricoles) mit 5 bis 600,000 Groß-

Mittel- und Kleinbesitzern als Mitglieder einer Centrale in Paris, Vereinsblatt und dergleichen. Diese Fachvereine beschaffen Maschinen (oft zu gemeinschaftlicher Benutzung), Werkzeug, Sämereien, Dungstoffe, sorgen auch für Absatz, haben Schlächtereien und besonders Raiffeisen'sche Kassen eingerichtet. Kurz, sie suchen durch Zusammenwirken den Ackerbau zu heben, die Lage der Landwirthe zu verbessern.

Diese kurzen Andeutungen mögen genügen, um zu beweisen, daß diese Bewegung, in Stadt und Land, weit überwiegend gesund und gedeihlich ist, zu den besten Hoffnungen berechtigt, gewiß zur Anbahnung besserer Zustände, zu einer Wiedergeburt Frankreichs wesentlich beitragen wird. Trotz aller eingefleischten Vorurtheile haben sich die Parteien dem auch nicht verschließen können. Deßhalb kam 1884 das Gesetz zu Stande, welches den Fachvereinen öffentliche Rechte (als juridische Personen) verleiht, sofern sie ihre Satzungen und das Verzeichniß ihrer Vorstände einreichen. Sie haben dann das Recht, vor Gericht ihre Sache zu führen, Besitz zu erwerben, Schenkungen anzunehmen, ihr Vermögen frei zu verwalten, Erwerb- und Nutzgenossenschaften für ihre Mitglieder zu gründen, Fachschulen und -Einrichtungen zu stiften und zu leiten. Grundbesitz dürfen sie nur so viel erwerben, als zu ihren eigenen Zwecken nothwendig ist, wobei die Absicht durchscheint, sie zu zwingen, ihr Vermögen in Börsenpapieren (s. Panama, Kupferkrach 2c.) anzulegen. Wenigstens in diesem Einen Punkte mußten das „moderne Denken" und die Vorurtheile der herrschenden Politiker zur Geltung kommen. Da die Fachvereine leider nur erst wenig Vermögen besitzen, werden sie indeß nicht sobald mit Rothschild und den übrigen Geldleuten, welche die Landgüter schockweise, sowie die Pariser Häuser und Baustellen zu Hunderten aufkaufen, in Wettbewerb treten können. Wenn sie aber einmal Grundbesitz erwerben können, wird auch das Gesetz nicht lange ein Hinderniß bleiben.

Der Pariser Gemeinderath hat sich vielfach der Fach-

vereine bedient, um wieder gewählt zu werden. Einzelne seiner Mitglieder sind aus denselben hervorgegangen. Für die Fachvereine gründete er daher 1888 die sogenannte Arbeitsbörse, welche Anfangs 1892 in ein eigenes dazu errichtetes prächtiges Gebäude, am Place de la République, einziehen konnte. Dort sind mehrere große Säle zu Versammlungen und an 150 Zimmer, in welchen die 265 Fachvereine ihren Sitz und Bureau aufschlagen konnten. Etwas über die Hälfte aber trotzt dem Gesetz, und es sind gerade diese widerspänstigen Fachvereine, welche die Arbeitsbörse beherrschen, dieselbe vielfach zu einer Brutstätte für Ausstände und selbst aufrührerische Kundgebungen gemacht haben. Die Arbeitsbörse wird von einem allgemeinen Ausschusse verwaltet, zu welchem jeder dort ansässige Verein ein Mitglied ernennt. Dieser „Allgemeine Ausschuß" bildet die übrigen Ausschüsse, besonders aber den aus 30 Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß, welcher eigentlich die Gewalt in Händen hat. Die Stadt trägt alle Kosten der Instandhaltung, Reinigung, Beleuchtung, Bewachung, stellt außerdem 50,000 Fr. dem allgemeinen Ausschuß zur Verfügung, um den Mitgliedern der Ausschüsse Entschädigungen zu zahlen. Kürzlich gewährte der Gemeinderath weitere 25,000 Fr., welche die Regierung jedoch nicht genehmigte, und würde wohl allmälig die 150,000 Fr. bewilligt haben, welche die Fachvereine verlangen. Von diesen haben nur einige wenige etwas Namhaftes in der Kasse, vermögen ihren Vorständen und Schriftwarten die erforderlichen Entschädigungen etwa zu zahlen. Bei den andern ist die Mitgliederzahl zu gering oder zu saumselig im Zahlen, um etwas in der Kasse zu haben. Aber dieß sind gerade die Fachvereine, deren Leitung die Socialisten an sich gerissen und mittelst welcher sie sich fast gänzlich der Herrschaft in der Arbeitsbörse bemächtigt haben. Für diese Leute ist die Führerschaft ein Geschäft, von dem sie leben wollen. Deßhalb ist der städtische Zuschuß eine Lebensfrage für sie, und hiedurch

hat der Gemeinderath auch die Führer in seiner Gewalt. Sie sind seine Wahltreiber. Obwohl ihre Fachvereine nicht gerade zahlreiche Mitglieder besitzen, haben sie doch namhaften Einfluß auf die Fachgenossen. Diese sehen doch immer im Fachverein ihre Vertretung, halten zu demselben, Dank der erwähnten zünftlerischen Gesinnung, dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit. Deßhalb konnte z. B. der Fachverein der Omnibusleute den allgemeinen vollständigen Ausstand der Kutscher mit Angestellten und Stallknechten durchsetzen, obwohl von 10,000 derselben ihm keine 3000 als Mitglieder angehörten. Aehnlich verhielt es sich mit mehreren von den Fachvereinen angestifteten Ausständen der letzten Jahre, z. B. der Bäckergesellen. Als Ursache ihres Widerstandes gegen das Gesetz gaben diese Fachvereine an, sie wollten sich nicht von der Polizei beherrschen und ausschnüffeln lassen. Sehr wohl ist auch möglich, daß sie ihre Kassenverhältnisse verbergen wollten. So lange sie sich der gesetzlichen Aufsicht entziehen, können sie mit Tausenden von Mitgliedern prunken, die sie nicht haben, aber trotzdem den Mund um so voller nehmen.

Die dem Gesetze ergebenen Fachvereine gehören meist den Nährgewerben an, als Schlächter, Fleischer, Bäcker, Pastetenbäcker, Kellner, Zapfer, Gehülfen der Gemüse-, Butter- und anderer Händler. Bei diesen Berufen essen die Gehülfen vielfach am Tisch des Meisters; auch ist durchweg Stellenvermittlung, Arbeitsnachweis üblich, welche meist durch geschäftliche Vermittler geschah, die sich hohe Gebühren zahlen lassen. Deshalb kam es ja auch 1888, durch boulangistische und anarchistische Anstiftung, zu Unruhen und Ausschreitungen gegen die Stellenvermittler, besonders seitens der Kellner, weil diese oft wechseln und daher manchmal bis zu einem Drittel ihres Lohnes an die Stellenvermittler zahlen müssen. So begreift es sich, daß die Fachvereine auch vorab diese Frage in Angriff genommen, Stellennachweis eingerichtet haben, wobei sie nicht immer von den Betriebs-

inhabern unterstützt wurden. Einzelne Fachvereine, wie derjenige der Schlächtergesellen, hatten jedoch, schon vor Gründung der Arbeitsbörse, den Arbeitsnachweis vollständig an sich genommen. Auch verwahrten sich die Schlächtergesellen einmal ausdrücklich in den Blättern, durch ihren Fachverein Politik, Ausstände, Kampf gegen die Meister zu betreiben. Sie ständen vielmehr in besten Beziehungen zu dem Fachverein der Meister, von denen viele Ehrenmitglieder des Fachvereins der Gesellen seien. Es gibt also selbst in Paris noch eine hübsche Anzahl Fachvereine, welche als conservativ bezeichnet werden dürfen, vorwiegend ersprießliche, berechtigte Bestrebungen verfolgen, als Anfänge einer gedeihlichen Entwicklung Schutz und Förderung verdienen. Diese Fachvereine haben meist auch Geld in der Kasse, da die Mitglieder regelmäßig ihre Beiträge zu zahlen pflegen. Sie stehen sich dabei immer noch besser, als wenn sie Gebühren an die Stellenvermittler zahlen müßten.

Diese Fachvereine nahmen dankbar das ihnen in der Arbeitsbörse gebotene Obdach an, betheiligten sich nicht an politischen Treibereien. Um so mehr gefielen sich hierin die von Socialisten geleiteten Ausschüsse, welche die Arbeitsbörse verwalteten. Sie setzten sich mit den Arbeitsbörsen der Provinz in Verbindung, brachten in einem Congreß zu Saint-Etienne 1891 einen Bund der (34) Arbeitsbörsen Frankreichs zu Stande, wodurch ein weiteres Mittel zur Beeinflussung und Leitung der Arbeiterbewegung in Frankreich geschaffen wurde. Der Congreß wiederholte sich 1892 und er soll alljährlich stattfinden. Hiezu kommt noch, daß die Arbeitsbörse gerade für die socialistischen Fachvereine wenig Nutzen hat, da bei den betreffenden Gewerken kein oder nur ausnahmsweise Arbeitsnachweis stattfindet. Tischler, Schneider, Schmiede, Schlosser, Bauhandwerker bedürfen desselben nicht. Die Fachgenossen stehen in dauernder Fühlung zu einander, es besteht ein Verkehr zwischen den einzelnen Werkstätten, man theilt sich kameradschaftlich alles Wissenswerthe

mit. Deßhalb erfahren diese Handwerker sehr schnell und ohne Vermittler, wo sie Beschäftigung finden können. Ihre Fachvereine haben daher auch wenig Mitglieder. Der Vorstand der Arbeitsbörse drohte zwar mit 300,000 Mitgliedern der Pariser Fachvereine. In Wirklichkeit waren es nicht halb so viel, wobei auch die meisten auf die dem Gesetze unterworfenen Fachvereine kamen.

Selbstverständlich kann die Regierung nicht getadelt werden, daß sie die Unterwerfung unter das 1884er Gesetz verlangte, sondern nur, daß sie damit bis jetzt gezögert hatte. Das Ministerium Dupuy ließ den Fachvereinen eine Monatfrist stellen, die am 5. Juli ablief. Die socialistischen Führer beriefen eine große Versammlung in die Arbeitsbörse, um mit Widerstand zu drohen; sie forderten die Mitglieder auf, Tag und Nacht als Besatzung in der Arbeitsbörse zu bleiben, um sich deren Schließung zu widersetzen. Als am 6. Juli um 4 Uhr Nachmittags die Polizei die Arbeitsbörse besetzte, fanden sich im Ganzen zwanzig Personen in derselben: meist Beamte der Fachvereine, welche den Arbeitsnachweis besorgten. Es erschien daher fast lächerlich, daß einige Hundert Mann Polizei aufgeboten und die Arbeitsbörse dann mit einem Bataillon Soldaten belegt wurde. Die Polizei zwang auch die gesetzlichen Fachvereine, den Platz zu räumen, ihre Papiere und Kassen einzupacken, und schloß dann die Arbeitsbörse. Dies war jedenfalls zu weit gegangen. Mit welchem Rechte vertrieb die Regierung gesetzlich anerkannte Fachvereine aus dem Obdach, welches ihnen die Stadt, unter Vorwissen der Regierung, seit Jahren eingeräumt hatte? Sie hat dadurch nur auch diese Fachvereine zu den socialistischen gedrängt, wie es auch geschehen ist. Die conservativen Fachvereine stimmten dem Einspruch zu, den die socialistischen gegen die Schließung der Arbeitsbörse erhoben. Die bei Schließung der Arbeitsbörse entstandenen Straßenunruhen dauerten indeß nur einen Abend. Man geht nicht fehl, wenn man die allen

Liberalen innewohnende Abneigung gegen jegliches Genossenschaftswesen als eine Ursache dieses Vorgehens der Regierung ansieht. Ein zweiter Grund besteht darin, daß die Regierung, nach Bewältigung des Studentenrummels, der Bevölkerung, besonders in der Provinz, einen Beweis ihrer Thatkraft geben, ihr dadurch Vertrauen (für die Wahlen) einflößen wollte. Denn das Treiben der Socialisten und der von ihnen geleiteten Fachvereine hatte vielfach verstimmt und Besorgnisse eingeflößt.

Daß die herrschenden Parteien dem ihrer Mitte entnommenen Ministerium Dank und Vertrauen dafür bezeugt, daß es die Ruhe wieder hergestellt und die Arbeitsbörse geschlossen hat, ist ganz in der Ordnung. Aber welchen Grund konnten die 87 Mitglieder der Rechten („Beigetretene“ und Conservative) haben, um dasselbe zu thun? Die Studenten sind verdorben worden durch die ihnen staatlich auferlegte unchristliche Erziehung, den revolutionären Unterricht. Da ist es doch kaum ein Verdienst, wenn die Regierung ihre Pflicht thut, die Ruhe wieder herstellt. Bei der Arbeitsbörse handelte es sich im Grunde um das Genossenschaftsrecht, welches die Conservativen stets hochhalten müssen. Die Radikalen benützten dies auch sofort, um die Regierung aufzufordern, das Gesetz nun auch auf die kirchlichen Genossenschaften anzuwenden, welche seit Ausführung der Märzdekrete wieder in ihre Klöster zurückgekehrt seien. Der erste Minister Dupuy betheuerte, er führe auch gegen die Congregationen die Gesetze aus. Er hatte auch in der That einige Wochen vorher die Kapelle der Assumptionisten in Bagneres de Bigorre wieder schließen lassen, obwohl der Gemeinderath, die Badeverwaltung und die zahlreichen Badegäste sich für die Ordensleute verwendet hatten. Gegen die Congregationen lautet daher auch jetzt der Feldruf der Radikalen bei den Wahlen.

Der radikale Finanzminister Peytral bot seine Entlassung an, da er nicht in einem Ministerium bleiben könne,

welches sich von der Rechten stützen lasse. Carnot und Dupuy bewogen ihn zum Bleiben, natürlich unter Zusicherung von Bürgschaften, wie die republikanischen Blätter sorgsam betonten. Namentlich wurde seinethalben der Polizeipräfekt Lozé abgesetzt. Dank Peytral und der andern radikalen Minister werden Opportunisten und Radikale gemeinsam den Wahlkampf führen. Ihre gemeinsame Losung heißt denn auch: „Wider die Beigetretenen", das heißt gegen die Katholiken, gegen die Kirche. Also genau dieselbe Politik wie seit 1877, wie seit dem berüchtigten Wuthschrei Gambetta's: „Der Klerikalismus ist der Feind". Der Beitritt zur Republik hat den Haß gegen Kirche und Katholiken nur gesteigert. Verläugnung des Christenthums und der Kirche ist nach wie vor das Merkmal, die Probe gutrepublikanischer Gesinnung, die unerläßliche Bedingung, um Gnade zu finden vor den Herrschenden.

Beim Schluß der Tagung, am 22. Juli, sagte der Präsident der Kammer, Casimir Périer: um der Republik zu dienen, an deren Leitung theilzunehmen, müsse man an dieselbe glauben. In einer Rede zu Toulouse hatte Constans, der gefürchtete „kommende Mann", insofern einiges Entgegenkommen gezeigt, daß er betonte, die Schul- und Wehrgesetze seien mild auszuführen, man solle Niemand von der Republik ausschließen. Daraufhin hatte Dupuy, um gegen den einflußreichen Parteiführer nicht zurückzustehen, in einer Rede zu Alby (am 12. Juni) sich ebenfalls einer gewissen Rücksicht befleißigt. Aber die seitherigen Thaten und Worte beweisen, daß die Regierung um kein Haarbreit von ihrer Linie abzuweichen gewillt ist.

Uebrigens ist Panama da, um eine andere Politik unmöglich zu machen. Panama ist der unverwüstliche Kitt, welcher die bisher herrschenden Parteien, nebst der aus denselben hervorgegangenen Regierung, zusammenhält. Am 11. Juni stieß der Cassationshof als oberstes Gericht das Urtheil über die Panamagründer um, da die Sache verjährt

sei. Die Verjährung ist aber nur eingetreten, weil die Behörden ihre Schuldigkeit nicht gethan haben, obwohl seinerzeit auf eine Anfrage in der Kammer der Minister die Versicherung gegeben hatte, der Verjährung sei durch rechtzeitige Schritte vorgebeugt. Die Verfolgung der Lesseps, Eiffel, Fontane u. s. w. war also bloße wohlberechnete Spiegelfechterei, um die öffentliche Meinung zu täuschen. Die Behörden wußten ganz genau, wie es um die Verjährung stand. Aber sie konnten nicht anders handeln, als sie gethan. Panama war der Dynamit, durch den die gesammte Republik, die herrschenden Parteien und Persönlichkeiten, Carnot inbegriffen, in die Luft fliegen mußten. Aber es gelang den einmüthigen Anstrengungen aller Bedrohten, Panama zu vertuschen, trotzdem nicht zu verhindern war, daß Jedermann auf die Schuldigen mit den Fingern zeigt. Deshalb ist es eine unerbittliche Nothwendigkeit, daß die Vertuschung eine dauernde bleibt, eine andere Regierung nicht nochmal auf Panama zurückkommen kann, die Dinge aufdeckt. Aus diesem Grunde müssen Regierung und Parteien alle Mittel einsetzen, um das Heft in den Händen zu behalten. Denn die Panama-Geldempfänger sind Fleisch von ihrem Fleisch, Bein von ihrem Bein, sämmtlich hervorragende Führer der herschenden Parteien. Der Selbsterhaltung willen müssen sie gemeinsame Sache mit denselben machen. Deshalb sind sie auch so einig als jemals in dem jetzigen Wahlkampfe. Sie können um keinen Preis unabhängige, ehrliche Leute brauchen, wie es die „Beigetretenen“, die Katholiken, trotz ihres politischen Ungeschickes, immer noch sind. Die schlimmsten Checkmänner, die Werkzeuge eines Cornelius Herz, die Clemenceau, Floquet, Rouvier, Ranc, Freycinet, und wie sie alle heißen, sind demnach mehr als je oben, lassen sich wiederwählen, werden dabei von den Radikalen, Opportunisten und Behörden um die Wette unterstützt.

So kommt es, daß die riesigste Gaunerei, der schamloseste Gründerschwindel unserer Zeit die Bürgschaft, die

Grundlage für den Fortbestand der Herrschaft der Schuldigen wird. Es wurden 1400 Millionen dem Volke abgegaunert, Hunderte hatten dabei die Hand im Spiele, aber kein einziger wird bestraft. Sie werden vielmehr belohnt, indem ihnen die Herrschaft von Neuem gesichert wird. Niemand hätte dergleichen für möglich gehalten. Aber es bewährt sich dabei wiederum die Macht einer Sippe, welche fest zusammenhält, vor keinem Mittel zurückschreckt. Unwillkürlich drängt sich da der Gedanke auf, daß die Panamiten und ihre Freunde, die Behörden und Richter eben Freimaurer sind, der Loge angehören. Die Sippe wird dabei außerordentlich durch die Zeitverhältnisse begünstigt. In dem gedachten Schlußwort erinnerte der Kammerpräsident daran, wie bei den letzten Wahlen (1889) sich ein so furchtbarer Sturm (der Boulangismus) erhoben hatte, gegen den die Republik um ihr Dasein kämpfen mußte: „Diesmal aber wird das Land inmitten größter Ruhe und angesichts entwaffneter Gegner seinen Willen ausdrücken können.“ Also die Conservativen, Monarchisten wie „Beigetretene“, sind ohnmächtig, entwaffnet, kein Machttheil mehr, mit welchem man irgendwie zu rechnen brauchte.

Ist es wirklich so? In der That möchte man Casimir Périer Recht geben. Graf de Mun und seine Freunde haben sich aus Gehorsam gegen den heiligen Vater mit schwerem Herzen von den Monarchisten getrennt, ihren rückhaltlosen Anschluß an die Republik erklärt. In letzter Zeit, besonders seit einem Jahre, hat Graf de Mun in zahlreichen kirchlichen, besonders Arbeitervereinen, in diesem Sinne zu wirken gesucht, glänzende Reden gehalten. Er gründete einen katholisch-socialen Bund (Ligue d'action catholique et sociale). Aber derselbe liegt, trotz aller Anstrengungen, noch in den Anfängen und vermag kaum einige Bewerber bei den Wahlen aufzustellen. Es fehlt besonders an Geld, dessen hier ungemein viel bei den Wahlen vonnöthen ist. Aber es kommt noch Anderes hinzu. Am 5. Juli 1892 hatten die damaligen

fünf Cardinäle in Frankreich in einer Kundgebung betheuert: „Die Katholiken können gezwungen sein, die Schul- und Wehrgesetze zu ertragen, aber nie denselben zustimmen." Anfangs Juni aber brachte der bis dahin wenig beachtete „Observateur français" einen „Entwaffnung" überschriebenen Artikel, worin den Katholiken zur Pflicht gemacht wird, jeden Widerstand und Kampf aufzugeben. Diese Aufforderung rief große Erregung hervor, da das Blatt als Sprachrohr des neuernannten Cardinals Thomas, Erzbischofs von Rouen, gilt. Der schlimme Eindruck wurde verstärkt durch die Unterredung, worin der zweite neuernannte Cardinal, Erzbischof Lecot von Bordeaux, zu einem Mitarbeiter des „Figaro" sagte: „Man muß vorläufig das Schulgesetz annehmen, sich hüten, Einspruch zu erheben, um die Widersacher nicht zu reizen." Wie soll dann die Sache der Kirche, der Gewissen, vertheidigt werden? darf man da wohl fragen. (Der Cardinal hat den ersten Theil der ihm zugeschriebenen Aussage als unrichtig erklären lassen.)

Ob die beiden Cardinäle damit die Weisungen des Papstes ausgedrückt haben, ist fast Nebensache, so groß ist ohnedies der Eindruck, welchen ihre Aeußerungen hervorgebracht. Die Katholiken sind verwirrt, unentschlossen, wissen nicht, wie sie thun sollen; da ihre Parteibildung noch in den Windeln liegt, sind solche Widersprüche doppelt verhängnißvoll. Manche haben sich zurückgezogen, andere sind zu den Monarchisten zurückgekehrt, welche die Forderungen der Katholiken an die Spitze ihres Programmes gestellt haben. Sicher sind die Monarchisten bei dem jetzigen Wahlkampfe noch die Einzigen, welche mit Kraft und Nachdruck, nicht ohne Aussicht auf Erfolge, auf der rechten Seite eintreten. Die „Beigetretenen", welche sich „Constitutionelle Rechte" und „Liberale Einigung der Rechten" nennen, haben bis jetzt wenig Mark und Kraft gezeigt. Bei den Ersatzwahlen, wie bei Wahlen für General- und Gemeinderäthe hatten sie wenig Glück. Die Wähler haben noch wenig Ver-

trauen in sie; „Parteien, welche Namen und Programm wechseln, flößen dem Volke kein Vertrauen ein": sagte kürzlich ein Politiker.

Wie hier alle öffentlichen Einrichtungen auf die Wahlen zugespitzt sind, die Regierung über ein unglaublich vielfältiges Wahltriebwerk verfügt, und dasselbe auch rücksichtslos und mit dem größten Nachdruck gebraucht, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Diesmal hat die Kammer zu guter Letzt auch noch die üblichen Wahlbestechungen in ausgiebigstem Maßstabe bewilligt. Eine ganze Menge Gehalterhöhungen für niedere Beamten aller Art, 3½ Millionen davon allein für die Schullehrer, wurden genehmigt; dann für Hagelschaden (2 Mill.), für die Futternoth (5 Mill.) und verschiedene andere Posten; dazu Wahlbahnen, Bewilligung zu öffentlichen Zwecken. Alle diese Gehaltserhöhungen, Unterstützungen und Begünstigungen werden nur im Hinblick auf die Wahlen, als Ermunterung und Belohnung des Wahleifers vertheilt. Dabei sind noch eine Menge jährlicher Unterstützungen und Zuschüsse, z. B. 400,000 Fr. für arbeitsunfähige Mitglieder der Gegenseitigkeitsvereine, 770,000 Fr. für letztere selbst, welche durchaus nur in Berechnung auf die Wahlen aufgewendet werden. Oft, nein gewöhnlich, ist es der der Regierung genehme Bewerber, welcher dieselben erwirkt und vertheilt. Es wäre daher ein wahres Wunder, wenn die bisher herrschenden Parteien nicht nochmals siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehen würden.

Anderseits ist freilich nicht zu läugnen, daß besagte Parteien, überhaupt alle vorstehenden Persönlichkeiten ungemein an Ansehen und Vertrauen eingebüßt haben. Die Panamiten und die vielen anderen Persönlichkeiten, welche von der Ausbeutung des Volkes leben, können keinen Anspruch auf Achtung mehr machen, aber sie sind im Besitze der Gewalt, aller Machtmittel. Das Volk ist offenbar des jetzigen Staatswesens überdrüssig, da es sich in seinen Hoffnungen getäuscht sieht. Gestehen doch selbst die Führer und

Blätter der herrschenden Parteien, daß die Republik wenig oder nichts für das arbeitende Volk, für die Kleinen und Schwachen gethan hat, die Zustände sich vielfach verschlimmert haben. Das herrschende parlamentarische Staatsthum hat sich als ein umfassendes Betrugs- und Ausbeutungssystem ausgestaltet, flößt durch seine erbärmlichen Zänkereien und persönlichen Streitigkeiten Ekel und Widerwillen ein. Moralisch ist es schon längst verkracht, wie dies der Beifall bewiesen, den Boulanger, besonders in Paris selbst, gefunden hatte.

Den Regierenden ist dieses Jahr eine ähnliche Angst gerade noch erspart worden. Der Oberst Dodds hat Behanzin besiegt, Dahome erobert, und wurde während des Feldzuges deßhalb zum General befördert. Als ein großer Feldherr konnte er sich kaum dabei hervorthun; seine Führung entsprach nicht einmal den gewöhnlichen Anforderungen, die man an einen Befehlshaber stellen muß. Ließ er sich doch mehrere Male von den Dahomeern überfallen; eines Morgens drangen dieselben sogar bis an das Zelt des Generals vor, welcher im Schlafe lag und nur durch die ungemeine Geistesgegenwart und besonders auch blitzschnelle Fertigkeit der Fremdenlegion vor sicherm Tode oder Gefangenschaft bewahrt wurde. Trotzdem wurde der Sieger Dodds überschwänglich gefeiert, die Blätter geriethen in helle Begeisterung, in Vereinen und Versammlungen, selbst in der Kammer widerhallte sein Lob. Als daher Dodds am 11. Mai in Marseille landete, wurde ihm ein Triumphempfang, durch welchen selbst der Siegeseinzug der aus der Krim und aus der Lombardei rückkehrenden Soldaten in den Schatten gestellt wurde. Die ganze Stadt war beflaggt, zahlreiche Triumphbogen errichtet, die ganze Bevölkerung auf den Beinen, alle Behörden, Körperschaften und Vereine kamen dem General entgegen, dem wie einem König gehuldigt wurde. Es herrschte eine ganz überschwängliche Begeisterung, wobei in den Reden auch von künftigen Siegen in Europa die Sprache war. Aber Dodds mußte sich schon am folg-

enden Morgen durch Abreise allen weiteren Huldigungen entziehen, und in Paris, wo er Abends ankam, waren alle Vorkehrungen getroffen, um jeden festlichen Empfang zu verhüten. Dodds blieb über einen Monat in Paris, wurde aber sorgfältig unter dem Scheffel gehalten, ward nicht ein einziges Mal in Uniform, oder gar zu Pferde, öffentlich gesehen. Erst vierzehn Tage nach seiner Ankunft wurde er von Carnot empfangen; noch dazu in bürgerlicher Kleidung war er in aller Stille mit dem Marineminister im verschlossenen Wagen vorgefahren. Es wurde stets peinlich dafür gesorgt, daß niemals ein Blatt anzeigen konnte: der General Dodds wird heute um so viel Uhr sich nach N. N. begeben. Kurz der Sieger wurde dem Volke mit rührendster Sorgfalt verborgen, so sehr dasselbe auch nach ihm verlangen mochte.

Und Warum? Weil man besorgte, der siegreiche General mit seiner glänzenden Uniform werde Carnot und seine Minister ausstechen, solchen Beifall bei dem Volke finden, daß er zu einer Macht, zu einer Persönlichkeit werden würde, mit der die Regierung rechnen müsse. Man fürchtete, der General werde zu einer Gefahr für die Republik werden. Freilich, damals stand die Panamaschmach, die Nichtswürdigkeit der herrschenden Persönlichkeiten noch so lebhaft vor Aller Augen, daß das Volk, durch seinen geraden Sinn und die Ehrlichkeit, zu dem General gedrängt werden konnte. Vertrat derselbe doch Ehre und Gewissen, Hingabe an das Vaterland, gegenüber den elenden Ausbeutern, welche annoch das Heft in Händen haben. Der Fall Dodds ist ein Anzeichen der Stimmung und der Zustände. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die künftige Kammer (1894) den neuen Präsidenten der Republik zu wählen hat. Eine Panamiten-Mehrheit wird unbedingt nur einen Mann ihres Schlages, vielleicht gar Floquet oder Freycinet, wählen, wenn Carnot ausfällt. Die französische Republik ist eben ein Zwitterding, auf welches der gewöhnliche Maßstab nicht angelegt werden kann.

XXV.

Die „Paléographie musicale“.

In dem Begriffe der katholischen Kirchenmusik finden sich zweierlei Momente vereint, liturgisch-kirchliche und künstlerisch-musikalische; in ihrer verständigen Verbindung liegt das Ideal der katholischen Kirchenmusik, und eine wissenschaftliche Behandlung des Problems der Musica sacra wird beiden Faktoren ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden haben.

Wer den kirchenmusikalischen Reformen der letzten Jahrzehnte mit Unbefangenheit gefolgt ist, wird sich kaum des Gedankens erwehren können, daß dabei das liturgische Moment von den verschiedensten Seiten in befriedigender Weise behandelt worden ist. War doch die Beziehung der Kirchenmusik auf die Liturgie das treibende Element aller Reform: es war höchste Zeit, daß die Kunst sich auf ihre erhabene Aufgabe wieder besann. Der Zukunft dagegen scheint es vorbehalten, in ordentlicher und gewissenhafter Weise auch die musikalische Seite der Kirchenmusik zu überdenken, denn kein Gebildeter, der die Verhältnisse kennt, wird sich der Ueberzeugung verschließen können, daß seither eine Unmenge Compositionen auftauchten, welche im höchsten Grade liturgisch brauchbar zu nennen sind, die aber auf einer sehr niedrigen Stufe künstlerischen Werthes stehen und den Hinweis auf das moderne Musikantenproletariat nur zu nahe legen. Man hat zuweilen vergessen, daß etwas künstlerisch Werthloses der Würde des Heiligthums wenig entsprechen kann.

Ein über den Parteien stehender Beobachter konnte diesen Gang der Dinge voraussehen, denn es ist unter allen Umständen vom Uebel, wenn solche in kirchenmusikalischen Dingen zu bestimmen haben, die von Liturgie wo möglich sehr viel, von der musikalischen Kunst dagegen nur sehr wenig verstehen. Nirgendwo hat die Halbbildung kühner und erfolgreicher ihr Haupt erhoben als hier, und es schien mitunter, als ob das laute Pochen auf die Liturgie nur den Zweck hätte, musikalische Blößen zu verdecken.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß mit der fortschreitenden Entwicklung zu ruhigen, leidenschaftslosen Zuständen hin das Ungesunde dieses Verhältnisses erkannt werden und die Reform eine allseitig befriedigende Gestalt annehmen wird. Namentlich wird eine allgemeine, wissenschaftliche Bildung in dieser Hinsicht viel Gutes wirken.

Kirchenmusikalische Fragen nur theoretisch-liturgisch lösen zu wollen, dürfte leicht zur Einseitigkeit führen; wenn heut eine solche Betrachtung vorwiegt, so ist diese Thatsache begreiflich; denn es liegt im Wesen solcher Reformen, daß die bis dahin vernachlässigten Gesichtspunkte zuerst übermäßig hervorgekehrt werden: die Zeit und die Erfahrung lehrt dann, auch in solchen Dingen das rechte Maß finden.

Eine wissenschaftliche Erörterung über die Kirchenmusik ist nur möglich, wenn ihre constitutiven Elemente, das liturgisch-kirchliche und das künstlerisch-musikalische sich gegenseitig durchdringen, miteinander in steten Bezug gebracht werden. Eine Wissenschaft der Kirchenmusik gibt es aber bis auf den heutigen Tag nicht, weil die unumgänglichen Voraussetzungen einer solchen sich noch nicht allgemeiner Anerkennung erfreuen. Ist es aber nicht hohe Zeit, daß auch die Musica sacra endlich einmal zum Gegenstande gründlicher und planmäßiger w i s s e n s c h a f t l i c h e r Durchforschung gemacht werde?

Alpha und Omega aller katholischen Kirchenmusik ist — das lehrt ihre liturgische Bestimmung und ihre historische

Entwicklung — der gregorianische Choral. Hier hat demnach jede höhere Betrachtung der Kirchenmusik einzusetzen; eine kirchenmusikalische Aufstellung, die nicht von da ausgeht, ist a priori wissenschaftlich unbrauchbar, hier liegt das Fundament, ohne welches alles Weitere in der Luft schwebt.

Die wissenschaftliche Durchforschung des gregorianischen Gesanges hat sich aber zu erheben auf seiner Geschichte. In jeder andern Wissenschaft wird heute die grundlegende Bedeutung historischer Kenntnisse vollauf gewürdigt; wer auf die Wissenschaft der Kirchenmusik nicht verzichten will, wird demnach auch bei ihr mit der Geschichte beginnen müssen.

Am Eingange der Wissenschaft der katholischen Kirchenmusik steht also die Geschichte des gregorianischen Gesanges. Eine pragmatische Darstellung desselben gibt es bis heute nicht und was in den Lehrbüchern des Chorals darüber zu finden ist, genügt kaum zu einer oberflächlichen Orientirung. Und doch meinen wir, daß eine gründliche Behandlung seiner Geschichte und Bedeutung dem Ruhmeskranze der katholischen Kirche einen der herrlichsten Zweige einfügen werde. Sie würde den unwiderleglichen Beweis liefern, daß die Kirche einer mehr als tausendjährigen Entwicklung der Kunst Richtung, Bestimmung und Inhalt verlieh. In den gregorianischen Melodien hat der Geist der Kirche seinen edelsten und schönsten künstlerischen Ausdruck gefunden und dies in einer so eigenthümlichen Ausprägung, daß sie, vom absolut musikalischen Standpunkte aus angesehen, zu den höchsten Kunstwerken gezählt werden müssen, welche die Geschichte überhaupt zu verzeichnen hat. Nie wieder hat seit jenen Tagen eine so gewaltige Zahl hochbegabter Kräfte eine so lange Zeit im Dienste einer und derselben künstlerischen Idee gearbeitet. Für ein solches Zusammenwirken sind heute die Bedingungen nicht mehr vorhanden, die Verhältnisse haben sich so geändert, daß sie auch nie wieder dergestalt zusammentreffen werden. Hier feierte die weltumfassende und alle

Geister auf dasselbe Ziel hinlenkende Tendenz des christlichen Mittelalters einen ihrer schönsten Triumphe und die rein künstlerische Betrachtung jener Werke würde manchen hochbedeutsamen Beitrag abgeben zu einer culturhistorischen Apologetik des Mittelalters.

Denn eine culturhistorische Mission war dem Werke des heiligen Gregor gegeben; ihm verdankt die Menschheit alle gesunde musikalische Erziehung bis auf den heutigen Tag, und wenn die Erkenntniß dieser Wahrheit aus dem Bewußtsein der Gegenwart geschwunden ist, so ist es Aufgabe der Wissenschaft, dem heutigen Geschlecht den Spiegel der Vergangenheit vorzuhalten, damit es sich der Pflicht der Dankbarkeit auch gegen jene Zeiten erinnere, die man heute so viel und so grundlos verlästert. Auf dem gregorianischen Gesange ruht alle spätere Entwicklung der Kunst; so fruchtbar und so gesund war das hier gelegte Fundament, so sehr entsprach es den Bedürfnissen der Zeit, daß alle musikalische Kunst, die nicht von ihm sich Nahrung holte, damit zum Untergange verurtheilt war. Was für die vokale Polyphonie des späteren Mittelalters der gregorianische Choral bedeutet, weiß jeder, der im Buche der Musikgeschichte nur ein wenig geblättert hat; ja auch die neuere Kunst, die in ausgesprochenem Gegensatze zu der Uebung des Mittelalters ins Leben trat, hängt mit vielen Fäden an dem Kunstprodukt des Mittelalters und es will scheinen, als ob sogar in der Gegenwart die alten Melodien ihre unverwüstliche Kraft von neuem äußern wollten. Denn wie will man es anders deuten, wenn ein Robert Franz die phrygische, ein Johannes Brahms die dorische Tonleiter des Mittelalters wieder herbeiruft, um in ihnen unvergleichlich schöne Melodien zu bilden?

Unter diesem Gesichtspunkte müßte es doppelt beklagenswerth erscheinen, wenn keine Aussicht vorhanden wäre, daß der wissenschaftlichen Forschung jenes Kunstwerk, sein Wesen und Werth zugeführt werden könne.

Das Verdienst, hier den Weg zum Bessern gebahnt zu

haben, gebührt den Mönchen des Benediktinerordens. Wenn man die Schicksale der Kirchenmusik seit der organisatorischen Thätigkeit des heil. Gregor an sich vorüberziehen läßt, drängt sich einem unwillkürlich der Gedanke an eine Fügung der göttlichen Vorsehung auf, welche von Anfang an gerade diesem Orden die Pflege und Uebung der kirchlichen Tradition überwies. An der Kirchenmusikschule des hl. Gregor in Rom waren Benediktiner thätig; sie verbreiteten sein herrliches Werk, und heute sind sie es, welche seine Kunst vor dem Untergange bewahren.

Die Benediktiner zu Solesmes in Frankreich faßten vor einigen Jahren den großartigen Plan, auf photographischem Wege die ältesten und wichtigsten Handschriften des gregorianischen Gesanges zu weiterer Kenntniß zu bringen. Mit der „Paléographie musicale", wie sie das Unternehmen benannten, ist eine Publikation ins Leben getreten, welche mit allen ähnlichen Arbeiten in den andern Disciplinen der Wissenschaft kühn sich messen kann. An der Spitze der ganzen Bewegung steht der fromme Dom Joseph Pothier, der Verfasser des bewunderungswürdigen Buches über die „Mélodies Grégoriennes", dessen Werth heute allgemein anerkannt ist und von dem man ruhig sagen kann, daß es alles bisher über den Choral Geschriebene in weitester Ferne hinter sich läßt. Die umfassendste historische Kenntniß, allseitige Erfahrung, eine in kirchenmusikalischen Schriften selten anzutreffende Reife des Urtheils und eine dem Ernst der Wissenschaft entsprechende noble Ausdrucksweise sind die hervorstechendsten Eigenschaften dieses Buches. Die Wissenschaft kann sich freuen, ein solches Genie als Spiritus rector des Unternehmens begrüßen zu können.

Die hohe Bedeutung der Sache läßt einen ins Einzelne gehenden Bericht darüber wohl rechtfertigen. Der vollständige Titel des Werkes lautet: „Paléographie musicale. Les principaux Manuscrits de Chant Grégorien, Ambrosien, Mozarabe, Gallican publiés en facsimilés photo-

typiques par les Bénédictins de Solesmes. Solesmes, Imprimerie St Pierre“. Es erscheint seit dem Jahre 1889 in vierteljährigen Lieferungen. Der Subscriptionspreis für den Jahrgang ist festgesetzt auf 20 frcs. für Frankreich, 25 frcs. (20 Mark) für das Ausland.

Es gereicht den frommen Dienern der Kirche zur großen Ehre, daß sie gleich im Anfange sich der Zustimmung und des Segens des heiligen Vaters versicherten, der dann auch, den Werth des Unternehmens, das wie wenige andere berufen ist, eine Zierde katholischer Wissenschaft zu werden, wohl würdigend, am 23. April 1889 durch seinen Staatssekretär, den Cardinal Rampolla, dem Abt des Klosters Solesmes, Dom Couturier, in schmeichelhaften Worten seine Anerkennung zollte. Die dankbaren Mönche widmeten Sr. Heiligkeit, dem hohen Beschützer kirchlicher Wissenschaft, den ersten Band der Publikation.

Von Seiten aller Autoritäten konnte sich die „Paléographie musicale“ sogleich des lebhaftesten Beifalls erfreuen. Man braucht nur das erste Verzeichniß der Subscribenten durchzulesen, um jeden Zweifel daran zu verlieren. Im höchsten Grade beachtenswerth ist namentlich die Theilnahme, die protestantische Gelehrte ihr entgegenbringen, Männer, welche nur das musikhistorische Interesse dabei leiten kann. Dem gegenüber ist es eine beklagenswerthe Erscheinung, daß der deutsche Cäcilienverein, dem doch die Unterstützung eines so ausgesprochen kirchlichen Unternehmens zur Pflicht angerechnet werden müßte, der Sache bisher fast gleichgültig gegenübersteht. Nicht genügend erklärt wird diese Thatsache durch den Umstand, daß der Cäcilienverein vorwiegend praktische Tendenzen verfolgt. Muß es denn wirklich so aussehen, als ob das wissenschaftliche Belehrungsbedürfniß bei manchen über die Anforderungen der Praxis nicht hinausgehe? Wenn acht Cardinäle und zwanzig Bischöfe das Werk unterstützen, so ist doch sein Werth für die katholische Wissenschaft außer Zweifel gestellt.

Der Schwerpunkt der Thätigkeit der Herausgeber liegt, wie auch dem Titel zu entnehmen ist, in der Erschließung eines genügenden Quellenmaterials. Daneben bieten sie einen fortlaufenden Text, der das Verständniß desselben zu erleichtern, oder auch die Resultate ihrer Studien wiederzugeben sucht. Von beiden Seiten angesehen, leistet die „Paléographie musicale" Großes und in Anbetracht ihrer Ausnahmestellung Einziges.

Den Anfang bildet eine Introduction générale, welche die Gedanken, die zu dem Werke führten, den Plan des Ganzen und seine Ausführung darzulegen bestimmt ist. Ein Ueberblick über das darin Gesagte wird von Nutzen sein.

Die Technik der Wiedergabe alter Dokumente stützte sich bisher auf das Verfahren der Facsimilirung, welches aber nicht die Garantie für eine das Original ersetzende Reproduktion abgeben kann. So interessant die nicht wenigen Facsimiles aus alten Choralhandschriften auch erschienen, so sehr sie die Neigung zu weiteren Studien verbreiteten, sie vermochten niemanden das Quellenmaterial in authentischer Form zu übermitteln. Mit welcher Arbeit war z. B. das Facsimile des St. Gallener Codex 359 verbunden, welches Lambillotte im Jahre 1851 herausgab; und doch ergab ein genauer Vergleich mit dem Original einzelne Abweichungen. Wer garantirt dafür, daß gewisse Dinge, die dem Zeichner gleichgültig, zufällig oder minder wichtig erscheinen, die er darum unbeachtet läßt, nicht gerade von der allergrößten Bedeutung sind? Diese Unsicherheit ist gehoben, nachdem man es gelernt hat, Photographie und Buchdruck mit einander zu verbinden; damit ist die Möglichkeit gegeben, das Original selbst zu entbehren und sich dennoch im Besitze des Dokumentes zu wissen. Der Werth dieser Phototypie für die gesammten historischen Wissenschaften ist ein überaus großer: indem die Mönche von Solesmes auf diesem Wege die alten Urkunden reproducirten, haben sie den Beweis geliefert für den wissenschaftlichen

Ernst, mit dem sie ihrer Aufgabe gerecht zu werden streben, machen sie ein unschätzbares Material, das, bisher in den Bibliotheken verborgen, nur wenigen sich öffnen konnte, der Wissenschaft allgemein zugänglich.

Ein zweites Kapitel berichtet eingehend über die bisherigen Veröffentlichungen von Dokumenten der mittelalterlichen Choralschrift, wobei alle in Betracht kommenden Werke — es sind deren mehr als 70 — aufgeführt werden. Eine Reihe hochwichtiger neuer Gesichtspunkte, die der Choralforschung ganz neue Bahnen weisen, enthält das dritte Kapitel, in welchem das Verhältniß der darstellenden und beschreibenden Quellen, der Handschriften, welche die Gesänge enthalten und der theoretischen Traktate über Musik in einer vollständig neuen, aber durchaus begründeten Weise erläutert wird. Wer die Beziehungen zwischen gleichzeitiger Musikübung und -Theorie, wie sie sich in der Geschichte darbieten, untersucht, wird bald zu der Ansicht kommen, daß es nicht selten verkehrt wäre, die eine aus der andern begreifen zu wollen. Die Theorie pflegt sich an überkommene Aufstellungen zu halten und befindet sich gegenüber der lebendig fortschreitenden Kunstpraxis im Rückstand. Besonders tritt dies in der mittelalterlichen Kunst hervor, die, obwohl ein Produkt urächten Volksthums und unbekümmert um theoretische Spekulation frisch emporblühend, sich gefallen lassen mußte, auf den Secirtisch einer Theorie gespannt zu werden, die mit ihr nur wenig Berührungspunkte hatte, einer längst todten Kunst angehörte. In der That bewegen sich die Theoretiker des Mittelalters fast ganz auf dem Boden des Alterthums. Sie können nicht die rechte Choraltheorie abgeben. Dazu bedarf es vielmehr eifriger Durchforschung der Gesänge selbst. Viele der Dinge, welche aufzuschreiben den Mönchen nicht einfiel, weil sie infolge des täglichen Gebrauches der Gesänge allen geläufig und selbstverständlich waren, sind für uns von der größten Bedeutung, weil uns der feste Grund der mündlichen Tradition fehlt.

Erwägt man diese und ähnliche Momente, so wird man leicht einsehen, daß das wissenschaftliche Studium des gregorianischen Chorals sich vor allem auf die Durchforschung der praktischen Dokumente des Mittelalters zu stützen hat. Was die Theoretiker uns lehren können, ist wenig, dabei ist immer Gefahr vorhanden, daß ihren Berichten spekulative Construktionen zu Grunde liegen, die der lebendigen Kunstübung fremd sind. Infolge des durch das Studium eines ungleich größeren Materials, als dem einzelnen schriftstellernden Mönche vorlag und vorliegen konnte, ermöglichten weiten Blickes sind wir sogar im Stande, heute die praktische Kunst jener Zeit besser, gründlicher zu verstehen, als es damals möglich gewesen wäre; ebenso wie wir heute das Latein besser würdigen können, als Cicero z. B. es vermochte.

Als die beiden Aufgaben, welche die wissenschaftlich begründete Wiederherstellung der gregorianischen Melodien in sich birgt, werden im vierten Kapitel aufgestellt: die Reconstruktion der ächten, authentischen Lesart und Auffindung des der Tradition entsprechenden Vortrages. In Bezug auf erstere sind alle, die das Recht haben mitzusprechen, einer Meinung: die Uebereinstimmung der alten Handschriften des gregorianischen Gesanges ist eine wissenschaftlich feststehende Thatsache. Die Anschauungen über den Vortrag des Chorals sind durch das schon genannte Buch Pothiers auf die rechte Bahn, die der Tradition, gelenkt worden. Noch Vieles aber ist weiter zu thun, manches falsche Urtheil zu verbessern, manche voreingenommene Meinung zu zerstreuen, die meist aus der Zeit herrühren, in welcher die Ansichten noch wenig sich geklärt hatten, so daß ein Fernstehender an der ganzen Sache zweifeln konnte. Um die Möglichkeit eines gesicherten Urtheilens zu bieten, sollen die Dokumente selber vor das Auge der Forschenden gerückt werden, nicht wie bisher in Choralausgaben, die wenig zu controliren waren, sondern in ihrer originalen Gestalt: „Révéler au public dans son intégrité, sous toutes ses formes, à toutes les époques,

le répertoire des chants liturgiques, tel sera donc le but spécial de nos éditions. Nous sommes convaincus, en effet, que c'est le moyen le plus sûr et le plus loyal pour faire cesser les hésitations, les préventions et le scepticisme“.

Ein weiteres Kapitel handelt über die Beziehungen der drei andern Dialekte des kirchlichen Gesanges im Mittelalter, des ambrosianischen, mozarabischen, gallikanischen Gesanges zum gregorianischen. Alle vier Gesangsweisen scheinen einer und derselben Quelle zu entfließen, dem ältesten Gesange der lateinischen Kirche. Tonalität und Rhythmus ist überall der gleiche, verschieden, d. h. nicht immer übereinstimmend, die melodische Version der Gesänge, namentlich aber sind der ambrosianische und gregorianische Gesang auf das Innigste verwandt. Gewisse Formeln finden sich in allen. Sogar die Notation ist die gleiche, abgesehen von den Eigenthümlichkeiten, welche jede Nation derselben aufprägt. Dieser Nachweis wird besonders für die Notirung der mozarabischen Gesänge erbracht, bezüglich deren Stimmen laut geworden waren, die sie aus dem westgothischen Alphabet ableiten wollten.

Im letzten Kapitel äußern sich die Benediktiner über den Plan des Werkes: es sollen alle Arten der Choralschrift in ihren Dokumenten selbst dargestellt werden. Wenn sie dabei auf die ältesten Handschriften zurückgehen wollen, so wird man dies nur loben können, ebenso wenn sie auch solche Stücke veröffentlichen, die heute nicht mehr im liturgischen Gebrauche sind. Kein geringeres Interesse wird man späteren Produkten entgegenbringen, wie den Hymnen, Prosen, Tropen, Sequenzen u. a., die, nicht dem gregorianischen Sammelwerke entstammend, dennoch mehr oder weniger seinen Geist athmen, wie auch den Gesängen, welche einzelnen Kirchen oder Orden angehören.

Ein jedes Dokument soll in Kürze nach seiner allgemeinen Bedeutung gewürdigt werden, nach paläographischen, musikalischen und liturgischen Gesichtspunkten.

Den Schluß wird dann ein weitangelegter, alle liturgischen Gesänge jener Zeit, welche in den Bibliotheken vorhanden sind, umfassender Katalog bilden. Polemik weisen die Herausgeber ausdrücklich von sich, sie stellen sich in den Dienst der Wahrheit und Wissenschaft.

Die Reihe der Publikationen eröffnet ein Abdruck des St. Gallener Codex 339 aus dem 10. Jahrhundert. Im 10. und 11. Jahrhundert war das Kloster St. Gallen die bevorzugte Pflegerin künstlerischen Lebens; hier wirkten eine nicht geringe Anzahl berühmter Gelehrter jener Zeit, besonders groß sind die Verdienste der St. Gallener Mönche um Reinerhaltung der gregorianischen Weisen, die ihnen direkt aus Rom in Form einer authentischen Abschrift des Antiphonars des hl. Gregor durch den Sänger Romanus zugeführt waren. In der Geschichte der Choralschrift spielt die St. Gallener Schule eine sehr bedeutende Rolle; mit Recht erfreuten sich darum schon lange die Schätze der St. Gallener Bibliothek einer außerordentlichen Werthung seitens der Männer der Wissenschaft. Lambillotte glaubte seiner Ausgabe der gregorianischen Melodien in der Urschrift einen St. Gallener Codex zu Grunde legen zu müssen; mit Recht stellen auch die Benediktiner von Solesmes eine gleiche Handschrift an den Anfang ihrer monumentalen Werke: mit ihr ist das Corpus Gregorianum so zu sagen veröffentlicht.

Der ausnehmend schön gelungene Abdruck dieses Codex umfaßt 142 Seiten. Begleitet ist er von Abhandlungen über die Bibliothek und das Kloster St. Gallen, über den Codex 339, seine Entstehung, Alter u. s. w., sowie über die in ihm angewendete Notenschrift, die Neumen, welche das Gründlichste und Umfassendste darbieten, was bisher über sie geschrieben worden ist. Die Anfänge der Neumenschrift, ihre weitere Ausbildung, treten klar vor die Phantasie des Lesers, namentlich werden überall die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem gregorianischen Gesang

und der Sprache gebührend hervorgehoben. Im Grunde genommen sind die gregorianischen Melodien auch nichts als die musikalisch getreue Nachbildung von Verhältnissen, die in der ausdrucksvollen und gotterfüllten Recitation des heiligen Textes begründet liegen. In dieses gesundeste aller Naturprodukte, welches zunächst eine einfache Gestalt besessen hatte, ergoß sich bald der Strom der vollen und reichen Melodik, die das herrlichste Zeugniß für die tiefe Erfassung der Worte ist, und prägte dem Erzeugniß der gesunden, kraftvollen Volksnatur die Weihe der Kunst auf. An der Leiter des Wortes ringt sich nunmehr das gotterfüllte Herz hinauf in die Höhen, wo das Wort verschwindet und dem freien Strom der Empfindung ungehindert Lauf läßt.

Es kann hier nicht der Ort sein, den reichen Inhalt dieser „Neumengeschichte“ auch nur annähernd zu würdigen.

Nach diesem ersten bedeutsamen Schritt folgt als zweiter der Nachweis, daß die alten Handschriften in den Lesarten der Gesänge des hl. Gregor übereinstimmen. Derselbe wird in einer unübertrefflichen Weise geführt, indem ein und dasselbe Stück (das Graduale Justus ut palma florebit) aus mehr als zweihundert Handschriften der verschiedensten zeitlichen und örtlichen Herkunft abgedruckt wird. Alle bieten dieselbe Fassung, einen zwingenderen Beweis für die Uebereinstimmung und Einheit der alten Gesänge kann es demnach nicht geben. Daraus ergibt sich als nothwendig der Schluß, daß alle diese verschiedenen Handschriften auf ein Exemplar zurückgehen, welches wegen seines Werthes immer wieder selbst oder in seinen Copien abgeschrieben wurde. Dies Exemplar kann nur das authentische des hl. Gregor sein, von dem die Geschichte berichtet, daß es mit goldener Kette an den Altar des hl. Petrus in Rom befestigt war, als ewige Norm alles kirchlichen Gesanges.

P. Lambillotte, einer der ersten Streiter für die Kunst des Mittelalters, schrieb in der Mitte unseres Jahrhunderts: „que l'on examine les manuscrits anglais, français,

allemands, italiens, écrits depuis le IXe siècle jusque au XVIe, on y verra une parfaite uniformité. Nous avons fait cette expérience et le résultat en a été une inébranlable conviction, que nous ne craignons pas de voir attaquée ou démentie par les archéologues dignes de ce nom". Ebenso der Verfasser des Buches: Die Kunst im Dienste der Kirche, Dr. Jacob zu Regensburg: „In den älteren Handschriften zeigen die Gesänge bis zum 16 Jahrhundert eine wahrhaft frappante Uebereinstimmung; die vorkommenden Abweichungen beziehen sich meistens nur auf Einzelheiten. Erst mit jener Zeit, da überhaupt das innige Verständniß des kirchlich Ueberlieferten sich mehr und mehr verlor, als besonders die neuere Musikweise die Oberhand gewann, als man an verschiedenen Orten in willkürlichster Art die unverständlich gewordenen Gesänge zu kürzen anfing, da erst begann die Abweichung im liturgischen Gesange eine immer größere zu werden". Diese Ueberzeugung, die von allen getheilt wurde, die sich mit den historischen Dokumenten des liturgischen Gesanges ernstlich beschäftigt hatten, fand reichste Rechtfertigung durch die Veröffentlichungen der Fragmente, die Hermesdorff, Raillard, Schlecht u. a. aus dem Schatz des Mittelalters ans Licht brachten. Selten jedoch dürfte ein so schlagender Beweis für geschichtliche Thatsache erbracht worden sein, als es durch die Paléographie musicale für unsere Disciplin geschah. In der That sprechen die aus allen Ländern und den verschiedensten Seiten kommenden Fassungen des Justus ut palma florebit eine Sprache, die jeden Widerspruch verstummen machen muß. Man wird kaum irren, wenn man auch in dieser Thatsache, der Uebereinstimmung aller handschriftlichen Ueberlieferungen des kirchlichen Gesanges bis zu der Zeit, wo der zersetzende Einfluß des Humanismus auf dem Gebiete der Musik zu wirken anfing, eine Fügung der Vorsehung erblickt, die uns jenes schönste Denkmal mittelalterlicher Kunst, welches der fromme Glaube jener Zeit einer direkten In-

spiration von oben zuschrieb, so rein und unverfälscht zukommen ließ.

Geistvolle und scharfsinnige Beobachtungen sind in dem Texte dieses Theiles der Paléographie niedergelegt, die sich namentlich auf gewisse Feinheiten der Neumenschriften beziehen und aus denen von neuem hervorgeht, wie ingeniös und kunstsinnig der Organisator des kirchlichen Gesanges, der hl. Gregor, bei seiner Herstellung des corpus musicum liturgicum verfuhr. Das Beste ist ohne Zweifel die Abhandlung über „den tonischen Accent und die Psalmodie“. Ein sehr interessantes Compositionsgesetz in einzelnen kirchlichen Gesängen ist hier zum ersten Male in höchst scharfsinniger Weise aufgedeckt. Es wird auf gewisse musikalische Formen hingewiesen, die allen bezüglichen Gesängen zu Grunde liegen, die aber nicht als todte Formeln schematisch gehandhabt sind, sondern in jedem Falle die individuellen Verhältnisse berücksichtigen. Um nur eines herauszugreifen: an der Hand eines erdrückenden Beweismaterials wird für die dem achten Kirchentone angehörigen Traktus die allen gemeinsame Form herausgeschält und ihre consequente Durchführung in allen auf das Bestimmteste nachgewiesen. Welch ein wunderbarer Geist redet aus diesen nach einheitlichem Plane componirten und in allen Handschriften sich gleichbleibenden Gesängen zu uns, und wie sind diese Kunstwerke in manchen gedruckten Ausgaben, deren Verfasser von solchen tief in die Werkstatt des hl. Gregor weisenden Dingen keine Ahnung hatten, in jedem Falle anders und gedankenloser verstümmelt worden! Man kann kaum den Beweisführungen ohne tiefes Bedauern folgen, daß eine solche Kunst nunmehr auf immer dem Hause des Herrn entzogen ist.

Nach solchem, vielversprechendem Anfang kann man den weiteren Lieferungen der Paléographie musicale nur mit großem Interesse entgegensehen. Die Wissenschaft kann aus ihr nur den reichsten Gewinn schöpfen, und in ihrem Namen sei das Unternehmen auf das Wärmste beglückwünscht.

Vielleicht wird aus ihm auch der Segen hervorgehen, daß die Menschheit sich darüber klar wird, was eigentlich der „Choral“ ist. Nur ein geringes ernstes Studium führt zu der Einsicht, daß sein innerstes Wesen, seine charakteristischen Eigenthümlichkeiten in vielen gedruckten Ausgaben nicht mehr zu finden seien Denn nicht das äußere Kleid macht ein Kunstwerk aus, sondern vor allem seine innern Lebensbedingungen. Namentlich zwei der allerwichtigsten Eigenheiten der gregorianischen Melodien sind in Gefahr, der Vergessenheit anheimzufallen, seine ihm vor allen andern Kunstrichtungen eigene Tonalität und das Verhältniß, in dem Wort und Ton zu einander getreten sind. Beide sind dem modernen Bedürfniß zu Liebe von Grund aus umgestaltet. Es gehört zum Wesen der modernen Musik, wie sie sich unter dem Einfluß der harmonischen Anschauung vom Tonmaterial herausbildete, daß die Tonart eines Stückes sogleich am Anfang klar hervortritt. Ein Stück in der Tonart C-dur muß (der Regel nach) mit dem Dreiklange von C beginnen. Dieses Gesetz, welches wie gesagt, erst der modernen Musik eigen, ja sogar noch der Mehrstimmigkeit des Mittelalters vollständig fremd ist, ist in einigen neueren Choralausgaben als das Tonalitätsprincip des Chorals zur Durchführung gebracht. Hier beginnt in den meisten Fällen der Gesang in der Tonika; wo die alte Choralversion mit dem Principe nicht stimmte, setzte man einfach die Tonika der Tonart an den Anfang. Es wird kein Verständiger läugnen, daß hier eine Verquickung zweier sich gegenseitig ausschließender Kunstanschauungen stattfand, daß das Wesen der alten Kunst durch Einführung solcher modernen „Errungenschaften“ im höchsten Maße verletzt ist.

Das Gleiche gilt von dem Verhältniß zwischen Wort und Ton, wie es sich seither gestaltete. Die alten Choralmelodien waren im ersten Mittelalter die einzige künstlerische Aeußerung des gotterfüllten Herzens. Und wer es weiß, wie viel ein frommes Gemüth seinem Herrgott zu sagen

hat, begreift es, wenn diese Melodien im Ausströmen heiliger Gefühle sich nicht genug thun können, wenn das Herz, von der Sehnsucht nach dem, was droben ist, ergriffen, nicht müde wird, Gott zu loben, zu bitten, ihm zu danken. Darin liegt die Berechtigung der Melismen in den alten Melodien, der lang dahin strömenden Reihe von Tönen. Es konnte damals gar nicht anders sein; das Herz, wenn es in die Nähe Gottes kommt, verliert den Boden der Sprache, sie sagt viel zu wenig, es fängt selber an zu reden, und die musikalische Uebertragung dieser Herzenssprache sind die alten Choralmelodien In ihnen ist niedergelegt, was die Kirche Gott, dem Herrn, zu singen wußte.

Als später die mehrstimmige Kunst aufkam, wußte sie die Menschheit dergestalt zu ergreifen, daß von da an sie der natürliche Ausdruck der gegen Gott gerichteten Empfindung wurde; wenn man auch im 16. und 17. Jahrhundert noch Choral sang, das Herz hing nicht mehr an ihm. Hier ist die Quelle des Irrthums, der da glaubt, die Melismen des alten Chorals seien Ballast und müßten weggeschnitten werden. Freilich, wem das Herz an etwas anderm hängt, dem wird es schwer, in das tiefe Meer der alten Weisen einzudringen. Der Choral war einmal da, mußte weiter gesungen werden: aber die Empfindungen, die das fromme Mittelalter in den langen Neumen niederlegte, fanden ihren Platz jetzt in den süßen Melodien der polyphonen Meister — und der Instrumentalmusik. Wozu noch die langen Choralweisen? Man beschnitt sie. Hier hat der allem Mittelalter feindliche Geist der Renaissance einen seiner traurigsten Siege zu verzeichnen. Der nunmehrige „Choral“ war gar nicht im Stande, die Fülle eines gottbegeisterten Herzens anzudeuten; es sind blasse, blutlose Schemen, denen der warme Herzschlag der Empfindung fehlt. Eine vollständige Verkennung des Wesens des Chorals lag vollends in dem Satze, daß das Verhältniß von langen und kurzen Silben im Chorale „deutlicher“ ausgedrückt werden müsse,

der unter dem Beifall aller Derer aufgestellt wurde, die nicht begreifen konnten, daß eine so hohe und ausgebildete Kunst wie die des Mittelalters nicht auf den Secirtisch der von der modernen Musik erfüllten Kunstanschauung gespannt werden dürfe. Aus den Regionen gottbegeisterten Empfindens zwang man den Choral in die Jacke des „Sprachgesanges“, ihm damit ein Princip aufdrängend, welches mit ihm eben so wenig zu thun hat, wie die unter dem Einflusse der neuern Musik entstandene Tonalität. Von der oft ungeschickten Anwendung dieses Princips sei hier nicht die Rede.

Noch einmal sei den Mönchen von Solesmes für ihre edle Thätigkeit unsere hohe Bewunderung ausgesprochen.

Freiburg in der Schweiz.

XXVI.

Oldecop's Chronik.

(Luther und die „Reformation“.)

(Schluß.)

Von den tumultuarischen Scenen, welche das Auftreten Luthers ab anno 1517 zur Folge hatte, war Oldecop noch Augen- und Ohrenzeuge in Wittenberg gewesen. Er schildert uns die Vorgänge, wie folgt (S. 48 f.):

„In diesem Jahre (1517) sandte der Papst Leo X. den römischen Ablaß in deutsche Lande, daß ausgetheilet ward, überall zu bitten, die Kirche St. Peters zu Rom, die durch den Papst Julius den Andern begonnen war, fortan weiter zu bauen. Und die Ablaßbriefe wurden an den Erzbischof Albertum in Mainz gesandt. Da war da ein Doktor, Jo-

hannes Tetzel, ein Predigermönch, der zuvor auch den Ablaß verkündigt hatte und dem Herrenmeister in Lievland viel Geld gesammelt, da der Heereszug durch den Orden gegen den Russen und Moskowiter geschah und damals viele Russen geschlagen waren. Den gemeldeten Doktor Tetzel sandte der Erzbischof von Mainz aus als einen, der dazu tüchtig wäre, den Ablaß zu verkündigen und Geld zu sammeln. Und kam nach Wittenberg ungefährlich am Sonntage nach Corporis Christi, und ich war da und half das Ablaß („dat aflat")[1] innehalten und man sang: ‚Te deum laudamus' in der Pfarrkirchen. Und geschah durch Doktor Johann Tetzel ein Sermon und verkündigte er, warum der Papst den Ablaß ausgesandt hätte und bestellte Beichtväter und gab ihnen die Macht, diejenigen, welche zu dem gemeldeten Baue in die Kasten geben und ihre Sünden gebeichtet, zu absolviren von allen ihren Sünden und von Pein und Schuld. Man möge auch, wem Gott die Gnade verleihe und es in seinem Vermögen wäre, für seine verstorbenen Eltern und Freunde Ablaß lösen und aus der Pein des Fegfeuers lösen. Und verkaufte — er sagte, er gebe — den Leuten Ablaßbriefe dazu, und er wußte alle seine Worte und Alles, was nöthig war, wohl beizubringen. Und die Leute gaben den Tag fleißig in die Kasten. Dieser Handel verdroß sehr D. M. Luther; denn gemeiniglich zuvor pflegten die Augustinermönche den römischen Ablaß zu verkünden, und derhalben stieg Luther auf den Predigtstuhl in seinem Kloster und predigte gegen den Ablaß. Und dieß war sein erstes Thema, auf lateinisch also geredet: „Meritum Christi est thesaurus ecclesiae"; auf deutsch: ‚Das Verdienst des Herrn Christus ist ein Schatz der Kirche'. Diese lateinischen Worte in dem geistlichen Rechte in Clementino in Extravagantiis. Deshalb führte Luther diese Worte, auf daß er den Papst und Doktor Tetzel mit seinem eigenen Schwerte schlagen möchte und sagte: ‚Ist das Verdienst Christi ein Schatz der Kirche, wie kommt dann der Papst dazu und will der Kirche das verkaufen, was ihr gehört?' — Dieweilen nun D.

1) Im Holländischen heißt der Ablaß heute „aflaat" und ist Masculinum.

M. Luther ein verständiger Mann war, [,dewile nu d. M. Luther ein verstendlich man was'], dazu aus der Natur hochmüthig und vermessen [,darto ut[1]) der natur homoedich und vormeten'], brauchte derhalben in seinem ersten Sermon allen Fleiß und wollte beweisen, daß aus dem römischen Ablasse den Menschen Ursache zu sündigen gegeben werde; Jedermann verlasse sich auf den Ablaß und daraufhin würde gesündigt. Die Schrift lehre viel anders (,De schrift lerde vel anders'.) Christus, die ewige Wahrheit, weise uns einen andern Weg und sage: Willst du eingehen in das ewige Leben, so halte die Gebote Gottes. Paulus lehrt uns an die Philippenser am andern Kapitel, wir sollen unser Heil und Seligkeit durch Furcht und Zittern wirken. Und Mathei am siebenten wurde gelesen, daß wir durch die enge Pforte und schmalen Weg in das Reich der Himmel gehen müßten. Dergestalt, sagte Luther, wäre der Ablaß nicht genug zu unserer Seligkeit; wir müßten durch einen scharfen Weg unserm Seligmacher Christus Jesus unser tägliches Kreuz nachtragen. Mit dieser und dergleichen Lehre aus dem Evangelium, den Episteln und Propheten bekämpfte Doktor M. Luther den Ablaß und lehrte über die Maßen dagegen mit aller Ungestümheit (,unstumicheit') und Frevel (,vrefel'); denn es verdroß ihn, daß e r nicht den Ablaß verkündigen mußte (,wente one vordrot, dat he dat aflat nicht vorkundigen moste). Doktor Johannes Tetzel vorgemeldet, erfuhr bald, was Martinus Luther gegen den Ablaß geprediget hatte und läßt von Stund M. Lutherum nach Rom citiren, und da sollte dieser in sechszig Tagen pariren und sich verantworten. Nach der Citation hub Luther auf das Heftigste gegen den Tetzel zu schelten und unverschämt von dem Ablaß und römischen Stuhle zu predigen an, daß Doktor Tetzel verursachet ward, und that den Luther in den Bann. Von dieser Beschwerung appellirte Doktor M. Luther an ein gemeines Concilium und die Appellation ward von Stund gedrucket und die Studenten sandten dieselbe ein Jeder in sein Vaterland. Denn der Jugend war solche Neuerung erwünscht Das Feuer

---

1) Holländisch heute: „uit“.

ging heftig an. Der Luther ward zum Ersten durch gute Freunde gebeten, er wolle gemach thun; sonst könne ihm viel Schlimmes begegnen. Die Universität zu Wittenberg beschickte ihn und ließ ihm ansagen, er wolle bedenken, welch' ein Niedergang der neuen Hochschule zu Wittenberg durch seine neue Lehre entstehen könnte. Aber er blieb unbeweglich und wurde von Tag zu Tag um so hoffärtiger und vermessener (,von dage to dage jo hofferdiger und vormetener'). Herzog Friedrich, der Kurfürst von Sachsen, dem Wittenberg zustand, sandte etliche Theologos und Juristen an Doktor M. Luther, die ihm von des Kurfürsten wegen ansagen sollten: ,Doktor Johann Tettzel[1]) wäre aus dem Lande Sachsen gezogen und führte seinen Ablaß mit nach der Mark [Brandenburg]; deshalb sollte er den Tettzel vergessen und auf den Ablaß nicht mehr schelten, denn Ablaß wäre Ablaß'. — Nichtsdestoweniger wurde (nicht) gespürt, daß Doktor M. Luther fleißiger an seine Lectiones, die er zu lesen sich vorgenommen hatte, gegangen wäre und dem kurfürstlichen Befehl nachgelebt hätte. Im Gegentheil, durch sein Treiben und seine Mithilfe wurden die Epistolae obscurorum virorum, die auf das Schmählichste contra theologos Colonienses et Lovonienses loszogen, hervorgebracht und auf's Neue in Wittenberg durch Johann Gronbergh gedruckt. Und die Studenten wurden in kurzer Zeit so roh und wild, aufrühreriſch und ungehorsam, daß alle die Collegiaten mit dem rectori universitatis genug zu thun hatten. Die Bürger konnten die Studenten nicht strafen; denn der Studenten waren damals wohl vier- oder fünfmal so viele und mehr, als der Bürger waren. Ohnedies haben die Bürger der Universität und allen Studenten die Freiheit verschworen. Doch lassen sich die Studenten von den Bürgern nicht weisen, sollte das auch viel Blutes kosten. Die luthersche Freiheit machte viel Unglücks. Die Studenten fingen zuerst an. Denn am Abende sancti Michaelis springet ein Schwabe aus dem Collegium, N. Hase genannt, und stach Antonium von Schirstede todt. Kurz darnach ward der lange Johann von Haldensleve er-

1) Hier und noch einige Male mit tt geschrieben.

stochen. Acht Tage darnach ward Andreas Bynnenraw von Braunschweig erwürget und in den Bach geworfen. Und da hatte mein Präceptor, Heinrich Stackmann, zwei Gesellen dabei, daß der gute Mann halb verzagte, ließ seine Lectiones stehen und ward ein Physikus. Das brachte mich auch in Schrecken und da dies geschah, ließ mein Vater mich von Wittenberg fordern und nach Haus holen." [1])

Nach Oldecop würden also diejenigen katholischen Historiker nicht Unrecht haben, welche der Meinung sind, daß Ordens-Rivalität zwischen Augustinern und Dominikanern mit dazu beigetragen habe, den Ablaßstreit hervorzurufen. Daß Luther unter allen Umständen bereit war, den Conflikt zu provociren, bestätigt Oldecop durchweg; aber wahrscheinlich hätte der „Reformator" seinen Obern Staupitz und andere Ordensgenossen anfänglich nicht so leicht auf seine Seite gebracht, wenn nicht die Rivalität der beiden Orden, die überdies schon länger bestand, vorhanden gewesen wäre.

Sehr dankenswerth ist die Mittheilung Oldecops, daß nach Tetzels öffentlichen Erklärungen nur Denjenigen Ablaß zu Theil wurde, welche ihre „Sünden gebeichtet" hatten — eine Thatsache, welche zu bestreiten die protestantische Geschichtsschreibung und Polemik nicht müde wird. Bezeichnend für Luthers aufrührerischen und intriganten Geist ist auch der Umstand, daß der Kurfürst von Sachsen anfänglich die von dem „Reformator" hervorgerufene Bewegung unterdrücken wollte, und daß er nach dem Abzuge Tetzels in die Mark (Brandenburg) Frieden wünschte.

Nach seinem Abgange aus Wittenberg schreibt Oldecop über Luther nicht mehr als Augen- und Ohrenzeuge; als Chronist seiner Zeit kann er aber natürlich die Hauptperson

---

1) Wie schon oben erwähnt, berichtet Oldecop über den Thesenanschlag vom 31. Oktober 1517 nichts mehr; die oben erwähnten Unruhen haben sich also kurz vorher zugetragen. Nachher ging es bekanntlich noch schlimmer zu.

seiner Geschichtsperiode nicht aus dem Auge lassen; er berichtet darum fortlaufend über den „Reformator" und sein Werk, theils nach Dem, was er von Andern mündlich gehört, theils nach den Geschichtswerken von Cochläus, Fontaine und Sleidan.

Wie er sich räumlich von Luther trennte, so auch geistig. Seine Wittenberger Studien vertauschte er mit denen zu Rom und war seit 1519 erklärter Gegner der „Reformation", wie sie von Luther und Genossen verstanden wurde. Die „Evangelischen" nannte er fortan die „Egenwilschen" d. h. die „Eigenwilligen".

Vor Allem tadelt er die Schmäh- und Lästerworte Luthers, ein neuer Beweis, daß es durchaus nicht in den Gebräuchen des 16. Jahrhunderts gelegen, in Wort und Schrift zu so wahnsinnigen Schmähreden zu greifen, wie Luther sie beliebte. Diese außergewöhnlichen Lästerworte des „Reformators" sowie die von demselben vorgenommenen absichtlichen Verfälschungen der hl. Schrift führt Oldecop auf den „vader Incubus" (S. 128) zurück.[1])

---

1) Da Oldecop wiederholt auf den „Incobus" oder „Incubus zu sprechen kommt, verdient erwähnt zu werden, daß die erste Original-Nachricht darüber aus Petrus Sylvius (Syssenberg, Pfarrer zu Dresden) stammt. Aus diesem hatte sie erst Cochläus (auf den sich Oldecop beruft) Nas und Andere entlehnt. Sylvius stützt sich auf das Zeugniß der eigenen Mutter Luthers und kam in seinen zahlreichen gegen Luther gerichteten Flugschriften wiederholt auf seine Behauptung zurück und zwar noch bei Lebzeiten des „Reformators", denn Sylvius starb vor Luther († 1536). — Der „Reformator" scheint indeß die Erzählung vom „Incubus" nur aus Cochläus zu kennen, denn nur diesen macht er dafür verantwortlich. Er ärgerte sich darüber so, daß er (vergl. Tischreden cap. XXVIII) beschloß, gegen Cochläus fortan nichts mehr zu schreiben. Von da ab nannte er auch den Cochläus: „Kochlöffel". — In der Sache selbst sagte Luther (Tischreden l. c.): „Cochläus heißt mich einen Wechselbalg und Bademagds-Sohn, die doch nicht können an einem Menschen zugleich sein, denn

Hinsichtlich des Bauernkrieges zählt Oldecop die verschiedenen Schriften auf, mittelst welcher Luther „de buren uprorisch makede". „Mit dusser falschen Lere", sagt er (S. 141), „dat Martinus Luther und sin anhank goddes wort nomen und heten, barchte Luther dut jar [1525] over twemal hundert dusent buren int velt und nomede se de gewalt und hant goddes, dese gotlosen und floden bischoppe straffen wolde und scholden. Und de armen vorfoerden minschen und buren und itliche borger darto meinden allwars, dat see de gewalt goddes weren . . . . . Do nu chur und fursten, graffen und de vom adel seggen, dat de buren one jo so vint weren alse den bischoppen und closteren, do moste Luther jegen de buren, de he to velde geprediget hadde, ein ander bock utgan laten und boet darinne allen, de hant roigen konde und dom boren mochte, scholde to velde tein und slan de buren vor dulle hunde doet; und ist dar we aver to dode keme, de were ein kint goddes und hedde sine hande gehilliget in der sunder blode. Do seigen de armen buren wol, wo see mester Luther, des duvels sone, vorforet und bedrogen hadde. Dar frageden de lutherschen fursten und stede weinich na, bleven denne noch bi dersulven lere, alleine dat see oren gewinst subtiler tosamende bringen kunnen noch von dage to dagen". Erfahren wir auch hierdurch nichts Neues, so sind doch die obigen aus der unmittelbarsten Erfahrung geschöpften Mittheilungen von hohem Interesse.

Nicht minder beachtenswerth sind die Mittheilungen Oldecops über die gleichzeitige Verheirathung des „Gottesmannes". Wir lesen:

„Um diese Zeit, da leider über hunderttausend arme Bauern todtgeschlagen und viele Waisen und Wittwen gemacht,

---

dieser ist ein natürlich Kind, jenes aber verwechselt". — Sylvius ist nicht zu verwechseln mit dem späteren Dogmatiker Sylvius oder Silvius, der erst 1581 geboren wurde. (Hurter, Nomenclator I, 725, neue Aufl. 392.)

dazu der Kurfürst Friedrich von Sachsen, des Luthers Mäcenas, kurz zuvor gestorben, ist [Luther] ein Bräutigam geworden; seine Gelübde und Eide, Gott gethan, in Armuth, Gehorsam und Keuschheit zu leben, hat er als ein Gottvergessener hintenan gestellt und hat eine geistliche Jungfrau, die Gott ebenfalls ihre Keuschheit gelobt und geschworen und im klösterlichen Leben 18 Jahr gewesen, hier herausgefordert, mit seiner falschen fleischlichen Lehre verkehret und Gott gestohlen und sich zu einer vermeintlichen Hausfrau geben lassen — um zu beweisen, daß der Tod seines Fürsten und die Vergießung des Bauernblutes ihm die höchste Freude brachte — wie der Tochter des Herodias das blutige Haupt Johannis."

Obgleich schon die Kirchenspaltung an sich und der Bauernkrieg die Türken zum Angriff gegen den Kaiser ermuthigte, so erklärte doch Oldecop in seinem Bericht über den Türkenkrieg ausdrücklich, daß die „lutherischen von allenthalven vinde upgebracht und jegen den keiser und Ferdinandum sinen broder gewiset" (S. 146). „Von allenthalben Feinde aufgebracht" heißt, das ganze Ausland, insbesondere Türken und Franzosen gegen Kaiser und Reich aufgehetzt.

Sehr interessant ist die Schilderung, welche Oldecop wiederholt (u. A. S. 147) von den niedrigen Schmeicheleien entwirft, mit denen Luther diejenigen Fürsten, welche seiner Lehre widerstrebten, zu gewinnen hoffte, Schmeicheleien, die sich bekanntlich im Falle des Mißerfolgs in rasende Schmähsucht verwandelte, wobei der „Madensack", der Kaiser, nicht ausgenommen war.

Die unsagbar unfläthigen Worte, welche sich Luther über die Ehe und das sechste Gebot gestattete, mag auch Oldecop nicht wiederholen. Wer diese „schentliche worde" lesen wolle, sagt er, möge sie in Luthers Schriften selbst nachlesen. (S. 191.)

Es wird hiermit von Neuem die Thatsache bestätigt, daß es noch niemals einen katholischen Schriftsteller gegeben

hat, weder unter den Zeitgenossen Luthers, noch in späteren Zeiten, der gewagt hätte, alle Scheußlichkeiten, die sich Luther mit der deutschen Sprache gestattete, wörtlich wiederzugeben. Selbst diejenigen katholischen Autoren, welche hierin sich die weiteste Freiheit gestattet haben, wie Pistorius, Nas, Vetter u. s. w. haben sich genöthigt gesehen, bei gewissen Citaten aus Luthers Werken Punkte zu machen. Und dabei gestattete sich Oldecop einen ziemlich weiten Spielraum in der wörtlichen Wiedergabe der Reden und Schriften des „Reformators".

So meldet er vom Jahre 1522:

„In diesem Jahre ließ Doctor Martin Luther ein neues Buch ausgehen; darin war er sehr ungeduldig und schmähte auf das heilige Kreuz und sagte, wenn er das heilige Kreuz hätte, so wollte er es in die Kloake werfen."

„In diesem Jahre ließ Doctor Martinus Luther ein Buch im Druck ausgehen, desgleichen so die Welt gestanden, nicht ist befunden worden; ich will nur die Ketzerei der Nicolaiten ausgenommen haben, die ihre Hausfrauen gemein hatten. Darin schreibt Luther, daß die Frau sich weidlich umthun möge, so ihr echter Mann untüchtig wäre; desgleichen der Mann; so die Frau nicht wolle, so komme die Magd. Pfui Dich an!"

Vom Jahre 1522 datirt Oldecop auch den eigentlichen Ausbruch der lutherischen Ketzerei. Er sagt darüber:

„In diesem selben Jahre [1522] brach aus und trat zum Vorschein, daß die luthersche Lehre zu einer bösen Ketzerei gerathen wollte. Denn die Ohrenbeicht ward durch den Luther schriftlich und mündlich verboten, und des ward Satan und sein menschlicher Anhang erfreuet. Und also ward da von Stund an der Weg des rohen Lebens und zu aller Bosheit geöffnet. Desgleichen ward durch ihn das Fasten der 40 Tage, Marien- und hl. Aposteln-Vigilien verboten; ihre herrlichen Festtage wurden zu feiern abgethan und mit vielen spöttischen Worten das Fasten und Feiern belachet und bespottet (‚gehonspottet'). Die an Marien-Vigilien und denen der hl. Apostel und Martyrer fasteten und feierten, die wurden durch die

lutherschen Nachschwätzer belachet und verfluchet. Lügenhaftig sagte man, sie wollten mit ihrem Fasten und Feiern zum Himmel fahren und das Leiden Christi wäre ihnen zur Seligkeit nicht genug, sie müßten daneben noch fasten und etwas Gutes thun, das doch eitel Sünde wäre (‚dat doch idel sunde were‘) und erweckten durch solche Werkheiligkeit nicht anders, als den Zorn Gottes. Durch diesen Ungehorsam, den die Lutherschen der heiligen christlichen und katholischen Kirche bewiesen, fiel von Tag zu Tag merklich der Gehorsam gegen Gott und die Obrigkeit. Beichten, Fasten und Feiern ward leichtlich bei den fleischlichen Menschen abgethan; aber Geld und Gut, Zoll und Zins mochten so fertig und mit Eile nicht abgethan werden. Jedermann (‚alleman‘) suchte List und Wege, daß Einer dem Andern sich nicht mehr beugen wollte. Aber ein Jeder bäumte sich gegen seinen Nächsten. Die Jugend, die zu der Schule ging und die lutherschen Fibeln zu lesen begann, ward durch die ersten Elemente der lutherschen Lehre so zu dem Ungehorsam bewogen, daß die Kinder erst Vater und Mutter ungehorsam wurden, darnächst die Frau dem Manne, der Mann seinem Bürgermeister und der Bauer seinem Juncker, der Juncker seinem Fürsten, der Fürst dem Papst und Kaiser. Und dadurch kam Deutschland in schädlichen Verfall.“

Diesen Satz illustrirt der Autor durch eine große Anzahl von Einzelbelegen mit specieller Berücksichtigung von Hildesheim und seiner Nachbarschaft. Auch in dieser Hinsicht gestaltet sich seine Chronik zu einer eigenartigen und lebendigen Darstellung der Geschichte der „Reformation.“

Daß es trotz aller Bemühungen des Kaisers und aller gut gesinnten Christen zu keiner Einigung mehr zwischen Katholiken und Protestanten kommen konnte, schreibt Oldecop hauptsächlich dem Umstande zu, daß die Fürsten, welche Kirchengüter eingezogen hatten, dieselben nicht wieder herausgeben wollten (S. 229).[1]) So war denn auch das letzte vom Kaiser veranstaltete Religionsgespräch zu Regensburg vom

1) Der Autor versichert dies u. A. noch vom Jahr 1563. (S. 530.)

Jahre 1546 resultatlos verlaufen, noch bevor dorthin die Nachricht von Luthers Tod gedrungen war.

Ueber dieses Religionsgespräch, über den unmittelbar vorher erfolgten Zusammentritt des Concils von Trient und über Luthers Tod berichtet Oldecop was folgt (S. 248 f.):

„Im Jahre 1546, im Anfang dieses Jahres, waren die katholischen und protestirenden Doctores zu Regensburg und hielten da ein Colloquium. Und ehe die protestirenden Doctores dahin kamen, hatten sie zuvor zu Frankfurt einen Tag gehalten auf die Meinung, daß sie das angehende Concilium von Trient vernichten und das Kammergericht verändern möchten. Zu Regensburg fühlten sich die lutherschen Doctores übel und verloren; derhalben zogen sie heimlich von da zu ihrer ewigen Schande und der der Christenheit, auch zum großen Schaden ihrer Fürsten. (Lies hier wieder von Epitome Casparis Gemppei.)“ [1]

„In diesem Jahre am 12. Tage Februarii ließen die [Protestanten] von Hildesheim umlesen, wer ohne ihre Communion sterbe, den solle man in's Feld begraben. Die arianischen Ketzer thaten auch so. Eusebius libro XI c. XIV. Item in Tripartita lib. 5 c. 31. Et lib. X c. 23. Die Ketzer thun nicht gut.“

„Das vorgeschriebene Concilium war zu Trient herrlich angefangen, und da waren alle drei Erzbischöfe und Kurfürsten sammt vielen andern Geistlichen und weltlichen Herren, Bischöfen und Prälaten. Den Lutherschen ward das Geleit zugesandt, aber der Doktoren oder ihrer Prädikanten wollte da keiner hin. Da konnte nicht fehlen, daß der vorerwähnte böse Geist Jacobus, des Luthers Genitor — wo Doctor Fontanus, ja Cochläus in praefatione super Acta Lutheri und in dem Epitome davon schrieben — seine Spaltung und Forderung in der Protestirenden Herz getrieben hatte, die zu Regensburg auf dem Colloquio waren, daß sie 16. Februarii alle heimlich von Regensburg zogen und ließen das Colloquium der kaiser-

---

1) Der Titel des Buches wurde oben angegeben.

lichen Majestät und der deutschen Nation zu Spott und großen Nachtheile stehen wie der Krug den Henkel. Was Jacobus ihnen verkündigt, war dies, daß am 17. Februar ihr Abgott Doctor, ja Seductor Martin Luther denselben Tag mit vollem Bauche zu Eisleben zu Bette ging und in der selben Nacht ungebeichtet und ohne alle Sakramente jähen Todes, wie das Hausgesinde darnach bekannte, gestorben [ist]. J. Jonas war da gegenwärtig und schrieb ein Buch von Luthers Abscheiden. Da steht drin, wie sie den Luther, da er schon todt war, völlig todt gefunden, ein Clystier einsetzen lassen.[1]) Do nu des apothekers junge dem doden also dat clister ingeschoven, also doctor Jonas bekennet, in dem sulven gedruckeden boke, do hebbe de Luther einen wint, einen vort (mit vorlove geredet) in den clistere sack gefistet. Des sik Jonas und andere mere de erfrowet hadden und gehopet, Luther levede noch und wolde derhalven wol wedder erquicket [werden] und von der beswochenisse wedder upwaken. Aber er war todt und blieb todt und noch in Ewigkeit an Leib und Seele; denn er in so vielen tödtlichen Sünden jähen Todes ungebeichtet weggestorben. An ihm ward das Gerichte Gottes offenbar, daß Gott Luthers Lehre nicht behagte. M. Luther hatte bei seinen Fürsten und Herrn auch seinem Anhange die Ohrenbeicht verboten, das Sakrament des heiligen Altars verändert. Deßhalb war er nicht würdig der Absolution, vielweniger des heiligen Sakraments zu empfangen, Fleisches und Blutes des Herrn Christi. Denn er hatte dem heiligen Sakramente seine höchste Herrlichkeit des Anbetens verworfen und war deshalb der Zwinglianer ein Meister und Anhänger. Und wenn Gott dem Luther hätte verliehen, daß er bei seinem Tode gebeichtet und das Sakrament, von dem er und alle Lutheraner Hohes rühmen, empfangen hätte — das er doch deshalb nicht werth war — so hätte Doktor Jonas davon geschrieben und zum Gedächtniß auf's Höchste vorgeputzet, was der Luther dabei geredet und gethan. Umsomehr, da er schreibt, Luther soll in seinem Abscheiden

---

1) Die beiden nächstfolgenden Sätze mögen hier im Original mitgetheilt werden.

gesprochen: ‚Himmlischer Vater, in deine Hand befehle ich mein armes Seelichen'. Das Wort ‚Seelichen' betont Doktor Jonas und spricht: ‚Ja, so sagt er eigentlich: Mein armes Seelichen, d. h. der heilige Vater Doktor M. Luther hat sich gedemüthiget gegen Gott' — also ein seliges Sterben hat Luther empfangen.[1]) Aber dagegen das ganze Hausgesinde und viele andere Leute haben mehr geredet und bekennen, der Luther sei ihres Erachtens todt gefunden. Denn das bestätigen die Gräfin von Mansfeld und etliche vom Adel, daß sie Doktor M. Luther haben todt gefunden; nichtsdestoweniger ihm den Puls und andere Adern mit Gewürz und warmen Tüchern gerieben. Und ward vermerket, daß sich mit Luther zugetragen, als mit Arius, dem auf der Cloake in der Stadt Alexandria alle Eingeweide aus dem Leibe gefallen und der zur Stätte jähen Todes gestorben. Dennoch senden die arianischen Prädikanten zu dem Kaiser Constantin ihre Botschaft, lassen den Kaiser anders um den schmählichen Tod Arii berichten, auf daß er ihnen und ihrer falschen Lehre nicht abfalle. Lies die Chronik Eusebii Caesariensis, davon die Lutherschen auch viel halten, libro X, cap. 13. So that auch Jost Kock, ja der Sudelkock, der sich Justus Jonas schelten läßt. Da Luther völlig todt gefunden, schrieb er an den Kurfürsten von Sachsen, wie sanftmüthig und innig der Luther gestorben wäre, wollte dem Kurfürsten nicht offenbaren die Wahrheit, auf daß er von der Luther'schen und falschen Lehre nicht abfiele. So wissen die Schriftgelehrten ihre Herren und Fürsten anzuhalten und bei der Nase herumzuleiten."

So Oldecop über Luthers Tod.

Wir haben es hier mit einer schon anderweitig bekannt

---

1) Der Sinn ist: Wenn Jonas den Luther sagen läßt: „In deine Hand empfehle ich mein Seelichen" statt „Seele", so wollte er durch den erdichteten Ausdruck „Seelichen" der Mit- und Nachwelt vorreden, wie demüthig der Reformator verschieden sei. In der That steht in der „Historia" das Wort „Seelichen". Auch spätere Luther-Dichter haben aus diesem Diminutivum den von Jonas gewünschten Schluß gezogen. Andere wieder haben daraus geschlossen, wie „genau" Jonas berichtet habe.

gewordenen **primären** Quelle über das besagte Thema zu thun. In dieser Beziehung ist die Mittheilung von Wichtigkeit, wenn auch Oldecop nicht überall mit Genauigkeit berichtet. So z. B. verwechselt er ein „Buch“, welches Jonas geschrieben haben sollte, mit einem solchen, welches Cochläus herausgegeben hatte. Es handelt sich um den Brief des „Civis Mansfeldensis“ (der im Anhange von der Schrift des Cochläus „De actis et scriptis Lutheri“ über Luthers Tod berichtet) und um die das gleiche Thema behandelnde „Historia“ des Jonas. Nur in jenem Briefe findet sich eine Mittheilung über das Clystier, aber nicht in der „Historia“ des Jonas. Oldecop will sagen: Obschon Jonas die Ueberzeugung hatte, daß Luther „völlig todt“ aufgefunden worden war, so ließ er an dem Entseelten dennoch Wiederbelebungsversuche anstellen, die natürlich vergeblich bleiben mußten.

Dagegen ist es richtig, daß Jonas Luther kurz vor seinem Abscheiden fromme Stoßgebete verrichten läßt. Gegen diese Darstellung wendet sich Oldecop wiederum und erklärt, daß „das ganze Hausgesinde, die Gräfin von Mansfeld und Etliche vom Adel bekennen, daß sie Luther todt gefunden“ haben. Hiernach ist Niemand beim Tode des „Reformators“ zugegen gewesen, nicht einmal einer von der Dienerschaft, welche ihn todt aufgefunden hatte. Dies stimmt überein mit der Angabe des Cochläus resp. des Civis mansfeldensis, welche sagen, daß die herbeigerufenen Aerzte Luther bereits todt vorgefunden haben. Auch Cochläus nennt die ganze „Historia“ des Jonas „mendax et futilis“, und Oldecop betont mit Recht, daß wenn Luther die Sterbesakramente unmittelbar vor seinem Tode empfangen hätte, Jonas und alle Lutheraner hohes Rühmen davon gemacht hätten. Also auch nach Oldecop sind die langen Gebete, welche Jonas Luther auf dem Sterbebette hersagen läßt, völlig erdichtet, da Jonas seinen Meister gleich dem Hausgesinde und den Adligen bereits todt vorgefunden habe. Ebenso erlogen wie die „Historia“, meint Oldecop ferner, sei der Brief des Jonas

an den Kurfürsten (der natürlich mit der „Historia" übereinstimmte). Denn gleichwie die Arianer dem Kaiser Constantin die Todesart des Irrlehrers verschwiegen, so hätten Jonas und Genossen dem sächsischen Kurfürsten nicht die Wahrheit über Luthers Tod mittheilen wollen, „up dat he der lutherschen und falschen lere nicht affele."

Die Befürchtung, daß der Kurfürst von der neuen Lehre abfallen könnte, wenn er erfahren hätte, daß Luther plötzlich und ohne Gegenwart von Zeugen verschieden sei, erscheint indeß nicht hinreichend motivirt. Von Schlagflüssen sind zu allen Zeiten Gerechte und Ungerechte betroffen worden Freilich erkannte man in dem plötzlichen Tode, sobald er Gottlose ereilte, meist ein Strafgericht Gottes; Luther selbst sah in dem unerwarteten Tode seiner Gegner stets ein solches. Aber wenn man auch öffentlich zugegeben hätte, daß Luther plötzlich und ohne Zeugen verschieden sei, so wäre deshalb noch Niemand, weder aus Volks- noch aus Fürsten-Kreisen, vom neuen Evangelium abgefallen. Erzählt uns doch der „Civis Mansfeldensis", daß Einige aus der Eislebener Bevölkerung, der bekannt war, daß Luther am Abend vor seinem Ende noch gesund und fröhlich gewesen, eine so abgöttische Verehrung für ihren Propheten gehabt hatten, daß sie der Meinung waren, derselbe sei, weil die Maler sich ungewöhnlich lange mit der Abzeichnung seines Gesichtes beschäftigten, inzwischen von den Todten wiederauferstanden! Noch viel weniger wäre der Kurfürst vom neuen Glauben abgefallen und hätte die eingezogenen Kirchengüter restituirt, wenn er gehört hätte, daß Luther in Folge eines Schlagflusses sein Leben beendet habe. Thatsächlich mußte es also eine andere Befürchtung gewesen sein, welche den Jonas zur Abfassung seiner erdichteten Berichte an den Kurfürsten und an das Publikum veranlaßt hatte, wohl dieselbe Befürchtung, die den Prediger Cölius bewogen hatte, nach Jonas noch einmal die Kanzel zu einer zweiten Leichenrede zu besteigen.

Oldecop scheint von den Gerüchten, die zu diesen

Befürchtungen geführt hatten, noch nichts gewußt zu haben; die hierauf bezüglichen Schriften des Bozius und Sedulius konnten ihm noch nicht bekannt sein. Immerhin behält aber die bestimmte und wiederholte Versicherung Oldecops, daß der landläufige protestantische Bericht über Luthers Tod erfunden ist, ihren geschichtlichen Werth.

Und dies gilt von seiner ganzen Chronik. Es ist dieselbe freilich von einigen Unvollkommenheiten nicht freizusprechen. Aber der Grund hierzu lag in der Anlage des ganzen Werkes. Oldecop wollte kein gedrucktes Geschichtsbuch der Oeffentlichkeit überliefern, sonst hätte er an dasselbe die letzte Feile angelegt und Wiederholungen und einzelne geringfügige Widersprüche und Ungenauigkeiten mit Leichtigkeit entfernt; er wollte ein geschriebenes Tagebuch zunächst für seine Nachfolger im Amte und seine Landsleute hinterlassen und schrieb deshalb auf, was ihm gerade zur Stunde, sei es aus der Gegenwart, sei es aus der Vergangenheit, in den Sinn kam; er wiederholte oder corrigirte später manches von dem, was er früher geschrieben, ohne das bereits Geschriebene auszustreichen. Stets nur wollte er der großen Sache der Wahrheit dienen. Und das verleiht seiner Privatschrift einen dauernden allgemeinen Werth.

P. M.

XXVII.

Zeitläufe.

Zu den auswärtigen Beziehungen des Reichs.

Den 12. August 1893.

Bei der letzten Berathung der Militärvorlage im Reichstage hat der Abgeordnete Graf Bismarck gesagt: „Krieg innerhalb fünf Jahren, wahrscheinlicher als nicht". Gegenüber dem spöttischen Achselzucken in der Versammlung, dem sich auch Graf Caprivi nicht entzog, berief sich der junge Herr nicht ausdrücklich auf seinen Vater im Sachsenwalde, aber, unter erneuerter Heiterkeit, auf seine „diplomatische Erfahrung". Indeß vergingen kaum ein paar Wochen, bis auch das Berliner Diplomatenblatt, das vor siebenzehn Jahren den berühmten Ruf: „Krieg in Sicht" hatte ergehen lassen, schwere Gewitterwolken am politischen Himmel aufziehen sah, und zwar von drei Seiten auf einmal. Gemeint war: erstens der französische Streit mit dem hinterindischen Reiche Siam, zweitens die bevorstehende Vereinigung einer russischen Flotte mit einem französischen Geschwader im Mittelmeere und drittens die ungünstige Wendung der deutsch-russischen Zollverhandlungen, welche alle Welt plötzlich überrascht hatte.

Allerdings: wenn die Sache nicht zu ernst wäre, so könnte man mit dem Berliner sagen: „es komme wieder etwas Leben in die Bude". Nämlich in die Versumpfung jenes

faulen Friedens, der die Völker erdrückt und verdirbt, ehe er noch in den Krieg ausläuft, und bei dem es Niemanden wohl ist, als denen, welche sich von den Milliarden der Staatsschuldenmacherei nähren und mästen, vor Allem den Juden. Dieser Friede ist nur ein anderer Name für den Militarismus, von dem der neue Reichskanzler gesagt hat: er wisse nicht, was damit gemeint und wo er zu finden sei. Die beiden Zustände sind mit- und auseinander entstanden, und so innig auf einander angewiesen, daß, wo sie einmal Fuß gefaßt haben, kein Gedanke mehr aufkommen kann, wie denn ohne Völkerschlachten ein wahrer und wirklicher Friede wieder zu erreichen wäre. Das wären ja Selbstmordsgedanken für den Militarismus, von dem Gladstone vor Kurzem gesagt hat, daß er mit seinen immer unerschwinglicher werdenden Lasten „ein fürchterlicher Fluch für die Civilisation“ sei.

Wäre der Militarismus bei uns nicht Selbstzweck, so wäre eine Fortschleppung dieses faulen Friedens in alle Ewigkeit, wie sie sich entwickelt, nicht denkbar. Aber mit Ausnahme Preußens gibt es in aller Welt keinen Staat, der für die Ausbildung zum puren Militärstaat veranlagt wäre, und das ist seine Gefahr. Nicht einmal die Bundesstaaten im Reich sind von Natur aus dazu geschaffen; im Gegentheil empört sich ihre Natur mehr und mehr gegen den auferlegten Zwang, und der berechtigte Partikularismus artet in grimmigen Preußenhaß aus. Um so näher liegt es, daß die Alliirten, an welche die neue Steigerung der Militärmacht von Seite Preußens nunmehr mit weiteren Zumuthungen und entsprechenden Forderungen herantreten muß, endlich in Versuchung gerathen, die Geduld zu verlieren. Abgesehen von Italien, das mit seinen Rüstungen bereits am Rande des Bankerotts angekommen ist, wer kann sich denn Oesterreich mit seinem Völker- und Sprachengemisch in der Entwicklung zum Militärstaat denken, der dort nicht einmal einen Ländergewinn durch Eroberung zu schützen hätte? Also: wozu immer so fort? Auf dem bis-

herigen Wege kann es nicht fehlen, daß der Dreibund an der Schwindsucht stirbt. Das ist der Bacillus, mit dem Rußland jetzt operirt, und seine schiebende Hand ist auch hinter den drei Wolken der Berliner „Post“ ohne Vergrößerungsglas zu bemerken.

Die siamesische Wolke hat sich über Erwarten rasch verzogen. Sah man ja doch den Bruch zwischen Frankreich und England bereits vor der Thüre stehen. In der That ist es richtig, daß die Franzosen ursprünglich die Absicht hatten, das ganze siamesische Reich ohne weiters in ihre hinterindische Tasche zu schieben und so die unmittelbaren Nachbarn der Engländer in Birma zu werden, das der brittische Löwe vor einigen Jahren gleichfalls verschlungen hat, ohne in Paris um Erlaubniß zu fragen. Ob es England wirklich zum Kriege mit Frankreich hätte kommen lassen, mag dahin gestellt bleiben; jedenfalls wurde die Möglichkeit in unserer Presse bereits eifrig in dem Sinne erörtert, daß dann England genöthigt seyn würde, sich offen dem Dreibund anzuschließen. Der Durst „nach Aktion“ ist in Altpreußen weit verbreitet, und die Gelegenheit ihn zu löschen, wäre willkommen gewesen.[1]) Man bemerke wohl: wenn die Lebensinteressen Oesterreichs durch einen russischen Vormarsch über den Balkan gefährdet wären, dann ginge dieß, nach Bismarck'scher Vorschrift, das deutsche Reich nichts an; wenn aber das englische Interesse in Hinterindien zum Bruche mit Frankreich führt, dann muß der Dreibund für England Partei nehmen. Denn im erstern Falle wäre es „national“, durch Preisgebung Oesterreichs Rußland auf seine Seite zu ziehen; im zweiten Falle wäre es „national“, mit englischer Hülfe sich von der andern Front freizumachen.

„Aus den Aeußerungen der hiesigen Zeitungen,“ schrieb ein Beobachter aus Berlin, „kann man deutlich ersehen, daß

---

1) Man vergleiche den Leitartikel der Berliner „Kreuzzeitung“ vom 28. Juni.

der Gedanke vorwiegt, die Vorgänge in Siam könnten möglicherweise zu kriegerischen Conflikten in Europa führen. Der Gedanke hat noch keine Form angenommen, aber man ist daran, ihn auszubilden. Man wird ihn nur dann verständlich finden, wenn man mit der Möglichkeit eines Krieges zwischen England und Frankreich rechnet, und in der That würden einige Kreise hier mit großem Vergnügen daran gehen, eine solche Rechnung aufzumachen." England und Deutschland, heißt es weiter, würden dann das gebieterische Verlangen um Abrüstung an Frankreich stellen.[1]) Deutschland natürlich nicht, um auch selber „abzurüsten"; für ein solches Wort hat der Militärstaat kein Organ und keine Zunge; er müßte sich im Gegentheil dann erst recht vervollkommnen, um seinem Berufe als allmächtige europäische Polizeiinspektion gewachsen zu seyn. Das war aber den Russen auch nicht verborgen, und der faule Friede war ihnen doch noch lieber. Die beiden Mächte dießseits und jenseits des Kanals nahmen Vernunft an, und vereinigten sich auf den siamesischen „Pufferstaat" zwischen Birma und Kambodscha. „Ein glückliches Ereigniß," wurde von St. Petersburg nach Paris telegraphirt, „nicht nur für Frankreich, sondern für alle diejenigen in Europa, welche wünschen, die internationale Lage möge nicht durch die Nothwendigkeit für Frankreich, seine Aufmerksamkeit und seine Kräfte fernen militärischen Unternehmungen zu widmen, modificirt werden."[2]) Wer zuletzt lacht, lacht am besten, und die gemeinsame russisch-französische Flottenschau im Mittelmeere wird jetzt um so brüderlicher ausfallen können.

Gleichzeitig, ebenso überraschend und unerwartet, kam die Nachricht von dem Schritte Rußlands, welcher unbedingt zu dem deutsch-russischen Zollkrieg führen mußte, nämlich die Verhängung des russischen Höchsttarifs über die deutsche

1) Wiener „Vaterland" vom 29. Juni d. Js.

2) Pariser Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 3. August d. Js.

Einfuhr. Seit Monaten schwebten Verhandlungen mit Rußland wegen eines Handelsvertrags, und nun diese gehässige Unterbrechung. Allerdings kann man sagen, daß die Reichsregierung, wenn sie überhaupt auf ein neues Zollverhältniß mit Rußland eingehen wollte, früher und bald nach dem Abschluß der sogenannten mitteleuropäischen Handelsverträge in die Verhandlung hätte eintreten sollen; sie wäre dann bei Rußland nicht in den Schein einer Nothlage gekommen, und die einheimischen Schwierigkeiten gegen Herabsetzung des Zolles auf russisches Getreide wären damals noch eher zu überwinden gewesen. Jetzt ist, was man doch auch in St. Petersburg wissen muß, nicht abzusehen, wie dieselbe gegenüber dem Aufbrausen der landwirthschaftlichen Bewegung durch den Reichstag gebracht werden soll, selbst wenn Rußland in die Abminderung der Zölle auf die wichtigsten industriellen Produkte schließlich einwilligen sollte.

Spott und Hohn erschallt jetzt aus dem Sachsenwalde über die „Naivetät", mit der der Nachfolger in seine Handelspolitik sich verrannt habe: ein Bedürfniß, Handelsverträge zu schließen, habe schon vor zwei Jahren „außerhalb des Kreises officiöser Ignoranten und fanatischer Freihändler Niemand gefühlt."[1]) Thatsächlich würde der Kanzler im Reichstag nur den jetzt gespaltenen „Freisinn" und die Socialdemokraten sicher für sich haben. Man dürfe um keinen Preis dem arbeitenden Volke das Brod vertheuern, predigen die letzteren seit Jahren, und sie können allerdings darauf hinweisen, daß noch im Jahre 1891 das Reich nicht weniger als 692 Millionen für Ackerprodukte an das Ausland bezahlt habe. Auch die antisemitische Bewegung steht auf der Gegenseite. Auf die erste Nachricht, daß das Reich als Entschädigung für Herabsetzung der Getreidezölle von Rußland vor Allem eine Abminderung des Zolles auf Kohlen und landwirthschaftliche Maschinen

---

1) Aus den „Hamburger Nachrichten" in der „Allg. Zeitung" vom 21. Juli d. Js.

verlange, erklärte das antisemitische Hauptblatt in Berlin: „eine Herabsetzung dieser Zölle würde nur den Juden zu Statten kommen, denn der deutsche Kohlenhandel sei schon fast die alleinige Domäne der Großjuden, und die leistungsfähigsten Fabriken landwirthschaftlicher Maschinen befänden sich durchweg in Judenhänden, die deutsche Landwirthschaft aber werde durch die Herabsetzung der Getreidezölle Rußland gegenüber ruinirt." [1]) Im Czarenreiche liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt, indem dort die Landwirthschaft für, die rasch aufgeblühte Großindustrie gegen einen deutschen Zollvertrag ist. Nur daß es eben in Rußland keinen Reichstag gibt, man also auch die Hinausziehung der Verhandlungen durch die Berliner Regierung nicht als bösen Willen auszulegen brauchte.

Aber es kam noch, wieder überraschend, ein weiterer Umstand hinzu, der den russischen Schritt zum Zollkriege mit dem deutschen Reiche erst recht verdächtig machte. Nicht nur daß Rußland in aller Stille ein Handelsabkommen mit Frankreich abschloß, es bewilligte auch Oesterreich-Ungarn seinen Mindesttarif, und bot weitere Zugeständnisse zu einem besonderen Handelsvertrag an. So war die Spitze der russischen Zollpolitik gegen Deutschland allein gerichtet. Der Stich mußte hier auch tief verletzen. „Zwischen Deutschland und Rußland ist der heftigste Zollkrieg ausgebrochen, während Oesterreich sich in der angenehmen Lage befindet, von Rußland aus sich zu proviantiren und uns sein Getreide zu verkaufen": schrieb ein Bismarckianer. „Während Rußland gegen Deutschland mit Ungestüm vorgeht, ist es gegen Oesterreich die Milde und das Entgegenkommen selbst; unter diesen Umständen gewinnt auch die Rede Kalnoky's über das Verhältniß Oesterreichs zu Rußland erneute Be-

---

1) Aus der „Staatsbürger-Zeitung" s. „Kölnische Volkszeitung" vom 6. März d. Js.

deutung": schrieb ein Fortschrittler.[1]) Im ersten Moment tauchte auch die Ansicht auf, die Einleitung zu dem Vertrag vom 6. Dezember 1891, bezüglich der „Cooperation", hätte Oesterreich verboten, einseitig auf die russischen Anerbietungen einzugehen; doch war auch Bismarck nicht dieser Meinung in Bezug auf den Zollvertrag mit Oesterreich. Aber gerade aus Anlaß jener Delegationsrede hatte ein Bismarck-Schwärmer aus Wien geschrieben:

„Wie der förmliche Zutritt Italiens zum Bündniß der beiden mitteleuropäischen Kaisermächte das innige Verhältniß zwischen ihnen beiden nicht beeinträchtigt, so kann es ihrer Harmonie unmöglich schaden, wenn zwischen ihnen und Rußland, das sich dabei doch immer in einer gewissen Reserve halten würde, wesentlich freundlichere Beziehungen sich herausbildeten. Aber Eines muß loyalerweise jede der beiden Kaisermächte von der anderen verlangen: keine darf ihre gesonderten Wege nach St. Petersburg suchen, keine sollte auch nur den Schein einer größeren Intimität mit dem Zarenhofe beanspruchen. Graf Kalnoky hätte daher den Jungtschechen gewiß mit größerer Entschiedenheit erwidern können und sollen; er würde wohl gethan haben, ihnen bemerkbar zu machen, daß er nur Arm in Arm mit Deutschland oder gar nicht dem Zarenhof näher treten wolle und werde. So fordert es der Geist und Sinn des Vertrages von 1879."[2])

Allerdings drängt die jetzt durch das russische Vorgehen geschaffene Lage die damalige Rede des österreichischen Ministers Grafen Kalnoky wieder in die Erinnerung. Sie war eine Vertheidigung gegen die fanatischen Jungczechen und ihre Schmähungen auf den Dreibund, der den Beziehungen Oesterreichs zu Rußland schädlich und lediglich zum Schutze von Straßburg und Metz gegen die Franzosen aufgerichtet

---

1) S. Münchener „Allgemeine Zeitung" v. 3. und 5. August d. Js.

2) Münchener „Allg. Zeitung" vom 17. Juni d. Js.

sei. Die Rede fiel gerade in die letzten Tage des entscheidenden Kampfes um die Militärvorlage und der Neuwahlen zum Reichstage, machte also um so böseres Blut. Die Sprache des Ministers hatte auch wirklich etwas Räthselhaftes; sie stand in auffallendem Gegensatz zu den Erklärungen, die er noch in den letzten beiden Jahren vor den Delegationen über die Gefahren der allgemeinen Lage und insbesondere über die gespannten Verhältnisse am Balkan gegeben hatte. Er hatte zwar stets die freundlichen Beziehungen zur „Person" des Czaren betont, jetzt aber dehnte er dieselben auch „auf die Regierung" in Rußland aus. Eine gewisse Gefahr bestehe in der „militärischen Situation"; aber gerade die Besserung des Verhältnisses zu Rußland, sagte er, lasse hoffen, daß die „militärische Spannung in Europa" nachlasse, die „Anspannung der Wehrmacht aller Staaten" aufhöre. Allerdings sei „die allgemeine Abrüstung unter den jetzigen Umständen unausführbar, aber schon ein allgemeiner Stillstand wäre ein großer Fortschritt". Was den Minister zu solch zuversichtlichem Auftreten bewog, war damals noch ein vollständiges Geheimniß, den Eindruck in den Berliner Kreisen aber mag man aus der Antwort der „Nationalzeitung" entnehmen:

„Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß, wenn Oesterreich-Ungarn keine Besorgnisse in Bezug auf die russische Politik hegt, Deutschland dann sicherlich zu solchen nicht den mindesten Anlaß hat und danach handeln muß. Wenn nach dortiger Auffassung derartige, eine Collision mit Rußland in Aussicht stellende, Interessen nicht mehr in Betracht kommen, so kann das deutsche Reich seine Beziehungen zu Rußland vollständig auf der Grundlage der altüberlieferten, nur seit 1880 unterbrochenen Auffassung ordnen, daß Deutschland und Rußland Nachbarn ohne irgendein natürliches gegensätzliches Interesse in der hohen Politik sind. Wir sind es ganz zufrieden, wenn für Deutschland bei der Discussion über die Militärvorlage die Frage des Krieges mit zwei Fronten aus der Erörterung ausscheiden kann. Die Heeresverstärkung bleibt dann nach wie

vor nothwendig, aber sie erscheint dann unvergleichlich wirksamer. Wir sind dann Frankreich unwiderruflich überlegen, denn wir brauchen einen Krieg mit Rußland, in den wir nur durch österreichisch-ungarische Interessen verwickelt werden können, dann nicht weiter in Betracht zu ziehen." [1])

Wäre eine so zuversichtlich stolze Sprache heute auch noch am Platze? Das ist die Frage. Die Hoffnungen des Grafen Kalnoky auf das Nachlassen der „militärischen Spannung in Europa" sind inzwischen durch die That des neuen Militärgesetzes im Reich bitter getäuscht, aber seine Berufung auf die eingetretene Besserung der Beziehungen Oesterreichs zu Rußland scheint sich jetzt vollauf zu bestätigen. Sie sind wirthschaftlich Freunde geworden, und mit dem Satze, daß dieß der beste Kitt der politischen Freundschaft sei, hat Graf Caprivi vor zwei Jahren seine Zollpolitik dem Reichstag empfohlen. „Jedenfalls", so wurde Angesichts der Kalnoky'schen Rede aus Berlin geschrieben, „will man sich hier in der Freundschaft mit Rußland von keinem Andern zuvorkommen lassen". [2]) Und nun ist es doch geschehen. Unmittelbar vor Einbringung der neuen Militärvorlage hat Fürst Bismarck seine Politik in Bezug auf Rußland in scharfen Zügen der Regierung noch einmal vorgemalt, und es ist der Mühe werth, das Bild mit der jetzt eingetretenen Verwicklung zu vergleichen:

„Es ist nicht ungefährlich, über die Rolle, die Rußland in der politischen Entwicklung der Zukunft zu spielen berufen ist, durch Herabsetzung seiner Leistungsfähigkeit falsche Vorstellungen zu erwecken. Rußland umfaßt den sechsten Theil des Erdballes, seine Culturarbeit in Asien hat ungeheure Erfolge gehabt, sein Heer ist das größte der Welt, und was die Finanzlage betrifft, so hat, bisher wenigstens, noch Niemand sein Geld an Rußland verloren, was man nicht von allen anderen Staaten sagen kann. Die inneren Zustände Rußlands haben uns nichts zu kümmern,

---

1) S. Münchener „Allg. Zeitung" vom 9. Juni d. Js.

2) Bericht im Wiener „Vaterland" vom 16. Juni d. Js.

auch kann es uns gleichgültig seyn, ob, wann und wie Rußland seinen Plan am Schwarzen Meer verwirklicht. Wir sind überzeugt, daß Rußland, nachdem es Herr seiner Hausthür dort geworden ist, den Schlüssel abziehen und sich ausschließlich nach Asien wenden wird. Das mag England mit Besorgniß erfüllen, uns Deutsche kann die Sache kalt lassen, wir können abwarten, was die an der Mittelmeerfrage direkt interessirten Mächte thun; vertragsmäßig haben wir nur das Territorium Oesterreich-Ungarns gegen Angriffe zu decken. Wer den russischen Werthen nicht traut, mag sich keine anschaffen, wenn er noch welche besitzt, sie verkaufen, und wenn zu einem handelspolitischen Abkommen mit Rußland nicht unter günstigen Bedingungen für Deutschland zu gelangen ist, so soll man es unabgeschlossen lassen; daraus wird für uns kein Schade entstehen. Aber politische und nationale Feindschaft mit Rußland den Oesterreichern, Engländern und der Börsendemokratie zu Liebe schüren, halten wir für ein Beginnen, das ohne Nutzen ist, unter Umständen aber großen Schaden anrichten kann." [1])

Wenn Oesterreich von der Allianz mit dem deutschen Reiche gar nichts Anderes zu erwarten hat, als die „Deckung seines Territoriums gegen Angriffe", dann müssen sich dort, nachdem die Versicherungen des Grafen Kalnoky von der Herstellung freundlicher Beziehungen zu Rußland thatsächlich bestätigt sind, doch unwillkürlich Zweifel einnisten, wozu denn überhaupt noch ein solches Bündniß dienen solle. Das neue deutsche Militärgesetz mit seinen unabweislichen Folgen für den Verbündeten muß diese Stimmungen noch verstärken. [2]) Während des langwierigen Kampfes um die Bewilligung der enormen Heeresverstärkung hat gerade die liberale Presse in Oesterreich für die Annahme sich ereifert mit dem Hintergedanken, daß dann das Reich dem Kriege nach den „zwei Fronten" für sich allein gewachsen seyn werde, ohne den

1) Aus den „Hamburger Nachrichten", s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 31. Oktober 1892.

2) S. nachfolgende Zuschrift an die „Blätter" aus Ungarn.

Bundesgenossen in weitere Unkosten versetzen zu wollen. Die deutsche Presse aber hat schon lange zuvor mit den Vorwürfen nicht gespart, daß von Wien aus für den Dreibund viel zu wenig an Militärvermehrung geleistet werde, und nun wird man in Oesterreich ohne Zweifel schon wissen, was man der neuen Militärorganisation im deutschen Reiche schuldig sei, „einerlei, was die Finanzminister dazu sagen mögen, und wie sehr sich die friedlichen Neigungen der Bevölkerung beider Theile der Monarchie dagegen wehren mögen“.[1])

Es ist nicht zu ermessen, in welche Zustände der nächste deutsche Reichstag nach innen und außen hineinsehen wird. Wer und was alle die Zerrüttung verschuldet hat, zeigt ein Rückblick auf den Pariser Congreß von 1854, bei dem „Europa“ zum letzten Male seine Schuldigkeit gethan hat, und auf die Staatenlenker, die seitdem dieses Europa verdorben haben. Soweit sie noch leben, müssen sie rath- und hülflos in das Babel hineinsehen; sogar der Militärstaat muß geduldig warten, bis äußere Umstände ihm erlauben, seine Arbeit in Blut und Eisen aufzunehmen. Sonderbar, daß gerade ein warmer Verehrer des schwersten jener Verbrecher das passendste Wort für das Endresultat ihres Werkes gefunden hat: „Wenn man sieht, wie moderne Staaten, ohne des ihnen gemeinsam drohenden Verhängnisses zu achten, um politische Machtfragen den Streit entfesseln, dann muß man, wie einst David Hume, den Eindruck gewinnen, daß Trunkene in einem Porcellanladen zu raufen anfangen. Das deutsche Reich in seiner partikularistischen und socialen Zerklüftung ist solchem Porcellanladen nicht ganz unähnlich, und vor allzu plötzlichem Bewegen sollten seine Leiter deshalb sich besonders hüten“.[2]) Der gute Rath kommt leider zu spät!

---

1) Berliner Brief im Wiener „Vaterland“ vom 12. Juli d. Js.
2) Max. Harden's „Zukunft“. Berlin 8. Juli d. Js. S. 53.

XXVIII.

Was dann?

Zuschrift aus Oesterreich-Ungarn von einem Katholiken.[1])

Motto.
„Die einzelnen Völker wie die einzelnen Staaten fangen bereits an, sich ihrer Solidarität gegenüber dem Judenthum bewußt zu werden". Rembrandt.

Aus der Militärdebatte im deutschen Reichstage ist die Regierung momentan siegreich hervorgegangen. Da dieser Beschluß jedoch weitere Kreise ziehen und speciell für die österreichisch-ungarische Monarchie die unangenehme Folge haben wird, daß über kurz oder lang wieder mit Mehrforderungen an die Parlamente herangetreten werden muß, was abermals eine unproduktive Mehrbelastung des Volkes bedeutet: so verlohnt es sich wohl der Mühe, diese ganze aufgerollte Frage näher zu beleuchten, um so mehr, als diese Frage für Deutschland selbst noch gar nicht abgeschlossen ist. Dies kann jedoch nur im Zusammenhang mit den großen politischen Verhältnissen in ganz Europa geschehen, die ja in erster Linie dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Armeen immer wieder vermehrt werden müssen.

---

1) Die Herkunft der „Zuschrift" gibt den in ihr enthaltenen Anschauungen leider eine Bedeutung, die sich durch Verschweigen nicht beseitigen läßt. Anm. d. Red.

Vor Allem muß constatirt werden, daß in den Reichstagsdebatten ein Hauptargument, welches neben den finanziellen Bedenken am meisten ausschlaggebend gegen die partielle Erhöhung der Armeestärke hätte sein sollen, viel zu wenig betont und jedenfalls gar nicht entkräftet wurde. Frankreich und noch mehr Rußland gebieten über ein solches Plus an Menschenmaterial, auch wohnen diesen Staaten, trotz aller gegentheiligen Behauptungen, solche natürliche, wirthschaftliche und finanzielle Kräfte inne, daß es ihnen immer ein Leichtes sein wird, die verhältnißmäßig geringe Zunahme der Dreibundstruppen sofort wieder zu paralysiren.[1]) Also warum diese numerische Licitation, wenn Deutschland nicht andere Zwecke damit verbinden will?

Eine darauf abzielende Bewegung hat in Frankreich thatsächlich schon begonnen, und Rußland wird sicherlich nicht zurückbleiben. Was dann? Eine befriedigende Antwort hierauf wird auf dem betretenen Wege nie erfolgen, also muß eine befriedigende Lösung der unhaltbaren Situation auf andere Weise gesucht werden. Oder soll Oesterreich-Ungarn in Hinkunft einzig nach Berliner Dictat geleitet werden?

Die Wahrheit ist selten angenehm zu hören, aber gerade jetzt kann dieselbe für die protestantische Staatsomnipotenz, welche in Deutschland nach dem Recept Friedrich des Großen durchgeführt werden soll, von der größten Tragweite werden. Die christliche und conservative Tendenz Ihres Blattes und die gerechte katholische Sache gebieten dies hervorzuheben. Ja noch

---

1) Eine kleine tabellarische Zusammenstellung nach officiellen Daten für 1892 wird dies beweisen.

	Einwohner	Friedensstärke	Kriegsstärke
Deutschland . . .	48'428,000	506,000	2'471,000
Oesterreich-Ungarn	41'384,000	339,000	1'871,000
Italien	30'347,000	215,000	1'241,000
Rußland	95'989,000	780,000	2'410,000
Frankreich . .	38'343,000	571,000	2'450,000

(Bei den zwei letzteren Reichen sind die außereuropäischen Besitzungen außer Betracht gelassen.)

mehr, in jedem Lande gibt es jetzt Elemente, Parteien, die jede geistliche oder weltliche Autorität offen oder geheim bekämpfen, die dabei auf jede Weise durch künstliche Complicationen, im Großen und im Kleinen, die Autorität zu paralysiren, zu erschüttern trachten, in der Hoffnung, dann bequemer im Trüben fischen zu können. In solch einem ungesunden Gährungszustand befindet sich jetzt Europa, wie nie zuvor. Das Verhältniß der europäischen Staaten zu einander, mit einem Wort der europäische Friede wird nur künstlich durch den Dreibund aufrecht erhalten. Paßt es den betreffenden geheimen „Mächten" Complicationen hervorzurufen, so ist ein Vorwand leicht gefunden. Die Friedenssicherheit ist also durch den Dreibund keineswegs gefestigt, dafür aber auch dessen politische Nothwendigkeit nicht ohne weiters über jeden Zweifel erhaben. Ja noch mehr! Bei den von Berlin aus immer wieder laut werdenden Mahnungen, Warnungen, ja Drohungen an seine „Bundesgenossen", sich der ferneren „Freundschaft" durch beständige Erhöhung der Militärlasten auch würdig zu erhalten, ist es wohl erlaubt ein offenes Wort zu sprechen, um so mehr als die eigentliche alte Bismarck-Partei die Gefahr des Großpreußenthumes für Deutschland selbst, also auch für das friedliche Europa, in jeder Weise betont und die österreichisch-ungarische Monarchie geradezu wieder auf ihre Orientstellung hinweist.

Es ist daher vom christlichen und conservativen Standpunkt interessant zu untersuchen, wie sich das Verhältniß gestalten würde, wenn Deutschlands Interessen eine Neugruppirung der europäischen Kräfte wirklich erfordern oder, sagen wir besser, gestatten würden, und Oesterreich-Ungarn sodann in seiner gesunden und aktiven Orientpolitik einen Schritt nach vorwärts thun könnte.

Die ganze künstliche Spannung der letzten 20 Jahre läßt sich auf die unnatürliche Stellung und Behandlung des katholischen Elsaß-Lothringen im Deutschen Reich zurückführen. Würde sich Deutschland offen mit Frankreich auseinandersetzen wollen, so würde die Würde beider Staaten und Völker keineswegs verletzt und ein modus vivendi für die Zukunft sicherlich gefunden werden. Es ist nicht das erste Mal, daß von ernster Seite der Abtretung von Elsaß-Lothringen Erwähnung

geschieht. Hiedurch würde die politische Spannung plötzlich aufhören.

Man vergißt in Deutschland absichtlich, daß Bismarck im Jahre 1870 sich den Forderungen der Militärkreise, Elsaß-Lothringen zu annektiren, ebenso sehr widersetzt hat, wie im Jahre 1866 einer Gebietsverminderung von Oesterreich-Ungarn, nur wurde er schließlich 1870 überstimmt. Diese kluge Mäßigung Bismarcks allein hat ein gesundes Verhältniß Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn so bald wieder ermöglicht.

Verlöre der Dreibund seine raison d'être, oder nehmen wir den Fall an, daß Oesterreich, aus irgend einem Grunde, aus demselben austritt, um ruhig und selbständig seinen eigenen Interessen nachgehen zu können, welches wäre dann die Stellung Oesterreich-Ungarns im europäischen Concert?

Die Habsburgische Dynastie, als die einzige katholische und conservative Macht, hätte die Möglichkeit, ja die Pflicht und das Recht, die Basis seiner gegenwärtigen Politik unverrückt beizubehalten, das heißt im freundschaftlichen Verhältniß mit allen seinen Nachbarn sich im Innern zu consolidiren und nach Außen sich nur auf handelspolitischem Gebiete auszubreiten. Diese berechtigte Expansion würde eine gesunde Welthandelspolitik fördern und die freundschaftlichen Beziehungen zu allen östlichen Nachbarn ermöglichen. Zudem könnte Oesterreich-Ungarn seine Culturmission als erste katholische Macht zum Wohle seiner Völker und der gesammten Christenheit wieder mehr betonen.

Wenn von den östlichen Nachbarn die Rede ist, kommt in erster Linie Rußland und sein Kaiser in Betracht. Dieses Reich ist mächtiger und innerlich gefestigter, als in den Judenzeitungen gewöhnlich zu lesen ist, wenn es auch noch vielfach zurückgeblieben und unentwickelt ist. Sein Kaiser ist eine durch und durch christliche einfache und charaktervolle Erscheinung, die ehrfurchtgebietend und integer dasteht, wie er ja schon in seinem Familienleben, in seiner bewundernswerthen Einfachheit und Reinheit als Beispiel jeder christlichen Familie dienen kann. Man muß eben durchaus ehrlich, durchaus bescheiden und durchaus rein sein, um Bleibendes, Segensreiches für die Völker

schaffen zu können. Daher ist das christliche Rußland der natürlichste Bundesgenosse für ein katholisches Oesterreich-Ungarn, besonders wenn das protestantische Deutschland sich in den höchsten ethischen Fragen immer mehr mit seinen politischen Bundesgenossen in Gegensatz setzen und dieser Bundesgenossen entrathen will. Die volkswirthschaftlichen Interessen weisen Oesterreich-Ungarn ebenfalls ganz auf den Orient hin, also muß es in erster Linie mit den dortigen Machtfaktoren rechnen.

Loyal und offen hat Oesterreich-Ungarn die politische Selbständigkeit der Balkanstaaten anerkannt, ebenso offen könnte es daher mit Rußland sich auseinandersetzen. Ein ehrliches Freundschaftsverhältniß würde mit einem Selbstherrscher von dieser ethischen Höhe jedenfalls möglich, ja dauerhafter, weil natürlicher sein, denn der Gegensatz der Interessen ist ein künstlich genährter; die feindlichen Aspirationen werden von gewissen schlechten Elementen, theils aus Unkenntniß, theils aus böser Absicht übertrieben. Dies wissen übrigens die höchsten Kreise und ausschlaggebenden Politiker und Machtfaktoren in Oesterreich-Ungarn ebensogut wie in Rußland — dies sollte man sich auch in Deutschland sagen!

Durch eine solche Politik würde Niemand bedroht und alle Staaten könnten ihre Kräfte auf jene Aufgaben concentriren, welche in christlichem und conservativem Sinne entwickelt und gekräftigt werden sollten, um die Lösung der großen socialen Fragen und Probleme selbstthätig durchführen zu können. Rußland ist eine christliche Macht, Rußlands Herrscher ein christlicher Fürst, der das Herz am rechten Fleck hat. Bei den großen internen und ostasiatischen Aufgaben Rußlands läßt sich ganz gut denken, daß eine gesunde, friedliche Entwicklung Oesterreich-Ungarns und ein näheres Verhältniß mit den kleinen christlichen Balkanstaaten bei Rußland nicht jene Opposition finden würde, welche man ihm oft absichtlich unterschiebt. Freilich: die Umsturzparteien und die Judenmoral würden bei dieser Klärung nicht gewinnen, aber die Interessensolidarität aller christlichen Völker und conservativen Staaten würde unbedingt einen Fortschritt machen. In diesem Bestreben sollten sich alle ernsten Staatslenker begegnen, bevor es zu spät ist.

Deutschland hätte nach Abtretung Elsaß-Lothringens von

Frankreich nichts mehr zu besorgen (?) und das consolidirte christliche Rußland ist viel zu sehr im Innern beschäftigt und in Asien interessirt, um nicht auf das „Bischen Balkan" offen verzichten zu können. Einer Balkan-Föderation fehlt zudem jede Offensivtendenz.

Die Entwicklung und naturgemäße Ausgestaltung Oesterreich-Ungarns zu einer Personalunion ist bei den vielseitigen Aspirationen der chauvinistischen Ultras — mit denen man nun einmal als Thatsache und Machtfaktor rechnen muß — nur mehr eine Frage der Zeit. Ein engeres Verhältniß dieses Staates mit allen kleineren Balkanstaaten wäre um so mehr gut denkbar und würde Niemand gefährlich werden.

Jedenfalls glaube ich gezeigt zu haben, daß Oesterreich-Ungarn nichts zu fürchten hat, am wenigsten sich durch seine Bundesgenossen durch Drohungen braucht zu Schritten hinreißen zu lassen, die unberechenbare politische Folgen, ja selbst den finanziellen Ruin nach sich ziehen könnten, jedenfalls aber der christlichen und conservativen Sache Schaden brächten. Gegenüber all dem Judengeifer darf man ruhig mit Göthe sagen: „Diese Leute ahnen nicht, in welch unzugänglicher Burg der Mensch wohnt, dem es wirklich ernst um die Dinge ist."

XXIX.

Die Generalversammlung der österreichischen Leo-Gesellschaft in Innsbruck.

Das in Oesterreich katholischerseits leider so oft gehörte Wort: „Kann man nix machen", hat auf dem Gebiete der von christlichen Principien geleiteten Wissenschaft eine thatkräftige Widerlegung erfahren durch die Generalversammlung der Leo-Gesellschaft und des Zweigvereines derselben für Tyrol und Vorarlberg am 24., 25. und 26. Juli zu Innsbruck. Die junge Gesellschaft hat seit ihrer vorjährigen Versammlung höchst anerkennenswerthe Arbeiten geliefert, erfreuliche Fortschritte in der äußeren Ausbreitung und der inneren Kräftigung gemacht und in ihren Verhandlungen zu Innsbruck frohe Hoffnungen für die Zukunft erweckt. Unter den österreichischen Kronländern hat sich Tyrol mit Vorarlberg am eifrigsten der Interessen der Leo-Gesellschaft angenommen, indem hier die Gründung eines eigenen Zweigvereines im engsten Anschluß an die Stammgesellschaft in Wien vorgenommen werden konnte. Mit der Generalversammlung dieses Zweigvereins unter dem Vorsitze des Grafen Brandis wurden die drei Festtage der Leo-Gesellschaft in der schönen Hauptstadt Tyrols eingeleitet. Unvorhergesehene Umstände nöthigten den Universitätsprofessor Dr. Hirn, durch eine interessante Episode aus der tyrolischen Landesgeschichte des 17. Jahrhunderts den im Programm angekündigten Vortrag des als Naturforscher berühmten Gymnasialdirektors P. Vincenz Gredler, O. S. Fr., zu ersetzen. Die historischen Vorträge erhielten hierdurch das Uebergewicht und drückten der Versammlung ein charakteristisches Gepräge

auf. Der Kampf des Capitalismus gegen die landesfürstliche Macht wurde in der erwähnten Episode durch das Ringen der Familie Trautson gegen den geldmächtigen Georg Fugger illustrirt. Auch für seinen Vortrag in der letzten öffentlichen Versammlung am 26. Juli hat Professor Dr. Hirn ein Thema gewählt, das die socialen Fragen der Gegenwart durch die Vergangenheit beleuchtete „Die Tyroler Landtage zur Zeit der großen Bauernbewegung“ kamen hier zur Darstellung. Da außerdem die Arbeiten der socialwissenschaftlichen Sektion neben denen der historischen das meiste Interesse fanden, so kann die Innsbrucker Versammlung mit Vorzug eine historisch-sociologische genannt werden Von sittengeschichtlichem Interesse war der Vortrag über „die altdeutschen Passionsspiele in Tyrol“, den Universitätsprofessor Dr. Wackernell in der geschlossenen Generalversammlung der Leo-Gesellschaft am 25. Juli hielt.

In der Leo-Gesellschaft haben sich bisher fünf Sektionen constituirt: die theologisch-philosophische, die historische, die literarische, die socialwissenschaftliche und die juristische. Mit Ausnahme der letzteren haben alle im Laufe des verflossenen Jahres durch Sitzungen und schriftliche Arbeiten eine rege Thätigkeit entfaltet. Der tyrolisch-vorarlbergische Zweigverein hat in der Herausgabe des Werkes des apostolischen Missionärs Joseph Ohrwalder, „Aufstand und Reich des Mahdi im Sudan und meine zehnjährige Gefangenschaft daselbst“ die erfolgreichste That des Vereinsjahres zu verzeichnen. Unter den durch die Leo-Gesellschaft überhaupt veranlaßten bisher erschienenen literarischen Arbeiten steht obenan das „Oesterreichische Literaturblatt“, trefflich redigirt von Dr. Franz Schnürer, für dessen Erweiterung manch warmes Wort auf der Versammlung gesprochen wurde. Als letzte Vereinsschrift ist soeben ausgegeben worden: „Die Frauenfrage vom Standpunkte der Natur, der Geschichte und der Offenbarung“ von dem Redemptoristen P. Aug. Rösler. In Angriff genommen sind für die Folge von der historischen Sektion die Herausgabe der „Quellen und Forschungen zur Geschichte, Literatur und Sprache Oesterreichs und seiner Länder“ durch die Professoren Dr. Hirn und Dr. Wackernell; ferner wurden beantragt 1. die Herstellung eines zweibändigen Compendiums der Geschichte

nach der Weiß'schen Weltgeschichte für Gebildete; 2. ein Lehrbuch der Geschichte katholischer Richtung für die oberen Klassen der Mittelschulen; 3. eine ebensolche Vaterlandskunde.

In der theologisch-philosophischen Sektion ragte der Bericht über den glücklichen Erfolg der im vorigen Winter in Wien abgehaltenen apologetischen Vorträge hervor, welche von der Leo-Gesellschaft im Vorjahre angeregt worden waren. Die Theilnahme an diesen Vorträgen seitens der gebildeten Bevölkerung Wiens ist in beständigem Wachsen geblieben. Folgende sechs Themata waren behandelt worden: 1) „Die unabhängige Moral“ von Professor Dr. Schindler aus Wien. 2) „Das Christenthum eine Entwicklung aus dem Heidenthum?“ von Professor Dr. Gustav Müller aus Wien. 3) „Die schönen Künste im Christenthum“ von Direktor Dr. Fischer-Colbrie aus Wien. 4) „Renan's Leben und Werke“ von Professor Dr Pawlicki aus Krakau. 5) „Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit im Papstthum“ von P. Duhr, S. J., aus Wien-Lainz. 6) „Was haben die getrennten Gemeinschaften in der socialen Frage gemein?“ von P. Albert M. Weiß, O. Pr., aus Graz. Im Anschluß hieran wurde beantragt, dergleichen Vorträge in den größeren Städten der Monarchie zu veranstalten und dieselben durch den Druck in zwanglosen Heften nach Art der Virchow-Holtzendorff'schen Sammlung zu verbreiten. Ferner kamen in dieser Sektion zu Innsbruck noch folgende zwei Anträge zur Annahme: 1) Das Direktorium der Leo-Gesellschaft werde gebeten, bei der Redaktion des „Cursus scripturae sacrae“ (Paris, Lethielleux) anzufragen, ob eine kritische Ausgabe des griechischen neuen Testamentes geplant sei; wenn nicht, so möge das Direktorium für die Veranstaltung einer solchen Ausgabe die geeigneten Schritte thun. 2) Die sociale und charitative Thätigkeit der katholischen Kirche in Oesterreich soll statistisch, eventuell historisch ermittelt und dargestellt werden. Für die Bearbeitung einer philosophischen Propädeutik für höhere Lehranstalten ist eine tüchtige Kraft gewonnen.

Wie bereits bemerkt, wurde auf der Innsbrucker Versammlung am regsten in der social-wissenschaftlichen Sektion gearbeitet, in welcher der um die christlich-socialen Bestrebungen

in Wien und um das Gedeihen der Leo-Gesellschaft insbesondere verdiente Universitätsprofessor Msgr. Dr. Franz Schindler sein großes Talent und Wissen entfaltete. Letzterer eröffnete die Arbeiten der Sektion durch den Vortrag über „die Bedingungen des gerechten Lohnsatzes". Die Fragen, bezw. deren Beantwortung: „Woher ist das Ausmaß des gerechten Lohnes zu bestimmen? Ist es Individuallohn oder Familienlohn? Muß der Lohn des Mannes allein genügen oder muß die mäßige Mitarbeit der Frau und der herangewachsenen Kinder dazu beisteuern?" riefen lebhafte Debatten hervor. Noch gesteigert wurde das Interesse, als am folgenden Tage (26. Juli) der als Socialpolitiker bekannte Finanzrath Dr. Karl Scheimpflug eine Reihe von Thesen in sieben Abschnitten über „den Wucher im modernen Geldwesen und Geldverkehr" den Theilnehmern zur Besprechung vorlegte. Die mehrstündige Diskussion der angeregten Fragen genügte nur, um den kleineren Theil des Themas zu erledigen. Vorbehaltlich der endgiltigen stilistischen Fassung wurden folgende Thesen nach mannigfachen Abänderungen des ursprünglichen Textes allgemein angenommen:

1) Nach christlicher Auffassung soll das Aequivalenzprincip den ganzen Verkehr beherrschen und bestimmen. Das Geld ist an und für sich unfruchtbar. Wesentlich ist demselben bloß die Tauschmittelfunktion. Die Kirche hat das Zinsennehmen aus dem Gelde zugelassen nicht mit Rücksicht auf eine Aenderung der Natur des Geldes, sondern mit Rücksicht auf eine eingetretene Veränderung der wirthschaftlichen Verhältnisse. Gelingt es, der heutigen falschen Position des Geldes Herr zu werden, so entfällt das Hinderniß, welches der Rückkehr zur strengen canonistischen Wucherpraxis entgegensteht.

2) Auch bei den herrschenden wirthschaftlichen Verhältnissen hat das Geld keinen Anspruch auf einen durch Privatwillkür erschlichenen, bedungenen oder erzwungenen, sondern lediglich den Anspruch auf einen, durch den Zweck der Gesellschaft gemessenen Antheil an dem gesellschaftlichen Arbeitsertrage.

3) Wucherisch kann nicht blos das Darlehen, sondern jeder entgeltliche Vertrag sein. Es ist zu begrüßen, daß in dem österreichischen Gesetze vom 28. Mai 1881 (R.-G.-Bl. 47) die staatliche Wuchergesetzgebung nicht mehr das Darlehen,

sondern das Creditgeschäft im Allgemeinen zum Gegenstande seiner Fürsorge gemacht hat. Der Begriff des unredlichen Creditgeschäfts ist zum Begriffe des unredlichen Wettbewerbes (Concurrence déloyale) auszuweiten.

Dem Antrage des gewandten Redakteurs der tüchtigen „Brixener Chronik", Dr. Waitz, auf Veranstaltung eines praktisch-socialen Curses in Oesterreich nach dem Vorbilde der in Deutschland abgehaltenen kam der Vorsitzende mit der Erklärung entgegen, daß ein solcher Curs bereits auch vom Direktorium der Gesellschaft geplant sei. Die Abfassung einer populär-wissenschaftlichen Schrift über die nächsten Ziele der socialen Reform in Oesterreich wurde endlich als Gesuch an dasselbe Direktorium gerichtet.

Lebhafte Befriedigung rief in den Verhandlungen der literarischen Sektion der Vortrag des Gymnasialdirektors a. D. Conrad Pasch aus Salzburg hervor. „Edmund Dorer als Dichter und Mensch" war das Thema desselben. Der am 5. Mai 1890 zu Dresden verstorbene Schweizer Dorer wurde als ein hochbegabter Dichter von Gottes Gnaden und als ein edler Christ in Wort und That geschildert. Die mitgetheilten Proben seiner Dichtungen übten eine hinreißende Wirkung auf die Zuhörer aus, so daß der Antrag, die Abhandlung solle in erweiterter Form als selbständige Vereinsgabe erscheinen, die beifälligste Aufnahme fand. Von dem durch seine Begeisterung für Calderon mit Dorer verwandten und persönlich befreundeten Direktor Pasch haben wir demnach eine Arbeit zu erwarten, welche auch Deutschland und die Schweiz interessiren wird. — In den Verhandlungen der literarischen Sektion wurde außerdem, nach dem Referat des Professors Seeber, eine wissenschaftliche Darstellung des gesammten bayerisch-österreichischen Dialektes in Aussicht genommen. Mit der Ausarbeitung eines Programmes für die Dialektforschung sind der genannte Referent und Professor Dr. Wackernell beauftragt.

Nach den angeführten Arbeiten in den einzelnen Sektionen gestaltete sich die feierliche öffentliche Schlußversammlung im „Kleinen Stadtsaal" zu einer großartigen und glänzenden Kundgebung katholischen Lebens und Strebens. Die Bischöfe Tyrols, Fürstbischof Aichner von Brixen und Fürstbischof

Valussi von Trient, hatten sich dazu eingefunden. Der Feldbischof Belopotoczki als Vicepräsident der Gesellschaft war durch das Begräbniß des Kriegsministers abgehalten worden, an den Arbeiten der Versammlung theilzunehmen, hatte sich aber mit rühmenswerthem Eifer noch zur Schlußversammlung eingefunden. Der verhinderte Statthalter hatte sich durch Baron von Reden vertreten lassen. Im Rechenschaftsberichte über das abgelaufene Jahr konnte gemeldet werden, daß die Mitgliederzahl um 235 gewachsen sei, so daß die Gesammtzahl jetzt 1036 beträgt. Der tyrolisch-vorarlbergische Zweigverein zählt zudem 215 ordentliche Mitglieder und 66 Theilnehmer. Unter den Gönnern der Gesellschaft wurde namentlich auch Kaiser Franz Josef I. genannt, der mit einer Gabe von 1000 fl. seine Theilnahme der Gesellschaft bewiesen hatte. Ein ungenanntes Mitglied des Kaiserhauses hatte 2500 fl. gespendet.

Der kurze Bericht dürfte darthun, daß die österreichische Leo-Gesellschaft, welcher die deutsche Görresgesellschaft auf dem vorjährigen Linzer Katholikentage so hoch geschätzte, herzliche Sympathien entgegengebracht hat, ein sehr beachtenswerther Faktor zur Hebung des wissenschaftlichen und socialen Lebens im altehrwürdigen Habsburgerreiche ist.

XXX.

Bartholomäus Arnoldi von Usingen, der Lehrer und Gegner Luthers.[1])

Eine Arbeit, des Schweißes der Edelen werth, die sich würdig der in diesen Blättern (Bd. 109, S. 269) zur Anzeige gebrachten ausgezeichneten hochwissenschaftlichen Biographie

1) Der Augustiner Bartholomäus Arnoldi von Usingen, Luthers Lehrer und Gegner. Ein Lebensbild von Nikolaus Paulus, Priester des Bisthums Straßburg. Freib. 1893. XIII. 136 S. (M. 1.80.) (Drittes Heft der „Straßburger Theologischen Studien, herausgegeben von Dr. Albert Ehrhard u. Dr. Eugen Müller.")

des Augustiners Hoffmeister aus der Feder des nämlichen unermüdlichen Verfassers anreiht. Auf den Bemühungen des gelehrten Verfassers, so viele hervorragende Männer der deutschen Nation, welche für die Beschützung des alten Glaubens mit Darangabe aller irdischen Güter im 16. Jahrhundert eintraten, wieder zu Ehren zu bringen, scheint uns ein besonderer Segen Gottes zu ruhen. Denn kaum war die mühevolle Leistung über Hoffmeister vollendet, als Paulus den Spuren eines anderen ebenso bedeutenden Mannes nachforschte und auf Grund des eindringendsten Studiums seiner ehedem in ganz Deutschland bekannten und gebrauchten, aber Dank den Umsturzbemühungen der Neuerer und der Saumseligkeit der Katholiken fast in Vergessenheit gerathenen Werke ein neues Lebensbild zeichnet, das sich ungetheilte Anerkennung, ja Bewunderung erringen wird. Solch bedeutende Arbeiten können nur in München das Licht erblicken, weil die königliche Hof- und Staatsbibliothek als geschichtswissenschaftliche Fundgrube ersten Ranges Schätze in sich vereinigt, die man anderwärts vergebens sucht. Zum Beweise dessen berufe ich mich auf das sieben Seiten umfassende Verzeichniß der Schriften des Helden der Biographie, welche, mit einigen Ausnahmen, in der genannten weltberühmten Bücherei sich vorfinden. Daneben war es Paulus auch vergönnt, ungedruckte Schriften Usingen's, welche das Augustinerkloster zu Würzburg birgt, zu benützen und außerdem auch auf verloren gegangene Handschriften desselben hinzuweisen.

In acht Kapiteln behandelt der Verfasser: 1. Usingen als Lehrer der Philosophie, 2. der Ordensmann und Theologe, 3. die Anfänge der Reformation in Erfurt, 4. Usingen's Kampf mit den Erfurter Prädikanten, 5. Lehre von der Rechtfertigung, 6. Usingen's Stellung zur Kirche und den kirchlichen Mißbräuchen, 7. Usingen über die Folgen der Glaubensneuerung, 8. letzte Lebensjahre. Die Darstellung ist kurz und klar, die wissenschaftliche Behandlung ausgezeichnet und besonders hervorragend durch Ruhe und Vornehmheit des Tones. Ein Blick in die reichen Anmerkungen genügt, um sofort die Ueberzeugung von der ungemeinen Mühe zu gewinnen, welche allein schon das Studium der Werke Usingen's den Verfasser gekostet hat, ganz zu schweigen von der ausgiebigen Benützung und

Kritik der neueren protestantischen Literatur. Kolde, Plitt, Tschackert werden nicht wenige Ungenauigkeiten und, was die Kenntniß des katholischen Dogmas betrifft, durchaus falsche Auffassungen nachgewiesen. Außerdem befindet der Verfasser sich in der Lage, nicht wenige landläufige Irrthümer, wie die über eine an der Universität Erfurt vor dem Abfall Luthers angeblich herrschende oppositionelle Richtung gegen die allgemeine kirchliche Lehre, sowie über die Stellung und Thätigkeit des Johann von Wesel an der nämlichen Hochschule zu widerlegen.

Geboren um 1465 zu Usingen in Nassau, bezog Bartholomäus Arnoldi, d. h. der Sohn des Arnold Weber (Textoris) früh die Universität Erfurt, wo er 1491 Magister der freien Künste wurde und dann bis 1521 als Lehrer der Philosophie glänzte. Im Alter von etwa fünfzig Jahren (um 1514) trat der ausgezeichnete Mann, welcher auch Luthers Lehrer war, in den Augustinerorden zu Erfurt. „In den Orden bin ich eingetreten", erklärte er, „um darin Gott ruhiger dienen zu können". Weit entfernt, an diesem Schritt des wegen seiner Frömmigkeit, Selbstlosigkeit und Gelehrsamkeit allgemein beliebten Lehrers Anstoß zu nehmen, „zeigte Luther sich darüber hoch erfreut; er konnte seinem Lehrer nicht lebhaft genug schildern, wie vortrefflich das Ordensleben sei, was Usingen später nicht unterließ, dem leidenschaftlichen Klosterstürmer vorzuhalten" (17).

Auf das theologische System Usingen's des Näheren einzugehen, bleibe uns erlassen. Was Paulus in trefflichster systematischer Darstellung von den Ansichten Usingens über Glaube und Rechtfertigung, Sakramente und Kirche, Papst und Primat, Ceremonien und Cölibat, Heiligkeit der Kirche, und Mißbräuche in derselben aus den zahlreichen Werken des Gelehrten uns vorträgt, deckt sich vollkommen mit der Lehre und den Einrichtungen des Katholicismus. Keine Spur einer Neuerung oder Abweichung läßt sich entdecken. Diese hatten einzig und allein ihre Wurzel in Luthers Geiste und seiner Auflehnung gegen die Kirche. Vergebens hat Usingen alles aufgeboten, um Luther von seiner gefährlichen Richtung zu überzeugen und zur Annahme der Wahrheit wieder zurück-

zuführen. Undank und Verfolgung hat er für seine Bemühungen geerntet.

Uebrigens hat Usingen den alten Glauben wider eine Menge der gehässigsten Angriffe nicht bloß vertheidigt, sondern dieses Amt auch wahrgenommen unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen und inmitten der offenbarsten Todesgefahr. Der gewaltsam bewirkte Zusammenbruch der kirchlichen Verhältnisse in Erfurt führte Usingen 1526 nach Würzburg, wo er seine schriftstellerische Thätigkeit wider die Neuerer fortsetzte, bis endlich am 9. September 1532 der unsterbliche Geist des wackeren Streiters zu Gott zurückkehrte. Nur in einem Punkte möchten wir dem Verfasser nicht zustimmen. Als Philosoph betrat Usingen den sogenannten „neuen Weg", den Paulus als gefahrlos und mit der traditionellen Behandlung der Philosophie übereinstimmend erachtet. Diese Ansicht dünkt mich zu optimistisch. Ohne den Kampf zwischen Realisten und Nominalisten weiter betonen zu wollen, so trägt schon die von Anhängern des neuen Weges befürwortete Leugnung des Unterschiedes zwischen der Substanz der Seele und ihren Kräften (12) den Keim der allergefährlichsten Irrthümer in sich.

Die vorzügliche, mustergültige Abhandlung, aus welcher die Jünger der Geschichtswissenschaft sammt und sonders lernen können, und die mit guten Inhaltsangaben, einem Register und Literaturverzeichniß versehen ist, wird hiermit angelegentlichst empfohlen.

Aachen. A. Bellesheim.

XXXI.

Die Bedeutung des Sachsenspiegels zur Lösung kirchlicher und culturgeschichtlicher Fragen.

Der Sachsenspiegel stammt aus dem ersten Drittel des 13. Jahrhunderts und verzeichnet das damals in Norddeutschland geltende Gewohnheitsrecht. Derselbe enthält somit Rechtsnormen, die vielfach schon seit dem Beginne des Mittelalters in Uebung waren. Manche culturgeschichtlich interessanten Einrichtungen des bürgerlichen und kirchlichen Lebens hängen mit den Bestimmungen des altdeutschen Rechtes zusammen, und können in ihrem Ursprunge nur richtig erkannt und gedeutet werden, wenn man die in der Vorzeit geltenden Rechtsnormen, namentlich das Privatrecht des frühen Mittelalters zu Rathe zieht. Da letzteres in dem Sachsenspiegel verzeichnet ist, so erscheint die Annahme begründet, daß das genannte alte Rechtsbuch eine wichtige und ergebnißreiche Quelle zur Lösung culturgeschichtlicher Fragen sei. Dieses an einigen Beispielen zu zeigen, ist die Aufgabe der folgenden Darstellung.

1) Im Sachsenspiegel handelt der Artikel 58 des zweiten Buches von dem Rechte an den verfallenen Pacht- und Lehensnutzungen. Derselbe ist für die Hagiographie lehrreich und zeigt, daß das altdeutsche Recht für die Auswahl der Heiligen-Patronate mehrfach bestimmend gewesen ist. Das in diesem Artikel Mitgetheilte ist wohl geeignet, das Verständniß einzelner Patrone zu vermitteln und weit ver-

breitete Irrthümer zu berichtigen. Man braucht nur das in Menzel's Symbolik unter „St. Margaretha" und „St. Urban" Gesagte nachzulesen, um zu erkennen, wie leicht auch ein so tüchtiger Forscher in die Irre geht, wenn er nicht auf den Zusammenhang der Heiligen-Patronate mit den alten Rechtsgewohnheiten des Volkes achtet, sondern die Patronate in einer künstlichen, symbolischen Betrachtungsweise deuten will.

Die hl. Margaretha von Antiochien, deren Gedenktag am 20. Juli gefeiert wird, wurde schon im frühen Mittelalter als die Schutzheilige der Landleute verehrt, und ihr Name wurde ein beliebter Taufname. Wegen dieser Weise der Verehrung wurde sie mit der hl. Katharina, der Patronin des Lehrstandes, und der hl. Barbara, der Patronin des Wehrstandes, zusammengestellt. Es galten diese drei heiligen Martyrerinen als die Schutzheiligen der drei Hauptstände; deßhalb wurden sie in den Kreis der sogenannten vierzehn Nothhelfer aufgenommen, die in der Volksandacht seit alter Zeit, namentlich in Deutschland, hochgefeiert werden. Auch finden sich die Namen dieser heiligen drei Jungfrauen zuweilen vereint in der Benennung der Glocken.

Menzel schreibt in seiner Symbolik (II. S. 79) über die hl. Margaretha: „Einige haben sie für die Prinzessin ausgegeben, welche der hl. Georg vom Drachen befreite. Georg ist aber wirklich der Ackersmann, der die grüne Saat aus der Erde befreit. Auch wo die Heilige in keiner Beziehung zum hl. Georg steht, erscheint sie auf Kirchenbildern gewöhnlich in einem grünen Mantel. Da inzwischen ihr Fest in die Höhe des Sommers fällt, beruht ihre Beziehung zum Grün der Saaten und zum hl. Georg wohl nur auf einer Verwechslung, und sie dürfte eher mit der Ernte als mit der Saat in Verbindung zu bringen sein". Das Patronat der hl. Margaretha ist jedoch nicht „durch ihre Beziehung zum Grün der Saaten" und zum hl. Georg, sondern aus dem altdeutschen Rechte zu erklären.

Im Sachsenspiegel wird der Margarethentag als ein nach

alter Gewohnheit bestehender und für die Entscheidung von Rechtsverhältnissen der Landleute wichtiger Bestimmungstag erwähnt. Die betreffende Stelle lautet: ‚In sente Margareten dage sint alle anderen zehnte verdinet; svat so aber e (früher) geschokit (in Haufen gesetzt) ist, daran ist der zehnte verdinet‘ (Buch 2, Art. 58). Weil mit dem zwanzigsten Juli, so heißt es in dem Buche „Die Schutzheiligen“ (Paderborn bei Schöningh, S. 236), alle Arbeit der Landleute zur Erlangung der Ernte vollendet war und um diese Zeit die letztere ihren Anfang nahm, so war nach dem altdeutschen, durch den Sachsenspiegel bezeugten bäuerlichen Gewohnheitsrechte der St. Margarethentag für die Erlangung des Eigenthums an der Ernte entscheidend. Der Pächter eines Grundstückes sollte das Eigenthum an dem Getreide, das auf demselben stand, erworben haben und also auf seine Erben übertragen, wenn er den St. Margarethentag erlebt. Zu einem früheren Termine gewann er das Eigenthum an dem Getreide nur, wenn es ‚e geschokit‘, d. h. eher gemäht und in Haufen gesetzt war. Weil somit das Fest der hl. Margaretha für die rechtlichen Verhältnisse der Bauern von so großer Bedeutung war, so erklärt es sich leicht, weßhalb diese Heilige von den Landleuten seit alter Zeit als Patronin verehrt wurde und ihr manche Kirchen auf dem Lande geweiht wurden. Ihr Tag fiel in den Beginn der Ernte und war zugleich ein wichtiger und entscheidender Merktag für das bäuerliche Recht. Aus den westfälischen Urkundensammlungen ist nachzuweisen, daß das im Sachsenspiegel verzeichnete Recht in lebendiger Uebung war und daß im 13. Jahrhundert der St. Margarethentag als Termintag für Zinszahlungen galt (vergl Reg. Westf. Nr. 53, Jahr 1209; Seibertz Urk.-Buch Nr. 370). Der Tag dieser heiligen Martyrin wird noch jetzt in den bäuerlichen Wetterregeln und Volkssprüchen oft genannt, dieselben sprechen meistens die Befürchtung aus, daß Regen um diese Zeit oft länger anhält. In vielen Fällen wird diese Beob-

achtung richtig sein, da die glühende Julisonne fortwährend Feuchtigkeit aus der Erde zieht, die dann als Regen wieder herabfällt. Es heißt deßhalb in den Bauernregeln: „Regnet es am Margarethentage, dauert der Regen vierzehn Tage". Als Anfangstag der Ernte wird dieser Gedenktag genannt in dem Volksspruch: „St. Margareth stößt die Sichel in's Korn".

Der Cisterzienser-Orden (‚grawe monike', „graue Mönche" heißen sie im Sachsenspiegel wegen ihrer Ordenskleidung) verehrte die hl. Margaretha als Schutzheilige und erwählte sie gern als Patronin neuerbauter Kirchen. In der Schrift: „Die Heiligen als Kirchenpatrone" (Paderborn, Bonif.-Druckerei S. 290) werden für Norddeutschland über 30 St. Margarethen-Kirchen genannt, und es wird darin nachgewiesen, daß auf die Wahl dieses Titels die folgenden Ursachen Einfluß gewonnen haben: die Pilgerfahrten in das heilige Land, die Kreuzzüge, die Verehrung dieser Heiligen als Schutzpatronin von Seiten der Landleute, die Uebertragung ihrer Reliquien und der Einfluß kirchlicher Orden. Die St. Margarethen-Kirchen sind mit den Bildern der hl. Martyrin geschmückt; oft stellt darin das Bild des Hochaltars dieselbe dar oder es findet sich ihr Bild in den Glasgemälden der Kirche. Nach der Legende erschien der hl. Margaretha im Kerker ein leuchtendes Kreuz zu ihrem Troste. Sie hat daher auf Kirchenbildern gewöhnlich das heilige Kreuz als Abzeichen; auf dem Kreuze ist zuweilen eine Taube, das Sinnbild des heiligen Geistes, angebracht, um ihre Bluttaufe im Martyrium anzudeuten. Andere Attribute der Heiligen sind der gefesselte Drache und die Krone. Das Abzeichen des gefesselten Drachen auf den Bildern der hl. Margaretha, der sich vor dem Kreuze oder der Kreuzesfahne krümmt, wird am besten sinnbildlich erklärt: die schwache Jungfrau siegte über die Nachstellungen des Teufels durch die Kraft des hl. Kreuzes. In Andachtsbüchern findet man oft die Darstellung, daß die hl. Mar-

tyrin, das Crucifix in der Hand, den Drachen besiegt, der vor dem Zeichen der Erlösung zurückweicht. Auf altdeutschen Bildern trägt die Heilige zuweilen, wie die hl. Mutter Anna, einen grünen Mantel; bei der letzteren zeigt dieses Abzeichen die Nähe der Ankunft der Erlösung an. Bei der hl. Margaretha deutet die Farbe der Hoffnung die Nähe des christlichen Sieges an; nach ihrem glorreichen Martertode hörte ja in ihrer Vaterstadt die Christenverfolgung auf. Die Krone, welche die hl. Margaretha trägt, deutet den Himmelslohn an; sie ist hier ein Sinnbild des Lohnes der heiligen Jungfräulichkeit und des Martyriums. Der Heiland selbst wird in dem kirchlichen Hymnus ,Jesu corona virginum', die Krone der Jungfrauen genannt. Die Krone der hl. Margaretha besteht oft aus einem Kranze von Perlen; das ist eine schöne Anspielung auf ihren Namen, der im Griechischen „Perle" bedeutet.

2. Der Sachsenspiegel erwähnt ferner a. a. O. als Termine für Zinszahlungen die Gedächtnißtage des hl. Apostels Bartholomäus, der hl. Walburgis und das Fest Mariä Himmelfahrt. Die betreffende Stelle hat folgenden Wortlaut: ,In sente Bartholomeus dage is allerhande tins unde plege verdinet. In sente Wolburgen dage is die lemmer tegede verdinet. To wort missen die gense tegede'. In den Datirungen der mittelalterlichen Urkunden hat der Name des hl. Apostels Bartholomäus die seltsamsten Veränderungen erfahren; es kommen vor die Formen: Barthelmis, Barthel, Meis, Mies, Mewes (ein am Rhein gebräuchlicher Familienname), Miwes u. a. Da das Fest des hl. Bartholomäus in die Zeit der beginnenden Weinlese fällt (und auch wohl wegen des Attributes des Messers auf seinen Bildern, das an das Winzermesser erinnert), so wird er von den Winzern besonders verehrt; es kam unter ihnen die Redensart auf: „wissen, wo Barthel den Most holt". Der Sinn derselben ist: „Wer am Bartholomäustage (24. August) schon sagen kann, wo es den besten Most

gibt, der ist gescheidt". Kampschulte bemerkt, daß der hl. Bartholomäus früher als Bauernpatron gegolten hat, weil, wie man in einem bittern Witzworte sagte, auch der Bauer das Schinden erleiden müsse.

Der Gedenktag dieses heiligen Apostels wird mehrfach in den volksthümlichen Wetterregeln und Bauernsprüchen genannt, weil, wie gezeigt wurde, das altdeutsche Recht denselben als wichtigen Termintag kannte. In einigen Gegenden macht man die Witterung des ganzen Herbstes von dem Wetter dieses Tages abhängig und sagt deßhalb: „Wie St. Bartholomäus sich verhält, so ist der ganze Herbst bestellt". Die Polen bemerken richtig: „St. Bartholomä kürzt die Nachmittagszeit" (Reinsberg, „das Wetter im Sprichwort" S. 167); in der Eifel hört von diesem Tag an das Vieruhrbrod auf, weßhalb es dort heißt: „Bartholomies verbietet Butter und Kies". Die Engländer betrachten diesen Tag als den Anfang der kühleren Jahreszeit, indem sie behaupten: „St. Bartholomew brings the cold dew" („St. Bartholomäus bringt den kalten Thau".) In Norditalien hat man bereits am 24. August den Schwalben Lebewohl gesagt, indem es dort heißt: „An St. Bartholomä zieht die Schwalbe mit Gott", und in Tyrol ist dieser Tag ein Merkzeichen für das Ende des Sommers; man sagt daselbst: „Um Bartholomä schaut der Schnee übers Joch her".

Die Worte: ‚In sente wolburgen dage is die lemmer tegede verdenet' machen es wahrscheinlich, daß das Fest der heiligen Walburgis, wie noch jetzt, am 25. Februar, dem Todestage der Heiligen, begangen wurde. Interessant ist die hier durch den Sachsenspiegel bezeugte Thatsache, daß die Verehrung der Patronin Eichstätts schon im frühen Mittelalter auch in Norddeutschland so sehr ausgebildet war, indem ihr Gedenktag zu den für das altdeutsche Recht bedeutsamen Bestimmungstagen gehörte. Auch als Patronin alter Kirchen kommt die hl. Walburgis in Norddeutschland

öfter vor. Die vornehmste heilige Stätte in Westfalen, wo die hl. Walburgis als Patronin angerufen wurde, war der Dom zu Münster. Die Kanoniker des alten Domes daselbst hießen: „Brüder der hl. Walburgis“, im Gegensatze zu den „Brüdern des hl. Paulus“ im neuen Dome. Das Bild der Heiligen stand, so schreibt Tibus in seiner „Gründungsgeschichte“, früher auf dem Dache des Domchores gegen Osten, wovon es die Wiedertäufer herabgeworfen haben; seitdem prangt es an der Spitze des Salvatorportals. Patroninen zählt man in Norddeutschland nicht viele (Agnes, Gertrud, Brigida, Walburgis). Vielleicht ist der Grund davon, weil das Volk, in welchem „der Heliand“ entstand, sich auch die Schutzheiligen seiner Kirchen gewissermaßen als geistliche Ritter und himmlische Schirmer vorzustellen liebte, welchen Manneskraft innewohnen müsse. Deßhalb tragen manche Kirchenpatrone Schwert und Waffenrüstung auf ihren Bildern als die tapfern Streiter für des Heilandes Ehre, während sie bei ihren Lebzeiten sich friedlichen Aufgaben widmeten (vergl. „die Heiligen als Kirchenpatrone“ S. 393). So wurden im alten Sachsenland als Patroninen der Kirchen gerne solche Heilige ausgewählt, welche durch Gebet und Unterricht der Kinder den Glaubensboten helfend zur Seite standen.

In Süddeutschland wird die hl. Walburgis von den Landleuten als Schutzheilige verehrt, da der St. Walburgis-Tag dort in alter Zeit für die bäuerlichen Rechtsverhältnisse bestimmend war. Es kann das erwähnte Patronat freilich auch aus der bildlichen Darstellung dieser Heiligen, welche auf Kirchenbildern drei Aehren als Abzeichen hat, hergeleitet werden. Ueber diese Darstellung heißt es in dem Buche „die Schutzheiligen“ S. 328: Das Abzeichen der Aehren kann aus dem altdeutschen Rechte erklärt werden. Der Halm (stipula, festuca) wurde zum Zeichen feierlicher Auflassung, Entsagung oder Preisgebung mit der Hand geworfen oder gereicht, bald von dem Betheiligten, bald von dem Richter;

darum findet man in den Urkunden des Mittelalters so oft den Ausdruck „mit Halm und Mund“, d. h. mit geworfenem Halme und ausgesprochenen Entsagungsworten: „mit Hand und Halm“, weil mit der Hand der Halm gereicht wurde oder weil nachher ein Handschlag erfolgte. Daß auch bei den Römern in alter Zeit ein ähnlicher Gebrauch gegolten hat, daran erinnert noch der Ausdruck: ‚stipulatio‘. Jungfrauen, die der Welt entsagten und sich Gott weihten, warfen den Halm. Schannat (Trad. Fuldens.) führt eine Formel an: „Ich lege ab die vergängliche und hinfällige Eitelkeit der Welt mit dem Werfen dieses Halmes“. Somit kann das genannte Abzeichen der hl. Walburgis das Ordensgelübde der feierlichen Armuth anzeigen. Nach der Meinung Anderer ist diese Darstellung aus der Legende der hl. Walburgis zu erklären, nach welcher sie durch Gebet ein Kind vom Hungertode befreit haben soll.

Das Fest Mariä Himmelfahrt wird im Sachsenspiegel als Termintag für verfallene Lehensnutzungen unter den Bezeichnungen wortmissen, unser leven vrouven tage, wurzwihe erwähnt; die Glosse bemerkt: „dat is zu krudemisse unser leiven vrowen, als sei to himel voer“. In vielen Gegenden ist am Feste Mariä Himmelfahrt eine Kräuterweihe üblich, wobei auch die sogenannte Muttergotteskerze (Königskerze) vorkommt. Daß diese Kräuterweihe in Norddeutschland schon im frühen Mittelalter bestand, beweist der Sachsenspiegel, der das Fest nach dieser Wurzweihe benannt hat. Weil nämlich die Zeit des Festes (15. August) zum Danke für das Gedeihen der Pflanzenwelt einlud, so kam schon früh in manchen Gegenden Deutschlands der Gebrauch auf, Blumen, Früchte und Kräuter an diesem Tage zu segnen. Diese Kräutersegnung mag auch daher kommen, weil die seligste Jungfrau Maria in der hl. Schrift mit Blumen und fruchtbaren Gewächsen verglichen wird, und weil nach einer alten, ehrwürdigen Ueberlieferung, deren schon Johannes Damascenus gedenkt, zur

Erfüllung der Worte des Hohen Liedes (3, 6), da die heilige Gottesmutter dem Grabe entstieg, sich ein überaus wohlriechender Duft wie von Blumen und Kräutern verbreitete. Darstellungen der Himmelfahrt Mariä in Glasgemälden alter Domkirchen nehmen darauf Bezug. Oben thront die allerheiligste Dreifaltigkeit, von welcher die Himmelskönigin die Krone empfängt; auf dem untern Theile des Bildes gewahrt man das offene Grab mit Kräutern und Blumen, die wie Edelsteine funkeln. Früher fand auf der Schneekoppe, der höchsten Spitze des schlesischen Riesengebirges, eine Kräuterweihe am 15. August statt, bei welcher sich die sogenannten Kräutermänner versammelten, Leute, die aus den heilkräftigen Kräutern des Gebirges Arzneimittel bereiteten und weithin verkauften. In den Datirungen der Urkunden des Mittelalters ist dieses Muttergottesfest durch folgende Namen ausgezeichnet: „Großer Frauentag", „Frauentag der Scheidung", „Maria im Herbste", „Scheidungstag", „Frauentag im Schnitt", „in der Ernte". Wie hoch dieses Fest im Mittelalter gefeiert wurde, geht auch daraus hervor, daß an demselben, wie zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten, selbst bei ausgesprochenem Interdikt, feierlicher Gottesdienst mit Glockengeläute stattfinden durfte (Ferrari's Bibl. II, 14, s. v. campana); das Volk rechnet deßhalb in manchen Gegenden diesen Tag zu den sogenannten Vierhochzeiten. In Wirklichkeit galt als vierte Hochzeit in der ältesten Zeit der Tag des Kirchenpatrons; weil die Feier dieses Gedenktages mancherorts an Bedeutsamkeit verloren hat, so nennt dort das Volk als vierte Hochzeit bald den Gedenktag Allerheiligen, bald das Fest Mariä Himmelfahrt.

3) Wichtig für die Bestimmungen der Heiligenpatronate sind besonders die folgenden Worte des Sachsenspiegels (B. 2, Art. 58, § 3): „In sente urbanus dage sin wingarden unde bomgarden tegeden verdenet". Es kann durch den Hinweis auf diese Stelle die vielumstrittene Frage

gelöst werden, ob der hl. Bischof Urban von Langres oder der hl. Papst Urban I. als der eigentliche Winzerpatron anzusehen sei (vergl. „die Schutzheiligen“ S. 318). Urban von Langres, dessen Gedenktag am 23. Januar begangen wird, war der vom Klerus und Volke einmüthig erwählte Nachfolger des Bischofs Honorius und zeichnete sich durch seine Thätigkeit für die Errichtung neuer Kirchen aus. In Dijon soll er die erste Kirche erbaut haben; hier befindet sich auch sein Grab. Der hl. Papst Urban I. dessen Gedenktag am 25. Mai begangen werde, stand der Kirche sieben Jahre vor, bekehrte Viele zum Christenthume, u. a. Valerian, den Bräutigam der hl. Cäcilia, und viele Andere und starb im Jahre 230 als Martyrer. Die in der Schrift „Die Heiligen als Kirchenpatrone“ S. 376 genannten deutschen St. Urbanskirchen sind alle dem hl. Papste Urban geweiht; mehrere derselben wurden gegründet in Zeiten, in welchen ein auch persönlich hochverehrter Papst dieses Namens den apostolischen Stuhl zierte.

Bei den meisten Autoren, z. B. bei Menzel in seiner Symbolik und bei Stadler, der im Heiligenlexikon demselben folgt, wird dem Papste Urban das Winzer-Patronat abgestritten und einfach behauptet, derselbe werde wohl mit dem Bischofe Urban von Langres verwechselt und trage irriger Weise die Weintraube als Abzeichen. Einen Grund dafür, weshalb Urban von Langres als Patron der Weinberge und Baumgärten angesehen werde, kann Menzel, der sonst am eingehendsten über diesen Gegenstand handelt, nicht angeben. Zwar schreibt er in seiner Symbolik (II, S. 549): „Patron des Weinbaues ist der hl. Urban von Langres im 5. Jahrhunderte, der sich einst während einer Christenverfolgung in Weinbergen versteckte, seitdem aber Hüter der Weinberge wurde, dieselben vor Hagel beschützte, desgleichen den Wein im Keller vor Schaden bewahrte. An seinem Tage (25. Mai) beobachtet man sorgfältig das Wetter. Ist es hell, so wird der nächste Wein gut“. Dieses Urtheil

Menzels enthält einen doppelten Irrthum. Der 25. Mai ist allerdings der Merktag der Winzer, von dem es im Volkssprüchwort heißt: „Hat Urbanstag Sonnenschein, verspricht er viel und guten Wein"; aber der 25. Mai ist und war stets der Gedenktag des Papstes Urban. Die Bollandisten haben ferner gezeigt, daß jene Erzählung über Urban von Langres, dessen Legende überhaupt unklar ist, nicht nachgewiesen werden kann. Es ist zwar einzuräumen, daß in manchen Gegenden, namentlich in jenen, welche in ihrer Cultur von Gallien abhängig waren, der Bischof Urban als Winzerpatron erwählt und verehrt wurde; doch ist es falsch, zu sagen, daß der Papst Urban nicht als Winzerpatron vorkomme; denn schon der Umstand, daß sein Gedenktag, der 25. Mai, seit alter Zeit als Winzertag gilt, widerlegt die Behauptung Menzel's.

Ueber den Anlaß, weshalb der hl. Papst Urban I. von den Weinbauern als Schutzheiliger erwählt wurde, gibt die erwähnte Stelle des Sachsenspiegels befriedigenden Aufschluß. Es war ein Grundsatz des altdeutschen Rechtes, daß zunächst und ohne weitere Rücksicht auf die Eigenthumsrechte des bewirthschafteten Gutes der Wirthschafter auch das Recht habe auf die durch seine Thätigkeit erzielten Früchte. Wer den Acker bestellt in regelrechter Weise, wird, wenn die Egge über die gesäete Frucht gegangen ist, d. h. nach Vollendung der gesammten Feldarbeit, Herr der keimenden Frucht.

„Die Leute schneiden und mähen
Mit Recht, die den Acker säen."

Weil die Pflege der Baum- und Weingärten den Wirthschafter nicht das ganze Jahr hindurch in Anspruch nahm, so war hier bestimmt, daß mit dem St. Urbanustage (25. Mai) als der Zeit, da die Weingärten und Baumpflanzungen aus der Pflege des Gärtners traten und ihrer eigenen Entwicklung überlassen wurden, der Ertrag derselben verdient sein solle; daher auch der Spruch: „Du heißest Urban, bist weder

gerathen, aber auch nicht verdorben." Mit dem St. Urbanustage erlangte der Winzer das Recht auf den zukünftigen, wenn auch an diesem Tage noch ganz unsicheren Ertrag des Weinberges. Da somit schon im 13. Jahrhundert der St. Urbanustag für den Winzer eine so große rechtliche Bedeutung hatte und als ein wichtiger Stich- und Merktag der Winzer und Baumgärtner galt, so lag es nahe, daß auf Grund dieser alten deutschen Rechtsgewohnheit für den Heiligen dieses Tages das Patronat der Weinberge und der Baumgärten sich ausbildete. Daß mit dem St. Urbanstage des Sachsenspiegels nicht der 23. Januar, der Gedenktag des hl. Urban von Langres gemeint ist, leuchtet ein; denn an diesem Termine sind die Arbeiten des Winzers noch nicht beendet, nehmen vielmehr erst ihren Anfang.

4) Wie der Sachsenspiegel in einzelnen Fällen über Fragen der Culturgeschichte Aufschluß gibt, so kann er auch zur Lösung von Fragen, welche die Geschichte der Liturgie betreffen, mit Erfolg zu Rathe gezogen werden. Wir wollen das an der Frage über den Ursprung der sogenannten Sechswochen-Messen zeigen.

Zu den privilegirten Votivmessen für Verstorbene gehören auch die Seelenmessen, welche am dreißigsten Tage nach dem Tode oder nach dem Begräbnisse des Verstorbenen gelesen werden. Man beruft sich für die Auswahl dieses Tages auf den Bericht der hl. Schrift (Num. 20, 23; Deuteron. 34, 38), nach welchem die Israeliten den Tod des Moses und des Aaron dreißig Tage betrauerten. Eine andere mystische Auslegung gibt Alkuin mit den Worten: „Der dreißigste Tag wird begangen, damit der abgeschiedenen Seele alle Uebertretungen der zehn Gebote erlassen werden mögen, durch welche sie gesündigt hat gegen den Vater, den Sohn und heiligen Geist; denn dreißig ergibt sich aus dem Ternar und Denar". Die Kirche hat dem dreißigsten Tage besondere Vorrechte eingeräumt, welche jenen der Anniversarien fast gleich stehen; es können nämlich an diesem

Tage Seelenmessen gesungen werden selbst an allen nicht gebotenen Festen, ritus dupl. min. et majoris, sowie auch in der Vigil der Epiphanie; doch bezieht sich dieses Privileg nur auf eine (unica) und zwar eine feierliche Seelenmesse (saltem cum cantu). Stille Seelenmessen sind auch in die trigesimo nur an jenen Tagen zulässig, an welchen Privatmessen überhaupt celebrirt werden dürfen. (Schuch „Pastoralth." S. 544.)

In Norddeutschland ist nun der Gebrauch der Seelenmessen am dreißigsten Tage fast ganz erloschen; dagegen besteht hier die Sitte, sechs Wochen nach dem Tode bezw. dem Begräbnisse für die Seelenruhe des Verstorbenen das heilige Meßopfer darzubringen, und zwar werden gewöhnlich stille Seelenmessen celebrirt. Ueber den Ursprung und das Alter dieser sogenannten Sechswochen-Messen steht nichts Sicheres fest; es lassen sich darüber nur mit einiger Wahrscheinlichkeit die folgenden Vermuthungen aufstellen. Amberger („Pastoralth." II, S. 252) macht darauf aufmerksam, daß in alten Zeiten bei einigen Kirchen auch der vierzigste Tag gefeiert worden sei, der ja von dem Todestage nahezu um sechs Wochen entfernt ist. So berichtet der hl. Ambrosius: „Weil die Einen den dritten und dreißigsten, Andere den siebenten und vierzigsten Tag halten, so lasset uns annehmen, was die Lesung lehrt. Als Jakob gestorben, befahl Joseph den Knechten, ihn zu begraben; und da sie gethan, was ihnen befohlen worden, vergingen vierzig Tage; aber es steht wieder geschrieben, daß die Söhne Israels um Moses dreißig Tage trauerten. Daher hat jeder Gebrauch seine Gewähr." Man könnte nun vermuthen, daß in der neben der Feier des dreißigsten Tages bestehenden Sitte der Sechswochen-Messen nur der erwähnte schwankende und verschiedene Gebrauch des christlichen Alterthums fortlebe. Gegen diese Annahme sprechen aber klare geschichtliche Zeugnisse, welche darthun, daß im frühesten Mittelalter auch in Nord-

deutschland die Feier des dreißigsten Tages allein in Geltung gewesen ist.

Der Sachsenspiegel, der das im Anfange des 13. Jahrhunderts in Norddeutschland geltende gemeine Recht verzeichnet, kennt als Terminus der tiefsten Trauer nur den dreißigsten Tag, und es ist aus den zahlreichen Stellen, in denen der sogenannte drittegeste erwähnt wird, ersichtlich, daß die bezüglichen Rechtsnormen mit dem damals geltenden kirchlichen cultus pro defunctis zusammenhängen. Sachsenspiegel 1, Art. 22, § 1 heißt es: „die erve mut wol varen to der vedewen in dat gut ez (vor) deme drittegesten, durch dat he beware, dat des icht verloren werde, des an in gedrepe. Mit söme rade sal ok die vrove bigraft unde drittegesten un jarcit (dies depositionis, trigesimus et anniversarius) dun, anders ne sal he nene gewalt hebben an me gude bit an din drittegesten.“ Die Zeit bis zum dreißigsten Tage war also der Trauer um den Verstorbenen geweiht; bis dahin durfte der Erbe die überlebende Wittwe nicht mit der Erbtheilung belästigen; er hatte vor dem dreißigsten Tage nur das Recht der Aufsicht über die Hinterlassenschaft; mit seinem Rathe hatte die Wittwe die Exequien und Seelenmessen anzuordnen. Auch der Hausstand wurde vor dem dreißigsten Tage nicht aufgelöst; vgl. l. c. § 2: „Van dem erve sal man aller irst gelden dem ingesinde ir verdende lon als in gebort bis an den dach dat ir herre starf; unde man sal sie halden bit an den drittegesten.“ Die Hofspeise, die nach dem dreißigsten Tage überblieb, mußte die Wittwe mit dem Erben theilen; l. c. § 3: „dar na mut de vrove jegen den erven musdelen alle hovede spise, die na dem drittegesten overblift“. Binnen sechs Wochen nach dem Dreißigsten muß die Wittwe das Morgengutsgebäude räumen. Art. 20, § 2: „Binnen ses weken na dem drittegesten sal se mit deme gebu rumen“. Am dreißigsten Tage macht die Wittwe Erbansprüche geltend für ihr etwa noch zu hoffendes Kind. Art. 33: „Nu

vernemet um en wif die kint dreget na irs mannes dode unde sik barehaft bewiset to der bigraft oder to me drittegesten; wirt dat kint levendig geborn unde hevet de vrove des getüch an vier mannen, det gehort hebbet unde an tven wiwen, de ire hulpe to ire arbeite, dat kint behalt des vaders erve." Nach dem Dreißigsten forderte der Richter erbloses Gut; nach dem Dreißigsten konnten Ansprüche auf den Nachlaß gemacht werden. (Sachsensp. III, Art. 15.) Der dreißigste Tag kommt als Merktag in den Rechtsbüchern des Mittelalters nur bei der Trauer um Verstorbene vor; daß er aus dem kirchlichen Cultus in die Rechtsgewohnheiten des Volkes herübergenommen ist, folgt schon daraus, weil er im Sachsenspiegel mit dem dies depositionis und dem dies anniversarius („bigraft unde jarcit") in Parallele gesetzt wird. Da ferner der Sachsenspiegel nicht ein neues Recht einführte, sondern nur das geltende Gewohnheitsrecht mittheilt, so ist der Schluß berechtigt, daß auch in der Zeit vor dem 13. Jahrhunderte die Feier des dreißigsten Tages in dem kirchlichen cultus pro defunctis üblich war.

Vor der Reception des römischen Rechtes war der Zeitpunkt, an dem der Erbe faktisch sein Recht ausüben durfte, der Eintritt des dreißigsten Tages nach dem Todesfall; in der Zwischenzeit blieb Alles im bisherigen Zustande unter der Hand der Wittwe. Im 14. Jahrhunderte fing man an, die Regelung der Antretung der Erbschaft aus dem römischen Rechte herüberzunehmen. (Kleines Kaiserrecht II, 49.) Die Frist von sechs Wochen, die schon vorher für die Gerichtstage des Schultheißen (in den Städten) und des Gografen (auf dem Lande, vgl. Sachsenspiegel 1, 2 § 3 und 4) galt, erlangte nun auch für die Regelung des Nachlasses größeren Einfluß. Seit Einführung der Testamente des römischen Rechtes wurde nun statt des früheren dreißigsten Tages die Frist von sechs Wochen für die Erbtheilung und die Eröffnung des Testaments festgesetzt. Das ist dann auch in

die Landrechte übergegangen; so heißt es im preußischen Landrecht Theil 1 Titel 12 § 216: „Wenn binnen sechs Wochen nach dem notorischen Ableben des Erblassers Niemand die Eröffnung des Testaments oder Codicills nachgesucht hat, so muß der Richter damit von Amtswegen verfahren". Die Rechtsgebräuche und die kirchlichen Sitten stehen oft in einem innigen Zusammenhange und wirken aufeinander. Wie die Bedeutung des dreißigsten Tages für die Regelung des Nachlasses nach dem Rechte des Sachsenspiegels offenbar aus dem kirchlichen cultus pro defunctis entstanden ist, so konnte auch die unter dem Einflusse des römischen Rechtes sich vollziehende Neuerung leicht dazu führen, daß die alte missa votiva de Requiem in die trigesimo durch die Sechswochenmesse ersetzt wurde. Das der ersteren zustehende Privilegium galt nur für ein solennes Seelenamt, kam also weniger in Betracht, da dieselbe gewöhnlich als missa privata gefeiert wurde. Die fortan sechs Wochen nach dem Tode gebräuchliche Regelung des Nachlasses und Bekanntmachung der letzten Willensmeinung des Verstorbenen mußte den Verwandten, welche dazu zusammenkamen, Anlaß geben, des Verewigten pietätvoll, also im Gebete und beim heiligen Opfer zu gedenken.

Erfahrungsmäßig steht bei den Hinterbliebenen im Anfange der Trauerzeit der Wochentag, an welchem der Angehörige starb, noch in lebhafter Erinnerung, und es wird noch jetzt oft bei der Bestellung der Requiemsmessen der Wunsch ausgesprochen, daß an dem wiederkehrenden Wochentage das heilige Meßopfer dargebracht werde. Bei der Sitte der Sechswochenmessen konnte dieser Wunsch erfüllt werden, nicht aber bei der Feier des dreißigsten Tages; vielleicht hat auch dieser Umstand dazu beigetragen, daß der Gebrauch der Sechswochen-Messen so leicht Eingang fand. Es sei noch erwähnt, daß in manchen Gegenden die Trauerzeit ein Jahr und sechs Wochen beträgt; auch die mittel-

alterliche Verjährung von Jahr und Tag umfaßte im sächsischen Rechte denselben Zeitraum.

5. In der vorstehenden Darstellung ist gezeigt worden, wie Einrichtungen des kirchlichen Lebens von den bestehenden Rechtsgewohnheiten beeinflußt worden sind. In anderen Fällen haben sich Rechtsnormen auch unter dem Einflusse des kirchlichen Lebens entwickelt. Als Beispiel kann genannt werden das Institut der Verschollenheits-Erklärung, welches die gerichtliche Praxis im Gebiete des gemeinen deutschen Rechtes ausgebildet hat; es ist dieses geschehen im Anschlusse an das kirchliche Psalmengebet. Die Verse 9 und 10 des Psalmes 89 lauten nach der Vulgata: „Dies annorum nostrorum — in ipsis septuaginta anni. Si autem in potentatibus octoginta anni et amplius eorum labor et dolor" („Die Tage unserer Jahre sind 70 Jahre, wenn's hoch kommt, 80 Jahre, und was darüber ist, das ist Mühsal und Schmerz"). Man kann nach der Grundsprache die letzten Worte dieses heiligen Ausspruches auch so verstehen, daß sie sagen: „und der Stolz der Jahre" — das was ihren Glanzpunkt bildet und worauf der Mensch seinen Stolz setzt — „ist Mühe und Eitelkeit". Auch so genommen, sprechen diese Worte eine große Wahrheit aus. Zur Zeit des Siraciden (18, 8) galten 100 Jahre als das höchste Alter; der Psalm des Moses gibt hier die Lebenszeit des Menschen auf 70 bis 80 Jahre an. Auf die erwähnte Psalmenstelle berief sich die gerichtliche Praxis im Geltungsgebiete des gemeinen Rechtes für die Wahl des Termines bei der Verschollenheitserklärung. Es kann nämlich nach gemeinem Rechte und nach den Bestimmungen der meisten auf dem gemeinen Rechte ruhenden Landrechte ein Abwesender, von dessen Leben und Wohnort man keine sichere Nachricht hat (ein Verschollener), auf den Antrag der Interessenten (Intestaterben) durch den Richter dann für todt erklärt werden, wenn nachgewiesen wird, daß er, falls er noch leben sollte, das siebenzigste Jahr erreicht haben würde. War

der Verschollene zur Zeit seiner Entfernung von der Heimath bereits 70 Jahre alt, so gab die gerichtliche Praxis einem Antrage nach Regelung seines Nachlasses Folge, wenn er das achtzigste Lebensjahr erreicht haben sollte. Die Thatsache, daß diese Psalmenstelle für das in dem Gerichtsgebrauche (usus fori) sich aussprechende Gewohnheitsrecht bestimmend gewesen ist, beweist, daß der Psalm 89 im Mittelalter in frischer Erinnerung stand und in weiteren Volkskreisen bekannt war.

Daß im Mittelalter das christliche Volk das Psalmengebet übte, dafür enthält der Sachsenspiegel ein interessantes Zeugniß. Der Artikel 24 des ersten Buches handelt von der „Gerade", d. h. von dem Erbtheile der Frauen, und zählt die Gegenstände auf, welche die Tochter von der Mutter erbte. Die betreffende Stelle hat folgenden Wortlaut: „So nimt se (die Tochter) allet, dat to der rade hort, dat sin alle scap unde gense unde kasten mit upgehavenen leden, all garn, bedde, pole, küssene, lilakene, dischlakene, dvelen, badelakene, beckene, lüchtere lin unde alle wiflike kledere, vingere, armgold, zapel, p s a l t e r e unde alle büke, die to godes deneste hort, die vrowen pleget to lesene". („So nimmt sie alles, was zur Gerade gehört; das sind alle Schafe, Gänse und Kisten mit gewölbten Deckeln, Garn, Betten, Pfühle, Kissen, Betttücher, Tischtücher, Handtücher, Becken, Leuchter, Leinwand und alle Frauenkleider, Fingerringe, Armbänder, Rosenkränze, P s a l t e r a b s c h r i f t e n und alle Bücher, die zum Gottesdienste gehören, die Frauen zu lesen pflegen".) Die Töchter erbten also jene Gegenstände, welche durch eine gute Hauswirthschaft der Mutter vermehrt wurden.

Es ist wahrscheinlich, daß das Wort zapel (lateinisch chapeletus), da es neben den Gebetbüchern genannt wird, hier gerade so wie das französische chapelet und das englische chaplet den Rosenkranz bedeutet. Unter den Gebetbüchern, welche die deutschen Frauen des 13. Jahrhunderts gebrauchten,

werden an erster Stelle die psaltere (Abschriften des Psalteriums) genannt. So erklärt es sich, weßhalb die mittelalterliche Kunst in ihren Werken eine so reiche aus der heiligen Schrift, und nicht zum mindesten aus dem Psalterium, entlehnte Symbolik anbringen konnte und hoffen durfte, von den Zeitgenossen verstanden zu werden. Und so erklärt es sich auch, wie unbegründet die Behauptung ist, daß im Mittelalter die Bibel ein unbekanntes Buch gewesen sei. Das Psalterium gehört doch zur Bibel, und wenn die deutschen Frauen der Vorzeit die Abschriften des Psalteriums als Gebetbücher gebrauchten, die dann nach dem geltenden Rechte von der Mutter auf die Tochter sich vererbten, so bekunden sie dadurch eine Hochachtung vor dem geschriebenen Worte Gottes und ein Verständniß der heiligen Schrift, das Anerkennung verdient. Das Psalterium, mit welchem der Klerus durch das kirchliche Stundengebet und das christliche Volk durch seine Andachtsbücher vertraut war, hat auf die christliche Kunst großen Einfluß ausgeübt, namentlich zur Entwickelung der Kunstsymbolik viel beigetragen.

Darfeld (Westfalen). Dr. Heinrich Samson, Vikar.

XXXII.

Kettenbücher.

(Bibel an der Kette.)

Es war Gebrauch im Mittelalter, nachweislich seit dem 11. Jahrhundert, Bücher anzuketten, catenare, das heißt mit einer Kette an das Bücherpult zu befestigen: libri catenati, Kettenbücher. Dieses Anketten betraf Bücher des verschiedensten Inhaltes, theologischen wie nichttheologischen, und bezweckte Sicherung derselben vor diebischen Händen.[1] Mehr als ein Schreiberfluch endigt die alten Handschriften, Fluch nämlich über den, welcher die mühsam zu Stande gekommene Handschrift wegnimmt! Später kam die Kette als Sicherungsmittel dazu.

Dieses allgemein übliche Anketten wurde im Laufe des 16. Jahrhunderts, ob aus Unwissenheit, ob aus Bosheit, in der Weise falsch gedeutet, als ob man dem Volke die Bücher überhaupt und insbesondere die heilige Schrift vorenthalten wollte. Die leidenschaftliche Ausnutzung dieses Umstandes gegen die Kirche, die doch die geborene Lehrerin der Wahrheit und Vermittlerin göttlichen Wissens ist, geht nun schon drei Jahrhunderte durch die Bücher und man

---

1) So sieht man heute in den Räumlichkeiten der Postämter die dem Publikum zur Verfügung gestellten Stahlfederhalter mit Kettchen an die Schreibpulte befestigt, damit die Feder — nicht gebraucht werde?

darf fragen, wann wird man endlich auf dieses Kampfesmittel verzichten, verzichten aus Gründen der Wahrheit und wahren Friedens?

Das Reformations-Jubeljahr 1817 hatte seiner Zeit eigenartige Blüthen hervorgetrieben. Saalfrank, „Jubelfest der Kirchenverbesserung, gefeiert von der evangelisch-protestantischen Gemeinde zu Regensburg“ S. 36: von Luthers Besuch der Universität zu Erfurt, sagt: „Auch eine vollständige lateinische Bibel lernte Luther zum Erstenmale auf der Universitätsbibliothek zu Erfurt kennen; sie lag an einer Kette angeschlossen! Den großen Folianten nahm der erstaunte Jüngling (damals Candidat der Rechtswissenschaft) mit heiliger Scheu in die Hände; denn vorher kannte er nur einige Auszüge, die sog. Evangelien und Episteln, und hielt diese für die ganze Bibel“.

Wattenbach bemerkt in der 1875 erschienenen zweiten Auflage von „Das Schriftwesen des Mittelalters“ S. 529, daß das ehemalige Anketten der Bücher „fortwährend ganz falsch aufgefaßt werde“.

Wer zuerst die falsche Deutung des Ankettens verschuldet und in Fluß gesetzt, darüber geben die gebräuchlichen Handbücher der Kirchengeschichte keinen Aufschluß. Ich fand keinen Beleg, daß Luther selbst über das Angekettetsein der Bibel Klage geführt, aber Andere mögen in ihrem Uebereifer das Wort Luthers: „Die Biblia war im Papstthum den Leuten unbekannt“ [1]) — mit der Thatsache der Ankettung in Verbindung gebracht haben; so kam es vielleicht, daß Andere Luther die Bibel in Erfurt an der Kette liegend finden ließen.

Luther hatte keine Ursache zu klagen über etwa ihm beim Studium bereitete Schwierigkeiten; es blühten überhaupt in Erfurt die von tüchtigen Lehrern geleiteten Studien,

1) Tischreden ed. Irmischer 1854. I, 35.

zumal die exegetischen.[1]) Luther trat 1505 als Novize in den Convent der Augustiner zu Erfurt ein; im Jahr vorher hielt sich Cardinal Raimund in dieser Stadt auf und gewährte einen Ablaß von 100 Tagen allen jenen, welche nach geschehener reumüthiger Beicht an gewissen Tagen die Ordenskirche der Augustiner zu Erfurt besuchen und sich dem Kloster hilfreich erweisen würden, besonders zur Vollendung der begonnenen Bibliothek, qui ad librariam perficiendam inchoatam manus adjutrices porrexerint. Einen gleichen Ablaß verlieh der Cardinal jenen, welche an den Muttergottesandachten in der Augustinerkirche theilnehmen oder der Predigt daselbst beiwohnen würden.[2])

Jedenfalls einer der ältesten Autoren, welcher bösen Blickes auf die Kettenbücher sah, war Luthers Zeitgenosse Georg Sabinus, Melanchthon's Schwiegersohn. Sabinus, 1538 Professor der Poesie und Beredsamkeit in Frankfurt a. O., 1544 erster Rektor an der Universität Königsberg, gestorben 1563; er spottet in seinem Carmen:[3])

De Bibliotheca monachorum.

Haud secus ac duro fugitivos carcere servat
Vestra cathenatos bibliotheca libros;
Quid mirum? si nulla viget doctrina colendi
Doctrinae auctores hic ubi vincla gerunt.

Einige protestantische Autoren haben zwar auf die falschen Schlüsse aufmerksam gemacht, welche man mit dem Anketten der Bücher und besonders der Bibel gezogen, doch

---

1) Kampschulte, Universität Erfurt I, 21—22, machte die auf seiner Beobachtung beruhende Bemerkung, daß unter den jetzt noch zu Erfurt vorhandenen Handschriften die exegetischen einen großen Theil ausmachten und in der Amplonianischen Sammlung etwa die Hälfte.

2) Kolde, Augustinercongregation S. 206. 207.

3) S. 292 der Leipziger Ausgabe (1563).

geschah es in so matter Weise, daß dadurch dem Uebel nicht gesteuert wurde, und daß dieses ganz gut fortwuchern konnte.

Der dänische Gelehrte Bartholin in seiner zu Kopenhagen 1676 aufgelegten und später öfters gedruckten[1]) Schrift De libris legendis gesteht S. 11: contra furunculos ferreis catenis fibulisque armati sunt codices in plerisque Italiae bibliothecis, et sic quoque in veteri nostra bibliotheca publica servatos meminimus. In nova hac Palladis officina claustris suis muniti latent.

Johann Georg Schelhorn, Superintendent zu Memmingen, sagt in seinen Amoenitates literariae VII, 348 (um 1730): moris olim erat in bibliothecis, libros majoris molis catenis alligare, non poenae quidem, aut infamiae causa, sed ut a piceatis furum manibus sarti tectique servarentur, also nicht zur Strafe, auch nicht zur Schande.

Wattenbach a. a. O. sagt ebenfalls nicht mehr als: „bekanntlich fand auch Luther die Bibel so [angekettet] in Erfurt, was fortwährend ganz falsch aufgefaßt wird".

Selbst auf katholischer Seite hätte die Zurückweisung der falschen Deutung eine gründlichere und nachhaltigere sein dürfen. Immer noch Werth hat die im Jahre 1844 zu Regensburg im Verlag von Georg Joseph Manz erschienene Schrift: Kurze Abhandlung über die Frage: Warum wurden ehemals in Bibliotheken die Bücher an eiserne Ketten gelegt? Von J. R. Schuegraf, pens. Oberlieutenant, Mitglied der historischen Vereine Regensburg und Passau (20 Seiten Octav).[2])

---

1) Hagae Comitum 1711 und zu Frankfurt a. M. — Der redliche Forscher Geffcken, Bilderkatechismus des 15. Jahrhunderts 1855, sagt: „aber mit Ketten in irgend einem Schranke eines Klosters angeheftet, darf man sich diese Bibeln doch auch nicht denken."

2) Denis, Bücherkunde 1777, I, 60 sagt nur: man häftete die Bücher wohl auch mit Ketten fest . . . ., ein Brauch, der z. B. in Florenz, Oxford, u. s. w. noch nicht abgekommen ist. —

Die Geschichtslügen Eine Widerlegung landläufiger Entstellungen auf dem Gebiete der Geschichte, von drei Freunden der Wahrheit, S. 257, geht auf das Anketten der Bibel und die daraus gezogenen Folgerungen näher nicht ein.

Zum Zwecke der Widerlegung muß man zunächst hinweisen auf den Umstand, daß sogar nichttheologische Werke an die Kette kamen. So lagen die Gesta Trevirorum im Dome zu Trier an Ketten 1512. (Beissel, Geschichte der Trierer Kirchen II, 99.) Ferner sei die Thatsache hervorgehoben, daß das Anketten der Bücher ebenso protestantischerseits geschah und bei ihnen im Gebrauch blieb theilweise bis in unsere Zeit. Ein Bibliophile der neuesten Zeit erwarb z. B. eine rhäto-romanische Bibel von 1676, welche an einer der unteren Ecken des Einbandes mit einem starken eisernen Ringe zur Ankettung versehen ist; das Exemplar stammt aus einer reformirten Kirche des Unter-Engadin.[1])

Die kostbare Büchersammlung der 1575 von Wilhelm von Oranien gegründeten Hochschule zu Leyden kam ganz an Ketten zu liegen; man besitzt einen Kupferstich, welcher den Büchersaal mit den Büchern und ihren Ketten klar darstellt. Die Aufschriften der einzelnen Fächer (Theologie, Jurisprudenz ꝛc.) stehen auf Leisten der großen Pulte, in deren Gefache die Bücher mit herabhängenden Ketten sichtbar sind.[2])

In Amsterdam lagen noch 1632 die Bücher der Stadtbibliothek an „Kettingjes“ und wurden erst 1778 losgekettet.

Denis fügt noch unter Bezugnahme auf eine zu s. Z. erschienene Schrift bei: „Der Scherz im Vorbericht zu den Dialogen des Dionys von Sinope von den angeschmiedeten Werken der großen Genies in der B . . . . [enediktiner] Abtey zu S . . . [alzburg?] hat also wenig Grund und ist dazu nicht mehr neu“.

1) Wattenbach, Schriftwesen S. 530. Anm. 1

2) Reproducirt in Hefner-Alteneck, Trachten Bd. 3, S. 998; Louisy, Le livre et les arts qui s'y rattachent. Paris 1886. p. 121.

Auch zu Rotterdam in der Laurenskerk, zu Alkmaar noch in 1645 und zu Enkhuysen von 1657—1839 lagen die Bücher an Ketten. Nur Zütphen bewahrt jetzt noch den alten Zustand; man sieht hier in der Sakristei der großen (St. Walburgis-) Kirche (vor der Reformation Stiftskirche mit 12 Herren) eine Sammlung von Drucken von Handschriften, deren Benützung jedermann offen stand. Weil jedoch zu Beginn des 17. Jahrhunderts einige Bücher verloren gingen, beschloß der Rath der Stadt, die Bücher am obern Ende der Lesepulte, wo sie lagen, festzuketten.

Wollte man sämmtliche Nachrichten über Kettenbücher zusammenstellen, so würde man ein mühsames und zugleich überflüssiges Ziel sich stecken, denn allenthalben liegen die Belege für Anketten der Bücher vor. Die hieher gehörigen Stellen der Schenkungsurkunden sowie die Bücherverzeichnisse machen gar keine Bemerkung über den Zweck des Ankettens, sie sagen nichteinmal, daß es geschehe des Werthes wegen, den ein Buch an und für sich oder auch bezüglich des Schenkgebers habe, so allgemein gebräuchlich war das Anketten.

Die bis jetzt bekannt gewordene älteste Nachricht über Bücheranketten geht bis in die Mitte des 11. Jahrhunderts zurück Ein Verzeichniß der Handschriften des Klosters St. Peter zu Weißenburg, angefertigt unter Abt Folmar, gestorben 1043, verzeichnet unter anderem auch die Psalterien (die Bücher zum Chorgebet) und unterscheidet die im Innern verwahrten und die in der Kirche (Chor der Kirche) angeketteten psalteria intus servata X, in ecclesia IIII catenata.[1])

Die älteste urkundliche Nachricht fand ich für das Jahr 1333; es werden sich wohl solche noch für frühere Zeit finden lassen. Am 11. April 1333 bekennen Prior und

---

1) Becker, Catalogi bibliothecarum antiqui p. 133.

ganzer Convent des Predigerordens zu Jena, daß Günther von Schwarzburg, Bruder des Ordenshauses zu Erfurt, zu seinem und seiner Ahnen Seelenheil (Seelgeräthe) drei Bände des S Thomas doctoris super sancta evangelia videlicet Mattheum, Marc. et Joh. an die Büchersammlung des Hauses geschenkt habe — tria volumina ... ad nostram librariam in cathenis ponenda. Das Original davon liegt im Archiv des Stadtraths zu Jena.[1])

Im Jahre 1381 wurde im S. Conventus Sancti Francisci zu Assisi ein neues Bücherverzeichniß aufgestellt über alle bis dahin an den heiligen Convent gekommenen Bücher, de omnibus libris tam de cathenatis quam etiam de aliis non cathenatis, besonders de libris in libreria publica ad bancos cathenatis. Auf Blatt 22 lesen wir zu Ende des Verzeichnisses der Bücher dieser öffentlichen Sammlung: omnes libri in liberaria publica versus occidentem cathenati sunt numero 83.

Alle Bücher, bemerkt der Bibliothekar des Convents, welche von jetzt an hieher kommen, sollen hier (ins Verzeichniß) beigeschrieben werden mit den Namen ihrer ehemaligen Besitzer und Schenkgeber und sollen in bancis sive solariis cum cathena vel sine cathena in liberaria publica s. secreta aufgestellt werden.[2])

In der Bibliotheca Laurentiana zu Florenz liegen noch die meisten Bücher des Stammes der Bibliothek (Medicaei) in dem großen früheren Studiensaal auf Bänken, in armslangen, starken eisernen Ketten, welche an Eisenstangen unter der obern Bank befestigt sind. Es mögen über zwei Tausend sein. Jetzt freilich werden sie beim Gebrauche von

1) Hesse, Urkunden über den Verkauf einzelner Bücher und Vermächtnisse von solchen, welche angekettet werden sollen, in Naumann's Serapeum XIX, 17.

2) Archiv für Literatur und Kirchengesch. des Mittelalters, herausgegeben von P. Denifle und P. Ehrle I, 490.

der Stange gelöst und in den neuen Studiensaal gebracht. Die späteren Erwerbe sind natürlich kettenlos.

Als Nicolaus Matz, Sexpräbendar am Dome zu Speyer, seiner Heimathspfarrkirche Michelstadt im Odenwalde seine zahlreichen, großentheils daselbst noch vorhandenen Incunabeln und Handschriften testamentarisch vermachte, gab er zwanzig Gulden zum Bibliotheksbau auf dem Kerner (Beinhaus), darinnen sollen 117 ingebundener und angeketter Bücher ewiglich darinnen bleiben.[1])

Der Kanzler Johann Seyfrid zu Weimar verordnet am 27. Dezember 1514, daß nach seinem Tode sieben ihm gehörige theologische Bücher an die Pfarre des deutschen Ordens St. Peter und Paul zu Weimar abgegeben und in einem Gewölbe des Pfarrhofes oder der Kirche angekettet verwahrt werden sollen zum Gebrauche der Geistlichen.[2])

In Wien bestanden für die Studenten der Hochschule bestimmte Taxen, nach welchen die Bücher an Fakultätsmitglieder ausgeliehen oder zur Einsicht an Ort und Stelle vorgelegt wurden, so daß der Gebrauch der Bücher mit vielen Umständen verknüpft war. Gehörte das auszuleihende Buch zu der Klasse der vorzüglich werthvollen, der angeketteten (libri catenati), so mußte ein besonderes Unterpfand deponirt und eine Erlaubniß der Fakultät, wenn auch die Einsicht nur im Lokale selbst vorgenommen ward, eingeholt werden. Für die Verabfolgung des Schlüssels sogar war eine Taxe von 12 Wiener Pfennigen zu entrichten.[3])

---

1) Hesse S. 22; Falk, Zur Geschich. der öffentlichen Bibliotheken in Deutschland, im historischen Jahrbuch der Görresgesellschaft I, 300. Vieles über Matz, der Rektor der Hochschule zu Freiburg i. Br. war, in Schreiber, Geschichte der Universität Freiburg. S. 115.

2) Hesse S. 41.

3) Aschbach, Gesch. der Wiener Universität. Wien 1865. S. 342.

St. Beissel, die Bauführung des Mittelalters, I, 226, gibt Folgendes von der Stiftskirche zu Xanten an. Ueber dem westlichen Theile des Kreuzganges ist die alte Stiftsbibliothek noch heute erhalten, obwohl sie ihrer werthvollsten Schätze beraubt ist und nur wenige Handschriften und wichtige Inkunabeln behielt. Ueber ihre Einrichtung enthalten die Baurechnungen hie und da einige zerstreute Nachrichten, die von allgemeinem Interesse sind.

Sehr auffallend ist zuerst die große Anzahl von Ketten, die der Schmied des Kapitels für die Bibliothek zu machen hatte . . . Die Ketten zeigen, daß man den Zutritt zur Bibliothek leicht gestattete, und zwar auch solchen, die im Stande gewesen wären, Bücher, die damals so theuer waren, zu entwenden. Die Ketten hielten die Bücher fest an ihrem Platze und verhüteten alle Unordnung. Man wird staunen über die Menge solcher angeketteten Bücher, welche die Xantener Stiftsbibliothek enthielt.

Schon die Bursarrechnung von 1406 berichtet, daß der Schmiedemeister 10 Ketten lieferte, um die Bücher zu befestigen (ad catenandos libros), welche Herr Heinrich Kempen der Bibliothek vermacht hatte. 1550 berechnet der Fabrikmeister für 69 Ketten 23 mrc. und für 78 Haken, woran die Ketten befestigt wurden, $2^1/_{12}$ mrc.; 1554 folgten noch 24 und 1555 wieder 36 Ketten; in den Jahren 1550—55 wurden also im Ganzen 129 Ketten berechnet.

Die älteste Aufzeichnung über Bücherketten liefert die Rechnung von 1392: „Item dem Schmied Gerard Boylant, der die Ketten des Graduale erneuerte, 4 den.; item dem Schmied für Ketten an zwei Psalterien im Chor und die Ketten des Antiphonariums 1 sol.“ [1])

1) Es ergibt sich weiter aus den Baurechnungen, daß Vicare die Bücher einbanden, daß die Fraterherren zu Emmerich und Duisburg um die Mitte des 16. Jahrhunderts Bücher schrieben.

Schließlich sei auf die Vignette in Bandini's Katalog der griechischen Handschriften der Laurentiana zu Florenz S. IX hingewiesen; das Bild veranschaulicht, wie die Aufstellung der Kettenbücher dieser Bibliothek um 1765 war[1]), ähnlich wie in Leyden.

F. Falk.

XXXIII.

Ueber Josue, von Ebers.

(Ein Vortrag.)

Interessant ist jedenfalls die Person des Autors, interessant das zur Besprechung gewählte Werk desselben.

Georg Ebers wurde den 1. März 1837 in Berlin geboren, erhielt jedoch seine Vorbildung in der von Friedrich Fröbel, dem Vater der Kindergärten, gegründeten Erziehungsanstalt zu Keilhau unweit Rudolstadt, sowie auf dem Gymnasium in Cottbus a. d. Spree (Niederlausitz) und in Quedlinburg. 1856 bezog er mit der Absicht, sich der Rechtswissenschaft zu widmen, die Universität Göttingen. Kurze Zeit des Hineinlebens in die Jurisprudenz genügte jedoch, dem jungen Studenten klar zu machen, daß ihm auf diesem Felde kein inneres Genüge erwachse. So sattelte er um und begann Archäologie zu studiren. Der rastlose Fleiß und das eifrige Streben Ebers' wurden durch ein bereits in seinem 21. Jahre sich einstellendes schweres Leiden (Rückgratskrankheit) nicht gehemmt. Nachdem dieses schmerz-

---

1) Bandini, cat. codd. graec. Laurent. 1765.

hafte immer wieder neu ausbrechende Leiden Ebers 16 Jahre lang verschont, trat es vor 10 Jahren heftiger als zuvor auf und erwies sich jedes Heilmittel, das dawider versucht wurde, als unwirksam. Allein weder Lähmung noch Schmerzen vermochten des Dichters geistige Thätigkeit zu beeinträchtigen, etwa wie sein berühmter Zeitgenosse Defregger, der allerdings inzwischen geheilt worden, auch dann noch künstlerisch zu schaffen fortfuhr, als er halbliegend zu malen gezwungen war. Solche Thatsachen heroischer Willensenergie sind gewiß schlagende Argumente wider den Materialismus, welcher im Gegensatze zum scholastischen anima forma corporis umgekehrt ein corpus forma animae behaupten möchte.

Nach Vollendung seiner Studien begab sich Ebers auf mehrjährige Forschungsreisen, besonders um von den in den europäischen Museen aufgespeicherten ägyptologischen Schätzen Einsicht zu nehmen, worauf er sich in Jena als Docent für ägyptische Sprache und Alterthumskunde habilitirte. Im Jahre 1870 erhielt der 33jährige einen Ruf an die Universität Leipzig, an welcher er 19 Jahre — bis 1889 — als ordentlicher Professor für ägyptische Sprache und Alterthumskunde thätig war. Während dieser Zeit hatte er mehrfache Forschungsreisen bis nach Aegypten und Arabien ausgedehnt, deren wissenschaftliche Ausbeute (Papyrus Ebers — medicinischen Inhalts!) ganz besonders seinen Ruhm begründete. Seitdem ihn im Herbste 1889 sein Leiden nöthigte, das liebgewonnene Lehramt aufzugeben, verbringt er den Sommer auf einem als Eigenthum erworbenen Landsitz zu Tutzing am Starnbergersee, den Winter zu München.

Groß bleibt Ebers Bedeutung als eines der ersten unter den Aegyptologen der Gegenwart; populär machten ihn vor allem seine historischen Romane (Eine ägyptische Königstochter, Uarda, Homo sum, der Kaiser, die Schwestern, die Nilbraut, die Frau Bürgermeisterin u. s. w.), durch welche er mit Gustav Freitag und Viktor von Scheffel erfolgreich um die Palme ringt. Zeugniß deß ist der Um-

stand, daß die bedeutendsten Künstler durch Illustration der packendsten Scenen aus seinen Werken eine Ebers-Gallerie schufen.

In Bezug auf den uns hier beschäftigenden Roman „Josue“, den der Verfasser 1889 veröffentlichte, der jedoch schon 1890 in neunter Auflage erschien, versichert Ebers, daß er auf dem Kamel den Entwurf hiezu concipirte; aufgemuntert von seinem verstorbenen Freunde, dem Professor und Consistorialrath Gustav Baur, dessen Manen er auch die Schrift gewidmet, „mit verjüngter Freude“ die Exoduserzählung zu Ende führte; und am Schlusse des Vorwortes (S. XII) gesteht er: „Mit Hilfe der inneren und äußeren Erlebnisse der einzelnen zum Theil frei erfundenen handelnden Personen hat der Dichter versucht, das gewaltige Schicksal des Volkes, das ihm zu schildern oblag, dem theilnehmenden Leser menschlich näher zu bringen. Glückte ihm dies, ohne den großartigen biblischen Bericht zu verkleinern, so hat er erreicht, was er wollte; mißlang es ihm aber, dann muß er sich zufrieden geben mit dem Andenken an die Freude und innere Erhebung, die er beim Schaffen dieses Werkes empfand“.

Der biblische Stoff und der ungemeine Erfolg des Romans mögen es rechtfertigen, wenn wir hier auf die Erzählung näher eingehen. Auf jeden Fall darf man den Bogen der Erwartung hoch spannen, wenn ein Gelehrter und Stilist von der Bedeutung eines Georg Ebers mit dem Volleinsatze seines reichen Geistes und Gemüthes thätig zu sein verspricht.

Das erste Kapitel versetzt uns nach Tanis (Zoan, die Residenz des Pharao Mene-phtah, unter welchem der Auszug der Kinder Israels aus Gosen erfolgte). Die Stadt, ostwärts von dem nach ihr benannten tanaitischen Nilarm gelegen, befand sich im Norden der Landschaft Gosen und empfand als die Königsstadt zuerst die Schrecken der letzten durch Moses verhängten Plage — der Tödtung aller

Erstgebornen. In hochdramatischer Weise wird die nächtliche Beobachtung des greisen Amonpriesters Rameri geschildert; in Begleitung seines Enkels Kamus waltet er als Horoskope auf der Sternwarte des Tempels seines Amtes; da sieht er plötzlich in der Tiefe eine schlangenartige Fortbewegung — bei der Todtenstadt und dem Fremdenquartier ihren Ausgang nehmend. Es waren die wogenden Volkssäulen der gegen die Wüste hin abziehenden Hebräer. Ihre erhitzte Phantasie freilich ließ die Beiden glauben, es seien Todte, welche die Unterwelt ausgeworfen, weil ihr Raum für die Menge zu enge geworden, wie der Strom (iaro = Nil!) überfließe, wenn sein Bett für das Wasser des Südens zu eng wird. Doch nur so lange währt ihr Traum, bis das Pestfieber den Enkel selbst erfaßt und die sich heranwälzenden Schaaren der Aegypter zu einem Rachezug gegen den Zauberer Mesu (?) [1]) und der mit ihm davonziehenden Hebräer aufforderten. Namentlich war es der Oberst der ägyptischen Bogenschützen — Hor-necht, ein Schwager des greisen Horoskopen Rameri, der an die Spitze der Rachedürstigen zu treten gesonnen war. Zunächst wollte man dem angesehenen Hebräer Nun, dem Vater des Hosea (später Josue!), einen Besuch abstatten; doch der war fort. Außerdem bemerkt hier Ebers S. 14 in Betreff des Hor-necht: „Das Meer der Gefühle und Entwürfe, das in der Nacht hohe Wogen schlägt, ebbt beim hellen Licht des Tages und auch in dem Krieger war die leicht erregbare Leidenschaft längst größerer Ruhe gewichen. Den übrigen Hebräern mochte das Schlimmste angethan werden, nicht dem Nun, dessen Sohn Hosea (von jasch'a = Helfer) sein

1) So nach Ebers S. 11 Anmkg. Mesu würde das Kind bedeuten. (Man denke an Ra-mest-su!) Anders und in Uebereinstimmung mit der Schrift die Erklärung des Josephus = der aus dem Wasser Gezogene. Die Hypothese des Gesenius, wonach Moses Abkürzung wäre für Ἄμωσις (Amasis), hat man längst fallen lassen.

Kriegsgefährte war, einer der angesehensten Feldhauptleute des Heeres und dazu ein Freund seines Hauses". Nachdem der Aegyptologe Lauth sogar Moses unter Identificirung mit Mohar bei den Aegyptern Kriegsdienste nehmen ließ, war für den Einfall Ebers bezüglich des Josue wenigstens ein Analogon gegeben.

Immerhin waren im Judenviertel von Tanis viele Häuser von Grund aus zerstört worden und darob freute sich ganz besonders der zweite von den beiden ägyptischen Oberpriestern, Namens Baï; er hatte bei dem hohen Alter des ersten Oberpriesters (Rui) die nächste Anwartschaft auf die leitende Stelle in Aegypten, dem Priesterstaate, und konnte es dem mattherzigen Sohne des großen Ramses Miamun namentlich nicht verzeihen, daß derselbe das verhaßte Brüderpaar Moses und Aaron sogar um ihren Segen angefleht hatte.[1]) Dafür sollte er ihm mit dem Verluste seines Thrones büßen. Dagegen empfand auch Baï für Nun ein wärmeres Gefühl, das sich auf Dankbarkeit gründete, weil sein Sohn Hosea — der königlich ägyptische Hauptmann — ihn während des libyschen Krieges aus einem Feindeshaufen herausgehauen hatte. Aus dem Schutte des dem Nun gehörigen, durch die erbitterten Aegypter gleichwohl zerstörten Hauses zog man den halbentseelten Körper eines Knaben, Namens Ephraim,[2]) der ein Enkel des Nun und ein Schwestersohn des Hosea (Josua) war. Mirjam, die Schwester Mosis und Aarons, hatte ihn von Pithom aus (das Ebers mit Succoth als dem hebräischen Namen identisch faßt!) mit einer Botschaft an den von ihr geliebten Hosea nach Tanis abgeschickt. Baï, der Prophet, wie ihn Ebers zuweilen nennt, obwohl er natürlich das Niveau eines Horoskopen oder Astrologen nicht überschritt,

1) cfr. Exod. XII, 32.

2) Natürlich nicht der biblische Ephraim, der Sohn Josephs, sondern eine von Ebers frei erfundene Persönlichkeit.

fand Gefallen an dem Achtzehnjährigen und empfahl ihn der Hut seines Freundes Hornecht; hoffte er doch, Ephraim werde gleich seinem Oheim in das Heer der Aegypter eintreten, Hosea aber die Sache seiner Volksgenossen gänzlich preisgeben, als Gemahl der jungen Wittwe Kasana Hornechts Eidam werden und ihm bei der Verschwörung zu Gunsten des Prinzen Siptah, eines Neffen des Pharao Menephtah, werthvolle Dienste leisten.

Vorläufig fand Ephraim Aufnahme im Hause des Obersten Hor-necht und bis zur vollen Wiederherstellung Pflege durch dessen Tochter Kasana; doch seine leidenschaftliche Neigung ließ sie unerwidert, da sie ihr Herz, worüber sie als ägyptische Wittwe frei verfügen durfte, längst dem Hosea zugewandt hatte. Sogar die Bewerbungen des Prinzen Siptah hatte sie seinetwegen ausgeschlagen. Dennoch hing Hosea, der eben von einem siegreichen Feldzug gegen die Libyer nach Tanis zurückgekehrt war, nicht an ihr, sondern an seiner ernsten, prophetisch begabten Glaubens-, Volks- und Jugendgenossin Mirjam.

Ein schwerer innerer Kampf wogte in der Brust des heimgekehrten Hosea; hatte ihn doch keine Ahnung von dem inzwischen Vorgefallenen beschlichen! Er war entschlossen gewesen, den ägyptischen Kriegsdienst jetzt zu verlassen und mit Mirjam sich ein Heim zu gründen. Nun waren seine Volksgenossen entflohen, und er wußte noch nicht, wohin? Da trat allerdings schwer die Versuchung an ihn heran, ob er nicht bei den Aegyptern bleiben sollte, die ihn zum Oberbefehlshaber über zehn Tausendschaften gemacht, deren König er Treue geschworen. Zu guter Stunde brachte ihm des Räthiels Lösung die Botschaft, welche sein Neffe Ephraim Namens der Mirjam an ihn zu bestellen hatte: „Mirjam, des Amram und der Jochebeth Tochter, grüßt den Sohn des Nun, den Ephraimiten. Hosea (Hilfe) heißt du und zum Helfer seines Volkes hat der Herr, unser Gott, dich erkoren. Josue aber (= Gotthelf!), der dessen Hilfe

Jahve,[1]) soll man auf sein Geheiß dich fürder nennen; denn durch Mirjam, seine Magd, befiehlt dir der Gott ihrer Väter, der auch der deine, Schwert und Schild zu sein deinem Volke. Bei ihm ist alle Macht und er verheißt dir, deinen Arm zu stählen, auf daß er die Feinde vernichte".[2])

Es konnte Josue in seinem richtigen Entschlusse nur bestärken, daß eine gewisse Hogla, Enkelin Eliabs, eines Freigelassenen des Nun, ihn zum Großvater entbot, damit er ihm eine hinterlassene Mittheilung seines Vaters Nun zur Kenntniß brächte. Die Mittheilung lautete, Josua solle nach Sukkoth — südlich von Tanis — aufbrechen und in der hohlen Sykomore vor dem Hause eines gewissen Amminadab nach einer von Nun dort verborgen gehaltenen Schrift suchen, welche ihn über das Reiseziel des hebräischen Volkes unterrichten sollte. Die schlichte Hogla selbst, die trotz ihres unschönen Aeußeren auch einen Bräutigam gefunden, einen gewissen Asser, mußte durch ihr muthiges Beispiel den letzten Zweifel Josuas besiegen; denn sie murrte nicht, daß ihr Verlobter sie verlassen, um mit Moses und Aaron weiterzuziehen, während sie zur Warte der betagten und darum nicht mehr reisefähigen Großeltern hatte zurückbleiben müssen. Auch wußte Eliab und sein greises Weib die Feier des Pesach und die erhebenden Momente des Aufbruches in so ergreifender Einfachheit zu schildern, daß Josue beim Abschiede von dem Alten versicherte: „Du wirst von mir hören!"

In der Hütte des alten Freigelassenen hatte Josue sich erst ganz wieder gefunden. Klar erkannte er jetzt den

---

1) Merkwürdigerweise hält auch Ebers an dem Nonsens ‚Johova' fest!

2) Nach der Schrift (Numeri XIII, 17) war die Namensänderung von Moses ausgegangen, erst in der Wüste erfolgt — gelegentlich der Abordnung zur Kundschaft von Kades Barnea aus — und wohl im Hinblick auf die Waffenthat wider Amalek (Exod. XVII, 9).

diametralen Gegensatz zwischen dem Bundesgott Israels und der ägyptischen Naturvergötterung. Hatte er sich seines Volkes zu schämen angefangen, „jetzt lüstete es ihn, dasselbe zu führen“ (S. 73). Nur eines hielt ihn noch zurück, sein eidlich beschworenes Verhältniß zum Pharao mußte gelöst werden. Offen sollte der Pharao von Josuas neuem Vorhaben in Kenntniß gesetzt werden, auch wenn dieser sein Leben dabei aufs Spiel setzte. Daher forderte Josua den Neffen auf, im Falle er nicht bis nächsten Morgen von seiner Audienz bei Menephtah zurückgekehrt wäre, ungesäumt nach Sukkoth aufzubrechen, in der hohlen Sykomore vor dem Hause des Amminadab nach der Marschroute der Hebräer zu forschen und, wenn er die Seinigen eingeholt, ihnen zu sagen, daß Josue seiner Doppelpflicht gegen Aegypten und Israel nicht untreu geworden sei.

Allein während Hosea zur Audienz beim Pharao war,[1]) zog es Ephraim zunächst in das Haus des Obersten Hornecht, um keinesfalls Tanis verlassen zu müssen, ohne von seiner früheren Pflegerin Kasana Abschied genommen zu haben. Inzwischen war Hosea, im Palaste angekommen, durch den obersten Kämmerer[2]) dem Menephtah und seiner Gemahlin Isis-Nefert vorgeführt. Die beiden Majestäten, wie auch der greise 90jährige Oberpriester Rui zitterten vor Moses und wünschten einen Vermittler — zu dessen Rolle ihnen Hosea (Josue) von vornherein am passendsten dünkte. So wurde denn der Bitte des Hosea um Entlassung aus dem ägyptischen Heeresverbande gerne willfahren, unter der Bedingung, daß Hosea den Moses zur Rückkehr bewege, worauf ein neuer Vertrag mit den Hebräern zu Stande kommen sollte, daß sie nicht mehr gedrückt, vielmehr mit weitgehenden Freiheiten und Vergünstigungen bedacht würden. Gerne willigte Hosea alles ein; auch versprach er, nach

1) Die echt poetische Beschreibung steht S. 79.

2) Adone (= Herren) hießen die Adjutanten.

glücklicher Vollendung seiner Mission in den Dienst der Aegypter zurückzutreten. „Wo eine Brücke über den Strom führt, da hüte man sich, durch den Strudel zu schwimmen", hatte der Oberpriester vorgesprochen; der Pharao hatte es ihm nachgesprochen, und nachdem Hosea auch noch durch einen Eid versprochen, selbst im Falle des Mißlingens zur Berichterstattung wieder zu erscheinen, zeigten sich vorläufig alle Theile wohl befriedigt.

Hosea gedachte mit Ephraim unverzüglich nach Sukkoth abzureisen. Ihn abzuholen und um sich von seinen bisherigen Untergebenen zu verabschieden, begab er sich noch einmal in das Lager zurück, konnte aber dort, wie wir bereits wissen, seinen Neffen nicht mehr treffen. Niemand wußte, wo derselbe sich verborgen hielt, und so ritt Hosea ohne ihn weiter. Aus einem Zwiegespräche des Oberst Hor-necht und des zweiten Priesters Baï hätte Hosea allerdings erfahren können, wie der Verschwörer Baï, ein Gauch und Tartüffe ersten Ranges, den Ephraim als Geisel im Hause des Hor-necht festzuhalten rieth, um Hosea ganz in der Hand zu haben. Siptah sollte zum Pharao erhoben werden, zuvor aber Baï an die Stelle des Oberpriesters Rui einrücken; für Hosea war mit der Hand Kasanas zugleich die Befehlshaberstelle über die sämmtlichen Söldnertruppen Aegyptens in Aussicht genommen, wogegen der bisherige Commandant der Syrer, Aarsu, zu weichen hätte.

Kapitel 11 wird der Leser mitten in das Thun und Treiben der in Sukkoth stationirenden Hebräer hineinversetzt. Am meisten Rührigkeit entfaltet Mirjam; „sie war von Haus zu Haus gegangen und überall hatte sie mit glühenden Worten die Flamme der Begeisterung in den Herzen der Männer erweckt und angefacht und den Weibern gezeigt, daß mit der Sonne des nächsten Morgens ein neuer Tag des Glückes, des Wohlseins und der Freiheit für sie und ihre Kinder anbrechen werde." Indeß fehlte es nicht an Gegenströmungen; namentlich wenn der Gluthwind von

der Wüste her Verderben drohend wehte. Doch das Murren verstummte, als der männliche Hur, Mirjams späterer Gatte, unterstützt durch die trefflicheren Schleuderer aus den Reihen der hebräischen Hirten, das reich ausgestattete Proviantmagazin der Aegypter zu Sukkoth in seinen Besitz brachte.

Den bedeutsamen Mittelpunkt für die Hebräer in Sukkoth bildete begreiflich das schon früher erwähnte Haus des Amminadab, des Schwiegervaters Aarons. Unter der Sykomore vor diesem Hause hatte der große Moses mit den Volksältesten die entscheidende Berathung gepflogen, wornach der Weiterzug nach Kanaan nicht die nordöstliche Richtung einschlagen sollte, der Philistäer wegen;[1]) auch nicht die östliche wegen der ägyptischen Festungskette Chetam-Etham, vielmehr die südliche, um jene Festungskette zu umgehen. In den hohlen Stamm der Sykomore warf Moses noch das „für Hosea, nein, für Josua, den Sohn des Nun", bestimmte Täfelchen; dann verabschiedete er sich von dem Geschwisterpaar, um an die Spitze der Vorhut zu treten.

Lange und bange harrte Mirjam der Ankunft des Hosea. Endlich, endlich kam er in Begleitung des alternden Hur, des einstweilen von Moses als militärischer Befehlshaber aufgestellten Vertrauensmannes, aber natürlich nicht, um als kriegerischer Anführer sofort dem Moses seine Dienste zur Verfügung zu stellen; im Gegentheile bedauerte er die Abwesenheit des Moses lediglich deshalb, weil sich ihm so die Vorschläge des Pharao nicht sogleich unterbreiten ließen. Das Wiedersehen der Liebenden erlitt unter diesen Umständen eine wesentliche Beeinträchtigung; ja die Spannung mußte aufs Höchste steigen, als Hur unter Eidesbekräftigung in deren Gegenwart erklärte, er werde den Oberbefehl behalten, bis Josue — zur richtigen Erkenntniß gelangt — mit den Aegyptern ganz gebrochen; Mirjam

1) S. 144 in Uebereinstimmung mit Exod. XIII, 17.

aber würde, was auch immer die Zukunft brächte, bei ihm die Thüre geöffnet finden. Hur entfernt sich, und nun kommt es zu einem sehr erregten Gedankenaustausch zwischen Josue und Mirjam; die prophetische Begeisterung der letzteren erfaßte aber auch ihn, so daß ein vollkommenes Einverständniß zwischen beiden erreicht schien.

Allein das währte gar nicht lange. Hosea fiel wieder in seine Vermittlerrolle zurück, so daß er derb und bitter die Prophetin anherrscht: „Männisch geworden ist dein Streben und Leben! Was anderen Weibern das Höchste, mit dem Fuße stößt du es von dir". Als Mirjam in einer neuen Vision über ihres Volkes Zukunft belehrt worden war, Josue aber wegen seines dem Pharao verpfändeten Wortes nach Tanis zurückzukehren beschlossen hatte, kam es zum Bruche. Mirjam eilte auf Hur zu und ging die Ehe mit ihm ein. Doch beim Scheiden mahnte sie Josue noch, in die hohle Sykomore zu schauen, wo ihr Bruder Moses eine Botschaft für ihn verborgen habe. Josue fand sie aus den beiden Worten bestehend: „Sei stark und fest!" [1]) Das wollte er sein, und ohne den greisen Vater oder Moses selbst gesehen zu haben, ritt er muthig weiter, von dem Fehlschlagen seiner Sendung in Aegypten Bericht zu erstatten.

Wie es dem Heimgekommenen erging? Fünf Tage später zog ein kettenbelasteter Staatsgefangener mit 40 Leidensgenossen von Tanis nach den Bergwerken auf der Sinaihalbinsel, wo man neuer Zwangsarbeiter bedurfte. Von seinen bärtigen Lippen klangen die Worte: „Sei fest und stark!" — dem neben ihm herschreitenden Jüngling aber raunte er zu: „Muth, Ephraim, Muth!" Nun kennen wir das Schicksal Josues. „Daß man mich in die Bergwerke

---

1) S. 194. Echt biblisch: chasak weemaz, Deuteron. XXXI, 7 u. 23; Josue I, 6 — an beiden letzteren Stellen als Wort Jahves, an der ersteren als Wort des Moses an Josue.

sende!" war eine der furchtbarsten Verwünschungen in Aegypten und keines Gefangenen Loos auch nur halb so hart, wie das der verurtheilten Staatsverbrecher. Jetzt sauste der Wagen Kasanas vorbei. Sobald sie der Gefangenen ansichtig geworden, entstieg sie dem Wagen, näherte sich dem libyschen Zugführer und wußte es durch reichliche Gaben dahin zu bringen, daß sie die beiden gefesselten Hebräer geraume Zeit allein sprechen konnte. Sie wollte sich hauptsächlich von dem Verdachte reinigen, als ob sie etwa — wegen verschmähter Liebe — aus Rache Josue und Ephraim ins Verderben gestürzt; der Lüstling Prinz Siptah war es, der aus Eifersucht, weil ihm die Neigung Kasanas zu Josue wohl bekannt war, seinen Nebenbuhler verderben wollte. Um jeden Preis gelobt sie, Josues und Ephraims Befreiung herbeizuführen. Bald hielt der libysche Zugführer mit seinen „Maulwürfen" — so hieß er die ihm unterstellten Gefangenen — an, um das zur Verfolgung des flüchtigen Hebräervolkes aufgebrochene Heer des Pharao an sich vorbeiziehen zu lassen. Sogar Kasana hatte sich, an der Seite des ihr sonst in der Seele verhaßten Prinzen Siptah, dem Zuge angeschlossen, freilich nur, um ihren beiden Schützlingen zu nützen. Ihrem Einflusse war es beizumessen, daß auf Befehl Siptah's die Ketten der Gefangenen sich lösten. In der darauffolgenden Nacht gelang es Ephraim, nicht ohne Vorwissen Josue's, zu entfliehen; er mochte zu den Volksgenossen enteilen und ihnen Josue's Lage und Gesinnung schildern.

Von einem Wachethurm aus erspähte er die Zelte der Seinigen zwischen Pihachiroth und dem Berge Baalzephon.[1]) Dahin flog er mehr, als er ging, und fand sich endlich mit dem freudigst überraschten Großvater Nun zusammen. Eben traf man die Vorbereitungen zum Durchzuge durch das Schilfmeer. Der Wind vom Norden trieb

---

1) S. 273 u. Exod. XIV, 2.

die Wogen gegen Südwesten [1]) und das Hinübergehen ward glücklich bewerkstelliget. Folgt der Untergang der Aegypter und das von Moses verfaßte Loblied, das Mirjam sang (S. 306 in Uebereinstimmung mit Exod. C. XIV u. XV).

Eine der ergreifendsten Episoden stellt das Verscheiden Kasanas (S. 312 ff.) dar. Sie hat der Dichter überhaupt mit besonderer Sorgfalt gezeichnet und ausgezeichnet. Durch ein „wunderbares Ungefähr" hatte sie lebend das jenseitige Ufer erreicht; der herzugekommene Ephraim hatte sie vor den Mörderhänden einer wüthenden Hebräerin geschützt, die indeß schwer Verwundete der Mirjam auf den Schoß gelegt. Auch der greise Nun, Josues Vater, kam herzu. Vor Ephraim und Nun — die pflegende Mirjam bat sie abzutreten — gestand sie sterbend, wie sie dem allmächtigen Siptah, dem Pharao in spe, nur zu Willen war, um Hosea, der sie doch verschmäht hatte, aus den Bergwerken zu befreien! Um nicht hinter Kasana in der Liebe zu Josue zurückzustehen, machten Nun und Ephraim sich zur Befreiung Josues unverweilt auf; und diese gelang um so leichter, als der politische Krach in Aegypten — der Staatsstreich Siptahs glückte nicht, er erlag dem Pharao Seti II. — auch die Disciplin der ägyptischen Besatzung lockerte.

Freiwillig trat Hur den Oberbefehl an Josue ab. Auffällig genug läßt der Dichter Mirjam, als sie es erfuhr, einen Protest dagegen erheben. Ueberhaupt ist die Leidenschaftlichkeit, welche Ebers ihr andichtet, weit unedler, als die Gereiztheit, von welcher auch die Schrift sie nicht freispricht. [2]) Erst als beim Wüstenzuge gegen den Sinai, in der Nähe von Rafidim, der auch in der Schrift [3]) er=

---

1) Anders Exod. XIV, 16, 21, 22 — erat aqua quasi murus a dextera eorum et laeva; doch S. 297 in Uebereinstimmung mit Exod. l. c. V. 16.

2) Numeri XII, 1 sqq.

3) Exod. c. XVII.

wähnte Ueberfall der Amalekiter durch Josue siegreich abgeschlagen ward; ja Josue — nach der Erfindung des Dichters — sogar Gelegenheit fand, die von den Amalekitern gefesselte Mirjam zu befreien: da trat zwischen diesen beiden vollständige Versöhnung ein. Auch in Josues Innerem hatte sich binnen eines Monates nunmehr eine vollständige Gesinnungsänderung vollzogen; er war wieder Hebräer geworden durch und durch.

Das Schlußkapitel zeigt auch Mirjam in günstigerem Lichte; denn sie ist es, die ihren Gemahl Hur zum Abschluß einer Bundesverbrüderung mit Josue bestimmt; und in derselben Stunde kam Hogla mit ihrem Asser zusammen. Noch bezeichnet Moses dem Josue das Gesetz als die Macht, welche die Horden der Hebräer in der Wüste allein werde im Zaum halten können; dann aber schließt die ganze Erzählung mit einer äußerst merkwürdigen Vision Josues. „Ein Traum zeigte ihm Mirjam und ein holdseliges Mädchenbild, das Kasana glich, wie sie ihm als reines, unschuldiges Kind oft entgegen geeilt war, und ihr folgte das weiße Lamm, das sein Vater (Nun) vor vielen Jahren (eben als Kasana noch in der Kindheit stand) dem Liebling geschenkt. Beide Traumgestalten reichten ihm eine Gabe und forderten ihn auf, die eine oder andere zu wählen. In Mirjams Händen ruhte das Gesetz; das Kind hielt ihm einen jener schön gerundeten Palmenwedel entgegen, die er oft als Friedensbote geschwungen. Josue wählte den Palmenzweig, und als er das Kind fragte, was seine Gabe ihm und dem Volk bedeute, wies es in die Ferne und rief ihm drei Worte zu, deren milder, wohllautender Klang ihm tief in das Herz drang. Aber ihren Sinn verstand er nicht".

Viele Jahrhunderte später, so schließt Ebers seine Erzählung, ward zu Bethlehem ein anderer Jehoschua geboren, der der ganzen Menschheit schenkte, was der Sohn des Nun vergeblich für das Volk

der Hebräer gesucht. Die drei Worte aus dem Munde des Kindes aber, die der Feldherr nicht zu deuten vermochte, sie hatten gelautet: „Liebe, Gnade, Erlösung!"

„Des Josua weiteres thatenreiches Leben und wie er für die Seinen eine neue Heimath erstritt, ist jedermann bekannt" — heißt es bei Ebers von der vorletzten auf die letzte Seite.

Das ist freilich eine kurze Erledigung, aber auch kaum Erwähnung dessen, was Buch Numeri und das nach den Aufzeichnungen Josues selbst benannte Buch Josue über des Moses großen Nachfolger enthalten.

Wer den Titel „Josua" liest, erwartet sicherlich nicht mit dem Sieger über Amalek so zu sagen abgespeist zu werden; kein Wort von der Festigkeit, womit Josue (wie allerdings auch Caleb) den Lügenkundschaftern gegenüber Stand hält; kein Wort von Josues Großthaten bei Jericho, Hai, Gabaon, am Meromsee; von dem einzigartigen Autodafé bei Sichem; von der Aufopferung und Uneigennützigkeit des getreuen meschareth Jach. als den er sich erwiesen bis zur Beisetzung in Tamneth Sareh. Diese Auslassungen, genauer Unterlassungen würden gar nicht störend auffallen, wäre nur z. B. anstatt Josue der Titel Kasana gewählt worden. Dazu durfte sich der Verfasser wohl um so leichter verstehen, als er laut S. X des Vorwortes ja namentlich den Eindruck, welchen die Ereignisse des Exodus auf die Aegypter hervorbrachten, darstellen wollte; als er auch Kasana offensichtlich in besonders günstige Beleuchtung rückte, während er Josue — allerdings mit triftiger Begründung — einen nicht völlig freiwilligen Cölibatär bleiben läßt.

Mag man es noch so rühmend anerkennen, daß Ebers alles zu vermeiden trachtet, was das gläubige Gemüth zu verletzen geeignet wäre — in gar manchen Punkten gelang es ihm nicht, über den landläufigen Rationalismus hinauszukommen: die Lichtsäule wird in Pechpfannen; des Moses

Wunderstab in einen gewöhnlichen Wanderstab verwandelt; und auch die Trockenlegung des Meeres erfolgt — sehr im Widerspruche zu dem biblischen Texte — einzig durch einen lebhaften Nordwind.

Und von solch' naturalistischer Erklärung mancher supranaturalen Einzelnheiten abgesehen möchten wohl auch Anachronismen zu verzeichnen sein. Es besteht unter den Geschichtskundigen kaum ein Zweifel, daß die Israeliten erst im Exil zu Babel aus einer kriegerischen eine Geschäfte treibende Nation geworden. Pfandwucherer (S. 15) erscheinen in Aegypten schwer denkbar. Hienach beurtheilt sich auch die psychologisch bemerkenswerthe Hervorhebung (S. 124): „Wenn die Weberin Rebekka (beim Aufbruche von Sukkoth) dringender wünschte, die rohgezimmerte Wiege, in der ihr Liebling gestorben, auf den Karren zu laden, als die schöne mit Elfenbein ausgelegte Truhe von Ebenholz, die ein Aegypter ihrem Mann verpfändete, wer möchte es ihr verargen?"

Unbestritten ist Ebers ein Meister des Stiles; unbestritten steht er auf christlichem Standpunkte. Steht er so weit über Renan, so doch unter Racine, der mit feinfühligem Takte nur solche biblische Stoffe behandelte, in denen, wie z. B. in Athalie, Esther das Gebiet des Wunders nicht berührt wird.

Nach einem sinnigen Mythos der alten Deutschen mußte Loki, der auf des Riesen Thiassi Geheiß die Göttin Iduna sammt ihren Aepfeln zur Erde geholt, dieselben alsbald wieder zurückstellen. So möge auch Ebers kein zweitesmal in das Gebiet des Ueber natürlichen hinübergreifen, soviel ihn sonst noch zu unserer Belehrung und Unterhaltung zu spenden „lüstet". Möge er vielmehr bei etwa wiederkehrender Versuchung deutlich die Warnung vernehmen: „Noli me tangere!" und dieser Warnung dann auch Gehör schenken!

Regensburg. Dr. Schenz.

XXXIV.

Zur Literatur über die sociale Frage.

„Ein Handbuch der socialen Frage für nationalökonomische Laien, zunächst für Theologen, aber auch für die wissenschaftlich gebildete Welt" — das und nicht weniger will ein vor wenigen Monaten erschienenes Werk[1]) sein, das den protestantischen Theologieprofessor Dr. Martin von Nathusius (Greifswalde) zum Verfasser hat, denselben, der in einem früheren Werke: „Das Wesen der Wissenschaft und ihre Anwendung auf die Religion", einer größeren Gemeinsamkeit und Verständigung innerhalb der verschiedenen Wissenschaften das Wort geredet hat, freilich ohne mit diesem seinem Lieblingsgedanken „in unserer Zeit der akademischen Zünfte viel Anklang zu finden".

Ein Handbuch der socialen Frage für nationalökonomische Laien — ist es nicht eben das, was wir brauchen? Der Einzelschriften über sociale Probleme haben wir übrig genug: Die Theile hab ich zwar in der Hand, fehlt leider ach! das geist'ge Band! Und in der Zusammenfassung wird erst der wahre Werth des Einzelnen erkannt; all die vielen Einseitigkeiten, welche die Behandlung der socialen Frage vielfach

1) Die Mitarbeit der Kirche an der Lösung der socialen Frage. Von Dr. Martin von Nathusius, ord. Professor der Theologie an der Universität Greifswalde. I. Theil: Die sociale Frage. Leipzig, Hinrichs 1893.

auch auf katholischer Seite hervorgebracht hat, erklären sich zum guten Theile daraus, daß man in Folge Mangels einer principiellen Gesammtdarstellung über das Wesen der socialen Frage und ihrer einzelnen Elemente das einem jeden Schreiber von Broschüren Nächstliegende auch als das Wichtigste angesehen. Da sollten nicht bloß die Produktivassociationen, nein selbst der Gesellenverein oder der Kapuziner oder der Schulmeister von Sadowa die sociale Frage lösen! Eine solche Gesammtdarstellung, soll sie für uns Werth haben, muß aber offenbar ihr Princip aus der christlichen Sittenlehre nehmen; denn mag man die sociale Frage von allen möglichen Seiten, Volkswirthschaft, Politik, Bevölkerungslehre, Culturgeschichte betrachten, immer stößt man auf den sittlichen Hintergrund: die sociale Frage ist eine sittliche Frage. Aber eine sittliche Beleuchtung im Sinne des radikalen Ziegler kann wohl interessant sein und mannigfache Anregung gewähren, wie das bei dem Ziegler'schen Buch der Fall ist; aber nach solchen Recepten zu handeln, hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Ein auf der christlichen Sittenlehre fußendes Handbuch müßte aber ganz objektiv verfahren, in ruhiger Darlegung in die Probleme einführen, ihre Schwierigkeiten herausstellen, den Zusammenhang mit dem weiten Gebiete der Cultur darlegen, die Lösungsversuche, welche die Geschichte alter und neuer Zeit aufweist, zur Prüfung vorsetzen, das Gute daran anerkennen und bezüglich des Verhältnisses der Theorie und Praxis zur Moral das allezeit im Auge behalten, daß die christliche Moral in vielen Dingen nur allgemeine Ideen bietet, welche das menschliche Leben und Thun zu durchdringen bestimmt, die aber erst auf zahllose verschiedene Einzelverhältnisse anzuwenden sind. Diese Anwendung ist nicht leicht, es sind dabei die natürlichen Voraussetzungen zu berücksichtigen und historische Rechte in Betracht zu ziehen. Was wir in dem bekannten Kapitel Christenthum und Sklaverei vor uns haben, wiederholt sich mutatis mu-

tandis in vielen socialen Verhältnissen. Die socialen Grundideen des Christenthums sind klar; bis diese aber im Einzelnen zur Auswirkung kommen, braucht es Zeit; die Kirche hat der Welt Zeit gelassen; lassen auch wir ihr Zeit, diese Ideen in sich auszuwirken, und erforschen wir einstweilen ruhig, was die Geschichte über die allmählige Verwirklichung derselben in der Menschheit uns zu sagen weiß. Wie überall, so rächt es sich auch hier, den geschichtlichen Stoff lediglich als Beweismaterial für die einmal zurecht gelegte Ansicht zu verwenden, wie das bei manchen sonst so verdienstvollen Werken über social-ethische Probleme geschieht; wir müssen sehen, wie die Dinge entstanden, die Verhältnisse sich gebildet haben; sonst haben wir kein Vertrauen zu der Zuverlässigkeit der Beweisführung.

Diesen Anforderungen an ein Handbuch der socialen Frage kommt das Nathusius'sche Werk in vielen Punkten entgegen, und deßhalb stehen wir nicht an, dasselbe den Lesern zum Studium — es will studirt sein! — zu empfehlen. Der Verfasser ist Protestant, aber die Confession *bleibt* in den allermeisten Partien außer Frage; er spricht sodann mit großer Anerkennung von den Leistungen der katholischen Wissenschaft und Praxis auf dem socialen Gebiet und theilt die Ansicht des Professors Thun, daß der katholische Klerus den socialen Fragen ein größeres Verständniß entgegenbringe, als die evangelischen Geistlichen, und daß sie darum in viel höherem Maße auf diesem Gebiete das Vertrauen des Volkes besäßen; besonders aber hat uns gefreut die Bemerkung S. 168: „daß das (nämlich die Beleuchtung socialer Fragen durch Moufang, Hitze, Cathrein) vom specifisch katholischen Standpunkt aus geschieht, der in dem gottlosen und aufrührerischen Socialismus die consequente Fortbildung des Protestantismus sieht, darf uns nicht befremden." Es wird den Verfasser das freilich noch weniger befremden, wenn er in dem neuesten Werke seines Amtsbruders O. Holtzmann an der Universität zu Gießen

(wir behalten uns die nähere Besprechung dieses Werkes, das den Titel führt: „Jesus Christus und das Gemeinschaftsleben der Menschen“, vor) das interessante Geständniß liest: „Die Anschauungen der Reformation bilden die Grundlage der socialistischen Wirthschaftsordnung.“ Wir halten ihm bei dieser von Uhlhorn so vortheilhaft abstechenden Toleranz auch die eine oder andere specifisch protestantische Auffassung (über das Mönchthum u. a.) zu Gute. „Welchen wirthschaftlich verwüstenden Einfluß hat die falsche Lehre von der Verdienstlichkeit der Askese, des Almosens und des sogenannten geistlichen Bummellebens im Mittelalter gehabt! In Spanien gab es unter Philipp III. 32,000 Bettelmönche; das ganze Volk war eine große Nation von Mönchen, Priestern, Edelleuten und Bedienten; Ausländer kamen, um die Gewerbe zu besorgen. Die großen Massen nicht arbeitender Proletarier im Mittelalter, auch in Deutschland, sind durch die falsche Wohlthätigkeit der Klöster geradezu herangezüchtet. Ueber dem christlichen Gebote zur Wohlthätigkeit hatte man das andere Wort: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, zurückgestellt“ Man sieht, Uhlhorn ist vom Verfasser gut studirt worden! Aber — zugegeben, die Wohlthätigkeit der Klöster sei in Folge mangelhafter Organisation der Armenpflege oft nicht zum Segen gewesen, warum hat man kein Wort der Anerkennung für ihren guten Willen, dem menschlichen Elend zu steuern? Den Würdigen und nicht den Unwürdigen zu unterstützen, bleibt stets eine schwere Sache; sind denn die Akten über den Werth der staatlichen Unterstützung schon geschlossen? Wird nicht auch sie mißbraucht? — Und warum spricht man nicht von dem wirthschaftlich so segensreichen Einfluß vieler Klöster, deren Inwohner die Wälder ausgerodet und die Cultur in's Land gebracht und den Bauernstand herangezogen haben? Wir sind weit entfernt, im Mittelalter lauter Licht zu finden, aber es ist lächerlich, im Brustton der Entrüstung über wirthschaftliche Verwüstung im Mittelalter zu reden in einer

Zeit, wo die socialen Zustände als unhaltbar geschildert werden — unhaltbar jedenfalls nicht durch die Schuld der Klöster! Sollte die heutige Noth nicht den Gedanken nahelegen, daß an der mittelalterlichen jedenfalls noch andere Faktoren schuld waren als die Wohlthätigkeit der Klöster?

Doch das nur nebenbei. Wir möchten lieber die vielen guten Seiten, die zahlreichen treffenden Bemerkungen herausheben, als die wenigen zu beanstandenden. Interessant ist es für uns Katholiken, wie der Verfasser, indem er sein Handbuch der socialen Frage „die Mitarbeit der Kirche an der Lösung der socialen Frage“ betitelt, den Boden, auf dem er arbeiten will, sozusagen erst erkämpfen muß. Es gibt nämlich nicht wenige Protestanten, welche behaupten, die Kirche habe bei Lösung der socialen Frage lediglich „keine Arbeit“, auch keine Mitarbeit; es genüge, die Menschen daran zu erinnern, daß Jeder seine Pflicht thue. Die socialen Erscheinungen berühren die Rechtsordnung, für welche lediglich der Staat competent sei. Religion und Politik dürfen nicht vermischt werden. Diesen Standpunkt vertritt namentlich Uhlhorn, und nicht klein ist die Zahl derer, die zu ihm schwören. Soviel Bedeutung letzterer für die Lösung der socialen Frage dem „evangelischen“ Christenthum vindicirt — das katholische hält er in liebenswürdiger Bescheidenheit für völlig unfähig dazu — so wenig will er ein Eingreifen der „Kirche“. Unser Verfasser entscheidet sich nach sorgfältiger Darlegung des Fragepunkts im entgegengesetzten Sinne. Wohl ist auch er der Ansicht, daß es sich bei Lösung der socialen Frage um Schaffung neuer Rechtsordnungen, also um eine Aufgabe des Staats handle, aber, meint er, damit die Verhältnisse des wirthschaftlichen Lebens in eine solche staatlich-rechtliche Ordnung kommen, die der gedeihlichen Entwicklung derselben am förderlichsten ist, dazu sei eine kirchliche Einwirkung, ein kirchliches Handeln nöthig und zwar soll durch die Kirche die öffentliche Meinung in

der Weise beeinflußt werden, daß dadurch volkswirthschaftliche Rechtsordnungen möglich werden und außerdem die Wirksamkeit der letzteren durch Pflanzung einer entsprechenden Gesinnung eine Förderung erfahren. Wir begreifen diesen Standpunkt des lange Zeit mitten im praktischen Leben gestandenen Professors; der Staat ist viel zu sehr selbst in die socialen Uebel verwickelt, als daß von ihm aus eigenem Antrieb eine kräftige Reaktion zu erwarten wäre; er ist nicht mehr die religiöse Macht, wie ihn Luther sich dachte; das Volk verlangt deßhalb Hilfe von der Kirche als der religiösen Großmacht und wenn die Kirche sie nicht leistet, verliert sie ihren Einfluß auf die Massen, wie das in der That von der evangelischen Kirche vielfach — Stöcker ist Zeuge! — zu constatiren ist. Freilich für ein kräftiges selbständiges Eintreten der „Kirche" bietet der protestantische Kirchenbegriff eine große Schwierigkeit und wir sind sehr begierig, wie sich der Verfasser im zweiten Theil, der diese Fragen der praktischen Theologie behandeln soll, die Dinge zurecht legt. In diesem ersten Theil, der uns zur Besprechung vorliegt, sind zunächst nur die Voraussetzungen dieser Mitarbeit der Kirche an der socialen Frage, die Grundlagen für das Verständniß der letzteren überhaupt behandelt, und der Verfasser will damit eine Ehrenschuld abtragen, welche die christliche Ethik schon lange Zeit hat ruhig stehen lassen.

„Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, den ich empfinde, so oft ich von dem Gebiete der Volkswirthschaftslehre und einer modernen philosophischen Ethik auf das Gebiet der theologischen Ethik übergehe, als träte ich in einen Märchenwald. Jorinde sitzt als verzauberter Vogel im Bauer und Joringel naht sich mit der Zauberblume und befreit alle Vögel der alten bösen Hexe. Es sind zum großen Theil unwirkliche Gestalten, mit denen wir es in der theologischen Ethik zu thun haben. Sie ist der Verführung zu einer die praktischen Probleme verflüchtigenden theologischen Spekulation nicht entgangen. Es fehlt ihr im Großen und Ganzen die Stellung

in den Wirklichkeiten des Lebens. Weil die christlichen Gedanken verwirklicht werden wollen in und an den Lebensverhältnissen, die vor dem Christenthum und unabhängig von ihm vorhanden sind, so müßten dieselben in ihrer ganzen handgreiflichen Realität in das Auge gefaßt werden. Das geschieht aber in den Lehrbüchern der Ethik fast nur bei der Ehe, der Staatsverfassung und dem Verhältniß der Dienenden im Hause und auch da nicht genügend. Die irdischen Verhältnisse kommen nicht zu ihrem vollen Rechte, indem sie gleichsam als Ausstrahlungen gewisser christlicher Principien erscheinen."

Die katholische Moral hat, wie die Kapitel de justitia et jure beweisen, das wirthschaftliche Leben nie außer Acht gelassen. Und doch erhält man nicht immer den rechten Einblick in die Natur des wirthschaftlichen Lebens, weil gewöhnlich nicht die natürlichen Erscheinungen desselben selbst uns vor Augen geführt werden, sondern die abstrakten Begriffe der Jurisprudenz, die sich an den früheren Stand des wirthschaftlichen Lebens angeschlossen hat. Weil die juristischen Begriffe dem römischen Privatrecht entnommen sind, ist denn auch alles auf die Individualethik zugespitzt. Schon längst hat sich aber ja die Nationalöconomie von dem Staatsrecht losgelöst und die Theologie würde gut thun, diese neue Entwicklung nicht außer Acht zu lassen, schon deßhalb, damit die Volkswirthschaftslehre sich selbst überlassen nicht auf Abwege geräth bezüglich der ethischen Grundprincipien, auf denen sie sich aufbaut (vgl. die Lehren der Nationalöconomie über die „Triebfedern" des wirthschaftlichen Lebens). So lange die Moral noch damit zu ringen hatte, die durch den Rationalismus abgeschnittene Verbindung mit der Theologie der Schule wieder anzuknüpfen und sich auf sich selbst zu besinnen, war eine weitere Berücksichtigung des Ideengehalts der modernen Zeit nicht unbedenklich und die Ignorirung der Resultate der Volkswirthschaftslehre begreiflich; heute kann das aber nicht mehr entschuldigt werden und es wäre sehr zu wünschen, wenn von dem frischen

Luftzug, der durch die Lehre von den Verträgen bei Linsenmann weht, auch in anderen „gangbaren" Lehrbüchern der Moral mehr zu spüren wäre.

Die sogenannte Nationalöconomie ist aber nur ein Theil jener Wissenschaft, die zwar noch vielfach nach fester Umgrenzung ihrer Begriffe ringt, aber wenn auf dem Fundament gesunder Anthropologie aufgebaut, sicher richtig und aussichtsvoll ist, der Gesellschaftslehre oder Sociologie, und eben dadurch, daß man die Nationalöconomie in diese lebendige Verbindung mit der Gesellschaftslehre bringt, erhält sie sozusagen erst Geist und Leben. Wir können drei verschiedene Hauptauffassungen des Begriffs der Gesellschaft constatiren: die culturhistorische Riehl's, der unter Gesellschaft das Volk versteht „unter dem Gesichtspunkt seiner Arbeit, seines Eigenthums und der daraus erwachsenden Gesittung"; die wirthschaftliche von Stein's, der folgende Definition aufstellt: „Die organische Einheit des menschlichen Lebens, durch die Vertheilung der Güter bedingt, durch den Organismus der Arbeit geregelt, durch das System der Bedürfnisse in Bewegung gesetzt und durch die Familie und ihr Recht an bestimmte Geschlechter dauernd gebunden, ist die menschliche Gesellschaft." Die dritte Auffassung, man könnte sie die anthropologische nennen, vertritt hauptsächlich im Anschluß an Mohl Rümelin, der davon ausgeht, daß die von der Psychologie nachgewiesenen individuellen Seelenkräfte durch den Faktor des Zusammenlebens des Individuums mit andern, zu welchem es durch die mächtigsten Bande genöthigt ist, so zahlreiche und tiefeingreifende Umbildungen und Einwirkungen erleiden, daß eine Reihe ganz neuer Erscheinungen daraus hervorgehe, welche über die Psychologie hinausgreifen und eine eigene Betrachtung erfordern. Ihm ist so die Gesellschaft die Einheit der individuellen Kräfte, die als solche, als Gesammtprodukt derselben, dann wieder auf die Individuen in mannigfacher Weise zurückwirkt. Die Anwendung des Ausdrucks Organis-

mus auf das Gesellschaftsleben, die Schäffle so betont, will er durchaus vermieden wissen, da sie an dem Grundfehler leide, daß sie einen Collektivbegriff wie den eines einheitlichen Wesens behandle und bloße Analogien oder partielle Aehnlichkeiten zu Leitbegriffen mache.

Alle drei Auffassungen laufen schließlich auf das gleiche hinaus, nur kommt bei Riehl das wichtige Gebiet des Gattungslebens (Bevölkerungslehre) neben dem Erwerbs- und Culturleben zu wenig zur Geltung. Nathusius schließt sich bei Abgrenzung des Gebietes der socialen Frage an den Stein'schen Begriff an und will unter Gesellschaft verstehen „die Gesammtheit der Menschen (eines Landes, einer Gegend, eines Welttheils) darauf hin angesehen, daß sie aus Gruppen besteht, die sich gegenseitig ergänzen und dienen beim Erwerb und Genuß der zum Leben nöthigen Dinge". Aber dabei ist vergessen, daß gerade bei diesen wirthschaftlichen Interessengruppen nicht bloß eine Ergänzung, sondern auch eine Concurrenz stattfindet, die Reibungen, Conflikte, Kämpfe um Besitz, Vorrecht und Herrschaft im Gefolge hat, Wirkungen, die allerdings wieder durch die Macht des Ergänzungsbedürfnisses ausgeglichen werden. Jedenfalls aber ist die Definition zu eng, da sie der großen socialen Erscheinung und Großmacht, die wir Bildung, Cultur nennen (nach Ratzinger Civilisation im Gegensatze zu Cultur, die mehr das Materielle umfaßt), keine Rechnung trägt. Wir dürfen aber bei der Betrachtung der socialen Frage, berührt sie auch zunächst das wirthschaftliche Leben, das culturelle Moment nicht übersehen, weil sich der Socialismus zu einer Weltanschauung ausgebildet hat, welcher ganze Massen beherrscht und von der selbst diejenigen nicht unberührt geblieben sind, welche ihn bekämpfen. Von welchem Einfluß er auf das Gattungsleben sein würde, wenn seine Ideen durchdrängen, das zeigt uns ja Bebels Buch „Die Frau und der Socialismus".

Wenn nun, wie schon bemerkt, das volkswirthschaftliche Moment bei Nathusius fast zu sehr sich vordrängt — wir freuen uns doch darüber, denn was der Verfasser über die geschichtliche Entwicklung der Volkswirthschaftslehre und ihre Hauptprobleme S. 76—310 bietet, ist vortrefflich. Hier erscheint die Volkswirthschaftslehre, was sie ist, als eine ethische Wissenschaft im weiteren Sinn. Nicht als ob man die Volkswirthschaftslehre von oben herab aus ethisch-religiösen Voraussetzungen, aus theologischen Prämissen ableiten könnte, nein, das wirthschaftliche Leben hat seine eigenen, natürlichen Gesetze, aber indem die Nationalöconomie diese Gesetze zu ergründen sucht, fühlt sie die Nothwendigkeit einer Ergänzung durch die Sittenlehre, welche uns über das freie Handeln des sittlichen Menschen Belehrungen gibt, — und eine Aeußerung der freien Thätigkeit des Menschen ist doch gewiß auch das wirthschaftliche Handeln — und da es im Lichte des Christenthums der vom Sündenfall erlöste und von Gott zum ewigen übernatürlichen Leben in Gott bestimmte Mensch ist, der wirthschaftlich thätig ist, so drängt die Nationalöconomie zur Ergänzung durch die theologische Moral. Mit Blindheit müßte denn auch der geschlagen sein, der nicht erkännte, daß auch die wirthschaftlichen Theorien, nicht bloß das wirthschaftliche Handeln von religiös-theologischen Voraussetzungen abhängig ist und sich davon stets abhängig gezeigt hat, daß eine Volkswirthschaftslehre, die solcher Voraussetzungen sich entschlagen möchte, in leeren Abstraktionen sich bewegen würde. Ist es nun ein großes Verdienst des Verfassers, den Zusammenhang beider Disciplinen nachgewiesen zu haben, so könnte gegen seine Darstellung nur das mit Recht eingewendet werden, daß er zu sehr die Wissenschaft der Volkswirthschaft statt diese selbst zu Grunde legt. Würde der Verfasser auch die Geschichte des wirthschaftlichen Lebens mehr berücksichtigt haben, so würde nicht bloß ein besserer Einblick in die wirthschaftlichen Verhältnisse und nationalöconomischen Grundbegriffe gewonnen,

sondern auch die Selbständigkeit der Moral mehr zum Ausdruck gekommen sein.

In der Geschichte der Volkswirthschaftslehre treffen wir überall eine objektive Maßhaltung in der Beurtheilung an. Besonders wohlthuend tritt dies bei der Besprechung des Adam Smith'schen Systems zu Tage, das mit dem seiner Nachfolger nicht identificirt werden darf, weil es zwar durch und durch individualistisch-liberalistisch gedacht ist, aber nicht materialistisch unethischen Charakter hat. Der Optimismus, der hervorstechendste ethische Zug seiner Lehre, sollte aber mehr hervorgehoben sein. — Bei der Auseinanderlegung der Probleme der Volkswirthschaft hat es uns gewundert, daß der bibelgläubige Professor so wenig die socialen Ideen der heiligen Schrift beizieht. Es fehlt doch auch hier nicht an Vorarbeiten; zu Knies (in Gelzers Protest. Monatsblättern 1858 und 59), Beck, Martensen, Todt ist jetzt im oben citirten Werk Holtzmann getreten. Zu der biblischen Grundlage muß aber die Geschichte der Ethik zugezogen werden. Die ethischen Probleme, welche das wirthschaftliche Leben bietet, sind zum Theil so schwierig, daß man mit allem Aufwand des wissenschaftlichen Apparates arbeiten muß, um die nöthige Zuverlässigkeit zu erreichen. Es ist freilich wahr, eine principielle Differenz zwischen den wirthschaftlichen und religiösen Aufgaben des Christen schließt sich von selbst aus, weil die Selbstliebe, welche die wirthschaftliche Thätigkeit zur Voraussetzung hat, auch in dem religiösen Pflichtencodex des Christen ihren Platz hat. Gerade die katholische Moral ist es auch gewesen, welche in der Vertheidigung des eudämonistischen Charakters der Moral die Berechtigung der Selbstliebe betont hat. Aber die Stellung der Kirchenväter zu manchen wirthschaftlichen Erscheinungen beweist, daß doch eine Schwierigkeit vorhanden ist, die eine nähere Prüfung der Frage verlangt. Sie liegt darin, daß die wirthschaftlichen Dinge selbst mehr als die übrigen Weltdinge die Selbstsucht wecken. Der Grund

liegt in dem Mißverhältnisse zwischen den menschlichen Bedürfnissen und den nur in beschränktem Maß vorhandenen Befriedigungsmitteln. So kann sich doch subjektiv eine Differenz zwischen den wirthschaftlichen und religiösen Aufgaben leicht herausbilden, und es ist wahr, was Uhlhorn einmal sagt, „der Erwerbstrieb, welcher Millionen anhäuft“ — Uhlhorn preist ihn als eine Errungenschaft der Reformation — ist uns unheimlich. Mit vollem Recht. Wir lassen uns, was die Schrift vom Streben nach Reichthum sagt, gesagt sein. Es ist eben auch hier die goldene Mitte zu suchen.

Damit brechen wir ab. Wir sind gespannt auf die Fortsetzung; möge sie bald erscheinen und dasselbe Gepräge an sich tragen, wie dieser erste Band: es ist eine ruhige Klarheit und Besonnenheit, die so gar nichts gemein hat mit der Marktschreierei, mit der viele der socialen Aerzte und — Quacksalber ihre Heilmittel anpreisen, nur mehr verwirrend als aufklärend. Noch ein paar solche auf ernsten Studien basirende Bücher und es steht zu erwarten, daß die hohle Phrase, die in socialen Dingen vielfach noch das große Wort führt, verschwinde.

Tübingen. Ed. Vogt.

XXXV.

Zeitläufe.

Vom Parlamentarismus überhaupt, aus Anlaß der französischen Neuwahlen.

Den 24. August 1893.

Ob der Parlamentarismus als regierend erscheint, wie in der Republik, oder als irgend einer monarchischen Staatsform eingeordnet: so wie so ist nicht länger zu verkennen, daß er sich durch seine Aufführung mehr und mehr um Achtung und Ansehen bringt. Und das zeigt sich nicht nur in unreifen Staatswesen, wie den spanisch-amerikanischen, von welchen zu reden sich ohnehin nicht mehr lohnt. Auch an seinen ältesten Geburtsorten sehen seine Sitzungssäle immer wieder weniger einer Versammlung von Volksvertretern, als einem Tummelplatz grüner Jungen gleich. Die Verschiedenheit des Wahlrechts begründet gleichfalls keinen wesentlichen Unterschied; man kann insbesondere dem allgemeinen Stimmrecht den Vorwurf machen, daß es nicht vermögend sei, dem steigenden Uebelstand von unten auf die Wurzeln abzuschneiden. In den socialdemokratischen Congressen geht es fast noch anständiger zu; sie verstehen es, ihre Anarchisten „hinausfliegen“ zu lassen. Die Classen von „Bildung und Besitz“ aber, welchen der Parlamentarismus als ihre Herrschaftsform auf den Leib geschnitten war, haben aus ihrem Schooß eine Art von Anarchismus erzeugt, dessen sie nicht los zu werden wissen. Die Socialdemokratie allein hat

noch eine Antwort auf die Frage: was soll endlich daraus werden? Der Militarismus allerdings auch, wenn man das eine Antwort nennen will. Jedenfalls: Eines so schlimm, wie das Andere.

Es ist Schade, daß es im Deutschen kein Wort gibt, womit sich der Begriff der „Bourgeoisie“ kurzweg ausdrücken ließe. So muß man immer zu Umschweifen greifen, um die Classe erkennbar zu machen, welche für die bestehende Zerrüttung der Gesellschaft überhaupt und für die Ausartung des Parlamentarismus insbesondere verantwortlich ist. Vor hundert Jahren hat es geheißen: der „dritte Stand“. Aber gesellschaftlich gibt es überhaupt keinen Stand mehr. Jener „dritte“ hat sich durch Verschmelzung mit Capitalismus und Judenthum, Freimaurerei, Naturalismus, Materialismus zu dem Amalgam ausgewachsen, welches der moderne Liberalismus in sich begreift und beim Franzosen mit Einem Wort „Bourgeoisie“ heißt. Das Gewissen dieser Volksschichte ist das begehrliche Ich, nichts weiter. Darum kann sie auch nur zerstörend auf die Gesellschaft wirken, und auf einer solchen Grundlage konnte der Parlamentarismus auch nichts Anderes werden, als er, im Gegensatz zu den ehrwürdigen alten Ständekammern, geworden ist. Es ist nur die historische Gerechtigkeit, wenn Frankreich in dieser Entwicklung allen anderen Parlamenten vorangeht. Bald nach der Auflösung der vorigen Kammer der Abgeordneten erschien folgender Bericht aus Paris:

„Während die Candidaten für die französische Deputirten-Kammer ihre Wahlorte bereisen und lange Reden halten, geht es auch im Sitzungssaale im Palais Bourbon nicht so stille zu, als es sonst nach Sessionsschluß zu geschehen pflegt. Da wird lebhaft gehämmert und gezimmert, neu tapeziert und angestrichen, und der Lärm emsiger Arbeit erfüllt den Raum. Tischler und Tapezierer sind es, die da herumhantiren, um die Spuren der letzten stürmischen Session zu verwischen. Wenn man es nicht aus den Zeitungsberichten wüßte, so würde man

an den Pulten der Deputirten ersehen, daß die verflössene Session der französischen Kammer eine ungemein bewegte war. Die Pulte zahlreicher Deputirten sind gebrochen, andere weisen tiefe Löcher und Furchen auf, die davon herrühren, daß die Herren Volksvertreter häufig den Ausdruck ihrer Stimmung, welcher im Bericht gewöhnlich mit ‚anhaltender Bewegung‘ und ‚Lärm‘ bezeichnet wird, durch Hiebe mit ihren Papiermessern verstärkten. Die Tribüne der Kammer zeigt so heftige Spuren der Leidenschaftlichkeit einzelner Redner, daß dieselbe vollständig renovirt werden muß.“ 1)

Das österreichische Blatt, welches den Bericht veröffentlichte, fügt bei: „Auch in den Säälen anderer uns näher gelegener Vertretungskörper, wo man statt der Argumente den Gegner mit Tintenfässern und Streusandbüchsen bekämpfte und die Deckel der Pulte abriß, dürfte eine Nachsession von Tischlern nothwendig seyn, und der Historiker, welcher einst ein Charakterbild der verschiedenen Parlamente schreiben will, wird gut thun, nebst den Sitzungsberichten, auch die Tischlerrechnungen zu studiren“. Damit könnte auch Italien gemeint seyn, dessen Abgeordnetenkammer auch in dieser Beziehung der französischen würdig zur Seite steht. Es ist aber zunächst der böhmische Landtag gemeint, wo die Jungczechen, um die Berathung der „Ausgleichsfrage“ zu hindern, jene schmählichen Scenen aufführten. Weder in Italien, noch in Böhmen gibt es aber ein allgemeines Wahlrecht. Selbst das englische Musterparlament, wo Herr Gladstone der Stimmen der irischen Abgeordneten bedarf, um an der Regierung zu bleiben, und deßhalb in Bezug auf Irland jungczechische Politik treibt, hat es bei der Specialberathung vom 27. Juli Pöbelscenen und Thätlichkeiten gegeben, „wie sie im englischen Unterhause noch nicht vorgekommen sind“. 2)

---

1) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 5. August d. Js.

2) Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 30. Juli d. Js.

Daß Italien trotz der Enthüllungen des Panamino wieder die gleiche verdächtige Besatzung in die Kammer bekam, ist nicht zu verwundern, denn die italienische Wahlgesetzgebung ist eigens als Assekuranz für die freimaurerische Bande eingerichtet. Daß aber das allgemeine Stimmrecht in Frankreich mit den alten Sündern nicht aufräumen sollte, welche durch den Panamakrach entlarvt waren, das schien unmöglich. Man hielt es für unausbleiblich, daß der ganze „kleine Mann" mit dem Stimmzettel in der Hand sich erkundigen werde, wo die ihm abgeschwindelte Milliarde hingekommen sei. Noch mitten in dem Scandal sagte der damalige Kammerpräsident zu seinen Wählern: „Allerdings habe sich gar Manches im republikanischen Frankreich als faul erwiesen, aber das allgemeine Stimmrecht werde eine gerechte Sichtung vorzunehmen und die Guten von den Schlechten zu scheiden wissen".[1]) Als vier Monate später der Cassationshof die vom Appellgericht als öffentliche Diebe Verurtheilten freisprach wegen Verjährung, „war nur Ein Schrei in Paris: wie konnte man dann die Anklage erheben?" Nun, eben weil man die Enthüllungen fürchtete, war der Bruch von oben aufgehalten, bis die Verjährung gesichert war.[2]) Noch ein paar Wochen vor der Wahl kam zu Tage, daß die Regierung selber alle Polizeifinten aufgewendet hatte, um die Gefangennahme des flüchtigen Juden, der die Bestechungen in Abgeordnetenkreisen besorgt hatte, zu verhindern, weil sie dessen Aussagen vor Gericht zu fürchten Grund hatte. Und derselbe Berichterstatter prophezeite bereits „die noch vor sechs Monaten ungeheuerlich erscheinende Thatsache, daß fast alle im Panama-Scandal stark bloßgestellten Deputirten, daß alle in dem Riesenproceß vor dem Parlament, von der öffentlichen Meinung oder den Gerichten Gebrandmarkten, von dem allgemeinen Stimm-

1) Münchener „Allg. Zeitung" vom 22. Februar d. Js.
2) Wiener „Neue Freie Presse" vom 16. Juni d. Js.

recht rehabilitirt und wieder in das Palais Bourbon zurückgeschickt werden würden". [1]) Er selbst war freilich von einer solchen Möglichkeit nicht überrascht, und das „Land der Ueberraschungen" hat ihm fast ausnahmelos Recht gegeben.

„So schwierig es auf den ersten Blick erscheinen mag, so sind alle diese Räthsel doch leicht zu lösen. Der Panama- und Melinitscandal, die sonstigen Bestechungs- und Veruntreuungsprozesse, gleichviel, ob sie vor der öffentlichen Meinung oder vor den Gerichten geführt wurden, und die unzähligen Beweise, welche in den letzten Jahren dafür erbracht worden sind, daß fast alle diejenigen, welche mit der Politik berufsmäßig zu thun haben, dabei mehr auf die Füllung der eigenen Tasche, als auf die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses Bedacht nehmen, haben zur Folge gehabt, daß die Wähler im Lande den Kampf gegen das, was sie als ein Verhängniß ansehen, aufgeben und die Dinge gehen lassen, wie sie gehen wollen. Daher die Wiederwahl selbst der anrüchigsten Parlamentarier, und daher das Erlahmen des monarchistischen Widerstandes gegen die Republik. Den Rest besorgt die Schaar der heutigen Machthaber im Lande, der Senatoren, der Deputirten, der General- und Municipalräthe oder derer, welche es zu werden hoffen, der Wahlagenten und sonstigen Wahlmacher der ‚Feudalherren des allgemeinen Stimmrechts', die Menge der Beamten der sogenannten Bourgeoisrepublik, welche mit dieser Republik stehen und fallen, und die sammt und sonders ein Interesse daran haben, rings um den großen ‚Butternapf' ein Plätzchen zum Ausschöpfen sich zu sichern oder zu erhalten." [2])

Die Wahlenthaltung ist in Frankreich bei der großen Mehrzahl des Volkes zur Gewohnheit geworden, sei es aus Gleichgültigkeit oder geradezu aus gründlichem Widerwillen. Eine solche Mißachtung des Parlamentarismus ist aller-

1) Pariser Correspondenz der Münchener „Allgemeinen Zeitung" vom 14. August d. Js.

2) Derselbe in der Münchener „Allg. Zeitung" vom 3. Juni d. Js.

dings keine vereinzelte Erscheinung; auch im deutschen Reich ist sie bei den letzten Neuwahlen wieder um ein starkes Drittel gestiegen, trotz des socialdemokratischen Wahleifers. In Frankreich aber gilt am allermeisten das Wort des belgischen Ministers Beernaert, daß „unter dem allgemeinen Wahlrecht erfahrungsgemäß fast stets die staatserhaltenden Elemente wegbleiben, und durch ihr Fernbleiben den Einfluß der anderen vermehren und ausschlaggebend machen". Daher ist auch dort die „Verrohung der Wahlsitten" sprüchwörtlich geworden, und hat Papst Leo vergeblich darauf gerechnet, daß aus der Tiefe der Wählerschaft die wohlgesinnte Elite der Nation endlich mächtig genug aufsteigen werde, um dem freimaurerischen Flibustier-Regiment ein Ende zu machen.

„Das parlamentarische System fußt auf dem Willen der Nation. Damit aber das Gesetz diesen Willen ausdrücke, muß er bekannt sein, also dürfen keine Enthaltungen vorkommen, wodurch der Ausdruck dieses Willens gefälscht werden kann. Diese Erwägungen scheinen besonders maßgebend, wenn es sich um das ausgebreitetste, um das allmeine Wahlrecht handelt. Hier ruht der Verfassungsbau am treffendsten auf dem Gedanken, daß es rathsam ist, Alle an der Ausübung der Volkssouveränetät theilhaft zu machen."[1]) Mit diesen Worten begründete der genannte belgische Minister sein Verlangen, daß mit der dortigen Neuregelung des Wahlrechts — der Wahlzwang verbunden werde. Wer das Stimmrecht besitzt, muß es bei Strafe gebrauchen. Gegenüber der Socialdemokratie bedarf es eines solchen Zwangsgesetzes nicht; für den Bourgeois-Parlamentarismus aber ist es am Platze und das sprechendste Armuthszeugniß. Es fehlt ja auch nicht an Spuren, daß der Gedanke auch anderwärts in den Köpfen umgeht.

Belgien war überhaupt ein Glanzpunkt in der Ge-

1) Münchener „Allg. Zeitung" vom 6. Juni d. Js.

schichte des Parlamentarismus, aber aus dem Musterland ist es zum Versuchsländl herabgesunken. Im Jahre 1830 haben die belgischen Gesetzgeber die ganze aus 130 Artikeln bestehende Verfassung innerhalb weniger Wochen festgestellt. So leicht hat es der Liberalismus damals gehabt. Beim Volk hat er aber allmählig das Spiel sich verdorben, und um die katholisch-conservative Partei aus der Regierung zu verdrängen, hat er den Gedanken an die Wahlrechtsreform erfaßt. Freilich war er weit entfernt, an das allgemeine direkte Wahlrecht zu denken. Aber inzwischen war Belgien zum Industriestaat erster Classe herangewachsen, und nun brachte die Socialdemokratie die Arbeiterwelt auf den Gedanken, der zunächst in unausgesetzten Straßenunruhen und Ausständen seinen Ausdruck fand. Neun Jahre lang plagten sich die Gesetzgeber mit dem Verfassungsartikel ab, welcher einer geringen Anzahl bevorzugter Censuswähler die parlamentarische Macht in die Hände gab, und erst nach Jahr und Tag kam die eigens hiezu berufene Constituante zu einem Beschlusse, an den Niemand gedacht hatte, weil er eine vollkommene Neuigkeit in den parlamentarischen Wahlrechten ist. Das sogenannte „Pluralsystem“ verleiht allen Belgiern mit 25 Jahren Stimmrecht, aber mit dem Unterschied, daß sie, je nachdem sie Verheirathete, Diplomisirte oder Besitzende sind, nicht bloß Eine, sondern zwei und selbst drei Stimmen haben. Nachdem endlich auch der Senat entsprechend reformirt war, schrieb ein Beobachter aus Brüssel:

„Jetzt, da das Gesammtbild der Verfassungsrevision uns vor Augen liegt, läßt sich ein Urtheil darüber fällen. Es ist weder für die Regierung, noch für irgend eine unserer parlamentarischen Parteien sonderlich schmeichelhaft. Es war der Sprung in's Finstere. Die Regierung, wie die Parteien waren nicht von dem Wunsche beseelt, dem Lande eine dauernde, der öffentlichen Volksmeinung entsprechende Verfassung zu geben, sondern lediglich bestrebt, sich durch das neue Wahlgesetz möglichst viele parteipolitische Vortheile zu sichern. Die wichtigsten Be-

schlüsse wurden nicht in der Constituante selbst gefaßt, sondern in geheimnißvollen Conventikeln hinter den Coulissen zwischen den Regierungsmännern und den Führern der radikalen Partei, und zwar auf Grund eines gegenseitigen Concessionsschachers. Die Folge davon ist die Thatsache, daß das ganze unter so schwierigen Verhältnissen zu Stande gekommene Revisionswerk von Freund wie Feind als ein jämmerliches Flickwerk bezeichnet wird, dem gewiß keine so lange Lebensdauer beschieden ist, wie der alten belgischen Constitution. Niemand ist mit der neuen Verfassung zufrieden. Betrachten wir nur ihre beiden Grundzüge, so stoßen wir zunächst auf das eben erst erfundene, aber schon von allen Seiten angefochtene Pluralwahlsystem, welches nicht als Lösung der Wahlreformfrage in Belgien aufgefaßt werden kann. Es bildete nur einen armseligen Nothbehelf, da am Vortage seiner Einführung noch Niemand ernstlich an diese seltsame Erfindung des Löwener Universitätsprofessors Nyssens dachte. Die Conservativen und Katholiken befürworteten das Occupationswahlsystem, die gemäßigten Liberalen das Intelligenzwahlrecht, die Radikalen und Socialisten das allgemeine Stimmrecht. Das Pluralwahlsystem ist keines von diesen drei Systemen, und das Schlimmste ist, daß es die Kategorien der bevorrechteten Staatsbürger nicht vermindert, sondern vermehrt. Mit dem neuen Senat verhält es sich ganz ähnlich. Es handelte sich darum, dem Senate den ausgesprochen capitalistischen Charakter, den er heute trägt, zu nehmen. Und im neuen Senat, welcher aus 102 Mitgliedern besteht, werden 76, also drei Viertheile, nach wie vor den Millionären entnommen werden. Es wurde also weder in der Einen, noch in der andern Richtung etwas Ganzes geschaffen, und die Regierung gibt sich einer verhängnißvollen Illusion hin, wenn sie meint, daß jetzt der Aera der Aufregung eine Zeit der Ruhe folgen werde. Die Parteien rüsten sich schon zu einer neuen Revisionsbewegung, welche noch viel intensiver werden dürfte, als die frühere. Aller Voraussicht nach wird schon der nächstjährige Wahlkampf unter dem Rufe stattfinden: „Nieder mit der Verfassung!“ [1])

---

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 30. Juli d. Js.

Ganz neu ist übrigens das neueste belgische Wahlrecht gerade im deutschen Reiche insoferne nicht, als ihm das preußische Dreiclassen-Wahlgesetz auch in der neuen Fassung dadurch nahe verwandt ist, als es gleichfalls „die Kategorien der bevorrechteten Staatsbürger nicht vermindert, sondern vermehrt". Das Centrum, und theilweise die Regierung selbst, waren vergebens bemüht, dieser Folge der neuen preußischen Steuergesetzgebung zuvorzukommen; die Millionäre der ersten Classe geben jetzt mehr als je den Ausschlag bei der Wahl der Abgeordneten.[1]) Es ist dies eine neue Art von „Patriarchalismus". In der preußischen Kammer sitzt kein Socialdemokrat, im Reichstag ist bereits der vierundvierzigste eingerückt, und von ihren Bänken erheben sich allmählig die angesehensten Redner. Fürst Bismarck hat das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag eingeführt, aber ohne Diäten für die Abgeordneten. In Frankreich, Belgien, Ungarn beziehen die Herren schon förmliche Besoldungen, und auch in England handelt es sich bereits um die Einführung von Diäten für die Parlamentsmitglieder. Fürst Bismarck glaubte durch die Diätenlosigkeit das Einrücken des Proletariats in die Reichsvertretung zu verhindern; es ist ihm noch viel weniger gelungen, als in England. Aber Eines hat er erreicht: die Epidemie der Beschlußunfähigkeit. Das leere Haus war in Berlin beim vorigen Reichstag die Regel geworden; die in dieser Beziehung herrschende Gewissenlosigkeit, eine wahre Schmach für den Parlamentarismus, erklärt sich wohl auch durch die Annahme: es helfe ja doch nichts!

Unmittelbar vor den jüngsten Neuwahlen schöpfte das demokratische Frankfurter Organ wieder Hoffnung: „Das Volk will die Selbständigkeit, nach der es ringt, auf den Reichstag

---

1) Ob das nicht auch ein „jämmerliches Flickwert" sei? fragt die „Kölnische Volkszeitung" (vom 2. August) die wortbrüchigen Conservativen gegenüber jenem belgischen Berichte in ihrem Organ.

übertragen sehen, der nicht mehr ein Scheinparlament seyn soll, dessen Mitgliedern die absolutistische Gewalt den Hohn des Wortes: ‚Sie imponiren mir nicht!‘ in's Gesicht schleudern dürfte.“ [1]) In verschiedenen Ländern hat das Mißtrauen gegen die Parlamente die Idee des sogenannten Referendums, und die „Volksinitiative“ sogar thatsächlich, in's Leben gerufen, wie in Belgien und in Schweden; sogar in England wurde schon davon gesprochen, um die irische Politik Gladstone's und seine winzige Parlamentsmehrheit niederzustimmen. Nirgends wäre eine solche Einrichtung mehr am Platze als in Preußen und im deutschen Reiche. Was wäre zum Beispiel vor diesem Gericht aus der Militärvorlage geworden? Der Eindruck der parlamentarischen Untreue in diesem schweren Falle zeigt sich bereits im Volke und er wird ein mit dem Gesetzesvollzug wachsender seyn. Die Socialdemokratie setzt ihn in ihre Rechnung. „Alle die ‚großen Sitzungen‘, die ‚schneidigen Parlamentarier‘, die ‚glänzenden Reden‘ haben eine höchst ephemere Bedeutung, und diese Bedeutung wird noch bedeutend sinken, seitdem mit dem Wahlergebniß des 15. Juni die Aera der bürgerlich-constitutionellen Militärconflikte endgültig abgeschlossen worden ist. Erklärt doch selbst der preußische Hofhistoriograph von Treitschke das Nebeneinanderbestehen eines unbeschränkten Militarismus und eines Parlaments von wirklicher Bedeutung für völlig unvereinbare Dinge.“ [2])

Bei jeder Gelegenheit oder, besser gesagt, Verlegenheit erhebt sich aus den Kreisen von „Besitz und Bildung“, die sich auf deutsch „Bürgerthum“ nennen, das Verlangen nach Aufhebung des allgemeinen direkten Wahlrechts im Reich und insbesondere der geheimen Stimmgebung. Obgleich der Minister von Puttkamer schon im Jahre 1885 es für eine Pflicht der preußischen Regierung erklärte, die Beseitigung

1) Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung“ v. 18. Juni d. Js.
2) Stuttgarter „Neue Zeit“. 1893. Heft 42, S. 451.

in Erwägung zu ziehen, hat man den ganzen Schritt nicht gewagt; aber ein Versuch ist doch zur Abänderung der Verfassungsbestimmungen unmittelbar nach den berüchtigten Septennatswahlen unternommen worden und im Februar 1888 geglückt. Die Legislaturperiode wurde von drei auf fünf Jahre verlängert. Was die Gegner voraussagten, ist Alles eingetroffen. Der Abg. Bamberger hatte zu seinen Wählern gesagt: „Ich halte die längere Periode für die richtige in einem richtigen constitutionellen und parlamentarischen Verfassungsstaate, nicht aber in einem Zustande, in welchem das ganze constitutionelle und parlamentarische System bereits zum blassen Schein herabgesunken ist. Bei uns ist alle Gewalt einseitig: die Parlamente werden heimgeschickt, die Minister bleiben. Unter solchen Umständen dem Ministerium noch die Gewalt verlängern, ob es eine Mehrheit, die ihm paßt, fünf Jahre lang ausnützen oder, wenn sie ihm nicht paßt, nach einem Jahre auflösen will: das wäre der Gipfel der Thorheit." [1]) Anfangs 1890 wurde der erste Reichstag auf fünf Jahre gewählt, und was ergab die Erfahrung?

„Wie gestaltet sich nun das Verhältniß? Einen Reichstag, dessen Mehrheit ihr zu Willen ist, kann die Regierung statt drei Jahre deren fünf ausnutzen und die Wähler, denen er nicht zu Willen handelt, haben nicht mehr die Macht, nach drei Jahren an ihm das verdiente Gericht zu vollziehen. Einem Reichstag dagegen, dessen Mehrheit der Regierung gegenüber einen eigenen Willen zeigt, kann ein Beschluß des Bundesraths jederzeit ein Ende machen, und diese Prozedur kann so oft wiederholt werden, bis die Gunst der Umstände wieder eine gouvernementale Mehrheit bringt, mit der man dann fünf Jahre arbeiten kann. Man mache doch das Exempel auf den letzten Reichstag; wie würde es den Wählern zu Muthe sein, wenn sie dieses Produkt der Ueberrumpelung der

1) Berliner „Germania" vom 21. Oktober 1887.

Geister noch zwei Jahre ertragen müßten? Und würde er, auf fünf Jahre gewählt, auch nur ein Jota mehr Einfluß auf die Regierung haben? In parlamentarisch regierten Staaten ist das etwas Anderes, da ist die Volksvertretung wirklich eine Macht und die längeren Wahlperioden stellen eine Uebertragung der Macht der Wahlkörper auf die gewählte Vertretung dar. Aber bei uns, daß Gott erbarm! Da ist fast die ganze Machtfülle bei der Regierung, und diese kann durch längere Wahlperioden nur verstärkt werden."[1])

An Frankreich sieht man, wie die Bevölkerungsclasse, welche sich den Parlamentarismus als ihre Herrschaftsform geschaffen hat, es treibt, wenn sie an der Macht ist, und im deutschen Reich sieht man, was aus ihr wird, wenn sie den populären Gegenströmungen sich nicht mehr gewachsen fühlt. Der socialdemokratische Geschichtschreiber des „Parlamentarismus" schließt mit Recht: „Die Bourgeoisie hat längst aufgehört, im Parlament das auserwählte Werkzeug ihrer Classenherrschaft zu sehen, das ihr unter allen Umständen sicher sei. Sie fühlt, daß es unmöglich ist, das Proletariat daraus fernzuhalten; sie erkennt, daß die Stunde naht, wo das Proletariat in Oesterreich das allgemeine Wahlrecht, wo es in Deutschland mit Hülfe des allgemeinen Wahlrechts das Parlament erobert. Sie fühlt, daß sie verloren ist, wenn der Parlamentarismus zur Wahrheit wird. Nicht mehr im Parlamentarismus, sondern in dessen Gegengewichten sucht sie ihr Heil: im Militarismus und Absolutismus".[2])

Also zwischen Scylla und Charybdis windet sich die alte Gesellschaft, und wenn nicht das wahre Bürgerthum in Stadt und Land sich erhebt, um sie von den Verunstaltungen des Liberalismus zu reinigen, dann wird keine andere

---

1) Wochenblatt der „Frankf. Zeitung" vom 16. Februar 1890.
2) Herr Kautsky s. Stuttgarter „Neue Zeit". 1893, Heft 44. S. 527.

Wahl mehr erübrigen. Aber das ist die Weltfrage. Wer die Zeichen der Zeit versteht, dem muß das Herz wehe gethan haben bei dem Blicke auf den „Internationalen Arbeiter-Congreß" zu Zürich. Die Socialdemokratie bringt das zu Stande. „Staatserhaltend" nennt man sich auf der andern Seite; aber nichts dort ist international und ächt social. Jeder Staat steht bis an die Zähne gerüstet in seinem nationalen Gehege gegen den andern, auf die Gefahr hin, daß er die eigene Nation zu Grunde richte. Die Bismarck'sche Politik war das blinde Glücksspiel eines verwegenen Menschen; vorausgesehen hat er nichts. Auch dieser falsche und erheuchelte Nationalismus, der sich denn auch der Juden als seiner Apostel bediente, bedürfte der Auskehr durch das Christengebot der allgemeinen Menschenliebe. Aber wer so sagt, ist ja ein Schwärmer!

XXXVI.

Der internationale Socialistencongreß in Zürich.

(Schweizer Brief.)

Vom 6. bis 12. August tagte in Zürich der internationale Socialistencongreß; 19 Nationen waren vertreten. Gleich im Anfang der Versammlung erhob sich ein arger Skandal. Als es sich um die Prüfung der Mandate der Abgeordneten handelte, wurden die anwesenden Anarchisten aus dem Versammlungssaale hinausgewiesen. Diese protestirten, bestiegen Tische und Stühle, und es entwickelte sich eine große Schlägerei; mit Stöcken und Fäusten wurde gearbeitet. Diese Prügelscene gibt uns einen Vorgeschmack von dem Frieden und der Ein-

tracht, die im zukünftigen socialistischen Himmelreiche herrschen werden. Die Ausweisung hatte eine stürmische Protestversammlung in Berlin zur Folge, sowie die Veranstaltung eines besonderen, neben den Socialisten in Zürich tagenden Anarchisten-Congresses. Einige Kraftleistungen mögen hier Platz finden; sie zeigen, weß Geistes Kind der Anarchismus ist. Werner (Berlin) sagte: „Wir stehen der bürgerlichen Gesellschaft in geistiger und physischer Beziehung vollständig revolutionär-vernichtend gegenüber; wir anerkennen alle ihre Institutionen nicht, weil sie nach unserer Anschauung auf falscher Moral und falschen Rechtsanschauungen aufgebaut sind. Deßhalb wollen wir gegen diese Gesellschaft ankämpfen, wenn nöthig mit allen Mitteln". Der englische Anarchist Mowbray sprach: „Ohne Kampf wird das Proletariat niemals Meister: darum besser heute auf die Bourgeoisie los, als noch zuwarten. Auf alle Fälle verweigere das Proletariat die Steuerzahlung. Ueben wir Zahlrecht, statt Wahlrecht, ersteres wirkt besser". Gillos (London): „Die Propaganda der That macht den Anarchismus. Der Anarchismus braucht Männer der That, die schweigen können, aber handeln. Damit es solche Männer gibt, müssen wir die Massen revolutioniren und zu einer ernsten Aktion vorbereiten". Theodor Dietschy von Zürich erklärte: „Wir müssen die Monarchien und Republiken stürzen und eine neue Weltverbrüderung aufrichten. Weg mit den Pfaffen, und Wahl eines neuen Herrgottes, den wir in der Natur suchen müssen!"

So sprachen die Anarchisten. Für einmal nun wollen die Socialdemokraten mit denselben nichts zu thun haben; aber ihre Theorien werden sie mit eiserner Consequenz zum Anarchismus führen. Vor zehn Jahren hätten sich die Grütlianer höflichst bedankt, wenn man sie unter die Socialisten gezählt hätte. Heute segelt der Grütliverein und mit ihm der größere Theil der schweizerischen Arbeiterschaft mit einem gewissen Stolze unter socialdemokratischer Flagge. So wird es auch mit dem Socialismus gehen, und es wird der Tag kommen, an welchem die Anarchisten ebenso ernst mit den Socialisten zu Gericht sitzen werden, wie diese letzteren am 7. Aug. l. J. mit den ersteren. Allein vor der Hand will die Socialdemo-

kratie noch auf gesetzlichem Boden stehen, wie die Verhandlungen in Zürich beweisen. Wir heben nur die Hauptpunkte hervor.

Eine besondere Aufmerksamkeit wurde der Durchführung des Achtstundentages, als dem nächsten praktischen Ziele der socialdemokratischen Bewegung, gewidmet. Die bezügliche Resolution hat folgenden Wortlaut: „Der Achtstundentag ist eine der wichtigsten Vorbedingungen der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse vom Capitaljoche und die wichtigste Maßregel zur Verbesserung ihrer Lage. Durch den Achtstundentag wird die Arbeitslosigkeit geringer, die Arbeitstüchtigkeit größer, der Lohn höher und die Kauffähigkeit des arbeitenden Volkes stärker. Durch den Achtstundentag wird das durch den Capitalismus gestörte Familienleben gehoben und eine bessere Fürsorge für die Kinder ermöglicht. Durch den Achtstundentag steigt die Gesundheit, Kraft, Intelligenz und Sittlichkeit des Volkes. Durch den Achtstundentag gewinnt die Arbeiterklasse Zeit zu gewerkschaftlicher und politischer Organisation und Thätigkeit; die politischen Rechte und Freiheiten können erst dann für die sociale Befreiung des Volkes recht nutzbar und wirksam werden. Der Kampf für den Achtstundentag muß in allen Ländern geführt werden; denn nur die internationale gesetzliche Durchführung des Achtstundentages sichert seinen Bestand und seine segensreiche Wirksamkeit. Als Mittel zur internationalen Durchführung des Achtstundentages empfiehlt der Congreß die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse auf nationaler und internationaler Grundlage und die Agitation und Propaganda für den Achtstundentag durch diese Organisation. Die Agitation für den Achtstundentag soll betrieben werden durch Flugschriften, durch Vorträge, durch die socialistische Presse, durch Demonstrationen in Versammlungen und in den politischen Körperschaften, in Parlamenten, Staats- und Gemeindebehörden aller Art. In der socialistischen Presse sind unter einer stehenden Rubrik ‚Achtstundentag‘ alle Thatsachen und Bestrebungen für denselben zu verzeichnen, und in den politischen Körperschaften sollen die Vertreter der Arbeiter von Zeit zu Zeit Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen, besonders für die vom Staate und

von den Gemeinden beschäftigten Arbeiter. Die socialistischen Vertreter der nationalen Parlamente sollen sich über ein gemeinsames Vorgehen zur internationalen Einführung des Achtstundentages durch die Gesetzgebung verständigen und die Regierungen aller Industrieländer zu einer internationalen Conferenz veranlassen. Die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter hat den außerpolitischen, freien Kampf mit dem Unternehmerthum für den Achtstundentag zu führen, um dadurch der gesetzlichen Einführung für die ganze Arbeiterklasse den Weg zu bereiten".

In der Militärfrage wurde der Antrag der deutschen Delegirten angenommen, welcher folgenden Wortlaut hat: „Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluß des Brüsseler Congresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale Socialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Capitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager getheilt hat und die Völker gegen einander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Capitalismus ist der Weltfriede".

Ein vom Belgier Volders eingebrachter Zusatz des Inhalts, daß die Vertreter der socialdemokratischen Parteien in den Parlamenten stets gegen den Militarismus, das Kriegsbudget und für die allgemeine Entwaffnung stimmen sollen, wurde ebenfalls zum Beschlusse erhoben; dagegen abgewiesen der Antrag der Holländer, es dürfe kein Socialist in den Krieg ziehen, er müsse lieber als „Ungehorsamer" sich erschießen lassen, als auf seine „Brüder" Feuer geben.

Die Maifeier soll auch den Charakter einer Friedensdemonstration haben, nicht bloß den eines Propagandamittels für den Achtstundentag. Die Maifeier soll obligatorisch am 1 Mai abgehalten und auf Arbeitsruhe gedrungen werden.

Nach einer zweistündigen Discussion, an der sich Genossinen aller vertretenen Länder betheiligten, einigte sich der Congreß in der Arbeiterinenschutz-Frage auf folgende Re-

solution: „Es ist Pflicht der Arbeitervertreter aller Länder, nachdrücklichst für den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinen durch Verwirklichung folgender Maßregeln einzutreten: Einführung eines achtstündigen Maximalarbeitstages für Frauen und eines sechsstündigen für Mädchen unter 18 Jahren; Festsetzung eines ununterbrochenen Ruhetages von 36 Stunden per Woche; Verbot der Nachtarbeit; Verbot der Frauenarbeit in allen gesundheitsschädlichen Betrieben; Verbot der Arbeit schwangerer Frauen wenigstens zwei Wochen vor und wenigstens vier Wochen nach der Niederkunft; Anstellung von Fabrikinspektorinen in genügender Anzahl in all den Industriezweigen, wo Frauen beschäftiget sind; Anwendung obiger Maßregeln auf alle Frauen, welche in Fabriken, Werkstätten, Läden, in der Hausindustrie oder als Landarbeiterinen beschäftiget sind". — Bezüglich Arbeitsdauer und Lohn wurden die Frauen den Männern gleichgestellt.

Betreffend politische Taktik der Socialdemokraten wurde die Nothwendigkeit der nationalen und internationalen Organisation zur Erlangung der Macht betont.

Der Congreß empfiehlt das Referendum und Wahlinitiative, sowie das Proportional-Wahlsystem.

Die Wahl der Formen und Arten des ökonomischen und politischen Kampfes muß den einzelnen Nationalitäten nach Maßgabe der besonderen Verhältnisse ihres Landes überlassen bleiben. Jedoch erklärt es der Verfasser für nothwendig, daß bei diesen Kämpfen das revolutionäre Ziel der socialistischen Bewegung, die vollständige ökonomische, politische und moralische Umgestaltung der heutigen Gesellschaft im Vordergrund gehalten wird. In keinem Falle darf die politische Aktion als Vorwand für Compromisse und Allianzen dienen, die eine Schädigung der Principien oder der Selbständigkeit der Partei bedingen.

Die Behandlung der Agrarfrage wurde auf den nächsten in London abzuhaltenden Congreß verschoben.

Gegen den Schluß des Congresses hatte sich Engels — mit Marx Begründer der Socialdemokratie — eingefunden; er wurde Gegenstand einer begeisterten Huldigung. Zum Ehrenpräsidenten ernannt, schloß der Veteran den Congreß

mit einer fulminanten Rede. Mit dem Gesang der Marseillaise ging man auseinander.

Beim Umzuge, an dem etwa 8000 Personen theilnahmen, wurden auch folgende Inschriften herumgetragen: „Ohne Fürsten glücklich leben und ohne Pfaffen freudig sterben". „Die Arbeiter sind der Fels, auf welchem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll". — „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen".

Aus allen Beschlüssen und Redewendungen der Congressisten tönt der eine Ruf hervor: Nieder um jeden Preis mit der capitalistischen Gesellschaftsordnung als der verkörperten Ungerechtigkeit, fort mit dem christlichen Eigenthumsbegriff, Krieg dem Capital! „Was wir sind", sagte Bebel, „sind wir durch unsere Feinde geworden; ohne Bourgeoisie keine Socialdemokratie. Die Bourgeoisie ist die Mutter der Socialdemokratie, aber eine Rabenmutter. Schwere Tage stehen uns bevor; Zürich gibt uns Gelegenheit, uns darauf zu stählen und dann, wehe euch Gegner, wenn der letzte Schlag fallen wird."

Da liegt der große Irrthum der Socialdemokraten. Capital und Arbeit, Besitz und Erwerb constituiren die Gesellschaft. Der Krieg zwischen diesen Faktoren zerstört den Organismus der Gesellschaft. Die zu starke und fast ausschließliche Betonung des einen Faktors, der Arbeit, wie das in Zürich wieder geschah, schürt nur den Klassenhaß. Die christliche, die katholisch-sociale Anschauung hält die Mitte zwischen beiden, sie betont ebenso sehr das Recht der Arbeit als das des Capitals, erstrebt nicht die Beherrschung des Einen durch den Andern, sondern will ihre Ausgleichung und Versöhnung: sociale Gerechtigkeit, sagt sehr richtig „Der Arbeiter" Nr. 33.

Als klassisches Muster der Toleranz und staatsmännischer Weisheit muß noch hervorgehoben werden: In der gleichen Zeit, wo der Socialistencongreß in Zürich tagte, predigte auch ein Jesuit, ein ehrlicher Schweizerbürger aus Bremgarten (Canton Aargau) in seiner Heimathgemeinde. Sofort wurde Lärm geschlagen und die Argauer Regierung sandte eine strenge Rüge in den Bremgartner Pfarrhof mit dem Bedeuten, „wenn solche Scandalgeschichten sich nochmals abspielen sollten und

der Artikel 51 der Bundesverfassung neuerdings so gräßlich verletzt würde, so stünden ernstere Maßnahmen bevor". In Zürich aber predigten Bebel, Liebknecht, Singer und Consorten gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und donnerten gegen die Regierungen, ohne daß von der Züricher Regierung auch nur der leiseste Tadel erhoben wurde.

XXXVII.

Zum deutschen Humanismus.

(Albrecht von Eyb.)

Dr. Max Herrmann, Privatdocent an der Universität Berlin, hat eine Monographie herausgegeben, die mit vollem Rechte Anspruch auf weiteste Verbreitung in historischen Kreisen erheben darf. „Albrecht von Eyb und die Frühzeit des deutschen Humanismus" (Berlin, Weidmann 1893. VIII und 438 Seiten) lautet der Titel des Buches. Weit entfernt, die gelegentlichen, etwas leichten Bemerkungen über manche Dinge, die in geistlichen Kreisen jener Zeit gethan und geschrieben wurden, zu approbiren, muß man doch anerkennen, daß der Verfasser mit größter Ausdauer und großem Spürsinne allen erreichbaren Nachrichten über den Eichstätter und Bamberger Domherrn nachgegangen ist, daß er die Materialien mit kritischem Sinne verarbeitet und die Darstellung in ein elegantes Gewand zu kleiden verstanden hat. Manche etwas burschikose, oder auch bloß in der familiären Unterhaltung gebräuchlichen Ausdrücke wären besser weggeblieben. Wo sich Gelegenheit bot, einzelne nicht streng zum Thema gehörige Fragen zu erläutern, hat der Verfasser es mit ausdrucksvoller Kürze gethan, so daß man reiche Belehrung aus dem Buche schöpfen kann. Ich glaube, es ist dem Verfasser gelungen, Albrecht von Eyb

als den ersten und wichtigsten Humanisten auf deutschem Boden zu erweisen. Ein besonderes Verdienst beanspruchen seine Nachweise über den Charakter der Eyb'schen deutschen Prosa. Es ist mit Grund schon früher gesagt worden, daß A. von Eyb zu den Vätern der neueren deutschen Prosa gerechnet zu werden verdient.

Was der Darstellung einen besonderen Werth verleiht, sind die zahlreichen Inedita, die der Verfasser in ihren Angaben in seine Erzählung verflechten konnte. Nicht weniger wie 32 Archive und Bibliotheken wurden auf Eybiana mit Erfolg durchsucht. In einigen bayerischen Archiven, wo man mit Sicherheit Aktenstücke über Eyb finden zu müssen glaubte, waren die Nachforschungen resultatlos. Die Reconstruktion der Eyb'schen Handschriftenbibliothek und die Untersuchung auf den Ursprung der einzelnen Handschriften — ob in Italien oder Deutschland — ist ein kleines Meisterstück. Wenn ich nicht irre, gibt der Verfasser gar keine Nachrichten über die Weihen, die Albrecht von Eyb etwa empfangen hat. Diese Unterlassung dürfte doch wohl noch nachgeholt werden müssen. Selbst beim Mangel direkter Nachrichten über Eyb's Tonsurirung rc. lassen sich doch mit Leichtigkeit indirekte Schlüsse auf den Zeitpunkt machen, in dem Eyb diese oder jene Weihe empfangen haben mußte, weil er diese oder jene kirchliche Funktion ausübte. Die letzten Publikationen Denifle's über eine Anzahl der italienischen Universitäten modificiren manche Angaben Herrmann's um ein Wesentliches.

Die Monographie schließt sich den beiden Bänden „Deutsche Schriften des Albrecht von Eyb", die der Verfasser herausgegeben hat, würdig an.

XXXVIII.

Literatenthum der Aufklärungszeit.

Können Disteln Trauben tragen? ist man zu fragen versucht angesichts der humanen Bestrebungen der Aufklärungszeit. Es ist ein ergötzliches Schauspiel, zu sehen, wie der Bienenschwarm der Aufklärer sich tummelt, alle Schranken und Zäune der alten Zeit niederzureißen, dem Lichte den Zugang zu öffnen, wie sich diese weichen Seelen der Menschheit und Menschlichkeit verschreiben und zu eigen geben, mit welcher rührenden Liebe sie sich dem Volke und Volkswohle vermählen. Es ist ein wahrer Wettlauf um Popularität, Niemanden geht es schnell genug. Ehe das Jahrhundert zur Neige geht, müssen unbedingt alle Nebel und Finsternisse verschwunden sein und das Licht weit und breit strahlen. In der kurzen Zeit von 1760—1790 drängt sich dieses Aufklärervolk wie eine feste Masse zusammen, welche alles niederstürzt, was ihr im Wege steht, Jesuiten und Throne, Scholastik und Ständeverordnungen, Glaube und Aberglauben. Kaum noch leise wagt sich eine Stimme des Widerspruchs ans Licht. Die Vertreter der alten Ordnung verstummen, sie wagen nicht mehr zu vertheidigen und auf den Thronen jauchzt man den Sirenenklängen der Aufklärung zu. Ganz anders als heute gegenüber dem socialistischen Drange stand damals die gebildete Welt der Aufklärungsbewegung gegenüber. Alles ließ sich mit fortreißen, Adelige, Geistliche und Beamten, alles schwärmte von neuem

Glücke und Lichte. Während heute die constitutionellen Regierungen gegen die bestgemeinten und dringendsten Wünsche bedenklich sich verhalten, haben damals die absoluten Herrscher im Bunde sich bemüht und beeilt, der „Vernunft“ Rechnung zu tragen. Man baute neue Schulen und erweiterte die alten, säuberte das Land von Gesindel und unsicherem Volke, regelte das Armenwesen, legte Straßen und Kanäle an, sorgte für Nachtbeleuchtung, führte neue Culturarten ein, beförderte Gewerbe und Handel und erleichterte die Lasten der Hörigkeit.

Und doch war die Quelle dieses erfreulichen Fortschrittes keineswegs lauter. Der Dornbusch der Aufklärung war König nach Joathams Fabel (Richt. 9, 14), der Patriarch von Ferney, Voltaire, schwang den Stab und gebot über die leichte, lustige, lachende Schaar seiner Verehrer. Es war lauter leichtes Volk, diese Aufklärer; ob sie die Feder oder das Scepter führten, waren sie fast durchweg halt- und charakterlose, ja auch unsittliche Menschen. Sehr stark war das fahrende Volk vertreten, Leute, welche im Mittelalter als ehrlos galten und die schon deßhalb allem, was mittelalterlich aussah, den Krieg geschworen, Abenteurer, Schauspieler, Literaten. Seitdem Rousseau die Zunft der fahrenden Leute zu Ehren gebracht, galt es nicht mehr für ehrlos, den Beruf zu wechseln wie ein Kleid, und heute den Prediger oder Schulmeister, morgen den Theater- oder Federhelden zu spielen, auch zu Bedienten gab man sich her nach Rousseaus Beispiel. So trieb sich Bahrdt im theologischen Hörsaal, im Wirthshausleben, im Philanthropin herum, so war Laukhard Vikar, Sprachlehrer, Privatdocent, Söldner, Spion, Krankenwärter, Schriftsteller. Der Schwabe Schubart versah rasch nacheinander das Präceptorat in Geislingen, die Chordirektion in Ludwigsburg und die Aufgabe eines Redakteurs in Augsburg und Ulm. Den späteren Grafen Reinhard warf der Sturm und Drang aus dem stillen Vikarsposten in Balingen auf den Weltschauplatz der fran-

zösischen Revolution, und der ehemalige Stiftler wußte sich mit einer, bei einem Schwaben und Theologen doppelt unerwarteten Weltgewandtheit stets über Wasser zu halten und die angesehensten Stellungen zu erringen.

Sowohl mit Schubarts als mit Reinhards Schicksal hat manches gemein das Leben eines dritten Schwaben: Wekhrlin. Ein Altersgenosse von Schubart, geb. 1739 zu Bothnang, hat W. L. Wekhrlin wie Reinhard zuerst die französische Schule durchgemacht, dachte zeitlebens französisch als begeisterter Verehrer Voltaires, übernahm nach der Gefangensetzung Schubarts 1777 dessen publicistisches Erbe und übergab es dem Befreiten wieder, als er selbst 1787 in Gefangenschaft gerieth und dieselbe Noth erfuhr, wie jener. Freilich ging ihm sowohl die Beweglichkeit und Anstelligkeit Schubarts, als die Sicherheit und Klugheit Reinhards ab. Er war in erster Linie Literat, Freigeist und Schöngeist, der politische Trieb beherrschte sein Leben, und dieser Grundzug gibt ihm ein einheitlicheres Gepräge als demjenigen seiner abenteuernden Landsleute.

Als Publicist hat er für uns eine erhöhte Bedeutung, da es nur wenige Männer damals gab, die ausschließlich von der Zeitung lebten, wie er. Schlecht genug gings ihm dabei freilich, aber er erntete raschen, leichten Ruhm. Wie ein Meteor ging er auf und entzündete weit und breit das Strohfeuer liberaler Denkungsart. Tief und nachhaltig hat er indeß nicht gewirkt, er schuf und lebte zu rasch und legte sich und seiner Feder keinen Zaum an und keine Last auf.

Nichtsdestoweniger bleibt das, was Wekhrlin schrieb, mit wenigen Ausnahmen auch heute noch lesbar und beachtenswerth: Er führt eine leichte elegante Feder voll Witz und Geist, dann und wann auch in die rührselige Thränenfeuchtigkeit des 18. Jahrhunderts getaucht. Die freie Sprache und ein lokalhistorisches Interesse hat ihm nun in jüngster Zeit in dem geh. Legationsrath Gottfried Böhm einen feinsinnigen Biographen gewonnen.

Böhm ist mit ebenso viel Hingebung und Treue allen den verschlungenen Wegen nachgegangen, welche Wekhrlins Leben einschlug, als er mit Verständniß und ruhiger Ueberlegung die Thatsachen gruppirte. Er ist weit entfernt von der gewöhnlichen Neigung der Biographen, an ihren Helden alles schön und liebenswürdig zu finden, und hat trotz seiner Vorliebe für das 18. Jahrhundert der Versuchung widerstanden, einen prickelnden Roman aus einem wie von selbst sich bietenden Stoff herauszuspinnen, eine Versuchung', die um so näher lag, als unter den Vorgängern Böhms selbst ein Archivrath, dem man doch etwas mehr Besonnenheit hätte zutrauen sollen (Ebeling), das Leben Wekhrlins zu einem Dithyrambus gestaltete. Gottfried Böhm, selbst ein geistreicher Causeur, liebt das Jahrhundert der Causerie und der geistreichen Salons, und als feinsinniger Kenner und Sammler der eleganten Nippsachen und der reizenden Rococowelt weiß er sich mit Leichtigkeit auch in die äußere Atmosphäre dieser Zeit zu versetzen. Er erinnert in dieser Hinsicht an die Gebrüder Goncourt. Schon sind mehrmals kleine Rococoscenen von ihm über die Münchener Bühne gegangen und wir haben wohl noch mehr Schilderungen dieser Art aus seiner Hand zu erwarten. Nichtsdestoweniger aber ist er vollständig frei von den einseitigen Vorurtheilen jener Zeit; er behandelt sie als Künstler mit dem ruhigen Auge eines höher stehenden Beobachters. Die politischen und religiösen Leidenschaften der Aufklärungsperiode bespülen mit ihren Wellen kaum leise die Füße des Beschauers.

Mit kritischem Scharfblicke hat Böhm die vielen Schwachheiten seines Helden erkannt und das Schwindelgewebe zerrissen, womit er sich selbst umgab. Die Legende und Fabel, die sich schon zu Lebzeiten und mehr nach dem Tode Wekhrlins in sein Leben einmischte, erreichte bei Ebeling den Höhepunkt und es that wirklich noth, die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Gleich zum Beginn seiner Laufbahn läßt ihn Ebeling

eine Reihe von Jahren in Paris zubringen und mit den höchsten Kreisen der Schöngeister und Staatsmänner verkehren, nach Böhm aber hat er sich dort höchstens vorübergehend aufgehalten. Ganz prosaisch beginnt seine Laufbahn in der Schreibstube. In Württemberg standen einem höherstrebenden Jünglinge nur zwei Wege offen, das Stift oder die Schreiberstube. „Württemberg“, sagt Wekhrlin später, „ist das Reich der Magister und Schreiber. Die letzteren sind eine Gattung Kunstverwandte, welche in Schreibstuben in den Städten und auf dem Lande tagwerken. Diese Schreibstuben sind der Limbus der württembergischen Beamten. Aus ihnen entstehen die Räthe beim Finanzwesen, die Oberamtleute, die Städtesyndiker und die Landverwalter. Die Kunst dieser Leute besteht in der Praxis“. [1])

Den unruhigen und durch französische Lektüre in Gährung gebrachten Kopf Wekhrlins litt es nicht lange in der Schreibstube, er entfloh eines schönen Tages ohne Wissen seiner Eltern nach Wien, im Alter von 27 Jahren (1766) und blieb dort mit kurzen Unterbrechungen bis 1776, indem er es in den verschiedensten Rollen und Stellungen probirte, als Literat, Professor, Gesandtschaftsschreiber, Praktikant einer Schafzuchtschule u. s. f. 1777 ließ er sich einige Zeit in Augsburg nieder, dem früheren Schauplatze der eben gewaltsam unterbrochenen publicistischen Thätigkeit Schubarts. Sowohl Schubart als Wekhrlin waren von einem glänzenden Hofleben hinweg in die engen spießbürgerlichen Verhältnisse der verfallenen Reichsstädte eingetreten und bemerkten mit Mißmuth den Unterschied des Lebens hier und dort. Während die Fürsten allüberall die blendenden Zeitideen aufgriffen und verwirklichten, hemmte die verknöcherte Verfassung der Reichsstädte, die Zunft- und Rathsoligarchie alle Fortschritte.

---

1) Der Geistesverwandte Wekhrlins, Griesinger, hat in köstlichen Skizzen Leben und Leiden sowohl des Schreibers als auch des Magisters im Einzelnen näher geschildert.

Die städtische Bevölkerung war verarmt und es mangelte an lohnender Arbeit. Gewerbe und Handel litt immer noch unter den Folgen des dreißigjährigen und des Erbfolgekrieges, der Unternehmungsgeist war gering und man verschwendete den Reichthum in eitlem Glanz und eitlen Vergnügungen. Die Patriciergeschlechter waren mit wenigen Ausnahmen heruntergekommen. „Der Geist der meisten", sagt Wekhrlin, „erstreckt sich nicht weit über den eines Theewrackers zu Amsterdam. Nichtsdestoweniger gebahren sie sich wie Kavaliere. Sie tragen Brillanten an den Fingern und sprechen fortwährend von der großen Welt, wahrscheinlich weil einige unter diesen gnädigen Herren jährlich zweimal zur Marktzeit nach Wien kommen, wo sie unter den hölzernen Ständen in der Bognergasse und auf dem Kohlmarkt feilhalten". Der aufstrebenden Cultur- und Literatenwelt verschloß man sich ängstlich, den ehrsamen Bürgern von Augsburg war es ganz was Neues, als ihnen Schubart von Klopstock und Goethe vorlas. „Man saß in feierlicher Stille um meinen Lehrstuhl her", erzählt er, „Menschengefühle erwachten, wie sie der Geist des Dichters erweckte, man schauerte, weinte, staunte und ich sah's mit dem süßesten Freudengefühle im Herzen, wie offen die deutsche Seele für jedes Schöne, Große und Erhabene sei, wenn man sie aufmerksam zu machen weiß".

Einst gingen die Reichsstädte voran auf allen Gebieten und man verdankte zumal Augsburg und Nürnberg die wichtigsten technischen Erfindungen.[1]) Sowohl zur Zeit der Gothik als Renaissance blühte hier die Kunst und die

---

1) Nürnberg z. B. schreibt Beckmann die Erfindung der Taschenuhren, des Mahlschlosses, der Gewehrschlösser, Windbüchsen, des Drahtes und Messings zu, und von Augsburg will der bekannte Archivar Herberger nachweisen, es habe das Schießpulver, den Buchdruck und das Linnenpapier erfunden. (Deutsche Vierteljahrschrift 1881, 160.)

schönsten Denkmale jener Stilarten muß man in den Reichsstädten suchen. Jetzt aber baute man nicht nur keine neuen Werke der Kunst mehr, man ließ auch die alten verfallen. Um die Geschichte der Vergangenheit kümmerte sich niemand mehr, die Archive brachte man in Augsburg nach dem Ausdrucke Riehls „recht zweckmäßig auf den Speicher des Rathhauses, vermuthlich damit das durch die Dachritzen eindringende Wasser die alten zähen Pergamente etwas weicher und genießbarer machen solle“.[1])

„Es war eine Zeit“, sagt Schubart, „da blühte die Herrlichkeit der Reichsstädte hoch auf, da ging Fülle und Licht von ihnen in die Fürstenstaaten aus. Seitdem aber der Strom der Fürstengewalt an ihren Mauern leckt, so werden diese Mauern immer dünner und schwächer. Der Glanz ihrer Thürme verguldet nicht mehr das strömende Gewölk, und der Strom ihrer Herrlichkeit lauft kläglich über Kiesel dahin“. Namentlich zwei Punkte waren es, welche die freigeistigen Publicisten vom Schlage Schubarts in seiner früheren Periode und Wekhrlins den Reichsstädten vorwerfen, nämlich daß sie die Freiheit der Presse und die Toleranz in viel geringerem Grade anerkannten, als die Fürsten. Beide schelten im Vereine über das „Ungeheuer“, den „Drachen“ der Parität, über die gegenseitige Intoleranz, die kleinliche Eifersucht, den albernen Wetteifer. Aber gerade dieser Wetteifer war es, welcher Augsburg noch einiges Leben erhielt und einen blühenden Buch- und Kupferstichhandel bedingte. Jeder Kupferstichkenner weiß, was die Namen Wolfgang, Kilian, Haid, Hainzelmann für die Kunst jener Zeit bedeuten. Zahllose Blätter gingen aus ihren

---

1) Augsburg war einst im 14. Jahrhundert allen andern Städten mit der Straßenpflasterung vorangegangen und überall hin berief man die Augsburger Pflasterer, 1805 aber erklärte Napoleon den Vertretern der Stadt, er müsse ihre Stadt einem Fürsten geben, damit sie besseres Pflaster bekomme.

Werkstätten hervor, namentlich viele Heiligenbilder und Porträte von Geistlichen, in deren Verehrung die eine Confession mit der andern wetteiferte. Auch lag das gewerbliche Leben zu Augsburg im Vergleich zu anderen Städten lange nicht so darnieder, als es Wekhrlin in seinem aufklärerischen Vorurtheil ansah. Nicolai hat das ziffermäßig nachgewiesen;[1] obwohl dieser sonst noch tiefer von der rationalistischen Leidenschaft erfüllt und verblendet ist, als Wekhrlin, hat ihn bei der Beurtheilung Augsburgs sein nüchterner Geschäftssinn nicht im Stiche gelassen.

Augsburg war ein vorzüglich gelegener Platz für den Zeitungsverkehr. Dort erschien die noch blühende „Ordinaripostzeitung", welche heute mit Stolz auf ihren Titel schreiben kann: 207. Jahrgang. Hier war es nun, wo Schubart seine erste Zeitung gründete und wo vielleicht auf Wekhrlin die gleiche Anregung überging. Von Anfang an empfand Schubart freilich, wie sehr er sich hier nach allen Seiten in Acht zu nehmen habe, er fühlte die freie Luft, den Geist des englischen Rechtes, welcher es einem Schlözer in Göttingen ermöglichte, seine statistischen und politischen Journale zu „einem öffentlichen Beschwerdebuch zu machen, in dem die tausendfältigen Schäden, welche die Rechtspflege und die Verwaltung, namentlich der mittleren und kleinen Gebiete des Reichs entstellten, zur Sprache gebracht wurden" (Hugelmann) oder wie es ein gleichzeitiger Fürst ausdrückt: „Aufklärung und Duldungsgeist zu befördern, Bosheit und Dummheit zu entlarven und zu unterdrücken". Vielleicht schwebte Schubart das Beispiel seines Landsmannes Schlözer vor, als er für sein literarisches Unternehmen sich die englische Freiheit herbeiwünschte und zum Schlusse einer Anzeige schrieb: „Und nun werfe ich mit jenem Deutschen, als er London verließ, meinen Hut in die Höhe und spreche: O England, von deiner Laune und Freiheit nur diesen Hut

1) Reise durch Deutschland, B. 8.

voll"! Diesen frommen Wunsch soll der damalige Bürgermeister von Augsburg mit der Glosse begleitet haben: „Es hat sich ein Vagabund hereingeschlichen, der begehrt für sein heilloses Blatt einen Hut voll englischer Freiheit — Nicht eine Nußschale voll soll er haben". Ueber seine unsichere und durch allerlei Rücksichten beengte Stellung in Augsburg schreibt Schubart später:

„Kein Gewerbe konnte für einen Menschen wie ich war, in einer Stadt, die unter allen deutschen Städten einen so feurigen Kopf, wie der meinige war, am wenigsten dulden konnte, gefährlicher sein, als das Gewerbe eines Zeitungsschreibers. Vor Fürsten, auch wenn sie Bösewichter sind, den Fuchsschwanz streichen, kühle Galatäge, Jagden, Musterungen, jedes gnädige Kopfnicken und matte Zeichen des Menschengefühls mit einer Doppelzunge austrompeten, jedem Hofhunde einen Bückling machen, den Parteigeist desjenigen Orts, wo man schreibt, nie beleidigen, den Kaffeehäusern was zum Lachen und dem Pöbel was zu raisonniren geben: das waren Gesetze, die für mich zu hoch und rund waren und für die ich weder Geduld noch Klugheit hatte. Ich stieß daher tausendmal gegen sie an."

Kaum ein Jahr lang vermochte sich Schubart durch die verschiedenen Klippen des Anstoßes durchzuwinden. Von Augsburg ausgewiesen, setzte er seine deutsche Chronik in Ulm fort, fiel aber hier nach zweijähriger Thätigkeit den Häschern Herzogs Karl von Württemberg in die Hände, den er mit manchen freimüthigen Aeußerungen getroffen hatte: in zehnjähriger Gefangenschaft auf dem Asperg mußte er seinen Freimuth büßen.

Noch eine schärfere Feder als Schubart führte Wekhrlin und doch entging er der grausamen Strafe Schubarts, Dank dem Schutze eines freisinnigen Herrn, des ebenso gebildeten als wohlwollenden Fürsten Kraft Ernst zu Oettingen-Wallerstein.[1]) Nachdem Wekhrlin sowohl von Augsburg als Nörd-

1) Vgl. über ihn meine Festschrift zum Ehejubiläum des Fürsten Karl 1892. S. 6. Böhm spendet ihm hohes Lob. S. 178 ff.

lingen ausgewiesen war, begab er sich auf das Territorium des letzteren (1778) und blieb darin bis kurz vor seinem Tode 1792. Eine Reihe von publicistischen Unternehmungen entstanden auf diesem Boden: die „Chronologen“ (1779 —1781), das „graue Ungeheuer“ (1784—87), die „hyperboreischen Briefe“ (1788—90) und die „Paragrafen“ (1791). In zierlichen Oktavbändchen behandelten diese Blätter die brennenden Tagesereignisse und Tagesfragen, sie glichen mehr Zeitschriften als Zeitungen, allein nach den damaligen Anschauungen fielen diese beiden Begriffe nicht so sehr auseinander als heute und hätte man damals auch z. B. die „Historisch-politischen Blätter“ zu den Zeitungen gerechnet. Vor dem 19. Jahrhundert erschienen die Zeitungen in leichtem Oktav-, höchstens Quartformat, während die schwerer wiegende Wissenschaft in gewichtigem Folio einherschritt — heute hat sich das Verhältniß beinahe gedreht. Die Annäherung der Zeitungen an die Zeitschriften hing zum Theil mit der Censur zusammen, welche die Politik nur anhangsweise und gelegentlich von den Blättern behandeln ließ. Die Politik wurde als ein Vorrecht der Höfe behandelt und „Zeitung“, d. h. im ursprünglichen Wortsinne Tagesneuigkeit, hieß nur die farblose Mittheilung der Correspondenten.[1]) Noch heute ist es für das klassische Land der Censur, Rußland, bezeichnend, daß es eine Unzahl von Revuen anstatt unserer Tagesblätter producirt, und man rühmt diesen Revuen sogar nach, daß ihnen die Beschränkung der politischen Betrachtungen zum Vortheil gereiche: an Stelle der politischen Kannegießereien betreiben sie mit um so mehr

1) „Zeitung“ war ursprünglich eine Rubrik des diplomatischen Geschäftsverkehres. Außer ihren Gesandten an den Höfen und Reichstagen hielten sich einige Fürsten auch an wichtigen Orten wie Augsburg, Regensburg, Frankfurt eigene „Zeitungs“-Correspondenten, deren Mittheilungen sie unter Umständen auch öffentlich werden ließen. (Vgl. Steinhausen, Gesch. des Briefes 1, 66, 130 ff.)

Nachdruck und Tiefe volkswirthschaftliche, belletristische und andere Studien.[1]) Dies nimmt uns in der That nicht Wunder, wenn wir die vielen derartigen revue-ähnlichen Zeitungen des vorigen Jahrhunderts in die Hand nehmen und sie z. B. mit der „Allgemeinen Zeitung" der Jahre 1830—1860 vergleichen. Während uns letztere bald langweilt, erwecken jene Revuen unser lebhaftes Interesse sowohl durch ihre geistreiche Form als die größeren Zusammenhänge, in die wir hineingeführt werden. Die modernen Zeitungen bieten ihre Stoffe viel zu zerrissen und unvollständig, um einen späteren Leser zu fesseln.

Es ist ja freilich auch sehr kunterbunt, was uns Zeitungen, wie diejenigen Wekhrlins, bieten: außer den ständigen Berichten über neue Fälle des „Aberglaubens" und „Fanatismus" und den großen Weltereignissen werden verschiedene Fälle tyrannischer Vergewaltigungen vorgeführt, Reisebeschreibungen, Theaternachrichten, philosophische Erörterungen, historische Ausführungen geboten. Zoll-, Militär- und landwirthschaftliche Fragen werden aufgeworfen, über die Berechtigung der Todesstrafe gestritten u. s. f.[2])

Wekhrlin hatte das Glück, unter den Mitarbeitern und

---

1) Leroy-Beaulieu in der Revue de deux Mondes. 1890.

2) Was letzteren Punkt, die Todesstrafe, anbelangt, stimmt Böhm mit dem humanen Urtheile Wekhrlins überein, sie sei nun einmal unmenschlich und verletze alle sanfteren Gefühle. Allein so lange die Verbrecher sich selbst aller menschlichen Gefühle entledigen, hat auch die Gesellschaft keine Pflicht, mildere Gefühle walten zu lassen. — Dagegen können wir die Berufung Wekhrlins auf Paraguay durchaus nicht utopisch finden. (S. 116.) Dort herrschten in der That musterhafte Zustände, „eine immer gleiche Ruhe". Die Gefängnisse waren in der That Besserungsanstalten. Ich verweise nicht bloß auf Chateaubriand, Génie du christianisme VI, 5, sondern auf die jüngsten Berichte des Dr. Karl von Steinen in der „Deutschen Rundschau" über die Rechte der alten Jesuitenmission (vgl. Augsburger Postzeitg. 1893, Nr. 145).

Freunden seiner Zeitschriften in dem Territorium, auf dem er saß, und weiterhin im Riese selbst mehrere vorzügliche Männer zu besitzen. Die Zeit der Aufklärung war für das Ries gewissermaßen die goldene Zeit der Bildung, weder früher noch später geschah so viel für Kunst und Wissenschaft. Der Fürst Kraft Ernst von Oettingen legte damals den Grund zu den berühmten Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen, die sich zum großen Theil noch heute in Maihingen zusammenfinden. Auch hatte er unter seinen Beamten eine Reihe von intelligenten Männern, z. B. einen Johann Paul Lang und Zinkernagel, deren geschichtliche Forschungen noch heute von Werth sind. Dazu kam der weit ausgedehnte Sailer'sche Freundeskreis, dessen Mittelpunkt Dillingen war. Im Oettingischen sammelten sich die Freunde um den Präsidenten von Ruösch, der uns sowohl von Christoph Schmid in seiner Biographie (herausgegeben von Werfer) als von Karl Heinrich Ritter von Lang in seinen Memoiren im günstigsten Lichte geschildert wird. „Der Präsident", erzählt letzterer von seiner Schreiberzeit, „zog mich fast täglich zu seiner Abendtafel, wo er sich sehr lebhaft über Literatur und schöne Wissenschaften, besonders über Horaz unterhielt, den er auswendig wußte. Von Zeit zu Zeit kamen Besuche von Sailer, damals in Dillingen, jetzt Bischof zu Regensburg, von Gabler, Stadtpfarrer zu Wemding, von Weber, Benediktiner in Heilig-Kreuz zu Donauwörth, eine Gesellschaft gelehrter, sanfter und trefflicher Männer, durch deren Umgang und Belehrung ich mich äußerst glücklich fühlte". Unter dem letztgenannten Weber verwechselt Lang in seiner flüchtigen Art zwei Personen, den nachmaligen Domdekan von Weber, Freund und Collegen Sailers in Dillingen, und P. Beda Mayr in Donauwörth, Verfasser mehrerer Theaterstücke. Obwohl auf einem andern Standpunkt stehend und warm christlich gesinnt, hat dieser Sailer'sche Kreis sich Wekhrlin nicht verschlossen und auf dem gemeinsamen Boden der Humanität mit ihm sich verständigt und

zusammengewirkt. In einem „hyperboreischen Briefe“ führt einmal Wekhrlin den Leser bei seinen Freunden herum:

„Von Kaisersheim gehen wir nach Donauwörth, um den Pater Beda, einen der lichtesten Köpfe seiner Kirche, zu sprechen und die Zelle zu besuchen, wo Bronner seine unsterblichen Fischererzählungen empfing. Nun nehmen wir den Weg entlang der Donau über das Schlachtfeld bei Höchstätt nach Dillingen. Hier wärmen wir uns am Pater Sailer, der — troß der Unbilden, die er von seinem undankbaren Jahrhundert erfuhr — die wohldenkendste und liebenswürdigste Menschenseele ist, welche der Same Adams trug. Er wird uns zu seinem Busenfreund, dem Professor Weber, führen und am Arm Beider werden wir den prächtigen Bibliotheksaal sehen. Auf dem Rückwege können wir einen Blick auf das Schloß und den Park des Fürsten von Thurn und Taxis zu Dischingen werfen. Wir müssen aber nicht vergessen, im Pfarrhof unseres Weber zu Deiningen einzusprechen, um seine Naturalien und Gemälde, auch eines der elegantesten Pfarrhäuschen der Christenheit zu sehen.“

Noch heute besitzt das Pfarrhaus in Deiningen eine köstliche Reliquie aus Webers Hand, ein zierlich geschriebenes Tagebuch voll der liebenswürdigsten und freundlichsten Welt- und Lebensansichten, dessen Lektüre dem Schreiber dieses einmal einen trüben Tag erheitert hat. Es ist zwar der Hauch des aufgeklärten Jahrhunderts, der uns aus den Aufzeichnungen Webers entgegenweht, allein dadurch wird das aufrichtige und ungekünstelte Gefühl der Frömmigkeit, welches Weber wie Sailer eigen war, keineswegs verkümmert. In die Biographie Joseph v. Webers von Christoph Schmid (Augsburg 1831) sind mehrere Stellen jenes Tagebuches aufgenommen. — Einen anderen geistlichen Herrn der Umgegend, welchem Sailer selbst ein biographisches Denkmal gesetzt hat, den Pfarrer Schlund in Marktoffingen erwähnt Wekhrlin nicht, er nennt nur noch kurz Maihingen, woselbst der regierende Fürst seinem Vater ein Grabmal gestiftet habe, das ein Meisterstück des „Einfältig-Erhabenen“ in der Kunst sei.

Die oben erwähnten Fischererzählungen des Exbenediktiners Bronner zu Donauwörth im Geschmacke der Geßner'schen Idyllen sind eben so bezeichnend für die Zeit, wie für das Land. Da strahlt alles im Sonnenschein und hold lächelt das Leben. Das liebliche Flüßchen, das reizende Wäldchen und der helle Felsenhang umschließen den Gesichtskreis und zarte Hirtinen beleben den Hain.[1] Mit seinem offenen, behaglichen und lachenden Charakter war das Ries wie für die Aufklärungszeit geschaffen. Man verabscheute damals alles Verworrene und Zerrissene, Abgeschlossene und Weltentrückte und hatte keinen Sinn für die romantische Größe der wilden Alpenthäler.[2] Ein schön angebautes Land, durchschnitten von pappelumkränzten Chausseen mit nur sanft ansteigendem Gelände, goldenen Saatfeldern und wogenden Wiesen war das Entzücken der damaligen Welt, das war eine Gegend wie geschaffen für galante Schäfer und Schäferinen. Die für den aufgeklärten Despotismus des vorigen Jahrhunderts so bezeichnenden Pappelalleen waren schon lange im Riese heimisch, soll doch nach Riehl die erste derartige Chaussee zwischen Oettingen und Nördlingen angelegt worden sein.[3]

Fast zehn Jahre lang hat sich Wekhrlin in Mitte der lachenden, behaglichen Riesebene aufgehalten in einem Dorfe Baldingen, wo es heute selbst dem geringsten und dazu beheimatheten Schriftsteller schwer fallen würde, auch nur ein Jahr zu verweilen. In Folge seiner vielfachen Angriffe auf verschiedene Souveränitäten, zuletzt auf den Bürgermeister von Nördlingen, sah sich endlich Fürst Kraft Ernst gezwungen, Wekhrlin in schärferen Gewahrsam zu nehmen und zugleich gegen die Nördlingischen Häscher sicher zu

1) Vgl. den „Wiesenbesuch" (Schriften I. 18).

2) Man lese die Urtheile Schubarts über den Steinrücken von Lauterburg und die ariostische Gegend von Geislingen. (Ges. Schriften 1839. I, 37, 67.)

3) Land und Leute 1861. S. 86.

stellen. Er wurde nach Hochhaus gebracht, wo er im Oberamtmann von Schönemark bereits einen Freund besaß. Dort blieb er von 1787—1792 theils in gezwungenem, theils in freiwilligem Arreste. Vollständig freilassen mochte ihn der Fürst nicht, da er befürchtete, von dem Befreiten selbst zur Zielscheibe seines unberechenbaren und Niemand schonenden Spottes gemacht zu werden. Dagegen wurden ihm alle möglichen Freiheiten gestattet, er durfte größere Reisen antreten und er konnte sogar den Winkeladvokaten der benachbarten Bauern gegen die Herrschaft machen. Beinahe hätte er einmal die Bauern zu einem Aufstande aufgewiegelt.

Ein Zeuge berichtete, Wekhrlin hätte unter anderen Historien erzählt, wie zu Hohenlohe-Oehringen 400 Bauern sich zusammengerottet, das Schloß umringt und dem Fürsten 30 Punkte vorgelegt hätten, welche er so nach und nach hatte unterschreiben müssen. Es spucke im Württembergischen und in der ganzen Nachbarschaft und es werde auch bald zu uns kreuzen. Er (Wekhrlin) aber lege sich ins Bett, wenn es zu uns komme, riegele die Thüre zu und bekümmere sich nichts darum; doch die Herren müßten fort, auf sie gehe es alsdann. (Böhm S. 249.)

Hochhaus liegt in prächtiger Waldumgebung am Ausgange des weitbekannten Karthäuserthales mit den malerischen Resten des Klosters Christgarten. Die Gegend hat einen mehr romantischen Charakter und entspricht nicht dem ästhetischen Ideale des vorigen Jahrhunderts. Es ist merkwürdig zu beobachten, wie die veränderte Umgebung auf Wekhrlin einwirkte und seinen Stil wohlthätig beeinflußte. Rousseau'sche Reminiscenzen tauchen in ihm auf und an Stelle Voltaire'scher Frivolität tritt eine bei Wekhrlin seltsame Naturschwärmerei. Er schreibt über jene Gegend folgende rührende Zeilen:

„Keine Situation gibts, die ein schlichter Mann nicht erträglich machen kann". „Ich weiß, zum Exempel, daß ich auf dem Hügel, von wo aus ich Dir schreibe, nicht so bequem

sitze, wie in der Oper zu Paris; aber ich behaupte, daß er mir nicht minder erhabene Empfindungen einflößen kann, als eine Scene aus dem Cid". „Zu meiner Rechten habe ich die Copie vom Prospekt von Karlsbad, eine treffliche Copie, denn sie ist von der Hand der Natur selbst. Links zeigt sich mir eine der reizendsten Scenen aus der Heloise: der Felsen von Meillerie nach der Natur. Welche Dekorationen! Hier hängt Saint Preux über bereiftem Moos, um den seligsten Augenblick seines Lebens zu empfinden, den zärtlichen Anblick von Juliens Wohnung. Ich denke mir ihn. Meine Seele hebt sich. Ich vergesse mich selbst. Ich wünsche Rousseau zu sein, um eine Heloise schreiben zu können". „Gerade unter meinen Fenstern liegt das denkwürdige Schlachtfeld von 1634. Welcher Ideenstoff!"

„Ein kleiner Hügel, den dort der Schatten der Cypresse und grauliches Moos deckt, auf den jetzt noch der letzte Stern von seiner Höhe herabsieht, nachdem alle Fackeln des himmlischen Gewölbes schon erloschen sind — das ist der Stern, der über dir schwebt, du Hügel meiner Ruhe! Nach Jahrhunderten wird ein anderer Einsiedler sich hier niedersetzen. Wann dann der freundliche Mondstrahl die ernste Scene versilbert und das Lüftchen des Abends im schwirrenden Rohr lispelt und Nachtschauer den einsamen Waldbruder ergreift, dann wird er sprechen: Hier ruhst Du, wie die alte Sage will, Einsiedler des Berges, dessen längst verhallten Namen keine Grabschrift nennt".

Nichteinmal ein Grabstein mehr, wie er ihn wünscht, erinnert an den seinerzeit viel gefeierten Publicisten. Einige Monate vor seinem Tode hatte er sich nach Ansbach begeben, um unter der eben eingetretenen preußischen Herrschaft daselbst ein neues Zeitungsunternehmen zu gründen. Aber nur kurze Zeit konnte er seine „Ansbachischen Blätter" herausgeben, er starb im November 1792 arm und tief verschuldet. Schubart schrieb: non habuit unde efferetur. Zeitlebens hatte er mit der Armuth gerungen und so verbreitet seine Zeitungen waren, bereichert haben sie höchstens ihren Verleger.

M. Dr. Grupp.

XXXIX.

Der Chronist Oldecop und Stift Hildesheim.

Ueber Oldecops Chronik und seine Stellung zu Luther und der „Reformation" hat ein eingehender Artikel im dritten und vierten Hefte dieses Bandes (S. 157 ff.) gehandelt. Im Nachfolgenden soll nunmehr auch, wie damals angekündigt wurde, die öffentliche Wirksamkeit des Mannes geschildert und der Gehalt seiner Mittheilungen über die Geschichte des Stiftes Hildesheim näherhin dargelegt werden.

Wir wissen, daß der als Sohn des Stadtbaumeisters in Hildesheim 1493 geborne Johannes Oldecop an der Universität zu Wittenberg Luthers Zuhörer und anfänglich seiner Sache zugethan gewesen, schon bald aber über die Neuerungen des Mannes zu anderer Ansicht gelangte und von ihm sich zurückzog. Die Wittenberger Unruhen im Jahre 1516 hatten seinen Vater veranlaßt, ihn nach Hildesheim zurückzurufen. Die folgenden Jahre verweilte Oldecop in seiner Vaterstadt, von wo aus er eine Wallfahrt zum heiligen Rock nach Trier machte. „Anno 1517", berichtet er in seiner Chronik, „wallten aus Hildesheim über 50 Bürger nach jener Stadt, ich war auch dabei, und sahen das Kleid des Herrn mit Innigkeit und Fröhlichkeit und zogen sämmtlich von dort nach Aachen und Mastricht, und in zwanzig Tagen waren wir wieder zu Hause" (S. 39).

Nunmehr verfolgte er als aufmerksamer Beobachter die Entwickelung der Stiftsfehde, welche den größten Theil des

Stiftes Hildesheim an die Herzöge von Braunschweig und in Folge davon ans Lutherthum brachte, bis zur Schlacht bei Soltau 1519. Im September desselben Jahres zog er zu seiner weiteren Ausbildung über Bologna, Ravenna und Florenz nach Rom, wo er unter den drei Päpsten Leo X., Adrian VI. und Clemens VII. mannigfache Erfahrungen und Kenntnisse sammelte. Im Jahre 1521 befand sich Oldecop im Dienste des Bonifazius de Aldigeriis zu Parma, mit diesem kehrte er nach Abzug der Franzosen nach Rom zurück. Hier trat er in die Dienste des Protonotarius Johann Baptista de Casalis, reiste in Gesellschaft desselben mit dem Papste nach Spanien. Oldecop wird ungefähr fünf Jahre in Italien geblieben sein, denn am 1. Juli 1524 war er, laut einer Bemerkung in seinem auf der Pfarrbibliothek in Peine befindlichen Handexemplare von Fontaines Kirchengeschichte, in Stuttgart beim Cardinallegaten Campeggio. Die drei nächsten Jahre verlebte er in seiner Vaterstadt, hier empfing er auch die höheren Weihen. Welche Stellung im geistlichen Amte Oldecop zunächst einnahm, geht aus seiner Chronik nicht hervor. Er berichtet nur gelegentlich, daß er 1527 auf der Kanzel in der Andreaskirche, der Hauptstadtkirche, gegen Luthers Lehre gepredigt habe, er habe vor dieser Lehre und ihren bösen Früchten gewarnt und gesagt, daß die Sekte mit ihrer Freiheit ein böses Ende nehmen wollte und würde, denn „ik wuste und ut Luthers munde gehoret hedde, dat he sine lere nicht umme goddes willen angefangen, de scholde ok nicht umme goddes willen geendiget werden.“ (S. 468.)

Im Herbste 1527 brachte es das Domkapitel zu Hildesheim zuwege, daß der Fürstbischof Johann, welcher wegen der Stiftsfehde in die Reichsacht erklärt war und ferne von seinem Bisthume und seiner Diöcese verborgen lebte, Fürstenthum und Bischofsamt resignirte, so daß ein Nachfolger gewählt werden konnte. Die Wahl fiel auf den kaiserlichen Vicekanzler Dr. Balthasar Merklin, welchem

der Domdechant Licentiat Ludolf Stein die Nachricht seiner Wahl nach Spanien brachte. Der Erwählte sandte alsdann den Propst Tilemann Kreich von Wetzlar nach Hildesheim, um mit dem Domkapitel und Stadtmagistrate wegen Uebernahme des Bisthums die weiteren Verhandlungen zu führen. Nach den nothwendigen Besprechungen daselbst suchte er den gebannten Bischof Johann auf, kehrte nach Hildesheim zurück und führte die Verhandlungen zu Ende. Jetzt nahm er Oldecop „nach dem Begehren des neuen Herrn“ als bischöflichen Kaplan mit sich nach Mainz und sandte ihn dem erwählten Bischofe mit einem Schreiben zu. Oldecop zog den Rhein hinunter und kam über Köln, Aachen, Löwen, Antwerpen am 1. November Abends in Arnheim an. Von da gings nach Vliessingen, wo er sich am 13. November nach Spanien einschiffte. Am 21. Dezember traf er am kaiserlichen Hofe in Burgos an. „Do overantwordede ik dem nigen postuleerten hern und bischoppe de breve, de mi to Hildensem und Mentze befolen weren und ik wart dar, godde loff und dank, wol entfangen und was frolich in got, dat ik der kulde und ferlicheit des mers entlediget was. Am avende purificationis Marie nam de bischop coram notario et testibus an dat vorloren stift“. (S. 155.) Am 22. Januar 1528 wohnte Oldecop der feierlichen Kriegserklärung der Könige von Frankreich und England bei.

Unterdessen machten die Pack'schen Händel in Deutschland die Entsendung eines kaiserlichen Commissärs nöthig. Balthasar Merklin war dazu ausersehen und fuhr in Begleitung seines Kaplans Oldecop am 12. März von Bilbao aus nach Deutschland zurück. Am 6. April erlebte Oldecop auf See zwischen Dover und Calais die Eröffnung der Feindseligkeiten im ausbrechenden Kriege. Von Antwerpen aus bereiste nun Oldecop mit dem Vicekanzler die Höfe des Bischofs von Lüttich, des Herzogs zu Cleve, des Erzbischofs zu Köln, des Erzbischofs zu Mainz, des Pfalzgrafen und

der Bischöfe zu Worms und Speyer: „Do wi an den Ryn kemen, do wart de sake twischen den bischoppen to Mentze, Bambergh, Wortzberg und churfürsten von Sachsen und lantgraven von Hessen vordragen und de bischoppe moste to hope eine tunnen goldes den twen wertlichen fursten geven, doch unvorschuldes. Jn den schaden forde se doctor Pack de arzedichter und logener" (S. 160). Von Speyer sandte der kaiserliche Commissär seinen Kaplan nach Hildesheim mit Aufträgen an das Domkapitel, den Rath und den Drosten zu Steuerwald, der bischöflichen Residenz. „Als ich den Auftrag vollzogen, ritt ich nach Prag in Böhmen und fand da bei dem römischen Könige Ferdinando meinen gnädigen Herrn, den Postulirten". (S. 160.) Ueber die Stadt Prag weiß Oldecop viel Gutes zu berichten, über die Kirchen sagt er: „Die Katholischen zieren ihre Kirchen mit allem Fleiße, die Hussiten noch viel schöner. Ich bin in einer Hussitenkirche gewesen, die war wohl so schön eingerichtet, als eine Domkirche sein mag". Auf einem Altare dieser Kirche stand: „Hoc altare est consecratum ad honorem sanctorum Johannis Husso et Hieronymi de Prago martyrum" (S. 161.).

Am 14. September zog Balthasar Merklin von Prag nach Weinmar zum Kurfürsten Hans Friedrich von Sachsen, dann nach Leipzig. Von da aus sandte er am 8. Oktober seinen Kaplan Oldecop mit zehn Pferden und vier Maulefeln nach Hildesheim, um die nothwendigen Vorkehrungen für seine Ankunft zu treffen. Bereits am 14. Oktober kam Oldecop vor Steuerwald, eine halbe Stunde vor Hildesheim, an und ward vom Drosten Henning Rauschenplatt eingelassen. „Und deß waren die zu Hildesheim, geistlich und weltlich, hoch erfreut, und ich mit ihnen, meinten alle, nun hebe für das Stift eine Zeit der Wohlfahrt an." Leider kam es anders, die Wahl Merklins erwies sich für Hildesheim als ein großes Unglück.

Am 1. November erhielt Oldecop briefliche Mittheilung,

daß er seinen gnädigen Herrn aus Halberstadt „mit allen hensten und gude“ abholen sollte. Oldecop traf dort beim Electus den Dompropst Levin von Veltheim und zog mit ihm von Halberstadt nach Hornburg „dar de gemelte domprobst hus heilt“. Daselbst lagen sie drei Tage. Da Hornburg nahe der Gränze des Herzogthumes Braunschweig liegt, so sandte Herzog Heinrich d. J. hundert Pferde dem erwählten Bischofe entgegen und die Reise ging jetzt auf Wolfenbüttel zu. Da lagen sie vier Nächte und „an sunte Martens dage rende und stack scharp de furste up der borch mit einem siner edellude“ (S. 161). Der Fürst begleitete dann seinen Gast bis Braunschweig, wo ihn der Dombechant und einige älteren Mitglieder des Domkapitels empfingen, dann gings weiter über Steinbrück ins Stift Hildesheim. Das Reiseziel war Steuerwald. Der Erwählte blieb hier drei Tage und versprach dem Kapitel und Rath der Stadt nach Abhaltung des Speyerer Reichstages wieder zu kommen und sich als Bischof einführen zu lassen. Dann verließ er das Stift wieder, Oldecop erhielt den Befehl, ihm in drei Tagen nach Mainz zu folgen. Als derselbe dort ankam, fand er einen Brief, daß er ungesäumt nach Waltkirchen kommen solle. Daselbst blieb Oldecop mit seinem Herrn über Weihnachten, am 13. Januar 1529 gings über Schlettstadt und Hagenau nach Freiburg. Hier waren beide bei Erasmus von Rotterdam, mit dem Balthasar Merklin in Bologna studirt hatte, zu Gaste (S. 194). Dann gings nach Ravensburg, wo der Constanzer Bischof Hugo von Hohenlandenberg residirte, „de den commissarien unsen hern und postuleirten to Hildensem over dat stift to Cosnitz to einen sonen ok gekoren hadde“. Balthasar Merklin war also auch Domherr und Coadjutor von Constanz. Nachdem Oldecop einen Abstecher über den Bodensee nach der Bischofsstadt gemacht hatte, zog er mit seinem Herrn über Ueberlingen und Donaueschingen nach Speyer zum Reichstage. Hier stellten sich auch Gesandtschaften des

der Bischöfe zu Worms und Speyer: „Do wi an den Ryn kemen, do wart de sake twischen den bischoppen to Mentze, Bambergh, Wortzberg und churfürsten von Sachsen und lantgraven von Hessen vordragen und de bischoppe moste to hope eine tunnen goldes den twen wertlichen fursten geven, doch unvorschuldes. Jn den schaden forde se doctor Pack de arzedichter und logener“ (S. 160). Von Speyer sandte der kaiserliche Commissär seinen Kaplan nach Hildesheim mit Aufträgen an das Domkapitel, den Rath und den Drosten zu Steuerwald, der bischöflichen Residenz. „Als ich den Auftrag vollzogen, ritt ich nach Prag in Böhmen und fand da bei dem römischen Könige Ferdinando meinen gnädigen Herrn, den Postulirten“. (S. 160.) Ueber die Stadt Prag weiß Oldecop viel Gutes zu berichten, über die Kirchen sagt er: „Die Katholischen zieren ihre Kirchen mit allem Fleiße, die Hussiten noch viel schöner. Ich bin in einer Hussitenkirche gewesen, die war wohl so schön eingerichtet, als eine Domkirche sein mag“. Auf einem Altare dieser Kirche stand: „Hoc altare est consecratum ad honorem sanctorum Johannis Husso et Hieronymi de Prago martyrum“ (S. 161.).

Am 14. September zog Balthasar Merklin von Prag nach Weinmar zum Kurfürsten Hans Friedrich von Sachsen, dann nach Leipzig. Von da aus sandte er am 8. Oktober seinen Kaplan Oldecop mit zehn Pferden und vier Mauleseln nach Hildesheim, um die nothwendigen Vorkehrungen für seine Ankunft zu treffen. Bereits am 14. Oktober kam Oldecop vor Steuerwald, eine halbe Stunde vor Hildesheim, an und ward vom Drosten Henning Rauschenplat eingelassen. „Und deß waren die zu Hildesheim, geistlich und weltlich, hoch erfreut, und ich mit ihnen, meinten alle nun hebe für das Stift eine Zeit der Wohlfahrt an.“ Leider kam es anders, die Wahl Merklins erwies sich für Hildesheim als ein großes Unglück.

Am 1. November erhielt Oldecop briefliche Mittheilung

daß er seinen gnädigen Herrn aus Halberstadt „mit allen hensten und gude“ abholen sollte. Oldecop traf dort beim Electus den Dompropst Levin von Veltheim und zog mit ihm von Halberstadt nach Hornburg „dar de gemelte domprobst hus heilt“. Daselbst lagen sie drei Tage. Da Hornburg nahe der Gränze des Herzogthumes Braunschweig liegt, so sandte Herzog Heinrich d. J. hundert Pferde dem erwählten Bischofe entgegen und die Reise ging jetzt auf Wolfenbüttel zu. Da lagen sie vier Nächte und „an sunte Martens dage rende und stack scharp de furste up der borch mit einem siner edellude“ (S. 161). Der Fürst begleitete dann seinen Gast bis Braunschweig, wo ihn der Domdechant und einige älteren Mitglieder des Domkapitels empfingen, dann gings weiter über Steinbrück ins Stift Hildesheim. Das Reiseziel war Steuerwald. Der Erwählte blieb hier drei Tage und versprach dem Kapitel und Rath der Stadt nach Abhaltung des Speyerer Reichstages wieder zu kommen und sich als Bischof einführen zu lassen. Dann verließ er das Stift wieder, Oldecop erhielt den Befehl, ihm in drei Tagen nach Mainz zu folgen. Als derselbe dort ankam, fand er einen Brief, daß er ungesäumt nach Waltkirchen kommen solle. Daselbst blieb Oldecop mit seinem Herrn über Weihnachten, am 13. Januar 1529 gings über Schlettstadt und Hagenau nach Freiburg. Hier waren beide bei Erasmus von Rotterdam, mit dem Balthasar Merklin in Bologna studirt hatte, zu Gaste (S. 194). Dann gings nach Ravensburg, wo der Constanzer Bischof Hugo von Hohenlandenberg residirte, „de den commissarien unsen hern und postuleirten to Hildensem over dat stift to Cosnitz to einen sonen ok gekoren hadde“. Balthasar Merklin war also auch Domherr und Coadjutor von Constanz. Nachdem Oldecop einen Abstecher über den Bodensee nach der Bischofsstadt gemacht hatte, zog er mit seinem Herrn über Ueberlingen und Donaueschingen nach Speyer zum Reichstage. Hier stellten sich auch Gesandtschaften des

Rathes und Domkapitels zu Hildesheim ein mit der Bitte an den Erwählten, doch in das Stift baldigst zurückzukehren. Nach langen scharfen Wortgefechten, an denen Oldecop sich sehr betheiligte, schickte endlich Balthasar Merklin Oldecop mit einem Schreiben an das Domkapitel nach Hildesheim, während der Hildesheim'sche Stadtsekretär ein Schreiben an den Rath erhielt, um alles zur Ankunft des neuen Bischofs vorzubereiten; gekommen ist indeß Balthasar Merklin nie wieder nach Hildesheim. Die Kaiserkrönung führte Oldecop wieder 1529 im September zu seinem Herrn nach Italien, wo er Florenz besuchte und in Bologna der feierlichen Krönung beiwohnte. Balthasar Merklin starb am 28. Mai 1531 zu Trier, ohne die Bischofsweihe empfangen und sich um das Bisthum Hildesheim weiter gekümmert zu haben. Die Hildesheimer Bischofschronik (bei Leibniz SS. rerum Brunsvic. II, 805) macht ihm mit Recht bittere Vorwürfe. Oldecop berichtet nichts über das letzte Lebensende und den Tod Merklins.

Oldecop, der hiermit die Stellung eines bischöflichen Kaplans und Reisebegleiters verloren hatte, war bereits im März 1528 in das Collegialkapitel zum hl. Kreuze in Hildesheim aufgenommen, indem er ein Subdiakonats-Canonikat erhalten hatte. Dieses Stift, in welchem er bis zu seinem Lebensende verblieb, war vom Bischofe Hezilo († 1079) gegründet, welcher auch nach dem Dombrande die gegenwärtige Hildesheimsche Domkirche erbaute und unter den Bischöfen Hildesheims einen ehrenvollen Platz einnimmt.[1]) Außer dem Dommünster und Kreuzstifte erbaute derselbe noch die Kirche auf dem Moritzberge dicht bei Hildesheim, mit welcher er ebenfalls ein Collegiatstift verband. Hezilo's Baumeister war der damalige Domscholaster Benno, welcher zunächst in Hildesheim die Dompropstei, dann in Osnabrück die bischöfliche Würde erhielt. Benno stammte aus Schwaben.

1) Vgl. Freiburger Kirchenlexikon. V 2076.

Das Kreuzstift war in der zweiten Curie der Landstände, in der Curie der sieben Stifte, das erste und hatte neben dem Propste sechzehn Canonikate. Von den Canonikern waren der Dechant, Scholaster und Thesaurar noch Dignitäre, der Dechant war auch zugleich Pfarrer der Stiftskirche. Das Stift hatte sich von Anfang an einer besondern Zuneigung der Herzöge von Braunschweig zu erfreuen, gerade zur Zeit der sogenannten Reformation hatte dasselbe zwei Pröpste aus braunschweigischem Hause, 1534 Herzog Georg und 1559 Eitel Heinrich von Kirchberg, einen natürlichen Sohn Heinrichs d. J. Oldecop wurde also 1528 Canonikus, 1538 Stiftsscholaster und 1549 Dekan des Kreuzstiftes.

Seit dem Tode Merklins blieb er dauernd in Hildesheim und oblag seinen Pflichten als Canonikus und Dechant. Als im Jahre 1544 — zwei Jahre früher hatte der Rath das „lautere Evangelium“ angenommen — die Kirchen Hildesheims für den katholischen Cult geschlossen wurden, ging Oldecop zum Reichstag nach Speyer „mine hern und susten gude bekande gesellen an des kaisers hoffe einmal besoken wolle“. Am 13. März kam er daselbst an. Zehn Jahre später suchte er mit andern Prälaten den Streit zwischen dem Domkapitel und dem zum Fürstbischof erwählten Friedrich von Holstein zu schlichten. Als Dechant zum hl. Kreuze hatte Oldecop eine der angesehensten Stellungen in Hildesheim, weßhalb es bei seinem Charakter und Wissen natürlich war, daß er seine Stellung auch zu einer einflußreichen gestaltete. Namentlich der Bischof Burchard von Oberg (1557 bis 1573) bediente sich wiederholt seines Rathes. Oldecop starb am 9. Januar 1574, sein Grab, welches er in der Kreuzkirche fand, ist unbekannt. Eine Erinnerung an ihn ist noch das Haus im Kläperhagen zu Hildesheim, welches er sich 1549 erbaute und in welchem er bis zu seinem Tode gewohnt hat.

Oldecop hat uns nun über seine Zeit eine Chronik geschrieben, welche mit dem Jahre 1500 beginnend bis 1573

reicht. Zunächst berücksichtigt er Hildesheim und speciell sein Stift, sodann macht er aber auch Mittheilungen über allgemein wichtige Vorkommnisse. Diese letzteren Aufzeichnungen sind theils selbst erlebte Dinge, theils schöpft er sie aus brieflichen Mittheilungen. Als er seinen dauernden Aufenthalt in Hildesheim genommen hatte, suchte er sich durch einen ausgedehnten Briefwechsel zu unterrichten. Ueber Kriegszüge und Schlachten berichtet Oldecop vielfach nach mündlichen Erzählungen von Theilnehmern. Im Jahre 1561 begann er die Redaktion der einzelnen Theile seiner Aufzeichnungen, zwei Jahre später schrieb er eine Art von Vorrede zu seinem nun 63 Jahre umfassenden Werke; Nachträge sind später noch zu einzelnen Jahren gemacht, die Berichte der letzten Jahre sind theilweise nicht mehr hinreichend geordnet und werden namentlich zum Schluß sehr spärlich. Seine letzten Mittheilungen beziehen sich auf die Wahl des Herzogs Ernst von Bayern zum Fürstbischof von Hildesheim. Oldecop meldet, wie die Domherren Blecker und Gebhard von Bothmer zweimal deßhalb nach Bayern ritten, wie sie den Erwählten in München zu sehen bekamen, und mit goldenen Ketten und seidenen Kleidern beschenkt wurden. Am 4. Oktober kamen 12 Pferde und ein Kammerwagen von München nach Steuerwald, „statlige twe olde menner und twe andere drefliche adelsparsonen, rede des hern bischoppes“. Am 6. Oktober kamen die Räthe nach Hildesheim vor das Domkapitel. Das sind die letzten Mittheilungen. Der mehr als achtzigjährige Greis konnte wegen zunehmender Körperschwäche nicht mehr weiterschreiben.

Aus dem Gesagten läßt sich schon erkennen, daß wir in Oldecop einen Chronisten besitzen, dessen Werk von nicht geringem Werth für die damalige Zeit ist. „Seine Annalen können auf den Namen eines Geschichtswerkes Anspruch machen“.[1]) Daß er neben der Lokalgeschichte die allgemeine

1) Lüntzel, Annahme des evangel. Glaubensbekenntnisses, S. XII.

Geschichte nicht vernachlässigte, brachte seine Stellung als Kaplan des Vicekanzlers Karls V., Balthasar Merklin, seine Reise nach Spanien und zu allen deutschen Höfen, sein fünfjähriger Aufenthalt in Italien und seine Stellung im politischen Leben der damaligen Zeit mit sich. Oldecop war ein wissenschaftlich gebildeter Mann, von nüchternem Urtheile und großer Wahrheitsliebe.

Besonders werthvoll ist die Chronik für die Geschichte des Stiftes und der Stadt Hildesheim zur Zeit der Glaubensspaltung. Oldecop behandelt indeß hauptsächlich die politische und äußere Geschichte, wie es sein Bildungsgang und seine lange Beschäftigung mit dem politischen Leben mit sich brachten. Die unheilvolle Stiftsfehde, die Arbeiten der Bischöfe, um ihr verlorenes Land wieder zu gewinnen, die Stellung des Domkapitels zum Bischofe, die Schädigung des Vermögens und der Rechte der Stifte und Klöster, das Verhalten des Stadtmagistrates gegen den Bischof und die katholische Sache, die Thätigkeit des Herzogs Heinrich des Jüngeren und ähnliche Dinge beleuchtet Oldecop aus eigener Anschauung, aus Selbstmiterlebtem. Die Kirchengeschichte der Diöcese dagegen wird bei Oldecop nur wenig Ausbeute finden. Schmerzlich vermißt man bei ihm ein Eingehen auf die innere religiöse Lage des Bisthums. Wie war es möglich, daß ein Land, in welchem der katholische Glaube Jahrhunderte lang so herrlich geblüht hatte, ein Land, in welchem erst kurz vorher durch Johannes Busch eine so durchgreifende Reform der Klöster stattgefunden hatte, in welchem die berühmte Bursfelder Congregation für die Benediktiner ihren Ursprung genommen und weite Verbreitung gefunden hatte, ein Land, welches fast kein Dorf ohne Pfarrkirche und Pfarrer besaß, ein Land so voll Klöster und Klerus, so vollständig dem Lutherthum anheimfiel? Hat der Klerus gar nichts gethan, um das Volk im katholischen Glauben zu festigen? Im Jahre 1539 hielt der Bischof Valentin zu Hildesheim eine Diöcesansynode, man

sucht bei Oldecop vergeblich nur nach der Erwähnung derselben, geschweige, daß er eine eingehendere Beschreibung derselben uns böte. Wie der Kirchenbesuch, die Anhörung des Wortes Gottes, der Empfang der Sakramente, kurz das religiöse Leben um diese Zeit in der Stadt Hildesheim war, kann man bei Oldecop leider nicht ersehen. Auch nach der Stiftsfehde behielt der Bischof immer noch das sogenannte kleine Stift, die drei Aemter Steuerwald, Marienburg und Peine, sowie die Dompropstei; die Aemter des Stiftes, welche an Braunschweig-Wolfenbüttel gefallen waren, standen bis 1568 unter einem katholischen Fürsten, dem Herzoge Heinrich dem Jüngeren. Ganz zufällig erfahren wir aus Oldecop, daß in den Dörfern Woltwische, Bierbergen und Adlum 1559 und 1560 protestantische Prediger als Pfarrer wirken. Die ersteren beiden standen im Patronate des Klosters Lamspringe und des Moritzstiftes bei Hildesheim, im letzteren Dorfe hatte der Bischof die freie Besetzung der Stelle. Danach muß doch vieles sehr faul gewesen sein.

Oldecops Chronik nimmt endlich auch als literarisches Denkmal schlechthin in ihrer Zeit eine ausgezeichnete Stelle ein. Wir treffen in ihr ausgiebige Erzählung und wirkliche Darstellung. Die Stiftsfehde ist fast ein besonderes Werk im kleinen Maßstabe. „Das Frische der eigenen Erlebnisse und augenblicklichen Eindrücke wie die naivere und anschaulichere Ausdrucksweise machen Oldecops Erzählung anziehend“, sagt Lüntzel von der Schilderung der Stiftsfehde. Im Ganzen nimmt Oldecops Werk zwischen den chronikalischen Arbeiten der älteren Zeit und den Selbstbiographien des 16. Jahrhunderts eine Mittelstellung ein. Freilich ist der gelehrte norddeutsche Verfasser nüchterner und ernster als ein Thomas Platter oder auch als die Zimmern'sche Chronik, aber darum doch nicht weniger wahr und ansprechend, um so mehr, da Oldecop oft seinen behaglich trockenen Humor spielen läßt. Auch gleichgültigere Gegenstände belebt er durch individuelle Züge, er versteht es in

wenigen Worten zu schildern. Manches, wie die Geschichte des Benediktus Schriver oder der Mörderhöhle zur Ziegelscheue ist von novellenmäßiger Abrundung. Der Hexenproceß der Wunstedtsche hat von Seifart (Sagen, Märchen, Schwänke und Gebräuche aus Stadt und Stift Hildesheim I, 195) das Lob erhalten, daß darin fast alles, was sich von abergläubischen Vorstellungen über Hexen und ihren Verkehr mit dem Teufel findet, im engen Rahmen eines kleinen aber deutlichen und lebendigen Bildes zusammengefaßt ist. Oldecops Darstellung der Belagerung Peines gehört zu den besten Proben mittelniederdeutscher Prosa. Seine Sprache ist die mittelniederdeutsche, wie sie in Hildesheim sich entwickelt hatte, jedoch in unwesentlichen Einzelheiten von hochdeutschen Einflüssen nicht ganz frei.

Euling hat durch die Herausgabe von Oldecops Chronik eine historische Quelle von bedeutendem Werthe allgemein zugänglich gemacht. Er hat sich seiner Aufgabe mit Geschick und Fleiß unterzogen und wir können in das Lob, welches alle Recensenten ihm und seiner Arbeit zugesprochen haben, nur zustimmen. Euling hat dann noch einen kleinen unbedeutenden Auszug aus Oldecops Chronik in hochdeutscher Sprache erscheinen lassen (Hildesheim bei Borgmeyer), der allerdings nicht unbedingt empfohlen werden kann.

Wolfenbüttel. K. Grube.

XL.

Zum Fortgang der englischen Socialreform.[1])

Wohl kein Land hat in diesem Jahrhundert größere Philanthropen aufzuweisen als England, wohl nirgends haben die Erfolge in demselben Maße den Mühen und Anstrengungen entsprochen. Wer die Fabrik- und Arbeiterbevölkerung unserer Tage neben die Arbeiter vor fünfzig Jahren stellt, wird sofort den Unterschied bemerken. Der Arbeiter und seine Kinder sind nicht nur besser gekleidet, besser genährt, sondern auch besser unterrichtet. Der feige, sklavische Sinn, die verächtliche Unterwürfigkeit sind gewichen; die Arbeiter und Pächter bilden sich ihre eigenen Ansichten über politische und religiöse Fragen und lassen sich weder ihre Religion noch ihre Politik von dem Großgrundbesitzer oder Arbeitgeber vorschreiben. Die Arbeiter fühlen mehr und mehr das Bedürfniß, nicht nur die körperlichen, sondern auch die geistigen Fähigkeiten zu entwickeln, ihren Geist durch Lesen und das Erwerben nützlicher Kenntnisse zu bilden. (Vergleiche unsere Aufsätze in diesen Blättern 1892 II. p. 153, 314, 629.)

Die Klassen, welche früher jede freie Regung des Volkes mit Mißtrauen betrachtet, unter jedem Philanthropen einen

---

1) Runciman James, Points in our Social Armour. London, Hodder etc. 1890.

Revolutionär witterten, sind zum Theil von ihren Vorurtheilen zurückgekommen und unterstützen die Freunde der Arbeiterbevölkerung durch reiche Schenkungen, durch Wort und Beispiel. Wenn trotz alledem die Arbeiterklasse, ja die ganze englische Gesellschaft an großen, fast unheilbaren Uebeln krankt, so liegt der tiefere Grund hiefür in dem Mangel an der richtigen Erkenntniß und der Verkennung der socialen Verpflichtungen, die jedem sein Stand auferlegt. England ist das klassische Land der freien Concurrenz, des laisser faire, des Gewährenlassens. Hier ist sich jeder selbst der Nächste, hier in dem Kampf ums Dasein, in der Kunst reich zu werden, findet man keine Zeit, seine eigenen oder fremde Thaten streng zu prüfen, wählerisch in den Mitteln zu sein, welche zu Besitz und Genuß führen. In unserer modernen Gesellschaft sind die Fragen über Recht und Unrecht so complicirt, daß auch gewissenhafte Männer fehlgehen.

Ein Krebsschaden Englands ist offenbar das Gründerthum, besonders die ungeheure Vermehrung von Fabriken und Waarenlagern. So sehr man über Stockung von Handel und Gewerbe klagt, so zahlreiche Fabriken auch leer stehen, so baut man doch beständig neue Fabriken. In einigen wenigen Fällen bietet die Lage der neuen Fabrik Vortheile, welche die alten Fabriken nicht haben, in den meisten Fällen wissen die Gründer zum voraus, daß die Fabrik nicht bestehen kann, daß alle, welche Aktien genommen, ihr Geld verlieren werden. Das hindert jedoch den Großgrundbesitzer nicht, einen Bauplatz an die Gründer zu verkaufen, ebenso wenig trägt ein Börsenmann Bedenken, Aktien zu nehmen, um die Mittelklasse oder den Arbeiter anzulocken, und dieselben dann heimlich wieder zu verkaufen. Die Anzeige in der Zeitung, daß die Fabrik fallirt, daß Hunderte von Arbeitern und Kleinhändlern alle ihre Ersparnisse verloren und an den Bettelstab gebracht worden sind, läßt den Großgrundbesitzer, die Gründer und die Börsenmänner kalt;

von einer Anwandlung der Reue, einem festen Vorsatze, sich in so schmutzige Geschäfte nicht wieder einzulassen, kann nicht die Rede sein. Diese Herren haben kein Gewissen.

Noch verderblicher ist der Einfluß der großen Bierbrauer, welche alle Wirthshäuser in der Nähe ihrer Brauereien angekauft haben und die Wirthe zu Pächtern oder einfachen Verwaltern herabwürdigen. Bei der Wahl der Wirthe sehen die Brauer hauptsächlich darauf, daß der Wirth Kunden anzieht, viel Getränke ausschenkt, den äußeren Schein wahrt und gut steht mit der Polizei, vor allem aber, daß er pünktlich für das ihm gelieferte Bier und anderes Getränke Zahlung leistet. Wenn er in allen diesen Punkten befriedigt, dann mag er thun, was ihm beliebt. Er kann dem angetrunkenen Gaste ein abscheuliches Gebräu vorsetzen, er kann den Ueberschuß in die eigene Tasche stecken, er kann Freudenmädchen in das Wirthshaus aufnehmen, er darf junge Leute anlocken, er kann das Wirthshaus zu einer wahren Hölle machen; der Eigenthümer schreitet nicht ein, er ist im Gegentheil ganz zufrieden, daß sein Geschäft florirt, ja benützt sogar seinen Einfluß, um eine Untersuchung und Bestrafung der Mißbräuche zu verhindern. Hier nur ein Beispiel. Seit Jahren hatten sich die Gutgesinnten in Liverpool beklagt über das furchtbare Sittenverderbniß der Stadt, das durch die Wirthshäuser genährt und groß gezogen wurde. Die Wirthe hatten seit Jahren die Verbreitung der moralischen Fäulniß unter den besseren Ständen systematisch betrieben; es war ein offenes Geheimniß, daß in einer späten Abendstunde ganze Rudel wohlgekleideter Mädchen sich in die größeren Wirthshäuser drängten und dieselben einige Stunden später in Begleitung betrunkener junger Leute verließen. Manche Nachbarn wurden durch das Gejohl und Gebrüll der Heimkehrenden aufgeweckt, wer zufällig über die Straße ging, sah Dinge, von denen sich der Geist mit Schauder abwendet, nur die Polizei sah nichts und wollte nichts sehen. Der Commissär war zu abhängig von dem Stadt-

rathe, im Stadtrathe aber waren die Bierbrauer und ihre Freunde viel zu mächtig, als daß ein Reformvorschlag hätte durchdringen können. Erst die allgemeine Entrüstung des Publikums zwang den Stadtrath, einzuschreiten.

Ein Amerikaner, den Runciman citirt S. 63, sagt: „Der Saloon richtet die Männer Amerikas zu Grunde und die schauderhafte Pest der Selbstsucht, Brutalität verbreitet sich mit grausamer Geschwindigkeit. Wir haben für die Abschaffung der Sklaverei Millionen von Menschen geopfert, aber wir haben ein krebsartiges Geschwür, das weit schlimmere Verheerungen anrichtet, und das wir ausschneiden müssen, sollte es auch zur Abschaffung aller geistigen Getränke und zum Bürgerkrieg kommen."

Auch in England werden ähnliche Stimmen laut, auch in England verlangt man Unterdrückung der mit den Branntweinpalästen (Gin palaces) verbundenen Mißbräuche, aber bis jetzt ist es noch immer gelungen, die öffentliche Aufmerksamkeit von den schreienden Uebeln abzulenken, die Klagen der Temperenzler, die freilich in ihrem Eifer vielfach übertreiben, als ungegründet zurückzuweisen. Wenn man, so sagen die Vertheidiger der Wirthe, jede Gelegenheit zur Sünde verbieten, wenn man Unmäßigkeit, Zügellosigkeit unmöglich machen will, dann beraubt man den Menschen seiner Freiheit und des Rechts der Selbstbestimmung, dann darf man nicht beim Schließen der Wirthshäuser stehen bleiben, dann muß man nach Art der Puritaner jedes auch noch so unschuldige Vergnügen verbieten. Die Bierbrauer und die von ihnen abhängigen Wirthe wählen in der Regel conservativ und werden deshalb von den Conservativen aus politischen Gründen in Schutz genommen. Diese suchen ihr Gewissen damit zu beschwichtigen, daß die Wirthshäuser ein nothwendiges Uebel seien, daß das Laster der Trunksucht durch äußere Zwangsmittel nicht ausgerottet werden könne. Sie vergessen, daß es die Pflicht der Regierung ist, die Unerfahrenen, die Schwachen zu schützen, die Versucher, welche

aus dem sittlichen Ruin so vieler jungen Leute pekuniäre Vortheile ziehen, in Schranken zu halten. Da der Staat der Kirche das Recht, dem Laster durch äußere Strafmittel zu steuern, entzogen hat, muß er selbst gegen das Laster einschreiten.

Das Wirthshaussitzen hat sich bei den englischen Mittelklassen noch nicht lange eingebürgert. Nachdem die Arbeit vorüber, begaben sich die Geschäftsleute, die meist in den Vorstädten oder benachbarten Dörfern wohnen, nach Hause und brachten den Abend im Kreise der Familie zu. In jüngster Zeit ziehen die Familienväter sowohl als unverheirathete Geschäftsleute es vor, ihre Abende in den Clubs zuzubringen, das Theater oder Concerte zu besuchen und erst mit einem späten Eisenbahnzuge nach Hause zurückzukehren. Die englischen Getränke sind weit stärker und berauschender als unsere deutschen, der Engländer kann nicht wie der deutsche Spießbürger vor einem halbleeren oder leeren Glase sitzen und trinkt, wenn er lange im Wirthshaus bleibt, weit mehr als der Deutsche. Wahre Fröhlichkeit herrscht in diesen Clubs nur selten, interessante Unterhaltungen liebt man nicht, man gefällt sich in Zoten, zweideutigen Redensarten, Erzählung von Liebesabenteuern ꝛc. Leute, die eine bessere Erziehung erhalten und in besseren Kreisen sich bewegen, unterscheiden sich hierin wenig von den Rohen und Ungebildeten.

Der berühmte Maler Turner und der als Novellist bekannte Lord Litton pflegten von Zeit zu Zeit die gemeinsten Schenken Londons zu besuchen, mit den ärgsten Säufern zu verkehren und dann, nachdem sie sich in dem Schmutz der gemeinsten Lüste gewälzt, zu ihrer gewöhnten Beschäftigung zurückzukehren und sich wieder anständig zu betragen. Es gibt nicht viele, welche sich in dem Maße in das moralische Schmutzbad stürzen, aber die Zahl derer, welche auf einmal alle Arbeit liegen lassen, Tage, Wochen lang trinken und nie nüchtern werden, ist leider nicht gering. Nach einiger

Zeit gelingt es ihnen, sich loszureißen, die alte Arbeit wieder aufzunehmen; plötzlich zieht es sie wieder mit unwiderstehlicher Gewalt in den Wirbel hinein, und sie ruhen nicht eher, bis sie ihre Gesundheit untergraben, ihre Stellung verloren, Geld und Gut eingebüßt haben.

Die jungen Leute werden oft von der Trunksucht dahingerafft. Von alten Säufern zum Trinken verleitet, betrachten sie es als einen Ehrenpunkt, recht viele geistige Getränke zu sich zu nehmen, es den alten Säufern gleich zu thun. Sie gehen berauscht zu Bett und morgens nach dem Aufstehen schlingen sie drei bis vier Glas Branntwein hinab, ja sogar sechs; dann kommt der Champagner an die Reihe. Jedes Getränk, das sie ernüchtern könnte, wird zurückgewiesen; um die Anzeichen des delirium tremens kümmert man sich nicht. Die jungen Leute beschreiben das Zittern und Zucken der Glieder mit großem Humor, sie suchen die Sprünge oder sprunghaften Gefühle, dies ist der Name, welchen sie dem delirium tremens geben, durch starke Getränke zu erhöhen, bis sich gänzliche Erschöpfung aller Kräfte und ein jäher Tod einstellt. Man kann die Saufkumpane den ganzen Vorgang mit der größten Ruhe erzählen hören; nur von Zeit zu Zeit unterbricht er seine Erzählung durch Kichern. Weder er noch der Wirth scheinen eine Ahnung zu haben, daß sie verantwortlich seien für den frühzeitigen Tod ihres Opfers. Nicht alle erliegen der Trunksucht, die meisten der jungen Leute, welche sich ans Wirthshausgehen gewöhnt haben, verbreiten sittliche Fäulniß in der eigenen Familie, unter Freunden und Bekannten. Die Trunksucht und die Unkeuschheit sind unzertrennliche Geschwister. Wenn auch die Regeln des Anstandes öffentlich nicht verletzt werden, so finden diese jungen Leute nur zu viele Gelegenheiten, ihren schlimmen Lüsten zu fröhnen. Das Sittlichkeitsgefühl ist, was immer gewisse Schönheitsfärber auch sagen mögen, weder bei den mittleren noch den niederen Klassen entwickelt (von den Katholiken und den

aristokratischen Kreisen sehen wir ab). Die protestantischen Prediger betonen die Nothwendigkeit und Erhabenheit eines sittenreinen Lebens viel zu wenig, und so bilden sich manche ein, unzüchtige Worte, ja manche unkeusche Handlungen seien unverfänglich. Durch diese jungen Säufer werden die Unkeuschheit, die Trunksucht in früher ganz reine Familien getragen und selbst die Frauen werden durch das schlechte Beispiel angesteckt.

Einer der größten Mißbräuche ist der Wirthshausbesuch von Frauen und Mädchen, der zu Unsittlichkeiten aller Art führt. Neben den Wirthen, welche auf Ordnung und Zucht halten, und Frauenzimmer von verdächtigem Ruf ausweisen, gibt es viele, welche Gäste anlocken durch die in ihren Wirthshäusern geduldete Zügellosigkeit. Die dem Weibe angeborne Scheu und Zurückhaltung geht durch den Umgang mit lockeren Gesellen bald verloren und macht einer ganz unweiblichen Frechheit und Zudringlichkeit Platz. Wenn die Mädchen und Frauen betrunken sind, dann tauschen dieselben ihre Rollen mit den Männern, und spielen nicht die Rolle der Verführten, sondern der Verführer.

Bei den niedern Klassen findet man es kaum unanständig, daß junge Mädchen mit ihren Liebhabern im Wirthshaus sitzen, daß verheirathete Frauen mit Bekannten ins Wirthshaus gehen, daß sie während der Abwesenheit ihrer Männer Besuche von andern Männern annehmen, auch von solchen, deren Ruf nicht der beste ist. Die Folgen bleiben nicht aus. Männer verlassen ihre Frauen, Frauen ihre Männer und leben mit denselben im Ehebruch. So leicht auch die Ehescheidungen sind, so halten es viele nicht einmal der Mühe werth, beim Gerichtshofe auf eine Scheidung anzutragen.

Die Trunksucht, der freie Verkehr des Geschlechtes im Wirthshaus, ist wohl der Hauptgrund für die Zunahme der wilden Ehen. Bisweilen findet die Frau, die mäßig und nüchtern ist, das Zusammenleben mit einem Trunkenbold

unerträglich und geht eine Verbindung mit einem anderen Manne ein, bisweilen verläßt der Mann seine trunksüchtige Frau, an deren Besserung er verzweifelt; in beiden Fällen ist das Wirthshaus die letzte Ursache der Trennung von Mann und Frau. Die zweite Wahl ist vielleicht gerade so unglücklich als die erste; beide finden sich enttäuscht und tragen kein Bedenken, die unheilige Verbindung wieder aufzulösen. Von einer Erziehung der Kinder, Anleitung zur Uebung christlicher Tugenden kann in sochen Familien nicht die Rede sein. Die Kinder erfahren nur zu bald das wahre Verhältniß von Vater und Mutter zu einander, sie hören, wie ihre Eltern sich zanken und in der Aufregung einander der schwersten Vergehen bezichtigen. Es wäre unbillig, die Wirthe und Wirthshäuser verantwortlich zu machen für die Zerrüttung des Familienlebens, für das Niederwerfen der Schranken, welche die Sitte und der Anstand aufgerichtet, denn der Anglikanismus und die verschiedenen Sekten müssen einen Theil der Verantwortung übernehmen. Die einseitige Betonung des Glaubens und der Heilsgewißheit, die Verwerfung der guten Werke, die Lehre, daß, wer einmal bekehrt sei, die Gnade nie wieder verlieren könne, haben das sittliche Gefühl bei den Massen abgestumpft. Die Prediger suchen nur selten das Gewissen ihrer Zuhörer zu schärfen, die Nothwendigkeit der Abtödtung und Selbstverleugnung zu betonen, solche Lehren haben in ihren Augen einen papistischen Nachgeschmack und dürfen deßhalb nicht vorgetragen werden. Während die Prediger der verschiedenen Sekten ein diskretes Stillschweigen beobachten, feiern die Herolde des weltlichen Evangeliums nicht, und predigen die Emancipation des Fleisches in Flugschriften und Tagesblättern in Lied und Bild. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die überall ausgestreute Saat aufgeht und emporschießt.

„Ein weiterer Uebelstand sind die bei englischen Pferderennen üblichen Wetten und die mit den Wetten verbundenen

Betrügereien. Pferderennen sind an und für sich unschuldige Vergnügungen; das übertriebene sinnlose Wetten macht jedoch diese Wettrennen zu einem Krebsschaden der modernen Gesellschaft." Statt, wie vernünftige Menschen die Schönheit der Pferde und ihre Geschwindigkeit zu bewundern, grübelt und rechnet man nach, welches der Pferde den Preis davon tragen werde, und wettet eine bestimmte Summe. Es sind jedoch nicht bloß die Zuschauer, welche wetten, nicht bloß die Pferdezüchter und Besitzer von Stutereien, sondern Leute, welche keines der Pferde je zu Gesichte bekommen haben oder je sehen werden. Der Verfertiger der Listen (bookmaker) stellt sich bei solchen Leuten ein, trägt ihre Namen ein, und notirt die Summe, welche sie auf Pferde setzen. Das Wetten auf ein Pferd unterscheidet sich wenig vom Setzen in eine Lotterie, der Unterschied besteht einfach darin, daß im ersteren Fall der Betrug weit häufiger ist, als im letzteren. Eigenthümer von Pferden, gewissenlose Verfertiger der Listen, Gauner, welche sich auf Kosten des Arglosen und Einfältigen bereichern, können alle Berechnungen der Wettenden zu nichte machen. Sie bestechen den Jockey (Reitknecht), daß er sein Pferd, das sonst den Preis gewinnen würde, zurückhält; sie fügen dem Vollblutpferde kurz vor oder während des Wettlaufs irgend einen Schaden zu, oder sie setzen absichtlich die Eigenschaften eines trefflichen Pferdes herab, um die Leute sicher zu machen, daß ein anderes Pferd den Preis gewinnen werde, oder sie beschwatzen ihre Kunden, Geld auf ein Pferd zu setzen, das nie und nimmer den Preis gewinnen wird.

Kohlengräber, Schneider und andere Handwerker, Ladendiener und Ladenmädchen, Mägde, kurz alle Klassen setzen Geld auf Pferde auf's Gerathewohl hin, und schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß das Glück sie begünstigen werde. Wie es bei Hazardspielern zu geschehen pflegt, so macht auch hier das Unglück nicht weise, denn Jedermann bildet sich ein, das Glücksrad müßte auch ihm endlich etwas be-

scheeren. All ihr Sinnen und Denken geht auf das Pferderennen, ihr Gespräch dreht sich um diesen Gegenstand, der Geist ist in beständiger Aufregung und schwebt zwischen Furcht und Hoffnung. In vielen Fällen vernachlässigen diese Leute ihre Arbeit, oder verrichten dieselbe auf ganz mechanische Weise. Das Geschäft geht zurück, das Spiel hat nach und nach alle Ersparnisse verschlungen: in der Erwartung großen Glückes im Spiel hat man größere Auslagen gemacht als früher, Schulden contrahirt, die man nicht zahlen kann. Was liegt näher als weiter zu spielen, gleich den Uebrigen durch Lug und Betrug den Lebensunterhalt gewinnen, d. h. Spieler von Profession zu werden? Die Arbeitsscheu, die bittere Noth läßt diese unglücklichen Opfer der Spielwuth alle Gewissensbedenken niederschlagen, aus Verführten werden Verführer, wie sie von andern betrogen worden, so betrügen sie selbst. Die englische Nation steht im Rufe der Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, die Spieler bei Pferderennen haben keinen Anspruch auf diesen Ruf, ebensowenig die niederen Klassen, welche abgefeimte Schurken zu bewundern pflegen, die Eisenbahngesellschaften, Fabrikherren geprellt haben. Reiche Leute zu betrügen, gilt dieser Klasse kaum als Schande. Sie legt nur dann Unwillen an den Tag, wenn die Armen unter dieser Betrügerei zu leiden haben. Der Spieler von Profession, der einen großen Staat führt, große Auslagen macht, wird nicht etwa verachtet und gemieden, sondern bewundert und geehrt. Ueber der Bewunderung der Schlauheit und des Glückes des Spielers vergißt man das Unrecht, das er begeht.

Die besonderen Lieblinge des hohen und niederen Pöbels, der feinen Damen und der hohen Herren sind die Reitknechte. Wo sie sich zeigen, werden sie mit stürmischem Beifall empfangen, überall sieht man ihre Porträte; kein englischer Staatsmann, Gladstone ausgenommen, wird so gefeiert, kein noch so verdienter Offizier kann sich gleicher Anerkennung

rühmen Diese Reitknechte besitzen weder geistige noch körperliche Vorzüge; aber sie spielen eine Rolle bei den Wettrennen, sie verstehen es, die Pferde zur Eile anzuspornen, Siege über ihre Rivalen zu erringen; zur Wohlfahrt der Nation, zur Hebung der Sittlichkeit tragen sie nichts bei, sind im Gegentheil die Ursache bitteren Elendes für manche. In der Atmosphäre, in der sie sich bewegen, ist es schwer, ehrlich zu bleiben. Sie sind umlagert von einer Menge reicher Männer, welche bereit sind, fabelhafte Summen auf Bestechung der Reitknechte zu verwenden, wenn sie dadurch ihren Gegner besiegen können, von Agenten und Unterhändlern, welche jeden Aufschluß über einzelne Pferde und ihre Eigenschaften reichlich bezahlen. Die Jockeys, von denen manche Einkommensteuer für 10,000 Pfd. jährlicher Einkünfte bezahlen, erscheinen nicht länger als demüthige Diener, mit der Kappe in der Hand vor ihren Herren, sondern behandeln die hohen Herrn, als wären sie Diener. „Die kleinen Männchen, sagt Runciman S. 177, haben sich nach und nach feine Manieren angeeignet, und einige können allenfalls als Taschenausgaben eines Gentleman gelten, aber der Stallgeruch bleibt, und ob der Jockey ein Schurke oder ziemlich ehrlich ist, er bleibt bis zum Ende ein Stallbube. Ungefähr die Hälfte der bei Pferderennen vorkommenden Mißbräuche schreiben sich auf Rechnung dieser zu hoch bezahlten und verwöhnten Bedienten, die sich bestechen lassen."

Der Ring, d. h. die Spieler von Profession verstehen es trefflich, jeden Neuling bis auf's Hemd auszuziehen. Sie gehen von dem Grundsatze aus: „Ueberliste den Nachbar; spiele das Spiel äußerlich nach den Regeln. Wenn deine Berechnungen sich als falsch erwiesen, dann zahle pünktlich, aber sorge dafür, daß du selten in deinen Berechnungen fehlgehst. Zahle jeden auch noch so hohen Preis für Aufschlüsse, welche dir einen Vortheil über deine Gegner verschaffen. Halte, wo möglich, ehrliche Agenten, wenn du jedoch unter drückenden Umständen unehrlicher Agenten dich

bedienen mußt, dann laß dich nicht ertappen." In der That irren sich diese Herren sehr selten, so sehr der äußere Anschein gegen sie ist, denn das Pferd, welchem sie den Vorzug geben, gewinnt fast immer, während das Pferd, auf welches das Publikum Geld gesetzt hat, verliert. Wie es zugegangen, daß ein ausgezeichnetes Pferd, das früher viele Preise gewonnen, auf einmal im Wettlauf zusammenbricht, erregt wohl für den Augenblick Verwunderung und führt zu Klagen über Betrügerei; aber die Klagen verstummen bald, weil das Publikum viel zu sehr für die Jockeys eingenommen ist und ihnen kein Leid zufügen will. Die Regierung sollte nicht zuwarten, bis die öffentliche Meinung gebieterisch die Schließung der Wirthshäuser und die Abstellung der mit den Wettrennen verbundenen Mißbräuche verlangt, sondern die Initiative ergreifen und Wirthe und Spieler von Profession einer strengen Controle unterwerfen.

Ob das alte England den Namen „fröhliches England" wirklich verdient, ob man dasselbe nicht richtiger als „verrücktes England" bezeichnet hätte, wie Runciman (S. 306) behauptet, lassen wir dahingestellt, jedenfalls waren die Puritaner des 16. und 17. Jahrhunderts nicht so ganz im Unrecht, wenn sie gegen die wilden Orgien eiferten, an denen das Volk Gefallen fand. Daß das Volk seitdem keine großen Fortschritte gemacht, ersieht man aus der Beschreibung des Derby-Tages bei Runciman S. 307—14: „Die Raubthiere", sagt derselbe, „kommen aus ihren Höhlen, die einfachsten Regeln des Anstandes werden vergessen, ordnungsliebende Bürger müssen zusehen, wie man am hellen Tage Raub und Gewaltthaten begeht. Es kommt vor, daß organisirte Diebesbanden mit brutaler Frechheit, welche die Räuber Macedoniens und Calabriens ganz in den Schatten stellt, ihr Handwerk treiben. Etwa 40—50 Diebe rotten sich zusammen und machen sich an die Zuschauer, die sie ausplündern, bisweilen gehen dieselben so weit, daß sie ihr Opfer in die Höhe heben und schütteln, bis all sein Geld

herausfällt. Darauf streiten und zanken sie sich betreffs der Vertheilung der Beute".

„Wenn das Laster auch weniger aufdringlich ist und sich nicht in der früheren Häßlichkeit breit macht, so bildet doch dieses englische Fest ein wahrhaft gräuliches Schauspiel; man gibt sich den Anschein des Fröhlichseins und Wohlbehagens, aber dem sorgfältigen Beobachter entgeht es nicht, daß die meisten Besucher nur die Gelegenheit suchen, ihre Lüste zu befriedigen". Was für eine Posse ist es, sagt Runciman, von Beförderung athletischer Spiele zu sprechen! „Das arme Männchen, das auf dem Rücken eines Renners sitzt, ist in keinerlei Weise ein Athlet. Es ist ein zähes abgemagertes Männchen, dessen kleine Muskeln straff angezogen sind wie eine Peitschenschnur; es ist sonderbar, einen solchen Menschen einen Athleten zu nennen. Wenn er mehr als 9 Stone (126 Pfund) wiegt, dann wird ihm sein Leben unerträglich. Einige Zeit jeden Tags muß dieses sonderbare Exemplar von Manneskraft in dem türkischen Bade oder zwischen Bettdecken schwitzen, dann geht er einige Meilen spazieren; um fünf Uhr morgens steht er auf, macht einen oder zwei Proberitte, dann nimmt er dünnen Thee und geröstetes Brod, dann folgt körperliche Uebung oder Schwitzbad, dann ein kärgliches Mittagsmahl, darauf Hungerleiden bis zum Bettgehen" S. 312. — Hier haben wir also den Martyrer und Helden nach modernem Zuschnitt, den Mann, bei dessen Anblick die Massen in stürmische Begeisterung ausbrechen, den Mann, um den sich das Gespräch in den Wirthshäusern dreht, den Mann, über den die Zeitungen Tag für Tag berichten. Diese bethörten Handwerker und Kaufleute bilden sich ein, Liebhaber des edlen Waidwerks zu sein, sind aber im Grunde nichts mehr als Spieler. Das Wettfieber ist zu dem Grade gediehen, daß alle Zeitungen den Berichten über Pferderennensports ganze Spalten widmen müssen, daß viele nur die Berichte über die Sports oder die eigens für Sportsmen berechneten Zeitungen lesen. Etwas Geist-

tödtenderes läßt sich schwerlich denken. Die Roheit und Grausamkeit der Reitknechte wirkt ansteckend auf die Menge und legt den Grund zu der Rücksichtslosigkeit, welche man den Nebenmenschen gegenüber an den Tag legt.

Die oben beschriebenen Wetten sind natürlich nicht die einzigen; die Wetten sind zahllos. Die verschiedenen Klassen des Volkes können ob der Wetten eigentlich nie zur Ruhe kommen und leben in einer beständigen fieberischen Aufregung, welche eine angestrengte Thätigkeit, soferne sie nicht bloß rein mechanisch ist, fast unmöglich macht. Gesetzgebung allein kann dem Uebel nicht steuern; Staat und Familie, Schule und Kirche müssen zusammenwirken und einen Kreuzzug gegen die Trunk- und Spielsucht eröffnen. Beide Laster hängen enge zusammen. Der Wirth ist sehr häufig auch der „Buchmacher“, der junge und unerfahrene Leute zum Wetten verleitet. Der Wirth spiegelt den Leuten alle möglichen Vortheile vor, um sie auszuplündern. Im Interesse der Unwissenden und Unerfahrenen müßte die Regierung den Wirthen und Spielern das Handwerk stecken, überhaupt die Wirthshäuser, Clubs einer strengeren Controle unterwerfen.

A. Zimmermann S. J.

XLI.

Die Minderung der Katholiken in Deutschland.

Nach amtlichem Ausweis gab es 1867: 24,291,000 Protestanten und 14,564,000 Katholiken in Deutschland, 1891 dagegen 31,027,000 Protestanten und 17,672,000 Katholiken. Im Jahre 1867 befanden sich unter 1000 Einwohnern 621 Protestanten und 363 Katholiken, 1891 waren es 628 von jenen und nur noch 357 von diesen. Die Katholiken haben also 6 Tausendstel verloren, die Protestanten 7 Tausendstel gewonnen. Diese haben noch über den Verlust der Katholiken hinaus zugenommen. Von diesem einen Tausendstel abgesehen, sind die Katholiken im letzten Vierteljahrhundert um 287,000 Seelen zu kurz gekommen. Wir dürfen daher für unser Jahrhundert dreist einen Verlust von einer Million annehmen, den die katholische Kirche im Gebiete des heutigen deutschen Reiches erlitten hat.

Von den früheren Jahrhunderten, seit der Kirchenspaltung, reden wir nicht. Die Zustände waren anders. Damals standen, etwa Schlesien (seit 1763) ausgenommen, die katholischen Landestheile unter katholischen, meist geistlichen Fürsten, die Auswanderungen waren nicht häufig. Die einzelnen Katholiken, welche sich in protestantischen Gegenden niederließen, waren gewöhnlich durch Landesgesetz gezwungen, selbst abzufallen oder ihre Kinder in der jeweiligen Landeskirche erziehen zu lassen. Oder aber, da katholische Seelsorge und Schulen gar nicht oder nur mit solchen Einschränkungen gestattet waren, daß ihre Wirksamkeit fast ganz aufgehoben war, wurden sie und ihre Nachkommen durch die Umstände dem Protestantismus

zugeführt. In den katholischen Gebieten waren die Beschränkungen meistens geringer, es konnten sich schon eher kleine protestantische Gemeinden bilden. Die Feststellung der damals erlittenen Verluste würde weitläufige Untersuchungen nothwendig machen, und doch nur geschichtlichen Werth haben.

Die heutigen Zustände sind mit dem neunzehnten Jahrhundert eingetreten. Frankreich, das dem Protestantismus, besonders durch den dreißigjährigen Krieg, zu seiner Ausdehnung und Macht in Deutschland verholfen, hat auch die Vernichtung der katholischen geistlichen Fürstenthümer verursacht und durchgesetzt. Seitdem stehen die Katholiken Deutschlands, das einzige Bayern ausgenommen, unter protestantischen Fürsten. Es wurde Parität für beide Bekenntnisse in ganz Deutschland, sogar durch Verträge, als Grundlage der Rechtsverhältnisse aufgestellt. Die protestantischen Fürsten durchsetzten die gewonnenen katholischen Landestheile schnell und reichlich mit protestantischen Beamten, Officieren und Soldaten, für welche das gleiche Recht sofort zur Wahrheit wurde. Gar oft wurden noch den Katholiken Kirchen und Schulen abgenommen und den Protestanten gegeben. Aber für die nach protestantischen Gegenden verschlagenen Katholiken, für die dorthin versetzten Soldaten und (übrigens sehr seltenen) Beamten blieb gewöhnlich das alte Verhältniß fortbestehen. Kirchen und Schulen wurden ihnen nicht beschafft, meist noch verhindert, wenn sie sich solche aus eigenen Mitteln gründen wollten. Erst nach 1848 wurde es etwas besser. Aber trotzdem bestehen heute noch in mehreren Ländern ganz rechtswidrige Einschränkungen und Gesetze gegen die Katholiken, z. B. in Braunschweig und Mecklenburg. Anderswo besteht die Parität nur auf dem Papier. Dagegen besitzen die Protestanten in den überwiegend katholischen Gebieten Bayern, Baden und Elsaß-Lothringen mindestens seit 1815 vollständig gleiches Recht, wenn nicht sogar oft Vortheile den Katholiken gegenüber.

Durch die neuen Verkehrsmittel, besonders aber durch die 1871 eingetretene größere Einheit und die vollständige Freizügigkeit ist die Verschiebung der Bevölkerung immer stärker geworden. Wo Fabriken entstehen, wo öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen ausgeführt, Bergwerke angelegt werden, sammeln

sich Arbeiter, Werkführer, Techniker, Beamten aus allen möglichen Gegenden Deutschlands und oft auch des Auslandes. Wie sehr dieses zutrifft, zeigt gar schlagend der Nordostsee-Kanal. Derselbe liegt inmitten des durchaus protestantischen Schleswig-Holstein, hundert und mehr Meilen von den nächsten katholischen Gebieten, Westfalen, Eichsfeld, Posen und Westpreußen entfernt. Und trotzdem bestand stets die Hälfte, ja oft sogar etwas mehr, der 5 bis 6000 Arbeiter aus Katholiken. In Berlin hat sich die Zahl der Katholiken verdreifacht, beträgt jetzt 135,000 nach der Zählung, in Wirklichkeit wohl noch mehr. Die immer stärkere Vermischung der katholischen und protestantischen Bevölkerung ist gar nicht aufzuhalten; sie wird durch die wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse immer mehr gefördert, liegt überhaupt in den Verhältnissen, die wir nicht ändern können. Ja, es darf gefragt werden, ob überhaupt eine solche Aenderung wünschenswerth sei. Bejahen dürften dieselbe die Wenigsten. Für uns handelt es sich nur darum, die Verluste zu verhindern, welche die katholische Kirche offenbar unter den heutigen Verhältnissen erleidet.

Welches sind die Ursachen unserer Verluste? Zuerst muß auf Elsaß-Lothringen hingewiesen werden, wo die Katholiken (von 1866 bis 1891) von 1,304,000 auf 1,227,000 zurückgegangen, die Protestanten von 245,000 auf 337,000 gestiegen sind. Das Reichsland hat in unsern Tagen dasselbe Schicksal erlebt, wie die meisten andern katholischen Landestheile zu Anfang des Jahrhunderts. Es ist unter protestantische Herrschaft gekommen, wurde dicht mit meist protestantischen Beamten und Soldaten besetzt, während sich eine starke Auswanderung nach Frankreich ergab. An dieser hatte naturgemäß die katholische Mehrheit den größten Antheil. Die Katholiken verloren 77,000 Seelen, während die Protestanten 92,000 gewannen. Daß die protestantischen Beamten und Soldaten auch andere protestantische Einwanderer nach sich ziehen, ist selbstverständlich. Dürfen wir wohl hoffen, daß sich künftig das Verhältniß dort günstiger für die Katholiken gestalten wird?

Wir sind durchweg auf Selbsthülfe angewiesen. In Bayern und Baden sind die Protestanten im Beamten- und Officierstande verhältnißmäßig stärker vertreten als die Katho-

liken. In den überwiegend protestantischen Staaten ist es gerade umgekehrt. In Preußen müßte, dem Verhältniß der Bevölkerung entsprechend, ein starkes Drittel der Officiere katholisch sein, aber nur ein Zwölftel, höchstens ein Zehntel derselben ist katholisch. Bei den Beamten, zumal den höheren, ist das Verhältniß noch viel ungünstiger. Kein Minister, keiner der 11 Oberpräsidenten, 1 von 36 Regierungspräsidenten, kein Präsident, Vicepräsident, Oberstaatsanwalt des Kammergerichts und der Oberlandesgerichte ist katholisch. Unter den 6 bis 700 Regierungsräthen sind keine 50 Katholiken, unter den 3000 Richtern jeder Stufe keine 150 Katholiken, unter einigen hundert Räthen der Ministerien in Berlin sind kaum ein halbes Dutzend Katholiken, unter 350 Landräthen oder Gleichgestellten kaum 20 oder 25. Ein auffälliges Beispiel hat das der Kaiserin von der Stadt Köln gegebene Frühstück dargeboten; alle Geladenen mit ihren Damen waren protestantisch. Wie viel Vermögen katholischer Familien durch Mischehen in protestantische Hände gekommen, soll nicht erörtert werden, obwohl zahlreiche grelle Beispiele vorliegen. Da gibt es Güter in ganz katholischen Gegenden, welche stets Katholiken gehört haben, nun aber durch Mischehen in protestantischem Besitz sind.

Selbstverständlich sieht es in den andern und den untern Beamtenstellen nicht besser aus. Gar viele sind Officieren und Unterofficieren vorbehalten, die fast alle protestantisch sind. An den Hochschulen sind katholische Professoren eine Ausnahme und selbst die Akademie in Münster wurde durch Falk überwiegend mit Protestanten besetzt, und ist es auch ziemlich so geblieben. Heute wird es als eine Gnade angesehen, wenn in den stiftungsgemäß katholischen Hochschulen einige katholische Professoren angestellt sind. Ueberhaupt hat uns der Culturkampf Verluste verursacht, die noch nicht ausgeglichen sind. Die ohnedies geringe Zahl katholischer Beamten wurde noch bedeutend vermindert, seither aber nicht wieder vermehrt. Es sind in Preußen, so scheint es, nur katholische Beamten angestellt worden, um sagen zu können, die Katholiken seien nicht ausgeschlossen. Daß dieß Verhältniß, welches sich in den andern überwiegend protestantischen Staaten wiederfindet, ungünstig wirken muß, ist klar. Den Protestanten ist dadurch größere Möglichkeit ge-

boten, zu Amt und Brod zu kommen. Daß Beamte, Officiere, Staats- und Kriegsverwaltung auch wiederum protestantische Gewerbetreibende begünstigen und bevorzugen, kommt oft genug vor. Zu ändern vermögen wir an diesen Verhältnissen vorerst nicht viel. Trotzdem müssen dieselben unaufhörlich in der Presse, auch in Land- und Reichstagen zur Sprache gebracht werden.

Sehr nachtheilig für uns sind die Gesetze der verschiedenen Staaten über die Erziehung der Kinder aus Mischehen. Dieselben sind meistens von der Absicht eingegeben, den Protestantismus zu fördern, oder aber sie begünstigen denselben durch die thatsächlichen Verhältnisse und werden von den protestantischen Beamten und Richtern am günstigsten für die Protestanten gehandhabt. Ueberall gilt die Bestimmung, daß die Kinder der Religion des Vaters zu folgen haben. Wenn nun aber in katholischen Gegenden nur protestantische Beamten und Officiere sind, ist es natürlich, daß sie vielfach Katholikinen heirathen. Die Kinder werden um so mehr protestantisch, als den protestantischen Officieren verboten ist, ihren katholischen Frauen katholische Kindererziehung zu geloben. Um seine Kinder katholisch erziehen zu lassen, muß überhaupt der in Mischehe lebende Protestant mehreren umständlichen Vorschriften genügen, bei verschiedenen Behörden mit Zeugen seinen bezüglichen Willen beurkunden lassen. Daß dadurch dem betreffenden Vater nicht bloß Umständlichkeiten, Zeitverlust und Kosten verursacht werden, ist bekannt: die protestantischen Beamten machen ihm oft Vorhaltungen, weisen ihn an den Prediger, suchen die Beurkundung zu erschweren und zu vereiteln. Wenigstens ermangeln sie nie, dem Manne vorzuhalten, daß nach dem Gesetze seine Kinder protestantisch erzogen werden müßten. Kurz, es wird, besonders in überwiegend protestantischen Gegenden, der Grundsatz durchzuführen gesucht, als sei es ein Verstoß gegen Gesetz und Vaterland, seine Kinder katholisch werden zu lassen, selbst wenn er seiner Frau dies versprochen hat. Dank der herrschenden Polizeifurcht gegenüber der bei den Protestanten stets gern hervorgekehrten Staatsgewalt lassen sich gar oft in Mischehen lebende Katholiken und Katholikinen einschüchtern, halten die protestantische Erziehung ihrer Kinder für eine durch Gesetz gebotene Pflicht.

Die Mischehen sind, in Folge der angedeuteten Verhältnisse, in stetiger Zunahme, die besonders seit 1871 sehr merklich geworden ist. In Preußen betrugen früher die Mischehen kaum 5 Hundertstel, jetzt sind es fast 12 Hundertstel. Ein freilich nicht vollständiger Ausweis bestätigte, daß höchstens 43 Hundertstel der Kinder aus Mischehen katholisch wurden. In Bayern wurden (1892) von 2248 Mischehen 1202 protestantisch und 1046 katholisch getraut, woraus sich auch das Ueberwiegen protestantischer Kindererziehung ergibt. In Baden ist das Verhältniß noch ungünstiger. Kürzlich meldeten conservative Blätter: „Der Uebertritt der Katholiken zur evangelischen Kirche hat sich in den Jahren 1880 bis 1891 in Deutschland sehr günstig für letztere gestaltet. Es sind über 24,000 Personen von der katholischen zur evangelischen Kirche übergetreten, hingegen nur 4700 Protestanten katholisch geworden". Letztere Ziffer ist wohl etwas höher, reicht aber keinenfalls an die erstere heran. Die zum Protestantismus Uebergetretenen sind zum guten Theil Kinder aus Mischehen, welche katholisch getauft waren. Ein guter Theil dieser Uebertritte kommt auf die großen Städte mit ihren zahlreichen Mischehen und mangelnder katholischer Seelsorge. Besonders Berlin stellt viele dieser Uebertritte, obgleich ohnedies kaum ein Drittel der Kinder aus 27,000 Mischehen katholisch getauft wird. Dort, wie überhaupt in den protestantischen Städten, kommt es oft vor, daß katholische Dienstboten und sonstige abhängige Personen zum Abfalle verleitet, ja gepreßt werden. In Braunschweig und Mecklenburg bestehen noch Ausnahmegesetze gegen die Katholiken, welche dem auf dem berüchtigten protestantischen Grundsatze cujus regio ejus religio fußenden Pfarrzwang unterliegen. Der katholische Priester darf kein katholisches Paar trauen, kein aus katholischer Ehe stammendes Kind taufen ohne ausdrückliche, schriftliche Erlaubniß des Predigers, dem vorher hohe Gebühren erlegt werden müssen.

Wir müssen jede staatliche Einmischung in die Erziehung der Kinder aus Mischehen bekämpfen. Die betreffenden Gesetze würden am besten sammt und sonders abgeschafft. Die Eltern, nicht der Staat, haben ihre Kinder zu erziehen, sind für die-

selben vor menschlicher Obrigkeit wie vor Gott verantwortlich. Warum ihnen da vorschreiben, in welchem der beiden gesetzlich gleichberechtigten Bekenntnisse sie dieselben zu erziehen haben? Es sind das häusliche, persönliche Angelegenheiten, welche die weltliche Obrigkeit nichts angehen. Die Verpflichtungen und Abmachungen, welche die Ehegatten in dieser Beziehung unter sich eingehen, sind ihr Recht, hängen nur von ihnen ab. Weder Mann noch Frau soll durch weltliches Gesetz beschränkt werden dürfen wegen solcher Verpflichtungen. Auch die Selbständigkeit der Familie wird durch die jetzigen staatlichen Bestimmungen über Kindererziehung der Mischehen wesentlich beeinträchtigt.

Daß die Errichtung katholischer Kirchen und Schulen, auch oft dort, wo ihnen keine gesetzlichen Hindernisse entgegenstehen, durch Stadt- und Staatsbehörden erschwert und behindert wird, ist man gewohnt. Es ist da ein beständiger Kampf zu führen, sowohl in der Presse und in der Oeffentlichkeit, als auch in Land- und Reichstagen. Wir dürfen nicht ruhen und rasten, bis in allen Ländern und Städten des deutschen Reiches gleiches Recht für uns erstritten ist.

Fast noch mehr ist auf dem Schulgebiete zu thun. Allein in Preußen sind 200,000 katholische Kinder zum Besuche protestantischer oder solcher Schulen gezwungen, welche zwar katholisch oder simultan heißen, aber von protestantischen Lehrern geleitet, von protestantischen Predigern und Inspektoren überwacht werden. Mit den höheren Schulen sieht es noch schlimmer aus. In Berlin unterhalten Staat und Stadt aus dem Steuersäckel etliche dreißig Gymnasien, Realschulen u. s. w. Nach dem Verhältniß der Bevölkerung kämen zwei höhere Anstalten auf die Katholiken. Sie haben keine einzige, weshalb die 6 bis 700 katholischen Schüler der höheren Anstalten fast alle dem Protestantismus verfallen. Daß einer derselben sich zum Priesterstande entschlossen, ist noch nicht vorgekommen, auch bei der in besagten Anstalten herrschenden Geistesrichtung ausgeschlossen. Im Rheinland besitzen die Protestanten fast ebensoviel höhere Schulen als die Katholiken, obwohl sie nicht ein Drittel der Bevölkerung ausmachen.

Die Frage der höheren Schulen ist für uns äußerst wichtig. Aus katholischen Gymnasien gehen oft protestantische

Prediger, meist sehr gläubige, hervor. Aber auf protestantischen Gymnasien entschließt überhaupt nur ausnahmsweise ein katholischer Schüler sich zum Priesterstande. Alle gelehrten Berufe sind in Deutschland im höchsten Grade überfüllt, nur an katholischen Priestern ist Mangel. Doch nur, weil die fast ganz in der Hand des Staates befindlichen höheren Schulen den priesterlichen Beruf nicht fördern, meist geradezu bekämpfen. Der Einfluß der Kirche auf die Gymnasien muß sichergestellt und es muß der Kirche gestattet sein, eigene, unabhängige Anstalten, Knabenseminare zur Heranbildung ihres Priesterstandes zu gründen und zu leiten.

In den großen Städten, den zahlreichen Fabrik- und Bergbaugegenden kann die Pfarrgeistlichkeit die Seelsorge nicht bewältigen, besonders sich selten eingehend mit der Arbeiterbevölkerung beschäftigen. Sie ist zu wenig zahlreich, die Aufgaben sind zu vielfältig. Ohne Ordensleute, welche das Beispiel der Entsagung, der Glaubens- und Liebesthätigkeit bieten, ist die sociale Frage nicht zu lösen, das Glaubensleben nicht genugsam zu fördern. Deßhalb sind alle gegen Ordensleute gerichteten Gesetze zu beseitigen. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes ist für uns eine Ehren- und Gewissenssache: wir können und dürfen nicht gestatten, daß behauptet wird, es bestehe in unserer Kirche eine Anstalt, ein Orden, welcher verderbliche Grundsätze vertrete, staats- oder sonst wie gefährliche Lehren verbreite. Alle christen- und kirchenfeindlichen Lehren werden ungehindert auf jegliche Weise verbreitet, oft auf Kosten und im Auftrage des Staates. Die an gewissen Stellen so kindisch gefürchtete Socialdemokratie genießt der unumschränktesten Freiheit ihrer Agitation, gründet zahllose Vereine, erhebt Steuern, ohne daß irgend eine Obrigkeit sich einmischt. Da ist es doch nicht mehr als billig, wenn auch die katholische Kirche volle Freiheit für ihre Lehre und Liebesthätigkeit genießt. Wir haben doch wohl das Recht, nicht schlechter als Socialdemokraten behandelt zu werden.

Schon vor 1870 wies ein hochverdienter Bischof (von Paderborn) nach, daß allein in Norddeutschland 600 neue katholische Pfarreien, Seelsorgestellen nothwendig seien, um allen Katholiken die Erfüllung ihrer Glaubenspflichten zu er-

möglichen. Heutzutage sind mindestens 1200 bis 1500 zu rechnen, da der Culturkampf die Gründung neuer Pfarreien verhindert hat. Gegenwärtig wäre um so mehr zu thun, während es, immer noch wegen des Culturkampfes, an Priestern fehlt. Die Diöcese Breslau z. B. ist ganz in die Unmöglichkeit versetzt, sich selbst zu genügen, kann also die 40 bis 50 Priester nicht abgeben, welche jetzt in Berlin, Brandenburg und Pommern erforderlich wären. Da die Berliner Katholiken aus dem ganzen Reich herstammen, sollten auch alle Diöcesen einige Priester für dieselben schicken. In Berlin können nach einer in der „Germania" aufgestellten Berechnung 37 bis 38,000 Katholiken Sonntags der hl. Messe beiwohnen, während 140 bis 150,000 dort leben. Es sind nur drei diesen Namen verdienende, nicht besonders große Kirchen, außerdem nur Kapellen vorhanden. Acht bis zehn neue Kirchen wären sofort nothwendig. Aehnliche Zustände herrschen in Leipzig, Magdeburg, Hamburg, Königsberg, Chemnitz, Plauen, überhaupt in allen großen protestantischen Städten.

Eine Beobachtung wird allenthalben in protestantischen Städten und Gegenden gemacht. Die Katholiken, welche dort treu und eifrig bleiben, sich bald zurechtfinden, sind fast immer solche, die in ihrer Heimath kirchlichen Vereinen, besonders aber dem St. Vincenz-, Gesellen- und namentlich dem St. Bonifaziusverein angehört haben. Sie sind daran gewöhnt, etwas für die Kirche, für die Erhaltung des Glaubens zu thun und beizusteuern. Ganz wie in Frankreich durchweg die Thatsache sich bestätigt findet, daß die Familien und Ortschaften, welche am meisten für die Glaubensverbreitung aufbringen, auch die meisten gottbegeisterten Glaubensboten stellen.

Es kann nicht genug betont werden, daß das Opfer der Gläubigen ein Bestandtheil des Gottesdienstes ist. Schon zu den Apostelzeiten wurde bei dem Gottesdienst für die Armen gesammelt. Der Unterhalt der Apostel, Priester und Diakonen, die Kosten des Gottesdienstes wurden durch freiwillige Gaben der Gläubigen bestritten. Als die Kirche später, besonders im Mittelalter durch die Freigebigkeit der Großen wie der Kleinen reichen Besitz erwarb, wurde nur noch wenig bei dem Gottesdienste gesammelt. Aber die äußere Form des Opfer blieb

in vielen Kirchen gewahrt. So bestand z. B. noch vor wenigen Jahren in Dorfkirchen der Metzer-, Speyer'- und Trier'schen Diöcesen der Gebrauch, daß bei Todtenmessen ein Becken mit alten Münzen aufgestellt wurde. Jeder der Andächtigen nahm im Vorbeigehen eine derselben, um sie, beim Umgang um den Altar, auf die Opferseite zu legen. (Wahrscheinlich dürfte sich der Gebrauch noch in einigen Dörfern erhalten haben.) In Frankreich, Belgien, England wird nicht bloß eine kleine Abgabe für Benützung der Kirchenstühle erhoben, sondern auch Sonntags bei jedem Gottesdienst eine Sammlung gehalten. In Frankreich sind es sogar gewöhnlich zwei oder drei Sammlungen, zu verschiedenen Zwecken natürlich. Den Gläubigen wird stets angekündigt, zu welchem Zweck gesammelt wird, und dieser ihnen oft besonders an's Herz gelegt.

Eine unbestreitbare Christenpflicht ist es auch, an der Ausbreitung der Kirche mitzuwirken. Jeder soll das Seinige thun, um den Heiden die frohe' Botschaft zu bringen; und ein Jeder kann, durch Gebet und Gaben, dazu beitragen. Nicht minder dringend ist die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Glaubensbrüder auch der Kirche erhalten bleiben. Gegen unsere Volksgenossen ist dies um so mehr eine heilige Pflicht, als darin eine Abwehr gegen das weitere Ueberwuchern des Protestantismus, also die gebotene Selbsterhaltung liegt. Je mehr unsere Volksgenossen, durch Mangel an Seelsorge und Schulen, dem Protestantismus verfallen, desto mehr werden wir Alle, und unsere Nachkommen, vom Protestantismus bedroht. Das sieht doch jeder ein, daß wir heute besser dastehen würden, wenn wir noch die Million Katholiken mehr zählten, welche wir unzweifelhaft in diesem Jahrhundert durch Begünstigung des Protestantismus verloren haben.

Wir müssen dabei darauf dringen, daß die in protestantischen Gegenden gegründeten Seelsorgestellen nicht mehr Missionsstellen oder Missionspfarreien genannt werden. Denn dadurch wird bei Katholiken wie bei Protestanten der Glauben erweckt, als handelte es sich darum, Andersgläubige zu bekehren. Dies ist aber nie und nirgends der Fall, sondern die Seelsorge der dort angesiedelten Katholiken ist von Anbeginn dieser Gründungen (nach 1848) bis heute der leider nur in ungenügendem

Maßstabe erreichte Zweck gewesen. Als im preußischen Landtage Gelder zur Aufbesserung der Pfarrgehalte bewilligt wurden, schlossen Regierung und Mehrheit die Missionsgemeinden ausdrücklich davon aus. Sie hielten sich eben an die Bezeichnung Missionspfarreien, um zu behaupten, dieselben seien zur Ausbreitung des Katholicismus, zur Bekehrung der Protestanten gegründet. Die Protestanten, welche viel mehr auf Hinüberziehen von Katholiken hin arbeiten, nennen ihre kleinsten Stationen in katholischen Gegenden sofort Pfarrei, nie Mission.

Die ungünstigen politischen und sonstigen Verhältnisse werden sobald nicht behoben werden, so sehr auch die Gewaltigen des Tages alle Ursache hätten, die der Seelsorge, Liebes- und Lehrthätigkeit der Kirche entgegengesetzten Hindernisse zu beseitigen. Wir müssen aber unter solchen Umständen zu größerer Einigkeit, zu einträchtigem Wirken bewogen werden. Politisch sind wir schon gezwungen worden, uns enge zusammenzuschließen, um unsere höchsten Güter zu vertheidigen. Dieselbe Solidarität soll auch bezüglich der Wahrung unseres Besitzstandes allgemein durchgeführt werden. Alle Pfarreien, alle Kapellen, Vereine und Bruderschaften sollen mitwirken, um unseren in protestantischen Gegenden wohnenden Glaubensgenossen Kirchen, Priester, Schulen zu verschaffen. In Frankreich steuern 1,200,000 bis 1,500,000 Personen je 2 Mark jährlich für die Glaubensverbreitung bei. In Deutschland, wo das Volk nicht entfernt ähnlich der Kirche entfremdet ist, würden sicher $1^1/_2$ bis 2 Millionen Beisteuernde für den St. Bonifaziusverein zu finden sein, wenn derselbe überall eingeführt wäre. Derselbe ist auch ein besonderes Mittel, den Glaubenseifer zu wecken und zu befestigen.

XLII.

Zur Agrarfrage.

(Beiträge von Dr. G. Ruhland.)

Die Agrarfrage rückt immer mehr in den Mittelpunkt der socialen Diskussion. Das liegt in der Natur der Sache. Grund und Boden bilden das unterste Stockwerk des gesellschaftlichen Baues. Geräth der Unterbau ins Wanken, so schwankt das ganze Gebäude und droht dem Einsturze. So war es im alten Römerreiche, als der Bauernstand der Latifundienbildung hatte weichen müssen; so ist es heute, wo Grund und Boden dem Großkapital zinspflichtig geworden und wo die Bauern den ganzen Ertrag theils an die Hypothekeninhaber, theils an den Staat in Form von Steuern, Umlagen, Versicherungsmarken abzuliefern haben. Es ist an vielen Orten bereits soweit gekommen, daß der Bauer seine Dienstboten beneidet, weil diese bestimmten Lohnbezug haben, während er selbst zusehen kann, wie er seinen Verpflichtungen gegen Gläubiger und Staat nachkommen mag. Damit ist auch bereits der Sitz des Uebels bei der modernen Agrarfrage angedeutet. Der Bauer erhält für seine Arbeit den ihm gebührenden Lohn nicht mehr. Der Lohnertrag des Bauers wurde bei dem freien Grundmarkte der Gegenwart, wobei der Boden als Waare und Spekulationsobjekt, wie das Fabrikat irgend einer Industrie, behandelt wird, nicht mehr ausgeschieden, sondern zum Preise des Gutes geschlagen, mit Hypotheken belehnt

und verschuldet. Der Preis des Gutes wurde von der freien Concurrenz des Grundmarktes maßlos in die Höhe getrieben, der Lohnertrag der Arbeit des Besitzes auf ein Minimum herabgedrückt. Der Nationalreichthum wächst angeblich ins Maßlose, der Bauernstand aber beginnt immer mehr ins Elend zu versinken. Das ganze Wachsen des Reichthums besteht aber nur darin, daß das Vegetationskapital von Grund und Boden, seit Jahrhunderten im Schweiße des Angesichts von Geschlechtern und Geschlechtern angesammelt und gepflegt, in Hypotheken und papierenen Werthen mobil gemacht wurde, um allmählig aufgesaugt und zerstört zu werden. Nicht der Reichthum ist thatsächlich gestiegen, sondern das aufgespeicherte Vegetationskapital von Grund und Boden ermöglichte, Milliarden von Schulden zu machen und Milliarden von Papierwerthen zu erzeugen, wodurch die Grundlagen unserer Volkswirthschaft erschüttert wurden und wodurch auch die Industrie und Handel der Ausbeutung einer maßlosen Creditwirthschaft anheimfielen.

Die Lösung der Agrarfrage liegt in der einfachen Wahrheit: dem Bauer seinen Arbeitslohn. Um die Durchführung dieses Grundsatzes zu ermöglichen, darf Grund und Boden nicht als Waare gehandelt werden, wie heute. Der Boden muß bei Besitzveränderunge n bestimmten Beschränkungen unterliegen, er darf nur zum wirklichen Werthe verkauft werden, der Preis muß dem Ertragswerthe entsprechen, und kann nicht das Resultat der Spekulation sein. So war es, solange die christlichen Grundsätze die Volkswirthschaft beseelten. So muß es wieder werden. Die Befreiung von Grund und Boden, welche 1848 ihren Abschluß fand, besteht thatsächlich nur in der Freiheit der Bauern, Schuldensklaven des Kapitals zu werden. Die Höfe wurden im Preise um das Dreifache und Zehnfache gesteigert, aber der Bauer wurde um seinen Arbeitslohn betrogen. Er ist heute nur mehr der Platzhalter für das Kapital, welchem er frohnden muß. Kommen nur einmal einige Monate Futternoth, so

ist der Bauer förmlich hilflos, man muß zu Formen communistischer Staatshilfe greifen, während es früher mit Recht hieß, der verständige Bauer verfüge über drei Ernten, eine in Geld, eine andere in Vorräthen, die dritte auf dem Felde.

Zu rechter Zeit kommt eine kleine, aber inhaltreiche Schrift,[1]) welche diese Wahrheiten wieder in lebhafte Erinnerung bringt. Es ist dieß eine Abhandlung des als Agrarpolitiker in diesen Heften wohlbekannten Dr. G. Ruhland, zur Zeit Docenten der Nationalökonomie an der Universität Zürich. Die Schrift ist Hrn. Dr. Gg. Ratzinger zur Erinnerung an zehnjähriges Kämpfen für die Durchführung einer zeitgemäßen Agrarreform gewidmet.

Dr. Ruhland geht von einfachen Grundsätzen aus, und kommt dabei zu großen Gesichtspunkten. Einfachheit und Klarheit sind die Kennzeichen der Wahrheit, während alles Complicirte als etwas Gekünsteltes, Naturwidriges sich herausstellt. Ruhland schreibt S. 18: „Die landwirthschaftliche Creditnoth läßt sich so gut und sicher lösen, wie irgend eine andere wirthschaftliche Aufgabe. Und diese Lösung ergibt sich von selbst, wenn wir in unser Agrarrecht den so natürlichen Grundsatz einführen: der freien Arbeit auf eigenem Grund und Boden ungeschmälert ihren Arbeitsertrag als Arbeitslohn."

Zur Verwirklichung dieses Grundsatzes gibt Ruhland folgenden Weg an: „Bei jeder Handänderung von landwirthschaftlichem Grund und Boden bleibt der wahre Werth unbedingt maßgebend. Und dieser wahre Werth deckt sich mit dem Ertragswerth nur bei extensivem Betriebe. Bei intensivem Betrieb ist dieser Werth gleich dem ursprünglichen Rentenwerth plus des inzwischen rationell und dauernd investirten Kapitals. Handelt es sich nun um einen Erbfall,

---

1) Ueber die Grundprincipien aktueller Agrarpolitik. Tübingen bei Laupp, 1893.

so wird die Frage nach der Persönlichkeit des Erwerbers erbrechtlich entschieden. Ist es eine freihändige Veräußerung, so bieten sich die einzelnen Bewerber — immer unter Anerkennung des wahren Werthes als Zahlungsverpflichtung — in jenem Betrage ab, den sie aus Eigenem baar zu erlegen im Stande sind. Der Bewerber mit dem geringsten Restkaufschillinge (also mit der höchsten Baaranzahlung) erhält den Zuschlag. Damit aber das Kapital seinen Raub nicht durch eine Hinterthüre fortsetzen kann, wird Rückensitz und Selbstbearbeitung gefordert, ferner werden die Hypothekenbücher geschlossen, der Realcredit wird ausschließliche Aufgabe einer berufsgenossenschaftlichen Zusammengliederung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes — Schäffles Incorporation des Hypothekencredits, während der Personalcredit der freien genossenschaftlichen Vereinigung überlassen bleibt".

In weiterer Erörterung sagt der Verfasser: „Wir alle haben oft den Satz gehört: Die auswärtige Concurrenz sei die Ursache an der Verschuldung des Grundbesitzes. Das ist unrichtig. Ich habe die Verhältnisse von England und Frankreich, Italien, Schweiz, Oesterreich, Amerika, Australien auf diesen Punkt verglichen und bin heute in der Lage, nachzuweisen, daß auf der ganzen Erde, wo Freiheit des Grundeigenthums besteht, genau die gleichen Verschuldungserscheinungen auftreten. Die Verschuldungs- und Vergantungsgefahr wächst im umgekehrten Verhältnisse zur Besitzgröße und die Schulden sind zum weitaus überwiegendsten Theile, bis zu 90 %, bei der Wirthschaftsgründung als Restkaufschillinge und Erbschaftsgelder entstanden. In unmittelbarer Verbindung damit steht eine sehr starke Ueberzahlung des Grundwerthes, ein Mangel an Betriebskapital und Kapitalreserve."

Auch in Bayern haben wir genau dieselben Erscheinungen, welche Dr. Ruhland bei seinen agrarpolitischen Forschungsweltreisen constatirt hat. Die Vergantungsstatistik zeigt die meisten Zwangsversteigerungen dort, wo mit der Landwirth-

schaft ein Nebengewerbe verbunden ist. Der Kaufpreis bei diesen Anwesen ist regelmäßig so hoch, daß nicht blos der Arbeitslohn in der Oekonomie, sondern auch im Nebengewerbe bereits in der überhohen Kaufsumme erscheint. Daher der jähe Zusammenbruch bei dem erstbesten Unglücke.

Werden die Kaufpreise der Spekulation entzogen und auf ihren wahren Werth zurückgeführt, wird dem Bauer sein Arbeitslohn im Arbeitsertrag wieder gewährt, so wird bei der hohen Produktivität der landwirthschaftlichen Arbeit der Bauernstand alsbald wieder wohlhabend werden und die Kraft erlangen, auch ungünstige Jahre zu überstehen und länger dauernde Krisen zu ertragen. Die lohnende landwirthschaftliche Arbeit wird von selbst verhindern, daß die bäuerliche Bevölkerung massenhaft in die Stadt zieht, wie dies seit 1848 überwiegend der Fall ist.

Dr. Ruhland stellt einen zweiten einfachen, selbstverständlichen Grundsatz auf: Das Land soll in der Regel das Brodgetreide für das Volk bauen.

Zur Durchführung dieses Grundsatzes spricht der Verfasser sich unbedingt für die Schutzzollpolitik aus. „Dadurch und durch eine entsprechende Eisenbahntarifpolitik wird die heimische Getreideproduktion nach außen geschützt. Sie muß indessen auch gefördert werden durch allgemeine Fortschritte in Saat, Pflege und Ernte, in welcher Richtung der deutschen Landwirthschaftsgesellschaft ungeschmälert das Verdienst gebührt, in geradezu bewundernswerther Weise Wissenschaft und Praxis im Dienste des Vaterlandes vereint zu haben. Unter Leitung unserer besten Fachleute werden systematische Getreideanbauversuche durch ganz Deutschland ausgeführt, um so für jede Gegend die ertragreichste und werthvollste Art zu ermitteln und die Kenntniß ihrer rationellsten Cultur zu verbreiten. Hand in Hand damit geht der Kampf gegen die Getreidekrankheiten, deren erfolgreiche Durchführung nach Professor Wolny's Urtheil allein schon genügen würde, die Getreidezufuhr nach Deutschland überflüssig zu machen.

Und auf dieser Grundlage endlich erwächst auch die Möglichkeit, den Getreidehandel zeitgemäß zu organisiren."

Damit würde auch die Basis gewonnen für eine Reform der Grundsteuerveranlagung. Wichtige Bausteine hiezu hat Dr. Ruhland beigetragen in seiner Abhandlung: „Aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Britisch-Indischen Kaiserreiches." [1]) Auf Grund einer Abhandlung von B. H. Baden-Powell, welcher die erste Autorität über anglo-indische Rechtsverhältnisse ist, bietet Ruhland sehr schätzenswerthe Mittheilungen über die Eigenthumsverhältnisse an Grund und Boden im ausgedehnten indischen Kaiserreiche, besonders aber über Grundsteuerverfassung, über Veranlagung und Einhebung der Steuern, über das Verhältniß der Grundsteuer zum Bodenertrage, also über Fragen, welche auch in Europa einer Neuregelung bedürfen.

Die indischen Verhältnisse hat Dr. Ruhland besonders genau kennen gelernt, als er im Auftrage der deutschen Reichsregierung die Zustände in den Ackerbaustaaten von Europa, einschließlich von Rußland, von Asien, Amerika, Australien an Ort und Stelle einem eingehenden Studium unterzog. Die Resultate dieser agrarpolitischen Studienreise um die Welt hat Dr. Ruhland bis jetzt nur in einzelnen Publikationen in der Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft zur Diskussion gestellt. Ein zusammenfassendes Werk steht noch aus, hauptsächlich deßhalb, weil der Verfasser in den letzten drei Jahren fast ausschließlich der praktischen Verwaltung zugewendet war und zwar als Direktor der großen Herrschaft von Schmidtmann in Lofer. Diese Herrschaft ist entstanden erst seit Frühjahr 1890 und zwar durch Ankauf von 37 Bauernhöfen mit einem Gesammtareal von 6891 Joch oder 3966,12 Hectar, mit Hinzuziehung des Kahlgebirges und der Weiden aber in der

---

1) Separatabzug aus der Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft. Tübingen 1893.

Ausdehnung von 12000 Joch oder 6900 Hectar, meist in Salzburg, theilweise auch in Tyrol gelegen. Der Kaufpreis betrug zusammen 657450 Gulden österr. Währung, wobei die Höfe bedeutend überzahlt waren. Diese Ueberzahlungen steigen von 7 bis 88 Prozent des Werthes, welchen die Besitzer sonst von Dritten erhalten hätten. Dr. Ruhland bemerkt hiezu in seiner interessanten Schrift: „Aus der Praxis eines neu gegründeten landwirthschaftlichen Großbetriebes im Pinzgau,“[1]) Folgendes: „Der Käufer hat die Ueberzahlung gewollt und zwar mit Rücksicht auf die Ueberschuldung der Verkäufer. Die Bauern waren durchschnittlich sehr hoch verschuldet. In einer Reihe von Fällen stand die Subhastation vor der Thüre, bei deren Durchführung dem Betreffenden kein Kreuzer Vermögen geblieben wäre. Der Wunsch und Wille des Käufers war es, seine Vorbesitzer trotzdem nicht in Armuth von ihrer Scholle scheiden zu sehen. Und deßhalb steht die Ueberzahlung im Allgemeinen in mehr oder minder direktem Verhältnisse zur Verschuldung der einzelnen Grundstücke. Die deßhalb über den Werth hinausbezahlte Summe berechnet sich im Ganzen auf 156790 Gulden und im Durchschnitt auf den Werth der einzelnen Güter auf 31 Prozent.“

Es ist in hohem Grade interessant, bei Ruhland nachzulesen, wie diese Ueberschuldung entstanden ist, wie der Verkauf geführt wurde, endlich was aus den früheren Bauern geworden ist. Es ist ein Stück Wirthschafts- und Volksgeschichte aus dem 19. Jahrhundert. Von ebenso hohem Interesse aber sind die Mittheilungen des Verfassers über die Entwickelung des Herrschafts- und Großgrundbesitzes des Herrn Schmidtmann im Salzburgischen. Die praktischen Erfahrungen zeigen, daß die Annahme, als ob der Großgrundbesitz die Gewinnung des quantitativ wie qualitativ besten Ertrages unter Aufwendung der relativ geringsten Kosten ermögliche,

---

1) Berlin 1893, Verlag von Parey.

eine durchaus irrige und falsche ist. Auch im Körnerbau und in der Viehzucht erzielt der Mittelbetrieb die günstigsten Resultate. Nur die Betriebe, welche das Auge des Besitzers vollständig überblicken und controliren kann, gewähren die Möglichkeit rationellster Cultur und damit höchsten Gewinnes. Dr. Ruhland zeigt, daß für das Großkapital der Selbstbetrieb landwirthschaftlicher Güter eine so schwierige, kostspielige und widerwärtige Aufgabe ist, daß nur in sehr seltenen Fällen die Gründung eines neuen Großgrundbesitzes durchgeführt werden kann, wenn nämlich der neue Grundherr nicht blos über ein sehr großes Kapital, sondern auch über hervorragende Begabung und Energie verfügt. Das Mittel gegen Aufsaugung des Bauernstandes durch das Großkapital findet Ruhland schon in der Bestimmung, daß aufgekaufte Bauernhöfe dem landwirthschaftlichen Betriebe nicht entzogen werden dürfen. Dann muß der Großgrundbesitzer entweder verpachten oder selbst bewirthschaften und es wird ihm bald die Lust vergehen, weitere Käufe abzuschließen. Ein weiteres Mittel erblickt der Verfasser in der Lösung der bäuerlichen Verschuldungsfrage. Denn wenn die Bauern nicht mehr durch Schulden von ihrer Scholle weggedrängt werden, kauft ihnen kein Kapitalist die Höfe ab.

Von größtem und allgemeinstem Interesse sind die Mittheilungen über die Erfolge der Hochzucht der Pinzgauer Viehrace, wie sie auf der Schmidtmann'schen Herrschaft erzielt wurden. Wir möchten wünschen, daß diese Erfahrungen auch in Bayern gewürdigt werden. In den altbayerischen Provinzen ist die Pinzgauer Rindviehrace für Aufzucht und Zug, für Milchgewinnung und Mastung jeder anderen Race, namentlich auch den Simmenthalern, vorzuziehen. Möge diese Ueberzeugung sich in Altbayern immer mehr Bahn brechen.

R.

XLIII.

Zeitläufe.

Europa in Afrika III[1]): Die Colonien des deutschen Reichs, in Ostafrika insbesondere.

Den 12. September 1893.

Vor nahezu einem Jahre haben diese Blätter begonnen, über die Thätigkeit europäischer Mächte im dunkeln Welttheil Berichte zu sammeln, und sie sind dabei von Uganda und Abessinien ausgegangen. Die deutschen Colonien, und insbesondere die größte derselben in Ostafrika, hätten folgen sollen. Aber die Eine Schwierigkeit war nicht zu überwinden, daß ein faßbares Resultat sich immer noch nicht ergeben wollte. Zwar erscheinen in den großen Berliner Zeitungen, namentlich in dem Hauptorgan der Conservativen, fast täglich Berichte über Deutschland in Afrika; aber aus Alldem lernt man eigentlich doch bloß das Wort Caprivi's verstehen, das er am 27. November 1891 vor dem Reichstag wiederholte: „Das Schlimmste, was uns passiren könnte, wäre, wenn Einer uns ganz Afrika schenkte".

Bei keiner andern Colonialmacht in Afrika geht es unausgesetzt so kriegerisch und blutig zu, wie bei der deutschen.

---

1) „Europa in Afrika I: Uganda und die Araber im Seengebiet". Bd. 110. Heft vom 16. November 1892. S. 758 ff.. — „Europa in Afrika II: Abessinien und das italienische Erythräa." Heft vom 1. Dezember 1892. S. 834 ff.

Seit der Niederschlagung des Aufstandes der Araber durch den Gouverneur von Wissmann ist kein Jahr vergangen ohne Berichte über Kriegszüge, und zwar nicht etwa gegen die arabischen Sklavenjäger, sondern gegen die Eingebornen und ihre Häuptlinge. Und wenn dieselben wenigstens noch glücklich abgelaufen wären, nämlich mit Vertreibung der Widerspenstigen, Wegnahme ihres Viehes und Verbrennung ihrer Dörfer. Leider hat aber schon eine bedenkliche Anzahl solcher Strafexekutionen mit dem Siege der Neger geendet, namentlich in Ostafrika, und bekannte Namen unter den deutschen Truppenführern mußten es mit dem Leben büßen. Stanley hat mit seiner Warnung nur zu sehr Recht behalten: „Die Mißerfolge der Deutschen rühren von ihrem militärischen Styl her; nicht in Schrecken jagen soll man die Leute, sondern ihre Achtung gewinnen". In Berlin selber fand man es gerathen, den Posten des Gouverneurs mit einem Civilisten zu besetzen; aber auch er hat die militärischen Unfälle nicht verhütet, und sein bureaukratisches Wesen hat ihm binnen Kurzem den Abschied eingetragen. Ein preußischer Oberst trat an seine Stelle, und bereits verbreiteten sich wieder die schlimmsten Nachrichten. Er hat nun wenigstens Oberhand behalten.

Emin Pascha hatte nach seinem Abzuge aus Wadelai zur ostafrikanischen Küste eines der drei Reichscommissariate übernommen, hat aber alsbald auf eigene Faust einen Zug nach den westlichen Aequatorialgegenden unternommen. Viele Monate lang wußte man in Berlin nicht, wo er sich aufhalte und welche Ziele er verfolge, bis sich nun die Nachricht bestätigt, daß er mit seiner ganzen Expedition in der Gegend der großen Seen von den Arabern erschlagen worden sei. Er war in dem Briefe gemeint, den der Engländer Stokes am 29. Oktober 1890 aus Usongo an Wissmann richtete: „Ich kam nur hieher im Interesse des deutschen Reiches und für die Wohlfahrt der Eingebornen, nicht aber, um mit Arabern und Türken zu cokettiren". Ein anderer

Afrikareisender meinte freilich: es sei das nur die gebotene Klugheit, wenn Emin, da er nun einmal die Araber nicht vertreiben könne, sie vorsichtig zu benutzen suche, aber „er werde auch jetzt in der Gegend von Tabora nie außer Acht lassen, im Araber unsern principiellen Feind, im Schwarzen unsern geborenen Freund zu sehen".[1])

Es war kein Zweifel, daß von der Haltung gegenüber den Arabern das Schicksal Centralafrikas abhing und daß insbesondere die Verhinderung des Sklavenhandels, die auch dem deutschen Reichstag feierlich zugesichert war, nur durch ein ernstes Vorgehen gegen die arabischen Sklavenhändler ermöglicht seyn würde. Ueberdieß zeigte sich immer deutlicher, daß vom Seengebiete aus eine fast ununterbrochene Kette des arabischen Einflusses bis zur Meeresküste von Deutsch-Ostafrika reiche; immer neue Stellen fanden sich in dem Schutzgebiete, wo die Araber über die Häuptlinge der Eingebornen ihre geheime Leitung ausübten.[2]) Herr von Wissmann war stets der Ueberzeugung, daß das „Ungeziefer von Arabern" aus Ostafrika ausgetrieben werden müsse; schon im Jahre 1888 bereitete er eine Expedition zu dem Zwecke vor. Auch Baron Gravenreuth erklärte in seiner Münchener Rede: „Trotz ihrer geringen Anzahl haben es die Araber verstanden, dadurch, daß sie an der Küste Niederlassungen errichteten, nicht nur Ostafrika, sondern ganz Centralafrika zu beherrschen und derartig zu beherrschen, daß heutzutage einfach der Neger ihr unbestrittenes Besitzthum ist."[3])

Aber die Centralleitung in Berlin war mit solchen Plänen nicht einverstanden. Sie erachtete die Schonung des

1) Fritz Bley s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 7. Januar 1891.

2) „Colonial-Nachrichten" der Münchener „Allg. Zeitung" vom 29. Juli 1892.

3) „Zur Emin Pascha-Frage" s. Münchener „Allgem. Zeitung" vom 24. Dez. 1890.

„wichtigen arabischen Handelselements“ als politisch zweckmäßig, unter der von Soden'schen Verwaltung in Ostafrika erst recht. Emin Pascha wurde, weil Zusammenstöße zu befürchten waren, zurückbeordert, ohne daß er freilich darauf hörte. So sah man der Entwicklung der Dinge unthätig zu, bis endlich den Belgiern im benachbarten Congostaat die Palme in dem Entscheidungskampfe zugefallen ist. Zu der Gefahr hin, daß die Araber nun erst recht nach dem deutschen Schutzgebiete retiriren werden, hat man die Demüthigung durch das kleine Belgien zu tragen. Während man in Berlin immer wieder auf Trauernachrichten aus Ostafrika gefaßt seyn mußte, wurde kürzlich aus Brüssel berichtet:

„Den Hauptleuten Tobback, Dhanis und Chaltin ist ein Urlaub in die Heimath bewilligt. Denselben wird bei der Heimkehr in's Vaterland ein großartiger Empfang bereitet werden. Wenn man bedenkt, daß noch vergangenen Sommer, als der Streit zwischen den Congo-Handelsgesellschaften und dem Congo-Staate entbrannte, von den erstern unter Berufung auf afrikanische Autoritäten der Satz aufgestellt und vertheidigt wurde, daß der Araber der unbesiegbare Herr des schwarzen Erdtheiles sei und es im Interesse der Europäer liege, sich die Araber durch allerhand Gefälligkeiten zu guten Freunden zu halten, während ihre Feindschaft der Tod des europäischen Einflusses in Afrika sei; wenn man sich erinnert, wie die Kriegserklärung Lavigerie's an das arabische Element mit überlegenem Lächeln von allen Afrikakennern abgelehnt wurde: so muß man gestehen, daß diese belgischen Offiziere das Schicksal Afrikas zum guten Theil entschieden haben.“ [1])

Es war ein gewaltiger Erfolg, der dem belgischen Congostaat den afrikanischen Herzpunkt, nach welchem es Frankreich und England lange gelüstet hat, weil er durch das Nilthal den Sudan und die Verbindung mit Aegypten erreicht, nunmehr gesichert zu haben scheint. Dazu haben nicht

1) „Kölnische Volkszeitung“ vom 17. August 1893.

wenig die freiwilligen Bemühungen des Antisklaverei-Vereins in Belgien beigetragen. Seit Jahren wirken an der Westseite des Tanganika-Sees die beiden Capitäne Joubert und Jacque mit den „weißen Vätern" aus Algier und ihrer Schutztruppe aus dem neuen Kreuzritter-Orden Lavigerie's. Dreimal war Jacque von den mit Winchester-Gewehren bewaffneten Arabern mit der Vernichtung bedroht, und auch nachdem Joubert ihn gerettet hatte, standen beide in der Gefahr, einem allgemeinen arabischen Ansturm zu unterliegen. Kurz vor dem entscheidenden Siege der Congo-Expeditionen schrieb ein Führer derselben aus der Station Mpala: „Die weißen Väter haben aus der Station eine wahre Oase gemacht inmitten einer von Hungersnoth heimgesuchten Landschaft. Auf mehreren hundert Hektaren stehen reiche Erndten, welche nicht nur den in den Schutz der Mission gekommenen Zöglingen die Ernährung sichern, sondern auch noch einem beträchtlichen Theile der umwohnenden Bevölkerung, welche der Ruf der Mission in ihre Nähe gebracht hat. Der Ruf des Capitäns Joubert hat gleichfalls das Ansehen der Weißen gestärkt. Einer der verrufensten und grausamsten Häuptlinge ist vor Kurzem vom Häuptling von Mpala geschlagen worden, seine Unterhäuptlinge haben sich unterworfen und unter den Schutz der von Joubert errichteten Forts gestellt. Bisher hat Joubert etwa 10,000 Sklaven befreit." [1])

Was hat im Vergleich damit der deutsche Antisklaverei-Verein in Ostafrika geleistet? Vor Kurzem ist eine Berechnung durch alle Blätter gegangen, wie das Comité desselben, die „colonialpolitische Nebenregierung in Coblenz", die aus der ersten ihm bewilligten „Antisklaverei-Lotterie" eingegangenen Millionen durch enorme Gehälter, unglaubliche Verschwendung und sinnlose Unternehmungen in drei Jahren verpulvert habe. Der für den Viktoria-Nyanzasee bestimmte

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 24. Juni d. Js.

„Peters-Dampfer“ rostet noch immer in einem Schuppen zu Bagamoyo, nachdem nicht weniger als sieben Expeditionen vergeblich den Weg zu seiner Ueberführung gesucht hatten. Der Wissmann-Dampfer dürfte zwar bereits auf dem Tanganika schwimmen; wenn aber die Dinge wie bisher verlaufen, kann Niemand wissen, unter welcher Flagge er dereinst fahren wird.

Die katholischen Missionen in Ostafrika gewinnen allerdings zusehends an Zutrauen bei den Eingebornen. Nach der Niederlage Zelewski's wurden die „Väter vom hl. Geist“ in Longa von den Häuptlingen um Vermittlung des Friedens angegangen. Umgekehrt trugen die protestantischen Missionäre auf den englischen Stationen jenseits der Grenze eine Hauptschuld an der Katastrophe am Kilimandscharo, da sie die aufständischen Schwarzen reichlich mit Feuerwaffen und Munition versehen hatten. Sie wurden dafür von ihrer Regierung abberufen. Aber auch der vielgenannte Berliner Berichterstatter Eugen Wolff mußte auf Andringen des Gouverneurs das Land räumen wegen seiner Alarmberichte. Er hatte eben noch geschrieben: „Schaaren eingeborner Krieger durchziehen raubend das Land und der Ausbruch eines gefährlichen Aufstandes steht bevor; im südlichen Küstengebiet blüht der Sklavenhandel.“ [1])

Eine sehr eigenthümliche Erscheinung ist die Thatsache, daß es steigende Schwierigkeit hat, für die Schutztruppe unter dem Häuflein deutscher Officiere und Unterofficiere die erforderliche Mannschaft anzuwerben. Die belgischen Missionäre haben sich mit den eingeborenen Stämmen, die sich ihnen angeschlossen hatten, gegen die Araber vertheidigt, diese selbst schulen die ihnen untergebenen Eingebornen in der Führung der Waffen und machen sie kriegstüchtig, während die Deutschen nicht nur im Anfang ausschließlich unter den

1) Aus Berlin in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ vom 27. Juni 1892.

fremden Stämmen der Sudanesen, Zulu's, Askari's rekrutirten, sondern auch jetzt noch sich darauf angewiesen sehen. Nachdem die Anwerbung von Sudanesen in Aegypten untersagt ist, ging jüngst sogar aus Kamerun eine Militärcommission nach der italienischen Colonie Erythräa, um einige hundert Abessinier zu miethen, wo aber der Gouverneur gleichfalls so viele nicht hergeben will. Auch mit den „befreiten Sklaven" weiß man in Ostafrika nichts anzufangen; in einem merkwürdigen Bericht hat der Gouverneur von Soden gesagt: „es dürfe von ihnen überhaupt nicht zu viel verlangt werden, damit sie die arabische Knechtschaft nicht der europäischen Freiheit vorziehen." [1])

Man kann nicht anders annehmen, als daß der seit Wissmann's Abgang eingebürgerte „militärische Styl" sich eben nicht beliebt zu machen versteht. Nur ein paar Beispiele. Am 27. Oktober 1891 schrieb Dr. Peters, selber doch einer vom „Civil", nach Berlin: „Eben war eine Gesandtschaft aus Rombo Kulia bei mir. Die Lumpen wollen sich jetzt unterwerfen. Ich habe sie am 27. September auch gehörig geschlagen. Wir haben von 8 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags gefochten, 120 Menschen erschossen." Ein paar Monate später berichtete ein Deutscher aus Tanga nach Berlin: „Bezirkshauptmann Krenzler macht Streifzüge durch Nordudigo. Die Wadigo sind die stupidesten Leute, die ich bis jetzt in Ostafrika kennen gelernt habe. Unter Anderm sind sie daran gewöhnt, daß ihnen ihr Vieh mit Gewalt und ohne Bezahlung genommen wird; um keinen Preis sind sie dazu zu bewegen, auch nur Ein Stück freiwillig zu verkaufen. Wir müssen, um nicht zu hungern, wie Wölfe in ihre Heerden fallen, und schließlich, um nicht mit den Massai auf gleicher Stufe zu stehen, eine über den wirklichen Werth weit hinausgehende Entschädigung zahlen." Der

---

1) Aus dem „Deutschen Colonialblatt" im Berliner „Vorwärts" vom 18. Juli 1892.

wenn er in seiner Abhandlung über „Afrikanische Diplomatie“ Folgendes einschärft:

„Ich gehe sogar soweit, Anwendung von Gewalt, wo es nicht durchaus nöthig ist, gerade dem wilden Eingeborenen gegenüber, ein Verbrechen zu nennen; denn wenn wir uns in die Idee des Wilden, der uns den Durchzug durch sein Land verweigert, der seine Selbständigkeit bewahren will, hineindenken, so müssen wir zugeben, daß unser Rechtsstandpunkt, unser moralischer Standpunkt, durchaus kein unangreifbarer ist. Ebenso häufig, wie leider aus Mangel an Gewissenhaftigkeit und ruhiger Ueberlegung, wird namentlich in Afrika gefochten, weil der Reisende glaubt, wenn er nicht wenigstens einige Gefechte aufzuweisen hat, sei seine Reise nicht interessant. Ebenso häufig ist Mangel an Kenntniß der Sitten, Gebräuche und Charaktere der Eingeborenen an unnützem Butvergießen Schuld. Ein Europäer, der im Auftrage der Civilisation und Cultur reist, und der leichtsinnig zur Beseitigung von Schwierigkeiten zur Büchse greift, ist nicht besser als der Araber, der, um sich zu bereichern, Menschenblut zu vergießen sich nicht scheut, ja er ist härter zu beurtheilen, denn er sollte auf einem höheren moralischen Standpunkte stehen als jener.“[1])

Wissmann erinnert daran, daß die erste Durchqueerung Afrikas von West nach Ost nur Einem Eingebornen im Kampfe das Leben gekostet habe. Was hat die fortschreitende „Civilisation“ die armen Schwarzen seitdem Alles gekostet von West nach Ost! Und zwar an Leib und Seele. Nicht nur durch den „militärischen Styl“, sondern ebenso durch die Sitten des Geschäfte machenden „Civil“. Je mehr sich eine europäische Beamtenschaft und die Handelsgesellschaften in einem dieser Colonialstaaten befestigen, desto betrübender werden die Nachrichten über die sittliche Führung derer, welche den Schwarzen das gute Beispiel geben sollten. Das zeigte sich namentlich am Congostaat als tiefer Schatten

1) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 15. Januar 1892.

gegenüber dem leuchtenden Wirken der Missionsgesellschaften, und Andere folgen nach:

„Aus allen Theilen Afrikas, wo Europäer hingedrungen, sind derartige Greuelthaten berichtet worden, namentlich aber vom Congo her, wo die Habsucht, Grausamkeit und sittliche Verkommenheit dort thätiger Europäer in ganz besonderm, höchst abstoßenden Maße sich zu äußern scheinen. Wenn man von deren Schandthaten hört, werden auch die Ueberfälle und Vernichtungen europäischer Expeditionen erklärlicher: die mißhandelten und betrogenen Eingeborenen erheben sich, wenn ihre traurige Lage nicht mehr zu ertragen ist, gegen ihre Peiniger und Unterdrücker und massacriren dieselben, sofern sie ihrer Herr zu werden vermögen . . . Es sind leider wiederholt schon ungünstige Nachrichten in der angedeuteten Richtung auch über deutsche Afrika-Reisende, Forscher und daselbst Handelstreibende zu uns herüber gedrungen. Wir meinen, die Reichsregierung, deren Ruf und guter Name durch solche Vorkommnisse in Mitleidenschaft gezogen und geschädigt wird, müßte diesen Dingen unausgesetzt höchste Aufmerksamkeit schenken und, wenn begründete Klagen vorgebracht werden, mit unnachsichtlicher Strenge gegen die Schuldigen einschreiten, sonst kann nicht wieder gut zu machender Nachtheil angerichtet werden, und es könnte schließlich Bedauern darüber hervorgerufen werden, daß außer den Missionaren, den Verkündern des Evangeliums, jemals der Fuß eines Europäers die wieder entdeckten Theile Afrikas betreten hat." [1])

Angesichts der Mittel und Kräfte, welche das deutsche Reich auf seine Besitzungen in Afrika zu verwenden hat, während es den letzten Mann und den letzten Pfennig auf die Sicherung in seiner europäischen Sackgasse aufbrauchen muß, möchte einem der Verstand stillstehen. Deutsch-Ostafrika ist fast doppelt so groß wie das deutsche Reich; der deutsche Besitz in Ostafrika, hat Graf Caprivi im Reichstag gesagt,

---

1) Zu Nachrichten aus Brüssel in der Berliner „Germania" vom 27. Oktober 1892.

ist das Zehnfache von Dem werth, was der englische Besitz werth ist. Kamerun, ungerechnet die streitigen „Hinterländer", ist wenig kleiner als das Königreich Preußen. Südwestafrika ist fast so ausgedehnt wie Italien und das deutsche Reich zusammengenommen. Togoland erreicht den Flächeninhalt Bayerns. Als vor bald zwei Jahren eine monatliche Postverbindung von der ostafrikanischen Küste nach Bukoba, der deutschen Station am Westufer des Viktoria-Nyanza, geplant war, wurde berechnet, daß die Boten täglich 11 Stunden zu marschiren hätten und die Strecke in 100 Tagen zurücklegen würden. Das sei eine „unglaublich kurze Zeit"; die Antwort auf einen Berliner Brief nach Bukoba würde dann schon nach 4½ Monaten an der Spree eintreffen.[1])

Unsere Colonialtreiber waren aber immer noch nicht gesättigt. „Wir haben", so sagte einer ihrer Aufrufe aus Berlin, „jetzt in Ostafrika viel gefährlichere Gegner als, wie bisher, die Araber, nämlich die Engländer".[2]) „Ich glaube", schrieb Dr. Peters, der in Uganda Flagge gehißt hatte, nach Berlin, „Uganda mit seinen Nebenländern für Deutschland gerettet zu haben." Es ist nichts daraus geworden, aber heute noch muß sich das mächtige England dort mit schweren Sorgen tragen. In dem deutsch-englischen Vertrag war auch die Insel Sansibar an England überlassen: das sei ein Wahnsinn, wurde dem Grafen Caprivi vorgeworfen, hoffentlich werde der Reichstag das ganze Uebereinkommen verwerfen; auch Witu wäre dann wieder gewonnen, und überhaupt: „wer Sansibar habe, der habe Afrika".[3])

Charakteristisch für alle diese Colonialverträge ist die Erfindung der sogenannten „Interessensphäre" — ein „neuer

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 13. Januar 1892.
2) Münchener „Allg. Zeitung" vom 29. Juni 1890.
3) Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 29. Juli 1890 — Wiener „Neue Freie Presse" vom 21. Juni 1890.

internationaler Begriff", wie Geheimrath Kayser im Reichstag sagte — und der „Hinterländer". Sie sind die natürliche Quelle endloser Streitigkeiten, am allermeisten für das deutsche Reich mit seinen in Ost und West planlos zusammengerafften Besitzungen in Afrika. Es gibt in Mitte des dunkeln Welttheils keine bestimmten greifbaren Grenzen. Sie bestehen bloß auf der Karte durch die Striche der östlichen Länge und südlichen Breite; nicht selten durchschneiden diese rein geographischen Begrenzungen sogar die Territorien der Eingebornen-Stämme in willkürlicher Weise, und mit der Stange im Nebel herumstechend suchen sich nicht nur die Zeitungsberichte, sondern die Colonialmächte selbst die „Hinterländer" ihrer Interessensphären heraus. So schwebt jetzt ärgerlicher Streit und Wettrennen wegen der Hinterländer von Kamerun zwischen dem deutschen Reich, Frankreich, England, dann wieder zwischen diesem und dem Congostaat wegen der Aequatorialprovinz, und so ohne Ende. Ein deutscher Fuß hat jene Hinterländer von Kamerun allem Anscheine nach nie betreten, aber man will sie haben.

Ein Muster, wie eine Colonie unter Reichsverwaltung nicht aussehen soll, bietet insbesondere der colossale Besitz in Südwestafrika. Die Klagen sind seit Jahren endlos. Vor drei Jahren veröffentlichte ein conservatives Organ einen Brief aus Damaraland: im Gegensatz zu dem benachbarten britischen Gebiete sei hier Alles anders. „Die deutsche Schutztruppe baut sich in Tsaobis ein Felsennest, das man sehen muß. Es ist ein Steinklumpen aus unbehauenen Steinen ohne Mörtel aufgeführt, mit Fellen und Stroh gedeckt, mehr einer Räuberhöhle ähnlich, als dem Aufenthalte einer kaiserlich deutschen Schutztruppe. Dann haben die Herren Officiere den Store der Colonialgesellschaft gekauft, und treiben einen schwunghaften Handel mit den Eingebornen. Man kann Kleiderstoffe, Geschirre, Alles, ja sogar Spirituosen und Munition bei der Truppe kaufen. Wir wirklichen Händler müssen hohe Licenzen dafür bezahlen". Seit zwei

Jahren, klagt der Brief, sei die Stelle des Reichscommissärs nicht besetzt, und noch mache man keine Miene dazu, worauf er schließt: „Vielleicht war es doch ein Fehler, daß Deutschland sich auf Colonien einließ; so eine Regierung, wie die unsrige hier, könnte Monaco auch etabliren".[1])

Die genannte Colonialgesellschaft für Südwestafrika war schon 1889 mit ihren Mitteln zu Ende. Sie hatte noch verhindert, daß das Schutzgebiet durch Verkauf an die Engländer überging; aber für Weiteres „fand der Vorstand überall zugeknöpfte Taschen; rund sieben Jahre sind vergangen und noch warten wir immer auf den deutschen Unternehmungsgeist, der sich dahin wenden soll." Die Gesellschaft entschloß sich endlich, den weitaus größten Theil ihres Besitzes an ein überwiegend englisches Syndikat in Hamburg zu verkaufen; aber, sagte Dr. Kayser in der Reichstagscommission, „Sir Donald Currie wollte sich nicht betheiligen, weil er überzeugt gewesen sei, wir würden das Schutzgebiet ganz aufgeben".[2]) Schon damals, als alle Anstrengungen der Gesellschaft, deutsche Ansiedler aus dem Caplande dahin zu bringen, umsonst waren, stand die Meinung fest: endlich werde man wohl oder übel dem Ansinnen der südafrikanischen „Buren" um Zulassung nachgeben müssen, da sie sicher das beste — freilich auch das unbequemste — Menschenmaterial für das so öde Südwestafrika liefern würden.

Ueber die Lage der Colonie wurde damals nach Berlin gemeldet: „Die Südafrikanische Zeitung schreibt, und leider nur zu richtig, daß ein allgemeiner Schrei des Unwillens durch die ganzen deutschen Schutzgebiete gehe. Alles werde durch schwere Gesetze geknebelt, der Handel belästigt und der Landankauf, selbst bei Zahlung guter Preise, einfach verboten. Die Schutztruppe sei keine Schutztruppe, sondern nur eine Polizeitruppe, keine Hülfe für die Weißen, sondern nur eine

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 27. December 1890.

2) Bericht der Münchener „Allg. Zeitung" vom 17. Januar 1893. — Vgl. Berliner „Kreuzzeitung" vom 2. Oktober 1892

unsägliche Belästigung und Bevormundung. In der Colonie sehne man sich, das Land concessionsweise an englische Gesellschaften übergehen zu sehen, um endlich den Unternehmungsgeist in richtige Bahnen gelenkt zu wissen."[1]) Nur Ein Uebelstand ist jetzt gehoben, aber vielleicht durch einen andern ersetzt worden. „Wir empfinden es", erklärte die Kreuzzeitung am 2. Oktober 1892, „als eine Schmach, daß die deutsche Herrschaft noch immer nicht im Stande gewesen ist, den schwarzen Räuberhauptmann zu beseitigen, der unser Schutzgebiet in Belagerungszustand erhält." Diesen Hottentotten ist nun der Krieg erklärt, die Festung ihres Häuptlings an der Grenze ist erstürmt, allein sechszig Frauen sind dabei getödtet worden; Friede ist aber doch nicht geschlossen.

Ueber eine wirkliche Colonisirung der deutschen Ländereien in Afrika ist es nicht möglich, eine einheitliche Anschauung zu gewinnen.[2]) Vor zwei Jahren hat das conservative Hauptblatt in Berlin gesagt: „Die Deutschen sind 300 Jahre lang politische Stubenhocker gewesen, und haben sich dabei eine Enge des Gesichtskreises angewöhnt". Ein Jahr später sprach das Blatt von großen Fortschritten in der Schätzung unserer Schutzgebiete, während noch vor einem Jahre „die Regierung nach den Erklärungen im Reichstage über den Werth und Unwerth der Colonien ganz unklar gewesen sei."[3]) Allerdings haben vom Militär wieder einige Handvoll mehr den Colonialdienst der Kaserne daheim vorgezogen; dafür hat der Tod durch das Klima oder vor dem schwarzen Feinde die gewohnten Lücken gerissen, und macht der unaufhörlich wechselnde Urlaub die Schutzgebiete nach wie vor zu einem Taubenschlag. Zur bäuerlichen Seßhaftmachung

---

1) Münchener „Allgemeine Zeitung" vom 20. Sept. 1892.

2) Eine thunlichst genaue Uebersicht hat soeben die Beilage der Münchener „Allg. Zeitung" vom 26. und 28. August zu geben versucht.

3) Berliner „Kreuzzeitung" vom 6. December 1891 und vom 30. December 1892.

zeigt sich jetzt erst ein leiser Anfang in den westlichen Gebieten, indem aus den Schutztruppen Ansiedler heraustreten, auch schon eine Anzahl von Bauernfamilien aus deutschen Landen den Schritt wagen wollte. Sonderbar nehmen sich bei den Millionen von Eingebornen die Klagen über „Arbeitermangel" aus. Nur unsere Missionen klagen nicht. Die Handelscompagnien und Plantagengesellschaften aber beziehen Malayen aus Indien und chinesische Kuli, die in Neu-Guinea nicht weniger als 3000. Letzteres Schutzgebiet, halb so groß wie das deutsche Reich, ist indeß in der Cultur am weitesten voran, obwohl es sich jetzt selbst regiert, ohne Reichscommissär und Reichszuschuß.

„Man sollte meinen", so war vor einigen Monaten in einer Besprechung der ostafrikanischen Eisenbahnprojekte zu lesen, „der coloniale Thatendrang Deutschlands wisse sich gar nicht genug zu thun." Das war auch die Anschauung Bismarck's, als er sich kopfüber in die Hanseatischen Colonialpläne hineinstürzte. „Capitalkräftige Genossenschaften", so meinte er, würden sich aufthun, die Compagnien die Landeshoheit ausüben, und vom Reiche nur den nöthigen Schutz verlangen: Alles nach englischem, nur ja nicht sogenannte Kroncolonien nach französischem, Beispiel. Er hat sich unverantwortlich verrechnet. „Zur Belebung des Interesses", erzählt derselbe Verfasser, „machen die ‚Afrikanischen Nachrichten' ganz ernsthaft den Vorschlag, die Regierung möchte doch durch Verleihung von Orden und Commercienraths-Titeln potente Kreise für die Colonialpolitik gewinnen." Er weist darauf hin, daß weder der kaufmännische Unternehmungsgeist der beiden ostafrikanischen Gesellschaften, noch die Regierung es verhindert habe, daß der einzige in Ostafrika in's Innere erbaute, von den Engländern lange Jahre vor der deutschen Besitzergreifung angelegte, Weg zerfallen und unbrauchbar geworden sei; es sei geradezu beschämend![1])

---

1) Münchener „Allgemeine Zeitung" vom 27. April d. Js.

Inzwischen erfreut sich der belgische Congostaat seiner gesicherten Eisenbahn; von der geplanten ostafrikanischen soll der damalige Gouverneur von Soden gesagt haben: „es werde dann alle halb Jahr ein Zug fahren".

So ist Alles anders gekommen, als Fürst Bismarck vor acht Jahren vorgegeben hatte. Bei den Reichstagsverhandlungen vom Februar 1891 sagte der Abgeordnete Bamberger: „Die Unterstellung eines großen Theiles des afrikanischen Gebiets unter die Solidarität des ganzen deutschen Reichs scheint mir durchaus dem zu widersprechen, was wir im Reichstag 1885 als Colonialpolitik verstanden haben. Für uns ist lediglich durchschlagend, daß wir nicht ein ostafrikanisches deutsches Reich schaffen wollen, das wir nicht im Interesse der Existenz des deutschen Reichs und seiner Steuerzahler erachten, weil wir nicht berechnen können, zu welchen fatalen Consequenzen dieß dereinst führen kann." Darauf antwortete der Reichskanzler Graf Caprivi: „Wir wollen die Verwaltung als unmittelbare Reichsverwaltung oder, wenn der Ausdruck erlaubt ist, obwohl er für das deutsche Reich absolut uncorrekt ist, als Kroncolonien übernehmen. Der Hr. Abgeordnete hat uns vorgeworfen, daß wir damit mit unserer Vergangenheit brächen. Es kann seyn, daß er damit Recht hat. Aber die Verhältnisse zwingen uns dazu, und der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, übernehmen wir die unmittelbare Reichsverwaltung, weil, wenn wir das nicht thäten, aus ganz Ostafrika voraussichtlich — nichts werden würde!" [1]) Etwas Anderes als eine Versuchsstation, bald so, bald anders, mit unzureichenden Mitteln, ist diese Reichsverwaltung auch seitdem nicht geworden. Auf dem Wege zum Tanganika-See schrieb Major von Wissmann noch vor vier Monaten nach Hause:

---

1) Münchener „Allg. Zeitung" vom 5. Februar 1891; Wochenblatt der „Frankf. Zeitung" vom 15. Februar 1891.

„Zerfahrener als jetzt können die Verhältnisse nicht seyn oder werden. Araber und Weiße sind an der Küste die besten Freunde; im Innern schlagen jene den Europäer todt, wie Emin Pascha, der in Nyangwe mit seinen sämmtlichen Leuten von den Rugaraga des mir bekannten Said ben Abed niedergemacht und aufgefressen worden ist, als er dort versuchte, für seine weitere Reise nach Westen Waaren zu erhalten. Belgische Karawanen und Stationen sind neuerdings wieder von den Arabern angegriffen, und die Wahehe führen einen Vernichtungskrieg im Großen gegen Weiße und Araber, wohin soll das führen? Alle unsere Schlappen sind jedem Araber, jedem größeren Häuptling genau bekannt. Die heilsame Furcht geht verloren, und im Gefühle ihrer Macht werden die Eingeborenen uns immer gefährlicher. Und nun eine andere Frage: Wie wird Deutsch-Ostafrika aussehen, wenn wir alle diese Scharten mit vielen Opfern an Menschenleben und Geld wieder ausgewetzt haben werden? Darüber ist man sich offenbar noch jetzt nicht recht im Klaren, und ich ersehe aus allen Nachrichten aus der Heimath, daß man diese Angelegenheit wieder unterschätzt, wie es früher die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft mit ihren Leitern that, und später der Gouverneur (von Soden) beim Antritt seiner Regierung, als er, meine kriegerischen Maßnahmen belächelnd, meinte: ‚Zu solchen Kerls, wie dem Wajao-Häuptling, schicke ich einen Lieutenant mit 30 Mann, und die Sache ist erledigt.“ [1])

---

1) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 31. August d. Js.

XLIV.

Zuschrift zur Zuschrift: „Was dann?“ [1])

(Aus Böhmen.)

Gestern habe ich das 4. Heft der „Historisch-politischen Blätter“ erhalten mit dem Artikel: „Was dann? Von einem Katholiken aus Oesterreich-Ungarn“. Es ist mir nicht möglich, den Aufsatz nach dem Lesen bei Seite zu legen, ohne Ihnen einige Bedenken mitzutheilen, die sich mir aufgedrängt haben.

Was über das Unbehagliche und Unsichere der allgemeinen Lage, den Druck der Militärlasten und die Ungewißheit der Zukunft gesagt wird, dürfte kaum von irgend einer Seite Widerspruch erfahren; nur darüber, wie dem abzuhelfen sei und welche Stellung Oesterreich-Ungarn einzunehmen habe, werden hoffentlich recht viele Leser anderer Meinung sein.

Das einzige Mittel zur Beseitigung der allgemeinen Spannung sieht der geehrte Herr Verfasser in der Rückgabe von Elsaß-Lothringen an die französische Republik. Wenn Jemand im deutschen Reiche dieser Meinung ist, so mag er dieß frei aussprechen und zusehen, ob sein Vorschlag Anklang findet; kommt aber ein Ausländer, um den Lenkern des Reiches

1) Bezüglich der fraglichen Zuschrift aus Ungarn ist zu constatiren, daß der Verfasser derselben sich gegen jeden Connex mit den Umtrieben, die sich mit dem Namen Rimler verknüpfen, feierlich verwahrt. Das zeitliche Zusammentreffen mit diesen Enthüllungen war ein leidiger Zufall. Anm. d. Red.

diesen Rath zu geben, so setzt er sich nach meinem Dafürhalten der Gefahr aus, anzustoßen oder nicht ernst genommen zu werden. Frankreich hat 1870 einen Angriffskrieg begonnen, ist mit großen Opfern von Seiten des Siegers überwunden worden und hat im Friedensschluß auf Elsaß-Lothringen verzichtet. Selbst ein Franzose muß, wenn er gewissenhaft ist, die Eroberung dieses Landes durch Deutschland als rechtmäßig betrachten. Der Schmerz der Franzosen ist allerdings begreiflich, doch sollte man sich auch gegenwärtig halten, auf welche Art diese Länder früher von Frankreich selbst erworben worden waren. Ueberdieß: haben nicht wir Oesterreicher im Jahre 1859, eben durch die Franzosen, die Lombardei und im Jahre 1866 trotz unserer Siege und des Festungsviereckes Venetien verloren, Länder, die gleichfalls werthvoller und rechtmäßiger Besitz waren und ehrlicher erworben als Elsaß-Lothringen durch die Franzosen? Wer hat uns damals bemitleidet, wer denkt heute bei uns noch daran, an den damaligen Feinden dafür Rache zu nehmen, wer will den Italienern rathen, uns diese Länder wieder auszuliefern?

Man muß aber auch der Behauptung widersprechen, daß Deutschland nach der Abtretung von Elsaß-Lothringen von Frankreich nichts mehr zu besorgen hätte. Was die Franzosen unversöhnlich macht, ist nicht so sehr der Verlust des Ländchens, als die Erinnerung an die erlittenen Niederlagen, sowie die Einbuße ihrer führenden Stellung in Europa, an die sie sich in Folge glücklicher Ereignisse seit langer Zeit gewöhnt hatten. Die Niederlagen kann Niemand ungeschehen machen, und es kommt nicht selten vor, daß ein sich gekränkt fühlender leidenschaftlich erregter Mensch durch Wohlthaten und Großmuth nicht besänftigt, sondern wegen seiner Eitelkeit noch mehr gereizt wird. Man darf daher von Deutschland nicht verlangen, daß es sich vor Frankreich demüthige und dessen Machtmittel vermehre, Alles nur in der unsichern Hoffnung auf Herstellung eines bleibenden Friedens. Dazu kommt noch die geringe Festigkeit und Beständigkeit der Verhältnisse in Frankreich. Die Regierung, die heute ehrlich einen Vertrag schließt und feierlich Frieden verspricht, kann in kurzer Zeit fallen und das Opfer wäre umsonst gebracht. Auch wird auf die Behandlung

des katholischen Elsaß-Lothringen durch Deutschland ohne Berechtigung hingewiesen, denn Jedermann weiß, daß die Katholiken als solche wenigstens besser behandelt werden, als es gegenwärtig unter französischer Herrschaft der Fall wäre.

Durch die Rückgabe von Elsaß-Lothringen soll nach der Meinung des geehrten Herrn Verfassers der Dreibund unnöthig und Oesterreich-Ungarn frei werden; tritt der Fall nicht ein, so soll Oesterreich einfach ausscheiden und sich mit Rußland verbinden. Rußland, dessen Kaiser mit wahrer Begeisterung als Muster eines wahren Christen hingestellt wird, sei der natürliche Bundesgenosse Oesterreichs, dieses soll nur mit Vertrauen entgegenkommen. Wir haben nichts gegen diese Hochschätzung der persönlichen Eigenschaften des russischen Kaisers, aber wir möchten doch die Frage an den Herrn Einsender richten: Ist nicht auch unser Kaiser Franz Joseph nach dem allgemeinen Urtheil des In- und Auslandes eine zum allermindesten eben so vertrauenswürdige Herrschergestalt? Wenn nun dieser anerkannt edle, friedliche und weise Monarch den Vertrag mit Deutschland und Italien abgeschlossen hat, und wenn er darin gleich den zwei anderen Mächten erklärt, daß der Vertrag nur zur Abwehr für den Fall eines feindlichen Angriffes abgeschlossen worden ist, warum darf man dann nicht verlangen, daß der Kaiser von Rußland schon jetzt, auch beim Bestande des Dreibundes, freundliche Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn unterhalte? Der Verfasser spricht sich ja selbst für eine friedliche Thätigkeit Oesterreichs im Orient aus, er glaubt gewiß nicht, daß Oesterreich den Dreibund benützen könnte, um Rußland anzugreifen. Wie erklärt er also die Feindschaft Rußlands, wenn dieses so ehrlich ist?

Es ist ferner in dem Aufsatz anscheinend übersehen worden, daß die Voraussetzung bei Abschluß des Dreibundes nicht eine etwaige Feindschaft des russischen Kaisers, sondern die des russischen Volkes oder vielmehr einer bestimmten mächtigen Partei gewesen ist. Mit dem Kaiser Alexander II. waren ja die persönlichen Beziehungen die besten, mit seinem Nachfolger nicht minder. Allein so unumschränkt der Kaiser von Rußland nach den Gesetzen auch ist, er ist nicht immer vollständig Herr seiner Entschließungen, und eine Umwälzung in Rußland ge-

hört nicht zu den unmöglichen Dingen. Auch Alexander II. wollte den letzten Krieg mit der Türkei nicht, und doch wurde er dahin gebracht. Sind demnach die persönlichen Eigenschaften und Anschauungen des Kaisers in Rußland nicht ausschließlich maßgebend für das Verhältniß dieses Reiches zum Ausland, so geht es auch nicht an, wie es bei dem Herrn Verfasser geschieht, darauf hinzuweisen als auf einen Grund für Oesterreich, den Dreibund zu verlassen und sich an Rußland anzuschließen.

Auch abgesehen von der Möglichkeit eines Umsturzes in Rußland: es kann nicht geläugnet werden, daß sich die Interessen Oesterreichs und Rußlands im Orient entgegenstehen, die Russen drängen nach Konstantinopel. Wie soll aber Oesterreich nach Auflösung des Dreibundes im Stande sein, Rußland zurückzuhalten und seine eigenen Interessen im Orient wahrzunehmen? Man denke nur an das Vorgehen der Russen in Bulgarien und das Wühlen auf dem Balkan, obwohl Oesterreich längst erklärt und durch die That bewiesen hat, daß es die ruhige freie Entwicklung der Balkanvölker, nicht Eroberungen beabsichtige. Wenn sich die Russen von denselben Grundsätzen leiten ließen, wäre die Feindschaft gegen Oesterreich unerklärlich, daher hat auch der Satz: „Es läßt sich ganz gut denken, daß ein näheres Verhältniß (Oesterreichs) mit den kleinen christlichen Balkanstaaten nicht jene Opposition finden würde, die man ihm oft unterschiebt“ — keine Begründung.

Aehnlich verhält es sich mit dem folgenden Satze: „Daher ist das christliche Rußland der natürlichste Bundesgenosse für ein katholisches Oesterreich-Ungarn, besonders wenn das protestantische Deutschland sich in den höchsten ethischen Fragen immer mehr mit seinen politischen Bundesgenossen in Gegensatz setzen und dieser Bundesgenossen entrathen will“. Eine derartige Begründung — wenn ich den Sinn richtig verstehe — wäre annehmbar gewesen zur Zeit des Culturkampfes, heute ist sie es nicht mehr. Es ist überhaupt schwer einzusehen, wie der Herr Verfasser den Rath ertheilen kann, Oesterreich möge aus religiösen Gründen Hand in Hand mit Rußland gehen, angesichts der Behandlung, welche die Katholiken in

Rußland seit langer Zeit erfahren haben und noch erfahren; in den „Histor.-polit. Blättern" selbst waren ja vor nicht gar langer Zeit Berichte zu lesen und zwar unter Namensunterschrift des Verfassers. Wenn der katholische Bischof Stroßmayer offen seine Hinneigung zu Rußland bekennt und sie damit begründet, daß er auf die kirchliche Wiedervereinigung in naher Zeit hofft, so läßt sich gegen einen solchen Optimismus schwer ankämpfen; keinesfalls aber darf Oesterreich-Ungarn seine auswärtigen Beziehungen auf ähnliche Meinungen gründen.

Der geehrte Herr Verfasser sieht es ferner als „naturgemäß" und „nur mehr als eine Frage der Zeit" an, daß aus dem Dualismus mit Ungarn die Personalunion hervorgehe und meint, „ein engeres Verhältniß dieses Staates mit allen kleineren Balkanstaaten wäre um so mehr gut denkbar und würde Niemand gefährlich werden". Ja wohl, wir sind leider auf dem Wege zur Personalunion, der Wahrnehmung kann man sich nicht verschließen, und wer noch den alten Kaiserstaat gesehen hat, beobachtet mit Betrübniß überall — hüben und drüben — das Zurückweichen des Staatsgedankens. Wenn jedoch der Herr Verfasser glaubt, das Gebilde, das dann aus dem Donaureiche hervorginge, werde eine größere Anziehungskraft auf die Balkanstaaten ausüben und dort besser seine Interessen vertreten können, als das jetzige Oesterreich-Ungarn, so stehen wir einem Räthsel gegenüber. Ich sage im Gegentheil: Gott bewahre unser Herrscherhaus und unser Staatswesen von diesem Unglück!

Wir mögen also die Gründe des geehrten Herrn Verfassers betrachten, wie wir wollen, es ist nicht ersichtlich, wie er bei Beurtheilung der Dinge „vom christlichen und conservativen Standpunkt" oder auch nur vom österreichischen [illegible] zu seinen Schlußfolgerungen gelangt. Auch von [illegible] ungarischen oder [illegible] österreichischen Voraussetzungen aus [illegible] man seine Vorschläge nicht gutheißen.

Zum Schlusse sei mir noch eine Bemerkung gestattet. [illegible] [illegible] „Zusammenstellung und [illegible] Daten" [illegible]

Schluß gezogen: Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien mögen noch so viel Truppen aufstellen, für Frankreich und Rußland „werde es immer ein Leichtes sein, die verhältnißmäßig geringe Zunahme der Dreibundstruppen zu paralysiren". Bezüglich der angegebenen Zahlen der Streitkräfte muß darauf hingewiesen werden, daß sie von den als verläßlich geltenden Angaben in Hübners „Geographisch-statistischen Tabellen" mehrfach abweichen. Auch fällt auf, daß in dem Aufsatze: „Was dann?" in die Bevölkerung von Oesterreich-Ungarn die von Bosnien und Herzegowina nicht eingerechnet ist, wohl nach ungarischem Gebrauch, der in Oesterreich schon lange nicht mehr besteht.

Obwohl der hochgeehrte Herr Verfasser allem Anschein nach in der Lage ist, tiefer in die Verhältnisse zu blicken als Andere, habe ich dennoch geglaubt, diesen meinen Bedenken Ihnen gegenüber Ausdruck geben zu müssen. Mit der Bitte um freundliche Aufnahme . . . . . .

Ende August 1893. O. M.

XLVI.

Des Kirchenlexikons achter Band.

(Literae Apostolicae — Mythologie. 2118 Spalten. 1893.)

Nach etwas mehr als Jahresfrist ist dem siebenten Bande, welcher in Bd. 109, S. 146 ff. dieser Zeitschrift zur Anzeige gelangte, der achte nachgefolgt. Möchte man auch im Interesse der raschen Vollendung des monumentalen Werkes ein schnelleres Tempo innegehalten wünschen — die innere Güte der Arbeit

leidet unter bedächtigem Fortschreiten durchaus nicht. Dafür gewährt auch der vorliegende achte Band der Beweise die Hülle und Fülle Im schönsten Verein haben die katholischen Theologen Deutschlands an der Herstellung eines Werkes gearbeitet, welches der Wissenschaft zur Zierde, der Ehre Gottes und der Vertheidigung der Kirche zum Nutzen gereicht. Was die moderne Forschung, wie auch die überlieferte Theologie an Schätzen zur Vertheidigung der Wahrheit darbietet, das finden wir hier auf knappem Raum zusammengedrängt und in angenehmer und leicht verständlicher Form dargeboten. So führt dieser Band das monumentale Werk in würdiger Weise fort und wird nicht minder wie seine Vorgänger dazu beitragen, in weiten Kreisen katholische Wissenschaft zu fördern und katholisches Leben und katholische Gesinnung zu stärken.

Die Grundlage alles höheren Wissens wird von der Philosophie gelegt, welche den Zweck verfolgt, die dem menschlichen Verstand sich darbietenden Fragen in ihren letzten und höchsten Ursachen zu erkennen, soweit das natürliche Licht der Vernunft diese Erkenntniß ermöglicht. Hier begegnen wir dem Artikel John Locke vom Professor Freiherrn von Hertling. Vielleicht hat die Abfassung desselben die erste Veranlassung zur Ausarbeitung der Schrift „John Locke und die Schule von Cambridge“ (Freiburg 1893) dargeboten, mit welcher Hertling uns jüngst erfreute und deren Zweck in dem Bemühen gipfelt, zu zeigen, daß in Locke's Werken neben dem Empirismus auch ein intellektualistisches Element zur Geltung kommt, und daß dieses auf die Platoniker von Cambridge zurückzuführen sei. Von einem unserer Veteranen auf dem Gebiete der *Philosophie*, Domkapitular Professor Stöckl in Eichstätt, stammen die Artikel Malebranche, Mensch, Mysticismus und Stuart Mill. Beim letztern Artikel vermißt man ungern wenigstens einen Hinweis auf die englische Literatur, insbesondere auf die Sammlung von Aufsätzen des verstorbenen Philosophen W. G. Ward, welche dessen Sohn und Biograph Wilfrid in zwei Bänden unter dem Titel „The Philosophy of Theism“ herausgegeben. Sehr eingehend mit Mill befaßt sich die ausgezeichnete Stonyhurst Series der von den Vätern der Gesellschaft Jesu heraus-

gegebenen Manuals of Catholic Philosophy, namentlich sei verwiesen auf das Lehrbuch der Logik von Richard F. Clarke, S. 80—87, sowie auf das Lehrbuch der natürlichen Theologie von Bernard Boedder S. 159 — 176. Ein sehr bedeutender Artikel ist Materialismus vom P. Gruber, S. J. Ferner nennen wir Materie und Form von Professor Hagemann in Münster, welcher den wider die scholastische Auffassung vorgebrachten Einwendungen vielleicht zu viel Gewicht beimißt. Dompropst Pruner in Eichstätt lieferte den tiefdurchdachten Artikel über Mystik. A. Esser behandelt den skeptischen Philosophen Montaigne, Welte den Philosophen Moses Maimonides, ohne jedoch an den Einfluß zu erinnern, welchen derselbe in einer Frage auf den hl. Thomas ausgeübt.

Aus dem Gebiet der Dogmatik seien hervorgehoben die Artikel Logos und Missio s. Spiritus von Prof. Atzberger in München, sowie Messias von Prof. Schanz in Tübingen. Der letztere behandelt sachgemäß auch den Messias außerhalb des Kreises der Offenbarung. Prof. Kaulen steuerte bei die tiefsinnigen Artikel Maria Mutter Gottes, sowie Maria im Neuen Testament. Hierhin beziehen wir auch den gelehrten Artikel Molina von Domkapitular Morgott in Eichstätt. Als Resultat der langwierigen Untersuchung wird verzeichnet: „Es empfehle sich, ein so dunkles, bei keinem Lösungsversuche von Schwierigkeiten freies Problem ganz aufzugeben, da nach so vielen fruchtlosen Anstrengungen kaum eine weitere Klärung der Frage zu erwarten sei". Dieser Artikel war schon gedruckt, als B. Fries S. J. seine Schrift „S. Thomae Aquinatis O. P. de cooperatione Dei cum omni natura creata praesertim libera" erscheinen ließ, worin die in Betracht kommenden Stellen des englischen Lehrers aufs neue untersucht, die Ansichten der alten und neuen Thomistenschule geprüft werden, woran sich eine kurze Untersuchung über die Verdunkelung jener Worte reiht, die nach Auffassung des gelehrten Paters die Veranlassung zur mißverständlichen Erklärung des hl. Thomas boten. Auch dieses Buch verscheucht nicht alles Dunkel auf dem in Rede stehenden Gebiete, aber die Vertheidiger der praedeterminatio physica werden mit derselben zu rechnen haben. Aus Morgotts

fleißiger Feder stammen auch die Artikel über die Theologen des Namens Medina, und den Schotten Mayor, welcher im Anfang des sechszehnten Jahrhunderts in Paris als Lehrer der Theologie glänzte. Ergänzend erlaube ich mir beizufügen, daß J. T. Law in Nr. 38 der Scottish Review im vorigen Jahr einen längeren Artikel über „John Mayor, Scottish Scholastic" brachte. Auch den großen Spanier De Lugo hat derselbe Gelehrte dargestellt.

In der Abtheilung Kirchengeschichte ist zuerst namhaft zu machen der trefflich orientirende Artikel von Professor Kihn über theologische Literaturgeschichte. Der älteren Kirchengeschichte gehören an die Artikel Lucina von de Waal und Päpste Marcellin und Miltiades von P. Grisar in Rom. Geschickt hat derselbe die neuesten Entdeckungen in den Katakomben, insbesondere jene verwerthet, welche sich auf die Acilii Glabriones beziehen. Professor Knöpfler in München behandelt die Päpste mit den Namen Martinus, Professor Bardenhewer die Träger des Namens Macarius. Professor von Funk bespricht die Montanisten, Bischof von Hefele die Monophysiten. Von hervorragenden Bisthümern nennen wir Lüttich, Lyon, Mailand, Mainz, Magdeburg, Metz, Minden und Münster. Im Gebiete der mittlern Zeit erscheinen Ludwig der Bayer, dessen Schicksale Wurm im Anschluß an Hergenröther und Pastor maßvoll schildert. Von großen Heiligengestalten jener Zeit sind zu nennen die Trägerinen des Namens Margaretha und Mechtild, welche Professor Kaulen verständnißvoll erörtert. Der Artikel Luther von Döllinger wurde in die neue Auflage hinübergenommen und mit der neuesten Literatur ausgestattet. Dessen Freund Melanchthon ist durch Funk bearbeitet. Der neuern Kirchengeschichte gehören an die Artikel Maldonat von Raich, Mabillon von Bäumer, Molanus von Pastor, Mauriner von Braunmüller, Mai von Hergenröther, Montalembert von Baumgartner, Marheinecke von Aloys Schmid.

Von Arbeiten über große Bischofsgestalten sind zu erwähnen die Artikel Migazzi und Milde in Wien von Maurer, Müller von Münster von Kaulen und Martin von Paderborn von Rebbert. Im Gebiet der Klostergeschichte sind zu betonen

die Artikel über Lobbes und Luxeuil von Bäumer, Lorsch von Falk. Der Mystik gehören an die Artikel Lourdes von Streber und Maria von Agreda von P. Zeiler. Reich vertreten ist die englische Kirchengeschichte mit den Artikeln Lollarden, London, Malachias, Maria die Katholische und Methodisten von P. Zimmermann. Canonikus Bellesheim spendete die Artikel Peter Lombard Erzbischof von Armagh, Cardinal Manning, Milton und Maria Stuart. Beim letztern Artikel ist die gesammte Literatur bis herab auf die 1891 erschienenen beiden ersten Bände des Werkes von Martin Philippson über die unglückliche Monarchin verwerthet. Ueber das letztere wird diese Zeitschrift sich demnächst eingehend verbreiten. Zu unserem Bedauern ist im Artikel Thomas Morus die neueste Literatur nicht angegeben. Statt Baumstark und Sybel's historischer Zeitschrift mußte das von Katholiken wie Protestanten gleich freudig begrüßte epochemachende Werk: T. E. Bridgett, Life and Writings of Sir Thomas More, London 1891, sowie desselben Verfassers The Wisdom and Wit of Blessed Thomas More, London 1892 citirt werden. Beide Schriften sind gewürdigt im Literarischen Handweiser Nr. 525 und 551. Vergessen wir endlich aus der neuern Zeit nicht den Abbé Migne (von Streber) von der Barrièrre de l'Enfer de Paris, einen Mann, der bei manchen Schwächen sich Anspruch auf den Dank aller derjenigen erworben, welche die Theologie aus den reinsten Quellen, den Werken der hl. Väter zu trinken wünschen. Großes Lob verdienen die Artikel Mission und Missionsanstalten von Neher, sowie jene über Marienfeste, Marienleben und Marienlegenden.

Mit der Moral sind befaßt die Artikel Mäßigung von Pruner, Magnetismus von Haan und Moralsysteme von P. Noldin in Innsbruck. Bei der in seinem gelehrten Artikel angezogenen Literatur hat Noldin die dreibändige Ausgabe der Lettere di S. Alfonso übersehen.

Nicht wenige hoch beachtenswerthe Artikel erscheinen in der Abtheilung Exegese. Professor Felten in Bonn, welcher im vorigen Jahre die Apostelgeschichte mit Gelehrsamkeit und

Berücksichtigung praktischer Bedürfnisse in einem starken Bande erklärte, liefert die Artikel über die Evangelisten Lucas, Marcus und Matthäus, die auch in Folge ausgiebiger Verwerthung der neueren exegetischen Literatur Englands angenehm berühren. Wie nicht anders zu erwarten, besitzt den Löwenantheil auf diesem Gebiete der Herausgeber Professor Kaulen, der ebenfalls regelmäßig den Palestine Exploration Fund heranzieht. Von ihm stammen u. a. die Artikel Madian, Manna, Mara, insbesondere der tiefsinnige Artikel Meer, den jeder Theologe, namentlich jeder Kanzelredner wiederholt lesen und überdenken sollte. Sehr beachtenswerth sind von demselben Veteranen auf dem Gebiet der Bibelkunde die Artikel Moab und Moloch.

Mit der Liturgie und dem Kirchenrecht sind befaßt die Artikel Liturgien, sowie Meßstiftungen und Meßstipendien von Kaulen, Messe, Mitra und Monstranz von Subregens Schrod in Trier, endlich Magister von Professor Kober in Tübingen und Mitgift von Heiner. Zum Schluß sei gedacht der von seltener Beherrschung des Gegenstandes zeugenden Artikel über Malerei von Domherr Jakob in Regensburg und über Musik von Pfarrer Bäumker.

A. B.

XLVI.

Aus den Tagen Marie Antoinette's.

Wenn die Lösung einer Frage zu einem abschließenden Punkt gediehen ist, dann dünkt es uns an der Zeit, ein Wort zur Nachrede zu ergreifen. Das jüngst erschienene Buch von Maxime de la Rocheterie „Marie Antoinette", das von der französischen Akademie mit einem Preis ausgezeichnet, ins Deutsche übersetzt, von der Wiener Verlagshandlung Austria dem deutschen Publikum dargeboten wurde, bildet einen drastischen Abschluß der kritisch-historischen Untersuchungen über das Wesen und Wirken der unglücklichen Königin, oder gibt sich mindestens als ein solches Werk. In der That beruht es auf strenger und gewissenhafter Quellenforschung und sucht Marie Antoinette objektiv und unparteiisch darzustellen. So lobenswerth diese Leistung ist und sein mag, dennoch können wir Rocheteries Werk nicht von kleinen Fehlern und Unterlassungssünden freisprechen. Was über Marie Antoinette gesagt wird, ist wahr, aber nicht die ganze ungeschminkte Wahrheit. Sie ist nicht mit dem Brusttone der Wahrheit gesagt und wird durch rhetorische Schnörkel vielfach beeinträchtigt.

Wer da glaubt, in dem vorliegenden Buche auf Entdeckungen zu stoßen, Geheimnisse enthüllt zu sehen oder Neues zu erfahren, wird sich enttäuscht finden. Manches, das wir bei anderen Autoren ausgeführt antreffen, wird bei Rocheterie nur angedeutet. So bleibt der wahre Cha-

rakter der königlichen Brüder dem Leser verborgen, und wer die Grafen von Provence und Artois nur aus diesem Werke kennen lernte, wüßte ewig nicht, wie er mit ihnen daran sei. Grund genug für uns, auf Einzelheiten näher einzugehen, da eine Revision des Ganzen doch unthunlich erscheinen müßte.

Der französische Autor fand an dem Uebersetzer einen trefflichen Dolmetsch und Erklärer. Dieser begnügte sich nicht mit der Verdeutschung des französischen Textes, sondern fügte demselben auch erläuternde Noten bei, die es auch dem in der Geschichte minder Bewanderten ermöglichen, zum vollen Verständnisse des Urtextes zu gelangen. Was diese Noten betrifft, so wird darin wohl auch zu weit gegangen und Manches zu erklären versucht, was thatsächlich keiner Erklärung bedarf, Anderes behauptet, das uns doch zweifelhaft erscheint. So hätten wir es z. B. denn nicht so bestimmt auszusprechen gewagt, daß Frau von Maintenon vor ihrer Verehelichung mit Louis XIV. mit diesem Monarchen in einem unerlaubten Verhältnisse gestanden habe. „Elle était vertueuse, moins par vice de tempérament, que par faiblesse d'esprit, j'aurai voulu l'en guérir, mais elle craignait trop Dieu“ äußerte Ninon de l'Enclos nach St. Simon über Frau von Maintenon. Als ein Fehler erscheint uns, daß der Feindschaft des Herzogs von Orleans gegen die Königin nicht hinreichendes Gewicht beigelegt wird. Der Herzog glaubte sich von der Königin verachtet, er meinte selbst, daß sie ihn angespuckt habe, und konnte der Königin die Geringschätzung, die sie ihm bei jeder Gelegenheit bezeugte, nie vergessen. Bei Marie Antoinette war es dagegen der Instinkt der Tugend, der sie in Louis d'Orleans das Laster hassen ließ. Der Herzog verfolgte Marie Antoinette mit Schmähschriften, vergiftete ihren Ruf, stachelte den Pöbel gegen sie auf und war die Hauptquelle des Widerwillens, der sich der Bevölkerung gegen die Königin bemächtigte. Bekanntlich stimmte der Herzog für den Tod des Königs.

Als ein Charakterzug, der bedeutsamer für den Mann ist als jeder andere, wäre zu bemerken, daß der mit ihm gefangene Prinz von Conti vom Convente die Trennung begehrte, weil ihm das viehische Gehaben des Herzogs mitanzusehen, als eine grausamere Strafe erschiene, denn der Tod.

Wenn der Agitation des Herzogs von Orleans kaum gedacht wird, so darf es auch nicht befremden, wenn sich der Autor mit dem Processe Favras kurz abfindet, und doch wirft die Affaire Favras ein helles Licht auf den Charakter des Grafen von Provence. Der Verfasser weiß über diesen Gegenstand nichts weiter zu sagen, als „daß ein großes Geheimniß über allen diesen Punkten schwebe und, Dank dem heroischen Schweigen des Angeklagten, wahrscheinlich immer darüber schweben werde.“

Ja freilich, wenn man die Beobachtung gewisser Rücksichten für geboten erachtet. Die Königin hatte ihre guten Gründe, nachdem sich die Wittwe und Tochter Favras' ihr vorgestellt hatten, zu sagen: „Eigentlich müßte ich, wenn ich meinem Herzen folgen dürfte, das Kind, das seinen (Favras) Namen trägt, zwischen mir und dem König sitzen lassen“. Marie Antoinette wußte recht wohl, warum die Waise diesen Ehrenplatz einnehmen sollte. Die Frau des Hingerichteten hatte ihr das Geheimniß anvertraut. La Rocheterie weiß von allem Dem nur, daß der Name des Grafen von Provence von den Zeitungen mit der Sache des Marquis de Favras in Verbindung gebracht wurde. Wenn der Verfasser aber auch darauf kein Gewicht legte, so war er doch verpflichtet, von der (bei Braumüller in Wien) 1881 veröffentlichten Schrift: „Thomas de Mahy, Marquis de Favras und seine Gemahlin“, welche von Favras' Enkel, Freiherrn Stillfried-Ratenic herrührt, Notiz zu nehmen. Und wäre das Alles nicht, wie kann man glauben, daß der Graf von Provence der Wittwe eines Mannes, durch den er sich scheinbar bloßgestellt wähnte,

großherzig zuerst eine Pension von 3000 Fr. und, als König, von 12,000 Fr. bewilligt haben würde, wenn er an dem unglücklichen Marquis nicht etwas gutzumachen gehabt hätte? Der Graf von Provence hätte allzu gern einen Schlag gegen die Revolution geführt, und die Häupter der Umsturzpartei hätten so gerne die Königin oder den Grafen von Provence verdächtigt und der Reaktion angeklagt. Der nachmalige Ludwig XVIII. glaubte in dem Marquis von Favras seinen Mann gefunden zu haben. Er konnte ihm die Contrerevolution vorbereiten helfen, seine Verbindungen mit Holland befähigten ihn, im gegebenen Augenblick Geld und Truppen zu schaffen. Doch kam Alles, was man vielleicht verabredet hatte, zu keiner Ausführung. Favras wußte wahrscheinlich nichteinmal von den geheimen Absichten des Prinzen und konnte daher jede ihm aufgebürdete Schuld mit gutem Gewissen in Abrede stellen. Der bloß gegen den Grafen von Provence gefaßte Argwohn und die Verhaftung des Marquis wirkten auf den Ersteren fascinirend. Feigheit ließ den Prinzen seinen treuen Diener verleugnen und bewog ihn zu dem demüthigenden Schritt, sich vor den Maires von Paris zu entschuldigen. Die Emigranten konnten dem Grafen das Entwürdigende dieses Schrittes nie verzeihen. Selbst Lafayette gesteht, daß es dem Prinzen bei dieser Gelegenheit an Muth und Treue gefehlt habe.

Fassen wir die beiden Prinzen und Schwäger Marie Antoinette's ins Auge. Der Prinz von Provence wird von dem Autor des vorliegenden Buches ziemlich richtig gezeichnet. Er war, was derselbe allerdings verschweigt, ein Voltairianer und selbstsüchtiger Mann, nicht ohne Ehrgeiz und Verstandesschärfe. Schon durfte er auf Kinderlosigkeit der Ehe Ludwigs XVI. rechnen, als der erste Dauphin geboren wurde. Der Prinz gesteht freimüthig, daß ihm diese Geburt nichts weniger als Freude machte. Uebrigens stellte er sich, nachdem ein Kampf gegen die Königin als aussichtslos erschien, zu Marie Antoinette so gut es eben ging. Zwischen den

Frauen der Prinzen und der Königin kam es nie zu einer herzlichen Verständigung, doch blieb die Form des Anstandes gewahrt. In der ersteren Zeit scheint sich der Graf von Provence der Königin mehr genähert zu haben, als der jüngere Bruder des Königs; später ist es der Graf von Artois, den wir häufiger an den Vergnügungen der Königin betheiligt sehen und öfter in ihrer und der Frau von Polignac Gesellschaft antreffen, als den Grafen von Provence.

Man kann nicht sagen, daß Graf von Artois einen günstigen Einfluß auf die Königin ausübte. Ein genußsüchtiger, auf galante Abenteuer ausgehender Prinz, konnte seine Gesellschaft der jungen Fürstin nicht zu Ehre und Ruhm gereichen. Anfänglich für die Prinzessin Lamballe schwärmend und ihre Gesellschaft aufsuchend und theilend, ging er bald in den Salon der Frau von Polignac und hiermit auch in das Lager der Königin über. Ein Mann des Rennsportes und tüchtiger Jäger gewann er auch die Königin für diese Vergnügungen, die nicht selten die Schranken der Etiquette durchbrachen und eine Freiheit des Benehmens gestatteten, die in Gegenwart der Gemahlin eines französischen Königs bis dahin unerhört war. Leider machten sich die Mitglieder der ausschließlichen Gesellschaft der Königin diese Freiheit in nicht zu rechtfertigender Weise zu Nutzen. Der Graf von Artois begünstigte aber auch die dramatischen Versuche, welche die Königin auf gleiche Linie mit den geladenen Gästen und Theilnehmern am Spiele stellten. Man konnte nicht hindern, daß die Fürstin in einer Rolle, die sie als ein untergeordnetes Wesen erscheinen ließ, von ihrem hohen Range niederstieg und den Mitspielenden und Zuschauern als königliche Schauspielerin erschien.

Wie war nun der Gesellschaftskreis der Königin beschaffen? Käme hier nur der Adel der Geburt und Abstammung in Frage, man könnte denselben untadelig nennen. Leider ließ zwar der Stammbaum nichts, Sitte und Charakter

dagegen viel zu wünschen übrig. Es ist ganz richtig, wenn der Autor bemerkt, daß die Königin sich nach Herzen sehnte, die mit ihr fühlten, die sich gleich ihr den jugendlichen Sinn bewahrt hatten. Diese Leidenschaft für Freundinen hatte indessen ihre Gefahren; Marie Antoinette öffnete ihr Herz eben jenen Personen, bei welchen sie auf Erwiderung ihrer Gefühle zählen zu können glaubte, so weit und rückhaltlos, daß sie auch nicht zögerte, den ihre Gunst mehr klug als edel ausbeutenden Menschen reelle Beweise ihres Wohlwollens zu geben. Diese Schwäche darf nicht gebilligt, sollte aber unter mildernden Umständen beurtheilt werden. Sie konnte sich vielfach, wenn man ihr Vorwürfe machte, auf die Zustimmung ihres Gemahles berufen. Es war in der That an ihm, seine Gattin zu stützen, über dem Gewoge des Hoflebens mit starker Hand zu erhalten, und wer die Königin tadelt, sollte doch der weiblichen Schwäche gedenken die bei einer neunzehnjährigen Königin zu entschuldigen ist.

Was nun die bei Frau von Polignac versammelte Gesellschaft, die auch diejenige der Königin ist, betrifft, so bemerkt der Verfasser, daß sie ausschließlich aus jungen Leuten bestand, die, an eine ungezügelte Ausdrucksform gewöhnt, sich gerne in Sticheleien ergingen, an welchen selbst die Königin theilnahm. Unter den Mitgliedern des intimen Kreises von Trianon ist uns keiner bekannter als Graf Vaudreuil, der, nebenher gesagt, beiweitem nicht der Unwürdigste der Gesellschaft war. Der Comte de Vaudreuil erprobte sich mindestens als treuer Anhänger der königlichen Sache. Dennoch war er nur ein müßiger Schwätzer, Schöngeist und Geldmacher. Letzteres in dem Sinne, daß er, was ihm heute geschenkt wurde, morgen verjubelte. Wie seine Treue bewährte sich auch seine Habsucht in schönen und trüben Tagen. Ohne anderes Verdienst als das, ein trefflicher Causeur zu sein, ein Mann, der sich auf Frauenlaune und Frauenherzen versteht, in Wortspielen eine gewisse Gewandtheit besitzt, ein Kunstmäcen, der mit vollen Händen

Geld streut und seine Gläubiger unbezahlt läßt, ein Staatsbürger, der auf den Staatsschatz so viele Wechsel zieht, als der jeweilige Finanzminister zu honoriren bereit ist, ein Höfling, der Aemter, Ehren und Titel accumulirt und noch kurz vor seinem Tode zum Herzog creirt zu werden verlangte.

So seltsam es auch erscheinen mag, Marie Antoinette wollte nicht, daß außer ihr noch Jemand eine Stelle in dem Herzen ihrer Freundin einnehme, und daß Vaudreuil doch eine solche Stelle occupirte, machte die Königin unwillig, ja fast ungerecht. In Tilly's Memoiren findet sich eine Stelle, in welcher der Autor bemerkt, daß die Königin Vaudreuil nichteinmal volle Gerechtigkeit widerfahren ließ. „Die Königin hegte für Vaudreuil nicht nur keine Neigung, sondern Widerwillen“. Für die Liebe, welche Frau von Polignac einzuflößen vermochte, haben wir außer dem Zeugniß der auf sie eifersüchtigen Königin noch die Aeußerungen Vaudreuils. Sein Schmerz über den Tod der so heiß geliebten Frau läßt ihn selbst Worte der Begeisterung finden. Madame Polignac muß wohl Eigenschaften besessen haben, die eine so lange und andauernde Neigung, um nicht zu sagen Leidenschaft, erklären. Vaudreuil schreibt unter dem 6. Dezember 1793: „Sie ist schmerzlos, ohne Todeskampf wie eine Heilige gestorben. Nachdem sie ihre religiösen Pflichten erfüllt und sich aller Gnadenmittel der Kirche bedient hatte, falteten sich ihre Hände wie zum Gebete. Einige Augenblicke später preßte sie dieselben ans Herz. In dieser Stellung war es, daß sie ihre Seele dem Schöpfer wieder gab (der Autor gebraucht übrigens den Ausdruck „son âme divine“) — ihrem Schöpfer, der es nicht länger dulden wollte, daß sie auf dieser von Verbrechen jeder Art besudelten Erde verweile. Man könnte wohl glauben, daß König und Königin es als Preis ihres Martyriums erbaten und erlangten, daß ihnen Gott die Seele der treuen Freundin zugeselle, jener Frau, die sich zu keiner Zeit etwas

vorzuwerfen hatte, weder böse Rathschläge noch Handlungen, die vielmehr stets und unter allen Umständen die Sprache der Wahrheit und Ehre redete, die durch ihre Mäßigung zur Zeit des Glückes selbst den Neid entwaffnete, und erst dann der Verleumdung anheimfiel, als die Lomenie und Necker an dem Sturz ihrer erhabenen Opfer, des Thrones und Altars zu arbeiten anfingen".

Der Graf von Artois liegt in gleichen Banden wie Vaudreuil. Er drückt dem fernen Freunde seine und „seiner Freundin" wärmste Theilnahme an dem erlittenen Verluste aus. An Diana von Polignac schreibt er: „Ach! meine Freundin ist seit Ankunft jener traurigen Nachricht schwer leidend, der Schlag traf sie mitten ins Herz. Sie vermag ihrem Schmerze nichteinmal Worte zu verleihen".

Da eben diese Freundin des Grafen Artois, Frau von Polastron stirbt, ist der Prinz in Verzweiflung, völlig außer sich und erklärt unumwunden, daß das Leben für ihn keinen Werth und Reiz mehr habe. Die beiden Männer finden bei ihrer Leidenschaft für die Frauen ihrer Freunde so wenig Arges, daß sie noch von göttlicher Schickung zu reden wagen. Kein Schwiegersohn kann sich schmerzlicher bewegt gegen die Mutter der dahingeschiedenen Gattin in Klagen ergießen, als der Graf von Artois bei der „pauvre mère" Diana von Polignac. Im Vergleiche mit den Ausbrüchen der Verzweiflung über den Tod von Madame Polastron klingt der Schmerzausruf bei der Nachricht von dem Tode der Königin und der Prinzessin Elisabeth gedämpft. Trotz des schweren Grames, in den Vaudreuil durch den Hingang seiner Freundin versenkt wird, sucht er nicht die Einsamkeit, sondern schreitet, lange über die Jugend hinaus, zu einer ehelichen Verbindung. Er heirathet, ein alter Junggeselle, seine zwanzigjährige Cousine Josephine Victoire und lebt — das Glück blieb ihm stets treu — bis an seinen am 17. Januar 1817 erfolgten Tod in glücklicher Ehe.

Vaudreuil, leichtsinnig wie die meisten Edelleute am

Hofe Ludwigs XVI., war dennoch nicht der schlimmste Berather des Grafen von Artois; er wirkte mäßigend und beruhigend auf den ehrgeizigen Prinzen ein und verhütete jeden Akt der Auflehnung gegen den König, so lange er konnte. Einmal verheirathet und in England ansässig, zog er sich vom politischen Treiben zurück, ohne indessen seine Ueberzeugungen aufzugeben. Ungleich vielen andern Royalisten, die bei der Aussichtslosigkeit des Hauses Bourbon zu Napoleon übergegangen waren, hielt er an dem Lilienbanner fest. Er kehrte nach des Kaisers Sturz nach Frankreich zurück, wurde zum Pair erhoben und in die Akademie aufgenommen, spielte aber keine politische Rolle mehr. Er trat nur zweimal noch öffentlich hervor, durch seine persönliche Theilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Ludwig XVI. und Marie Antoinette in Saint Denis und dann, indem er für den Tod Ney's stimmte. In seinen älteren Tagen war er zur Erkenntniß gelangt, daß die Kirche die verläßlichste Hüterin der öffentlichen Ordnung sei. Er suchte und fand Trost in seinem Leiden bei dem Glauben seiner ersten Jugend. Hatte er Frankreich als glaubensloser Mann verlassen, so war er als frommer Katholik dahin zurückgekehrt.

Nächst Vaudreuil machte sich sein Freund Graf d'Adhemar im Salon Polignac bemerkbar. Er war wie jener geartet, eine hübsche Erscheinung, von tadellosem Wuchs, belesen, und doch ohne gründliches Wissen, mit gesellschaftlichen Talenten reich ausgestattet und daher brauchbar bis zur Unentbehrlichkeit. Seine Stimme klang angenehm und die Methode seines Vortrages ließ nichts zu wünschen übrig. Ihm übertragene Rollen führte er glänzend durch. Dazu besaß er noch so viel Phantasie, um erträgliche Couplets zu dichten. Er gefiel der Favoritin und ebenso der Königin. Darüber wäre nun wenig zu sagen, wenn Adhemar nicht von brennendem Ehrgeiz verzehrt worden wäre. Er war durch seine Verheirathung mit der bejahrten Gräfin Valbelle

reich geworden, aber er wollte auch berühmt werden und eine seinen Mitteln entsprechende sociale Stellung erringen. Frau von Polignac sollte ihm dazu verhelfen und zwar, wie man leicht begreifen wird, durch die Königin. Er strebte nach dem Portefeuille des Kriegsministers und seine Beschützerin zögerte nicht, die Vermittlung der Königin anzurufen. Diese weigerte sich aber, einen Schritt in dieser Richtung zu unternehmen, da sie von der Unthunlichkeit überzeugt war. Dagegen scheint sie für die Ernennung d'Adhemars zum Gesandten in London gewirkt zu haben. Thatsache ist, daß er diese Stelle erhielt. Wir sehen, wie hier alle Theile des Mechanismus ineinander greifen. Graf Vaudreuil interessirt Madame Polignac für d'Adhemar, Madame Polignac wendet sich an Marie Antoinette, diese an den König, und der oberflächliche Mann vertritt die französische Politik am Hofe von St. James. Adhemar hatte alle Fehler seines Freundes Vaudreuil an sich, aber keine seiner Tugenden.

Ein anderes Mitglied der Gesellschaft war Baron Besenval, ein Schweizer, 1722 geboren, und daher schon in vorgerückten Jahren. Gerade dieser Umstand und das anbiedernde Wesen des Mannes, die zur Schau getragene Geradheit und Schlichtheit des Ausdruckes verfehlten nicht einer günstigen Wirkung auf die Königin, die in Besenval eine vertrauenswürdige Persönlichkeit zu erkennen glaubte und auf das Urtheil des viel erfahrenen und, wie es schien, selbstlosen Mannes großen Werth legte. Besenval zählte überdieß zu den Anhängern Choiseul's, welchem Marie Antoinette stets geneigt blieb. Er war es, der dem Unabhängigkeitssinne der Königin am meisten schmeichelte, sie in der Mißachtung der üblichen Umgangsformen bestärkte und sie zu manchem gewagten Schritte aufforderte, die sie ohne seinen Rath nie gethan hätte. Das Vertrauen der Königin wurde schlecht gerechtfertigt. Besenval verwerthete im eigenen Interesse, was er bei Hofe erfuhr. Es bedurfte aber sehr

starker Beweise der Unwürdigkeit des Mannes, der Königin die Augen zu öffnen. Die Dienstfertigkeit Besenvals mußte in Zudringlichkeit, sein Intriguenspiel in Verfolgung und moralische Zwangsversuche ausarten, ehe die Königin diesen Günstling abzuschütteln in sich den Muth fand. Erst als Besenval ihr Daumschrauben anlegte, um sich in den Besitz eines Staatsgeheimnisses zu setzen, brach sie mit ihm, duldete zwar noch seine Gegenwart, entzog ihm aber ihr Vertrauen gänzlich.

Besenval hielt sich für einen originellen Geist und großen Organisator. Seine Ernennung zum Stadtcommandanten von Paris 1789 bot ihm Gelegenheit, seine Befähigung zu beweisen. Er zeigte sich der Lage aber nicht nur nicht gewachsen, sondern beschleunigte durch sein ängstliches Wesen und beständiges Schwanken nur das Verderben. Statt in der Gefahr auszuharren und den Feinden des Thrones die Stirne zu bieten, war er nur auf Sicherung seiner werthen eigenen Person bedacht. Ein Fluchtversuch mißlang, doch wurde er nach kurzer Haft wieder in Freiheit gesetzt. Von da an zog sich der Baron völlig in das Dunkel des Privatlebens zurück. Er starb, ein von aller Welt vergessener Mann, zweiundsiebzigjährig am 27. Juni 1794.

Derselbe Mann hätte die Katastrophe und erste Gewaltthat, die zur Revolution führte, die Erstürmung der Bastille, verhindern und den guten Geist der Pariser Truppen erhalten können, wenn er sie rechtzeitig gegen die beginnende Empörung verwandte. Leider entsprach seine Thatkraft nicht den großen Worten, die er im Salon Polignac zu verschwenden pflegte. Die von ihm hinterlassenen Memoiren enthalten neben total falschen Nachrichten manche Wahrheit. Was er zu Gunsten Marie Antoinette's mittheilt, stimmt mit den Ansichten der besten zeitgenössischen Kenner und objektivsten Beurtheiler überein; was er gegen sie aussagt, erscheint als das Erzeugniß eines rachesüchtigen Gemüthes. Doch mag er mit seinem Vorwurfe, daß die Vertraulichkeit,

in der sich die Königin im intimen Verkehr gefiel, der ihr schuldigen Hochachtung und Ehrfurcht Eintrag gethan habe, das Richtige treffen, wie wenn er den raschen Stimmungswechsel zwischen liebenswürdiger Herablassung und stolzer Unnahbarkeit tadelt. Die Familie des Autors stellte die Aechtheit der Memoiren in Abrede und erklärte das ganze Memoirenwerk für unterschoben, während doch gute Gründe für die Aechtheit sprechen.

Einen unheilvollen Einfluß auf das Geschick der unglücklichen Königin übte ein anderer Habitué des Hauses Polignac, der galante Herzog von Lauzun, ein kühner, redegewandter Mann, der auf seine Liebesabenteuer stolzer war als auf kriegerische Thaten. Er war seines Oheims, des Marschalls von Richelieu, berüchtigten Andenkens, würdiger Neffe, ein liederlicher junger Mensch, Schuldenmacher und Religionsverächter. Mit einer jungen, schönen und überaus tugendhaften Dame, Amalie de Boufflers, vermählt, suchte er doch Lorbeern auf erotischem Felde und entblödete sich nicht, seine Augen selbst zur Majestät der Königin zu erheben. Sich für unwiderstehlich haltend und durch die Liebenswürdigkeit und Schalkheit Marie Antoinette's irre geführt, vergaß er sich so weit, die Königin mit einer von ihm getragenen Reiherfeder zu beschenken und mit einem leidenschaftlichen Geständnisse seiner zarten Neigung zu beleidigen. Was auf diese Erklärung folgte, ist selbstverständlich: ein Aufschrei sittlicher Entrüstung und der Befehl, sich augenblicklich zu entfernen. Daß die Königin dem Beleidiger ihre Gunst entzog und nichts that, ihm die gewünschte Beförderung zum Gardeobersten an Stelle seines Onkels zu verschaffen, ist viel begreiflicher, als der Zorn Lauzuns, der sich nun auf Seite der Umsturzmänner stellte und das Feuer des Hasses gegen die Königin schürte. Selbst der Tod des armen Opfers vermochte seine Rachsucht nicht zu versöhnen. Er grub, figürlich zu sprechen, die geheiligte Asche aus, um an ihr seinen Muth zu kühlen. Was Böses

von der Königin gesagt wurde, was ihre Feinde je gegen sie vorbrachten, sammelte er wie in einen Brennpunkt und ließ es wie Feuer auf den Gegenstand seines Hasses wirken.

Vielleicht der Beste und Uneigennützigste unter der Gesellschaft der Königin war Graf Axel Fersen, aber gerade an seine Schritte heftete sich die Verleumdung am kräftigsten und, wir möchten fast sagen, unzerstörbarsten. In Hollands Memoiren findet sich eine ganze Legende über die Beziehungen Fersens zur Königin zusammengestellt. Glücklicher Weise läßt sich aus der Unbehutsamkeit, um nicht zu sagen Schamlosigkeit, die der Königin zugemuthet wird, mit Leichtigkeit erkennen, daß es nur der Fürstin feindselige Stümper waren, die das Substrat dieser Verleumdungen lieferten. Wäre das Schriftstück klüger gefaßt und mit mehr Umsicht behandelt, es hätte die Geschichte der unglücklichen Königin ernstlich zu trüben vermocht. Den ungünstigsten Einfluß auf die öffentliche Meinung übte das an sich vollkommen untadeliche Verhältniß des Grafen von Artois zu seiner königlichen Schwägerin. Er war, weil kein Spielverderber, ein in Trianon gern gesehener Gast. Darauf beschränkte sich Alles. Nur der Ruf der Galanterie, in dem der Prinz stand, ließ, angesichts der Jugend und Schönheit der Königin, die gewährte Gastfreundschaft als gefährlich erscheinen.

Wir haben von den Damen der königlichen Gesellschaft noch nichts gesagt, und doch waren es diese, die jede andere Freundschaft vermittelten. Zuerst ist es die Schwiegertochter des Fürsten von Penthievre, Madame Lamballe, die der Königin die wärmste Sympathie einflößte. Ihre Sanftmuth, ihr Unglück — sie hatte einen Wüstling geheirathet, von dem sie nach einjähriger Ehe durch den Tod desselben befreit wurde — ihre rührende Gestalt, nahmen die Königin für sie ein. Marie Antoinette besaß große Herzensgüte und ließ sich von derselben zu Handlungen verleiten, welche die wahren Grenzen fürstlicher Großmuth insofern überschritten, als dadurch nicht die Privatschatulle der Königin,

sondern der Staatsschatz belastet wurde. Die sanfte Prinzessin Lamballe war in Erhebung pekuniärer Ansprüche, als sie Intendantin des Palastes wurde, nicht blöde und schmiedete das Eisen, so lange es warm zu erhalten war. Deßungeachtet darf ihr nicht vergessen werden, daß sie der königlichen Familie doch die Treue im Unglück bewahrte. Ohne Vergleich habgieriger erwies sich die Familie Polignac. Sie wurde mit Geschenken förmlich überschüttet. Leider wurde die Königin mit solcher Zähheit und Ausdauer angebettelt, daß sie ein anderes Gemüth hätte besitzen müssen, um so stürmischer Begehrlichkeit zu widerstehen. War die Güte der Fürstin unerschöpflich, so war auch der Abgrund kaum zu ermessen, in welchem die königlichen Wohlthaten verschwanden. Wir hören nur Summen auf Summen nennen. 400,000 Livres, um die alten Familienschulden zu tilgen, 800,000 Livres als Aussteuer für die Tochter, die der Herzog von Guiche heirathet, und als Beigabe das Gardecapitäns-Patent für den Bräutigam, das Geschenk der königlichen Domäne Fenestrange, die eine Rente von 70,000 Livres abwirft, endlich eine Pension von 80,000 Livres und die Sinecure der Direktion der Post- und Flußschiffahrt. Wir wollen von den vielen Wohlthaten schweigen, welche die Fürsprache der Königin den andern Mitgliedern der Familie verschaffte.

In Rocheterie's Buch wird viel von dem Einflusse gesprochen, welchen Marie Antoinette auf die Kunstrichtung ihrer Zeit übte. Trianon und Fontainebleau sind Zeugen ihrer künstlerischen Bestrebungen, und es läßt sich nicht leugnen, daß sie dieser Art Thätigkeit das Gepräge ihres Geistes aufdrückte, so daß die Erzeugnisse des Kunstgewerbes aus den Tagen dieser Fürstin eine besondere Gattung des Rococostyles bilden. Die Werke dieser Epoche zeichnen sich nicht sowohl durch Formstrenge als gefällige Weichheit aus. Alles Eckige, ja selbst Charaktervolle, möchte man sagen, ist sorgfältig vermieden, das Auge wird weder durch grelle

Farben geblendet, noch durch seltsame Formen verletzt, wohl aber von den matten Tinten und dem Stimmungsvollen des ganzen Ensembles angenehm angeregt und befriedigt. Weder die Keuschheit der Gothik, noch das Herbe der Frührenaissance stören die ruhige Beschaulichkeit, beeinträchtigen die Benützung oder den Hang nach Bequemlichkeit. Es ist der Styl eines verweichlichten Zeitalters, der Morbidezza der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, der sich in den Werken der Kunstperiode Ludwigs XVI. und Marie Antoinettes ausspricht.

Kostete Trianon und Fontainebleau Geld, so blieben doch die darauf verwandten Summen im Lande und kamen der arbeitenden Klasse und der heimischen Kunst zu Gute. Nach den geläuterten Begriffen der Nationalökonomie hätte man wohl ein Recht zur Klage gehabt, wenn die Königin Schätze aufgespeichert und dem allgemeinen Verkehr entzogen hätte. Sie that aber nur, was an jedem wohlbemittelten Staatsbürger lobenswerth erscheint, sie brachte Geld in Umlauf, förderte Handwerk und Kunst und gab dem Lande in anderer Form zurück, was sie von demselben empfangen. Andererseits wissen wir, welche Summen sie unmittelbar wohlthätigen Zwecken widmete und wie sie selbst einen integrirenden Bestandtheil Trianons in eine Armencolonie umwandelte. Wohin sind aber die Kleinode der königlichen Schöpfungen hingerathen? Was ist aus ihnen geworden? Jene Miniaturen, Bücher mit kostbaren Einbänden und Kupferstichen hervorragender Künstler, mit den verschnörkelten Bücherschränken, jene mit Schildkrot und Elfenbein eingelegten musikalischen Instrumente, die reich ornamentirten Kästchen und Cassetten, die Gemälde u. s w.? Verdorben, zerbrochen, verschollen, zerstreut in alle Welt. Wir selbst besitzen noch die mit Perlmutter und Gold eingelegten Dessertmesser, welche der holden Fürstin, der bestrickenden Freundin, dem schönen Vaudreuil und dem eitlen Adhemar, dem Grafen von Artois und der Prinzessin

von Lamballe zum Gebrauche dienten. Es sind spitz zulaufende Schneidewerkzeuge, Sinnbilder, wie Alles im damaligen Leben auf die Spitze getrieben wird, dolchförmige Messer — und das Messer sollte ja fin de siècle noch eine verhängnißvolle blutige Rolle spielen.

Marie Antoinette scheint anfänglich keine Verehrerin der französischen Muse gewesen zu sein. Sie wird von ihrer kaiserlichen Mutter vergeblich aufgefordert, sich mit französischer Literatur zu beschäftigen. Nach Rocheterie's Mittheilung besserte sich dieses Verhalten, die Königin gewann Interesse an der Lektüre. Es wird uns selbst berichtet, was und worüber die Königin gelesen hat, aber kein Wort davon, daß sie selbst dichtete, das heißt Gelegenheitsverse machte, und doch sind solche Verse vorhanden. Auf der ersten Seite eines dem Grafen Fersen gehörigen Albums befand sich ein Miniaturporträt der Königin, das mit „Boquet — 1788“ gezeichnet ist. Ueber diesem Miniatur stehen in der Handschrift Marie Antoinette's folgende Verse:

„Womit gedenken Sie die Blätter zu beschreiben?
Doch nur mit dem, was eben jetzt Ihr Herz bewegt.
Es soll ein fester, wohl verschlossner Schrein ja bleiben,
Für die Erinnerung, die Ihre Seele hegt,
Daß diese Tafel keine anderen Zwecke hat.
Ganz sicher läßt, um der Vergessenheit zu wehren,
Der Freundschaft ächt Gefühl und Sinn mich nun begehren
Zum Ausdruck meines Dankes wohl das erste Blatt“.[1])

---

1) „Qu'écrirez-vous sur ces tablettes?
Quels secrets leur confiérez-vous?
Ah! sans doute elles furent faites
Pour les souvenirs les plus doux!
En attendant, qu'à cet usage
Ce souvenir soit employé,
Qu'il soit permis à l'amitié
D'en remplir la première page“.

So beharrlich die Königin sich auch in ihren Freundschaftsbezeugungen gegen Frau von Polignac erwies, so mußte die Beziehung zwischen den beiden Frauen schließlich doch erkalten, da die Favoritin sich empfänglicher für Wohlthaten als dankbar dafür zeigte. Konnte sie sich doch nicht einmal entschließen, von der Königin ungern gesehenen Personen ihre im Palast gelegene Wohnung zu verschließen. Dennoch unterhielt Marie Antoinette einen lebhaften Briefwechsel mit der ausgewanderten Herzogin. Die Seelenstimmung der Königin geht aus einer Stelle hervor, die besagt, daß sie ungeachtet der endlosen Qualen und bangen Ahnungen noch immer voller Gesundheit genieße, daß das Unglück nicht aufhöre an ihrer Thüre zu pochen und sich dazu noch das Mißgeschick geselle, weil von ihren wahren Freunden geschieden, von Niemanden verstanden zu werden und keinem mitfühlenden Herzen zu begegnen.

Begreiflich bleibt deßungeachtet, daß der Tod Marie Antoinette's der ehemaligen Favoritin schwer aufs Herz fiel. Der Graf von Artois dagegen, der sich von dem Ableben der Frau von Polignac so gerührt zeigt, hat in Bezug auf die Nachricht von dem Tod der Königin nur folgende Worte: „Du weißt, welches Unrecht ich dieser mehr als unglücklichen Frau vorzuwerfen hätte, in diesem Augenblick aber habe ich ihr Alles vergessen. Mein Herz litt dabei mehr, als ich Dir sagen kann. Ich habe sie so sehr geliebt und sie war gegen mich so außerordentlich liebenswürdig. Was aber meinen Schmerz noch vermehrt, ist der Gedanke, was Deine Freundin unter diesem Eindruck leiden wird“.[1]) Tiefer scheint dem Grafen der Tod Madame Elisabeths gegangen zu sein. Er äußerte sich in seinem Brief vom 19. März 1794 darüber, wie folgt: „Ich sah das Entsetzliche kommen, nun ist der Schlag, der mein Herz zerreißt,

1) Correspondance intime du comte de Vaudreuil et du comte d'Artois.

gefallen. Diese Ungeheuer! Diese Tiger! Wenn es die Vorsehung gestattete, sie zu zerreißen! Sie ist nun glücklich und geborgen, und ich lebe der Ueberzeugung, daß dieser Engel über uns wacht".

Wie de la-Rocheterie über das fernere Schicksal des Dauphins, Ludwig XVII., sich ausschweigt und der Uebersetzer, um die Lücke auszufüllen, sich auf Weiß' Weltgeschichte beruft, so weiß das Buch auch nichts davon, daß man mit Maria Theresia, der Tochter der Königin-Martyrin, ungefähr das Nämliche wie mit dem Dauphin vorhatte. Die Königstochter sollte mit einem Sansculotten verehelicht werden. Der Graf von Artois schreibt an Vaudreuil: „Stelle Dir vor, daß die Schurken daran denken, die kleine Madame mit einem Sansculotten zu verheirathen". Daß dieser Plan bestand, ist um so glaublicher, als man durch das Gesetz der Analogie darauf geführt wird. Warum sollte es die Schwester besser haben als der Bruder? Waren doch Beide Kinder des verhaßten Stammes und in die Gewalt der Sieger gegeben. Der Umschwung der Dinge, der mit Robespierre's Sturz eintrat, scheint die arme Prinzessin gerettet zu haben. Leider hatte man bei dem Bruder schon den Geist getödtet, ehe der Leib noch in Staub zerfallen war.

Mit beredten und würdigen Worten schließt Rocheterie sein Werk ab. „Gleich dem Gendarmen Maingot hat die Geschichte das Blut des Opfers aufgefangen, um es den Mördern Marie Antoinette's als Kainszeichen auf die Stirne zu drücken". Er citirt Chateaubriands Wort: „Das erste Verbrechen war der Tod des Königs, aber das entsetzlichste der Tod der Königin". Die Nutzanwendung dieser Urtheile läßt aber leider noch immer auf sich warten. Die Zahl Derjenigen, die sich für die große Revolution begeistern, ist nicht geringer geworden, und wir treffen auch außerhalb Frankreichs Abgeordnete und Hochschullehrer, die nicht nur für die Ideen von 1789 schwärmen, sondern auch die Hände preisen, die den König und seine heldenmüthige Gattin an

das Messer geliefert haben. Es wird, so lange es noch edelgesinnte Menschen gibt, ein unaustilgbarer Flecken an der Geschichte der französischen Nation bleiben, daß sie ein schwaches Weib mit so starkem Herzen feige hinwürgen ließ.

Wir Oesterreicher haben dagegen allen Grund, auf die verhaßte „Oesterreicherin" stolz zu sein, die manchen Mann durch ihre Willenskraft und die Erhabenheit ihres Charakters beschämte. Wenn die poetische Rede von einem: „Vir probus cum mala fortuna compositus" spricht, so können wir in Marie Antoinette den Typus der analogen Form weiblichen Geschlechtes erblicken. In der That wurde die harmlose, kaum den Kinderschuhen entwachsene Prinzessin in eine Lage versetzt, welche die klügsten Fürstinen nicht zu beherrschen vermocht hätten. Der wohlgesinnte Gatte bot der jungen Frau keinerlei Halt und Stütze, war es ja vielmehr *sie*, die zur trüben Zeit der Revolution ihm als Stütze dienen mußte. Ludwig XVI. mußte ja noch darüber belehrt werden, was die Königin von ihrem jungen Gatten zu fordern berechtigt war. Marie Antoinette blieb während der gefährlichsten Zeit ihrer Jugend sich selbst überlassen und hatte es nächst Gott nur den in der Heimath mit der Muttermilch eingesogenen guten Grundsätzen zu verdanken, daß sie keiner Versuchung unterlag und keinen jener Vorwürfe verdiente, die man ihr ungerechter Weise machte.

Wir wissen, daß sie den Schein wider sich hatte und nicht mit jener Behutsamkeit zu Werke ging, die man von einer Königin von Frankreich zu erwarten berechtigt schien. Wenn nur ihre Ankläger bedenken wollten, daß es ein halbes Kind war, das jeder Art von Mißleitung ausgesetzt blieb, daß es nur ein Unterthan Maria Theresia's, Graf Mercy, war, der sie warnte und warnen durfte, während es bei ihr stand, die ertheilte Warnung zu beachten oder in den Wind zu schlagen. Der Einzige, dem ein Recht zustand, Unzukömmliches zu verhindern, übte dieses Recht nicht aus. Ludwig XVI. fand es in Ordnung, daß sich seine junge

Gemahlin des Lebens erfreute und einen solchen Freundeskreis um sich bildete, wie wir ihn kennen gelernt haben. Mit Fug wird darum auch der gute König für die läßlichen Sünden seiner Gattin verantwortlich gemacht.

Der Graf von Artois dagegen war nicht befugt, von einem Unrecht zu reden, das die Königin begangen, wohl aber hat er das abfällige Urtheil der Mit- und Nachwelt bezüglich seines Verhaltens gegen Marie Antoinette reichlich verdient. War es doch des Königs Bruder und Schwager der Königin, unter dessen Prestige, Schutz und Schirm man jagte, fischte, tanzte, spielte und liebelte, begünstigte er doch die Festlichkeiten von Trianon wie kein Anderer, waren es doch seine Freunde, die dem Rufe der Königin den unheilbarsten Schaden zufügten. Aber auch in Mitte des Strudels rauschender Vergnügungen achtete Marie Antoinette auf ihre Würde, sie blieb, man wäre versucht zu sagen, die einzig reine, wenn ihre Schwägerin Elisabeth nicht gewesen wäre, und stets erhaben über den Pöbel männlicher wie weiblicher Höflinge.

Es ist wahr, das Todesurtheil wurde von den blutrünstigen Gesellen des Umsturzes vollstreckt, gefällt hatten es die aristokratischen Richter und Richterinen, vorbereitet hatten es die alten Feinde der österreichischen Verbindung, die Partisane des duc d'Aiguillon und der königlichen Favoritin Madame Du Barry, die königlichen Prinzessinen, Schwestern Louis XV., die Schwägerinen, zwei piemontesische Prinzessinen und ihre Anhänger, die unverschämten Cavaliere, welche die Liebenswürdigkeit der Königin zu falschen Schritten verleiteten, die Unzufriedenen aller Stände, welche Marie Antoinette zufriedenzustellen nicht die Macht hatte, neidische Frauen, verkannte Poeten, tolle Politiker und die Adepten der Encyklopädie.

Die Jugend Marie Antoinette's fiel in eine trostlose Zeit, die Königin, welche auf einem anderen Thron den Anspruch gehabt hätte mit „Deliciae generis humani" be-

zeichnet zu werden, sollte den Kelch voll Bitterkeit bis zur Hefe leeren. Zu all diesen verderblichen Elementen gesellte sich der Argwohn, daß Marie Antoinette die Wohlfahrt Frankreichs ihrem Vaterlande und seiner Politik opfere. In der That wurde dieser Argwohn durch die von der Kaiserin Maria Theresia an ihre Tochter gestellten Zumuthungen, wenn das Geringste davon in die Oeffentlichkeit gedrungen sein sollte, erregt. Marie Antoinette wandte sich im Interesse Oesterreichs an die Minister, an den König, vielleicht an andere einflußreiche Personen. Sollten diese insgesammt die Verwendung der Königin als strenges Geheimniß gewahrt haben? Noch bei ihrer gerichtlichen Vernehmung spielte die Förderung des österreichischen Interesses einen Hauptanklagepunkt.

Obgleich nun Marie Antoinette so viel wie nichts erreichte, obgleich von Geldsendungen nach Wien umsoweniger die Rede sein konnte, als die Königin vielmehr ununterbrochen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, so bildete sich doch eine eigene Legende von dem Verrath, den die Königin zu Gunsten Oesterreichs verübt haben sollte, heraus. Daher die beleidigenden Zurufe, in welchen sie als Reichsverderberin und Feindin des französischen Staates gekennzeichnet wird.

Ein überaus trauriges Kapitel ist dasjenige der Rettungspläne. Diese scheiterten zur Lebenszeit Ludwigs XVI. an der Unentschlossenheit des Königs, der sich ja an dem berüchtigten 10. August selbst retten konnte, wenn er den Rath Marie Antoinette's befolgte und sich zur That aufraffte. Er zog es vor, sich zur Schlachtbank schleppen zu lassen, und wurde geschlachtet. Leichter war es, die Königin zu einem Entschluß zu bringen. Als diese aber zur Wittwe geworden war, fehlte es an Mitteln zur Ausführung. Es war ohne Vergleich zulässiger, die königliche Familie in Sicherheit zu bringen, als sie nur überwacht, aber noch nicht gefangen war. Außerdem vereitelten unvorhergesehene

Hindernisse die Flucht. Auch scheinen die Retter, wie die gewonnenen 52 Soldaten, im Augenblick der Entscheidung den Muth verloren zu haben. Weder der Todesgang des Königs, noch der Marie Antoinette's wurde von einem Befreiungsversuch unterbrochen. Das Manifest des Herzogs von Braunschweig in Verbindung mit der unglückseligen Haltung der Emigranten beschleunigte den Untergang der königlichen Familie. Was vom Auslande und besonders von dem befreundeten Wiener Hof zu Gunsten der erlauchten Tochter Maria Theresias unternommen wurde, war von einem seltenen Mißgeschick begleitet. Man erwartete von einer bewaffneten Intervention, was nur auf geräuschlosem Wege zu erzielen war. Man weiß, wie zugänglich die Revolutionshäupter der Bestechung waren, warum wandte man statt der Kriegskunst nicht Verführungskünste an? Uebrigens brauchen wir uns darüber nicht zu wundern, erlebten wir doch Aehnliches anläßlich einer viel jüngeren Katastrophe, die sich jenseits des Oceans ereignete. Die kaiserliche Familie war zu jedem Opfer bereit, die kaiserliche Diplomatie aber verstand es nicht, das Opfer seinem Zwecke zuzuführen. Eine sorgfältig vergrabene Million erweist sich eben als wirkungslos.

Marie Antoinette unterlag nicht sowohl dem Hasse und der Verfolgung ihrer Gegner, als dem Verhängniß, oder wie wir Christen sagen, dem unerforschlichen Rathschlusse der göttlichen Vorsehung. Wenn der König, trotz seiner redlichsten Absichten, zufolge seiner Charaktereigenschaften, so wenig er auch sein Loos verdient hatte, von dem Umsturz in den Abgrund gezogen werden mußte, so war in Ansehung der Königin nicht dieselbe innere Naturnothwendigkeit vorhanden. Sie stürzte ungeachtet der reichen Mittel zu ihrer Erhaltung, ungeachtet ihres Seelenschwunges, ihres Muthes, ihres königlichen Sinnes, ungeachtet so viele Herzen für sie schlugen, so zahlreiche Hände bereit schienen, sie vor dem Falle zu bewahren oder im Sturze aufzuhalten.

Das tragische Ende unserer Königin erinnert unwillkürlich an das ähnliche einer andern Fürstin: Maria Stuart, und doch hatten diese Königinen außer ihrem Unglück so wenig miteinander gemein. Ungeachtet ihres Liebreizes, einer unerfahrenen Jugend, des Mangels einer soliden Stütze, unzähliger Versuchungen — eine reine unbefleckte Vergangenheit, lebhafter bis zur Selbstaufopferung sich steigernder Familiensinn, die schwere Kunst frommen Duldens und Leidens und die noch härtere der Selbstverläugnung, mit Einem Worte das Genie des Martyriums, Fehlen ohne schlimme Absicht, Irrthum, aber keine Schuld. Verdiente Eine der beiden königlichen Frauen die Palme unvergänglichen Ruhmes, wir würden sie unbedenklich der Habsburgerin Marie Antoinette reichen.

Gloggnitz. Dr. G. E. Haas.

XLVII.

Die deutschen Katholiken in Südrußland.

So bekannt im Allgemeinen die bedrängte Lage der Katholiken im russischen Reiche ist, so wenig weiß man von den dortigen kirchlichen Verhältnissen des Näheren. Selbst der hl. Stuhl ist über dieselben nur nothdürftig unterrichtet. Denn jeder Brief, den ein Bischof an den hl. Vater schicken will, muß der Regierung zur Beförderung übergeben werden, und wenn irgend etwas darin steht, was ihr nicht gefällt, dann geht der Brief auf der Post „verloren". Persönlich nach Rom zu wallfahrten, wird weder einem Bischof noch einem Priester gestattet; desto leichter ist der Weg nach

Sibirien. Wohl soll auf Grund eines Uebereinkommens fortan ein ständiger Agent der russischen Regierung für die Interessen der katholischen Unterthanen beim hl. Stuhl angestellt werden; allein der Mann wird keine andere Aufgabe haben, als Rom nach Kräften zu belügen und hinter's Licht zu führen, Alles zu versprechen und das Gegentheil zu thun. Graeca fides.

In derselben Zeit, als der Großfürst Sergius mit seiner Gemahlin von Leo XIII. mit den höchsten Ehren empfangen wurde, lehnte die Regierung die Einfuhr einer Anzahl von Kisten mit Kelchen, Meßgewändern und sonstigen Altargeräthen ab, welche der Papst aus den Geschenken zu seinem Priesterjubiläum für die Bischöfe in Rußland geschickt hatte. Schließlich erklärte die Regierung nach langen Verhandlungen, sie wolle die Einfuhr gestatten unter der Bedingung, daß der Czar die Vertheilung der Geschenke nach seinem Gutdünken vornehme. Auf diese Bedingung konnte Rom selbstverständlich nicht eingehen, und so blieb endlich nichts anderes übrig, als die Kisten zurückkommen zu lassen, nachdem sie drei Jahre an der russischen Grenze gelagert hatten.

Geschäftsverbindungen in Odessa, Saratow und Tiflis haben es mir ermöglicht, wenigstens einen Blick in die Lage der Katholiken in Südrußland zu thun, die uns um so mehr interessiren, weil sich dort große Ansiedelungen von Deutschen finden, zumal aus Baden, der Pfalz und dem Elsaß, die im Anfange dieses Jahrhunderts dorthin gekommen sind und noch durchaus deutsche Sprache und deutsches Wesen bewahrt haben. Da haben alle Städte und Flecken deutsche Namen; es gibt ein Mannheim, ein Speyer u. s. w., gerade wie in Amerika die europäischen Städtenamen wiederkehren. Die Zahl der deutschen Katholiken in diesen Distrikten schätzt man auf 225,000; in den Orten, die sie bewohnen, finden sich nur wenige Leute anderer Nationalität und anderen Bekenntnisses; sie sind ganz „unter uns", leben vorwiegend von Ackerbau und Viehzucht und sind durch=

gehends wohlhabend, oft reich. Ihre communalen Angelegenheiten verwalten sie in patriarchalischer Weise selber; sie haben deutsche Schulen mit deutschen Lehrern und Lehrerinen, und wenn sie auch im amtlichen Verkehr mit der Regierung gezwungen sind, sich der russischen Sprache zu bedienen, so sind sie alle doch noch durch und durch Pfälzer, Badenser und Elsässer geblieben.

Die Regierung, die von diesen deutschen Ansiedlern unten am schwarzen Meere nichts zu befürchten hat, wohl aber von dorther jährlich ganz bedeutende Einnahmen bezieht, läßt ihnen, soweit der Russe dies überhaupt zu thun im Stande ist, nicht nur eine weite bürgerliche Freiheit, sondern greift hier auch weit weniger, wie anderswo, z. B. bei den Polen und in den Ostseeprovinzen, in das kirchlich religiöse Leben ein, und so bin ich selber Zeuge einer Frohnleichnamsprocession gewesen, die ungestört ihren Umzug durch das Städtchen Marienthal hielt. Die Häuser waren geschmückt, die Glocken läuteten, die Böller knallten, ganz wie in der alten deutschen Heimath. Noch mehr überrascht war ich, als ich in einer andern Stadt, Karlsruhe, die Kirche an einem Festtage besuchte und dort von einem trefflichen Chor cäcilianische Compositionen singen hörte. Der Chordirektor, Herr Edmund Schmid, ist ein Schüler der Regensburger Schule, der seine Sache dort ganz vortrefflich macht.

Die Kirchen sind in unserm heimathlichen Stil, die neueren vorwiegend gothisch gebaut; freilich darf der russische Doppeladler an und in keiner Kirche fehlen. Auch im Altarschmuck hat der moderne Aufschwung in Deutschland allseitig seinen Einfluß ausgeübt; in Odessa lernte ich eine ausgezeichnete Dame kennen, die ein großes Geschäft in kirchlichen Paramenten besitzt und den Kirchen zu Preisen, die nicht viel höher stehen als in Deutschland, durchaus stilgerechte Meßgewänder, Fahnen u. dgl. liefert. Die Stoffe werden vielfach aus der Heimath bezogen, wofür die russische Douane sich schweren Zoll zahlen läßt; aber das Institut

unterhält eine Anzahl von Näherinen und Stickerinen, um
die hl. Gewänder fertig zu stellen. Das sind dann aller-
dings keine Kunstwerke, wie die Schwestern vom armen Kinde
Jesu sie liefern; aber im Arbeitszimmer fand ich den „Kirchen-
schmuck" und selbst Schnütgen's Zeitschrift für christliche
Kunst.

Klöster kennt man nicht, keine Frauens- und noch viel
weniger Mannsklöster. Wären wenigstens Schulschwestern
und Krankenschwestern geduldet! Allein es ist nicht einmal
der dritte Orden oder sonst eine kirchliche Vereinigung gestattet
und wäre es auch eine bloße Gebetsvereinigung, z. B. für
die armen Seelen oder die Herz-Jesu-Bruderschaft. Aller-
dings hat der fromme Eifer der Gläubigen und ihrer Seelen-
hirten hier nun doch Manches gethan; aber das muß Alles
geheim gehalten werden. Die Regierung, die den verderb-
lichen Nihilisten-Bünden gegenüber wehrlos ist, verbietet
den Katholiken jene durchaus unschuldigen Gebetsverbrüder-
ungen, und während die geheimen Gesellschaften das Land
unterminiren, gelten selbst krankenpflegende Nonnen als
staatsgefährlich.

Die Stellung des Klerus ist, was die Gemeinde betrifft,
ziemlich wie bei uns. Die Diöcesis Tiraspolensis mit der
bischöflichen Residenz in Saratow, erst 1848 gegründet,
hat eine Ausdehnung, die Frankreich und Deutschland an-
nähernd gleichkommt, vom schwarzen bis zum kaspischen
Meere. Die Seelenzahl der Katholiken beläuft sich auf
276,000, von denen 225,000 Deutsche, 26,000 Armenier
mit orientalischem Ritus, 25,000 Polen sind. Bis zum
Jahre 1823 lag die Seelsorge in den Händen der Jesuiten
und der Väter vom hl. Vincenz von Paul. Als diese
verjagt wurden, traten an deren Stelle meist polnische
Priester, aber leider vorwiegend solche, die in ihrer Heimath
nicht gut gethan hatten. So gedenken denn noch jetzt die
Leute jener Zeiten, wo die Ordensväter unter ihnen weilten,
und wenn es auch nur Wenige mehr gibt, die von ihnen

getauft, unterrichtet und zur ersten heiligen Communion geführt wurden, so leben ihre Namen und ihr Andenken noch immer in der Erinnerung des dankbaren Volkes. Eine geregelte Seelsorge kam erst mit der Errichtung der Diöcese im Jahre 1848 oder genauer erst im Jahre 1856, wo die bischöfliche Verwaltung in Funktion trat. Das Capitel besteht aus fünf Canonikern, die vom Bischofe nominirt und von der Regierung einfach bestätigt werden. Natürlich darf es dem Bischof nicht einfallen, eine persona minus grata ins Capitel zu berufen. Zur Erziehung und Heranbildung des Klerus hat der Bischof ein Knaben- und ein Priesterseminar, die in einem gemeinsamen großen Gebäude untergebracht sind. Die Professoren der Philosophie und Theologie ernennt der Bischof, ebenso die Lehrer am Knabenseminar, wo nur einige Fächer von der Regierung, natürlich mit orthodoxen Lehrern, besetzt werden. Es sind dieß die Lehrer für die russische Sprache und für Geschichte. Wenn Schiller sagt, die Geschichte müsse sich unter den Händen des Dichters gefallen lassen, was er daraus machen wolle, so gilt das noch weit mehr in Rußland, sowohl was die vaterländische, als besonders, was die Religionsgeschichte betrifft. Es ist ganz schrecklich, was für Vorstellungen über Rom, die Päpste und die katholische Kirche der Jugend in ihren Geschichtsbüchern und im mündlichen Vortrage beigebracht werden. Freilich bei uns sind manche unserer Schulbücher für den Geschichtsunterricht, wie sie auch unsern katholischen Schülern aufoktroyirt werden, nicht viel besser. Außer seinem Seminar hat der Bischof noch das Recht auf einige Stellen in der großen katholischen Akademie zu Petersburg, die für das ganze Reich bestimmt ist und wo die Erziehung und Ausbildung durchaus gratis auf Staatskosten geschieht. Den Unterhalt für die Zöglinge im Seminar zu Saratow zahlt zum Theil der Staat, nämlich für 43 Alumnen. Die Gesammtzahl der Seminaristen beläuft sich auf 125, von denen 25 im großen Seminar sind.

Die Zahl der jährlich zu den hl. Weihen gelangenden Zöglinge für die Diöcese Tiraspoli beträgt nur ein halbes Dutzend, für ein so großes und ausgedehntes Bisthum viel, viel zu wenig. Auf jeden Pfarrer entfallen 3000 Seelen und darüber, und nur sehr wenige Pfarrer können einen Kaplan oder Hilfsgeistlichen haben. Viele Pfarreien sind gar nicht besetzt, und bei der großen Ausdehnung ist eine Aushülfe von den Nachbarpfarreien kaum möglich, um so weniger, als die Kräfte Eines Priesters nicht einmal ausreichen für die Seelsorge der oft auf viele Dörfer zerstreuten Pfarrkinder. Wie erwünscht wäre den Geistlichen wie den Gläubigen da wenigstens die Aushülfe von Schulschwestern! Die Zahl der Pfarreien beläuft sich auf 135, die der Seelsorgegeistlichen auf nur 165. Die Diöcese ist in 16 Decanate eingetheilt und der Bischof ernennt ohne Wahlrecht der Pfarrer, aber ebenso ohne Ingerenz der Regierung, die Decane. Den Gehalt für den Seelsorger zahlt die Gemeinde. Zu Neujahr tritt regelmäßig der Gemeinderath zusammen und fixirt die Gehälter für seine Beamten, Bürgermeister und Pfarrer, Lehrer und Lehrerinen, Polizisten und Flurschütz, Nachtwächter und Kuhhirt. Da die Gegend überaus fruchtbar und ergiebig ist und die Leute an ihren Priestern hangen, so stellt sich der niedrigste Gehalt der Pfarrer immerhin auf ungefähr 1000 Mark bei freier Wohnung mit Garten, nebst Stipendien, Stolgebühren und anderen Accidentien.

Die Geistlichen, welche ich auf meiner Reise kennen lernte, sind durchgehends treffliche, seeleneifrige Priester. Die religiöse, wie die wissenschaftliche Ausbildung, die sie in ihrem Seminar zu Saratow erhalten, muß eine recht gute sein. Denn da Predigt wie katechetischer Unterricht in deutscher Sprache gegeben werden, habe ich wiederholt die Gelegenheit benützt, denselben beizuwohnen, und da kann man ja bald beurtheilen, was der hochw. Herr im Kopfe und im Herzen hat. Gleich aus dem Seminar als blut

junger Priester eine Pfarrei von 2000 bis 3000 Seelen in der Ausdehnung einer kleinen Diöcese übernehmen müssen, ist keine Kleinigkeit; das verlangt ebenso viel Opfergeist wie Klugheit, und zumal letztere gegenüber einer Regierung, die den Priester auf Schritt und Tritt von ihrem Polizeidiener beobachten läßt. Daß die Thätigkeit der Geistlichen vielfach durch die Landesgesetze beschränkt und lahmgelegt ist, ergibt sich z. B. daraus, daß nach den im ganzen Reich streng gehandhabten Vorschriften alle Kinder aus gemischten Ehen zwischen Orthodoxen und Katholiken dem Popen zur Taufe gebracht und im orthodoxen Bekenntnisse erzogen werden müssen, so daß alle Nachkommenschaft aus gemischten Ehen für die katholische Kirche absolut verloren ist. Wollte, etwa selbst auf den ausdrücklichen Wunsch der beiden Eltern, ein katholischer Geistlicher es wagen, ein solches Kind zu taufen, so stände ihm Sibirien in Aussicht. Dasselbe droht ihm, wenn er die Beichte eines Unirten, deren es Manche dort gibt, die hieher in die Verbannung geschickt wurden, hören wollte; selbst auf dem Sterbebette darf er ihm nicht beistehen, wenn er nicht das erste Mal schwere Geldstrafe und im Wiederholungsfalle Deportation erwarten will.

Es soll ja überall der Klerus, soweit es Amt und Pflicht gestatten, mit den staatlichen Beamten sich in gutem Einvernehmen zu erhalten suchen, weil sie sein Wirken am Heile der Seelen auf der einen Seite ebenso fördern, wie auf der andern Seite erschweren können. Das gilt aber ganz besonders in Rußland, wo die Beamten allmächtig sind. Steht der Pfarrer einer Stadt sich gut mit den Behörden, dann darf er selbst an einem größeren Orte seine öffentliche Frohnleichnamsprozession halten mit allem Pompe, den er aufzubieten vermag, und die Beamten gehen wohl selber mit in der Prozession. So wird vielfach die Aeußerung des kirchlichen Lebens vollständig vom Wohl- oder Uebelwollen des Bürgermeisters oder Gouverneurs abhängig, gegen dessen Wille und Gebot es keine Appellation an eine höhere In-

stanz gibt. In Folge dessen muß der Klerus um der Seelen willen sich nicht selten Demüthigungen unterziehen, die einen sehr hohen Grad von Selbstverläugnung voraussetzen. Natürlich, und in Rußland die höchste und heiligste Pflicht, muß der Geistliche den Kaiser im Aeußern hoch über Alles stellen, auch über den Papst; von ihm darf er nur in den devotesten Ausdrücken auf der Kanzel reden, nur in den devotesten Ausdrücken seiner in den öffentlichen Gebeten gedenken; die nächste Stelle nach der heiligsten Dreifaltigkeit nimmt immer der Czar ein. Will ein Pfarrer eine neue Kirche bauen, dann weiht er sie dem Andenken an irgend ein freudiges Ereigniß in der kaiserlichen Familie, und sofort wird der Bauplan genehmigt und wohl auch ein Zuschuß aus Staatsfonds bewilligt. Selbst in einem bischöflichen Hirtenschreiben, welches aus Anlaß des Jubiläums des hl. Vaters erlassen war, trat wieder und wieder der Name des Kaisers in fettestem Drucke hervor, während der des Papstes nur unmerklich ausgezeichnet war. Durch besondere Gnade war gestattet worden, daß die Gläubigen ihren Pfarrern privatim Peterspfennige für den hl. Vater zu seinem Jubiläum bringen durften. Das Geld war an die bischöfliche Behörde einzusenden, und diese sandte es nach Rom — o nein! — nach Petersburg, von wo es durch allergnädigste Vermittelung an den Papst gelangte, — ob mit oder ohne Abzug, wage ich nicht zu entscheiden.

Bei der bisherigen Schilderung ist immer festzuhalten, daß ich nur von der Diöcese Tiraspoli mit ihrer compakten katholischen deutschen Kolonie rede, in der es außer den Beamten nur wenige Akatholiken gibt. Unvergleichlich härter lastet der weltliche Arm auf dem Klerus und den Gläubigen in den übrigen, zumal in den polnischen Diöcesen. Unsere Landsleute am schwarzen Meere haben bei ihrer Einwanderung Brief und Siegel für volle freie Religionsübung erhalten, und die russische Regierung hat ihre guten Gründe, dies Versprechen zu respektiren. Denn was der Kaiser gesagt hat, das gilt, als ob es gleich den zehn Geboten vom Sinai

aus verkündet worden wäre. Das hindert übrigens nicht, daß heimlich und weniger fühlbar unaufhörlich der Orthodoxie und ihrem Vordringen überall Vorschub geleistet wird. Erwürgen darf man den Katholicismus nicht; aber er soll an einer langsamen Schwindsucht dahinsiechen. Ein Mittel dazu sind die Gesetze über die gemischten Ehen, von denen ich schon oben gesprochen; dann besonders auch die Schulen, der Elementar- und noch weit mehr der höhere Unterricht.

Die Elementarschulen, wie die Lehrer und Lehrerinen werden von den Gemeinden unterhalten und besoldet; aber der Pfarrer ist der Inspektor, dem auch die Lehrer untergeordnet sind. Während die übrigen Fächer in russischer Sprache, wird der ganze Religionsunterricht nur in deutscher Sprache ertheilt, und der Pfarrer bestimmt die Stunden dazu. Leider reicht die Zahl der deutschen katholischen Lehrer und Lehrerinen nicht aus, um alle Stellen zu besetzen, und so schiebt die Regierung überall, wo sie kann, ihre orthodoxen russischen Lehrkräfte ein. Die Lehrbücher bestimmt die Regierung mit Ausnahme der Katechismen und der Religionsbücher, die der Bischof allein vorschreibt, so daß sich also in den Religionsunterricht selbst die russische Bureaukratie nicht einmischt. Die katholischen Feiertage werden auch von der Schule mitgefeiert. Auch an den Gymnasien, welche sämmtlich Staatsanstalten sind, ist der katholische Religionsunterricht frei und wird in deutscher Sprache ertheilt.

Noch ein Wort über die Presse. Eine katholische deutsche Zeitung gibt es nicht, nichtmal ein Wochenblättchen, nichtmal einen Kalender; das ist Alles nicht erlaubt, und jeder Versuch, die Bewilligung dafür zu erwirken, ist bisher unnütz gewesen. Es mag als ein Unicum verzeichnet werden, daß selbst das Direktorium für die Priester, in welchem die täglichen Officien für Breviergebet und Messe angegeben sind, nicht in lateinischer Sprache verfaßt ist, wie sonst überall, sondern in russischer Sprache. Also eine eigene deutsche Presse existirt

dort nicht, keine katholische, weil die Regierung sie nicht duldet, keine antikirchliche, weil sie keine Leser finden würde. Es dürfen aber auswärtige Blätter eingeführt werden, allerdings unter argen Beschränkungen. Eine Anzahl katholischer Tageszeitungen ist überhaupt verboten; andere werden von der Post unter dem Drucke der Censur und der Revision so unregelmäßig ausgeliefert, resp. so regelmäßig zurückgehalten, daß man von selber das Abonnement aufgibt. Weniger Schwierigkeiten finden die kleinen Wochen- und Monatsblätter, die sich nicht mit Politik abgeben, und das Gleiche gilt von den illustrirten Zeitschriften, wie Hausschatz, Alte und Neue Welt u. dergl. Auch belletristische Werke, Erbauungs- und Gebetbücher können unbehindert eingeführt werden. Während den katholischen Zeitungen alle Hindernisse in den Weg gelegt werden, haben liberale Blätter, so lange sie russenfreundlich sind, freien Eingang. Das gilt z. B. von dem Judenblatt der „Neuen freien Presse", und ähnlichem Gelichter. Die russische Literatur selber besteht vorwiegend im Uebersetzen und Verarbeiten leichter und seichter französischer Romane, die mit ihrem Unglauben und ihrer Unsittlichkeit schon die Jugend vergiften.

Unsere deutschen Landsleute am schwarzen Meere sperren sich mit Recht gegen diese schmutzige Waare ab; was sie lesen, sind deutsche Bücher. Sehr interessant war mir die Aeußerung, die ich wiederholt als tiefste Ueberzeugung aussprechen gehört habe: „So lange wir deutsch bleiben, bleiben wir katholisch; wollten wir unsere Muttersprache aufgeben, so würden wir dem Schisma und dem Unglauben verfallen." Daher hält denn auch der Klerus so standhaft fest an der Pflege deutschen Wesens, deutscher Gesinnung und Sprache, und er hat darin die Bevölkerung selber, die in ihrer Abgeschlossenheit einen eigenartigen patriarchalischen Charakter voll schlichter Einfachheit und urwüchsiger Kraft bewahrt hat, zu Bundesgenossen. Die Regierung thut zwar direkt und indirekt, was sie kann, die Leute von Rom ab und

zum Schisma hinüberzuziehen; unter Anderm bestimmte ein neuerer Ukas, daß nur Bekenner der Orthodoxie zu höhern Staatsämtern, sowie zur militärischen Carriere zugelassen werden sollen. Allein was auch bisher versucht worden ist: unsere deutschen Katholiken dort unten am schwarzen Meere haben sich standhaft erwiesen.

Das allerdings ist eine traurige Thatsache, daß nicht nur nicht an eine Ausbreitung des Katholicismus dort zu Lande gedacht werden kann, sondern daß Alles, was auf religiösem Gebiete geschieht, nur ein Kampf ums Dasein, nur ein Ringen um Fortexistenz, nur die fortwährende Vertheidigung einer auf allen Seiten von einer Uebermacht belagerten und bedrängten Burg ist. Es kommt daher Alles darauf an, daß der jedesmalige Bischof von Tiraspoli kein kaiserlicher Miethling, sondern ein Hirt sei, der bereit ist, sein Leben für seine Schafe hinzugeben. An seinem Bischof muß der Klerus, muß das Volk einen Führer, ein Vorbild und Muster haben; das gilt ja überall, aber ganz besonders dort. Freilich ist auch nirgendwo die Stellung eines Bischofs so schwer, nirgendwo sein Weg so dornenvoll, nirgendwo die Markscheide so schwierig einzuhalten, wie weit er der Regierung entgegenkommen und nachgeben darf, ohne seine Heerde in Gefahr zu bringen, ohne die Pflicht seines Hirtenamtes zu verletzen. Selbst die russische Regierung hält es für selbstverständlich, daß man den Katholiken nationale Bischöfe geben müsse und so ist, um nur die letzten zu nennen, auf den Bischof Franz Ludwig Zottmann, der 1872 den Bischofsstuhl von Tiraspol bestieg, im Jahre 1883 sein bisheriger Suffraganbischof Anton Zerr gefolgt, den ich als einen klugen seeleneifrigen Oberhirten rühmen hörte.

Ich erinnere mich einer altchristlichen Inschrift aus den römischen Katakomben, auf welcher der Mann von seiner verstorbenen Gattin sagt, er habe mit ihr nie Streit haben können, da sie ja eine Christin gewesen sei. In ähnlicher Weise kann man in politischer Beziehung von

unseren Landsleuten in Südrußland sagen: weil sie Katholiken sind, darum sind sie gute Unterthanen. So sehr sie ihre nationalen Eigenthümlichkeiten bewahrt haben und bewahren wollen, so zufrieden fühlen sie sich als russische Staatsangehörige und so ergeben sind sie dem großen Kaiser in Petersburg. „Wenn der Czar es wüßte!“, sagen sie, wenn sie von ihren russischen Beamten Unrecht und Unbill erfahren. Die Reicheren machen gern eine Reise in die alte Heimath, wo sie ja noch vielfach entfernte Verwandte haben; aber ebenso gern kehren sie in ihre neue Heimath zurück und freuen sich in stolzem Patriotismus, daß sie aus Pfälzern und Badensern Angehörige des mächtigsten Reiches auf Erden geworden sind. A. M.

XLVIII.

Neuestes aus Oesterreich, respektive Böhmen.

Von einem österreichischen Reichsrathsabgeordneten.

Die Verordnung des Gesammtministeriums vom 12. September 1893, mit welcher auf Grund des Gesetzes vom 5. Mai 1869 für das Gebiet der k. Hauptstadt Prag, dann für die politischen Bezirke k. Weinberge, Carolinenthal und den dermaligen Umfang des politischen Bezirkes Smichow Ausnahmsverfügungen getroffen werden, dann die Verordnung des Gesammtministeriums vom 12. September 1893, betreffend die Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte für den Sprengel des Landesgerichtes in Prag auf die Dauer eines Jahres vom Tage der Kundmachung

dieser Verordnung — mußten bei jedem österreichischen Patrioten große Betrübniß hervorrufen. Der wesentliche Inhalt dieser Verordnungen ist folgender:

Durch die erste derselben, welche ebenfalls mit dem Tage ihrer Kundmachung in Wirksamkeit tritt, werden die Bestimmungen des Art. 12 und 13 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger zeitweilig suspendirt, und es treten die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Mai 1869 in Kraft. Nach der Suspension des Art. 12 des Staatsgrundgesetzes dürfen Vereine oder Zweigvereine, welche unter die Bestimmungen des Gesetzes vom 15. November 1867 fallen, ohne Bewilligung der Behörden nicht mehr gebildet werden, und die politischen Behörden können die Thätigkeit derselben von besonderen Bedingungen abhängig machen. Die Thätigkeit der Vereine anderer Art bleibt unberührt, auch kann die politische Behörde in die Versammlungen einen Commissär senden und die Versammlung schließen oder deren Beschlüsse sistiren, wenn der statutenmäßige Wirkungskreis überschritten wird. Versammlungen im Sinne des §. 2 des Gesetzes vom 15. November 1867 dürfen überhaupt nicht, öffentliche Aufzüge nur mit Bewilligung der politischen Behörde abgehalten werden. In Bezug auf die Preßfreiheit ist nach der Suspension des Art. 13 des Staatsgrundgesetzes die Verwaltungsbehörde berechtigt, das Erscheinen oder die Verbreitung von Druckschriften einzustellen, gegen dieselben das Postverbot zu erlassen und den Betrieb von Gewerben, die durch Vervielfältigung literarischer oder artistischer Erzeugnisse oder durch den Handel mit denselben die öffentliche Ordnung gefährden, zeitweilig einzustellen und für die Hinterlegung der Pflichtexemplare eine Frist zu bestimmen, welche bei periodischen Druckschriften bis zu drei Stunden, bei anderen Druckschriften bis auf Tage vor der Ausgabe ausgedehnt werden kann. Uebertretungen der diesbezüglichen Bestimmungen und der auf Grund des § 8 des Ausnahmsgesetzes verfügten Bestimmungen in Betreff der Erzeugung, des Be-

sitzes und des Tragens von Waffen und Munitionsgegenständen, in Bezug des Paß- und Meldungswesens, das Verhalten an öffentlichen Orten und die Ansammlung von Leuten, sowie auf die Vornahme demonstrativer Handlungen und den Gebrauch von Abzeichen werden, sofern sie nach den bestehenden Gesetzen nicht einer schwereren Strafe verfallen, mit einer Geld- oder Arreststrafe bis zum Betrage von 1000 fl. oder bis zur Dauer von sechs Monaten bestraft.

Hiebei ist noch Folgendes zu beachten: 1) Ausnahmsverfügungen können nur auf Grund eines Beschlusses des Gesammtministeriums nach eingeholter Einwilligung des Kaisers getroffen werden; 2) die Regierung ist verpflichtet, dem Reichsrathe, sobald er wieder versammelt sein wird, von den Ausnahmsverfügungen Mittheilung zu machen und seine Beschlußfassung über dieselben einzuholen.

Die politische Situation hat sich durch diese Maßregel der Regierung ganz außerordentlich verschärft.

Am 14. September 1871 wurde der böhmische Landtag durch ein „königliches Rescript vom 12. September 1871“ eröffnet, welches das böhmische Staatsrecht anerkannte. Am 12. September 1893 wurden auf Grund der kaiserlichen Einwilligung die oben erwähnten Ausnahmsverfügungen getroffen. Diese beiden historischen Thatsachen bekunden einen Sieg des liberalen Centralismus über den conservativen Föderalismus in Oesterreich.

Wir haben über den letzteren, sowie über andere politische Fragen Oesterreichs in einigen Aufsätzen in diesen Blättern [1]) unsere Anschauungen mitgetheilt, so daß eine Wiederholung hier überflüssig erscheint.

Zunächst und für den Augenblick fesselt unsere Auf-

---

1) Band 110, S. 679 ff.: „Die Zukunft der conservativen Partei in Oesterreich.“ Band 111, S. 33 ff.: „Die Krise im österreichischen Parlamente.“ Band 111, S. 138 ff.: „Ueber den förderalistischen Grundzug Oesterreichs.“

merksamkeit aber nicht dieser Sieg des Centralismus über den Föderalismus. In erster Linie muß man sich die Frage stellen: Ist die Anordnung der Ausnahmsverfügungen gerechtfertiget?

Der politische Kampf in den letzten Jahren ist in den meisten Ländern Oesterreichs durch die Entstehung radikaler Parteien verbittert worden. Insbesondere aber war es das Königreich Böhmen, wo die Dinge einen geradezu grauenvollen Weg gingen. Hatten dort früher die Deutschen den Krug schon fast zum Brechen gebracht, so waren und sind es in den letzten Jahren die Jungczechen, welche im politischen Kampfe Mittel anwendeten, welche ebenso verderblich als unstatthaft sind.

Die Leidenschaften des Volkes wurden in der ungerechtfertigtsten Weise angefacht, die Autorität untergraben, Patriotismus zum mindesten nicht bekundet. Das czechische Volk, das in seiner Masse kaisertreu und österreichisch ist, wurde Tag für Tag verhetzt und an den Wagen der beiden Gregr geknebelt.

Es wäre aber nicht loyal, wenn wir nicht hervorheben würden, daß durchaus nicht alle jungczechischen Abgeordneten an diesem gefährlichen Spiele theilnahmen. Einsichtsvolle Politiker mahnten, warnten, Opposition innerhalb berechtigter Grenzen zu treiben. Aber im wüsten Geschrei der Demagogen verhallten ihre gutgemeinten Worte und sie selbst wurden als Verräther am eigenen Volke, als Söldlinge der Regierung an den Pranger gestellt. Immer weiter ging die Sache, bis man schon fast von Rebellion zu sprechen berechtiget war. Von der Debatte, die mit Tintenfässern und Linealen im böhmischen Landtage geführt wurde, kam es zu heillosen Straßenscenen, Fenstereinwerfen, wobei als aktive Theilnehmer selbst Abgeordnete verhaftet wurden.

Von der Phrase war man zum Knüttel übergegangen. Warme czechische Patrioten, sogar aus dem Jungczechenclub, haben uns wiederholt geklagt, welches Unheil durch die Tyrannei einiger selbstsüchtiger Rädelsführer über das

böhmische Volk kommen müsse. In der That, um unser früheres Bild zu ergänzen, der Krug war schon allzulange zum Brunnen gegangen, als daß er nicht endlich brechen mußte.

Der 12. September d. J., an welchem der Jahrestag des „königlichen" Rescriptes auf allerdings nicht besonders patriotische Weise gefeiert werden sollte, brachte über „kaiserliche" Einwilligung den Ausnahms-, den kleinen Belagerungszustand.

Wir sind ein Freund der Freiheit und möchten sie im politischen Kampfe nur durch die Grenzen des Gesetzes und des Anstandes beschränkt wissen.

Aber was die beiden Gregr und Consorten unter dem Mantel der „Rechte des böhmischen Volkes" leisteten, überschritt die Grenzen des Gesetzes und des Anstandes und sie haben es sich selbst zuzuschreiben, daß endlich die Gesetze, deren Nichtbeachtung sie der Regierung vorwarfen, gegen sie angewendet wurden, allerdings Gesetze, an welche sie vielleicht nicht gedacht. Oder sollten sie diesen Schritt der Regierung absichtlich provocirt haben, um, beleuchtet vom Märtyrerscheine, die Leidenschaften bis zum lichterlohen Brande entfachen zu können? Es ist diese Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen; was aber ausgeschlossen ist, das ist das Eine, daß auf diesem Wege das böhmische Volk glücklich werde.

Wenn wir daher die ergriffenen Maßregeln dem verhetzenden Treiben einiger Demagogen entsprechend finden, so müssen wir gleichzeitig bedauern, daß dadurch ein großer Theil des Volkes in Mitleidenschaft gezogen wird, und es wäre vielleicht nochmals zu erwägen gewesen, ob den Agitationen Einzelner nicht auf andere Weise Einhalt geboten werden könne, damit die Rechte so Vieler nicht tangirt werden müssen. Es wäre dieß um so mehr zu erwägen gewesen, als man in Ungarn durchaus nicht dieselbe Schärfe anzuwenden pflegt, obwohl sie dort vielleicht viel mehr am Platze wäre, als es in Böhmen der Fall ist. –

Vielleicht gehen aber gerade dadurch dem, von professionsmäßigen Hetzern betrogenen und verführten Volke die Augen auf, so daß es denen den Rücken kehren wird, die es zum willenlosen Objekte ihrer selbstsüchtigen Zwecke benützen. Vielleicht bekommt nun die ruhigere Richtung Oberhand, die den Wagen wieder in's rechte Geleise bringen kann. Vielleicht! O, ein wie schwacher Hoffnungsschimmer!

Wie es so weit kommen konnte? Das ist ein heikles Capitel in der Geschichte des Regimes Taaffe. Sein Bestreben, das ja subjektiv gewiß gut und patriotisch gemeint sein mochte, weder grundsätzliche Politik und noch weniger grundsätzliche Verwaltung aufkommen zu lassen, hat sich im Laufe der Jahre als ein Irrweg erwiesen, indem es allen Parteien die gefährlichsten Feinde im eigenen Lager, die Unzufriedenen, schuf, den Radicalismus förmlich großzog und die Situation so gestaltete, wie sie heute sich uns darstellt.

Der liberalen Partei erwuchs zunächst eine liberalere und besonders nationalere, der conservativen Partei erwuchsen die sogenannte schärfere Tonart und die Jungslovenen und Jungcroaten, den Altczechen erwuchsen die Jungczechen und selbst den Polen erwuchs eine jetzt schon nicht unerhebliche Bauernpartei. Wenn etwas Gutes in dieser Beziehung erstand, so ist es das Entstehen und Anwachsen der christlichsocialen Partei, welche ihre rasche Zunahme im Volke vielfach der Protektion der liberalen Partei seitens der Regierung verdankt.

Was nun speciell das Königreich Böhmen betrifft, so waren es insbesondere die sogenannten Gautsch'schen Ordonnanzen, durch welche seitens des Unterrichtsministers eine größere Anzahl von böhmischen Gymnasien aufgehoben wurde. Von jenem Tage an wuchs die jungczechische Bewegung zusehends, und daß die Altczechen damals vielleicht zu wenig schneidig handelten oder auf Versprechungen zu viel hielten, das legte zum jungczechischem Gebäude den Schlußstein.

Wir wissen nicht, ob man im Regierungspalais am

Judenplatze in Wien diese Auffassung der Entwicklung der Dinge theilt; aber daß sie richtig ist, beweist die diesbezügliche völlige Einstimmigkeit der Blätter fast aller Richtungen. Es ist eben für die Dauer unmöglich, grundsatzlos zu regieren und bald der einen, bald der anderen Partei heute die Wangen zu streicheln, um morgen einen Hieb zu versetzen. Wir anerkennen, es mag ja schwer sein in unserem vielsprachigen Vaterlande, Allen gerecht zu werden; aber unmöglich ist es gewiß nicht und besonders dann nicht, wenn man den Muth hätte, Grundsätze aufzustellen und durchzuführen.

Noch kommt eine Frage in Betracht: Wie soll das enden? Anfangs oder gegen Mitte Oktober soll der Reichsrath wieder zusammentreten; es ist Pflicht der Regierung, demselben sofort die Verordnungen betreffend die Ausnahmeverfügungen vorzulegen. Das Herrenhaus wird gegen dieselben kein Tüpflein einzuwenden haben. Im Abgeordnetenhause wird darüber eine vehemente Debatte entstehen. Die großen Redner des Jungczechenclubs, die Herold, Gregr, Pacak und der ebenso unverständliche wie unvermeidliche Vasaty werden es sich nicht entgehen lassen, sich die Gloriole des Märtyrerthums selbst um die Stirne zu winden, sie werden in denkbar heftigster Form auftreten, um Regierung und Liberale zu provociren. Graf Taaffe wird in gewohnter Weise die Antwort nicht schuldig bleiben; der temperamentvolle Menger wird sich zu leidenschaftlicher Rede hinreißen lassen und selbst dem ruhigen Plener wird mancher Funke entschlüpfen, der im jungczechischen Lager neue Brände schürt. Präsident Chlumezky wird von seiner Schneidigkeit den Jungczechen gegenüber allzuviel Gebrauch machen, — der Skandal vom böhmischen Landtag wird sich wiederholen.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses der Regierung wegen Erlassung der Ausnahmeverfügungen die Indemnität ertheilen wird. Ist dieser Augenblick gekommen, dann dürfte der längst ange-

kündigte Exodus der Jungczechen aus dem Abgeordnetenhause erfolgen, und es wird wieder die bedauerliche Thatsache eintreten, daß ein braves, intelligentes und reiches Volk im Reichsrathe nicht vertreten sein wird. Graf Taaffe wird nach dreizehn Jahren seiner Regierung wieder dort angekommen sein, von wannen er 1879 ausgezogen.

Ob seiner Regierungsmaxime allein die ganze Schuld beigemessen werden kann? Wer möchte und könnte einem vom Scheitel bis zur Sohle durchaus österreichisch gesinnten Manne, wie Graf Taaffe es unzweifelhaft ist, eine solche Verantwortung überwälzen und aufbürden! Seine Mitschuldigen, die viel mehr der Fluch der Geschichte treffen wird, als ihn, sind die liberalen Deutschen. Nachdem sie zuerst die Czechen an die Wand gedrückt hatten, machten sie dem Grafen Taaffe die faktiöseste Opposition, als es ihm gelungen war, die Czechen zum Eintritt in den Reichsrath zu bewegen. Sie beharrten in dieser Opposition, bis durch die Energielosigkeit der Regierung die Jungczechen angerückt kamen. Nunmehr, da die Partie schon verloren, geberdet sich die liberale Partei als die „staatserhaltende“, „maßvolle“ Partei, während gerade sie durch ihre durch und durch verjudete Presse die Verhetzung der Völker forcirt hatte.

So hat sich denn die Lage der Dinge mit einem Schlage wesentlich verändert. Der Exodus der Jungczechen aus dem Reichsrathe steht bevor. Und dann? Wo ist der Politiker, der darauf eine befriedigende Antwort zu geben vermöchte?

Ganz Oesterreich wird noch lange unter dem Eindrucke des 12. September 1893 stehen. Möge er für unser schönes, theures Vaterland, unseren geliebten, vielgeprüften Kaiser und für alle Völker des ehrwürdigen Habsburger Reiches kein Tag der Trauer, sondern ein Tag der Rettung werden!

XLIX.

Zeitläufe.

Europa in Afrika IV.: Die zweierlei Missionen nach Major von Wissmann.

Den 24. September 1893.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war die Meinung überwiegend vertreten, daß es nicht möglich seyn werde, den schwarzen Welttheil aus der Herrschaft des Islam zu entwinden. Und doch hatte man damals noch keine rechte Vorstellung davon, wie tief in das Herz Afrikas hinein der Islam vorgedrungen war, und zwar in der Gestalt der Araber, die der Sklavenhandel seit Jahrhunderten dorthin gelockt hat. Mit diesem Element ist für die christliche Civilisation ein Abkommen nicht möglich, insbesondere eine Bekehrung zum Geiste des Christenthums nicht denkbar.[1] Es

---

1) Unter dem 5. März 1890 hat einer der elsässischen Missionäre aus Sansibar an die Missionszeitschrift in M.-Gladbach geschrieben: „Die Grundlage der muselmannischen Civilisation in Afrika ist die Vielweiberei, die gesetzliche und unbeschränkte Concubinage, die Sklaverei, die äußerste Ausbeutung der sogenannten wilden Volksstämme und die mehr oder minder offene, aber tiefe Verachtung des Europäers. Glauben Sie doch nicht, daß die Erfindungen der Europäer großen Eindruck auf den Geist eines Muselmannes machen. Der Araber weiß, daß Gott dem Europäer das Verständniß für die vergänglichen,

muß ausgerottet werden, und insoferne das Schwert dem Kreuze vorangehen. Die Träger des Schwertes werden es aber nicht seyn, welche die armen Schwarzen aus dem Schatten des Todes herausführen; sie fechten für andere Interessen und andere Leute, und wenn für Afrika das Heil kommen soll, so dürfte an diese Interessenten nicht einfach die Verlassenschaft der Araber übergehen. Der Universalerbe müßten die christlichen Missionen seyn.

Sie entfalten bereits eine rege Thätigkeit, und namentlich die katholischen besitzen auch in deutscher Sprache eigene Fachzeitschriften an Stelle der paar dürftigen Blättchen, die noch vor vierzig Jahren unter uns cursirten. Die Freude, mit der man ihre Nachrichten vernimmt, wird aber immer wieder durch die Thatsache getrübt, daß nun auch die Nachkommen Chams in das Unglück hineingezogen werden, das die Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts, die „Segnungen der Reformation", über die alte Welt verhängt haben. Die katholische Mission hat keinen Vergleich mit ihrem Wirken zu scheuen. Wenn man aber die bittere Feindschaft beobachtet, mit der die katholische Kirche bei uns zu Hause verfolgt wird, so kann man nur mit Betrübniß der Zeit gedenken, wo diese Kämpfe in Afrika selber vor den Augen der unglücklichen Eingebornen sich entwickeln werden, wie es denn in Uganda bereits zum förmlichen Bruderkriege gekommen ist.

Einen Ausblick in diese Zukunft hat vor drei Jahren der Fall Wissmann eröffnet. Die Erörterungen, welche sich daran knüpften, haben auch ein lebendiges Bild von dem tiefgründigen Unterschiede gegeben, der in dem Wesen der zweierlei Missionen obwaltet, wie von dem völlig verschiedenartigen Einflusse, den ihr Wirken auf die in ihren

---

werthlosen Dinge dieser Welt gegeben, aber er ist fest überzeugt, daß er ihn mit Blindheit geschlagen hat bezüglich der ewigen Wahrheiten. Der letzte Muselmann glaubt deßhalb dem ersten Europäer überlegen zu seyn".

Kreis gezogenen Eingebornen ausübt. Herr von Wissmann hatte nämlich nach der Niederschlagung des Aufstandes der Araber an der ostafrikanischen Küste wegen geschwächter Gesundheit eine Urlaubsreise nach der Heimath angetreten, und zu Brindisi eine Besprechung mit einem Berichterstatter der Münchener „Allgemeinen“ gehabt, an welche derselbe unter Anderm folgende Aeußerung mittheilt:

„Major Wissmann betonte vornehmlich die unberechtigte und unheilstiftende politische Rolle, welche sich die englischen, wie gleichfalls die deutschen evangelischen Missionäre anmaßen, und er verglich deren intriguantes Treiben nicht eben vortheilhaft mit den guten Werken, christlichen Einfluß, Cultur und Sittlichkeit fördernden Bemühungen der opferfähigen und unermüdlich wirkenden katholischen Missionäre. Während er die letzteren als Grundpfeiler der Civilisation bezeichnete, versicherte er mir, daß die englischen, wie deutschen protestantischen Missionäre geradezu sein Werk erschwerten und hinderten, so daß die großen auf Missionswesen verwendeten Summen in der That weggeworfen seien, ja daß diese Herren, statt zu nützen, durch ihre politische Agitation nichts wie Unheil anrichteten“. [1])

Solche Worte aus dem Munde eines protestantischen Stabsofficiers gingen wie ein Feuerlärm durch's Land und es hagelte Vorwürfe und Angriffe. Unter Hinweis auf seine Erkrankung gab Herr von Wissmann nur eine vorläufige Erklärung in der Berliner „Post“. [2]) Bloß bezüglich des Einen Punktes, daß er den Vorwurf der „politischen Beeinflussung“ auch auf die deutschen protestantischen Missionäre ausgedehnt habe, berichtigte er die Correspondenz. Im Uebrigen blieb er bei seiner Behauptung stehen, wobei er bemerkte: „Ich weiß, daß alle Kenner Afrikas, Kaufleute, Forscher und Soldaten, Deutsche, Engländer oder welcher Nation sie

1) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 26. Juni 1890.

2) S. Münchener „Allg. Zeitung“ vom 9. Juli 1890.

auch angehören, mit mir in allen erwähnten Punkten übereinstimmen. Viele Andere haben sich in diesem Sinne geäußert, Viele haben es unterlassen, um nicht in eine unbequeme Polemik hineingezogen zu werden". Er selbst beruft sich auf sein letztes Werk „Unter deutscher Flagge nach Afrika", und äußert sich ausführlicher als in Brindisi über seine reichen persönlichen Erfahrungen:

„Das Hauptmoment meines Gespräches bildete der Werth der verschiedenen Missionen als jetzt bestehender Culturfaktoren in Deutsch-Ostafrika In diesem Punkte verdient ohne Zweifel die katholische Mission bei weitem den Vorrang, und zwar sprach ich meine Ansicht dahin aus, daß hieran nicht nur das langjährige Bestehen und die große Erfahrung der katholischen Missionen die Schuld trägt, sondern auch die Leitung derselben. Die Disciplin der katholischen Kirche scheint mir ein Hauptfaktor für die Erfolge der römischen Missionen zu sein; der Umstand, daß die katholischen Missionäre hinausgehen, um bis an ihr Lebensende zu wirken, und die Thatsache, daß der Cultus der römischen Kirche mit seinen Aeußerlichkeiten den Wilden leichter einen Eindruck hinterläßt, als die nüchternen Formen der evangelischen Religion, begründen die bei weitem größeren Erfolge der römischen Missionen. Jeder Kenner der Afrikaner oder wilder Völker überhaupt wird mir beipflichten, daß ein Verständniß der christlichen Religion der Liebe bei den Völkern auf derartig niedriger Culturstufe nicht zu erwarten ist, daß also der richtige Weg für die Mission der sein muß, daß man den Wilden zu einem höheren Wesen erzieht und ihm dann das Verständniß für die Religion beizubringen sucht. Dieß streben die römischen Missionen an, indem sie den Grundsatz befolgen: ‚labora et ora', und nicht wie die evangelischen Missionen den für Völker auf einer höheren Culturstufe passenden Spruch: ‚ora et labora'. Ein anderer äußerst wichtiger Punkt der großen Erfolge der römischen Missionen ist das von vielen Seiten angegriffene Aufkaufen von Sklavenkindern. Zunächst ist schon an und für sich dieses Vorgehen ein gutes Werk, wenn man bedenkt, was sonst aus den weit von ihrer Heimath, von ihren Eltern weggeschleppten Kindern

werden würde, und dann setzt dieser Kauf ganz allein die Missionen in die Lage, noch zu leitende, zu formende Wesen derartig in ihre Obhut zu bekommen, daß etwas aus ihnen zu machen ist. Ich kenne keine evangelischen Missionen in Aequatorial-Ostafrika, die derartiges Material für ihre Arbeit zur Verfügung hätten. Selbst da, wo evangelische Missionäre Eltern dafür bezahlten, daß sie ihre Kinder zum Unterricht, wenn auch nur auf Stunden, den Missionären überließen, waren doch keine Erfolge zu erzielen. Ich habe allein aus diesem Grunde junge Missionäre kennen gelernt, die, in Afrika angekommen, bitter enttäuscht sich wieder in die Heimath wünschten, wo ihnen ganz andere Aufgaben eine lohnendere Arbeit versprächen."

Nach einigen Wochen erschien in Berlin die angekündigte Schrift Wissmann's gegen die von drei bekannten Leitern protestantischer Missionen auf ihn losgelassenen Angriffe. Neues enthielt die Schrift nicht, außer daß er jetzt auch die Kostspieligkeit dieser Bekehrungsversuche hauptsächlich den englischen Missionen zur Last legt. Das labora geht für den Herrn Major auch hier dem ora voran.

„Während in englischen Missionen man fast nur von Conserven theuer und nicht gesundheitszuträglich lebt, nähren die katholischen Missionen sich und ihre Zöglinge selbst gut und billig. Als ich auf meiner ersten Reise vom Westen kommend auf englischen Missionen gewaltige Niederlagen von Conserven, eine auf die Zeit wenig schmackhafte und gesunde Nahrung, fand, war ich überrascht, auf der katholischen Mission in Tabora Brod, Butter, Milch, europäische Gemüse und Früchte zu finden, alles Genüsse, die den Feldern, Gärten und Heerden der Mission entstammten. Auch Häuserbauten, Herstellung der Verbindung untereinander, Waarentransporte, sogar im Nothfalle die Vertheidigung der Mission gegen räuberische Ueberfälle übernehmen bei römischen Missionen die Zöglinge, während hierzu englische für hohe Löhne und dann oft noch mit großen Schwierigkeiten Arbeiter, Träger und Soldaten werben müssen." [1]

---

1) S. „Kölnische Volkszeitung" vom 29. August 1890.

Bei „richtiger Leitung“, meinte Herr von Wissmann, könnten überhaupt die protestantischen Missionen unendlich mehr leisten, als bei den „ungeheuern, für sie aufgewandten Summen“ jetzt der Fall sei. In der Gegenschrift wiederholt er den Gedanken: bei dem Vergleich zwischen den protestantischen und katholischen Missionen verdienten letztere den Vorzug, weil „sie unter einheitlicher Leitung ständen, während jede evangelische Mission ihre besondere Methode habe“. Insoweit fehlte es dem Angegriffenen freilich nicht ganz an Zustimmung unter den Freunden der protestantischen Mission. So meinte ein Vorstandsmitglied der Berliner Missionsgesellschaft für Ostafrika: allerdings, es sei ein „erlösender Grundsatz“, daß das christliche Liebeswerk die Grundlage schaffen müsse; „wer mit dem Katechismus und der Lehre von der Dreinigkeit anfangen wolle, werde nur eine unfruchtbare Saat ausstreuen“.[1]) Selbst das Berliner Pastorenblatt gab zu: in Ostafrika könne es mit der protestantischen Mission so nicht weiter gehen, es handle sich thatsächlich um Seyn oder Nichtseyn; man müsse unbedingt „eine Art bischöflicher Organisation verlangen“.[2]) Aber woher soll die einheitliche Leitung da kommen, wo es keine einheitliche Kirche gibt, und wie die gleiche Methode, um mit Herrn von Wissmann zu sprechen, da entstehen, wo das Priesterthum fehlt und das Apostolat? Die Reformation hat beides negirt, und eine Heidenmission konnte ihr folgerichtig nie in den Sinn kommen. Ihre Heiden waren unsere Ahnen.

Die Gegner hatten richtig herausgefühlt, welche gefährlichen Punkte der Herr Major, ohne daß er dabei selbst denselben auf den tiefsten Grund gesehen hätte, angestochen

---

1) Der Afrika-Forscher Dr. Schröder-Poggelow s. Berliner „Germania“ vom 16. Juli 1890.

2) Aus dem „Reichsboten“ s. Berliner „Germania“ vom 2. Juli 1890.

habe. Der Zorn war maßlos. Die Gefühlsrohheit der zahllosen Zuschriften zog dem leidenden Manne einen neuen Fieberanfall zu. Dem Berliner „Reichsboten" wurde wegen obiger Aeußerungen ein Massenabfall von Abonnenten angedroht; „das sei noch eine der unschuldigeren Kränkungen gewesen", sagte er. Widerlegt wurde Herr Wissmann ausschließlich durch Schmähungen auf die katholische Kirche. Im Gegentheile, sagte eine der drei Flugschriften, treibe die protestantische Mission in Afrika gerade „die altchristliche Methode", und wenn dem deutschen Volke dereinst das Evangelium ebenso gepredigt worden wäre, so hätte man nicht heute noch mit einem solchen Wust von heidnischem Aberglauben in unserm Volke zu kämpfen. Der ganze Katholiscimus ist diesen Leuten nur ein „verbrämtes Heidenthum", und er richtet die armen Neger zu einer „anderen Art von Heidenthum ab". Die Mission zu Bagamoyo erregt die Bewunderung der Besucher, aber „diese blendende römische Mission ist eigentlich gar keine christliche Heidenmission, sondern eine mit geweihtem Oel geschmierte Maschine". Von derselben Anstalt sagte ein anderer Prediger: „Es läßt sich nichts aussetzen, außer daß die Station ein Kloster ist und keine Cultur und Civilisation verbreitende Anstalt".[1]) Der „Evangelische Bund" hatte damals vor „gewagten Experimenten" gewarnt, jetzt will er sich selbst in's afrikanische Missioniren einmischen. Herrn von Wissmann's Urtheile hat er am bündigsten widerlegt: „Sie sind ein Zeichen der Zeit; Verhätschelung Roms ist eine Zeitmode; ein römischer Wind weht durch die Welt".[2])

Allerdings ist die katholische Presse dem Herrn Major am kräftigsten zu Hülfe gekommen mit einer Wolke unver=

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" v. 5 Juli 1890. — „Kölnische Volkszeitung" vom 12. Juli 1890.

2) Versammlung zu Stuttgart, Sitzung v. 23. September 1890.

dächtiger Zeugen, fast ausnahmelos protestantischer Afrikander.[1]) Einer derselben hatte eben noch über einen Ausflug nach Bagamoyo geschrieben: „Die neuen und zweckmäßigen Methoden des Feld- und Gartenbaues, der Handwerke und Fertigkeiten, welche die Väter pflegen, die ärztliche Hülfe, welche sie bereitwillig jedem Neger gewähren: dieß Alles wirkt auf die Schwarzen viel stärker und nachhaltiger, als Jahre langes Predigen und Ermahnen. Welch' hohe Achtung die Mission in Bagamoyo genießt, zeigte sich am deutlichsten bei dem jetzigen Aufstande, wo die arabischen und schwarzen Insurgenten während der wüthendsten Kämpfe um Bagamoyo die nahezu wehrlose Mission völlig ungestört ließen und ihren Boden nur als letzte Zuflucht benützten". Der Reisende kam dann zu einer englischen Missionsstation: hier sei Alles anders, von ausgedehnteren Culturen nichts zu bemerken; die Patres von Bagamoyo würden ein kleines Paradies daraus machen, wenn die Station, wie es heiße, an sie verkauft würde.[2]) Von besonderem Interesse sind denn auch die Nachweise aus den englischen Blaubüchern, daß mit Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels betraute britische Gesandten katholische Missionen bevorzugten und mit Staatsgeldern unterstützten.[3])

Unwillkürlich riefen die Wissmann'schen Urtheile die Erinnerung an jene Reichstagssitzung vom 23. Nov 1885 wach, in welcher Fürst Bismarck auf die Zumuthung des Centrums, für die Colonien als Ausland das Verbot jeder

---

1) „Die katholische Missionsthätigkeit in Afrika. Antwort auf die Angriffe der Herren Warneck, Merensky und Genossen. Von Dekan G. Schneider in Stuttgart (auch Verfasser einer Schrift über die „Kath. Mission in Zanguebar". S. „Histor.-pol. Blätter". Bd. 86 S. 616 ff.) in der Zeitschrift „Gott will es" Heft vom 4. September 1890. — Dann Hr. Fußenecker in der „Augsburger Postzeitung" vom 6. August 1890.

2) Dr. Baumann a. a. O. S. 530.

3) a. a. O. S. 524.

Missionsthätigkeit der Jesuiten und mit ihnen „verwandter“ Orden nicht geltend zu machen, kurzweg antwortete: „Ein deutscher Minister kann das nicht“. Als die Firma Lüderitz die Verpflichtung einging, in ihrem westafrikanischen Gebiete keine katholischen Missionäre zuzulassen, da war auf eine Anfrage in der Commission sogar der Regierungsvertreter der Meinung, daß der Art. 6 der Congo-Akte, der die Gleichberechtigung und Freiheit aller Religionsgemeinschaften für die afrikanische Missionsthätigkeit festsetzte, auf den Fall zutreffe. Aber der Kanzler war nicht dieser Meinung; er verweigerte der Congo-Akte die Geltung in den eigenen deutschen Colonien, insbesondere in Kamerun.[1] Erst durch Art. 10 des deutsch-englischen Abkommens wurde endlich die Rechtsgleichheit der Missionen in den afrikanischen Gebieten beider Mächte erreicht. Noch kurz vorher war von Seite der protestantisch Conservativen wenigstens die Schaffung territorial abgegrenzter Wirkungskreise für die einzelnen christlichen Confessionen verlangt worden, und nur widerwillig wurde auf dieser Seite die Nachgiebigkeit der Regierung aufgenommen:

„Es ist bekannt, daß gleich im Beginn der ostafrikanischen Colonisation auf evangelischer Seite Stimmen laut wurden, welche den katholischen Missionären, als den unablässigen Störern des kirchlichen und politischen Friedens, das Niederlassungsrecht dort gänzlich versagt und dadurch die innere und äußere Ruhe gewahrt wissen wollten. Aber nichts in dieser Richtung geschah . . . Wir unsererseits stehen nun nicht auf dem Standpunkt, daß wir den katholischen Missionen überall den Eintritt in die uncivilisirten Gebiete gewehrt wissen wollten. Gegenüber dem Islam der Araber, dem Fetischismus der Neger und dem Nihilismus der christlichen Schnapshändler stellt ohne Zweifel auch das

---

1) Berliner „Germania“ vom 21. November 1885 und 20. Januar 1889.

corrumpirte Christenthum der Römer einen Fortschritt dar. Ueberdem stehen die Geldmittel, welche die Missionen aufwenden, nicht nur im Dienste des Papstes, sondern auch in demjenigen der Cultur und Civilisation. Andererseits aber hat es auch Niemand so nöthig, wie die Katholiken, kurz gehalten zu werden. Nur wo es ihnen schlecht geht — es liegt das im Princip — sind sie erträglich; sobald sie zu Macht und Einfluß kommen, mißbrauchen sie dieselben allemal".[1])

Das war immerhin noch gemäßigt gesprochen. Die Leipziger „Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung" z. B. erklärte die Wirksamkeit der katholischen Kirche, und namentlich die der Jesuiten, in der Heidenmission unverfroren als einen Ausfluß des Antichrist.[2]) Vom Culturkampf erübrigte zudem auch jetzt noch ein namhafter Rest außer der angeblichen Jesuitenverwandtschaft, nämlich die Nationalität. Der Staat müsse die protestantischen Missionen begünstigen, denn nur ihre Missionen seien deutsch: das paßte immer noch in den Bismarck'schen Kram. Namentlich die Väter vom hl. Geist wurden als Franzosen verschrieen. Die Gehässigkeit wurde so arg,[3]) daß der Abg. Simonis sogar im Reichstag Protest erheben mußte: die meisten dieser Missionäre seien aus den elsässischen Seminaren und Missionsanstalten hervorgegangen, und von Elsässern seien die Missionen in Afrika gegründet und geleitet; er bitte, „sie nicht als Verbannte aus dem Reich und Elsaß anzusehen, und nicht wie bisher den Verkehr mit Eltern und Verwandten abzusperren". Und wenn es sich auch um wirkliche Franzosen handelte, so hätte man

1) „Allg. conservative Monatsschrift". Leipzig 1889. Januar. S. 93.

2) Berliner Germania" vom 15. Mai 1890.

3) Wer sich einen Begriff davon machen will, der lese den Schandartikel über die Erzbruderschaft vom hl. Joseph in Beauvais in der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 28. Januar 1889.

doch nicht vergessen sollen, daß sie den Besitz ersessen haben, sie waren längst im Lande segensreich thätig, ehe die Ostafrikanische Gesellschaft einen Fuß breit Erde dort erworben hat.[1])

Außer den Vätern vom heil. Geist befinden sich noch „Weiße Väter von Algier", vor bald dreißig Jahren von Cardinal Lavigerie in's Leben gerufen, auf dem deutschen Seengebiet. Selbst die „Kölnische Zeitung" hatte damals einer warmen Anerkennung, namentlich der „französischen Mission von Bagamoyo", ihre Spalten geöffnet.[2]) Sie sagte dabei: es herrsche Einstimmigkeit darüber, daß die Leitung dieser französischen Missionen, sowohl der ost- als der westafrikanischen eine musterhafte sei. „Die Missionäre sind hochgebildete Leute, ebenso liebenswürdig wie duldsam, ebenso frei von Dünkel wie Unduldsamkeit." Viele hundert von Sklaven- und Waisenkindern seien zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft erzogen worden. „Die Zahl der in der französischen Mission ausgebildeten Handwerker ist Legion". Bei dem großen Araberaufstand sei keine einzige dieser französischen Missionen von den Aufständischen belästigt worden; dagegen hätten über 5000 Flüchtlinge auf dem viele Kilometer umfassenden, ursprünglich höchst ungesunden, jetzt aber herrlich bepflanzten Missionsgebiet Unterkunft gefunden. Diesen Missionen der „Weißen Väter von Algier" spendete auch die Berliner „Post" das Lob, daß sie in hoher Blüthe stünden: „Auch der Nichtkatholik muß das Wirken dieser frommen, wohlthätigen Männer segnen".[3])

Die Regierung selbst nahm vor dem Reichstag den Dank der Missionen beider Confessionen, „ohne Unterschied der Nationalität", für ihre gleichmäßige Unterstützung in An-

---

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 11. Mai 1890.

2) Dr. Zöller s. „Augsb. Postzeitung" vom 3. Mai 1880.

3) S. Münchener „Allgemeine Zeitung" vom 19. Dec. 1890.

spruch.[1]) Umsomehr war Herr Eugen Wolff erstaunt, als er auf der Heimreise aus Ostafrika in Rom „das Unglaubliche bestätigt fand", daß man deutscherseits beabsichtige, sobald es angänglich sei, die französischen Missionäre zu entfernen und zwar dadurch, daß man zwei Ordensvikariate schaffe, und die französischen Mitglieder sammt dem allgemein hochverehrten Bischof de Courmont auf englisches Gebiet abschiebe. „Solange nun", fügt er bei, „die Väter vom heil. Geist nicht in Deutschland selbst deutsche Katholiken zu deutschen Missionären heranbilden können, während auf der andern Seite dem protestantischen Missionär alle Erleichterungen geboten werden, sind selbstverständlich die katholischen Missionen in ihren Bestrebungen behindert und benachtheiligt."[2]) Ob deutsch oder französisch: alle diese Missionen haben sich als die wichtigsten Stützen des Deutschen Reiches in den afrikanischen Schutzgebieten erprobt; sie verlangen mit Recht, und wir alle für sie, das volle Bürgerrecht!

Um aber auf das Wissmann'sche Urtheil zurückzukommen, warum hat denn das Wort: „labora et ora" und nicht umgekehrt, in protestantischen Gemüthern so tief aufgeregt? Für die katholische Mission gibt es gar kein solches Entweder-oder, es geht Beides in Einem hin. Es ist nicht leicht, die Frage kurz zu beantworten, aber sie erinnert an die Aeußerung des deutschen Socialisten-Vaters Karl Marx, der vor vielen Jahren gesagt hat: die Reformation habe die Religion für die Bourgeoisie adaptirt.[3]) Vor dreißig Jahren hat auch ein bekannter englischer Missionsführer, Dr. Kingsley, auf einem Meeting erklärt: „Die afrikanische Mission ist

---

1) Rede des Geheimraths Dr. Kayser s. Berliner „Germania" vom 19. Nov. 1891.

2) Aus dem „Berliner Tagblatt s. Germania" v. 15. Jan. 1892.

3) Bei der jüngsten Katholikenversammlung in Würzburg hat Graf Sylva-Tarouca das Wort wieder in Erinnerung gebracht.

bisher fehlgeschlagen und wird vielleicht noch einmal Schiffbruch leiden; aber sie wird zuletzt durchdringen, wenn sie sich zum Pionier britischer Civilisation macht; was die Mission vor Allem braucht, das sind — Gentlemen." Der verewigte Hr. von Nathusius fuhr darüber in seinem Blatte entrüstet auf: „Haben auch die heiligen Apostel ihre Reisen als Gentlemen mit allem damals erreichbaren Comfort und zugleich im Dienst der materiellen Interessen gemacht?"[1]) Aber der Unterschied zwischen Apostel und Gentlemen zeigt sich doch bloß bei den katholischen Missionären. Das hat auch Emin Pascha anerkannt. „Was die Missionen betrifft", schrieb er, „so habe ich nur solche im Sinne, die, statt ihren Zöglingen nur mechanisches Bibellesen beizubringen und sie auf Kosten frommer Seelen in Europa mit carrirten Hosen zu versehen, ihnen nützliche Kenntnisse beibringen."[2]) Dr. Baumann berichtet über seinen Besuch solcher Stationen: „Ein weißer Missionär führte uns in die Schule, wo eine Anzahl von Schülern und Schülerinen unter Leitung eines schwarzen ‚Gentlemen' geistlos im Chorus Bibelverse herableierte. Die große Mehrzahl der Kinder bummelte aber unthätig herum, sah wohlgenährt aus und arbeitete gar nicht. Wie weit die Missionen mit diesem System kommen, kann man daraus sehen, daß im Allgemeinen kein Europäer einen englischen Missionsjungen in seine Dienste nimmt".[3])

Wenn es die katholischen Missionen anders angehen, so wird es ihnen sogar als Verläugnung des Evangeliums vorgeworfen. „Ich erachte", schreibt ein Prediger aus Natal an die Berliner Missionsberichte, „daß unsere Mission, auch wenn sie Krösus' Schätze hätte, den Römischen nie auf dieses Feld hin folgen darf, weil auf diese Weise wohl Leute, die

---

1) Halle'sches „Volksblatt" vom 27. Dec. 1862.

2) Aus der Berliner „Colonialzeitung" s. Münchener „Allgem. Zeitung" vom 30. Nov. 1890.

3) „Kölnische Volkszeitung" vom 8. August 1890.

man in China ‚Reichsschriften' nennt, gewonnen werden, aber nimmermehr Bekenner des Herrn Jesu." [1]) Gerade in China ist indeß sogar der furchtbare Taiping-Aufstand der Verbreitung von Bibelübersetzungen, bekanntlich das vornehmste protestantische Missionsmittel, allen Ernstes zur Last gelegt worden. „Einsender hat diese Behauptung während seiner Anwesenheit in China selbst wiederholt aussprechen gehört, daß die gotteslästerige Lehre der Taiping nur in Folge der häufig entstellten, oft ganz sinnlosen Uebersetzung der heil. Schrift und religiöser Abhandlungen (tracts) entstanden sei, indem diese zu so verwirrten Auslegungen Anlaß geben. Man hat ungeheure Summen geradezu verschwendet, um die heilige Schrift in eine Sprache zu übertragen, welche keinem menschlichen Wesen, außer vielleicht in einzelnen Fällen dem Uebersetzer selbst, verständlich ist". [2])

Die Reformation hat aus den Priestern „Diener am Wort" gemacht bei ihrer Gemeinde als der Trägerin des „allgemeinen Priesterthums", zur Heidenmission haben sie eigentlich gar keine Sendung, und man muß gestehen, daß ihnen die praktischen Zumuthungen Wissmann's und der ganzen Reihe ihm zustimmender Afrikander mit Recht als ungehörig erscheinen können. Zur ächten Mission bedarf es vor Allem der unbedingten Hingabe an den Lebensberuf, wie bei den katholischen Orden. „Der Streiter Christi", sagt die päpstliche Encyklica vom 17. Juli 1890, „verläßt sein Haus und Vaterland, um, von keiner anderen Liebe mehr in Anspruch genommen, dem so edlen und göttlichen Dienste sich zu weihen, welchem er seine Kräfte und sein Leben hingegeben." In der anglikanischen Kirche ist denn auch der unter dem Namen Farrar bekannte Antrag auf Gründung von Bruderschaften, deren Mitglieder sich auf die

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 18. Juli 1890.

2) Augsburger „Allgem. Zeitung" vom 17. Dec. 1862.

drei Gelübde: Armuth, Keuschheit und Gehorsam, zu verpflichten hätten, selbst für die innere, geschweige denn für die Heidenmission aufgetaucht.[1]) Erst vor einigen Monaten hat das Londoner Weltblatt einen eigenen Berichterstatter nach Innerafrika, namentlich nach dem von den englischen Sendlingen zu Schanden missionirten Uganda, gesendet; derselbe erzählt:

„In der französischen Mission herrscht größte Disciplin und Regelmäßigkeit. Jeder hat seine ihm angewiesene Thätigkeit, und die untergeordneten Glieder erweisen ihren Vorgesetzten jederzeit den vollkommensten Gehorsam. Bei ihrem Eintritt in die Mission sind sie sich vollständig bewußt, daß die äußere Welt für sie praktisch zu existiren aufgehört hat und daß ihre freiwillige und frohen Herzens getragene Verbannung auf Lebenszeit dauert. Sie haben keinerlei Hoffnung, ihre Freunde oder ihr ‚home' jemals wiederzusehen, wie die englischen Missionäre. Von diesen könnte man sagen, daß der respektable Gehorsam, den die Mitglieder einer Mission ihrem Bischof schuldig sind, durch gänzliche Abwesenheit glänzt: jeder protestantische Missionär maßt sich das Recht an, seine individuellen Anschauungen beizubehalten und setzt sich dadurch in schroffen Gegensatz zu den französischen Priestern, die ihrem Vorgesetzten ein unbedingtes Vertrauen entgegenbringen. Ein anderer beachtenswerther Punkt ist die energische Art und Weise, womit die französischen Priester ihr System, die Convertiten in ihren eigenen Häusern zu besuchen und in beständiger, persönlicher Berührung mit denselben zu bleiben, in allen Distrikten anwenden. Auch in dieser Hinsicht könnte ihr Beispiel mit großem Vortheil von den englischen Missionären nachgeahmt werden, die bisher nach dieser Richtung hin keine großen Anstrengungen gemacht zu haben scheinen."[2])

Im Herbste 1890 veröffentlichte das conservative Haupt-

---

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 7. Oktober 1890.

2) Aus den „Times" s. „Augsburger Postzeitung" vom 21. Juli d. Js.

organ in Berlin den Brief eines englischen Missionärs am Tanganika-See: „Ich verabscheue den Jesuitismus, aber das praktische Vorgehen der Jesuiten muß ich bewundern; sie haben einen Bischof, und wenn irgendwo Bischöfe nöthig sind, so ist es im Missionswesen; weiter können sie anscheinend so viel Leute bekommen, wie sie wollen, welche niemals wieder in die Heimath zurückzukehren gedenken."[1]) Am 7. Juni desselben Jahres hatte die Vorstandschaft des Seminars für die sogenannte „freie Mission" zu Bethel bei Bielefeld an den Oberkirchenrath zu Berlin das Gesuch gerichtet, für den Kirchendienst geprüfte Theologen, die entschlossen seien, „sich für eine Reihe von Jahren dem evangelischen Missionsdienst in den deutschen Schutzgebieten zu widmen", ausbilden und entsenden zu dürfen. Der Oberkirchenrath that noch ein Uebriges. Er versprach, solchen Theologen, „welche 5 Jahre lang im Dienste einer deutschen Missionsgesellschaft in deutschen Schutzgebieten gearbeitet haben und in's Vaterland zurückzukehren verlangen, zu der Verleihung einer angemessenen evangelischen Pfarrstelle im Inlande nach Kräften beförderlich sein zu wollen", behielt sich auch vor, „derartige Missionäre aus Gründen ihrer Gesundheit oder sonstigen zwingenden Ursachen auch früher von dem auswärtigen Missionsdienste abzuberufen." So hatten es die freien Missionen und ihre Conferenzen freilich nicht verstanden: sie wollten weder landeskirchlich werden, noch ihre Stationen zu Durchgangsposten für eine fette Pfründe in der Heimath gemacht sehen. Aber es war geschehen.

Der protestantische Missionär geht nun einmal ganz anders in die fremde Welt hinaus, als der katholische, und über seine Ausdauer vermag er vielfach selber nicht zu bestimmen. Dazu bedürfte es insbesondere des Cölibats. Er aber ist nicht frei, und nimmt meist schon einen ganzen

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 26. August 1890.

drei Gelübde: Armuth, Keuschheit und Gehorsam, zu verpflichten hätten, selbst für die innere, geschweige denn für die Heidenmission aufgetaucht.[1]) Erst vor einigen Monaten hat das Londoner Weltblatt einen eigenen Berichterstatter nach Innerafrika, namentlich nach dem von den englischen Sendlingen zu Schanden missionirten Uganda, gesendet; derselbe erzählt:

„In der französischen Mission herrscht größte Disciplin und Regelmäßigkeit. Jeder hat seine ihm angewiesene Thätigkeit, und die untergeordneten Glieder erweisen ihren Vorgesetzten jederzeit den vollkommensten Gehorsam. Bei ihrem Eintritt in die Mission sind sie sich vollständig bewußt, daß die äußere Welt für sie praktisch zu existiren aufgehört hat und daß ihre freiwillige und frohen Herzens getragene Verbannung auf Lebenszeit dauert. Sie haben keinerlei Hoffnung, ihre Freunde oder ihr ‚home' jemals wiederzusehen, wie die englischen Missionäre. Von diesen könnte man sagen, daß der respektable Gehorsam, den die Mitglieder einer Mission ihrem Bischof schuldig sind, durch gänzliche Abwesenheit glänzt: jeder protestantische Missionär maßt sich das Recht an, seine individuellen Anschauungen beizubehalten und setzt sich dadurch in schroffen Gegensatz zu den französischen Priestern, die ihrem Vorgesetzten ein unbedingtes Vertrauen entgegenbringen. Ein anderer beachtenswerther Punkt ist die energische Art und Weise, womit die französischen Priester ihr System, die Convertiten in ihren eigenen Häusern zu besuchen und in beständiger, persönlicher Berührung mit denselben zu bleiben, in allen Distrikten anwenden. Auch in dieser Hinsicht könnte ihr Beispiel mit großem Vortheil von den englischen Missionären nachgeahmt werden, die bisher nach dieser Richtung hin keine großen Anstrengungen gemacht zu haben scheinen." [2])

Im Herbste 1890 veröffentlichte das conservative Haupt-

---

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 7. Oktober 1890.

2) Aus den „Times" s. „Augsburger Postzeitung" vom 21. Juli d. Js.

organ in Berlin den Brief eines englischen Missionärs am Tanganika-See: „Ich verabscheue den Jesuitismus, aber das praktische Vorgehen der Jesuiten muß ich bewundern; sie haben einen Bischof, und wenn irgendwo Bischöfe nöthig sind, so ist es im Missionswesen; weiter können sie anscheinend so viel Leute bekommen, wie sie wollen, welche niemals wieder in die Heimath zurückzukehren gedenken." [1]) Am 7. Juni desselben Jahres hatte die Vorstandschaft des Seminars für die sogenannte „freie Mission" zu Bethel bei Bielefeld an den Oberkirchenrath zu Berlin das Gesuch gerichtet, für den Kirchendienst geprüfte Theologen, die entschlossen seien, „sich für eine Reihe von Jahren dem evangelischen Missionsdienst in den deutschen Schutzgebieten zu widmen", ausbilden und entsenden zu dürfen. Der Oberkirchenrath that noch ein Uebriges. Er versprach, solchen Theologen, „welche 5 Jahre lang im Dienste einer deutschen Missionsgesellschaft in deutschen Schutzgebieten gearbeitet haben und in's Vaterland zurückzukehren verlangen, zu der Verleihung einer angemessenen evangelischen Pfarrstelle im Inlande nach Kräften beförderlich sein zu wollen", behielt sich auch vor, „derartige Missionäre aus Gründen ihrer Gesundheit oder sonstigen zwingenden Ursachen auch früher von dem auswärtigen Missionsdienste abzuberufen." So hatten es die freien Missionen und ihre Conferenzen freilich nicht verstanden: sie wollten weder landeskirchlich werden, noch ihre Stationen zu Durchgangsposten für eine fette Pfründe in der Heimath gemacht sehen. Aber es war geschehen.

Der protestantische Missionär geht nun einmal ganz anders in die fremde Welt hinaus, als der katholische, und über seine Ausdauer vermag er vielfach selber nicht zu bestimmen. Dazu bedürfte es insbesondere des Cölibats. Er aber ist nicht frei, und nimmt meist schon einen ganzen

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 26. August 1890.

Ballast persönlicher Sorgen mit „Es mag ja seyn
Otto Ehlers über seine Erfahrungen in Ostafrika,
evangelische Missionäre mit der Absicht hinausg
Leben in Afrika zu beschließen; immerhin bieten
katholischen Brüder, die allen Freuden der Wel
Familienlebens entsagt haben, eine größere G
Erstere, die entschieden minder seßhaft sind, weil
die Sehnsucht nach einem Weibe wieder in die Heim
oder die Rücksicht auf die Gesundheit von Weib
sie zwingt, die bisherige Stätte ihrer Thätigkeit
andern zu vertauschen." [1]) Um dieselbe Zeit s
Kanonikus Taylor in London über die Erfahrungen
Kreisen: „Hätte St. Paul vor Antritt seiner Mis
mit St. Jakob und einem Ausschuß in Jerusalem
ihm einen vierteljährig zu bezahlenden Jahrge
zuwerfen, und sich einen schattigen Bungalow
einen Ponywagen und eine Frau ausbedungen, so
die Weltgeschichte schwerlich verändert haben." [2])

Aus deutschen Missionen in Afrika haben
weniger derlei Klagen verlautet, obwohl es una
Aufsehen machte, als vor Jahr und Tag im Berlin
boten" eine Annonce erschien, worin ein Mi
Südafrika für seine zwei Töchter eine Lehrerin mit
Gehalt und freier Station suchte. [3]) Aber bez
englischen Missionen sind die Klagen alt; nur die de
und Quäcker scheinen eine Ausnahme zu machen.
„Gentlemen" auf der Insel Ceylon berichtet ein
Baron R.: „Der Missionär P. Miliani aus Ro
singhalesisch und fand großen Zulauf; freilich lebt
unter und mit dem Volke, während die Pastoren

---

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 2. Januar 18
2) Aus der „Fortnightly-Review" s. „Augsburger Po
vom 4. Februar 1891.
3) „Kölnische Volkszeitung" vom 20. März 189

Herren leben, verheirathet sind, 600 Pfund jährlich beziehen und vom farbigen Pack nichts wissen wollen." [1]) Ueber die Mission in China berichtete um dieselbe Zeit ein Reisender an den bekannten Abgeordneten Labouchère in London, welcher die Zuschrift mit der Bemerkung veröffentlichte, in Südafrika sehe es genau ebenso aus:

„Obgleich ich selbst der anglikanischen Kirche angehöre, und nicht der katholischen, so möchte ich doch unseren Geistlichen rathen, sich ein Beispiel an den katholischen Priestern zu nehmen. Diese letzteren sind ohne Ausnahme gebildete Männer, aber ebenso bescheiden, als gebildet. Sie wollen keine Rolle in der menschlichen Gesellschaft spielen, sondern leben unter den Chinesen, wohnen und essen mit denselben, kleiden sich wie sie, interessiren sich für ihre Freude und ihr Leid und gewinnen auf diese Weise allmälig das Vertrauen der den Europäern (den ‚weißen Teufeln') so abgeneigten Bevölkerung. Dabei begnügen sich die katholischen Priester mit einem Gehalte, welcher alles in Allem geringer ist, als das Budget der Weiber unserer Missionäre für Kleider. Im Gegensatz zu den Katholiken sind die anglikanischen Missionäre meistens Leute ohne jede Bildung und Erziehung, die es in der Heimath niemals über die untergeordnetsten Posten hinausgebracht haben würden. Seltsamer Weise haben sie trotzdem alle großen gesellschaftlichen Ehrgeiz, der indessen nicht befriedigt wird, da aus guten Gründen ein Missionär niemals in die ‚Gesellschaft' kommt. Die meiste Zeit verbringen unsere Missionäre beim lawn tennis (Federballspiel) und im Sommer, wenn es dazu zu heiß ist, ziehen sie sich in kühle Sommerfrischen zurück, oder reisen nach Japan. Und wir gutmüthigen Schafe in Altengland geben jahraus jahrein unser Geld dafür her, damit diese Missionäre, wie sie nicht sein sollen, in schönen Plätzen des Auslandes ein behaglicheres Leben führen können, als es uns, die ihnen das Geld spenden, hier möglich ist!" [2])

---

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 8. Juli 1890.

2) Aus dem Londoner „Truth" s. „Augburger Postzeitung" vom 19. Juni 1890.

Schon Baron Hübner auf seiner berühmten Reise um die Welt hat in China die Wahrnehmung gemacht, daß die protestantischen Missionäre mit ihren Familien in den Hafenstädten bleiben, „beschützt von den Kanonen ihrer Opium, Branntwein, Zeitungen und alle Laster europäischer Cultur importirenden Landsleute;“ sie hätten auch erst einige Hundert getauft, während die katholische Kirche eine Million Chinesen für das Christenthum gewonnen habe. Was aber die Bemerkung betrifft, daß diese Missionäre ohne entsprechende Bildung, bloß in den Missions-Seminaren nothdürftig gedrillt seien, oder wenigstens bis auf die neueste Zeit waren, so kommt diese Klage auch in anderen Ländern vor. So in Südafrika: „Die Londoner Missionäre waren theilweise so ungebildet, daß sie nicht einmal richtig schreiben konnten. Dafür waren sie unglaublich bigott, hochmüthig und unduldsam. Ihr erster Führer Dr. Vandercamp ging in seiner Vorliebe für die schmutzigen Wilden so weit, daß er eine Hottentottin heirathete, ganz wie sie lebte und sich kleidete, und allgemeinen Anstoß erregte.“ [1])

Ueber die Stellung der englischen und amerikanischen Missionäre in der Türkei kamen ähnliche Berichte, wie aus China. „Sie ist (bei den Amerikanern) keine so aufopfernde, wie es sich wohl fromme Damen in Amerika in ihrer Heidenbesorgniß vorstellen mögen, und mancher hochstudirte, aber schlecht besoldete Dorfpfarrer dürfte mit einem etwas neidischen Seufzer zu seinem christlichen Amtsbruder aufblicken, der 2- bis 3000 Dollars Gehalt bezieht, im schönsten Hause der Stadt wohnt, eine Tafel voll Leckerbissen (Wein ausgenommen) und einen Hof voll Truthühner und Capaunen hält. Noch besser geht es den von der englischen Missionsgesellschaft beglaubigten Aposteln. Sie sind glänzend, bis zu 1000 Pf. St. jährlich, bezahlt, ergeben sich allen Vergnügungen, gehen auf die Jagd, trinken den vorzüglichsten

1) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 31. August 1891.

Wein, kurz leben herrlich und in Freuden, und arbeiten dabei so gut wie gar nicht, oder nur zu ihrer Unterhaltung." In letzterer Beziehung lobt der Berichterstatter die Amerikaner, und auch wegen ihrer Gastfreundschaft, wozu sie von ihrer Missionsgesellschaft in Stand gesetzt seien; so habe ein Hr. Parson seinen Einzug in Siwaß mit 52 schwer beladenen Maulthieren halten können. Schließlich bemerkt er: „Hauptbedingung für einen Missionär ist, daß er beweibt sei; stirbt seine Frau, so ist er unverzüglich gehalten, sich eine andere anzuehelichen, und erhält zu dem Zweck einen längeren Urlaub nach seiner Heimath".[1])

Empfunden wird dieser Uebelstand ohne Zweifel, aber man sucht sich zu trösten. Der Vorstand der protestantisch-afrikanischen Mission in Paris hat gegenüber dem Wissmann'schen Urtheile erklärt: er sei sogar fest überzeugt, daß der verheirathete protestantische Missionär viel mehr Erfolg habe, als der katholische. „Die Anwesenheit der Gattin flöße den Eingebornen Vertrauen ein, und die Ueberzeugung, daß es sich nicht nur um einen vorübergehenden Aufenthalt handle; überdieß verstehe man in Afrika das Cölibat nicht, man schreibe es der Armuth zu; häufig seien die Kinder der Missionäre nützliche Vermittler zwischen den Eingebornen und den Verkündern des Evangeliums gewesen".[2]) Die Erfahrung weiß aber von diesen Vortheilen nichts, im Gegentheile. Vor bald vierzig Jahren hat die Basler Mission, die bedeutendste Anstalt auf dem Continent, bezüglich der Kinder ihrer Missionäre in Indien eine Verfügung getroffen und gerechtfertigt, wie folgt:

„Mit diesen Kindern erwächst den Aeltern und Missionsfreunden eine neue Sorge; ihr geistiges, wie leibliches Wohl

1) Constantinopler Correspondenz der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" vom 7. November 1862.

2) Diese Aeußerungen der betreffenden Pastors, sagte die Berliner „Kreuzzeitung" (vom 26. Juli 1890), seien „von allgemeinem Interesse".

hat denselben seit Jahren schwer auf dem Herzen gelegen, und man ist nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschluß gekommen, sie aus Indien nach Europa überzusiedeln. Schwer ist sowohl den Aeltern als auch der Missionsanstalt dieser Entschluß geworden, denn es ist für erstere wahrlich nichts Kleines, die Kinder von sich loszureißen, um sie den Gefahren einer 3 bis 4monatlichen Seereise preiszugeben und in weiter, weiter Ferne von sich zu wissen, ja vielleicht nie wiederzusehen; auch hätte das Commitee gern die Kosten dieser Reise gespart. Aber unabweisliche Gründe haben zur Ausführung dieses Entschlusses getrieben. Ein Hauptgrund ist die allgemeine Erfahrung, daß das tropische Klima Indiens europäischen Kindern verderbenbringend ist an Körper und Geist. Etwa bis zum 6. oder 8. Lebensjahre wachsen die von Europäern in Indien geborenen Kinder kräftig und schnell auf, ja entwickeln sich geistig und körperlich bedeutender als bei uns; alsdann aber werden sie entweder eine Beute des Todes oder gleich schnell aufgeschossenen Treibhauspflanzen siech und kraftlos; denn die heiße Sonne Indiens verzehrt mit wenigen Ausnahmen die leiblichen und geistigen Kräfte dieser Kinder." [1])

Ueberdieß bemerkt die Erklärung, es sei auch zu berücksichtigen, „daß die ganze heidnische Atmosphäre, in der die Kinder aufwachsen, unmerklich Schlimmes auf ihre Seele absetze". So schifften sich denn am 10. Januar 23 Missionskinder in Calcutta ein, um am 24. April in Basel anzukommen. Daß es im heißen Afrika nicht anders seyn würde, als im heißen Indien, war vorauszusehen. Auch hat bis jetzt bloß von ein paar Fällen verlautet, daß deutsche Beamten in Ostafrika ihre Frauen nachkommen ließen.

Major von Wissmann hat nur aus dem Kreise seiner persönlichen Erfahrungen gefolgert, hätte er weiter und tiefer gesehen, so würde er vielleicht gesagt haben: in Euerer Natur liegt der Kampf gegen Rom, aber schon deßhalb nicht der gegen das Heidenthum. Dazu fehlt es schon an

1) „Aus der Basler Mission im Jahre 1855" s. Berliner „Protestantische Kirchenzeitung" vom 2. Februar 1856.

der Selbstlosigkeit, die seinerzeit bei der von den Mahdisten zerstörten österreichischen Mission in Chartum eine so schöne Zukunft versprach. Man sagt von den Engländern: erst kommen einzelne Reisende mit anscheinend nur wissenschaftlichen Zwecken, dann folgen Missionäre und Geschäftsleute, ihnen gesellen sich bald politische Funktionäre bei, und schließlich treten mächtige Gesellschaften auf mit dem Anspruch auf den Besitz des Landes. Am 27. Februar 1889 tagte die protestantische Missions-Conferenz zu Halle; sie beschuldigte den heiligen Stuhl: durch seine Aufrufe zur Bekämpfung des Sklavenhandels den Religionskrieg zu entfesseln. Ein Religionskrieg war wirklich bereits im Werk, nämlich in Uganda. Es ist jetzt erwiesen, daß die Protestanten sich mit den Muhamedanern zur Vertreibung der Katholiken verbündeten, und denselben einige der besten Provinzen in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt auslieferten.[1]) Die Sendlinge Englands fürchteten die Concurrenz Frankreichs!

Die katholische Mission steht einheitlich da, die protestantische ist überall nicht nur im Glauben und der Lehre hoffnungslos gespalten, sondern auch nach der Nationalität. In Japan, einem jungen Missionsbereich, bekämpfen sich nicht weniger als sieben protestantische Richtungen; in Tokio allein sind 31 verschiedene Missionsgesellschaften vertreten, die sich alle confessionell oder national feindlich gegenüberstehen.[2]) Gegen die niederländischen Missionen in Indien kämpften die deutschen Lutheraner; ihr „Sendlingshaus“ zu Rotterdam stand in dem Rufe, daß „bei weitem nicht die kleinste Hälfte der dort aufgenommenen Jünglinge an die Gottheit unseres Heilands glaube.“ Aehnlich steht es zwischen

1) Der endgültige Bericht des k. Commissärs Portal steht noch aus, und der des Hrn. E. Wolff über seine Erhebungen an Ort und Stelle (s. Berliner „Germania“ vom 26. Juli ds. Js.) wird in der protestantischen Presse möglichst verschwiegen.

2) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 11. November 1891. — Berliner „Kreuzzeitung“ vom 1. December 1892.

den deutschen und den englischen Missionären. Die letzteren hatten eine 1801 von den Lutheranern erbaute Kapelle in Besitz. „Jetzt dient ihr Dach den Fledermäusen, und ihr innerer Raum herumlaufendem Vieh zum Aufenthalte, und die heidnische Dorfjugend treibt ihre Spiele und allerlei Muthwillen darinnen, schläft auf dem schönen Altare und dergleichen, während die christliche Gemeinde des Ortes ihre Gottesdienste in einer kleinen Hütte halten muß. Mehrmals schon versuchten wir, die Capelle käuflich an uns zu bringen; die Herren von der englischen Mission erklärten aber wiederholt, sie würden dieselbe zwar an Heiden oder Muhamedaner, nie aber an Lutheraner verkaufen".[1])

Mit solchen Notizen könnte man ganze Bücher füllen. Aber wem wird nicht endlich die Lust vergehen, sie zu sammeln, so wie dem seinerzeit viel genannten Pastor Graul? „Welcher Abstand zwischen den Leistungen und den ruhmredigen Missionsberichten! Dazu gegenseitige Beschuldigungen des Humbugs fast auf jeder Seite der Missionsliteratur! Der stereotype Charakter derselben: runde Zahlen in allen Dingen und Schwärzen der Heiden, um die Convertiten schneeweiß zu machen und den europäischen Christen als Vorbilder aufzustellen. ‚Ich scheue mich wahrlich nicht', schreibt Missionsdirektor Graul, ‚es unumwunden auszusprechen, daß es leider Missionsblätter gibt, die nun, nachdem ich mehrere Missionen mit eigenen Augen an Ort und Stelle gesehen, zu lesen, es mich doppelt anwidert. Der Wahrheit allenthalben die Ehre!"[2])

Die neueste Missionsnachricht aus Norddeutschland bringt wieder der „Vorwärts" in Berlin (30. August d. Js.): „Im vergangenen Jahre sind 105,250 Centner Fuselschnaps aus Deutschland nach Afrika ausgeführt worden!"

---

1) Leipziger „Evang.-lutherisches Missionsblatt" vom 1. April 1859. — Nördlinger „Freimund" v. 5. Mai 1859.
2) Berliner „Protestantische Kirchenzeitung" vom 26. Nov. 1864.

L.

Zur Geschichte des höheren Unterrichts in England.

(Geschichte des Marlborough-College.[1])

Die englischen Mittelschulen können sich, wie wir anderswo gezeigt haben,[2]) mit unseren deutschen Gymnasien nicht messen, selbst die großen öffentlichen Schulen Eton, Winchester, Rugby, Harrow hatten verhältnißmäßig nur wenige in jeder Beziehung tüchtige Lehrer. Manche Lehrer, deren Namen in der Literatur einen guten Klang haben, haben ihre Schüler weit mehr dressirt und für die Examina abgerichtet, als allseitig ausgebildet und erzogen. Die hohe Pension der öffentlichen Schulen schloß Pfarrerssöhne und die Kinder weniger bemittelter Eltern von den Anstalten aus, an denen man fast einzig eine einigermaßen genügende Vorbildung für die Universität erhalten konnte.

Um diesem Uebelstande abzuhelfen, faßte gegen Mitte dieses Jahrhunderts der Geistliche Karl Plater den Entschluß, ein Colleg zu gründen, mit dem ein Pensionat verbunden sein sollte. Während in anderen Collegien die Lehrer Kosthäuser hielten und aus denselben den größten Gewinn zogen, sollte in dem neuen Colleg der Direktor zugleich Vorstand des Pensionates sein. Um die für Ankauf eines Colleges nöthigen Summen herbeizuschaffen, sammelte man Beiträge. Die Zahlung

---

1) Bradley A. G., Champneys A. C., Baines J. W., A History of Marlborough College from its foundation to the present time with numerous illustrations. London, John Murray, 1893. XVII. 323 p. ($7^1/_2$ sh.)

2) Die öffentlichen Schulen Englands. Freiburg, Herder 1892.

von 50 Pfund gewährte das Recht der Ernennung eines Studenten für die Aufnahme; wer 100 zahlte, konnte, so lang er lebte, je einen Studenten ins Colleg schicken. Zwei Drittel der Schüler sollten Söhne anglikanischer Geistlichen sein, ein Drittel Söhne von Laien; die letzteren zahlten 50 Guineen, die ersteren 30 Guineen. Es gelang binnen kurzer Zeit, die nöthigen Geldsummen zusammenzubringen, und einen Edelsitz, der als Herberge gedient hatte, um billigen Preis zu erstehen. An Schülern fehlte es nicht, wohl aber an dem nöthigen Raum. Auf die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen das Colleg zu kämpfen hatte, kann hier nicht eingegangen werden, uns interessirt vielmehr die Art und Weise, wie der Vorsteher und die Lehrer die buntscheckige zügellose Jugend an Gehorsam und Ordnung zu gewöhnen suchten.

Eine Ueberwachung der Pensionäre durch Präfekte war außer Frage, denn kein englisches (protestantisches) Colleg kannte dieses System; den Knaben der höheren Klassen Vorrechte über die Schüler der niederen Klassen zu gewähren, ging schon deßwegen nicht an, weil nur wenige Schüler in der höchsten Klasse sich fanden. Der Vorsteher des Marlborough-Colleges, Wilkinson, dachte nicht daran, die Sympathie der gereifteren Schüler zu gewinnen, einen Unterschied zwischen ihnen und den jüngeren Studenten zu machen. Sie mußten einen Halbkreis um das Pult des Lehrers bilden, in dem allgemeinen Schulzimmer ihre Lektionen hersagen, sich in Gegenwart der Jüngeren tadeln und abstrafen lassen (nur die fünfte Klasse hatte ein eigenes Klassenzimmer). Außer in Rugby und Uppingham (cf. Oeffentliche Schulen 112, 116) appellirten die Lehrer höchst selten an das Ehrgefühl der Studenten, Prügelstrafe und Einsperrung wurden fast überall als die besten Heilmittel betrachtet. Statt jedoch nach der Schule oder in einem besonderen Zimmer die Schüler abzustrafen, hörte man von Zeit zu Zeit in dem großen Schulzimmer den Ruf des Lehrers und gleich darauf sah man, wie Schlag auf Schlag auf den Rücken des Delinquenten fiel. Die Aufmerksamkeit der Schüler wurde durch solche Scenen, die sich gar häufig abspielten, nicht erhöht, denn auf alle Vergehen war dieselbe Strafe gesetzt. Die Lehrer verloren sehr häufig die Geduld

und ließen sich, wenn der Schuldige trotzig die Strafe hinnahm, zu Akten der Grausamkeit verleiten.

Nicht blos die Lehrer mißhandelten die Schüler, sondern auch die Zöglinge mißhandelten sich gegenseitig, gleich als wollten sie sich schadlos halten für die von den Lehrern erlittenen Unbilden. Renommisterei, Cliquen, Landsmannschaften standen in großem Flor; wer einer der Cliquen angehörte, konnte einen andern, der keiner Clique angehörte, ungestraft verhöhnen oder mißhandeln, ja sogar ihn ausplündern. Nichts war anfangs gewöhnlicher, als daß Studenten einander die guten Sachen wegnahmen, welche von Hause geschickt wurden. Man hatte Spione, welche auskundschaften mußten, ob Körbe im College angekommen seien. Die Studenten, welche eine Sendung von ihren Eltern erwarteten, hatten oft die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen, um den Korb in aller Stille auf ihr Zimmer zu bringen; aber siehe, wenn sie sich bereits am Ziele glaubten, da brach eine Rotte ihrer Gegner hervor und nahm ihnen den ganzen Korb oder einen Theil weg.

Das Colleg zählte unter seinen ersten Schülern manche wilde, energische Charaktere, die weit größeren Gefallen an Wilddieberei, an Rattenfangen, Stehlen von Hühnern aus den benachbarten Hühnerhöfen, als am Studium hatten. Diese gewaltthätigen jungen Leute unterwarfen sich gar bald die übrigen und zwangen namentlich die Jüngeren, ihnen in der Ausführung ihrer Pläne behülflich zu sein. Die Studenten wurden bald der Schrecken der Nachbarschaft und machten sich den Wildhütern und Bauern gleich verhaßt. Auf ihren Ausflügen zerstampften sie oft die junge Saat oder die Wiesen, brachen die Zäune nieder und verübten mancherlei Unfug. Sie hatten meist tüchtige Anführer, welche ausgekundschaftet hatten, wo Kaninchen, Hasen, Rehe sich fänden, und machten Jagd auf dieselben. Manche dieser Nimrode hatten eine wunderbare Fertigkeit in Handhabung des squaler erlangt. Es war dies eine 18 Zoll lange Ruthe mit einem bleiernen, birnförmigen Knopf, welchen die Studenten, sobald das Wild in Sicht kam, mit solcher Sicherheit und Kraft abschleuderten, daß sie nur selten fehlschossen, mochte die Entfernung groß oder gering sein. Auf die Rehe hatten es die Studenten besonders ab-

gesehen, denn die Haut derselben galt als besonders werthvoll. Manche besaßen ein großes Geschick im Abziehen der Haut. So flink die Studenten in der Regel waren, so fielen sie doch bisweilen in die Hände der Bauern und Wildhüter, welche natürlich Rache nahmen für die erlittenen Unbilden. Die Lehrer scheinen unfähig gewesen zu sein, dem Uebel zu steuern, konnten sie ja nichteinmal die ruhigen und lernbegierigen Studenten beschützen. Die Folge war, daß manche Studenten heimlich aus dem College entflohen und, statt nach Hause zurückzukehren, auf Reisen gingen oder sich irgendwo versteckten, weil sie nicht ohne Grund besorgten, die Eltern würden die Partei der Lehrer nehmen. Die Fragen und Klagen der Eltern waren den Lehrern höchst unangenehm; um das Ausreißen zu erschweren, nahmen sie ihre Zuflucht zu folgendem Mittel. Wenn ein Student weglief, so durfte die ganze Klasse zur Strafe dafür nicht ausgehen. Es war deßhalb im Interesse der Studenten, Wachposten aufzustellen, ein scharfes Auge auf die Verdächtigen zu halten und jeglichen Fluchtversuch zu verhindern. Das beste Mittel wäre freilich die Unterdrückung der Renommisterei und durch bessere Ueberwachung und Entlassung der Widerspenstigen gewesen. Ungeachtet der großen Mißbräuche, welche in dem College eingerissen, nahm die Zahl der Studenten stetig zu und erreichte im Jahre 1848 die Normalzahl 500.

Mit der Zahl der Schüler wuchs jedoch die Schwierigkeit, dieselben in Ordnung zu halten, die Wilddieberei, Streitigkeiten mit den Bauern nahmen immer zu, die Schwachen wurden mehr unterdrückt als je. Wir nennen hier nur einige der schauderhaften Torturen, welche vorkamen. Junge Studenten wurden in Betttücher gewickelt und an dem Geländer des Ganges aufgehängt; man durchbohrte ihre Ohren mit Nadeln oder Federmesser, man gab ihnen Schläge oder Fußtritte, man zwang sie zur Verrichtung der niedrigsten Dienste, ja sogar zum Schmuggeln, zum Stehlen, zur Wilddieberei. Während die älteren Knaben nach Hause eilten, um zur Zeit für den Appell da zu sein, mußten die jüngeren draußen bleiben, dem getödteten Rehe die Haut abziehen, Nester ausnehmen u. s. w. Die Lehrer hätten wenigstens die ruhigen, lernbegierigen jüngeren Schüler beschützen sollen, statt dessen ließen sie die Schuldigen straflos

ausgehen, während die Unschuldigen bestraft wurden. „Fagging" (Dienstleistungen der jüngeren für die älteren Schüler) war in Marlborough nie eingeführt, aber die mit Fagging verbundenen Mißbräuche bestanden in Marlborough ebensowohl als an andern Collegien. Die Scheu vor den Lehrern war so groß, daß die Schüler es nicht wagten, die Lehrer über ihren Irrthum aufzuklären, so unschuldig sie auch waren. So wurden mehrere sonst musterhafte Knaben von aller Erholung ausgeschlossen, weil sie unter sich Geld für die Spiele gesammelt. Der Sekretär hatte, statt Acht zu geben, während der Schulen die einzelnen Posten addirt und wurde dafür nebst seinen Genossen so schwer bestraft. Jede der großen öffentlichen Schulen hat Aufstände der Studenten gegen die Lehrer zu verzeichnen (cf. Oeffentliche Schulen S. 95), auch Marlborough machte hievon keine Ausnahme. Die Tyrannei war in der That so unausstehlich, daß man sich wundern muß, daß die Aufstände nicht häufiger waren. Infolge der Rebellion 1851 und 1852 dankte Wilkinson ab.

Durch Cotton, der als Lehrer unter Arnold in Rugby sich ausgezeichnet, wurde das System Arnolds in Marlborough eingeführt. Die üblen Folgen der Mißregierung Wilkinsons ließen sich jedoch nicht so leicht verwinden, und so nahm die Zahl der Schüler stetig ab. Manche Eltern zogen ihre Kinder zurück, andere Studenten wurden wegen Unbotmäßigkeit entlassen; doch nach und nach kehrte das Vertrauen wieder. Die Studenten fügten sich in die neue Ordnung, die Eltern fanden, daß ihre Kinder besser behandelt wurden und Fortschritte machten. Die Präfekten, welche mit der Aufsicht über die übrigen Studenten betraut waren, gingen anfangs in ihrem Eifer zu weit und fanden erst nach und nach die goldene Mitte. Cotton suchte Eifer für die Spiele zu wecken, für Fußball, Cricket, und so verwandelten sich die Wilddiebe, Fischer allmählig in gute Fußballspieler und Cricketers; die Praxis, Hunde zu halten und auf die Jagd zu gehen, kam nach und nach außer Uebung. Was jedoch am meisten zur Hebung der Anstalt beitrug, war die Berufung neuer Lehrer, von denen sich die meisten durch gründliche Wissenschaft und pädagogischen Takt auszeichneten. Wir nennen hier nur Frank Bright, Erz-

diakon Farrar, den Dechanten Jex Blake, Beesly, Martin, Bull. Da der Gehalt, den die Lehrer in Marlborough-College bezogen, verhältnißmäßig gering war, so konnte der Vorsteher von Glück sagen, daß er so tüchtige Lehrkräfte gewann. Manche wurden später Vorsteher von Universitätscollegien, oder erhielten andere hohe Aemter Alle diese Lehrer waren jung und voll Begeisterung, alle suchten die Liebe und Achtung der Studenten zu gewinnen durch ihre Sympathie, durch ihr Eingehen auf die Gedanken der jungen Leute. Die strenge Zurückhaltung, die starre Abgeschlossenheit machte freundlichem Verkehr von Schülern und Lehrern auf dem Spielplatz und anderswo Raum. Weil in Marlborough keine Kosthäuser, sondern nur ein großes Pensionat bestand, war der Verkehr zwischen Lehrern und Schülern weit leichter. Die Lehrer fingen an, die Schüler Abends auf ihr Zimmer kommen zu lassen, ihnen Thee, Brot und Marmelade zu geben, mit ihnen sich zu unterhalten. Da die Kost damals noch spärlich und schlecht war, so wurden diese Einladungen als eine wahre Wohlthat betrachtet. Verfolger und Verfolgte, Quäler und Gequälte saßen da friedlich zusammen und lernten in Gegenwart des Lehrers sich als Mitmenschen betrachten und die wilden Instinkte, von denen sie bisher geleitet waren, ablegen. Weil die Lehrer keine Günstlinge hatten, allen Zutritt gestatteten und großen Takt bewiesen, waren diese Einladungen nicht mit den Uebelständen verbunden, die gewöhnlich bei derartigen Reunionen so häufig sind Unter Cotton, der 1858 zum Bischof von Calcutta ernannt wurde, hatte das Colleg nicht nur die frühere Schülerzahl wieder erlangt, sondern auch einen Ruf und ein Ansehen gewonnen, das dem Colleg einen Ehrenplatz unter den öffentlichen Schulen sicherte. Cotton war nicht bloß ein tüchtiger Pädagog, sondern auch ein trefflicher Lehrer gewesen; seine Predigten und Katechesen übten großen Einfluß auf die Schüler.

Der neue Vorsteher Bradley, gegenwärtig Dechant von Westminster, war in Rugby gebildet worden und hatte daselbst docirt. Er besaß tüchtige klassische Kenntnisse und großen pädagogischen Takt. Ungleich so manchen englischen Lehrern legte Bradley großen Werth auf das lateinische Pensum. Gleich

einem Döderlein, Nägelsbach in Deutschland, suchte er durch die lateinische Composition das Studium der Muttersprache, das an den meisten Collegien fast ganz vernachläßigt war, zu heben (cf. Oeffentliche Schulen 122—23). Professor Butcher gibt (S. 194 f) Erinnerungen an Bradley; er beschreibt, mit welcher Spannung die Schüler der Stunde entgegensahen, in welcher sie ihre Compositionshefte zurückerhielten. Die Fehler waren nur unterstrichen, in der Schule selbst gab Bradley Proben der Uebersetzungsfehler und geißelte mit unnachsichtlicher Strenge die Gedankenlosigkeit und den Unverstand der Schüler, darnach gab er die eigene Uebersetzung. In der Schule wurde wenig gelesen, aber was man las, wurde gründlich erklärt. Cursorisches Lesen wurde dem Privatstudium überlassen, Butcher gesteht jedoch, daß nur wenige sich die Gelegenheit zu Nutze machten. Daß Bradley für den Geschichtsunterricht Werke wie Guizots Geschichte der Civilisation in Frankreich, Geschichte der Civilisation in Europa, Milman's „Latin Christianity", Sismondi's Fall des römischen Reiches als Textbücher benützte, scheint uns verfehlt zu sein, ebenso wenig billigen wir die Lesung und Erklärung eines alttestamentlichen Buches in griechischer Sprache. Uns leuchtet nicht ein, warum man Gymnasiasten mit dem Griechischen des Neuen Testamentes, das von dem klassischen so sehr abweicht, bekannt machen soll. Denn wenn die Zeit für den Religionsunterricht so wie so schon sehr beschränkt ist, sollte man die Schüler nicht während der Religionsstunde mit philologischen und kritischen Untersuchungen behelligen.

Weitere Mittheilungen über die Lehrmethode, die Auswahl der Autoren, die Abstufung der Klassen, suchen wir auch in diesem Buche, wie in fast allen übrigen Geschichten der einzelnen Collegien vergebens; gerade deßhalb ist es so schwer, eine Geschichte des gelehrten Unterrichts an den Mittelschulen Englands zu schreiben. Ueber die Lehrthätigkeit Farrars, der 1870 an Stelle Bradley's zum Vorsteher der Anstalt ernannt wurde, erfahren wir leider nichts, ebensowenig über seinen Nachfolger.

In den alten Jesuitenschulen suchte man unter den Schülern Interesse für die Armen, Kranken und Gefangenen zu erwecken, sammelte man Beiträge für die Nothleidenden. Die Mitglieder

der Congregation pflegten den Pater an Sonn- und Festtagen in die Spitäler, Gefängnisse und Häuser der Armen zu begleiten, geistlichen und leiblichen Trost zu spenden. Mancher Sprosse einer altadeligen Familie lernte in dieser Schule der Nächstenliebe das Mitgefühl mit den Armen, das er zeitlebens bewahrte. Die Protestanten haben sich diese Gewohnheit in ihrer Weise angeeignet und halten die Studenten an, Beiträge zu sammeln. So hat Marlborough Colleg in Tottenham (London) eine Pfarrei gegründet und für den Pfarrer einen Gehalt ausgeworfen.

Es sind seit Gründung des Collegs in der Stadt Marlborough etwa 50 Jahre verstrichen, aber während dieser 50 Jahre sind so viele Veränderungen vorgegangen, daß ein Knabe, der 1842 in das Colleg eintrat, den alten Platz kaum wieder erkennen könnte. Früher hatte man nur acht Lehrer, früher docirte man fast nur Latein und etwas Griechisch und Französisch. Musik, Zeichnen, Naturwissenschaften, ja selbst Mathematik wurden, wenn man vom Dociren der Anfangsgründe absieht, fast gar nicht vorgetragen. Ein abgetrenntes Krankenhaus, ein Bad, gut ventilirte Schlafsäle, Klassenzimmer bestanden noch nicht; die Kost war schlecht und ungenügend, die Spielplätze von damals waren unansehnlich. Alles ist seitdem besser geworden; aber zwei Uebel bestehen in Marlborough wie in anderen Collegien fort: die Spielwuth und die Examinationswuth, welche eine ruhige Entwicklung unmöglich machen; die Ueberspannung der geistigen Kräfte während des Studiums, die Ueberspannung der körperlichen Kräfte während des Spiels, die furchtbare Tortur der langen schriftlichen Prüfungen haben manche tüchtige Kraft erschlafft und gebrochen.

A. Zimmermann S. J.

LI.

P. Bäumers Schrift über das Apostolische Glaubensbekenntniß.[1])

Seit dem verflossenen Jahre wogt in der protestantischen Kirche Deutschlands der Kampf um die weittragende Frage: Ist das Apostolicum ferner in der Liturgie beizubehalten, sind die angehenden Prediger fortan auf dasselbe zu verpflichten, oder soll man angesichts der modernen Entwicklung der protestantischen Theologie und ihrer Bibelkritik von diesem ehrwürdigen Dokument des christlichen Alterthums in Zukunft Absehen nehmen? Unmittelbar sind wir deutschen Katholiken von diesen verhängnißvollen Bewegungen nicht berührt. Unsere Festigkeit ruht nicht auf den Ergebnissen der Wissenschaft, sondern auf der Untrüglichkeit des vom heiligen Geiste durchwalteten kirchlichen Lehramtes, dessen Aufgabe die Dolmetschung der ewig unveränderlichen natürlichen und übernatürlichen Wahrheit bildet. Aber theilnahmslos stehen wir dem Kampfe der getrennten Brüder untereinander keineswegs gegenüber. Namenloser Schmerz ergreift uns gegenüber der Thatsache, daß die geistigen Erben jener Männer, welche unter dem Vorgeben der Kirchenverbesserung die Einheit der Kirche vor dreihundert Jahren zerrissen, nunmehr mit der Kirche auch das Christenthum über Bord geworfen. Das ist der Vorwurf, welcher

---

1) Das apostolische Glaubensbekenntniß. Seine Geschichte und sein Inhalt. Von Suitbert Bäumer, Benediktiner der Beuroner Congregation. Mainz, Kirchheim 1893. VIII. 240 S.

die moderne protestantische Dogmatik und Exegese, welche die Einheit der Person in Christo aufgelöst und vom Neuen Testament nur den Einband übrig gelassen, mit vollem Rechte trifft.

Gegenüber dem unermeßlichen Chaos der verschiedensten, einander bekämpfenden Meinungen im Schooße der protestantischen Kirche soll der Katholik sich auf die Wahrheit seiner Ueberzeugung besinnen und für das, was er mit unerschütterlicher Glaubensgewißheit festhält, auch den Nachweis der Wissenschaft erbringen. Das hat unser rheinischer Landsmann, der Benediktinermönch Suitbert Bäumer, mit einer so erdrückenden Fülle des Wissens, einer solchen Feinheit der Beweisführung und einer solchen Salbung der Frömmigkeit geleistet, daß er sich alle deutschen Katholiken zum Danke verpflichtet hat. Wenn irgendeine wissenschaftliche Arbeit der neueren Zeit, dann ist diese so recht geeignet, uns wieder an den unermeßlichen Reichthum zu erinnern, welcher in den Werken der heiligen Väter verborgen liegt. Aus diesem Arsenal holt unser Verfasser seine Waffen, um den altüberlieferten Glauben zu schirmen. Neben diesem Vorzug, der ihn als echten Mauriner erkennen läßt, besitzt die Schrift den Reiz völliger Beherrschung der protestantischen Theologie. Weit entfernt, sich gegen dieselbe abzusperren, fordert er sie machtvoll vor seine Schranken und unterwirft sie dem Probierstein der Werke der Väter und der Lehre der Kirche.

Nach knapper aber genügender Orientirung über die erwähnten Vorkommnisse in der protestantischen Kirche, wird Name und Begriffsbestimmung des apostolischen Symbolums gegeben. Im Symbolum, der Glaubensregel und dem Kanon hat die Kirche von Anfang an den Inhalt ihres Glaubens niedergelegt. Dem Wesen nach eng miteinander verbunden, sind jene drei Einrichtungen doch der Form und dem Zweck nach verschieden. Vom Symbolum gilt, daß es überwiegend liturgische Verwendung fand, bei der Katechese zur Vorbereitung auf die Taufe erklärt wurde und endlich als Erkennungszeichen diente, um Christen von den Nichtchristen zu unterscheiden. Was die Ueberlieferung des Textes des Symbolums anlangt, so betont Bäumer mit Recht die Thatsache als „jetzt allgemein anerkannt, daß der nunmehr gebräuchliche lateinische Text als

selbständige Schöpfung einer abendländischen Kirche, sei es der römischen oder einer andern betrachtet werden muß" (24). Zum ersten Male erscheint der Text desselben mit einiger Vollständigkeit um die Mitte des fünften Jahrhunderts beim Bischof Faustus von Riez oder Reji, in Südgallien. Mit wahrem Bienenfleiß hat Bäumer wie bei Faustus, so bei einer langen Reihe von Vätern der voraufgehenden Jahrhunderte aus deren Werken das bei ihnen gang und gäbe Symbolum zusammengestellt. Daraus ergibt sich der bedeutungsvolle Schluß: Um das Jahr 500 war im Abendlande und vielleicht schon in Rom der jetzt gebräuchliche Text des apostolischen Symbolums in Gebrauch.

Nachdem Bäumer den Terminus a quo gewonnen, setzt er seine patristischen Hebel ein und eröffnet die Schätze der Väterwerke der vier ersten Jahrhunderte. Nachdem er mit überzeugenden Gründen die Ansicht widerlegt, als ob die römische Kirche von Gelasius († 496) bis zu Karl d. G. nicht das apostolische, sondern das nicäno-constantinopolitanische Symbol im Gottesdienst verwende, prüft er nacheinander die Werke der angesehensten Väter mit Bezug auf das Symbolum. Von besonderer Bedeutung dünken uns die beiden Abtheilungen: „Das apostolische, römische und außerrömische Symbolum nach Augustinus, Rufinus u. a.", sowie „das altrömische Symbolum nach St. Ambrosius". Um so werthvoller erscheint die letztere Abhandlung, als der Verfasser dabei eine Arbeit des hl. Ambrosius zu Grunde legt, die lange Zeit unbeachtet gelassen wurde, bis der um die altchristliche Literatur hochverdiente, verstorbene Professor Caspari zu Christiania sie als echte Schrift des Mailänder Kirchenvaters erwiesen hat. In seiner „Explanatio symboli ad initiandos" schreibt Ambrosius: „Das ist das Glaubensbekenntniß, welches die römische Kirche festhält, wo der Fürst der Apostel seinen Sitz nahm, und wohin er den allgemeinen Glauben brachte" (75). Also aus dem Morgenland hat Petrus das Symbolum nach Rom gebracht. Wenn somit der S. 76 mitgetheilte Text das Symbolum des Ambrosius ist, welcher als Repräsentant römischen Geistes und römischer Denkweise hervorragt, wenn Rom in allen Jahrhunderten durch strenges Festhalten am Ererbten glänzte, dann

folgt, „daß Rom sein ursprüngliches, einfaches und kürzeres Symbolum beibehielt" (77). Wie das achte Kapitel zeigt, läßt sich dieses Lob den orientalischen Symbolen, die zum Zweck der Bekämpfung der Häresien vielfache Erweiterungen erfuhren, durchaus nicht spenden. Zur Ermittelung des römischen Symbolums in der ersten Hälfte des vierten Jahrhunderts dienen Bäumer die Schriften des Marcellus von Ancyra, welcher 341 in Rom ein Glaubensbekenntniß ablegte. Wenn zwischen 200 und 220 in Rom eine kleine Modifikation des Symbolums durch Papst Zephyrin vorgenommen wurde, so geschah es lediglich, um so die Monarchianer erfolgreicher zu bekämpfen.

Je höher wir hinaufsteigen, um so überraschender sind die Untersuchungen unseres Verfassers, welcher am Schluß der Prüfung der Werke der apostolischen Väter das jenen zu Grunde liegende Symbol mit ihren eigenen Worten in griechischer Sprache wiedergibt. Den Schluß des ersten Theils bildet der Nachweis, daß die Wurzeln des Symbolums im Neuen Testament liegen. Der zweite Theil ist der Erklärung der zwölf Artikel des Symbolums gewidmet, und zwar im dritten und fünften Artikel (Geburt aus der hl. Jungfrau und Höllenfahrt) mit lebhafter Bekämpfung der modernen protestantischen Theologie.

Von ergreifender Schönheit ist das Schlußwort. Wir fassen es in zwei Sätze zusammen. Die Wurzeln des apostolischen Glaubensbekenntnisses liegen in den vom heiligen Geist durchwehten Schriften des Neuen Testamentes, und als treueste Hüterin desselben hat sich erwiesen die Kirche Roms.

Druckfehler-Berichtigung.

Auf S. 393 Z. 17 u. 20 des vorigen Heftes ist beidemal „Demingen", anstatt „Deiningen" zu lesen.

LII.

An der Wende des 15. Jahrhunderts.

(Klerikales Proletariat.)

Herr Dr. Jörg sagt S. 191 seines Buches: „Deutschland in der Revolutionsperiode von 1522 bis 1526“ [1]): „Neben dem fürstlichen, adelichen und städtischen Proletariate, das sich der Rebellion rücksichtslos in die Arme warf, muß als drittes jener fremdartigen Elemente, welche die erste und bedeutendste Hilfsmacht der bewußten und unbewußten Anstifter des großen Aufruhrs bildeten, das klerikale Proletariat genannt werden. Denn ein sehr großer Theil des niedern Klerus war von der Idee seines Standes so weit abgefallen, daß man von einem geistlichen Proletariate jener Zeit sowohl in dem höheren als im gewöhnlichen und sogar buchstäblichen Verstande zu reden berechtigt ist“.

Ist dem so, wie Jörg behauptet?

„Proletariat“ kann für das sociale Leben eines Volkes verhängnißvoll werden und ist es schon geworden. Je nach den Zeiten wechselt die Art des fortwuchernden Proletariats; es wird an jener Stelle zur Erscheinung drängen und da hervortreten, wo die materiellen Aussichten sich am günstigsten gestalten. Wenn nach Angaben des preußischen Cultusministeriums zur Zeit 1900 Candidaten allein des höheren Lehramts auf Anstellung warten, so haben wir ein richtiges

1) Freiburg 1851.

wenn auch ungefährliches **Gelehrtenproletariat**, also ein Ansammeln von Kräften ohne genügende Beschäftigung, ohne genügende Aussichten und Auskommen. So konnte man seiner Zeit von einem **juristischen** Proletariat (Advokaten) in Ungarn reden hören, was als nicht ganz unbedenklich gedeutet wurde. Wahrhaft verhängnißvoll trat im Laufe des 15. Jahrhunderts das **adelige** Proletariat in Deutschland auf, das völlig zum Raubritterthum auszuarten schien, man denke nur an Ulrich von Hutten und Genossen im Bauernkriege. Wir wissen, was dieses adelige Proletariat in Verbindung mit dem auftauchenden Humanismus und den neuen Lehren Luthers geleistet! Doch ist damit die Religionsneuerung im 16. Jahrhundert noch nicht erklärt.

Sollte die proletarische Tendenz, welche nie aus der Menschheit schwindet, welche einer Krebskrankheit gleich von einem Gliede des Menschheitskörpers zum andern fortwuchert, vor der Kirche Gottes, vor dem geistlichen Stande allein Halt machen, vor einem Stande mit solchem Ansehen und Reichthum, solchen Vorrechten, guten Aussichten und Machtmitteln, wie es im Mittelalter der Fall war? Wenn die kirchlich-socialen Verhältnisse gesetzlich sich so entwickelten, daß es zu einem klerikalen Proletariate kam und zwar zu einem für das Leben der Kirche verhängnißvollen, warum soll die Forschung gerade diese Wunde **nicht** sondiren, ihren Ursachen und ihren Wirkungen **nicht** nachgehen? Die Untersuchung hierüber wird der Kirche zur Entlastung dienen, sie kann nur beitragen, der Wiederholung dieses schweren Uebels vorzubeugen.

Um nur beiläufig einen Begriff von dem Reichthum der mittelalterlichen Kirche Deutschlands zu geben, sei angeführt, daß im Erzstifte Köln ein Drittel der bebauten Bodenfläche nach dem Kataster von 1669 der Kirche gehörte.[1]

1) Urkundenbuch der mittelrheinischen Territorien. Einleitung S. CXXXVII des 2. Bandes.

Welche Aussichten der Eintritt in den geistlichen Stand eröffnete, ergibt sich daraus, daß Johann von Jenzenstein, später Erzbischof von Prag 1379—96, schon in früher Jugend nacheinander sieben kirchliche Beneficien erlangte und deren Einkünfte als froher Student zu Prag, Padua, Montpellier und Paris verwendete.[1])

Man mag den Begriff „Proletariat" definiren wie man will, so wird stets dabei der Gedanke an eine große Zahl, eine Ueberzahl von Kräften mitunterlaufen; eine Ueberzahl von Kräften wird naturgemäß beschäftigungslos und darum faul sein, daneben die Zeit womöglich durch Vergnügen vergeuden, die nach und nach unerlaubte werden; Liederlichkeit in jeder Hinsicht und in der schlimmsten Art kann nicht ausbleiben. Wir sehen diese Erscheinungen im Laufe des 15. Jahrhunderts in Deutschland.

Zunächst muß ich einige Streiflichter auf die Menge geweihter Diener der Kirche werfen, wie sie für einzelne Orte bezeugt ist, und wie es dazu kam.

Der Reichthum Deutschlands, der Kirche wie des Reichs, in Verbindung mit kirchlicher Gesinnung führte zu einer Unzahl von Stiftungen. Die Räthe der Stadt und die Stadtpatrizier in ihrem gehobenen Bürgersinne konnten in der That stolz auf ihre Raths- und Patrizierhäuser mit ihren Rathskapellen an den stattlichen Rathhäusern, sowie auf die Familienkapellen an den geräumigen Stadtkirchen hinweisen, und diesen Stiftungen fehlte es nicht an Geistlichen, welche die Verpflichtung des Gebets nach der Meinung des Stifters übernahmen.

Dazu kamen die mächtigen Innungen, deren jede auch ihre eigene Kapelle haben wollte (Zunftkapelle) und ihren Meßpriester. Dieses Altar- und Messestiften nahm dermaßen zu, daß es Bedenken veranlassen mußte.[2]) Diese Pfründen aber waren nicht sogenannte fette Pfründen.

---

1) Frind, Kirchengesch. Böhmens III, 14.

2) Grünhagen, Geschichte Schlesiens I. 248: Wer einen eigenen

St. Elisabeth zu Breslau besaß zu Ende des 15. Jahrhunderts 122 Altaristen an 47 Altären, St. Magdalenen daselbst zur selben Zeit 114 Altaristen an 58 Altären, also nur an zwei Kirchen einer nicht allzu großen Stadt 236 geistliche Personen, deren priesterliche Verpflichtung (Brevier und Celebration) nicht mehr als vier Stunden täglich in Anspruch nahm.[1])

Wenn der im vollen Reformationssturme treu gebliebene Bürgermeister von Görlitz, Johann Hasse, von den zeitgenössischen Geistlichen sagen konnte: „sein aber gemeinlich gewest grobe ungelarte Gesellen, die nichts gewost, nichts getan, denn die Wochen 3, 4 und 7 Messen gelesen — sein yhe dorzu gangen, wie die saue zum Troge" — so mag es hier schlimm ausgesehen haben und erklärt sich aus dem Vorhergesagten.[2])

Sebastian Brant läßt sich nicht abhalten, die Mißstände im Klerus zu tadeln; dieß zeigt der Abschnitt „Vom Geistlich werden" im Narrenschiff. Jeder Bauer wolle jetzt einen Pfaffen in seiner Familie, der sich vom Nichtsthun nähre und ‚Herr' heiße. Man glaube, es sei nicht viel Wissen nöthig, um zu einer Pfründe zu gelangen. Darum gebe es so viel junger Pfaffen ohne jede Bildung, so daß man ihnen, welche die Seelen erbauen sollen, kaum ein Vieh anvertrauen könne. Und dennoch gebe es kein armseligeres Leben als das eines Priesters auf einer ärmlichen Pfründe.[3])

Altar nicht stiften konnte, stiftete ein Altarlehen, d. h. besoldete einen Altaristen an einem bereits vorhandenen Altare.

1) Man kann der katholischen Geistlichkeit Deutschlands im 15. Jahrhundert den Vorwurf nicht ersparen, daß sie bei ihrer Zahl und ihrem Reichthum wenig für die äußere Mission gethan. Wie ganz anders heute und zwar bei Priestermangel! Jeder unbenützte Ueberschuß von Kraft führt zur Zersetzung.

2) O. Kämmel, J. Haß, Stadtschreiber und Bürgermeister zu Görlitz. Dresden 1874. S. 14.

3) „Kein armer vich uf erden ist — dan priesterschaft, der narung gebrist." Brant's Narrenschiff Abschnitt 73. Man muß die

Darnach dürfte das Urtheil eines schlesischen Provinzialhistorikers der Wirklichkeit entsprechen, wenn er sagt, diese Menge von großentheils doch schlecht besoldeten Klerikern mußte eine Art von klerikalem Proletariat erzeugen, das durch sein Verhalten wohl viel zur Discreditirung des Priesterstandes beigetragen hat, der wir im 16. Jahrhundert an so vielen Orten begegnen.[1])

„Innerhalb der Pfarreien begegnen wir Filialen, Kapellen, Oratorien, Sacellen und Altären, welche an Kleriker niederer Ordnung unter dem Namen Capellani oder Altaristae mit meist sehr dürftiger Dotation[2]) vergabt waren", sagt die Einleitung p. CXXXV zum zweiten Bande des Urkundenbuches der mittelrheinischen Territorien, Coblenz 1865.

Der Dom zu Meissen zählte 1480 folgende Herren: 14 Kanoniker, 14 Altaristen, 60 Vicare, also 88 Personen geistlichen Standes, dazu 12 Choristen, 15 Grabatisten (für die Fürstengräber) und 2 Oculisten (=Antiphonare), im Ganzen 117 Personen an einer Kirche in kirchlichem Dienste.[3])

Cochläus sah sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts zur Aeußerung veranlaßt, besser als Messestiftung sei jetzt Sorge zu tragen, daß die Lehre der Kirche vertheidigt und die Kenntniß der kirchlichen Lehre von dem Meßopfer selbst durch einschlägige Druckschriften gefördert werde.[4])

Von den Meßpriestern, im Gegensatze zu den Leut-

---

freiwillige, gelübdemäßige Armuth von der durch die Verhältnisse im gewissen Sinne erzwungenen Armuth unterscheiden.

1) Grünhagen a. a. O.

2) Hoffmeister klagt: „Dieweil man wenig des Predigtstuhls geachtet, sondern allein die zu Predigern genommen, welche sich am kleinsten Lohn haben genügen lassen . . ., hat sich der Satan heimlich eingedrungen" u. s. w. Paulus, der Augustinermönch Hoffmeister S. 43.

3) Machatschek, Bischöfe von Meißen, S. 82.

4) Katholik 1886, I, 657.

priestern (Seelsorgsgeistlichen), wurden nicht viele Kenntnisse verlangt; es genügte irgend welches Verständniß der lateinischen Kirchensprache, um in Missale und Brevier sich zurechtzufinden. Die mittelalterlichen Hochschulen waren gut frequentirt; reiches Wissen, Universalgenies, gelehrte Wunderkinder und Aehnliches finden sich im 15. Jahrhundert mehr als vor und darnach. Aber mit ihrer Zahl haben wir immer nur die Möglichkeit einer relativen Berechnung. Felix Faber, welcher um 1490 eine Chronik von Ulm schrieb, sagt uns, daß in seiner Jugend unter tausend Geistlichen kaum einer gewesen, welcher eine Universitätsstadt gesehen, ein Magister aber oder ein Baccalaureus sei wie ein Wunder angestaunt worden.[1]) Das wird nur verständlich, wenn wir annehmen, daß neben dem höheren und gebildeten Klerus ein niederer, wenig gebildeter einherlief,[2]) welch letzterer umfassender Studien entbehren konnte und vielfach mußte.

Der Erzpriester von Görlitz, dem 34 Kirchspiele unterstanden, zugleich Pfarrer der Stadt, reich ausgestattet mit fast herrschaftlichem Pfarrhofe bei St. Nicolai, mit einer Widemut, die einem ansehnlichen Rittergute gleichkam, finanziell vom Rathe unabhängig, war umgeben von einer ganzen Schaar von Priestern, die er besoldete, soweit sie nicht von Stiftungen erhalten wurden — und theilweise auch an seinem Tische speiste. Da gab es einen Prediger, 5 Kapläne zur Verwaltung der Sakramente, gegen 42 Altaristen für das Messehalten an den zahllosen Altären der Kirche.[3])

---

1) Goldast, Scriptores rer. suevic. p. 67.

2) Die apostolische Zeit und das kanonische Recht kennen einen Unterschied zwischen höherem und niederem Klerus nicht. Wo die Verhältnisse dazu führen, tritt der äußere Ruin ein. Alle Clerici sind Arbeiter im Weinberge des Herrn, nicht bloße Nutznießer.

3) N. Laus. Mag. LI, 25: J. Haß, Lebensbild aus der Reformation.

In Zittau: etliche 20 Altaristen außer dem Pfarrer, Prediger und Kaplänen.

Nur ein wissenschaftlich gebildeter, nicht fortwährend darbender, ein in äußerer Stellung unabhängiger, sittenreiner Klerus wird seiner Aufgabe gewachsen sein; nur ein so gearteter geistlicher Stand wird der ihm fortwährend von eigener Fehlbarkeit und dem Mundus malignus herrührenden Versuchung und Gefahr widerstehen, mag letztere materieller Natur sein (Culturkampf), oder geistiger (Humanismus im 16. Jahrhundert, Döllinger-Gefahr in der jüngsten Zeit).

Bezüglich eines Theiles der Geistlichen am Ausgange des 15. Jahrhunderts und beim Beginn des folgenden kann man sagen, daß sie nicht der Kirche gedient, sondern daß die Kirche ihnen dienen mußte, also gerade das umgekehrte Verhältniß. Ein derartiger Klerus wird nie Salz der Erde sein.

Das damit einkehrende und eingekehrte Elend hat Niemand kürzer und erschöpfender ausgesprochen, als der gleichzeitige wahre Reformer Nikolaus von Cusa, welcher in seinem Reformprogramme De concordantia catholica „bei dem niedern Klerus besonders die Ueberzahl der Geistlichen und deren Folge, nämlich Menge der unwürdigen Kleriker, Concubinat, Pfründehäufung und Simonie beklagt". [1]) Diese Klage des Einen kehrt wieder in den Erlassen der Bischöfe und Archidiakonen, in den Synodalstatuten und Synodalreden, in den Schriften ausgezeichneter Priester, welche mahnend, aber vergebens, ihre Stimme erhoben.

Unter allen officiellen Zeugnissen sei nur eines hervorgehoben, nämlich die Vorrede zu der Hagenauer Ausgabe (1512) der Statuta Moguntina; [2]) sie weist besonders hin

---

1) Birck, Nic. von Cusa auf dem Concil zu Basel im Histor. Jahrb. der Görresgesellschaft 1892 S. 779.

2) Dieser Druck ist ein Neudruck der Statuten des großen Metropolitanconcils von Mainz von 1451 unter dem Vorsitze des

auf das deterrimum vicium publici concubinatus als solchem, quod solum laicis clericos oppido facit infestos, et quidem hac nostra tempestate, qua clerus pene ubique forsan ob demerita sua impugnatur. Diese mahnende Stimme appellirt dann noch an das Gewissen der Kleriker und erinnert an die dereinstige Rechenschaft vor dem göttlichen Richterstuhle.

Von den Synodalreden sei nur eine angeführt, die des Georg Niger aus Löwenstein, gehalten in der Speyerer Synode 1505, Octavtag von St. Martin, in Gegenwart des Bischofs Philipp von Rosenberg. Er vergleicht die gegenwärtige Zeit mit der früheren und kommt zu dem Schlusse: minora prodierunt scandala ex verbis, gestis et conversatione nostra; frequentior et devotior erat oratio nostra publica et privata; gratior subjectae plebi fuit omnis vita nostra; non tam frequentes beneficiorum indignae collationes et mercatus, non tam communis in quibuslibet indoctis et indignis sacerdotiorum pluralitas, non tot simoniacae sive publicae sive palliatae praebendarum adeptiones, non tot inverecunde in permutationibus, in resignationibus et in promissionibus expensarum taxae et redemtiones. [1])

Unserem Bilde mangelt noch eine andere traurige Seite, welche im gewissen Sinne doch wieder erhebend wirkt, weil hier der an der Kirche getriebene Mißbrauch besonders offenkundig hervortritt.

Wie nämlich die reiche angesehene Kirche von unten her ausgenutzt ward als Versorgungsanstalt, so von oben

---

Cusaners; obige Vorrede jedoch ist neu hinzugekommen. Diese Hagenauer Ausgabe von 1512 ist äußerst selten.

1) Dieser äußerst seltene Druck (Georgii Nigri ex Leuwenstein, theologi heidelbergensis) erschien bei J. Köbel in Oppenheim. Obige Stelle auszugsweise im Liter. Wochenbl. Nürnberg 1770. I, 249.

her durch den zahlreichen Adel: er machte die Kirche, ihre Stifte und Klöster zur Versorgungsanstalt seiner (nachgeborenen) Söhne und Töchter.[1])

„Zu einem der größten Uebelstände in der damaligen Lage der deutschen Kirche war aber — neben den ungemessenen Ansprüchen, welche die Reichsaristokratie auf ihre wichtigsten und einflußreichsten Anstalten und Stellen als auf ‚Spitäler des Adels' machte — der Gebrauch erwachsen, nachgeborene Söhne fürstlicher Häuser zur Bestreitung ihres standesgemäßen Unterhaltes auf Bisthümer und hohe Prälaturen zu verweisen".[2])

Die hessische Rheimchronik sagt von Landgraf Hermann dem Gelehrten,[3]) Domherr von Trier und Magdeburg, einem Sohne Ludwigs:

Landgraf Heinrichs Bruder Ludwigk
Zur Eh' Margaret von Sponheim nahm,
Mit ihr ein Sohn Hermann bekam,
Und weil er hat kein Regiment,
So muß der Sohn werden Student,
Damit er ihn geistlich mächt
Und sonst in Landen unterbrächt.[4])

---

1) Der Erstgeborene war zugleich Erbe. Eines der erlauchtesten Stifte war wohl jenes von Lüttich unter Bischof Alexander 1145; es zählte 9 Königs-, 14 Herzogs- und 30 Grafensöhne, 7 Freiherren und Ritter zu seinen Mitgliedern. Aehnlich das Kapitel von Lyon. Schneider, die bischöflichen Domkapitel, S. 129 Anm. 1. — Ueber das Kloster S. Victor bei Marseille (1337) vergl. Mone in der Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins XXI, 6. — Czerny, die Klosterschule von St. Florian (Linz 1873) sieht das Eindringen des Adels in die Klöster seit dem 13. Jahrh. als einen Hauptgrund des Sinkens edlerer Bestrebungen an. Die Benediktiner im Schwarzwalde wehrten mit Erfolg adelige Eindringlinge ab. J. Bader, St. Blasien S. 26–29.

2) Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode, S. 191. 192.

3) Geb. 1346, gest. 1413.

4) Kuchenbecker, Analect. Hass. VI. p. 280.

Es gehört zu den erhebendsten Abschnitten der Kirchengeschichte Deutschlands, zu lesen, wie im Laufe besonders des 11. und 12. Jahrhunderts die Angesehensten des Volkes männlichen wie weiblichen Geschlechtes Ehren und Würden niederlegen, um in der Stille eines Klosters das Leben, mitunter den Rest eines recht sündhaften Lebens, Gott zu weihen. Solche Beispiele waren die eindringlichsten Predigten für das Volk. So kam es, daß ganze Gegenden unter dem Einfluß einer solchen gottgeweihten Stätte zu Hause dem frommen Gebete, geduldiger Arbeit, wunderbarer Enthaltsamkeit oblagen, als ob der ganze Umkreis ein Kloster sei, wie man solches weiß vom Schwarzwalde unter dem Einflusse Hirschau's zur Zeit des Abtes Wilhelm des Seligen.

„Nicht bloß — so berichtet Bernold aus St. Blasien in der Chronik — begab sich damals eine unglaubliche Menge von Männern und Frauen in die geregelte Lebensweise (der Oblaten und Conversen), um im Gehorsame ein gemeinsames Leben zu führen . . . ., selbst auch auf den Dörfern begannen unzählige Töchter von Bauern der Ehe und der Welt zu entsagen.[1]) Ja, auch Verheirathete begannen eine Regel zu beobachten und unter die Leitung von Religiosen sich zu stellen. . . . In Alemannien gab es ganze Dörfer, welche sich einer Ordensregel unterwarfen und wo die Einwohner einander durch Heiligkeit des Lebens zu übertreffen strebten".[2])

Es sind noch nicht hinreichend genug Beispiele zusammengestellt, wie fürsorglich die hochadeligen Väter für das Unterbringen ihrer Kinder in den kirchlichen Anstalten bedacht waren; hier mögen einige Beispiele folgen:

---

1) Non solum virorum et feminarum innumerabilis multitudo se ad hujusmodi vitam contulerunt.

2) In qua provincia etiam multae villae ex integro se religioni contradiderunt. Kerker, Wilhelm der Selige. S. 154. 155.

1. Johann II. von Pfalz-Simmern 1505—57.

2. Friedrich. 3. Georg. 4. Richard. 5. Töchter.

1. Ihn, sterbend, machte der Sohn lutherisch.
2. Der fanatische Kurfürst Friedrich, Einführer des Calvinismus in der rheinischen Pfalz.
3. Canonicus, wurde lutherisch.
4. Canonicus zu Mainz, Köln, Straßburg, Dompropst zu Mainz und Straßburg, Administrator zu Waldsachsen; 1562 animum ad conjugium applicuit,[1]) ward lutherisch, starb 1598 Jan. 13.
5. Von den Töchtern nahmen 4 den Schleier (3 davon zu Boppard, 1 zu Chumbd).

Herzog Alexander von Zweibrücken, gest. 1514, bestimmte in seinem Testamente: „Wir ordnen, setzen und wollen, daß alle Unsere Söhne und Töchter, ausgeschieden Herzog Ludwig und Frau Johanna, geistlich werden sollen". Herzog Ludwig und seine Räthe sollen dafür sorgen, daß dieselben „nach ihren Ehren mit geistlichen Pfründen und Dignitäten auf Stiften und zu Klöstern ziemlich [wie es ihnen geziemt] versehen werden".[2])

Der Vater diktirt Söhnen und Töchtern den Beruf, die Räthe sorgen — in ächt bureaukratisch-polizeilicher Art — für das Weitere!

Graf Philipp III. von Hanau-Lichtenberg, gest. 1538, schickte 3 seiner Töchter, Christophora, Amalie und Felicitas, in das Kloster der Cistercienserinen zu Marienborn Fontis Mariae (gelegen in Oberhessen, 3 Stunden nordöstlich von Hanau); als Ausstattung gab Philipp dem Kloster 600 Gulden und die Aebtissin Maria von Isenburg quittirte 1526 den Empfang. Gräfin Christophora wurde

1) Joannis, rer. mog. II, 291. 386.

2) Heintz, das ehem. Fürstenth. Pfalz-Zweibrücken. München 1833. I, 504.

später Aebtissin, Amalia Priorin. Im Jahre 1557 Aufhebung des Klosters und Uebergang in Isenburg'schen Besitz.[1])

Die Herzogin Ursula von Münsterberg in Sachsen kam im Alter zwischen 9 und 15 Jahren in das Nonnenkloster St. Maria Magdalena von der Buße zu Freiberg. Auch ihre Stiefschwestern Euphemia und Apollonia wurden für den Schleier bestimmt. Wie bescheiden die Vermögensverhältnisse Ursula's waren, ergibt sich aus dem Umstande, daß ihre Mitgift nur 500 Gulden betrug, während die Freiberger Bürgerstochter Dorothea Tanbergin 1400 Gulden mitbrachte.[2])

Die Patrizier in den Städten machten es ebenso wie die Grafen und Ritter, ja sie thaten es letzteren manchmal vor in finanzieller Hinsicht.

Im Jahre 1528 zählte der genannte Convent 77 Personen;[3]) fast alle jüngeren Conventualinen waren durch das Lesen eingeschmuggelter Schriften Luthers, im Ganzen zwei Drittel, lutherisch gesinnt, was zu vielen Unannehmlichkeiten führte. Der Gedanke an Flucht mußte leicht Boden gewinnen, und Ursula war die erste, welche am Abend des 6. Oktober 1528 entfloh, begleitet von zwei Nonnen, den Bürgerstöchtern Dorothea Tanbergin aus Freiberg und Margaretha Volckmarin aus Leipzig. Sie fanden bei Luther gastfreie Aufnahme, 16. Oktober.

Das Cistercienserkloster Reinbeck in Holstein war unter den holstein'schen Conventen einer der ersten, welche

---

1) Wagner, Stifte in Oberhessen. S. 209.

2) Ermisch, Herzogin Ursula v. M., ein Beitrag zur Geschichte der Reformation in Sachsen, in Neues Arch. f. Sächs. Gesch. III, 290. Der Verf. bemerkt: „für die jüngeren Töchter eines weniger begüterten Fürsten damaliger Zeit war das Kloster eine sehr willkommene Versorgungsanstalt".

3) 500 Gulden erhielten als Mitgift Brigitta von Schönberg, Euphemia von Schleinitz, Elisabeth von Schleinitz und Katharina von Leimbach.

freiwillig der Reformation sich anschlossen. Eines schönen Tages verkauften die Nonnen in Abwesenheit des Propstes ihr Kloster an Herzog Friedrich I. und gingen alle davon 1528. „Es wird erzählt, daß sie bei ihrem Abzuge ein Freudenfest gehalten, getanzt, Fenster, Tische und Bänke entzwei geschmissen. Als der Propst wieder kam und die Vöglein ausgeflogen sah, legte er Verwahr gegen den Verkauf ein, ward aber mit einer Pension und endlich mit dem Bisthum Lübeck befriedigt“. Die Nonnen waren meist — aus der Familie von Plessen![1])

„Beim ausgehenden Mittelalter war das Kloster der Benedictinerinen zu Herbitzheim in Lothringen, von St. Pirmin gegründet, fast nur noch eine Versorgungsanstalt für die adeligen Töchter der Umgegend. Daß diese Stiftsdamen, von welchen manche ohne wahren Beruf das Ordenskleid angezogen, dem gewaltigen Sturme nicht Stand hielten, darf uns nicht Wunder nehmen“, sagt Levy in der 1892 erschienenen Geschichte des Klosters Herbitzheim.

Vorstehendes vorausgeschickt, können wir uns zwei Erscheinungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts vollständig erklären, nämlich: 1. die Theilnahme des niederen Klerus am Bauernkriege; 2. die Theilnahme eines so großen Theils des Klerus an der Reformation.

Zum ersten Ereignisse hat Jörg in seinem erwähnten Werk[2]) die beste Beleuchtung gegeben auf Grund gleichzeitiger officieller Aktenstücke. Auf dem fürstabtlichen Gebiete von Kempten, das ja von geringem Umfange war, fanden sich neun Geistliche am Aufruhr betheiligt, und unter den „fünfzig Banditen“, als Haupträdelsführern der allgäuer und tyroler Bauern, sind sechzehn Priester gewesen u. s. w.

Beim Ausbruche der Reformation verließen die Geistlichen ihre Klöster und Stifte in Masse, entsagten dem geist-

---

1) Böttcher, Germania sacra. S. 451.

2) S. 191 ff.: Der niedere Klerus in der Bauern-Rebellion.

lichen Wesen, nahmen Weiber, wie hinlänglich bekannt. Ein anderer Theil trat Luthern als treue Helfer zur Seite und führte in den einzelnen Städten und Territorien die Neuerung durch mit einem Eifer, einer Nachhaltigkeit und Energie in Reden und Schriften, daß man sich der Verwunderung nicht enthalten kann. Ohne sie wäre Luther nicht zum Ziele gelangt.

Die Welt und mit ihr der Klerus lag im Argen beim Auftreten Luthers. Auf dem Stuhle Petri saß Leo X., und es hätte eines Gregor VII. bedurft; dieser Zeitperiode fehlte die Gnade, einen Bernardus, Dominikus oder Franziskus zu haben,[1]) dafür kam zur Strafe ein anderer. Was später gerettet wurde, verdanken wir den zu uns gekommenen Jesuiten und Kapuzinern, darunter einem Canisius und Laurentius von Brundusium.

Der Menschheit Geschichte ist ihre Schande; der Kirche wahre Geschichte ist ihre Ehrenrettung! Das Göttliche, Himmlische in ihr kommt von oben, alle Armseligkeit von unten, von ihren Gläubigen, ihren Hirten.

Mehr als einmal hat die liebe Welt die Kirche ausgenützt und mißbraucht für ihre Zwecke,[2]) die Kirche ist Kirche

---

1) Hettinger, Aus Welt und Kirche, I. 168.

2) Es muß in den kirchenhistorischen oder apologetischen Handbüchern immer wieder dargestellt oder wenigstens hingewiesen werden, wie allezeit die Kinder Gottes bedacht waren, die Kirche zu bereichern, und wie allezeit die Kinder dieser Welt bedacht, die Kirche zu berauben: I. schon Constantin befahl die Zurückgabe der früher eingezogenen Kirchen und Güter. II. Ueber „Säcularisation des Kirchenguts unter den Karolingern" schrieb Roth 1865 im Münch. Hist Jahrbuch. III. Im Mittelalter fortges. Einnisten in einträgliche Stellen, ein systematischer friedlicher Raub. IV. Luther, die weltlichen Fürsten und Bauernkrieg versündigen sich am Kirchengut; Sanktion durch den westfäl. Frieden. V. Französische Revolution, Napoleon I., Säcularisation in der modernen Zeit. VI. In der neuesten Zeit die Verschmelzung confessionellen Schulgutes mit dem communalen.

geblieben; sie hat die Feuerprobe bestanden zu aller Zeit, zur Zeit Gregors VII., zur Zeit des Exils von Avignon, wie zur Zeit des Schismas, so auch zur Zeit Luthers; sie wird die Feuerprobe in unserer und in ferner Zeit bestehen. Wohl dem, der äußerlich und innerlich zu ihr gehört!

Möge dabei die Geschichtsforschung sich hüten, das Unwesen, welches die armselige Welt in und mit der Kirche getrieben, der Kirche selbst aufzumutzen!

F. Falk.

LIII.

Ein neues Werk über Maria Stuart.[1])

Zum letzten Mal haben wir uns ausführlich mit der Königin Maria Stuart von Schottland bei Gelegenheit der dritten Säcularfeier ihres Heimganges beschäftigt, indem wir Stevenson's interessante Schrift: „Die ersten achtzehn Jahre Maria Stuarts" zur Anzeige brachten,[2]) deren Ergebniß sich in den Satz zusammenfassen läßt: Gegen Maria Stuart als Prinzessin, Gattin und Wittwe ist in Frankreich auch nicht einmal der leiseste Vorwurf erhoben worden. Nur gestreift wurde die Königin in unserem Aufsatze über die Stuart-Ausstellung in London, deren Mittelpunkt die

---

1) Histoire du Règne de Marie Stuart par Martin Philippson, ancien professeur aux universités de Bonn et de Bruxelles, Paris Émile Bouillon. 1891—1892. 8°. vol. I. pag. IX, 344. vol. II. pag. 408. vol. III. pag. 520.

2) Histor.-polit. Blätter. Bd. 99, S. 282—290.

ebenso zahlreichen, wie kostbaren und geschichtlich merkwürdigen Bildnisse der schwergeprüften Regentin bildeten. (Bd. 103, S. 701—709.)

Soeben hat nun Philippson ein neues umfassendes Geschichtswerk über die Königin ans Licht gestellt, welches einen Theil ihrer vielverschlungenen Schicksale von umfassenden Gesichtspunkten und auf Grund neuer Quellen erforscht und demzufolge unsere volle Aufmerksamkeit beansprucht. Bisher, so lesen wir im Vorwort zum ersten Bande, ist Maria bald als resignirtes Opfer der Bosheit Anderer, bald als Mitschuldige dargestellt worden, welche trotz aller Fehler ihre Zeitgenossen bezauberte und auch die folgenden Geschlechter zu bezaubern nicht aufhörte. Unser Verfasser wünscht einen andern und zwar höheren Standpunkt einzunehmen. Er faßt den zwischen dem alten Glauben und den neuen Bekenntnissen auf Leben und Tod entbrannten Kampf ins Auge und sucht die Rolle zu ermitteln, welche Maria in dieser Beziehung gespielt. Zu diesem Zwecke hat er eine bedeutende Literatur herangezogen und mit Geschick verwerthet. Spanien mit seinem Documentos ineditos para la historia de España nimmt die erste Stelle ein. Besonders schwer ins Gewicht fallen die Berichte der spanischen Gesandten in London, zu welchen die Königin stets innige Beziehungen unterhielt. Außerdem sei besonders betont die von G. Lefèvre-Pontalis zu Paris 1888 herausgegebene Correspondenz des französischen Gesandten in London D'Odet de Selve, sowie zahlreiche, andere kleinere Schriften, die in der jüngsten Zeit in Frankreich über hervorragende schottische Persönlichkeiten und die Beziehungen Schottlands zu Frankreich veröffentlicht wurden. Doch bei der gedruckten Literatur hat es Philippson nicht bewenden lassen. Er durchforschte die reichen Schätze des britischen Museums in London, arbeitete im dortigen Reichsarchiv (Record Office) und begab sich außerdem nach Italien, wo die Archive von Florenz und Rom Material darboten. In der ewigen Stadt hat er nicht wenige Urkunden erhoben.

die neues Licht auf die Beziehungen des römischen Hofes zu Maria Stuart werfen. Sie beruhen namentlich in den Akten der spanischen Nuntiatur und den Briefen der beiden Päpste Pius IV. und Pius V. im Vatikanischen Archiv, sodann in der Bibliothek des Fürsten Barberini, welche sich in Folge der engen Beziehungen des Cardinals Francesco Barberini zu Schottland eines großen Reichthums von Urkunden erfreut, an denen kein Forscher schottischer Geschichte ohne Schädigung seiner Arbeiten vorübergehen darf.

Das weit zerstreute Material findet sich dann in drei Bänden zu einem kunstvollen Bilde gestaltet, bei welchem der Beschauer aber nicht mit ungemischter Freude verweilt. Der Standpunkt des Verfassers ist der protestantische. Nach ihm verkörpern Maria und Elisabeth zwei Bekenntnisse, sind Trägerinen von zwei einander bekämpfenden Weltanschauungen. In diesem Waffengange ist Maria erlegen, und es ist gut, daß sie erlag. Denn ihre Besiegung bedeutet nach Philippson nichts Geringeres als die politische und religiöse Gleichstellung Schottlands mit England. Ein katholisches Schottland mit politischer Selbständigkeit hätte England die Weltstellung, die es heute einnimmt, unmöglich gemacht. „So steht ein Dilemma vor uns, dessen ungeheure Tragweite man nicht verkennen darf. Nicht allein die Zukunft Englands, sondern auch die Zukunft des Protestantismus, der Gewissensfreiheit und der politischen Freiheit von ganz Europa hingen von seiner Lösung ab" (I, 84). Daß Englands Weltstellung zum Theil durch die Aufnahme Schottlands in seinen Staatsverband bedingt war, wollen wir gerne annehmen. Wenn aber die Größe Englands nach Philippson sich nur durch gewaltsame Aufhebung des alten Glaubens in England und Schottland erreichen ließ, dann hat in diesem Falle der Zweck die Mittel geheiligt. Glücklicherweise enthält das dreibändige Werk nicht wenige andere unabhängige Urtheile, welche auf die maßgebenden Persönlichkeiten, denen England seine politische Größe ver-

dankt, und die in dem blutigen Drama der Religionskämpfe als Sieger erscheinen, die tiefsten Schatten werfen. Gewiß, auch Maria Stuart besaß große Fehler. Philippson kann man übertriebener Nachsicht gegen die Königin nicht zeihen. Stellt man aber der Souveränin die Männer entgegen, welche berufen waren, sie in der Regierung des Reiches zu unterstützen, und erwägt man die Charakteristik, die Philippson von dem schottischen Adel jener Zeit entwirft, dann hebt sich das Bild der Königin von diesem schwarzen Hintergrunde um so glänzender ab.

Der erste Band erscheint als eine Art Vorhalle, in welcher Philippson behandelt: Schottland am Anfang der modernen Zeit, und während der Jugend Maria Stuarts, sowie die Thronbesteigung der Königin im Monat August 1561. Im ersten Kapitel fesseln unser Interesse namentlich die Mittheilungen über die Lage der Kirche. In einzelnen Punkten sind die Aufstellungen des Verfassers ungenau. Die Selbständigkeit der Culdäer-Kirche wird überspannt und der nach der Einführung des Lehensrechtes sich stärker geltend machende Einfluß des apostolischen Stuhles auf die Ernennung der schottischen Bischöfe schlankweg als „Anmaßung“ bezeichnet (I, 43). Herr Philippson sollte wissen, daß es ein unverrückbarer Kanon des katholischen Kirchenrechts in allen Jahrhunderten war, nach welchem Niemand ohne ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung des Papstes katholischer Bischof werden konnte. Die angenommene Unabhängigkeit der schottischen Kirche von Rom ist Legende. Der beste Beweis liegt für das eigentliche Mittelalter in der Thatsache, daß Honorius III. dem schottischen Episkopat, der eines Metropoliten entbehrte, im Jahre 1225 die Erlaubniß ertheilte, sich im Provincial-, nicht Nationalconcil (wie I, 43 steht) zu gemeinsamen Berathungen zu versammeln.[1])

1) A. Bellesheim, Geschichte der katholischen Kirche in Schottland. Mainz 1888. I, 224.

In der Schilderung der Lage der Kirche beim Ausbruche der Glaubensspaltung in Schottland trägt Philippson die Farben zu schwarz auf. Ganz genau kennt er die Anklagen, welche Ninian Winzet, der berühmte Humanist von Linlithgow und nachmalige Schottenabt von Regensburg,[1]) sowie John Leslie, gleich berühmt als Bischof (von Roß), wie als treuer Rathgeber Maria Stuarts, gegen die vielfach schweren und entstellenden Schäden der Kirche erhoben. Gewissenhaft benützt er die Waffen, welche die Satiriker jener Epoche in ihren poetischen Leistungen über die Nachtseiten des geistlichen Standes entfalten. Aber ganz morsch war die alte Kirche doch nicht geworden, und ein Hohn auf die Thatsachen ist der Satz: „Die Religion war zu einem großen Fetischismus geworden, systematisch dazu bestimmt, die Priesterkaste zu bereichern, ohne aber zum Herzen zu reden, ohne den Unglücklichen zu trösten und den Bösewicht zu zügeln" (1, 65). Warum erwähnt der Verfasser nicht auch Lichtgestalten, wie Bischof William Elphinstone von Aberdeen?[2]) Warum gedenkt er nicht zur genaueren Charakteristik der schottischen Geistlichkeit der ruhmvoll als Procuratoren der deutschen und englischen Nation an der Hochschule von Paris wirkenden Schotten?[3]) Und haben die eben veröffentlichten Akten der alten Universität Köln nicht in überraschender Weise über den Wissensdurst der alten schottischen Kleriker des 15. und 16. Jahrhunderts uns belehrt?[4]) Auch Philippsons Urtheil über den Cardinal-Erzbischof Beaton von St. Andrews (ermordet 1546), dessen neueste Biographie ihm entgangen ist, bedarf der

1) Ueber Winzet vgl. meine Aufsätze in dieser Zeitschrift Bd. 103, 27–39 und Bd. 107, 705–12.

2) Vgl. meine schottische Kirchengeschichte. I, 321–24.

3) Archiv für Literatur- und Kirchengeschichte des Mittelalters, V, 167 ff. H. Denifle, Ein Registrum der Procuratoren der englischen Nation an der Universität Paris (1333. 1338–1348).

4) Vgl. diese Blätter. Bd. 109. S. 953 ff.

Verbesserung.[1] Die sittliche Haltung des Prälaten verdient allerdings schwere Vorwürfe. Aber sein Vorgehen wider die Neuerer kann ihm nur derjenige zum Verbrechen anrechnen, welcher ihm zugleich ansinnt, die Staatsgesetze, welche den Schutz der Religion bezweckten, zu übertreten. An opferfreudigem Patriotismus, gegenüber den mit List und Gewalt geführten Angriffen Heinrichs VIII. von England auf die Krone Schottland, ist der Cardinal von keinem seiner Zeitgenossen übertroffen worden. Diesem lobwürdigen Zug im Charakter des Kirchenfürsten hat Philippson, wie mir dünkt, nicht volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das begreift sich. Ein selbständiges Schottland hätte nach ihm Englands heutige Weltstellung unmöglich gemacht. Deßhalb mußte es fallen.

Auch die Klöster des vorreformatorischen Schottlands ließen unstreitig viel zu wünschen übrig. Man darf noch mehr behaupten. In dem hinterlistigen und ehrgeizigen Commendatarabte von St. Andrews, Lord James Stuart, dem Bastardbruder der Königin, nachmaligen Grafen Murray, haben die Auswüchse des Pfründewesens der alten Kirche ihre empfindlichste Züchtigung empfangen. Denn Murray wurde der Dämon der Königin und als Regent nach der Einkerkerung und Absetzung Maria's der Schrecken der Katholiken.[2] Die Strenge seines Lebens und die Bibelworte, mit denen er sich spreizte, erhoben ihn zu einem Abgott der Calvinisten. Anders schildert ihn Philippson. Nach ihm „dürften jene der Wahrheit näher kommen", die ihn „als ehrgeizig und treulos (sans foi ni loi), als einen Heuchler schildern, der mit der Religion Mißbrauch treibt

1) John Herkless, Cardinal Beaton Priest and Politician. Edinburgh 1891. Vgl. meine Besprechung in der Literar. Rundschau 1892, Sp. 16.

2) Irrthümlich heißt es von Murray II, 9: il quitta l'état ecclésiastique. Nie ist Murray Kleriker gewesen.

und in seinem öffentlichen Leben kein anderes Ziel kennt als den Erwerb der Krone, von welcher seine Geburt ihn auszuschließen schien" (I, 249). In diesem Urtheil über den Commendatarabt begegnet Philippson sich mit allen neuern Forschern der schottischen Kirchen- und Staatsgeschichte. Dagegen muß seine Bemerkung, „Heinrich VIII. habe die Unsittlichkeit der englischen Klöster enthüllt und vor der ganzen Welt angeklagt" (I, 65), lauten Widerspruch hervorrufen Es ist zu verwundern, daß Gasquets epochemachendes Werk über den Untergang der englischen Klöster, welches durch die großartigste Benützung ungedruckter Quellen Philippson weit hinter sich läßt, und zu dessen Kenntniß man an der Hand der protestantischen Zeitschriften Englands auch dann gelangt, wenn man an der katholischen Literatur vorbeizugehen pflegt, der Forschung Philippsons entgangen ist.[1]) Hätte er die zwei Bände Gasquets studirt, dann würde er sich vielleicht das Urtheil des Cardinals Manning angeeignet haben, welches also lautet: „Auf Grund des Zeugnisses so verkommener Menschen (wie Crumwell, Layton und Legh) wurden heiligmäßige Männer, wurden die edelsten Geister Englands verleumdet und gemartert. Indeß auf die Eide solcher Leute hin würde kein gerechter Mann es wagen, auch nur einem Hund das Leben zu nehmen".[2]) Daß auch die schottischen Ordensleute in der nämlichen Epoche in manchem Betracht höchst achtungswerthe Personen waren, daß sie ihre vaterländischen und socialen Pflichten glänzend erfüllten, hätte Philippson aus Skelton's Biographie des schottischen Staatssekretärs Maitland von Lethington ersehen können. Das anziehende Bild der alten schottischen

1) Ueber Gasquet, Henry VIII. and the English Monasteries vgl. meine Besprechungen in der Literarischen Rundschau 1888, Sp. 72 und 1890 Sp. 46, sowie P. A. Zimmermann in dieser Zeitschrift, Bd. 104, S. 481.

2) A. Bellesheim, Henry Edward Manning, Cardinal-Erzbischof von Westminster. Mainz 1892. S. 137.

Orden und ihrer segensreichen Thätigkeit bei Skelton steht an Objektivität weit über Philippsons Darstellung.[1] Wir laden den Verfasser ein, von den in den letzten Jahrzehnten zahlreich erschienenen Monographien über die einzelnen altschottischen Abteien, wie sie die sorgfältig gearbeiteten Kataloge des britischen Museums verzeichnen, Kenntniß zu nehmen. Wenn er sich dieser wissenschaftlichen Pflicht gründlich entledigt hat, dann wollen wir ihn als Zeugen über die alten Orden vernehmen. Daß die Armen das Nachsehen hatten und lediglich die „Raubgier des Adels befriedigt wurde" (I, 194), ist ein Gedanke, der auch bei unserm Verfasser an mehr als einer Stelle in Uebereinstimmung mit den Thatsachen zum Ausdruck gelangt. „Ehedem", bemerkt Philippson II, 53, „von den Klöstern unterstützt, empfingen die Pächter jetzt kein Almosen und durften Hungers sterben, wenn es ihnen beliebte".

War das alte Kirchenwesen mit tiefen Schatten behaftet, dann mußte man es eben von denselben reinigen. Die Art und Weise aber, wie man das neue Bekenntniß etablirte, erscheint selbst in den Augen Philippsons als nackte Umwälzung. „Endgültig berief man das Parlament auf den 1. August und obwohl die beiden Souveräne (Maria Stuart und Franz II) dazu weder ihre Zustimmung ertheilt, noch einen Stellvertreter entboten hatten, entschied man mit Stimmenmehrheit, das Parlament und seine Beschlüsse sollten als gültig angesehen werden. Und welche unförmliche Versammlung war dieses anmaßliche Parlament! Neben den weltlichen und geistlichen Lords hatte die calvinistische Partei mehrere Hunderte von kleinen Lairds, freien Pächtern und anderen Halb-Eigenthümern namentlich aus der pro-

---

1) Ueber John Skelton, Maitland of Lethington and the Scotland of Mary Stuart (2 vols. Edinburgh 1888) vgl. meine Besprechung in der Literar. Rundschau 1890, S. 46, sowie P. Ath. Zimmermann in dieser Zeitschrift, Bd 101, S. 882.

testantischen Provinz Fife, die sich der Kirchengüter schon bemächtigt hatten und mit Ungeduld die gesetzliche Bestätigung derselben erwarteten, eingeführt. Auf Kosten des Rechts, welches die Lairds und kleinen Eigenthümer von den Sitzungen ausschloß, hatte man sich eine starke calvinistische Majorität gesichert" (I, 191). Unter den schwersten Drohungen wider jeden Katholiken, der sich nicht fügen werde, hat dieses Rumpfparlament die Reformation den Schotten aufgedrängt. „Denn", betont Philippson mit Recht, „es ist nicht zweifelhaft, daß, wenn das Schicksal anders in den Fragen des Heeres und der Politik entschieden hätte, die unermeßliche Mehrheit der Schotten ohne viel Widerstreben den religiösen Ueberlieferungen treu geblieben wäre, unter Vorbehalt einiger dringender Verbesserungen der Sitten und Finanzen der Geistlichkeit. Nunmehr war es die Sache der protestantischen Prediger, dem Volke ihre Ideen einzuprägen und aus der gänzlich äußerlichen und zum Theil anscheinenden Bekehrung der Nation eine Wahrheit zu machen" (I, 195).

Die Bischöfe der alten Kirche blieben standhaft. Wenn Philippson den John Bothwell als abgefallenen Bischof bezeichnet (I, 260, III, 365), so beruht diese Angabe auf einem Irrthum. Dieser Mann hat nie die katholische Bischofsweihe empfangen, ebenso wenig wie der Commendatarabt von St. Andrews (Graf Murray) je eine heilige Weihe empfangen hat. Das Schweigen der Bischöfe im Parlament findet seine Erklärung (nicht aber Entschuldigung) in der drohenden Todesgefahr, denn der Herzog von Châtelherault stellte seinem leiblichen Bruder, dem Erzbischof Hamilton von St. Andrews, in Aussicht, er werde ihn beim geringsten Widerspruch in der Sitzung mit dem Schwerte umbringen.

Aus dem ersten Bande verdienen noch zwei Punkte Erwähnung. Bald nach dem Tode ihres ersten Gemahls war schon ein dichtes Netz um Maria Stuart durch einen Verschwörer gezogen, welcher der jungen Wittwe im Früh-

jahr 1561 auf französischem Boden seine Aufwartung machte. Es war ihr Bastardbruder James Stuart. Philippson bringt im Anhang einen dem Britischen Museum entnommenen ungedruckten Brief desselben an seine königliche Schwester vom 10. Juni 1561. Darin ertheilt er ihr Rathschläge hinsichtlich der Regierung des Landes. Diese entsteigen einem Herzen „ohne Verstellung“ und fordern die Verleihung der hohen Staatsämter an Protestanten, weil die Prälaten (der alten Kirche) und ihre Parteigänger solcher Aemter unwürdig seien und sicher neue Erhebungen anzetteln würden (III, 437). Wohl bemerkt, schrieb Lord Stuart diesen Brief, nachdem er kurz vorher in London mit Elisabeth und ihrem Minister Cecil alle Beredungen zum Untergang seiner königlichen Schwester getroffen hatte. Sehr lesenswerth ist ferner Philippsons Urtheil über Königin Elisabeth, die von jetzt an in den Kampf mit Maria eintritt. Nachdem er die Thatsache betont, daß sie im Parteiinteresse von den Einen tief erniedrigt, von Andern hoch erhoben worden, fährt er unter Bezugnahme auf den heutigen Stand der Forschung fort: „Es ist wahr, daß die neueren Veröffentlichungen von Urkunden des 16. Jahrhunderts endgültig den Reiz, welcher die jungfräuliche Königin umgab, zerstört haben. Niemals wird Elisabeth jene glänzende Stellung, welche sie ehemals eingenommen, wieder erlangen“ (I, 147). Dieses Urtheil wird selbst in seiner vollen Kraft bestehen bleiben, wenn man die von Philippson geforderte Einschränkung, die Königin als im Banne der Zeitverhältnisse stehend aufzufassen, gelten läßt. Die Depeschen des Bischofs Quadra von Aquila, spanischen Gesandten in London, behaupten zwar, daß Elisabeth dem ursprünglich gefaßten Plan, Maria auf der Heimreise im August 1561 auf offener See gefangen zu nehmen, entsagt habe. Dabei steht aber die Thatsache fest, daß die Engländer wenigstens ein Schiff der Schottenkönigin mit Pferden kaperten.

Wir möchten beifügen, daß Philippsons Urtheil über

Elisabeth auch von deren Vater Heinrich VIII. gilt. Tag um Tag waltet der ausgezeichnete Beamte des britischen Reichsarchivs, James Gairdner, in unbestechlicher Gerechtigkeit seines hohen Amtes und fügt Regest an Regest. Von dem Calendar of Letters and Papers foreign and domestic Heinrichs VIII. hat Ende 1892 der mit der ersten Hälfte des Jahres 1538 befaßte Band die Presse verlassen. Aus der klassischen Vorrede sei ein Satz hervorgehoben, welcher auf die Stellung des katholischen Englands zur neuen Religion Heinrichs VIII. überraschendes Licht wirft. „Nur die aufmerksame Lektüre dieser Urkunden kann uns in den Stand setzen, zu begreifen, wie unglaublich es den Leuten jener Zeit vorkam, daß das alte Kirchensystem gänzlich untergehe und die päpstliche Supremاtie den Todesstoß empfangen habe.“ [1]) Ueberhaupt erweist sich die Wirkung der State Papers derart durchgreifend, daß die ‚Times‘, unheimlich berührt, schon 1890 schrieben: „Wenn die Ereignisse dieses Bandes (erste Hälfte von 1537) nicht dreihundert Jahre hinter uns lägen, dann hätte der Reichsarchivar mit der Veröffentlichung der Urkunden ein Unrecht begangen. Heinrich VIII. ist gerichtet.“

Der zweite Band ist der Entwicklung der Regierung Maria Stuart's vom August 1561 bis zur Verehelichung mit ihrem Vetter Darnley im Sommer 1565 gewidmet. Er behandelt in fünf Kapiteln die Ausbildung der Regierung, die auswärtige Politik von 1561 bis 1563, die Verhandlungen wegen der Heirath, ferner Darnley und den Bruch mit England, sowie die Vermählung Maria's. Der Grundgedanke, der wie ein rother Faden die Darstellung durchzieht, ist die Vorstellung, alle Versicherungen Maria's zur Beschützung der etablirten calvinischen Staatsreligion seien List und Täuschung gewesen. Der Plan, mit Beihilfe Spaniens eine große katholische Liga zum Sturz Elisabeths und des Protestantismus zu gründen, habe die letzte Triebfeder ihrer

1) Tablet 1892. II, 966.

Politik gebildet. „Dieser Briefwechsel“ (Pius' IV mit Maria Stuart) „setzt die wahren Ziele der Königin in volles Licht. Alle Versprechen, die bestehenden Verhältnisse, insbesondere die bevorrechtete Stellung des Calvinismus in Schottland auf immer anzuerkennen, waren heuchlerisch und provisorisch, und durch die gebieterischen Bedürfnisse der Lage für den Augenblick nothwendig gemacht. Erheuchelt war in gleicher Weise die Bitte, ihr wenigstens persönliche Freiheit des Gewissens, das für jeden ehrlichen Menschen kostbarste Gut zu gewähren. Diese nämliche Freiheit hatte sie die feste Absicht zu Gunsten der katholischen Reaktion in dem ihr gutdünkenden Augenblicke zu verletzen. Der Kampf zwischen dem überlieferten Glauben und dem Protestantismus entbrannte in Schottland von neuem, ehe die Häupter des letztern sich dessen versahen. In Maria Stuart darf man nicht ein armes und unschuldiges Schlachtopfer fremder Bosheit, noch auch eine verkehrte Frau erblicken, welche den Folgen ihrer bösen Handlungen erliegt. Sie ist eine ebenso muthige, wie listige Kämpferin, besiegt in der Niederlage der großen Sache, die sie solange vertheidigt hatte“ (II, 39).

Man vergegenwärtige sich Marias Lage 1561. Ein Rumpfparlament vernichtet im Monat August 1560 die alte Kirche, erlaubt sich die empörendsten Eingriffe in Besitzverhältnisse, die Jahrhunderte bestanden, setzt auf die Ausübung des katholischen Glaubens die Todesstrafe und zwingt dem schottischen Volke, das, wie wir oben von Philippson selbst gehört, ohne den Druck von außen gerne bei der Religion seiner Väter geblieben wäre, von kurzer Hand den Calvinismus auf. Wenn Maria, der Obmacht weichend, die neue Ordnung nicht anzutasten versprach, dann konnte damit unmöglich die Zusage gegeben sein, nie und unter keiner Bedingung für ihre Glaubensgenossen zu wirken und ihnen politische und religiöse Gleichstellung mit ihren Widersachern zu erringen. Ein solches Versprechen fordern oder geben, wäre unsittlich gewesen. Und was war das dann für eine

etablirte Religion, in deren Interesse Herr Philippson die Königin der List und Tücke zeiht? Ohne Zweifel bewegte Maria Stuart sich in dieser Hinsicht auf dem Standpunkt eines der berühmtesten protestantischen Forscher Schottlands am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts. „Knox überzeugte“, schreibt Skelton (II, 77) ebenso scharf wie wahr, „wie ein Schmiedehammer überzeugt.“ „Nach hundertjährigem Kampfe“, bemerkt der nämliche Forscher (II, 70), „hat die von Knox errichtete Kirche sich ausgebrannt, ohne daß es ihr gelungen wäre, den Adel auf der einen, den nüchternen Verstand der mittleren und niederen Massen auf der andern Seite an sich zu ziehen“. Wird der alte Glaube gestürzt, dann plädirt Herr Philippson für Gewissensfreiheit, während der leiseste Versuch der Königin, ihren Glaubensgenossen Duldung zu verschaffen, den Charakter der Reaktion, Gegenreformation oder „religiösen Gegenrevolution“ (III, 113) an sich trägt. Auch darin irrt Philippson, daß er den Jesuiten Everard Mercurian im Juni 1562 am Hofe Maria Stuarts auftreten läßt. Nicht dieser, sondern sein Ordensbruder Nikolaus Goudanus kam damals im Auftrag Pius IV. zur Königin. Die höchst interessante Berichterstattung des letzteren über seine Abordnung, welche 1880 in den Stimmen von Maria Laach erschien und dann in meine Geschichte der katholischen Kirche in Schottland (II, 38) übergegangen, ist Philippson unbekannt geblieben.

Sehr eingehend berichtet Philippson über Marias auswärtige Politik, die gleich nach ihrer Ankunft in Schottland sich auf Herstellung eines guten Einvernehmens mit ihrer Base Elisabeth richtete. Maitland von Lethington, den sie alsbald nach London entbot, sollte Marias Recht auf die Englische Krone für den Fall Anerkennung verschaffen, daß Elisabeth ohne Erben mit Tod abgehen würde. Außerdem sollte er Elisabeth der Liebe Marias versichern und in ihr die Ueberzeugung befestigen, daß jene Anerkennung das geeignetste Mittel zur Anbahnung einer unzerstörbaren Ein-

tracht beider Reiche sein werde (II, 110). Den aus dem britischen Museum entlehnten „Discourse of the Laird of Lethingtouns negociatioun with the Quene of Ingland“ theilt Philippson im Anhang zum dritten Bande mit. Die Darstellung der folgenden Ereignisse zeigt, daß die Schuld an dem Scheitern einer geplanten Zusammenkunft der beiden Königinen in der englischen Stadt Nottingham lediglich die englische Herrscherin traf.

Durchaus neu, weil den bisher von den Geschichtsforschern nicht benützten „unedirten Dokumenten zur spanischen Geschichte“ entnommen, sind die Mittheilungen über die in London mit dem spanischen Gesandten Bischof Quadra von Aquila [1]) gepflogenen Verhandlungen über Maria Stuarts Heirath mit dem spanischen Prinzen Don Carlos. Das vielbesprochene Projekt, welches dem romantischen Sinne Marias besonders zusagte und zeitweilig auch in Philipps Pläne nach Erlangung einer Art von Weltherrschaft paßte, scheiterte wie an seiner innern Unmöglichkeit, wie an dem Widerstande der Guisen, welche Maria dem Erzherzog Karl von Oesterreich als Gemahlin geben wollten, so namentlich an der ablehnenden Haltung Katharinas de' Medici und an der allbekannten Unentschlossenheit Philipps II. von Spanien. „Man sieht“, bemerkt Philippson mit Recht in seiner Kritik einer Depesche des Monarchen, „wie weit Philipp von der thätigen und offensiven Politik entfernt war, die Quadra und Granvella ihm unaufhörlich anriethen. Jedermann ermuthigen, allen gute Worte und Hoffnungen ertheilen, die einen bloßstellen und die anderen zum Handeln reizen, aber nie sich selber binden — das war das letzte Wort einer offenbar klugen, aber keineswegs der Verstärkung des spanischen Einflusses dienenden Politik“ (II, 195). Aber auch

1) Durch einen Druckfehler steht in meinem Artikel „Maria Stuart“ im Kirchenlexikon „Avila“ statt richtig Aquila. Vgl. Gams, Ser' Episcop. 850.

Elisabeths Haltung in dieser Frage erfährt schweren Tadel. Denn „unter der Maske der Freundschaft suchte sie ihre Base zu täuschen, sie in Abhängigkeit zu erhalten, und ihren Blick von ihren wahren Interessen abzulenken, die allerdings denjenigen der Königin von England und des Protestantismus widerstrebten" (II, 204). Nur Murray begünstigte die Ehe seiner königlichen Schwester mit einem auswärtigen Prinzen. Ihn erfüllte die Hoffnung, bei der zu erwartenden häufigen Abwesenheit der Königin die Zügel der Regierung in die Hand zu bekommen.

Wie weit Maria ging, um Elisabeths Zorn abzuwenden, zeigt eine im britischen Museum aufbewahrte und von Philippson im Anhang (III, 468) mitgetheilte Antwort der schottischen Königin an den englischen Gesandten Thomas Randolph vom November 1563. Nachdem sie jedwedes Gefühl der Feindschaft gegen Elisabeth in Abrede gestellt, erklärt sie, Elisabeth und die englische Nation nur dann hinsichtlich der Wahl ihres Gatten befriedigen zu können, wenn man ihr die in England genehmen Ehecandidaten bezeichnen werde. Jetzt ließ Elisabeth den jungen Darnley, dessen Mutter (Gräfin Lennox) sie im Tower eingekerkert hielt, nach Schottland an den Hof ziehen. Der geistig beschränkte Mann, so glaubte Cecil, werde von Maria abgelehnt werden. Doch er täuschte sich. Maria traf ihre Wahl, weniger aus Neigung zu Darnley, als aus dem Grunde, um so ihr Recht auf die englische Krone zu sichern (II, 327). Daß die Dinge eine solche Wendung nahmen, daran trug „die schlaue, täuschende und aufreizende Politik Elisabeth Tudors" (II, 328) die Schuld. Daß die Ehe mit Darnley zum Verderben der Königin ausschlug, sollte sich bald herausstellen.

Schwere Vorwürfe erhebt Philippson gegen Königin Maria Stuart wegen ihrer Verbindungen mit den katholischen Mächten. Namentlich bieten hiezu Anlaß die Abordnungen ihres Geheimsekretärs Raulet (II, 212), sowie die des

Stephan Wilson (II, 273) an den spanischen Gesandten zu London und Pius IV. „Man sieht, wie immer und überall die Toleranz, welche Maria Stuart ihren protestantischen Unterthanen gegenüber an den Tag legt, nur das erzwungene Ergebniß äußerer Umstände und daß sie im Grunde des Herzens unaufhörlich an die Vernichtung der Reformation und die Wiederherstellung ausschließlicher Herrschaft des Katholicismus dachte" (II, 213). Was waren das für protestantische Unterthanen? Doch lediglich der durch unerhörte Rechtsverletzung 1560 in den Besitz der katholischen Kirchengüter gelangte Adel (II, 380), ohne dessen Gewaltherrschaft die Bevölkerung nach Philippsons eigenem Geständniß dem alten Glauben treu geblieben wäre. Durch Wiederherstellung der katholischen Kirche wäre die Königin den berechtigten Wünschen des bei weitem überwiegenden Theils ihrer Unterthanen entgegengekommen. Mit welchem Recht darf dem gegenüber der englische Staatsminister Cecil in jenem Briefe an den schottischen Staatssekretär Maitland, welchen Philippson „als äußerst bemerkenswerth und als den Ausdruck eines politischen Programms des großen englischen Ministers" bezeichnet (II, 221), offen die Vernichtung Maria's fordern? Die Quintessenz dieses (III, 465) mitgetheilten Briefes vom 20. August 1563 liegt in den Worten: „Alles, was die Befestigung des Evangeliums und die Vernichtung des Antichrist begünstigen könnte, muß vor allen andern Dingen durch jeden aus uns in Betracht gezogen werden. Keine weltliche Weisheit, keine persönliche Zuneigung oder Vortheil darf uns dem gegenüber blind machen".

Dem Urtheil Philippsons über König Darnley und seine bösen Eigenschaften kann man lediglich beistimmen. Dagegen entbehren die auf der Vermählung Maria's mit dem Prinzen beruhenden Anklagen gegen die sogenannte katholische Reaktion der Königin der sichern Grundlage. Wie begann denn diese Reaktion? Zu Ostern 1565 wurde in der könig-

lichen Kapelle feierliches Hochamt gehalten. Es war eine musikalische Messe. „Nie seit dem Beginne der Religionshändel war das Fest mit derartigem Aufsehen von den Katholiken begangen worden. So wurde die Politik der katholischen Reaktion in prahlerischer Weise eingeleitet" (II, 332). Man sieht es: Sogar das bescheidenste Maß von Freiheit in der Ausübung der katholischen Religion ist nach Herrn Philippson nicht zu dulden. Ihm ist der Stempel des Verbrechens, die Makel einer alle übrigen Bekenntnisse bedrohenden katholischen Reaktion aufgeprägt. Nur durch Gottesdienst in den Katakomben nach Art der ersten Christen hätten die schottischen Katholiken die billigende Kritik mancher moderner Geschichtsforscher erringen können. Wenn also Maria mit auswärtigen Mächten in Verbindung trat, dann wurde sie durch Elisabeth von England und die Verräther unter ihren eigenen Beamten dazu getrieben. Schreibt doch Philippson über Maitland von Lethington, der 1565 Maria's Staatsgeheimnisse an den Gesandten Randolph verrieth: „Selten ist unverschämterer und schwärzerer Verrath durch einen Minister gegen einen Souverän, der ihm sein Vertrauen bezeugt, begangen worden" (II, 357). Die Unterredungen zwischen Lethington und dem Botschafter De Silva, denen Philippson eine weltumspannende Bedeutung beimißt (II, 349. 350), sowie die Anwesenheit des Erzbischofs Beaton von Glasgow bei der Zusammenkunft in Bayonne bildeten für Maria lediglich ebenso viele Mittel der Selbsterhaltung.

Der dritte Band ist befaßt mit dem schottischen Bürgerkrieg (1565), „der Angriffspolitik" Maria Stuart's, der Ermordung Riccio's, der Geburt Jakobs VI., der Ermordung Darnley's und dem erneuerten Bürgerkrieg, in welchem Maria den Thron verliert. Bei dem uns zugewiesenen Raum können wir den großen Reichthum seltener Notizen und neuer Auffassungen hier nur streifen, da nur aufmerksame Lektüre ein vollständiges Bild von der Bedeutung der

Philippson'schen Arbeit zu geben vermag. Vor allen Dingen ist die Thatsache zu betonen, daß auch nach Philippson an dem Bürgerkrieg von 1565 Königin Elisabeth die Schuld trägt. Ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Schottlands „steht vielleicht einzig in der Geschichte da" (III, 4). Anfangs läßt sie die Aufständischen im Geheimen unterstützen, hält es aber doch nicht unter ihrer Würde, den Grafen Murray, den Anführer der Rebellen, in London zu empfangen und dabei jene Comödie aufzuführen, welche eine Mischung von Verachtung und Mitleid im Leser hervorruft. Philippson hat diese Scene meisterhaft dargestellt (III, 73). Auch zeigt derselbe sehr gut, daß Maria's tiefe Abneigung wider ihren Bastardbruder Murray weit weniger seiner maßgebenden Stellung im Calvinismus und feindlichen Haltung gegen den alten Glauben, oder seinem unersättlichen Ehrgeiz und Streben nach der Krone entsprang, als vielmehr in jenen empörenden Gerüchten über Maria's angebliches Verhältniß zu ihrem Sekretär David Riccio wurzelte, die auf Murray zurückzuführen waren (III, 71). Maria's Beziehungen zu Pius V. bieten Philippson, der hier aus den Akten des Vatikanischen Archivs schöpft und die betreffenden Briefe auszüglich im Anhang zum Abdruck bringt, Gelegenheit zu bittern Bemerkungen, namentlich gegen den Glaubenseifer des Papstes. Indeß auch nicht das Mindeste läßt sich in denselben entdecken, was Gegenstand gerechten Tadels sein könnte. Aber die geheime Instruktion, welche Pius V. dem Bischof Chisholm von Dumblane an die Königin mitgab? Nach Philippson hätte Chisholm den Auftrag empfangen, „Maria zur Hinrichtung der Häupter der Protestanten zu überreden". Schade, daß er diese geheime Instruktion ihrem Wortlaute nach nicht mittheilt. Höchst wahrscheinlich handelt es sich um solche Männer, welche Treubruch gegen die Krone begangen und aus diesem Grunde ihr Leben verwirkt hatten (III, 115). Uebrigens räumt auch Philippson ein, daß eine Liga zwischen

Maria und den katholischen Mächten formell nie abgeschlossen worden (III, 117).

In dem bedeutungsvollen Kapitel über den Riccio-Mord zeigt Philippson Darnley's unverantwortliches Benehmen, aber auch Elisabeths Mitschuld. Von dem ganzen Plan war sie unterrichtet. Ein einziges Wort ihrerseits hätte genügt, um die Verschwörung im Keime zu ersticken. Nichts hat sie gethan (III, 143). Auch Knox und Craig gehören mit zu den Verschworenen. Ueber allen Zweifel sicher hat Philippson nachgewiesen, daß auch Maitland von Lethington die Hand dabei im Spiel hatte. Daß die Calvinisten sich wider Maria's feindliche Plane auflehnten, möchte Philippson billigen. Für die Art und Weise des Vorgehens dagegen findet er nur Worte schärfsten Tadels. „Die Mitschuldigen bedeckten sich mit wahrer Schande, jene Männer, die beständig das Wort Gottes und die Religion auf den Lippen hatten" (III, 147). Wie unsicher es in den Tagen des Riccio-Mordes mit dem Leben der Katholiken stand, dafür ein Beispiel: Der im Schlosse Holyrood wohnende gelehrte (homme fort lettré) Dominikaner John Black wurde mir nichts dir nichts ohne jede Veranlassung in seinem Bette ermordet (III, 153).

Was endlich die auf Schloß Craigmillar im Dezember 1566 gegen König Darnley geplante Verschwörung betrifft, deren Ergebniß die Ermordung des Königs im Februar bildete, so gelangt Philippson zu folgendem Resultate. Dem Mordplan steht die Königin durchaus fern, sie hat keinen Antheil daran. Als die vornehmen Herren auf Craigmillar ihr das Vorhaben mittheilten, Darnley unschädlich zu machen, erwiderte sie: „Ich wünsche, daß nichts geschehe, was meine Ehre und mein Gewissen verletzen könnte, ich bitte Sie deßhalb, die Dinge, wie sie jetzt liegen, bestehen zu lassen, und von Gott das Heilmittel zu erwarten" (III, 267). Indeß mit dem spanischen Gesandten in London tadelt Philippson die Thatsache, daß Fragen solcher Art in Gegenwart der

Königin auch nur zur Verhandlung gelangten. Zweitens belastet er Maria mit dem Vorwurf, daß sie, während sie den Bastardbruder Murray von einer sein Leben bedrohenden Verschwörung in Kenntniß setzte, dem Gatten gegenüber diese Rücksicht nicht beobachtet habe. Aber bewiesen ist eben der Satz: „elle n'en avertit nullement Darnley" nicht (III, 269). Denn Philippson gibt selbst zu, daß Maria während Darnley's Krankheit ihre Pflichten treu erfüllt und daß sie dessen Wunsch, statt nach Craigmillar nach dem Hause des Propstes von Kirk of Field gebracht zu werden, ohne alles Zögern nachkommt. Wenn also ihre Haltung gerade unmittelbar vor dem Ausbruch der Verschwörung „parfaitement correcte" war (III, 293), dann streitet die Vermuthung dafür, daß sie ihrem Gemahl Andeutungen über seine Lage ertheilt. Die Verschwörung zu verhindern, lag überhaupt nicht mehr in ihrer Macht. „Nicht Maria Stuart hat ihn (Darnley) getödtet. Es sind die Häupter des calvinischen Adels, die seit seinem ersten Auftreten in ihm den katholischen Fürsten, den gefährlichen Gegner nicht wegen seiner persönlichen Eigenschaften, sondern zufolge seiner Stellung als Gemahl der Königin und Vater des künftigen Königs von Schottland und Großbritannien erblickten" (III, 302).

Was Maria's Ehe mit Bothwell betrifft, so räumt auch Philippson ein, daß das Verhältniß der Königin zu demselben vor Darnley's Ermordung durchaus rein war (III, 277). Aber zu wenig betont er die Thatsache, daß der hohe Adel ihr die Ehe mit Bothwell empfohlen, ja, aufgedrungen. Daß sogar die Bischöfe sich für diese Vermählung aussprachen, ersehen wir aus der Antwort, welche sie ihrem Beichtvater, dem französischen Dominikaner Roque Mameret auf dessen Warnungen ertheilte und welche dieser dem spanischen Gesandten Silva erzählte (III, 351). Auf die vom Gerichtshof des Erzbischofs Hamilton ausgesprochene Trennung der auf Grund einer Dispense über den Grad

der Blutsverwandtschaft eingegangenen Ehe zwischen dem Protestanten Bothwell und der Katholikin Jane Gordon brauchen wir nicht weiter einzugehen. Aber zwei Thatsachen sind zu betonen: Erstens, bei dem Verlust der Eheproceß-akten ist ein sicheres Urtheil über das Verfahren des Gerichts ausgeschlossen. Zweitens, kein Canonist wird das Dispensinstrument, von dem Stuart ein Facsimile gibt, als gültig annehmen. Es ist vielmehr ungültig, weil das concurrirende Ehehinderniß der gemischten Religion nicht erwähnt und davon nicht dispensirt ist. Und doch gehörte Bothwell schon seit 1560 zu den Häuptern des protestantischen Adels. Demnach hat zwischen Bothwell und Jane Gordon von Anfang an keine Ehe bestanden, sie konnte nicht einmal zu Stande kommen.[1])

Nicht wenige ganz neue Aufschlüsse empfangen wir durch Philippson aus dem Vatikanischen Archiv über den nachtheiligen Eindruck, welchen Maria Stuart durch die Ehe mit Bothwell in Rom, sowie bei den großen katholischen Höfen von Madrid und Paris hervorrief. Zuerst ist zu betonen, daß der Bischof Chisholm von Dumblane, welchen sie mit einer ausführlichen Instruktion zur Rechtfertigung ihrer Vermählung nach Paris sandte, von der Königin abfiel. „Jedem, der es hören wollte, bemerkte er, daß der Aufenthalt in Schottland einem aufrichtigen Katholiken unmöglich gemacht sei, und daß die Königin, nachdem sie sich ausschließlich nach protestantischem Ritus durch einen abgefallenen Prälaten habe trauen lassen, nicht mehr zur Messe gehe" (III, 376). Als der Nuntius in Madrid, Erzbischof (nicht Bischof, wie er von Philippson genannt wird)

1) Bei John Stuart, A lost Chapter of the History of Mary Queen of Scots recovered, Edinburgh 1874, habe ich das Facsimile des Dispensinstruments noch einmal nachgesehen. Darin wird Bothwell angeredet: Jacobo comiti de Bothuill . . . nostre diocesis et Jonete Gordone . . . mulieri Morauiensis diocesis, salutem in Domino.

Castagna von Rossano, bei Philipp II. 1568 für die hart bedrängte Schottenkönigin thätig war und diese Bemühungen zur Kenntniß des Cardinalstaatssekretärs gelangten, schrieb dieser aus Rom 17. August 1568 an Castagna: „Wie ich vernehme, hat Msgr. di Ceneda (Nuntius in Paris) sich bei Ihnen für die Königin von Schottland verwendet. Derselbe hat in guter Absicht gehandelt und Sie sind nach Gebühr beim König für jene eingetreten. Indeß habe ich Ihnen für jetzt keinen Befehl Seiner Heiligkeit mitzutheilen, da der heilige Vater sich noch nicht darüber schlüssig gemacht, welche der beiden Königinen (Elisabeth oder Maria) besser sei" (III, 469). Nicht wenige Thatsachen hat Philippson beigebracht, welche seines Erachtens den Beweis liefern sollen, daß Maria von Bothwell kein Zwang angethan worden, ja daß sie in den verhängnißvollen Monaten April, Mai und Juni 1567 allseitigster Freiheit sich erfreut. Wie immer dem sein mag — die beiden Thatsachen des Nichtbesuches der heiligen Messe und der überaus gehässigen Proclamation gegen die Katholiken, ihre eigenen Glaubensgenossen, beweisen unwiderleglich, daß die Königin des vollen Gebrauchs der Freiheit beraubt war (III, 379). Aber auch angenommen, daß sie freiwillig bei Bothwell verblieb, drängt sich nicht nach dem ganzen Verlauf der Geschichte nothwendig die Frage auf: Würde die Königin, wenn sie den Grafen verlassen und in das Lager der Gegner desselben, deren Eifer für die Befreiung der Regentin Philippson bis in den Himmel erhebt, geflohen wäre, nicht aus einem Netz in das andere gegangen sein?

Unsere Berichterstattung schließen wir mit einem Hinweis auf das Gesammturtheil Philippsons über die bedeutendsten Personen, die in dem ergreifenden Trauerspiel auftreten (III, 429—433). Abstoßend ist das Gemälde, welches er von der Umgebung der Königin Maria, sowie von Elisabeth von England entwirft. Jeder Criminalist findet hier Material zu ausgedehnten Studien. Vom ersten

Augenblick, wo sie das Reich ihrer Väter 1561 wieder betreten hat, war Maria Stuart ein Opfer des Verrathes. Auch selbst dann, wenn sie zu dem neuen Glauben übergetreten, wäre sie von dem Ehrgeiz und der Herrschsucht des Adels verschlungen worden. Ihr treues Festhalten an der alten Kirche aber machte ihren Fall unvermeidlich. In Elisabeth und Maria kämpften zwei entgegengesetzte Weltanschauungen miteinander. Auf bloße äußere Machtverhältnisse, die im Besitz der Kirchengüter wurzeln, den bittern Kampf nach Philippson zurückführen (III, 431), heißt doch lediglich an der Oberfläche stehen bleiben. Religiöse Ideen gaben den Ausschlag.

Offenbar sucht Herr Philippson auf die Phantasie der Leser einzuwirken, wenn er als nothwendige Folge der Herrschaft Maria Stuarts die Herausgabe der Kirchengüter und die Verbannung des protestantischen Adels und der Prediger ausmalt. Beides würde die Königin „unter Strafe des Scheiterhaufens" (III, 431) angeordnet haben. Dem gegenüber sei die Thatsache betont, daß der Apostolische Stuhl weder bei der Wiederherstellung der katholischen Religion in England durch Maria Tudor und Cardinal Pole 1555, noch in den neuern Concordaten seit der französischen Revolution und der Säcularisation die Herausgabe der geraubten Kirchengüter zu einer ausschlaggebenden Frage gestempelt hat. Für ihn kommen geistige Interessen, wozu namentlich freie Bewegung der Kirche gehört, in erster Linie in Betracht. In der Anhäufung von äußerem Gut liegt nicht die Macht der Kirche. Auch in Schottland würde man sich mit theilweiser Wiedererstattung des Raubes auf Seite der Katholiken begnügt haben.

Wie immer aber die Schottenkönigin in der Zeit ihrer Regierung gefehlt haben mag, so steht doch fest, daß sie in neunzehnjähriger Gefangenschaft die früheren Uebertretungen reichlich gesühnt und sich die Bewunderung aller Nationen erworben hat.

Aachen. A. Bellesheim.

LIV.

Wieder eine neue Religion.

I.

Daß philosophische Systeme wie Pilze an feuchten Herbsttagen fort und fort aufschießen, von denen jedes folgende das vorausgehende umstößt, oder wie Cl. Brentano treffend sagt, wie ein Magen den vorausgehenden auffrißt, daran sind wir längst gewöhnt. Schon Hegel konnte den Systembauern die Worte der Apostelgeschichte zurufen: „Siehe, die Füße derer, die deinen Mann begruben, stehen vor der Thüre und sie werden auch dich hinaustragen“. Daß wir aber auch mit neuen Religionssystemen fortwährend überschwemmt werden, ist eine Calamität der neueren Zeit. Die früheren Philosophen hielten die Religion für eine mehr oder weniger abgethane Sache, welche gerade durch die Philosophie ersetzt werden müsse: aber die Fortschritte der vergleichenden Religionswissenschaft haben den unumstößlichen Beweis geliefert, daß Religion ein Universalphänomen der Menschheit, ein nothwendiges Attribut der menschlichen Natur ist. Darum darf die Wissenschaft dieselbe nicht mehr so vornehm ignoriren, ein jedes philosophische System muß sich wenigstens mit ihr auseinander zu setzen suchen. Da nun aber im Grunde Religion mit Materialismus und Pantheismus oder Monismus, worauf die ganze bunte Mannigfaltigkeit der neueren Systeme hinausläuft, unverträglich ist

— nur mit einem persönlichen Gotte kann der Mensch ein religiöses Verhältniß anknüpfen, einen geistigen Lebensverkehr unterhalten — so stellt man einen Begriff von Religion auf, der dadurch vom Widerspruche mit jenen Systemen befreit wird, daß er unabhängig von jeder „Metaphysik" gemacht, und die Religiosität zumeist in die Gefühlssphäre verwiesen, dem Willen, unabhängig von jeder Vernunfterkenntniß, zugesprochen wird.[1])

Als neuester und zugleich schrofffter Vertreter dieser, Richtung kann F. Paulsen gelten, der die Unabhängigkeit der Religiosität von der Gotteserkenntniß mit Aufgebot aller seiner Beredsamkeit darzuthun und auf Grund dieser Unabhängigkeit eine vollendete Gefühls- oder Willensreligion zu gründen sucht. Als Philosoph ist Paulsen Spinozist[2]) und verlangt von der Kirche, sie solle den ersten Artikel des Apostolischen Glaubensbekenntnisses in diesem Sinne fassen. Er macht die Kirche verantwortlich für den großen religiösen Abfall der Gebildeten, welchen die Beweise für das Dasein Gottes nicht mehr genügten, welche an die Wunder nicht mehr zu glauben vermöchten, nachdem die Naturwissenschaft denselben den Boden entzogen habe.

Bereits kann Paulsen in einer modernen Strömung auf protestantischem Gebiete die Morgenröthe dieser neuen Religion begrüßen. „Gegenüber der Anschauung, die in dem Dogma den Ausdruck theoretischer Wahrheiten sah, denen durch exegetisch-historische Beweisführung oder durch ontologisch-kosmologische Argumente ein wissenschaftlicher Unterbau, oder durch Spekulation eine begriffliche Auslegung gegeben werden könne und müsse, will die neue Richtung ihm die Bedeutung einer Formel geben, die nicht sowohl den Verstand als den Willen bindet, die nicht beweisbare

1) Eine Uebersicht dieser Gefühlsreligionen gibt Gutberlet, Apologetik I, S. 7—11.

2) Eine eingehende Kritik der „Einleitung in die Philosophie" findet sich im „Philos. Jahrb." 1893. 3. u. 4. Heft.

Aussagen über geschichtliche oder natürliche Wirklichkeit, sondern Bekenntnisse zu absolut anerkannten, das Gemüth erfüllenden und dem Willen Ziel und Richtung gebenden Gütern enthält".

Es ist nun freilich nicht verständlich, wie ohne Vernunfterkenntniß das Gemüth erfüllt, der Wille gebunden, dem Willen Ziel und Richtung gegeben werden kann. Doch ehe wir auf den Inhalt dieser neuen Gemüths- und Willens-Religion näher eingehen, müssen wir doch etwas genauer zusehen, wie unser Religionsstifter die Unbeweisbarkeit eines persönlichen Gottes darzuthun sucht.

II.

Eingehend beschäftigt er sich mit dem teleologischen Gottesbeweise. Weder Religion noch Philosophie haben nach Paulsen[1]) ein Interesse an der Vertheidigung der Teleologie.

„Mir kommt vor, daß die Religion an diesen kosmologischen Spekulationen gar nicht interessirt ist. Sie ruht so wenig auf einer Hypothese über den Ursprung der lebenden Wesen, als auf einer bestimmten Ansicht von der astronomischen Gestalt der Welt. Das richtige Verhältniß besteht nicht etwa darin, daß die Kirche jederzeit die neuesten Theorien annimmt, sondern daß sie von wissenschaftlich-philosophischen Theorien sich völlig unabhängig macht. Was ich bringe, muß sie sagen, gilt, ob nun Copernicus oder Ptolemäus, ob Darwin oder Agassiz Recht haben; das Evangelium ist und hat kein System der Kosmologie und Biologie, es ist die Predigt vom Reich Gottes, das im Gemüth und Leben der Menschen wirklich werden will. Es stützt sich nicht auf unerklärliche Naturbegebenheiten und Mirakel, sondern auf die Erfahrungen des Herzens, das in ihm Frieden und Seligkeit findet . . . Und ebensowenig, als jene teleologische Beweisführung, welche Lücken in der Naturerklärung aus physischen Ursachen annimmt und aufsucht, um dadurch die Nothwendigkeit der Annahme nicht-

1) Einleitung in die Philosophie. Berlin 1892. Schon 1893 erschien eine 2. Auflage — auch ein Zeichen der Zeit.

physischer Ursachen darzuthun, zur Unterstützung der Religion geeignet ist, taugt sie auch zur Unterstützung einer idealistischen Philosophie einer teleologischen Weltanschauung . . . Eine Naturphilosophie, die heutzutage an der Undurchführbarkeit der physischen Erklärung festhält, erscheint lediglich als eine Verbündete der ‚faulen Vernunft' . . . Das ist der berechtigte Triumph des Darwinismus, daß er der ignava ratio das Gebiet, das sie am meisten als ihr eigenes ansah, das Gebiet der Lebenserscheinungen entrissen und der Forschung auf einem neuen Wege eröffnet hat".

Gewiß ist der teleologische Gottesbeweis nicht die einzige Stütze der Religion und der Philosophie, aber von der Kirche verlangen, sie solle sich um kosmologische und biologische Spekulationen nicht kümmern, sondern auf Herzenserfahrungen sich stützen, ist doch eine sehr starke Zumuthung. Die Religion muß vor allem eine präcise Vorstellung von einem persönlichen Gott und eine feste Begründung seines Daseins haben. Jene Herzenserfahrungen können aber nur verschwommene Gefühle bieten, die in keiner Weise den Menschen in den verhängnißvollsten Lagen des Lebens aufrecht halten können. Gar manchen hat ihr Vorleben auch ganz andere als religiöse Gefühle zum dauernden Herzenszustand gemacht.

Dagegen gibt es kaum einen überzeugenderen, leichteren, allgemein verständlicheren Beweis für einen persönlichen Gott, als die Zweckmäßigkeit der Natureinrichtung. Wer sich nicht durch Herzensneigungen oder Vorurtheile, sondern lediglich durch objektive Wahrheit leiten läßt, für den ist es ein evidenter Widersinn, daß eine solche Zweckeinrichtung ohne schöpferische Intelligenz, d. h. durch Zufall entstehen konnte. Nicht auf kosmologische oder biologische Systeme stützt sich ein solcher Beweis, sondern auf die offenkundigsten, jedem, auch dem einfachsten Menschenverstande zugänglichen Thatsachen und Wahrheiten. Von der Kirche verlangen, sich einer so festen Stütze der Religion zu begeben, und das Gemüth

zu Hülfe rufen, gleicht dem Ansinnen, das ein Negerhäuptling an die in ihrem Fort wohlverschanzten und mit Kanonen ausgerüsteten Europäer stellte: Er könne von seinem Standpunkte aus Kanonen und Festung nicht anerkennen, sie sollten mit Pfeil und Bogen auf flachem Felde oder im Busch mit ihnen kämpfen.

Ebenso schlecht würde die Philosophie nach den Paulsen'schen Vorschlägen wegkommen.

„Darüber", fährt er fort, „täusche man sich nicht: die Naturwissenschaft kann und wird sich von ihrem Weg nicht wieder abbringen lassen, eine rein physikalische Erklärung aller Naturerscheinungen zu suchen. Es mag tausend Dinge geben, die sie gegenwärtig nicht erklären kann, aber das principielle Axiom, daß es auch für sie eine natürliche Ursache und also eine naturwissenschaftliche Erklärung gebe, wird sie nicht wieder fahren lassen. Daher wird eine Philosophie, die darauf besteht, gewisse Naturvorgänge könnten nicht ohne Recht physikalisch erklärt werden, sondern machten die Annahme der Wirkung eines metaphysischen Princips oder eines supranaturalen Agens nothwendig, die Naturwissenschaft zur unversöhnlichen Gegnerin haben. In Frieden kann sie nur mit ihr leben, wenn sie sich der Einmischung in die causale Erklärung der Naturerscheinungen grundsätzlich enthält und hier die Naturwissenschaft ruhig ihren Weg bis zu Ende gehen läßt. — Oder bliebe dann für die Philosophie kein Raum übrig? . . Ich denke auf keine Weise. Sondern nun erhebt sich eine neue Frage: was bedeutet dies alles? . . ."

Wenn die Philosophie sich nach den Normen richten soll, die ihr eine anmaßende, die Grenzen ihres Gebietes fortwährend überspringende Naturforschung vorschreibt, ist es schlecht um ihre Existenzberechtigung bestellt. Aber die Philosophie kann auf das Recht nicht verzichten, nach dem ersten Ursprunge der Dinge, nach der letzten Ursache des Weltlaufes zu fragen. Sie kann den Naturforschern ihre absurden Behauptungen von der Ewigkeit der Materie und

Bewegung, von der Erklärung aller auch der Ur-Erscheinungen durch natürliche Ursachen nicht ohne weiteres zugeben. Wenn die Naturwissenschaft sich damit begnügte, innerhalb des Naturlaufes alles natürlich erklären zu wollen, wird keine vernünftige Philosophie in dies ihr Gebiet eingreifen. Welche Zumuthung an die Religion und Philosophie! Die Naturforschung geht principiell darauf aus, wie dieß Männer, die weniger gemäßigt und tiefer schauen als Paulsen, auch ausdrücklich erklären: den Urgrund aller Dinge, den Schöpfer vor die Thüre zu setzen — und man soll sich in diese ihre Anmaßung nicht einmischen!

Was wird aber die so laut gepriesene Naturforschung zu dem „Sinn" und der „Bedeutung" des Naturlaufes sagen? Sie wird nur ein mitleidiges Lächeln für solche Schwärmerei haben, und gegen solche vage Teleologie wird ihre „causale Erklärung" leichtes Spiel haben. Wenn der Weltlauf ohne Intelligenz, also durch Zufall entstanden ist, kann ja von einem „Sinn" desselben gar keine Rede sein. Der „Triumph des Darwinismus" besteht nicht in der Zurückeroberung des biologischen Gebietes für die Naturwissenschaft, sondern in der vermeintlichen Beseitigung des Schöpfers; daß eine so unbewiesene, mit so vielen Widersprüchen behaftete, selbst von den bedeutendsten Naturforschern für unhaltbar erklärte Hypothese so unbegreiflich rasche Verbreitung finden konnte und unter den Naturforschern und ihrem Anhang wie ein undisputirbares Dogma geglaubt wird, läßt sich durch rein intellektuelle Motive schlechterdings nicht begreifen. Mir ist der allgemeine Hexenglaube früherer Jahrhunderte weniger auffallend. Denn der Hexenglaube ist weniger absurd, als der darwinistische. Wenn es sich bloß um Verstandeserkenntnisse handelte, bliebe es ganz unerklärlich, wie ein Mensch, der noch ein Fünkchen Verstand hat, sich einreden kann, ohne irgend welches Gesetz, ohne ursprüngliche Disposition, ohne ein inneres treibendes Princip, also ohne eine ordnende Intelligenz könne sich aus

anorganischen Stoffen allmählich ein Menschenwesen auch nur nach seiner leiblichen Seite entwickeln.

Doch hören wir, was Paulsen gegen die Teleologie selbst vorzubringen hat.

„Soll der (teleologische) Beweis nicht bei der bloßen Verneinung der Möglichkeit einer physischen Erklärung stehen bleiben, will er eine positive Theorie der Wirklichkeit werden, so sind ihm zwei Aufgaben gestellt: 1) den Zweck darzulegen, den jene Intelligenz im Auge hatte; 2) zu zeigen, daß die Natur ein angemessenes System von Mitteln zu seiner Erreichung ist. Was den Zweck anlangt, so wollen wir uns zunächst an der Auskunft genügen lassen, auf die alle Teleologie immer herauskommt: es bestehe in dem Wohl lebender Wesen... Wie steht es nun mit der Vermittelung? Stellt sich der unbefangenen Betrachtung die Natur als ein System von Mitteln zu diesem Zwecke dar? Ich fürchte, es wäre eine harte Aufgabe, dem der die Ueberzeugung nicht mitbringt, sie anzudemonstriren".

Um die ordnende Intelligenz nachzuweisen, brauchen wir durchaus nicht den Zweck der gesammten Natureinrichtung darzulegen: wir müssen gestehen, daß wir von vielem den besonderen Zweck nicht kennen, es reicht aber im Grunde ein einziges, zweckmäßig eingerichtetes Wesen, etwa ein Organismus hin, um die zwingende Nothwendigkeit einer Intelligenz darzuthun. Das Wohl der lebenden Wesen überhaupt als Zweck des Naturlaufes darzuthun, würde allerdings schwer, ja unmöglich sein. Aber es ist einleuchtend, daß ein jeder Organismus anatomisch und physiologisch betrachtet, so zweckmäßig eingerichtet ist, daß er nicht durch Zufall entstehen kann. Wenn man nur das Leben dieses Einzelwesens ins Auge faßt, so erscheinen für diesen Zweck seine Organe so zweckmäßig eingerichtet, so angemessene Mittel, daß nur eine Intelligenz diese Anordnung treffen konnte. Und dies ist jedem Menschenverstande so einleuchtend, daß nur derjenige das Gegentheil sich andemonstriren läßt, der ein starkes Interesse an der Leugnung mit an den Unterricht heranbringt. Vollends kann nur gänzliche Ver-

blendung bei der Betrachtung der zahllosen zweckmäßig gebauten Wesen und ihres gegenseitigen Ineinandergreifens die ordnende Intelligenz verkennen.

Doch hören wir, was der menschliche Scharfsinn an den Werken der göttlichen Weisheit zu bekriteln hat. Diese Ausstellungen haben — um dies sogleich von vornherein zu bemerken — ungefähr denselben Werth wie das Urtheil eines Abcschülers, der eben zu buchstabiren angefangen hat, über die Ilias: Homer müsse doch wenig ästhetischen Sinn gehabt haben, er könne seiner Dichtung gar nichts abgewinnen.

„Man achte zuerst auf das Verfahren der Natur in der Hervorbringung der lebenden Wesen; gleicht es in der Form menschlicher Zweckthätigkeit? Wenn ein Mann, um einen Hasen zu schießen, Millionen Gewehrläufe nach allen Richtungen ins Blaue abfeuerte, würde jemand dies ein zweckmäßiges Verfahren, Hasen zu erlegen, nennen? Nun das Verfahren der Natur in der Hervorbringung lebender Wesen ist nicht ganz unähnlich: sie setzt tausende von Keimen in die Welt, um einen zu voller Entwickelung zu bringen. Ein einziger weiblicher Fisch setzt in einem Jahre hunderttausend Eier ab. Wenn alle diese Lebenskeime gediehen, sich entwickelten und entsprechende Nachkommenschaft hinterließen, so würden alle Gewässer in wenig Jahren von Fischen erfüllt sein . . . Die Ursache ist, daß von tausend Lebenskeimen nur einer am Leben bleibt . . . Untergang ist die Regel, Erhaltung und Entwicklung die Ausnahme. Die gewöhnliche Betrachtung übersieht das, sie sieht nur die günstigen Fälle. Die ungünstigen treten eben nicht in die Erscheinung Es geht hier wie bei der Lotterie, auf einen großen Treffer kommen tausend Nieten. Aber die Nieten machen nicht von sich reden, von dem großen Loos dagegen spricht alle Welt . . . Von der Logik eines Mannes aber, der zu beweisen unternähme, daß das Lotteriespiel ein zweckmäßiges Verfahren sei, sich ein Vermögen zu erwerben, würden wir dennoch keine allzugünstige Meinung uns bilden. Nun, es wäre dieselbe Logik, mit der die überlebenden Fische und Kaninchen oder ihr naturphilosophischer Anwalt den Beweis

zu führen hätte, daß die Natur eine zweckmäßige Veranstaltung sei, um Fische und Kaninchen hervorzubringen".

Daß F. A. Lange über die herrliche Erfindung eines so herrlichen Schlages gegen die Teleologie erfreut sein konnte, läßt sich noch begreifen; daß aber Andere, die Zeit gehabt, über dieses Bild nachzudenken, es reproduciren, muß doch befremden. Kann denn ohne Intelligenz ein solches Verfahren, Hasen zu schießen, eingerichtet werden? Offenbar können so viele Millionen Gewehre und ihre Aufstellung noch weniger ohne Intelligenz, durch Zusammentreffen anorganischer Stoffe, entstehen als ein Gewehr, das auf ein bestimmtes Ziel gerichtet ist. Unter Umständen könnte die Aufstellung jener vielen Gewehre sogar eine sehr weise Einrichtung sein, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Wenn der Jäger nicht im Stande ist, durch einen an Ort und Stelle abgefeuerten Schuß den Hasen zu schießen, wird jene Einrichtung, auch menschlich gesprochen, ganz zweckmäßig. Aber nach menschlich beschränkter, philisterhafter Anschauung die großartigen Werke der Natur beurtheilen zu wollen, zeigt von sehr kindlicher Einfalt.

Die Fortpflanzung der Organismen ist ein so geheimnißvoll kunstvoller Vorgang, derselbe ist in so unzählig mannigfacher Form bei den verschiedenen Wesen abgeändert, und erreicht in allen Verhältnissen mit so unfehlbarer Sicherheit seinen Zweck, daß Niemand darin eine sehr hohe Intelligenz verkennen kann. Um die Erhaltung der Species auch unter den ungünstigsten Verhältnissen zu sichern, hat die Natur einen doppelten Weg eingeschlagen: bei vielen Organismen hat sie Schutzvorrichtungen getroffen, indem sie z. B. den Eltern Instinkte für die Erhaltung der Jungen mitgegeben, in anderen Fällen aber producirt sie massenhaft die Keime, und sichert so wenigstens einigen Exemplaren die Entwickelung. Daß da gerade diese wenigen oder gar nur ein Exemplar erhalten bleibt, ist allerdings zufällig, und kann mit dem Gewinnen des großen Looses verglichen werden; daß aber

die Art erhalten werde, worauf die Intention der Natur geht, kommt nicht vom Zufall, sondern ist sicheres Ergebniß einer darauf sehr zweckmäßig berechneten Natureinrichtung. Man sieht also, wo es an Logik gebricht, bei den naturphilosophischen Anwälten der Fische oder bei Häckel und Lange.

Ein einziger Fisch oder ein einziges Kaninchen und demgemäß auch der Keim, der das vollkommene Thier in sich birgt, ist ein so erstaunliches Kunstwerk, daß nur die höchste Intelligenz sie hervorbringen kann; alle menschlichen Anstrengungen sind ja noch nicht im Stande gewesen, das hervorgebrachte Lebewesen auch nur annähernd zu erklären. Tausende derselben sind also ein vervielfältigtes Kunstwerk, das ohne Intelligenz noch weniger zu Stande kommt, die Anwendung der Massen zur Erhaltung der Art fordert nochmals Intelligenz. Und Paulsen hat den Muth, diesen ganzen Vorgang ein Lotteriespiel zu nennen!

„Ein Vertheidiger der Teleologie", sagt Paulsen weiter, „der von Darwin gelernt hat, möchte erwidern: der Ueberschuß der Lebenskeime ist nothwendig, um den Kampf ums Dasein zu unterhalten, wodurch die Steigerung der Form bewirkt wird. — Wohl. Aber man achte auf die Form, in der der Tod die Auslese vollzieht. Die Cholera kommt über ein Land; sie rafft Alte und Junge, Weise und Narren, Gesunde und Kranke, Starke und Krüppel hinweg, ohne großen Unterschied zu machen Es mag sein, daß die Starken und Vernünftigen sich durchschnittlich etwas widerstandsfähiger erweisen. Dennoch wird man sagen müssen: es ist ein sehr plumpes und unzuverlässiges, ein mechanisches Durchschnittsverfahren, dessen formelle Zweckmäßigkeit, mit menschlichem Maßstab gemessen, nicht eben auf hoher Stufe zu stehen scheint".

Allerdings unterhält die Massenhaftigkeit der Keime und unfertigen Organismen den Kampf ums Dasein: unter den ungünstigen Verhältnissen werden nur die besten Exemplare zur Entwicklung kommen. Dies brauchte man nicht erst von

Darwin zu lernen, der diese Thatsache nur für seine Spekulationen mißbraucht; denn diese Auswahl dient nicht dazu, eine Steigerung der Form zu bewirken, sondern, wie K. Snell triftig nachweist, den Bestand der Formen zu sichern, die Degeneration durch Mischung mit den unvollkommensten Formen zu verhindern. Allerdings gehen dabei auch bessere Exemplare zu Grunde; die Natur verfährt eben nach allgemeinen Gesetzen: sie hat nicht in engherziger Weise für jedes einzelne Wesen eine Schutzvorrichtung getroffen. Dem Philister mag dies Verfahren plump erscheinen, dem unbefangenen Beobachter erscheint es als großartige Welteinrichtung. Verlangt denn Paulsen, die Natur solle für die Dummen einen eigenen Cholerabacillus erschaffen, der die Philosophen nicht angreift? Das heißt allerdings einen recht „menschlichen Maßstab" an die Wunderwerke der Natur anlegen.

„Oder man achte", fährt er fort, „auf die Thatsachen, die Häckel unter dem Namen der Dysteleologie gesammelt hat: woher die nutzlosen oder schädlichen Bildungen im Organismus, wie der Wurmfortsatz des Blinddarms, der, so viel wir sehen, niemand zum Nutzen, Tausenden zum qualvollen Verderben wird".

Wenn in der Natur wirklich Zweckwidrigkeiten selbst in großer Anzahl nachgewiesen wären, so folgte daraus auch nicht das Mindeste gegen die Nothwendigkeit einer Intelligenz. Was würde Paulsen dazu sagen: wenn Jemand, wenn insbesondere ein unreifer Schüler, der manche Fehler gegen die Logik in seiner Schrift entdeckt zu haben vermeint, erklärte: dieselbe könne von keinem verständigen Menschen verfaßt sein, sie müsse durch Züchtung im Kampfe ums Dasein allmählig entstanden sein? Wer hat aber je eine Dysteleologie in der Natur nachgewiesen? Vieles, was früher als solche galt, ist später als zweckmäßig erkannt worden; wäre es da nicht vernünftiger, bei den noch nicht erklärten Dysteleologien unser Urtheil zurückzuhalten? Mit

einem „so viel wir sehen“ beseitigt man die Intelligenz, welche aus der gesammten übrigen Naturvorrichtung so strahlend hervortritt, doch in keiner Weise. Mir scheint nicht bloß, sondern es ist mir evident, daß Paulsens System viele irrige Behauptungen enthält, ich bin aber nicht so vermessen, darum dem Urheber die Intelligenz abzusprechen und seine geistreichen sonstigen Gedanken dem Kampf ums Dasein zuzuschreiben.

Sehr muß übrigens auffallen, daß unsere so fortgeschrittenen Darwinisten jene nutzlosen und schädlichen Organe nicht wegzüchten können. Der Wurmfortsatz soll als Rudiment eines längeren Darmsystems, das der Mensch zur Zeit des Wiederkäuerzustandes nöthig hatte, übrig geblieben sein. Die dummen Thiere haben es also fertig gebracht, ihre gesammte Organisation umzuändern, nützliche Organe sich anzuzüchten, andere wie den Schwanz, Gedärme wegzuzüchten: und die Wissenschaft mit allen anatomischen, physiologischen, chirurgischen, medicinischen Kenntnissen vermag nicht auch nur den Wurmfortsatz wegzuzüchten; und doch soll der Organismus unter der Hand des Züchters sein wie „weiches Wachs“? Oder ist der Lebenstrieb, welchen Paulsen als das hauptsächlichste Entwicklungsprincip betrachtet, schwächer geworden?

„Oder man achte auf Thatsachen, die man geographische oder kosmische Dysteleologien nennen könnte. Es liegt auf der Hand, daß jene teleologische Naturphilosophie, wenn sie den Bau und die Einrichtung der lebenden Wesen durch die Einwirkung einer kosmischen oder supramundanen Intelligenz erklären will, auch die Gestalt der Erde, und zuletzt des ganzen kosmischen Systems aus den Absichten jener Intelligenz herleiten muß. Gibt es eine teleologische Geographie? Kann sie es geben? Freilich, es gibt Theile der Erdoberfläche, die sich zur Wohnstätte lebender Wesen vortrefflich schicken. Aber nicht weniger gibt es weite Gebiete, die sich für diesen Zweck völlig unfruchtbar erweisen ... Und wie steht es mit der kosmischen

Teleologie? Sind auch die andern Himmelskörper, sind auch die übrigen Planeten unseres Systems zu Wohnstätten des Lebens geeignet? Oder sind sie in ähnlicher Weise, wie jene Continente, vernachlässigt?"

Wenn auch nur unsere kleine Erde, wenn nur ein minimaler Theil derselben bewohnbar wäre, ja wenn nur ein einziger Mensch Platz darauf hätte, so wäre die Welteinrichtung nicht durch Zufall, sondern nur durch die Anordnung einer Intelligenz erklärbar. Der eine Mensch erforderte eine hohe Intelligenz als Ursache, nicht minder die wunderbare Einrichtung der Himmelssysteme, und insbesondere auch die zweckmäßige Eingliederung unseres Planeten in das Ganze und die tellurische Beschaffenheit desselben, welche ihn zur Wohnstätte eines lebenden Wesens geeignet macht. Dieser großartige Aufwand von Mitteln, um einem einzelnen Menschen das Dasein zu ermitteln, wäre keine unweise Verschwendung, sondern eine zweckmäßige Unterordnung der ganzen materiellen Welt auf das unendlich werthvollere Geistesleben.

Nun aber ist in Wirklichkeit eine solche Fülle des Lebens über die ungeheure Oberfläche der Erde ausgegossen, daß kaum ein Plätzchen zu finden ist, wo nicht noch irgend welches Leben angetroffen wird. Auch die Polargegenden bergen in ihrem Eise noch Organismen, selbst in der unfruchtbaren Sahara entfaltet sich den Existenzbedingungen entsprechend mannigfaches Leben. Aber wenn selbst große Strecken ohne alles Leben wären, so gehören dieselben wie das Polareis mit zu den entfernteren Bedingungen des Lebens. So unterhalten die Aequatorial- und Polarströmungen der Luft und des Meeres die meteorologischen und tellurischen Bedingungen für das Gedeihen zahlreicher Wesen in den mittleren Breiten. Aber wenn die unbewohnten Erdstriche auch nur ergänzende Anhängsel an die Wohnplätze der Organismen wären, was folgte daraus gegen die Zweckeinrichtung der Erde? Mit der Paulsen'schen Logik könnte man fragen: Wozu die

ungeheuern Mineralmassen im Innern der Erde? Es wäre viel zweckmäßiger, wenn die ganze Erdmasse zu einer Hohlkugel aufgeblasen wäre. Dann hätten unzählige Wesen Platz darauf. Daß doch unsere weisen Kritiker der Natureinrichtungen nicht merken, wie lächerlich sie sich durch ihre kindischen Bemängelungen machen!

Noch merkwürdiger ist aber, daß nach unserem Kritiker die Welteinrichtung zu plump und verkehrt ist, um als Wirkung einer Intelligenz angesehen werden zu können: daß sie aber, wie derselbe Spinozistische Pantheist annimmt, die unendliche Substanz ist, oder doch deren nothwendiger Ausdruck, findet er ganz in der Ordnung. Das Allermerkwürdigste ist aber, daß die unendliche Substanz sich selbst Dummheit und Plumpheit vorwirft. Denn der Kritiker ist substantiell identisch mit dem unendlichen Gedanken, die Natureinrichtung gleichfalls: also rügt die unendliche Substanz ihre eigene Dummheit, und nicht etwa bloß in ihren Werken, sondern in ihrem eigenen Sein. Und solches Uebermaß von Widersinn in ihr Symbolum aufzunehmen, nach ihm den ersten Glaubensartikel umzuändern, muthet Paulsen der Kirche zu!

Unser Kritiker wendet sich nun gegen den „vorausgesetzten Zweck“ der Natureinrichtung selbst.

„Keine menschliche Teleologie wird ihn anderswo suchen können, als in dem Dasein lebender Wesen. Ohne Leben wäre die Welt uns absolut gleichgiltig und unverständlich. Die Aufgabe der Absichtsteleologie wäre nun also, zu zeigen, daß gerade diese Lebewelt, wie sie uns vorliegt, dem höchsten Zweck entspricht, das absolute Gut darstellt. Sie wird zu zeigen haben, daß alle die tausend Formen der Thiere und Pflanzen zur Verwirklichung des Werthmaximums, der besten Welt, erforderlich sind. Ist so etwas jemals geleistet, ist es auch nur versucht worden? Hat man, wie uns der Interpret einer Dichtung die innere Nothwendigkeit jeder Person, jeder Handlung, jedes Auftritts, jeder Zeile des Dramas darzustellen vermag, so die innere Nothwendigkeit jeder Thier- oder

Pflanzenart aufgezeigt? Hat man einleuchtend gemacht, daß etwas fehlen würde, wenn sie wegfiele?"

Um mit aller Sicherheit sagen zu können, daß die Pflanzen und Thiere, wie die ganze Natureinrichtung, eine so hohe Zweckmäßigkeit haben, daß sie nur durch eine Intelligenz erklärt werden können, braucht man den allgemeinen Weltzweck, die letzten Absichten der Intelligenz nicht zu kennen. Es reicht hin, daß man auch nur ein lebendes Wesen betrachte, welches für sein Leben äußerst zweckmäßig eingerichtet ist, oder es reicht selbst ein einzelnes Organ hin, das für seine Funktion so kunstreiche Einrichtung zeigt, mag dieß nun „der Saugrüssel der Wanze" oder das menschliche Auge sein.

In keiner Weise aber brauchen wir zu zeigen, daß die bestehende Natureinrichtung „die beste Welt" darstellt, im Gegentheil auf theistischem Standpunkte ist und kann sie nicht die beste sein. Eine beste Welt ist überhaupt ein innerer Widerspruch: denn dieselbe müßte unendlich sein, Gott müßte eine Unendlichkeit außer sich setzen, was unmöglich ist, da es nur einen Gott geben kann. Also muß er eine endliche Welt aus den vielen möglichen ausrichten, er hat die Wahl zwischen unbegrenzt vielen Welten, nur daß er keine durchaus schlechte wollen kann.

Umgekehrt muß der Spinozismus die beste Welt fordern: denn sie ist ja der metaphysische nothwendige Ausdruck der unendlichen Substanz, ja diese Substanz selbst. Wenn also Paulsen die Welteinrichtung zu verdächtigen sucht, so schmäht er seinen Gott; wenn ihm die Wanze und anderes Ungeziefer so widerwärtig ist, so ist sein Ekel gegen ein Stück seiner Gottheit gerichtet. Insofern aber seine Beweisführung wirkliche Unvollkommenheit nachweist, schlägt er sich selbst und beweist die Nothwendigkeit, daß die bestehende Welt vor vielen anderen möglichen, auch besseren ausgewählt worden ist, nicht die unendliche Substanz ist.

Wir können ihm freilich nicht zugeben, daß so große

Gruppen von Organismen ganz zwecklos seien, eine schöpferische Intelligenz konnte nichts Unnützes ins Dasein setzen und so kunstreich ausrichten: aber wir brauchen nicht positiv die speciellen Zwecke jeder Gattung und Art darzuthun. Die Gegner der Teleologie hätten zu zeigen, daß in der großartig wundervollen Natureinrichtung Unnützes sich finde, zumal als gar manche Wesen, deren Zweck früher nicht einleuchtete, später als sehr wichtig im Haushalte der Natur sich erwiesen haben. Wenn jene Thierformen auch nur den Zweck hätten, einen unendlichen Formen r e i ch t h u m der Organismen, die Ausfüllung eines jeden Platzes der Stufenleiter zur Darstellung zu bringen, so würde diese ideale Bedeutung schon ihre Existenz rechtfertigen. Jedenfalls hat das abfällige Urtheil über sie denselben Werth wie die Ausstellungen, welche ein Neger, der seine Strohhütte als Maßstab zweckmäßiger Architektur anlegte, an einem gothischen Kunstwerke wie dem Kölner Dom zu machen hätte. Derselbe würde daran gar Manches für unnütz, ja zweckwidrig erklären.

Damit erledigen sich auch die anderen Einwände, welche Paulsen aus den Schmerzen der Thiere, der Zusammenhangslosigkeit der Ereignisse des menschlichen Lebens und der Geschichte gegen eine teleologische Weltauffassung vorbringt. Die Schwierigkeiten, die sich aus diesen Gebieten ergeben, machen auch auf mich einen überwältigenden Eindruck: Sünde, Schmerz, Tod sind allerdings ganz andere Disharmonien in der Welt, als die dysteleologischen Schnurrpfeifereien von Häckel und Lange, aber gegen diese fürchterlichen Feinde des Menschen Heil und Licht zu bringen, müssen andere Mächte als Spinozismus und Häckelianismus oder ein unbestimmtes Vertrauen auf den Sieg des Guten, worin Paulsen die wahre Religion erblickt, aufgeboten werden. Das Christenthum löst uns dieses Räthsel, soweit es für unser sittlich-religiöses Leben erforderlich ist. Die Vernunft sich selbst überlassen kann auch sonst annehmbare Gründe zur Rechtfertigung einer Welteinrichtung mit solchen Uebeln

ausfindig machen; schließlich bleibt uns aber nur die indirekte Lösung: Wir kennen so viel von der Welteinrichtung, daß sie nur durch eine Intelligenz erklärt werden kann. Also wird dieselbe auch da weise verfahren, wo wir den Grund nicht klar einsehen; wir müssen sogar Unverständliches von einer so hohen Intelligenz erwarten: „Gottes Gedanken sind nicht Menschen Gedanken, Gottes Wege sind nicht Menschenwege". Wenn ich bei der Lektüre eines Fachschriftstellers auf Sätze stoße, die ich nicht mehr verstehe, so sage ich nicht: das ist ja Unsinn; also ist auch alles Frühere, was er gesagt hat, Unsinn; es ist wohl durch Zufall geworden. Sondern ich bescheide mich und sage: der Mann weiß mehr, als ich zu fassen vermag. Wäre es nicht vernünftig, bei der Betrachtung der Natur, dieses großartigen Buches eines so sachverständigen Meisters, so zu urtheilen?

(Schluß folgt.)

LV.

Zur brennenden Frage des allgemeinen Wahlrechts.

Aus Oesterreich.

Wenn man von Aenderungen an einer bestimmten Staatsverfassung spricht, so wird man sich vor Allem die bestehende Verfassung und den sie durchziehenden Grundgedanken vor Augen halten müssen. Für die cisleithanische Reichshälfte ist die Interessenvertretung eingestandenermaßen der Hauptfaktor unseres Verfassungslebens. Die österreichischen Staatsmänner haben dessen kein Hehl gemacht und ihren italienischen Collegen gegenüber diese Eigenthümlichkeit des heimischen Constitutionalismus laut gerühmt.

Wir sind mit dieser Berühmung vollkommen einverstanden, und haben nur zu bedauern, daß man auf dem

halben Wege stehen geblieben und nur ein Flickwerk an Stelle eines wohnlichen Gebäudes hinterlassen hat. Im Grunde stellt sich unsere Verfassung als ein Bauwerk gemischter Style und Formen dar. Wir erfreuen uns mehrerer Handelskammern, einer Curie des Großgrundbesitzes, während die außerhalb dieser Sondervertretung gelegenen Einrichtungen dem reinem Repräsentativsysteme angehören. Noch mehr! Der an sich richtige Gedanke führte in seiner mangelhaften und stückweisen Verwirklichung und Anwendung zur Beeinträchtigung anderer ebenso wichtiger Interessen, die minder nachdrücklich vertreten werden. So trifft man auf eine empfindliche Vernachlässigung des bäuerlichen Interesses gegenüber dem Großgrundbesitz und des Gewerbes im Vergleich mit dem Handel. Es sind die Folgen der Halbheit und des Versuches, zwei unvereinbare Systeme zu verbinden.

Soll an der österreichischen Verfassung etwas gebessert werden, so kann es nur in der Richtung jenes Grundgedankens geschehen, welcher die Interessenvertretung dem ganzen Verfassungssysteme zum Mittelpunkte setzen wollte. Diese Reform dünkt uns aber auch die einzig mögliche, die sich mit dem so heiß begehrten allgemeinen Wahlrecht in Einklang bringen ließe. Sie allein besäße das nöthige Assimilirungsvermögen und könnte das suffrage universel in sich aufnehmen, ohne den Staat zu gefährden oder auf die Bahn gefährlicher Abenteuer zu leiten. Wollte man zum allgemeinen Wahlrecht greifen und diesen Modus nicht zuvor mit dem Princip der Interessenvertretung in Uebereinstimmung bringen, so müßte man zuvörderst auf jenes Princip völlig verzichten, die vorhandene Interessenvertretung kurzweg abschaffen und sich in die Arme des bekannten Schablonenconstitutionalismus werfen, d. h. den trügerischen Schein der Gegenwart für alle Zukunft zur hundertsten Potenz erheben.

Wir werden nun zu untersuchen haben, ob denn zwischen dem allgemeinen Wahlrecht und dem Princip der „Interessenvertretung“ in der That ein unversöhnlicher Gegensatz be-

stehe, oder ob nicht die Interessenvertretung vielmehr Mittel und Wege biete, dem allgemeinen Wahlrecht Bahn zu brechen, und doch die mit ihm verknüpften Gefahren zu vermeiden.

Man würde Unrecht thun, die dem suffrage universel eigenthümlichen Vorzüge zu verkennen. Dasselbe zählt unstreitig zu den Forderungen des historischen, aber auch des philosophischen Rechtes. Auf den März- und Maifeldern der Franken erschien das Volk, die Nation in ihrer Ganzheit, um an der Berathung, beziehungsweise Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten theilzunehmen, und das philosophische Recht wird dem einzelnen Individuum als Mitglied der Staatsgesellschaft die Befugniß unmittelbarer Theilnahme an den Regierungsgeschäften nicht absprechen können. Anders verhält es sich freilich mit der praktischen Durchführung des an sich völlig correkten Gedankens. Kein Vernünftiger wird uns beispielweise die Wiederherstellung der großen fränkisch-merowingischen Volksversammlungen zumuthen. Was bei der dünnen Bevölkerung jener Tage möglich war, ist es heute nicht mehr. Selbst die Königswahlen kamen später nicht mehr durch unmittelbare Intervention des Volkes zu Stande. Die Nation bestätigte und sanktionirte nur die bereits durch die Fürsten vollzogene Wahl.

Das Princip ist unverändert das nämliche, die aus ihm gezogenen Folgerungen sind dagegen dem Wandel unterworfen, nur muß die Naturnothwendigkeit dieses Wandels mittelst Thatsachen erwiesen sein Eine derlei Nothwendigkeit vermögen wir für den Ausschluß der Analphabeten und der minder Gebildeten, so sehr auch die Mode darauf dringt, nicht zu erblicken, wohl aber dünkt uns dieses Postulat auf einer Erschleichung von Seite der Intelligenz zu beruhen. Wenn man die Analphabeten ausschließt, dann könnte man mit gleichem Rechte Gymnasialbildung oder Erlangung eines akademischen Grades als Vorbedingung des Wahlrechtes erheischen. Zur Wahlberechtigung genügt einfach die Staatsbürgerschaft. Sie ist die wahre und lautere Quelle des

Wahlrechtes und nicht ein bestimmtes Ausmaß an Wissen und Bildung, und ebenso wenig eine gewisse Steuerquote oder die Nachweisung eines rechtmäßigen Besitztitels. Zu den nicht zu unterschätzenden Vortheilen des allgemeinen Wahlrechtes möchten wir auch den Umstand zählen, daß der Nationalitätenhader mit ihm zu Grabe getragen würde.

Da es unmöglich geworden, daß Jedermann an den Berathungen der öffentlichen Angelegenheiten persönlich theilnehme, so mußte man sich mit dem Vertretungsmodus zufriedenstellen. Aber auch diese Vertretung erträgt keine Schrankenlosigkeit. Es geht nicht an, daß sich 3 Millionen Wähler durch dreimalhunderttausend Mandatare vertreten lassen. Es ist ferner ein Gebot der Gerechtigkeit, daß kein Staatsinteresse gegen das andere zurückgesetzt werde, daß kein Standesinteresse die Interessen der anderen Mitstände verschlinge, daß Niemand rechtlos werde. Mit Einem Worte: der Staat ist verbunden, seine Bürger vor Vergewaltigung ihrer Interessen zu schützen.

Wenn die zahlreichste Classe von Staatsbürgern den Vertretungskörper besetzte und sich von vorneherein die Mehrheit der Stimmen sicherte, und zwar in einer Richtung des Standesinteresses und auf Kosten der anderen Stände, dann würden alle andern Staatsbürger binnen kürzester Frist zur Hörigkeit herabsinken und sich an den Bettelstab gebracht sehen. Es läge in der Macht des zahlreichsten Standes, Staat und Gesellschaft umzugestalten und ausschließlich *seinen* Interessen dienstbar zu machen. Dieser Fall müßte naturgemäß in Oesterreich eintreten, wenn sich die zahlreichste Classe der Bevölkerung des allgemeinen Wahlrechtes rückhaltlos als Sprengmittels bedienen könnte. Es ist daher lediglich ein Gebot der Nothwehr, einer solchen Katastrophe vorzubeugen und ihren Eintritt zu verhindern. Das scheint uns aber bei Aufrechthaltung der Formen des Repräsentativsystems trotz des Grundgedankens der Interessenvertretung unmöglich zu sein. Das allgemeine Wahlrecht vorausgesetzt,

würde man auch alle von uns angedeuteten Folgen und Wirkungen zu tragen haben. Will man sie nicht tragen und die Interessenvertretung nicht über Bord werfen, selbe vielmehr fortentwickeln, dann müßte man grundsätzlich gegen das allgemeine Wahlrecht Verwahrung einlegen, was abermals leichter gedacht, als in's Werk gerichtet wäre.

Das Postulat des allgemeinen Wahlrechtes liegt sozusagen in der Luft, ist zur Tagesordnung gestellt, von der es nur schwer abzusetzen sein würde; es ist der Ausfluß einer höheren Rechtsidee, beruht auf ewigen Gesetzen. Kann Jemand glauben, daß hier doktrinäre Abweisungen und positive Verbote etwas ausrichten? Indessen stehen die Dinge nicht so schlimm, als sich Manche einbilden. Nimmt man denn mit einem Princip alles an, was erdenklicher Weise aus demselben gefolgert werden könnte? Niemand kann sich zur Erfüllung moralisch oder physisch unmöglicher Bedingungen anheischig machen, Niemand zur Erfüllung derselben verhalten werden. Ist das Vertragsrecht darum weniger heilig, weil moralische und physische Unmöglichkeiten davon ausgeschlossen scheinen?

Sehen wir zu, inwieweit die Interessenvertretung eine Handhabe für das allgemeine Wahlrecht bieten könnte. Sollte das System der Interessenvertretung seinen Zweck vollkommen erfüllen, dann müßte es bis zu seinen letzten Consequenzen entwickelt werden. In dem vollendeten Bau müßten alle großen Interessen ihre Unterkunft finden. Sobald man auch nur ein wesentliches Interesse unberücksichtigt ließe, sobald auch nur Eines hinausgewiesen würde, könnte man von keinem zweckentsprechenden Bau und nur mehr von einem Stückwerk reden. Die Interessenvertretung endet dort, wo das moderne Babel der Sprach- und Sachverwirrung und des Repräsentativsystemes beginnt. Für vielköpfige, große, gemischte und allgemeine Versammlungen eignen sich auch nur allgemeine Behandlungsgegenstände, aber nimmermehr

Partikularinteressen und derlei Gegenstände berührende Staatsfragen.

Sollen concrete Interessen ernstlich erwogen werden, so muß das in eigenen, zu dem Zwecke gebildeten Körperschaften, Kammern oder Curien geschehen. Nur die Discussion inter pares kann solchen Interessen thatsächlich förderlich sein. Jene Körperschaften wären aber nicht als Mittel, sondern als Selbstzwecke zu betrachten; sie wären keine Avulsa der Reichs- und Landesversammlungen, der großen Parlamente, sondern bildeten in ihrer Totalität das Parlament selbst. Man hätte eben so viele Körperschaften, Kammern oder Curien zu schaffen, als es Hauptinteressen zu vertreten gilt. Z. B. außer der Handelskammer Körperschaften für Industrielle, Gewerbtreibende, Arbeiter, bäuerliche Elemente, Legisten usw. Die Zahl der Vertreter hätte dem Zahlenverhältnisse der Vertretenen zu entsprechen. Hätte das bäuerliche Element z. B. Anspruch, durch die Zahl x in der bäuerlichen Curie vertreten zu sein, so würden die zahlreicheren Arbeiter $x + y$ Vertreter beanspruchen dürfen. Natürlich müßte es auch da einen numerus clausus geben, weil im entgegengesetzten Falle jede ruhige, sachliche Berathung illusorisch gemacht würde. Da aber nicht nach Köpfen, sondern nach Curien abzustimmen wäre, so würde der Endeffekt keineswegs von der Zahl der in den einzelnen Curien abstimmenden Individuen abhängen.

Dadurch soll jede Vergewaltigung anderer oft entgegengesetzter Interessen vermieden werden. Weil aber doch eine größere, umfangreichere Sachkenntniß bei den Interessenten einer gewissen Kategorie vorausgesetzt werden kann, weil jede Curie die Hüterin bestimmter Interessen sein, ihr aber auch die Besorgung dieses Hüteramtes möglich gemacht werden soll, hätte jede Curie in der ihre Interessen betreffenden Angelegenheit eine Doppelstimme, so daß das entgegenstehende Votum zweier anderer Curien dadurch paralysirt erschiene. Gegenstände, welche das Interesse zweier Curien

in gleichem Maße in Anspruch nehmen, müssen der Berathung und Beschlußfassung dieser beiden Curien unterzogen werden.

In allgemeinen Fragen, die keinen besonderen Charakter an sich tragen, aber sich doch nicht mit einem Partikularinteresse beschäftigen, wie allgemeine Steuerfragen, Gegenstände der auswärtigen Politik, treten die Mitglieder der Curien zur gemeinsamen Berathung und Beschlußfassung zusammen, und entscheidet, der Gemeinsamkeit des Gegenstandes entsprechend, die absolute Stimmenmehrheit, wie dermalen im österreichischen Reichsrathe.

Die von den Mitgliedern jeder Curie zu wählenden Obmänner der einzelnen Körperschaften bilden zugleich die Zuweisungsbehörde. Sie bedürfen zur Amtsführung der kaiserlichen Bestätigung, während der Vorsitzende des Collegiums unmittelbar von dem Staatsoberhaupte ernannt wird. Das jeweilige Ministerium kann gegen die Zuweisung an eine gewisse Curie mit aufschiebender Wirkung Verwahrung einlegen. Letztgiltig entscheidet der Staatsgerichtshof. Der Ressortminister hat das Recht, in jeder Session der Curien zu erscheinen, und die Pflicht, Auskunft zu ertheilen. Er hat betreffende Vorlagen, nach vorausgegangener Mittheilung an die Zuweisungsbehörde, den Curien zu unterbreiten. Die Sessionen der Curien werden durch Zusammentritt der Mitglieder aller Curien zu einer allgemeinen Versammlung eingeleitet, an welche auch die kaiserliche Ansprache zu richten ist. Dasselbe ist der Fall mit der üblichen Beantwortung, nachdem dieselbe zwischen den Curien vereinbart worden ist. Einzelne Curien sind während der Zeit ihrer Geschäftsführung nicht auflösbar, wohl aber können alle Curien aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden.

Dieses nur mit wenigen Strichen und in rohen Umrissen gezeichnete System hätte den Vortheil, allen billigen Ansprüchen des vierten Standes Rechnung zu tragen, ohne doch die Gesellschaft zu gefährden. Die arbeitende Classe strebt das allgemeine Wahlrecht an, es kann ihr in

der Form des Curialsystems gewährt werden. Jeder einsichtsvolle Arbeiter muß erkennen, daß die Gesellschaft noch andere und mindestens gleichwerthige Interessen zu fördern habe. Weder die Bäuerlichkeit, noch die Kategorie der Handel- und Gewerbetreibenden, noch der Gelehrten- und Juristenstand können und dürfen die Zurücksetzung der Interessen von Millionen Menschen gegen ihre eigenen fordern. Die Hochgebildeten haben kein Recht, ihre Mitbürger als Menschen zweiter Classe und Ordnung zu betrachten. Adel und Geistlichkeit besitzen keine privilegirte Stellung mehr und dürfen eine solche auch dem vierten Stande gegenüber nicht in Anspruch nehmen. Die Zahl der Interessenten entscheidet nicht und verleiht kein Vorrecht, vielmehr ist es Pflicht des Staates, das Gleichgewicht in Ansehung der verschiedenen Interessen seiner Bürger zu wahren. Es müssen sich die Stände — das Wort im modernen Sinne gefaßt — eine Beschränkung ihrer Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten insoferne gefallen lassen, daß sie jeder übermäßigen und selbstsüchtigen Einflußnahme entsagen. So hat man bis auf die neueste Zeit das Hauptattribut des modernen Staates in der Rechtspflege zu erkennen geglaubt und nur vom Rechtsstaate gesprochen; dann kam eine Zeit, in welcher der Staatsökonomie der Vorrang zuerkannt wurde und die Staatswirthschaft der Gesammtregierung ihr Siegel aufdrücken sollte. Wie jede Einseitigkeit zum Verderben führt, so auch die Hypertrophie eines einzelnen Zweiges der Staatsverwaltung. Sehen wir Aehnliches doch an der ausschließlichen Pflege eines einzelnen Geistesvermögens bei dem menschlichen Individuum. Nicht anders verhält es sich unter dem Gesichtspunkte des Staates mit den Interessen seiner Bürger. Sie sollen gleichmäßig berücksichtigt und gefördert werden. Die Bevorzugung eines Interessenkreises vor dem andern müßte mit Naturnothwendigkeit zur Schwächung und schließlich zum Untergang des Gesammtorganismus führen. Wer eine Million Wähler in's Feld zu führen im

Stande ist, hat nichts vor dem Stande voraus, welcher nur hunderttausend Mandanten zählt, da ja das von einer Million Wähler getragene Interesse dem nur von hunderttausend Bürgern befürworteten an Wichtigkeit nachstehen kann.

Das System Schmerling ist ein principiell verschiedenes und auf eine aus der Plutokratie und Intelligenz gebildete Oligarchie berechnetes, ungerechtes System, das die Capitalschwachen und Ungelehrten ausschließt und dabei materielle Armuth mit geistigem Bankrott verwechselt. Aus diesem unseres Dafürhaltens unglücklichen System hat sich aber der gegenwärtige Zustand mit seinem Nationalitätenjammer, bureaukratischen Uebergriffen und religiösem Indifferentismus entwickelt. Die Gegensätze, die unter dem „Vater der Verfassung" noch erträglich schienen, haben sich unter dem Ministerium Auersperg-Lasser bis zur Unerträglichkeit zugespitzt, und Graf Taaffe glaubte nichts Besseres thun zu können, als „Ruhe über allen Wipfeln" zu gebieten. Noch schwebt uns seine Definition des Conservatismus vor Augen, sie culminirt in einem Satze, der sich poetisch ungefähr in dem Verse ausdrücken ließe: „Alles, was besteht auf Erde, ist werth, daß es erhalten werde". Kein Wunder, daß eine solche Verfassung kein Gleichgewicht der Interessen kennt, sondern bei vollem Bewußtsein und absichtlich Reichthum und Intelligenz höher stellt, als mühevollen Broderwerb und schlichten Bürgersinn.

Das von uns für unbedingt nöthig gehaltene Gleichgewicht würde aber nicht zu erhalten sein, wenn statt nach Curien nach Köpfen abgestimmt würde. Nur die Abstimmung nach Curien vermöchte die gleichmäßige Förderung aller Staats- und Volksinteressen für längere Zeit sicher zu stellen. Dieser Modus widerstreitet dem suffrage universel in keiner Weise, läßt die liberalste Handhabung zu und beseitigt jede Gefahr, die bei einer Ueberzahl von Vertretern ein und desselben Interesses in die Erscheinung treten könnte.

Daß sich der vulgäre Constitutionalismus über- und

ausgelebt hat, werden selbst freisinnige Männer nicht läugnen. An Stelle desselben wird ein Modus geboten, der ebenso auf die Zustimmung der Anhänger des historischen Rechtes als der Vernunftconstruktion rechnen kann. Die Interessenvertretung ist nichts als die Erweiterung und zeitgemäße Umgestaltung der ständischen Organisation und beruht darum auf einer historisch nachweislichen Continuität; sie entspricht aber auch vollkommen der Verstandestheorie, indem sie jedem Staatsbürger zugänglich gemacht wird. Ausgeschlossen oder bevorzugt ist kein Staatsbürger. Nur macht der weite Umfang auch eine weise Beschränkung in der Benützung nothwendig.

Wir zählen nicht darauf, daß unser Gedanke Beachtung finde, und daß man sich beeilen wird, denselben zu verwirklichen; aber wir wissen aus Erfahrung, daß mannigfache Anregungen vorausgehen müssen, ehe man sich zu einer nennenswerthen That entschließt, und eine solche Anregung ist mit Obigem gegeben. Dr. G. E. Haas.

LVI.

Zeitläufe.

Die russisch-französische Verbrüderung in Toulon; die Meerengen-Frage in Sicht.

Den 12. Oktober 1893.

Seit Wochen widerhallt die gesammte Presse von dem französischen Freudentaumel über den Besuch russischer Kriegsschiffe in Toulon. Ist ihr endliches Erscheinen an der französischen Küste nur eine Pflicht der Höflichkeit für die französische Huldigung vor Kronstadt, so kommt ihre Erfüllung jedenfalls sehr spät, und noch dazu auf der Rückfahrt der Schiffe von der amerikanischen Reise nur wie

gelegenheitlich. Eine würdige Freudenbezeugung wäre aber den Franzosen um so weniger zu verargen, als der betäubende Lärm der großen Manöver in ihren „verlorenen Provinzen“ allerdings etwas Herausforderndes an sich hatte, und in dem russischen Besuch doch ein vernehmliches Gelöbniß sich ausspricht, daß sie im Nothfall keineswegs ganz verlassen seyn würden. Das um jeden Preis zu verhüten, war ja gerade das Auf und Nieder der Bismarck'schen Spekulationen. Toulon verkündet deren endgültigen Bankerott.

Ueberdieß soll es bei dem bloßen vorübergehenden Besuch der russischen Flotte sein Bewenden nicht haben. Er soll nur die Einleitung seyn zur Gründung einer russischen Flottenstation an einem französischen Hafen im Mittelmeere. Und wenn es damit seine Richtigkeit hat, so will auch England sich im Mittelmeere sehen lassen und den Italienern die gleiche Freude machen, wie die Russen den Franzosen thun. Jedenfalls zeigt sich nun handgreiflich, wie das „neue europäische Gleichgewicht“ des Grafen Caprivi aussieht. Selbstverständlich schwirrt das kläglich mißbrauchte Wort „Friede“ schnarrender als je durch die Lüfte; aber irgend Etwas spitzt sich doch zu, wenn auch nur vorderhand. Um zu errathen, was es seyn mag, muß man auf einige Jahre zurückblicken, und mit einer solchen Bemühung hat sich die deutsche Presse bis jetzt nicht viel abgegeben.

Rußland hat stets erklärt, daß es um seiner Selbsterhaltung willen Frankreich unter seine schützenden Flügel nehme, und es bedarf nur eines Blickes auf die durch Preußen herbeigeführten europäischen Zustände, um das auf's Wort zu glauben. Aber ganz umsonst leistet man den Franzosen doch nicht den durch die ungeheueren Rüstungen sehr kostspieligen Dienst. Bloß um von den Franzosen, wie man meint, über die bereits bezogenen fünfthalb Milliarden hinaus immer noch neue Anleihen zu ergattern: das reicht auch nicht aus. Was kann also Rußland sonst noch wollen? Alles was es will, liegt im Orient. Fürst Bismarck hat

wiederholt gesagt: wenn Rußland in Constantinopel sitze, werde es den Schlüssel in die Tasche stecken und sich nach Asien wenden. Letzteres ist indeß um so mehr zu bezweifeln, als der Schlüssel mit seinem wahren Namen die „Meerengen“ heißt. Darüber konnten die Franzosen vor wie nach Kronstadt nicht im Zweifel seyn, und jetzt wird die Sache brennend werden.

Als vor zwei Jahren wieder ein neuer Zwischenfall in den Dardanellen eintrat wegen der Durchfahrt von Schiffen der freiwilligen russischen „Kreuzerflotte“, da erzählte ein französischer Abgeordneter in der Presse von einer Besprechung, die er im Jahre 1888 mit dem Stellvertreter des russischen Ministers des Aeußern gehabt habe, wobei jener geäußert habe: „Rußland sei weit entfernt, den Besitz Constantinopels anzustreben, und wünsche nichts Anderes zu erreichen als die effektive Schließung der Meerengen.“ Was ist damit gemeint? Nun, der Zugang zu den Meerengen solle allen Mächten verschlossen seyn, nur für Rußland aus und zum Schwarzen Meere nicht. Constantinopel wäre dann so wie so geliefert, wenn auch die Franzosen vorerst darüber beruhigt werden müßten. Das damals in Brüssel erscheinende Organ der russischen Diplomatie, der „Nord“, schloß seine Erklärungen mit den Worten: „Soll für die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich eine Grundlage errichtet werden, so sei hier die beste Gelegenheit hiezu vorhanden.“ [1])

Ein paar Wochen später, nachdem der Sultan in dem Meerengen-Conflikt wieder zu einem Schritt nach rückwärts gezwungen worden war, erklärten die Petersburger „Nowosti“ gegenüber den Franzosen: „Dieses Eine Abkommen hat für Rußland keinen Werth. Die russische Kriegsflotte bleibt noch im Schwarzen Meere eingesperrt, sie kann noch immer nicht das Mittelmeer erreichen, sich mit der französischen Flotte vereinigen, um dieses Meer in ein europäisches zu verwandeln.

1) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 29. Juli 1891.

Die Meerengen-Frage ist für Rußland viel wichtiger, als die bulgarische, sie ist für Rußland, was Elsaß-Lothringen für Frankreich ist. In diesem Punkte sind die Interessen Rußlands und Frankreichs identisch."[1]) Nach Jahr und Tag kam dasselbe Blatt darauf zurück, wie grundverschieden die Stellung Frankreichs von der der anderen Westmächte in der Meerengen-Frage seyn müsse. „Rußland bedürfe Constantinopels nicht, wohl aber der Meerengen. Solange diese nicht in Rußlands Händen seien, solange werde die orientalische Frage wie ein Damoklesschwert über Europa drohend schweben. Schon allein dieser Beweggrund rechtfertige das Bündniß zwischen Rußland und Frankreich, dessen Regierung die Bedeutung der Meerengen für Rußland sehr wohl begreife, ebenso wie die Bedeutung der Unterstützung von Seite Rußlands für den Fall, daß die russische Flotte die Möglichkeit hat, aus dem Schwarzen Meere herauszukommen."[2]) In der That könnte der russische Admiral vor Toulon den Franzosen zurufen: wenn die Engländer uns bei Gibraltar die Fahrt versperrten, hätten wir keine Möglichkeit, zu euch zu kommen, um euch den Rücken zu decken!

Auch an der Meerengen-Frage kann man studiren, was durch die Umwälzung der Sechsziger und Siebenziger Jahre aus den europäischen Rechtszuständen geworden ist. Schon zur Zeit des Krimkriegs war die Haltung Preußens so verdächtig, daß sogar seine Zulassung zum Pariser Congreß fraglich wurde; indeß unterzeichnete es mit die Bestimmungen der großen Akte des europäischen Areopags bezüglich der Meerengen und des Schwarzen Meeres. Sie gingen dahin, daß bezüglich der Meerengen gemäß des Londoner Vertrags vom 13. Juli 1841 die Durchfahrt durch die Dardanellen-Straße und den Bosporus für Kriegsschiffe in Friedenszeiten

---

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 11. September 1891.
2) Wiener „Neue Freie Presse" vom 15. November 1892.

auf immer verschlossen seyn solle, und verfügten über das Schwarze Meer als mare clausum die vollständige Neutralität, so daß Rußland wie die Pforte an den Ufern keine Kriegsarsenale anlegen und nur eine bestimmte Anzahl von Kriegsfahrzeugen unterhalten durften.

Fünfzehn Jahre lang haben diese als wichtigstes Ergebniß des letzten großen Orientkrieges anzusehenden völkerrechtlichen Festsetzungen vorgehalten. Da kam der Herbst von 1870 und der deutsche Kriegszug in Frankreich. Rußland sah die Stunde gekommen, der es, „sich sammelnd“, entgegengeharrt hatte. Bismarck hatte selbst den Wink dazu gegeben, dem Fürst Gortschakow nachkam, als er die berüchtigte Note ausgehen ließ, durch welche Rußland erklärte, daß es die Neutralität des Schwarzen Meeres nicht mehr anerkenne. Bereits schwamm auch eine ansehnliche Kriegsflotte auf dessen Wellen, die gegen das Verbot unter falschen Angaben, als seien es bloße Handelsschiffe und Küstenfahrzeuge, hergestellt war. Sechs Monate später gaben die zu jedem Widerstand unfähigen Mächte auf einer Conferenz zu London ihre Zustimmung zu dem Widerruf der Neutralisirung des Pontus. Der neue Vertrag gestand den Uferstaaten das Recht zur Unterhaltung von Flotten und Kriegsarsenalen wieder zu, hielt aber die übrigen Bestimmungen des Pariser Vertrags und somit den Grundsatz der Meerengen-Sperre aufrecht.

Bei dem Berliner Congreß von 1878 wurde die Pforte gezwungen, „dem russischen Reiche in Asien die Gebiete von Ardahan, Kars und Batum mit diesem letztern Hafen abzutreten,“ wobei jedoch Art. 59 des Vertrags verfügte: „Se Maj. der Kaiser von Rußland erklärt, daß es seine Absicht ist, Batum zu einem Freihafen, der hauptsächlich für den Handel bestimmt ist, zu machen.“ Schließlich hält der Vertrag vom 18. Juli 1878 alle andern Bestimmungen des Pariser Vertrags vom 30. März 1856 und des Londoner Protokolls vom 13. März 1871, also auch die wegen der Meerengen, aufrecht. Aber die Unterschriften unter dem

Vertrag waren kaum trocken, so brach Rußland sein Wort bezüglich Batums; aus dem zugesicherten Freihafen ist der mächtigste Kriegshafen im Schwarzen Meere geworden, ohne daß die übrigen Vertragsmächte zu mucksen wagten, und in dem Maße, als die Pontus-Flotte anwuchs, bereitete sich Rußland vor, auch den völkerrechtlichen Bestimmungen über die Meerengen den Fußtritt zu versetzen.

Vor bald sechs Jahren ist eine große Abhandlung erschienen, wonach der Pontus als russischer Binnensee, wie die Meerengen und der ganze Rest der Türkei neutralisirt werden sollten.[1]) Aber gerade das ist es, was Rußland um keinen Preis haben will. So lange die Türkei existirt, soll es wieder werden, wie nach dem geheimen Vertrag von Hunkiar-Iskelessi von 1833: der Sultan soll verpflichtet seyn, auf russisches Verlangen die Meerengen zu schließen und fremden Kriegsschiffen die Einfahrt nicht zu gestatten. Daraus machte auch die russische Presse schon vor dem Falle von Plewna kein Hehl: die Einfahrt in die Dardanellen soll nach wie vor verboten bleiben, die Fahrt durch den Bosporus, das Marmorameer und die Dardanellen dagegen Rußland in aller Form zugestanden werden.[2]) Es leuchtet ein, welch große Vortheile von einer solchen Ausfallstation Rußland bei jedem Kriege in Europa oder Asien hätte. Für seine Pläne muß es allerdings ein Weltinteresse seyn, es dahin zu bringen, und daher ist es auch, wie der Brüsseler „Nord“ sagte, der „Prüfstein der französischen Freundschaft.“

Alles Türkische war für Rußland von jeher die Artischocke, welche blattweise verspeist werden müsse. Im Jahre 1891 wurde an der Meerengen-Frage das Abzupfen wieder versucht, und zwar nicht weniger als dreimal: im Monat

1) „Die Erhaltung des Weltfriedens durch Neutralisirung des Restes der Türkei.“ S. Münchener „Allg. Zeitung“ v. 10. April ff. 1888.

2) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 28. Januar 1878.

April, Mai und August. Ströme von Tinte wurden von der Diplomatie und der Presse vergossen. Das Werkzeug der russischen Versuche waren die Schiffe der „Freiwilligen Kreuzerflotte“, welche eigentlich Kriegsfahrzeuge sind, aber im Frieden die Handelsflagge führen, weshalb Rußland für sie die freie Durchfahrt durch die Meerengen in Anspruch nahm. Nun waren sie aber in begründeten Verdacht gekommen, allerlei Kriegsmaterial unter Versteck und auch Soldaten in Uniform mit sich zu führen.[1]) Ehrenhalber mußte die Pforte die verdächtigen Schiffe zur Untersuchung anhalten; als sie aber auf Andringen des russischen Botschafters auf dieses ihr gutes Recht, wie auch ihre Pflicht, sofort wieder verzichtete, schrieb das conservative Hauptorgan in Berlin:

„Die Erledigung in der Weise, wie sie geschehen, bedeutet nichts anderes, als die Capitulation der hohen Pforte Rußland gegenüber; denn die türkische Regierung hat das Zugeständniß gemacht, daß Schiffe der ‚Freiwilligen russischen Kreuzerflotte‘, d. h. Fahrzeuge, welche schnell in Kriegsschiffe umgewandelt werden können, hinfüro die Meerengen ungehindert durchfahren dürfen, sobald sie die Handelsflagge führen. Freilich hat die Pforte sich das Recht der Untersuchung auf Bemannung und Befrachtung dieser Fahrzeuge gegen die Zusicherung der russischen Regierung eingetauscht, die türkische zu verständigen, wenn die Schiffe Soldaten oder Kriegsmaterial an Bord führen sollten. Diese Abmachung durchbricht ein völkerrechtlich garantirtes Princip, und überantwortet fast Constantinopel, sowie die militärische Sicherheit des Bosporus und der Dardanellen russischer Loyalität. Die für die Türkei, wie für Mittel- und West-Europa so ungünstige Entscheidung der Kostroma-Affaire erscheint uns einmal als ein weiterer Schritt zur baldigen Aufrollung der orientalischen Frage, deutet aber zum Anderen auch auf den geringen Grad von Rückhalt, welchen die Pforte bei dem Widerstande gegen russische Anmaßung an den übrigen Großmächten gefunden. So haben wir ein weiteres Zeichen der Signatur unserer Tage — der Zeit der großen Worte

1) Wiener „Vaterland“ vom 25. Dezember 1890. — Münchener „Allg. Zeitung“ vom 12. September 1891.

und der kleinen Thaten — zu registriren, in denen der Muth, Politik aus sittlicher Tiefe zu treiben, mehr und mehr abhanden kommt." [1])

Im dritten Falle machte die Pforte wenigstens den Versuch, die Frage an die Vertragsmächte zu bringen. Es wäre schon deshalb angezeigt gewesen, weil das Zwitterding der russischen Kreuzerflotte erst 1885 in's Leben trat, und also im Pariser Vertrag nichts davon steht. Aber der russische Botschafter duldete keine Verzögerung; die Pforte gab daher die verlangte Entschuldigung ab, entsetzte den Commandanten ihrer Seebehörde, zahlte die verlangte Entschädigung und verständigte sich mit Rußland dahin, daß die Schiffe der freiwilligen russischen Kreuzerflotte, wenn sie mit Soldaten oder Sträflingen an Bord in das mittelländische Meer fahren wollen, eines Irade des Sultans bedürfen, auf der Rückkehr jedoch auf bloße Meldung in Constantinopel frei passiren können. Somit war das Loch in den Vertrag gemacht unter dem Vorwand einer Handelsflagge. Die Pforte aber theilte das Abkommen den Vertragsmächten mit der Versicherung mit, daß es „keine Neuerung" sei. [2]) Der „Standard" in London bemerkte zwar sehr richtig, daß hienach „die Dardanellen allen russischen Schiffen, welche das Verlangen stellen, als Handelsschiffe betrachtet zu werden, offen stehen würden." [3]) Allein in Wien und Rom nahm man die Versicherung der Pforte: „keine Neuerung" gläubig hin, in Berlin kümmerte man sich überhaupt nicht um den Casus, und in London wiederholte man einfach die Erklärung, wenn es sich wirklich um russische Kriegsschiffe handelte, so würde die Sperrung der Meerengen für die Flotten der anderen Staaten gleichfalls hinfällig und auch diesen das Recht, die Meerengen zu passiren, eingeräumt werden müssen. [4]) Damit war es wieder still geworden.

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 15. Mai 1891.
2) Wiener „Neue Freie Presse" vom 27. September 1891.
3) Wiener „Neue Freie Presse" vom 6. September 1891.
4) Münchener „Allg. Zeitung" vom 16. Oktober 1891.

Man darf sich darauf gefaßt machen, daß namentlich die Gründung eines dauernden russischen Flottengeschwaders im Mittelmeere die „Maulwurfspolitik“ des Czarthums im Orient wieder zum Gegenstande täglicher Untersuchungen machen wird. Mit der Meerengen-Frage ist jetzt schon die ägyptische in natürlichen Zusammenhang gebracht; denn zu jener hat Frankreich im Interesse Rußlands, zu dieser Rußland im Interesse Frankreichs, dem wohl- oder übel-verstandenen, Stellung genommen. Insoferne ist es allerdings ein mehr als bloß künstliches Band, das die zwei Mächte nicht bloß gegen den Dreibund, sondern auch gegen England verbindet. Schon zur Zeit der Dreikaiser-Begegnung in Skierniewice war davon die Rede: „wenn England den Versuch machen sollte, Aegypten in eine englische Dependenz zu verwandeln, müsse Rußland die freie Verbindung zwischen dem Mittel- und Schwarzen Meere verlangen“.[1]) Man muß auf jene Zeit zurückblicken, um die furchtbare Wirkung zu ermessen, welche die Verbindung Frankreichs mit Rußland auf die ganze Weltlage ausgeübt hat und fortschreitend ausüben wird. Noch vor zwei Jahren wollte man selbst in England nicht recht glauben, daß Frankreich mit den Russen zur Aufrollung der ganzen Mittelmeer-Frage durch Dick und Dünn gehen würde. Aber die damaligen Vorgänge in den Meerengen veranlaßten doch Erwägungen, wie England für den Fall zu dem neuen Umwälzungsversuch Stellung nehmen würde:

„Wird das Gleichgewicht im Mittelmeer völlig verändert so gibt es noch andere Mächte außer Großbritannien, welche dadurch stark berührt werden. Will Rußland eine große Mittelmeermacht werden, so wird Großbritannien weniger ernst dadurch afficirt, als diejenigen Länder, welche am Mittelmeer liegen. Ueber kurz oder lang wird es sich zeigen, daß der Westen gemeinsame Interessen gegen den Osten besitzt, und

1) Aus der „Now Wremja“ s. Berliner „Germania“ vom 20. September 1884.

diejenigen westlichen Mächte, welche dies verkennen, werden wahrscheinlich wegen ihres Irrthums zu leiden haben. Für England ist es wichtig, bei Zeiten den strategischen Folgen des Erscheinens Rußlands im Mittelmeer entgegenzutreten. Die Sache würde sehr die Behauptung stärken, daß unsere richtige Route nach Indien um das Cap ist, und die Capstadt, nicht Malta, das richtige Dépôt für indische Verstärkungen bildet. Im Falle eines europäischen Krieges müßten wir uns auf die Route um das Cap verlassen, und es ist eine höchst zweifelhafte Politik, unsre gewöhnlichen Anordnungen auf einer Grundlage zu treffen, welche wir in einer Krisis aufzugeben hätten. In einem großen Kampfe würde es unsere Politik sein, den Kanal zu schließen und unsere Route nach Indien über die hohe See zu nehmen." [1])

Also: es gebe noch andere Mächte, welche von dem Vordringen Rußlands in das Mittelmeer nicht weniger berührt wären, als England: das war die Meinung. In der That ist auf die ersten Nachrichten hin von der beabsichtigten Errichtung der russischen Flottenstation sofort das Gerücht entstanden, daß nunmehr die „Annäherung" Englands an den Dreibund zum förmlichen Anschluß, zum Vierer-Bund, führen werde. Ja, wenn es auf Oesterreich ankäme! Aber Preußen ist immer auf russischer Seite gestanden. So bei der Pontus-Conferenz in London, wo Oesterreich aus der Entneutralisirung des Schwarzen Meeres den richtigen Schluß gezogen haben wollte, daß nunmehr auch den Kriegsfahrzeugen aller Völker die Durchfahrt in den Meerengen freigegeben werden müsse. [2]) So auch wieder bei der Berliner Conferenz, wo Rußland das gerade Gegentheil vertrat: „es könne nicht davon die Rede seyn, ausländische Kriegsschiffe in das Schwarze Meer hineinzulassen; denn dieses Meer gehöre nur Rußland und der Türkei, die Kriegsschiffe anderer

1) Aus den Londoner „Times" s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 17. September 1891.

2) Wiener Correspondenz der Augsburger „Allg. Zeitung" vom 18. Januar 1871.

Mächte haben dort nichts zu thun."[2]) Für Preußen hat immer die Staatsmaxime gegolten: was gehen uns Andere an, wenn wir sie nicht selbst zu unserer Hülfe und zum eigenen Vortheil brauchen? An diesem Maß würden auch die Meerengen gemessen werden.

Als vor zwei Jahren von Rußland der neueste Vorstoß gegen das europäische Völkerrecht bezüglich der Meerengen unternommen wurde, und sich bereits Befürchtungen wegen Constantinopel daran knüpften, da schrieb das Hauptorgan des Bismarck'schen Anhangs: „Vom deutschen Standpunkt wäre dazu vielleicht zu bemerken, daß, nachdem Deutschland nach dem Berliner Congreß das zweifelhafte Vergnügen gehabt hat, die russische Verstimmung gegen England auf sich abgeleitet zu sehen, wohl schwerlich Veranlassung vorliegt, Deutschland abermals mit einer weitern Auflage russischer Verstimmung zu Gunsten Englands zu belasten."[2]) So widerhallt es auch jetzt wieder aus diesem Lager.

Damals hatte übrigens der Exkanzler selber seine Meinung über die Meerengen-Frage dargelegt. Ueber ihre schwere Bedeutung ist er nicht im Zweifel, aber immer nur für England. Denn es sei „fast unmöglich, nicht eventuell an einen Zusammenhang der Dardanellen-Durchfahrt mit der ägyptischen Angelegenheit zu glauben, und die Aufrechthaltung seiner Position in dem Winkel, in dem drei Erdtheile zusammenstoßen, sei für England von vitalster Wichtigkeit". Bezüglich der Meerengen aber schlägt er sich wieder auf Seite Rußlands. Wie er nichts dagegen zu erinnern hatte, daß Rußland vertragswidrig aus dem Freihafen zu Batum ein großes Flottenarsenal machte, und wie er in denselben Berliner Vertrag gegen den klaren Wortlaut ein russisches Vorrecht in Bulgarien hinein interpretirte: so drechselte er jetzt wieder aus allen drei europäischen Verträgen ein russisches Vorrecht

---

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 19. Januar 1878.

2) Zur Wiener Correspondenz s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 8. Oktober 1891.

bezüglich der Meerengen heraus. Er läßt sein Leiborgan sagen:

„Wir unsererseits glauben uns besonders berechtigt, die Forderungen des europäischen Rechts zu vertreten, da wir in der gesammten Presse fast das einzige Organ gewesen sind, das gegenüber dem ungesetzlichen Zustande in Bulgarien die europäischen Vertragsrechte in Schutz genommen hat. Für uns steht fest, daß der Berliner Vertrag zu Ungunsten Rußlands durch Bulgarien verletzt worden ist unter stillschweigender Duldung und Zustimmung verschiedener Mächte, und daß man deshalb kein Recht besäße, über Rußland zu klagen, wenn dieses seinerseits sich über die Beschlüsse des Pariser Friedens hinweggesetzt haben sollte. Indeß steht dies einmal noch nicht fest und außerdem wird übersehen, daß in der dem Pariser Frieden angehängten Meerengen-Convention der Sultan nur erklärt, daß er ‚festen Willens‘ sei, das alte Verbot der Dardanellen-Durchfahrt aufrechtzuerhalten; nur die übrigen Mächte verpflichten sich, diese Willensbestimmung des Sultans zu achten und das Princip derselben zur Richtschnur zu nehmen. Aus der Fassung geht hervor, daß der Wille des Sultans die Bedingung des Bestandes der Vorschrift ist und daß mit der thatsächlichen Aenderung dieses Willens ein neuer Zustand eintritt, bezüglich dessen wir es dahingestellt sein lassen müssen, ob ein speciell Rußland gemachtes Zugeständniß alle übrigen Signatarmächte berechtigen würde, ohne den Willen der Pforte ihre Kriegsschiffe ebenfalls die Dardanellen passiren zu lassen.“ [1])

Bezüglich der zweiten Frage, zu der sich die erste als Vorbedingung verhält, ist es allerdings richtig, daß Rußland schon im vorigen Jahrhundert und später in den Sechsziger Jahren vorübergehend Flottenstationen im Mittelmeer hatte, einmal auf Minorca und dann bei Nizza. Aber die jetzt auf die Dauer in Aussicht genommene Flottenstation an der französischen Küste sieht sich wie ein Wegweiser aus dem Schwarzen Meere an, und ist seitdem nie mehr angeregt

1) Aus den „Hamburger Nachrichten“ s. Münchener „Allg. Zeitung“ vom 5. September 1891.

worden. Es ist auch bezeichnend, daß eben jetzt die Nachricht auftritt, daß die Handelsvertragsverhandlungen Rußlands mit der Türkei wieder aufgenommen werden sollen, welche vor Jahr und Tag unterbrochen worden seien. Und warum? Weil sich heftige Reibungen über einen § 17 ergaben, wonach Rußland gewisse Vortheile bei der Passirung der Meerengen gegenüber den anderen Mächten verlangt.

Ein europäisches Recht gibt es eben für das Czarthum nicht mehr, und auf diesen Weg ist es durch den preußischen Exkanzler verwiesen worden. Er hat das Beust'sche Wort wahr gemacht: „es gebe kein Europa mehr". Jetzt ist dieses Europa endgültig todt, und was von Toulon her über den Welttheil donnert, ist die Ehrensalve über das Grab aller europäischen Gemeinsamkeit. Frankreich Arm in Arm mit Rußland: ein schwereres Unglück hätte Occident und Orient nicht treffen können!

LVII.

Neuere Dichtung.

Der Königin Lied. Von Emilie Ringseis.[1])

Dem ersten Buche der großartigen Dichtung, das im Jahre 1890 erschienen, folgten gegen Ende des vergangenen Jahres die weiteren zwei Bände, und es liegt somit der Königin Lied vollendet vor. Den Stoff der dreitheiligen Schöpfung bildet der Lebensgang der Gottesmutter, dem naturgemäß die gestaltende Hand der Meisterin das Leben und

1) Erstes Buch: Magnificat. XVII u. 239 S. 8°. (M 3. 50) Zweites Buch: Hosanna. VIII u. 268 S. (M. 3.50.) Drittes Buch: Kreuz und Halleluja. X und 214 S. (M 3). Freiburg, Herder 1892.

Wirken des göttlichen Sohnes nicht fernehalten konnte. Während im ersten Buche der Dichtung, „Magnificat“, das Bild der Jungfrau nach der Lage der Sache noch mehr in den Vordergrund tritt, ist es in den beiden nachgefolgten Büchern die strahlende Erscheinung des Herrn, die im Mittelpunkte der Bilderreihen steht; aber nie hat es die Dichterin versäumt, Maria in die engste Beziehung mit dem Wirken, Leiden und der Glorie des Erlösers zu bringen, so daß wir nicht im strengen Sinne eine Messiade vor uns haben, sondern das Lied von der Messiasmutter. Mit vollem Rechte eröffnet daher die Dichterin das zweite Buch mit den Worten:

> Mag nach der Mutter auch mein Lied sich nennen,
> In ihr den Sohn, im Sohn ich sie besinge, —
> Zwei Flammen, so auf einer Schale brennen;
> Getrost, mein Lied, entfalte drum die Schwinge.

Inhaltlich nun umfaßt das zweite Buch, „Hosanna“, Maria's Leben in enger Beziehung zur öffentlichen Wirksamkeit Christi von seinem ersten Auftreten bis zum Gange nach dem Oelberge. Alle wichtigen Momente im Wandel des Heilandes, seine hervorragendsten Wunder, die bedeutsamsten Gegenstände seiner Lehrvorträge finden sich großentheils in epischer Form behandelt, mit welcher nach der bereits im ersten Bande beliebten Weise der Dichterin lyrische Gesänge in angenehmer Mischung wechseln, in denen aus heiliger Betrachtung der Geheimnisse emportauchend eine gläubig begeisterte Seele ihre Gedanken laut werden läßt. Es sprechen hier wohl nicht alle Einzelheiten in gleicher Weise an, aber es umschließt das zweite Buch einen reichen Schatz von Perlen echtester Poesie.

Von größerer Lebendigkeit durchdrungen erscheint uns das dritte Buch, „Kreuz und Halleluja“, das inhaltlich die Lebenspfade der Mutter des Gekreuzigten vom Beginne des Leidens Christi bis zu ihrer Verherrlichung besingt. Es dürfte schwer fallen, hier das Vorzügliche besonders hervorzuheben; von ausnehmender Schönheit ist aber gleich am Anfange die Schilderung des Mitleidens Maria's mit dem Oelbergleiden des Sohnes, von ergreifender Gewalt die Behandlung der Begegnung des reuigen Petrus mit der Heilandsmutter, von

unbeschreiblicher Zartheit Jesu und Maria's Wiedersehen nach der Auferstehung.

Es läßt sich wohl von dem gesammten Werke sagen, was alle Kritik schon beim Erscheinen des ersten Bandes einmüthig aussprach, daß auf dem Gebiete christlicher Poesie nicht leicht Aehnliches erschienen ist, was sich an Schönheit, Geistestiefe und Wärme mit der Königin Lied messen könnte. Es mag die Art und Weise der Disposition, die vielfach gehäufte Einleitung in die jeweiligen Stofftheile als etwas schwerfällig bezeichnet werden, es mag auch manchmal die Sprache der Dichterin hart und herbe tönen, wer Emilie Ringseis als Dichterin kennt, wird sich daran gerade nicht stoßen, denn in der Fülle seiner Gedankenkraft verschmäht ihr Genius oft genug absichtlich alles Einschmeichelnde. Wer je von diesem Weine gekostet, den uns die Dichterin in ihrer neuesten und größten Schöpfung geboten, der wird bald in der inneren Wärme den Werth desselben empfinden und immer wieder darnach verlangen. — Wohl mit Recht bemerken die Laacher Stimmen, daß die Lesung der Dichtung immer nur ein Hochgenuß für auserwählte Geister bleiben wird; aber eben solchen Seelen, die in den ewig anbetungswürdigen Geheimnissen der Erlösung ihre Lebenskraft finden wollen und sollen, muß das Lied der Königin dringendst empfohlen werden. Wir möchten unumwunden aussprechen, daß insbesondere der Priester in dem wunderbaren Werke eine Fülle von Gedanken findet, die ihm zur eigenen Betrachtung und Verwerthung im Amte der Predigt schätzbares Material bieten. Es ist das Lied der Königin einem herrlichen Frauendome zu vergleichen, bei dessen öfterem Besuche man immer neue Schönheiten entdeckt, von immer neuen Wahrheiten überrascht, von alter und ewig neuer Herrlichkeit entzückt wird, den man nie ohne innere Weihe wird verlassen können. Möge der Königin Lied Vielen erklingen, wenn die christliche Welt des Königs Geburt wieder begrüßt!

LVIII.

Zur Geschichte des Verkehrswesens.[1])

Professor Dr. F. C. Huber hat für die Geschichte des Verkehrs, speciell der Post, kritische Bausteine geliefert. Mit liebgewordenen Meinungen, welche in den Quellen keine Begründung finden, wird aufgeräumt. Uebertriebene Ansichten, welche einzelne Mittheilungen verallgemeinerten oder zu ungebührlich aufbauschten, werden auf das wahre Maß zurückgeführt. Familientraditionen, durch welche vermögensrechtliche Vortheile begründet zu werden pflegten, namentlich zu Gunsten des Hauses Thurn und Taxis, werden auf ihre geschichtliche Wahrheit untersucht, wobei mitunter statt des Kerns nur Spreu übrig bleibt, welche der frische Luftzug der unabhängigen Forschung zerstreut. Es ist eine dankenswerthe kritische Untersuchung, welche der Verfasser bietet.

Professor Huber geht auf die Uranfänge des Verkehrs zurück und zeigt uns seine ursprünglichen einfachen Förderungsmittel, sodann die allmählig umfassender gestaltete Organisation behufs Beschleunigung der Transportleistung und Herstellung der Regelmäßigkeit des Betriebes. Daran reihte sich später die Gewinnung der Continuität des Verkehrs in der Verbindung der Länder durch einen festen Kurs. Erst die neueste Zeit fügte hinzu die internationale Gestaltung und staatliche Centralisirung, wobei die Umwälzung des Verkehrs durch Erfindung des Dampfes (Dampfschiffe und Eisenbahn) nothwendige Voraussetzung war. In einer Reihe von 16 Anlagen (S. 130—232) gibt der Verfasser das Beweismaterial für seine Ausführungen.

Huber hatte der Liebhaberei entgegenzutreten, einerseits jeden Forschritt an irgend einen Namen anzuknüpfen, während die Entwicklung meistens langsam und stetig vor sich geht, sodann das Bestreben abzuweisen, jede Einrichtung schon in den ersten Anfängen des grauen Alterthums finden zu wollen. Hatten doch Matthias und Haas die Post schon bei dem „total verschollenen (!) Urvolke der Indier" finden wollen. Und ein Postdirektor Nils Jacobson will gar eine Post der Urzeit, vor der Sündfluth[2]) kennen, eine literarische Spielerei, welche vor dem Ernste der kritischen Forschung nicht bestehen

---

1) Die geschichtliche Entwicklung des modernen Verkehrs von Prof. Dr. F. C. Huber. Tübingen, Laupp'scher Verlag 1893. (4. 40.)

2) Die Post der Urzeit oder die Nachrichtenvermittlung vor der Sündfluth. Leipzig, 1892.

kann. „Vielen“, bemerkt Huber, „genügt die geschichtliche Feststellung einer schriftlichen Meldung, eines Reitboten oder Karrens oder das Vorhandensein eines solchen auf einer Skulptur oder Inschrift, um darin flugs den Beweis für das Bestehen einer Postorganisation zu erblicken. . . Ueberhaupt gelangte das Alterthum nicht weiter (und zwar bloß im Perser- und Römerreiche), als zu dem Systeme der stationsweisen Unterlegung frischer Pferde und der Aufstellung besonderer Reitboten, wodurch für die jeweils anfallenden wichtigen Staatsdepeschen eine Beschleunigung des Fernverkehrs erzielt wurde. Es war dies ein sehr großer Fortschritt, wie man am besten an der Bewunderung ermessen kann, welche der persische Ordonnanzdienst bei Xenophon, Herodot und Aristoteles gefunden hat. Die Rapporte von Sardes bis Susa brauchten nur 5 bis 7 Tage, während ein Fußgänger das 15fache hiezu benöthigte. Nur bedeutet dieser Relaisdienst erst den schüchternen Anfang zu einer Postorganisation im modernen Sinne, aber noch lange nicht die Post selbst.“

Huber findet auch unter Kaiser Karl dem Großen und unter den Hohenstaufen noch keine Post, ja nicht einmal einen Fortschritt gegenüber dem Perser- und Römerreiche. Dagegen will er im Chalifenreiche eine Post entdeckt haben, welche die Ueberleitung vom Cursus publicus der Römer zur Reichslehenspost des 16. Jahrhunderts, vom Institute des Alterthums zu dem der Neuzeit abgegeben habe. Aber hier verfällt Huber genau in denselben Fehler, welchen er an Andern mit Recht so scharf rügte, nämlich aus einigen allgemeinen, nichtssagenden Nachrichten, welche über das arabische Reich sich finden, ein ganzes System willkürlich construirt zu haben. Im Chalifenreiche bestand so wenig, wie anderwärts, eine Post im modernen Sinne, sondern nur Relaisdienst für Staats- und Kriegszwecke.

Außerdem bestanden sicherlich unter den Hohenstaufen bereits entwickeltere Verhältnisse, als Huber zugeben will. Bisher ist freilich noch wenig brauchbares Material gesammelt, aber die Zeit wird es noch an das Tageslicht bringen. Ich mache zum Beispiel darauf aufmerksam, daß in den Briefen des Albert Beham constatirt ist, warum dieser im Gebiete des Fürstbischofs Egino von Trient im Jahre 1241 nicht der Boten des Fürstenthums, sondern einer alten Frau, welche einen Knaben mit sich führte, sich bediente, um seine Correspondenz mit dem päpstlichen Stuhle befördern zu lassen. Der Fürstbischof stand nämlich auf Seite des Kaisers. Es bestand also damals schon ein geordneter, freilich in Staatsangelegenheiten noch nicht gesicherter Botendienst zwischen Deutschland und Italien. Vom 13. Jahrhundert an aber unterhielten nicht bloß die Regier-

ungen den Botendienst, auch die größeren Communitäten, wie die Städte, Klosterstifte, Ordensanstalten (der Relaisdienst des deutschen Ritterordens war musterhaft), Universitäten unterhielten eigene Boten mit regelmäßigem Dienst. Was das Haus Taxis später geschaffen hat, war nichts Neues, am allerwenigsten eine Erfindung, sondern nur eine Fortbildung des Botendienstes der Städte und Stifte. Das ausgedehnte Reich der Habsburger seit Kaiser Karl V. bot für die Unternehmung der Taxis den geeigneten Boden. Demgemäß bemerkt Huber (S. 64), daß die ursprüngliche Taxis'sche Post nichts weiter bedeutete, als die Sicherung des Pferdewechsels für die Feldjäger, welche auf der Brüssel-Innsbrucker und spanischen Route die Depeschen von Hof zu Hof zu vermitteln hatten. Taxis läßt gegen ein bestimmtes Aversum Pferde und Reitboten laufen und sichert den nöthigen Pferdewechsel durch Verträge mit den Wirthen der schon lange herkömmlichen Rastorte (positiones oder positae stationes, daher der Name Post, welche von Relaisstationen mit neueingelegten Pferden die Bezeichnung ableitet).

Das Huber'sche Werk ist nicht bloß für die Geschichte der Post, sondern des gesammten Verkehrswesens grundlegend und bietet für Jeden, welcher um solche Fragen sich interessirt, eine Fülle des belehrenden Materials. Wir können deßhalb das Buch aufs beste empfehlen, wenn auch nach Lage des noch wenig ausgebeuteten Quellenmaterials die Resultate noch nicht allgemein als abschließend betrachtet werden können.

Von hoher Bedeutung sind die volkswirthschaftlichen Bemerkungen des Verfassers über das moderne Postwesen in Verbindung mit der Eisenbahn. Wir schließen unsere Anzeige mit folgenden bezüglichen Sätzen Hubers (S. 232): „Die übliche Gleichstellung des Eisenbahnwesens und des Postbetriebes hat weder geschichtlich, noch begrifflich oder sachlich ihre Berechtigung. Allerdings ist es dieselbe Maschine, dieselbe Locomotive, welche heute Briefe, Packete, Passagiere und Frachtgüter befördert; Post- und Eisenbahn haben sich in die Beförderungsleistung getheilt, diese Leistung selbst aber unterscheidet sich folgendermaßen: die Post hat ausschließlich den Beförderungsdienst und zwar von Personen, Briefen und Packeten, die Eisenbahn aber hat außerdem daneben noch die Erstellung der Fahrbahn, des Motors und zugleich das Frachtfuhrwerk zu leisten, also nicht nur Aufgaben für den kaufmännischen Spediteur, sondern auch für den Maschinen- und Bau-Ingenieur. Die Productivität der Post beruht hauptsächlich in dem Betrieb, in der Spedition und Organisation, die Eisenbahn ist zugleich Fahrt- und Frachtunternehmer und Straßenbauer, und steht daneben im Dienste der Postverwaltung". R.

LIX

Glaubenstreue der Lüneburger Klosterfrauen im 16. Jahrhundert.

Mit besonderer Bezugnahme auf Charitas Pirkheimer und deren Ordensschwestern, die Clarissen, konnte im Jahre 1524 der bayerische Franziskaner Kaspar Schatzger den damaligen deutschen Klosterfrauen das schöne Zeugniß ausstellen: „Was ihnen die Natur versagt, das ist ein männlich Herz, hat ihnen reichlich die göttliche Gnade erstattet; denn sie sind in ihrem Stand und Beruf standhaftiger, als viele Klostermannen".[1]) In der That kämpften im 16. Jahrhundert manche deutsche Frauenklöster geradezu mannhaft für ihren Glauben und ihr Ordenskleid.

Auch im Herzogthume Braunschweig-Lüneburg „haben die sämmtlichen Frauenklöster", wie ein protestantischer Geschichtschreiber bemerkt, „mit einer bewunderungswürdigen Festigkeit an dem alten Glauben festgehalten".[2]) Näheres über diese Glaubenstreue der Lüneburger Klosterfrauen finden wir in einem neueren Werke über die Einführung der sogenannten Reformation im Herzogthume Lüneburg.[3])

1) Von dem waren Christlichen leben, durch Gasparum schatzger. München 1524. D3 b.

2) Otto von Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover. Gotha. Bd. II. 1886 S. 447.

3) A. Wrede: Die Einführung der Reformation im Lüneburgischen durch Herzog Ernst den Bekenner. Eine von der philosophischen Fakultät der Universität Göttingen gekrönte Preisschrift. Göttingen 1887. 227 S. 4°.

Der Verfasser, Dr. Adolf Wrede, hat zwar sein Buch ganz vom protestantischen Standpunkte aus geschrieben; doch hat er, namentlich aus ungedruckten Quellen, eine recht gründliche Arbeit geliefert, wofür wir ihm zu Danke verpflichtet sind. Die meisten im folgenden Aufsatze verwertheten Angaben haben wir seiner Schrift entnommen.

Als im Jahre 1520 Herzog Ernst die Regierung übernahm, war das Herzogthum Lüneburg „mit großen unglaublichen Schulden beschwert". Diese Schuldverhältnisse „haben auf die spätere Entwickelung des Fürstenthums einen großen Einfluß ausgeübt" (S. 24); insbesondere hatten sie einen sehr großen Einfluß auf die Einführung der neuen Lehre. Gar bald zeigte es sich, wie ein unverdächtiger Gewährsmann bezüglich des Klosters St. Michael in Lüneburg hervorhebt, „daß es dem Herzoge mindestens ebensosehr um die Besitznahme und Verwaltung des ungemein bedeutenden Klostervermögens zu thun war, wie um die kirchliche Reform des Klosters".[1]) Wohl schreibt Wrede (26): „Wollte man sagen, die Geldnoth habe den Fürsten von Lüneburg der reformatorischen Bewegung in die Arme getrieben, so würde man ihm völlig Unrecht thun." Indeß ist doch sehr auffallend, daß der verschuldete Fürst seine „Reformation" damit begann, daß er an die Klöster allerlei Geldforderungen stellte, um bald nachher die Verwaltung der gesammten Klostergüter gewaltsam an sich zu reißen.[2])

1) Heinemann a. a. O. II, 452.

2) Nach Wrede (Ernst, der Bekenner. Halle 1888. S. 120) war Herzog Ernst „ein selten reiner und lauterer Charakter. Kein Flecken trübt sein Bild." Aber trotz aller Begeisterung für seinen Helden muß auch Wrede (ebendas. 3) anerkennen: „Der Herzog ist bei der Einführung der Reformation nicht ausschließlich von religiösen Motiven geleitet worden, sondern es spielen politische und finanzielle Interessen bei seinem Vorgehen eine nicht unwesentliche Rolle".

Beim Beginn der religiösen Wirren besaß das Herzogthum Lüneburg sechs Frauenklöster: drei, die dem Orden des heiligen Benediktus angehörten, Ebstorf, Lüne und Walsrode; drei andere von Cistercienserinen bewohnt, Isenhagen, Medingen und Wienhausen. Alle diese Klöster waren gegen Ende des 15. Jahrhunderts reformirt worden. Vom Kloster Medingen z. B. berichtet Lyßmann, der spätere protestantische Prediger dieses Klosters, es sei durch die eingeführte Reform „in eine zu den Zeiten recht heilige und regelmäßige Verfassung gesetzt worden".[1]) Dank dieser „heiligen Verfassung" waren die Schwestern im Stande, dem nun hereinbrechenden Sturme Trotz zu bieten.

Wie bereits bemerkt, stellte der Herzog zuerst an die Klöster verschiedene Geldforderungen. So mußte im Jahre 1524 jedes Kloster 4000 Goldgulden zahlen (42). Im folgenden Jahre, mitten im Bauernkriege, wurde von allen Klöstern, indem man auf die von den Bauern drohende Gefahr hinwies, ein Verzeichniß ihrer Güter und Einkünfte und die Hinterlegung ihrer Kleinodien an einen sichern Ort gefordert. Der Urheber dieser Maßregel war der Kanzler Johann Förster, ein lutherischer Jurist, der „als solcher darnach getrachtet hat, eine Säcularisation aller geistlichen

1) J. L. Lyßmann: Historische Nachricht von dem Kloster Meding. Halle 1772. S. 122. Wrede (28) gibt zu, daß die Klosterfrauen „wenigstens äußerlich ehrbar waren"; doch meint er: „Besonders tief war das religiöse Leben freilich nicht, es herrschte hier, wie fast überall zur Zeit vor der Reformation ein großer Formalismus, der jeder Innerlichkeit entbehrte; man klammerte sich an die Form, weil man den Kern verloren hatte". Dem gegenüber bemerkt der Wolfenbütteler Gelehrte Dr. Karl Grube: „Wrede möge sich doch nur einmal in die reiche Sammlung von Gebeten und Gebetbüchern unserer niedersächsischen Klöster, welche uns z. B. die Handschriften der Wolfenbütteler Bibliothek bieten, vertiefen; sein Urtheil würde dann vielleicht ein anderes werden". Literarischer Handweiser 1889. Nr. 488.

Güter im Herzogthume herbeizuführen" (46). Förster war es auch, der im Vereine mit andern Juristen dem jungen Herzog die Ueberzeugung beibrachte, „daß die Klöster erblich dem Fürsten gehörten" (55). Dieser Auffassung gemäß wurde 1526, nachdem Ernst dem protestantischen Bunde beigetreten, „aufs neue von den Klöstern Geld gefordert" (61). Von Lüne wird berichtet, daß der Herzog gedroht habe, falls man nicht zahle, werde er alle Güter des Klosters an sich nehmen und den Nonnen das zum Leben Nöthige geben (63). Obschon die Nonnen zahlten, wurde dennoch letztere Drohung bald nachher in den verschiedenen Klöstern in Ausübung gebracht.

Bezüglich der Religion hatte man inzwischen die Klosterfrauen in Ruhe gelassen. Mußten doch zuerst die Pfarreien reformirt werden. Und daß es hiebei nicht allzu leicht herging, beweisen die Vorgänge, die sich in der Residenzstadt Celle abspielten. Als 1528, auf Befehl des Herzogs, die Franziskaner, die treu zur Kirche standen, von hier vertrieben wurden,[1]) „war der Anhang der Barfüßer noch groß; nicht viel fehlte, so hätte man zu ihren Gunsten in Celle einen Aufstand ins Werk gesetzt, und die Aufregung legte sich erst allmählig" (92). Wenn aber in der eigenen Residenzstadt, wo seit einigen Jahren mehrere lutherische Prädikanten thätig gewesen, das Volk für die verfolgten Ordensmänner Partei ergriff, so ist man wohl berechtigt, anzunehmen, daß auf den Dörfern, wo man bekanntlich zäher als in den Städten am Alten festhält, die Abneigung gegen die neue Lehre nicht geringer gewesen sein wird.[2])

---

1) Auch in Winsen (90) und in Lüneburg (123) wichen die Franziskaner nur der rohen Gewalt.

2) Wrede (Ernst der Bekenner, 3) gibt denn auch den „eigentlichen Charakter" der Reformation in Lüneburg zu: „Es ist eine Reformation ‚von oben', nicht hervorgegangen aus einer tiefgehenden Bewegung des Volkes, sondern unternommen und durchgeführt von dem Landesherrn unter geringer aktiver

Dem Herzog gelang es indeß, in den ihm unterstellten Pfarreien bis zur Mitte des Jahres 1529 den Katholicismus „wenigstens äußerlich" zu beseitigen (86).

Nun galt es auch, die Klöster zu „reformiren".

Daß zur Erreichung dieses Zweckes kein Mittel unversucht bleiben würde, konnte man schon aus der Art und Weise ersehen, wie die eigene Schwester des Herzogs, Apollonia, dem Ordensleben gewaltsam entrissen worden war. Die junge Fürstin, geboren 1499, war von ihrem fünften Lebensjahre an im Kloster Wienhausen erzogen worden und hatte schon in ihrer Kindheit „aus Demuth vor andern keinen Vorzug an Essen und Kleidung begehrt". Später legte sie die feierlichen Gelübde ab und war aus dem Innersten ihres Herzens dem Orden zugethan. Um sie nun im Jahre 1527 aus dem Kloster zu entfernen, nahm Ernst zu einer betrügerischen List seine Zuflucht, wobei der Propst des Convents, Heinrich von Kramm, gewissenlos genug war, hülfreiche Hand zu leisten. Der arglosen Klosterfrau wurde vorgespiegelt, daß ihre Mutter in Kurzem nach Meißen reisen würde, sie aber vorher gern sprechen wollte; zudem machte sich der treulose Propst verbindlich, die Prinzessin gleich nach ihrer Unterredung mit der Mutter wieder ins Kloster zurückzubringen. Als sie aber in Celle angekommen war, wurde ihr von ihrem Bruder die Rückkehr ins Kloster verweigert. Alle ihre Bitten und Bemühungen, Ernst anders zu stimmen, waren vergeblich. Man sandte sie sofort an den Hof ihres Oheims, des Kurfürsten von Sachsen. Eine ehemalige Nonne, die zum Lutherthum übergetreten und einen abtrünnigen Mönch geheirathet hatte,

Betheiligung der Massen". Das Vorgehen des Herzogs „findet seine Erklärung und relative Berechtigung in den Zuständen der Zeit und kehrt in der Geschichte der Reformation öfter wieder. Das unter der Herrschaft der alten katholischen Kirche verwahrlos'ste Volk bedurfte des Anstoßes und Antriebs von außen, um in die Bewegung hineingezogen zu werden".

wurde ihr zur Begleiterin mitgegeben. Später söhnte sich Apollonia zwar mit ihrem Schicksale aus und trat der neuen Lehre bei; doch „wollte sie ihr Gelübde der Keuschheit nie brechen" und blieb deßhalb unvermählt.[1])

Man kann sich leicht denken, daß ein Fürst, der so rücksichtslos gegen seine eigene Schwester verfuhr, auch gegen fremde Personen die rauhe Seite hervorkehrte. Im Sommer 1528 begann er mit einer Visitation der Klöster seines Fürstenthums; wohin er kam, da setzte er protestantische Prediger ein und forderte zugleich von den katholischen Nonnen, daß sie die protestantische Predigt anhörten (94 ff.). In Lüne z. B. wurde das Predigtamt einem abgefallenen Dominikaner, Hieronymus Enckhausen, anvertraut. Ein entlaufener Mönch, der alles, was sie heilig hielten, nicht achtete, der einst sein eigenes Kind mit gemeinem Brunnenwasser getauft, war den Nonnen natürlich ein Greuel; doch gelang es dem Herzoge, sie zu dem Versprechen zu bewegen, sie wollten seine Predigten anhören, „wenn Enckhausen nicht gegen Gottes Wort lehre". Als der Prädikant dann zum ersten Male die Kanzel bestieg, befahl die Aebtissin Mathilde Wilden dem Convente, diese Predigt anzuhören; auch die zweite hörte man noch. Als er aber in der dritten lehrte, es gebe nur zwei Sakramente, da verließ auf einen Wink der Aebtissin der ganze Convent die Kirche, und seitdem ging man nicht wieder hin (105. 127). Enckhausen fuhr nun fort, in der Klosterkirche für das Volk zu predigen, was den Nonnen begreiflicherweise sehr unangenehm war. Um sich des ketzerischen Eindringlings zu entledigen, griffen sie einmal zu einem höchst sonderbaren Mittel. „Auf ihrem Chore", erzählt ein alter Chronist, „legten sie ins Feuer alte Pelzlappen, daß es in der Kirche so grausam

---

1) J. G. Bertram: Das Evangelische Lüneburg. Braunschweig 1719. S. 126 f.

übel stank, daß der Prediger sammt allem Volke daraus hat gehen müssen." [1])

In Medingen suchte man ebenfalls dem Prediger allerlei Hindernisse in den Weg zu legen; man verschloß selbst die Thüre der Kirche, wenn er predigen wollte (Lyßmann 140). Auch in Walsrode habe der neue Prediger, einem lutherischen Berichte zufolge, „nicht ohne große Verfolgung und Widerstand" seines Amtes gewaltet.[2])

Nach wie vor wurde in den Klöstern katholischer Gottesdienst gehalten, allerdings mit allerlei Einschränkungen. So wurde in Medingen jetzt schon nur noch eine Messe wöchentlich gestattet; auch hatte man den Klosterfrauen, auf herzoglichen Befehl, ihre Chorbücher weggenommen. „Doch haben sie gleichwohl wieder etliche alte aus allen Winkeln hervorgesucht und, soviel sie konnten, in ihrer alten Gewohnheit fortgefahren." (Lyßmann 141).

Die „fortdauernde Verachtung der evangelischen Predigt" veranlaßte den Herzog, strenger gegen die Klosterfrauen einzuschreiten. Auf seinen Wunsch verfaßten im Anfang des Jahres 1530 die lutherischen Prediger einen „Rathschlag zu Nothdurft der Klöster des Fürstenthums Lüneburg, Gottes Wort und Ceremonien belangend". Gerade die Klöster, sagen die Prädikanten in ihrem Gutachten, sind von des Teufels Stricken besonders hart gefesselt; sie sind jedoch dem Herzoge nicht weniger Gehorsam schuldig, als alle andern Unterthanen. Wenn deßhalb die Klosterfrauen das Wort Gottes, d. h. die protestantische Predigt, nicht hören wollen, so müssen sie durch fürstlichen Befehl dazu gezwungen werden. Wer aber der Obrigkeit widerstrebt, der widerstrebt Gottes Ordnung. Auch die Beichtväter müssen des Wortes Gottes mächtig sein; sollten indeß die

---

1) Bei Bertram 39.

2) Lüneburger Urkundenbuch. Abth. XV. Archiv des Klosters Walsrode. Celle 1859. S. 260.

Nonnen Beichtväter wählen, deren Glaube und Lehre verdächtig, so sei es am Herzoge, rechtgläubige Beichtväter einzusetzen. Zudem müsse fürderhin die Communion unter beiderlei Gestalt gespendet werden, während die Ordensgelübde gänzlich aufhören sollen, da sie der christlichen Freiheit entgegen wären (129 f.).

Dieser „Rathschlag" wurde gedruckt und anfangs 1530 den Frauenklöstern mit der Weisung übersandt, sich nach demselben in Zukunft zu richten. Er rief jedoch einen entschiedenen Widerstand hervor.

In Medingen kehrte man sich überhaupt nicht an das Gebot des Herzogs. Die beiden dort vorhandenen Kapläne fuhren fort, die althergebrachten Gottesdienste öffentlich abzuhalten. Dies wurde ihnen zuerst vom protestantischen Prediger untersagt, und als das Verbot desselben wenig half, wurden sie von dem herzoglichen Klosterverwalter, einem Hauptmanne, mit Gewalt aus der Kirche vertrieben. „Wie sie nun", so erzählt der lutherische Prediger Lyßmann (141), „nicht mehr in die Kirche kommen und daselbst ihren Gottesdienst öffentlich halten durften, nahmen die Conventualinen sie beide zu sich ins Kloster, gaben ihnen eine Wohnung auf dem Klosterspeicher und versorgten sie darauf mit Essen und Trinken. Während sie daselbst wohnten, stellten die Jungfrauen ihre Zusammenkünfte auf dem Kornboden an, hörten daselbst ihre Predigten und Messen und ließen sich durch ein dazu verfertigtes Gitter absolviren." Bald wurde jedoch die Messe auf Befehl des Herzogs gänzlich verboten. Auch in den andern Klöstern wurde der katholische Gottesdienst untersagt; in Lüne und Wienhausen traf in der Osterwoche 1530 der lutherische Kanzler Förster persönlich ein, um die Abstellung der Messe anzuordnen.

Drei der bedrängten Klöster, Lüne, Medingen und Ebstorf, wandten sich nun an den Stadtrath von Lüneburg und suchten durch die Fürbitte desselben den Herzog zur Zurücknahme des „Rathschlags" zu bewegen. Sie beklagten

sich bitter über das ihnen zugefügte Unrecht. Das Buch, welches der Herzog ihnen übersandt, schrieb der Convent von Lüne an den Rath den 26. Februar 1530, streite gegen ihr Gewissen. Ohne Führer, ohne menschlichen Trost säßen sie nun da. Aehnliche Klagen hatte auch das Kloster Medingen: Seit Septuagesimä habe man sie der Messe beraubt; die Kapläne hätten das Kloster verlassen müssen; der Prädikant überschreite seine Befugnisse, halte unnütze Reden und sage, daß alle, welche sich dem Klosterleben ergeben hätten, verdammt seien.

Der Lüneburger Rath, der damals noch katholisch gesinnt war, übermittelte diese Schreiben dem Herzoge. Letzterer wollte jedoch von einer Gewährung der Gewissensfreiheit durchaus nichts wissen. Billigkeit und Gottes Ehre, antwortete er dem Magistrat am 30. April, zwängen ihn, dem unschicklichen, unergründlichen, schädlichen Begehren der Klosterpersonen nicht nachzugeben. Ihre Wünsche entsprängen nur aus „menschlicher Bewegniß und Unverstand" (131 f.).

Einige Tage später begab sich Herzog Ernst auf den Reichstag nach Augsburg, von wo er Urban Rhegius mit nach Hause brachte. Rhegius, der bald zum herzoglichen Superintendenten ernannt wurde, war vielleicht noch unduldsamer, als der Lüneburger Fürst.[1] Kein Wunder also, wenn von jetzt an die armen Klosterfrauen einen noch größeren Gewissenszwang erleiden mußten.

Bei allen Betheuerungen, daß der Eifer für Gottes Ehre und das Heil der Seelen ihm die Abschaffung der „papistischen Abgötterei" zur Pflicht mache, vergaß unterdessen der fürstliche „Bekenner" niemals, sich auf Kosten der Kirchen und Klöster zu bereichern. So trug er durchaus kein Bedenken, im Jahre 1531 allen Pfarr- und Klosterkirchen ihre Kleinodien, ihre goldenen und silbernen Gefäße,

1) Ueber die Unduldsamheit des Rhegius habe ich bereits früher in diesen Blättern (Bd. 109, S. 817 ff.) einen eigenen Aufsatz veröffentlicht.

Kelche, Monstranzen wegzunehmen. „Nur ein Nebenzweck war es, alles zu beseitigen, was noch an das Papstthum erinnern konnte; der Hauptzweck war jedenfalls der, Geld durch diese Maßregel zu erlangen" (206). Der Werth der geraubten Schätze, namentlich in den Klosterkirchen, scheint nicht gering gewesen zu sein. Das Kloster Walsrode z. B. mußte folgende Gegenstände an den herzoglichen Rentmeister abgeben: 1 großes vergoldetes Kreuz, 1 vergoldetes Sakramentshaus, 2 silberne Ampullen, 2 kleine silberne Kreuze, 5 Kelche mit den Patenen u. s. w.[1])

Wenn man sich noch mit der Wegnahme der Schätze und der heiligen Gefäße begnügt hätte! Allein auch ihres liebgewonnenen katholischen Glaubens sollten die Klosterfrauen beraubt werden.

Kaum war Rhegius Superintendent geworden, so unternahm er 1531 im Auftrage des Herzogs eine Visitation der Frauenklöster und richtete dabei sein Augenmerk besonders auf die Beichtväter der Nonnen. Die Prüfungen derselben fanden zum Theil in Gegenwart des Herzogs statt. Wie es hiebei zuging, können wir aus der Behandlung ersehen, die dem Beichtvater von Lüne zu Theil wurde. Da er vor Rhegius und dem Kanzler Förster zu behaupten wagte, die Ordensregel sei auf dem Evangelium gegründet, so nahm man dies Wort zum Vorwand und befahl ihm, binnen drei Tagen den Klosterhof zu verlassen (210). Auch in den andern Klöstern entfernte man die katholischen Beichtväter. In einem Schreiben vom 24. Februar 1532 klagt der Convent von Isenhagen: „Herzog Ernst habe den Propst Burdian ohne alle Schuld gewaltiglich spolirt und entsetzt

1) Urkundenbuch von Walsrode 261. Wrede (207) bemerkt zu dieser Maßregel: „Mag man es bedauern, daß so manches alte Stück von vielleicht künstlerischem Werthe in jener Zeit seinen Weg in die Münze gefunden hat, so kann man die Maßregel selbst, bei der schweren Noth des Fürstenthums, als eine durchaus richtige und gute bezeichnen".

und unser Kloster eingenommen, sich auch unserer und der Propstei Güter unterfangen, auch unsern Kaplänen und Dienern Urlaub gegeben ohne unsern Willen, auf daß wir aller Gottesdienste in der Kirche, auch der hl. Sacramente und Messen mit allen christlichen Ceremonien beraubt seien." [1])

Für Rhegius war es indeß nicht genug, die Beichtväter zu vertreiben; er mußte sie auch noch, sammt den Klosterfrauen, mit schweren Verleumdungen überhäufen. Dies that er in einer Schrift, die er im Spätjahr 1531 veröffentlichte und die den Titel führt: „Eine ungeheure wunderbarliche Absolution der Klosterfrauen im Fürstenthum Lüneburg." [2])

„Neulich", so berichtet Rhegius, „als ich aus meines gnädigen Herrn Befehl etliche Frauenklöster des Fürstenthums Lüneburg visitirte und ihre Beichtiger examinirte, fragte ich unter anderm, wie sie ihre Beichttöchter absolvirten. Also konnte keiner die Absolution auswendig, sie flickten aber so lange, bis daß sie die Absolution, wie sie hernach verzeichnet ist, zusammenflickten; darob billig ein frommer Christ von Herzen erschrickt, daß so viel edle Seelen mit solch grausamem Irrthum so lange Zeit verführt worden sind. Denn es waren unter ihnen zwei alte siebzigjährige Männer, deren ein jeder viele Jahre diese Absolution gebraucht hatte."

Nun ist es aber doch höchst unwahrscheinlich, daß Männer, die schon so lange und so oft der Absolutionsformel sich bedient, die paar lateinischen Worte nicht auswendig gewußt hätten. Oder sollte vielleicht Rhegius, von dem ein gleichzeitiger Lüneburger Chronist berichtet, er sei ein „hastiger,

1) Lüneburger Urkundenbuch. Abth. V. Archiv des Klosters Isenhagen. Hannover 1870. S. 262. Wrede (129) schreibt: „Herzog Ernst hielt sich für berechtigt, Gewalt anzuwenden, als man ihm widerstrebte. Aber er übte die ihm zustehende Gewalt so schonend und milde wie möglich."

2) Urbani Regii Deutsche Bücher und Schriften. Nürnberg 1562. VI. 32–51.

unduldsamer Mann" gewesen (188), durch sein schroffes Benehmen die Beichtväter gänzlich verwirrt haben? Wie dem auch sei, der lutherische Prediger kann hier nicht als glaubwürdiger Berichterstatter gelten; dies ergibt sich schon aus den offenkundigen Unwahrheiten und maßlosen Entstellungen, mit denen seine Schrift angefüllt ist. [1])

Nach Rhegius hätten die Beichtväter nur folgende Absolutionsformel gebraucht: „Das Leiden unsers Herrn Jesu Christi, das Verdienst der herrlichen Jungfrau Maria und das Verdienst aller Heiligen, die Demüthigkeit eurer Beichte, die Härtigkeit und Gehorsam eurer heiligen Regel, die guten Werke, die ihr gethan, und die Uebel und Widerwärtigkeiten, die ihr erlitten habt, entledigen euch von allen Sünden usw.". Diese Absolution, erzählt Rhegius weiter, wäre von den Nonnen vorgeschrieben worden. „Sie wollen kurzum diese Absolution und keine andere haben." Sie hätten dieselbe auf einen Zettel geschrieben, und die Beichtväter müßten „eben diese Worte und keine andern brauchen." Die Klosterfrauen hätten übrigens die erwähnte Formel nicht selber aufgesetzt; sie hätten dieselbe von den Ordensobern, „denen die armen Weiber zu visitiren befohlen gewesen," empfangen. Und dann erklärt Rhegius nach seiner Art die „mohammedanische" Absolution, um zu beweisen, daß die Erkenntniß Christi „bei diesen Leuten fast so unbekannt gewesen, als bei den Tataren, Türken und Juden".

Leider läßt sich hier der protestantische Polemiker eine schwere Unwahrheit zu Schulden kommen. Die von ihm

---

1) Schon in Augsburg hatte sich Rhegius im Kampfe gegen die Wiedertäufer nichts weniger als ehrlich benommen. Vgl. L. Keller, Johann Denk. 1882. S. 112 ff. Für Wrede allerdings steht die Behauptung des Rhegius außer allem Zweifel; ruft er doch aus: „Was konnten die Nonnen in religiöser Beziehung Gutes von Geistlichen lernen, die nicht einmal die Formel der Absolution kannten!" (28).

beanstandete Formel gehört gar nicht zum Wesen der priesterlichen Lossprechung. Man kann diese Worte gänzlich weglassen, ohne daß dadurch die Giltigkeit der Absolution auch nur im Geringsten gefährdet werde; ist es doch bloß ein Gebet, das auch heute noch der Priester nach der bereits vollzogenen Lossprechung verrichtet. Weil nämlich durch die priesterliche Absolution nicht auch schon alle zeitlichen Sündenstrafen getilgt werden, so fügt der Priester Namens der Kirche der Lossprechung noch eine Bitte (Passio Domini etc.) um Nachlaß zeitlicher Strafen bei, worin er begehrt, Gott möge dem reuigen Sünder die überfließenden satisfaktorischen Verdienste des leidenden Erlösers, Mariä und der Heiligen zuwenden, ihm auch die eigenen guten Werke und geduldig ertragenen Leiden als Genugthuung zur Tilgung zeitlicher Strafen anrechnen. Die ächte Absolutionsformel, nach welcher die Sünden kraft der Verdienste Christi und im Namen der allerheiligsten Dreifaltigkeit nachgelassen werden, war im 16. Jahrhundert, wie in der ganzen katholischen Kirche, so auch im Herzogthum Lüneburg in Gebrauch. [1])

Wie konnte also Rhegius, der als abgefallener katholischer Priester den wahren Sachverhalt kennen mußte, behaupten, die Beichtväter würden nur die von ihm hervorgehobenen Worte und keine andern brauchen? Wie konnte er besonders auf Grund greulicher Entstellungen den armen Klosterfrauen die gemeinsten Schmähungen ins Gesicht schleudern?

„Hier steht", ruft er aus, „ihre türkische Absolution und überweiset die Nonnen ihres Unglaubens, daß sie nicht in Christum glauben. Die Huren werden eher ins Himmelreich kommen als diese verstockten Heiligen. Sie achten ihre stinkende Regel und pharisäische Gleißnerei so hoch und so würdig, als

---

1) Vgl. diese Formel in einem Ablaßbrief, der 1502 dem Kloster Medingen ausgestellt wurde, bei Lyßmann 127.

das Leiden Jesu Christi, und halten sich selbst auch für Versöhnerinen, Mittlerinen und Frommacherinen, rauben und stehlen also Christo seine göttliche Ehre. Sie haben ihre Ohren mit pelagianischer Wolle zugestopft, daß sie nicht gern von Gottes Gnade in Christo sagen hören; alle ihre Bücher und Reden stecken voll eigener Verdienste und guter Werke außerhalb Christo; sie wollen zu Gott kommen ohne den Mittler Christum. Pfui dich, du stinkende Klosterheiligkeit, wie darfst du den Teufelsdreck deiner gleißnerischen Werke neben den unendlichen Verdienst des bittern Todes Christi setzen? Nun wäre doch kein Wunder, wenn Gott nicht so langmüthig wäre, daß sich der Erdboden hätte aufgethan wie gegen Chore, Dathan und Abiron, und daß Gott alle Klostergleißnerei mit Donner, Blitz, Strahl, Hagel, Schwefel und Pech in den Abgrund des höllischen Feuers verstoßen hätte. Was ist Diebstahl, Raub, Hurerei und dergleichen fleischliche Sünden gegen diese Teufelssünde aller Klöster? Wer hier kann geduldig und kalt sein und diesen Greuel nicht anspeiet, dem ist freilich Christus nicht sehr lieb und theuer."

„Die Klöster", fährt der lutherische Zelot fort, „seien Götzenhäuser und Sündenhäuser; worin gewißlich alle Winkel vom Boden bis ans Dach voll von Sünden und Ungerechtigkeiten stecken, dieweil in den Klöstern Christus und die Gerechtigkeit des Glaubens so gar unbekannt sind, daß sie nicht allein nichts davon wissen, sondern auch alle Pforten und Fenster versperren, damit kein Schein von Christo und vom Evangelium hinein möge kommen. Sollte doch diese grausame Absolution, die Christum so gar vernichtet, daß sie ihn allein zum Schein nennet, die ganze Welt bewegen, daß man sich vor dem Klosterwesen hütete, wie vor einer rechten Teufelsschule. Da sollten die Eltern zulaufen und alle Welt anrufen, daß man ihre Kinder aus diesen Mordgruben erlöste." [1])

1) Bezüglich dieser Schrift weiß Wrede (Ernst der Bekenner 108) bloß von „bitterem Spott" zu berichten. Anderswo (Einführung der Reformation 135) stellt er dem Herzog Ernst und seinem Hofprediger Rhegius das Zeugniß aus, es seien „außerordentlich conservative Naturen" gewesen; „schonend und vorsichtig

Solche maßlose Schmähungen erklären sich einigermaßen, wenn wir bedenken, daß der lutherische Superintendent auf seiner Visitationsreise mit seinen „Bekehrungsversuchen" überall abgewiesen worden war. Er kann nicht umhin, seinem Unmuth hierüber freien Lauf zu lassen.

„Es ist schier alles vergeblich", klagt er, „was man mit Predigen, Lehren und Ermahnen mit den Klosterleuten anhebt. Wenn man ihnen predigen will, so schließen sie Thüren und Ohren zu, wollen das Evangelium nicht einlassen. Sie haben solch verrückte Gewissen, durch Menschenlehren und mit Brandmalen also verderbt, daß sie bekennen, es sei Wahrheit und Gottes Wort (!), dennoch sind sie so keck, daß weder Bitten, Drohen noch Vermahnen an ihnen helfen will. Wie man's auch mit ihnen anfange, so wollen sie doch Gottes Wort nicht hören, sondern in ihrer Abgötterei und Unwissenheit bleiben." Würden sie indeß fortfahren, „Christum und das Evangelium weiter zu schmähen", so werde er noch andere Schriften gegen sie ausgehen lassen. „Kurzum, ich kann und will's nicht leiden, daß unsere Klosterleute das Wort der ewigen Wahrheit so freventlich ohne alle Erkenntniß unserer Sache schänden".

Vergebliche Drohungen! Der Widerstand der Nonnen dauerte fort.

Anfangs 1533 besuchte Herzog Ernst abermals verschiedene Klöster des Fürstenthums. Am 15. Febr. war er in Lüne, wo er jedoch nichts ausrichtete. Die Nonnen verweigerten die Annahme der lutherischen Schriften, die der Herzog ihnen mitgebracht hatte (212).

Größern Erfolg hatte er einige Tage später in Isenhagen.[1]) Hier erklärte sich in Gegenwart des Herzogs und seiner Prädikanten eine „junge Person" für die Neuerung. Ihrem Beispiele folgten drei „Puellen" und zwei Con-

gingen sie bei der Durchführung der Reformation vor." Auch nach G. Uhlhorn (Real-Encyklopädie f. prot. Theol. Bd. 13. 1884. S. 155) zeigte sich Rhegius „überall maßvoll".

1) Bericht einer damaligen Klosterfrau in Zeitschrift d. hist. Vereins f. Niedersachsen. 1867. S. 146 f.

versen. „Dies war aber nur eine einzig dastehende Erscheinung, und der Convent blieb bei seinem Widerstande“ (212).

Da die persönlichen Visitationen nichts fruchteten, suchte der Herzog abermals durch schriftliche Befehle auf die Klöster einzuwirken. Am 26. Juli 1533 schrieb er an die Nonnen von Ebstorf: Er könne nicht länger mehr zulassen, daß sie ohne alle christliche Religion mit Verachtung des göttlichen Wortes und der Predigt des Evangeliums zur Beschwerung der Seligkeit und dem Nächsten ein Aergerniß, wie das seit etlichen Jahren der Fall sei, in ihrer Herzenshärtigkeit beharrten. Darum sei seine ernstliche Mahnung gewesen, daß sie wöchentlich dreimal den Prediger anhören sollten. Aber sie hätten nicht einmal den „Rathschlag“ angenommen, viel weniger sich daran gehalten, sondern alles in den Wind geschlagen. Jetzt wolle er ihnen abermals einen Prediger schicken, der dreimal wöchentlich in ihrer aller Gegenwart auf dem Chore predigen solle. Würden sie seinem Befehle nicht folgen, Gottes Wort nicht hören und das Sakrament nicht richtig feiern, so sollten sie spüren, daß ihm, dem Herzoge, Gottes Wort und seine Seligkeit mehr am Herzen lägen, als die Rücksicht auf sie. Nicht länger werde er sie bei ihrem unchristlichen und unleidlichen Vorhaben und ihrer Verachtung alles christlichen Verstandes dulden. — Als keine Antwort erfolgte, wiederholte der Herzog am 15. August seinen Befehl noch einmal kurz und drohend (213).

„Wenn sie gemerkt hätten, antworteten die Nonnen am 18. August, daß in den zugeschickten Artikeln nur göttliche Lehre enthalten sei, so würden sie sich nicht geweigert haben, dieselben anzunehmen. Nun aber wüßten sie, daß außerhalb der Kirche kein Heil sei; die Kirche aber sei die, welche von der Apostel Zeit bis heute gedauert habe und noch dauere. Von dieser sich zu trennen, dafür sei für sie gar kein Grund vorhanden, sie könnten es ihrer Seligkeit wegen

nicht. Es wolle ihnen, als in solchen Sachen nicht gelehrten Frauensbildern, nicht geziemen, gegen den übersandten Druck zu kämpfen, das überließen sie der Kirche und ihren Häuptern. Es sei aber nicht nur gegen die Sitte der Kirche, sondern auch gegen die jungfräuliche Klosterzucht, daß der Herzog ihnen einen lutherischen Prediger schicken wolle. Der Prädikant solle Gottes Wort rein und ohne Zusatz predigen, aber man kenne das aus eigener und anderer Erfahrung. Diese Art Leute hielten weder auf jungfräuliche Ehre, Zucht und Redlichkeit, noch trügen sie derselben Rechnung. Vor ihnen, den unschuldigen Kindern, breiteten sie manches aus, was besser ungesagt bliebe. Was man denn von Männern erwarten solle, welche die höchste Obrigkeit lästerten und darauf hinarbeiteten, den Stand der Klosterjungfrauen ganz zu vernichten, der doch in der Schrift und der Väter Lehre gut begründet sei. Darum möge man sie sowohl mit dem Prädikanten, als auch mit allem andern verschonen" (213).

Ueber diese entschiedene Antwort geriethen der Herzog und die Prädikanten in hellen Zorn. Er merke wohl, erklärte Rhegius, daß die Nonnen im Fürstenthum sich verbänden, dem Evangelium keine Statt zu geben. Den Verleumdungen des Superintendenten gegenüber hatten die Klosterfrauen bekannt, daß sie allein durch Christus selig zu werden hofften. Dies sei nicht wahr, erwiderte Rhegius; sie müßten sonst alle ihre Lehre und Regel und eigene Absolution widerrufen. Auf Anrathen des Superintendenten wurden zwei Entgegnungen verfertigt. In der ersten erklärte der Herzog den Nonnen, daß er durch kaiserliches und göttliches Recht Macht und Gewalt habe, sie zum Anhören des Wortes Gottes zu zwingen; er ermahne sie deßhalb nochmals, sich zu fügen, damit er nicht schärfer gegen sie vorzugehen brauche. Die Prädikanten ihrerseits verfaßten eine längere Schrift, die im Namen des Herzogs den Klöstern zugesandt wurde. Auch hier wurde nachzuweisen gesucht, daß die weltliche Obrigkeit das Recht

und die Pflicht habe, die Unterthanen zum Anhören des Wortes Gottes mit Gewalt anzuhalten und die Verächter des Evangeliums zu strafen (215 f.).

Aber alle diese Schreiben halfen nichts. Sämmtliche Klöster beharrten in ihrem Widerstande.

Jetzt entschloß sich der Herzog, schärfere Mittel anzuwenden.[1]) Neue Befehle ergingen an die herzoglichen Klosterverwalter. Infolgedessen „begann endlich in Medingen der Hauptmann das Rauhe hervorzukehren und ließ, aus fürstlichem Befehl, die Klöppel aus den Glocken nehmen und die Stricke davon abschneiden, auch zugleich Thor und Pforten auf dem Klosterhofe zerschlagen und auf dem Jungfrauenchore ein großes Loch durch die Mauer brechen, so daß die Conventualinen darauf kaum mehr vor Wind und Regen sicher sein konnten". (Lyßmann 142.)

Noch schlimmer erging es den Nonnen in Isenhagen. Als der Herzog nach Ostern 1533 von diesem Convent eine Summe von 700 Gulden forderte, und man sich weigerte, dieselbe zu geben, da „wurde uns verboten", berichtet eine Klosterfrau, „Brod, Trank, Holz, Butter, Milch, Käse und alles, was uns von unserer Propstei zu Fuhrwerk gehört, also daß wir unsere Conversen müssen aussenden und lassen bitten Freunde und Fremde zu Uelzen und Lüneburg um Brod und Trank. Das Holz müssen wir uns selbst aus den Wiesen durch Pfützen und Dreck zusammentragen, waten und fällen auf unsern eigenen Schaden. Sothane Gewalt und unerhört unchristlich Leidwesen trugen wir zehn Wochen lang". [2])

Im folgenden Jahre (1534) kam Franz, der Bruder des Herzogs Ernst, mit dem Licentiaten Klamm nach Isen-

1) Wrede (109) schreibt: „Wenn der Herzog zu harten Maßregeln griff, so hatten sich das die Nonnen meist selbst zuzuschreiben". Natürlich! Wären die Nonnen ihrem Glauben untreu geworden, so hätte man sie in Ruhe gelassen.

2) Zeitschrift d. hist. V. f. Niedersachsen. 1867. S. 147.

hagen, um zu fordern, daß man den sechs lutherischen Ordensmitgliedern, deren Abfall oben erwähnt worden, gestatte, so oft sie wollten, das Abendmahl unter beiderlei Gestalt in der Klosterkirche zu empfangen. „Darin wir hart entgegen waren“, berichtet dieselbe Nonne, „und sagten, wir konnten oder wollten das nimmer in unserm Kloster gestatten; denn es wäre zu sehr wider unser Gewissen; es möchte uns gelten Leben oder Tod, Schaden und Frommen, so gedachten wir nicht von der hl. christlichen Kirche und ihren Sakramenten zu treten. Da antwortete der Licentiat: Er verstände wohl in unsern Reden, wir wollten uns halten an die Papisten und nicht an die Wahrheit, derohalben hätten wir Conscientiam Pharaonis (ein verstocktes Gewissen). Da sagten wir, sie wäre, wie sie Gott gegeben hätte. Damit hießen sie uns hingehen.“ [1])

Mitte Juli 1535 finden wir in Isenhagen den Herzog Ernst in Begleitung seines Kanzlers und der zwei Prediger Urban Rhegius und Martin Undermarck. „Die zwei Theologen“, erzählt unsere Nonne weiter, „thaten in einem halben Tage drei Sermonen, Martinus zwei, Urbanus einen in die dritte Stunde, der Kanzler auch eine Stunde, der Fürst selbst auch in großer und harter Bedräunung Leibes, Lebens und Gutes; denn er war ein gewaltig Mann und auch gewandt, Neues zu beweisen, und er konnte uns strafen.“ [2])

Als im Jahre 1540 schärfere Maßregeln gegen die treugebliebenen Nonnen ergriffen wurden, da flüchtete sich die Aebtissin Margaretha von Boldessen mit der Priorin Ludovika von Gilten und der Sacristanin Cäcilia von Mahrenholz nach Halberstadt. An ihrer Stelle wurde nun die lutherische Judith von Bülow Aebtissin. Hiermit hatte die Neuerung im Kloster die Oberhand erhalten; doch gab es auch noch

1) Zeitschrift a. a. O. 148.

2) Zeitschrift a. a. O. 149.

katholische Klosterfrauen, wie schon aus dem Umstande hervorgeht, daß die alte Aebtissin einige Jahre später nach Isenhagen zurückkehren und hier ihr Leben beschließen konnte. Einem lutherischen Berichte zufolge ist sie „bei ihrem päpstlichen Glauben geblieben und davon nicht abgestanden, und ist also in solchem Irrthum hingestorben anno 1554 ungefährlich.“ 1)

Auch in Walsrode gelang es dem Herzoge, eine neugläubige Aebtissin einzusetzen. Der katholischen Aebtissin Anna Behr, die nach einer lutherischen Erzählung „den ersten evangelischen Prediger sehr verfolgt haben soll“, wurde um 1538 „wegen ihres Alters“ ihr Amt abgenommen; an ihre Stelle trat die lutherische Conventualin Anna von Weige.2) Wie die übrigen Klosterfrauen der Neuerung gegenüber sich verhalten haben, wird nicht berichtet.

Sehr spärlich sind auch die Nachrichten über das fernere Verhalten des Klosters Wienhausen; doch lassen sie erkennen, daß man hier durchaus nicht gewillt war, dem Lutherthum sich anzuschließen. Noch im Jahre 1537 fühlte sich Rhegius veranlaßt, einen „Sendbrief an das gantze Convent des Jungfrauen Closters Wynhusen wider das unchristlich Gesang Salve Regina“ zu schreiben (Deutsche Schriften IV, 52—55). Er hält den Klosterfrauen vor, daß dieser Gesang „unchristlich, abgöttisch und gar wider Christum und seine werthe Mutter Maria“ sei. Dem lutherischen Prädikanten zufolge würden die Nonnen Maria anrufen, „als wäre sie Gott selbst“. „Anrufen ist ein hohes Werk, das allein göttlicher Majestät gebührt; diese Ehre wollt ihr Maria thun.“ „Nun meine ich, seht ihr, wo Jemand mit Fürsatz das Salve Regina singt, daß er ein Abgöttischer wird.“ 3) Daß solche falsche Behauptungen auf die Nonnen

---

1) Zeitschrift a. a. O. 150.

2) Urkundenbuch von Walsrode 260 f.

3) Gegen Rhegius erschien katholischerseits folgende Schrift: Gualter

keinen großen Eindruck machten, ist leicht begreiflich. Man blieb denn auch eifrig dem alten Glauben zugethan. Noch im Jahre 1549 wurde die streng katholische Dorothea Spörken zur Aebtissin gewählt (226).

Besser unterrichtet sind wir über die Klöster Medingen, Lüne und Ebstorf, die alle drei der Verdener Diöcese angehörten. In Lüne hatte Herzog Ernst im Jahre 1537 einen neuen „Bekehrungsversuch“ angestellt. In Begleitung seines Bruders Franz, verschiedener Prediger und weltlicher Räthe kam er ins Kloster, um die Nonnen zur Annahme der Neuerung aufzufordern. Der Fürst selbst, Rhegius, der Kanzler redeten auf den Convent ein. Mehrere Tage blieb man im Kloster und es gelang endlich, die Nonnen zu dem Versprechen zu bewegen, den Prediger anhören zu wollen. Durch die Mauer des Klosterchores wurde ein Loch gebrochen, so daß der Prediger, wenn er in der Kirche auf der Kanzel seine Vorträge hielt, dem Convente verständlich war, und zugleich sehen konnte, ob Niemand von den Nonnen die Predigt versäumte. Dann wurde dem Convent eine Reihe von Gesängen namhaft gemacht, welche nicht mehr öffentlich gesungen werden durften. Mehr konnte man von den Nonnen nicht erreichen (223).

Im Jahre 1536 kam Herzog Ernst mit Rhegius auch nach Medingen. „Er ließ diesen großen Theologen täglich auf dem Chor in Gegenwart der ganzen jungfräulichen Versammlung predigen und katechisiren, wobei aber insgemein, wenn die papistischen Irrthümer und Mißbräuche verworfen und widerlegt wurden, ziemlich finstere Gesichter vorfielen. Demungeachtet fuhr der Herzog fleißig damit fort und kam in diesem und den beiden folgenden Jahren mit seinem Hofprediger und noch mehr geschickten Theologen oft persönlich hieher, ließ dieselben täglich etliche Male

---

Urban. Schutzrede des christlichen Gesangs **Salve Regina**, widder einen Sendtbrieff Urbani Rhegii. Leipzig 1538. 44 Bl. 8°.

wechselweise vor der Versammlung predigen, wobei denn dieser gottselige Fürst insgemein selbst zugegen war und in der Frau Aebtissin Stuhle die ganze Zeit über zu sitzen pflegte. Ueberdieß ließ er auch zum öftern den Convent auf's Kapitelhaus zusammenberufen und unterredete sich zuweilen selbst mit ihnen, zuweilen ließ er auch durch seine Bedienten allerlei Propositionen wegen der Communion unter beiden Gestalten und anderer wichtigen Religionssachen thun, stellte ihnen auch die Exempel anderer Klöster vor, welche sich bereits zur evangelischen Religion bekannt, als nämlich der Klöster Walsrode und Isenhagen, wobei er allemal die nachdrücklichsten Ermahnungen hinzuthat, daß sie doch diesen löblichen Beispielen nachfolgen möchten. Allein wie alles nichts helfen wollte, so resolvirte er endlich, dem hiesigen Kloster einen rechten Ernst sehen zu lassen".

Er ließ demnach 1539 eine Kapelle und sieben Altäre abbrechen und alle Glocken bis auf eine aus dem Kloster entfernen. Im folgenden Jahre wurde etwa der dritte Theil der Klostergebäude, das Kapitel- und Schlafhaus nebst 30 Zellen und einem großen Stück der Klostermauer niedergerissen; 1541 wurde das Zerstörungswerk fortgesetzt. Die Materialien der abgebrochenen Gebäude wurden nach Celle geschafft, wo sie zum Baue eines Herrenhauses für die herzogliche Familie verwendet wurden.

„Das geschah, den Conventualinen eine Furcht einzujagen, wie sich denn die fürstlichen Bedienten ausdrücklich dabei vernehmen ließen: wofern sie noch weiter mit ihrem Ungehorsam fortfahren würden, alsdann das Kloster ganz, so wie jetzo der Anfang gemacht worden, niedergerissen werden solle. Im Jahre 1542 zog endlich Herzog Ernst alle zum Kloster gehörigen Güter und Einkünfte ein, schnitt demselben alle Communication und Handlung mit den benachbarten Dorfleuten ab und verbot sogar allen Angehörigen und Verwandten des Klosters, die Ihrigen hieselbst noch zu

besuchen. Zugleich citirte er die Frau Aebtissin von Stöterogge nach Celle, mit dem Befehle, daß sie das ganze Archiv des Klosters nebst allen vorhandenen Baarschaften und Kleinodien mitbringen sollte". Die Aebtissin zog es jedoch vor, eine Zuflucht in Hildesheim zu suchen, „worauf auch nicht wenige von den Conventualinen aus dem Kloster gingen und bei so verwirrten Umständen wieder zu den Ihrigen zurückkehrten". (Lyßmann 143 f.)

Bis auf diese Zeit hatte der Bischof von Verden, Christoph von Braunschweig, der zugleich Erzbischof von Bremen war, zu Allem geschwiegen. Jetzt nahm er sich aber offen der bedrängten Klöster an. Den 6. Februar 1542 ließ er an Medingen, Lüne und Ebstorf ein Rundschreiben ergehen, worin er die Nonnen wegen ihrer Standhaftigkeit lobte und sie zum treuen Ausharren aufmunterte. Zugleich versprach er ihnen, bei Papst und Kaiser für sie Fürsprache einzulegen. [1])

Kaum hatte der Herzog Nachricht von diesem Schreiben erhalten, so ertheilte er sofort seinen Klosterverwaltern den Befehl, den Nonnen fürderhin jeden Verkehr mit der Außenwelt abzuschneiden. Die Thore sollten geschlossen werden und Briefe sollten die Bewohnerinen nur durch die Hand des Prädikanten erhalten (Wrede 224).

Unterdessen „fuhr Herzog Ernst immer fort, die hiesigen (Medinger) Conventualinen, soviel ihrer noch übrig waren, vollends in die Enge zu treiben". Da seine erneuerte Aufforderung, die Augsburger Confession anzunehmen, keinen Erfolg hatte, so ließ er endlich an die Klosterfrauen den

---

1) Das Schreiben abgedruckt bei Lyßmann 145: „Dilectae filiae! Quanta vestras litteras suscepimus laetitia haud facile diximus, videntes vestram in fide et religione constantiam, in persecutione pacientiam. Hoc profecto nobis jucundissimum est, quod videmus vestras devotiones multis barbaris et bellicosis viris in hac christiana militia fortiores . . ."

Befehl ergehen, „daß sie innerhalb einer gewissen Zeit sämmtlich das Kloster räumen oder gewärtig sein sollten, daß sie mit Gewalt daraus delogiret und an andere ihnen etwa nicht gar zu bequeme Oerter verschickt werden sollten" (Lyßmann 146).

In solcher Noth suchten die armen Klosterfrauen wieder Hilfe bei ihrem Bischof. Auf dessen Forderung übersandten sie ihm eine ganze Reihe von Beschwerden gegen den Herzog; insbesonder klagten sie, daß sie „aller christlichen Sakramente beraubt und gezwungen würden, unter beiden Gestalten zu communiciren". [1]) Der Bischof säumte nicht, seine Klage sowohl beim Kaiser als beim Kammergerichte anhängig zu machen. Den 29. Februar 1544 erwirkte er ein Pönalmandat gegen den Herzog [2]) und am 1. Dezember desselben Jahres einen kaiserlichen Schutzbrief für Lüne, Ebstorf und Medingen, den er Anfangs 1545 mit einem Ermahnungsschreiben den Klöstern übersandte. Auf den Rath Christophs kehrte jetzt auch die Aebtissin Margaretha von Stöteroge nach Medingen zurück.

Aller kaiserlichen Mandate und Schutzbriefe ungeachtet, wollte dennoch der Lüneburger Fürst zu schärferen Maßregeln greifen, als er durch den Tod daran verhindert wurde. Ernst dem „Bekenner" war es trotz aller Gewaltmaßregeln nicht gelungen, schwache Frauen zu bewegen, ihrem katholischen Bekenntnisse untreu zu werden. „Als er im Anfang des Jahres 1546 starb, standen die vier Klöster Lüne, Ebstorf, Medingen und Wienhausen noch auf demselben Standpunkte, auf dem sie im Jahre 1542 standen, und dabei blieben sie auch noch längere Zeit". (Wrede 225.)

Ihre Tage waren jedoch gezählt. Das alte Geschlecht starb allmählig aus; die umliegenden protestantischen Ort-

---

1) Die hauptsächlichsten Beschwerden abgedruckt bei Lyßmann 146—148.

2) Abgedruckt bei Lyßmann 148—150.

schaften waren kaum noch im Stande, einen katholischen Nachwuchs zu liefern; zudem gab es einige Nonnen, die inmitten der vielen Bedrängnisse in ihrem ersten Eifer allmählig erkalteten und nach und nach der neuen Lehre sich zuwandten. Letzteres geschah insbesondere zu Medingen, wo die Aebtissin Stöteroge mit dem größeren Theile des Convents 1554 zum ersten Male das Abendmahl unter beiderlei Gestalt empfing. Wann Ebstorf lutherisch geworden, ist nicht bekannt. In Wienhausen, wie bereits gemeldet, wurde noch 1549 eine streng katholische Aebtissin gewählt. Ihre Nachfolgerin Anna von Langelen war die letzte katholische Oberin dieses Convents. Lüne hielt sich noch einige Jahrzehnte hindurch; erst im Jahre 1573 konnte hier die Neuerung eingeführt werden (226).

Mag man auch bedauern, daß diese Klöster, trotz ihrer Standhaftigkeit, schließlich der Kirche verloren gingen, so kann doch hier wiederholt werden, was in Bezug auf die heldenmüthige Charitas Pirkheimer bemerkt worden: „Es giebt Niederlagen, die an Triumph mit Siegen wetteifern".[1]) Auch die treuen Lüneburger Klosterfrauen sind im Unterliegen siegreich geblieben.

N. Paulus.

---

1) Fr. Binder, Charitas Pirkheimer. 2. Auflage, Freiburg 1878. S. 211.

LX.

Wieder eine neue Religion.

II. (Schluß.)

Nach Paulsen ist durch den Darwinismus die Teleologie als Werk einer Intelligenz nunmehr beseitigt.

„Die Entwicklungstheorie ist in dem Sinne eine wirkliche Theorie, daß sie ein Princip der Nachforschung begründet hat, welches zu wirklichen naturwissenschaftlichen Einsichten auf diesem Gebiete führt. Das kann man von der älteren Hypothese, die aus der Einw irkung einer von außen nach Absichten wirkenden Intelligenz erklärt, auf keine Weise behaupten; sie war nie mehr als eine Verlegenheitsauskunft, die durch das oben bezeichnete rathlose Dilemma: Entstehen durch zufälliges Zusammenfallen von Atomen, oder Bildung durch Intelligenz aufgedrängt wurde. Was sie wirklich leistete, das war, was Wörter auch sonst leisten, daß sie das erste Erstaunen und die erste Fragelust beschwichtigte, keine gute Leistung für eine wissenschaftliche Hypothese".

Die Annahme einer Intelligenz als Ursache der Weltordnung ist keine wissenschaftliche Hypothese, welche Naturforschung ersetzen soll, sondern eine unabweisliche Forderung der Vernunft, welche aller Naturforschung vorausgehen muß. Letztere wird nicht dadurch beseitigt, sondern vollständig in ihrem Rechte, die natürlichen Ursachen der Dinge zu ergründen, belassen. Die schöpferische Intelligenz greift nicht unmittelbar ein, sondern richtet natürliche Ursachen ein, deren Erforschung seitens der Naturwissenschaft

nur wieder zur Bestätigung der Intelligenz dient. Was immer die Abstammungslehre an natürlicher Erklärung findet, liefert den Beweis, daß mit den einfachsten, natürlichsten Mitteln die Naturzwecke erreicht werden. Es ist freilich wahr, daß der Darwinismus thatsächlich zu eifrigerem Forschen angespornt hat und anspornt, als die Teleologie: das beweist aber nur, daß der Mensch sich mehr Mühe gibt, um seines Schöpfers sich zu erwehren, als ihn nachzuweisen. Das Dilemma: Intelligenz oder Zufall, ist durch den Darwinismus nicht beseitigt; es ist die reinste Zufallshypothese gerade so gut, wie die der alten Naturphilosophen. Durch Zufall verbinden sich Atome zu einer organischen Combination, aus der sodann zufällig sich Fortpflanzung, Vererbung, zufällig das ganze Pflanzen- und Thierreich mit dem Menschen an der Spitze nach und nach entwickelt. Dieses nach und nach ist aber genau ebenso möglich oder unmöglich, als das plötzliche Auftreten der gesammten Naturordnung, wie man durch Wahrscheinlichkeitsrechnung exakt nachweisen kann. Aber selbst die „Selektion" Darwins ist nichts Neues: auch die alten Naturphilosophen sagten, die ersten Ordnungen seien zu unvollkommen gewesen, um sich halten zu können; so seien immer vollkommenere entstanden.

Wenn nun Paulsen gar behauptet, die schöpferische Intelligenz sei ein bloßes Wort, das nichts erkläre, so weiß man nicht, ob man es noch mit einem vernünftig denkenden Menschen zu thun hat: so unbegreifliche Verdunkelung des Geistes kann nur die Gottentfremdung bewirken.

Paulsen will indessen nicht alle Teleologie verwerfen; nur meint er, sie habe mit dem Verstande nichts zu thun, sondern sei lediglich Sache des werthschätzenden Willens. Vom Willen hänge es ab, ob in einer Entwicklungsreihe ein Moment vor dem andern bevorzugt und als Zweck der andern Glieder der Reihe betrachtet werde. In der Entwickelung des Schmetterlings sei dem Verstande der Raupen- und Eizustand ebenso werthvoll, ebenso nothwendig,

wie der des Schmetterlings; dieser sei so nothwendig für das Ei, wie das Ei für den Schmetterling. Ja, wenn Jemand die Düngerproduktion als Ziel des Thieres ansehe, wie dies bei einem Guanohändler, der durch den Vogeldünger reich geworden, leicht eintreffen könne, so könne er durch Verstandesgründe nicht widerlegt werden!

Nun, wer die Absurditäten seines Systems soweit verfolgt, der widerlegt sich selbst. Es gibt doch eine wahre und eine falsche Werthschätzung. Dieser Unterschied wird aber durch Verstandesgründe bestimmt; und wer z. B. nur noch ein Fünkchen Verstand hat, wird einsehen, daß die Werth- und Zweckbestimmung des Guanohändlers eine irrige ist. Und so läßt sich in vielen Fällen mit aller Klarheit erkennen, was Mittel und was Zweck ist. Daß der embryonale Zustand des Menschen nicht als Ziel des Menschenlebens, sondern als vorbereitendes Stadium, als Mittel zum vollkommenen Menschen anzusehen ist, kann doch nur Verblendung leugnen.

Aber darum handelt es sich bei der teleologischen Weltauffassung zunächst gar nicht: was hier Paulsen vorbringt, ist Natur*deutung*, nicht teleologische Naturerklärung. Was im Einzelnen Zweck und Mittel, läßt sich häufig nicht leicht bestimmen: in dieser Deutung der Natur hat sich vielfach eine frühere kindliche Zeit geirrt, und wissen wir auch jetzt noch nicht den Zweck von allen Natureinrichtungen, um das Werthverhältniß der einzelnen Stadien eines Processes bestimmt anzugeben. Daß aber gewisse *Einrichtungen* auf bestimmte Zwecke gehen, z. B. die Einrichtung des Auges auf das Sehen, des ganzen Körpers auf das Leben, ist dem Verstande sonnenklar. Diese Klarheit verdunkelt sich auch nicht, wenn die Funktion eines Organes eine sehr werthlose wird. Paulsen selbst bemerkt, daß der Rüssel der Wanze nicht weniger kunstreich zum Stechen und Saugen eingerichtet ist, als das Auge zum Sehen. Hat vielleicht, wie jener Guanohändler am Dünger, irgend ein Mensch ein Interesse

daran, es als werthvoll zu finden, wenn er von Wanzen zerstochen wird? Oder kann er darum, weil sein Wille diese Funktion des Rüssels durchaus nicht hoch halten kann, leugnen, daß der Rüssel ein äußerst zweckmäßiges Mittel ist zum Stechen und Saugen, und folglich diese Wirkung der Zweck des Rüssels ist?

III.

Nach alledem können wir der Paulsen'schen Kritik des teleologischen Gottesbeweises auch nicht die mindeste Triftigkeit zuerkennen. Die alte Religion, die Religion der Menschheit, ist also von ihm nicht beseitigt worden.

Von höchstem Interesse ist es nun, Paulsens neue eigenen Anschauungen von der Religion und deren Verhältniß zu seinem Pantheismus genauer kennen zu lernen. Er sagt:

„Religion ist nicht ein Wissen; es gibt ein Wissen von der Religion, Religionsgeschichte und Religionsphilosophie, aber das ist nicht die Religion. Religion ist auch nicht ein Handeln; es gibt ein Handeln, in dem Religion sich darstellt, die Culthandlungen, aber sie sind nicht die Religion. Die Religion selbst hat ihr Wesen in einem eigenen Habitus des Gemüthes; zwei Seiten treten darin hervor, zwei habituelle Gefühlsstimmungen: ich nenne sie D e m u t h und Z u v e r s i c h t, G o t t e s f u r c h t und G o t t v e r t r a u e n.

„D e m u t h ist die Empfindung des Kleinen gegen das Große, des Endlichen gegen das Unendliche . . . Die andere Seite ist die Z u v e r s i c h t, das Vertrauen, daß das Unendliche doch nicht bloß das Uebergroße und Allgewaltige, sondern zugleich das Allgute sei, daß ich es anerkennen und mich ihm mit allem, was mir lieb und werth ist, ruhig anvertrauen kann. Hierin besteht eigentlich das Wesen des religiösen G l a u b e n s. Glaube bedeutet in der Religion nicht ein Meinen . . . Der religiöse Glaube bedeutet die unmittelbare Gewißheit des Gemüths, daß das Wirkliche aus dem Guten kommt, daß alles, was geschieht, zum Besten, zu meinem Besten dienen muß. Dieser Glaube beruht nicht auf theoretischen

Untersuchungen und Beweisen, er kommt nicht aus dem Verstand, sondern aus dem Willen . . . Diese Zuversicht verläßt ihn auch im Untergang aller irdischen Hoffnung nicht. Der Verstand steht daneben und vermag es nicht zu fassen. Er widerspricht nicht; er sieht wohl, wie unsicher jedes Urtheil über das, was gut und schlimm für einen Menschen oder ein Volk ist, bleibt. Er enthält sich, zweifelt und schweigt. Der Glaube aber geht getrost hindurch; unbedürftig des Beweises, unzugänglich dem Zweifel, sucht er im Wesenwillen des Gläubigen: die Wirklichkeit muß so sein, daß ich und alles, was mir das Höchste und Liebste ist, darin bestehen kann".

Das ist die neue, und im Grunde doch entlehnte, Willens- (Gefühls-) Religion Paulsens. Da haben wir die seit Schleiermacher immer mehr modern gewordene Gefühlsreligion. Indem Paulsen sie in ihrer ganzen consequenten Craßheit darlegt, hat er zugleich ihre Nichtigkeit und Absurdität gezeigt. Hier haben wir das Credo quia absurdum in seiner vollen Geltung. Der Mensch soll glauben und auf das festeste glauben, ohne alle Gründe er soll an die Zukunft glauben, trotzdem der Verstand klar und deutlich erkennt, daß sie nur Verderben bringt; er soll Demuth haben, obgleich er Gott selbst ist.

Was zunächst das letztere anlangt, so kann ein Wesen, das ein Bestandtheil Gottes ist, nicht demüthig, sondern nur, wie Ed. v. Hartmann viel consequenter behauptet, stolz sein; die Demuth ist nach ihm Knechtsinn, Lakaienstolz. Hartmann widerspricht freilich damit den eklatantesten Thatsachen; denn wie auch Paulsen gut ausführt: der arme Mensch ist so ohnmächtig, nichtig in diese Welt gestellt, daß Demuth seine Grundgesinnung sein muß. Aber daraus ergibt sich mit zwingender Evidenz, daß er nicht gleichen Wesens mit dem Absoluten ist; daß also Demuth und Religion mit dem Pantheismus durchaus unverträglich ist.

Noch widersprechender ist der zweite Akt der Paulsen'schen Religion, das Vertrauen. Glauben, vertrauen kann

ein vernünftiger Mensch nicht ohne erkannte Gründe; diese schließt aber Paulsen aus, indem er dem Willen den Glauben zuschreibt, ja gegen alle Gründe vertrauen heißt. Das ist nun kein religiöser Glaube, sondern, wenn er je einmal einem Menschen möglich sein sollte, Narrheit.

Was habe ich denn auch für Gründe, an das Allgute zu glauben, zu vertrauen, daß alles zu meinem Besten ausschlägt? Wenn es keine Gottesbeweise gibt, wie Paulsen behauptet, dann weiß ich nichts von einer gütigen Vorsehung. Im Gegentheile, die „Allwirklichkeit“ lehrt mich klar und bestimmt das Gegentheil. Es ist Versteckenspielen, wenn man sich auf die Unzulänglichkeit der Verstandeserkenntniß beruft: sonnenklar ist es, daß der eine Mensch unrettbar ins Verderben stürzt, daß ganze Völker zu Grunde gehen. Wie kann ich mich da nur mit meiner Unwissenheit entschuldigen, und doch auf die Zukunft „meines Volkes“, auf mein Bestes hoffen? Die Naturwissenschaft hat nachgewiesen, daß die ganze Welt untergehen muß. Es sind schon ganz andere Völker zu Grunde gegangen, als das preußische, das sicher auch den Weg alles Fleisches gehen wird, und gewiß ist, daß, wenn es kein anderes Leben gibt, wie Paulsen behauptet, jeder einzelne von uns unrettbar verloren geht. Kein Vernünftiger kann da an seine Zukunft, an das Wirken des Allguten glauben. Jedenfalls ist nicht einzusehen, wie mit dieser Religion das Leben erträglich gemacht werden soll. Denn die Erwartung des Pessimismus, daß der Weltproceß immer unerträglicher werde und darum der Untergang des Einzelnen wie der gesammten Menschheit angestrebt werden müsse, ist zum mindesten ebenso berechtigt, und nach Paulsen eine ebenso gute Religion, wie sein Vertrauen auf die Zukunft. Wenn aber die Zukunft auch besser sich gestalten sollte, wie in aller Welt können mir die glänzendsten Aussichten des preußischen Volkes nur auch den geringsten Trost in meinen Schmerzen, welche Kraft in Todesnoth verleihen?

Weiter hängt es wieder vom Willen allein ab, und der Verstand hat dabei nach Paulsen gar nichts mitzusprechen, was der einzelne Mensch als werthvoll im Weltprocesse ansehen, und somit was als Ziel seiner Entwicklung ansehen will. Er geht soweit, zu behaupten, die Entwickelungsstadien eines Wesens seien dem Verstande alle gleich werthvoll, und wenn Jemand, wie etwa ein Guanohändler, die Düngerproduktion als das Ziel des Vogellebens hinstelle, so sei er durch Verstandesgründe nicht zu widerlegen.

Nun gut. Besagter Guanohändler mag nun den ganzen Weltproceß als einen großartigen Excretionsproceß auffassen und nur in diesem Sinne an ihn und seinen schließlichen Sieg glauben. Eine colossale Excrementenbildung ist seinem Willen allein werthvoll und darum setzt er sein ganzes Vertrauen auf diesen dereinst zu vollendenden und jetzt schon im Werden begriffenen Düngerhaufen. Die Religion dieses Mannes ist die vollkommenste, die sich nach Paulsen nur denken läßt; sie leistet selbst bessere Dienste als das Glauben an die Menschheit und an sein Volk, denn sie kann den Guanohändler in Leiden realer trösten, als jene patriotischen Phantasien. Mit Verstandesgründen ist absolut nicht beweisbar, daß eine solche Religion weniger gut sei, als die erhabene Religion Jesu Christi und die lauterste Religiosität eines Christen.

Aber nicht bloß Gottvertrauen, auch der andere Akt der Religion: Demuth, Gottesfurcht wäre diesem Excretionsproceß und seinen mächtigen Produkten gegenüber am Platz. Der Gott des Pantheismus erscheint nämlich nach Paulsen nur an einzelnen bevorzugten Stellen, z. B. in der Liebe der Mutter; wer aber das Gemeine, Nebensächliche für ebenso werthvoll erachtet, z. B. den Knecht des Malchus, den krähenden Hahn in der Leidensgeschichte des Herrn für so wesentlich, wie den Tod des Gerechten, der ist nicht zu widerlegen: „Es ist nicht der Verstand, sondern das Gemüth, das den Unterschied macht, dem Verstande ist jedes Wirk-

liche gleich wirklich; den Unterschied zwischen dem Wichtigen und Unwichtigen, dem Wesentlichen und Zufälligen, den macht nicht der Intellekt, sondern der Wille. Das Herz sagt dir, was das eigentlich wahrhaft Seiende unter der unendlichen Fülle des Wirklichen sei".

Dem Guanohändler sagt nun das Herz, daß das Wesentliche, das Wichtige die Düngerproduktion sei, das absolut Werthvolle also der große Düngerhaufen, auf dessen Produktion die Weltentwicklung lossteuert. Ihm, dessen imponirender Bedeutung gegenüber fühlt er sich als ein Nichts: ihm muß er also demüthige Verehrung entgegenbringen. Das stimmt auch allein zu der Paulsen'schen Auffassung der Religion als der freiesten Thätigkeit des Menschen; jeder Zwang und jede Autorität soll da beseitigt werden. Da trifft aber in eklatanter Weise zu, daß die Verächter der göttlichen Autorität menschlichen Einfällen zum Opfer fallen, ja selbst der Hoheit eines Düngerhaufens sich unterwerfen müssen. Ich will dem Zwang in religiösen Dingen nicht das Wort reden, ich möchte wünschen, er wäre niemals in der Kirche geübt worden, aber zum Besten unserer modernen Religionsverbesserer selbst, im Interesse ihres Rufes, möchte man eine mäßige Censur wünschen. Dann würde doch der haarsträubende Unsinn, den sie als höchste Weisheit so laut ausposaunen, nicht der ganzen Welt bekannt.

Zwar ist die Religion nach Paulsen ganz und gar unabhängig von kosmologischen Hypothesen (so bezeichnet er die Frage über die Existenz Gottes), aber es kann doch das religiöse Vertrauen nur gewinnen, wenn seine Herzensneigungen auch mit kosmologischen Hypothesen großer Philosophen übereinstimmen. In dieser günstigen Lage findet sich besagter Guanohändler, dessen Religion in Paulsens Weltanschauung eine geradezu überraschende Bestätigung findet. Als Hylozoist findet er es nämlich nicht für unstatthaft, die ganze Welt sich als ein Riesenthier vorzustellen. Ein solches muß dann auch sicher einen entsprechenden Riesendünger produciren,

auf dessen Unerschöpflichkeit er ein unbegrenztes Vertrauen setzen kann.

Weiter kommt seinem religiösen Vertrauen die weite Verbreitung des Excretionsprocesses schon in unserer Zeit stärkend entgegen. Auf den höchsten Höhen der Allwirklichkeit vollzieht sich namentlich jetzt jener Proceß in Form von Gehirnexcretionen mit nie gesehener Lebhaftigkeit. Schon der schwäbische Bauer, der im bekannten Guanoliede aus ähnlichen Gefühlen wie etwa Paulsens Guanohändler die Guanovögel begrüßte, weiß von ihnen nichts Höheres zu preisen als: „Nächst meinem Landsmann Hegel — Liefern ihr den gediegensten Mist".

Noch von einer andern Seite findet der Glaube des Guanohändlers eine erwünschte Stütze: die Entropie des Weltalls, welche den Glauben Paulsens auf eine harte Probe stellt, muß das Vertrauen Jenes mächtig beleben. Denn nach der kosmologischen Hypothese Paulsens erhält die Entropie des Weltprocesses den greifbareren anschaulichen Sinn: das Riesenthier, Welt genannt, producirt fort und fort Dünger, der aber unmöglich wieder vollständig in Nahrung umgesetzt werden kann. Es muß also der Dünger sich mehr und mehr auf Kosten der Nahrung unseres Riesenthieres vermehren. Darum muß ein Zeitpunkt kommen, wo alle Nahrung aufgezehrt ist, und somit ein Stillstand des Weltprocesses eintreten muß. Wir haben nun außer dem ungeheuren Düngerhaufen nur noch den Riesenleib des Ungeheuers: dieser muß aber bald aus Mangel an Stoffumsatz dem Tode verfallen, und sodann der Verwesung und Fäulniß anheimfallen. Damit ist nun der „Sieg des Allguten" offenbar vollendet, es hat sich die ganze Welt in Wohlgefallen für den Guanohändler aufgelöst. So bietet seiner Werthschätzung und seinem Gottvertrauen die endliche Weltkatastrophe die wirksamsten Motive. Seine Religion ist unendlich vollkommener, als die Paulsen'sche, dessen Gottvertrauen durch jene Katastrophe gründlich erschüttert werden muß.

Aber trotz dieser glänzenden Aussichten wird unser Guanohändler nicht übermüthig, sondern die Demuth, der andere Akt der Religion, muß in ihm durch diese Weltauffassung mächtig gefördert werden. Bei dem Anblick jenes unendlichen Düngerhaufens wird er ja lebhaft an die Geringfügigkeit seiner eigenen Produktionen nach dieser Richtung gemahnt.

Da nun aber nach Paulsen die Religion nicht in einer abstrakten Form auftreten kann, sondern concrete Gestaltung, Symbole bedarf, so könnte als ausdrucksvollstes Symbol dieser neuen Religion der Guanovogel gewählt werden und zwar im Momente, wo er die Düngerproduktion des Weltalls am anschaulichsten darstellt. Jeden Sonntag könnte sodann, weil in der Religion „die historische Continuität“ von großer Wichtigkeit ist, zum Introitus bei solchem Gottesdienst der schöne Herzenserguß des schwäbischen Bauern: „Seid mir gegrüßt“, welcher bereits Gemeingut des deutschen Volkes geworden, von der frommen Gemeinde gesungen werden

Die Religion des Paulsen'schen Guanohändlers muß auch schon darum für gleichwerthig mit der lautersten Gottesliebe und Nächstenliebe des Christen erachtet werden, weil nach Paulsen eine reale Bedeutung dem religiösen Verhältnisse wenigstens von Seite Gottes nicht zukommt, ihre Bedeutung liegt lediglich in der Vorstellung. Von einem Gebete, wenigstens von Gebeterhörung kann nicht die Rede sein; natürlich der spinozistische Gott entwickelt sich mit immanenter „mathematisch logischer“ Nothwendigkeit. Paulsen schlägt einen experimentellen Weg vor, um Gebetserhörungen zu constatiren. Man soll statistische Erhebungen anstellen, um zu sehen, ob in den glaubenslosen Großstädten mehr Unglücksfälle, Krankheiten usw. vorkommen, als auf dem Lande, wo man um Abwendung derselben betet.

Ich gebe gerne zu, daß man auf Grund dieser Erhebungen kaum eine andere Verschiedenheit in der Wohlfahrt finden würde, als welche durch natürliche Verhältnisse bedingt ist. Denn der Christ betet um zeitliche Güter nur

bedingungsweise, insofern sie seinem ewigen Heile entsprechen. Nun aber hat Christus die Leiden nicht beseitigen wollen, sondern reichliche Mittel geboten (darunter gerade das Gebet), sie geduldig zu ertragen und so zu mächtigen Förderern des Heiles zu machen. Einen Ueberschuß an sittlichen und Heilsgütern würde eine Statistik, wenn dieses Gebiet des inneren Heiligthums ihr zugänglich wäre, allerdings bei den Gläubigen, die beten, ergeben.

Im Grunde hat aber die Statistik hierüber unzweideutige Ergebnisse geliefert. Die präcisen Gradmesser des Elends und der sittlichen Verworfenheit: Prostitution und Selbstmord haben gegenüber dem flachen Lande, das noch glaubt und betet, in den Großstädten ohne Glauben und Gebet ihren Culminationspunkt erreicht.

Aber wozu die Statistik anrufen, da die Thatsache der Gebetserhörungen und der Wunder ebenso sicher constatirt ist, als die Existenz von der Großstadt Berlin ohne Wunder, aber mit umsomehr Elend und Prostitution? Freilich, die freie voraussetzungslose, nur auf Thatsachen sich stützende Wissenschaft hat ein lebhaftes Interesse daran, die Wunder zu leugnen, sie hat sich a priori einen Gottesbegriff construirt, der keine Ausnahme vom Naturgange zuläßt. Deßhalb muß nun trotz der evidentesten Zeugnisse jede Thatsache abgewiesen werden, die nicht in ihren Kram paßt. Wir wissen also recht wohl, was die Forderung Paulsens, die Kirche solle die Mirakel fahren lassen, eigentlich bedeutet. Mit einschneidendem Sarkasmus geißelt diese Zumuthung des Unglaubens an die Kirche der Verfasser des „Rembrandtdeutschen“: „Herr von Egidy wünscht das Christenthum von allen Wundern u. s. w. zu reinigen. Er ist in Dresden gut bekannt. Wie es heißt, soll man jetzt damit umgehen, die viele schöne Leinwand, welche sich in der dortigen Gemäldegallerie und oft kostbar eingerahmt befindet, von allem Oel sowie allen Farbenpigmenten und Firnissen, welche ihr anhaften, zu reinigen“ (Aphor. 420).



Die Ironie, welche sich unserer Kritik des Paulsen'schen Religionssystems beigemischt hat, ist nicht muthwilligem Uebermuthe entsprungen; der neue Religionsstifter fordert selbst zu einer solchen heraus. Difficile est satiram non scribere, trotz das entsetzlichen Ernstes der Sache. Aber noch ein anderer Grund möge unsere Sarkasmen rechtfertigen. Paulsen erklärt selbst, daß er nicht für „Kenner" schreibe, sondern für die akademische Jugend, vorab für seine Zuhörer. In der That ist er kein tiefer Denker, aber seine äußerst gewandte und geistreiche Darstellungsgabe reißt jugendliche Gemüther, die an abstraktes Denken nicht gewöhnt sind, mit sich fort; so erklärt es sich auch, daß seine Schrift in so kurzer Zeit wieder aufgelegt werden mußte. Der Leserkreis, den solche Schriften verführen, wird durch die lächerlichen Consequenzen, die man aus dem neuen Systeme zieht, mächtiger als durch Verstandesgründe belehrt.

LXI.

Aus dem Leben eines großen Erforschers.[1])

Am 20. Oktober 1890 starb zu Triest der als Militär, als Erforscher unbekannter Länder, als Schriftsteller und Linguist gleich ausgezeichnete Sir Richard Burton. Gleich General Gordon und so vielen andern, die sich lange im Orient aufgehalten haben, war Burton in religiösen Dingen ein Eklektiker, d. h. er schätzte und suchte sich das Gute in jeder Religion anzueignen, und schwankte zwischen Katholicismus, Brahmanismus und Sufismus; ungleich Gordon bekehrte er sich auf seinem Todbette und wurde katholisch, Dank den Bemühungen seiner katholischen Frau, einer ge-

1) Bourton Isabel, The Life of Sir Richard Burton with numerous engravings. XVIII, 605 p., IX, 664 p. London, Chapman Hall. 1893. (42 Sh.)

bornen Arundell. Lady Burton hat in der vorliegenden Biographie sich selbst und ihrem Gatten ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Burton dankt es nicht zum wenigsten ihrer Liebe und Opferwilligkeit, daß er so Großes leisten konnte, daß er trotz aller Widerwärtigkeiten und Anfeindungen den Muth und die Lust zum Schaffen nicht verlor.

Die jüngere Generation kann sich keine Vorstellung machen von der Einseitigkeit und Engherzigkeit der höheren Kreise Englands in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, von der Verachtung, mit der man auf alles Ausländische herabsah, von dem Cliquenwesen, das in England herrschte. Richard Burton, der Sohn eines irischen Officiers, hatte seine Jugend in Frankreich und Italien zugebracht, hatte nur kurze Zeit an einer öffentlichen (Latein-) Schule studirt und sich im Auslande die Sitten und Gewohnheiten dieser Länder angeeignet. Verwöhnt von den Eltern, die ihre Kinder gewähren ließen, gingen Richard, sein Bruder und seine Schwester ihre eigenen Wege und gaben durch die Selbständigkeit und die Hinwegsetzung über englische Etikette vielfach Anstoß.

Die Universität Oxford, an die Richard von seinem Vater geschickt wurde, war für einen Jüngling von der Gemüthsart Burtons der ungeeignetste Platz. Der Pedantismus der Professoren, die Fahrlässigkeit und Unwissenheit derselben stieß Burton ab. Der Unterricht unterschied sich wenig von dem der Lateinschulen; Professoren, welche über die orientalischen Sprachen und ihre Literatur Vorträge hielten, gab es nicht. Da Burton bei seinen Lehrern keine Anregung zum Studium fand, da ihn die Gewohnheiten seiner Mitstudenten anekelten, machte er einige tolle Streiche, die seine Entlassung zur Folge hatten. Die Hoffnung des Vaters, der Sohn würde nach Ablauf einiger Jahre ein Fellowship erhalten und so versorgt sein, erfüllte sich nicht. Der Vater kaufte eine Officiersstelle für seinen Sohn, der gegen Mitte der vierziger Jahre in die indische Armee eintrat.

Das indische Klima wirkt sehr entnervend, das Officiersleben mit seinem Kreislauf von Vergnügungen und Lustbarkeiten (die Exercierübungen finden früh am Morgen statt) befördert nichts weniger als Arbeitsamkeit und angestrengtes Studium. Wer trotz alledem sich auszubilden sucht, sich die Sprachen des Landes aneignet, die Geschichte Indiens studirt, erregt mit Recht die Bewunderung seiner Kameraden. Richard Burton schloß sich nicht gegen alle Vergnügungen ab, er übte sich im Reiten, im Fechten, fand großen Gefallen an der Jagd; aber alle diese Uebungen dienten ihm nur als Abspannung. Gewöhnlich studirte er 8 –10 Stunden des Tages und machte in kurzer Zeit solche Fortschritte in den indischen Sprachen, daß er die Examina, für die man sich melden konnte, mit Auszeichnung bestand. Burton war kein Stubengelehrter, der sich auf theoretische Kenntnisse beschränkte, er suchte sich durch Verkehr mit den Eingebornen in der Kenntniß der verschiedenen Sprachen zu vervollkommnen. In seinem Umgang mit den Hindus und Mohammedanern erlangte Burton die Vertrautheit mit der Denkungsart, den Sitten und Gewohnheiten derselben, die ihm später so gut zu statten kam. Seine Kameraden nannten Burton den „weißen Neger". Dieser ahmte die Eingebornen so gut nach, konnte sich so gut verkleiden, daß Officiere und Vorgesetzte, an denen er vorbeiging, ihn nicht erkannten. Sir Charles Napier, der Eroberer des Sindh, wußte die Talente Burtons zu schätzen und gab ihm eine Stelle im Generalstab; später wurde Burton auch bei der Landvermeßung verwendet. Die Freundschaft Napiers und die Freimüthigkeit, mit welcher Burton manche Schäden in der indischen Armee besprach, machten ihm manche Feinde unter den höhergestellten Officieren, die ihn, wo sie nur konnten, zurücksetzten und bei den Direktoren der ostindischen Gesellschaft anschwärzten. Als Burton sich um die Stelle eines Dolmetsch der Armee im Kriege gegen die Sikhs bewarb, wurde ihm ein Officier, der etwas Hindostani verstand, vorgezogen.

Voll Aerger über diese Zurücksetzung nahm er Urlaub und führte seinen Plan, in der Kleidung eines Mohammedaners die großen Wallfahrtsorte Mecca und Medina zu besuchen, mit Glück durch.

Das Buch, in dem Burton seine Pilgerfahrt beschrieben, ist eine seiner tüchtigsten literarischen Arbeiten. Wie es Burton gelang, seine mohammedanischen Begleiter zu täuschen, in welchen Gefahren er geschwebt, welche Geistesgegenwart er an den Tag gelegt, ersieht man mit Interesse aus der Reisebeschreibung. Burkhardt hat bekanntlich die mohammedanischen Heiligthümer nicht betreten, Palgrave und Vambery, besonders der letztere, haben die Länder, die sie durchreist zu haben vorgaben, entweder nicht eigentlich gesehen, oder ihre Berichte vielfach zugestutzt; Burton dagegen hat an Ort und Stelle Aufzeichnungen gemacht und in dem Tempel selbst Skizzen aufgenommen, während die Mohammedaner ihn in Andacht ganz versunken glaubten. Die dunkle Gesichtsfarbe und der orientalische Typus seiner Züge machten Burton unkenntlich.

Diese Pilgerfahrt erweckte indessen Burton manche Feinde, welche ihm seine religiösen Wandlungen vom Protestanten zum Katholiken, vom Katholiken zum indischen Sanyasi (Büßer), vom Sanyasi zum Mohammedaner nicht mit Unrecht zum Vorwurf machten. Das englische Publikum hatte damals keine Ahnung davon, daß viele englische Officiere und Civilbeamte demselben Eklekticismus in religiösen Dingen huldigten. Die mohammedanische Mystik der Sufismus hatte auch später noch große Anziehungskraft für Burton, der oft betheuerte, wahre Frömmigkeit unter den Mohammedanern gefunden zu haben. Burton unterscheidet sich von vielen seiner Landsleute, welche, an dem Protestantismus irre geworden, sich zeitweilig zum Katholicismus hingezogen fühlten, durch die Hochachtung, mit welcher er von der katholischen Kirche sprach. Auf die gefahrvolle Reise nach Mecca und Medina folgte eine nicht minder

schwierige Expedition nach der von keinem Europäer vor Burton betretenen Stadt Harar. Die Rückkehr wurde darum so gefahrvoll, weil einige englische Officiere behufs Erforschung der Küste in der Berberei sich aufhielten. Bald nachdem Burton mit seinen Freunden zusammengetroffen, fand ein nächtlicher Ueberfall des englischen Lagers statt. Burton wehrte sich wie ein Löwe mit seinem Schwerte und entrann mit Mühe dem Tode.

Gleich so manchen trefflichen Officieren der Neuzeit, einem Hamley, Evelyn Wood und andern, nahm Burton Theil am Krimkriege und bewährte als Stabschef des General Beatson und Führer der irregulären Reiterei sein Organisationstalent. Die Mißerfolge der englischen Landarmee im Krimkriege erregten den allgemeinen Unwillen des englischen Publikums. Wie es gewöhnlich geschieht, tadelte und maßregelte man die, welche es am wenigsten verdient hatten, General Beatson und seinen Stabschef. Der Krimkrieg fiel nach Burtons Urtheil so unglücklich aus, weil die Engländer zu hohe Vorstellungen von der Tüchtigkeit ihrer Truppen hatten, weil das Ministerium den Krieg, den es mißbilligte, nur lässig betrieb. Die Engländer verloren ihr Prestige nicht nur in Europa, sondern viel mehr noch in Asien, besonders in Indien, wo man sich in der eitlen Hoffnung wiegte, das englische Joch abschütteln zu können.

Burton benützte die unfreiwillige Muße zu Reisen und wissenschaftlichen Studien. Auf einer Tour nach Frankreich sah Burton seine zukünftige Braut, Fräulein Arundell, auf welche er einen so magnetischen Zauber ausübte, daß dieselbe sich zu ihm hingezogen fühlte und der Schwester, die sie begleitete, bemerkte, dieser Mann wird mich heirathen. Sie wechselte indeß mit ihm nur wenige Worte, erst bei einer späteren Begegnung kam es zu einer Liebeserklärung von Seite Burtons. Da die Verwandten und besonders die Mutter gegen die Heirath waren, wagte Fräulein Arundell nicht, ihr Jawort sogleich zu geben. Die übrigen Glieder

der Familie außer der Mutter gaben endlich nach, die Verlobung sollte nach der Rückkehr Burtons aus Centralafrika stattfinden.

Der größte Afrikareisende unserer Tage, Stanley, verfügte über ungeheure Geldmittel. Burton, der mit Hauptmann Speke zum erstenmal die Reise nach Centralafrika unternahm, sah sich überall gehemmt. Die Geldmittel, welche man ihm zur Verfügung stellte, waren ungenügend, die englischen Beamten, welche sein Unternehmen hätten unterstützen sollen, legten ihm allerlei Hindernisse in den Weg, sein Begleiter Speke war ein guter Waidmann und Botaniker, besaß aber nur geringe Kenntnisse in Geographie und Astronomie. Die ganze Last fiel auf Burton, der allein die Sprachen der Eingebornen verstand, und durch seine Festigkeit den Eingebornen zu imponiren verstand. Selbst eine so riesige Gesundheit wie Burtons war den Strapazen nicht gewachsen: er erkrankte schwer und mußte, nachdem er den See Tanganyika entdeckt hatte, die Erforschung des Nyanza seinem Gefährten Speke überlassen.

Speke war während einer langen Krankheit von Burton mit großer Selbstaufopferung gepflegt worden. Statt dem Versprechen gemäß seinen Kameraden nun ebenfalls zu pflegen, die große Entdeckung erst nach der Genesung seines Freundes bekannt zu machen, benützte Speke die Krankheit seines Führers, um sich das Verdienst der Entdeckung anzueignen und Hauptmann Burton in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Burton scheint die von Speke gegen ihn ausgestreuten Verleumdungen entweder ignorirt, oder denselben wenig Bedeutung beigemessen zu haben, denn er machte nach seiner Genesung eine Reise zu den Salzseen, dem Land der Mormonen. Speke hatte indessen von der geographischen Gesellschaft den Auftrag erhalten, Central-Afrika zu erforschen und entdeckte den (See) Nyanza. Nach Europa zurückgekehrt, fuhr Speke fort, Burton anzugreifen und die gröbsten Beschuldigungen zu erheben. Burton, der

unterdessen Fräulein Arundell geheirathet hatte, nahm den Fehdehandschuh auf und forderte Speke auf, seine Anklagen vor einer Versammlung der geographischen Gesellschaft zu begründen. Als Speke seinen ehemaligen Freund Burton nach langer Trennung unter den Anwesenden erblickte, entsank ihm der Muth. Er verließ die Versammlung, und als er aufgefordert wurde, seine Anklagen gegen Burton zu begründen, verbreitete sich die Kunde von seinem jähen Tod. Burton, der jetzt das Wort erhielt, beschränkte sich auf wenige Bemerkungen und schonte den Ruf seines dahingegangenen Freundes, der sich gegen Burton hatte aufreizen lassen. Eine Discussion würde Burton die Anerkennung gesichert haben, die ihm so lange vorenthalten wurde.

Das Ministerium hatte für einen seiner tüchtigsten Officiere keinen höheren Posten, als den eines Consuls in Fernando Po, die Regierung Indiens dagegen hatte nichts Eiligeres zu thun, als dem Hauptmann Burton den Abschied zu geben, obgleich manche Officiere damals und noch später ihren Gehalt als Officiere und Civilbeamte bezogen. Das Klima in Fernando Po, an der Westküste Afrikas, war so ungünstig, daß Burton seine Frau nicht mitnehmen konnte, sondern sich damit begnügen mußte, dieselbe von Zeit zu Zeit zu besuchen. Wohin Burton immer kam, da machte er sich die Erforschung des Landes und seiner Hülfsquellen zur Pflicht, da studirte er die Sprache, die Sitten und Gebräuche des Landes, da stellte er Mißbräuche ab und zwang die ihm Untergebenen zur Erfüllung ihrer Pflichten. So beliebt ihn seine strenge Rechtlichkeit bei den Gutgesinnten machte, so verhaßt war er manchen seiner Landsleute, welche ihr Ansehen zur Unterdrückung der Eingebornen mißbraucht hatten. Die Capitäne pflegten gleich nach Ablieferung ihrer Depeschen und Briefe abzusegeln, ohne den Kaufleuten und Andern Zeit zur Beantwortung der erhaltenen Briefe zu lassen. Burton erklärte, er würde, wenn das wieder geschehe, Strafmittel anwenden; das wirkte. Manche Neger

hatten durch Drohungen die Europäer eingeschüchtert, auch sie fühlten bald heraus, daß der neue Consul nicht mit sich spaßen lasse.

Die Versetzung nach Santos in Brasilien war eine Beförderung, die um so erwünschter kam, weil sie der Trennung von seiner Frau ein Ende machte, die nun immer, soweit es die Geschäfte erlaubten, seine unzertrennliche Begleiterin war. Burton und seine Frau gewannen sich bald die Freundschaft der Brasilianer und waren in den höchsten Kreisen und am Hofe gerne gesehene Persönlichkeiten. Lady Burton suchte ihrem Gatten alles in allem zu werden, sie theilte mit ihm die Strapazen der Reisen, unterstützte ihn in seinen schriftstellerischen Arbeiten. Die beiden Gatten hatten keine Geheimnisse vor einander, sie waren ein Herz und eine Seele, deßwegen gelang es ihren Feinden auch nie, Zwietracht zu säen. Eine hohe Dame hatte unter anderem das Vertrauen, welches Burton und seine Frau auf sie setzten, benutzt, um durch Briefe, welche sie abwechselnd an Herrn und Frau Burton schrieb, und in denen sie die unschuldigsten Handlungen entstellte, die beiden Gatten gegeneinander aufzuhetzen. Es gelang ihr wohl, ihr verrätherisches Spiel fortzusetzen, aber nicht Mann und Frau zu entzweien. In Brasilien erwarb sich Burton gründliche Kenntniß der portugiesischen Sprache und Literatur, seine Reisen benutzte er zur Erforschung der Hilfsquellen des Landes. Ein Mann wie Burton war für einen Gesandtschaftsposten wie geschaffen, er besaß die ausgedehntesten Kenntnisse und verband mit der Freundlichkeit gegen Untergebene große Festigkeit. Es ist zu bedauern, daß der Kaiser von Brasilien ihn nicht mit der Reorganisation der Armee und Durchführung der nöthigen Reformen betraute, daß England einen seiner tüchtigsten Männer in einer untergeordneten Stellung beließ. Burton theilte mit Gordon, Sir Evelyn Wood und vielen andern dasselbe Loos.

Der Graf von Derby, ein warmer Freund Burtons,

benutzte seine einflußreiche Stellung zur Beförderung des Freundes, dem er die Stelle eines Consuls in Damaskus mit einem Gehalte von 1000 Pfund verschaffte. Für Fortsetzung seiner orientalischen Studien, für Erforschung mancher bisher unbekannter Länderstrecken war Damaskus der günstigste Platz. Die Abwicklung der Geschäfte ließ einem Mann von der riesigen Arbeitskraft Burtons viele freie Tage und Stunden, die auf's beste verwendet wurden. Das Ansehen Englands war, als Burton in Damaskus anlangte, tief gesunken, weil die Consuln sich von wucherischen Juden, welche unter englischem Schutze standen, zu Werkzeugen hergegeben und durch Gewaltmittel die Schulden der Juden eingetrieben hatten. Burton verweigerte sofort seine Mitwirkung zu dieser Bedrückung der ärmeren Klasse durch die Juden, und ließ sich durch Drohungen nicht einschüchtern. Die öffentliche Meinung in England war für Burton; die Bemühungen der Juden Montefiore und Goldsmid in London, den Fanatismus gegen den Consul, der eine Katholikin zur Frau habe, zu entflammen, verfingen nicht. Selbst die protestantischen Missionäre, welche anfangs gegen ihn voreingenommen waren, stellten Burton später das Zeugniß aus, daß er für Erhaltung der Ruhe und des religiösen Friedens mehr als irgend einer seiner Vorgänger gethan habe. Die Feinde Burton's ruhten indeß nicht, bis sie seine Entfernung von Damaskus durchgesetzt hatten. Der wahre Grund von Burton's Abberufung war seine Unterstützung von Mohammedanern in Damaskus, welche katholisch werden wollten. Valerga, der Patriarch von Jerusalem, machte die Absicht dieser Mohammedaner gegen den Rath Burton's der Regierung bekannt; diese schritt sofort ein gegen die Convertiten und gegen den Consul und erwirkte dessen Abberufung. Der wahre Grund wurde von der türkischen Regierung natürlich verheimlicht. Durch die Unklugheit des katholischen Patriarchen verloren die Katholiken Syriens einen ihrer besten Freunde und Beschützer, die

Armen und Kranken einen Engel der Liebe an Frau Burton, die überall, wohin sie kam, die Herzen aller eroberte.

Burton hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten ausgesprochen über die in gewissen katholischen Kreisen ganz auffallende Begünstigung der türkischen Regierung und über die Gleichgiltigkeit, mit welcher man der Unterdrückung der Christen durch die Türken zusehe. Er macht geltend, daß man hierdurch die slavischen Völker dem Katholicismus entfremde und den Russen in die Hände arbeite. Er betonte immer wieder die hohe Aufgabe, welche Oesterreich zugefallen sei, ein Centrum der katholischen Slaven zu werden.

Von 1872 bis 1890 war Burton Consul in Triest und hatte Gelegenheit, die Zustände Oesterreichs und der Donauländer zu studiren. Burton war nicht blind gegen die Schäden und die Mißbräuche des Kaiserreiches, aber erkannte bereitwilligst an, daß vieles sich gebessert. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina fand seinen ungetheilten Beifall, ebenso die Reformen, welche man eingeführt. Dalmatien ist nach Burton bestimmt, eine große Rolle zu spielen, denn es hat herrliche Häfen und liefert treffliche Seeleute. Fiume und manche Häfen Dalmatiens sind weit besser gelegen als Triest.

Das Urtheil Burton's über den Einheitsstaat Italien lautet ungünstig. „Kein Land ist so reich an Bodenerzeugnissen, aber auch nirgends sind die Bewohner so arm als in Italien, infolge der unerschwinglichen Militärlasten. Eine italienische Politik gibt es nicht; die italienischen Minister jagen unerreichbaren Zielen nach. Die Eisenbahnen Italiens, seine Postverwaltung sind schmachvoll, Geschäfte und Handel liegen darnieder infolge der übertriebenen Schlauheit und Gewinnsucht der Handeltreibenden. Italien ist nicht länger das reizende Land von ehemals. Die Freiheit hat in ihrem Gefolge alle die Roheit des Nordens gebracht, aber ohne die Tugenden desselben. Was von dem alten Genius, der Regsamkeit und Thatkraft noch übrig geblieben ist, das ist

kriegerischen Vorbereitungen und Träumen von künftigen Eroberungen gewidmet. Um Ehrlichkeit war es nie schlechter bestellt, das Messer ist König." Burton zählte nie zu den Klerikalen oder zu den Feinden Italiens, sein Urtheil über Land und Leute fällt daher um so schwerer in's Gewicht.

Auf die Wirksamkeit Burtons in Triest, sein Verhältniß zu den höheren Beamten und der Aristokratie von Triest und Umgegend, auf die Reisen, welche seine geschwächte Gesundheit nothwendig machte, kann hier nicht eingegangen werden, so interessant auch manche Einzelnheiten sind. Burton erhielt keine bessere Stellung, ebensowenig die Pension, um die er nachsuchte. Wollte er nicht die Hälfte seines Gehaltes verlieren, so mußte er auf seinem Posten ausharren. Dank seinen schriftstellerischen Arbeiten, ganz besonders dem Erträgniß seiner Uebersetzung von „Tausend und eine Nacht" (die Uebersetzung brachte 10,000 Pfund Reingewinn) konnte Burton Badereisen machen und für seine stark angegriffene Gesundheit Sorge tragen. Während seiner Abwesenheit mußte er natürlich den Gehalt seines Stellvertreters zahlen. Die Regierung that nichts für Burton, richtiger die Regierung in der Regierung, die höhere Beamtenwelt, welche unabhängig von den Staatsministern ihre eigenen Wege geht, wußte alle die Bemühungen zu Gunsten Burtons zu verhindern. Er blieb Consul von Triest, nur zeitweilig wurde er für schwierige diplomatische Missionen verwendet. Man schwankte eine Zeit lang, ob man Gordon oder Burton nach dem Sudan schicken sollte. Beide Männer waren durch Bande der Freundschaft verknüpft. Burton wollte aber die Stelle, welche ihm Gordon in Aegypten anbot, nicht annehmen, weil er wohl wußte, daß zwei so unabhängige Charaktere sich nicht leicht vertragen würden

Für die Wissenschaft war es ein Gewinn, daß Burton in einer untergeordneten Stellung belassen wurde, denn er fand Muße für seine literarischen Arbeiten. Nebst den Beschreibungen seiner Reisen, neben zahlreichen Aufsätzen und

Kritiken in englischen Zeitschriften müssen erwähnt werden seine Monographie über das Schwert, seine Grammatiken einiger indischen Sprachen, seine Uebersetzung von „Tausend und eine Nacht", seine meisterhafte Uebertragung der Lusiaden und der übrigen Gedichte Camoens', ferner seine im Manuskript vollendete Uebersetzung des Catullus und andere Werke, welche Lady Burton herauszugeben gedenkt.

Die vorliegende Biographie enthält einige überaus merkwürdige Kapitel einer Autobiographie Burton's, die leider nicht fortgesetzt wurde, politische Aufsätze und einige schwungvollen Gedichte. Eine wohlfeile Ausgabe der genannten Werke durch Lady Burton kann nur mit Freuden begrüßt werden, denn was ein Burton geschrieben hat, ist anregend und lehrreich. Lady Burton hat bekanntlich die Uebersetzung eines arabischen Werkes „Der Wohlriechende Garten" unterdrückt, obgleich die Buchhändler ihr eine hohe Summe dafür anboten, einmal weil der Inhalt anstößig war, dann weil die Uebersetzung weniger gelungen war. Was hätte Burton nicht leisten können, wenn Bureaukratismus und kleinliches Nörgeln ihm sein Leben nicht verbittert, wenn er zeitig pensionirt worden wäre! A. Z.

LXII.

Katholisch-conservativ und christlich-social.

(Von einem österreichischen Reichsrathsabgeordneten.)

Die politischen Verhältnisse in Oesterreich sind nicht bloß durch die nationale Verschiedenheit der einzelnen Völker und die historische Eigenberechtigung der einzelnen Königreiche und Länder sehr schwer zu beurtheilen, es hat sich zum Ueberflusse seit einigen Jahren eine neue Frage hinzugedrängt, welche vielfach innerhalb der christlichen Parteien selbst Verwirrung hervorzurufen drohte und thatsächlich mitunter hervorgerufen hat: eine Frage, von welcher Manche gefürchtet haben, daß sie unsere Eintracht stören, unsere Kreise gefährden könne. Es ist die Frage des Verhältnisses der katholisch-conservativen zur christlich-socialen Partei. Wir gestehen im vorhinein, daß wir jener Befürchtung nie Raum in unserem Herzen gegeben haben, weil wir der Ueberzeugung sind, daß jede neu erwachsende Partei, die sich die entschiedene Bekämpfung des religionsfeindlichen Liberalismus und die Errettung des christlichen Volkes aus seiner heutigen Nothlage zur ehrlichen Aufgabe gesetzt hat: daß jede solche Partei, sagen wir, nicht bloß lebhaft begrüßt, sondern auch thatkräftig gefördert werden muß.

Beide Parteien, die katholisch-conservative und die christlich-sociale, sind zweifelsohne sehr nahe verwandt. Die erstere ist entstanden, als der Sturm gegen Kirche und Christenthum am wüthendsten tobte, als der Unglaube seinen Siegeslauf durch die Welt begann, als, wie es den Anschein hatte, der Felsen Petri wirklich überwältigt werden sollte, als die Kelle

über das Kreuz schon zu triumphiren begann. Damals schaarten sich opferwillige und kampfesfreudige Männer um das Banner von Golgatha und nach schweren politischen Kämpfen war ein Morgenroth erstanden, das die Einstellung des gesetzgeberischen Kampfes gegen die katholische Kirche verkündete. Auf diese Kämpfe kann die katholisch-conservative Partei mit freudiger Dankbarkeit gegen Gott zurückblicken, der ihr Wirken nicht ohne Segen gelassen. In diesen Wirren und in Folge der liberalen Gesetzgebung war aber der Wohlstand des Volkes tief gesunken. Neben dem Kampfe für die Rechte und Freiheiten der Kirche hatte daher die Partei, weil sie eine Volkspartei im besten Sinne des Wortes war und ist, auch für die Interessen der Bevölkerung einzutreten, und Jahre lang stand sie auch da allein auf dem Plane.

Das Gift, das der Liberalismus Jahre lang in die Herzen des Volkes gesenkt, hatte entsetzliche Verheerungen angerichtet. Schon war es fast in seiner Masse, soweit es die städtische Bevölkerung betraf, religiös gleichgültig, ja religionsfeindlich geworden. Hier fielen die bestgemeinten Worte katholischer Männer auf felsigen Boden, sie wurden vom herrschenden Zeitgeiste, von der Mode weggefegt und die Männer, die sie gesprochen, vielfach beschimpft und mißhandelt. Aber gleichzeitig ging es immer weiter mit dem Wohlstande des Volkes abwärts, immer magerer und dürrer wurden die Arme, die den Hammer führen sollten, immer fahler die Gesichter, immer größer und schauerlicher die Höhlen, aus denen die rothgeweinten Augen der Mütter hervorschauten, die ihren Kindern kein Brod mehr geben konnten. Umgekehrt wuchs der Reichthum Einiger, im Verhältnisse zur Masse des Volkes Weniger, in erstaunlicher Weise. Daß diese Wenigen zumeist nicht Christen waren, sondern aus Sem's Gezelten stammten, trug dazu bei, dem verarmten Christen die bittere Noth um so fühlbarer, entsetzlicher, unerträglicher zu machen.

Da erhoben sich Männer aus diesem selben verarmten, religiös gleichgültig gemachten Christenvolke selbst, um den Kampf für dessen Unabhängigkeit zu beginnen. Der Gegensatz zwischen dem verarmten Christen und dem jüdischen Millionäre schuf zunächst die Antisemiten. Bald aber

wurden die Männer, die in selbstloser Weise ihre Haut zu Markte trugen, gewahr, daß nicht die Negation des Judenthums, sondern die Betonung des Christenthums zur wahren Wohlfahrt erforderlich sei; man las dann vom Lager der „Vereinigten Christen in Wien".

Die Noth lehrt bekanntlich selbst die Könige beten. Das Volk begann sich schon wieder als christliches Volk zu fühlen; der Begriff „Christ" war ihm wieder ein Ehrenname geworden. Der Priester, der früher vielfach bei Seite geschoben worden war, wurde auf seinen Ehrensitz in der christlich-germanischen Gemeinde zurückgeführt; er durfte Wortführer im Kampfe sein, er wurde im Vertretungskörper gewählt; die Kirchen füllten sich wieder; das Volk verlangte christliche Schulen für seine Kinder; es ruft heute laut nach einer Gesetzgebung auf christlicher Grundlage: das ist die christlich-sociale Partei als Partei, in ihren Hauptführern und in der großen Masse der Wiener und niederösterreichischen Bevölkerung. Das also ist einer der Unterschiede, aber zugleich auch der wesentlichste Einigungspunkt zwischen der katholisch-conservativen und christlich-socialen Partei, daß die erstere von den katholischen Grundsätzen ausgehend und als Ausfluß derselben sich der Interessen des Volkes annimmt, während die letztere, aus der Noth des Volkes entsprungen, nach und nach von der Nothwendigkeit christlicher Gesetzgebung sich überzeugte, und diese nunmehr unumwunden verlangt.

Wie wir dieser Partei seit jeher freundschaftlichst nahe standen, so meinen wir, dürfen Alle, die auf beiden Seiten die Sache des christlichen Volkes ehrlich zu vertreten bestrebt sind, für diese Einigkeit in den leitenden Gesichtspunkten das erste Wort des heiligen Augustinus anwenden: In necessariis unitas — im Nothwendigen Eintracht.

Beide Parteien sind im schweren heutigen Kampfe nothwendig: die katholisch-conservative dort, wo es gilt, die Glaubens- und Kaisertreue im Volke zu erhalten, also besonders im streng katholischen Landvolke und in den mitunter ebenso gesinnten städtischen Wahlkreisen; die christlich-sociale dort, wo es sich darum handelt, eine einer streng katholisch gesinnten Partei noch abholde Bevölkerung für die christliche Sache zu

gewinnen, die gewonnene zu erhalten und zu stärken. Das ist also vor Allem die so lange, und vielfach noch, unter dem Banne des irreligiösen Liberalismus geknebelte städtische Bevölkerung. Die Zeit wird dann, wenn wir nur redlich wollen, schon kommen, in der beide Parteien die gemeinsame Fahne des Katholicismus tragen und vertheidigen werden. Auch beim Militär gibt es verschiedenerlei Waffengattungen; sie alle sind nothwendig und gerade in ihrem richtigen Zusammenwirken liegt die Gewähr des Sieges.

Im Nothwendigen also Eintracht, im Zweifel aber Freiheit! Darunter rechnen wir vor Allem die Frage des taktischen Vorgehens. Beide Parteien stehen auf ganz verschiedenem Boden. Das Fortschreiten der christlich-socialen Bewegung, welche ihre Wurzel in der Präponderanz des Judenthums hat, erfordert auch in Hinkunft eine radikalere Bekämpfung alles Jüdischen, während die katholisch-conservative Partei dort fußt, wo die Schädlichkeit des jüdischen Elementes noch nicht so unmittelbar gefühlt wird. Aus dieser verschiedenen Stellung der beiden christlichen Parteien ergibt sich fast naturnothwendig eine verschiedene Taktik für beide in den parlamentarischen wie außerparlamentarischen Kreisen.

Eine Vereinigung beider in einer parlamentarischen Verbindung wäre für beide zugleich nicht gut Das aber, wie jetzt vorgegangen wird, scheint der richtige Weg zu sein, der zum Ziele führen wird. Es ist die Beobachtung des alten Grundsatzes: „Getrennt marschiren und vereint schlagen". Hiedurch wird auch dem Gegner der Kampf erschwert, der sich zwei selbständig operirenden Corps gegenüber sieht, von denen er nur das Eine weiß, daß sie dasselbe wollen. Er muß daher seine Aufmerksamkeit beiden Theilen zuwenden, was eine große Erleichterung für den Kampf jedes der beiden Corps bedeutet.

Im entscheidenden Augenblicke, dort und dann, wo und wann es sich um die wichtigsten Grundsätze beider christlichen Parteien handelt, wo und wann die gemeinsame Fahne in Gefahr ist, wird der gemeinsame Gegner die christlichen Parteien ohnedieß immer vereinigt finden. In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus autem caritas!

In Allem aber die Liebe! Das ist es, was im heutigen Kampfe besonders noththut. Christen wollen wir sein, als Christen wollen wir gelten, und scheinen leider so häufig uns des Wortes des göttlichen Heilandes nicht zu erinnern: „Daran soll man erkennen, daß ihr meine Jünger (daß ihr Christen) seid, daß ihr einander liebet". Mit welcher Schadenfreude mögen unsere gemeinsamen Gegner auf unseren häuslichen Streit blicken, mit welcher Pünktlichkeit, und bald den einen, bald den andern Theil durch bissige Bemerkungen aufstachelnd, verzeichnen sie jedes Wort, das zwischen manchen Blättern beider Richtungen mitunter wirklich unberechtigt das schöne Endziel zu gefährden droht! Unsere Gegner wissen es sehr wohl: gelingt es, uns in persönlichen Conflikten unter uns selbst zu erhalten und aufzureiben, dann haben sie von uns nichts zu fürchten.

Blicken wir daher alle auf den gemeinsamen Gegner, dessen Stärke, dessen Zahl, dessen Mittel, und schauen wir gleichzeitig auf die hohen, heiligen Ziele, die wir uns gesteckt, dann werden wir gewiß bestrebt sein, zu handeln nach dem Grundsatze: „In Allem aber die Liebe!"

Es war uns ein Herzensbedürfniß, uns über die Punkte, die hier so eben beschrieben, auszusprechen. Mögen die Worte allenthalben in unserem theuern Vaterlande ein geneigtes Ohr finden Nicht Anmaßung hat uns diese Worte eingegeben, sondern die aufrichtige Liebe zum christlichen Volke, für das wir ja Alle in beiden Lagern unermüdlich und opferwillig arbeiten wollen. Vielleicht verdienen gerade *unsere* Worte Beachtung, weil wir nie zu den sogenannten „Leisetretern" gehört haben.

Jüngst auf der Generalversammlung des katholischen Volksvereins für Oberösterreich in Linz hat *Alois Prinz Liechtenstein*, der Führer der christlich-socialen Bewegung, dieselben Grundsätze ausgesprochen, die wir gerade zuvor hier niedergeschrieben haben. Es steht also zu hoffen, daß endlich auf beiden Seiten die Nergeleien aufhören, die leider hie und da einen Mißton hineinbringen.

Es liegt uns ferne, Anklagen gegen bestimmte Blätter zu

erheben; wir wissen ja, daß sie es alle ehrlich meinen. Aber vielleicht findet auch dieses gute Wort einen guten Ort.

Das Wort des heiligen Augustinus ist wie speciell für österreichische Verhältnisse gesprochen: In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus autem caritas!

In Deutschland aber möge unsere christlich-sociale Partei hienach eine billige und gerechte Beurtheilung finden!

LXIII.

Zeitläufe.

Europa in Afrika V.: Die Lebensfrage Spaniens in Marocco und seine Neider.

Den 24. Oktober 1893.

Im Sommer v. Js. ist aus Madrid nach Berlin geschrieben worden: „Im gegenwärtigen Augenblick muß in Madrid eine Entscheidung getroffen werden; die maroccanische Frage ist für Spanien seine Stellung als Mittelmeer-Macht, und diese steht brennend auf der Tagesordnung; eine neutrale Haltung Spaniens ist daher nicht länger möglich“.[1]) Die Frage ist freilich schon oft brennend gewesen, ist aber immer wieder abgekühlt worden, selbst wenn es, wie im Jahre 1859, zu einem förmlichen Feldzuge der Spanier und siegreichen Schlachten gekommen war. Ob es nun dießmal nach dem blutigen Ueberfall der Kabylen auf die Spanier bei Melilla anders kommen wird, muß die nächste Zukunft lehren.

Derlei Unthaten der fanatischen Muhamedaner gegen die spanischen Präsidios, zugleich Strafcolonien, und deren Hauptstädte Melilla und Ceuta sind auch nicht neu, sondern

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 8. Juli 1892.

eine fast alljährliche Erscheinung. Nur daß der Angriff dießmal eine ungewöhnliche Wucht annahm und entsprechende Verluste an Todten und Verwundeten zur Folge hatte. Es heißt sogar, es sei der „heilige Krieg" unter der grünen Fahne des Propheten angesagt worden. Se. kaiserliche Majestät in den drei maroccanischen Residenzen, den Sultan, trifft allerdings keine Schuld. Er besitzt keine Autorität über die Stämme der muhamedanisirten Ureingebornen, was die Kabylen oder Berber, im Gegensatze zu den Nachkommen der fremden Eroberer, den Arabern oder „Mauren", sind. Er selbst hat sich mit diesen Stämmen bis tief in's Innere fortwährend herumzuschlagen, befand sich auch eben wieder auf einem solchen Kriegszug. Die Spanier konnten ihre Beschwerde nur bei seinem in Tanger exponirten auswärtigen Minister anbringen. Seinem Herrn kommt es unter Umständen selbst zu Gutem, wenn er einen Vorwand hat, auf die bei uns sogenannten „Riffpiraten" loszuschlagen, und so hat denn auch sein Minister sofort vollständige Genugthuung zugesagt. Wird es dabei sein Bewenden haben?

Von allen Ländern der Nordküste Afrika's, den „Raubstaaten" früherer Jahrhunderte, liegt Marocco den europäischen Küsten am nächsten, sozusagen unter den Fenstern Spaniens, und doch weiß man in Europa am wenigsten davon Als vor drei Jahren der Berliner „Centralverein für Handelsgeographie" sich mit allerlei, wie es scheint bald wieder in's Wasser gefallenen, Plänen zur Nutzbarmachung Marocco's trug, erklärte er: „Eines der wichtigsten Gebiete zur Gewinnung eines Absatzmarktes für europäische Industrie ist Marocco, das mit seinem außerordentlich gesunden Klima, mit seinem fruchtbaren, an Naturprodukten sehr reichen Boden, mit seiner großen Bevölkerung ein in jeder Beziehung äußerst günstiges und ergiebiges Arbeitsfeld darbietet". [1])

---

1) Münchener „Allg. Zeitung" vom 23. Februar 1890.

Aber selbst die große europäische Bewegung zur Unterdrückung des Sklavenhandels ließ Marocco fast unberührt, obwohl es bekannt war, daß dort offen und ungenirt die größten Sklavenmärkte des schwarzen Erdtheils abgehalten und die moslemischen Harems von dort aus mit den Tausenden der benöthigten Eunuchen versorgt werden.[1]) Die Eifersucht dreier europäischer Mächte garantirt eben diesem Lande der gräulichsten Barbarei die Wohlthat des Noli me tangere.

Es existiren ja genug Verträge europäischer Mächte mit Marocco. Im Jahre 1880 wurde in Madrid sogar ein förmlicher Congreß abgehalten, und im Jahre 1887 suchte Spanien eine neue Marocco-Conferenz herbeizuführen. Aber eine dauernde Ordnung vermochten derlei Verträge niemals zu begründen. Es ist sehr bezeichnend, was die Zustände in Marocco waren, die im Jahre 1880 den Zusammentritt der Mächte veranlaßten; nicht minder bezeichnend, daß es sich dabei nicht um Christen, aber um so mehr um Juden handelte:

„Anlaß zu der Convention von 1863 hatte der Unfug gegeben, der seitens der fremdländischen Vertreter mit dem ihnen zustehenden Recht der Schutzverleihung getrieben worden war. Nicht genug, daß alle in Marocco lebenden Ausländer der Jurisdiction der scherifischen Regierung entzogen waren, wurden auch eine große Masse von maroccanischen Staatsangehörigen, in erster Linie die höheren Classen der jüdischen Bevölkerung,

1) In einer Beschreibung der Sklaverei-Gebiete und Karawanen-Wege Nordafrika's heißt es zur ersten Zone: „Sie versorgt die Märkte von Timbuktu und von dort aus jene von Marocco. Die Zahl der auf diesem Platze jährlich verkauften Sklaven schätzt man auf 25,000 und auf 12 bis 15,000 die Anzahl derjenigen, welche nach Marocco geschleppt werden, wo öffentliche Sklavenmärkte stattfinden und die Verstümmelung als ein förmliches Gewerbe betrieben wird". Wiener „Antisklaverei-Monats-Revue" vom 15. Oktober 1889.

aber auch viele Mauren unter der Form von Schutzgenossen aller der Vorzüge theilhaftig, die zu Anfang lediglich den fremden diplomatischen Vertretern und deren Familien verliehen worden waren. Die Schutzgenossen unterstanden der Gerichtsbarkeit der betreffenden fremden Ministerresidenten und Consuln und waren wie diese frei von allen maroccanischen Abgaben. Da alle reichen Israeliten und viele begüterte Mauren sich damit allen bürgerlichen Pflichten entzogen, ohne ihre maroccanische Staatsangehörigkeit aufzugeben, schädigte die Art, wie das Schutzverleihungsrecht angewandt wurde, die scherifische Regierung auf das Höchste, und sie drang daher auf Einschränkung desselben. Die bezüglichen Bestimmungen der Convention von 1863 vermochten dem Uebel nur vorübergehend zu steuern, und 1880 mußte ein neuer Vertrag geschlossen werden". [1])

Den Dank für ihre Bemühungen ernteten die sogenannten christlichen Mächte stets durch ein Maß von Haß und Verachtung, in dem die Maroccaner sogar in der Welt des Islam hervorragen; und es ist noch ein Glück, daß sie eine wirkliche Armee eigentlich gar nicht haben, und die zusammengelaufenen Horden, welche als maroccanisches Heer bezeichnet werden, nur ein reichliches Kanonenfutter für ein Invasionsheer abgeben würden. Die Vertreter der europäischen Großmächte dürfen nicht in einer der kaiserlichen Residenzen, wie überall sonst, selbst in China, Aufenthalt nehmen; wenn der Eine oder andere ausnahmsweise am kaiserlichen Hofe empfangen wird, so ist es die reinste Komödie, die mit ihm gespielt wird, und die sich in den erwidernden Besuchen maroccanischer Gesandtschaften fortsetzt. Das hat England erst vor anderthalb Jahren an seinem Gesandten Sir Evan Smith, der allerdings mit einem sehr reichen Wunschzettel nach Fez kam, in so beschämender Weise erfahren, daß die Meinung Platz griff, man werde in London Ernst machen

1) „Die gegenwärtige Lage der maroccanischen Vertragsverhältnisse" s. Münchener „Allgemeine Zeitung" vom 24. Sept. 1890.

müssen.[1]) Ohnehin waren eben damals die Europäer in Tanger durch einen neuen Aufstand aus den Kabylenstämmen gefährdet. Aber England rief lieber seinen Gesandten ab, und ließ Alles beim Alten. Einer der wenigen Kenner der maroccanischen Länder hatte kurz vorher eine Schilderung der Bevölkerung und ihrer Beherrschung veröffentlicht, welche mit den Worten schloß, im Vergleich zu Marocco sei die Türkei ein Musterland und Aegypten das Ideal eines Staats:

„Der Werth einer Raçe ist nach der Behandlung zu beurtheilen, die sie sich gefallen läßt. In dieser Richtung gibt es kein Volk, welches gleich früh die unmenschlichste Barbarei und Tyrannei sich je gefallen ließ, wie das maghrebinische. Die Sherif-Dynastie ist vielleicht die fluchwürdigste, welche je bestanden. Es gehört nicht hieher, die unerhörten Grausamkeiten zu schildern, welche sich die letzten Herrscher dieses Hauses zu schulden kommen ließen. Als Machtspruch desselben darf wohl der fluchwürdige Ausspruch jenes Muley Abdallah gelten, welcher lautete: ‚Meine Unterthanen haben kein anderes Recht zu leben, als das, welches ich ihnen lasse, und ich kenne kein größeres Vergnügen, als sie selber zu tödten.' Der jetzige Sultan scheint sich zu einer milderen Praxis zu bekennen, wenn auch er des zeitweiligen Anblickes von Haufen abgeschlagener Köpfe nicht entrathen kann. Obwohl noch verhältnißmäßig jung, ist der Sultan eine schlaffe, lebensmüde Erscheinung, der an einer unheilbaren Krankheit hinzusiechen scheint. Man glaubt, Muley Hassan sei leberkrank, und man wird sich erinnern, daß er vor einigen Monaten bereits todt gesagt wurde. Kürzlich hatte er das Unglück, von einem aus einem Käfig entsprungenen Löwen angefallen zu werden, wobei des Sultans Leben an einem Haare hing. Als Opfer wurde ein Negersklave zerfleischt. Es hat in letzterer Zeit wiederholt geheißen, daß der Sultan nach Tanger kommen wolle. Er wird, wenn er gut berathen ist, dieses Vorhaben wohl niemals ausführen. Denn über den Bereich seiner jeweiligen Residenz hinaus ist der maghrebinische Kaiser seines Lebens

1) Berliner „Germania" vom 22. Sept 1892.

nicht sicher. Jede Uebersiedlung aus der Einen Residenz nach der anderen ist eine Art Heereszug, wobei es mitunter auch Gefechte mit Bergstämmen absetzt, die aus ihren Schlupfwinkeln hervorbrechen. Zwischen den Mauren und Arabern einerseits und den Berbern andrerseits herrscht die grimmigste Todfeindschaft. Die Berber aber sind zugleich die größten Widersacher der Dynastie, welche der maurischen Race angehört. Unwillkürlich denkt man an das Chaos, welches über das maghrebinische Kaiserreich — von dem ohnedieß kaum ein Drittel de facto beherrscht wird — hereinbrechen müßte, wenn dem jetzigen Sultan etwas Menschliches passirte. Ohnedieß zerfleischen sich die drei Völker schon in Friedenszeiten in der Bethätigung eines intensiven Raçenhasses."[1])

Es liegt noch ein anderer, für die herrschende Dynastie bedrohlicher Umstand inzwischen, der für ein muhamedanisches Reich gleichfalls eigenthümlich ist. Dieselbe leitet nämlich ihre sehr zweifelhafte Abstammung unmittelbar vom Propheten ab, und gehört mit ihren Mauren zu einer Sekte, den Malekiten, welche den Chalifen in Stambul nicht als ihr religiöses Oberhaupt anerkennt. Aber auch der maroccanische Kaiser wird in dieser Eigenschaft von seinen Unter-

---

1) „Zur Lage in Marocco" s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 20. März 1889. — Von dem Culturzustande in Marocco mag folgende Angabe des Verfassers einen Begriff geben: „In Marocco wurde noch keine Eisenbahnschwelle gelegt und gibt es keine gebahnten Wege. Ein Wagen ist ein so unbekanntes Ding, daß noch vor Kurzem in Tanger ein europäischer Prinz mit einem solchen Vehikel Aufsehen erregte. Während beispielsweise durch die Länder der Balkan-Halbinsel der Pariser Expreßzug saust, auf dem Nil Dampfer bis in die Aequatorialregion hinein in Verwendung stehen, der Buchareſe es sich in einem Coupé der transkaspischen Bahn bequem macht, besteht in Marocco ein einziger Postcurs — zwischen Tanger und den Residenzen — repräsentirt von nacktbeinigen Boten, welche jene Strecke buchstäblich ablaufen und nur des Nachts ruhen, wobei sie eine glimmende Zündschnur zwischen die Zehen befestigen, um die Aufbruchstunde nicht zu verschlafen".

thanen nicht allgemein anerkannt: er hat einen gefährlichen Nebenbuhler an dem Großscherif von Ouesan (Wazzan). Derselbe spricht ebenfalls die Abstammung vom Propheten an, durch eine Tochter Muhameds, steht an der Spitze eines mächtigen Ordens, und seine Würde, als solche auch vom Oberhaupt der Dynastie anerkannt, ist in der Familie erblich. Zugleich ist der Großscherif der größte Grundbesitzer des Landes. Von dem im Herbst vorigen Jahres verstorbenen Träger dieser Würde war seinerzeit viel die Rede. Er war seit 30 Jahren in engen Beziehungen zu Frankreich gestanden, was vor neun Jahren zu einer bitter eifersüchtigen Interpellation in der italienischen Kammer führte.[1]) Einige Jahre später erhob ein Mitglied der großscherifianischen Familie die Fahne des Aufruhrs gegen die regierende Dynastie, um selber zum Throne zu gelangen; und zugleich predigte ein anderer Araber den Vernichtungskrieg gegen die Europäer, als deren Beschützer der Kaiser nun erscheinen mußte.[2]) Ueber den Verlauf der Wirren bis zum Tode des Großscherifs, wie über das Schicksal seiner Söhne, ist Näheres nicht bekannt geworden. Jedenfalls war in der ganzen Welt des Islam dieser „Heilige“ und Wunderthäter eine einzigartige Erscheinung:

„Sidi-el-Hadj-Abd-es-Salam hatte 1856 seine Pilgerreise nach Mekka gemacht, und zwar auf einer französischen Fregatte. Dabei lernte er zum ersten Male die Christen, ihre Denkungsart und Gewohnheiten kennen; auch bekam sein Selbstgefühl einen argen Stoß, da er dem Scheik-ul-Islam in Mekka gegenüber vollständig in den Schatten trat. Obwohl ohne weitere Bildung, war er ein klarer Kopf und verarbeitete seine Erlebnisse in sich; bald nach seiner Rückkehr konnte er, wie Rohlfs mittheilt, über die ihm beigelegte Göttlichkeit seiner Natur Späßchen machen. Dieser Ideengang arbeitete sich bei ihm durch, und

1) Münchener „Allgemeine Zeitung“ vom 13. Juni 1884. (Telegraphischer Bericht.)

2) Correspondenz der Berliner „Germania“ vom 23. Aug. 1890.

wenige Jahre nachher siedelte er von dem heiligen Uëssan nach dem bei den Maroccanern verrufenen Tanger über und brach mit den religiösen Ueberlieferungen. Das rief natürlich unter den ‚Gläubigen‘ eine große Aufregung hervor. Sidi-el-Hadj ging aber noch weiter, er heirathete 1873 in der Kapelle der englischen Gesandten eine Engländerin, nachdem er vorher seine übrigen Frauen entlassen hatte. Der Großscherif würde damit wohl den letzten Faden seiner Verbindung mit der maroccanischen Regierung abgeschnitten haben, wenn er sich nicht unter französischen Schutz gestellt hätte. Das gab ihm einen sicheren Rückhalt und brachte den Franzosen vielen Nutzen, so daß sie dem bisher übermächtigen englischen Einfluß das Gleichgewicht bieten konnten. Er ließ seine Kinder auch europäisch erziehen; das brachte die ‚Gläubigen‘ so auf, daß seine Söhne in Uëssan nicht mehr ihres Lebens sicher waren; der Gouverneur von Uëssan stand selbst an der Spitze ihrer Gegner und wurde auf Ansuchen Frankreichs abgesetzt.“[1])

Im Beginn desselben Jahres waren wieder Geschwader mehrerer Großmächte behufs Ueberwachung nach Tanger gegangen, und in Jahresfrist war Spanien abermals zu einer Expedition gegen die Riffpiraten gezwungen. Die Lage in Marocco erschien so unhaltbar, daß nicht nur in der Presse die „Theilung Marocco's“ erörtert wurde, sondern auch die Diplomatie unruhig geworden seyn soll. Zur Auftheilung des maroccanischen „Kehrrichthaufens“, um den Ausdruck des oben angeführten Verfassers zu gebrauchen, stand nun auch ein vierter Bewerber bereit, nämlich Italien, gemäß seiner am 11. Juni 1884 in öffentlicher Kammersitzung abgegebenen Erklärung: „Italien habe ein sehr wichtiges Interesse, die Bildung eines ausgedehnten afrikanischen Reiches vor seinen Thoren zu verhindern, welches das Gegengewicht der Kräfte im Mittelmeere zerstören und die territoriale Sicherheit Italiens bedrohen würde.“ In Berlin soll damals schon eine geschlossene Phalanx gegen

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 30. September 1892.

die maroccanischen Absichten Frankreichs in Aussicht genommen worden seyn, worin „zugleich die Anerkennung der italienischen Ansprüche auf Tripolis eingeschlossen seyn würde". [1])

Allerdings ist Frankreich unablässig beflissen, seine Anwartschaft auf die Vergrößerung Algiers durch maroccanisches Gebiet zu befestigen, und zwar sowohl in südöstlicher, als in nordwestlicher Richtung. Und es hat Glück; wie es überhaupt in dem Rufe steht, seine afrikanische Politik vielmehr mit den Bekennern des Islam, als mit den Christen zu machen, so zahlt es reiche Pensionen an mächtige Häuptlinge und ergänzt so die guten Geschäfte, die es durch die Freundschaft mit dem religiösen Oberhaupt in Wazzan gemacht hat. Schon vor drei Jahren wurde berichtet, daß die ganze Gegend um die Oasen von Tuat unter dem Einflusse von Frankreich stehe, deren Abtretung dem Beherrscher in Fez vergebens angesonnen wurde. Aber auch in nordwestlicher Richtung arbeiten die Franzosen, um gelegentlich ihre algerische Grenze von Oran aus vorschieben zu können. Damals soll der französische Gesandte sogar den Bau einer Eisenbahn von der Hauptstadt nach der algerischen Grenze, und zwar durch eine französische Gesellschaft angeregt haben, angeblich damit der Kaiser die dortigen unbotmäßigen Landestheile leichter im Zaum halten könne, und gleichzeitig standen die Franzosen in dem Verdacht, mit dem aufrührerischen Araber Mohatar in geheimen Beziehungen zu stehen. [2]) Nach Jahr und Tag wurde aus Madrid berichtet:

„Frankreichs unverholene Absichten, seine nordafrikanischen Besitzungen auf Kosten Marocco's auszudehnen, sind recht

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 13. Februar 1892 und 16. Januar 1893.

2) Aus Madrid in der Berliner „Kreuzzeitung" vom 7. September 1890.

dazu geschaffen, seine Beziehungen zu Spanien noch schlechter zu gestalten, als sie es bereits in Folge der Weinzoll-Frage sind; denn wenn man erwägt, welche Opfer an Geld und Menschenleben Spanien gebracht hat, um in Marocco festen Fuß zu fassen, wird man leicht begreifen, daß es gegebenen Falls vor allen andern Ländern zu einem Eingreifen in die Angelegenheiten dieses Reiches berechtigt zu sein glaubt. Ein solches Eingreifen liegt in nicht ferner Zeit; denn der Sultan steht dem allenthalben ausbrechenden Aufruhr der einzelnen Stämme machtlos gegenüber, und das Land gleitet einem raschen Zerfalle zu. Diese Zustände möchten die Franzosen ausbeuten, um nach ihrer Auffassung Frieden zu stiften. Laut einem, aus Tanger hier eingegangenen, Bericht hat der Kaid Mhaya sich in Oran dem französischen General und Provinzbefehlshaber Détrie vorstellen lassen, und nachdem er seine Verehrung und Anhänglichkeit zu Frankreich betheuert, erklärt, daß er mit seinem ganzen Stamme sich in algerischem Gebiet niederzulassen wünsche, da die in Marocco herrschende Anarchie ein Verbleiben daselbst unmöglich mache. Selbstverständlich hat sich der französische Beamte beeilt, dem Wunsche des Maurenhäuptlings zu willfahren, und hat ihm sofort Ländereien für ihn und seine Leute angewiesen. Andere Stämme werden bald ebenfalls aus Marocco nach Algier übersiedeln und dies wird unsern Nachbarn einen prächtigen Vorwand zu weiterm Einschreiten an die Hand geben. Es ist vorauszusehen, daß an dem Tage, wo Frankreich einen ernstlichen Angriff auf Marocco unternimmt, es sich der Marocco gehörenden, etwa zwei Stunden von der algerischen Grenze entfernten Stadt Uxda, die 4000 Einwohner zählt, bemächtigen, und dieselbe zum Mittelpunkte seiner militärischen Operationen machen wird. Französische Fachblätter, welche diese Frage berühren, lassen diesen Punkt deutlich genug durchscheinen, und ist aus denselben zu ersehen, daß der ganze Feldzugsplan bereits an maßgebender Stelle ausgearbeitet worden ist." [1])

---

1) Aus Madrid in der „Kölnischen Volkszeitung" vom 27. November 1891.

Es muß immerhin etwas daran seyn, wie die merkwürdigen Vorgänge im Jahre 1884 beweisen. Während damals der Kaiser von Marocco in einer Note an die europäischen Großmächte sich über die Uebergriffe und Zudringlichkeiten des französischen Ministerresidenten beklagte und die Mächte ersuchte, ihm gegen die Eingriffe der Republik Schutz zu gewähren, wurde der Gesandte zur Berichterstattung nach Paris berufen. Ueber seine Rückkehr nach Tanger wurde berichtet: „Er wird mit Demonstrationen allgemeiner Sympathie überhäuft. Aus dem Innern des Landes treffen die Vertreter zahlreicher Stämme ein, um den französischen Minister zu begrüßen und um seine Protektion sich zu bewerben. Die Sympathien der Muselmänner äußern sich von Tag zu Tag nachdrücklicher. Dem französischen Minister ist jedoch das Kunststück gelungen, auch das volle Vertrauen des Kaisers und seines Hofes sich zu erwerben, ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß Frankreich von Algier aus die Integrität und die Unabhängigkeit Marocco's als sein eigenstes Interesse anerkennt und mit seiner ganzen Macht dafür einstehen würde. Die französische Wirthschaft in Tunisien hat großen Erfolg bei den dortigen Muselmännern, und die Araber in Algier würdigen von Tag zu Tag besser die Vortheile ihrer Gleichberechtigung inmitten der Franzosen. Diese gute Stimmung verbreitet sich über die Grenzen von Algier und Tunisiens; sie kommt auch in Tripoli und Marocco vor."[1])

Es ist aber wohl zu bemerken, daß diese französischen Freunde nicht unter den eigentlichen Eingebornen zu suchen sind, sondern unter den Arabern, den mächtigen Nachkommen der alten Eroberer. Insbesondere hat das Christenthum mit diesen Verhältnissen gar nichts zu thun, weder in Algier und noch weniger in Marocco. Eher das Gegentheil. Als vor drei Jahren der Senator Pauliat über die algerischen

---

1) Aus London und Paris in der Münchener „Allgemeinen Zeitung" vom 6. Juni 1884.

Zustände Bericht vorlegte, in welchem er insbesondere die gewaltigen Geldopfer hervorhob, die Frankreich alljährlich auf Algier verwendet, bemerkte eine Pariser Correspondenz:

„Pauliat berührt einen Hauptfehler in Algier gar nicht. Anstatt die früher christlichen und dem Christenthum noch in manchen Gebräuchen treuen Kabylen wieder für das Christenthum zu gewinnen, was sehr leicht gewesen wäre, bezahlten die Franzosen arabische Ulemas, um jenen den Koran aufzuzwingen. Deshalb sind die Kabylen, welche fast zwei Drittel der Eingeborenen ausmachen und seßhafte Ackerbauer sind, heute mohammedanischer und franzosenfeindlicher, als sie es in den ersten Jahren der Eroberung waren. Diese Bedrückung der Kabylen dauert noch fort; der Cardinal Lavigerie und seine Vorgänger hatten stets Schwierigkeiten mit der Regierung, welche in jeder Weise die Bekehrung der Eingeborenen, selbst der von der Gasse aufgelesenen Waisenkinder, zu verhindern sucht. Die Kabylen bilden Gemeinden, von denen schon viele Barmherzige Schwestern und christliche Lehrer verlangt haben, während die Regierung die Zusendung derselben stets zu verhindern sucht. Die kirchenfeindliche Politik ist es, welche Frankreich verhindert, festen Fuß in Algier zu fassen." [1])

Als vor bald zwei Jahren die Kriegsschiffe der Mächte vor Tanger sich sammelten, weil die ganze Umgegend gegen den Pascha wegen des von ihm geübten Steuerdrucks in Aufruhr begriffen war, da beschuldigte das ministerielle Blatt in London die Franzosen, daß sie Marocco annexiren wollten und in dieser Richtung Umtriebe machten. Dabei gab das Blatt die interessante Erklärung ab: „es sei ziemlich gleichgültig, wer das Land besitze, wenn nur Tanger englisch sei oder unter englischer Controlle stehe; Tanger sei schon einmal englisch gewesen. und es sei auch heute noch für den Besitzer von Gibraltar von größter Bedeutung." Dem setzte das halbamtliche Blatt in Paris die Drohung entgegen: „Es ist nützlich, wenn man in London jetzt schon

---

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 28. Dezember 1890.

weiß, daß Frankreich eine Besetzung des Platzes nicht dulden würde. Nein, wir werden ein solches Attentat nicht geschehen lassen. Der Gewaltstreich Englands in Egypten hat unser Ansehen im Orient vernichtet und das europäische Gleichgewicht im Mittelmeer auf unsere Kosten zerstört; ein Gewaltstreich Englands auf Marocco wäre ein Akt des Krieges gegen unser Algier; es wäre eine Gefährdung unseres ganzen afrikanischen Reiches. Es gilt, rasch zu handeln und fest aufzutreten. Wir müssen sofort unser Mittelmeergeschwader nach Tanger schicken und in London zu wissen thun, daß Frankreich noch existirt und von England sich weder betrügen noch verhöhnen läßt." [1])

Zwischen diesen zwei Mühlsteinen windet sich nun **Spanien**. Die Engländer in Tanger würden für Spanien ein zweites Gibraltar bedeuten, und schon das Eine ist seit mehr als anderthalb Jahrhunderten der schmerzende Pfahl in seinem Fleische. [2]) Auch der spanische Besitz in Ceuta und Tarifa schwebte in steter Gefahr, sobald in Tanger die englische Flagge entfaltet wäre. Ohne das Zurückweichen Spaniens an diesem entscheidenden Punkte ist aber ein Zu-

---

1) „Wochenblatt der **Frankfurter Zeitung**" vom 10 Jan. 1890.

2) Von Zeit zu Zeit erfolgt auch der Schmerzensschrei. Aber auch ein ausländischer Beobachter hat schon vor 40 Jahren seinen Unwillen über den „abscheulichen Egoismus" geäußert, mit dem England von Gibraltar aus seine eigenen Interessen auf Kosten Spaniens verfolge. „Nicht genug, daß sie sich eines der kostbarsten Diamanten der spanischen Krone bemächtigt haben, protegiren sie auch trotz der Handelsverträge, die zwischen Spanien und England bestehen, durch Kanonengewalt den Schmuggelhandel auf eine so unverschämte Art und Weise, daß Gibraltar wenig mehr als ein Raubnest ist. Und während ehrliche Reisende, wenn nur ein Buchstabe an ihren Papieren fehlt, Stunden lang am Thore warten müssen, gestattet man dem gemeinsten Verbrecher Spaniens, der sich vor dem Gesetze flüchtet, nicht bloß politischen Flüchtlingen — ohne Weiteres den Eingang." M. **Willkomm**: „Zwei Jahre in Spanien." Leipzig 1852. II. Bd. S. 319.

sammengehen mit England nicht möglich. Als General O'Donnel im Jahre 1860 nach einer Reihe glänzender Siege sich Tetuan's bemächtigt hatte und auf Tanger marschirte, händigte der englische Gesandte in Madrid der spanischen Regierung die Erklärung ein, daß nach Ansicht des britischen Kabinets eine Besetzung Tangers durch Spanien absolut unverträglich sei mit der Sicherheit Gibraltars, und daß es daher das Einrücken spanischer Truppen in diesen Platz nicht gestatten würde.[1]) Mit diesem Vorbehalt wäre England allerdings gegen die französische Begehrlichkeit zu haben. Erst noch im Anfang des vorigen Jahres glaubte man in Paris sogar an einen Vorschlag Englands in Madrid, welcher Spanien für den Ernstfall den erforderlichen Kostenvorschuß für den Interventionskrieg anbiete, nach dessen erfolgreicher Beendigung die Theilung Marocco's in der Weise vorzunehmen wäre, daß Spanien die Nordküste von Algier bis zur Straße von Gibraltar, England dagegen Tanger nebst der maroccanischen Westküste erhalten würde.[2]) Inzwischen war die Mission Sir Evan Smith's in Fez schmählich gescheitert, und mit den Erklärungen, die ein Pariser Berichterstatter von dem spanischen Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes erhalten haben wollte, wird es seine Richtigkeit haben:

„Spaniens Stellung zu der maroccanischen Frage ist durch seine geographische Lage, seine historische Tradition und die Stimmung seiner öffentlichen Meinung genau vorgezeichnet. Alle drei Factoren ergeben dasselbe Resultat: Wir wollen uns Marocco nicht aneignen, aber wir werden unter keinen Umständen dulden, daß eine andere europäische Macht dort festen Fuß fasse. Die europäische Macht, um die es sich hier natürlich in erster Linie handelt, ist England. Die Bestrebungen Englands, in Marocco festen Fuß zu fassen, sind bekannt. Das Land würde durchaus seinen Wünschen entsprechen und ganz besonders würde

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 31. Oktober 1891.
2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 13. Februar 1892.

ihm natürlich der Besitz von Tanger passen. Es möchte gern den Zugang zum Mittelmeer in noch wirksamerer Weise beherrschen, als jetzt. Es hat, wie wir wissen, zu diesem Zwecke auch ein Auge auf unsere Canarischen Inseln geworfen. Die Occupation von Tanger würde aber die Krönung seiner Wünsche bilden. Auf friedlichem und diplomatischem Wege wird es diese seine Wünsche nicht verwirklichen können, wie auch wieder die Vorkommnisse der letzten Tage lehren. Es bliebe nur die Gewalt. Aber das wäre auch das Signal zum Allarm. Europa könnte nicht ruhig zusehen, wenn England sich an einem seiner wichtigsten Einlaßthore eigenmächtig als Thorwart hinstellte, und insbesondere Spanien müßte in einem solchen Falle die Hand zum Degen führen. Das Mittelmeer ist ein lateinischer See, und England hat da nichts zu suchen. Aber, wie gesagt, nur in diesem Falle würden wir mit bewaffneter Hand vorgehen. Wir denken aber nicht daran, Marocco zu erorbern und für uns zu behalten. Wir wollen, daß es unabhängig bleibe und weiter sich selbst verwalte. In diesem Jahrhundert haben wir eine große Expedition dorthin unternommen. Wir haben eine Armee von 45,000 Mann hingesendet, wir haben 25 Schlachten geschlagen und 25 Siege erfochten. Wir haben Tanger und die anderen großen Plätze des Landes erobert, aber wir haben Alles das wieder aufgegeben. Aus einem einfachen Grunde: die Behauptung des Erworbenen hätte uns zu viel Geld und Menschenleben gekostet. Die Maroccaner sind ein kriegerischer, blutdürstiger und schwer zu bezähmender Stamm, und was die Geldopfer anlangt, so haben wir ein warnendes Beispiel vor Augen in der Colonial-Politik Frankreichs, Deutschlands und Italiens. Wir haben keine Lust, unsere Finanzen ähnlichen Gefahren auszusetzen. Marocco soll also selbstständig bleiben. In der ganzen maroccanischen Frage sind unsere Interessen identisch mit denjenigen Frankreichs. Auch dieses ist Marocco durch Algier benachbart und könnte nicht ruhig zusehen, wenn dort und am Saume des Mittelmeeres sich England festsetzen würde. Auch Frankreich will, wie wir, die Unabhängigkeit Marocco's. Es ergibt sich also auf die natürlichste Weise von der Welt ein Einvernehmen zwischen Spanien und Frankreich in der maroccanischen Frage. Ob dieses Einvernehmen in der

letzten Zeit zu formellen Abmachungen geführt hat, ist mir nicht bekannt." [1])

Man darf freilich nicht vergessen, daß jetzt wieder ein liberales Ministerium in Spanien an's Ruder gekommen war, und bei der liberalen Partei überwiegt der französische Einfluß. In Berlin steht derselbe sogar in dem Verdacht, mit allen Mitteln auf den Sturz der Monarchie und die Wiedereinführung der Republik hinzuarbeiten, jedenfalls aber die Annäherung Spaniens an den Dreibund um jeden Preis zu verhindern. Darum liebt man es auch, in allen den häufigen Straßenunruhen, anarchistischen Umtrieben, ja sogar in den spanischen Arbeiterausständen die französische Wühlerhand zu erblicken; und darum ist auch, namentlich seit dem prunkvollen Erscheinen der außerordentlichen maroccanischen Gesandtschaft in Berlin vor fünf Jahren, Marocco der einzige Theil der großen orientalischen Frage, an der auch der „alte Curs" ein Interesse nehmen mußte. „Das ‚Bischen Marocco' ist voraussichtlich das Feld, auf welchem entweder Frankreich sich aus Spanien ein willenloses Werkzeug schafft oder aber Deutschland einen hinsichtlich seines westlichen Nachbarn nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen gewinnt." [2]) Einen Mitkämpfer also im Rücken Frankreichs, während dort ein Sprichwort sagt: Afrika beginne für Frankreich hinter den Pyrenäen!

Selbstverständlich fehlt es in Spanien nicht an Männern, die für energisches Auftreten einstehen, und diesen sogenannten „Maroccanern" steht die conservative Partei nahe. Aber auch ihrer Regierung erübrigt immer nur, die Franzosen bis auf Weiteres mit den Versicherungen der strengsten Neutralität zu beruhigen. „So ist auch", erzählte vor zwei Jahren das conservative Hauptblatt in Berlin, „dieser Tage eine ähnliche Erklärung durch den spanischen Botschafter in Paris

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 21. Juli 1892.
2) Aus Madrid in der Berliner „Kreuzzeitung" vom 8. Juli 1892. — Vgl. Nr. vom 12. Februar 1889.

abgegeben worden, wodurch aber keineswegs jene Worte aus der Welt geschafft werden, die der spanische (conservative) Ministerpräsident kürzlich mit Bezug auf die Neutralität Spaniens ausgesprochen hat. Derselbe sagte: ihm sei es noch zweifelhaft, ob nach Ausbruch eines großen europäischen Krieges Spanien trotz seiner isolirten Lage nicht doch in den allgemeinen Kampf mit hineingezogen werde, deßhalb müsse es seine Rüstung vervollständigen, um für alle Fälle gewappnet zu seyn". Das Blatt fügt bei: wer sich nur einigermaßen einen klaren politischen Blick bewahrt habe, für den sei es unzweifelhaft, daß Spanien den großen europäischen Krieg dazu benutzen werde, um Marocco zu occupiren; ein spanischer Ministerpräsident, der auf diesen Plan verzichten würde, sei undenkbar, möge nun die conservative oder die liberale oder die republikanische Partei am Ruder stehen.[1])

In der That ist es nur zweifelhaft, ob die Marocco-Frage den „großen europäischen Krieg" abwarten oder ob ihre Entwicklung ihn herbeiführen wird. Ihre colonialpolitische Bedeutung tritt ganz in den Hintergrund vor der Gefahr einer Aufrollung der Mittelmeer Frage; das ist eigentlich ihr wahrer Name. Und an ihr sind nun, nachdem unter deutscher Vormundschaft auch Italien als minderjähriger Erbe angemeldet ist — weil, wie das preußisch-conservative Blatt sagt, „die Erwerbung von Tripoli durch Italien in das politische Zukunftsprogramm aller italienischen Parteien aufgenommen ist"[2]) — sämmtliche großen Mächte betheiligt, wegen der andern Meerenge natürlich auch Rußland. Für Spanien aber ist zu wünschen, daß ihm je eher, desto lieber frische Luft zuwehe, damit es nicht in dem Sumpf des verrotteten Treibens der abgehausten „bürgerlichen" Parteien endlich doch noch thatenlos erſticke.

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 12. Oktober 1891.
2) A. a. O.

LXIV.

Noch einmal: Ebers und Josua.

Ihre ausgezeichnete Zeitschrift brachte einen Aufsatz „Ueber Josua von Ebers“,[1]) gezeichnet „Dr. Schenz“, der wegen des hohen Ansehens der „gelben Blätter“ manche Katholiken, welche der kirchenfeindlichen Romandichtung ferne stehen, zu unrichtiger Auffassung und falschen Schlüssen führen könnte. Denn Ebers wie sein „historischer“ Roman werden mit Lobsprüchen überhäuft. Es dürfte daher das Wort: Andiatur et altera pars wohl am Platze sein, um Katholiken vor Schaden (Geld- und Zeitverlust) zu bewahren.

Ueber den Schriftsteller sagt der Verfasser: „Unbestritten ist Ebers ein Meister des Stiles; unbestritten steht er auf christlichem Standpunkt“ (112, 348). Man muß es „rühmend anerkennen, daß Ebers alles zu vermeiden trachtet, was das gläubige Gemüth zu verletzen geeignet wäre“ (112, 347). „Populär machten ihn seine historischen Romane (Homo sum u. s. w.), durch welche er mit Gustav Freitag [2]) und Viktor Scheffel erfolgreich um die Palme ringt“.

---

1) Ursprünglich ein Vortrag im „Literarischen Verein“ zu Regensburg.

2) Freitag steht auf dem protestantisch-preußischen Standpunkte und kann „schneidige, ganz überflüssige Bemerkungen“ über Glauben, Mönche u. s. w. nicht lassen. Seine „Bilder aus der deutschen Vergangenheit“ haben mancherlei sittlich Anstößiges. — Gibt es keine katholischen Romandichter?

Wir meinen: wer Ereignisse, die nach den ausdrücklichen Worten der Bibel als Wunder angesehen werden sollen (z. B. Ex 14), auf natürliche Weise zu erklären sucht, der steht nicht auf christlichem Boden. Man darf auch nicht glauben, daß Ebers etwa aus ästhetischen Rücksichten den Wundern ausweiche. Was er im Romane über den Durchzug durchs rothe Meer sagt, hat er in „Palästina" II, S. 257 f. wissenschaftlich zu begründen gesucht.

Was aber die von Hrn. Dr. Schenz hervorgehobene schonende Rücksichtnahme des Dichters auf das gläubige Gemüth betrifft, so ist dieses Lob jedenfalls nicht auf alle Romane desselben auszudehnen. In seinem „Homo sum" ist das christliche Princip der Askese angegriffen; in dem Roman „Serapis" wird das Christenthum in scharfen und unvortheilhaften Gegensatz zu dem gebildeten, schönheitsdurstigen Hellenenthum gestellt.[1])

Der Inhalts-Skizze, welche Dr. Schenz in seinem Vortrage von dem Roman „Josue" entwirft, stellen wir die bündige und, wie uns drückt, zutreffende Erörterung gegenüber, welche Hermann Schütze im „Kunstwart" (Dresden, 4. Dezember 1889) gibt. Darin heißt es:

In dem Titel („Josua, eine Erzählung aus biblischer Zeit") liegt eine Irreführung für den Bibelkenner. Der Roman hat nämlich nicht etwa die Geschichte des Josua zum Hintergrunde, wie sie uns im gleichnamigen biblischen Buche erzählt wird, sondern er schildert den Auszug aus Aegypten nach dem 2. Buche Moses' und einige Erlebnisse in der Wüste. Während wir nun nach dem Berichte des Pentateuch bei diesen Begebnissen den Moses als die Seele und die starke Hand zu betrachten gewohnt sind, die alle jene Thaten lenkt, läßt Ebers diesen fast ganz in den Hintergrund treten und gruppirt dafür mit einer Rollenvertauschung die Haupthandlung um Josua. Doch sehen wir davon ab — der Hintergrund jener Zeit ist so großartig, daß man von einer Bearbeitung des Stoffes ein

1) Vgl. den Artikel „Popularisirung der Geschichte" in: Geschichtslügen (9. Aufl.) S. 84.

mächtiges, ein männlich ernstes Werk zu erwarten sich berechtigt glaubt. Leider aber hat Ebers auch aus dieser Geschichte, die der Bericht der Bibel wie mit Marmorblöcken vor unserm Auge aufbaut, weiter nichts zu machen verstanden, als eben einen Ebers'schen Roman. Man kann die Vorstellungen, die man von ihm gewinnt, nicht ablösen von den Erinnerungen, die aus der Darstellung im Pentateuch her in der Seele leben — man vergleicht, und im Vergleich erkennt man so recht die ganze wässerige dünne unserer modernen Romansprache und im vorliegenden Falle die der Ebers'schen Darstellungskunst.

Das Buch beginnt mit einer Schilderung des Schreckens, den das Sterben der erstgeborenen Söhne gelegentlich des Auszugs der Israeliten in allen Häusern der Aegypter hervorgerufen hat. Nur wenige Israeliten sind zurückgeblieben (nach dem Pentateuch keine); unter ihnen befindet sich Hosea, wie er später genannt wird: Josua, der unter den Aegyptern die Stellung eines Feldhauptmanns bekleidet. Auf Zureden der Räthe des Königs sendet ihn Pharao dem Volke nach, um es wieder zur Rückkehr zu bewegen; denn man vermißt die israelitischen Arbeiter sehr ungern. Die Bemühungen Josuas scheitern an der entschiedenen Weigerung der hebräischen Volksführer, und Josua kehrt seinem Schwure getreu wieder zu Pharao zurück. Er entzweit sich bei dieser Gelegenheit mit Mirjam, der prophetischen Schwester des Moses, welche nun voll Erbitterung das stille Herzensbündniß mit Josua löst und sich mit dem greisen Hur (dieser Name kommt im Pentateuch nur als der eines midianitischen Königs vor, 3. Mos. 31, 8) vermählt. Bei der Zurückkunft ist Josua's bisheriger Beschützer gestorben, seine Feinde unter den königlichen Räthen haben Oberwasser, er wird in Ketten gelegt, in die Bergwerke geschickt und erleidet dabei für die jugendliche Romanleserin höchst aufregende Gefahren. Während dem hat eine Sturmfluth den bekannten Durchgang der Israeliten durch's rothe Meer ermöglicht, die verfolgenden Aegypter kommen aber glücklicherweise darin um; Josua seinerseits wird befreit und stößt zu den Seinen; Mirjam singt den Lobgesang des Moses

aus dem Exodus. Es werden noch die nächsten Erlebnisse des Volkes in der Wüste an der Hand der biblischen Vorstellung, nur wesentlich breiter, geschildert, bis — nun, bis Ebers aufhört. Das geschieht dort, wo Moses erkennt, das zügellose Volk brauche ein Gesetz. Da aber der Roman eben nicht von Moses handelt, so hat zum Schluß Josua noch ein Traumbild, in dem er irgend einen zukünftigen besseren Ersatz für das Gesetz ahnt; mit diesem Ausblick auf einen künftigen anderen Josua — Jesus — schließt die Erzählung. Dies zur Kennzeichnung des „Planes“.

Schließt sich der Verfasser bei der ganzen Erzählung ziemlich eng an biblische Berichte an, wennschon an andere, als er durch die Wahl des Josua zum Helden vermuthen läßt, so fällt im Gegensatze zu seiner Gepflogenheit, die ängstlich auch an Kleinigkeiten haftet, die Willkür großen Wichtigkeiten gegenüber doppelt auf. So die Rolle, die Ebers dem Josua zutheilt, der in den Berichten der Bibel überhaupt nicht vor dem Kampfe mit den Amalekitern auftritt. Heißt es doch über seine bisherige Stellung (4 Mos. 11, 28 nach Stier's berichtigender Deutung des Grundtextes): er war „Moses Diener von Jugend.“ Von Mirjam wird nirgends in der Schrift gemeldet, daß sie verheirathet gewesen sei. Derartigen Aenderungen der geschichtlichen Thatsachen und Persönlichkeiten gegenüber muß man denn doch erklären: sie sind nicht Aeußerungen einer künstlerisch schaffenden Phantasie, die das lückenhaft Gegebene vertieft, deutet, abrundet zum vollen klar dastehenden Bilde, sondern Griffe einer schriftstellerischen Handwerkstechnik, angebracht zur Einführung von Liebesgeschichten und anderen Zugaben, wie sie der Durchschnittskunde für sein Geld nun mal haben will. Hierzu kommen noch andere thatsächliche Unrichtigkeiten und stimmungraubende Unwahrscheinlichkeiten, die ja weniger schwer in's Gewicht fallen, deren Dasein aber erwähnt werden mag, weil die Herren Verfasser solcher „archäologischen Romane“, wenn auch nur als auf einen nützlichen Nebenzweck ihrer Schriften, deren wissenschaftliche Zuverlässigkeit und damit die Verbreitung nützlicher geschichtlicher Kenntnisse so gern für sich in Anspruch nehmen. Es ist doch

wohl ziemlich unwahrscheinlich, daß die Israeliten (wie es bei Ebers etwa zehnmal vorkommt) den Schlachtruf „Jehovah das Panier“ angestimmt haben. Denn der Name Jehovah (Jahve) wurde von Anfang an bei den Juden nur mit großer Zurückhaltung angewendet; später durfte ihn bekanntlich nur noch der Hohepriester im Allerheiligsten aussprechen.

Stellt man endlich die erwähnten Thatsachen, daß Ebers sich sklavisch an Berichte der Schrift hält, neben die andern Thatsachen, daß er dann wieder Rationalistenerklärungen[1]) hervorsucht, so vervollständigen solche Züge das Bild der Einheitslosigkeit und Unklarheit in der Auffassung des Stoffes durch den Verfasser. Ebers erwähnt im Vorwort, das Schaffen des Werkes habe ihm „Freude und innere Erhebung“ verursacht. Einen gleichen Eindruck konnte ich nicht gewinnen, mir erschien das Buch als allerschwächste unter des Verfassers erzählenden Schriften. — Soweit der „Kunstwart“.

Ich schließe mit dem Warnungsrufe, den schon im Jahre 1889 in der Salzburger „Warte“ (4, 556) Anton Weber erhoben hat: „Dahn, Ebers, Hamerling dürfen einer katholischen Familie nicht empfohlen werden. Tendenzschreiber im schlimmsten Sinne ist der erste; Ebers hüllt manchmal seine Absichten in fremdes Gewand, zeigt sich aber in katholischen Fragen sehr unwissend, indem er z. B. seinen Helden wiederholt einer „Abendmesse“ beiwohnen läßt. Hamerling fehlt gegen historische Treue und Sittlichkeit.“

---

1) Die Feuersäule wird zu einer von den Pechfackeln beleuchteten Staubwolke, Moses' Wunderstab verwandelt sich in einen gewöhnlichen Wanderstab, das rothe Meer hat ein starker Wind getrocknet.

LXV.

Card. Pitra's Biographie Libermann's.[1])

Die Lebensgeschichte des Stifters der Congregation vom hl. Herzen Mariä und ersten General-Superiors der mit dieser vereinigten Congregation vom hl. Geist kann in der Gegenwart, wo die Frage der Colonisation Afrika's in den Vordergrund getreten und damit auch das Missionswerk der Väter vom hl. Geist in den Kreis der öffentlichen Discussion gezogen wurde, Anspruch auf Beachtung in weiteren Kreisen erheben. Eine deutsche Ausgabe der von Cardinal Pitra's Meisterhand geschriebenen Biographie, die in Frankreich bereits eine Reihe von Auflagen erlebt hat, erscheint daher durchaus berechtigt, und dies um so mehr, da es sich um einen Elsäßer handelt, dessen gesegnetes Wirken geschildert wird, dessen Persönlichkeit und Schicksal übrigens an sich schon merkwürdig genug ist, um Interesse und Theilnahme zu erwecken.

Libermann's Lebensgang war ein stilles unblutiges Martyrium, die Geschichte eines harten und entsagungsvollen, aber in Beharrlichkeit sieggekrönten Kampfes, das Werden, Ringen

1) Leben des Ehrw. Dieners Gottes Franz Maria Paul Libermann. Von Kardinal Johann Baptist Pitra. Nach der 4. Auflage des französischen Originals gefertigte und vom Verfasser († 9. Februar 1889) genehmigte deutsche Ausgabe von J. Müller, Priester der Diöcese Rottenburg. Stuttgart, Roth. 1893. VIII. 496 S.

und Ende eines „geistigen Athleten.“ Schon von früh an legte er, der schwächlichste unter seinen Brüdern, Proben des Bekennermuthes ab. Jakob Libermann (geb. 1804) war einer der fünf Söhne des im Elsaß angesehenen, durch talmudische Gelehrsamkeit und finstern Zelotismus berufenen Rabbiners Lazarus Libermann in Zabern, welche sämmtlich zum Entsetzen des Vaters in jungen Jahren und kurz nacheinander zum Christenthum übertraten.

Den Anfang machte der älteste Bruder, Samson, neben Jakob der begabteste, der als Arzt in Straßburg durch den Generalvikar Liebermann den Weg zum Christenthum fand und dann die Bildung einer Gesellschaft zur Ausbreitung der christlichen Religion unter den Juden (1824) anregte, die von ungeahnten Erfolgen begleitet war und auch die Bekehrung zweier anderer Brüder (Felkel und Samuel) bewirkte. Auf Jakob, der bereits alle Stufen des rabbinischen Unterrichts durchlaufen, hatte der Vater nun noch seine einzige Hoffnung gesetzt, und die geistige Entwicklung des Sohnes, seine staunenswerthe Gewandtheit und feurige Dialektik, die er bei den talmudischen Discussionen bekundete, schien diese Hoffnung zu rechtfertigen.

Aber auch er, der bei der Nachricht von der Conversion des älteren Bruders Trauerkleider angelegt und eben noch lebhaft gegen die Schritte Samsons in Briefen geeifert hatte, wurde von einem Strahl der Gnade getroffen und empfing an Weihnachten 1826 die Taufe. Es ist ein merkwürdiges Stück Familiengeschichte, ergreifend durch den furchtbar schmerzlichen Kampf, den die Söhne gegen den Vater und seinen altjüdischen Ingrimm zu bestehen hatten. In dieser Uebergangsperiode spielte besonders David Paul Drach, der gelehrte Orientalist und selber Convertit, eine edle Rolle als Helfer und Vermittler, aber noch in späten Tagen erinnerte sich derselbe nur mit Schaudern der Briefe des wüthenden Rabbiners und seiner Verwünschungen gegen die christlich gewordenen Söhne und die Religion des Kreuzes.

Nach seiner Taufe fand Jakob, der nun Franz Maria hieß, Zuflucht im Collegium St. Stanislaus zu Paris und später

(1828) Aufnahme im Seminar St. Sulpice. Dreiundzwanzig Jahre alt, hatte er fortan keinen andern Wunsch, als geistlich zu werden, obgleich der Zustand seiner von Hause aus schwächlichen und kränklichen Natur diesen Wunsch zu vereiteln schien. In der That galt es ein zehnjähriges Dulden und Kämpfen gegen die Ungunst physischer und anderer Einflüsse. Die Geschichte dieser zehn Jahre, seine fortschreitende innere Entwickelung, seine Kämpfe und Versuchungen, die Art und Weise, wie er unter den schwersten, ja fast unübersteiglichen Hindernissen, unter unsagbar leiblichen und seelischen Prüfungen — in Folge einer anscheinend unheilbaren Krankheit von der Irregularität betroffen — zuletzt dennoch, mit 37 Jahren, Priester wird (1841): das bildet in dem Buche ein psychologisch interessantes Kapitel.

Diese zehn Jahre dienten aber dem stillen Dulder gerade als die eigentliche Vorbereitungszeit für sein Apostolat. Wir sehen, wie er als Akolyth im Seminar von Issy (bei Paris), wo er aus Mitleid gastliche Aufnahme fand, sein apostolisches Werk im Kleinen — in der Pförtnerstube, im Krankenzimmer, bei den neu ankommenden Zöglingen — beginnt und übt, und damit seine Kräfte für die zukünftige Aufgabe erprobt. Diese große Aufgabe aber wuchs ihm unvermuthet wieder in seiner Umgebung zu: in zwei jungen Creolen, welche von der Insel Bourbon und S. Domingo ihm zugeführt wurden, F. Le Vavasseur und Eugen Tisserand. Ein gemeinsames Streben und das Interesse für das Heil der Schwarzen hatte die zwei aus fernen Welttheilen kommenden Jünglinge im Seminar zu Issy zusammengeführt, wo sie bald einen stärkenden Mittelpunkt in ihrem gegenseitigen Vertrauen auf Libermann finden sollten. Die beiden Jünglinge, die das geistige Elend der Schwarzen aus ihrem früheren Umgange kannten, waren durch eine seltsame Fügung dazu erkoren, im Bunde und unter der Leitung Libermanns die Congregation vom hl. Geist und vom hl. Herzen Mariä ins Leben zu setzen. Beide wirkten später als Missionäre unter den Negern.

Bis dieses Missionswerk aber Gestalt und Leben gewann, oder wie der Verfasser sagt, bis endlich die Stunde der gött-

lichen Vorsehung schlug und das in den Augen der Menschen, selbst angesehener Autoritäten, „unmögliche" Werk mit der Sanktion des apostolischen Stuhles in Angriff genommen werden konnte, dazu bedurfte es noch großer Geduld und Ausdauer, vielfältiger Schritte und Versuche, und es gehörte die geprüfte, heiligmäßige Charakterstärke Libermann's dazu, um der Entmuthigung nicht zu erliegen. Aber er wußte, daß Widerspruch und Hemmniß für Gottgewolltes der Prüfstein ist.

Dies wird in der Biographie anschaulich in allen äußern Zügen, zumal aber mit bewundernswerth feinem Verständniß für die inneren Vorgänge, für das verschlungene Gewebe der mitwirkenden, feindlich wie günstig eingreifenden Faktoren geschildert. Dem Cardinal Pitra standen für seine Darstellung die ersten Hilfsmittel zu Gebot; denn als Mitglied des hohen Tribunals, vor welchem der Canonisationsproceß eingeleitet wurde, war es ihm gestattet, ungehindert und reichlich aus den authentischen Quellen zu schöpfen. Es ist ein erhebendes Schauspiel, das er uns in dem Werdegang des mit seinen größeren Zwecken wachsenden frommen Mannes vorführt. Von Stufe zu Stufe läßt er uns theilnehmend miterleben, wie aus dem Neophyten, dem Seminaristen, dem Novizenmeister allmählig der ganz Gott angehörende und dabei in seiner Art doch weltkluge Missionär und Stifter, der Superior religiöser Congregationen wird; zeichnet er uns aus den Schriften, Reden und Briefen des Unermüdlichen nicht minder auch den Seelenführer, den ausgezeichneten Meister auf dem Wege des geistlichen Lebens, den lebenserfahrenen Gesetzgeber, der mächtig in Worten, noch mächtiger durch sein stilles Beispiel wirkt.

Einmal ins Leben gesetzt, kam das Missionswerk überraschend in Aufschwung und nahm die größten Dimensionen an.

Dem Stifter selbst war für diese weitgreifende und segensreiche Wirksamkeit nur ein kurzes irdisches Zeitmaß zugemessen. Libermann zählte kaum 48 Jahre, als er am 2. Febr. 1852 seiner Stiftung und seiner in allen Welttheilen zerstreuten Jüngerschaft entrissen wurde. Wenig über ein Jahrzehnt zuvor hatte sein Werk unter den Negern seinen Anfang genommen. „In

zwölf Jahren seines Priesterthums hatte der Mann Gottes die Kirche mit einer neuen Congregation ausgestattet, ein blühendes Noviziat von Missions-Priestern und Brüdern in der Abtei von Gard gegründet, die wichtige Mission von Guinea ins Leben gerufen und erhalten, die Gründung dreier apostolischen Vikariate betrieben, die Errichtung dreier Bisthümer durchgesetzt, den Wirkungskreis seiner Congregation von den afrikanischen Küsten auf die Inseln Mauritius und Bourbon, auf die Antillen und bis nach Australien ausgedehnt, der Kirche mehr als sechzig Apostel gegeben, welche mit ihrem Schweiß und ihren Thränen selbst die fernsten Inseln Oceaniens benetzten und deren Gebeine zum Theil dort ruhen". — Seit dem 1. Juni 1876 ist für den „Ehrwürdigen Diener Gottes" aus dem Elsaß, den Sohn des Rabbiners von Zabern, der Canonisationsproceß eingeleitet.

Notiz.

Manchen Lesern dieser Zeitschrift wird die Mittheilung willkommen sein, daß soeben das „Vierte Register zu den Histor.-polit. Blättern" erschienen ist. Dasselbe erstreckt sich über die letzten dreißig Bände, Bd. LXXXII bis CXI (1878—1893), und schließt sich in der Behandlungsweise möglichst gleichförmig an die früheren Register an (Preis 3 Mark).

LXVI.

Zum neunten Centenarium des hl. Bernward von Hildesheim.

In der Bischofsstadt Hildesheim ist am 28. September d. Js. unter großer Feierlichkeit das Denkmal des heiligen Bernward enthüllt worden, und gegenwärtig rüstet sich die Diöcese Hildesheim, das Bernwardusfest, welches in diesem Jahre auf Sonntag den 19. November fällt, mit größerem Glanze zu begehen: es handelt sich darum, das doppelte Jubelfest des hl. Bernward würdig zu feiern. Es sind nämlich neunhundert Jahre verflossen, seitdem Bernward den bischöflichen Stuhl zu Hildesheim bestieg, und siebenhundert Jahre, seitdem er als der Erste aus niedersächsischem Stamme vom Oberhaupte der Kirche in das Verzeichniß der Heiligen aufgenommen wurde. Bei der Bedeutung, welche Bernward als Bischof und Künstler für seine Zeit hatte, wollen wir diesen Anlaß benützen, um unsere Leser mit ihm näher bekannt zu machen.

Bernward ist, wie sein Biograph Tangmar meldet, aus „adeligem Blute unseres Volkes, der Tochter des Pfalzgrafen Athelbero entsprossen", und wurde um die Mitte des 10. Jahrhunderts geboren. Der Name seines Vaters ist unbekannt und ebenso steht auch nicht fest, wo er geboren wurde. Die spätere Angabe, daß er aus dem Geschlechte der Grafen von Sommerschenburg bei Helmstedt entstamme, ist nicht nachweisbar, und wahrscheinlich dadurch entstanden, daß allerdings dieses Geschlecht seit dem 11.

Jahrhundert das Pfalzgrafenamt in Sachsen inne hatte. Ein Onkel Bernwards, der spätere Bischof Volkmar von Utrecht (977 bis 990), war Domherr zu Hildesheim. Dieser nahm Bernward, einen „Knaben von trefflichen Anlagen" zu sich, damit er auf der Domschule sich den Studien widmete. An der Spitze der Domschule stand damals Tangmar, Primicerius der Domkirche, an welchem der junge Schüler einen väterlichen Freund und seinen spätern Biographen gefunden hat. Tangmar schreibt: „Ich nahm ihn mit aller Ergebenheit auf und hielt für angemessen, den Umfang seiner geistigen Fähigkeiten zuerst durch die leichtere Milch des göttlichen Wortes zu erproben. Bald aber fand ich, daß er, wie man vom heiligen Daniel liest, seinen Altersgenossen in jeglicher Einsicht zehnfach überlegen war". Wie sehr dem Tangmar der junge Bernward ans Herz gewachsen war, sehen wir daraus, daß er denselben sogar mitnahm, wenn er in Geschäften des Bischofs die Diöcese bereiste, und ihn selbst während der Reise unterrichtete. Tangmar rühmt an seinem Schüler scharfen Verstand, leichte Auffassungsgabe und unermüdlichen Fleiß „Fast keine, nichteinmal die Erholungsstunde konnte ihn der Unthätigkeit beschuldigen". Neben den eigentlichen wissenschaftlichen Studien wurden auf der Domschule auch die leichteren mechanischen Künste getrieben. Auch hierin zeichnete sich Bernward aus. „Im Schreiben glänzte er besonders hervor, die Malerei übte er mit Feinheit, er war ausgezeichnet in der Kunst, Metalle zu bearbeiten und edle Steine zu fassen".

Bernward wurde alsbald in die Reihen des Klerus aufgenommen; der Bischof Osdag, der, wie Tangmar sagt, „durch eine Vorahnung seiner Verdienste seine künftige Größe schon voraussah", ertheilte ihm die Tonsur und die niederen Weihen. Zu seiner theologischen Ausbildung begab sich der junge Kleriker aber nach Mainz, sei es, daß er dem Orte seiner Geburt nach ein Mainzer Diöcesan war, sei es, daß die persönliche Bekanntschaft des Erzbischof Willigis, der

aus Schöningen in Niedersachsen stammte und in Hildesheim Domherr gewesen war, ihn dorthin zog. Durch die Uebersiedelung nach dem goldenen Mainz wurde Bernwards Gesichtskreis bedeutend erweitert und auch für seine künstlerische Weiterbildung fand der junge Kleriker hier günstige Gelegenheit, da der vom Erzbischof Willigis 978 begonnene Dombau in vollem Gange war. Bernward blieb mehrere Jahre in Mainz und erhielt aus den Händen des Willigis das Subdiakonat, dann auch, „nachdem Willigis in längerem Umgange durch die Strenge seiner Sitten, sowie durch die Rechtschaffenheit seines Lebenswandels von seinen Fortschritten im religiösen Leben sich überzeugt hatte", das Diakonat. „Auch zur Ehre des Priesterthums erhöhte er ihn nach kurzer Zwischenzeit". Bernward war Priester geworden, ohne ein kirchliches Amt zu besitzen, und er schien zunächst auch nicht darnach zu streben. Er begab sich vielmehr zu seinem altersschwachen Großvater Athelbero und schlug selbst die Propstei in Dewenter aus, welche ihm sein Oheim, der Bischof Volkmar von Utrecht, verleihen wollte. Als aber Athelbero mit Tod abgegangen war, kam Bernward 987 auf Willigis' Empfehlung an den kaiserlichen Hof als Hofkaplan in die kaiserliche Kanzlei. Mit dieser Beförderung hatte Bernward die Bahn zu höheren kirchlichen Würden betreten. Es konnte für ihn nicht ausbleiben, daß er nach längerem oder kürzerem Dienste in der Kanzlei auf einen Bischofsstuhl befördert wurde.

Der Aufenthalt am Hofe in der alten kaiserlichen Pfalz zu Nymwegen bot Bernward Gelegenheit, mit allem, was die damalige Zeit Ausgezeichnetes und Bildendes hatte, in unmittelbare Berührung zu treten. Italien und seine Cultur war da vertreten durch Otto's Großmutter Adelheid, das Morgenland und Byzanz durch Otto's Mutter, die griechische Kaiserstochter Theophano, und Gerbert, der in der griechischen Sprache und Kunst wohlerfahren, in Philosophie und Naturkunde seine Zeit überragte, brachte die Schätze

arabischer Wissenschaft und Bildung an den Kaiserhof Hier kam Bernward auch wieder in näheren Verkehr mit Willigis, „diesem Manne, der länger als ein Menschenalter auf die Geschicke unseres Vaterlandes einen unberechenbaren Einfluß ausübte.[1]) Bernward wußte sich Willigis' Gunst zu erhalten und das Wohlwollen der Kaiserin Theophano sich rasch zu erwerben. Der junge Kaiser Otto war bis dahin von dem Calabresen Johannes erzogen, „einem vielgewandten Manne, den die Gunst der Theophano in die Kanzlei Otto's II gebracht, und ihm dann die reiche Abtei Nonantula verschafft hatte. Johannes' Muttersprache war die griechische und von ihm und seiner Mutter wird Otto früh neben dem Lateinischen auch das Griechische erlernt haben. Im Jahre 988 war Johannes vom Hofe entfernt worden und hatte das Bisthum Piacenza erhalten, das um seinetwillen von Ravenna getrennt und zum Erzbisthum erhoben wurde. die Erziehung des Königs wurde darauf Bernward anvertraut, der sich in der königlichen Kanzlei das besondere Vertrauen des Erzbischofs Willigis erworben hatte. Bernward wohnte ein vielseitiger, leichtbeweglicher Geist bei; Alles wußte er anzugreifen, Alles gelang ihm; das Fremde und Neue zog ihn an, auch in die Wissenschaften drang er überall leicht bis in eine gewisse Tiefe ein, ohne es jedoch in irgend einer Disciplin zu außerordentlichen Leistungen zu bringen. So wurde Bernward trotz seiner Jugend ein außerordentlicher Lehrer für den geistreichen Knaben, der sich ihm mit ganzem Herzen hingab und in seiner Unterweisung überall Nahrung für seinen lebhaften überaus empfänglichen Geist fand".

So spricht Giesebrecht über den kaiserlichen Lehrer.[2]) Ebenso lobend drückt sich Gerdes aus: „Zum eigentlichen Lehrer des Knaben wurde Bernward bestimmt. Die Wahl

---

1) Giesebrecht, Geschichte der deutschen Kaiserzeit. I, 583 ff.

2) Daselbst I, 636 ff.

hätte auf keinen Bessern fallen können, denn jener war nicht nur hochgebildet und hatte Sinn für die verschiedenartigsten geistigen Bestrebungen, sondern er war auch ein weltkluger Mann, der in Verwaltungsgeschäften nicht minder bewandert war, wie in Wissenschaften und Künsten".[1]) Als die Kaiserin Theophano am 16. Juni 991 zu Nymwegen starb, „gab sich der kaiserliche Knabe, wie Tangmar berichtet, ganz der Leitung seines Lehrers anheim. Ihn zog er zu Rathe, um zu prüfen, was Andere durch Schmeichelreden ihm einreden wollten". Bernward war der einzige, sagt Gerdes, „dem der Knabe willig gehorchte, ohne daß jener durch seine Strenge die Liebe seines Zöglings verlor". Aus diesem Grunde scheint Willigis den spätern Einfluß Bernwards auf die Leitung des Reiches gefürchtet zu haben, weshalb er seine Entfernung wünschte. Es bot sich dazu bald eine gewünschte Gelegenheit.

Am 7. Dezember 992 starb der Bischof Gerdag von Hildesheim auf seiner Romreise zu Como in Oberitalien. Bernward erhielt das erledigte Bisthum und bereits am 15. Januar 993 weihte ihn Willigis zum Bischofe. Tangmar nennt Bernward bei dieser Gelegenheit zweimal „juvenis"; derselbe wird also damals das vierzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Daß Bernward als Lehrer des kaiserlichen Jünglings seine Pflicht gethan hatte, mögen uns die Worte Giesebrechts zeigen: „Otto besaß eine so ungewöhnliche Summe von Kenntnissen, daß man ihn für ein Wunder der Welt hielt und später auch so nannte."[2]) Bernward selbst hatte am Hofe für sich eine gute Schule gehabt. Jedenfalls hat er sich für die Leitung seiner Diöcese schätzenswerthe Kenntnisse erworben, und wir dürfen nicht zweifeln, daß er auch durch die Reisen und Ausflüge mit

1) Gerdes, Geschichte des deutschen Volkes und seiner Cultur I, 231.
2) Kaisergeschichte I, 637.

seinem kaiserlichen Zöglinge in die Rheingegend auf dem Gebiet der Kunst seine Kenntnisse erweitert hatte. [1])

Hildesheim war als Bisthum von Ludwig d. Fr. gegründet und hatte bis Bernward zwölf Bischöfe gehabt, unter denen besonders der hl. Altfried [2]) und Othwin hervorragen. Der erstere hatte eine neue Domkirche aus Stein erbaut, die Errichtung der beiden Klöster Gandersheim und Lamspringe mit vollzogen, die Domkirche gehoben und auch mehrere Pfarrkirchen geweiht. Sein besonderes Verdienst war es, daß er im Domstifte die Regel des hl. Benedikt einführte, so daß unter und nach ihm die Domgeistlichkeit wegen ihres musterhaften Wandels einen weithin geachteten Namen hatte und für viele Bischofsstühle heiligmäßige und tüchtige Oberhirten lieferte. Othwin [3]) hatte die Reliquien des hl. Epiphanius nach Hildesheim gebracht und Kunst und Wissenschaft besonders gepflegt. Er hatte viele Bücher nach Hildesheim gebracht und Edelsteine gesammelt, welche Bernward später noch verarbeitet hat. Obgleich die christliche Religion noch nicht überall durchgedrungen war, so hatte das Christenthum doch schon herrliche Blüthen getrieben. Wir erinnern nur an Hathumod, [4]) Gerberg und Roswitha in Gandersheim, an den Mönch Agius [5]) im Kloster Lamspringe, an den Lehrer Bernward's, den ehrwürdigen Tangmar. In dieses Bisthum Hildesheim kam nun Bernward als Bischof. „Es war die Zeit, schreibt

---

1) Vgl. Beissel, Die Kunstthätigkeit des hl. Bernward von Hildesheim in Stimmen aus Maria Laach 1885, S. 136.

2) Vgl. Grube, Der hl. Altfried, vierter Bischof von Hildesheim, und diese Blätter, XCIV, 342 ff.

3) Lüntzel, Geschichte der Diözese und Stadt Hildesheim, I. 44 ff.

4) Vgl. diese Blätter XXV, 377 ff. Hathumod und Gerberg wird gewöhnlich der Titel „heilig“ gegeben.

5) Vielleicht identisch mit dem poeta Saxo. Vgl. Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen I, 209.

Wattenbach[1]), in welcher noch volle Eintracht zwischen dem Reich und der Kirche bestand und die Bischöfe die werthvollsten Stützen und Organe der Regierung waren, die Zeit, in welcher auch die Kirche noch ganz die Lehrerin des Volkes war und eine höhere Bildung in weitestem Umfange den noch rohen Laien brachte, eine Thätigkeit, für welche der häufige Aufenthalt in Italien sehr förderlich war. Bernward ist einer der ausgezeichnetsten Vertreter dieser trefflichen Bischöfe der ottonischen Zeit". Und an einer anderen Stelle sagt derselbe Gelehrte:[2]) „Dreißig Jahre hat er dieses Amt verwaltet und nicht leicht hat ein Bischof ein besseres Andenken hinterlassen. Unter den trefflichen Bischöfen, an welchen diese Zeit so reich ist, war er einer der hervorragendsten."

Fassen wir nun Bernwand's bischöfliche Thätigkeit zunächst in's Auge. Sein Ruhm ist es, das Christenthum befestigt und seiner Diöcese ein Pfarrsystem gegeben zu haben, welches seine Nachfolger Godehard, Hezilo, Bernhard und Adolog vollständig ausgebaut haben.[3]) Seit alter Zeit wird Bernward in der Litanei als „Fortpflanzer des Glaubens" und „Stifter der Kirchen und Klöster" mit Recht verehrt. Die Zahl der Kirchen, welche er errichtet hat, wird nicht überliefert, in der Stiftungsurkunde des Michaelisklosters aber überträgt er demselben dreizehn Pfarrkirchen; sicher sind diese von ihm gebaut. Von anderen Pfarrkirchen z. B. Andreaskirche in Hildesheim, der Kirche in Adenstedt u. s. w. erfahren wir, daß sie unter seinem Nachfolger Godehard schon da waren, dieselben sind wahrscheinlich unter Bernward entstanden. Bessere Nachrichten haben wir über die Klöster, welche sich unter ihm erhoben. Zunächst ent-

1) Allgemeine deutsche Biographie II, 506.
2) Deutschlands Geschichtsquellen I. 282.
3) Ob die 34 Archidiakonatskirchen schon da waren, oder auch erst auf Bernward zurückzuführen sind, ist fraglich, wahrscheinlich hatten noch nicht alle Gaue ihre Kirchen.

stand vier Stunden nordöstlich von Hildesheim das Stift Oelsburg, indem Graf Altmann, ein Blutsfreund Bernward's, wegen Mangels männlicher Erben sein Stammschloß zu einer geistlichen Anstalt umzuwandeln beschloß. Nach seinem Tode führten die Wittwe und Tochter diesen letzten Willen Altmann's aus und übergaben Oelsburg weltlichen Chorherren, im Jahre 1003 erlangten sie die königliche Bestätigung ihrer Stiftung. Einige Jahre später gründeten dieselben Relikten Altmann's das Kloster Steterburg, eine Stunde südlich von Braunschweig, welches Bernward einweihte und Heinrich II. im Jahr 1007 bestätigte. Das dritte Kloster, welches hier zu nennen ist, Heiningen, wurde zu gleicher Zeit gegründet, Bernward führte die Stifterinen zum Kaiser Otto III. und weihte Kirche und Kloster. Die eigentliche Klostergründung Bernward's aber, welche er aus eigenen Mitteln machte, ist das Michaeliskloster zu Hildesheim, das erste Mannskloster der Diöcese. Von seinem kaiserlichen Zögling hatte der Bischof eine Kreuzpartikel erhalten, für welche er bereits 996 eine Kreuzkapelle baute und derselben die Rechte einer Pfarrkirche verlieh. „Wie der Ort, sagt Tangmar, vorher durch Gestrüpp und Dornen unwirthlich gewesen war, so machte ihn Bernward jetzt für die benachbarten Anwohner durch die Gnadengaben der Taufe, des Begräbnisses, der hl. Oelung, zu einer Stätte steten Trostes." Zurückgekehrt von seiner Romreise unternahm er alsdann 1001 die Anlegung der klösterlichen Stiftung, der er hinfort einen großen Theil seiner Arbeitskraft und sein ganzes Vermögen widmete. Im Jahre 1015 war die Gruft nebst einem Theile der Kirche vollendet und am Michaelsfeste gedachten Jahres wurde dieselbe durch Bernward, Bischof Eckehard von Schleswig und Bischof Dietrich von Münster geweiht. Die ganze Kirche war 1022 vollendet und wurde wenige Tage vor Bernward's Tode geweiht. Der erste Abt des Klosters, Goderamm, wurde 996 mit einigen Mönchen aus dem Pantaleonskloster in Köln berufen.

Durch Bernward wurde das religiöse Leben der Stiftsherren am Dome noch mehr gefördert. Er selbst lebte unter ihnen genau nach den Satzungen des Stiftes. „An Sittenstrenge, schreibt Tangmar, übertraf er wunderbarer Weise selbst die bejahrtesten Männer, so daß er durch scharfe Zucht seine Untergebenen in vielen Dingen auf ihre Pflichten hinwies. Mit welcher Enthaltsamkeit er den Genuß wohlschmeckender Speisen sich versagte, vermöchte kaum jemand hinreichend zu loben. Im Trinken war er so mäßig, daß er nach der Abendmahlzeit vor dem Schlafengehen, wenn nicht durch die Anwesenheit von Freunden oder Gästen gezwungen, nur einmal trank, häufig auch ganz sich enthielt. Auf dem Bette hörte er zuweilen schon beim Hahnenschrei die Lection, unterbrach häufig den Schlaf und unterzog sich heimlich Gebeten, bis die Geistlichen zu den morgendlichen Hymnen sich erhoben. Nach Absingung der Hymnen dehnte er oft den Psalmengesang bis zur Tagesdämmerung aus, erfrischte dann durch kurze Ruhe seinen zarten Körper, bis er noch im Halbdunkel dem kanonischen Verlauf der ersten Hora beiwohnte. Darauf ging er mit den Brüdern, die seinen Umgang bildeten, in's Kapitel, als sei er unter klösterliche Zucht gestellt. Auch die Wochen- und Monatstage und die Namen der Brüder, deren jährlicher Gedächtnistag eintraf, ließ er täglich ablesen. Nach dem Gebete, um die dritte Stunde, schritt er feierlich zur Abhaltung der Messe und goß mit großer Zerknirschung sein ganzes Herz vor dem Herrn aus.“ Danach stand also Bernward, wenn er im Stifte war, Nachts zwölf Uhr mit den Mönchen zur Matutin auf, verrichtete dann oft noch Privatgebete (Psalmengesang), schlief wieder ein wenig, hielt um 5 Uhr mit den Brüdern die Prim ab, ging in's Kapitel und celebrirte selbst, wie der Abt im Kloster zu thun pflegte, nach der Terz das Conventualamt. „Dann ging er an die öffentlichen Angelegenheiten, untersuchte kurz die gerichtlichen Händel und die Sachen der Unterdrückten, wozu er durch

Scharfsinn und Beredsamkeit vorzüglich befähigt war. So erwartete er den Geistlichen, dem die Vertheilung der Almosen und das Armenwesen übertragen war; denn einer großen Menge derselben, hundert und noch mehreren, gab er Tag für Tag auf's reichlichste den Lebensunterhalt, vielen verschaffte er auch durch Geld und andere Unterstützung, soweit es seine Verhältnisse erlaubten, Erleichterung. Darauf durchging er die Werkstätten, wo Metalle zu verschiedenem Gebrauch bereitet wurden, prüfte die einzelnen Arbeiten, bis er, nachdem alles gehörig besorgt war, in der Furcht und dem Segen des Herrn, von der großen Menge der Brüder und des Volkes umgeben, um die neunte Stunde zu Tisch saß, und zwar nicht mit festlichem Gepränge, sondern unter frommem Schweigen, während alle nach ehrsamster Zucht auf eine Vorlesung Acht gaben, die nicht zu kurz während der Mahlzeit gehalten wurde." So pflegte Bernward mit seinen Stiftsgeistlichen das klösterliche Leben und ging ihnen mit dem besten Beispiel voran. Für die Hebung des gesammten Diöcesanklerus führte der Bischof die jährlichen Diöcesansynoden, für die kirchliche Zucht im Volke die viermaligen Sendgerichte im Jahre ein.

Eine weitere Hirtensorge Bernward's war die Pflege der Wissenschaft. „Nicht nur im Kloster, sondern auch an verschiedenen Orten richtete er Schreibstuben ein, so daß er eine reichhaltige Bibliothek sowohl theologischer als philosophischer Schriften zusammenbrachte." Leider ging der größte Theil derselben, welche im Chore der Domkirche aufgestellt waren, beim Dombrand 1013 verloren. Unter den Bücherschreibern zeichnet sich besonders der Diakon Guntpolt aus, von dem noch mehrere Handschriften bis zu unserer Zeit gelangt sind.[1]) Talentvolle Knaben ließ Bernward in Wissenschaft und Kunst unterrichten und nahm sie mit

---

1) Beissel, Das Evangelienbuch des hl. Bernward. Hildesheim. Lax. 1882.

sich an den Kaiserhof, um sie von der vielfachen hier gebotenen Gelegenheit zu höherer Ausbildung Nutzen ziehen zu lassen. Von dem wissenschaftlichen Streben, das mit Bernward in Hildesheim einzog, haben wir einen Beweis in den Hildesheimer Annalen, „einer sehr schätzbaren Geschichtsquelle, welche wir vermuthlich der Anregung Bernward's verdanken. Wenigstens sind sie in der noch erhaltenen Urschrift bis zum Jahre 994, wo sie mit einem unvollendeten Satze schließen, von einer Hand geschrieben, und also wohl bald nachdem Bernward Bischof geworden war, zuerst verfaßt.“ Diese Hildesheimer Annalen sind vielleicht nur der Auszug aus größeren Jahrbüchern.[1]) Auch Tangmar's Lebensbeschreibung Bernward's zeigt uns, daß gute Bildung und literarisches Streben in Hildesheim damals herrschten. Bernward selbst scheint auch schriftstellerisch thätig gewesen zu sein, zum wenigsten wird berichtet, daß sich im Michaeliskloster bis 1666 ein Buch Bernward's über Alchemie befunden habe. Seitdem ist dasselbe verschwunden.[2]) Daß der sog. liber mathematicalis, der bislang als Bernward's Werk nach Form und Inhalt angegeben wurde, mit Bernward nichts zu thun hat, ist neuerdings von Düker nachgewiesen worden.[3]) Vieles, was unter Bernward geschrieben und geschaffen wurde, ist indes verloren gegangen. Der hl. Bischof besaß auch große ärztliche Kenntniß, er wurde als Arzt zu Kranken berufen und ließ sich Arzneimittel schicken.[4])

Als Bischof war Bernward auch auf die Sicherung seines Sprengels gegen die Einfälle der Heiden bedacht, welche nördlich desselben wohnten. Zunächst befestigte er

1) Vgl. Wattenbach, Geschichtsquellen I, 284.
2) Kratz, Der Dom zu Hildesheim III, 11 ff.
3) Düker, Der sog. liber mathematicalis des hl. Bernward. Hildesheim 1875.
4) Lüntzel, Geschichte der Diöcese und Stadt Hildesheim I, 136.

Scharfsinn und Beredsamkeit vorzüglich befähigt war. So erwartete er den Geistlichen, dem die Vertheilung der Almosen und das Armenwesen übertragen war; denn einer großen Menge derselben, hundert und noch mehreren, gab er Tag für Tag auf's reichlichste den Lebensunterhalt, vielen verschaffte er auch durch Geld und andere Unterstützung, soweit es seine Verhältnisse erlaubten, Erleichterung. Darauf durchging er die Werkstätten, wo Metalle zu verschiedenem Gebrauch bereitet wurden, prüfte die einzelnen Arbeiten, bis er, nachdem alles gehörig besorgt war, in der Furcht und dem Segen des Herrn, von der großen Menge der Brüder und des Volkes umgeben, um die neunte Stunde zu Tisch saß, und zwar nicht mit festlichem Gepränge, sondern unter frommem Schweigen, während alle nach ernsamster Zucht auf eine Vorlesung Acht gaben, die nicht zu kurz während der Mahlzeit gehalten wurde." So pflegte Bernward mit seinen Stiftsgeistlichen das klösterliche Leben und ging ihnen mit dem besten Beispiel voran. Für die Hebung des gesammten Diöcesanklerus führte der Bischof die jährlichen Diöcesansynoden, für die kirchliche Zucht im Volke die viermaligen Sendgerichte im Jahre ein.

Eine weitere Hirtensorge Bernward's war die Pflege der Wissenschaft. „Nicht nur im Kloster, sondern auch an verschiedenen Orten richtete er Schreibstuben ein, so daß er eine reichhaltige Bibliothek sowohl theologischer als philosophischer Schriften zusammenbrachte." Leider ging der größte Theil derselben, welche im Chore der Domkirche aufgestellt waren, beim Dombrand 1013 verloren. Unter den Bücherschreibern zeichnet sich besonders der Diakon Guntpolt aus, von dem noch mehrere Handschriften bis zu unserer Zeit gelangt sind.[1]) Talentvolle Knaben ließ Bernward in Wissenschaft und Kunst unterrichten und nahm sie mit

1) Beissel, Das Evangelienbuch des hl. Bernward. Hildesheim, Lax. 1882.

sich an den Kaiserhof, um sie von der vielfachen hier gebotenen Gelegenheit zu höherer Ausbildung Nutzen ziehen zu lassen. Von dem wissenschaftlichen Streben, das mit Bernward in Hildesheim einzog, haben wir einen Beweis in den Hildesheimer Annalen, „einer sehr schätzbaren Geschichtsquelle, welche wir vermuthlich der Anregung Bernward's verdanken. Wenigstens sind sie in der noch erhaltenen Urschrift bis zum Jahre 994, wo sie mit einem unvollendeten Satze schließen, von einer Hand geschrieben, und also wohl bald nachdem Bernward Bischof geworden war, zuerst verfaßt." Diese Hildesheimer Annalen sind vielleicht nur der Auszug aus größeren Jahrbüchern.[1]) Auch Tangmar's Lebensbeschreibung Bernward's zeigt uns, daß gute Bildung und literarisches Streben in Hildesheim damals herrschten. Bernward selbst scheint auch schriftstellerisch thätig gewesen zu sein, zum wenigsten wird berichtet, daß sich im Michaeliskloster bis 1666 ein Buch Bernward's über Alchemie befunden habe. Seitdem ist dasselbe verschwunden.[2]) Daß der sog. liber mathematicalis, der bislang als Bernward's Werk nach Form und Inhalt angegeben wurde, mit Bernward nichts zu thun hat, ist neuerdings von Düker nachgewiesen worden.[3]) Vieles, was unter Bernward geschrieben und geschaffen wurde, ist indes verloren gegangen. Der hl. Bischof besaß auch große ärztliche Kenntniß, er wurde als Arzt zu Kranken berufen und ließ sich Arzneimittel schicken.[4])

Als Bischof war Bernward auch auf die Sicherung seines Sprengels gegen die Einfälle der Heiden bedacht, welche nördlich desselben wohnten. Zunächst befestigte er

1) Vgl. Wattenbach, Geschichtsquellen I, 284.
2) Kratz, Der Dom zu Hildesheim III, 11 ff.
3) Düker, Der sog. liber mathematicalis des hl. Bernward. Hildesheim 1875.
4) Lüntzel, Geschichte der Diöcese und Stadt Hildesheim I, 136.

seine Bischofsstadt, welche bis dahin ein kleiner offener Ort war. Er ließ dieselbe mit starken Schutzmauern umziehen und befestigte sie derart, daß es keine festere und schönere Stadt im Norden gab. Sodann erbaute er zwei Burgen an der Nordgrenze seines Sprengels, die Veste Borinholt und die Mundburg. Die Lage der ersteren ist unbekannt, die Mundburg am Einflusse der Oker in die Aller erbaut. Der Bischof scheute sich auch nicht, an der Spitze der Seinen die eindringenden Horden anzugreifen und brachte ihnen empfindliche Niederlagen bei. Ganz hörten indes die Einfälle der Heiden nicht auf, noch 1020 fordert Bernward zum Gebete dagegen auf.[1])

Bernward war noch kein Landesfürst im Sinne der späteren Fürstbischöfe, er hatte jedoch schon viele fürstliche Rechte und Pflichten. Der Dienst des Königs stellte an die Bischöfe damals große Anforderungen. Seit Mitte des 10. Jahrhunderts drangen die Könige darauf, daß sich die Bischöfe eine Anzahl berittener Kriegsleute mit Troßknechten hielten, die sie ihnen auf ihren Wunsch zusandten oder mit denen sie selbst am Kriege theilnahmen So haben wir schon Bernward mit den Heiden in seinem Sprengel kämpfend gesehen. Als er im Herbste des Jahres 1000 nach Rom zog, nahm er an den Kämpfen des Kaisers auf seiner dritten Romfahrt Theil und half ihm bei der Belagerung von Tivoli. Als Heinrich II. 1007 seinen Kriegszug gegen den Grafen Balduin von Flandern unternahm, stieß Bernward mit einer zahlreichen Mannschaft zu ihm und nahm persönlich am Kampfe Theil; „er diente dem Kaiser mit Eifer und Sorgfalt zu seinem Wohlgefallen". Wie er zu Otto III. in einem besonders väterlichen Verhältnisse gestanden, so hielt er auch treu zu dessen Nachfolger, welcher ihn 1003 am Palmsonntage in Hildesheim besuchte. Beide Kaiser haben

---

1) Daselbst I, 141—142.

der hildesheim'schen Kirche viele Privilegien und Gnaden zu Theil werden lassen.

Bernward zeichnete sich nicht blos als Bischof und Fürst aus, er hat auch einen besonderen Ruhm als Künstler. Er ist der bedeutendste Künstler des 11. Jahrhunderts in Deutschland. Die Geistlichkeit war damals der Träger der gesammten Bildung und nicht blos die eigentliche wissenschaftliche, literarische und unterrichtliche Thätigkeit lag in den Händen des Klerus, auch das Handwerk und die Kunst wurde von ihm geübt. Die Geistlichkeit machte die Pläne zu Kirchen und Neubauten aller Art und führte die Bauten eigenhändig aus. Geistliche behauten Steine, mauerten, zimmerten, deckten Dächer und schufen die innere Einrichtung der Kirchen und Klöster. Deshalb wurde in den Stifts- und Klosterschulen auch in den sogenannten mechanischen Künsten Unterricht ertheilt. Bernward hatte solchen Unterricht an der Domschule ebenfalls empfangen und war in den mechanischen Fächern ein tüchtiger Schüler gewesen. Sein Aufenthalt in Mainz und am Kaiserhof zu Nimwegen, seine Reisen nach Aachen zur Beerdigung Otto's, seine Wallfahrt nach Tours zum Grabe des hl. Martin, seine Romfahrt und so manche Reisen, welche er als Bischof unternahm, haben nachweislich ihm als Studienreisen gedient, er sah und lernte überall. Darum finden wir bei Bernward eine Vielseitigkeit auf dem Gebiete der Kunst und des Kunsthandwerkes, welche Bewunderung erregt, und überall ist er auch wirklicher Meister. Bis an sein Lebensende benutzte Bernward alle freie Zeit zu künstlerischer Thätigkeit, und außerdem hatte er in Hildesheim verschiedene Kunstwerkstätten errichtet, welche er nach Tangmar's Zeugnisse leitete und täglich besuchte. So wurde Hildesheim eine Pflegestätte der Kunst, und in demselben Maße, wie es der Mittelpunkt religiösen Lebens für das Sachsenland geworden war, gingen auch von ihm die Kunstbestrebungen aus. Giesebrecht sagt mit Recht, daß Bernward Kunstfertigkeiten nach

Sachsen verpflanzte, die man dort vorher kaum gekannt hatte. Bernward ist so in doppelter Beziehung für Niedersachsen ein „lumen ecclesiae"[1]) geworden. Die ganze Kunstthätigkeit des Bischofs richtete sich auf das Kirchliche, die Kunst wurde gepflegt und geübt, um die praktischen Bedürfnisse, welche die Verbreitung und Vertiefung des Christenthums schuf, zu befriedigen.[2])

Gehen wir nun zu den Einzelheiten über! Bernward war ein Meister in der Goldschmiedekunst. Er verfertigte viele Kelche für die Kirchen, eine spätere Nachricht aus dem Kloster St. Michael zählt uns zwölf besonders werthvolle Kelche auf, welche der hl. Bernward anfertigte.[3]) Von diesen ist nur einer, wenn auch in umgearbeiteter Form, erhalten, nämlich im Dom zu Hildesheim. Bernward hat von seinem Vorgänger Othwin Gold und Edelsteine überkommen, aus denen für den Dom ein Kelch verfertigt werden sollte. Bernward vollführte dieses Werk und der aus seinem Kelche umgearbeitete wird noch heute als Pontificalkelch im Dome benutzt. Der andere prachtvolle goldene Kelch, welchen der bischöfliche Meister dem Kloster Harsefeld im Bremer Sprengel schenkte, wurde 1630 eingeschmolzen.[4]) Als bewunderungswürdiges Werk der bernwardinischen Kunstfertigkeit muß das goldene, sogenannte Bernwardskreuz bezeichnet werden, welches in der St. Magdalenenkirche in Hildesheim aufbewahrt wird. Andere Kunstwerke sind das Kreuz in der Pfarrkirche zu Heiningen, ein silbernes Kreuz im Domschatze, eine Patene in der Schloßkirche zu Hannover und sein Bischofsstab im Dome zu Hildesheim.

Für die Entwickelung der deutschen Kunst wurde es von großer Bedeutung, daß man damals in Deutschland wieder den Erz- oder Bronceguß erlernte. Seit Karl d. G.

---

1) So nennt ihn Gams, series episcoporum S. 281.

2) Vgl. Gerdes a. a. O. S. 385.

3) Bernwardusblatt, Jahrg. 1888. S. 684 ff.

4) Kratz, Dom zu Hildesheim, II, 37 ff.

scheint dieses Feld der Kunst bis zum Ende des 10. Jahrhunderts brach gelegen zu haben. Zwei deutsche Geistliche, Willigis von Mainz und Bernward von Hildesheim, machten aber den Erzguß in der deutschen Kunst heimisch.[1]) Von Bernward's Werken sind noch die broncenen Thürflügel im Dome, die sog. Christussäule, die beiden Bernwardsleuchter in der Magdalenenkirche und die Krümmung eines Bischofsstabes erhalten. Auch die Malerei pflegte Bernward. Abgesehen von der Buchmalerei denken wir hier an die Ausschmückung der Kirchen. Als der Dom 1013 durch Brand gelitten hatte, schmückte ihn Bernward von neuem. „So zierte er mit ausgesuchter glänzender Malerei sowohl die Wände als das Getäfel der Decke, daß man statt des Alten Neues zu sehen bekam." Auch Mosaikmalerei betrieb Bernward. Als Zeugen für seine Kunstfertigkeit im Behauen der Steine haben wir noch seinen Sarkophag und die Grabplatte, mit welcher sein Grab geschmückt war. Um die Häuser, welche im Sachsenlande allgemein mit Stroh gedeckt waren, mehr gegen Feuersgefahr zu sichern, erfand Bernward die Dachziegel. So blieb kein Gebiet der Kunst und des Kunsthandwerks, welches Bernward nicht bebaute. Wir können seine Kunstfertigkeit nur kurz berühren und müssen für weitere Studien auf die ausgedehnte Literatur verweisen.[2])

Als Baumeister zeigte sich Bernward in der Er-

1) Gerdes a. a. O. S. 385.

2) Die Kunstwerke Bernward's sind ausführlich beschrieben von Kratz, der Dom zu Hildesheim II, 24—135, einzelne Nachrichten gibt derselbe in Bernward's Lebensgeschichte im Dom zu Hild. III, 1 bis 52. Beissel, die Kunstthätigkeit des hl. Bernward von Hildesheim, in Stimmen aus Maria Laach, Jahrg. 1885, S. 134 ff. Wieker, die Bernwardssäule. Sommerwerk, der hl. Bernward von Hild. als Bischof, Fürst und Künstler. Derselbe, das Bernwardskreuz. Bertram, die Thüren von St. Sabina in Rom, das Vorbild der Bernwardsthüren. Cuno, die ehernen Thürflügel im Dom zu Hildesheim. Derselbe, Hildesh. Künstler u. Kunsthandwerker.

bauung der Michaeliskirche, einer dreischiffigen Basilika mit doppelter Kreuzanlage und sechs Thürmen, einer der großartigsten romanischen Bauten Deutschlands. Sicher ist der Plan zu dieser Kirche von ihm entworfen. Die Kirche hat bereits einen ornamentalen Schmuck, wie ihn erst die Kirchen in der Blüthezeit der romanischen Kunst zeigen. Die Michaeliskirche zeigt den bekannten Stützwechsel, wie er nur in Niedersachsen vorkommt, es folgt auf je zwei Säulen ein Pfeiler. Dieses Schema ist eine Erfindung Bernward's.[1])

Was Tangmar von seinem Schüler berichtet, daß er nie einen Augenblick müssig gewesen sei, finden wir im späteren Leben und Wirken des Bischofs ebenfalls noch. Un- ausgesetzt war der Bischof thätig, mit seltenem Fleiße hat er alle seine Kräfte für sein Hirtenamt eingesetzt, er ist in der That, wie Tangmar sagt, allen alles geworden. Einen großen Theil seiner Hirtensorge nahm der bekannte Gandersheimer Streit in Anspruch, der ihm viele Arbeit, Reisen und Kummer bereitete, den er aber für seine Kirche zum glücklichen Ende führte. Da derselbe vielfach behandelt ist, so wollen wir auf eine nochmalige Schilderung desselben verzichten.[2])

Bernward erreichte ein Alter von ungefähr 70 Jahren, von denen er fast 29 Jahre Bischof zu Hildesheim war. Gegen Ende seines Lebens zog er sich in seine Lieblingsstiftung St. Michael zurück, nahm daselbst das Ordenskleid des hl. Benedikt und starb vor dem Altare der Martinskapelle, der Gruft der Klosterkirche, am 20. Nov. 1022. Daselbst fand er auch sein Grab. Bischof Heinrich von Mainz vollzog auf dem Provincialconcil zu Erfurt 1150 die Canonisation Bernward's, welche ihre endgültige Bestätigung durch Papst Cölestin III. im

1) Baudenkmäler Niedersachsens I, 17 ff.

2) Lüntzel, l. c. I, 145 ff. Bayer, der Gandersheimer Streit, Forschungen XVI, 178. Kirchenlexikon V², 90 ff.

Jahre 1192 fand. Die päpstliche Canonisationsurkunde ist alsdann am 8. Januar 1193 ausgestellt.[1])

Bernward wird nicht blos als Heiliger in Hildesheim hochverehrt, sondern er genießt auch eine allgemeine Verehrung als Wohlthäter des niedersächsischen Kreises, als Förderer der Kunst. „Wer Bernward", so schließt Lüntzel das Lebensbild des Bischofs, „als Heiligen nicht verehren kann, wird ihm als ausgezeichnetem und edlem Mann, als einem Wohlthäter unseres Vaterlandes, ein dankbares Andenken weihen." Das Bernwards-Denkmal ist darum auch ein Tribut der Verehrung und Dankbarkeit, welchen alle Kreise Hildesheims dem großen Bischofe gebracht haben.[2])

K. Grube.

LXVII.

Der Zerfall im Protestantismus.

Wir wollen sogleich bemerken, daß der Ausdruck „Zerfall" nicht von uns herrührt, daß er vielmehr zum Urheber einen für seine Confession begeisterten Protestanten hat, der soeben einen letzten Versuch gemacht hat, die seiner „Kirche" drohende Auflösung zu beseitigen.

Der Tübinger Professor Robert Kübel hat unter dem Titel: „Ueber den Unterschied zwischen der positiven und der liberalen Richtung in der modernen Theologie" (München, Beck) in zweiter Auflage jüngst eine Schrift erscheinen lassen, die in ihrer ursprünglichen Gestalt bereits im Jahre 1881 ins Leben trat.

1) Vgl. Bertram, die Bernwardsgruft in Hildesheim.

2) Bertram, das Bernwarddenkmal in Hildesheim.

Daß damals diese Schrift ein besonderes Aufsehen erregt hätte, ist uns nicht erinnerlich; alle Welt hatte in jener Zeit die Augen noch auf die katholische Kirche gerichtet, von der es im Jahre 1881 noch nicht entschieden war, ob sie ihre damals noch verbündeten mächtigen Gegner im neuen „evangelischen" Kaiserreiche besiegen würde. Inzwischen hat sich aber im letzten Jahrzehnt in der deutschen Kirchenpolitik Alles von Grund aus geändert. Fürst Bismarck ist nicht „Herr des Katholicismus" geworden, wie er 1870 diktatorisch angekündigt — nicht einmal des deutschen Katholicismus, geschweige denn des internationalen. Nach dem einstimmigen Urtheile aller ihrer Gegner ist die katholische Kirche Deutschlands aus dem ihr aufgedrungenen Kampfe siegreich hervorgegangen, während die protestantischen Confessionen, welche die einige Zeit hindurch öde gewordenen katholischen Gotteshäuser bereits unter sich vertheilten, in Folge der Consequenzen, welche das gegen die katholische Kirche ankämpfende „liberale" Staatskirchenthum um der „Parität" willen ziehen mußte, in ein Stadium der Zerrüttung gerathen sind, wie sie der deutsche Protestantismus seit seiner Existenz noch nicht erlebt hat. Diese Zerrüttung greift extensiv und intensiv deßhalb so weit und so tief um und in sich, weil es sich um die Fundamente handelt, auf denen der ganze äußere und innere Organismus ruht, zu welchem sich der Protestantismus seit 350 Jahren entwickelt hat.

Unter den Protestanten Preußens, Württembergs und Badens steht jetzt die Frage obenan: „Wer ist ein evangelischer Christ"? Während in Preußen, Württemberg und Baden jedes katholische Schulkind auf die Frage: „Wer ist ein katholischer Christ?" nur eine Antwort hat, beantwortet im heutigen Protestantismus jene Grundfrage jeder Theologieprofessor, jeder Oberkirchen- und Consistorialrath, jeder Prediger und Elementarschullehrer auf verschiedene Weise.

Bei der Einführung des Protestantismus war die Sache

freilich einfacher. Da bestimmte der Kurfürst von Sachsen, der Landgraf von Hessen, der Graf von Mansfeld u. s. w. wer und was ein protestantischer Christ sei. Selbst das zweite Weib, welches der hessische Landgraf genommen, mußte Luther als eine „christliche Ehefrau“ erklären, und die eigenen Kinder des „Reformators“, welche selbst die protestantischen Juristen nach dem noch bestehenden Recht als illegitim behandelten, wurden durch speciellen Erlaß des Kurfürsten legalisirt. Der Subjektivismus unter den Neuerern hatte sich freilich frühzeitig entwickelt, so daß er dem „Reformator“ schon bei Lebzeiten den Frieden raubte und bei seinem Tode die neue „Kirche“ mit dem Untergange bedrohte; immer aber griff die Staatsgewalt mit äußerem Zwange ein und wies dem über die Ufer tretenden Strome das Bett an, in welchem er sich zu bewegen hatte.

Mehr noch als der Subjektivismus der Einzelnen drohte der Confessionalismus größerer Gemeinschaften die Schöpfungen der „Reformation“ zu zerstören; Lutherthum und Calvinismus befehdeten sich zuweilen heftiger, als die Neubildungen die alte Kirche. Aber auch hier war die Staatsgewalt „vermittelnd“ in der Form, in Wahrheit aber mit rücksichtslosem Zwange aufgetreten und hatte die verschiedenen „Unionen“ zwischen Lutheranern und Calvinisten geschaffen, von denen die meisten noch heute zu Recht bestehen. Ein Meisterstück in ihrer Art waren die im Jahre 1817 in Preußen, Württemberg, Baden, Hessen, Rheinbayern, Weimar u. s. w. entstandenen „Unionen“. Aber jetzt scheinen auch ihre Tage gezählt zu sein. Ein Jubiläum 1917 werden sie nicht feiern. Seit 1817 hat man durch die Union eine officielle „evangelische“ Kirche zusammengeschmiedet; es ist klar, daß deren Schicksal mit dem der Union steht und fällt. Durch die preußische Kabinetsordre vom 3. April 1821 wurde die Bezeichnung „protestantisch“ nicht nur für den amtlichen Verkehr verboten, sondern auch die Censoren der öffentlichen Druckschriften sollten darauf halten, daß in

keinem Buche, in keiner Zeitung, in keiner Zeitschrift mehr der Ausdruck „protestantisch“ gebraucht würde. Ueberall sollte es „evangelisch“ heißen. Im Jahre 1827 wurden sogar die sogenannten Controverspredigten verboten, d. h. es sollte auf katholischen Kanzeln nicht gepredigt werden, was „evangelisch“, auf „evangelischen“ nicht, was katholisch, lutherisch oder calvinisch sei. Zum Ueberfluß wurde den „Evangelischen“ eine gemeinsame Agende vorgeschrieben, welche halb lutherisch, halb calvinistisch war und darum weder die eine Partei noch die andere befriedigte. Natürlich mußten auch die Theologie-Professoren „evangelisch“ lehren.

An Bemühungen seitens der Staatsgewalt, dem officiellen „Evangelium“ zu Lebenskraft zu verhelfen, hat es somit in keiner Weise gefehlt. Aber Alles außer der Kirche Gottes hat eben seine Zeit. Wer lächelt heute nicht, wenn er hört, daß man das Wort „protestantisch“ in Preußen nicht mehr drucken lassen, daß man in Predigten kein Wort über andere Confessionen verlauten lassen dürfe u. s. w.?

Bedurfte es zu einer Beseitigung dieser Verhältnisse freilich erst der formellen Aufhebung der Censur, so sind die Vorschriften bezüglich der Einführung der Agende der preußischen Regierung von vornherein übel bekommen. Es kam bei der gewaltsamen Einführung derselben bekanntlich selbst zu blutigen Scenen und zur Einkerkerung der Prediger, bis Friedrich Wilhelm IV. die Separation der „Altlutheraner“ gestattete. Aber unter den zurückgebliebenen „Unirten“ glimmte der Funke unter der Asche weiter; um der wachsenden Unzufriedenheit zu steuern, wurde von Jahrzehnt zu Jahrzehnt eine „neue“ Agende verheißen, welche das Kunststück fertig bringen sollte, es Allen recht zu machen. Nun ist endlich in diesem Jahre der Entwurf zu der neuen Agende erschienen, und auf der ganzen Linie ertönt auch bereits eine Stimme der Unzufriedenheit darüber! Relativ am meisten befriedigt ist man noch auf „orthodoxer“ Seite,

weil in dem neuen Entwurfe das apostolische Glaubensbekenntniß Aufnahme gefunden; aber in dem projektirten Ordinationsformular, nach welchem der zu ordinirende Geistliche verpflichtet werden soll, heißt es bereits, daß in den drei „Hauptsymbolen", dem apostolischen, nicaenischen und athanasianischen, die „Glaubensnorm" nur „bezeugt", dagegen in der hl. Schrift „allein gegründet"[1]) sei. Manche „Liberale" sind darum zum Mißbehagen der „Orthodoxen" erfreut, daß „die Bibel ausschließliche Glaubensnorm" sei und es weder auf das apostolische rc. Glaubensbekenntniß „noch auf gewisse Lehrnormen des Oberkirchenrathes" ankomme. Die vorgeschritteneren „Liberalen" sind freilich auch mit dieser Concession nicht zufrieden. Sie verlangen „Parallel-Formulare" durch die ganze Agende, damit dem „Gewissen" der „liberalen

---

1) Dabei ist der Wortlaut eines der drei Bekenntnisse im Ordinationsformular nicht mitgetheilt, sondern es ist nur in einer „Vorhaltung an die Ordinanden" darauf verwiesen. Auf der letzten brandenburgischen Provinzial-Synode interpellirte Herr Stöcker den Oberkirchenrath darüber, warum die Ordinanden nicht wenigstens das Apostolicum bekennen müßten; er erhielt darauf folgende Antwort: „Das Apostolicum müsse nur bei der Einführung in die kirchliche Gemeinschaft, bei Taufe und Confirmation hergesagt werden, nicht aber bei der Einführung von Geistlichen. Andernfalls wäre dieß gerade so viel, als wenn man Geistliche das A B C aufsagen ließe". So die oberste protestantische Behörde. — Wenn die Prediger über ihr A B C einig wären, würde man sie es schon sagen lassen! Erklärte doch auf derselben Synode der Prediger Richter, er glaube wohl in dem Apostolicum an die Auferstehung Christi, nicht aber daran, daß Christus „abgestiegen zur Hölle" sei. — Herr Stöcker meinte u. A., im heutigen Protestantismus sei eine „tiefe Sonnenfinsterniß" hereingebrochen, welche nur erleuchtet werden könne durch „den Glauben und den Geist der Reformation". — Was die „Reformation" helfen soll, wenn man über das christliche „A B C" nicht mehr einig ist, ist Herrn Stöckers Geheimniß.

Geistlichen" und der „gebildeten Gemeindeglieder" Rechnung getragen werde. Falls diese Parallel-Formulare nicht gewährt werden, drohen sie — nach socialdemokratischem Vorgang — mit dem *Austritt aus der „Landeskirche"*.

In ganz Deutschland gibt es bekanntlich keine protestantisch-theologische Fakultät mehr, in welcher *nur* nach „orthodoxer" Methode gelehrt würde; in vielen Fakultäten steht die Mehrzahl der Professoren im offenen Gegensatz zum positiven Christenglauben. In Berlin hat neuerdings der, noch unter Bismarck berufene, Professor *Harnack* den Studirenden, welche ihn befragten, ob sie nicht gemeinsam an den Oberkirchenrath die Bitte richten sollten, das Apostolicum aus der Ordinationsformel für Geistliche und aus dem gottesdienstlichen Gebrauche zu entfernen, geantwortet: Der gereifte Verstand eines am Verständnisse des Evangeliums und der Kirchengeschichte gebildeten Christen müsse allerdings an manchen Sätzen des Apostolicums Anstoß nehmen, z. B. an den Worten: „Empfangen vom heiligen Geiste, geboren aus Maria der Jungfrau". Der Laie brauche deshalb sich nicht von der Kirche zurückzuziehen, noch der Geistliche vom Amte, wenn er diese Sätze beanstande. „Denn eine religiöse Gemeinde könne nicht bestehen, wenn um eines einzelnen Satzes willen, der mindestens nicht im *Centrum* des Christenthums steht, die Fähigkeit, die Gemeinde, in die man hineingeboren ist, zu erbauen, aufgehoben sein sollte. Das Bleiben im Amte sei daher sehr wohl sittlich zu rechtfertigen, vorausgesetzt, daß der Betreffende noch mit dem *Grundgedanken* seiner Kirche übereinstimmt, und da wo er auf Verständniß rechnen kann, von seiner abweichenden Meinung kein Hehl macht und innerhalb der Grenzen seines Berufes auf Abschaffung des *Nothstandes* hinarbeitet. D. h. es müsse vorläufig dahin gearbeitet werden, entweder das Apostolicum aus dem liturgischen Gebrauche zu entfernen oder den Gemeinden die Möglichkeit des Nichtgebrauches zu gewähren. Man müsse



sich aber hüten, dies durch eine Vergewaltigung derjenigen evangelischen Christen durchzuführen, die ihren Glauben voll und ohne Anstoß im Apostolicum ausgedrückt finden, denn unsere Zeit sei noch nicht geeignet, ein besser formulirtes Symbolum an Stelle des alten zu setzen".

Schließlich folgt ein Verweis an die Studirenden, die sich mit solchen Dingen nicht zu befassen hätten. Besser hätte hienach Professor Harnack gethan, wenn er eine solche Studenten-Demonstration erst gar nicht zugelassen hätte. Denn einen klaren Bescheid haben seine Schüler doch nicht erhalten. Oder wissen diese vielleicht, was ihr Lehrer unter dem „Centrum des Christenthums", unter dem „Grundgedanken seiner Kirche" versteht? Damit hat der Professor seinen Zuhörern nur zwei neue Fragezeichen mit auf den Weg gegeben. Höchstens werden die Schüler d i e praktische Consequenz ziehen: Wenn wir auch das Apostolicum lehren, so brauchen wir doch nicht daran zu glauben Denn wir glauben an das, was w i r für das „Centrum des Christenthums", für den „Grundgedanken unserer Kirche" halten. Und in dieser „sittlichen" Auffassung bestärkt sie sogar der Oberkirchenrath, der in Folge der Agitation für und gegen das Apostolicum eine Entscheidung erließ, in welcher sich folgender Satz fand: „Bei aller evangelischen Weitherzigkeit und weit entfernt davon, aus dem Bekenntniß oder aus jedem Einzelstück desselben ein starres Lehrgesetz zu machen, werden wir doch etwaige agitatorische Versuche, das Apostolicum aus seiner Stellung zu verdrängen, bei unseren Geistlichen nicht dulden".[1])

Dieser Entscheid des Oberkirchenrathes wie die Erklärung des Professor Harnack lassen nur die V e r l e g e n h e i t erkennen, in welcher man sich beiderseits befunden hat. Ent-

1) Inzwischen hat der Oberkirchenrath auch bezüglich des Ordinationsformulars nachgegeben, insofern er in dem Entwurfe zur neuen Agende die zu ordinirenden Candidaten nicht mehr zu „Hersagung des A B C" verpflichtete. Vgl. die obige Note.

weder sind die Sätze: „Empfangen vom heiligen Geiste, geboren aus Maria der Jungfrau" wahr oder nicht wahr. Sind sie wahr, so muß sie Harnack lehren und der Oberkirchenrath muß ein „starres Lehrgesetz" aus ihnen machen; sind sie nicht wahr, so taugt das ganze Apostolicum nichts, und es ist unsittlich, es noch beim Gottesdienst anzuwenden: Harnack müßte dann den Studenten rathen, es nicht mehr zu gebrauchen, und der Oberkirchenrath müßte es verbieten. Andernfalls würde man Studirende und Prediger zu einer Heuchelei ermuntern, welche selbst auf bürgerlichem Gebiete nicht „sittlich" wäre, unter keinen Umständen auf kirchlichem Boden.

Consequenter ist der Berliner Prediger Schmeidler, welcher soeben im „Berliner Sonntagsboten" erklärt: „Wenn man im Verkehr mit der Gemeinde hinreichend belehrt worden ist, daß in ihr der naive Standpunkt des Symbolglaubens weithin erschüttert ist,' so ist man nicht mehr in der Lage, sein Verhalten in Bezug auf dieses Symbol zu ändern (d. h. es für unwahr resp. unhistorisch zu erklären). Unser Verhältniß zu den Gemeinden ist heutzutage nicht mehr so, daß, wenn wir Theologen unter uns sind — wie bei der Ordination — wir uns die Wahrheit sagen; wenn wir aber vor und mit der Gemeinde handeln, halten wir den Schein aufrecht, von dem wir wissen, daß, wenn der naive Glaube hin ist, er eben Schein ist. Wir sind keine Auguren".[1])

Wie Schmeidler denkt aber die große Mehrzahl der „evangelischen" Prediger in Berlin, Breslau, Hamburg, Bremen, Stettin u. s. w. Von gleichen Gesinnungen trifft man auch schon viele in kleineren Städten und auf dem Lande. Sie alle mußten hierzu ermuntert werden, wenn sie sahen, wie der preußische Oberkirchenrath schon im Jahre

---

1) Auf der oben erwähnten Synode verlangte Schmeidler in der Agende statt des Apostolicums ein — „Glaubenslied".

1873 das Apostolicum als ein Noli me tangere behandelte. Damals hatte der Berliner Prediger Sydow in einem „außeramtlichen“, aber öffentlichen Vortrage die Gottheit Christi geleugnet. Sydow hatte geradezu erklärt, „die Zeit“, d. h. die beginnende Culturkampfs-Periode, scheine ihm gekommen zu sein, um mit der „Wahrheit“ nicht länger zurückzuhalten. Er wurde darauf vom Consistorium der Mark Brandenburg, unter dem Vorsitz des Sohnes des Philosophen Hegel, abgesetzt, vom Oberkirchenrath aber wieder eingesetzt, weil er seine Lehre nicht in „amtlicher“ Eigenschaft vorgetragen; weil indeß der Vortrag öffentlich war, wurde auf einen „Verweis“ erkannt. Dabei wurde erklärt, man brauche die heilige Schrift resp. das Apostolicum nicht in „grobsinnlicher“ Weise zu interpretiren; aber u. s. w. Kurz, es handelte sich damals wie heute um denselben Eiertanz. „Grobsinnlich“ soll die Auslegung nicht sein, aber auch nicht so, wie sie Sydow gibt; heute will man nicht nach „starren Lehrgesetzen“ interpretiren; aber die Auslegung Harnacks soll auch nicht gestattet sein; was nun in der Mitte liegt, was erlaubt sein soll, was man gerade wissen möchte: das verschweigt des Oberkirchenrathes Höflichkeit.

In ganz ähnlicher Weise hat im gleichen Falle neuerdings auch der badische Oberkirchenrath entschieden. In Druckschriften, in freien Vorträgen und in der Privatseelsorge, so heißt es in seinem Erlasse vom 15. Nov. 1892, sei dem Geistlichen alle Freiheit gestattet; nur in liturgischen Vorträgen sei er an die Agende gebunden und in den Predigten sei ihm nicht gestattet, daß er, „wenn er die Ausdrucksformen unserer ersten Reformatoren nicht passend erachtet, nun von der ganzen dadurch bezeichneten Lehre abstrahire, mithin auch die biblische Darstellung derselben hinterhalte oder seine eigenen abweichenden Vorstellungsarten den Gemeinden als Glaubenslehre vortrage“.

Noch drastischer trat der Gegensatz zwischen amtlichem

und nicht-amtlichem Verhalten zu Tage in dem Falle Schrempf in Württemberg.[1]) Schrempf hatte bei seiner Ernennung zum Pfarrer seine Behörde darauf aufmerksam gemacht, daß seine persönliche Ueberzeugung mit dem apostolischen Glaubensbekenntnisse nicht übereinstimme, daß er dasselbe somit nicht in Liturgie und Predigt anwenden könne. Das Consistorium zu Stuttgart hatte gegen seine „Ueberzeugung“ nichts einzuwenden und suchte ihn nur bezüglich des Gebrauches des Apostolicums zu beschwichtigen. Der Oberkirchenrath endlich erklärte: der Geistliche solle „die Fortschritte der theologischen Wissenschaft verwerthen“, aber „mit Bescheidenheit“ und „ohne Aergerniß für die Gemeinde“. Schrempf aber wollte keinen Unterschied in seinem amtlichen und nicht-amtlichen Verhalten machen, ließ das Symbolum auch in Liturgie und Predigt weg, und auf deßfallsige Beschwerde der Gemeinde wurde er von demselben Consistorium, das gegen seine „Ueberzeugung“ nichts einzuwenden hatte, „wegen Verfehlung wider die übernommene Dienstpflicht“ am 3. Juni 1892 abgesetzt.

Hienach hat also die oberste protestantische Kirchenbehörde in Berlin, Stuttgart und Karlsruhe den Grundsatz aufgestellt, daß wenn ein Prediger auch notorische Beweise vom Widerspruch gegen die Lehre der „Kirche“ gegeben habe, er dennoch in seiner Stellung zu belassen sei, sobald er nicht „amtlich“ gegen die altchristlichen oder „reformatorischen“ Bekenntnisse oder gegen die „Ausdrucksformen“ der „Reformatoren“ sich auflehne; ja in Berlin kam vor einigen Jahren der Fall vor, daß ein Prediger (Hoßbach) wegen Heterodoxie auf Einspruch aus der Gemeinde für eine Pfarre (St. Jakob) abgelehnt wurde, während er bei seiner bisherigen Gemeinde (St. Andreas) belassen wurde, weil von dort kein Einspruch erhoben war. An vielen Kirchen, auch

1) Vergl über alle diese „Fälle“ den Artikel: „Apostolicus und Apostolicum“ in Heft 4 Band 111 der „Historisch-politischen Blätter“.

in der Provinz, an denen mehrere Geistliche funktioniren, kommt es vor, daß an einem Sonntag „liberal“, am nächsten Sonntag „conservativ“ gepredigt wird.

Daß bei diesem Chaos für einen protestantischen Theologen es angebracht ist, alle zehn Jahre einmal Studien über den „Unterschied in der positiven und liberalen modernen Theologie“ anzustellen, wie Herr Professor Kübel dieß jetzt zum zweiten Male gethan hat, ist erklärlich. Folgen wir ihm nunmehr noch kurz in seiner Untersuchung und sehen wir, welche eventuellen Heilmittel er zur Ueberwindung der Krisis in seiner Kirche angibt.

Daß eine „der tiefgehendsten Krisen“ gegenwärtig im Protestantismus vorhanden, ist dem Verfasser nicht zweifelhaft, obschon er sich alle Mühe gibt, die Unterschiede in den sich gegenüberstehenden Richtungen nach Kräften zu verwischen. Zu letzterem Zwecke sucht er mühsam das „Gemeinsame“ auf, was noch die feindlichen Brüder vereinigen könnte. Aber er selbst wird von dem Resultate dieser Untersuchung nicht sehr erbaut sein. Denn hat er einmal einen der Erwähnung werthen Punkt aufgefunden, in welchem eine Uebereinstimmung zwischen der „Rechten“ und „Linken“ vorhanden zu sein scheint, so muß er auch schon sogleich die constante Einschränkung machen: „Freilich stimmen hier nicht alle positiven, nicht alle liberalen Theologen überein“. Das Endresultat hierbei ist denn auch, daß nur zwei äußere Feinde Allen „gemeinsam“ bleiben: die Socialdemokratie und Rom.

Einmal im Laufe seiner Untersuchung scheint zwar der Autor einen Vereinigungspunkt in den beiden Richtungen gefunden zu haben. Er macht einen Unterschied zwischen „Liberalen“ und „Radikalen“ (Strauß, Renan ꝛc.) und meint, daß die „Liberalen“ die „sonnenklare biblische d. h. göttliche Position Christi“ als „zweifellos biblische centrale Glaubenswahrheit“ zugeben. „Eine Theologie“, fügt er hinzu, „die den johanneischen Satz ‚Jesus der Christ‘ oder

die die Gottessohnschaft Christi überhaupt leugnen würde, erkennen auch die Liberalen nicht mehr als christlich an." Mit diesem Satze befindet sich aber der Autor in einem „centralen" Irrthum. Es ist gar nicht wahr, daß die „Liberalen" die Leugnung der Gottheit Christi für unchristlich halten. Mit wenigen Ausnahmen glauben sie selbst nicht daran; nur haben sie nicht gleich den „Radikalen" den Muth, es offen zu sagen. Sie gebrauchen die Worte der heiligen Schrift: „Gottes Sohn", „Auferstehung", „Himmelfahrt" rc., sie legen aber diesen Worten eine ganz andere Bedeutung bei, als die Positiven. Wie jeder Mensch ein „Kind Gottes" ist, so ist ihnen Christus der vollkommenste „Sohn Gottes"; sie wenden dabei eine Fülle von Phrasen an, in denen sich wieder Einer vom Andern unterscheidet. Die Auferstehung Christi beruht ihnen gleich Renan auf einer „Vision" der Magdalena und der Apostel; dennoch reden sie von „Auferstehung" und meinen dabei eine geistige, wiederum in einer Menge von unterschiedlichen Phrasen. Ebenso halten sie es mit der Himmelfahrt u. s. w. Thatsächlich müssen sie ja zur Erklärung des Wortlautes der hl. Schrift an viel größere Wunder glauben, als in der Bibel stehen — daß z. B. eine Vision der Magdalena und der Apostel Millionen von Menschen für alle Zeiten in die Irre führen könnte, wäre ein ganz ungeheuerliches Wunder — aber die Schwäche vor dem „Zeitgeist", der ihr eigener Geist ist, bringt einmal so etwas zu Wege. Einige der „Liberalen" erklären zunächst nur die übernatürliche Geburt Christi zu leugnen, sollten sie aber wirklich an sein übernatürliches irdisches Ende (Auferstehung und Himmelfahrt) glauben, warum dann nicht auch an seinen übernatürlichen irdischen Anfang?

Unser Autor fühlt selbst, daß aus diesem Gewirr nicht anders herauszukommen ist, als dadurch, daß die angeblich „sonnenklare" „biblische centrale Glaubenswahrheit" auch ihrem Sinne nach festgestellt wird — und zwar fest-

gestellt wird als „consensus biblicus“, als „Wort im Wort“. Aber wer stellt sie fest? „Das thut“, bekommen wir zur Antwort, „die Theologie in gewissenhafter Erforschung der Bibel; und hiefür ist sie völlig frei, d. h. an nichts, als eben an die Bibel selbst gebunden.“ — Also die „Theologie“! Sind Harnack, Schrempf ꝛc. keine „Theologen“? Aber vielleicht keine „gewissenhaften“? Indeß ist in ihrem Sinne vielleicht auch Herr Kübel kein „gewissenhafter“ Theologe. Somit schwebt auch hier wieder die entscheidende Instanz in der Luft.

Der Autor scheint dies abermals selbst zu fühlen und darum macht er sogleich folgende Einschränkungen: „In dogmatischer Beziehung ist diese Bindung (an die Bibel) nach unserer Anschauung zunächst nur eine formale, d. h. wir können an sich eine Theologie dann, aber auch nur dann, für eine wirklich christliche anerkennen, die zum Voraus erklärt, daß für sie das, was sie ehrlicherweise als den consensus biblicus erkennt, die Wahrheit ist. Leugnet dies eine Theologie direkt oder liegt ganz offenbar faktisch vor, daß sie ihre eigenen ‚Erfahrungen‘ oder die Dictate des Zeitgeistes, einer Zeitphilosophie u. s. w. den Meister über den Bibelglauben sein läßt, so ist sie insoweit, als diese Stellung zur Bibel in ihr zu Tage tritt, für uns zum Voraus unchristlich Eine Theologie z. B., die erklärt, überhaupt an das, was die Apostel Jesu Christi glaubten und als Glaubenslehre verkündigten, nicht gebunden zu sein, steht eo ipso auf widerchristlichem Boden; denn Jesus hat uns ans Lehrwort seiner Apostel gebunden.“

Hier frägt man wieder: Wer entscheidet darüber, was „ehrlicherweise“ als der „consensus biblicus“ zu erkennen ist und was „ganz offenbar faktisch vorliegt?“ Doch wiederum „die Theologie“, deren Vertreter insgesammt „ehrlich“ sein wollen und deren Mehrzahl bestreitet, daß Manches, was Herr Kübel als „ganz offenbar faktisch vorliegend“ bezeichnet, wirklich „ganz offenbar faktisch vorliegt“ Bibel, Zeit-

geist u. s. w. sind eben keine entladenen Gewehre, welche von selber klar sprechen, sondern solche vieldeutigen Zeugen, deren Sprache ausgelegt werden will.

Indeß der Verfasser nennt endlich eine concrete Entscheidungs-Instanz, nach der man sich zu richten habe: die Apostel. Aber weiß er denn nicht, daß auch die Schriften resp. Lehren der Apostel so vielseitig interpretirt werden, wie die Worte des Herrn? Er hat hier ganz darauf vergessen, daß es nicht nur nach „liberaler“, sondern vielfach auch nach protestantisch-„orthodoxer“ Anschauung ein dreifaches Christenthum, ein „petrinisches“, „paulinisches“ und „johanneisches“, gibt. Die protestantische Theologie macht aus jedem Apostel, was ihr beliebt; Luther haßte den Petrus; Jakobus schrieb ihm eine „Strohepistel.“ Also wiederum drei Fragezeichen auf zehn vorhergegangene! Mit einem dicken Fragezeichen schließt auch das Buch.

Verzweifelnd an dem Gedanken, daß auf sachlichem Gebiete eine Einigung in der „Theologie“ werde zu erzielen sein, möchte der Autor wenigstens eine Personal-Union schaffen. Er sagt zum Schluß: „Zwischen einer Glaubens- und Lehranschauung, welche die Autorität des neutestamentlichen Worts und zweifellos neutestamentliche Lehren, z. B. von der Präexistenz, jungfräulichen Geburt, Auferstehung, Wiederkunft Christi u. s. f. leugnet und verlangt, daß dergleichen Ansichten auch in der Kirche vorgetragen werden dürfen, und zwischen der positiv-kirchlichen Anschauung ist ein Friede rein unmöglich und es kann dieselbe Kirche unmöglich auf die Länge zwei Richtungen in ihrem Dienst ertragen, deren eine das für Gotteswahrheit erklärt, was für die andere verwerflich ist“.

Das ist richtig, klar und logisch; nun fährt aber der Verfasser unmittelbar darauf fort: „Was aber das Persönliche betrifft, so können in derselben evangelischen Kirche ehrlich und friedlich alle diejenigen zusammenstehen

und zusammenwirken, welche — ob auch in der theologischen Fassung von Vielem sehr einander bekämpfend — wissen und bekennen, Leute zu sein, welche die Wahrheit von Gott in Christo aus dem Gotteswort der heiligen Schrift und in Pietät gegen die Kirche immer besser zu erkennen, immer treuer ins Leben umzusetzen und immer vollkommener Andere zu lehren suchen. Auch solche werden manchmal zu einander sagen: ‚Ihr habt einen andern Geist als wir.' Das bedeutet aber: es ist eine andere Art, eine andere Individualität von Auffassung des Christenthums, die ihr vertretet, aber Christenthum, echtes Christenthum tritt uns doch auch aus euch entgegen. Nicht aber hat dieses Wort dann den Sinn, daß der eine der vorhandenen Geister den andern nicht als christlichen anerkennen könne. Die Geister sollen aufeinanderplatzen; aber in demselben Heerlager doch nur verwandte, in dem Einen Ziel einige Geister Wehe einer Kirche, die in sich solche Geister tragen muß, die sich hassen und zum Tod bekämpfen müssen; wohl einer Kirche, die recht viele verschiedene, mannigfaltige Geister hegt und walten läßt, aber solche, die alle aus dem Einen Quell entstammt sind und der Einen Kraft und Norm, dem Einen Herrn dienen, Christo und dem ewigen Leben."

So schließt der Autor sein Werk. Er endet, wie schon gesagt, mit einem neuen Fragezeichen. Denn er wird sich sagen müssen, daß in seiner „Kirche" viel mehr Prämissen vorhanden sind für das „Wehe" als für das „Wohl". Wie kann er bei den von ihm zugestandenen principiellen sachlichen Differenzen, welche in seiner Gemeinschaft existiren, es für möglich halten, daß das „persönliche" Gebiet stark genug wäre, um zwei Glaubenssysteme, von denen das eine das andere aufhebt, so miteinander zu vereinbaren, daß „echtes Christenthum", d. h. wie es der Verfasser versteht, positives Christenthum, daraus entstehen könnte? Es gibt bereits zahlreiche protestantische Gemeinden, in denen zwei Prediger mit entgegengesetzter „Theologie" funktioniren. Was dort

der Eine aufbaut, reißt der Andere nieder. Unter den Gemeindegliedern gibt es entsprechend dem Standpunkte der Geistlichen zwei Parteien, die sich untereinander befehden und welche den Gottesdienst nur dann besuchen, wenn „ihr" Prediger das „Wort Gottes" verkündet. Es mag sein, daß die beiden Prediger, von denen jeder das Wort Gottes „rein und lauter" zu deuten für sich in Anspruch nimmt, „persönlich" noch mit einander in umgänglichen Formen verkehren; es kann sein, daß auch die Gemeindeglieder ihren innern Gegensatz in gemessenen äußern Schranken halten und nicht zu lauten Zänkereien und groben Excessen schreiten: basiren aber solche Zustände auf einem „echten Christenthum" und entsprechen sie vor allem dem hohenpriesterlichen Gebet des Herrn: „Ut omnes unum sint?"

In seinem „Vorwort" läßt denn auch der Verfasser die Zweifel an dem Gelingen seiner Vorschläge deutlich merken: „Sollte die hier versuchte Lösung der großen Schwierigkeiten, — daß nämlich die Positiven die Freiheit der Wissenschaft zugeben, die Liberalen darauf verzichten, für dasjenige aus ihren Anschauungen, was der Kirchenlehre oder gar der heiligen Schrift widerspricht, das Vortragsrecht im Amt der Kirche in Anspruch zu nehmen — in der That eine Unmöglichkeit sein, dann wird wohl das Zerfallen unserer evangelischen Kirche in eine Menge von Denominationen nicht mehr lange auf sich warten lassen".

Für den Eintritt dieser Wahrscheinlichkeit hat der Autor nur Einen Selbsttrost: „Sollte indeß die Kirche auch auf diese Weise zerfallen, so ist sie — das sagen wir unsern gemeinsamen Feinden, besonders den Anhängern Roms mit voller Getrostheit — noch durchaus nicht, wie sie meinen und hoffen, dahin und verloren. Unsere Kirche kann gottlob in allerlei Gestalten leben." Wenn dieser Trost den Verfasser genügt, so wollen wir ihm denselben nicht rauben. Es kommt nur darauf an, ob jene „Gestaltungen" lebensfähig bleiben werden. Die praktische Frage wird sein, ob

die Staatsgewalt, wenn die Austritte aus den „Landeskirchen" zunehmen, den Willen und insbesondere die Macht haben wird, einige hundert der neuen Gestaltungen lebensfähig zu erhalten. Eher wird wohl das Wort Dupanloups in Erfüllung gehen, der bei dem Lärm, den selbst „orthodox" protestantische Organe über den römischen Syllabus vom 8. Dezember 1864 anschlugen, sagte: „Nur noch wenige Jahre und der Protestantismus wird sein, was heute der Arianismus und der Gnosticismus ist."

Auch unser Autor kann ohne den üblichen Ausfall auf „Rom "nicht vorbeikommen. Dabei appellirt er zur Rettung seiner Kirche an ein ausschließlich „römisches" Princip. „Freiheit der Wissenschaft", welche an der „Kirchenlehre" und an der (von der Kirchenlehre interpretirten) heiligen Schrift ihre Schranke findet, das ist der uralte „römische", d. h. katholische Grundsatz. In der katholischen Gemeinschaft genießt freilich die Lehre der Kirche eine andere Autorität als bei den Protestanten. Bei den letzteren ist ein Luther, ein Calvin, eine Augsburgische Confession, eine Union, ein Consistorium, ein Oberkirchenrath ein rein menschlicher Faktor selbst für den rein „positiven" Protestanten; der positive Katholik dagegen erkennt in dem obersten Lehramt der Kirche eine menschlich-göttliche Institution, welche der Gottmensch eingesetzt hat zur Erhaltung seiner Kirche bis ans Ende der Zeiten. Der gläubige Katholik unterwirft sich dieser Institution nicht etwa nur um der äußern Ordnung der Kirche willen, sondern aus innerem Glauben, weil er überzeugt ist, daß nicht Menschen, sondern Gott es so haben will. Der Katholik geht daher an die „freie Forschung" von vornherein mit der sich selbst gestellten Einschränkung, daß er, falls er zu Resultaten gelange, welche entweder mit der bereits deklarirten oder noch zu deklarirenden Kirchenlehre in Widerspruch stehen, sich der Kirche unterwerfe. Dies erklären auch alle katholischen Schriftsteller, welche dubiöse Fragen behandeln, gleich im

Vorwort. Darum gehören auch katholische Dogmatiker, Moralisten und Exegeten, welche mit der kirchlichen Lehre in Widerspruch stehen, verhältnißmäßig zu den großen Seltenheiten, während sie im Protestantismus die Regel, nicht die Ausnahme bilden.

Es war seinerzeit die wohlberechnetste Phrase, als Luther sagte, die katholische Lehre sei „Menschenwerk“, die seinige „Gotteswerk“. Gerade das Gegentheil war der Fall; Luthers Lehre war Menschenwerk, was schon daraus erkenntlich war, daß sie jedes Jahr anders lautete. Aber Unzählige sind mit dieser „Lehre“ in die Irre geführt worden und trauern jetzt unter den Consequenzen derselben. Sie werden inne, daß das erste Leck in ihr sinkendes Schiff vom „Reformator“ selber gerissen wurde, als er sein Fahrzeug vom Felsen Petri losstieß. Sie schauen in Bangigkeit aus nach einem rettenden Princip und erkennen, daß das einzig richtige dasjenige ist, welches auf dem Felsen Petri gehandhabt wird; aber es fehlt ihnen die Willenskraft, die praktischen Consequenzen der erkannten Wahrheit zu ziehen, und darum schweben sie in der peinlichen Alternative: Entweder Rücktritt auf den Felsen Petri oder — Untergang!

P. M.

LXVIII.

Reflexionen über die preußische Kabinetsordre vom 17. August 1825.

Erziehung der Kinder aus Mischehen.

Vor einiger Zeit war das Interesse von nicht Wenigen nach der Stadt an Rhein und Mosel (Coblenz) hin gerichtet, um von dort aus den Urtheilsspruch in einem Prozesse zu vernehmen, den eine der elementarsten Fragen des häuslichen und öffentlichen Lebens, die religiöse Erziehung von Kindern aus Mischehen veranlaßt hatte.

Eine katholische Mutter (Ehefrau L. zu Trier) hatte das Aeußerste gethan, ihrem Kinde, dessen protestantischer Vater bereits gestorben war, eine katholische Erziehung zu sichern. Sie hielt sich dazu für verpflichtet vor Gott, der Kirche und ihrem eigenen Gewissen. Sie glaubte sich aber auch dazu berechtigt, selbst den ungünstigsten Bestimmungen der Staatsgesetze gegenüber. Bekanntlich hat ja die Kabinetsordre Friedrich Wilhelms III. von Preußen für die älteren Provinzen der Monarchie und später auch für Rheinland und Westfalen entschieden, daß Kinder aus gemischten Ehen stets in der Religion des Vaters zu erziehen seien. Ein entgegengesetztes Versprechen, vor der Trauung abgegeben, hat keine Rechtskraft, wohl aber eine letztwillige Entscheidung, die der Vater etwa vor seinem Tode trifft. Eine solche schützt denn auch die betreffende Frau vor. Der Ehe-

gatte, so sagt sie vor Gericht aus, habe ihr auf dem Todesbette vollständige Freiheit in Bezug auf die Erziehung der Kinder überhaupt eingeräumt, worunter unter diesen Umständen entweder gar nichts oder freie Wahl in der Religion der Kinder zu verstehen war. Diese Aussage konnte allerdings die Mutter vor Gericht nicht mit einem Eide bekräftigen, da sie als Angeklagte nicht zum Eide zugelassen wurde. Dagegen hatte ein katholischer Pfarrer und Hospitalrektor (Stöck zu Trier) seinerzeit gar keine Veranlassung, eine diesbezügliche Versicherung für Unwahrheit zu halten. Er bestärkte daher die Frau, in ihrem löblichen, und wie er meinte, nicht einmal in Preußen gesetzwidrigen Bestreben, eine katholische Erziehung der Kinder zu veranlassen; er wendet auch die geeigneten Mittel an, dem Kinde katholischen Unterricht und Umgebung zu sichern.

Sowohl Pfarrer St. wie Frau L. hielten sich gewiß auch dem Vormundschaftsgericht gegenüber für gerechtfertigt, da man vor diesem die ausdrückliche Willenserklärung des Vaters, die Mutter solle freie Hand in der Erziehung ihrer Kinder haben, nöthigenfalls beschwören konnte. Daß der Vater auch einer Diakonissin, nach deren Aussage vor Gericht, wenige Tage vor seinem Tode übertrug, den Kindern für protestantische Erziehung zu sorgen, wußten vielleicht weder Pfarrer noch Mutter. Wenn sie es aber wußten, mochten sie diese Erklärung als wirklich überlegte anzweifeln und diejenige Entscheidung als den festen Willen des Vaters präsumiren, die er der Mutter gegeben. Kurzum, in ihrem Gewissen und vor dem äußeren Forum glaubten sich Mutter und Pfarrer ganz gewiß vollberechtigt, eine katholische Erziehung herbeizuführen und eine protestantische zu vereiteln.

Es wurde dies bewerkstelligt, indem man das Kind einer katholischen Anstalt übergab. Nun hat das Vormundschaftsgericht nach dem, was bis jetzt in den Zeitungen berichtet worden, niemals die Mutter aufgefordert, diese ihre Handlungsweise zu rechtfertigen und sich über den letzten

Willen ihres Ehegatten zu äußern, wohl aber erließ das Gericht die Aufforderung, das Kind in die evangelische Schule zu schicken. Als dies nicht geschah, wurde die Mutter nach einiger Zeit der Vormundschaft entsetzt, weil sie sich geweigert, das Kind gemäß der Kabinetsordre vom 17. August 1825 zu erziehen. Durch eine eigenthümliche Combination kam es, daß wiederum ein katholischer Vormund, Pfarrer Stöck selbst, bestellt wurde, der natürlich die Erziehung des Kindes in katholischem Sinne weiter betrieb, so daß es jetzt bereits zur ersten hl. Communion geführt worden ist. Daraufhin aber wurde auch Stöck seines Amtes entsetzt und dem Kinde ein protestantischer Vormund gegeben, jedenfalls, um es wieder protestantisch zu machen, denn sonst wäre ein solcher Wechsel zwecklos. Nun aber ist das Kind verschwunden. Pfarrer Stöck und die Mutter werden darüber in Anklagezustand versetzt; das Strafgericht in Coblenz nimmt an, daß die Angeklagten das Kind dem ihm bestellten (protestantischen) Vormund entzogen hätten, und verurtheilt sie. Ob die Annahme der Strafkammer zu Coblenz auf Wahrheit beruht, kann hier nicht untersucht werden. Das aber soll besprochen werden, ob es nicht eine mit dem natürlichen und positiven Recht in schneidendem Widerspruch stehende Bestimmung ist, die einen Priester und eine katholische Mutter in eine so entsetzliche Collision verwickelte. Wenn dies der Fall ist und unsere Strafkammer eine „Entführung“ annimmt, so möge sie wenigstens eingestehen, daß alsdann ein schweres Unrecht des Gesetzes einen Schritt veranlaßt hätte, den man mit Strafe belegt.

In der Begründung der k. Kabinetsordre vom August 1825 ist es klar und deutlich ausgesprochen, daß sie erlassen wurde, „um den evangelischen Glauben gegen katholische Proselytenmacherei zu schützen; denn in einem Lande, in dem die Mehrzahl der Bewohner evangelisch ist, müsse der Fall, daß ein evangelischer Mann eine katholische Frau heirathe, häufiger vorkommen, als der umgekehrte.“ Also

müssen die Kinder aus Mischehen stets in der Religion des Vaters erzogen werden, damit das protestantische Bekenntniß nicht ab-, sondern in der richtigen Proportion zunimmt.

Stellen wir uns, um diese Maßregel zu beurtheilen, auf den Standpunkt eines gläubigen protestantischen Regenten, resp. einer gläubigen protestantischen Regierung, so wird dieselbe andere Religionsgenossenschaften als mehr oder weniger falsch und schädlich betrachten und dieselben höchstens um des bürgerlichen Friedens willen dulden, niemals fördern. Bei verfassungsmäßiger Parität der Confessionen aber wird ein protestantisches Staatsoberhaupt immer noch von dem Bestreben beseelt sein, das protestantische Bekenntniß zu heben, nicht aus voreingenommenem Haß gegen die anderen, sondern aus Ueberzeugung und dem Verlangen nach Einheit in dem wahren, von Gott gewollten christlichen Bekenntnisse, ein Verlangen, das wir allen Regierungen von Herzen wünschen möchten. Ich sage, ein solcher protestantischer Fürst wird mit rechtlichen Mitteln immer wieder nach religiöser Einheit hinstreben, wenigstens wenn möglich zu verhindern suchen, daß das protestantische Bekenntniß infolge der zugestandenen Parität gemindert werde. Letzteres wäre unter Umständen der Fall, wenn bei Mischehen der protestantische Theil das von der katholischen Kirche geforderte Versprechen gibt und hält. Welche rechtlichen Mittel kann nun ein protestantischer Regent anwenden, diese Gefahr der Minderung des Protestantismus durch die Mischehen zu beseitigen?

Es ist vor Allem die Frage zu behandeln, ob und wie eine Regierung für ein Religionssystem fördernd und hindernd thätig sein darf. Legen wir zunächst die gläubig-christliche Weltanschauung, nach der wir eine einzig berechtigte, göttlich wahre und Allen nothwendige Religion und Confession bekennen, zu Grunde, so ist jedem Kinde bekannt, daß der Stifter des Christenthums dessen Erhaltung und Regierung nicht einem Minister, nicht einem weltlichen Fürsten, sondern einem internationalen Apostolat anvertraut hat. Nach der

allerdings sonderbaren protestantischen Anschauung aber ist die kirchliche Regierungsgewalt allmählig von den Aposteln und ihren Nachfolgern auf die Regierten selbst, auf die Gemeinde, übergegangen. Da diese sich aber nicht selbst leiten kann, hat sie aus der Universalkirche zahlreiche Landeskirchen gemacht und dem Landesherrn die Erhaltung des evangelischen Glaubens anheimgegeben. Auf diese Weise wurde der Landesherr mit seinem Minister in Bezug auf äußere Kirchengewalt ungefähr das, was früher der Bischof und Papst repräsentirte. Sehen wir nun von der dogmatischen Controverse über die Träger der von Christus verliehenen Autorität ab, nehmen wir an, daß im Laufe der Zeiten nicht wenige Fürsten im „guten Glauben“ dieses ihnen allerdings sehr vortheilhafte Amt eines custos fidei übernommen hätten: das steht jedenfalls fest: Wenn sie es in ihrer Eigenschaft als weltliche Obrigkeit ausgeübt hätten, abgesehen von der Einsetzung einer kirchlichen Autorität und von der Bekleidung des Fürsten mit derselben, so würden sie jeglicher Vollmacht entbehrt haben. Könige und Minister haben keine missio canonica, dem christlichen Volke den Glauben zu predigen, noch weniger aus sich selbst die Gewalt, über christliche Ehe, christliche Taufe oder christlichen Schulunterricht eine Kabinetsordre zu erlassen.

Wohl darf und muß der christliche Fürst das theuerste Gut der Väter, den christlichen Glauben, den ein Volk aus eigenem Antriebe und von Gott geleitet, angenommen, als das höchste sociale Gut zu erhalten, alle schädlichen Einflüsse fern zu halten suchen. Er thut dies aber, indem er seinen Arm derjenigen Macht leiht, die von Gott beauftragt ist, die Mitglieder seiner Kirche zu regieren und ihre religiösen Verpflichtungen zu bestimmen. Eine solche Macht ist nach katholischer Lehre die kirchliche Hierarchie, nach protestantischer Auffassung von Rechtswegen allerdings

die ganze Gemeinde, faktisch aber in den allermeisten Fällen der Landesherr selbst.

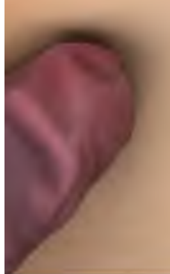
Als Träger der Kirchengewalt also dürfte der christliche Landesfürst, der wirklich an seine Mission glaubt, Gesetze erlassen über Pflichten der Unterthanen des geistigen Reiches Christi, der Kirche. Mit anderen Worten, er muß sich — allerdings allem protestantischen Dogma zuwider — erst wieder eine geistige Hierarchie, eine Art Primat, vindiciren, und dann als Laienapostel, aber doch als Apostel, thun, was anderswo die gesalbten Bischöfe und Päpste thun: Verordnungen erlassen über die religiöse Ausbildung von Kindern aus christlicher Ehe. Als Staatsmann und Oberhaupt der Polizei aber kann er alsdann seinen Verordnungen den gehörigen Nachdruck verleihen. Dies in einem christlich-confessionellen Staate, in dem nur Eine Religion und Eine Confession, in unserm Fall die protestantische, als die allein wahre, bürgerlich berechtigte gilt und der Landesfürst summus episcopus ist.

Ganz anders aber gestalten sich die Rechte der weltlichen Behörde, wenn dieselbe verfassungsgemäß eine paritätische Staatsleitung sein soll, so daß die Mitglieder der verschiedenen christlichen Confessionen die gleichen bürgerlichen Pflichten haben, dafür aber auch von Staatswegen den gleichen Rechtsschutz genießen. Alsdann mag die kirchliche Behörde einer Confession, einerlei ob Bischof oder Oberkirchenrath oder Landesherr, über die Erziehung der Kinder aus christlicher Ehe beschließen was sie will, die weltliche Macht ist paritätisch, d. h. sie steht diesen specifisch kirchlichen Verordnungen unparteiisch gegenüber. Sie kann nicht mehr eine protestantische (fürstlich-kirchliche) Kabinetsordre zur Ausführung und Anwendung bringen, wenn dadurch offenbar das katholische Kirchenrecht mit Füßen getreten wird. Sie kann nicht mehr mit Polizeigewalt den Erlaß eines protestantischen Landesherrn, der nur als Träger der Kirchengewalt ein Recht zu demselben

hatte, durchführen, wenn dadurch katholische Eltern mit ihren Kirchengesetzen in Conflikt kommen. Es wäre also nunmehr die Kabinetsordre vom August 1825 von der paritätischen preußischen Regierung als ein rein kirchliches Gesetz zu betrachten, welchem die weltliche Gewalt nicht mehr und nicht weniger Nachdruck verleiht, als der katholischen Bestimmung, welche von den Contrahenten bei Mischehen katholische Erziehung der Kinder fordert, d. h. die Regierung überläßt alle christlichen Braut- und Eheleute und die confessionelle Erziehung ihrer Nachfolge dem Gewissen der Eltern, den Anordnungen und Forderungen der kirchlichen Behörde. Würde sich daraus unter Umständen (ob es in Preußen der Fall wäre, wird hier nicht untersucht) eine Minderung des Protestantismus ergeben, so möge man einsehen, daß bei unparteiischer Behandlung der christlichen Confessionen die katholische infolge der ihr innewohnenden Lebenskraft andere überflügelt. Statt nun diese herrliche, aus dem katholischen Glauben hervorquellende Kraft parteiisch durch weltliche Machtmittel zu unterdrücken, sollte sie sich der Protestantismus einimpfen lassen, und, wenn er das nicht will und nicht kann, eingestehen, daß er unkirchlicher Hilfe benöthigt, um mit den andern Confessionen Schritt zu halten. Das geben wohl manche Protestanten ohne weiteres zu. Wir aber geben niemals zu, daß eine gerechte Staatsleitung, die christlichen Bekenntnissen unparteiisch gegenübersteht, einen Liebling unter denselben derart bevorzugt, daß dadurch die heiligen Pflichten der eigenen Unterthanen, welche dieselben vor ihrer Kirche eingegangen sind, verletzt werden.

Das thut aber genannte Kabinetsordre, die da fordert, daß eine katholische Mutter ihr Kind protestantisch erziehen läßt, nachdem sie mit ihrem protestantischen Bräutigam dem katholischen Pfarrer feierlich versprochen, die Kinder der katholischen Kirche zu erhalten. Wozu eine solche Forderung? Zum Schutz des evangelischen Glaubens! Das mag die

protestantische Kirchenbehörde sagen, und im Auftrage derselben mag es eine rein protestantische Regierung publiciren und durchführen, weil vor beiden Gewalten das katholische Bekenntniß als solches rechtlos ist. Ein paritätischer Staat, vor dem jede christliche Religionsgesellschaft voll berechtigt ist, kann solchen einseitigen Bestimmungen nicht mehr zur Verwirklichung verhelfen. Oder sollte vielleicht die Parität in Preußen nichts Anderes sein, als eine Art widerruflicher Concession, an die Katholiken ausgestellt, mit dem stillschweigenden, aber selbstverständlichen, Vorbehalt: Bestimmungen, die zum Schutze des evangelischen Glaubens getroffen werden müssen, auch wenn sie die Rechte der katholischen Kirche verletzten, haben Kraft und Geltung. Wäre das nicht ein Hohn auf die Verfassung? Was könnte auch nur entfernt zu einer solchen Auffassung berechtigen? Etwa der Umstand, daß Preußen von jeher ein protestantischer Staat war? Das ist es nun einmal gegenwärtig nicht mehr, und es hat sich durch seine feierlichen Versicherungen, die den occupirten katholischen Landestheilen betreffs bürgerlicher Berechtigung ihrer Confession gemacht wurden, sowie durch die Verfassung von 1869 dieses Charakters einer protestantischen Regierung selbst entkleidet. Dann gilt aber auch nicht mehr, was man immer wieder sagen hört: Zwei Drittel sind protestantisch, nur ein Drittel der Bevölkerung ist katholisch. Was können wir dazu! Diesem Einen Drittel hat nicht eine protestantische Regierung ein Zugeständniß gemacht, sondern eine unparteiische Regierung hat ihm gleiche Rechte mit allen andern eingeräumt. Ergo: Suum cuique. Welches ist das rechtliche Mittel, womit eine protestantische Regierung in einem paritätischen Staate die Gefahren, die dem Protestantismus aus der „Concurrenz“ erwachsen, beseitigt? Ein einziges Mittel kenne ich: Gerechtigkeit.



LXIX.

Friedrich Nietzsche.

In halbwissenschaftlichen und schöngeistigen Literaturprodukten der allerletzten Zeit sieht man Schlagworte wie „Jenseits von gut und böse", die Formeln von der „Moral der vornehmeren ganzeren Menschen", von der Nothwendigkeit einer „Umwerthung der alten sittlichen Werthe" und eine Reihe ähnlicher in mannigfachen Wendungen wiederkehren. Sie stammen von Friedrich Nietzsche, dem modernsten unter den modernen Denkern auf deutscher Erde, dessen Philosophie — ein ächtes Kind moderner Denkweise — die beste Aussicht hat, für einige Zeit zur Modephilosophie aller derjenigen zu werden, welche stets auf das Neueste und Paradoxeste zu schwören gewohnt sind.

F. Nietzsche ist eigentlich polnischer Abstammung. der eigentliche Name der Familie lautete Niezky. Sein Vater war zuletzt evangelischer Pfarrer. Nietzsche wurde in Lützen (Pr. Sachsen) am 15. Oktober 1844 geboren, besuchte das Domgymnasium in Naumburg, später die Schule in Pforta, bezog 1863 die Universität Bonn, wo er Schüler des Philologen F. W. Ritschl war, dem er 1865 nach Leipzig folgte. Auf Ritschl's Empfehlung erhielt er schon 1868 einen Ruf an die Universität Basel für klassische Philologie, schloß sich beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges einer freiwilligen Sanitätscolonne an, kehrte dann nach Basel zurück, sah sich jedoch in Folge anhaltender körperlicher

Leiden 1879 bemüssigt, die Professur niederzulegen. Seit Anfang des Jahres 1889 ist sein Geist umnachtet; er lebt jetzt in Naumburg, unfähig zu jeder geistigen Thätigkeit. Seine Freunde schildern ihn als gemüthsreich, gefällig im Verkehr, die Einsamkeit liebend, zugleich wieder voll hohen Selbstgefühls und stolzer Menschenverachtung. In seinen Schriften traten die letzteren Eigenschaften ungemildert hervor. Die bedeutenderen Schriften des Philologen, der sich schon frühzeitig mit Philosophie beschäftigte, sind:

„Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik oder Griechenthum und Pessimismus", 2. Aufl. — „Unzeitgemäße Betrachtungen" (vier Stücke: David Strauß der Bekenner und Schriftsteller; Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben; Schopenhauer als Erzieher; Richard Wagner in Bayreuth). — „Menschliches, Allzumenschliches", 2 Bände, 2. Aufl. — „Morgenröthe", 2. Aufl. — „Jenseits von Gut und Böse, Vorspiel einer Philosophie der Zukunft", 2. Aufl. — „Zur Genealogie der Moral, eine Streitschrift", 2. Aufl. — „Die fröhliche Wissenschaft, mit einem Anhang: Lieder des Prinzen Vogelfrei". — „Der Fall Wagner, ein Musikantenproblem", 2. Aufl. — „Also sprach Zarathustra, ein Buch für Alle und Keinen", 4 Theile, 2. Aufl. — „Götzendämmerung oder wie man mit dem Hammer philosophirt" (1889).

F. Nietzsche hat zu einer bereits ansehnlichen Literatur Veranlassung gegeben. Von selbständigen Werken, die über N. und seine Philosophie oder an N. anschließend erschienen, seien genannt: Paul Lauterbach, Aegineten, Gedanke und Spruch; dem Meister des Zarathustra. Karl Ad. Brodtbeck, Geistesblitze großer Männer für freie Denker gesammelt. Albert Kniepf, Theorie der Geisteswerthe. Rob. Schellwien, Max Stirner und Fr. Nietzsche. Hugo Kaatz, die Weltanschauung F. Nietzsche's, 2 Th. (1893). — Nietzsche ist der Held von Dichtungen geworden und moderne Poeme tragen häufig Nietzsche'sche Gedanken an ihrer Stirne; sein Bild und seine Biographie dürfen in keiner illustrirten Zeitung, Essais über seine Philosophie in keiner Fachzeitschrift fehlen.



und eine große Zahl seiner Aphorismen hat sich einen festen Platz in modernen literarischen Produkten leichterer Gattung, namentlich aber in der „vornehmeren Publicistik" gesichert.

Nietzsches „Aphorismen"; denn N. schreibt fast ausnahmslos in bald längeren bald kürzeren Aphorismen und volltönigen Kraftergüssen, die unter sich meistens nur lose zusammenhängen und häufig genug einander geradezu widersprechen, seine Gedanken oft mehr andeuten, als klar zum Ausdruck bringen, oder mit einem Fragezeichen, mit einem abgebrochenen oder hypothetischen Satze schließen. Keines seiner Bücher bietet einen einheitlich geschlossenen Aufbau eines Systems. Ja, N. hatte — eine seltene Ausnahme unter den neueren Philosophen — einen förmlichen Widerwillen gegen alles Systematisiren „Ich mißtraue, sagt er, allen Systematikern und gehe ihnen aus dem Weg. Der Wille zum System ist ein Mangel an Rechtschaffenheit" (Götzendämmerung). Wenn es trotzdem versucht werden soll, eine Art System der Philosophie eines Mannes darzustellen, der sich das Wort zu eigen gemacht: „Nichts ist wahr, alles ist erlaubt", so kann man sich bei dem steten Wandel in seinen Anschauungen („Nur wer sich wandelt, bleibt mit mir verwandt", sagt N. von sich selbst) nur an jene Grundgedanken halten, welche namentlich in seinen zeitlich letzten Werken als das feste Beharrliche erscheinen.

In den Grundprincipien der Lehre vom Sein und vom Denken folgt N. den Pfaden, welche Schopenhauer und v. Hartmann vor ihm gewandelt. Er ist Willensmonist, sein System ist das des psychischen Dynamismus, wie ihn jene beiden gelehrt, und zwar steht er fast noch mehr — vielleicht unbewußt — unter dem Einflusse Hartmanns als Schopenhauers; er entlehnt jenem häufig genug nicht blos die Gedanken, sondern auch die Form, in welcher er die Gedanken zum Ausdruck bringt.

Nach dem Grundsatze v. Hartmanns, „daß die Principien nicht ohne Nothwendigkeit vervielfältigt werden dürfen", geht

auch Nietzsche in der Frage um das Urwesen und den Urgrund alles Seins von dem Gedanken aus, man dürfe „nicht mehrere Arten von Causalität annehmen, so lange nicht der Versuch, mit einer einzigen auszureichen, bis an seine äußerste Grenze getrieben ist — bis zum Unsinn, mit Verlaub zu sagen“ (Jenseits von Gut und Böse). So stößt er zuletzt mit Schopenhauer-Hartmann auf ein All-Eins, das, an sich erkenntnißlos (alogisch), die „Unlust oder Unseligkeit des leeren unendlichen Wollens“ (Hartmann) zum einzigen Inhalte seiner unbewußten Vorstellung hat und daher als ein gewisser noch ziel- und bestimmungsloser Wille zu wollen oder zu wirken, wie „ein Anlaufnehmen und Ringen zum Sein“, wie „eine Vorform des Lebens“ (N. Jenseits . . .) gedacht werden müsse, in der „noch Alles in mächtiger Einheit beschlossen liegt, was sich dann im organischen Processe abzweigt und ausgestaltet“ (ebd.). Diese Ausgestaltung des blinden Urwillens (Weltwille) zu Einzelwesen denkt sich N. mit Hartmann (gegen Schopenhauer) als eine „real gegebene“. Die Einzelwesen sind ihm nicht bloße subjektive Erscheinungsformen des Weltwillens, bloße Täuschung, ein Schein und eine Vorstellung „im Berkeley'schen und Schopenhauerischen Sinne“, sondern er denkt sie (nach Hartmann) als objektive Erscheinungen des Urwillens derart, daß sie zwar selbst kein eigenes und von einander verschiedenes Sein haben, vielmehr nur Ausgestaltungen und Verzweigungen des All-Eins, des Weltwillens darstellen, aber doch auch nicht nur ein bloßes Scheinleben in der menschlichen Vorstellung führen. „Die Welt von innen gesehen, die Welt auf ihren intelligiblen Charakter hin bestimmt und bezeichnet“, ist demnach „Wille und nichts außerdem“.

Und zwar ist sie „Wille zur Macht“, sagt Nietzsche (ebd.), d. h. der Wille, zu überwältigen und sich geltend zu machen durch Herrwerden über das Schwächere, in ununterbrochen fortschreitendem Unterwerfen und Sichdienstbarmachen des Geringeren sein Wesen (die Macht) stets vollkommener

zu entfalten und aufsteigend zu verwirklichen. Damit beantwortet Nietzsche auch die Frage, wie der blinde, bewußtlose Urwille sich in Einzeldinge habe ausgestalten, wie also die Vielheit der Weltwesen habe entstehen können; es geschieht durch die Aufnahme der etwas modificirten Darwin'schen Entwicklungslehre in sein System. Wohl spricht Nietzsche von Darwin ziemlich geringschätzig; er nennt ihn (neben Stuart Mill und Herbert Spencer) einen „mittelmäßigen Engländer"; er will auch durchaus nicht, daß man seinen Willen zur Macht mit dem Darwin'schen „Kampf um's Dasein" vermenge. Im Grunde jedoch enthält die Nietzsche'sche Entwicklungslehre, in der auch die Momente der Vererbung und der Zuchtwahl nicht fehlen, dasselbe wie die Darwin'sche. Der Wille zur Macht hat nach Nietzsche als organische Grundfunktion die „Ausbeutung" zu eigen: Wille zur Macht ist „Wille des Lebens"; „Leben aber ist wesentlich Aneignung, Verletzung, Ueberwältigung des Fremden und Schwächeren, Unterdrückung, Härte, Aufzwängung eigener Formen, Einverleibung und mindestens, mildestens Ausbeutung" (Morgenröthe). Die Ausbeutung ist „das Urfaktum aller Geschichte"; durch sie wird in Verbindung mit der „An- und Artzüchtung" jede höhere Form des Lebens instinktiv entwickelt. Auf die Frage, wie das geschehe, geht Nietzsche nicht weiter ein. Vielleicht ist dies der Punkt, von dem Nietzsche boshaft sagt: „In jeder Philosophie gibt es einen Punkt, wo die ‚Ueberzeugung' des Philosophen auf die Bühne tritt; oder, um es in der Sprache eines alten Mysteriums zu sagen:

> adventavit asinus,
> pulcher et fortissimus" (Jenseits ..).

Demgemäß gibt es für Nietzsche selbstverständlich keinen persönlichen Gott als höchst vollkommenes, geistiges Wesen ohne Anfang und als freien Urheber alles Endlichen. Für Gott hat Nietzsche nur Hohn und Lästerung. Man muß sein Hauptwerk, d. h. dasjenige, von dem er selbst rühmt,

es sei das „tiefste Buch“ der Weltliteratur: „Also sprach Zarathustra“ gelesen haben, um schaudernd zu sehen, welcher Sprache sich Gott von einem wahnwitzigen Menschen versehen kann. Es läßt sich leicht denken, wie er dann von der Religion und gar von der christlichen spricht. „Die Religion ist bestenfalls Opium für's Volk“ — gut genug für den Philosophen und für den Starken, zum Befehlen Vorbestimmten, um sich ihrer zu einem „Züchtungs- und Erziehungswerke“ zu bedienen; sie ist ein Mittel mehr, um Widerstände zu überwinden, zu herrschen; sie ist gut genug für die gewöhnlichen Menschen, „welche zum Dienen und zum allgemeinen Nutzen da sind und nur insofern da sein dürfen“, um genügsam „mit ihrer Art“ zu sein und ihnen „selbst den eigenen Anblick erträglich zu machen“ (Jenseits von G. u. B.). Er spricht von einer „religiösen Neurose“ (ebd.) und fragt: „Warum heute Atheismus? Der ‚Vater‘ in Gott ist gründlich widerlegt, ebenso der ‚Richter‘, der ‚Belohner‘. Ingleichen sein ‚freier Wille‘; er hört nicht und wenn er hörte, wüßte er trotzdem nicht zu helfen. Das Schlimmste ist: er scheint unfähig, sich deutlich mitzutheilen; ist er unklar?“ (Jenseits). Vollends die „christliche Infektion“ (ebd.), welcher nach Nietzsche „die Verschlechterung der europäischen Rasse“ zu danken ist und von der er zu sagen wagt: „Gesetzt, daß man mit dem spöttischen und unbetheiligten (?) Auge eines epikuräischen Gottes die wunderlich schmerzliche und ebenso grobe wie feine Komödie des europäischen Christenthums zu überschauen vermöchte, ich glaube man fände kein Ende mehr zu staunen und zu lachen: scheint es denn nicht, daß Ein Wille über Europa durch achtzehn Jahrhunderte geherrscht hat, aus dem Menschen eine *sublime Mißgeburt* zu machen?“ (Ebd.)

Eine „sublime“ Mißgeburt — denn eine Mißgeburt ist für Nietzsche der Mensch, die „blonde Bestie“, wie er ihn consequent nennt, jedenfalls; er ist eben eine der Ausgestaltungen des blinden Machtwillens, der auf dem Wege

der Ausbeutung und Züchtung sich endlich zur jetzigen Art „Mensch“ entwickelte, jener Vorform eines höheren Typus „Mensch,“ den Nietzsche von der Zukunft erwartet. Vorläufig stellt der jetzige Mensch den Höhepunkt in der Entwickelung des Urmachtwillens dar; er ist aber ein Wesen ohne Seele, ohne selbsteigenes Denken, ohne Freiheit. „Ehemals, sagt Nietzsche, glaubte man an die Seele, wie man an die Grammatik und an das grammatische Subjekt glaubte. Man sagte: ‚Ich‘ ist Bedingung, ‚denke‘ ist Prädikat und bedingt — denken ist eine Thätigkeit, zu der ein Subjekt als Ursache gedacht werden muß. Nun versuche man es, ob nicht vielleicht das Umgekehrte wahr sei: ‚denke‘ Bedingung, ‚ich‘ bedingt: ‚Ich‘ also erst eine Synthese, welche durch das Denken selbst gemacht wird“ (Jenseits). Das Denken des Menschen ist nach Nietzsche eben nichts als das Resultat eines objektiven Weltprocesses, „ein Verhalten der einzelnen Triebe zu einander“, die sich aus dem Urtriebe, dem Trieb zur Macht im Menschen entwickeln. „Es denkt“ im Menschen, nicht er selbst ist es, der kraft einer spontanen Eigenthat denkt; ein Gedanke kommt, wenn „er“ will, nicht wenn „ich“ will (ebd.) Vielleicht von diesem Standpunkte aus ist es erklärlich, daß der Naumburger Weise äußern konnte: „Die Falschheit eines Urtheils ist noch kein Einwand gegen ein Urtheil“; und „Verzichtleisten auf falsche Urtheile ist ein Verzichtleisten auf das Leben“ (Jenseits). Oder: „unsere höchsten Einsichten müssen — und sollen! — wie Thorheiten, unter Umständen wie Verbrechen klingen, wenn sie unerlaubterweise denen zu Ohren kommen, welche nicht dafür geartet und vorbestimmt sind“ (Jenseits). In dem Sinne, als das Denken von den Dingen, denen Nietzsche doch eine Realität zuschreibt, nur die Fiktion einer Eigenthat, keine selbsteigene Handlung ist, mag es auch zu verstehen sein, wenn er erklärt: „Auf welchen Standpunkt der Philosophie man sich heute auch stellen mag: von jeder Stelle aus gesehen ist die Irrthümlichkeit der

Welt, in der wir zu leben glauben, das Sicherste und Festeste, dessen das Auge noch habhaft werden kann". (ebd.) „Den Unbegriff des freien Willens" vollends mag Nietzsche schon gar nicht in seiner Philosophie dulden, nach ihm verdankt „die hundertfach widerlegte Theorie" vom freien Willen ihre Fortdauer nur dem Reize, „daß sie widerlegbar ist." Nur ein Wille ist es, der Urwille zur Macht, der in allem Seienden will und wirkt.

Man thut nach Nietzsche's eigenen Worten gut, bei jedem Philosophen zur Erklärung seiner metaphysischen Lehrsätze immer zuerst zu fragen: „Auf welche Moral will er hinaus?" Fragen wir nun, wohin der Wille zur Macht als alleinherrschendes Welt- und Lebensprincip im Gebiete der Moral und des Rechts führen soll, so ist es einleuchtend, daß nur die absolute Verneinung jedes wahren sittlichen Gesetzes und Rechtes die Folge der Annahme eines solchen Princips sein könne. Die Moral wird zur „Lehre von den Herrschaftsverhältnissen, unter denen das Phänomen ‚Leben' entsteht" (ebd.), das Recht zur Chimäre. Wenn der Welt- und Menschenzweck in der stets fortschreitenden Machtentwickelung durch immer neues Ueberwältigen des Schwächeren besteht, so ist das Moral- und Rechtsgesetz von selbst gegeben: Thue, was zu thun du die Macht hast; was der stets aufsteigenden Entfaltung der Macht in Individuen entspricht, ist gut und recht; was ihr entgegensteht, ist schlecht und unrecht. „Alles ist erlaubt", was dem Machtwillen gefällt und dient, ist „jenseits von Gut und Böse!" Nietzsche entblödet sich nicht, dieses sein Moral- und Rechtsprincip nicht allein unumwunden auszusprechen, sondern sich dessen auch als einer großen Errungenschaft zu rühmen und mit einem fast dämonischen Cynismus eine „Umwerthung aller moralischen Werthe" auf Grund desselben entschieden zu verlangen. Die „Umwerthung der moralischen Werthe" bei Nietzsche haben wir in Rücksicht auf die Religion schon kennen gelernt. Sie muß sich nach ihm auf alle anderen bisher

geltenden „langweiligen" sittlichen Forderungen erstrecken; diese müssen alle zu Gunsten „der fröhlichen Wissenschaft" außer Curs gesetzt werden; man muß dahin wirken, daß die alte „platonische", „christliche" Moral „in die Komödie komme." „Brüder, zerbrecht mir die alten Tafeln" (des Dekalogs), ruft er in „Zarathustra."

Vor allem muß das alte „gleich vor Gott" aller Menschen hinweg! Es war bisher nur dazu geeignet, „eine verkleinerte, fast lächerliche (Menschen-) Art, ein Heerdenthier, etwas Gutwilliges, Kränkliches, Mittelmäßiges" heranzuzüchten. In Verbindung mit dem Glauben an eine Bestimmung des Menschen für Gott hat es der Menschheit jenen „Heerdeninstinkt des Gehorsams", jene „Heerdenmoral" angezüchtet, welche Alle ohne Ausnahme unter ein fortwährendes „Du sollst" zu zwingen sich vermißt. Es gibt keine Gleichheit der Menschen und ihre Bestimmung für Gott ist eine grundlose Erfindung. Zwischen Mensch und Mensch gibt es eine Rangordnung, eine Kluft zwischen Moral und Moral. Nach dem Grundsatze, daß „die fortgesetzte Selbstüberwindung des Menschen", die stetige Vervollkommnung des Typus „Mensch" Aufgabe und Ziel der Menschheit ist, ist der Bestand und das fortwährende Sicherneuern einer aristokratischen Gesellschaft nothwendig, und daher eine unausgesetzte Ueberwältigung und Unterdrückung „der Schwächeren, Sittlicheren, Friedlicheren" durch „Raubmenschen, welche sich noch im Besitze ungebrochener Machtbegierden" befinden und den Willen zur Macht, zur Ausbeutung und Unterdrückung der übrigen am vollkommensten darstellen.

Die eigentlich werthbestimmende Moral ist deshalb die jener guten und gesunden aristokratischen Gesellschaft, die sich selbst als „Sinn und höchste Rechtfertigung des Gemeinwesens" fühlt; jener vornehmen, „ganzeren Menschen" („was auch auf jeder Stufe so viel bedeutet als die ganzeren Bestien"), jener „Uebermenschen", welche den Grundglauben

besitzen, daß die Gesellschaft „nur als Gerüst“ da sein dürfe, an dem sie, „eine ausgesuchte Art von Wesen“, „zu ihrer höheren Aufgabe und überhaupt zu einem höheren Sein“ sich emporzuheben vermögen, und welche deshalb „mit gutem Gewissen die große Masse zu Sklaven, zu Werkzeugen herabdrücken und vermindern können — ja müssen, um die Erhöhung des Typus ‚Mensch‘, die bisher immer das Werk einer aristokratischen Gesellschaft war, herbeizuführen“ (Jenseits . .).

Diese Moral ist die *Herrenmoral*, die dem Menschen natürliche und ursprüngliche, gemäß der die Umwerthung der jetzt geltenden Moral stattfinden muß. Ihr bedeutet „gut“ so viel wie „vornehm“, „schlecht“ (von schlicht) so viel wie „niedrig, pöbelhaft, gemein“. Ihr Hauptgesetz ist, zu thun, „wie das Herz es will“. Der schrankenlose Egoismus gehört zu ihrem Wesen; er gehört „zum Wesen der vornehmen Seele“, welche den „Thatbestand ihres Egoismus ohne jedes Fragezeichen hinnimmt, auch ohne ein Gefühl von Härte, Zwang, Willkür darin, vielmehr wie etwas, das im Urgesetz der Dinge begründet sein mag“, als „die Gerechtigkeit selbst“ (a. a. O.). Diese vornehme Art Mensch verleiht den Dingen und Handlungen Ehre und Güte. Was ihr gut, d. h. nützlich ist, ist an sich gut. „Die vornehme Art Mensch fühlt sich als werthbestimmend, sie hat nicht nöthig, sich gutheißen zu *lassen*.“ Was ihr schädlich ist, ist an sich schädlich und schlecht; sie ist „jenseits von Gut und Böse“.

Der Herrenmoral gegenüber steht die Sklaven- (Heerden-, Heerdenthier-, Pöbel-) Moral. Sie ist die Moral der zum Dienen vorbestimmten Massen; sie hält hoch, was zum Gehorchen gehört, zum Unterthänig- und Gutsein gegen Andere, was das Leiden erleichtert und dem Verlangen nach Freiheit entspricht, was mit einem Worte dem Gemeinen, Schwachen, Unterdrückten, dem „Heerdenmenschen“ nützlich ist und schmeichelt: Wohlwollen, Fleiß, Mäßigkeit, Geduld,

Demuth, denn „das sind beinahe die einzigen Mittel (für sie), den Druck des Daseins auszuhalten“.

Mit „Grauen, Eckel und Beunruhigung“ für die Menschheit erfüllt es nun Nietzsche, sehen zu müssen, daß heute mit Hilfe der jüdischen und namentlich der christlichen Religion, welche „den sublimsten Heerdenthierbegierden zu Willen war und schmeichelte“, diese Sklavenmoral in der allgemeinen und öffentlichen Werthung der sittlichen Handlungen triumphirt; daß die vornehmen Ideale des Machtwillens besiegt im Staube liegen und das Vornehme, d. h. Gewaltthätige als „böse“ gilt im Gegensatze zur ganzen Menschennatur, der Wille zur Macht ist; daß die „Heerdenthiermoral“ mit ihrem „pöbelhaften Gesetz“ von der Selbstentsagung und Selbstkreuzigung obenauf ist, so daß selbst die fortgeschrittenste Philosophie bisher noch „nicht tief und ursprünglich genug zu einer Philosophie des Antichrist“ werden konnte (Jenseits). Trotzdem will er wenigstens bei seinen „schlimmen Gedanken“ ausharren, obschon nicht ohne Furcht, daß auch ihm „der ascetische Priester noch die seelische Gesundheit verderben“ werde.

„Nichts ist wahr, Alles ist erlaubt.“ Der vornehmcynische Skepticismus und der genußsüchtige Materialismus, welche die „modernen, freien Geister“ beherrschen, haben dieses Wort schon längst zum Grunddogma der neuen Welt- und Lebensanschauung gemacht. Ihm hat Nietzsche, ohne seinerseits auch nur einen wirklich neuen und bedeutenden Gedanken vorzubringen, den rückhaltlosesten Ausdruck gegeben, und dies in der gleißenden, packenden Form, welche so sehr dem Geschmacke der Zeit entspricht: das ist seine Bedeutung für jetzt und für die nächste Zukunft.

Wien. Sch.

LXX.

Vor der französischen Kammer-Eröffnung.

(Aus Paris.)

Die Wahlen vom 20. August haben den Erwartungen der Republikaner vollauf entsprochen. Die Katholiken, „Beigetretene“ (ralliés) wie monarchistisch Gebliebene, haben endliche sechszig Sitze verloren, bringen es auf keine hundert Stimmen, in einer nunmehr 583 Mitglieder zählenden Kammer; sie können daher kaum noch, außer einzelnen Ausnahmefällen, ein Gewicht in der Wagschale sein. Dabei ist der Verlust an Kräften noch viel größer. Die Führer, Graf de Mun, Pierre Cassagnac, Letellier, de Poncheville und noch andere sind auf der Wahlstatt geblieben. Es ist eine so vollständige Niederlage, wie sie selten eine Partei erlebt hat. Die „Beigetretenen“ sind dabei noch härter mitgenommen, als die Monarchisten; sie haben die meisten ihrer Sitze nur mit monarchischer Hilfe zu behaupten vermocht. Durchweg wurden sie von allen republikanischen Parteien, auch den Gemäßigten, mit größtem Nachdruck bekämpft. Von allen republikanischen Blättern hat nur das fast einflußlose „Journal des Débats“ einige der Beigetretenen unterstützt. Die Stellungen bleiben also unverändert: auf der einen Seite Katholiken, auf der andern die Republikaner; nur daß ein Theil der Ersteren sich als Republikaner bekennt, auf die monarchischen Hoffnungen verzichtet.

Die Ursachen der Niederlage liegen so offen vor Aller Augen, daß Niemand sich täuschen kann, noch zu täuschen versucht. Das Eingreifen des Papstes hat die Thätigkeit und

Wirksamkeit der Monarchisten gelähmt. Sie wagen nicht mehr, sich in gar zu schroffen Widerspruch mit dem Haupt der Kirche zu setzen, vermögen daher nur ihren Besitz einigermaßen zu vertheidigen, aber nicht mehr denselben auszudehnen. Sie arbeiten nur noch mit halber Kraft, vertheidigen den Rückzug. Die Beigetretenen sind noch schlimmer daran. Von den übrigen Republikanern werden sie mindestens ebenso heftig bekämpft, wie die Monarchisten, während diese sie meist nur blos nebenbei, ohne besonderen Eifer stützen. Das Volk versteht sie noch nicht, der Begriff katholischer Republikaner fängt kaum an, ihm zugänglich zu sein, wirkliches Verständniß muß erst noch kommen.

Daß das Wahltriebwerk der Regierung wieder mit Hochdruck arbeitete, ist man gewohnt. Diesmal wurden außerdem die päpstlichen Kundgebungen zu Gunsten der Republikaner, der Kirchenfeinde, ausgebeutet. Das „Journal des Débats" bestätigte (27. Sept.): „Es ist eine ebenso unleugbare als peinlich einzugestehende Wahrheit, daß derjenige, welcher in den Departementen die Urnen hält, auch die größten Aussichten hat, die Mehrheit zu erhalten. Die Sichtung der Wählerlisten geschieht mit ärgerlichster Unregelmäßigkeit. Die Mittel, gegen ungesetzliche Eintragungen oder Löschungen vorzugehen, sind so verwickelt, so umständlich, daß man auf ihren Gebrauch verzichtet. Am Wahltage selbst hilft der Wahlvorstand, welcher seine Pappenheimer und noch besser die verschiedenen Verfahren der Wahlfälschung kennt, ohne Gewissensbisse den „Verirrungen" des allgemeinen Stimmrechtes nach. Viele dieser Machenschaften sind althergebracht, allgemein bekannt. Man stürzt im geeigneten Augenblick die Urne um und steckt während der Aufregung eine Anzahl Stimmzettel hinein. Dann der etwas anrüchig gewordene Kniff eines doppelten Bodens oder einer zweiten Oeffnung der Urne. Gutabgerichtete Helfershelfer läßt man auf Grund der Wählerkarten Verstorbener oder Abwesender Stimmzettel abgeben. Aber all' diese Kniffe sind bei scharfer Ueberwachung kaum anzuwenden und können gerichtlich verfolgt werden; die Fälscher haben Anderes erfunden. Nach dem Gesetz sind mit äußern Zeichen versehene Stimm-

zettel ungiltig, werden nicht gezählt. Nichts ist einfacher als diese Ungültigkeit hervorzurufen: Tinten- oder Fettflecken genügen. Es ist das Verfahren der Bauernfänger auf die Politik übertragen. Man kann dasselbe bei der Stimmzählung oder noch besser bei der Stimmabgabe anwenden. Wenn der gutmüthige Wähler seinen (viereckig gefalteten) Stimmzettel dem Wahlvorsteher überreicht, nimmt ihn dieser in seine vorher geschwärzten oder geölten Finger, um ihn in die Urne zu stecken. Der Streich ist gelungen, der Stimmzettel zählt nicht. Sie können sich die Wuthausbrüche derjenigen denken, deren Stimmen in so frecher Weise weggefingert werden. Das Schlimmste ist, daß sie nur selten Recht erlangen können, denn die Untersuchung durch die Verwaltung geht langsam und der Beweis der Fälschung ist oft schwer zu führen. Deßhalb endigt die Stimmzählung gar oft mit einer Keilerei. Die Wähler suchen selbst Vergeltung zu üben, statt diejenige der Behörde abzuwarten, welche leicht ausbleibt. Die Wahlfälschungen sind die unvermeidliche Folge der Hartnäckigkeit, mit welcher die Politiker ihre Beute vertheidigen, ihre Herrschsucht zu befriedigen, sich der öffentlichen Stellen zu bemächtigen suchen. Die Wahlfälschungen würden bald verschwinden, wenn die Sippschaften zur Ohnmacht verurtheilt würden, statt sie zu fördern und zu heben."

Das ist es ja gerade: die Behörden stehen und fallen, kämpfen und verfolgen mit diesen Sippen. Alle Beamten eines Wahlkreises sind die Helfer und Schützlinge des dort gewählten Abgeordneten, seine Wiederwahl ist für sie eine Lebensfrage. Denn in Frankreich können die politischen Beamten Knall und Fall ohne Pension abgesetzt, fortgejagt werden wie untreue Dienstboten.

Das „Journal des Débats" (24. August) belehrt uns des Weitern: „Im Dorfe würde die kleine Gruppe der Wilddiebe, Anrüchigen, Unruhestifter und schlechter Gesellen ohnmächtig sein, wenn nicht neben ihr Wegwärter, Tabakverschleißer, Briefboten und sonstige Kleinbeamten — welche alle ihre Stellen dem Einflusse der radikalen Abgeordneten und Senatoren der Gegend verdanken — eine Art kämpfenden

Bataillons bildeten, welches öffentlich von einer Persönlichkeit geführt wird, die mehr und mehr zum Großbonzen der radikalen Gemeinde wird: dem Schullehrer. Die Rolle desselben ist so eingreifend, daß der Lehrer meiner Gemeinde sich nicht scheut, selbst in öffentlichen Versammlungen als Parteihaupt aufzutreten." Hier verräth also ein gut republikanisches Blatt den Hauptzweck der Republikaner bei ihrer zur Schau getragenen Fürsorge für den Unterricht, sowie bei dessen Lostrennung von der Kirche. Am 17. August schrieb der Ackerbauminister Viger amtlich an Henry Maret, daß er 1500 Fr. für die Musterrebschule in Sancerre bewilligt habe. Maret, einer der Führer der Radikalen und Panamit, ließ sofort den Brief veröffentlichen, um seinen Einfluß bei der Regierung zu beweisen. Aehnliche Beispiele sind zahlreich.

Das Wahlverfahren der Regierung war übrigens ungemein einfach. Sie trat überall und unentwegt mit allen Kräften und Mitteln für die Mitglieder der bisherigen Mehrheit ein, von den zahmen Opportunisten bis zu den Socialisten, die übrigens hier durchweg genügend polizeifromm sind, um solcher Gunst würdig zu sein. Trotz aller beifälligen Redensarten und Belobigungen seitens der Blätter der Regierung wurden daher auch alle Beigetretenen ebenso bitter bekämpft wie die Monarchisten. Selbst Socialisten wurden von der Regierung gegen die Beigetretenen unterstützt. In die Wahlbewegung fällt auch der wichtige Brief des Papstes an den Cardinal Lecot, Erzbischof von Bordeaux. Derselbe beklagt sich über einige Katholiken, welche aus Parteisucht die Bischöfe und selbst den Papst angreifen. Es heißt dann:

„Eine längere Erfahrung hat Allen klar bewiesen: die Zustände Frankreichs haben sich derart geändert, daß es gegenwärtig nicht möglich erscheint, ohne schwere Nöthen zu der alten Staatsform zurückzukehren. Die katholische Religion, welche von Vielen, wenn auch mit Unrecht, angeklagt wird, schlimme Spaltungen zu unterhalten, war großen Gefahren ausgesetzt; die Kirche hatte täglich schlimmere Verfolgungen zu erleiden. Wegen der Wichtigkeit der Lage, und um die Religion in ihrer hehren Erhabenheit nicht den Kämpfen der

menschlichen Leidenschaften und den trügerischen Verwicklungen der Politik auszusetzen, sondern über menschliche Wechselfälle zu stellen, haben Wir alle französischen Bürger, Männer des Herzens und Gewissens, angerufen, sie bewogen, aufrichtig die bestehende Verfassung anzuerkennen, die alten Streitigkeiten zu vergessen, und kräftig dahin zu wirken, daß Recht und Gerechtigkeit in den Gesetzen herrschen, der Kirche die wahre Freiheit gesichert sei, und alle gleichmäßig am Wohl des gemeinsamen Vaterlandes mitarbeiten. Diese Lage ist so augenscheinlich, daß sie Niemand entgehen kann. Angesichts der Schwierigkeiten — wohlwissend, daß es Niemand erlaubt ist, der Vorsehung Schranken zu setzen bezüglich der Zukunft der Völker — haben Wir kraft unseres Amtes für das Heil der Kirche zu sorgen. Wir haben auch nie die Absicht gehabt, die Ueberzeugungen zu verletzen, welchen alle Achtung gebührt; aber Wir konnten nicht gestatten, daß sich Leute aus der Religion einen Schild machten, um desto besser die schon lange bestehende Regierung zu bekämpfen Aus diesem Unterfangen kann nichts Gutes, sondern nur Schlimmes für die Kirche entstehen. Deßhalb ist es unglücklich und unklug, daß es Jemand geben kann, welcher sich rühmt, mehr als Wir selbst für die Kirche zu sorgen, und in seinem Namen gegen die Weisungen und Vorschriften desjenigen zu reden, welcher gleichzeitig Schirmer und Haupt der Kirche ist."

Dies zielt auf zwei monarchische Kundgebungen der letzten Zeit. Auf einer Versammlung in Toulouse hatte der Graf d'Haussonville (Bevollmächtigter des Grafen von Paris) eine übrigens treffliche Programmrede gehalten, aber darin auch gesagt: „Es wird unsere Ehre sein, die letzten unverwüstlichen Vertheidiger der Kirche zu sein". Andererseits hatten einige Monarchisten (die Mehrzahl lehnte die Unterzeichnung ab) eine Erklärung erlassen, worin sie unwandelbare Treue und Gehorsam gegen den Papst betheuern, aber beifügen: „Die politische Frage ist, entsprechend dem nationalen Herkommen, in Frankreich unter Franzosen zu erledigen, ohne Einmischung Fremder." Also der Papst ein Fremder, Unberechtigter in

Frankreich! So begreift es sich, daß die Masse der Royalisten dieser Kundgebung nicht beitrat.

Der Brief des Papstes besonders wurde mehrfach gegen monarchische wie beigetretene Bewerber ausgespielt. Und bei den obwaltenden Umständen, wo die meisten Wähler die Lehren des Papstes noch nicht genügend verstehen, um sie auf die vorhandenen Verhältnisse anzuwenden, konnten durch denselben Viele irregeführt, die katholischen Republikaner benachtheiligt werden. So begreift sich um so mehr der ungünstige Wahlausfall, wie auch die wachsende Besorgniß der Katholiken. Eine sehr tüchtige, von den Jesuiten herausgegebene Zeitschrift (Études religieuses et politiques) sagt daher auch: „Die Opportunisten kehren in hellen Haufen zurück, ohne daß die Schmach der Panama-Gaunereien ihnen den Weg verlegt hätte. Sie ziehen in die Kammer ein in Gesellschaft neuer Erwählten der Freimaurerei mit dem Entschluß, die verwerflichen Gesetze über Ehescheidung, gottlose Schulen und den Wehrzwang für Priester aufrecht zu erhalten, sowie das nicht weniger kirchenfeindliche Genossenschaft-Gesetz zu genehmigen. Einige wollen einen Anfang der Versöhnlichkeit in dem gemäßigten Tone mancher Wahlprogramme sehen. Wir möchten diese Hoffnung theilen; aber wir können nicht vergessen, daß die Opportunisten in den frühern Kammern unter dem Anschein der Mäßigung dennoch die der Religion schädlichsten Gesetze genehmigt haben. Darf man sich verhehlen, daß die meisten (der 212) neuen Abgeordneten mit dem festen Entschluß antreten, die Schul- und Wehrgesetze als unzerstörbare Grundlage der Republik zu wahren? Diese Wahlen sind schon darum weit davon entfernt, uns über die Zukunft der Kirche in Frankreich zu beruhigen. Wir haben daher nur Vertrauen auf Den, welcher Schlimmes in Gutes umwandeln kann."

Es ist in der That sehr merkwürdig, daß die Panama-Enthüllungen so wenig Einfluß auf den Wahlausfall ausgeübt haben. Nur Clemenceau, Floquet, Pichon, Yves Guyot und Maujan sind deshalb durchgefallen. Clemenceau wurde in Draguignon durch die Regierung in so nachdrücklicher Weise unterstützt, daß es der straffen Vereinigung aller andern Parteien

ohne Ausnahme bedurfte, um ihn in der Stichwahl zu besiegen. Die Beseitigung dieses verbissenen Kirchenfeindes, Verbündeten und Geschäftstheilhabers des berüchtigten Cornelius Herz, wäre trotzdem nicht gelungen ohne einen besondern Umstand. Clemenceau hatte die Unklugheit begangen, Marinoni, Besitzer des „Petit Journal", zu beschuldigen, der Urheber der Norton'schen Fälschungen (angebliche Depeschen des englischen Botschafters in Paris, welche die Bestechung Clemenceaus, Rocheforts u. s. w. beweisen sollten) zu sein. Der vielfache Millionär setzte nun hohe Summen für den Wahlfeldzug gegen Clemenceau ein, läßt sein Blatt, das einflußreichste und verbreitetste Frankreichs, im selben Sinne auftreten. Die Regierung zählte trotzdem bis auf den letzten Augenblick auf den Sieg Clemenceaus, so mächtig und sicher vertraut sie auf ihr Wahltriebwerk Die andern Panamiten fielen in Paris durch, wo die Regierung keine solche Macht auf die Wähler besitzt, überhaupt diesmal auch, wie 1889, die Mehrheit derselben gegen die Regierung gestimmt hat.

Der Wahlsieg aller übrigen Panamiten und ihresgleichen erklärt sich in der einfachsten Weise von der Welt. Nachdem es der Regierung und den herrschenden Parteien gelungen, die Panama=Gaunereien mit wahrhaft verblüffender Meisterschaft und Unverfrorenheit wegzufingern, sind sie als Mitschuldige, Mitverschworene eng unter einander verbunden. Panama hat sich als der beste Kitt bewährt, der diese Sippen zusammenhält. Dieselben müssen einträchtig und geschlossen bleiben, um zu verhindern, daß Panama durch irgend einen Zipfel wieder angefaßt und dann rückhaltlos aufgedeckt wird. Die Verschwornen müssen deßhalb um jeden Preis die Gewalt in den Händen behalten. Sie bilden einen Ring, einen Rattenkönig, der alle Gewalt und Mittel der Gewalt in den Händen hat und noch weiter ausbildet. Gegen diesen Ring ist so wenig aufzukommen, daß kein Republikaner auch nur daran dachte, Panama in den Wahlkampf zu werfen. Dies wurde von vorherein als Verrath an der Republik gebrandmarkt. Wir besitzen nur dieses politische Personal, um die Republik zu halten, dasselbe muß also bleiben, von einem Wechsel der Personen

kann daher keine Rede sein: hatte Ranc erklärt, als Cavaignac die Kammer auf einen Augenblick zu solchem Personenwechsel bekehrt hatte.

Dem entsprechend wurde gehandelt. Die Monarchisten und besonders die Beigetretenen fühlten sich durch die päpstlichen Weisungen unsicher gemacht, dabei auch nicht stark genug, um Panama nochmal aufzurütteln, besonders da ja gerichtliche Urtheile die Schuldigen deckten. Die Regierung und die Opportunisten sind zu übermächtig, dabei zu wenig wählerisch in ihren Mitteln, als daß eine in Umbildung begriffene, unterdrückte Partei solchen Kampf aufnehmen könnte. Ueberdies spielt auch unzweifelhaft die Freimaurerei eine Rolle bei der Sache. Alle Panamiten, alle Regierer gehören der Loge an. Die Richter und Beamten, welche die Panamaprocesse leiteten, ebenso die Geschworenen, welche dieselben entschieden, befinden sich erwiesenermaßen im selben Falle. So erklärt sich Manches. Es ist überhaupt unmöglich, die Zeitgeschichte zu verstehen, ohne die Thätigkeit der geheimen Gesellschaft in Anschlag zu bringen.

Das Urtheil der gedachten Zeitschrift ist wenig ermuthigend. Ohne Gottvertrauen ist überhaupt die Lage in der That fast ohne alle Hoffnung, besonders wenn man nach den bisherigen Erfahrungen urtheilt. Jede Mehrung der republikanischen Stimmenzahl hat auch die Macht der Radikalen gehoben, den Socialisten und Blanquisten Vorschub geleistet, welche vom Kirchenhaß leben, dabei regelmäßig die übrigen Republikaner mit sich ziehen. Je größer die republikanische Kammermehrheit, desto größer das Gewicht, das sie auf der schiefen Ebene abwärts zieht. Die neue Kammer wird daher mit unabweisbarer Nothwendigkeit noch schlimmere Gesetze als bisher gegen die Kirche schmieden, die bestehenden mit größerer Schärfe durchführen. Der Kirchenhaß ist ihr Lebensquell, der einzige Kitt, der sie zusammenhält. Je stärker sich die Republikaner fühlen, desto nachdrücklicher werden sie die Verwirklichung der Republik, d. h. die Grundsätze der Revolution erstreben. Diese aber ist die Läugnung, Vernichtung all' dessen, was an die göttliche Weltordnung erinnert.

Dieser aber wird auch mit Siegesgewißheit verkündet. Es ist eine sehr beachtenswerthe Thatsache, mit welcher Offenheit die Loge gegenwärtig ihr Treiben eingesteht, sich ihrer Erfolge rühmt. Mehrere Blätter, welche sich stets unterrichtet über die Freimaurerei erweisen, erzählen eingehend, wie die Freimaurer ihren Logen zuerst die Republik verkündet, und dann auch durch ihre Beharrlichkeit durchgesetzt, das Land zu deren Annahme gezwungen haben. Die Logen waren der Sammelort, wenn Gefahr drohte; dort wurde der Sturz Mac Mahon's und der Monarchisten beschlossen, von dort ging der Widerstand gegen den Boulangismus aus. Alle Freimaurer, welche Boulanger anhingen, wurden unerbittlich ausgeschlossen und bis auf's äußerste verfolgt, ohne Nachsicht und Erbarmen vernichtet. In den Logen wurden alle auf Vernichtung der Kirche zielenden Gesetze berathen und beschlossen, bevor sie der Kammer vorgelegt wurden. Die Abgeordneten werden auf das Programm der Loge verpflichtet und abgethan, wenn sie demselben untreu werden. Voriges Jahr noch mußte ein Abgeordneter plötzlich auf seinen Sitz verzichten; Jedermann war erstaunt, da Niemand einen Grund für diesen Rücktritt anzugeben vermochte. Besagte Blätter geben nachträglich den Grund an: der Abgeordnete hatte für Bewilligung der kirchlichen Ausgaben gestimmt, nachdem er für deren Ablehnung verpflichtet worden war. Auch die weitern Pläne der Loge werden von denselben ausgeplaudert. Alle Abgeordneten sollen vor der Wahl für Abschaffung des Cultusbudgets verpflichtet werden. Dabei soll auf strenge Durchführung der bisherigen Culturkampf-Gesetze, sowie auf Einführung des in den Logen vorbereiteten Genossenschafts-Gesetzes gedrungen werden. Die Seminaristen und Priester sollen nicht bloß drei (statt jetzt ein) Jahre dienen, sondern ganz ohne Rücksicht auf ihren Stand behandelt, also nicht mehr zum Krankendienst verwendet, auch dann noch eingezogen und ins Feld geschickt werden. Aus Rücksichten auf die Volksstimmung wird in vielen, ja in den meisten Dörfern und auch in Städten den Kindern der Religionsunterricht erleichtert, derselbe sogar oft vom Lehrer ertheilt, der auch die Kinder in die Kirche führt, mit denselben betet,

überhaupt noch den wahren Lehrerberuf übt. Dies soll aufhören. Mit der Zuwachssteuer soll das ganze Vermögen aller kirchlichen Genossenschaften eingezogen werden. Deshalb muß immer Berufung eingelegt werden, wenn ein Gericht entscheidet, daß diese gehässige Ausnahmesteuer nur einmal erhoben werden dürfe. Die Regierung fordert dieselbe nämlich bei jedem Todesfall eines Ordensmitgliedes in jedem Steuerbezirk, worin sich eine Niederlassung der fraglichen Ordensgenossenschaft befindet. Diese besteht oft nur in einer von einer einzigen Schwester besorgten kleinen Schulklasse. Wenn auch das Obergericht dem ersten Richter Recht gibt, so ist die Genossenschaft schon genug durch die hohen Gerichtskosten geschädigt. Dadurch soll auch der Boden gewonnen werden, um nöthigenfalls das Gesetz über die Zuwachssteuer in diesem nachtheiligen Sinne zu ergänzen. Außerdem betreibt die Loge die Einführung des von ihr ausgearbeiteten Genossenschaft-Gesetzes, welches einfach der Kirche das Dasein unmöglich machen soll.

Dieses Gesetz gestattet allen Genossenschaften ziemliche Freiheit und Rechte, die kirchlichen Genossenschaften allein bleiben ausgenommen. Genossenschaften, deren Mitglieder gemeinsam leben, können zu jeder Stunde polizeilich durchsucht werden; austretenden Mitgliedern muß ihr Vermögensantheil und der Arbeitsverdienst der in der Genossenschaft verbrachten Jahre verabfolgt werden; der Austritt muß jederzeit ohne Bedingung freistehen. Vermögen dürfen diese Genossenschaften nicht erwerben, ihre Geschäftsgebahrung unterliegt der staatlichen Aufsicht und dem behördlichen Eingreifen. Mit Lehre und Erziehung sollen sich die Genossenschaften nicht beschäftigen dürfen. Dabei ist dieses Gesetz nicht blos zur Vernichtung der Ordensgenossenschaften bestimmt: es soll auch auf die Kirche selbst angewendet werden, wenn dieselbe, nach Abschaffung des Concordates, aufgehört hat, eine öffentliche Einrichtung zu sein. Durch dieses soll einfach das Daseinsrecht der Kirche fortgeschafft werden. Die Blätter, welche die Enthüllungen aus den Logen bringen, versichern, die Stärke der letzteren bestehe hauptsächlich darin, daß sie eine einmal in Angriff genommene

Frage niemals, aber auch niemals, fallen lassen, sondern mit unverwüstlicher Hartnäckigkeit durchführen. Bisher habe die Loge deßhalb noch keine Niederlage erlitten, sondern stets den vollsten Erfolg davongetragen.

Also ein Kampf auf Leben und Tod. Und der Papst hat trotzdem in dringlichster Weise den Katholiken aufgegeben sich der Republik eng anzuschließen, welche nur auf Vernichtung der Kirche ausgeht! Der Widerspruch scheint unlösbar. Und dennoch hat die Sache eine andere Seite. Ein Neuling unter den gewählten Beigetretenen, der noch eine Rolle spielen könnte, Herr de Vogüé erklärte in einem Briefe, die Politik des Papstes sei die einzig richtige. Es ist einer der bittersten Kirchenfeinde, der durch Schärfe seines Urtheils sich auszeichnende Senator Ranc, welcher den Ausspruch in bester Form bestätigt: „Trotz der Niederlage der Beigetretenen hat Leo XIII. den unverhofften Erfolg errungen, daß das Eingreifen des heiligen Stuhles in unsere inneren Angelegenheiten, in die Leitung der französischen Politik, fast allgemein als selbstverständlich angenommen wurde. Niemand wundert sich mehr darüber, ein Liberaler, ein Herr de Vogüé, kann schreiben: ‚Die einzig wahre Politik ist die Politik des Papstes.‘ Der heilige Stuhl ertheilt den Katholiken Weisungen für die Wahlen, die Regierung ist hoch zufrieden damit und die meisten Republikaner empfinden nicht die geringste Aufregung darob: so weit sind wir gekommen. Unter Ludwig Philipp, unter Napoleon III. würden die eifrigsten Ultramontanen sich dies nicht geträumt haben.“

Dies trifft den Nagel auf den Kopf. Das Unglück Frankreichs beginnt mit den berüchtigten vier Artikeln (1682), wurzelt im Gallikanismus, welcher in der Ausschließung der päpstlichen Gewalt gipfelt. Durch die Staatsumwälzung ward dessen Gehäuse zerbrochen, unter Ludwig Philipp wurden die Reste der gallikanischen Lehren zusammengesucht, Napoleon III. fiel während des schon weit gediehenen Versuches, dieselben zu neuem Leben zu erwecken. In kirchlicher Hinsicht ist die Papstgewalt längst voll und ganz anerkannt, durchgeführt, herrscht Einigkeit unter den Katholiken. Aber für den Papst wie für

e Geistlichkeit wurde bisher eifersüchtig von allen Regierungen
ran festgehalten, daß dieselben sich nicht in die Politik mischen
rften. Damit ist es jetzt vorbei, es beginnt eine neue Zeit, wir
üpfen an die ersten Zeiten des Mittelalters an, wo der Papst
ronen vertheilte, Könige einsetzte oder doch bestätigte. Hat
cht Joseph de Maistre gesagt: „1793 hat man die Menschen-
chte verkündet, 1893 wird man die Gottesrechte verkünden."
as hervorragendste Zeichen, das bedeutsamste Ereigniß der
tzigen Zeitwende besteht darin, daß das Eingreifen des Papstes
die Politik wieder zu einer Thatsache geworden, von Re-
erungen und Völkern zugelassen, ja gewünscht wird, Niemand
h noch ernstlich dagegen erhebt.

Wie gewaltig und mächtig würde es gewirkt haben, wenn
e französischen Katholiken sofort einmüthig und in vollem
mfange der päpstlichen Weisung entsprochen haben würden!
ewiß wären wir dann schon weiter, als wir sind, und uns
cht ob des Verlustes einiger Wahlsitze so viel Gram und
orge gemacht haben. Gewiß, selbst bei den hartnäckigsten
lonarchisten ist es weniger der Mangel an gutem Willen,
s der Mangel an Einsicht und besonders an Starkmuth und
elbstüberwindung, welche sie verhindert haben, sofort den
Beisungen des Papstes zu gehorsamen. Die Verhältnisse sind
irker als die Menschen, und nur Wenige sind Helden, welche
h über dieselben hinweg zu setzen vermögen. In diesen
lättern sind schon oft und eingehend die Ursachen dargelegt
orden, warum es den französischen Katholiken so schwer wird,
n Weisungen des Papstes sofort zu entsprechen. Der edle
ischof Freppel, welcher persönlich sich kaum von der Monarchie
trennen vermochte, klagte dem Schreiber dieser Zeilen in
iner geliebten deutschen Muttersprache: „Ich beneide die
utschen Katholiken; für sie ist die politische Frage gelöst in
r Anerkennung des Kaiserthums; in der Treue zu den
andesherrn sind sie durchaus einig, hat nie ein Zweifel oder
neinigkeit bestanden. Deshalb können sie sich rückhaltlos auf
m Boden des Christenthums vereinigen, um Kirche und
aterland zu vertheidigen."

Seit den Wahlen ist eine neue Feindseligkeit erfolgt: das

Gesetz, welches die Kirchenfabriken der Aufsicht der Finanz-behörden unterstellt, wurde eingeführt. Hiernach haben Staats-beamte die Kassen zu prüfen, die Leerung der Opferstöcke zu überwachen, die Rechnungen zu begutachten. Kurz, die Ge-bahrung der Pfarreinkünfte gelangt in die Hände des Staates, der dafür vier Procent und mehr wegnimmt. Der erste Minister Dupuy hat auch die Einbringung des Genossenschaftsgesetzes versprochen, während die Radikalen Trennung von Kirche und Staat auf ihr Wahlprogramm gesetzt haben.

Zu dem Wahlsieg hat auch die russische Freundschaft bei-getragen, wie dieselbe überhaupt zur Befestigung der jetzigen opportunistischen Republik gar wesentlich in Betracht kommt. Die Opportunisten sind die Vertreter des liberal-demokratischen Bürgerthums, welches den Staat als seine Sache, als sein Werkzeug betrachtet, seit der Revolution seine Herrschaft, gleich-viel unter welcher Staatsform, immer mehr ausgebildet und befestigt hat. Diese Sippe läßt sich von den wirthschaftlichen Fragen leiten, war daher stets für England, welches mit seinen Tochterländern allein mehr als die Hälfte (1500 bis 1800 Mill.) aller französischen Ausfuhr aufnimmt Außerdem fühlt sich dies Bürgerthum zu England hingezogen, weil es den Parlamentarismus in sich verkörpert. Rußland ist für es eine Null: es kauft jährlich 13 bis 20 Millionen französischer Waaren. Deshalb suchte die dritte Republik, wie alle Regier-ungen seit 1815, stets gute Freundschaft mit England zu halten. Colonialfragen und Aegypten führten zu Streitigkeiten, weshalb sich die Republik (Ministerium Ferry) mehrere Jahre auf Deutschland stützte, im Einverständniß mit Berlin die aus-wärtige Politik machte, und dadurch große Vortheile (Tunis, Tonking, Congo u. s. w.) erlangte.

Vertreter des russischen Bündnisses sind von jeher die Monarchisten gewesen. Es sei nur daran erinnert, daß Karl X. 1830 im Augenblick gestürzt wurde, als er mit Rußland einen Bund geschlossen, um diesem die preußischen Ostprovinzen, Frank-reich den Rhein zu verschaffen. Mehrere Monarchisten (z. B. der Marquis von Breteuil, Abgeordneter, haben sich um das Bündniß bemüht, sind deßhalb in Rußland gewesen und von

zaren empfangen worden. Aber die Bewegung im Volke für
ußland ist hauptsächlich das Werk der Patriotenliga und der
evisionisten (früheren Boulangisten). Diese haben die Russen-
geisterung gemacht, bei jedem, und auch ohne, Anlaß Kund-
bungen für Rußland veranstaltet, in Presse und Versamm-
ngen gewirkt. Deroulède hat sich in dieser Hinsicht einen
amen gemacht.

Als die Opportunisten die Bewegung wachsen und auch
hen, daß Rußland auf dieselbe mit Gegenkundgebungen ant-
ortete, legten sie ihre Gleichgiltigkeit ab, sorgten dafür, die
ache für sich auszubeuten. Seit Kronstadt (1891) sind Re-
erung und Opportunisten mit allen Parteien einig in der Russen-
eundschaft, die natürlich vorab denjenigen nützt, welche die
ewalt in Händen haben, denn die Russenfreundschaft ist ein
swärtiger Erfolg, welcher Macht und Ansehen der Regierung
ch innen, wie nach außen hebt. Hier hat er zu dem Wahl-
g, dort zu dem Erfolg über Siam beigetragen. Dem Volke
hmeicheln die russischen Zuvorkommenheiten, weil dadurch
tellung und Ansehen Frankreichs gesichert und gehoben
erden. Seit Jahren hat sich bei allen Franzosen die Meinung
stgesetzt, Deutschland sinne auf einen Krieg gegen Frankreich.
iezu haben verschiedene Thatsachen, gewisse Handlungen der
erliner Regierung beigetragen, welche vielleicht übel ge-
utet wurden. Kurz, die Stimmung ist da. Anderseits
ämt es die Franzosen, daß sie nicht mehr die erste Geige
ielen, vielmehr Deutschland die entscheidende Macht ge-
orden ist. Dies ist eigentlich die Hauptursache der mißgünstigen
timmung gegen Deutschland; das Bündniß mit Rußland
ldet das Gegengewicht des Dreibundes, drückt daher Deutsch-
nd herab.

Geschlossen ist dies Bündniß freilich noch nicht, und Eile
t es dabei am wenigsten. Den Opportunisten sichert die
ssische Freundschaft die Herrschaft, Dank den letzten Wahlen,
f weitere vier Jahre, gibt die Präsidentenwahl in ihre Hand.
rieg um die Rheingrenze wollen die Opportunisten nicht,
er nur im äußersten Falle, wenn es anders nicht geht.
enn, glücklich oder unglücklich, der Krieg macht ihrer Herr-

schaft ein Ende, spielt die höchste Gewalt dem Oberbefe
haber des Heeres in die Hände. Auch verhehlen sich die
sichtigeren Franzosen keineswegs die wahre Lage der Di
Rußland hat gar keinen Grund, uns Elsaß-Lothringen w
zu verschaffen, ebenso wenig wie wir Ursache haben und
Möglichkeit besitzen, ihm wiederum zu seiner Oberherrscha
Bulgarien zu verhelfen. Die Ziele Rußlands liegen in A
wohin wir ihm nicht folgen können. Aber durch die Fre
schaft untereinander gelten beide Mächte etwas in Eur
können etwas erreichen. So schreibt ein Conservativer, wäh
der Radikale Clemenceau, inmitten des tollsten Taumels
Russenfeste, bedeutete: das französische Volk sei nicht
Sinnen. „Es weiß, daß es sich bei dem nächsten Krieg
unser Dasein handelt; aber das Vaterland ist kein Spielein
Wir sind Freunde, aber keine Tollhäusler." Die Republi
trotz aller Rüstungen nicht kriegerisch, ein Kampf mit Deu
land wäre viel großartiger, schlimmer als im Jahre 18
welches als année terrible, bei Allen eine tiefe Erschütter
hervorgebracht hat, und mit drohender Flammenschrift vor A
steht. Die Socialisten und auch die socialistischen Radik
haben sich inmitten des Russentaumels sehr entschieden g
das russische Bündniß ausgesprochen, somit auf den Racheb
verzichtet, der nur durch dasselbe einige Möglichkeit böte.

Die Festlichkeiten zu Ehren der russischen Flotten offiz
wurden durch den Tod Mac Mahons am 17. Oktober u
brochen, dessen Leiche unter großartiger Theilnahme beige
wurde, wobei auch der deutsche Kaiser sich vertreten l
überhaupt fast alle europäischen Heere in dem überaus glänzen
Leichengefolge vertreten waren. Der tapfere, ehrenwer
christlich gesinnte Marschall verkörperte gewissermaßen
Schicksal Frankreichs. Mac Mahon zeichnete sich in der K
aus, entschied dann, durch glücklichen Zufall, die Schlacht
Magenta und dadurch den Feldzug gegen Oesterreich 18
Seitdem galt er als ein Feldherr ersten Ranges, als wel
er sich jedoch 1870 keineswegs bewährte. Aber die allgeme
Achtung blieb dem Ehrenmann erhalten; er ward, als Th
das Vertrauen der Nationalversammlung schnöde mißbrauch

dessen Stelle gesetzt. Aber als Staatsoberhaupt hatte er
Unglück, hauptsächlich, weil es ihm an einsichtigen, kraft-
en Ministern fehlte; die Broglie, Fourton u. s. w. be-
rten sich als ganz klägliche Politiker, und führten den
hlsieg der Gambetta und Consorten herbei. Seither werden
Katholiken bitter verfolgt, weil sie Mac Mahon gestützt,
sich an den Anstrengungen zur Herstellung des Thrones
eiligt hatten.

Mit einem gut angesetzten „Wenn" kann man die Welt
ehren. Aber es ist doch erlaubt zu wiederholen, was
9 allgemein ausgesprochen wurde: Wenn 1859 die Franzosen
der Lombardei unterlegen wären, hätte Napoleon III. das
ndel schnüren müssen. Frankreich konnte dann Frieden schließen
e Verlust, und Sedan, die unabwendbare Folge von
lferino und Sadowa, wäre ihm wohl erspart geblieben.
her wäre durch den Sturz Napoleons (1859) eine ganz
ere Entwickelung eingetreten, als durch seinen Sieg bei
lferino. Das Glück Mac Mahons bei Magenta ist zum
glück Frankreichs ausgeschlagen, hat uns zehn Milliarden
Elsaß-Lothringen gekostet: sagen Leute, die den Zu-
mmenhang der Dinge verfolgen.

LXXI.

Zeitläufe.

Die Krisis in Wien.

I. Zur Frage der Wahlrechts-Reform.

Am 12. November 18

Während die Augen aller an dem Schicksale der Hab
burgischen Monarchie Theilnehmenden immer noch über d
Leitha hinüber auf Buda-Pesth gerichtet waren, wo es au
sieht wie in einer Nervenheilanstalt, ist in Wien ein Stu
losgebrochen, sozusagen bei heiterm Himmel. Was war den
geschehen? Die Regierung hatte durch den Grafen Taaff
ohne die drei Großmächte im Reichsrathe um Erlaubn
zu fragen, eine Vorlage zur Wahlrechtsreform eingebrach
Von den ungefähr 5,700,000 cisleithanischen Männern üb
24 Jahre sind zur Zeit nur 1,100,000, also bedeuten
weniger als ein Drittel, wahlberechtigt, ihre Zahl sollte u
rund 2 1/4 Millionen vermehrt, also mehr als verdoppelt werde

Das war's. Fünf Tage nach Einbringung der Vo
lage sagte Prinz Alois Liechtenstein, der heldenhafte Füh
der Christlich-Socialen, in einer Versammlung des Wien
Arbeitervereins: „Die Wirkung derselben im Parlament
insbesondere unter den Liberalen, sei eine unbeschreiblich
wie wenn der Blitz unter Mäuse fährt, die sich gerade a

gebratenem Speck gütlich thun.“ Die Ueberraschung allein
war es nicht, was die beispiellose Aufregung der drei großen
Parteien hervorrief. Sie wäre auch entstanden, wenn Graf
Taaffe die Führer derselben vorher zu Rathe gezogen hätte,
was man in Oesterreich für eine Pflicht des „parlamentar-
ischen Anstandes“ ausgibt. Nur wäre dann die Regierung
niemals zur offenen Darlegung ihres Willens gekommen.
Dafür hätten schon die großen Juden an der Börse gesorgt.
Gesetzlich bedurfte die Regierung nur der Zustimmung des
Monarchen, und das Geheimniß zu wahren, war ihr gutes
Recht. Zu verwundern ist nur, daß das trotz der viel
besprochenen „geheimen Nebenregierung“ gelingen konnte.

Es ist für einen alten Freund Oesterreichs seit Jahren
immer bedenklicher geworden, über die dortigen Vorgänge
zu schreiben. Freut er sich über etwas, so kommen regel-
mäßig die hinkenden Boten nach; man braucht dafür nur
an den famosen böhmischen Ausgleich zu erinnern. Verläßt
er sich auf eine Meinungsäußerung aus dem Lande selbst,
so folgt alsbald der Widerspruch auch aus gesinnungs-
verwandtesten Kreisen auf dem Fuße nach. So erübrigt
nur, verschiedene Stimmen aus dem Reiche selbst zu sammeln,
sie zu vergleichen und sich darnach ein Urtheil zu bilden.
Dazu eignet sich vorzüglich das preußisch-conservative Haupt-
organ in Berlin; es ist ein wahres Magazin für österreich-
ische Stimmungsbilder, und da es sich jetzt um den Hinter-
grund handelt, auf dem das letzte Auftreten des Grafen
Taaffe sich abhebt, so möge hier eine Darstellung folgen,
die nun gerade ein Jahr alt ist:

„Nach den österreichischen Preßstimmen zu urtheilen, hat
es fast den Anschein, als ob man in Oesterreich neuerlich vor
einem Wendepunkte der innern Politik angelangt sei. Die
Vorgänge, deren Schauplatz das österreichische Abgeordneten-
haus in seiner Sitzung am 23. November war, und die den
Gegenstand der heftigsten Erörterungen in der gesammten

liberalen Presse bilden, bestätigen neuerdings die Richtig
des zum politischen Sprüchworte gewordenen Satzes: Oe
reich sei das Land der Unwahrscheinlichkeiten. „ Seit der
lösung des Reichsrathes im Januar 1891 und der Ausschreib
der Neuwahlen schien es, als ob das System Taaffe e
neuen Curs einzuschlagen beabsichtige, der ziemlich stark n
links sich wandte. Die Entlassung des Finanzminis
Dr. von Dunajewski, dem das hohe Verdienst, das De
aus dem österreichischen Staatshaushalte gebannt zu hal
unbestritten gebührt, die Haltung des Kabinets in der F
des deutsch-böhmischen Ausgleichs, die Beseitigung des Bar
Prazak aus dem Ministerium und des Landespräsidenten Ba
Winkler aus der Laibacher Statthalterei, auf welche sich
liberale Partei und Presse so besonders viel zu gute ge
und die sie als einen kolossalen Sieg ihrer Sache bezeichne
die Berufung des Parteimannes Grafen Kuenburg in
Kabinet, die Besetzung einer ganzen Reihe von Hofrathspo
und von der Regierung zu verleihenden Verwaltungsrat
Stellen bei staatlich subventionirten Aktiengesellschaften d
hervorragende liberale Parteimänner, die Verleihung
Titeln und Orden an Mitglieder der ‚Vereinigten deuts
Linken‘, alles das waren ebenso viele Stationen auf
Curse der Regierung nach links, der allgemach auch
der Parteiengruppirung des Abgeordnetenhauses zum Ausdr
zu kommen schien.“

„So ging alles nach Wunsch der Herren Liberalen, die
auf immer Größeres vorbereiteten und in ihren Ansprüchen
greifbare Steigerung wahrnehmen ließen, als ganz unerwart
Weise in der letzten Mittwoch-Sitzung des österreichischen
geordnetenhauses beim Titel „Reichsrath“ in der Spezialdeb
über das Budget durch den Vertreter des böhmischen Gr
grundbesitzes, den jungen Fürsten Karl Schwarzenberg,
ziemlich scharf pointirte politische Debatte angeregt wurde. Fü
Schwarzenberg, der das für das passive Wahlrecht erford
liche Alter kaum überschritten hat, ist ein hochbegabter Sprec
der schon jetzt als der Führer der einflußreichen Gruppe
historischen Feudaladels gilt. Er wies in seiner Rede auf

Forderung der Allerhöchsten Thronrede hin, welche zu Beginn des laufenden Gesetzgebungsabschnittes die Zurückstellung der politischen, religiösen, nationalen und staatsrechtlichen Ansprüche der verschiedenen Parteien und die ausschließliche Beschäftigung mit dringlichen wirthschaftlichen und socialen Fragen dem Hause nahegelegt hatte. Er betonte, daß seine Partei zu objektivem Wirken bereit gewesen wäre, wenn man auch von liberaler Seite diesem kaiserlichen Wunsche Rechnung getragen hätte, daß aber die liberale Forderung nach der Regelung der Sprachenfrage und nach der Fortführung des deutsch-böhmischen Ausgleiches nothwendiger Weise die Betonung einer Lösung der Schulfrage in christlich-conservativem Sinne auf conservativer Seite provoziren müsse. Und er schloß mit einer Anfrage an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe, wann und wo derselbe überhaupt geneigt sei, der Krone die Besetzung des durch den Rücktritt Prazak's erledigten böhmischen Landsmann-Ministeriums vorzuschlagen."

„Zur nicht geringeren Ueberraschung des ganzen Hauses nahm Graf Taaffe unmittelbar nach dem Fürsten Schwarzenberg das Wort. Auf liberaler Seite behauptet man, es sei die ganze nun folgende Scene zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Führer des böhmischen Feudaladels vorher abgemacht gewesen, eine Auffassung, für deren Wahrscheinlichkeit manche Umstände sprechen. Graf Taaffe war in ersichtlich ausgezeichneter Laune, und seine Rede machte absolut den Eindruck einer Improvisation, als die sie in den Details ganz entschieden auch dann zu betrachten ist, wenn Graf Taaffe dem Fürsten Schwarzenberg die Beantwortung seiner Anfrage wirklich zugesagt hatte. Mit einem wahrhaft köstlichen Humor, der freilich an beißendem Spott gegen das impotente Parlament und seine gleich alten Weibern keifenden Parteien nichts zu wünschen übrig ließ, empfahl Graf Taaffe den Abgeordneten, über die Regelung der nationalen Frage ‚eifrig nachzudenken' und ihm dann das Ergebniß dieser Gewissens-Erforschung gefälligst vorzulegen. Er betonte in einer im österreichischen Abgeordnetenhause kaum gehörten Schärfe die Unmöglichkeit einer parlamentarischen Partei-Regierung, in-

dem er mit höhnischer Ironie die liberale Linke an die Geschichte des Ministeriums Lasser, genannt Auersperg, erinnerte. Er schloß endlich mit der Zusage, für die Besetzung des böhmischen Landsmann-Ministeriums demnächst dem Kaiser geeignete Vorschläge zu erstatten, wobei er im Gegensatze zur ständigen Behauptung in den liberalen Blättern, welche eine Wiederbesetzung dieses Portefeuilles für so lange ausgeschlossen erklärt hatten, als Graf Taaffe mit der Linken freundliche Beziehungen unterhalte, erklärte, es sei der Regierung gar nicht eingefallen, dieses Portefeuille unbesetzt zu lassen."

„Man kann sich nicht leicht einen Begriff von der Wirkung machen, welche diese mit jovialstem Humor vorgetragenen Worte des Ministerpräsidenten, die wiederholt von Gelächtersalven des Hauses unterbrochen wurden, in die auch die Linke mit saurer Miene einstimmte, bei den Herren der ‚Vereinigten Linken' hervorbrachten. Sie steckten sofort die Köpfe zusammen und berietheu auf's Eifrigste, ob dem Minister-Präsidenten gleich zu antworten sei. Um den Führer der liberalen Partei, Herrn von Plener, bildete sich sofort eine Korona, die sich in den heftigsten Urtheilen gegen Grafen Taaffe erging. Und einige jüngere Heißsporne der Partei begehrten eine sofortige Kriegserklärung der Linken an die Regierung. Allein Herr von Chlumecky, dessen Herz sich seit so langer Zeit nach einem Ministerportefeuille sehnt, das er durch 10 Jahre des heftigsten Kampfes gegen Taaffe angestrebt hat und das er jetzt ebenso gerne vom Grafen Taaffe erhalten möchte, war sofort bei der Gruppe und goß Oel auf die hochgehenden Wogen. Und wenn nicht Alles täuscht, so wird es vielleicht einige zum Scheine scharfe Reden von liberaler Seite geben, im Großen und Ganzen aber wird die Linke sich nicht feindlich der Regierung gegenüberstellen, mit der sie sich so weit eingelassen hat, daß sie überhaupt nicht mehr zurück kann."

„Wenn wir aber die Frage aufwerfen, warum Graf Taaffe plötzlich eine so brüske Wendung gegen die liberale Seite gemacht, so hängt dies zweifellos mit der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Ungarn zusammen. Dort geht es mit Riesenschritten auf der abschüssigen Bahn einer radikal-liberalen,



magyarisch-chauvinistischen, ganz vom Geiste des Judenthums beherrschten culturkämpferischen Politik abwärts, deren letzter Trumpf die Verwirklichung der antidynastischen Pläne eines Kossuth ist. Der jüdische Uebermuth und die vorlaute Geschwätzigkeit des liberalen Abgeordneten der innern Stadt Wien, Dr. Jaques, der in einer vor wenigen Tagen abgehaltenen Wählerversammlung die Verpflanzung des in Ungarn herrschenden Radikalismus nach Oesterreich proklamirt, die Forderung nach Einführung der obligatorischen Civilehe, nach einer gleichen Berücksichtigung des Judenthums bei Besetzung der höchsten Staatsämter, wie in Ungarn, aufgestellt hatte, ist an höchster Stelle nicht unbeachtet geblieben. Und die so bitteren Erfahrungen, welche die Krone mit dem radikalen Liberalismus jenseits der Leitha in jüngster Zeit gemacht, mögen für eine Wiederholung des gleichen Experiments in Oesterreich nicht sonderlich eingenommen haben. Mit allem Nachdrucke hatte die Wiener liberale Presse auf die ungarischen Vorgänge der jüngsten Zeit als ein Vorbild hingewiesen, welchem die liberale Partei im Wiener Reichsrathe nacheifern müsse."[1])

Am 12. August desselben Jahres 1892 hatte Graf Taaffe das Jubiläum seiner 13jährigen Minister-Präsidentschaft gefeiert. Allerdings besonders für das neue Oesterreich eine unerhörte Dauerhaftigkeit. Nach dem jüngst verflossenen 10. Oktober fuhr das Wiener liberale Hauptblatt den Grafen mit einer Wildheit an, als ob er mit der rothen Fahne in der Hand und der Revolutionsmütze auf dem Haupt seinen Antrag zu einer cisleithanischen Wahlrechtsreform dem Reichsrath hingestreckt habe. Damals aber hat das Blatt ihm Kraft und Gesundheit für seine weitere Amtsführung gewünscht. Die deutsch-liberale Partei habe zwar unter ihm viel auszustehen gehabt: „Der Kampf hat an ihr solche Spuren hinterlassen, sie hat unter der Einwirkung der angewendeten Sprengmittel solche Einbußen erlitten, daß die Möglichkeit, aus ihr allein und auf sie gestützt eine Regierung zu bilden, wohl

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 28. November 1892.

auf lange, vielleicht auf immer dahin ist." Nichtsdestoweniger gesteht doch das Blatt, daß der Graf ein wohlthätiges Element der Stetigkeit in die Regierung des Reichs gebracht habe, was kein anderer Minister außer ihm zu leisten vermocht hätte. Was wäre, fragt es, aus Oesterreich geworden, wenn alle die Systemwechsel, die sich in den dreizehn Jahren vollzogen haben, auch jedesmal von einem Wechsel des Kabinets begleitet gewesen wären?

„Das Ministerium Taaffe, welches am 12. August 1879 ernannt wurde, besteht längst nicht mehr. Von den damals berufenen Männern sitzt außer dem Minister-Präsidenten nur noch ein Einziger, der Ackerbauminister Graf Falkenhayn, im Kabinet, und noch viel hinfälliger hat die Politik sich erwiesen, welche in jenen Männern sich verkörperte. Welche Wandlungen haben sich von Stremayr bis zu Dunajewski, von Pino bis zu Bacquehem, von Dunajewski bis zu Kuenburg vollzogen! Bald sollte das Kabinet ein Coalitions-Ministerium, bald ein Versöhnungs-Ministerium, bald ein Ministerium über den Parteien sein; es gab Perioden in diesen dreizehn Jahren, wo wir geradeaus in den Föderalismus hineinzusteuern schienen, und Perioden, wo der gerade entgegengesetzte Cours eingeschlagen wurde; durch viele Jahre stützte sich die Regierung auf eine ausgesprochen autonomistische und deutschfeindliche Majorität, und dann kam wieder eine Zeit, wo sie bei der deutsch-liberalen Partei Anlehnung suchte; man begann damit, den Czechen die Respektirung ihrer staatsrechtlichen Anschauungen zu versprechen, und gelangte zu der Nothwendigkeit, einen Ausgleich mit den Deutschen in Böhmen anzustreben. Vergeblich forscht man in diesem fortwährenden Wechsel der Männer, der Methoden und der Majoritäten nach dem leitenden Gedanken, der diese verschiedenartigen Phasen des Ministeriums verbinden und durchdringen würde. Geblieben ist nur die Person des Minister-Präsidenten, dem das unerschütterliche Vertrauen der Krone durch alle diese Wandlungen hindurch treu geblieben ist." [1])

---

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 12. August 1892.

Mit der ihm eigenthümlichen Jovialität hat der Graf den Herren im Reichsrath zu verstehen gegeben: was bei den bestehenden Verhältnissen und den parlamentarischen Parteien in Cisleithanien anders übrigbleibe, als „fortzufretten" von Einem Tag zum andern. Erst noch im Anfang des Jahres 1892 wurde das Witzwort von dem Regieren mit einer „dreibeinigen Majorität" zur greifbaren Wahrheit gemacht, indem durch die Ernennung eines deutsch-liberalen Parteiministers nun jeder der drei großen Clubs seinen Vertrauensmann im Ministerium hatte, und die regelmäßige Vermittelung zwischen denselben und dem Ministerium durch dessen eigene Mitglieder hergestellt war. Allein bei dem ersten Dissens sprang der liberale Parteiminister aus, und wenn man auf die Geheimhaltung des Wahlrechts-Reformentwurfs eine Anklage begründen will, so sollte man doch auch auf diese Thatsache nicht vergessen.

Allerdings hatte die Thronrede an den neugewählten Reichsrath die dringende Aufforderung gerichtet, die wirthschaftlichen Angelegenheiten zum Hauptgegenstande seiner Thätigkeit zu machen, anstatt politische Fragen aufzuwerfen, und dadurch jedes fruchtbare Wirken der Gesetzgebung unmöglich zu machen. Die staatsrechtlichen und nationalen Streitigkeiten zunächst waren damit gemeint, und auf dieser Grundlage war auch das sogenannte Februar-Programm zwischen den drei Parteien und der Regierung zu Stande gekommen. Aber zu diesen Fragen, mit welchen in Oesterreich seit einem Menschenalter leeres Stroh gedroschen wird, gehört es ja doch nicht, wenn Graf Taaffe am 10. Oktober sagen konnte: „Die ausreichende und rechtzeitige Erweiterung des Wahlrechts allein könne die große und schwere Gefahr abwenden, welche Staat und Gesellschaft seitens der bisher Rechtlosen bedrohe". Möglich, daß sich die Parteien bei der gedachten Programm-Festsetzung noch versprechen lassen konnten, daß das Ministerium an die Einleitung einer Wahlreform nicht

denke; aber gerade seitdem ist die Bewegung lichterloh aufgeflammt. Von den 16 Massenversammlungen in Wien allein war die auf dem Rathhausplatz so imponirend, daß man sagen kann, sie habe buchstäblich an die Thüre des Parlaments geklopft, auch unter finsteren Drohungen, zunächst mit dem allgemeinen Ausstand. Ganz taub war man auch in dem Hause selbst nicht geblieben, wie die eingelaufenen Anträge beweisen.

Die Socialdemokratie in Oesterreich unterscheidet sich von der in anderen Ländern dadurch, daß sie ihre Gefolgschaft mehr als überall sonst in die angrenzenden niederen Stände, insbesondere in die kleinbäuerlichen Kreise, erstreckt. Das erklärt sich aus der Ausdehnung des Großgrundbesitzes und der zunehmenden Verlegung großer Fabrikwesen auf das platte Land. Um überzeugte Socialdemokraten handelt es sich da freilich nicht, sondern um ein blindlings ergebenes Heeresgefolge. Namentlich soll sich das weibliche Geschlecht so massenhaft an der Bewegung betheiligen, wie nirgends sonst, selbst nicht im Deutschen Reich, bis in die Gebirgsdörfer hinein und mit einer die Männer übertreffenden Verbissenheit.[1]) Kurz vor der Taaffe'schen Wahlrechts-Vorlage ist darüber ein sehr interessanter Bericht erschienen:

„Bei der grenzenlosen Rührigkeit, welche die socialdemokratische Partei entwickelt, und bei den sehr bedeutenden Geldmitteln, über die sie theils durch Contribution ihrer Anhänger, theils durch höchst nennenswerthe Zuschüsse von jüdischer Seite verfügt, wird die Organisation derselben sich außerordentlich rasch ausdehnen, wenn der socialdemokratischen in den Arbeiter-

---

1) Die Wiener Parteivertretung hat im Glauben an eine bevorstehende Auflösung des Abgeordneten-Hauses sofort nach dem 10. Oktober einen Wahlaufruf erlassen an die „Parteigenossen und — Genossinen."

kreisen nicht eine energische Gegen-Agitation von Seiten einer bürgerlichen Partei entgegengesetzt wird. Die liberale Partei hat sich dazu, obwohl sie in so vielen Kronländern und Städten die unbestrittene Herrschaft in der autonomen Verwaltung besitzt, gänzlich unfähig erwiesen. Nie wagt es ein liberaler Redner, in einer socialdemokratischen Versammlung gegen die Vertreter der Umsturzideen aufzutreten. Wohl aber ereignet es sich häufig, daß diese Liberalen im Kampfe gegen Conservative und Christlich-Sociale sich hinter die Socialdemokraten stecken und sie für sich in's Feuer schicken. Auch die klerikale Partei, die sich fast ausschließlich auf die bäuerlichen Kreise der Alpenländer stützt, hat dazu nur höchst geringe Befähigung erwiesen; und in selbst so günstigen Kronländern, wie z. B. Oberösterreich, wo ein wohlhabender Bauernstand und eine klerikale Landtags-Mehrheit alle Bedingungen für das Festhalten an conservativen Ideen zu bieten schienen, vermochten die Klerikalen die Ausbreitung der socialdemokratischen Irrlehren nicht hintanzuhalten. Die einzige Partei, die auf diesem Felde Ersprießliches zu leisten vermag, ist die christlich-sociale. Sie ist eine Volkspartei, verfügt über die besten und populärsten Redner, ist nicht minder rührig als die socialdemokratische, und weiß in den Arbeiterstand selbst einzudringen, wie sie dies durch die in neuerer Zeit sich mehrenden Gründungen von christlich-socialen Arbeiter-Vereinen, die sehr prosperiren, bewiesen hat. Die Regierung und die herrschenden Kreise, die zur Bekämpfung der socialdemokratischen Umsturzpläne aus Eigenem auch nicht das Mindeste geleistet haben, treten den Christlich-Socialen in einer kaum begreiflichen Kurzsichtigkeit nur deshalb feindlich entgegen, weil das jüdische Großcapital die parlamentarische Kritik dieser Partei auf's äußerste fürchtet und ein mehr oder minder gemäßigter Antisemitismus sich in deren Programmen findet. Das Eine aber muß für jeden klarblickenden Kenner der österreichischen Verhältnisse längst feststehen: nur eine wahrhaft volksthümliche Bewegung vermag der bereits so weit vorgeschrittenen Socialdemokratie in Oesterreich endlich Dämme zu ziehen. Geschieht dies nicht, wird die Idee nicht wieder durch Ideen bekämpft, sondern verläßt man sich einfach auf die Gewalt,

dann ist das Schicksal der bestehenden Staats- und Gesellscha
ordnung auch in Oesterreich gegenüber dem socialdemokrati
Ansturme besiegelt." 1)

Die vorgeschlagene Wahlreform würde nun die Parte
welche der Bewegung müßig zusehen, weil sie sich im Be
gesichert fühlen, zum Kampfe gezwungen haben, vor Al
die Liberalen und Nationalen. Darum war auch
Empörung die heftigste. Es ist wohl zu bemerken, daß
Vorlage weder die verfassungsmäßige Zahl der Abgeordne
noch die gesonderte Vertretung („Curien") des Großgru
besitzes und der Handelskammern berührte. So versteht
der Jammerruf, in den das führende liberale Organ so
ausbrach: die ganze Masse der neuen Wahlberechtig
werde in die beiden anderen Gruppen eingereiht, so
die bisher in diesen Gruppen Wahlberechtigten von
neuen Wählern überfluthet, erdrückt, ihres politischen E
flusses beraubt würden:

„Der Zweck ist weit weniger, den Besitzlosen das Wa
recht zu geben, als das Wahlrecht des Bürgerthums zu v
nichten. Ja, des Bürgerthums; und der sonst als Fundam
des Staates gepriesene Bauernstand wird mit demselben
Ueberfluthung preisgegeben! Jene Volksschichte, welche
Verfassung als Wählerschaft der Städte und Märkte mit
Wahlrechte begabt, repräsentirt in Oesterreich nicht blos
Besitz, sondern die Arbeit, die conservative Sparsamkeit
vor Allem die Intelligenz. Und was das Schlimmste ist,
deutsche Bürgerthum vor Allem ist's, gegen das der Sch
geführt wird. An dem Tage, an dem diese Vorlage Ge
wird, gehen die deutschen Städte in Mähren in der slavisch
Fluth unter, in den deutschen Industrie-Centren aber wird
dem Bürgerthum auch das Deutschthum preisgegeben, weil zu
Czechen, Polen oder Ungarn, auch wenn sie sich zur socialistisch
Lehre bekennen, noch immer Czechen, Polen und Ungarn bleib

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 16. September d. Js.

nicht aber Deutsche das gleiche Nationalgefühl bewahren, die keinen nationalen, sondern nur den internationalen Socialismus kennen. Indem die Regierung diesen Gesetzentwurf vorlegt, hält sie ebensowenig, als an den Grundlagen der Verfassung auch an ihrem Programme fest, in dem als ein Cardinalpunkt die Wahrung des nationalen Besitzstandes figurirt." [1])

Der „nationale und politische Besitzstand" und dessen Bedrohung, einerseits durch die Slaven, und andererseits durch die kosmopolitische Socialdemokratie, blieb das Schlagwort der deutsch-liberalen Partei, wenn es auch an Reibungen in ihrer Mitte nicht fehlte. Mit den schärfsten Ausdrücken brandmarkte ihr Club die Vorlage als eine „schwere Bedrohung des politischen Besitzstandes des Bürger- und Bauernstandes im Allgemeinen und jenes des deutschen Volkes insbesondere"; er sprach seine „Entrüstung" aus über das Vorgehen der Regierung, die „vor wenigen Monaten in ihrem Programm das Wort gab, Veränderungen des nationalen Besitzstandes hintanzuhalten, und nunmehr eine solche alle nationalen und staatlichen Verhältnisse umwälzende Wahlreform vorlege". Was nun diesen liberalen „Besitzstand" betrifft, so braucht man gerade nicht jedes Wort zu unterzeichnen, aber hören läßt sich die socialdemokratische Beschreibung desselben immerhin:

„Der österreichische Liberalismus! Welch ein unerschöpfliches Capitel von politischer Faulheit und Feigheit, von Byzantinismus und Heuchelei, von niedriger Profitgier und gemeinem Volksbetrug! Zu faul, ihre wirthschaftliche Macht auszunützen, und zu feige, ihr eigenes Programm durchzuführen, haben die Liberalen auf der einen Seite die Stärkung der Regierungsgewalt und die Discreditirung des Parlamentarismus auf dem Gewissen, auf der anderen haben sie sich selbst bedingungslos der Reaktion ausgeliefert. Naturgemäß haben sie damit im

---

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 11. Oktober ds. Js.

Volke jeden Boden verloren, und ihre Mißwirthschaft während ihres 18jährigen Regiments, der Banken= und Gründungsschwindel, sowie die Einführung des politischen Vergewaltigungssystems gegen jeden Gegner, ihre ganze niedrig boshafte, heuchlerische Kampfesweise haben ihnen so viele erbitterte Feinde gemacht, daß sie gegenwärtig die verhaßteste politische Partei Oesterreichs sind."[1])

Was zweitens die Conservativen betrifft, so muß man vor Allem unterscheiden. Namens der Christlich-Socialen hat Prinz Liechtenstein sofort erklärt: die Partei werde entschieden für die Reform eintreten. „Wir Katholiken" sagte er, „haben das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nicht zu fürchten; es hat sich ja dessen Ungefährlichkeit für die christlichen Parteien in Deutschland gezeigt, und nur derjenigen Partei hat es geschadet, die unseren Liberalen entspricht". Auch im conservativen Club war die letztere Meinung nicht unvertreten. Der Abgeordnete Dr. Ebenhoch welcher gleichfalls zugibt, daß durch das allgemeine Wahlrecht die katholische Partei an Stimmen gewinnen würde, aber es als letzten Schritt zum Bebel'schen Zukunftsstaat fürchtet,[2]) mußte doch auch in seinem eigenen Linzer Organ Widerspruch erfahren. Schließlich aber erklärte der Club die Vorlage der Regierung gleichfalls für unannehmbar „im Interesse des Reichs und der Länder", jedoch in sehr gemäßigter Form und mit der Versicherung, daß der Club unter Wahrung seiner autonomen Grundsätze zu einer gerechten Ausbildung des aktiven Wahlrechts die Hand zu bieten bereit sei.

Um so größer war das Erstaunen und Seitens der Liberalen das Entzücken über die Art, wie der Vorsitzende

---

1) Dr. Ellenbogen, der zweite der zwei jüdischen Führer der österreichischen Socialdemokratie, in der Stuttgarter „Neuen Zeit". 1893. Band 1. S. 87.

2) Dr. Ellenbogen a. a. O. S. 86.

des Clubs, Graf Hohenwart, im Plenum auftrat. Von ihm, dem allbekannten vertrautesten Geschäftsfreunde des Grafen Taaffe, seit vielen Jahren Träger des grimmigsten Hasses der Liberalen, wollten nun diese den Ton bitterster persönlicher Kränkung heraushören; er schien ihnen keinen Anstand mehr zu nehmen, auch für seine ältesten Gegner einzutreten, nachdem von den ältesten Freunden sein Vertrauen so beispiellos getäuscht worden sei.[1]) Indeß ist aus den Worten des Grafen, die so großes Lob der Liberalen verdienten, die eigentliche Adresse unschwer herauszuhören.

Der Graf sagte: „Man meint, wir Conservative hätten doch wahrlich keinen Grund, für die Bürgerschaft der Städte einzutreten, die durchaus im liberalen Lager steht, und deren Verteter noch in der allerletzten Zeit jedes Zusammenwirken mit uns entschieden abgelehnt haben. Allein wir haben auch nie verkannt, daß neben den großen principiellen Fragen, die uns leider trennen, es auch eine ganze Reihe anderer sehr wichtiger Fragen gibt, in denen wir in der Regel jederzeit eine Verständigung mit unseren Gegnern erzielen konnten. Wir tragen daher nicht das mindeste Verlangen, diese Gegnerschaft gegen eine andere zu vertauschen, die unseren Principien noch viel ferner steht. Und so kommt es denn, daß wir in einer Bedrohung des Wahlrechts der städtischen Bürgerschaft auch eine Gefahr für den Staat erblicken, und deßhalb werden wir selbst für unsere liberalen Gegner eintreten.“ Die Rede schloß mit dem Satze: „Wir werden nie zugeben, daß das politische Schwergewicht von den besitzenden Classen in die besitzlosen abgewälzt werde.“ Daß dieß aber nicht doch geschehe, hänge von der Aufführung dieser besitzenden Classen ab: behaupten die mancherorts sehr unbeliebten — Christlich-Socialen.

Und nun drittens der Polen-Club. Auch er hat

1) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 25. u. 28. Oktober d. Js.

einen „nationalen und politischen“ Besitzstand gegen
weiterung des Wahlrechts zu vertheidigen. Ersteren ge
die Ruthenen; die Handvoll ihrer Abgeordneten im Reic
rath hat die Wahlrechts-Vorlage freudig begrüßt, „weil
von derselben die Befreiung vom polnischen Joche erhoff
Dann aber hat sich in Galizien auch ein großer Baue
bund gegen den alleinherrschenden Adel, die „Schlacht
und ihre jüdischen Aussauger gebildet, der unter der Führ
eines katholischen Geistlichen, früher Jesuit, gerade jetzt
von sich reden macht.[1]) Aber den Hauptanstoß für
Polen ergab doch ein anderer Gesichtspunkt. Die E
führung der allgemeinen Wahlen, sagte ihr Führer, von
worski, im Plenum, wäre für die Länderautonomie ein Tod
stoß, es wäre der Pfadbrecher für die starrste centralisti
Gewalt:

„Schmerling hat nicht ohne Grund in seine Verfass
die Bestimmung der Beschickung des Reichsrathes durch
Landtage aufgenommen. Dasselbe war der Fall bei der
schließung der Staatsgrundgesetze. Erst im Jahre 1873 hat
damals omnipotente, sich auf eine überwiegende Major
stützende, sogenannte Verfassungspartei — lucus a non lucendo
behufs der Erlangung einer vielleicht kurzlebigen Alleinherrsch
dieses Princip ausgeschieden, und, glauben Sie mir, die Zustän
in denen wir uns heute befinden, sind die Folgen hier
Wie ganz anders würden sich die Verhältnisse gestalten,
wie verhältnißmäßig wenigen Schwierigkeiten hätte man
bei der Behandlung dieser Frage zu kämpfen gehabt, die
alle Gemüther beschäftigt, wenn man sich an den Urquell
Volkswillens, an die Länder gewendet hätte. Die von
Landtagen in den Reichsrath entsendeten Vertreter können
eher den Anspruch erheben, der Ausdruck des Willens
Völker Oesterreichs zu sein, als ein Parlament, das zu Sta
kommt auf der für alle ohne Unterschied geltenden Schabl

1) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 17. Oktober ds. Js.

des allgemeinen Wahlrechtes oder gar der Regierungs-Novelle, weil bei beiden der Pression der Regierung und der unlauteren Agitation das weiteste Feld geöffnet ist." [1])

Selbstverständlich wacht dieselbe Idee, nachdem man sie längst für ausgestorben und begraben hielt, jetzt auch bei den Altczechen in Böhmen und überhaupt wieder auf, zur großen Genugthuung der alten Freunde Oesterreichs, unter anderen dieser „Blätter". Sie ist allerdings ein Griff nach der Krönung der liberalen Umarbeitung der Habsburg'schen Monarchie. Derselbe Minister von Schmerling, welcher sich Anfangs nicht getraute, die liberale Krönung vorzunehmen, bezeichnete die Anhänger der conservativen Idee schon im Jahre 1871 vertraulich als „Banditen, auf welche man mit dem Messer in der Hand losgehen müsse". [2]) Zu diesen Banditen zählen aber jetzt nicht nur Polen und Czechen; es hat sich ihnen im Reichsrath auch ein gut deutscher, als halb liberal geltender Abgeordneter angeschlossen, der Steyer'sche Landeshauptmann Graf Wurmbrand. Er sagte:

„Als im Jahre 1861 die Verfassung neu gegeben worden ist, hat man sich naturgemäß an den früheren verfassungsmäßigen Zustand anlehnen müssen, wenn man die Autonomie der Länder wieder zur Geltung bringen wollte, das heißt, man hat sich an das ständische System angelehnt. Ich traue mich, dieses Wort auszusprechen, obwohl es immer scheint, als ob man die schwarze Tafel und die schwarze Fahne damit aufsteckt. Diese ständische Fahne ist wirklich die Grundlage unseres Gruppensystems im erweiterten modernen Sinne. Der ganze Aufbau unserer Verfassung geht daraus hervor; der Reichsrath hatte eine eigene Wahlordnung überhaupt nicht, sondern der Reichsrath war nur die Delegation der Landtage, und auch die Landtage mit ihren Landesordnungen haben einen Wahlcensus

---

1) Wiener „Vaterland" vom 24. Oktober d. Js.

2) In einem kürzlich veröffentlichten Bericht an Anast. Grün s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 7. November ds. Js.

nicht besessen, sondern sie haben sich wieder auf die Gemein
Wahlordnung basirt. So geht von der Gemeinde-Wahlordnu
welche wir also als die erste lebensfähige Gruppe des Sta
uns denken müssen, durch die Landtage der Aufbau zum Rei
rathe hinan. Sie wissen ja, daß erst im Jahre 1873
direkten Wahlen eingeführt worden sind. Es hat vorge
einer unserer hervorragendsten Parteimänner (Jaworski)
Bedauern ausgesprochen, daß die liberale Partei überh
die direkten Wahlen eingeführt hat, und er hat mit R
gemeint, daß die Möglichkeit einer so radikalen Wahlrefo
wie die Regierungsvorlage sie vorschlägt, nicht vorhanden w
wenn die liberale Partei die direkten Wahlen nicht eingef
hätte. Er hat darin vollständig recht, denn mit der Einführ
der direkten Wahlen ist das Princip, von dem ich vor
gesprochen habe, durchbrochen worden." [1])

Der österreichische Reichsrath führt den Namen ei
„Interessenvertretung", und jede Entwicklung und A
dehnung auf dieser Grundlage wird den Interessegegen
vervielfältigen und verschärfen. Das konnten sich auch
Urheber der Taaffe'schen Wahlrechts-Reform nicht verheh
Als der eigentliche Vater derselben wird der bisherige Fina
minister Dr. Steinbach, ein hochbegabter Mann, bezeichn
Er soll von dem leitenden Gesichtspunkte ausgegangen se
den verheerenden Nationalitäten-Kämpfen den Boden a
zugraben, an ihre Stelle solche politische Parteien zu setz
die sich zur Lösung großer wirthschaftlicher und social
Aufgaben geeigenschaftet und bereit zeigen würden. Dar
fanden die „staatserhaltenden" Parteien — auch in Oesterr
hat dieses Bismarck'sche Vexirwort Eingang gefunden —
eine Mischung von Bureaukratie und Socialismus, dess
Ziel nichts Anderes sei, als ein „demokratischer Cäsarismus".
Wie soll man aber den Cäsarismus nennen, den die bi

---

1) Wiener „Vaterland" vom 28. Oktober ds. Js.

rlaments-Parteien auf Grund ihres privilegirten „poli-
chen und nationalen Besitzstandes“ handhaben?

Indem die drei Clubs ihre übereinstimmenden Beschlüsse
n Ministerium vorhielten, haben sie den Monarchen in
Zwangslage versetzt, nachzugeben. Aus der „Regierung
er den Parteien“ ist nun eine Regierung aus den Par-
en geworden, aus der „dreibeinigen Majorität“ eine drei-
nige Regierung. In Oesterreich sei „eine parlamentarische
gierung eine Unmöglichkeit“: hat Graf Taaffe in seiner
de vom 23. November 1892 gesagt. Die Probe auf das
empel wird nun in einer bisher nicht dagewesenen Weise
macht. Die drei Beine in der Regierung müssen endlich
sschreiten und es wird sich zeigen, welches zuerst erlahmt.
denfalls wird das Verdienst den zwei Vorgängern un-
nommen bleiben, daß sie den Stein in's Rollen gebracht
ben, der über alle politischen und nationalen Quertreibereien
d Stänkereien hinüberspringen wird. „Versumpfung“
ßen bis jetzt die cisleithanischen Zustände; nun muß es
wieder rühren: neues Leben in der Bude, wie der Ber-
er sagt.

Erklärung.

Auf die im vorigen Heft erschienene Befehdung meines dieser Zeitschrift gebrachten Vortrages über Ebers' Jos sehe ich mich genöthigt, Nachstehendes zu erwidern:

1) Mit keiner Silbe habe ich zur Lektüre des Bu in katholischen Familien eingeladen;[1]) im Gegentheil habe am Schlusse dem Verfasser bezüglich der Wahl solcher biblis Stoffe, in welchen Wunder vorkommen, ein „noli me tange zugerufen.

2) Mit keiner Silbe habe ich irgend einen andern Rom desselben Autors in gedachter Richtung empfohlen.

3) Wenn ich dem Stil des Verfassers alles Lob spende so habe ich seine rationalistische Erklärung mancher Wun ausdrücklich bedauert. Dagegen glaube ich allerdings den chri lichen Standpunkt ihm so lange nicht aberkennen zu dürf als er in Christus den Erlöser der Welt anerkennt, auf welch der alttestamentliche Josua vorbildlich hindeutete.

4) Daß ich das Buch überhaupt besprach, geschoh a dem doppelten Grunde, weil dasselbe ungewöhnliches Aufseh erregte (9 Auflagen binnen Jahresfrist!) und weil es allerdings schien, daß dasselbe katholischerseits vielfach zu ringschätzig beurtheilt worden war.

5) Ich pflege sonst auf Angriffe grundsätzlich nichts erwidern; wenn ich diesmal eine Ausnahme mache, so gesche es, um nicht dem Verdacht Nahrung zu geben, als ob es an katholischer Ueberzeugungstreue gebräche. Ich habe in num 25 Jahren durch größere und kleinere Schriften für die A hänglichkeit an unsere heilige Kirche so oft Zeugniß abgele daß ich mir auch nicht die leiseste Verdächtigung, am alle wenigsten eine anonyme, gefallen lasse

Regensburg. Dr. Schenz.

---

1) Dies wurde in dem Artikel auch nicht behauptet, sondern um einer „unrichtigen Auffassung" vorzubeugen, welche Kathol etwa zum Ankauf des Romanes veranlassen könnte, wurde Audiatur altera pars erbeten. A. d. Red.

LXXII.

illiam George Ward in seiner katholischen Periode[1])

(1845—1882).

Die ungetheilte Anerkennung, welche Wilfrid Ward's
stvolle Darlegung des Entwickelungsganges seines Vaters
lliam George Ward in dessen anglikanischer Periode, bei
tholiken wie in der außerkirchlichen Presse gefunden hat,
d über welche ich in Bd. 104 S. 953 ff. dieser Zeitschrift
gehend berichtet habe, konnte für den Verfasser lediglich
Sporn sein, nunmehr auch die Bedeutung des Helden
Biographie für die Zeit seiner vollen Entwickelung zum
genstand eines neuen Buches zu machen. Dasselbe hat
ben die Presse verlassen und verdient in noch höherem
ade als sein Vorgänger die Aufmerksamkeit der Katholiken
glischer, und, muß der Recensent gebührend betonen,
mentlich auch deutscher Zunge. Denn es handelt sich um
en Mann, welcher als Freund der scholastischen Theologie
d Philosophie in freundlichen wie abstoßenden Beziehungen
den Vertretern der verschiedenen Richtungen innerhalb der
holischen Theologie Deutschlands sich befand. Wenn noch
gend ein Zweifel darüber obwalten könnte, ob Ward und
anning es waren, deren Bemühungen das katholische

1) William George Ward and the Catholic Revival. By Wilfrid Ward. London. Macmillan and Co. 1893. 8° XLVI. 468 pag. (14 shill.). Mit dem Brustbild Ward's.

England die Ueberwindung der Ideen und des Einf
des Stiftspropstes Döllinger zu verdanken hätte, so
dieses Buch ihn zerstreuen. Anderseits bemerkt W
Ward von seinem Vater: „Gerade diejenigen Männer,
seine am meisten charakteristischen geistigen Richtunge
nahmen, waren nicht Engländer, sondern Deutsche (
Wie aus einer andern Stelle hervorgeht, versteht
darunter vornehmlich die Mainzer Schule, mit den
mehr verewigten Herrn Domdekan Heinrich und Pro
Scheeben an der Spitze.

Wie im ersten Theile der Ward-Biographie die
sönlichen Schicksale des Helden passend mit der Darste
der Oxford-Bewegung verflochten wurden, so ist es
geistvollen Verfasser nunmehr gelungen, das Bild
katholischen Ward mitten hinein in die Geschichte des Wi
auflebens und der Entwickelung des englischen Katholici
zu stellen und die Fäden aufzudecken, welche die er
mit Ward verknüpfen. Im ersten Bande überwog off
die allgemeine Geschichte der Oxford-Bewegung, in
zweiten Abtheilung dagegen tritt Ward's kraftvolle Pe
entschieden in den Vordergrund. Dazu dienen nicht
wenigsten die überaus werthvollen Beiträge, mit we
hochangesehene Männer in Staat und Kirche den Verfa
erfreut haben, welche ehedem in amtlichen oder rein wi
schaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zu W
standen und für dessen ideal angelegte Persönlichkeit
gültiges Zeugniß ablegen. Auf dem Gebiete der Philoso
begegnen wir John Stuart Mill und Sir William Hamilt
ferner Huxley, Martineau und Professor Sidgwick. V
anglikanischen Prälaten seien genannt der Erzbischof T
von Canterbury und Domdekan Goulburn. Als Vertr
der schönen Literatur erscheint Tennyson, der lorbeergekr
Dichter, Ward's Nachbar auf der Insel Wight, zu dem
ungeachtet dessen freigeisterischer Richtung, dennoch die a
genehmsten Beziehungen unterhielt. Vor allen Dinge

ommen in Betracht die ebenso zahlreichen wie be=
n Mittheilungen von katholischen Männern, welche
nde waren, Ward nach den unveränderlichen Grund=
der Philosophie und der Theologie zu beurtheilen
n Wirken im Lichte der überwältigenden Thatsachen
neren Kirchengeschichte zu würdigen. Als solche sind
hren der anerkannt treffliche Führer im geistlichen
Frederick Faber, vom Oratorium des heiligen Philipp
London, ferner Cardinal Manning, welcher, obgleich
Grundsätzen durchaus einer und derselben Richtung
ard, doch in der Anwendung derselben eine größere
ltung an den Tag legte, weiterhin Cardinal Newman,
te Freund und dann anscheinende Gegner Wards,
uns ganz überraschend bedeutende Mittheilungen in
und mündlichen Aeußerungen macht. Sodann nenne
Cardinal Vaughan, für welchen Ward eine besondere
e hegte und dem er auch seine „Essays on the
's doctrinal Authority" gewidmet hat. Mit be=
m Danke verweilt Wilfrid Ward bei der geistvollen,
t wenigen Stellen scharfen Charakteristik und Kritik,
Baron Friedrich von Hügel an Ward ausübt.
l diese seltenen Notizen hat Wilfrid Ward, auf welchem
ift seines Vaters ruht, zu einem farbenreichen und
nden Buche verbunden. Seine Befähigung zur Lösung
lufgabe, welche zum Theil mit den weittragendsten
men der Philosophie und Theologie verknüpft ist,
durch einjähriges Studium der Dogmatik am römischen
im Mittelpunkt der Christenheit und eine lange
anerkannt tüchtiger Aufsätze und Schriften über Fragen
em Gebiet der Philosophie hinlänglich dargethan. Auch
ffentliche Anerkennung hat nicht gefehlt, indem die
he Regierung ihn zum Examinator an der freien
chen Universität in Dublin berufen hat. Einen vor=
n Blick in den großen Reichthum des Buches, das
ber Ward's Person hinausschreitend, eine übersichtliche

Darstellung der katholischen Bewegung in En
darbietet, gewähren die Ueberschriften der Kapitel:
fänge des katholischen Lebens, 2. Briefwechsel mit
Mill und Sir William Hamilton, 3. Lehrer der Th
4. Erneuerung alter Freundschaften, 5. Aufschwu
Katholicismus und die ultramontane Richtung,
liberale Katholicismus in England (1858—1863),
Dublin Review, 8. Ward, Newman und der
Katholicismus, 9. Privatleben (1858—1869), 1
Syllabus und die Vatikanische Definition, 11. Wa
Stuart Mill, 12. die Metaphysical Society, 13. Cont
mit den Agnostikern, 14. Psychologische Studien, 15. Au
Schon dieses Verzeichniß genügt, um die Ueberzeugu
begründen, daß Ward mitten in den bedeutendsten g
Strömungen des modernen Englands stand und di
wickelung der Philosophie in nachhaltiger Wei
einflußt hat.

Sogar heute, unter ausnehmend günstigeren Verhäl
der katholischen Kirche in England, tauscht der anglik
Convertit der tonangebenden Stände statt Rei
und Einfluß bei der Aufnahme in die katholische
Armuth und Verzicht auf gesellschaftliche Stellung ei
bedeutend stärkerem Maße traten diese Nachtheile her
einer Zeit, wo die englischen Katholiken der wohlth
Einrichtung der Hierarchie entbehrten und die Wirkung
alten Strafgesetze im öffentlichen Leben der Nation noch
zitterten. Auch Ward befand sich nach dem Uebertritt
in äußerster Armuth. Seine Gemahlin versah die D
einer Hausmagd. Einmal ereignete es sich sogar, daß
die Summe von fünf Pfund Sterling als Lebensunt
für ein Vierteljahr angewiesen war, als ein Ire be
erschien und ihm unter Zusicherung von dreihundert
jährlich seinen Sohn zur Erziehung übergab. „Mi
gnügen", bemerkte Msgr. Griffiths, der apostolische
des Londoner Distriktes, „bewillkommen wir Sie, Herr W

:ider können wir Ihnen keine Beschäftigung gewähren" (8).
nter dem Druck der Armuth ließ Ward sich in Old Hall,
er genauer St. Edmund's Colleg nieder, jener durch den
postolischen Vikar Douglaß unter dem Schutz des jüngeren
itt und des Staatssekretärs Herzogs von Portland an
telle des in der Revolution unterdrückten englischen Collegs
n Douai 1793 in Herfordshire errichteten theologischen
hranstalt, welche eben, wo diese Zeilen der Feder ent-
eßen, unter zahlreicher Betheiligung des katholischen
nglands großartig ihre erste Hundertjahrfeier begeht. In
einer Schrift „Wilhelm Cardinal Allen und die englischen
eminare auf dem Festlande" (Mainz 1885) nur in schwachen
mrissen gezeichnet, wird die Geschichte des Collegs von
ilfrid Ward eingehend dargelegt, wobei er sich an das
n seinem Bruder Bernard Ward, dem heutigen Präsidenten
n St. Edmund, verfaßte umfangreiche Werk anlehnt.[1])
n wenigen scharfen Strichen zeichnet Ward die Eigenthümlich-
iten der alten englischen Katholiken: genaueste Beobachtung
r Uebungen der Religion, Einschränkung des Verkehrs
t nichtkatholischen Kreisen, aus Furcht, dem Strafgesetze
verfallen, ferner starker Verdacht gegen alle Convertiten,
angel rein wissenschaftlicher Interessen. Von einem übrigens
hr befähigten Professor der Theologie im genannten Colleg
merkt Ward mit feiner Ironie: „Nie traf ich Jemand, der
viel Theologie wußte, ohne Theologe zu sein" (7).

Dicht bei Old Hall baute der geniale Wiederhersteller
r Gothik in England, Welby Pugin, für Ward ein be-
scheidenes Haus, in welchem dieser in tiefster Zurückge-
genheit fortan lebte und mit eisernem Fleiße dem Studium
r großen Scholastiker sich widmete. Eine glückliche Ver-
derung in seinen äußeren Verhältnissen brachte das

1) Ueber das gehaltvolle Buch: History of St. Edmund's College
Old Hall. By the Very Rev. Bernard Ward, President
London (Kegan Paul, Trübner) 1893, vgl. meine Besprechung im
Augustheft des Katholik 1893.

Jahr 1849, in welchem der Tod seines Oheims i
einem der einflußreichsten Großgrundbesitzer der Insel
erhob, deren bedeutende Einkünfte er in ideal-chri
Weise fortan verwendete. „Wenn überhaupt Jemand",
ihm Newman am 30. September 1849 aus Birmingham,
Last des Reichthums zu ertragen vermag, dann sin
es; ... denn er enthält ein Mittel, um sich Verdienste f
Himmel zu sammeln, und ist demnach eine Quelle des S
mag sich wie immer Besorgniß und Versuchung
verknüpfen" (10).

In die Zeit von 1845 bis 1851 fällt Ward's
wechsel mit John Stuart Mill, und dessen bekanntem G
Sir William Hamilton. Von seiner eminenten philosoph
Befähigung hatte Ward bereits 1843 Beweise gelie
seiner berühmten Kritik des Mill'schen Systems der
welche bekanntlich die Kraft des Syllogismus bestreite
lediglich den Induktionsbeweis gelten läßt, damit
zugleich den Beweis erbringt, daß sie lediglich im T
des von Mill vielbewunderten französischen Positivismu
Vielleicht noch treffender als diese Besprechung waren W
Artikel im „Tablet" des Juli 1848 über Mills volks
schaftliche Theorie, welcher er den Boden unter den
wegzog. Obwohl in Methode und Beweisführung v
einander berührend, wichen beide Männer in den o
Grundsätzen weit von einander ab. Ein Muster ist de
Takt, mit welchem Ward, Person und Sache von ei
trennend, das System vernichtet, seinen Träger abe
Aus dem Briefwechsel mit Sir William Hamilton ergib
daß Ward eine schärfere Fassung der Gottesbewei
bisher in katholischen Kreisen üblich wünschte, wenn
sich nicht leugnen läßt, daß sowohl Hamilton, wie
Ward in seiner damaligen Geistesverfassung Kant's
wände gegen das Dasein Gottes überschätzten. Wie s
Hamiltons Stellung war, erhellt aus der Anrufung
Autorität, die für deutsche Theologen überraschend er

ist die „Einleitung in die christkatholische Theologie"
Georg Hermes, Professor der Theologie in Bonn.
In dem berühmten Cardinal-Erzbischof Nikolaus
man ergriff ein vielseitig gebildeter, von englischem
larstolz freier Prälat die Zügel der Regierung der
errichteten Metropolitankirche von Westminster. Im
en Jahre seiner Amtsführung (1851) ernannte er
zum Professor der dogmatischen Theologie. Heftig
der Widerstand, welchen diese durchaus gerechtfertigte
fung vielerseits fand. Ein Convertit, und noch dazu
Ehemann, tönte es dem Cardinal aus den Reihen der
Katholiken entgegen, soll unsere Studenten in der
natik unterrichten! Mit souveräner Würde hat Wiseman
n Ward, den Scholastiker im eminenten Sinne, geschützt,
Pius IX. bemerkte scherzend, der Empfang des siebenten
amentes könne doch keinen Grund darbieten, um
zu entlassen. Unter Ward's Gegnern nahm nicht
etzte Stelle ein der gegenwärtige Cardinal-Erzbischof
ert Vaughan von Westminster, welcher damals in der
demia Ecclesiastica zu Rom seine Studien vollendet
und dann Vicepräsident des Edmundcollegs wurde.
einem Anflug von Humor beschreibt er, wie auch er
der Geistesmacht Ward's sich beugen mußte. Vaughan,
Weihbischof Weathers, der gelehrte Dominikaner Lescher,
Oratorianer Alexius Mills, Männer allesammt hoch-
det in der Theologie, sind einstimmig in dem Lobe,
Ward mit äußerster Hingabe den Studien oblag, daß
cht Professor, sondern Lehrer war, aus dessen Vorträgen
Studenten einen seltenen Schatz des Wissens sich an-
ten, daß er neben der Theologie des Geistes, als noth-
ige Ergänzung derselben, die Theologie des Herzens
te, daß er endlich in der Bildung guter Priester das
l seiner Thätigkeit erblickte. Wichtig ist Downing Street
ondon mit den Palästen der englischen Minister, pflegte
u sagen, aber noch wichtiger St. Edmunds-Colleg.

„Denn die katholische Religion ist Englands große Hoff
Der Fortschritt des Katholicismus aber ist nach (
Fügung durchaus abhängig von guten Priestern"
Allbereits waren vier Töchter seiner Ehe entsprosse
kam 1853 Wilfrid zur Welt, welcher nach englischem
Ward's Besitzthum (entailed property) bei seiner F
erhielt. Von Monte Porzio bei Rom sandte Ca
Wiseman einen warmen Glückwunsch. Der Präsident v
Edmund gab den Schülern einen Tag Vacanz — zum
Verdruß Ward's, der seine Vorlesung für diesen Tag
fertiggestellt hatte.

Wie Hr. Wilfrid Ward durchblicken läßt, scheint
mit der Absicht zu tragen, die dogmatischen Vorles
seines Vaters im Laufe der Zeit der Oeffentlichkeit zu
geben. Zur vorläufigen Würdigung ihrer Bedeutu
tont er die Thatsache, daß sein Vater, der Streitthe
Perrone's abhold, die Rückkehr zu der Methode der
Scholastiker und ihrer positiven Behandlung der Th
anbahnte. „Ward", so bemerkt P. Butler, ein S
Franzelin's, „war in demselben Maße ein typischer Th
der Kirche wie Franzelin . . . und in mehrfachem B
hat er Franzelin überragt." „Seine (Ward's) innig
trautheit mit dem gesammten Bereich der Theologie,"
P. Whitty, ehemaliger Provincial der englischen Je
„ließ den großen Theologen der Gesellschaft Jesu P. O'
den Ausspruch thun, was Genauigkeit und Umfan
matischer Kenntnisse anlange, habe er nie einen Man
Ward angetroffen" (56). Soweit seine Vorlesungen
Edmund in das Gebiet der Philosophie und Ethik einsch
sind dieselben 1860 unter dem Titel „Natur und G
(Nature and Grace) erschienen. Die Pflicht, der Erz
seiner Kinder die erforderliche Aufmerksamkeit zu w
die Obsorge um die Verwaltung seiner Liegenschaft
der Insel Wight und die Wahrnehmung der Int
seiner dortigen Pächter, endlich die Abschwächung de

sundheit durch fortgesetztes angestrengtes Studium bewogen Ward 1858 seine dogmatische Professur niederzulegen. Nur mangelhaft würde der Berichterstatter seines Amtes walten, wollte er den Mann, der auf den Höhen der Speculation wandelte, der in Logik und Mathematik ein anerkannter Meister war, nicht auch als tiefen Kenner des Herzens, jener Seite der menschlichen Natur schildern, die in den großen Fragen des Lebens fast immer den Ausschlag gibt. „Möchte Gott", bemerkte Ward in seiner Erwiderung auf die ihm von seinen Schülern beim Abschied überreichte Adresse, „Sie vor übertriebener Obsorge um rein verstandesmäßige Thätigkeit bewahren, die nicht in entsprechendem Maße von gesteigerter Liebe zum innern Leben und von verstärkter Sehnsucht nach jenen Freuden begleitet ist, welche der hl. Geist denen aufbewahrt, welche ihm ihr Herz schenken. Wäre es mir gelungen, Ihr Interesse lediglich für Fragen des Verstandes zu wecken, ich wäre Ihr schlimmster Feind gewesen" (55).

Von der Last der Amtsgeschäfte eines Professors befreit, erlangte Ward hinlänglich Muße zur Verwaltung seiner Güter auf der Insel Wight, zur Erziehung seiner Kinder und zur Pflege alter Freundschaften. Rührend sind die Blätter der Erinnerung, welche seine älteste Tochter Mary ihm (68—72) widmet, die im Alter von achtzehn Jahren bei den Dominikanerinen zu Stone den Schleier nahm und vor wenigen Monaten nach einem Leben im Dienste der Charitas reich an Verdiensten in die Ewigkeit gegangen. Sie schildert ihres Vaters Einfalt, Demuth, seinen beständigen Wandel in Gottes Gegenwart, seinen Schrecken bei dem Gedanken, man möchte ihn für fromm halten. Mit besonderer Vorliebe habe er die Andacht zum Geheimniß der Auferstehung und zum heiligsten Herzen Jesu gepflegt. Als einen hervorstechenden Zug im Glaubensleben ihres Vaters betont sie dessen „zarte Liebe zum Heiland persönlich", mit welchem er beständig wie der Freund mit

dem Freunde verkehrte. Beide Töchter Mary und Agnes, welche letztere sich den Benediktinerinen anschloß, führen das Glück des Ordenslebens auf den direkten und unmittelbaren Einfluß des idealen Vaters zurück. Einen Zug tiefer Melancholie bekämpfte Ward durch regelmäßige Theilnahme an den Dienstags-Empfängen im Hause des Cardinals Wiseman und durch häufigen Besuch der italienischen Oper. Sein hohes Talent für Musik und sein ausgebildeter Sinn für Mathematik, in welcher er stets hervorragte, ließen ihm den Genuß der Musik, die zuletzt auf Zahlenverhältnissen sich aufbaut, als unentbehrlich erscheinen. Daneben fand er Erholung in der Pflege alter Freundschaften. „Seien Sie dessen versichert," schrieb ihm der berühmte P. Faber, „nicht zwei Seelen harmoniren hier zu Lande in dem Maße wie wir" (66). Alte anglikanische Freunde, ja Gegner, die in den stürmischen Oxford-Kämpfen im Februar 1845 ihm entgegengetreten und den Verlust seiner akademischen Würden erzwangen, warben um seinen Verkehr. Archibald Tait, der damalige anglikanische Bischof von London und nachmalige einflußreiche Erzbischof von Canterbury, entbot Ward in seine Residenz Fulham. Man besprach die neue Würde, aber auch Bürde des bischöflichen Amtes, welche Tait eben zu Theil geworden. „Empfinden Sie nicht", fragte Ward den hohen bischöflichen Freund, „die Verantwortlichkeit der neuen Stellung als sehr schwer?" „Allerdings", erwiderte Tait, „aber (nach einer Pause fortfahrend) mit aller Freimüthigkeit muß ich beifügen, daß die Umgebung des neuen Amtes sehr angenehm ist" (74). Nicht ohne Humor geschrieben sind die Erinnerungen, welche Dechant Goulburn seinem Freunde Ward widmet, den er im Februar 1845 zu Oxford hatte stürzen helfen. Dabei gedenkt er einer Unterredung mit Ward, in welcher dieser den Satz „Außer der Kirche kein Heil" mit Bezug auf die Ignorantia invincibilis so vieler Protestanten erörterte. „Und," fügte Ward mit dem größten Ernst bei, „ich bin fest überzeugt, mein lieber

Goulburn, daß Ihre Unwissenheit unüberwindlich im höchsten Grade ist" (77).

„Die Wiederbelebung des Katholicismus und der neue Ultramontanismus" schildert Ward's Stellung zu den geistigen Strömungen, welche seit dem Anfang des Jahrhunderts in den Kreisen der deutschen, insbesondere aber in denjenigen der französischen Katholiken geltend gemacht. Wie die deutsche Philosophie die Geistesrichtung der beiden Mills und Benthams bestimmte, wie die verwegene und unwissenschaftliche Bibelkritik des David Strauß den englischen Pädagogen Arnold und die Noetiker des Orielcollegs in Oxford, welchen Newman entgegentrat, beeinflußte, so steht die Bewegung der Traktarianer in England in wesentlichem Zusammenhange mit der Romantik und den Bemühungen der festländischen Katholiken, der Kirche neues Leben einzuhauchen. Mit einer Ausführlichkeit, welche ermüdend wirkt, entwirft der Verfasser ein Bild der neuern französischen Kirchengeschichte. Die drei Stadien, welche der liberale Katholicismus in Frankreich durchgemacht, bis er sich zuletzt beim Vatikanischen Concil mit dem alten Gallikanismus zum Bunde vereinigte, sind klar auseinandergehalten. Diese ganze Entwicklung, verbunden mit dem Anblick der unaufhaltsam sich vollziehenden Auflösung des Anglikanismus, begründeten in Ward die Ueberzeugung, daß nur in der Stärkung der Autorität, deren Verkörperung er im hl. Stuhle verehrte, das Heil zu suchen sei. Dabei nahm er den Standpunkt de Maistre's ein, während Louis Veuillot's Auftreten seine Billigung nicht in allweg fand (136). „Ein mörderischer Krieg", bemerkte Ward, „steht bevor zwischen Dogma und den vereinigten Feinden des Indifferentismus, der Häresie und des Atheismus, ein Streit, welcher meiner innersten Ueberzeugung nach zuletzt zu einem Krieg zwischen dem katholischen Theismus und der einen oder andern Form des Atheismus sich zuspitzen wird. Praktisch die Sache erwogen, so erscheint einzig und allein als starke und uneinnehmbare Festung die

auf den Felsen Petri gebaute katholische Kirche" (132).
Das Eindringen der liberalistischen Weltanschauung in England, insbesondere in die Kreise der Katholiken, sowie die Uebernahme der Leitung der Dublin Review durch Ward als eines geeigneten Mittels zur Abwehr jener Gefahr, sind Gegenstand des fünften und sechsten Kapitels. Wilfrid Ward drängt hier eine lange Reihe von Notizen zusammen. Vertreten durch Mill, Carlyle, Darwin und die Oxforder liberalen Theologen, welche in den Essays and Reviews 1860 die Bibel alles höheren Gehaltes entleerten, ergriff die liberale Denkrichtung nicht wenige unter den englischen Katholiken. Rosmini's System ist von Ward einmal treffend bezeichnet worden als „Kant ins Italienische übertragen." Den Vertretern der neuen Denkrichtung in England hielt der Bischof Ullathorne von Birmingham den nämlichen Vorwurf entgegen. Auch unser Verfasser anerkennt bereitwillig die geistige Befähigung der Herausgeber des „Rambler", in welchem die liberalen Katholiken ihr wissenschaftliches Organ besaßen, betont aber nicht minder, daß die Grundsätze der neuen Schule für die Frage der Wiederbelebung des Katholicismus und des Christenthums nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuteten. In der That hob Ward 1859 hervor, daß der „Rambler" die Errungenschaften des modernen Geistes überschätze und die Bedeutung des päpstlichen Lehramtes verdränge, daß er die Volkswirthschaft und das gesellschaftliche Leben dem Einfluß der Religion entziehe und die Unterwerfung unter das Lehramt der Kirche auf eigentliche Glaubensdefinitionen einschränke (140). Nachdem Newman den „Rambler" vom Mai bis Juli 1859 redigirt, dann aber plötzlich seine Verbindung mit demselben aufgehoben, übernahm Sir John Acton (heute Lord Acton) die Leitung der Zeitschrift. Wilfrid Ward's Charakteristik desselben ist durchaus zutreffend. „Zu den Füßen des großen bayerischen Theologen gesessen, kam er nach England und widmete sich sofort der Literatur. Frank und frei bekannte

er seine Abneigung wider das System Roms und der Scholastik und war ein eifriger Verfechter liberaler Grundsätze und der sogenannten fortgeschrittenen Geistesrichtung. Wie es schien, glaubte er in jener Schule deutscher Gelehrten an deren Spitze Döllinger stand, die Schutzherren einer geistigen Bewegung zu erblicken, deren Charakterzug eine vollständige Unabhängigkeit in geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Untersuchungen, eine freiere Theologie, eine Vereinigung zwischen dem fortgeschrittenen Credo des neunzehnten Jahrhunderts mit der Annahme definirter kirchlicher Glaubenslehren bilden würde" (143). Wie gegen den Rambler, so erhob sich Ward auch gegen die Home and Foreign Review, welche an Stelle des Rambler seit Oktober 1862 getreten, in einer Reihe wissenschaftlicher Arbeiten, die im Verein mit andern nachmals unter dem Titel „Essays on the Church's doctrinal Authority"[1]) erschienen und unter denen wir als hier einschlagend den Aufsatz über „die Beziehung des Verstandes zur wahren Vollkommenheit des Menschen" (On the Relation of intellectual Power to Man's true Perfection) erwähnen. Auf Verlangen des Cardinals Wiseman mußte Ward diese Arbeit der Oeffentlichkeit übergeben (149). Vernichtend ist Ward's Kritik jener Katholiken, welche das moderne liberale Ethos auf ihre Fahne geschrieben.

Nachdem der englische Episkopat seine Mißbilligung des Rambler, sowie der Home and Foreign Review kundgegeben, übernahm Ward auf Wiseman's Veranlassung 1863 die Leitung der Dublin Review, die anfänglich friedliche Tendenzen verfolgend und zu einem Mittelpunkt sämmtlicher katholischen Gelehrten bestimmt, bald einen polemischen

1) Essays on devotional and scriptural Subjects. By William George Ward, D. Ph. Reprinted from the Dublin Review London 1879. p. XXX II.465. Essays on the Church's doctrinal Authority. Mostly reprinted from the Dublin Review. London 1880. pag. XXXIII. 565.

Charakter annahm. Diesen haben ihr aufgezwungen die Reden des Grafen Montalembert in Mecheln im August und des Stiftspropstes von Döllinger zu München im September 1863. Zwar rief die Ausdehnung, welche Ward für die päpstliche Unfehlbarkeit beanspruchte, mancherseits berechtigten Widerspruch hervor. „dennoch erreichten seine Aufsätze über diese Frage das Ziel, das ihm am Herzen lag — die Eindämmung des entgegengesetzten Extrems der Mitarbeiter der Home and Foreign Review“ (165). Von besonderem Interesse für deutsche Theologen erscheint der Unterschied, den Ward zwischen dem französischen und deutschen Liberalismus zog. „Seine Ueberzeugung ging dahin, daß weit weniger Geist der Unbotmäßigkeit und weit mehr bloße Unklarheit des Denkens in den Anhängern Montalemberts, als in denjenigen Döllingers sich vorfinde“ (168). Den gegen Montalembert gerichteten Essay „Freiheit des Gewissens“ (Liberty of Conscience) hat Ward auf Drängen des Erzbischofs Manning vor dem Druck zurückgezogen. Indem unser Verfasser gerade diese Arbeit als „einen vorzüglichen Vertreter seines Stils in der Controverse“ hervorhebt, bringt er, wofür wir ihm Dank wissen, einige bezeichnende Stellen daraus zum Abdruck. Während Ward dem berühmten Franzosen die ganz unberechtigte rhetorische Behandlung der beregten Frage vorhält, bekundet er seine Uebereinstimmung mit Montalembert in Betreff der Zweckmäßigkeit der Duldung der verschiedenen religiösen Bekenntnisse innerhalb des modernen Staates. Aber in zwei Punkten tritt er ihm entgegen. Zuerst bestreitet er den von Montalembert angezogenen Grund der Toleranz. Dieser liegt nicht in dem uneingeschränkten Recht des Menschen auf alle und jede ihm beliebende Formen der Religion, sondern vielmehr in der durch die moderne Weltlage bedingten Zweckmäßigkeit der Religionsfreiheit. Sodann bekämpft er Montalemberts Ideal. „Höchstes Ideal ist nicht uneingeschränkte Freiheit, von einander abzuweichen, sondern die

Einheit der bürgerlichen Gesellschaft vermittelt durch die eine wahre Religion" (168).

In der vorurtheilsfreien Auffassung und Beurtheilung der in Frankreich und Deutschland sich erhebenden neuen Geistesrichtungen hat Ward eine größere Schärfe des Denkens und Weite des Blickes bekundet, als Newman und Manning. „Grundsätzlicher Gegner des Liberalismus der Münchener Schule, empfand Cardinal Newman doch die geistige Erweiterung, welche jene trotz ihrer Fehler dem Unterricht und der Speculation in katholischen Kreisen bringen werde" (167). Einen förmlichen Bruch mit ihr wollte er vermieden wissen. Cardinal Manning, den man so gern den Unnachgiebigen beizählt, über welchen Quirinus in den Tagen des Vatikanums die Schale seines giftgetränkten Zornes ergossen,[1] theilte zwar im Großen und Ganzen Ward's Ansichten, konnte sich aber nicht mit dem Gedanken vertraut machen, als seien die Principien von 1789 kirchlich verworfen. Mit Montalembert und Lacordaire wünschte er nicht zu brechen, die von ihnen ausgehende Bewegung enthalte heterogene Elemente, die schädlichen seien auszuscheiden, dann aber die Bewegung in den Dienst der Kirche zu stellen. Hoffnungen solcher Art, wie sehr sie dem Herzen zuzusagen schienen, vermochte Ward nicht zu theilen. Jede dieser beiden Geistesrichtungen beruhte nach ihm auf nichtkatholischen Principien. Ihre Versöhnung mit der Kirche ist ausgeschlossen. „Gestattet, daß Katholiken von ihnen berührt werden, und Ihr werdet ihren Katholicismus liberalisiren, aber den Liberalismus katholisiren' das wird Euch nicht gelingen" (167). (Schluß folgt.)

---

1) A. Bellesheim, Henry Edward Manning, Cardinal-Erzbischof von Westminster. Mainz 1892. S. 76—77.

LXXIII.

Bilder vom Golf von Neapel.

1. Sorrent.

Nein, es war in der That nicht mehr länger zu ertragen, dieses Laufen und Drängen und Schieben, dieses Rufen und Schreien und Toben, dieses Zappeln und Tanzen und Stampfen in Neapels Straßengewirr und Straßengewimmel; sagt schon überhaupt dieses tosende Treiben dem deutschen, doch mehr auf's Innerliche gestimmten Gemüth nicht zu, so legt sich der Gedanke an den moralischen Schmutz, der sich in einer solchen Stadt aufhäufen mag, geradezu beengend und beängstigend auf die Seele. Also fort von diesem unbehaglichen „Potpourri des Menschenlebens" – hinaus in Gottes schöne Natur, die von den surrentinischen Hügeln so lieblich herüberlächelt! Da hoffen wir schönere Eindrücke zu bekommen auch von dem eigenartigen Volkscharakter dieser Südländer, von ihrer inmitten einer solchen Natur wohlbegreiflichen natürlichen Lebenslust und der heiteren Kindlichkeit, die man ihnen nachrühmt. Da die See stürmisch ist und der Landweg nach Sorrent uns schon in Rom so warm empfohlen worden, benützten wir den Schienenstrang nach Castellamare. Wir sind zu bald auf dem Bahnhofe erschienen, aber wie soll sich da einer langweilen, wo das Menschenleben so eigenartig interessant und dabei in nicht so Nase und Ohr beleidigender Weise, wie draußen auf

den Straßen, um ihn fluthet? Zum Ueberfluß steht dir, wenn du ein Büchermensch bist, auch eine ganze Bibliothek zur Verfügung. Die Bücher lassen an Wohlfeilheit nichts zu wünschen übrig, ebenso nicht an zierlicher Kleinheit und Eleganz. Dante und Tasso paradiren zu oberst dort an der „Biblioteca diamantina“ à la Reclam; aber wenn man weiter greift, in welche Cloake der Pornographie sieht man da hinein: die Titel allein besagen genug! Wird durch solche Literatur das Herz des Volkes vergiftet, dann wird es freilich bald zu Ende sein mit der naiven Kindlichkeit und unschuldigen Lebensfreude. Es wird mit Recht geklagt, daß in Italien die katholisch-christliche Literatur so wenig gepflegt ist, während der kirchenfeindliche Schriftstellertroß unter dem Namen „Förderung der Volksbildung“ das Land mit schlechten Schriften ganz überschwemme. Nun, eine Zeit lang war es ja auch in Deutschland so; mögen die Berufenen die Zeit verstehen lernen!

Wir kaufen uns Sorrent zu lieb einen Tasso; wir sollen ja heute noch an jenem Meeresufer weilen, dessen Wellen, wie ein Dichter gar phantasievoll sagt, die ersten Verse in die Seele des ernsten Knaben, der nicht lachen konnte, flüsterten. Die Eisenbahnfahrt am Meere hin mit Tasso's Stanzen zu würzen, ist wahrlich nicht nöthig; sie ist interessant genug und wir müßten uns schämen, zu lesen, „um nicht denken zu dürfen“, wie Lichtenberg sagt, auf einem Boden so klassisch, daß eine geschichtliche Erinnerung die andere jagen muß. Zaubert nicht Pompeji, das wir eben passiren, das Bild einer untergegangenen Cultur vor die Augen? Es gibt culturhistorische Schönfärber, welche nicht Worte genug finden können, um die Herrlichkeit dieser verlorenen Geisteswelt zu preisen. „Hier athmete Heiterkeit, Friede und goldene Ruhe, hier träumten Menschen, welche nur die Schönheit kannten, den Wonnetraum ihres Glücks.“ Was doch diese Schwärmer alles wissen! Und doch versichert man uns wieder, daß ein gewisser schmerzlicher Zug

in fast jedem Gebilde der griechischen Sculptur sich auf-
dränge. Gewiß war der Schmerz, herber Schmerz das
Loos vieler Menschen auch in jenen Zeiten, das Loos vor
allem der vielen Unterdrückten, und wenn die so ganz aufs
Irdische gerichtete Cultur auch vieles mit dem Zauber der
Schönheit zu umweben wußte, die Wunde der gefallenen
Menschennatur vermochte sie nicht zu heilen, ja nicht einmal
zu überschleiern.

Doch wo sind wir? Jetzt bereits in Castellamare. Da
grüßt uns das Mittelalter. Friedrich II. hatte hier, im
Winkel des Golfs, zu den Füßen des mächtigen Golfwächters,
des Monte St. Angelo, ein „Schloß am Meere". Die Rul
der Rosselenker, die am Bahnhof der Bischofsstadt halten
und sich um unsere Gunst bemühen, lassen aber die Erinner-
ungen an die mittelalterlichen Zeiten nicht recht aufkommen.
Bald schon sind wir auch dem Weichbild der Stadt entrückt
und befinden uns auf „der schönsten Straße der Welt" –
auf dem Weg von Castellamare nach Sorrent.

Oft genug findet sich der Reisende, der unter dem Ein-
druck farbenprächtiger Schilderungen von Gegenden steht
enttäuscht beim Anblick der Wirklichkeit. Die subjektive
Stimmung und die Phantasie spielen bei solchen Schilder-
ungen oft eine zu große Rolle. Hier aber wurden die Er-
wartungen übertroffen. Farbige Villen lachen heraus aus
Pinien- und Cypressenwäldern und schmucke Ortschaften haben
sich auf den Uferfelsen zwischen Orangen- und Feigenhainen
hingebettet. Aber nicht dies ist der Straße schönster Schmuck;
mehr ist der Blick auf's Meer, das unten rauscht und im
Winde Kühlung zufächelt, und noch mehr der Blick über's
Meer hinüber zur herrlichen Neapolis! Das stattliche Castell
Sant Elmo, das die Stadt bekrönt, mit San Martino's
Heiligthum, und die schönen Hügel, die von der drohenden
Burg ausgehend in sanftem Abstieg zu den Wellen des
Golfs hinabziehen, sie sind noch deutlich sichtbar und drunten
am Golf schaust du die lang sich hinstreckenden Häuserzeilen

von Neapel und all die schimmernden Städte, die wie eine Perlenschnur sich am Meere hinlegen, das glänzende Torre, das freundliche Portici und Resina auf den Trümmern Herculanums. Die ganze Scenerie aber beherrscht der alte Vesuvio, heute die ewige Raucheswolke nicht zum Himmel sendend, sondern wie einen Trauerflor herabhängend, eine trotzige Herrschergestalt ohne Reue über all das Unheil, das er schon angerichtet, und doch wieder mit einem Zug von Lieblichkeit im Gesammtbilde betrachtet. Das Herz, das uns Neapel eingeengt, hier geht es uns wieder auf im Anblick seiner wunderbaren Schöne von außen! Die Windungen und Wendungen der Straße, letztere zum Theil mit tiefen Einschnitten in's Land hinein, bieten immer neue landschaftliche Bilder. Nochmals eine scharfe Wendung und — welch ein Anblick! — wir sind hoch über dem Piano von Sorrent.

Im raschen Trab geht's bergab; wie leuchten die Farben der wohlgepflegten Citronengärten, welch duftenden Hauch senden der schwarzgrüne Orangenbaum, die breitblättrige Feige, der silberne Oelbaum, der Ulmen und Granaten nie gesehene Pracht! Ja, es ist etwas Schönes um ein Land, das keine Gärten hat, weil es selbst ein Garten ist! Und was uns noch besonders gefällt: trotz der verschwenderischen Fülle und Ueppigkeit ist der Gegend doch auch eine gewisse Kraft und Strenge eigen. Das Meer und die hohen Felsen, auf denen die Häuser Sorrents liegen, gibt der südlichen Weichheit nordische Festigkeit, eine liebliche Vermählung des Strengen mit dem Zarten, die auch in den Namen hereinspielt, wo das energische Sorrent, Surrentum an das sanfte sorridere (lächeln) anklingt. Kein Wunder, daß dieses Sorrent von Alten (Ovid: Surrentino generosi palmite colles) und Modernen (Platen: „das berauschende Sorrent, voll von Duft") über die Maßen gepriesen wurde. Der klassische Name wird von den Sirenen abgeleitet; der lockende Klang des Wortes scheint auch einem strebsamen

Wirth imponirt zu haben, indem er sein Hôtel „la picco
Sirena“ zu deutsch: „Loreley“ taufte. Da steigen wir a
Loreley! Wie thut der heimathliche Klang dem deutsch
Herzen so wohl; die Wahl des Namens verräth, daß m
hier auch deutsches Wesen und deutsches Geld zu schätz
weiß. Deutsche Worte hören wir auch von den Lippen d
beiden allerliebsten Kinder des Padrone tönen, die uns d
Hand zum Gruße bieten, als ob wir im deutschen Land
elbst wären. Wir können's nicht hindern, daß die Gedank
vom Hauch des Heimathgefühls berührt, in die liebe Heima
schweifen, in die den Augen so ferne, dem Herzen so nah
es ist, als ob sie sich rächen wollte dafür, daß wir, ih
Liebe schnöd mißachtend, so oft uns in den Zauber d
Südens wünschten, der jetzt um Aug' und Seele spielt.

> Wie oft gedacht ich in des Nordens Winter
> An dieser Gärten immer grünen Lenz,
> Der wie ein alter Traum den Geist umkoste!
> Mit himmlischer Gewalt trieb's mich hieher
> An dieses Ufers reizendes Gelände. (Mollier)

Nun sind wir da, in diesem pezzo di cielo, caduto i
terra, den Sorgen des Berufs auf einige Zeit enthoben
O quid solutis est beatius curis: wie empfanden wir di
o recht an diesem Abend auf dem Felsen über dem Mee
sitzend, die seltene Schau genießend, uns labend an dem
Feuerwein, den der alte rauchende Geselle drüben uns ge
zeugt. Wie ist alles so still und das Meer, wie einsam
Vergebens späht das Auge auch nur nach einem Segle
drunten freilich, uns zu Füßen, schaukelt die Barke d
Hauses. Der Gondoliere lädt uns ein zur kühlenden Fah
La barca, Signore, commanda la barca? Wir widerstehe
für heute der Versuchung; sie ist freilich lockend genug:

> Con questo zeffiro così soave
> Come è bello star sulla nave
> O che tardate? Bella è la sera,
> Spira un' auretta fresca e leggiera.

Aber wir wollen doch das Städtchen noch sehen, suchend, ob wir in seinen Gassen auch auf Menschen stoßen, die jene Züge an sich tragen, welche dies mit uns im gleichen Glauben verbundene Volk so liebenswürdig machen, anmuthige Natürlichkeit und genügsame Einfachheit. Wir bekamen denn auch bessere Eindrücke als in der staub- und schmutzgefüllten Hauptstadt Campaniens. Der Marktplatz war belebt, aber nicht von Lärm und Geschrei durchtobt; ganz ruhig und gemüthlich, manche fast wie deutsche Philister standen sie da, die kräftigen Männer, denen nicht wie drüben über dem Meer die Verkommenheit und das Elend aus dem Auge schaute. Der hl. Antonin, dessen Standbild den Marktplatz ziert — er ist der Schutzpatron Sorrents — mag mit seinen Schutzbefohlenen heute zufrieden gewesen sein. Es ist dies nicht der hl. Erzbischof von Florenz, der Moralist und Nationalökonom, sondern ein Heiliger älteren Datums, der die Longobarden von den Mauern der Stadt abwehrte und seit dieser Zeit in Sorrent verehrt wird. Die Schiffer weihen ihm nach vollendeter Meerfahrt Bilder, ihre Frauen legen Blumenkränze an seiner Krypta nieder, an seinem Feste wird eine glänzende Procession gefeiert. Das genügt einem Pastor Trede, um über die „echt heidnische Frömmigkeit" der Sorrentiner in seinem Werk („das Heidenthum in der römischen Kirche") zu spotten und zu schelten. Altäre, „welche frische Bekränzungen athmen," Schutzmächte, denen man Weihegaben widmete, Processionen zu Ehren der Götter kannte auch das Alterthum, also — sind alle diese Dinge nicht christlich, sondern heidnisch! Wohlfeile Logik! Was der Katholik auf solche Angriffe auf seinen Cult antwortet, haben wir hier nicht zu sagen, es ist bekannt genug; aber dagegen muß man im Namen des geschmähten Italiens wie der Kirche protestiren, daß Trede die Gebräuche eines Volks, die freilich mit der Religion vielfach innig verwachsen sind, als den Inbegriff der Religion selbst ansieht, während sie erst im Lichte des Ganzen ihren rechten Sinn und die

rechte Bedeutung erhalten. Aber für das Ganze ebn
der norddeutsche Pastor kein Verständniß, weil er nur
gegen alles katholische Wesen hat; und so ist auch
Einzelne ganz schief und einseitig dargestellt. An A
selbst am Harmlosesten, wird herumgenörgelt und He
thum gewittert. Was kann dieses Land dafür, daß es
eine Cultur besaß, als die alten Deutschen noch auf B
häuten lagen, daß also das Christenthum hier nicht er
Cultur überhaupt zu bringen, sondern mit einer besteh
sich auseinander zu setzen hatte? Von deutscher Sitt
deutscher Art aus — denn deutsch ist ja das Licht
„Evangeliums" in Italien! — wird Alles beurtheilt,
gemessen: ihr armen Italiener, wie könnet ihr euch
unterfangen italienisch statt deutsch zu sein? — Wir
gessen nicht, daß das kirchenfeindliche Italien selbst e
welches dieses Unrecht an der italienischen Eigenart be
Man will, um Italien den Großstaaten ebenbürtig zu ma
eine kosmopolitische Bildung einführen und die italien
Besonderheiten verwischen. Das Deutsche steht dabei
in Ehren. Deutscher Pantheismus Hegels und deut
Materialismus eines Moleschott, deutsche Poesie
Heine (in Italien viel übersetzt und gelesen), deutsche Ma
eines Makart — die sollen die Finsterniß, in welcher
Kirche Italien gelassen, vertreiben. Gewiß ein interessa
Pendant zu den Nationalitätsbestrebungen der I
irredenta! Die deutsche Cultur gewinnt dadurch
Italien verliert Alles, nicht blos das, was es so interes
auch das, was sein Bestes ausmacht.

Doch kehren wir zurück zu St. Antonin, bei dem
in vollem Sinn des Wortes stehen geblieben. Diese
säule auf dem Marktplatz, so werden wir belehrt, se
noch nicht langer Zeit auf Kosten der Stadt infolge eines
lübbes errichtet worden. Das würde ja noch auf
idyllische kirchenpolitische Zustände und auf großen relig
Sinn der Sorrentiner schließen lassen. In Oberitalie

man ja da ungleich weiter voran! Da wäre ein St. Antonin entschieden zu alt für ein Standbild; da sind Vittorio Emmanuele, Cavour, Garibaldi fast nicht mehr modern genug; wer einmal mit einem Franzosen sich gebalgt oder von einer österreichischen Grenzwache arretirt worden, ist in höchster Gefahr, ein Denkmal zu bekommen, wie die vielen Standbilder von obscuren Patrioten zeigen. Wie groß in Wirklichkeit der religiöse Eifer der Sorrentiner ist, konnten wir, da es Werktag war, nicht controliren. In der Kirche, die in der Nähe des Marktplatzes lag, wurde vor ausgesetztem hochwürdigsten Gute eine Andacht gehalten, bei der sich etwa ein halbes Hundert Frauen und Kinder betheiligten, fast durchweg den niedern Ständen angehörig, in italienischen Gebeten und Gesängen (sonst wird auch gern lateinisch gesungen) das Santissimo sacramento preisend. Die Haltung der armen Leute war sehr erbaulich und wir standen mit ihnen unter der mächtigen Strömung, die für das Christenherz vom Tabernakel ausgeht. Wir hielten die Andacht der Bitte um Abwendung der Dürre, die das Land eben bedrückte, gewidmet; ein Anschlag am Portal, der uns beim Austritt aus dem Heiligthum in die Augen fiel, belehrte uns aber, daß es eine Sühneandacht war zur Sühnung eines schändlichen Sakrilegs, das kürzlich in einer der vielen Kirchen, welche das Piano bedecken, war begangen worden. Also auch hier im Frieden der schönsten Natur Unfriede gesäet durch des Menschen verbrecherische Hand!

Der Anschlag war vom Bischof selbst unterzeichnet. Ist denn hier ein Bischof? fragte ich einen des Wegs Kommenden, ungläubigen Sinnes wegen der großen Nähe der Bischofsstadt Castellamare. Un' arcivescovo, Signore, un arcivescovo! war die rasche Antwort, und daß er den erzbischöflichen Charakter betont haben wollte, bewies der Zusatz: à Castellamar è un vescovo. Man sieht, an Diöcesen fehlt es auch in Unteritalien nicht. Natürlich hat Sorrent auch ein eigenes Priesterseminar für die ganze

Ausbildung a teneris annis, was übrigens noch weniger auffällt, als daß auch die Suburbikarbisthümer Rom's ihre eigenen Seminare haben. Die Kirche, in der wir eben die Andacht mitgemacht, war der duomo gewesen: wir hätten es ihr wahrlich so wenig als dem bekannten templum peramplum an des Neckars grünen Fluthen zugetraut. Strada del Duomo ist auch der Name der Straße, in der wir uns befinden; es fällt uns auf, daß trotz der milden Witterung das Leben der Familie und der Werkstatt sich nicht, wie drüben in Neapel und seinem Anhang am Bes[illegible] vor dem Hause abspielt. Uns Deutschen gefällt das besser. Es möchte uns die italienische Sitte fast wie eine Entweihung des Heiligthums der Familie vorkommen, wenn auch nicht vergessen sein soll, daß ein stark entwickeltes Familienleben innerhalb der Mauern des Hauses, seiner festen Burg, eine Hochburg des Egoismus werden kann.

Wir schlenderten jedoch nicht mehr lange durch die Straßen. Auf den Thürmen der Kirchen — wir sahen denn noch drei außer dem Duomo — schlagen sie das Ave Maria an. Der Abend deckt Sorrent mit dem Schleier der Dämmerung zu und als wir der einsamen Loreley am Meere zuwanderten, stieg schon der Mond am Himmel auf, begleitet von einer großen Schaar schöner Sterne, Himmelslichter, denen Tasso eine so herrliche Stanze gewidmet:

> Was schließt die unermeß'ne Ferne
> Des Himmels doch an schönen Lichtern ein!
> Der Tag hat seine Sonne, gold'ne Sterne
> Zeigt uns die Nacht und Luna's Silberschein.
> Doch keiner, der daran sich freuen lerne!
> Wir seh'n das trübe, bleiche Licht allein
> Vom Angesicht aus Staub, aus engen Grenzen,
> In einem Blick, im Blick des Lächelns glänzen.
>
> (Gerus. lib. XVIII,

Wie charakteristisch sind diese Verse für Tasso! Welche Anmuth und Kraft der Phantasie, ohne besondere Macht und Tiefe eines originellen Geistes, welch' schwermüthiger Sinn bei aller Aufgeschlossenheit der Seele für die Schönheit

der Außenwelt! Es ist nicht weit hinüber zu dem Haus, hoch über dem Meere, da seine Wiege stand; mit den Schatten der Nacht taucht auch sein Schatten auf in unseren Gedanken; sein Genius gleicht ja dem Wellenspiel vor unseren Augen ebenso wie der Nacht, die sich über dasselbe hinbreitet. Wie eine Welle von der andern abgelöst wird, so wurde er von stets wechselnden Eindrücken beherrscht, und das war vielleicht der Hauptgrund seines tragischen Geschicks. Und wie nun der Tag verweht ist und die Nacht den schwarzen Schleier ausbreitet über uns, so hielt auch seinen hohen Geist die Nacht der Schwermuth und des beginnenden Wahnsinns gefangen; auch diese Nacht war nicht sternenlos, nein, glühende Funken von Licht flogen immer wieder hinein, die schönsten dichterischen Gedanken entzündend. Wer sollte nicht mit tiefer Wehmuth dessen gedenken, was der Dichter in solcher Geistes- und Gemüthsverfassung gelitten? Ihr Wellen da drunten, die ihr seine Muse geweckt, habt ihr nicht ein Klagelied für ihn? Mag sein, wir können ihr Rauschen nicht verstehen. Wir legen ihrer geheimnißvollen Sprache einen anderen Sinn unter. Wir stehen im Geiste an Tasso's Grab in St. Onofrio droben auf dem Janiculus-hügel. Der Friede, den er auf Erden nicht gefunden, jetzt wird er schon lange sein Antheil sein. Aber anderswo herrscht der Friede noch nicht. O was ist es für eine entzückende Schau, von der Eiche Tasso's auf das ewige Rom! Und ob Neapels Golf hier in Sorrent in dieser warmen Mondnacht noch so berückend vor Aug' und Seele tritt, seine Schönheit erbleicht doch vor der heiligen Stadt mit dem hl. Dom der Christenheit und dem heiligen Vater aller, der Stadt, die im Licht des Glaubens eben noch in anderer als irdischer Schönheit erglänzt. Und so singen uns denn auch die Wellen, die um Sorrent spielen, nichts anderes in die Seele, als was die Blätter von St. Onofrio's Eiche im Winde rauschten: O daß du doch erkennetest, du schönes Land, was dir zum Frieden dient

LXXIV.

Eine Biographie des Cardinals Lavigerie.[1])

Die geschichtliche Erscheinung des Cardinals Lavigerie war eine so machtvolle, sein Eingreifen in die innere politische Geschichte Frankreichs so eigenartig, daß man sich kaum zu wundern darf, wenn schon so bald nach seinem Tode ein Lebensbild über ihn an die Oeffentlichkeit tritt. Um eine erschöpfende Biographie freilich kann es sich vorerst nicht handeln, dazu wäre der Zeitraum zu kurz. Aber die Hauptzüge lassen sich immerhin feststellen. Was dem Biographen des großen Kirchenfürsten vor allem am Herzen lag, war, wie auch der Titel besagt: sein afrikanisches Werk, sein bahnbrechendes Wirken für die Befreiung und Civilisation des dunklen Erdtheils im Gedächtniß der Gegenwart lebendig zu erhalten. Darin, in der eingehenden und liebevollen Schilderung der durch den Cardinal ins Leben gerufenen afrikanischen Missionswerke, in denen der Charakter und die Thatkraft des begnadigten Mannes am glänzendsten sich offenbart, liegt das Schwergewicht des Buches, und dies ist gerade diejenige Seite, welche auch das Interesse des deutschen Lesers am meisten zu erwecken vermag. Gibt es

---

1) Cardinal Lavigerie und sein Afrikanisches Werk von Prof. Dr. Felix Klein. Nach der 3. Auflage des französischen Originals bearbeitet und mit einem Vorwort nebst Nachtrag versehen von Karl Muth. Straßburg, Le Roux & Co. 1893. XII, 404 S.

doch, wie der Superior der „Weißen Väter" zur Approbation des Buches bemerkt, „für Völker kein besseres Gebiet der Eintracht und der Vereinigung, als die Interessen des Glaubens und der Civilisation." Laut Vorwort hat der Autor in den letzten Jahren persönlich in der Nähe des berühmten Primas von Afrika geweilt und den meisten Verhältnissen und Personen, über die er berichtet, nahegestanden. Er hat Vieles an Ort und Stelle geschrieben, so die Kapitel über die algerische Diöcesanverwaltung, über die christlichen Araberansiedlungen und über Tunesien. In den einzelnen Anstalten der Missionäre in Frankreich und Afrika hat er längere Zeit beobachtend und studirend verweilt und die Erfahrungen zahlreicher Missionäre aus Jerusalem, von Malta, aus der Sahara, aus Zansibar und Uganda zur Seite gehabt." Und demgemäß erscheint er wohl befähigt und berufen, ein treues Bild des großartig angelegten Kirchenfürsten zu entwerfen und sein thatenreiches Leben in lebensvollen Zügen zu entrollen.

Ein Baske von Geburt (in Bayonne geb. 31. Oktober 1825) und im Seminar St. Sulpice zu Paris gebildet, durchlief Karl Lavigerie mit ungewöhnlichem Erfolg die Vorstufen seiner künftigen Lebensaufgabe. Erst Docent und Professor an der Sorbonne, in vier Disciplinen Doktor, als Leiter des morgenländischen Missionswerkes in Paris 1860 mit einer Orientmission betraut, 1861 Auditor der Rota in Rom, sah er sich mit 38 Jahren (1863) bereits auf den Bischofsstuhl von Nancy erhoben. Vier Jahre später (1867) erfolgte seine Berufung auf die bischöfliche Cathedra von Algier, das im Januar des gleichen Jahres zur Würde eines Erzbisthums erhöht worden war. (S. 50 ff.) Marschall Mac Mahon war es, der als General-Gouverneur von Algier ihn dem Kaiser Napoleon für diesen Posten vorschlug. Seine Wahl hatte den rechten Mann für die richtige Epoche getroffen, da eben um jene Zeit der Muhamedanismus zu frischem Leben zu erwachen und sich zu sammeln begann.

Eine Vorübung für die neue Stellung war schon die Missionsreise nach Syrien gewesen, wo Lavigerie nach den türkischen Greueln und Metzeleien von 1859—1860 den entmuthigten Christen als Tröster, Helfer und Berather erschien und die Liebesgaben des christlichen Europa unter sie zu vertheilen hatte, nebenbei auch mit dem Helden Algiers, Abdel Kader in Damaskus in Verkehr kam. Ungleich verantwortungsvoller war nun aber die Aufgabe, die ihn in Afrika erwartete.

Hier, auf einem fast ungepflügten Boden, konnte ein schöpferischer Geist wie Lavigerie sein organisatorisches und civilisatorisches Talent in großem Maßstab üben. Er war recht eigentlich ein Mann der That, ein Feuerkopf mit dem Genie des Eroberers. Mit dem weiten Blick, der ihm eigen, mit dem kühnen Unternehmungsgeist, der ihn beseelte, erfaßte er an jedem Posten, auf den er gestellt, den vollen Umfang seines Berufes, und so griff er auch auf dem neuen erzbischöflichen Sitze seine Aufgabe im großen Style an: er sah in Algerien nur eine von der Vorsehung eröffnete Pforte für das übrige Afrika; nicht dieser französischen Colonie allein, nein dem ganzen Continent und seinen 200 Millionen Heiden sollte die frohe Botschaft des Glaubens und der christlichen Civilisation gebracht werden. Schon in dem ersten Hirtenschreiben an seine Diöcesanen tritt dieser Gedanke leuchtend hervor: „Das Evangelium auf den Schiffen der Wüste, die Ihr eines Tages geleiten werdet, bis mitten ins Herz jener Länder zu tragen, auf denen noch die Finsterniß der Barbarei lastet, und so ganz Afrika zu den christlichen Völkern in Beziehung zu bringen — das ist Eure, in den ewigen Plänen der Vorsehung begründete, von der Hoffnung der Kirche und des Vaterlandes begleitete Aufgabe.“

Kaum hatte Msgr. Lavigerie von seinem Bisthum Besitz ergriffen, so fand er Gelegenheit zu einer folgenreichen That der Humanität und Colonisation. Hungersnoth und in ihrem Gefolge die Pest hatten 1867 in Algerien furchtbare Verheerungen angerichtet und den fünften Theil der ein-

geborenen Bevölkerung hinweggerafft. Der Erzbischof, der zum Verdruß der algerischen Verwaltung die ganze Größe der Noth und des Elends vor der Welt aufdeckte, begnügte sich nicht mit einem öffentlichen Appell an die Mildthätigkeit im Vaterlande, er nahm sich sofort der zahlreichen armen arabischen Waisen an, sammelte sie (für eine Zeitlang waren es ihrer achtzehnhundert), ließ sie ernähren und in Waisenhäusern entsprechend erziehen. Dann gründete er mit ihnen und für sie, nachdem er den hartnäckigen Widerstand des Gouvernements durch eine Reise an den kaiserlichen Hof Napoleons überwunden, arabische christliche Niederlassungen, wie die Dörfer St. Cyprien und Ste. Monique, die heute noch in Blüthe stehen — die Bevölkerung hat sich seitdem verfünffacht. Hand in Hand ging damit die Förderung des materiellen Fortschritts, des Agriculturbetriebs, für die er mit Wort und Beispiel so wirksam bedacht war, daß er im Regierungsrath als „der erste Colonist Afrikas“ bezeichnet wurde. Bei der muselmännischen Bevölkerung aber stand der Name des „großen christlichen Marabu“ seitdem hoch in Ehren.

Des Erzbischofs zweites Werk, eine seiner schönsten Schöpfungen, war die im Jahre 1868 gegründete Genossenschaft der algerischen Missionäre, bekannt unter dem Namen der „Weißen Väter“. Die Regionen der Sahara und das ungeheuere Gebiet von Aequatorial-Afrika, die mittlere Hochebene mit den großen Seen als Mittelpunkt, wurden ihnen als Missionsfeld anvertraut. Welche unschätzbaren Dienste diese Männer der Wüste, die muthigen Legionäre eines geistlichen Eroberers, die aus Liebe zu dem fluchbetroffenen Afrika selbst zu Afrikanern geworden, der Verbreitung des Christenthums, der friedlichen Culturentwickelung im schwarzen Erdtheil geleistet, ist kaum hoch genug anzuschlagen. Es ist eine Geschichte heldenhafter Hingabe und fruchtbringender Ausdauer, aber auch, wie alle Heidenmission, eine Geschichte von Martyrien, und wie oft nur von stillen, in weltabgeschiedener

Einsamkeit verborgenen Martyrien! Als der Erzbischof später mit dem Cardinalspurpur bekleidet wurde, gedachte er in warmer Dankrede dieser seiner edlen Söhne, der Missionäre, die „den Ehrenmantel eher verdient hätten“ als er, und von denen viele denselben im voraus „mit dem Purpur ihres Blutes gefärbt.“

Wo es das Heil des „enterbten Welttheils“ galt, fand er stets in vorderster Reihe. Cardinal Lavigerie war es, der gegen „die Schmach des Jahrhunderts“, gegen die Greuel und Grausamkeiten des Sklavenhandels die Macht seines Wortes und Namens einsetzte, der (1888) halb Europa durchwandernd, auf den Versammlungen zu Paris, London, Brüssel, Rom, Neapel den afrikanischen Kreuzzug predigte, mit solcher Kraft, Gluth und Eindringlichkeit, daß die Antisklaverei-Bewegung die ganze civilisirte Welt ergriff. Wie ein moderner Cid nahm er den Kampf gegen den Islam auf, führte er geistige Schlachten gegen die Mauren des 19 Jahrhunderts auf dem heißen Boden Afrikas.

Sein Name hatte längst einen solchen Klang in der Welt errungen, daß man es als eine verdiente Auszeichnung begrüßte, als Lavigerie im Consistorium vom 27. März 18[illegible] zum Cardinal ernannt wurde — der erste afrikanische Cardinal.

Der schönste Tag seines Lebens aber mußte wohl jener sein, da es ihm vergönnt war, den Primassitz des hl. Cyprian von neuem aufzurichten. Unter seiner Initiative erstand Carthago aus seinen Ruinen. Von dem Augenblicke an, da Frankreich das Protektorat über Tunis an sich genommen, war es sein sehnlicher Wunsch, das Catonische Ceterum censeo in sein Gegentheil zu wandeln und die Traditionen der ersten christlichen Jahrhunderte neu aufleben zu lassen. Nachdem er erst als Administrator des apostolischen Vikariats von Tunis, allen Hemmnissen und Schwierigkeiten zum Trotz, die vorbereitenden Schritte gethan, die nöthigen Fundamente zur Wiederaufrichtung gelegt, konnte im Con-

sistorium vom 10. Nov. 1884 Leo XIII. verkünden, daß die Kirche des hl. Cyprian, die Metropole von ganz Afrika, zu neuem Leben erstanden sei. Was der Cardinal als Administrator wie als Erzbischof von Carthago in Tunesien unter unsäglichen Mühen neugeschaffen, wie er in dem kurzen Zeitraum eines Jahrzehnts aus winzig ärmlichen Resten wahrhaft Großartiges in die Höhe geführt — wie er in der Nähe der Stätte, wo der hl. Cyprian die Martyrpalme errungen, ein bischöfliches Palais, auf der Höhe von Byrsa, wo die mythische Burg der Königin Dido gestanden, ein herrliches Seminargebäude errichtet, ferner eine Kathedrale und andere Heiligthümer, Häuser für Genossenschaften, Priesterwohnungen gebaut, ein Spital und ein Waisenhaus gegründet &c. — das muß die Bewunderung jedes Unbefangenen erregen und war nur einer so kühnen und feurigen Apostelseele möglich. Kirchliches Leben ist seitdem in erfreulich fortschreitendem Sprossen begriffen. In den Tagen vom 15. bis 18. Mai 1890, in der Zeit zwischen der Einweihung der neuen Basilika von Carthago und der Grundsteinlegung der Kathedrale von Tunis, hatte der Primas die Genugthuung, in einer Versammlung seiner Bischöfe und Priester auch die glorreiche Tradition der afrikanischen Concile nach einem Jahrtausend wieder aufzunehmen.

In das gleiche Jahr, das vorvorletzte seines Lebens, fällt noch ein Akt von weittragender Bedeutung, der ihm viele Angriffe zugezogen und durch die persönlichen Kränkungen, die er dabei erfahren, nach der Versicherung von Zeugen ihm den Lebensabend verkümmert hat: der berühmte Toast nämlich, den er auf dem Bankett in seiner Sommerresidenz, am 12. Nov. 1890, vor dem Generalstab des auf der Rhede von Algier ankernden französischen Mittelmeergeschwaders und sämmtlichen civilen und militärischen Behörden gehalten hat. Der Geschichte des „republikanischen Toastes“ ist in dem Buche ein eigenes Kapitel gewidmet. Heute weiß jedermann, daß die Initiative dazu von Papst Leo XIII.

ausgegangen, der die Unerschrockenheit und Hingebung Cardinals kannte, und daß der Cardinal nur einen des Gehorsams geübt, der allerdings mit seiner eig politischen Ueberzeugung nicht im Widerspruch stand, den er aber die ganze Verantwortung auf sich nahm. J Tag hat den bis dahin volksthümlichsten französisch Kirchenfürsten in seinem Vaterlande mit einem Male meist angefochtenen und bestbefehdeten gemacht, und Streit kam bis zu seinem Tode nicht zur Ruhe. Al aber dahingeschieden, und seine Leiche von einem französisch Kriegsschiffe unter den glänzendsten Ehrenbezeugungen Algier nach Carthago übergeführt und in der von daselbst erbauten Basilika zur ewigen Ruhe gebettet wu da war es nur Eine Stimme, daß Frankreich und mit die christliche Welt einen wahrhaft großen Mann Kirchenfürsten, den Apostel Afrikas verloren. —

Es sind nur einige Hauptzüge, die wir aus diesem haltreichen Leben herausgegriffen, aber sie geben eine V stellung von der impulsiven Natur, der Charaktergröße, rastlosen, schöpferischen und umfassenden Wirksamkeit di heroischen Mannes. Dabei ist das anziehende biograph Bild in einer so schönen und geistvollen Sprache geschri daß die Darstellung den Leser bis zum Ende zu fesseln mag. Der geistige Verkehr mit einer so hochgesinnten mannhaften Persönlichkeit ist allezeit eine Erquickung eine Stärkung.

LXXV.

Das Regulativ für die katholischen weiblichen Lehr- und Erziehungs-Institute des Großherzogthums Baden.

„Ein lebendiges Bewußtsein erlittenen Unrechts wirkt gerechtes Entrüsten. Dies ist aber, wie die Alten sagten, der Wetzstein des Starkmuthes." Die letzten Landtagswahlen im Großherzogthum Baden haben endlich die nationalliberale Kammermajorität beseitigt, und da legt sich uns der entschiedene Wunsch und die zuversichtliche Hoffnung nahe, daß sich die Wahrheit des obigen Ausspruches an den Centrumsmännern in der jetzigen Majorität mit günstigem Erfolge für das Wohl der Katholiken bestätige. Nicht weniger als 62 Procent — sage und schreibe zwei und sechzig Procent — der badischen Bevölkerung sind katholisch. Wie sollte da „das Knirschen des ganzen innern Menschen", von dem einst Mallinckrodt gesprochen, sich nicht immer wieder erneuern, wenn man die unglaubliche Bevormundung der Kirche seitens protestantischer Regierungsbehörden gewahrt. Wir wenigstens können uns angesichts derselben eines Gefühls tiefer Erregung und heftigen Unwillens nicht erwehren.

So erging es uns in diesen Tagen wieder, als wir zum ersten Male genaue Kunde erhielten von dem beklagenswerthen Gewissensdruck, unter welchem eine gewisse Klasse von edlen und hochherzigen Seelen nun schon viele Jahre lang in stiller Verborgenheit seufzen. Wer sich speciell für das klösterliche Leben im Musterstaat Baden interessirt, kann u. a. zuweilen auch von dem sogenannten Regulativ für

die Frauenklöster, die sich mit Erziehung der weibl
Jugend befassen, reden hören; aber die einzelnen Details
Bestimmungen mit ihren exorbitanten Freihei
beschränkungen sind doch, wie wir uns überzeugen kon
nur wenig bekannt. Daher dürften die „gelben Blätter"
gutes, ihren Zwecken entsprechendes Werk thun, indem
wenigstens die Hauptpunkte desselben ihren Lesern zur
bührenden Würdigung vorführen. Wir enthalten uns
eingehenden Besprechung der einzelnen Bestimmungen, wie
letztere manchmal dazu reizen; sie würde uns zu weit fü
Vielmehr beschränken wir uns auf kurze Bemerkungen,
hie und da werden wir uns damit begnügen, gewisse St
des Regulativ durch Sperrdruck hervorzuheben.

Das Regulativ beginnt mit dem Einleitungssatze: „
von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog
Zähringen, Landgraf zu Nellenburg, Graf zu Hanau
Wir erachten in jeder Hinsicht für nöthig,
Frauenklöstern, welche in unseren Landen als weib
Lehr- und Erziehungs-Institute noch beste
eine zweckmäßigere, dem Geiste und Bedürfn
mehr entsprechende Einrichtung zu geben,
haben daher auf den Vortrag Unseres Ministeriums
Innern, welches sich mit den betreffenden bischöfl
Ordinariaten über diesen Gegenstand, insoweit er den Wirkun
kreis jener geistlichen Stellen berührt, ins Benehmen gesetzt
und nach Anhörung Unserer Staats-Berathung verordnet
verordnen wie folgt". . .

Daß eine, im Jahre 1811 (!) getroffene, für die
schauungen und Bestrebungen, die sich in Baden u
Wessenberg geltend machten, „zweckmäßige, dem Geiste
Bedürfnisse jener Zeit mehr entsprechende" Einrichtung
heutzutage noch als eine solche angesehen werden könne,
wohl Niemand, auch kein Regierungsmann behaupten, der
die Forderungen und Bedürfnisse unserer Zeit ein off
klares Auge hat. Warum denn nicht wenigstens die
durchaus erforderlich erkannten Abänderungen vornehmen?
unbedeutenden Rücksichten, die man in neuerer Zeit hinsich
einiger minder wichtigen Punkte zu nehmen sich verm

sieht, kommen nicht in Betracht; seinem wesentlichen Inhalte nach gilt das Regulativ noch als rechtskräftig.

Es folgt dann die erste Bestimmung, welche folgendermaßen lautet:

§ 1. „Keine Person darf als Kandidatin aufgenommen werden, die nicht das 18. Jahr vollendet hat, und vorher wegen ihrer Neigung und Fähigkeiten zum Lehramte von einem landesherrlichen Kommissär geprüft worden ist. Dieser hat über die vorgenommene Prüfung an die betreffende Staatsbehörde Bericht zu erstatten, welche dann über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Aufnahme entscheidet."

In einem Frauenkloster können nicht alle Mitglieder der Communität Unterricht ertheilen, da für die Verwaltung verschiedener wichtiger Aemter im Hause stets einige erprobte Kräfte frei bleiben müssen. Es kann demnach für ein solches Kloster ausgezeichnete Berufe geben, ohne daß die betreffenden Adspirantinen Neigung und Fähigkeiten zum Lehramte haben. Darum sollte die Staatsbehörde sich mindestens darauf beschränken, daß sie s. Z. nur über die Zulässigkeit zum Lehramte urtheilt, da sie durchaus incompetent ist, über die Anforderungen zum standesmäßigen Betragen einer Klosterfrau zu entscheiden.

§ 2. „Die Prüfungs- oder Probezeit, welche den Zweck hat, die Kandidatin in Ansehung des Schul- und Erziehungs-Instituts gehörig vorzubereiten, darf sich auf keine bestimmten Jahre erstrecken, sondern die Länge ihrer Dauer hängt, wenn die Person das 21. Jahr einmal zurückgelegt hat, bloß von der Fähigkeit, Verwendung und von dem Betragen der Kandidatin, kurz von der Erklärung ihrer Tauglichkeit zum Lehramte ab."

§ 3. „Nach Vollendung der Vorbereitungszeit findet zugleich mit der Ein- oder Umkleidung die Ablegung der Gelübde statt, nachdem auf das Resultat einer Prüfung, die in Hinsicht des Schulwesens von einem landesfürstlichen und in Betreff der abzulegenden Gelübde auch von einem bischöflichen Kommissär vorgenommen

werden soll, die landesherrliche und bischöfliche Genehmigung erfolgt ist." .....

Die Klosterfrauen, die sich mit Erziehung der Jugend beschäftigen, sind doch wohl auch — analog den Krankenschwestern — erst Ordensleute und dann Lehrerinnen. Warum denn in erster Hinsicht keine Probezeit? Von einem kanonischen Noviziat ist aber gar keine Rede: ja dasselbe ist sogar, wie wir in einem späteren Paragraphen sehen werden, mit allen sonst im Noviziat gebräuchlichen Klosterübungen ausdrücklich verboten. Dagegen wurde im Jahre 1884 noch festgesetzt, daß eine Candidatin das Volksschullehrerinnen-Examen, zudem noch das als Hauptlehrerin oder auch als Lehrerin für Töchterschulen bestanden haben müsse, um zur Einkleidung Genehmigung des Staates zu erhalten; das Examen muß in Karlsruhe gemacht werden. Diese neue Verfügung kann natürlich nur dazu dienen, noch mehr vom Eintritt in ein solches Kloster abzuhalten.

§ 4. „Die Gelübde sind auf die Dauer von drei Jahren im Beisein des bischöflichen (und des landesherrlichen) Kommissärs abzulegen und zwar nach dieser Formel: Im Namen unseres Herrn und Erlösers Jesus Christus! Ich N. N. gelobe Gott dem Allmächtigen, nach der Regel des Evangeliums und nach dem mir vorgelesenen, und von mir wohlverstandenen Regulativ dieses Lehrinstituts gehorsam, arm und keusch zu leben, und mich aus allen Kräften der Erziehung und dem Unterrichte der weiblichen Jugend zu widmen, wozu ich Gott um seinen Beistand bitte."

Die Ablegung der hl. Gelübde nach dieser eigenthümlichen Formel wird controlirt. Es macht einen tragikomischen Eindruck, wenn man bei einer erhebenden Profeßfeier den landesherrlichen Commissär plötzlich zu diesem Zwecke die Profeßformel aus irgend einer Seitentasche ziehen sieht.

§ 6. „Es steht . . . . jedem Institutsmitgliede frei, nach Verfluß des dritten Jahres auf vorher geschehene vierteljährige Aufkündigung (!) wieder auszutreten, und zwar ohne Angabe von Ursachen und Bestimmungsgründen zum Austritt. Werden aber dergleichen angegeben, so sind

sie blos von dem landesherrlichen Kommissarius in so weit zu untersuchen, als sie auf Mängel des Instituts oder Fehler seiner Mitglieder Bezug haben, welche solchen Falls nach Möglichkeit zu beseitigen sind."

Die Competenz des Urtheils eines möglicherweise protestantischen, landesherrlichen Commissarius über die „Mängel" eines Frauenklosters ist jedenfalls sehr beschränkt. —

§ 7. „Nach abgelegten Gelübden ist die Gemeine oder das Lehr-Institut verbunden, nicht nur bei eintretendem Alter, sondern auch bei früher sich ergebender schuldloser Unfähigkeit zum Lehramte für die Lehrerin zu sorgen, und sie anständig, wie jedes dienstleistende Mitglied, zu verpflegen; und kann also keine Lehrfrau gegen ihren Willen fortgeschickt werden, es sei denn, ihr unverbesserliches Betragen schade wesentlich dem Berufe der Mitlehrerinen oder dem Institute. In jedem Falle geschieht die Entlassung von der Staatsbehörde; das Ordinariat wird aber wegen Auflösung der religiösen Gelübde vorläufig in Kenntniß gesetzt."

Wann das Betragen einer Lehrfrau ihrem Kloster wesentlich schadet, darüber können wir ebenfalls der Staatsbehörde ein competentes Urtheil nicht beimessen. Jeder andere Verein schließt ohne Zuthun der Staatsbehörde nach seinem Dafürhalten Mitglieder aus; eine Communität von Ordensfrauen muß dagegen ein ungeeignetes Mitglied behalten und ertragen, so lange die Staatsbehörde die — von den eigenen vielleicht wesentlich verschiedenen — Anschauungen der Ordensfrauen über ungeeignetes Betragen nicht theilt.

§ 10. „Die Einbringung eines Vermögens als Mitgift ist kein wesentliches Erforderniß zur Aufnahme. Im Falle aber eine Mitgift, welche jedoch nicht 1500 fl. übersteigen darf, eingebracht wird, muß sie der austretenden Instituts-Frau zurückgegeben werden."

Also die Mitgift darf 1500 fl. nicht übersteigen!! Und warum denn eine so seltsame Bestimmung? Wo bleibt denn da die Freiheit des mündig geworden badischen Landeskindes?

§ 11. „Jede Lehrerin ist und bleibt erb- und testaments-

fähig, wie jede Bürgerin des Staates. Das ihr außer der eingebrachten Mitgift gehörige und sonst noch zufallende Vermögen wird administrirt; sie kann über die Hälfte der Zinse frei verfügen. Die andere Hälfte dieser Zinse erhält das Institut, so lange sie darin bleibt. In ihrem Testamente kann sie über ihr sämmtliches Vermögen vollkommen frei verfügen, nicht aber über die Mitgift."

Bei dem einfachen Gelübde der heiligen Armuth bewahrt man allerdings das Eigenthumsrecht, nicht aber das Verfügungsrecht, so daß man nur mit Zustimmung der Ordensobern über sein Eigenthum verfügen kann. Die Bestimmung des Regulativ, daß selbst die Profeßschwestern über ihr Vermögen frei verfügen können, läuft demnach der Lehre und Vorschrift der Kirche schnurstracks entgegen.

§ 12. „Der Kommunität wird vor der Hand die Administration des bisherigen Kloster-Vermögens überlassen, jedoch mit der Beschränkung, daß sie keine Realitäten veräußern oder acquiriren, keine Kapitalien abtragen oder anlegen lassen und überhaupt gegen die ihr ertheilt werdenden Vorschriften der Verwaltung nichts unternehmen darf, ohne vorherige der landesherrlichen Behörde gemachte Anzeige und erhaltene besondere Ermächtigung. Auch hat die Vorsteherin jährliche Rechnung zu stellen."

Die Beobachtung dieses Statuts, welches die Ordensfrauen wiederum außerhalb des gemeinen Rechtes stellt, wird auch heute noch streng controlirt.

§ 13. „Die aufgenommenen Kandidatinen haben sich als Präparandinen zum Lehramte anzusehen. Sie bleiben daher so lange in ihrer weltlichen Kleidung, bis sie als fähige Lehrerinen anerkannt und erklärt sind. Die Unterweisungen derselben während dieser Probezeit haben sich einzig auf die Lehr- und Arbeitsgegenstände, auf die Kunst der Bildung und Erziehung der weiblichen Jugend, auf feste Begründung des reinen Christenthums und ächter Moralität, auf Anleitung zu allen Tugenden, welche die Zierde des weiblichen Geschlechtes ausmachen, und auf Beobachtung der für alle Mitglieder des Instituts vorgeschriebenen Haus- und Andachts-

Ordnung, womit eine Anleitung zur wahren christlichen Frömmigkeit zu verbinden ist, zu beschränken. Alle übrigen, bisher gebräuchlich gewesenen Klosterübungen im Noviziate haben künftig zu unterbleiben, und deßwegen hört auch das Amt der sog. Novizenmeisterin auf. Die Kandidatinen stehen unmittelbar unter der Leitung der Vorsteherin, welche mit Beihülfe der übrigen Lehrfrauen sich bestreben soll, daß dieselben ohne schiefe und verwirrende Aszetik zur reinen Religions- und erforderlichen Wissenschafts-Kenntniß . . . . gebracht werden . . . ."

Die durch Sperrdruck hervorgehobenen Stellen dieses Paragraphen sprechen, wie uns scheint, ohne Erläuterungen unsererseits deutlich genug. Wenn nicht, so werden die folgenden Paragraphen das Verständniß vermitteln.

§ 14. „. . . Das Morgengebet nebst kurzer Vorbereitung zur hl. Messe hat jede in ihrem Zimmer aus Dereser's Gebetbuch zu verrichten."

Wer ist denn dieser Dereser? Dereser (1757—1827) gehört zu jenen Geistlichen, welche den Geist seichter Aufklärung mit der katholischen Ueberzeugung vereinigen zu können glaubten; er unterstützte alle Bestrebungen, welche die Losreißung der deutschen Kirche von Rom bewirken sollten. Durch und durch Rationalist, ganz nach Protestanten gebildet, trug er als Herausgeber vieler Schriften nach Möglichkeit zur Dekatholisirung des Volkes bei. Als Exeget brachte er die trivialsten Einwendungen gegen die hl. Schrift vor, schadete aber besonders dadurch, daß er unter dem Schilde größter Pietät gegen die Bibel einen flachen Rationalismus einführte. Er war Carmelitermönch, erhielt dann eine Professur, erst zu Heidelberg, dann in Bonn. In letzterer Stadt verfaßte er mehrere Schriften, welche der „deutschen Kirchenfreiheit" gegenüber dem apostolischen Stuhl das Wort redeten und seine Rechtgläubigkeit verdächtig machten; eine davon kam 1790 auf den Index. Als Professor in Straßburg leistete er den Eid auf die französische Verfassung; in Luzern wurde er von der Landesregierung seiner Stelle als

Professor der Theologie und als Regens des Priestersemina
entsetzt, weil er einer zu freien und liberalen Richtung huldig
Auch in Breslau, woselbst er in den letzten Jahren sein
Lebens als Universitätsprofessor thätig war, gerieth er m
der geistlichen Obrigkeit in Conflikt. In Dereser's „De
schem *Brevier* für Stiftsdamen und Klosterfrauen", d
auch den Titel führt: „*Erbauungsbuch für katholisch*
Christen auf alle Tage des Kirchenjahres", heißt es in d
Vorrede, daß die Censoren der Diöcese Augsburg „sich g
viele Abänderungen, Zusätze und Verstümmelungen erla
hätten." Wir errathen unschwer den Grund hierfür. I
derselben Vorrede adoptirt Dereser den Satz, daß „das late
ische Brevier ein für Geist und Herz unbrauchbares Buch s
Ferner findet sich in der „Uebersicht und Anleitung zum G
brauche dieses Werkes" der bezeichnende Satz: „Man hat n
von jenen Heiligen eine kurze Lebensgeschichte geliefert, v
welchen in der hl. Schrift Meldung geschieht. Das fromm
Andenken an die übrigen Heiligen bleibt der Willkür des B
enden überlassen." Endlich ist in jenem Erbauungsbuche z.
der Rosenkranz — nicht zwar ausdrücklich, aber in deutlich
Umschreibung — als unnützes geistloses Lippengebet dargestell
Diese Andeutungen dürften zur Charakterisirung Dereser's u
seines den Ordensfrauen vorgeschriebenen Gebetbuches genüg

§ 15. „Nach der Messe geht jede zu ihren Berufsarbeit
bis zum *gemeinschaftlichen Mittagsmahl*, wob
aber, weil die Tischzeit zur Erholung bestimmt ist, *all*
Vorlesen unterbleiben soll und das Sprech
durchaus erlaubt wird, *was auch beim Nachtess*
statt hat. Das Gebet vor und nach dem Tische ist aus de
biblischen *Erbauungsbuche von Dereser* zu nehmen

Wiederum Dereser! Dagegen ist die zarte Fürsorge d
Staatsbehörde für die „Erholung" der Ordensfrauen be
„Mittagsmahl" und „Nachtessen" wahrhaft rührend; nur sch
daß dieselbe einen allgemein üblichen und gut begründet
Ordensbrauch beseitigt. Sie kann daher strebsamen, gut
Ordensfrauen, welche die leibliche Nahrung durch geistliche
that d. i. durch hl. Lesung zu würzen lieben, nicht willkomm
und dankenswerth erscheinen. Möchte die Staatsbehörde dar

lieber in andern Stücken eine so unerwartete zarte Rücksichtsnahme bekunden!

§ 16. „Nach Vollendung der Schulen und Arbeiten sind alle Abende zu einer schicklichen Stunde die betreffenden Lectionen aus gedachtem Dereser'schen Erbauungsbuche gemeinsam zu lesen und die damit in Verbindung stehenden Gebete, mit Hinweglassung der Psalmen, zu verrichten. Das Nachtgebet verrichtet jede wieder in ihrem Zimmer aus Dereser's Gebetbuch."

§ 18. „An Sonn- und Feiertagen hat man während des Amtes, und wenn Vespern gehalten werden, auch bei diesen, deutsche Gesänge zu gebrauchen. Aemter und Vespern sind aber nur an Sonn- und gebotenen Feiertagen gestattet, an Werktagen hingegen untersagt."

Die kirchlichen Rubriken verbieten „deutsche Gesänge während des Amtes"; die badische Regierung gebietet sie!

§ 19. „Das sogenannte klösterliche Silentium ist ganz aufgehoben."

Hier fehlt nur noch der ausdrückliche positive Befehl, daß die armen Klosterfrauen auch außer der Schule den ganzen lieben langen Tag zu sprechen haben. Es ist hier nicht der Ort, über die große Bedeutung der Beobachtung des klösterlichen Silentium für die einzelne Ordensperson, wie für das ganze Kloster uns zu verbreiten. Ohne diese reguläre Uebung wird die einzelne Ordensperson niemals die klösterliche Vollkommenheit, also den eigentlichen Zweck ihres Eintrittes in das Kloster, erreichen, und das Kloster wird ein profanes weltliches Gebäude sein, statt eine Stätte heiligen Friedens, welche die Ruhe der Seele nährt und mehrt. Darum haben denn auch alle Orden die Vorschrift des Silentium und halten sie sehr hoch. Die badischen Ordensfrauen, die sich mit Jugenderziehung befassen, dürften wohl die einzigen Klosterleute auf Gottes weiter Welt sein, die durch ein eigenes, seltsames Verbot der Staatsbehörde dies wirksame Hilfsmittel in ihrem pflichtmäßigen Streben nach Vollkommenheit nicht in Anwendung bringen dürfen. Ob hinsichtlich dieser Bestimmung des Regulativ auch Controle geübt und unter welchen Voraussetzungen eine Verletzung des Ver-

botes constatirt wird, haben wir bisher nicht in Erfah
bringen können!

§ 21. „In Hinsicht des *Fastens* hat sich die Ge
ganz nach demjenigen zu richten, was den übrigen kathol
Christen im Bisthum jedesmal vorgeschrieben wird."

Auch um die Fastenübungen der Klosterfrauen —
sollte es glauben! — bekümmert sich die fürsorgliche St
behörde. Fürwahr, eine so kleinliche Vielregiererei, ei
einengende Bevormundung, eine so weitgehende Beeinträchti
und Unterdrückung der freien Selbstbestimmung einer Kl
familie ist — musterstaatlich!

§ 24. „Die bisherigen *Klosterexercitien* h
aufzuhören, und dafür sind künftig blos dreitägige R
lectionen nach Anleitung der Geistesübungen von Sailer
Direktion des Beichtvaters an den drei letzten Tagen der
woche zu halten."

Diese Vorschrift beugt ebenso, wie die beiden vorhergehe
über Fastenübung und Beobachtung des Silentium,
offenbaren Gefahr für das Großherzogthum vor. Denn
die Ordensfrauen durch Exercitien, wie sie in *allen*
Klöstern jährlich gehalten werden, zu einer *höheren* St
der klösterlichen Vollkommenheit und
naturgemäß auch zu einer *vollkommneren Pfl*
erfüllung im Lehramte gelangten, so —; doch
wir lieber unsere Leser die Schrecken des drohenden Un
sich selbst ausmalen.

§ 28. „Findet die Oberin an einer Untergebenen wirk
Fehler zu rügen, so hat sie allererst unter vier Augen,
wenn keine Besserung erfolgt, mit Beiziehung zweier
schwestern, die schwesterliche Ermahnung mit Sanftmuth
Ernst vorzunehmen, und wenn auch diese ohne Frucht bl
die Anzeige davon in jedem Falle, der Fe
mag die Schule oder *die sittliche Ordnung* betre
dem landesfürstlichen Kommissär zu mache
der sich alsdann nöthigen Falls mit dem bischöflichen
Benehmen setzt. An den *landesherrlichen* Kommis

ben sich auch die Untergebenen bei einem Beschwerdegrund wenden."

Die Auferlegung dieser Anzeigepflicht enthält gleichfalls nen unbefugten Eingriff in die Rechte des Klosters und der irche; nur der kirchlichen Behörde steht es zunächst zu, für e „sittliche Ordnung" in einer Ordensgenossenschaft Sorge tragen. Nach welchen Grundsätzen mag wohl auch ein öglicherweise protestantischer, landesherrlicher, der katholischen ittenlehre und der klösterlichen Ascese unkundiger Commissär er Fehler gegen die sittliche Ordnung eine Entscheidung effen, wenn es sich um Beobachtung der Gelübde u. ä. ndelt?!

§ 29. „Da Vieles und vielleicht das Meiste zur Voran-ingung des Lehrinstituts von der guten Auswahl der Vor-herin abhängt, die immer aufgeklärt, im Schulfache übt sein und im wirklichen Lehramte stehen soll, und die sich rch ihre Einsicht, Verwendung und Lebensart schon ausge-ichnet hat, folglich zur Leitung der Kommunität und Schule n besten taugt; so wird nur eine Vorsteherin mit solchen igenschaften die Bestätigung erhalten, und sie bleibt in der egel ständig. — Wird aber ihre Stelle durch den Tod oder f eine andere Art erledigt, so veranlaßt der landesherrliche ommissarius eine neue Wahl unter Anwohnung des bischöf-hen Kommissärs und der Landesherr bestätigt nach utfinden eines der in Vorschlag gekommenen ubjekte, oder ernennt auch eine der Nicht-ewählten, wenn diese zum Amte würdiger gefunden rd. Von der geschehenen Bestätigung oder Ernennung einer orsteherin des Instituts ist dann das bischöfliche Ordinariat Kenntniß zu setzen. — —"

Daß die Vorsteherin „aufgeklärt" sein müsse, ist wohl nach m Vorhergehenden selbstverständlich und brauchte nicht eigens rvorgehoben zu werden. Dagegen war es sehr gut, die An-rüche der Regierung auf die Bestätigung, ja sogar auf Ernennung der Vorsteherin in helles Licht zu setzen, sonst Jemand, der von „organischem Statut" (1818), Fundationsinstrument" (1821), „Kirchenpragmatik" (1821),

„der landesherrlichen Verordnung“ vom 30. Januar
und manchen anderen ähnlichen Denkwürdigkeiten au
neueren badischen Kirchengeschichte keine nähere Kenntni
eine solche unberechtigte Anmaßung der Staatsbehörde
leicht für möglich gehalten hätte.

§ 30. „Alle übrigen besonderen Gebr
Uebungen und Satzungen, die sonst in einem
herkömmlich waren, sind einverständlich mit dem bisch
Ordinariate aufgehoben. Jedoch wird den älteren Mitgl
oder Allen, die zum Lehramte nicht mehr tauglich sin
Schonung und zu ihrer Beruhigung gestattet, sich fern
bisher gewöhnten Andachts-übungen, Gebetbücher und
bedienen, insoweit die neue allgemeine Haus- und Andachtsor
nicht gestört wird; so wie es hingegen den Lehre
und Kandidatinen ausdrücklich untersagt is
der neuen Ordnung abzuweichen, und etwa das latei
Brevier fortzubeten oder sonstige zwe
Andächteleien zu beobachten.“

„Hieran geschieht Unser gnädigster Wille.

Carlsruhe, den 16. September 1811.

Auf Sr. Königlichen Hoheit besondern höchsten A

Der Minister des Innern

Frhr. v. Andlaw.“

Dieser Paragraph — last not least — krönt mit
allumfassenden Verbot sonstiger „klösterlicher Gebräuch
Satzungen“ und mit seiner speciellen Verwerfung des kirch
„Breviers“ und sonstiger „zweckloser Andächteleien“ in wü
Weise das Werk. Was alles unter „zwecklosen Andächte
zu subsumiren ist, ergibt sich aus den früheren positive
stimmungen des Regulativ. Im Uebrigen ist der Sinn
und deutlich und ergänzt den Inhalt der vorhergehenden
ordnung so nett und vollständig, daß über die Ab
der Staatsbehörde hinsichtlich der in's Auge gefaßten
kein Zweifel mehr bleibt.

Wir wollen den Eindruck, den das Regulativ nach
Wortlaut und mit unseren kurzen Erläuterungen auf den

efangenen Leser macht, nicht abschwächen und enthalten uns daher
instweilen jeder weiteren Würdigung. Nur die eine Frage hätten
ir noch zu stellen: Wie lange dürfen denn die
ehässigen Verordnungen desselben noch ihre
eltung behalten in einem Lande, das fast zu zwei
rittel katholisch ist? Jetzt ist, so hoffen wir, die Zeit
ngebrochen, wo sich auch in Baden die Majorität der Katholiken
icht mehr von der Minorität der Protestanten mißhandeln läßt.
ie Hoffnung auf Abhilfe seitens der Regierung bleibt naiv,
o lange die Katholiken mit derselben nicht auch die nöthige
ntschiedenheit ihres Auftretens und das Vertrauen auf den
rfolg ihrer Sache verbinden. Wer sich nicht selbst helfen
nn und mag, dem ist auch nicht zu helfen. Aeußere
echte und Bedeutung sind nur durch Macht zu erlangen,
acht aber nur durch innere und äußere Kraft, wovon
ne nur durch Muth und Vertrauen, diese durch Einigung
ewonnen wird. Die äußere Kraft ist hinsichtlich der Ordens-
age infolge der letzten Wahlen gewonnen. Möge nun auch
ie innere sich bewähren und in erfolgreichem Kampfe gegen
ie „dem Geiste der Zeit“ nicht mehr „entsprechenden Ein-
ichtungen“ recht bald u. a. auch die Beseitigung des Regulativ
ls Trophäe davontragen! Quod Deus bene vertat!

L. L.

LXXVI.

Zeitläufe.

Die Krisis in Wien.

II. Die Einflüsse aus Ungarn; die parlamentai Regierung in Wien.

Am 24. Novembe

Fast auf den Tag hat sich das nächste Schick Habsburg'schen Monarchie Bahn gebrochen sowohl j als diesseits der Leitha. Eine wirkliche, sachliche Entsch ist nicht erfolgt, auf eine solche muß man erst begieri hier wie dort. Der Monarch selbst bleibt auf bang sehen angewiesen. Durch die Zeitungen ist eine viel Erzählung gegangen. In der kaiserlichen Burg zu wurden auf Wunsch der Monarchin des „marianischen reichs" die beiden ungarischen Cardinäle in Privat empfangen. Auf die Frage an den Fürsten Prima seinem Befinden, erklärte derselbe, er befinde sich wohl, aber die politische Situation mache ihm große „Und wie erst dem armen Kaiser!" antwortete di Frau.[1]) Sie hat das rechte Wort gefunden, es Bücher.

Die Parteien in beiden Parlamenten hatten die Zu mittel in der Hand. Das in Wien stand vor dem auf Gutheißung des über Prag verhängten Aus

1) Wiener „Vaterland" vom 9. November d. Js.

zustandes, insbesondere der Sistirung der Schwurgerichte. Wäre das nicht gewesen, so stünde Graf Taaffe vielleicht heute noch am Ruder. Dem ungarischen Reichstag lag das Budget vor, und die an der Regierung befindliche calvinische Sippe, im Bunde mit der jüdischen Großmacht, drohte mit Verweigerung, wenn der König nicht endlich der seit fast einem Jahre betriebenen Erpressung nachgebe und die Einbringung der Civilehe-Vorlage gestatte. In Ungarn rechneten die Gegner derselben zwar immer noch darauf, daß die Krone sogar ohne Reichstags-Auflösung das Nein wagen könnte. Aber sie zog eine andere Probe vor; es sollte sich zeigen, ob es wahr sei: „Der Mann, der in der Wiener Hofburg die Unterschrift zur obligatorischen Civilehe erlangt habe, werde auch noch mit den Magnaten (im Oberhause) fertig werden"[1]). Uebrigens ist es immer das alte Lied. Bei der Berathung über den Ausnahmezustand in Prag sagte der Abgeordnete Dr. Lueger:

„Wie ist es denn in Ungarn gegangen? Die Herren Magyaren haben durch wirklichen Hochverrath, und zwar durch den schändlichsten Hochverrath, den man sich nur denken kann, durch den Hochverrath im Einverständnisse mit äußeren Feinden und zur Kriegszeit, ihre jetzige Situation erobert. Die Magyaren haben die schwarz-gelbe Fahne bei jeder Gelegenheit beschimpft und in den Koth getreten; sie haben bei jeder Gelegenheit das gemeinsame Heer und den Officiersstand beschimpft und in den Koth getreten; sie haben einen General, welcher in Erfüllung seiner Pflicht gefallen ist, im Grabe noch beschimpft und entehrt. Sie treiben den sogenannten Kossuth-Cultus, einen Cultus, welcher gewiß nicht außerordentlich dynastisch genannt werden kann. Und was ist geschehen? Was diese Magyaren haben wollten, ist ihnen bewilligt worden, und die kaisertreuen Nationen in Ungarn, die Deutschen, die Slaven, die Rumänen und Ruthenen, sind der rücksichtslosesten Magyarisirung preisgegeben. So darf man sich wirklich nicht darüber wundern, wenn einige

1) „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung" vom 12. Nov. d. Js

unreifen Buben zu dem Gedanken kommen: ‚So
Magyaren es gemacht haben, so machen wir es auch;
werden wir Czechen ebenso belohnt, wie die Magyaren
worden sind".[1])

Die unausgesetzten Kränkungen hatten den Monarch
anlaßt, fast ein halbes Jahr lang den Boden des Reich
Stefanskrone nicht mehr zu betreten, seitdem im Somme
das 25jährige Jubiläum der Königskrönung stattgefunde
Am 8. Juni hätte es gefeiert und zudem das vielbesp
Honved-Denkmal enthüllt werden sollen. Aber diese Feie
auf den Gedächtnißtag der Erstürmung Ofens verleg
den Tag, an dem die ungarischen Rebellen das Bl
ihrem König treu ergebenen Soldaten vergossen.
ganze folgende Jahr hindurch erfolgten die Vorstöße
die Gemeinsamkeit der Armee und zur Verpflichtun
Monarchen zu bestimmter Anwesenheit bei dem zu grün
ungarischen Hofstaat. Nebenher liefen die Vorberei
für den magyarischen „Culturkampf". Noch im Spä
spielten im Reichstag die widerlichen Scenen wegen d
sprachen des Kaisers an die Begrüßungs-Deputation
den großen Manövern zu Güns. Sie enthielten
Rügen der tagtäglichen Hetzereien, der nationalen insbeso
Aber der streng constitutionelle Monarch pflegt derle
reden nie zu halten ohne Vorwissen des betreff
Ministeriums, weßhalb unter Tisza auch schon der ung
Klerus seinen Theil wegbekommen hatte. Dennoch
er nun im Reichstag förmlich zur Rechenschaft gezogen,
von dem Ministerium verläugnet. Schon in den
Monaten des Unglücksjahres war in einem Wiener
über Ungarn folgende Schilderung zu lesen:

„Daß es soweit in Ungarn kommen konnte, dafür tr
erster Linie die ungarischen Regierungen seit 1867 die
antwortung, insbesondere aber den großen Intriganten Kol
von Tisza, der systematisch die böse Saat gesäet, die je

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 14. Oktober ds. J

erschreckend in die Halme schießt. Das Kabinet Wekerle sieht überdies fast mit einer Art Schadenfreude dieser Entwickelung der Dinge zu, und in der liberalen Regierungspartei ist es bei Vielen nur die Furcht vor dem Verluste ihrer nun so gut dotirten Mandate, die sie zurückhält, sich offen diesem gegen die Krone gerichteten Treiben anzuschließen."

„An maßgebender Stelle wird man aber, gebe Gott nicht zu spät, endlich zur Erkenntniß gelangen, daß es ein Unglück für die Dynastie, für das Gesammtreich, ebenso wie für Ungarn selbst war, dem Liberalismus und magyarischen Chauvinismus so lange die Zügel des Staatswagens überlassen zu haben. Durch Jahrzehnte hat man es ruhig angesehen, wie die jüdisch-magiaryische Hetzerclique nach und nach von allen Positionen des öffentlichen Lebens Besitz ergriffen hat, wie die gesammte magyarische Jugend in allen Schulen von der Volksschule bis hinauf zur Universität systematisch vergiftet wurde. Mit unerhörter Brutalität wurden alle anderen Nationen des Landes von dieser kleinen, aber überaus frechen Clique terrorisirt, in ihren nationalen und confessionellen Gefühlen, in ihren materiellen Beziehungen, kurz in jeder Hinsicht auf's Tiefste verletzt und der Sinn für das Staatsganze in ihnen mit Gewalt unterdrückt. Nun nähert sich die Sache dem Climax, und mit tiefer Besorgniß muß jeder Patriot, jeder treue Anhänger der Dynastie Habsburg-Lothringen den nächsten Ereignissen entgegensehen."

„Noch Einen Weg gäbe es, um vielleicht aus der unheilvollen, den Bestand des Staates und damit auch der gesellschaftlichen Ordnung bedrohenden Krise auf gesetzmäßigem und friedlichem Wege herauszukommen. Der so muthwillig provozirte Culturkampf bietet die vorher leider nie versuchte Möglichkeit, eine lebensvolle, auf den breiten Volksmassen der magyarischen Nation selbst basirende conservative Partei zu gründen. Wird aber auch diese Gelegenheit einer vollständigen Umkehr von dem bisher herrschenden politischen System versäumt, dann steht Ungarn an der Schwelle überaus trauriger Ereignisse, die in ihrer letzten Folge heute auch nicht einmal geahnt werden können."[1])

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 10. April d. Js

Nun mag man allerdings fragen: was haben diese D
mit dem Regierungswechsel in Wien zu thun? Leider
zu viel. Wie überhaupt auf die Verhältnisse in Cisleitha
so war auch bei dieser Krisis der ungarische Einfluß
schlaggebend. Es hat alsbald verlautet, in Wien wisse
sehr gut, daß der Einfluß der ungarischen Regierung
neuen Ministerpräsidenten, zu dem sie alles Vertrauen
auf den Schild gehoben, und ebenso den Führer der De
liberalen in's Finanzministerium gebracht habe. Als Tr
dieser „leise geübten Einflüsse", um mit dem großen W
chener Blatt zu reden, galt der Minister des Auswärti
Graf Kalnoky, bekanntlich magyarischer Herkunft. Er
von dem Grafen Taaffe bei der verhängnißvollen Vo
nicht in's Vertrauen gezogen worden; aber sofort nach
Offenbarung erklärte sein Leibblatt: durch diese Wahlre
werde der Einfluß der Slaven in Oesterreich sich au
ordentlich steigern müssen, was für die auswärtige Po
der Monarchie nicht gleichgültig seyn könne. Und gl
darauf kam die Nachricht: Graf Kalnoky habe sich nach P
begeben, um seinem kaiserlichen Herrn über die Rückwirk
der Wahlreform auf die auswärtigen Beziehungen der M
narchie Bericht zu erstatten. „Das ganze Gewicht des
garischen Einflusses wird in die Waagschale geworfen werden

Also der Dreibund war in Gefahr! „Er bedarf
bedingt der Erstarkung des ungarischen Einflusses im R
der habsburgischen Krone."[2]) Der Dualismus war in G
fahr! Denn die Ideen, welche in dem Nachbarstaate
Herrschaft gelangen, würden an dem kleinen Leitha
kaum Halt machen. Hatte ja doch Prinz Schwarzenberg

1) Wiener Correspondenz der „Kölnischen Volkszeitu
vom 21. Oktober d. Js.

2) Ohne die Magyaren hätte ja auch die „Einigung Deutsch
im Jahre 1870 nicht angebahnt werden können: so hat de
Bismarck'sche Leibschreiber in der Münchener „Allg. Zeitu
vom 8. Juni 1892 zur ungarischen Krönungsfeier gratulirt

vor wenigen Monaten im Reichsrath die Selbständigkeit Ungarns scharf angegriffen, nämlich den Magyaren den Spiegel ihrer barbarischen Unterdrückungspolitik vorgehalten.[1]) Das ist aber „föderalistisch“, und der Haß der regierenden Sippe in Pesth gegen Graf Taaffe rührte eben daher, daß er mit einer „Versöhnung der Nationalitäten“ umging, während man dort deren Vernichtung will. „Regt man die Frage eines aufrichtigen Föderalismus an, so kommen gleich die Ungarn, die erklären, sie würden die föderalistische Umgestaltung Oesterreichs nicht dulden oder mindestens mit der Erklärung der Personal-Union beantworten, da sie ihren Pakt nur mit dem einheitlichen österreichischen Staate, nicht aber mit einer Vielheit österreichischer Länder abgeschlossen hätten.“[2]) So war also die Oktober-Krisis in Wien nur ein Schlußerfolg der alten deutschliberal-ungarischen Verschwörung:

„Der Kampf, den Tisza gegen das Kabinet Taaffe führt und der immer schärfer zu Tage tritt, wird unter der überaus durchsichtigen Maske eines Kampfes der ungarischen Presse gegen die Czechen fort und fort geschürt, und es wird dabei stets deutlicher, daß die liberale Partei in Oesterreich der intimste Verbündete der ungarischen Regierung ist, und daß man es mit einem concentrischen Vorgehen beider Faktoren gegen die derzeitige österreichische Regierung zu thun hat. Neuerlich ist auch das eigentliche Regierungsblatt in Ungarn, der ‚Nemzet‘, in die Reihe der Kämpfenden getreten, und seine Angriffe gegen das Kabinet Taaffe lassen an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.“

„So treiben die Dinge in Oesterreich immer mehr der Krise zu, und trotz aller systematischen Versumpfungsversuche muß dieselbe bald zum Ausbruche gelangen. Es ist nicht denkbar, daß ein Kampf wie der, den Tisza und seine Knappen

1) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 12. Oktober ds. Js.

2) Aus dem „Pesther Lloyd“ s. Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 29. Oktober d. Js.

in der Budapester und Wiener Presse gegen die cisleith
Regierung führen und der bereits zu solch offenen Feind
keiten gediehen ist, nicht bald zu einem sichtbaren Ab
führe. Mag auch die officiöse Presse des Grafen Taaff
Vogel Strauß spielen und den Kopf in den Sand stecke
erreicht damit gewiß nicht, daß dies auch die anderen
thun. Und das Kabinet Taaffe wird die Wirkung der
bald spüren, die es damit nicht abwehrt, daß es sich st
ob sie bloße Mückenstiche wären, während sie in W
um so gefährlicher werden, als die Schützen, die sie ents
vollständig heil und unangefochten bleiben." [1])

Schon damals hat sich gezeigt, daß sich die deutsch-lib
Presse ganz in der Hand des Magyarismus befinde.
die sogenannte „officiöse"; ihr Liberalismus erlaubte ihr
einmal, ihrem Ernährer so zu dienen, wie es angezeig
wesen wäre. Bei der jüngsten Oktober-Krisis hat sich dem
erwiesen, daß es selbst für eine officiöse Presse nicht
geht, zwei Herren gleichmäßig zu dienen. An Einem
demselben Tage jubelte der auf den Graf Taaffe tref
Antheil über den ideellen Triumph, den dessen Vorlag
rungen habe, während der auf den Grafen Kalnoky treff
Antheil in Bewunderung schwelgte für die Beschlüsse
drei großen Parteien, die der Taaffe'schen Vorlage
Fußtritt versetzten. Das conservative Hauptorgan in W
entrüstet über diese und andere „trüben Quellen", erkl
„Im Interesse der öffentlichen Reinlichkeit wollen wir,
bei dem jetzigen Umschwung der Dinge endlich auch an
Säuberung gewisser officiöser Winkel gegangen wird, w
seit Langem die Atmosphäre verpesten." [2]) Wahrschein
wird es aber nun heißen: jetzt erst recht nicht! Der
in die dunkeln Winkel wäre längst angezeigt, wie sich
einer Benachrichtigung ergibt, deren Urheber vor meh
zwei Jahren sich dort umgeschaut hat. Die in derselben

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 15. November 1889

2) Wiener „Vaterland" vom 27. Oktober u. 1. Nov

geführten Namen sollen indeß nur soweit genannt werden, als sie früheren Ministern angehören, oder aus der jüngsten Ministersuche bekannt sind:

„Während der Einfluß des Parlamentes ein geringfügiger zu nennen ist, während die einzig berufenen Vertreter der Krone, die Minister, sich bezüglich ihrer Initiative in sehr bescheidenen Grenzen halten, hat sich ein dritter ganz unfaßbarer und anderwärts kaum zu beobachtender Faktor einen weitreichenden, ja fast dominirenden Einfluß zu verschaffen gewußt. Das ist jene merkwürdige Gesellschaft, die ohne jedes geschriebene oder auch nur ausgesprochene Statut einem Geheimbunde gleicht, in deren Händen alle Fäden des öffentlichen Lebens sich vereinigen und aus welcher heraus alle jene Aktionen hervorgehen, die im Wege der parlamentarischen Intrigue und der publicistischen Mache in Scene gesetzt werden. Wir haben diese merkwürdige Gesellschaft seit Jahren die ‚geheime Nebenregierung' genannt; und diese Bezeichnung hat sich als so zutreffend erwiesen, daß sie zu einem stehenden Terminus in der gesammten conservativen Presse Oesterreichs geworden ist. Die Mitglieder dieser ‚geheimen Nebenregierung' setzen sich aus drei Gruppen zusammen. Die Einen, gewissermaßen das Exekutiv-Organ, sind eine Anzahl höherer, aus der liberalen Schule hervorgegangener Bureaukraten; die nächst höhere Instanz bildet eine Gesellschaft liberaler und officiöser, fast durchweg jüdischer Journalisten; und an der Spitze der ganzen Organisation steht die jüdische Hochfinanz, welche stets das Losungswort ausgibt."

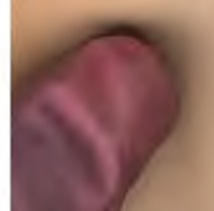
„Gerade in der letzten Woche war diese ‚geheime Nebenregierung' im österreichischen Abgeordnetenhause wieder eifrig am Werke. Man ist mit dem Grafen Taaffe unzufrieden, weil er nicht offen und rückhaltslos genug ins liberal-capitalistische Fahrwasser eingelenkt hat, und man hält den Zeitpunkt wieder einmal für gekommen, wo man gegen ihn einen Vorstoß machen könnte. Schon seit Monaten, noch vor den Neuwahlen, wurde alles Mögliche daran gesetzt, eine Annäherung der ‚Vereinigten Linken' mit den Polen, scheinbar unter der Patronanz des Grafen Taaffe, herzustellen. Der Hauptträger dieser Bestrebungen ist, und das ist wieder echt österreichisch,

weder ein Minister, noch ein Parlamentarier, sondern ein der fähigsten Mitglieder der ‚geheimen Nebenregierung', d Kanzleidirektor Hofrath Bl., ein getaufter polnischer Jude, d aus dem officiösen Preßbureau hervorgegangen ist und die Schule alle Ehre macht."

„Da für den Polen-Club sachlich kein rechtes Motiv vo liegt, aus der bisherigen Verbindung mit der Rechten d Abgeordnetenhauses auszuscheiden und eine solche mit d ‚Vereinigten Linken' einzugehen, so wurde der Hebel auf de viel verheißungsvolleren Punkte persönlicher Bestrebungen a gesetzt. Seit dem Tode Grocholski's, der den Polen-Club m fester Hand geführt hatte, und noch mehr seit dem erzwungen Rücktritte des Finanzministers v. Dunajewski, der auf sei Landsleute einen bestimmenden Einfluß ausgeübt, ist von ein strammen Parteileitung in der polnischen Abgeordnetengrup kaum mehr zu sprechen. Der nominelle Führer Jaworsk schwankt zwischen den beiden im Club vorhandenen Richtunge von denen die eine nach rechts, die andere nach links zieh hin und her; und der einzige, bisher für ihn feste Punkt wa der Wille des Ministerpräsidenten."

„Diese Zerfahrenheit der unstreitig wichtigsten Parlaments gruppe benutzte der Affiliirte der ‚geheimen Nebenregierung auf's Geschickteste. Eines der hervorragendsten Mitglieder de Polen-Clubs ist der Professor Dr. Bilinski, gegenwärtig Referen des Adreßausschusses, und es ist dem Manne wohl nicht üb zu nehmen, wenn er in sich den Ehrgeiz spürt, Minister z werden. In diesem ganz erklärlichen Bestreben hat er eine Collegen in der Person des Abgeordneten Madeyski gefunde der sich zum Justizminister berufen fühlt, während Bilinsk sich mit dem vom Handelsministerium abgelösten Communi kationsministerium begnügen würde. Die Leistung für die stipulirte Entlohnung wäre die Herbeiführung der polnisc liberalen Reichsrathsmehrheit, die freilich dann ihre Spi gegen den Grafen Taaffe kehren würde, weil er der ‚geheime Nebenregierung' nicht willfährig genug zu sein scheint."

„Was aber all diesen Bestrebungen gegen den derzeitig Bestand des Kabinets Taaffe eine besondere Aussicht auf Er folg gewährt, das ist der gänzliche Mangel an politisch



Gleichartigkeit in demselben. Ein Theil desselben, Unterrichtsminister Gautsch, Handelsminister Bacquehem und Landes-Vertheidigungsminister Welsersheimb, blickt unverwandt nach links. Dem polnischen Landsmannminister Zalewski ist jede Combination recht, in welcher er sich zu behaupten vermag; und nur der czechische Landsmannminister Prazak und der Ackerbauminister Falkenhayn, vielleicht auch in der jüngsten Zeit der Justizminister Schönborn und der neue Finanzminister Steinbach, um deren Portefeuilles ja im Falle einer liberalen Aera gewiß gewürfelt würde, wünschen, daß Alles beim Alten bleibe. Wir sagen ‚wünschen', denn das Handeln ist in Oesterreich bekanntlich nur Sache der Hofräthe und der officiösen Journalisten, die dies auch dann, ja gerade dann am meisten thun, wenn sie officiell dazu keinen Auftrag haben." [1])

Für das System des „Fortfrettens" und „Weiterwurstelns" war es nun allerdings kein Schade. Aber sein Sturz erfolgte, als es und weil es sich endlich zu einem energischen Schritt aufgerafft hatte. Graf Taaffe berief sich bei der Begründung der Vorlage im Reichsrathe auf die zahlreichen aus der Initiative des Hauses hervorgegangenen Anträge zur Wahlrechtsreform und auf die manigfachen Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre innerhalb des Staates, wie im Auslande. Die Regierung, sagte er, halte fest an der möglichsten Erweiterung des Wahlrechts innerhalb der Schranken der Verfassung, und er betonte, daß die Regierung, wenn sich der Reichstag nur mit diesem Grundgedanken befreunden würde, zu weiterer Verständigung mit demselben bereit wäre. Hätte sich auf dieser Grundlage nicht weiter verhandeln und eine Reform aufbauen lassen? Man sollte meinen: Ja!

Die Liberalen allerdings hatten nicht nur allen Grund, bei der Vermehrung der Wähler die Socialdemokraten zu

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 28. April 1893: „Hinter den Coulissen. Ein Situationsbild aus dem österreichischen Abgeordnetenhause."

fürchten, sie mußten sich nicht nur fragen, was würden unsere Magyaren dazu sagen? Sie ersahen auch ihren Vortheil, vielleicht jetzt oder nie. Und es ist ihnen trefflich gelungen. Man braucht nur die politische Stellung der in das neue Ministerium herübergenommenen Herren, wie sie in obigem Situationsbild charakterisirt ist, mit den neu ernannten Mitgliedern zusammenzufassen, um sofort zu ersehen, wie sehr die Conservativen die Gefoppten sind. Die grellste Beleuchtung geht von der Besetzung des Cultusministeriums aus. „Die Linke stellte das Verlangen, daß ihr mindestens zwei Portefeuilles zufallen müßten, und daß das Portefeuille des Unterrichts keinem Klerikalen überantwortet werde". Die Conservativen benannten einen solchen Polen. Die Antwort lautete: „Die Annahme dieser Proposition, würde eine Demüthigung für die liberale Partei bedeuten".[1]) So wurde zwar ein Pole, aber der obengenannte liberale, Cultusminister. Noch vor zwei Jahren glaubte die Partei selber nur durch die Gunst des Grafen Taaffe emporkommen zu können, hat sie seitdem ihre Wurzeln wirklich tiefer in's Volk hineingetrieben, um eine solche Bevorzugung zu verdienen?

„Die liberale Partei ist sich des Verlustes aller Sympathie in den Volksmassen voll und ganz bewußt. Sie spürt täglich mehr den Abfall der Massen nicht nur, sondern die in ihren eigenen Kreisen um sich greifende Unzufriedenheit, und sie sagt sich selbst, daß sie unter diesen Verhältnissen sich nur dann zu erhalten vermag, wenn sie über eine bedeutende äußere Macht verfügt, so zwar, daß sie durch erhöhten Terrorismus und bloße Befriedigung des niedrigsten Egoismus das zu ersetzen vermag, was sie an Einfluß auf die Geister, an ethischem Gehalt verloren hat. Dazu aber genügen die Machtmittel, über welche das mobile Großcapital in allen seinen Verzweigungen verfügt, lange nicht mehr. Der staatliche Apparat mit seiner ganzen Autorität und Machtbefugniß ist der liberalen

1) Wiener Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 9. November d. Js.

Plutokratie unentbehrlicher denn je geworden; und mit Schrecken nimmt sie wahr, daß er ihr von Tag zu Tag mehr aus den Händen gleitet und mehr und mehr aufhört, ein reines Werkzeug in ihren Händen zu sein, wie er es so lange Jahre bisher in Oesterreich war. Darum hat sich eine solche nervöse Hast der liberalen Wortführer im österreichischen Parlamente bemächtigt, die in mitunter schon komisch wirkender Weise eine Aenderung der innerpolitischen Lage, insbesondere des Verhältnisses der Regierung zur liberalen Partei anstreben. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht das Leitorgan der ‚Vereinigten deutschen Linken‘, die ‚Neue freie Presse‘, bewegliche Worte an den Grafen Taaffe richtet, er möge doch endlich seine Stellung über den Parteien aufgeben und mit dem Liberalismus handelseins werden. Da wechseln demüthige Bitten mit versteckten und offenen Drohungen ab; widerwärtige Kriecherei und anmaßende Impertinenz sind neben einander zu finden; alles ist aber von dem sichtlichen Streben diktirt, doch nur einen Zipfel der Herrschaft zu erhaschen. Es fehlt nicht an Manövern aller Art, um den Grafen Taaffe in eine Zwangslage zu versetzen, aus der es keinen Ausweg geben soll, als in das Lager der ‚Vereinigten deutschen Linken‘. Da werden heute die Polen umworben; morgen versucht man es mit einer Sprengung der deutschen Nationalpartei; selbst mit den so lange und so heftig geschmähten Feudal-Klerikalen wäre man gern geneigt, ein Trutz- und Schutzbündniß zu schließen, wenn nur Graf Taaffe dadurch zu zwingen wäre, die Thür seines Kabinets den liberalen Portefeuille-Jägern zu öffnen.“ [1])

Jetzt ist es gelungen ohne und gegen Taaffe. Die Schulfrage wird sich nun wenigstens scheintodt stellen müssen. Aber auch in einer Beziehung, die erfreulich war, hat die vorige Regierung eine Erbschaft hinterlassen, um deren Schicksal es sich unter dem neuen Regiment handelt. Die Vorfahrer haben den guten Willen gehabt und bewiesen, bessernd in die socialen Uebelstände einzugreifen, und mit wirthschaftlichen Reformen sich eifrig beschäftigt. Noch un-

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 31. Oktober 1891.

mittelbar vor der Krisis hat der Ackerbau-Minister Graf Falkenhayn eine Vorlage unterbreitet, die nichts Geringeres bezweckt, als die zwangsweise Organisation der Landwirthe in Produktiv- und Absatz-Genossenschaften und in Verbindung damit die Errichtung von Rentengütern. Gesetzliche Versuche zur Neuordnung der Gewerbe hatten schon seit mehr als zehn Jahren stattgefunden, wenn auch Vieles davon auf dem bureaukratischen Papier stehen geblieben ist: das Alles gegen den entschiedenen Widerstand der liberalen Linken. Seit Jahr und Tag arbeitete eine große mündliche Enquête, deren Akten die wiedererschienenen Abgeordneten auf ihren Pulten finden! Die Vorschläge der Conservativen würden an Gründlichkeit die aller Länder überragen.[1]) Aber was werden die Juden, die nun mehr als je spiritus rector der Liberalen sind, zu solchen Plänen sagen, ihre Versuchsfelder zu verwüsten und ihre Geschäftskreise ihnen abzusperren? Ihren Willen auszudrücken, hat sich schon vor dritthalb Jahren eine Gelegenheit ergeben.

„Es fängt ein neuer Wind in Oesterreich zu wehen an und der manchesterliche Liberalismus, der bisher nur stillschweigend durch die ihm ganz ergebene Bureaukratie geherrscht hat, ergreift nun offiziell und vor aller Welt das Staatsruder. Ganz deutlich drückt sich diese Wandlung der inneren Politik in der gestern publicirten Auflösung des Wiener Gewerbe-Genossenschaftstages aus, welcher sich als Hauptträger der genossenschaftlichen Organisation des Handwerkerstandes um die Hebung und Förderung kleingewerblicher Interessen große Verdienste erworben hat. Dieser Verein, der aus den Obmännern der Wiener Gewerbegenossenschaften und deren Stellvertretern bestand und seit dem Jahre 1868 den Vereinigungspunkt gewerblicher Interessen gebildet hatte, war der juden-

1) Referent Abg. Dr. Ebenhoch in den Neusser „Christlich socialen Blättern“. 1893. Heft 15. S. 401 ff. — Vgl. das interessante Schriftchen: „Umtriebe der Liberalen, beleuchtet von einem deutschen Abgeordneten“. Wien, 1890.

liberalen Partei seit langem ein Dorn im Auge, da ihm die Zusammenfassung und zielbewußte Leitung der Handwerker-Bewegung in Oesterreich gelungen war. Die nunmehr erfolgte Auflösung dieser Institution ist um so unerhörter, als sie auf die einfache Denunciation eines im Dienste der judenliberalen Partei stehenden Wahlagitators hin erfolgte, eines übel beleumundeten Individuums, das wegen des Verbrechens des Betruges $4^{1}/_{2}$ Jahre im Zuchthause gesessen, und dann als ungarischer Jude aus der ganzen diesseitigen Reichshälfte ausgewiesen worden war. Freilich erfreute sich dieses Individium der vollen Protektion der ‚Vereinigten Linken', und wurde bei seinen politischen Agitationsreisen mit Empfehlungsbriefen der hervorragendsten Führer der liberalen Partei, selbst höchster Gerichtsfunktionäre, ausgestattet, obwohl ihm neuerlich wieder Malversationen selbst in seiner Thätigkeit als liberaler Agitator nachgewiesen worden waren. Die gesammte Wiener Judenpresse bricht über diese behördliche Verfügung in Jubelrufe aus, und erhofft sich aus derselben einen völligen Stillstand der gewerblichen Bewegung. Sollten sich diese Erwartungen erfüllen, so würde sich nur Eine Consequenz daraus ergeben: die genossenschaftliche Bewegung im Handwerk wird dann unaufhaltsam ins socialdemokratische Lager übertreten." [1])

Wenig habe gefehlt, schrieb das große Wiener Juden-latt am 9. November, daß sich der österreichischen Regierungs-rise eine ungarische angereiht hätte. Nun ist seine Freude ine doppelte. Das conservative Hauptorgan schlägt auch leich vor: man solle in Zukunft nicht mehr „Buda-Pesth", ondern „Juda-Pesth" sagen und schreiben. In der That ist ür jenes Blatt einzig und allein die calvinische Sippe nit ihren jüdischen Heerschaaren die „Nation", und in iefer habe die Opposition im Magnatenhause mit ihren unkeln Bestrebungen keinen Boden. Hinter diesen Bетrebungen steckt selbstverständlich auch wieder der Vatikan,

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 23. Juni 1891. — Man sagt freilich, da spreche ein „Antisemit"; aber wer ist dort nicht antisemitisch außer den Liberalen?

der den hohen ungarischen Klerus gehetzt und den niedern aufgewiegelt habe. „Der Grund dieser Hetze ist bekannt: Der Vatikan will dem österreichisch-ungarischen Staat innere Wirren schaffen und dadurch den Dreibund schwächen."[1] Also auch da ist der Dreibund zu retten! Vielleicht erklärt sich so auch das Räthsel der italienischen Besuchsreise des Grafen Kalnoky. Gibt es noch etwas, was „dem armen Kaiser" nicht zugemuthet werden könnte?

LXXVII.

Sociale Bestrebungen in der katholischen Schweiz.

Der socialen Bewegung gehört auch in der Schweiz die Zukunft. Beinahe in allen Versammlungen und Conferenzen bildet die sociale Neugestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse den Hauptgegenstand der Besprechung und Berathung. So war es an der 5. Generalversammlung der schweizerischen katholischen Männer- und Arbeitervereine im neuen Vereinshause in Luzern, am 2. und 3. September l. J. Der Verband, erst seit 4 Jahren bestehend, zählt bereits 53 Sektionen mit über 5000 Mitgliedern. Vorerst hauptsächlich von den Diasporagemeinden des Cantons Zürich ausgehend, hat derselbe auch in den übrigen Cantonen der Nord- und Ostschweiz rasch sich ausgedehnt und seit Jahresfrist ist auch aus der alten katholischen Garde des Luzernergebiet viel wackere Mannschaft zu jenem Armeekorps schweizerischer Katholiken gestoßen, dessen Tagesbefehl in erster Linie auf vereinten Vormarsch im socialen Gebiete lautet, das aber gerade dadurch auch auf dem Felde der gesammten katholischen Politik in's Vordertreffen geführt werden wird.

1) Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung" v. 12. Nov. 1892

Den ersten und wichtigsten Punkt der Verhandlungen
ldete die obligatorische *Kranken- und Unfallver-
cherung*. Der kranke Arbeiter soll nicht nur eine Ent-
ädigung an die Kosten des Arztes und der Pflege, sondern
erdies für den Ausfall des Verdienstes auch noch zwei
rittel seines Wochenlohnes erhalten, damit die Arbeiterfamilie
cht zugleich mit der Erkrankung ihres Ernährers der Noth
d dem Elend ausgesetzt ist. Darum wurde dann am letzten
November, — wieder in einem katholischen Vereinshause —
Zürich auf einer zweiten Versammlung der *Delegirten
ller Parteien* mit begeistertem Einmuthe die *Unent-
eltlichkeit der Krankenpflege* und die Deckung
r daherigen Kosten von über 12 Millionen durch den Er-
ag des Tabakmonopols als nächste und wichtigste Forderung
r Volksinitiative aufgestellt.

Ein weiterer Gegenstand der Verhandlungen in Luzern
ar die *Lage der Landwirthschaft* in der Schweiz.
er Zustand der schweizerischen Landwirthschaft scheint nicht
rart zu sein, daß für deren Existenz in der nächsten Zukunft
fürchten wäre. Dagegen erfordert die mehr oder weniger
rrschende und mehr und mehr um sich greifende Nothlage
n thatkräftiges, zielbewußtes Eingreifen aller Parteien, denen
e Erhaltung des Bauernstandes am Herzen liegt. Daher
urde folgende Resolution gefaßt: „Die Abänderung der be-
henden *Hypothekar- und Erbrechtsgesetze im
inne der Beschränkung der Verschuldung*, der
ererbung auf Ertragsantheile (Rentenantheile), *Ausschluß
er Spekulation im Grundbesitz*, Consolidirung
nd Verbilligung des landwirthschaftlichen Grund-Meliorations-
nd Betriebs-Credites, sowie die Schaffung der Grundbeding-
ngen eines rationellen Betriebes und Einführung der Ver-
cherungen aller Art ist überall als dringend anzustreben."

Von weitgehender Bedeutung nicht nur für den eigentlichen
rbeiter, sondern auch für Handwerk und Kleingewerbe
t die dritte Frage, die wie keine andere zur Hebung der
tzern beitragen und wie keine andere tief eingreifen würde
r Bessergestaltung unserer socialen Verhältnisse, die Frage der
inführung *obligatorischer Berufsgenossenschaften*.

Die schweizerischen Socialdemokraten concentriren für die nächste Zukunft ihre Kraft vor allem darauf, daß in die Bundesverfassung ein eigener Artikel, „das Recht auf Arbeit" sichernd, aufgenommen werde. Ueber diese zweite Initiative wird das Schweizervolk demnächst abzustimmen haben. Von denen, welche diesen „Volkswunsch" entdeckt haben, glaubt jedenfalls keiner an die Wahrscheinlichkeit der Annahme; aber es ist die politische Kunst dieser Partei, von sich reden zu machen und wenigstens Abschlagszahlungen von den bürgerlichen Parteien zu ergattern, Abschlagszahlungen, die namentlich darauf abzielen, in die Grundsätze der gegenwärtigen, auf die persönliche Freiheit und die Familie gegründeten Gesellschaftsordnung recht tiefe Löcher zu machen. Was das Begehren selbst betrifft, so tönt der Satz gar schön, und wer hätte nicht Mitleiden mit denen, die gern arbeiten möchten und keine Arbeit finden. Sobald man aber auf die praktische Durchführung des projektirten Verfassungsartikels kommt, und die Ausführungen liest, welche ihm beigegeben sind, so sieht man gleich, daß vom heutigen Staate etwas gefordert wird, was er gar nicht leisten kann, so lange nicht die Herrschaft über das gesammte Erwerbsleben in seiner Hand liegt. Wenn er für Arbeit zu sorgen verpflichtet ist, so muß er der Arbeitgeber für alle sein und jeden an den Ort hinstellen können, wo er es für gut findet; aber das Schlaraffenland der Socialisten könnte nie und nimmer auch nur sechs Wochen lang in Kraft treten, weil jeder befehlen und keiner arbeiten möchte; denn die dem Recht entsprechende, streng durchgeführte Pflicht zur Arbeit an jedem Ort, wo der Herr Staat einen hinstellen würde, sei es nun Bücher zu schreiben oder Dünger auszutragen, wäre eine so unerhörte Tyrannei, daß ein Krieg Aller gegen Alle daraus entstehen würde. Es ist ganz gut eingerichtet, daß der Mensch selbst alle seine Kräfte anspannen muß, sich Arbeit zu verschaffen, denn in seiner verdorbenen Natur liegt viel Anlage und Neigung zur Trägheit; wo aber unverschuldete Arbeitslosigkeit und damit wirkliche Noth eintritt, haben wir nicht bloß bereits die freie Liebesthätigkeit, um helfend einzutreten, sondern auch die gesetzlich festgelegte Unterstützungspflicht der bürgerlichen Gemeinschaftskreise, und im Ferneren sind wir ja



ben daran, vom gleichen Gedanken der gegenseitigen Hilfspflicht
us die Versicherung für Unfall, Krankheit und Alter ein-
uführen.

Darum ist sogar das Centralorgan der deutschen Social-
emokratie, der „Vorwärts“ der Meinung, daß nur der
ocialistische Staat das Recht auf Arbeit realisiren könne,
s im Rahmen des kapitalistischen Systems verwirklichen zu wollen,
cheint auch ihm unmöglich. Der schweizerische Staat, führt
r aus, habe nicht die Fabriken und Domänen, um die arbeits-
losen Arbeiter zu beschäftigen; er könne auch nicht die Geld-
quellen eröffnen, um sämmtlichen Arbeitslosen vollen Lohn
auszubezahlen und den beschäftigten Arbeitern ein Lohnminimum
von Staats wegen zu garantiren; er könne auch seine Unter-
nehmer nicht zu bestimmten Lohnsätzen zwingen. Das „Recht
auf Arbeit“ könne nur verwirklichet werden, wenn man sich
zum Uebergang zum Socialismus entschließe, sei es zum
Staatssocialismus oder zur Ausführung des socialdemokratischen
Programms. Ob das Schweizervolk sich zu diesem Uebergang
entschlossen, wird sich bei der Abstimmung zeigen. Die 52,000
Unterschriften für das Initiativbegehren sind nicht gerade im-
ponirend, sie stammen aus den großen industriellen Centren,
ein klarer Beweis, daß ein verschwindend kleiner Theil der
Schweizerbevölkerung, nicht einmal die gesammte Arbeiter-
bevölkerung, das neue Recht verlangt.

Es scheinen doch nach und nach dem einen oder andern die
Augen aufgehen zu wollen über die eigentlichen Ziele der
socialdemokratischen Partei. Der Socialistencongreß in Zürich
vom August l. J. hat nicht wenig dazu beigetragen. Dort
wurde manchem klar: Nicht um das Wohl leidender Mit-
menschen ist es den „Weltverbesserern“ zu thun, sondern um
das Erringen der Macht, um dann ihrem Haß und ihrer Rach-
sucht gegen wirkliche und vermeintliche Unterdrücker freien
Lauf lassen zu können und die so lange von anderen in Beschlag
genommenen Herrlichkeiten der Erde in vollen Zügen zu genießen.
Wäre dies nicht das wahre und innerste Streben der Socialisten,
warum denn würden sie alle Mithilfe bürgerlicher Kreise
bei ihren Bestrebungen mit so verletzendem Hohn zurückweisen?
Warum denn wies unter stürmischem Beifall der Versammlung

die Hauptsprecherin der weiblichen Congreßtheilnehmer, ein gewisse Clara Zetkin, Redaktorin aus Stuttgart, jeden Ge danken an ein Zusammengehen mit den „Bourgeois-Damen" weit von sich? Selbst eine Bourgeois-Dame, konnte sie nich Gift genug einfließen lassen in ihre gehässige Schilderung der ab grundtiefen Kluft, welche die Bürgersfrau von der Arbeitersfrau trennt. „Und wenn jene", so kreischte sie, „zu uns kämen, und uns sagten: Wir sind eure Schwestern, — so würden wir ihre Hand zurückstoßen und antworten: Wir kennen euch nicht!" Das heißt man dann kämpfen für eine „gute Sache"!

Im wohlthuenden Gegensatze hiezu stehen die katholischen Socialisten der Schweiz, die überall, wo es ohne Verletzung der christlichen Grundsätze geschehen kann, die berechtigten Forderungen anderer Parteien unterstützen. Ja es ist hie und da fast Gefahr vorhanden, daß sie geleitet von der besten Absicht, in diesem Streben etwas zu weit gehen und so wider Willen den Staatssocialismus fördern. —

Da so große sociale Aufgaben der Lösung harren, ist man in wohlmeinenden und einflußreichen Kreisen immer un zufriedener über die Handlungsweise der Bundesregierung. Man will es nicht begreifen, daß von den 75 Millionen Ein nahmen jährlich allein 36 Millionen fürs Militär sollen verwendet werden; man kann es nicht verzeihen, daß durch Bestellung von 7000 Paar unbrauchbaren Militär schuhen die Eidgenossenschaft einen Schaden von 91,000 Frcs. zu tragen hat. Man kann es nicht verzeihen, daß man dieses Jahr zu Gunsten des landwirthschaftlichen Nothstandes nicht auf die Herbstmanöver verzichtete, daß man einen Bundespalast für 7 Millionen herstellen will, daß man 1,200,000 Frcs. für eine schweizerische Schulwandkarte zu verausgaben gewillt ist, daß in Lausanne für Erstellung eines neuen Postgebäudes nur der Bauplatz allein 1,057,000 Frcs. kosten darf, daß im Budget für schweizerische Diplomatie: 50,000 Frcs. Paris, 40,000 Rom, 40,000 Berlin, 50,000 Washington, und 235,000 Frcs. für „verschiedene Consulate" figuriren! Doch wurde noch jüngst wieder von der wackeren „Berner Volks zeitung" die Aufhebung der diplomatischen schweizerischen Ge sandtschaften im Auslande und ihre Ersetzung durch ständig

Consuln verlangt. „Wenn's nicht bald rückt, so hat das Schweizervolk die Mittel in der Hand, mit diesen monarchischen Versorgungsstellen, welche der Schweiz zur Unehre gereichen, abzufahren“, schreibt der bestgehaßte Redaktor der „Berner Volkszeitung“.

Ueber den materiellen Bestrebungen werden auch die ideellen Aufgaben nicht vergessen, die freilich auch wieder sehr nachhaltig auf das materielle Wohl rückwirkend sind. Die katholische Universität in Freiburg erfreut sich immer größerer Sympathieen und immer zahlreicheren Besuches. Die Opfer, welche das Freiburger Völklein für die Universität gebracht, sind in der That bewunderungswürdig. Dasselbe, bloß 120,000 Seelen zählend, hat bereits 4$^1/_2$ Mill. für dieses eminent katholische Werk geopfert. Deßwegen beglückwünschte auch der heilige Vater Leo XIII. im Bestätigungsbreve an Staatsrath Python das Freiburger Volk zu diesem heroischen Opfer und spricht darin die Hoffnung aus, „daß, weil eine katholische Universität von allgemeinem Interesse sei, nicht bloß die Schweiz, sondern auch die Katholiken anderer Länder eine thatkräftige Hilfe nicht versagen werden.“

Ja der heilige Vater ist für diese Universität derart eingenommen, daß er kein Hehl daraus machte, die Gründung derselben als sein Werk zu bezeichnen. In der Anrede an die Schweizerpilger gelegentlich der Jubiläumswallfahrt im Mai d. J. sprach der oberste Lehrer der Kirche mit feierlicher und gehobener Stimme: „Wir haben es uns angelegen sein lassen, die schöne katholische Freiburger Universität ins Leben zu rufen. Wir beschützen dieselbe mit unserer erhabenen Auctorität und werden ihr mit allen Kräften beistehen; denn ihrer harrt eine große Zukunft, und sie wird, so hoffen wir es, eine Leuchte der Wissenschaft werden, deren wohlthätige Strahlen weit in die Ferne dringen sollen.“

Das Freiburger Volk hat mit seinen 4$^1/_2$ Millionen drei vollständige Fakultäten gegründet: die theologische, an welcher zehn der gelehrtesten Dominikaner-Patres Theologie und Philosophie im Geiste des hl. Thomas dociren; die philosophische und juristische, deren Professoren meistens Deutsche sind; die Naturwissenschaft, als Einleitung in die medicinische

Fakultät, kann im Jahre 1894 ebenfalls eröffnet werden; es fehlen nur noch die Mittel zur vollständigen medicinischen Fakultät. Die katholische Schweiz und auch die Katholiken der übrigen Länder werden entsprechend dem Ruf des heiligen Vaters gewiß gerne ihr Scherflein zu diesem großen Werke, der Herstellung einer katholischen medicinischen Fakultät, beitragen.

Trotz alledem wagte es noch jüngst ein gewisser Gavard, Redakteur des „Educateur", in einer Versammlung jurassischer Lehrer den Klerikalismus als „den Feind alles Fortschrittes" zu brandmarken. Er wurde jedoch vom „Pays" nicht übel heimgeschickt: „Gavard bezeichnet die Kirche als Feindin des Fortschrittes. Hat denn die Kirche nicht zu allen Zeiten und an allen Orten Schulen gegründet? Hat sie nicht schon vor Erfindung der Buchdruckerkunst im Jahre 1312 auf dem Concil von Vienne Lehrstühle für das Hebräische, Chaldäische und Arabische in Rom, Paris, Oxford und Salamanka errichtet? Wer hat die älteste schweizerische Universität gegründet? War es nicht [illegible] ein Papst? Und ein anderer Papst, Benedikt XIV. [illegible] daß es nach der Sünde kein größeres Uebel gebe als die Unwissenheit. Feinde des Fortschrittes waren gewiß auch die Kapitel von St. Ursitz und Münster, die auf eigene Kosten Volksschulen hielten? Feinde des Fortschrittes waren die Mönche von Lützel und Bellelay, welche alte Handschriften abschrieben und commentirten, so viele unschätzbare Documente der Geschichte erhielten und Bibliotheken anlegten,' die heute den Stolz der Städte bilden? Im Jura hatten die Pfarrer von [illegible] Coursaivre und Les Bois die sonderbare Idee, ihre Häuser für Schulzwecke testatorisch abzutreten. In La Chaux und [illegible] Roussetet baute Pfarrer Bron Schulhäuser aus eigenen Mitteln. Ein Pfarrer von Pruntrut vermachte der Schule 17,000 Fr. und der Waisenanstalt 30,000 Fr., und der selige [illegible] Vautrey in Delsberg hat noch vor wenigen Wochen seine große Bibliothek der Kantonsschule von Pruntrut vermacht. Das sind die ‚Feinde des Fortschrittes' — diese Klerikalen." —

Auch das Werk der innern Mission wirkt sehr segensreich. In diesem Jahre betrugen die Einnahmen 60,300 Fr. Wie sehr es nothwendig ist, unsern Glaubensgenossen in der

rotestantischen Cantonen zu Hilfe zu kommen, ersieht man araus, daß manche Katholiken, die von einer katholischen Kirche weit entfernt sind, allmählig sich der protestantischen Kirche zuwenden und vom Glauben abfallen. So heißt es im Visitationsbericht der evangelisch-reformirten Kirche des Cantons Zürich von 1889/1891 wörtlich: „In einer ganzen Reihe von Landgemeinden besuchen die Katholiken den reformirten Gottesdienst, theilweise ziemlich regelmäßig; sie nehmen sogar Theil am Abendmahle, schicken ihre Kinder in den landeskirchlichen Religionsunterricht bis zur Confirmation, ja lassen sie auch st confirmiren. Viele katholische Familien, namentlich Väter ssen auch ihre Kinder vom reformirten Pfarrer taufen, so aß die protestantische Taufe und Erziehung von Kindern tholischer Eltern keine Seltenheit ist."

Endlich sammelt sich auch die katholische Jungmannhaft, die Hoffnung der Zukunft. Am 6. November l. J. aren die Präsides der schweizerischen Jünglings-Vereine in Winterthur versammelt und gründeten einen Verband der weizerischen Jünglingsvereine mit folgender Ornisation:

1) Die katholischen Jünglingsvereine der Schweiz, die zum wecke haben, die jungen Leute zu eifrigen Gliedern der Kirche d zu tüchtigen Männern heranzubilden, schließen einen „Kaolischen Jünglingsbund".

2) Vertreter des Bundes nach außen und Leiter desselben ch innen ist der Centralpräses.

3) Der Centralpräses wird durch die Präsides der weizerischen Jünglingsvereine auf sechs Jahre gewählt.

4) Alle zwei Jahre findet im thunlichsten Anschlusse an Männer- und Arbeitervereine eine Generalversammlung statt.

5) In jeder Diöcese wird durch den Bischof ein Diöcesanses ernannt, der sich die Gründung und das Gedeihen der nglingsvereine in seiner resp. Diöcese angelegen sein läßt.

6) Jedes förmlich aufgenommene Mitglied ist zugleich tglied aller übrigen dem „Katholischen Jünglingsbunde" anörenden Vereine.

7) Jeder neu zu aggregirende Verein, der seine Statuten, hl der Mitglieder, Angabe des Vereinslokales, Name des

Präses ꝛc. dem Diöcesanpräses — und dieser dem Centralpräses — einzuschicken hat, verpflichtet sich auf folgende Hauptpunkte:

a) Leiter des Jünglingsvereines ist der Ortspfarrer oder ein von ihm bestellter Geistlicher der Gemeinde.

b) Die Mitglieder empfangen mehrmals im Jahre gemeinschaftlich die hl. Sakramente.

c) Jedes Jahr findet wenigstens viermal, wo möglich alle Monate und noch öfter, eine Vereinsversammlung statt. Das Vereinslokal soll wo möglich nicht in einem Wirthshause sein.

d) Kein Mitglied darf einem andern Vereine angehören, der einen den Zielen des Jünglingsvereines feindlichen Zweck verfolgt.

e) Wo die Verhältnisse es gestatten, soll eine marianische Jünglingscongregation errichtet werden.

f) Der Präses eines jeden Vereines hat alle Jahre im Laufe des Monats Januar einen Bericht an den Diöcesanpräses zu Handen des Centralpräses einzuliefern. —

Ja sogar in protestantischen Kreisen beginnt's allmählig zu dämmern. So gestaltete sich die Versammlung des schweizer.-evangelisch-kirchlichen Hilfsvereines vom September d. J. zu einer Manifestation für die confessionelle Schule, indem alle Voten der protestantischen Prediger von dem Grundtone beherrscht waren: „Wir müssen protestantische Schulen haben." Herr Pfarrer Tuchschmid sagte sogar mit allem Nachdrucke, „die confessionslose Schule sei das Grab des Protestantismus". Wir nehmen natürlich an, daß, indem die Herren Pastoren so eindringlich die confessionelle Schule für sich in katholischen Gegenden reclamirten, sie desgleichen thun werden, wenn Katholiken in protestantischen und paritätischen Gegenden dasselbe fordern, denn in solchen Dingen kann man unmöglich mit zweierlei Ellen messen, sonst bekommt man den Ellstock auf den eigenen Rücken.

Das Jahr 1893 geht seinem Ende entgegen; es hat manch' guten Samen ausgestreut, möge er im neuen Jahre aufgehen! —

Ende November 1893.

LXXVIII.

Franziska Schervier. [1]
(1819—1876.)

Der verewigten Stifterin der Töchter der christlichen Liebe, auline von Mallinckrodt, deren Bild jüngst in diesen Blättern eichnet wurde, geistesverwandt und durch das Band enger reundschaft, sowie durch die Erinnerung an gemeinsam ver-bte Kindheitstage enge verbunden, hat Franziska Schervier ch nachmals im Leben in ähnlicher Weise um Kirche, Staat d Gesellschaft durch Pflege der christlichen Charitas sich un-rbliche Verdienste erworben. Billig rühmen die Einwohner achens sich ihrer großen Mitbürger, des weltberühmten Ge-ichtsschreibers der Stadt Rom, Alfred von Reumont, sowie s verewigten Bischofs Laurent, der als exakter Theologe e ein Saul sein Geschlecht überragte, auf dessen Lebens-icksale aber die Worte auf dem Grabmal Hadrians VI. in r Kirche der römischen Anima sich anwenden lassen: Proh lor! Quantum refert, in quae tempora vel optimi cujusque ta inciderit. Aber nicht minder stolz ist Aachen auf die in r Ueberschrift bezeichnete Tochter, die segnend, helfend, tröstend ie ein Engel der Nächstenliebe durch das Leben gegangen, ren Namen Tausende von Armen und Sterbenden gepriesen d die diesseits wie jenseits des atlantischen Oceans leuchtende

---

1) Die selige Mutter Franziska Schervier, Stifterin der Genossenschaft der armen Schwestern vom hl. Franziskus, dargestellt in ihrem Leben und Wirken von P. Ignatius Jeiler, O. S. Fr., Doctor der Theologie. Mit dem Bildniß der Seligen. Mit Approbation des hochw. Herrn Erzbischofs von Freiburg und Gutheißung der Ordensoberen. Freiburg, Herder 1893. 8°. XXIII, 580.

Spuren ihrer geräuschlosen, aber das Leben in seinen tiefsten Tiefen erfassenden Thätigkeit hinterlassen hat.

Das inhaltsreiche Leben dieser Heldin hat einen Bearbeiter gefunden, wie wir ihn würdiger nicht wünschen können. P. Ignatius Jeiler, der Vorsteher des Collegiums zum hl. Bonaventura in Quaracchi bei Florenz, der Herausgeber der Werke des seraphischen Lehrers, deren neue Auflage die ungetheilte Bewunderung aller Länder sich errungen, der gründliche Kenner der Theologie Bonaventuras, war wie kaum ein anderer geeignet, das Leben der Aachener Franziskanerin uns in zusammenhängender Darstellung vorzuführen. Ueberwiegend stützt er sich dabei auf ungedruckte Quellen, unter welchen die Briefe an die verstorbene Stifterin, sowie von derselben, nebst einer Chronik der Genossenschaft die erste Stelle einnehmen. Ueber diese und andere Quellen hat der gelehrte Verfasser sich in der Einleitung zu seiner Schrift eingehend verbreitet. Am Ende dieses Theiles (XXIII) bemerkt er: „Der Verfasser selbst hatte das Glück, dieser seltenen Frau in den letzten acht Jahren ihres Lebens in etwa nahe zu kommen, doch nicht als ihr Beichtvater und Seelenführer". Nur bei der endgültigen Redaktion der Constitutionen ihrer Genossenschaft hat Jeiler ihr Hülfe geleistet und außerdem bei Gelegenheit von geistlichen Uebungen, die er im Mutterhause zu Aachen ertheilte, sie näher kennen gelernt.

Gerade diese Stellung des Verfassers zu der verewigten Mutter Franziska leistet uns ausreichende Gewähr für die hohe Objektivität seiner Darstellung. Er ist in so nahe Beziehungen zu ihr getreten, daß er sich über den Werth ihrer persönlichen Tugenden, sowie über die Bedeutung ihres Wirkens ein vollkommen sicheres Urtheil zu bilden vermochte. Anderseits war aber sein Verhältniß zu ihr nicht durch die Verwaltung des Beichtvateramtes bedingt, was ihn als Biographen minder tauglich gemacht hätte. So konnte Jeiler eine Biographie liefern, die zufolge ihrer Objektivität, der Selbständigkeit der Auffassung, der lichtvollen Anordnung des Stoffes und der Schönheit der Darstellung zu den werthvollsten Leistungen moderner Hagiographie zu rechnen ist.

Uebrigens besitzt dieses Lebensbild noch einen andern

Vorzug, den wir scharf zu betonen wünschen. Auch ein Profanschriftsteller hätte aus der schier unermeßlichen Zahl der hier vorliegenden Thatsachen eine lesbare Biographie herstellen können. Er hätte den Satz verkörpert, mit welchem Jeiler seine Arbeit eröffnet: „Ein hochgestellter Protestant hat die Dienerin Gottes, deren Leben und Wirken in diesen Blättern dargestellt ist, lobend eine große Frau genannt". Indeß hätte ein solches Verfahren den Reichthum der Ideale dieses Lebens nicht erschöpft. Franziska Schervier glänzt als große katholische Frau und als Ordensstifterin. Beständig pflegte sie die Thatsache zu betonen, nicht sie, sondern Gott habe die Genossenschaft der Armenschwestern vom hl. Franziskus ins Leben gerufen. Dieses wunderbare Eingreifen des Allerhöchsten, in Verbindung mit den nicht selten in dem Leben der Stifterin sich kundgebenden mystischen Erscheinungen forderten entschieden als ihren Biographen einen Mann, der mit Scholastik und Mystik in gleicher Weise vertraut war. Gerade vom Standpunkt dieser unabweisbaren Forderung aus tritt uns der eigenthümliche Charakter dieses Lebensbildes anmuthend entgegen. Als gründlicher Kenner der Theologie und Mystik des hl. Bonaventura hat Jeiler in verdienstvoller Weise durch geschickt angebrachte kurze Bemerkungen und Erläuterungen aus den Werken der Kirchenväter, Scholastiker und Mystiker die Thatsachen dieses Lebens im Lichte der höchsten Wahrheiten beleuchtet. Weit entfernt, in diesem Verfahren einen Nachtheil zu erkennen, dünkt uns dasselbe ein Vorzug, dessen Schriften ähnlicher Art in diesem Maße nur selten sich erfreuen.

Was den Inhalt der lieblichen Schrift anlangt, so muß er in jedem Menschen von unverdorbenem Gemüthe einen unauslöschlichen Eindruck hervorrufen. Die in den bequemsten Verhältnissen des Lebens aufgewachsene Jungfrau sehen wir vom Vaterhause sich losreißen, um die Armuth des Heilandes und seines Dieners Franziskus sich als Gefährtin zu erwählen und mit deren unerschöpflichen Reichthümern Gott und dem Nächsten zu dienen. In harter Arbeit für Arme, Kranke, Bedrängte aller Art schaut der Leser Franziska heranreifen zum hohen Beruf als Stifterin der Armenschwestern vom hl. Franziskus. Selbstverständlich mußten ihre Bestrebungen im Gluth-

ofen der Verfolgung und des Widerspruches geläutert werden. Heldenhaft wurden auch diese ertragen und siegreich überwunden. Nach Genehmigung der Satzungen durch den Erzbischof von Köln fand am 12. August 1851 die erste feierliche Einkleidung in der St. Paulskirche zu Aachen statt. Von da hat sich das Institut unter fortgesetzter Anerkennung der kirchlichen und staatlichen Behörden von Jahr zu Jahr in seiner segensreichen Wirksamkeit ausgedehnt. Im Jahre 1865 gelangten die Constitutionen zum Druck und erlangten dann im Laufe der Zeit die übliche Bestätigung durch den apostolischen Stuhl.

Aus der Geschichte dieser Verhandlungen kann auch der katholische Canonist noch etwas lernen, denn sie zeigen unwiderleglich, mit welchem Ernst und mit welcher Vorsicht die römischen Congregationen in diesen Fragen zu Werke gehen. Den Culturkampf hat die Genossenschaft überdauert, ja während desselben eine solche Ausdehnung gewonnen, daß sie am Ende des Jahres 1892 nicht weniger als 36 Häuser in Europa und 15 in Amerika mit zusammen 1072 Schwestern zählte. Zweimal hat Mutter Franziska in Sachen ihres Ordens Nordamerika besucht. Die Mittheilungen über die Thätigkeit der Franziskanerinen auf den Schlachtfeldern und in den Lazarethen von 1864 und 1870 sammt den anerkennenden Schreiben der deutschen Kaiserin Augusta und des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich sind glänzende Blätter der deutschen Kirchengeschichte.

Im dritten Theile bringt Jeiler eine nähere Charakteristik der Mutter Franziska, beschreibt ihre Tugenden, ihr Ordensleben und ihre Grundsätze in der Leitung der Schwestern. Gerade diese Partie besitzt eine über die Genossenschaft selbst hinausgehende Tragweite und sollte in ähnlichen Vereinen ernste Beachtung finden. Aus dem Anhange heben wir den klassischen Todtenzettel hervor, den Bischof Laurent auf die zum Schmerz aller Klassen der Bevölkerung zu früh Verschiedene in seiner bekannten geistvollen Weise verfaßte.

Für eine zweite Auflage wünschen wir ein gutes Register.

A. Bellesheim

LXXIX

ber die angebliche Bewerbung Ludwigs XIV. um die deutsche Krone.

Es ist aus der Geschichte allgemein bekannt, daß die utsche Kaiserwürde wiederholt in Gefahr war, auf den rrscher einer fremden Nation überzugehen. Solange es h um die Krone Karls des Großen handelte, die Otto I. m deutschen Volke wiedergewonnen hatte, war eine Mit-werbung des Auslandes um die oberste weltliche Stelle der Christenheit nicht unnatürlich, allein selbst dann, als t dem Ausgang des Mittelalters dieses Verhältniß sich derte und das römische Kaiserthum sich in gewissem Sinne ein nationales deutsches verwandelte, bildete es nach wie r den Gegenstand eifriger Anwerbung seitens auswärtiger ynasten. Insbesondere äußerte sich diese Begehrlichkeit bei seren westlichen Nachbarn, und in der That wäre es bei m berüchtigten Treiben eines Theils der deutschen Fürsten, m man jenseits des Rheines die charakteristische Bezeichnung r politique de la main tendue gab, im 16. Jahrhundert em Franz I. ums Haar gelungen, die kaiserliche Würde sich zu bringen. Indessen gilt in unseren landläufigen eschichtsvorstellungen nicht dieser Valois, sondern ein ourbon, und zwar derjenige, dessen Name den Höhepunkt r Machtstellung des vorrevolutionären Frankreich bezeichnet, s der hauptsächliche Vertreter der geschilderten Tendenzen — dwig XIV. Nicht nur unsere vulgärgeschichtlichen Hand-

bücher, sondern selbst die ernstere Geschichtschreibung, namentlich wenn sie von kräftiger vaterländischer Empfindung getragen ist, pflegen zur Illustration der Ohnmacht Deutschlands nach dem 30 jährigen Kriege und des Uebermuths Frankreichs mit Vorliebe auf die Erscheinung hinzuweisen, daß es ein Ludwig XIV. wagen durfte, seine Hand nach der deutschen Krone auszustrecken. Und doch thut man dem Roi Soleil mit einer solchen Unterstellung eigentlich unrecht, wie sich nach dem gegenwärtigen Stand dieser Frage mit genügender Sicherheit sagen läßt.

Die These von der Candidatur Ludwigs XIV. hat selbst wieder ihre eigene und nicht uninteressante Geschichte. Die ältere französische Geschichtschreibung hat sie ohne weitere kritische Prüfung als eine feststehende Thatsache überliefert bis Henri Martin in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts sie verwarf. Seine Ansicht, daß Ludwig XIV., bezw. Cardinal Mazarin für ihn, niemals im Ernste nach der deutschen Krone gestrebt habe, wurde auch von den späteren französischen Historikern acceptirt. Namentlich war es von Bedeutung, daß Chéruel, der das Archiv der auswärtigen Angelegenheiten benutzen konnte, sich zu derselben Auffassung bekannte. Erst bei einer späteren Nachlese in den diplomatischen Papieren des Cardinals gelangte derselbe Gelehrte zur entgegengesetzten Ueberzeugung, die er im Jahre 1886 in einer Abhandlung der Pariser Akademie der Wissenschaften eingehend begründete. Wie wenig durchschlagend jedoch diese Publikation war, mag man daraus ersehen, daß der im vorigen Jahr erschienene zweite Band des Cosnacschen Werkes „Mazarin et Colbert“ sich wieder an die früher übliche Darstellung der französischen Politik der Jahre 1657/58 hält.

In Deutschland haben, wie schon gesagt, die Geschichtschreiber stets die Meinung vertreten, daß von französischer Seite im Jahre 1657 wirklich der Versuch unternommen worden, Ludwig XIV. dem deutschen Volke als König und

Kaiser aufzudrängen, aber erst Pribram hat im 73. Band des Archivs für österreichische Geschichte an Hand eines mit großem Fleiße in in- und ausländischen Archiven gesammelten Materials den Gegenstand einer eingehenden wissenschaftlichen Prüfung unterzogen. Aus seinen Darlegungen ergibt sich zur Evidenz, daß von einer Bewerbung Ludwigs XIV. um die deutsche Krone nicht die Rede sein kann, daß aber Mazarin die Möglichkeit ihrer Erwerbung für seinen königlichen Herrn längere Zeit alles Ernstes erwogen hat. Den Standpunkt Pribrams theilt im Allgemeinen auch Erdmannsdörffer in seiner Deutschen Geschichte von 1648—1740, Berlin, 1892 (in Onckens Allg. Gesch. in Einzeldarstellungen), doch scheinen mir seine hieher gehörigen Ausführungen sich dem oben mitgetheilten Urtheil Henri Martins sehr zu nähern, so daß die historische Forschung mit ihren Ergebnissen in dieser Frage so ziemlich wieder da angelangt wäre, wo sie vor 60 Jahren ihren Ausgang genommen hat.

Wie man sieht, gehört die vorwürfige Angelegenheit zu den subtilsten Problemen der Geschichtsschreibung, bei denen es überaus schwierig ist, die sicheren Linien des historischen Faktums zu bestimmen. Aus diesem Grunde und weil ein Lehrsatz der Geschichte in Frage steht, der in unserer öffentlichen Meinung von jeher eine gewisse Rolle gespielt hat, dürfte es auch für weitere Kreise von Interesse sein, den aus den vorhandenen Akten festgestellten Thatbestand kennen zu lernen.

Durch den westfälischen Frieden wurde der Selbständigkeit Deutschlands ein schwerer Schlag versetzt, insofern als gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages dem Auslande und zwar zunächst Frankreich und Schweden eine Handhabe liehen, sich in die innerdeutschen Angelegenheiten zu mischen. Die nächste Gelegenheit hiezu boten die Verhandlungen über die Thronfolge im Reich nach dem Tode des ältesten Sohnes Kaiser Ferdinands III. Frankreich wollte um jeden

Preis das habsburgische Haus von der Succession in der kaiserlichen Würde ausgeschlossen wissen. Es handelte sich hiebei weniger um eine Fortsetzung des Kampfes gegen die Weltstellung des Hauses Habsburg im Allgemeinen als um ganz aktuelle Interessen. Frankreich lag noch immer im Kriege mit Spanien, und Deutsch-Habsburg hörte nicht auf, gegen den Wortlaut des westfälischen Friedens der spanischen Seitenlinie militärischen Succurs zu leihen. In Frankreich wurde man allgemach ungeduldig, die Regierung drohte mit Repressalien und forderte insbesondere die mächtigeren Reichsfürsten auf, durch Ausschluß Oesterreichs vom Kaiserthum demselben die Gelegenheit zur Bethätigung seiner offensiven Gesinnungen zu schmälern; anderufalls sei der Krieg unvermeidlich. Das Auftreten der französichen Regierung blieb nicht ohne Wirkung, namentlich bei den geistlichen Kurfürsten am Rhein, die von der vertragswidrigen Haltung Oesterreichs für ihre Gebiete bei der Nähe der französischen Grenze ernstliche Besorgnisse zu hegen begannen; sie zeigten sich auch geneigt, auf die Forderung Frankreichs einzugehen. Aber wem sollte dann die kaiserliche Würde übertragen werden, wenn das habsburgische Haus, das seit mehr als zwei Jahrhunderten in deren Besitz war, bei der nächsten Wahl übergangen werden sollte? Frankreich wies auf Bayern. In der That mußte Bayern in diesem Falle als der mächtigste katholische Reichsstand nach Oesterreich und als der einzige weltliche Kurstaat, dessen Dynastie beim alten Glauben geblieben war, am nächsten für das Kaiserthum in Betracht kommen; denn an die Wahl eines evangelischen oder gar reformirten Reichsfürsten war nicht zu denken. Aber alle Versuche, den bayerischen Kurfürsten Ferdinand Maria für die Annahme der Krone zu gewinnen, schlugen fehl. Für diesen selbst hatte das Projekt begreiflicher Weise viel Verlockendes und namentlich seine Gemahlin, eine junge ehrgeizige Italienerin, hat nachmals mit dem ganzen Feuer ihres südländischen Temperamentes die Bemühungen des



luslandes, den Kurfürsten für die Prätendentenrolle zu
ewinnen, unterstützt. Allein der persönliche Einfluß des
aum erst der Mündigkeit entwachsenen Kurfürsten auf die
olitischen Angelegenheiten des Landes war damals noch
hr gering; die Regierungsgeschäfte ruhten in den Händen
nes im Dienste des bayerischen Fürstenhauses ergrauten
Staatsmannes, des Grafen Maximilian Kurz, dessen Sym-
athien unverkennbar zu Oesterreich neigten und der seine
ganze Autorität, die er über den Kurfürsten als dessen
ormaliger Erzieher besaß, aufbot, um ihn von dem Ein-
ehen auf die Intentionen Frankreichs als von einem ge-
hrlichen Abenteuer zurückzuhalten.

So standen die Dinge, als am 2. April 1657 Kaiser
erdinand III. unerwartet früh die Augen für immer schloß.
ie Frage der Wiederbesetzung des Kaiserthrones trat damit
ein akutes Stadium, ehe Frankreich ihre Erledigung in
iner ihm genehmen Weise gesichert hatte; doch hatte es
urch seine Umtriebe wenigstens soviel erreicht, daß der
ch dem bisherigen Wahlusus zunächst berufene einzige
ohn Ferdinands III., Erzherzog Leopold, König von Böhmen
nd Ungarn, unter den Candidaten nicht genannt wurde.
ie geistlichen Kurfürsten hatten bereits ihr Augenmerk
f Leopold Wilhelm, den Bruder des verstorbenen Kaisers
richtet, während Frankreich immer noch an erster Stelle
n bayerischen Kurfürsten, an zweiter den Herzog Philipp
ilhelm von Neuburg, ebenfalls aus wittelsbachischem Hause,
npfahl. Beiläufig wurde auch der Inhaber des schwedischen
önigsthrones, Karl Gustav aus dem Hause Zweibrücken-
leeburg, also ein dritter Wittelsbacher, unter den ver-
uthlichen Bewerbern angeführt und — last, but not least —
önig Ludwig XIV. von Frankreich.

Die Idee einer Candidatur Ludwigs XIV. für den
utschen Thron war nicht neu. Der Marquis von Castel-
odrigo hatte sie schon vor längerer Zeit in einer für das
anische Kabinet bestimmten Denkschrift erörtert, ebenso

hatte schon früher ein französisches Flugblatt die Ansicht vertreten, daß Ludwig XIV. als Nachkommen Karls des Großen ein näheres Anrecht auf die deutsche Krone zustehe als den Habsburgern, und jetzt, da dieselbe vakant geworden war, wurde nach Gerüchten, die dem kölnischen Kurhofe aus Frankreich zugingen, dort in sehr concreter Gestalt die Möglichkeit der Berufung eines Bourbons — des Königs selbst oder des Herzogs von Orleans — auf den verwaisten Thron besprochen. Daß für diese letzteren Kundgebungen die leitenden Kreise des damaligen Frankreich verantwortlich zu machen sind, möchte man eher verneinen als bejahen; wenigstens hat der französische Gesandte in Königsberg de Lumbres dergleichen Aspirationen seines königlichen Herrn in Abrede gestellt[1]) und in der gleichen Weise hat der französische Geschäftsträger Graf Vagnée, der am kölnischen Hofe für die wittelsbachische Candidatur thätig war, in bestimmter Form das „von feindlicher Seite ausgestreute Gerücht" dementirt, „als ob der König von Frankreich (in der Wahlfrage) auf sich selbst ziele".[2]) Dennoch dürfte gerade von einem Agenten der französischen Regierung in Deutschland der Anstoß zu einer Mitbewerbung Frankreichs ausgegangen sein. Gravel, den seine diplomatischen Aufträge ebenfalls vornehmlich an die rheinischen Kurhöfe führten, scheint im Laufe der von ihm gepflogenen Verhandlungen den Eindruck gewonnen zu haben, daß die Chancen für eine französische Candidatur ungleich günstiger lägen als für die von ihm offiziell betriebene bayrische. So äußerte der kurmainzische Kanzler Boineburg gegen ihn, er sehe eigentlich nur drei Personen, denen man die Krone anbieten könne: den König von Frankreich, den Erzherzog Leopold und dessen Oheim, Erzherzog Leopold Wilhelm, und wiederholt soll er, wenn von der Wahl die Rede war, ausgerufen haben: „Nous aurons, s'il plaît à Dieu, un Louis cinq".

1) Erdmannsdörffer, Urk. und Akt. Bd. II, Abschn. 2, S. 52.

2) Heide in den Forschungen zur deutschen Gesch., Bd. 25, S. 5

Aehnlich bemerkte der Kurfürst von Mainz selbst, Johann Philipp von Schönborn, gegen Gravel: er halte die Wahl des Herzogs von Neuburg, so sehr er sie wünsche, für schwer durchführbar und sehe voraus, daß man, falls Bayern die Krone ausschlagen sollte, zwischen Frankreich und Oesterreich zu wählen haben werde. Der Gedankengang des Kurfürsten wie der seines Kanzlers ist augenscheinlich gleichmäßig der folgende: die Wahl des Neuburgers wird sich nicht durchsetzen lassen, Bayern nimmt schwerlich an, andere katholische Reichsfürsten können für diesen Zweck nicht in Betracht kommen, also bleibt nichts übrig, als einen Habsburger zu wählen oder die Krone einem auswärtigen Potentaten, in diesem Falle dem König von Frankreich, anzutragen. Dafür aber, daß sie die Wahl des Franzosenkönigs im Ernste als unter Umständen geboten oder als nur möglich ansahen, ist nicht der geringste Anhaltspunkt gegeben; was Boineburg betrifft, so läßt sich in dem Charakterbild dieses Mannes ein derartiger Mangel patriotischer Denkungsart sonst nicht entdecken, und ebensowenig würde eine solche Auffassung zu der politischen Einsicht stimmen, die er in einer wenige Jahre zuvor verfaßten ausführlichen Denkschrift bekundete, worin er die Wahl eines jeden anderen Fürsten als des Erzherzogs Leopold als ein Unding bezeichnete. Aber auch vom Kurfürsten von Mainz liegt nicht die leiseste Andeutung vor, daß er jemals zur Erhebung Ludwig XIV. die Hand geboten haben würde. Der eigentliche Sinn ihrer vorerwähnten Redewendungen kann daher nur der gewesen sein: bei der ablehnenden Haltung Bayerns haben wir mangels eines anderen passenden Candidaten aus dem Reich nur die Wahl zwischen einem Ausländer, als welcher der Franzosenkönig zunächst in Betracht kommen würde, und einem Habsburger; jenen können wir nicht nehmen; Leopold, den Nachfolger Ferdinands III. in den österreichischen Erblanden, läßt Frankreich nicht zu; also bleibt Niemand übrig als des letzteren Oheim Leopold Wilhelm. In der That war

derselbe der Candidat der geistlichen Kurfürsten und die von dieser Seite im Munde geführte Parole von der eventuell nothwendigen Berufung Frankreichs zum Kaiserthum hatte also nur die Bedeutung einer Pression, um den Mann ihrer Wahl leichter durchzudrücken. Mit dieser Auffassung deckt sich eine Aeußerung des Grafen Franz Egon Fürstenberg, einer Vertrauensperson des Kurfürsten von Köln, gegen den brandenburgischen Gesandten Canstein aus den ersten Tagen des Juni 1657: man denke nunmehr an die Erhebung des Erzherzogs Leopold Wilhelm, dem Oesterreich in diesem Falle einiges Land abtreten müsse; man hoffe, die sich dabei ergebenden Schwierigkeiten mit der Drohung einer Candidatur Frankreichs aus dem Wege zu räumen. (Urk. u. Akt. z. Gesch. des Groß. Kurf. VIII., S. 440.)

Gravel scheint nun von dem Zusammenhang, in welchem Frankreich gesprächsweise zu der Wahlangelegenheit gebracht wurde, keine Ahnung gehabt zu haben, nahm, was er darüber hörte, für baare Münze und berichtete es, vermuthlich in sehr aufmunternden Worten, an den französischen Hof, während er zugleich auf eigene Faust mit verschiedenen politischen und privaten Persönlichkeiten aus der engeren Umgebung der geistlichen Kurfürsten Beziehungen zur gemeinsamen Förderung einer französischen Candidatur anknüpfte. Namentlich wurde der Bruder des Mainzer Kurfürsten für die Angelegenheit gewonnen, der Herzog von Neuburg erklärte aus freien Stücken, auf seine Wahl zu Gunsten Frankreichs verzichten zu wollen, und schließlich erbot sich auch der genannte Graf Fürstenberg, falls Mainz ehrlich für die Wahl Ludwigs XIV. eintreten wolle, auch den Kurfürsten von Köln für dessen Sache zu gewinnen; es schien nach den Berichten Gravels und des mit ihm in gleicher Richtung arbeitenden Landgrafen von Hessen-Homburg, als ob Frankreich nur zuzulangen brauche, um die deutsche Krone davonzutragen.



Auf alle diese Nachrichten hin fand sich Mazarin endlich veranlaßt, der Sache einen Schritt näher zu treten.[1]) Es ist nicht ohne Interesse, die feine und behutsame Art kennen zu lernen, mit der der erfahrene Staatsmann im Unterschied zu dem sanguinischen Drängen seiner diplomatischen Gehilfen den Gegenstand angefaßt wissen möchte. Er theilt ihnen (unterm 23. Juni 1657) mit, daß eine derartige Anregung bereits von kurfürstlicher Seite an ihn erfolgt sei; so habe ihm ein Kurfürst sagen lassen, daß es noch viel mehr im Interesse Deutschlands liege, wenn der König von Frankreich seine eigene Wahl betreibe, statt derjenigen eines deutschen Fürsten; ein anderer Wahlfürst habe sich wenigstens annähernd so ausgedrückt. (Es können hier nur Pfalz und Brandenburg gemeint sein.) Der König habe sich darüber sehr bescheiden geäußert, und nur als seinen Wunsch ausgesprochen, daß die Kurfürsten volle Freiheit haben möchten, nach ihrem Gutdünken ihre Wahl zu treffen; nur hoffe derselbe, daß sie sich nicht überreden lassen würden, den künftigen Kaiser aus dem Hause Oesterreich zu wählen. Nicht so kühl stand Mazarin den Dingen gegenüber; er meinte, wenn sich auch der König große Zurückhaltung auferlege, so brauche man doch die Sache nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die französische Regierung hatte damals zur Bekämpfung des österreichischen Einflusses bei gewissen Wahlfürsten und ihren gewichtigsten Rathgebern die Summe von 1 Million Lire (nicht, wie bisher angenommen wurde, 3 Millionen, s. Cosnac a. a. O. Bd. 2, S. 124) flüssig gemacht; Mazarin bemerkte hiezu in dem angeführten Schreiben: falls sich wirklich für den Versuch, dem König von Frankreich die Krone zu verschaffen, ein Erfolg absehen lasse, würde man die Hand noch weit mehr öffnen;

1) Pribram a. a. O. S. 183 ff. meint, daß die Idee einer französischen Candidatur lange vorher von Mazarin aufgegriffen und Gravel nur sein Werkzeug gewesen wäre, aber seine Argumente überzeugen nicht.

man müsse in dieser Angelegenheit die Augen offen halten und wenn man sehe, daß sich die Dinge günstig anlassen, so könne der Gesandte (Gravel) gegen den Herrn von Boineburg wie von selbst gelegentlich eine zarte Andeutung machen, um zu erfahren, wie der Kurfürst von Mainz darüber denke. An diesen sowie dessen Bruder könne er auch die Aeußerungen der beiden Kurfürsten, die Frankreich zu einer Bewerbung um die Krone ermuntert hätten, weiter melden, sonst aber an Niemand. Noch lebhafter erörtert diesen Gedanken Mazarin in einem folgenden Schreiben aus demselben Monat, wonach die Idee einer Union des deutschen Kaiserthums mit dem französischen Königthum sich bei ihm bereits zu einer sehr bestimmten Vorstellung verdichtet hatte. Vermuthlich an das oben citirte Wort des Mainzer Kurfürsten anknüpfend, daß, wenn Bayern und Neuburg nicht gewählt werden könnten, nichts übrig bleibe, als an Frankreich oder einen österreichischen Prinzen zu denken, fährt er fort: in diesem Falle würde Se. Majestät ganz nach dem Rath, den ihm Mainz geben würde, die Krone eventuell annehmen; also, wenn Mainz glaube, daß der König daran denken dürfe und die Sache durchgehe, so würde der Kurfürst von Mainz die Last der Regierungsgeschäfte zu übernehmen haben, der König sich aber davon fern halten und sich nur zur Aufgabe machen, sich und seine materiellen Mittel dem einen Zweck zu widmen, das Reich gegen seine Feinde zu schützen und es in seiner Größe und seinem Glanze zu erhalten. Wahrlich kein übler Köder für den Mainzer: ein Kaiserthum Ludwigs XIV. dem Namen nach, die faktische Regierung in den Händen des Erzkanzlers.

Wir wissen jedoch nicht einmal, ob der schmeichelhafte Vorschlag überhaupt an seine Adresse gelangt ist. Nach den Mittheilungen bei Pribram sollte man es fast bezweifeln. Doch ist sicher, daß Mazarin auch noch geraume Zeit hindurch mit der Möglichkeit der Erwerbung der deutschen Krone für Frankreich rechnete. Im August wurde eine französische

Specialgesandtschaft zum Wahltag nach Frankfurt beordert, bestehend aus dem Herzog von Grammont und dem Marquis de Lionne; ihre Instruktion lautete genau so wie der bisherigen französischen Unterhändler auf Beförderung der Wahl eines Wittelsbachers. In einem ergänzenden Schreiben dagegen vom 29. Juli kam Mazarin wiederum auf das Projekt der Berufung Frankreichs zum Kaiserthum zurück: wenn es uns, hieß es darin, nicht gelingen sollte, den Kurfürsten von Bayern, den Pfalzgrafen oder den Herzog von Neuburg zum Kaiserthum zu bringen, und es sich bewahrheiten sollte, daß Pfalz und Brandenburg es lieber sähen, daß der König von Frankreich Kaiser würde, so hätten sie sich dem gegenüber sehr reservirt und bescheiden zu verhalten und zu erwidern, daß Se. Majestät keinerlei Ehrgeiz besitze und nicht darnach trachte, daß dieselbe jedoch dem Drängen ihrer Freunde nachgeben würde, wenn sich kein anderes Mittel zeige, das Haus Oesterreich auszuschließen; dabei müsse man indessen allezeit betonen, daß Se. Majestät tausendmal lieber die Kaiserwürde auf die Person des Neuburgers als auf ihre eigene übertragen sehen möchte. Allein trotz der hier zur Schau getragenen Uneigennützigkeit scheint auf Mazarin der Glanz der Krone, die ihm für sein Königshaus von ferne winkte, doch eine größere Anziehung ausgeübt zu haben, als er eingestehen wollte; denn in demselben Briefe bemerkt er: wenn nur der Krieg, in dem Frankreich gegenwärtig mit Spanien liege, die Kurfürsten abhalten sollte, Ludwig XIV. die Krone anzubieten, so würde man die Waffen sofort niederlegen und zwar zu Bedingungen, wie sie das Kurfürstencollegium für gut befände.

Allein alles Liebeswerben war umsonst. Ende August kam der kölnische Diplomat Graf Wilhelm Fürstenberg mit Mazarin in Metz zusammen, um mit ihm wegen der Wahl des Erzherzogs Leopold Wilhelm, dem die geistlichen Kurfürsten ihr Votum zu geben beschlossen hatten, zu conferiren; bei dieser Gelegenheit gab er mit kurzen Worten zu ver-

stehen, daß eine französische Candidatur keine Aussicht habe. Mazarin antwortete darauf mit keiner Silbe. „Es schien", sagt Pribram, „als habe er die betreffenden Worte überhört oder die Angelegenheit von vornherein für ein Spiel der Phantasie gehalten."

Gleichwohl hat Mazarin noch einmal ein Zeichen von sich gegeben, daß er noch nicht aufgehört, sich mit dem Trugbild, dessen Erreichung seinem politischen Ehrgeiz ehedem geschmeichelt, zu beschäftigen. Vermuthlich kurz nach jener Zusammenkunft mit dem Grafen Fürstenberg schickte er an die französische Gesandtschaft nach Frankfurt ein italienisches Flugblatt, das für seine Zwecke Propaganda machte. Die Gesandten schrieben jedoch zurück, daß es unzweckmäßig sei, die Schrift zu verbreiten, da sie die Wahl Ludwigs XIV. empfehle, wonach Frankreich zur Zeit nicht trachte (à quoi présentement la France ne tend pas)[1], und daß sie erst dann von ihr Gebrauch machen würden, wenn die Dinge eine hiefür geeignete Wendung nehmen sollten. Es kam jedoch begreiflicher Weise nicht dazu und die Candidatur Ludwigs XIV. blieb fortab begraben.

Die französischen Gesandten wirkten, ihrer Instruktion gemäß, noch bis zum Ende des Jahres 1657 für die Erhebung des bayerischen Kurfürsten, und da dessen Wahl zumeist an seinem eigenen Widerstand scheiterte und Erzherzog Leopold Wilhelm ablehnte, da kam, was die einsichtigeren Elemente im Reiche längst erwartet und herbeigesehnt hatten: die Wahlfürsten übertrugen die Krone dem Sohn und Nachfolger des verstorbenen Kaisers in den österreichischen Erblanden, Erzherzog L e o p o l d, König von Böhmen und Ungarn. Damit hatte der überlieferte Wahlmodus sein Recht behauptet. Bes

1) So nach einer Copie im Münchener Staatsarchiv; in der im Wiener Archiv enthaltenen lat. Uebersetzung scheint diese Stelle in auffälliger Abweichung so gelautet zu haben, daß Pribram sie (S. 312) mit den Worten wiedergab: „wohin niemand in dieser Versammlung (nämlich der Wahlversammlung) zielt."

mis ad unicum Leopoldum redibit, hatte Boineburg
on vor Jahren vorausverkündet. Frankreich aber mußte
h mit der Abfindung begnügen, daß durch Aufnahme
enger Bestimmungen in die Wahlkapitulation der neue
iser verhindert wurde, in den schwebenden französisch-
anischen Krieg sich zum Nachtheil Frankreichs einzumischen.
Das ist der geschichtliche Verlauf der sog. Candidatur
dwigs XIV. um die deutsche Kaiserwürde, nach dem, was
rüber an authentischem Material vorliegt. Noch sind darin
hrfache Lücken enthalten, die sich nur durch Combination
sfüllen lassen, dennoch dürfte jeder Leser, der unserer
rchaus objektiven Darstellung des Sachverhalts gefolgt ist,
der Ueberzeugung gelangt sein, daß von einer Bewerbung
ses Monarchen um die deutsche Krone eigentlich nicht ge-
ochen werden kann. Aber auch Mazarin hat bei den
lomatischen Schritten, die er, irregeleitet durch die zu-
rsichtlichen Berichte gewisser Agenten, zu Gunsten einer
ndidatur seines Königs unternahm, sich auf einige zarte
Fühler" beschränkt. Als er dann sein Fiasco bemerkte,
t er, als ob ihn die Sache völlig gleichgiltig ließe; ja
Januar 1658 stellte er überhaupt in Abrede, daß
dwig XIV. jemals nach dem Kaiserthum getrachtet habe,
s ja auch den Thatsachen mehr oder weniger entsprach.
as Erfreulichste an der ganzen Angelegenheit ist für uns,
ß auf deutscher Seite, von einigen Politikern zweiten oder
itten Ranges abgesehen, niemand sich dazu hergab, eine
nzösische Bewerbung zu fördern. Denn daß Pfalz und
randenburg sich im Ernste für die Berufung des Königs
n Frankreich zum Kaiserthum ausgesprochen hätten
Mazarins Schreiben vom 23. Juni 1657), scheint
azarin selbst nicht recht geglaubt zu haben, sonst hätte er
h nicht in seinem Briefe vom 29. Juli mit Beziehung
rauf der Wendung bedient: s'il trouvât vrai que etc
s den Akten ergibt sich nur soviel, daß Karl Ludwig von
r Pfalz sich gegen Gewährung von Subsidien verpflichtete,

seine Stimme dem von Frankreich aufgestellten Candidaten zu geben; von Ludwig XIV. war jedoch bei diesen Verhandlungen nicht die Rede. Und was den Großen Kurfürsten betrifft, so stand er allerdings bei Beginn der Wahlverhandlungen als Bundesgenosse Schwedens und Gegner des mit Polen alliirten Oesterreich mit dem letzteren nichts weniger als auf freundschaftlichem Fuße; es mag daher zu jener Zeit wohl eine Aeußerung von ihm gefallen sein, wie sie in dem obenerwähnten Schreiben Mazarins vom 23. Juni 1657 reproducirt erscheint. Andererseits ist aber auch wieder sicher, daß Friedrich Wilhelm von dem Augenblick an, wo Oesterreich in eine versöhnlichere Haltung gegen ihn einlenkte, für die Erhebung Leopolds wirkte, um deren schließliche Durchführung er sich in der Folge nicht geringe Verdienste erwarb. Dr. Gustav Heide.

LXXX.

William George Ward in seiner katholischen Periode.

(1845 – 1882.)

(Schluß.)

Für eine genaue Charakteristik des Cardinals Newman enthält Ward's biographisches Werk unschätzbare Beiträge. Diese sind einzig in ihrer Art, weil sie nicht allein auf dessen Briefwechsel mit dem Helden der Biographie, sondern auf mündlichen Unterredungen des Cardinals mit dem Verfasser beruhen. Nach Ausweis der Vorrede haben die Unterredungen zwischen Cardinal Newman und Wilfrid Ward 1885 stattgefunden, wobei der Kirchenfürst den Verfasser ermächtigte, eine Reihe der von ihm an dessen Vater ge-

richteten Briefe als „genauen Ausdruck seiner geistigen Verfassung in den damaligen Streitigkeiten" mitzutheilen. Außerdem sandte er an Wilfrid einige Briefe, die Ward damals an ihn (den Cardinal) gerichtet, zur Veröffentlichung. Auf diesen beruht das wichtige achte Kapitel, welches sich in den Satz zusammenfassen läßt: In den Principien durchaus übereinstimmend, haben Newman und Ward bei der Anwendung derselben auf die wirklichen Einzelfragen des Lebens sich vielfach voneinander getrennt. Diese Fragen betrafen 1. die katholische Universitätsbildung der Katholiken, 2. die Beziehungen zwischen wissenschaftlicher Untersuchung und dem Einfluß der Autorität, 3. die von Döllinger in seiner Rede vor der Gelehrtenversammlung im September 1863 erörterte Ansicht über die beste Methode in der Behandlung der theologischen Wissenschaft. Was die erste Frage anlangt, so trat Ward dem von den Herausgebern der liberalen „Home and Foreign Review" befürworteten Besuch der anglikanischen Landesuniversitäten seitens der Katholiken mit dem ganzen Aufgebot seiner Gelehrsamkeit entgegen. Damit wandte er sich auch gegen Newman, welcher die Schöpfung eines Oratoriums vom heiligen Philipp Neri in Oxford betrieb. Ward hatte alle Bischöfe für sich, Newman dieselben gegen sich. Mit Ward stimmten überein die bedeutendsten protestantischen Autoritäten, wie Markus Pattison, der hochliberale Präsident des Lincoln Collegs in Oxford. Die Befürchtungen der katholischen Bischöfe vollkommen theilend, bemerkte Pattison, die geistige Atmosphäre in Oxford müsse den katholischen Studenten unausweichlich dekatholisiren.[1]) Man würde irren, wollte man Ward als engherzig bezeichnen. Gegen den Umgang mit den Schriften der protestantischen oder modern-ungläubigen Gelehrten hat er sich, wie seine großen Leistungen beweisen, durchaus nicht abgesperrt. Zu ihrem Schrecken haben Stuart Mill, Herbert

---

1) A. Bellesheim, Henry Edward Manning 114.

Spencer, Charles Darwin, Huxley und Tyndall erfahren, wie er ihnen bis in die äußersten Folgerungen ihrer falschen Theorien gefolgt ist. Aber was Ward im Interesse der Selbsterhaltung des Katholicismus forderte, lautet dahin: „Erfüllt den Jüngling mit katholischen Principien, versetzt ihn in ein katholisches Luftreich, flößt ihm ein Gegengift wider die falsche Philosophie ein — dann könnt ihr sicher und ruhig sein“ (191). Newman auf der andern Seite war ebenfalls stets abgesagter Feind des Liberalismus, aber weit entfernt davon, das ganze Werk des Unterrichts unter dem Gesichtspunkte eines Mittels zur Durchdringung mit christlichen Principien aufzufassen, behandelte er in seinem Buche „Idee einer Universität“ die Geistescultur lediglich als Selbstzweck.

Bezüglich der zweiten und dritten Frage wichen Ward und Newman von einander ab, sobald es sich um die nähere Anwendung der Grundsätze handelte, in denen sie beide harmonirten. Wenngleich volle Unterwerfung unter die Entscheidungen der Kirche fordernd, lehnte Newman die Forderung Ward's ab, gemäß welcher der Vertreter der Wissenschaft die Ergebnisse seiner Untersuchung an ihrer Uebereinstimmung mit der Theologie prüfen solle. Die Theologie endlich, lehrte Ward mit Bezug auf die dritte Frage, soll sich auf den Entscheidungen der kirchlichen Autorität als ihrem positiven Fundamente aufbauen. Newman dagegen sah das Eingreifen Rom's „in erster Linie als negativ“, abwehrend, nicht als construktiv an (195, 196). Wen erinnert diese Geistesrichtung Newman's nicht an die Via media beim Ausgang seiner anglikanischen Periode? Ward's weitere Ausführungen lassen keinen Zweifel darüber, daß Newman mit dem Programm Döllinger's durchaus nicht übereinstimmte, weil er die betreffenden Lehrschreiben Pius IX. an den Erzbischof von München ganz und voll anerkannte (206). Aber „die Folge seiner Haltung war, daß er (Newman) von denen, welche ihn nicht genauer kannten, wie in der Zeit von Broschüre (Tract) 90, den

Vorwurf übertriebener Schärfe und eines Vorbehaltes erfuhr welcher mit dem von der Zeitlage geforderten offenen Bekenntniß unvereinbar schien" (205).

„Der Syllabus und das Vatikanische Concil" schildern Ward's mächtiges Eingreifen in die damaligen Bewegungen Sein ganzes Streben ging dahin, die päpstliche Autorität zu stärken. Auch hier spitzen sich die Gegensätze wieder scharf zwischen Ward und Newman. Doch läßt sich nicht verkennen, daß Ward in seinen Anschauungen mehr als einmal die richtige Mitte überschritt, wenn gleich er als tiefer Denker und Feind der Phrase über Veuillot und seinen Collegen um Sonnenweiten sich erhebt. Indem wir für das Detail den Leser auf das Buch selbst verweisen, seien jene Stellen betont, in welchen Ward als charaktervoller Gelehrter frühere Uebertreibungen förmlich widerrief. „Gegenwärtig", schrieb er zwei Jahre vor seinem Tode, „habe ich keinen Zweifel darüber, daß ich in verschiedenen Schriften einen oder zwei Punkte zu stark betonte. . . Zum Theil lag das an der Hitze der Polemik, aber noch mehr in einem gewissen Streben nach unzeitiger logischer Vollständigkeit (premature logical completeness), das ich zu meinen Hauptfehlern rechne". Eine Frage, in welcher er seiner früheren Ansicht Lebewohl sagte, hebt unser Verfasser stark hervor. Während er 1870 behauptete, die Thatsache, daß der Papst allen Gläubigen eine Lehre als sicher vortrage, enthalte einen positiven Beweis für die Ausübung seines unfehlbaren Lehramtes, trat er 1881 der Behauptung Perrone's bei, „möglicherweise könne der Papst lediglich die bestehende katholische Lehre erklären, ohne dabei als unfehlbarer Dolmetsch auftreten zu wollen" (264). Im Detail mag Ward geirrt haben, aber die großen Linien seines Systems wurden vom Vatikanum bestätigt. Denn, „menschlich zu reden, ist das Concil auf die ultramontane Bewegung zurückzuführen. Hat es auch Ward in allen und jeden seiner Aufstellungen nicht gerechtfertigt, so erzeugte es jenen Geist der

Unterwerfung unter den heiligen Stuhl, welchen Ward durch eine Theorie zu begründen suchte, die er nachmals selbst als übertrieben ablehnte“ (265).

Wenngleich Ward als Redakteur der „Dublin Review“ die bedeutendsten Artikel selbst lieferte, so standen ihm doch auch eine Reihe fähiger Mitarbeiter zur Seite. Unter diesen ragt hervor der Dompropst und nachmalige Erzbischof Manning. Ueber die Berufung Manning's auf den erzbischöflichen Stuhl von Westminster enthält vorliegendes Buch einen neuen nicht unwichtigen Beitrag. Der Dompropst war nicht sehr populär, das Domkapitel setzte ihn nicht auf die Candidatenliste, welche dem Papst vorgelegt wurde. Aber der Dompropst glänzte als ein geistesmächtiger Priester, welcher die Zeichen der Zeit zu deuten verstand, als ein Arbeiter, der in einem Tage mehr leistete, als seine Opponenten in Monaten zu Stande brachten. Männern wie Ward, die von großen Gesichtspunkten bei der Beurtheilung von Bischöfen ausgingen, mußte eine solche Persönlichkeit sich bestens empfehlen. Die ganze Macht seines Ansehens warf Ward in Briefen an Msgr. Talbot, den dienstthuenden Kammerherrn Pius IX., für Manning's Berufung in die Wagschale. Indem Talbot in seinem Briefe vom „Vatikan, 12. Mai 1865“ die Beförderung Mannings seinem Freunde Ward meldet, fügt er bedeutungsvoll hinzu: „Eine Verkettung von Umständen, welche zweifelsohne die göttliche Vorsehung gefügt hat, führten die Ernennung herbei. Angesichts der Opposition seitens des Episkopates, der niedern Geistlichkeit und der Mehrheit der Laien, hielt ich es nie für möglich, daß er (Manning) je Erzbischof werden könnte. Doch hat Gottes Allmacht unsere Befürchtungen wunderbar besiegt und der heilige Vater, angeweht vom heiligen Geiste, hat ihn ernannt“ (221). Aber auch mit Newman unterhielt Ward um diese Zeit einen lebhaften Briefwechsel, worin sich „Zeichen abweichender Meinungen kundgaben, welche im Laufe der Zeit sich verschärften“ (216).

Durch Manning trat Ward auch in Beziehung zu einem
lanne, welchem der erstere in seiner Geschichte des Vati-
nischen Concils ein herrliches Denkmal gesetzt.[1] In der
hat: Karl August Cardinal Reisach, welcher Kleutgens
heologie der Vorzeit ins Italienische übertragen, mußte
h sympathisch verhalten gegenüber einem Philosophen,
lcher der Scholastik in England die Wege ebnete. Im
li 1866 erschien der Cardinal mit dem Erzbischof Manning
i Ward in dessen bescheidener Wohnung zu Old Hall
im St. Edmund's Colleg. „Reisach hatte Ward vieles
sagen über die in Rom herrschende Stimmung und die
rschiedenen theologischen Strömungen daselbst.“ Auf dem
paziergang kam der Cardinal auf die Bestrafung Passag-
r's durch Pius IX. zu sprechen, zuweilen belobte er einen
rtikel des Pariser „Univers“, was Ward gänzlich außer
ssung brachte. Vor seiner Abreise von Old Hall machte
eisach den Versuch, Ward zur Uebersiedlung nach Rom zu
stimmen, was dieser, „eingedenk des in seinen Oxford-
agen einmal gemachten Versuches zu einer Reise ins
usland“ ablehnte. „Aber“, bemerkte der Cardinal, „Sie
gen doch eine so innige Liebe zu Rom“. „Allerdings“,
tgegnete Ward, „mein Herz ist sehr römisch, aber mein
agen sehr englisch“ (224).

Nur nothgedrungen erschien Ward auf seinen ausge-
hnten Besitzungen auf der Insel Wight. Im Jahre 1865
theiligte er sich als Magnat zum ersten Male am Wahl-
mpfe, wobei er dem anglikanischen aber conservativen Candi-
ten Sir Charles Locock den Vorzug gab vor dem katho-
chen aber liberalen Bewerber Sir John Simeon. Als
er der altconservative „Standard“ ihn jetzt belobte, weil
in Uebereinstimmung mit den Ueberlieferungen seiner
amilie die conservative Politik über religiöse Interessen ge-
ellt, gerieth Ward außer sich vor Entrüstung. Für con-

[1] A. Bellesheim, Henry Edward Manning 70.

servative Interessen, erwiderte er der Redaktion, gebe er zwei Pence, wenn sie denen der Religion entgegenstün gerade die letztern hätten ihn zur Bekämpfung Sim getrieben (228). Doch abgesehen von solchen aufreg Zwischenfällen führte Ward von 1858 bis 1870 ein d aus zurückgezogenes, lediglich den Studien und der S um seine Familie hingegebenes Leben. Der ideale Sch des Vaters theilte sich auch seinen Kindern mit. Es sein Wunsch, daß seine Söhne Priester, seine Töchter N werden möchten. Mit Ehren bekleidet sein Sohn Be heute den Posten eines Präsidenten im St. Edmunds C sein Sohn Wilfrid (verehelicht), der Verfasser des uns beschäftigenden Werkes, macht in Philosophie und Theo manchem Fachmann den Rang streitig, während seine ä Tochter Mary 1863 Dominikanerin in Stone und zweite Tochter Agnes 1864 Benediktinerin zu Oulton Staffordshire wurde. „Wenn ich Dir", schrieb er an letztere am Vorabend ihrer feierlichen Profeß in Erwiderun auf ihren Dank für alle seine Wohlthaten, „jemals ei Dienst erwiesen habe, so läßt sich kein Dank ersinnen, wel mir so angenehm wäre, als das Bewußtsein, daß Du D zufrieden im Ordensstande fühlst. . . Dein Glück überra mich keineswegs. Bei mir liegt die Schwierigkeit dar zu begreifen, wie wir Weltleute, welchen der Ordensbe abgeht, das Leben ertragen können. Indeß besteht d Wahrheit, daß das diesseitige Leben für das Kreuz bestimm ist. Besser als ich weißt Du, daß Du Dich auf schwer Prüfungen eines Tages mußt gefaßt machen. P. Fa bemerkte, diejenigen, welche am meisten begnadigt seien, wür den heftigsten innern Prüfungen unterworfen. Stets de ich an Dich, weil das Ordensleben im höchsten Grade de Erwägung würdig ist, aber namentlich am Mittwoch we ich meine innigsten, wenngleich unendlich werthlosen, Geb für Dich darbringen" (219).

Der Abschluß des Vatikanischen Concils, welches i

nne Ward's die päpstliche Autorität gestärkt hatte, be-
chnet in Verbindung mit einer schweren Krankheit, welche
rd befiel, einen neuen, den letzten Abschnitt in seinem
en. Die abschließenden Kapitel des Buches sind der
rstellung der philosophischen Arbeiten Ward's gewidmet
 schildern seine Controversen mit Mill, Spencer und
dern. Auf Einzelnheiten kann hier nicht eingegangen
rden; eine allgemeine Charakteristik des philosophischen
andpunktes, auf welchem er sich bewegte, muß genügen.
 einseitiger Bewunderer des heiligen Thomas ist Ward
ht gewesen, „obwohl er für Kleutgen's großes Werk die
ste Bewunderung hegte und in seinen philosophischen Ar-
ten die ihm so lange aus der Theologie her bekannte
 für klares und geordnetes Denken als nothwendig er-
einende scholastische Methode zur Anwendung brachte" (275).
haltlich wurden Ward's philosophische Arbeiten durch die
ontroverse in akatholischen Kreisen in England und Schott-
nd bestimmt. Dagegen seine Methode entlehnte er dem
iligen Thomas. „Während manche (Neuscholastiker) alte
rmeln der mittelalterlichen Systeme wörtlich (bodily) an-
hmen, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Verbindung mit
dernen Geistesströmungen, zog Ward es vor, die letzteren
der nämlichen Weise zu behandeln, wie der heilige Thomas
 sechshundert Jahren sich zu den damaligen Fragen ge-
t hatte." Doch scheint mir, daß Wilfrid Ward den
ßen solcher Beziehungen des heiligen Thomas zu den
tretern des Arabismus und der jüdischen Philosophie,
esondere dem Moses Maimonides, „von welchem er
 lernte und seinem Werke einverleibte" (276), übertreibt.
zu gehört nämlich die Behauptung der Möglichkeit
r anfangslosen Welt, welche von der Mehrheit der
ßen Theologen und Philosophen im Gegensatz zum
ligen Thomas abgelehnt wird.[1])

1) Stöckl, Lehrbuch der Philosophie II, 200.

Die Controversen mit Stuart bezogen sich namentli auf die Freiheit des Willens. Sie wurden veranlaßt du Ward's Aufsatz „(Göttliches) Erkennen, Gebet, Freiheit Willens und Wunder." „Ihren Artikel", meldet ihm M „habe ich gelesen. Sie sind der klarste Denker, dem seit langer Zeit unter den Männern Ihrer Richtung, w diese Fragen behandeln, begegnet bin" (292). Auch in agnostischen Controverse begegnen wir wiederum Mill. Grunde genommen sehen wir hier Ward einen Krieg unternehmen gegen den Kantianismus, dessen Grund die synthetischen Urtheile a priori bilden.[1]) Mit weit größ Interesse liest man die Angaben über Ward's Arbeit der Metaphysical Society (1869—1878), welche die au lesensten Geister des englischen Volkes zu ihren Mitglie zählte. Als solche sind neben Ward, der als Debater ersten Rang einnahm, zu nennen: Erzbischof Manning, anglikanische Erzbischof Tompson von York, Dichter Tenn die Naturforscher Huxley und Tyndall, der geistvolle dakteur des Londoner „Spectator", R. H. Hutton, der mit einer prächtigen Charakteristik Ward's beschenkt, Andere. Daß diese buntscheckige Versammlung, in we Wasser mit Feuer sich mischte, in welcher nach Aus unseres Buches die Geister nicht selten heftig aufeinan platzten, nach mehreren Jahren der Auflösung verfiel, uns nicht verwundern.

Das letzte Kapitel „Schlußjahre 1871—1882" schil uns Ward im Kreise der Familie, als frommen Kathol und im Verkehr mit seinen Freunden, unter welchen Al Tennyson, der berühmte Dichter, unser lebendigstes Inter erregt, weil er den Tod Ward's in der Grabinschrift Accorden besungen hat, welche die tiefste Freundschaft

---

1) Essays on the Philosophy of Theism By the late W. G. W Reprinted from the Dublin Review. Edited with Introduc by Wilfrid Ward. London 1884, 2 vol.

Bewunderung athmen (401). Zweimal, 1870 nach Beendigung des Concils und 1878 nach seiner Niederlegung der Redaktion der „Dublin Review“, wurde Ward durch Pius IX. und Leo XIII. mit einem Breve beehrt zum Danke für seine seltenen Leistungen. Seine Krankheit erregte die Theilnahme der weitesten Kreise. Selbst Archibald Tait, der anglikanische Erzbischof von Canterbury, kam sich erkundigen nach dem Befinden des alten Gegners. Nach wiederholtem Empfang der heiligen Sakramente entschlief Ward zu London am Donnerstag den 6. Juli 1882 und wurde in der Familiengruft auf der Insel Wight beigesetzt. Der damalige Bischof Salford, heutige Cardinal-Erzbischof von Westminster, Msgr. Herbert Vaughan, hielt die Leichenrede, in welcher er den Einfluß des Heimgegangenen auf die katholische Kirche Englands als einzig in seiner Art schilderte. Cardinal Manning endlich widmete Ward in der Dublin Review einen Nachruf, der sein großes Wirken unter drei bedeutenden Gesichtspunkten zusammenfaßte und damit den Dank des katholischen Englands an diesen seltenen Mann begründete.[1])

Aachen. Alfons Bellesheim.

---

1) Bellesheim, H. E. Card. Manning 136.

LXXXI.

Wissens- und Glaubensfragen.

(Güttler. Schell. Rottmanner. Elser.)

Es ist eine keineswegs erfreuliche Erscheinung, daß in einer Zeit, die dringend des Zusammenschlusses und der Mitarbeit aller gläubig gesinnten Gemüther gegen die Uebermacht des Unglaubens bedarf, die confessionellen Gegensätze sich immer mehr verschärfen und eine aufrichtige Verbindung in weiterer Ferne als je liegt. Der confessionelle Streit, welcher zum Vergnügen der Umsturzparteien immer unangenehmer zu werden droht, ist leider durch wohlmeinende Irenik, durch persönliches Wohlwollen und freundschaftlichen Anschluß nicht mehr zu vermeiden, denn an ihm trägt nicht so fast der Mangel unserer Zeit an friedfertiger Gesinnung, das allgemeine Mißtrauen, der egoistische, unsociale, unverbundene und eigenwillige Geist der Neuzeit die Schuld, als vielmehr ein tief principieller Wesensgegensatz; es ist nicht so fast eine ethische, als eine theoretische Frage. Darum ist auch eine Heilung viel schwerer, ja unter den gegebenen Bedingungen unmöglich.

Der Grund des tiefen Gegensatzes liegt darin, daß jede der beiden Kirchen den ihr eigenthümlichen Geist immer consequenter weiter entwickelt, in der ihr principiellen Richtung mit logischer Folgerichtigkeit weiter getrieben wird, und beide sich in eben diesem Grade gegenseitig von einander

er entfernen. Es ist eine Consequenz der Thatsachen,
Gesetz der objektiven Verhältnisse, ein organischer Drang,
der Eigensinn der Personen oder eine Herrschsucht der
logen. Deßhalb wird in demselben Grade, wie inner-
des Protestantismus die liberale Theologie sich immer
re Gebiete erstreitet und bald die ganze theologische
nschaft beherrscht, innerhalb der katholischen Kirche die
den Gegnern sogenannte romanische, vatikanische oder
itische Richtung zur maßgebenden oder beherrschenden·
se sogenannte jesuitische Richtung ist ebensowenig eine
rung vom Principe, als die liberale Theologie des
testantismus von dem ihm in die Wiege gelegten Grund-
der freien Forschung abfiel, das sollte der „evangelische
d" bedenken und nicht den chimärischen Plan verfolgen
katholische Kirche von den angeblichen jesuitischen Fesseln
eien und einem erträumten idealen Katholicismus zum
ge verhelfen zu wollen. Das ist nichtnur eine An
ung und Einmengung in fremdes Gebiet, sondern auch
öglich, ebenso unmöglich, als wenn wir die consequente
wicklung der protestantischen Theologie aufhalten wollten.
Jeder echte Katholik wird den Vorwurf mit Entrüstung
ckweisen, seine Kirche sei von dem Princip abgefallen,
ei nicht mehr die alte oder es verberge sich gar in der
chmähten altkatholischen Kirche ein lebenskräftiger Keim
darüber hat doch die Zeit gerichtet in einer verhältniß,
ig überraschend kurzen Spanne von Jahren. Allerdings
jeder Katholik zugeben, daß während fünfzig Jahren
gewisse Aenderung in seiner Kirche vorging, nur wird er
nicht eine Neuerung, sondern ein Zurückgehen auf die
Grundlagen, ein sich Selbstbesinnen auf den Aus-
gspunkt, eine Wiederbelebung des echten alten Geistes
en, nachdem die Aufklärungszeit alles verflacht und den
ren Gehalt des Glaubens entleert hatte. Wenn seit
zig Jahren in der Glaubenslehre die scholastische Dog-
ik, in der Liturgie das strenge römische Ceremoniell und

in der Kirchenordnung die oberste Autorität immer me
betont wird, so mag man zwar zugeben, daß das dem m
dernen Zeitgeiste, welcher so wesentlich protestantisch b
stimmt ist, schnurstracks zuwiderläuft, und man wird dara
die große Antipathie des Zeitgeistes gegen alles Katholis
verstehen lernen. Allein damit ist selbstverständlich n
bewiesen, daß der Zeitgeist Recht und die kirchliche E
wicklung Unrecht hat, und es war ein schwerer, eines Th
logen durchaus unwürdigen Mißgriff, als sich Döllin
immer wieder auf die öffentliche Meinung gegenüber
sogenannten romanischen Bestrebungen berief. Schon
dem rein natürlichen und menschlichen Standpunkte
sollte man es begrüßen, daß eine Weltmacht, wie
katholische Kirche, es wagt, dem offenbar übertriebe
Streben der Zeit nach Freiheit, innerlicher Ungebunden
und einer subjektiv dehnbaren Gefühlsreligion entgegen
treten und der abschüssigen Bewegung ein Halt zuzuru
Allein abgesehen davon hat die Kirche ihr gutes Recht,
Wesen nach dem ihr innewohnenden Grundgesetze ihres O
ganismus zu entwickeln, und braucht weder nach rechts n
nach links zu schauen, der heilige Geist wird ihr schon
richtige Mitte zeigen und sie zum Siege führen.

Es mag ja freilich wohl sein, daß auch hier vorüb
gehende und verschwindende Einseitigkeiten vorkommen, u
es scheint manchmal die Autorität nur der Autorität wege
die Scholastik der Scholastik halber betont und die Cer
monien ausschließlich als Ceremonien geübt, mit einem Wo
die Form der Form halber ohne Rücksicht auf Inhalt u
Zweck gepflegt zu werden. Ueber das richtige Maß wi
hier das Urtheil je nach der Individualität, nach lokal
Gruppirungen und Ueberlieferungen immer schwanken, de
halb hat der deutsche Katholicismus immer ein anderes G
präge gehabt, als der italienische und spanische und dies
wieder ein anderes, als der französische mit seinen jansen
istisch gallikanischen Einflüssen.

Für diese Eigenthümlichkeiten hatte Einer, der unendlich viel für einen praktisch lebendigen Katholicismus gewirkt hat, nämlich Alban Stolz, eine bis zur Idiosynkrasie zarte Empfindlichkeit. Die französische Disciplinirung mochte er nie leiden und über Rubrikenorthodoxie hat er gar scharfe Worte fallen gelassen, während er am spanischen Klerus auffallenderweise alles lobenswerth findet, trotzdem er sich mit praktischer Seelsorge und Unterricht wenig befaßt. Deßhalb mußte der neue Herausgeber seines „Spanischen für die gebildete Welt" an seine Einseitigkeiten überall die berichtigende Hand anlegen.

Das Maaß und die Grenzen von Form und Inhalt werden nach individuellen Neigungen, Fähigkeiten und Anschauungen immer schwanken, aber darüber wird man immer einig sein, daß sich die Form durch ihren Zweck rechtfertigen und daß der Gehalt und Geist vor allem in einer Zeit betont werden muß, welche alle überlieferten Einrichtungen in Staat und Kirche rücksichtslos nach dem Zweckgedanken prüft und bei staatlichen Formen so wenig wie bei kirchlichen sich blos mit traditionellen oder juristischen Consequenzen beruhigen läßt. Wenn man auch nicht so weit gehen will, wie Ritschl und Paulsen, welche den Glauben an Gott und Christus davon abhängig machen, welchen Werth der Glaube für uns hat, und demgemäß auch die theoretischen Aussagen über Gott und Christus allein nach diesem subjektiven Eindruck gerichtet wissen wollen, so wird man doch immerhin anerkennen müssen, daß der subjektive Eindruck, der Zweck- und Werthbegriff den Ausgangspunkt bilden muß, welcher uns zur Offenbarung und zur Kirche hinführt, aber uns dann auch an die Aussagen und Gesetze der Offenbarung und Kirche bindet.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist sehr beherzigenswerth, was K. Güttler, Privatdocent an der Universität München, in einem uns jüngst zugekommenen Buche „Wissen und Glauben"[1])

1) Oeffentliche Vorträge. München, O. Beck. 1893. 214 S.

zum Schlusse ausführt: „Der gebildete Theologe von heute darf sich nicht mehr mit dem Katechismus begnügen, er soll mindestens zwei todte Sprachen verstehen, um die Offenbarungsquellen im Originale lesen zu können, er soll sich ferner über die Gründe seines Glaubens Rechenschaft geben und diese Glaubensgewißheit soll nicht aus der äußern Autorität, sondern aus der innern Ueberzeugung gewachsen sein.“ Mit Recht empfiehlt Güttler eingehendes Studium der philosophischen und historischen Grundlagen des Christenthums, der praeambula fidei und motiva credibilitatis, welche uns den Werth des Glaubens nahe bringen. Auch das folgende freilich leicht mißdeutbare Wort Güttlers ist beachtenswerth: „Wenn nicht alles trügt, werden wohl die kritischen Ireniker und nicht die streitbaren Dogmatiker, seien sie negativ oder positiv, der erkennenden Menschheit die bessern Dienste leisten, und so lange diese Ireniker einen Leibniz und Kant zur Gesellschaft haben, dürfen sie den Vorwurf der Vermittelung, wenn es einer ist, getrost auf sich nehmen.“

Vielleicht hat Güttler bei diesen „streitbaren Dogmatikern“ an die in jüngster Zeit wieder heftig gewordenen Schuldifferenzen gedacht, welche man durch die Jahrhunderte begraben glaubte, die aber heute wieder mit allem Feuereifer aufgegriffen und mit Aufwendung ungemeiner Geisteskraft durchgefochten werden, so z. B. die molinistisch-thomistische Controverse, der Streit über Essenz und Existenz in Gott und den Geschöpfen. Man sollte allerdings denken, es gäbe statt dessen viel wichtigere Probleme zu lösen, und es gälte die Schwierigkeit der Glaubenslehre statt nach innen reinlich ausgleichen zu wollen, sie nach außen sicher zu stellen. In diesem Sinne bedeutet z. B. die geistvolle Dogmatik von Hermann Schell,[1]) welche nun vollendet vorliegt, einen wesentlichen Fortschritt. Dieses ausgezeichnete

---

1) Paderborn, Schöningh. Drei Theile in 4 Bänden. 1889–18[illegible]

Werk, welches noch nicht nach Gebühr gewürdigt wurde, hauptsächlich weil unser schlaffes Geschlecht zu denken verlernt hat und sich allen Schwierigkeiten und Denkproblemen mit wohlfeilen Schlagwörtern entzieht, ist herausgewachsen aus den Bedürfnissen der Gegenwart und trägt diesen Bedürfnissen nach allen Seiten wiederum Rechnung. Der Verfasser ist von dem wärmsten Bestreben erfüllt, den vollen ungetrübten Inhalt des Christenthums der heutigen Culturwelt zu erschließen und die ehrwürdige Ueberlieferung der Väter ungeschmälert und unverflüchtigt in die Sprache des 19. Jahrhunderts zu übersetzen. Dieser Zweck wird auch erreicht, soweit es einem Menschen möglich ist, durch eine seltene Verbindung von mystischem Tiefsinne und religiöser Begeisterung mit einer philosophischen Begriffsgewandtheit, welche nicht stehen bleibt bei Thomas, sondern auch die neuern und neuesten Philosophien zu verwerthen weiß. Freilich ist die Sprache, so schön sie ist, nur einem geübten Denker verständlich.

Wer eine verständliche, mehr populäre Form solcher auf Versöhnung mit der modernen Cultur hinstrebender Theologie wünscht, dem empfehlen wir die geistvollen „Predigten und Ansprachen“ von Dr. Odilo Rottmanner, Benediktinerpater bei St. Bonifaz in München.[1]) Aehnlich wie Schell hält sich Rottmanner auf Schritt und Tritt an die biblische Grundlage und sucht von der unerschöpflichen Tiefe des Offenbarungswortes eine Ahnung zu erwecken. Die Art und Weise, wie R. den heiligen Text citirt, ist stets originell, und liegt überhaupt die Stärke des Predigers darin, durch überraschende Wendungen und Wortspiele, eigenartige Vergleichungen und frappirende Bilder die alten Wahrheiten neu erscheinen zu lassen. Daher finden sich in seinen Predigten keine von jenen unzähligemal abgegriffenen und abgenützten Beispielen, von jenen stehenden Gemeinplätzen der Homiletik, welche uns zum Gähnen bringen. Es wird freilich vielen ein zu geistreiches und ideales

1) Lentner'sche Buchhandlung, München. 1893. 349 S.

Christenthum dünken, was R. bietet. Als Schüler Deutinger's, dessen Andenken er sein Buch gewidmet, preist er im Christenthume vor allem den befreienden, lebengebenden Geist, die weltüberwindende Macht des Glaubens, das Reich allumfassender Liebe und den Wandel im Lichte. Allein warum sollte nicht auch diese Richtung in der homiletischen Literatur vertreten sein? Daß man das Christenthum in seiner Eigenart erfasse und darstelle und den ewigen Gehalt mit seinen Gedanken umschreite und umschreibe, ist nicht nur nicht verboten, sondern sogar nothwendige Forderung. Die sogenannte populäre oder praktische Predigtweise ist nicht Jedermanns Sache und der Stil läßt sich nicht wechseln wie ein Kleid. Denn der Stil ist der Mensch.

Trotz seiner irenischen Gesinnung hat Rottmanner vor einiger Zeit eine dogmengeschichtliche Frage erörtert, welche in die molinistisch-thomistische Controverse eingreift. Gegenüber molinistischen Deutungsversuchen hat er nämlich die streng prädestinatianische Ansicht des hl. Augustinus ins Licht zu stellen versucht. Seine gründliche Studie, betitelt „Augustinismus"[1]), erweist als augustinische Anschauung jene schroffe Prädestinationslehre, welche aus der großen massa damnata perditionis des Menschengeschlechts nur wenige und zwar diese durch sichere und erfolgreich wirkende Gnade gerettet werden läßt, mögen nun diese certi auch zeitweilig in Sünden gerathen und mögen unter den ceteri noch so brave Leute sein. Diese Lehre ist, so rechtfertigt P. Odilo den etwas mehr versprechenden Titel seiner Schrift, die charakteristische Lehre des hl. Augustinus und sie ist das Ergebniß seiner letzten Lebensjahre. Nach den Aussprüchen des hl. Augustinus selbst aber haben unter den verschieden lautenden Aussprüchen eines und desselben Mannes immer diejenigen aus den letzten Lebensjahren die ausschlaggebende Bedeutung, eine Ansicht, die auch Mabillon wiederholt und

1) München, Lentner. 1892.

llgemeine Regel hinstellt: „Wenn ein Vater über einen
nstand verschieden sich äußert, so muß man sich eher
eine letzte als an seine erste Meinung halten." Der
lugustinus ist besonders in seiner Gnaden- und Prä-
ationslehre immer weiter fortgeschritten und er
te sich nicht, einzugestehen, daß er jetzt dies und jenes
einen Schriften klarer einsehe und erkenne. Es geht
r allerdings nicht -- darin hat P. Odilo sicherlich Recht —
Aeußerungen des hl. Augustinus aus verschiedenen
n zusammenzuwerfen. Allein trotzdem wird auch R.
historische Entwicklung nicht dahin deuten wollen, daß
r das Letzte das Beste sei. So wenig wie in der
eschichtlichen Entwicklung spätere Ergebnisse der Cultur-
t stets vollkommener sind als frühere, so wenig sind sie
n der individuellen Entwicklung. Man kann mit den
en auch steifer und ungelenker werden und sich in eine
sse Richtung verbohren, welcher früher andere Tendenzen
Gleichgewicht hielten. So hat z. B. bei Döllinger der
che Geist, der auch innerhalb der Kirche seine Berechtigung
sofern er nur durch positiv schaffende und aufbauende
it unschädlich gemacht wird, immer mehr die Oberhand
nnen und die edle Weitherzigkeit zerstört, die in früheren
ren ihn über manche Mängel der Kirche hinweg sehen
Aehnlich wurde auch bei Augustinus die frühere Weit-
igkeit seiner Gnadenlehre durch den unerbittlich scheidenden
t verdrängt und er gelangte zu einer Lehre, welche die
he niemals anzuerkennen vermochte, wie P. Odilo in
r Einleitung richtig bemerkt. Auch bewahrte Augustinus
er, wie P. Odilo hervorhebt, in seiner praktischen
lung die größte Weitherzigkeit, ihm „hatte Gottes Gnade
Liebesgesinnung in's Herz gegeben, aller Menschen
zu wollen."

Als philologisch-exegetische, philosophie- und dogmen-
ichtliche Untersuchungen behalten derartige Streitschriften,
ie Rottmanner's über die Gnadenlehre des hl. Augustinus

und die zahlreichen Abhandlungen des Jesuiten-
Dominikanerordens über die Gnadenlehre des hl. Th
immer ihre Bedeutung, allein um diese wissenschaftlich
deutung ohne Anstand zu haben, müßte die unkritisch
aussetzung und Tendenz auch dem Schein nach ver
werden, als ob von dem Ausfalle einer kritischen B
die Wahrheit der einen oder andern Ansicht ab
Weder Augustinus noch Thomas ist in Allem dogm
Autorität, ebensowenig als eine auf allen Seiten unanta
philosophische Autorität. Das ist eigentlich
verständlich, und doch sah sich z. B. Güttler in der
angeführten Schrift wiederholt veranlaßt, gegen g
Uebertreibungen aufzutreten; er erzählt folgende bezeich
Parabel, welche zwar echt voltairischen Spott und Wi
räth, aber nichts destoweniger beherzigenswerth bleibt:

Zwei Bewohner des Sirius und des Saturn reise
kleinen Erde, um dort Neues zu sehen und zu lernen.
treffen auf dem baltischen Meere ein mit Philosophen
gefülltes Schiff, das soeben von einer Polarexpedition z
kehrt, und stellen an sie eine Reihe von Fragen. Die
sophen zeigen sich über die sinnlichen Dinge außerhal
Erde ziemlich gut unterrichtet, als sie aber über ihre e
Seele Auskunft geben sollten, erhebt sich ein allgemeiner
war. Der Peripatetiker spricht von der „Entelechie", der C
sianer preist die angeborenen Ideen, der Anhänger von M
branche sieht und thut alles in Gott, der Leibnizianer
die Seele für den Spiegel des Universums, den Körper
dessen Rahmen, der Parteigänger Locke's läßt nur die
Hülfe der Sinne gewonnene Erkenntniß gelten, zweifelt
nicht an der immateriellen Substanz. Die beiden Ge
bewohner können die Philosophen durchaus nicht verstehen.
nun aber zuletzt ein Scholastiker auftritt und behauptet, i
„Summa" des hl. Thomas von Aquin sei die Lösung
Geheimnisse enthalten, die Gestirne seien nur um des Men
willen da, müssen die beiden außerirdischen Bewohner so
bändig lachen, daß das Schiff sammt den Philosophen

Fingernagel, wo es der Siriusbewohner gehalten, herunter und dem Saturnianer in die Tasche fällt.

Die Manie, die Lösung aller Räthsel in der Scholastik zu suchen, ist nicht ausgestorben, man beruft sich meines Erachtens gar zu oft auf Thomas und wirkt durch dieses fortwährende Berufen auf die Scholastik als der Weisheit letzten Schluß zuletzt enttäuschend, namentlich wenn man bei ihm schon die Lösung aller social-politischen und national-ökonomischen, aller ästhetischen und physikalischen Probleme der neuesten Zeit finden will und wenn man am Schlusse von Besprechungen allen modernen Forschern auf diesem Gebiete zuruft: „Ihr wißt nichts, so lange ihr nicht zum hl. Thomas zurückkehrt!" Es wirkt das enttäuschend, nicht bloß wenn man sich der Mühe überhebt, zu zeigen, inwiefern man nun mit der Scholastik wirklich weiter kommt, sondern auch wenn ein solcher Nachweis versucht wird, durch die Art und Weise eines solchen Versuches. So wie die Dinge heute stehen, muß man zufrieden sein, wenn wenigstens einige altbewährte gesunde Principien wieder zur Geltung gelangen im Sinne einer philosophia perennis, deren Hauptbegründer, aber nicht ausschließliche Vertreter die Peripatetiker sind; aber zu viel verlangen wird man nicht dürfen. Es erweckt von vornherein kein günstiges Vorurtheil, wenn zur Empfehlung der Scholastik in ihr schon naturwissenschaftliche Errungenschaften der Neuzeit, die Atomen- und Aethertheorie, das Gesetz von der Erhaltung der Kraft entdeckt werden oder wenn z. B. die specifischen Sinnesenergien den species sensibiles gleichgesetzt werden, wobei man der Scholastik mit moderner Wissenschaft aufhilft, anstatt umgekehrt, und doch sind in der Scholastik z. B. jene Gesetze der heutigen Naturwissenschaft, welche die stärksten Grundpfeiler für die Gottesbeweise bilden, die Endlichkeit der Welt (Clausius'sches Gesetz), die organische Bedingtheit alles Lebens (generatio univoca) zweifelhaft; man vergleiche darüber die eingehenden und interessanten Untersuchungen Gättlers S. 82 ff.,

122 ff.[1]) Das sind ja freilich naturwissenschaftliche Fr
deren richtige Lösung nicht allein von der Schärfe und
der Denkkraft, sondern von dem Stand der Forschung un
Fülle der Beobachtung abhängt. Um so sicherer wird
vielleicht auf psychologischem und anthropologischem
biete in der Scholastik Wahrheiten finden, welche die Wi
schaften weit über ihren gegenwärtigen Stand hinausfü
könnten! Dieser Hoffnung mag man sich gerne hing
allein so lange solche Wahrheiten nicht entdeckt sind,
man vorsichtig sein und z. B. bedenken, daß in der Erkennt
theorie, für welche wir an und für sich keine besser gesch
Augen mitbringen als die Alten, doch heute vieles
anders aussieht, wie ein Blick in die ausgezeichnete Erkennt
lehre Dr. Al. Schmid's in München uns belehrt. Da
der Psychologie das Princip: „die Seele Form des K
pers" alle Schwierigkeiten löse, überzeugt nicht Jederm
Auf ästhetischem Gebiete hat vor einiger Zeit Jungm
versucht, mit Hilfe scholastischer Begriffe „von innerer G
heit", von der „Liebe" als einem Willensakte ohne Gefü
beimischung solidere Principien und Grundlagen zu
winnen und die Aesthetik auf die Ethik zurückzuführ
allein ich kann nicht finden, daß diese Principien wirk
das Problem des Schönen seiner Lösung näher gebr
haben, als z. B. Fechner's exakte Untersuchungen; Ju
mann kommt auf seinem Wege zu einer solch starken E
engung des ästhetisch Zulässigen, daß man sich nicht m
an Raphaels Madonnen, an Goethes Seelenkunde u
Weltweisheit, an Tassos Reizen zu erfreuen wagen d
Für das rechtsphilosophische und volkswirthschaftliche G
biet hat Hohoff bei Thomas einige scholastische Begriffe
eine in der That sehr vortheilhafte Beleuchtung gesch
so den Zweckgedanken alles Rechtes und die werthbilden

1) Vgl. auch Schanz: Kosmologie in der Tüb. theolog. Quart
schrift 1885.

Kraft der Arbeit. Mit letzterer Entdeckung hat er freilich wenig Beifall gefunden, um so größer aber war sein Erfolg bei seinem Hinweis auf die rechtsphilosophische Teleologie der Scholastik. Kein Geringerer als Ihering hat bei diesem Anlaß das Lob und den Vorzug der Scholastik vor der neuesten Philosophie verkündigt, er dachte dabei an die Hegel'sche Philosophie, die er allein kannte. Freilich mehr als die principielle Richtigkeit der aristotelischen Teleologie wollte damit nicht anerkannt werden, und ich möchte die lebensvolle und überraschende Art, wie Ihering von selbst zum Zweckgedanken im Rechte durchdringt und ihn im interessanten Detail nachweist, keineswegs missen. So ist es um so erfreulicher und anregender, wie er in seinem Werke „Zweck im Recht" von darwinistischen Voraussetzungen aus gezwungen ist, doch zur Teleologie sich zu erheben und das Rechtssystem als großen Mechanismus des socialen Rechtszweckes (Erhaltung der Gesellschaft) zu fassen. So wird auch der Irrthum belehrend,[1]) wiewohl die Freiheit zu irren eine sehr gefährliche ist und viel unnöthige Arbeit und verwirrende Hypothesen veranlaßt.

Es wäre wünschenswerth, daß man wenigstens in den Grundprincipien übereinstimmte und einen gemeinsamen Boden für fruchtbares Zusammenwirken besäße. Solche Voraussetzungen wären in der Erkenntnißtheorie der kritische Realismus, in der Welterklärung der Dualismus und die Teleologie. Diese Voraussetzungen theilt Güttler und er steht in sofern auf scholastischem Boden, so sehr er sich im Einzelnen gegen sie kehrt. Im Bestreben, unantastbare Objektivität und unbestreitbare Positionen zu gewinnen, gibt er von der traditionellen Ansicht manchmal zu viel preis. Die Kant'sche Erkenntnißkritik hat ihn zu einer gar zu engen Umgrenzung der Erkenntnißmöglichkeit, und wie

1) Vgl. Dr. Haid's Aufsatz über Freiheit der Forschung im Phil. Jahrb. 1890.

es scheint, eingehende naturwissenschaftliche Studie
zu allzu großer Vorsicht veranlaßt. Allein gera
Eigenschaft macht es, daß wir aus seiner Hand nur
was vor der Kritik Stand hält, erhalten, seine Aussi
sind durchaus zuverlässig, und so wird das Buch v
geeignet sein, Kreisen, wo der Gottesglaube erschü
aufs neue eine Stütze zu bieten. Wir wünschen
es in diese Kreise recht tief eindringe und sich dort
Wer Zweifelnden eine Stütze reichen will, der mög
Buch darbieten.

Die neuere Forschung behauptet, die Scholas
nicht einmal Aristoteles richtig verstanden, z. B. in
kenntniß- und in der Gotteslehre. Ueber letztern P
nun Dr. K. Elser, Repetent am Wilhelmsstift in T
in jüngster Zeit eine sehr gründliche Untersuchung a
und das Ergebniß seiner Forschung zusammengefaßt
schön ausgestatteten Buche „Die Lehre des Aristote
das Wirken Gottes“[1]).

So bewunderswerth Aristoteles darin bleibt,
mit rein natürlicher Denkkraft sich zur Einheit Gottes
rang, so bleibt sein Gottesbegriff doch sehr mangelh
ist ein in sich verschlossener Gott, der unfreiwillig u
bewußt anregend und bestimmend auf die Welt wirk
sich versunken und nur mit sich beschäftigt, würde G
seiner Absolutheit betrübt und beunruhigt durch das
und die Sorge um endliche Dinge. Er denkt nu
nur sich selbst und bekümmert sich um die Weltdinge
nicht einmal in der gleichsam unendlichen und abso
Form der ewigen Ideen. In manchen Stellen zwar sc
Aristoteles doch eine solche Vermittlung durch die Ideen
Formen zuzulassen, er spricht in mehr populären Ausführun
von einer Vorsehung und Einwirkung auf die Welt. D

1) Münster, Aschendorff. 1893. 228 S.

Stellen faßte nun die Scholastik einseitig ins Auge
rklärte demgemäß des Philosophen Gedanken. In
r Zeit hat der scholastischen Auffassung ein so nüchterner
ber alle Tendenz erhabener Forscher, wie Brentano,
gegeben, während Zeller bei Aristoteles nur einen
n Gottesbegriff findet. Deßhalb bewegt sich die
Streitfrage heutzutage zwischen diesen beiden modernen
reten Brentano und Zeller. und Elser hat mit Auf-
z aller philologischen Akribie und Beiziehung einer
von Commentatoren die Streitfrage zu entscheiden
t. Seine Entscheidung fällt durchweg zu Gunsten
aus, unseres Erachtens hat er ihm viel zu oft
gegeben und hätte er noch öfters die sonst mit viel
denheit ausgesprochene Schlußsentenz non liquet ver-
n dürfen. Ob vielleicht eine historische Untersuchung
m sichern Ziele geführt hätte, in dem Sinne, daß
eles im Verlauf seiner Entwicklung zu einem etwas
eren Gottesbegriff gelangt wäre, soll hier blos frag-
ngedeutet werden. Im Uebrigen sei die zuverlässige
charfsinnige Arbeit des liebenswürdigen Verfassers
Freunden der Philosophie bestens empfohlen.

Dr. Grupp.

LXXXII.

Bilder vom Golf von Neapel.

2. Capri.

Ein wunderschöner Morgen, so einer wie ihn selbst
Italiens Sonne nicht oft über das Meer hinglänzen läßt. Ein
Dampfer gleitet durch die Wellen; er soll uns nach Capr
bringen. Er läßt uns Zeit, für unsere Caprisehnsucht fa
zu viele Zeit, die Eindrücke der vergangenen Tage in u
zu verarbeiten; was wir in Pompeji's dunklen Trümmer
auf Camaldoli's sonnigen Höhen geschaut und gedacht u
empfunden, wir schauen und denken und empfinden es wied
ohne den Reiz des Unmittelbaren, aber mit desto größer
Antheil der Seele und innerem Gewinne. Doch was
Dampfers Langsamkeit uns gönnt, das rauben uns bald wie
ein paar singende Neapolitaner, Besitzer der abgefeimte
Spitzbubengesichter, die ich je gesehen. Welch komisc
Mannsvolk! Wie das zappelt und hüpft und springt
den Tönen, die sie ihren alten Mandolinen und ihren a
gesungenen Gurgeln zu entlocken suchen und deren Häßlich
in allzu grellem Contrast steht zu der Schönheit der Na
ringsum!

> Ein Kätzchen wär' ich lieber, schrie Miau,
> Als einer dieser Bänkelsängerleute. (Shakespeare.)

Immerhin geben sie uns Gelegenheit, einige italienis
Volkslieder kennen zu lernen, Lieder, auf welche die Fremd

erpicht sein müssen, da ihre Texte vielfach auf den
ßen Neapels feilgeboten werden. Man rühmt ja auch
Volkslied als den innersten Ausdruck des Wesens eines
; man findet zumal im deutschen Volkslied die ganze
he Seele niedergelegt, den geheimnißvollen Hauch des
nerischen, die innigen Regungen des Gemüths, das
en und Bangen in schwebender Pein, die süße Wehmuth
cheue Sehnsucht. Da müßte nun freilich im italienischen
lied eine ganz andere Art sich weisen; aber es war
aupt wenig Seele darin zu verspüren, so daß der böse
ontan, der auf dem freien Meere das schwankende,
numspritzte Schiff umbrausend, die Sänger verstummen
te, darob nicht getadelt wurde Aber auch den Verlust
Wunderkinds von Capri, der blauen Grotte, brachte
alte Sohn des Apennin der Schiffsgesellschaft; er ließ
icht einmal landen an der großen, Neapel zu gelegenen
ne — mit einem gewaltigen Ruck sich drehend, sucht
Dampfer die entgegengesetzte, windstillere Seite zu ge-
en. Die interessante Fahrt dicht vorbei an den starrenden
zen Kalkfelsen mit ihren meererfüllten Klüften ist Ersatz
g für die vielgerühmte Lichtwirkung der Grotte, so gro-
Formen mag wohl kaum eine andere Insel bieten!
bald zeigt sich eine weniger wild gestimmte Einbuchtung:
ind am Ziele, empfangen von den handfesten, nervigen
ern, die uns in den schwankenden Barken an's Land
en — wir stehen auf Capri, dem vielbesungenen, felsen-
rteten Eilande! Der steile schmale Weg hinauf in die
t führt über allerlei Geröll; die schweren Koffer der
den Söhne Britanniens auf dem Kopfe tragend, schreiten
Frauen vor uns her, würdige Pendants in dieser
n freien Natur zu ihren Genossinen in den rußigen
ken des Nordens, seufzend unter der Last der „be-
nden Dürftigkeit", wie diejenigen, welche nie ihr Brot
Thränen aßen, die Armuth nennen. Die Kinder, die
berall in Italien sich bettelnd an uns herandrängen,

zeigen sich doch etwas zurückhaltender, als auf dem Festla
sie schmeicheln sich ein mit ein paar deutschen Worten,
sie wohl von der germanischen Künstlerschaar aufgefa
haben und von denen die meisten an Scheffel'sche Fe
fröhlichkeit erinnern. Und trittst du, vorüber an der
lassenen architektonisch originellen Certosa, hinein in
auf dem Bergsattel zwischen den zwei Hügeln San Mi
und Castello so malerisch gelegene kleine Stadt, so tr
du deinen Augen kaum, wenn du nicht blos deutsche
schriften an den Schauläden, sondern selbst ein Café „H
geigei" antriffst; da ist es ja auch, gleich daneben, das
rühmte Hotel Pagano, wo Scheffel seinen Trompeter
dichtet und dazu wohl, wie seine spätere Entwicklung
diesem Punkte schließen läßt, manches Glas feurigen Ca
weins getrunken, nicht von jenem, den sie in Neapel mass
weise fabriciren, sondern der da drunten am Abhang z
Meere und droben in Anacapri spärlich genug wächst
dem bischen fruchtbar Erdreich, das aus dem harten
stein der Insel oasenförmig da und dort herauslugt. D
wir gehen den Scheffel'schen Erinnerungen nicht weiter na
wir suchen Italien in Italien, nicht Deutschland! Ein B
von der Höhe hinab auf Insel und Meer und Festland
muß das eine Wonne sein! Das hohe Ostcap der J
sei unser Ziel. Dorthin lockt nicht blos der Reiz des La
schaftlichen, sondern auch der des Geschichtlichen. Den
starren die Trümmer der Villa des Tiberius, der Vi
Jovis, wie er sie nannte, einer von den zwölf, die er
der Ziegeninsel besaß. Schon Augustus hatte sich hier
gesiedelt und, wie Sueton erzählt, kurz vor seinem T
vier heitere Tage mit Tiberius und dem Sterndeuter Th
syllus zugebracht. Tiberius aber, der unheimliche u
räthselhafte Mann, hauste über zehn Jahre an dieser d
Welt entzogenen und ihr doch wieder so nahen Stät
Zehn Jahre tiberianischer Wollust und Grausamkeit! D
Geschichtsschreiber der römischen Kaiserzeit gehen verhältni

ßig schnell über diese Zeit hinweg. Doch gelingt es dem
gländer Merivale in seinem großangelegten Werk „A history
the Romans under the Empire“ (vol. V, 255 ff.), aus
zerstreuten Notizen derselben ein anschauliches Bild dieses
eutungsvollen Aufenthaltes des Kaisers auf der kleinen
sel zu entwerfen, die, wie Gregorovius bemerkt, hiedurch
Mittelpunkt der Welt geworden war. Der Weg zu der
he klimmt auf steinigtem Boden hinan; da mag der Oel-
im nicht recht gedeihen, wie auf der andern sonnigeren
ite; weiße Röslein, rothe Orchideen, verwilderte Myrten
Cakteen: das ist alles. Ein Kirchlein zum hl. Michael,
n vielverehrten, liegt am Weg, offenbar uralt, während
in der Nähe des berüchtigten Salto di Tiberio (von wo
h der Sage Tiberius die Opfer seiner Grausamkeit in's
er hinabwerfen ließ) bald folgende Osterie ein ganz mo-
nes Gewand angezogen hat. Das ist nicht ein schmutziger,
sterer, fast möchte man sagen stallähnlicher Raum mit
ualen Tischen und halbzerbrochenen Bänken und den
ichen anderweitigen Reizen ländlicher Kneipen, sondern
helles und luftiges Sälchen, in dem die Künstler von
pri ihre Gemälde ausgestellt haben. Ein bewegtes Leben
rscht da drinnen. Der Tarantella vielgerühmte Kunst
d von den kindlich heiteren Bewohnern zum rauschenden
tön des Tamburin — „dem einfacheren Ohr der Zufrie-
en ist's Musik“ — den Fremdlingen gezeigt, während
sich an den süßen „Thränen des Tiberius“ laben. Doch
d muß das Leben dem Tode weichen, dem Tode, der
gegengrinst aus den verfallenen Gewölben, Gängen und
mächern des tiberianischen Palastes, den wir nach wenigen
nuten erreichen. Viel Sünde hat hier Feste gefeiert und
ür sich den Tod geholt. Stipendia peccati mors! Und
ist auch aus diesem Tode wieder Leben erblüht; aus
Steinen des gewaltigen Mauerwerks bauten sie oben an
Spitze des Caps ein Kirchlein, auf dem das Kreuz des
üthigen Galiläers prangt, der den stolzen Cäsar besiegt

hat, er, die Liebe, den Menschenhaß! Santa Maria del Soccorso heißen sie es, denn der Mutter des Gekreuzigten ist es geweiht. Ein Eremit behütet das Heiligthum. Er ist uns bereits vorgestellt. Der Pfarrer der „deutsch-evangelischen Gemeinde“ in Neapel, Herr Trede, spricht von ihm in seinem dicken Werke. Er ist nichts als ein „invalider Schuster“, in ein Eremitenkleid gesteckt, nichts als ein „von der Kirche privilegirter Bettler.“ Was haben sie ihm gethan, dem streitbaren Manne, diese „Lazzaroni im Einsiedlerkleide“, diese „Eremitencarikaturen“, diese „Schüler des Diogenes, ähnlich denjenigen, welche der Satiriker Lucian als Hundephilosophen bezeichnete“, daß er in so grober Weise den Zorn an ihnen ausläßt? Der Haß gegen die Kirche ertödtet selbst den letzten Rest von Achtung, die man einem Menschen schuldig ist, dem in stiller Weltabgeschiedenheit das bischen Lebensfeuer, das er nach manchen widrigen Lebensschicksalen noch hat, verglüht! Sollte es denn ein Verbrechen sein, ein Almosen anzunehmen für den Dienst, den der Mann den Fremden erweist, die da oben auf der schönen Terrasse neben dem Kirchlein die entzückende Aussicht ruhig genießen wollen? Wie kann man so kleinlich sein in seinen menschlichen Gedanken, wo Gott so groß ist in seinen Werken!

Wir befinden uns auf einem der schönsten Punkte der Erde. Wie war es schön gestern auf Camaldoli's schweigender Höhe, aber dieser Ort verbindet die Lieblichkeit Camaldoli's mit Erhabenheit; der Blick ist viel umfassender, den Geist mehr befreiend, das Herz mehr erweiternd. Zuerst die Schau hinab auf's Meer, das im Sonnenschein in vielfältigem Farbenspiel schimmert. Wie freut sich die Seele selbst ohne Ende, dieses Sinnbilds der Unendlichkeit! Drei große Buchten sehen wir es füllen, die von Gaeta, von Neapel und von Salerno. Welcher soll man den Vorzug geben? Bei der letzteren fesseln das weitgeöffnete Meer, die lieblichen Gestade, der Kranz der apulischen Berge, welche

die Scenerie abschließen, das Auge; die Bucht von Neapel aber glänzt durch das herrliche Amphitheater, das Parthenope bildet mit dem ganzen Banngebiete des Vesuv und der lachenden Campagna dahinter, auch sie abgeschlossen durch hohe Berge, die schneebedeckten Abruzzen; durch die geschichtsberühmten Inseln und Vorgebirge reicht sie ihrer Schwester, die von Gaeta den Namen hat, die Hand. Es ist Ischia darunter, das von Jean Paul in seiner gemüthstiefen Art im „Titan“ besungene, wie „eine alte schöne Sage“, wie „ein versteinertes Riesenschiff“ sich erhebend aus den Fluthen; daneben viel kleiner und flacher, keinen gewaltigen Epomeo auf dem Rücken tragend, das liebliche Procida; Misenum, Bajae, Pozzuoli — welche Erinnerungen wecken sie aus den Zeiten des dahinsterbenden Heidenthums und der Kindheit der christlichen Kirche, da St. Paulus sich hier aufhielt, Wahrheit bringend ins Reich der schön aufschmückenden Sage, Wahrheit und reinigende Gnade denen, welche mitten in den heidnischen Greueln, die in dieser üppigen Natur sich steigerten, guten Willens waren! Er ist nicht vergessen in Italien, St. Paulus, wie Trede glaubt und klagt, sein Wort ertönt in jeder katholischen Kirche in der Epistel der Messe, und auch dieser arme Eremit da oben, der an Christi Gottheit glaubt und im härenen Bußgewand seinen Leib in Zuchtbarkeit hält und ehelos geblieben ist, kann sich rühmen, ein „Pauliner“ zu sein, viel eher wohl als manches Schäflein aus der Heerde des Herrn Pastors! Jedenfalls muß es jedem Christen eine tröstliche Freude sein, daß an dieser welthistorischen und weltberühmten Stätte von wenigstens e i n e s Menschen Lippen das Benedicite Dominum ertönt und der Schöpfer von Menschen gepriesen wird, wo die Wunderwerke seiner Schöpfung so laut ihn loben: Regi saeculorum immortali et invisibili soli Deo honor et gloria in saecula saeculorum!

Vorüber gaukeln im ewigen Wechsel die Dinge dieser Welt; es ist ein nimmersattes Drängen, Vergehen und

Wiedererstehen, ein Auftauchen und Wiederverschlungen werden, ein Neuwerden und Wiederveralten: laß dir das erzählen von der Geschichte dieses schönen Landes, das da im Sonnenschein ausgebreitet liegt — hat es doch eine dreifache Cultur gesehen, die heidnische, mittelalterlich christliche und die moderne, und auch seinen irdischen Herrn nur allzu oft gewechselt. Der unsichtbare Herrscher aber bleibt ewig in der Veränderung der Zeiten; unerschütterlich auch seine Wahrheit, unerschütterlich die Säule und Grundfeste der Wahrheit! Wie schlimm stand es um die Kirche im neapolitanischen Gebiete im vorigen Jahrhundert; das Leben des heiligen Alfonsus von Liguori, dessen Wirksamkeit sich über die ganze Gegend erstreckte, gewährt uns darin einen Einblick! Wenn es noththut, wird der Herr wieder einen solchen Glaubenshelden erwecken, damit das Licht des Glaubens wieder hell erstrahle in den Seelen und die Kirche Gottes über ihre Feinde triumphire. — Thut es noth? Wer möchte ein abschließendes Urtheil über den Zustand des kirchlichen Lebens in Italien abgeben, wenn er nicht Jahre lang sich dort aufgehalten und dessen Geschichte gründlich kennt? Wie vieles, was uns Deutschen nicht gefällt, erklärt die geschichtliche Entwickelung, die vielfältige Mißhandlung der Kirche durch den Absolutismus! Die klägliche sociale Stellung der vielen Geistlichen, die einander oft selbst im Wege stehen müssen, ist schon oft hervorgehoben worden. Das kleine Capri mit 4000 Seelen war früher eine eigene Diöcese, jetzt gehört es zum Erzbisthum Sorrent, das Domcapitel ist in ein Collegiatcapitel verwandelt, die ganze Erzdiöcese hat bei 51000 Seelen 400 Priester in 36 Pfarreien! Der bekannte Componist Felix Mendelssohn hat einmal über die Italiener das harte Urtheil gefällt: „Sie haben eine Religion und glauben sie nicht, sie haben einen Papst und Vorgesetzte und verlachen sie." Das ist nun offenbar ein viel zu hartes Urtheil: gerade die innige Verbindung der Religion mit dem Volksleben, die sich in den eigenartigen Kirchenfesten

igt, ist eine Garantie dafür, daß der Glaube im Volke noch
bendig ist, und wenn auch in diesen Festgebräuchen manch
izarre Uebertreibung und etwas ausschweifende Phantasie
itunterläuft, verdienen sie doch eine viel nachsichtigere Be-
rtheilung, als Gregorovius' geistreiche Skizzen ihnen an-
deihen lassen. Ein merkwürdiges Stück dieser Volkssitte
urde uns in Capri selbst erzählt: am Charsamstag Morgen
ringen die Gläubigen Vögel in Käfigen in die Kirche mit;
ie der Priester das Gloria anstimmt, läßt man sie fliegen. Die
t vergebliche Mühe beim Wiedereinfangen der herumschwirr-
nden Vögel erhöht den Jubel, der diese eigenthümliche Ver-
nnbildlichung der Auferstehung verursacht. Ländlich sittlich!

Der Abschied vor einem so entzückend schönen Fleckchen
rde, wie es diese Höhe ist, fällt schwer. Lange standen
ir an der Balustrade neben dem Kirchlein, athmeten die
ine Luft und unterhielten uns mit dem Eremiten. Mag
an über das Eremitenleben denken, wie man will, Interesse
ird ein solcher Mann immer einflößen, der freieste Mann
on der Welt, in seinem Alter ein ehrwürdiger Zeuge ver-
angener Zeiten, eng verwachsen mit dem Dienst an der
apelle, dessen Glöcklein er den Engelsgruß zum Meer
inabhallen läßt:

> Im Morgenschimmer und Abendschein
> Tönt hell mein Glöckchen das Ave drein.
> Die Blumen verstehen der Andacht Klang
> Und hauchen bebend des Dufts Gesang.
> Und ist das Läuten des Glöckleins aus,
> Dann tret' ich selig zur Thür hinaus
> Und sprech' mit Blumen und Wind und Well'
> Und Geist und Auge wird klar und hell:
> Wohin ich schaue, ist Gott mir nah,
> Ist nicht, wo Gott ist, der Himmel da?

Und dann vollends, wenn die Nacht heraufzieht über
as Meer, die Sterne mit dunkler thaubenetzter Hand ordnend,
elch tiefe Empfindungen muß sie mit ihrem Schweigen
ecken! Da mag er sich so recht vertraut fühlen mit dem

Himmel, dieser Fürst auf dem luftigen Throne, es muß ihm sein, als ob die schimmernden Sterne alle ihn rufen würden hinauf zum Himmel, dem er so nahe ist! Und wenn der letzte Ruf einmal an ihn ergangen sein wird, findet sich ein anderer, der ihn ersetzt? Drüben auf der Westseite, auf dem Monte Solaro, der höchsten Spitze von Capri, steht die alte Klause verwaist. L'eremita è morto, riefen uns fröhliche Kinder entgegen, als wir derselben zusteuerten. Das Amt scheint nicht so verlockend zu sein, als es sich Herr Trede vorstellt, dem zu liebe wir uns vielleicht länger mit dem Einsiedler befaßten, als dem freundlichen Leser lieb ist. Doch werden wir seine Geduld nicht mehr lange in Anspruch nehmen. Der Stand der Sonne mahnt zum Abstieg. Wie treten in der grellen Beleuchtung der versinkenden Sonne die wundersamen Conturen des felsigen Eilands so scharf markirt hervor! Welch eine Augenweide die eigenartige Vermählung todten Gesteins mit südlich üppigem Leben! Wie schön muß vollends die Insel gewesen sein, als Tiberius sie zu einem villenbestreuten Garten gemacht hatte! Und doch war es nur eine äußerliche Pracht, welche die Verwesung der Sünde schlecht verhüllte. Und solche Zeiten wünscht man zurück? Welche Verblendung! Mit Wehmuth erfüllt es die Christen beim Anblick der wunderbaren Schönheit Italiens, daß soviele derer, die mit ihm diese Schönheit genießen, dem Schöpfer all dieser Herrlichkeit die Ehre nicht geben, vielmehr als Neuheiden wieder des Schöpfers Majestät mit dem Geschöpfe vertauschen:

> O blühende Erdenherrlichkeit,
> Dir sei mein Herz ergeben,
> Bis mich entrafft, den Sohn der Zeit,
> Dein endlos wirkendes Leben!
> Auf deinen Wegen lernte ich
> Zu hassen und zu lieben,
> Im Glück und Unglück irret mich
> Kein Droben und kein Drüben.

O armes Italien, wenn eine solche „Weltanschauung“

dir feste Wurzeln fassen könnte! Videant consules! Schon
hleicht der Wolf um die Hürde; Elemente zum völligen
bfall vom Glauben sind genug vorhanden — wie liegt im
eiligen Rom die religiöse Erziehung der Kinder in den
taatsschulen im Argen! Santa Maria del Soccorso, soccorre!

LXXXIII.

Die neue Lage in Oesterreich.

Von einem österreichischen Reichsrathsabgeordneten.

Das politische Leben der österreichischen Reichshälfte,
as wiederholt Gegenstand unserer Erörterungen in den
lben Heften war, ist in ein ganz neues Stadium ge-
eten, von dem wir nicht zu sagen vermögen, ob es von
nger Dauer sein wird. Die Veranlassung der neuen Lage,
wie sie selbst in ihrer Entwicklung und Jugend, sind so
genartiger Natur, daß es allen Politikern und noch mehr
en Fernerstehenden äußerst schwer fällt, sich mit ihr zurecht
finden.

Am 10. Oktober hatte bekanntlich der frühere Minister-
räsident Graf Taaffe dem Abgeordnetenhause eine Wahl-
formvorlage unterbreitet, welche sozusagen das allgemeine
nd in den jetzigen Wählercurien der Städte und der
andgemeinden überdieß das gleiche Wahlrecht bedeutete.
er Vorlage waren weder Motivenbericht noch statistisches
Material beigegeben, so daß dieselbe in der That einen
Sprung in's Dunkle bezeichnete. Die unmittelbare Ver-
nlassung der Vorlage, die Wiener, Brünner und Prager
rbeiterdemonstrationen um das allgemeine, gleiche und
irekte Wahlrecht, war nicht geeignet, auf eine starke Hand
er Regierung hinzudeuten, welche etwa in der Lage wäre,
r Ueberfluthung der Mittelstände durch das Proletariat
eim allgemeinen Wahlrechte entsprechend entgegenzutreten.

artei. Sie hatten also Einfluß auf die Leitung der Ge-
häfte in hohem Maße erlangt.

Auch die Polen durften sich freuen; denn sie erhöhten
ren Besitzstand im Rathe der Krone um Eine Stimme.
uch sie haben ihren Führer und ein hervorragendes Club-
itglied im Ministerrathe.

Die Conservativen hatten keine Ursache, sich
nderlich zu erwärmen. Zwar concedirte man ihnen den
Ministerpräsidenten und zwei Ministerposten und nahm
berdieß einen der beiden Polen aus der conservativen
Mehrheit dieses Clubs. Allein es hatten ihre grundsätzlichen
Gegner nunmehr Sitz und Stimme im Ministerium erlangt
nd das Finanzportefeuille, das bisher so sorgsam gehütet
ard, kam in capitalistische Hände. Was die Conservativen
t ihrer großen Mehrheit veranlaßte, trotzdem eine zu-
artende Stellung einzunehmen, war das persönliche Ver-
rauen in das Wohlwollen des Fürsten Windischgrätz und
er Umstand, daß der Politiker eben mit den gegebenen
Verhältnissen rechnen und bestrebt sein muß, aus ihnen den
rößtmöglichen Vortheil für die Sache zu ziehen. Der
Uebergang zur Opposition wäre von den schlimmsten Folgen
egleitet gewesen, da ja die Liberalen und die Polen auch
llein die Mehrheit bilden. Leider ließen sich trotzdem zehn
Südslaven bewegen, den Club zu verlassen.

Die erste Probe bestand die neue Coalition am 1. De-
ember, bei der Abstimmung über das Eingehen in die
Specialdebatte über die Landwehrvorlage. Hiebei zeigte es
ich, daß die Conservativen die Machtstellung des Reiches
llen politischen Erwägungen voranstellen. Es absentirten
ich nämlich bei dieser Abstimmung von den Polen 19 Ab-
eordnete = 34 %, von den Liberalen 29 Abgeordnete
= 26 %, von den Conservativen 13 Abgeordnete = 24 %.

Es entsteht nun die Frage, was haben die Conservativen
n der neuen Lage zu erwarten? Und auf diese Frage
wollen wir antworten. Zunächst möchten wir hervorheben,

daß die Conservativen des österreichischen Abgeordnetenhauses immer in einer Coalition gestanden sind. Vom Jahre 1879 an war es eine Coalition mit den Altczechen und den Polen. Mit dem Verschwinden der Altczechen und mit dem Eintritt der Jungczechen in's Parlament i. J. 1891 änderte sich die Situation. Die Jungczechen waren Opposition um jeden Preis; Polen und Conservative hatten nicht die Majorität; die Liberalen ebensowenig wie die Conservativen wollten von einer formellen Coalition etwas wissen und die Polen erklärten, an der Seite der Conservativen bleiben zu wollen. Graf Taaffe suchte Fühlung mit den Liberalen, ohne sie allzu nahe kommen zu lassen. Staatsvoranschlag, Rekrutencontingent u. s. w. fanden die Zustimmung der drei großen Parteien, sie standen in thatsächlicher, wenn auch nicht formeller Coalition. Daran erinnert man sich heute viel zu wenig auf gewissen Seiten.

Man wollte in Oesterreich seit 1879 nie gegen, seit 1891 nie ohne die Conservativen regieren; und in dem Augenblicke, da ein neuer streng conservativer Ministerpräsident den letzteren Grundsatz trotz sehr geänderter, verschlimmerter Verhältnisse in sein Regierungsprogramm einfügen will, hätte die conservative Partei daran gehen sollen, auf dies Wohlwollen zu verzichten und in die Verbannung, in die Opposition zu gehen. Das kann doch kein vernünftiger Realpolitiker fordern wollen. Die Opposition der Conservativen hätte die Demission des Fürsten Windischgrätz und der Grafen Falkenhayn und Schönborn, und den Regierungsantritt eines deutschliberal-polnischen Regimes zur Folge gehabt und kein Mensch hätte es den Polen verübeln können, daß sie nach Austritt der Conservativen aus der Majorität für sich selbst die günstige Position nicht mit der ungünstigen vertauschten.

In der Opposition selbst aber hätten die Conservativen sofort eine, wenigstens thatsächliche Coalition eingehen müssen mit Elementen, deren Wesen und Ziele einer conservativen,

tholischen und österreichischen Politik geradezu diametral
tgegengesetzt sind. Die Mitwirkung an der Coalition bot
ıd bietet aber die Gelegenheit, Einfluß auf die Regierungs-
ılitik zu nehmen und zu verhindern, was zu verhindern ist.

Keine Coalition ungleichartiger Parteien kann den
arteien als Ideal vorschweben, weil sie ein Compromiß
deutet, bei welchem jeder auf Etwas zu verzichten und
ziehungsweise Etwas zu gewähren hat. Trotzdem kann
ie Coalition unter Umständen nothwendig sein. Ein
:anker, dem Kemmerich's Fleischpepton nicht zu Gebote
:ht, wird deßhalb nicht auf die gewöhnliche Fleischsuppe
rzichten.

Die Krone ist entschieden conservativ; sie hat sich einen
tholisch conservativen Politiker als Ministerpräsidenten
ıserkoren; das Cabinet trägt einen mehr conservativen
harakter; durch die Bevölkerung selbst beginnt ein con-
rvativer Geist zu wehen und auch die Liberalen selbst sind,
lerdings gezwungen durch die Verhältnisse, von ihren
ıktrinären Grundsätzen vielfach abgekommen und haben,
lerdings mit verschlossenen Augen, damit man sie, wie den
ogel Strouß, bei dieser theilweisen Häutung nicht sehen
ll, conservativere oder doch weniger liberale AllUren an-
nommen. Und nur die conservativen Abgeordneten selbst
llten das Alles perhorresciren, weil sie auch jetzt die con-
ssionelle Schule u. s. w. nicht erreichen können?

Also, die Coalition wird vorläufige Rückstellung specieller
arteiwünsche, um uns dieses unrichtigen Ausdruckes zu be-
:nen, verlangen, aber wohl gemerkt nicht von den Con-
:vativen allein, sondern von allen drei Coalitionsparteien.
ie Coalition wird auch Manches gewähren, allerdings
eder nicht bloß den Conservativen allein, sondern allen
ei Coalitionsparteien.

In dieser Beziehung werden wir also ziemlich auf dem
ıtus quo ante bleiben. Unsere Stellung hat sich aber
:ilweise sogar gebessert. Es liegen dem Reichsrathe

mehrerlei Gesetzentwürfe vor, welche die neue Regierung von der früheren übernommen hat. Dieselben beziehen sich auf die genossenschaftliche Organisation der Gesellschaft, auf Bildung von Rentengütern, auf Verbot von Ratengeschäften, Congrua, Canonikatgehaltsregulierung u.s.w. Gegen die liberale Partei wären derlei Gesetze einfach nicht durchzubringen gewesen. In dem Augenblicke, da dieselbe eine Position innerhalb der Coalition eingenommen hat, hat sie auch eine gewisse Garantie übernommen, die Annahme dieser Regierungsvorlagen zu ermöglichen. Wer möchte es verantworten, eine solche Situation zum Zustandekommen so nothwendiger Gesetze unbenützt zu lassen, ja ihr feindselig gegenüber zu stehen?

Von mehreren anderen Punkten soll nur noch Einer, aber ein wichtiger hervorgehoben werden.

Die conservative Partei muß ein großes Gewicht darauf legen, bei der bevorstehenden Wahlreform ein entscheidendes Wort mitsprechen zu können. Dieß ist aber nur möglich als Mitglied der großen Regierungspartei. Außerhalb dieses Rahmens stehend kann sie wohl schöne Reden halten, gutgemeinte Anträge stellen; allein die Majorität wird die ihr convenirende, mit der Regierung vereinbarte Wahlreform schon beschlossen zur Debatte mitbringen und daran nichts mehr ändern lassen. Und endlich bei einer durchzuführenden Neuwahl selbst wird der Regierungsapparat, der bekanntlich sehr mitspielen kann, nicht gegen sie in Verwendung kommen können.

Hauptsache aber scheint uns zu sein, daß die drei großen Parteien, von denen die Conservativen in ihrer Resolution ohne Widerspruch der Liberalen auf die Unantastbarkeit ihrer Grundsätze hinwiesen, sich vereinigten, um wichtige wirthschaftliche und sociale Fragen durchzuführen. Wir sind überzeugt, daß dies bei allseitigem gutem Willen auch möglich werden wird.

Zum Schlusse noch eine Bemerkung, die wir uns selbst

und den Lesern, die uns kennen, schuldig sind. Wir standen unter den Wortführern gegen die Coalition mit den Liberalen, wir hielten den Verlauf der Krisis für ungünstig und haben diesen unseren Anschauungen an gehöriger Stelle lebhaftesten Ausdruck gegeben. Die Majorität der Gesinnungsgenossen entschied gegen uns. Wir sind nicht so anmaßend, daß wir glauben, unsere Anschauung allein sei die richtige. Wir unterordneten uns der Ansicht der Collegen, die ja nicht minder als wir das Beste des Volkes wollen. Wir machen daher ihre Argumente zu den unserigen, legen die Bedenken bei Seite, wollen einig mit ihnen, nicht uneinig gegen sie arbeiten und können nur zu Gott bitten, daß er die Arbeit segne.

Diese Arbeiten sollen in erster Linie dazu dienen, die Socialdemokratie zu bekämpfen, und da muß jeder opferwillig mit Hand anlegen, der sich überhaupt noch Freund des Volkes nennen will. Gott schirme unser Vaterland!

LXXXIV.

Zeitläufe.

Das Jesuitengesetz vor dem Deutschen Reichstage.

Den 12. Dezember 1893.

Soweit wäre das traurige Gesetz, mit dem sich das Deutsche Reich in seinem jugendlichen Uebermuthe am 4. Juli 1872 verunehrt hat, parlamentarisch abgethan. Es ragt in unsere Zeit herein, wie ein fossiles Drachengeripppe aus einer untergegangenen Welt. Was bedeuten heute in der riesenhaft anwachsenden socialen Bewegung die eingebildeten

Mächte, welche mit diesem Leckerbissen abgespeist seyn wollten? Wenn jener bayerische Cultusminister, der sich in ihrem Dienst so viel Geld und den Freiherrntitel verdiente, heute noch lebte, müßte er nicht, schamroth bis hinter die Ohren, auf das alte Ständehaus deuten und sagen: „Laßt mich aus, wir haben jetzt ganz andere Kämpfe zu bestehen?"

In der That ist auch auf diesem Felde der erste Schlag von dem damaligen deutschen Krähwinkel ausgegangen. Die sogenannte altkatholische Generalversammlung in München verlangte, daß „der auflösenden und sittenverderbenden Thätigkeit der Jesuiten ein Ende bereitet werde." und sofort nahm das Haupt des „Protestantenvereins", Bluntschli in Heidelberg, auch eine ehemalige Münchener Leuchte, das Werk als Freimaurer-Großmeister in die Hand, indem er durch ein geheimes Rundschreiben vom 8. Oktober 1871 den ganzen Heerbann der Loge aufbot. Im Reichstag vertrat Fürst Bismarck den Antrag nicht, er hatte Urlaub genommen krankheitshalber. An seiner Stelle führte Geheimrath Wagener das Wort, der es nachher, als Weggeworfener im Elend verkommend, bitter bereute. Der damalige Justizminister, ein protestantisch getaufter Jude, sagte in seiner Erklärung über die bestehende Gefährdung des Reichs: „Wir stellen nicht in Abrede, daß wir auf diese Weise die Ermächtigung fordern zu einem schweren Eingriff in die allen Deutschen feierlich gewährleistete Freiheit der bürgerlichen Rechte, aber wir befinden uns im Zustande der erlaubten Nothwehr." Darum sagte dann auch der Minister: das Gesetz sei nur ein provisorisches Nothgesetz." [1])

In der zweiten Lesung des Centrumsantrags am 1. December hat nun der Reichstag mit ansehnlicher Mehrheit beschlossen, daß diesem provisorischen Nothgesetze ein Ende zu machen sei. Der Antrag war vor zwei Jahren

1) „Wie kam das Jesuitengesetz zu Stande?" S. „Augsburger Postzeitung" vom 1. Mai d. Js.

wieder vorgelegen, wurde aber während der Verhandlungen über das Schulgesetz im preußischen Landtag zurückgezogen. Graf Caprivi hatte hier, ohne weitere Veranlassung, als beim liberalen „Rütliverein" gut Wetter zu machen, erklärt, Preußen werde im Bundesrath für Aufhebung des Jesuitengesetzes seine Stimme nicht geben. Bei solcher Aussichtslosigkeit wollte das Centrum die Erregung nicht noch vermehren, welche liberalerseits gegen die Regierung wegen der Schulgesetz-Vorlage angestiftet war. Im Jahre darauf lag der Antrag wieder vor, während alle Sinne für oder wider die Militärvorlage eingenommen waren. Er diente einstweilen nur zu der Verdächtigung, daß das Centrum damit ein Handelsgeschäft beabsichtige, und die Wiederzulassung der Jesuiten durch die Zustimmung zur Militärvorlage zu erkaufen gedenke.

Selbstverständlich kehrte diese ewige Verläumdung auch jetzt und zum dritten Male wieder, dießmal in Bezug auf das schwer bedrohte Schicksal der Handelsverträge. Es erforderte ein energisches Auftreten für schleunige Behandlung, um endlich eine Entscheidung im Reichstage zu erzielen, und durch den Beistand aus den Oppositionsparteien erfolgte sie zu Gunsten des Antrags. Noch im Anfang des Jahres hatte der damals noch geeinigte „Freisinn" sein geschlossenes Eintreten für den Jesuitenantrag in Aussicht gestellt,[1]) jetzt war nur mehr ein kleiner Theil der Richter'schen Fraktion dafür zu haben. So kam es, daß die socialdemokratischen Stimmen den Ausschlag gaben. Das wird nun auf culturkämpferischer Seite wieder gegen die gerechte Sache ausgebeutet. Mit welcher Furie es geschieht, bezeugt die Auslassung eines Blattes, das ehemals in dem anerkannten Rufe des deutschen Weltblattes stand, jetzt aber zum Bismarck'schen Leierkasten in München herabgesunken ist:

---

1) Abg. Alex. Meyer im Landtag, s. „Münchener Allg. Zeitung" vom 23. Februar d. Js.

„Also die Thatsache steht fest, daß das Centrum für seinen Antrag eine Majorität gefunden hat; besondere Befriedigung wird es aber kaum über dieselbe empfinden; denn es ist die Socialdemokratie, aus deren Hand es die Gabe des gestrigen Abstimmungsresultats empfängt. Für den Bundesrath, bezw. für die preußische Regierung, liegt schlechterdings kein Grund vor, durch dieses Resultat in der bisher eingenommenen Haltung sich beirren zu lassen. Die für den Antrag des Centrums durch Heranziehung von Stimmen aus allen undeutschen Elementen des Reichstags zusammengestoppelte, durch die antinationale Socialdemokratie mühsam ergänzte Majorität repräsentirt thatsächlich nichts weniger als den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes. Wollte der preußische Staat vor dieser Majorität sich beugen, und unter dem Einfluß dieses Resultats und sonstiger Erwägungen sich bestimmen lassen, den gewaltigen Schritt rückwärts in der Culturentwicklung der Menschheit zu thun, welchen die Zurückberufung des Jesuitenordens bedeutet, so müßten Tausende und aber Tausende an seiner weltgeschichtlichen Mission irre werden. Der Jesuitenorden ist verurtheilt, gebrandmarkt von der Geschichte, daran ändern die angeblichen Vorzüge seiner jetzigen Mitglieder nichts; der Jesuitenorden ist der Todfeind des modernen Staats und der modernen Cultur, das ist das Zeugniß seiner eigenen Geschichte, dessen gewaltige Sprache weder schmeichelnde Friedensschalmeien, noch rauschende Posaunenstöße zu übertäuben vermögen.“ [1])

Die wenigst schöne Rolle spielte bei der Verhandlung die preußisch-conservative Partei. Die Mehrheit stimmte dagegen, eine Minderheit entzog sich der Abstimmung. Der Sprecher der Einen erklärte, es handle sich nicht um ein eigentliches Culturkampfgesetz, da ja in manchen deutschen Staaten ähnliche Bestimmungen gegen die Jesuiten früher schon zu Recht bestanden hätten; „andererseits aber würde eine Aufhebung des Gesetzes unter den augenblicklichen Verhältnissen der Erhaltung des confessionellen Friedens nicht

1) Redaktions-Artikel der „Münchener Allg. Zeitung“ vom 2. December d. Js.

förderlich sein, ja in weiten evangelischen Kreisen lebhafte Beunruhigung hervorrufen." Der Sprecher der anderen Feiglinge trat frischweg mit der Ankündigung auf: „Wir werden uns der Abstimmung enthalten mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse unserer Wahlkreise. Unsere Abstimmung, sei es für oder gegen, würde in unseren heimathlichen Wahlkreisen Erörterungen hervorrufen, von denen wir meinen, daß sie nicht dienlich sind." Schließlich hatte nur Eine Stimme, und zwar eine erlauchte, auf diesen Bänken den Mannesmuth, Ja zu sagen.

Freilich handelt es sich zur Zeit darum, alle Kräfte zu dem großen Sturm auf die Handelsverträge zu vereinigen, und zu dem Zwecke war dem protestantisch-conservativen Hauptorgan auch das Mittel nicht zu schlecht, den Papst zu verdächtigen, daß er das russisch-französische Bündniß begünstige und gegen den Dreibund intriguire. Allerdings ist diese Hetze nicht neu; namentlich seit dem Auftreten Lavigerie's wiederholen sich derlei Verdächtigungen in dem Blatte, im Einklang mit der ganzen Judenpresse, fast von Woche zu Woche. Jetzt aber, unmittelbar vor der Debatte über den Centrumsantrag, brachte das Blatt nacheinander zwei Leitartikel, worin es als erwiesen dargestellt wird, daß „die zur Zeit an der Curie zu leitendem Einfluß gelangten Jesuiten das erfolgreiche Bestreben zeigen, den Vatikan als Dritten der französisch-russischen Verbrüderung anzuschließen". Sogar die Wünsche des Papstes für die Wiedervereinigung mit dem orthodoxen Kirchenwesen im Orient gilt für einen Beweis, wie Papst Leo schon ganz von Rußland umgarnt sei. „Diese Thatsachen können nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, und es scheint uns, daß von einer Zulassung der Jesuiten nicht die Rede seyn kann, so lange die Politik der Curie mit unseren Gegnern Hand in Hand geht": so schließt das Blatt.[1]) Dr. Lieber brachte das

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 28. und 30. November d. Js.

Lügengewebe in der Debatte zur Sprache, aber auf der Rechten rührte sich nichts.

Als vor zwei Jahren auch liberalerseits die Fabel von der „frivolen Politik des Cardinals Rampolla" verbreitet wurde, da fügte ein Berliner Berichterstatter bei: „Wäre der Papst heute noch Landesfürst, so würde man es an Mitteln nicht fehlen lassen, seinen Diplomaten eine andere Politik aufzunöthigen; wenn es sich aber darum handelt, vitale Interessen zu vertheidigen, wird man eine feindselige Curie anzufassen wissen, wie ein Feind angefaßt wird."[1] Ein solches Kriegsmittel wäre also auch in den Augen des conservativen Hauptblatts die Aufrechthaltung des Jesuitengesetzes. Und es paßt sich so: aus der Lüge war es geboren, und mit Lügen muß es am Leben erhalten werden.

Sehr auffällig war die Stellung, welche die zwei Führer der ehemals vereinigten Flügel der „Freisinnigen" einnahmen. Beide wollten nur den § 2 des Gesetzes, also die Ausweisung der ausländischen und die Expatriirung oder Internirung der inländischen Ordensmitglieder aufgehoben, den § 1 aber, also die Ausschließung des Ordens und seiner Niederlassungen, aufrecht erhalten wissen. Diese Bestimmungen sollten erst seinerzeit bei einer neuen Regelung des Vereinsrechts und Einführung der allgemeinen Vereinsfreiheit ihre Correktur finden, wobei allerdings darauf hingewiesen wurde, daß sie auch bei unbedingter Aufhebung des Reichsgesetzes in den Landrechten einzelner Bundesstaaten fortbestehen würden. Der Eine der beiden Herren, der abtrünnige, wollte auch noch einen neuen § 3 dem Centrumsantrag beigefügt haben, betreffend die Abänderung des vielbesprochenen Strafgesetzbuchs-Paragraphen 166, welcher öffentliche Beschimpfungen der Einrichtungen einer anerkannten Religionsgesellschaft unter Strafe stellt.

---

1) Berliner Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 14. August 1891.

Nun kann man der Meinung seyn, daß uns an einer
chen Abänderung nicht allzuviel gelegen wäre, denn wir
uchen nicht zu „beschimpfen". Wenn aber auf der andern
ite von Natur aus ein unbezwingliches Bedürfniß zur
schimpfung katholischer Einrichtungen besteht, so möge man
Befriedigung desselben einstweilen lieber freigeben, bis
Herren es selber satt bekommen oder andere Leute ihrer
nste überdrüssig werden. Hr. Rickert wird sich denn auch
ken: wenn die Jesuiten wieder kommen, so muß man mit
en und ihrer Kirche wenigstens nach Lust und Liebe ver-
ren dürfen. Daß aber selbst ein Eugen Richter den
hein auf sich fallen ließ, als ob er nach bequemen Vor-
nden suche, um nicht Ja und nicht Nein sagen zu müssen,
s kam allenthalben unerwartet. Vor eilf Jahren haben
f den liberalen Bänken die zwei jüdischen Abgeordneten
sker und Bamberger gegen die Annahme des Gesetzes
stimmt; sollte er sich jetzt nicht mehr so viel zutrauen
rfen, während doch gerade er es ist, der vor dem Reichstag
schärfsten über das Gesetz abgeurtheilt hat?

„Daß die Jesuiten dadurch auf dieselbe Stufe gestellt
rden, wie Zigeuner und Vagabunden, ist richtig. Alle anderen
utschen haben das Recht, sich niederzulassen, wo sie den
werb finden, nur frühere Sträflinge sind davon ausgenommen
Grund des Gesetzes vom 31. December 1842. Die Jesuiten
rden schärfer betroffen als die Sträflinge, weil diese immer
t durch gerichtliche Strafen getroffen sein müssen, während
Jesuiten als solche von der Ausnahmebestimmung betroffen
d und die Behörde auch berechtigt ist, ihnen gewisse Orte
Aufenthalt anzuweisen. Diese Beschränkung steht ohne
ispiel in der Gesetzgebung da. Man hat eine ähnliche Be-
änkung den Socialdemokraten gegenüber einführen wollen,
eine derartige Beschränkung hat in dem Expatriirungsgesetz
tanden, das jetzt jedoch aufgehoben ist. Es ist also voll-
ndig richtig, daß die inländischen Jesuiten schlechter gestellt
d, als ein Anarchist."

Die Debatte ist ziemlich ruhig in einer einzigen Sitzung

verlaufen. Ihre Kosten haben fast ausschließlich die Centrums-redner getragen: Graf Hompesch als Vorsitzender, Freiherr von Heeremann, nicht zum ersten Male, und Dr. Lieber. Sowohl die Nationalliberalen, als die Reichspartei haben nur Erklärungen über ihre Nichtbetheiligung verlesen lassen. Sie waren offenbar von dem Gefühl geleitet, daß sich mit Culturkampf-Reden nicht mehr die glänzenden Geschäfte machen lassen wie damals, als der Nationalliberalismus noch über hundert Stimmen mehr im Reichstag verfügte als heute. Seine jetzige Erklärung lautet ziemlich zahm: „Wir sind der Ueberzeugung, daß in einem Bundesstaat mit confessionell gemischter Bevölkerung die Niederlassung des Jesuitenordens und der mit ihm verwandten Congregationen den kirchlichen Frieden gefährdet." Im Interesse des confessionellen Friedens halten die Herren auch schon „eine nähere Discussion des Antrags für ungeeignet". Ebenso die Reichspartei, nur daß diese noch beifügt: „Die Lehren des Jesuitenordens über das Verhältniß von Staat und Kirche seien mit den Grundsätzen und Lebensbedingungen des modernen Staats schwer vereinbar". Also doch nichts mehr von immanenter Staats- und Reichsgefahr, von deutsch-nationaler Nothwehr, sondern immer nur der bedrohte — confessionelle Friede!

Aber seit wann und von wem ist denn das „friedliche Zusammenleben der verschiedenen christlichen Confessionen", wie die Herren von der Reichspartei sich ausdrücken, gestört worden? Bis zum Jahre 1866 hat man von solcher Störung nichts bemerkt, und doch gab es (seit 1849) Jesuiten in Preußen, wie auch Redemptoristen (seit 1841) in Bayern. Darauf folgte der „Gustavadolfs-Ritt" in's deutsche Land, und sofort erhob der Uebermuth sein Haupt, selbstverständlich doch nicht bei den Besiegten. Vorderhand mußte man sich auf der andern Seite allerdings noch einige Zurückhaltung auferlegen, denn, wie Lasker im Reichstag sagte, „das Reich war noch nicht unter Dach gebracht". Noch immer gab es Jesuiten in Preußen und Redemptoristen in Bayern; Nie-

konnte ihnen eine confessionelle Friedensstörung vor=
n. Nun kam das neue Reich. Vor fast anderthalb
en hat Fürst Bismarck auf offenem Markte zu Jena
Strafpredigt über den „Neuen Curs", weil derselbe
zu gute Meinung vom Centrum habe, mit den Worten
ossen: „Ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung
evangelischen Kaiserthums, dem hänge ich treu an." [1])
seit dieser Einschwörung war es zu Ende mit dem con=
nellen Frieden.

Vor Kurzem hat ein ausgemachter Jesuitenfeind zwei
Bücher über den „Zeitgeist in Deutschland" besprochen
dabei bemerkt: „Der Norddeutsche kommt bekanntlich
iner Brille auf die Welt, die so construirt ist, daß sie
ndfach vergrößert und die Gegenstände theils schwarz,
blutroth färbt, sobald sie nach der katholischen Seite
gerichtet ist." [2]) Diese Brille setzte man sich nun im
n Bereich des „evangelischen Kaiserthums" auf, vor
in der Pastorenwelt. Es ist wohl auch vielen der
en in ihren leeren Kirchen nicht geheuer, während man
hartnäckigsten Kirchenschwänzer am Ende doch in einen
n zur Vermöbelung des Jesuitismus und Katholicismus
ibringt. Wenn selbst einem Mann wie Stöcker bei dem
auf die innere Ohnmacht seiner Kirche die Sorge an=
eln konnte, daß Deutschland in ein paar hundert Jahren
r katholisch seyn werde, so muß man sogar annehmen, daß
furcht wirklich vielfach eine ehrliche ist. Hat ja auch
Gneist, der juristische Beirath des Ministers, in der
stagssitzung vom 14. Juni 1872 dem Centrum zu=
en: „Sie kämpfen für die Gesellschaft Jesu, weil die
ten es zu Wege brachten, daß ihre Kirche in zwanzig
en größere Fortschritte machte, als sie ohne dieselben

[1]) S. die (revidirte) Rede in der Münchener „Allg. Zeitung" vom 4. August 1892.
[2]) Wochenblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 26. November d. Js.

in 200 Jahren gemacht haben würde". Wieder Andere, die früher außerhalb des Schattens der Kirche zu leben und zu sterben begehrten, mögen sich dem „evangelischen Kaiserthum" zu lieb plötzlich auf das „protestantische Bewußtseyn" besonnen haben.[1]) So wurde vor drei Jahren sogar die deutsche Burschenschaft an allen Universitäten mobil gemacht wegen der „Gefährdung des Reichs durch die Zulassung jener verderblichen Gesellschaft".[2]) Aus allen diesen buntfarbigen Elementen hat sich nun der Löwe des Tages, der „Evangelische Bund", zusammengeschlossen.

Ohne über das eigentliche „Evangelium", das Apostolikum insbesondere, irgendwie eine festgestellte Meinung zu haben und in sich einig zu seyn, beansprucht er die geistliche Leitung des „evangelischen Kaiserthums", wie Fürst Bismarck auf dessen „weltliche Leitung eingeschworen" war. Wie scharfe Polizeiaufsicht er führt, konnte man im vorigen Herbst erkennen, als das Organ des Grafen Caprivi einige wohlwollenden Worte über den Katholikentag in Mainz verlauten ließ. Dieser „officiöse Liebesbrief" hat „das unzweifelhafte Verdienst, dem gesammten protestantischen und liberalen Deutschland die Frage von Neuem recht nahe gelegt zu haben: wohin treiben wir?"[3]) Und als nun gar der Besuch des Kaisers beim Papste aus Anlaß seiner Romreise stattfand! „Die über das gewöhnliche Maß der Höflichkeit nach allgemeinem Empfinden hinausgehende Lebhaftigkeit und Innigkeit des Verkehrs mit den Häuptern der Curie hat in

---

1) Aus dem Berliner „Reichsboten" s. „Augsburger Postzeitung" vom 27. Juni 1892 und „Kölnische Volkszeitung" vom 3. August 1892.

2) „Kölnische Volkszeitung" vom 13. Januar 1891.

3) Berliner Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 8. September 1892; Wiener „Neue Freie Presse" vom 5. September 1892.

eiten Kreisen des deutschen Volkes ein peinliches Gefühl
r Beklemmung und Beängstigung erregt". [1])

Inmitten dieser Censuren nach oben erschien ein Protest
es Bundes in Dresden, welcher zwar das volle Vertrauen
i den Reichsregierungen aussprach, aber noch einmal drin-
nd warnte: „durch die Rückkehr der Jesuiten und der
rwandten Orden würde der confessionelle Friede in ver-
rbenbringenden Kampf und Haß verwandelt und unsere ganze
rf dem Boden der Reformation erwachsene deutsche Cultur
g gefährdet werden". [1]) Nun hat man gerade in Sachsen
ch nie einen Jesuiten kennen gelernt; aber wenn auch in-
vischen alle die Orden heimgekehrt wären, hätte der „ver-
rbenbringende Kampf und Haß" höher anschwellen können,
ls es durch die unausgesetzte Hetze bis zu den häßlichen
cenen bei der Grundsteinlegung zur Protestations-Kirche
Speyer jüngst geschah, wo der Staat geradezu auf-
fordert wurde, zu Mitteln der Gewalt gegen die katholische
irche zu greifen?

Der rastlose Bund hat nicht nur mehrere tausend
etitionen an den Reichsrath aufgebracht, er hat Aufforde-
ungen an die Person des Kaisers veranlaßt, in welchen der
Monarch nicht als über den Confessionen stehender Herrscher,
ndern als Pflichtträger des „evangelischen Kaiserthums"
dacht ist. So hat am 23. Februar d. Js. zu Barmen
n der Wupper eine sogenannte Einspruchsversammlung
attgefunden, welche an den Kaiser telegraphirte: „Tausend-
veihundert evangelische Männer, aus den verschiedensten
Sauen Deutschlands in Barmen vereinigt, um vor den Ge-
fhren zu warnen, die durch die Wiederzulassung des
esuitenordens im Deutschen Reiche unserm Vaterlande er-
achsen würden, bringen Euer kaiserlichen und königlichen
Majestät in dankbarer Erinnerung an das zu Wittenberg

1) Berliner Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung"
vom 28. April d. Js.

2) Münchener „Allg. Zeitung" vom 31. Dezember 1892.

in Gemeinschaft mit den evangelischen deutschen Fürsten und Freien Städten abgelegte evangelische Bekenntniß ihre ehrerbietigste Huldigung dar." Schon vor Jahr und Tag hatte die Vorstandschaft des „Evangelischen Bundes" den Entwurf einer Bittschrift an die Adresse Sr. Majestät versendet, in welchem es unter Anderm heißt:

„Der Jesuiten-Orden hat noch überall, wo er zu Macht und Einfluß kam, Verfall und Zerrüttung angerichtet; daß er irgendwo dauernd Segen gestiftet hätte, davon weiß die Geschichte nichts. Es geht um dieser Sache willen eine tiefe und starke Bewegung durch unser deutsch-evangelisches Volk. Dasselbe würde es nicht verstehen, wenn der höchste Schirmherr des Vaterlandes, wie des evangelischen Bekenntnisses nicht dazwischen träte, wo ein die Volksstimme in dieser Sache nicht vertretendes Parlament dem Erbfeind beide Thore aufthun will. Das evangelische Deutschland wird Ew. kaiserlichen und königlichen Majestät zujubeln, wenn es aus allerhöchstem Munde das schützende Wort hört." [1])

Es ist nicht bekannt geworden, worauf der Reichskanzler sich berufen konnte, als er zum Besten der gefährdeten Schulgesetz-Vorlage und den Liberalen zur Erbauung im Reichstag bemerkte: Preußen würde im Bundesrathe nicht für Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen. Später wurde erzählt, der Kaiser habe geäußert, damit sei es Ein- für allemal vorbei. Jedenfalls aber wird er sich vor dem Ansturm der Bündler und ihren Hülfstruppen nicht fürchten. Er ist ein Freund starker Schlager. Wie früher gegenüber dem Civil, hat er jüngst vor seiner Garde gesagt: es gäbe nur Ein Gesetz, und das sei Sein Gesetz. Uns kann es recht seyn, wenn die Grundlage hiefür überall die — ausgleichende Gerechtigkeit ist.

Ueberdieß ist das Reich im Verlaufe der Zeit seit 1872 eine große Colonialmacht geworden. Gegen Bismarck's Erwartung reichte für den neuen Wirkungskreis dessen „Evan-

1) „Augsburger Postzeitung" vom 7. Januar 1892.

gelisches Kaiserthum" nicht aus. Man mußte alsbald froh seyn, Jesuiten und verwandte Orden in den Colonien zu haben. Wenn sie aber in Afrika diensam sind für Christenthum und Cultur, warum nicht bei uns zu Hause? Der König von Belgien steht gewiß nicht im Rufe eines Ultramontanen, und doch hat man vor einigen Monaten in einem liberalen Berichte Folgendes gelesen:

„König Leopold hat dieser Tage den Jesuiten eine ganz besondere Auszeichnung zutheil werden lassen. Man weiß nicht, warum davon in klerikalen Blättern nicht großes Aufheben gemacht wird, die sich sonst derartige fürstliche Lobsprüche auf die Ihrigen nicht entgehen lassen. Der König hat den Pater-Provincial der Jesuiten in Audienz empfangen und ihm in den lebhaftesten Worten für die Dienste gedankt, welche der Orden ihm durch sein Wirken am Congo erweist. Der König versicherte den Provincial der Hochachtung, die er vor dem Orden hege, und fügte hinzu: ‚Wenn die gottesfürchtigen Söhne des hl. Ignatius von Loyola in Belgien jemals verfolgt oder bedroht würden, so werden sie an mir einen sicheren Schutz und nachdrückliche Beschirmung finden.' [1])

1) Brüsseler Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 29. Juni d. Js.

LXXXV.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.[1])

Die Weltausstellung in Chicago hat die Blicke der gebildeten Kreise Europas nach der neuen Welt in verstärktem Maße gelockt. Das alte Europa wird ja von Jahr zu Jahr immer mehr abhängig von den Verhältnissen der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Was in Mitteleuropa das Getreide kostet, hängt von dem Ausfall der Ernte in den Vereinigten Staaten ab. Der Silberpreis wird von den wechselnden Bestimmungen der amerikanischen Währung bestimmt. Ob die Baumwollspinnereien Europas blühen oder nothleiden, wird wesentlich vom amerikanischen Zolltarif bestimmt. Bei solch engen Wechselbeziehungen ist es natürlich, daß die Kenntniß der Vorgänge in der neuen Welt für die richtige Beurtheilung der Entwicklung Europas von wesentlichster Bedeutung geworden ist. Aber im Großen und Ganzen wird diese Kenntniß nur sehr mangelhaft und vielfach einseitig vermittelt.

Das Werk, welches uns klaren, ziffermäßigen Aufschluß über amerikanische Verhältnisse gibt, welches uns einen tiefen Einblick in die religiösen und sittlichen Zustände, in die wirthschaftliche Gestaltung und sociale Entwickelung, in die landwirthschaftliche und industrielle Produktion, in

---

1) Die Vereinigten Staaten Nordamerikas in der Gegenwart. Seine Institutionen und Ideen seit dem Secessionskriege. Von Claudio Jannet und Dr. Walter Kämpfe. Freiburg bei Herder. 1893. S. 704 in 8°. (8 Mk.)

Bauernstand, Handels- und Arbeiterschaft, in die Racenverhältnisse, in Schul- und Erziehungswesen, in die öffentliche Verwaltung und Rechtssprechung, in die Scheidung zwischen Reichthum und Armuth, in die Herrschaft des allmächtigen Dollars und in die dadurch bedingte Corruption des öffentlichen Lebens und der Sittlichkeit der Gesellschaft, in den Zerfall des Familienlebens und in die Gefahren des Alkoholismus, kurz in den ganzen Entwicklungsgang der Societät der Vereinigten Staaten gewährt, ist das Buch von Claudio Jannet, Professor der Socialökonomie an der katholischen Universität (Institut catholique) in Paris.

Schreiber dieser Zeilen hat vor drei Jahren in der „Literarischen Rundschau" (1890, Nr. 9) über die zweite Auflage des französischen Originalwerkes Jannet's folgendes Urtheil abgegeben: „Jannet ist ein ebenso scharfsinniger Forscher, als gewissenhafter Schriftsteller, welcher nicht nach voreingenommenen Ansichten ungemessen lobt oder tadelt, sondern die Thatsachen selbst sprechen läßt. Nicht bloß in Frankreich, sondern auch in Amerika selbst fand das Werk die allgemeinste Beachtung; denn der Verfasser bewies, daß er die staatlichen Einrichtungen, die religiösen und sittlichen Zustände, die wirthschaftlichen Verhältnisse und die socialen Gestaltungen besser kannte, ihre Vorzüge und ihre Schwächen richtiger zu würdigen wußte, als die meisten Amerikaner selbst. Alle Besprechungen des Buches in französischen und nordamerikanischen Blättern hoben darum den gewaltigen Eindruck hervor, welchen das Werk hervorgerufen hat. Meisterhaft ist die Gruppirung der Thatsachen, ganz schlagend sind die Beweismittel, packend die Darstellung, glänzend der Stil. Das Buch gehört zu den hervorragendsten Erscheinungen der neuen katholischen Literatur Frankreichs und würde eine Uebersetzung in's Deutsche viel mehr verdienen, als so manche andere Bücher."

Unser damaliger Wunsch ist seitdem in Erfüllung gegangen. Es fand sich eine ausgezeichnet befähigte Kraft,

Dr. Walter Kämpfe in Salzburg, welcher das Jannet'sche Werk in's Deutsche übertrug. Dr. W. Kämpfe ist in Deutschland und Oesterreich als hervorragender Socialökonom bekannt, dessen Artikel im Staatslexikon der Görresgesellschaft große Beachtung finden. Dr. Kämpfe beschränkte sich nicht auf eine bloße Uebersetzung, er erweiterte vielfach das Jannet'sche Werk, wobei ihm zu Statten kam, daß der Verfasser dem Uebersetzer beträchtliches neues Material zur Verfügung stellte, welches Jannet behufs einer englischen Ausgabe seines Werkes gesammelt hatte und welches nun, noch bevor die letztere erscheinen konnte, der deutschen Bearbeitung einverleibt wurde. Diese erweist sich demnach der letzten französischen Auflage gegenüber vervollständigt. Dazu kommt, daß Dr. Kämpfe die neueste deutsche Literatur über Nordamerika sehr ausgiebig benützte und seine Erweiterung durch Sternchen kenntlich machte. E. Deckert's Buch: „Neue Welt" (1892); Kapp's Werk: „Aus und über Amerika"; Holst's „Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Nordamerika"; Friedrich Ratzel's „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika"; H. Semler's Abhandlung: „Die wahre Bedeutung und die wirklichen Ursachen der nordamerikanischen Concurrenz in der landwirthschaftlichen Produktion"; R. Meyer's „Amerikanische Briefe" im Wiener „Vaterland", fanden eine sachliche und verständig ausgewählte Benützung. Außerdem hat der Verfasser die neueste französische Literatur, das Buch Adolf Rossi's: „Un Italiano in America" (1891) und die seit dem Erscheinen von Jannet's Werk veröffentlichten englischen und amerikanischen Arbeiten über die einschlägigen Verhältnisse der Vereinigten Staaten ergänzend herangezogen, so daß die Kämpfe'sche Uebersetzung als treffliche Ueberarbeitung und in vielfachen Beziehungen als neue Bearbeitung des französischen Originals erscheint. Jannet-Kämpfe's Buch ist zweifellos die beste und hervorragendste Arbeit über Nordamerika.

Es wäre von hohem Interesse, einige Ausführungen der beiden Verfasser über amerikanische Verhältnisse wiederzugeben. Die Wirkungen des allgemeinen Stimmrechtes, die Herrschaft der politischen Schwindler, die Politik der Goldleute mit der großartigen Corruption, die Bestechlichkeit der Richter und die Käuflichkeit der Presse werden so anschaulich geschildert, daß es Entsagung ist, hier keine Auszüge zu geben. Wir müssen die Leser auf das interessante Buch selbst verweisen. Viele Belehrung bieten die Erörterungen über Familienleben, Frauenfrage und das Privatleben überhaupt in Nordamerika. Von höchstem Interesse sind die Abhandlungen über Religion und Christenthum, über die katholische Kirche und die verschiedenen protestantischen Bekenntnisse, über die Anzeichen der religiösen und socialen Auflösung, über Schule und nationale Erziehung, über Geist und Unterrichtsmethoden an den Universitäten, über die Bedeutung von Freimaurerei und Judenthum, über den Antagonismus der Racen. Dieselbe Beachtung verdienen die eingehenden Mittheilungen und sachlichen Erörterungen über die wirthschaftliche und sociale Entwicklung (Landwirthschaft, Industrie, Arbeiterklasse) Nordamerika's. Ein letztes Kapitel ist betitelt: „Die Zukunft der amerikanischen Demokratie". Davon interessirt die Leser der „historisch-politischen Blätter" sicherlich am meisten Jannet's Urtheil über die Zukunft der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten.

Jannet schreibt S. 688 ff.: Der Aufschwung, den der Katholicismus seit einem halben Jahrhundert in den Vereinigten Staaten genommen hat, ist eine bedeutsame Thatsache. Erst seit wenigen Jahren breitet sich sein organischer Bau über die ganze Union aus und bilden die Gläubigen in einigen Staaten compakte Massen. Wenn er nun aber solche Fortschritte mit einer unvollkommenen Ausrüstung machen konnte, was darf man erst dann hoffen, wenn jede Pfarrei ihre Schule haben wird, wenn die Geistlichkeit und die religiösen Orden

sich an den betreffenden Orten genügend rekrutiren werden, und eine große, dieses Namens würdige nationale Universität der Kirche in der Leitung der höhern Geisteskultur den Einfluß, den sie kraft ihrer göttlichen Mission beansprucht, sichern wird?

Der Katholicismus ist also, vom socialen Gesichtspunkte aus, eine neue Kraft, die auf dem Schauplatz erscheinen und eine mächtige Thätigkeit entwickeln wird. Die katholische Kirche trägt alles in sich, dessen es bedarf, um die socialen und moralischen Wunden des Volkes der Vereinigten Staaten zu heilen. Obgleich sie ganz offen die Thatsache der republikanischen, volksthümlichen Regierungsform anerkennt und sich im hohen Grade in den nationalen Charakter hineinlebt, bekämpft sie doch alle revolutionären Irrthümer und unterhält in der Familie und im Staate den heutigen Tages so arg geschädigten Geist der Achtung. Der Katholicismus ist eben zugleich eine Religion und eine Schule der Socialwissenschaft, und Tocqueville zeigte einen großen Scharfblick, als er auf die natürliche Verwandtschaft zwischen dem Katholicismus und der Demokratie hinwies, und die Ausbreitung, die er in den Vereinigten Staaten gewinnen würde, vorhersah. Muß man jedoch nicht fürchten, daß ohne ein besonderes Eingreifen der göttlichen Vorsehung der Katholicismus, obgleich er wächst und ihm manche in den verschiedenen protestantischen Confessionen zerstreute christliche Elemente zugeführt werden, dennoch in Zukunft nicht mehr in dem Maße, wie in der letzten Hälfte dieses Jahrhunderts, fortschreiten werde? Die Gründe, welche zu diesen Besorgnissen Anlaß geben, sind folgende:

Zunächst erhält der Katholicismus gegenwärtig durch die Einwanderer verhältnißmäßig geringern Zuwachs als vor 1870, da dieselben gegenwärtig in der Mehrzahl aus protestantischen Ländern kommen; denn die Auswanderung aus Irland und dem südlichen Deutschland ist an Zahl schwächer geworden und den stärksten Zuwachs bringen der Kirche heutzutage vielleicht die Canadier. Dann aber erleidet der Katholicismus auch große Verluste unter den in Amerika eintreffenden Auswanderern, und zwar ganz besonders unter deren Söhnen, die in eine protestantische oder ungläubige Umgebung versetzt werden, und in Folge des naturalistischen Unterrichts in den common schools.

Der religionslosen Schule gegenüber kann man eben noch nicht überall eine Pfarrschule errichten. In den gebildeten Kreisen verbreitet sich hingegen mehr und mehr die Sophistik Herbert Spencer's und der englischen Agnostiker, und zwar durch die Revuen und den Universitätsunterricht. Aber das größte Hinderniß für die Wirksamkeit des Katholicismus bleibt doch immer die wahrhaft heidnische Atmosphäre, die sich so vielfach in der nordamerikanischen Gesellschaft bildet. Das Wort und die Presse sind zügellos. Die blasphemischen Angriffe gegen das Christenthum fallen zwar noch unter die gesetzlichen Strafen; aber diese Gesetze, die vor 40—50 Jahren angewandt wurden, werden jetzt nur mehr selten angewendet, weil die öffentliche Meinung abgestumpft ist. Alles wird in Frage gestellt, und das Böse genießt fast dieselbe Freiheit, wie das Gute. Wohlfeile Romane machen sich der unziemlichen Neugierde dienstbar und verwirren durch die systematische Erzählung der Laster und Verbrechen das Gehirn ihrer Leser und vorzüglich den Geist der jungen Leute. Der Materialismus bricht sich Bahn. Die Sittenverderbniß, die politische Bestechlichkeit und die finanzielle Unredlichkeit durchbrechen alle Schranken. Ja, selbst die Frauen sind in gewissen Kreisen davon erreicht, so daß die Familie dadurch in weiten Schichten zerstört ist. Dies ist also die neue äußerst bedrohliche Seite der moralischen Zustände in den Vereinigten Staaten.

Kann nun aber eine solche Bevölkerung der Ausbreitung des Katholicismus günstig gestimmt sein? und wird derselbe nicht unter solchen sittlichen Bedingungen auf eine Auslese redlicher und reiner Seelen, die immer die Minderzahl bilden werden, beschränkt bleiben? Die amerikanischen Katholiken halten sich freilich nicht bei dergleichen pessimistischen Betrachtungen auf. Sie wissen, daß die Nationen heilbar sind, weil die Natur und die Gnade sie unaufhörlich erneuern, und sie gehen der Zukunft unbeirrt entgegen. Und bieten die größere Fruchtbarkeit der katholischen Familien und ihre guten Sitten nicht die Bürgschaft für deren künftiges Uebergewicht? Ist doch Neu-England mit der Zeit ihr Hauptcentrum geworden, und wurde doch ein Katholik im Namen des Gesetzes der Mehrzahl in den letzten Jahren zum Bürgermeister von Boston ge-

wählt, ohne daß die Nachkommen der Puritaner dadurch die Asche ihrer Vorfahren beleidigt geglaubt hätten und in Aufregung gerathen wären. Warum sollte eine Umwandlung sich nicht auch anderswo vollziehen? Anstatt nur die Religion der armen irländischen Auswanderer zu sein, zählt die katholische Kirche jetzt in New-York, in Pennsylvanien, in Maryland und im ganzen Westen Männer ersten Ranges, sowohl nach Charakter als socialer Stellung, zu den Ihrigen, und zu gleicher Zeit stützt sie sich auf das Volk, da sie, wie keine protestantische Religionsgesellschaft, alle Klassen umfaßt. Zudem hat sich ein Theil der Amerikaner von ihrer Vergangenheit her ein dauerndes Interesse für die religiösen Fragen bewahrt, und diese Kreise finden an dogmatischen und moralischen Besprechungen viel Geschmack. Diese Geistesrichtung, welche die Yankees von den englischen Dissenters geerbt haben, begünstigt natürlich die Conversion außerordentlich. Der Bevölkerung des Südens war sie dagegen bis dahin fremd, allein heutzutage tritt auch der Süden in die große amerikanische Strömung ein.

Bischöfe und Priester gehen mit voller Hingebung zu Werke und fürchten die übernommene Verantwortlichkeit nicht, indem sie Erziehungs- und Wohlthätigkeitsanstalten wie auch die so nothwendigen Hilfskassen für die im Wachsthum begriffene Bevölkerung ins Leben rufen. In den Gebieten des Westens aber, die noch urbar zu machen und zu bevölkern sind, errichten sie Colonien und gründen Dörfer mit allen ökonomischen Einrichtungen, welche neue Niederlassungen gestatten. Die Kirche macht also ihre zusammenhaltende Kraft und die Dauer ihrer Schöpfungen der Gestaltung der neuentstehenden menschlichen Gesellschaft dienstbar, und alle wahrhaft politisch gebildeten Geister sind davon sehr befriedigt. Der Episkopat nimmt überhaupt an allen Aeußerungen des nationalen Lebens Theil, die öffentliche Meinung ist heute daran gewöhnt, und das große Publikum wendet der Stellung, die er zur Arbeiterfrage einnimmt, eine besondere Aufmerksamkeit zu. Auch nehmen die Bischöfe, sich den Sitten des Landes anbequemend, keinen Anstand, vor einem sehr gemischten Zuhörerkreis Vorlesungen über wissenschaftliche und sociale Gegenstände zu halten und dadurch ihren dogmatischen Unterricht zu vervollständigen. Gestützt

auf das mächtige Princip der Einheit, welches auf ihrer fortwährenden Verbindung mit Rom beruht und welches sie in den regelmäßig gehaltenen Concilien stärken, bekämpften sie jedoch überall gewisse den Grundsätzen der Kirche widersprechende nationale Vorurtheile, die einige Priester theilten. Das monarchische Princip der Kirche hat über die republikanischen Tendenzen, die nach dem Vorbild der protestantischen Sekten in die Verwaltung des Kirchenvermögens einzudringen drohten, entschieden die Oberhand behalten.

Die Katholiken vermeiden es jedoch, die Vorurtheile ihrer Mitbürger zu reizen und durch eine politisch religiöse Thätigkeit Kämpfe hervorzurufen, bei welchen sie in der Minderzahl sein und Gefahr laufen würden, die Erlassung schlechter Gesetze zu befördern. Der alte Sauerteig der Intoleranz hat ja nicht aufgehört in den protestantischen Sekten zu gähren, und gewisse Freimaurergruppen sind stets auf der Lauer, um, wenn immer möglich, Maßregeln zu veranlassen, die direkt oder indirekt die Stellung der Kirche schädigen könnten. Diese Stellung ist also unbedingt noch nicht so gesichert, daß man sie unklugerweise compromittiren dürfte, wie das auch Cardinal Gibbons am Ende seiner Denkschrift an die Propaganda bemerkte. Die Katholiken aber ermüden einerseits nicht, die Wahrheit darzulegen, und andrerseits zählen sie auf den Fortschritt der wahren Vernunft, auf die Lehren der Erfahrung und auf die Mithilfe der aufrichtigen Protestanten, welche anerkennen, daß man auf falschem Wege war. Wenn aber einmal in Folge zufälliger Umstände einer dieser Stürme der öffentlichen Meinung, eines dieser excitements, von denen wir berichten mußten, sich gegen sie erhebt, so lassen sie dies, ohne sich zu beunruhigen, an sich vorübergehen und rechnen mehr, als auf etwas anderes, auf den second sobre thought des Volkes.

Man darf denn auch hoffen, daß diese edle und großmüthige Weise, die religiöse Frage zu behandeln, durch den Erfolg gekrönt sein wird. Aber welches wird die Natur und die Ausdehnung dieses Erfolges sein? Wird die Neue Welt im Laufe des 20. Jahrhunderts Zeuge der wichtigen historischen Thatsache sein, daß die Mehrzahl eines Volkes, nicht in Folge des Eingreifens einer Regierung — denn die Zeiten Constantins

Karls des Großen und des hl. Stephan sind vorüber — sondern aus vernünftiger Ueberzeugung und durch einen freien Willensakt sich unter die Leitung der katholischen Kirche stellen wird? Oder aber wird der Katholicismus als Achtung gebietende Minorität unter ungeheuren Bevölkerungsmassen leben, in welchen die feindlichen Vorurtheile gegen sie mehr und mehr abnehmen? Und wird die Kirche gleich den gesetzlich anerkannten großen bürgerlichen Körperschaften des Landes immer eine genügende Freiheit genießen, um ihre übernatürliche Mission erfüllen zu können, und die Demokratie der neuen Welt wenigstens die Achtung vor dem Recht festhalten? Es gibt eine höhere Macht, welche die Geschicke der Völker lenkt, und sich aller Voraussicht entzieht. Washington erkannte dies in dem Augenblick, als die Convention von Philadelphia auseinanderging, mit den folgenden Worten an: „Wir müssen, sagte er, mit frommer und dankbarer Freude den Finger der Vorsehung in den geheimnißvollen und unverständlichen Ereignissen erkennen, welche uns Schritt für Schritt zu der Constitution geführt haben, die aller menschlichen Wahrscheinlichkeit nach die Ruhe und das Glück des Volkes dauernd begründen wird, während wir nur zuviel Ursache hatten, Wirrungen und Leiden zu fürchten“. Ja wirklich zu verschiedenen Malen gewahrt man in der Geschichte der Vereinigten Staaten ein ähnliches Eingreifen der Vorsehung und dasselbe kann sich auch in der Zukunft wiederholen.

Dr. Kämpfe schließt sich im Ganzen dem Urtheile Jannets an, daß in religiöser Beziehung eine Bekehrung der Mehrheit der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ohne providentielles Eingreifen nicht zu erwarten sei. Es werde voraussichtlich bleiben, wie es ist.

LXXXVI.

Die Katechismen des sel. Petrus Canisius.

Zu den berühmtesten und einflußreichsten Büchern des 16. Jahrhunderts gehört zweifelsohne der Katechismus des sel. Petrus Canisius in seinen verschiedenen Gestalten, und eine geschichtliche Untersuchung über denselben ist daher nicht nur von hohem literarhistorischen und bibliographischen Interesse, sondern nicht minder auch von kirchen- und culturgeschichtlichem Werthe. Zählten doch diese bescheidenen Büchlein zu den stärksten Bollwerken des Katholicismus gegen die Glaubensneuerungen, zu den gelesensten und meist gebrauchten Werken der katholischen Literatur. Für die 42 Jahre, welche zwischen dem ersten Erscheinen des Katechismus und dem Hingange seines Verfassers liegen, sind gegenwärtig noch weit über 200 Ausgaben nachweisbar und im Jahre 1597, dem Todesjahre des Canisius, war der Katechismus bereits in's Böhmische, Englische, Französische, Griechische, Italienische, Polnische, Schottische, Schwedische, Slavische, Spanische, Ungarische übersetzt. Er beherrschte in Frankreich, Italien, Polen einen bedeutenden Theil der mittleren Lehranstalten und zumal im katholischen Deutschland hatte er sich so eingebürgert, daß noch heutzutage in manchen Gegenden Bayerns das Volk die Worte Canisius („Kanisi") und Katechismus als gleichbedeutend gebraucht.

Trotz dieser gewaltigen Verbreitung und trotz der hohen Auflagen, in welchen die Katechismen meist gedruckt wurden, sind viele der älteren Ausgaben jetzt ungemein selten geworden, manche nur mehr in einem oder zwei Exemplaren vorhanden, viele wohl ganz verloren. So konnte uns der eifrige Canisius-Forscher, P. Otto Braunsberger, S. J., erst nach jahrelangen Studien und Arbeiten in deutschen und außerdeutschen Bibliotheken und Archiven die vorliegende höchst interessante

Monographie über die „Entstehung und erste Entwickelung der Katechismen des seligen Petrus Canisius aus der Gesellschaft Jesu“ (Freiburg 1893. 8°. XII. 187 S.) liefern; und auch nach dieser grundlegenden Arbeit bleiben noch manche Zweifel und Unsicherheiten übrig, die vielleicht durch glückliche Funde verschollener alter Ausgaben noch gelöst werden könnten.

Man spricht gewöhnlich von einem Katechismus des seligen Canisius und insofern nicht mit Unrecht, als das, was der erste deutsche Jesuit über die Anfangsgründe der christlichen Lehre geschrieben hat, gewissermaßen ein Werk, wie aus einem Gusse, von einem Geiste beseelt ist. Thatsächlich muß man jedoch drei Hauptfassungen unterscheiden, welche von dem Seligen selbst herrühren.

Die erste derselben der Zeit nach ist der „große Katechismus“, welcher nicht 1554, wie man bisher allgemein annahm, sondern etwa im Mai des Jahres 1555 in Wien ohne den Namen des Verfassers, aber eingeführt durch einen schönen Erlaß König Ferdinands, erschien. In lateinischer Sprache abgefaßt (Summa doctrinae christianae, per quaestiones tradita et in usum christianae pueritiae nunc primum edita) enthält er 211 durchwegs kurze Fragen mit den entsprechenden, oft mehrere Seiten umfassenden Antworten. Charakteristisch ist die überaus reiche Verwendung der hl. Schrift und der Väter. Kaum war der Katechismus erschienen, so begannen auch die Angriffe auf denselben von protestantischer Seite, auf der man bald seine Bedeutung erkannte. Dieselben gaben dem Verfasser nur Anlaß, auf immer weitere Verbesserung seines Werkes bedacht zu sein. In der That besorgte er 1566 in Köln eine zweite, inhaltlich erweiterte und äußerlich verschönerte Auflage. Auf dem Titelblatte stand nun der Name des Canisius, nachdem bereits eine Reihe vorausgegangener Nachdrucke der ersten Auflage denselben genannt hatte.

Interessant sind die Nachweise P. Braunsberger's über die zweite Katechismusarbeit des Canisius, den sog. „kleinsten Katechismus“. Die Angaben über denselben gingen weit auseinander, die älteste Ausgabe schien geradezu verloren, bis Br. auf der Universitätsbibliothek zu München ein unscheinbares

Büchlein fand, das den Titel trug: Grundzüge der Sprachlehre (Principia grammatices.) Als Anhang war diesem zu Ingolstadt 1556 gedruckten lateinischen Büchlein ein Auszug aus der Summa doctrinae christianae des Canisius beigegeben, — der „kleinste Katechismus", verbunden mit den nöthigsten Gebeten für die studirende Jugend. Zwei Jahre später (1558) erschien derselbe deutsch unter dem Titel: „Der Klain Catechismus sampt kurtzen gebetlen für die ainfeltigen" bei Sebald Mayer in Dillingen.

Eine Mittelstellung zwischen dem großen und dem kleinsten Katechismus nimmt der sog. „kleine Katechismus" ein, den man füglich als „mittleren" bezeichnen könnte. Derselbe wurde von dem Seligen 1557/58 zunächst für die studirende Jugend als Auszug aus seiner Summa bearbeitet und erschien zuerst gegen Ende des Jahres 1558 in Köln; doch sind die ersten Ausgaben bisher nicht aufzufinden gewesen. Auch dieser Katechismus wurde alsbald (1563) in's Deutsche übersetzt und in zahlreichen Ausgaben verbreitet.

An die Besprechung der drei Katechismen reiht P. Braunsberger interessante Mittheilungen über „Allerlei Gestaltungen und Erscheinungsweisen der Katechismen des Canisius", so über das große Christenlehrwerk des P. Busäus (Köln 1569/70), der dem Texte der Summa die zahlreichen Belegstellen aus Väterschriften im Wortlaute beifügte; ferner über die höchst segensreich wirkenden kleineren Christenlehrschriften des Seligen (Beicht- und Communionbüchlein, Unterweisung für Kranke und Sterbende u. dgl.); endlich über den von Plantin in Antwerpen 1589 zum erstenmal gedruckten Bilderkatechismus. Auch über das Widmungswesen, die Höhe der Auflagen und der Honorare gibt Br. mancherlei anziehende Aufschlüsse. Hier, wie in allen Theilen der sorgfältigen und durchaus quellenmäßigen Arbeit stützt sich Br. auch auf ungedruckte Aktenstücke, besonders die Briefe des Canisius. Möge er uns nun bald mit einer Ausgabe der letzteren beschenken. Die gewaltige, providentielle Bedeutung des Seligen für die Erhaltung der katholischen Religion in Deutschland wird daraus noch klarer hervorleuchten.

Eichstätt. A. Ebner.

LXXXVII.

Blume's Schrift über das apostolische Glaubensbekenntniß.[1]

In dieser apologetisch-geschichtlichen Studie erhalten wir eine treffliche Charakteristik der Schriftsteller, die sich mit dem apostolischen Glaubensbekenntniß beschäftigt haben, eine Geschichte des Bekenntnisses in seinen Hauptzügen, endlich eine Abhandlung über die Bezeugung des Symbolums in den drei ersten Jahrhunderten. Der Verfasser weist nach, daß schon zur Zeit der Apostel ein Taufbekenntniß bestanden, das von den Täuflingen, die gewöhnlich Erwachsene waren, abgelegt wurde. Dieses Bekenntniß enthielt, wie sich sicher aus den Angaben der Alten erschließen läßt, gerade die Glaubensartikel, welche wir auch im Apostolicum finden. Zu den Stellen aus der hl. Schrift, in welchen wir eine mehr oder minder klare Hindeutung auf die Existenz eines Glaubensbekenntnisses haben, hätte die Stelle aus dem Hebräerbrief 10, 23 mehr hervorgehoben zu werden verdient: „Laßt uns festhalten das Bekenntniß der Hoffnung unbeugsam, denn treu ist der, der die Verheißung gegeben". Unter den verschiedenen Glaubensbekenntnissen hat allein das altrömische Symbolum die Merkmale, welche wir bei dem Taufbekenntniß erwarten. Als kurzgefaßte Glaubensregel mußte es in wenig Worten große Wahrheiten vortragen, als kurzer Grundriß des ganzen Glaubens mußte es zum Fundament dienen, auf dem Alles aufgebaut werden konnte; wie der Senf-same mußte es in wenig Worten die ganze, im alten und neuen Bund enthaltene Lehre der Gottseligkeit enthalten. Warum das Symbolum gerade diese Lehrpunkte hervorgehoben und nicht andere, darüber gibt uns der Verfasser S. 221—28 sehr gute Bemerkungen. Man hat in dem Beiwort „Dominus"

---

1) Das apostolische Glaubensbekenntniß, eine apologetisch-christliche Studie, mit Rücksicht auf den „Kampf um das Apostolicum". Von Clemens Blume S. J. Freiburg, Herder. XVI. 304. (3 M.)

einen Pleonasmus erkennen wollen, und nicht bemerkt, daß dasselbe eine Uebersetzung des hebräischen Jahve ist, des Gottesnamens, der so recht die eigenste Wesenheit Gottes bezeichnet. Die vom Verfasser gegebene Erklärung der einzelnen Ausdrücke des Symbolums ist sehr lehrreich; ebenso der Nachweis, wie im Laufe der Jahrhunderte das Symbolum durch Zusätze erweitert wurde.

Eine der Hauptschwierigkeiten, welche die Gegner gegen den apostolischen Ursprung des Symbolums erheben, ist der Umstand, daß wohl der Inhalt des Symbolums, aber nicht der Wortlaut desselben erhalten ist. Bl. glaubt die Schwierigkeit durch den Nachweis lösen zu können, daß eine schriftliche Aufzeichnung des Wortlautes streng verboten worden sei Die Stellen, welche diese Annahme zu bestätigen scheinen, findet man S 236. Die Gründe, welche Verfasser für dieses Verbot gibt, scheinen uns nicht durchschlagend zu sein: „erstlich damit es genauer auswendig gelernt und öfter wiederholt werde, und zweitens damit es nicht in die Hände der Ungläubigen falle.“ Uns scheint es gar nicht unmöglich, daß die Handschriften des ersten Jahrhunderts, welche die schriftliche Aufzeichnung des Symbolums enthielten, verloren gegangen sind. Was ist aus allen den christlichen Hymnen und Liedern geworden, welche die ersten Christen bei ihrem Gottesdienste sangen, sie sind mit Ausnahme der Fragmente im neuen Testamente spurlos verschwunden. Der Zufall spielt hier eine weit größere Rolle, als man gewöhnlich annimmt.

Verfasser sah sich oft genöthigt zu polemisiren: er hat sich durchgängig großer Mäßigung beflissen. Harnack verdient wohl kaum die zarte Behandlung, die ihm Bl. angedeihen läßt. Die große Belesenheit Harnack's, die Kunst, mit welcher er für den oberflächlichen Leser die Schwäche seiner Beweisführung zu verdecken versteht, sind kein Ersatz für den Mangel an klarem Denken und den Eigensinn, mit dem er sich in ganz unhaltbare Sätze verbeißt. Was soll man erst von der Anmaßung Harnack's sagen, der sich (bei Blume S. 277) also äußert: „Ich räume meinen Gegnern bereitwillig ein, daß die Abfassung des Apostolicums in seiner altrömischen Gestalt um das Ende des ersten Jahrhunderts nicht unmöglich ist, aber ich

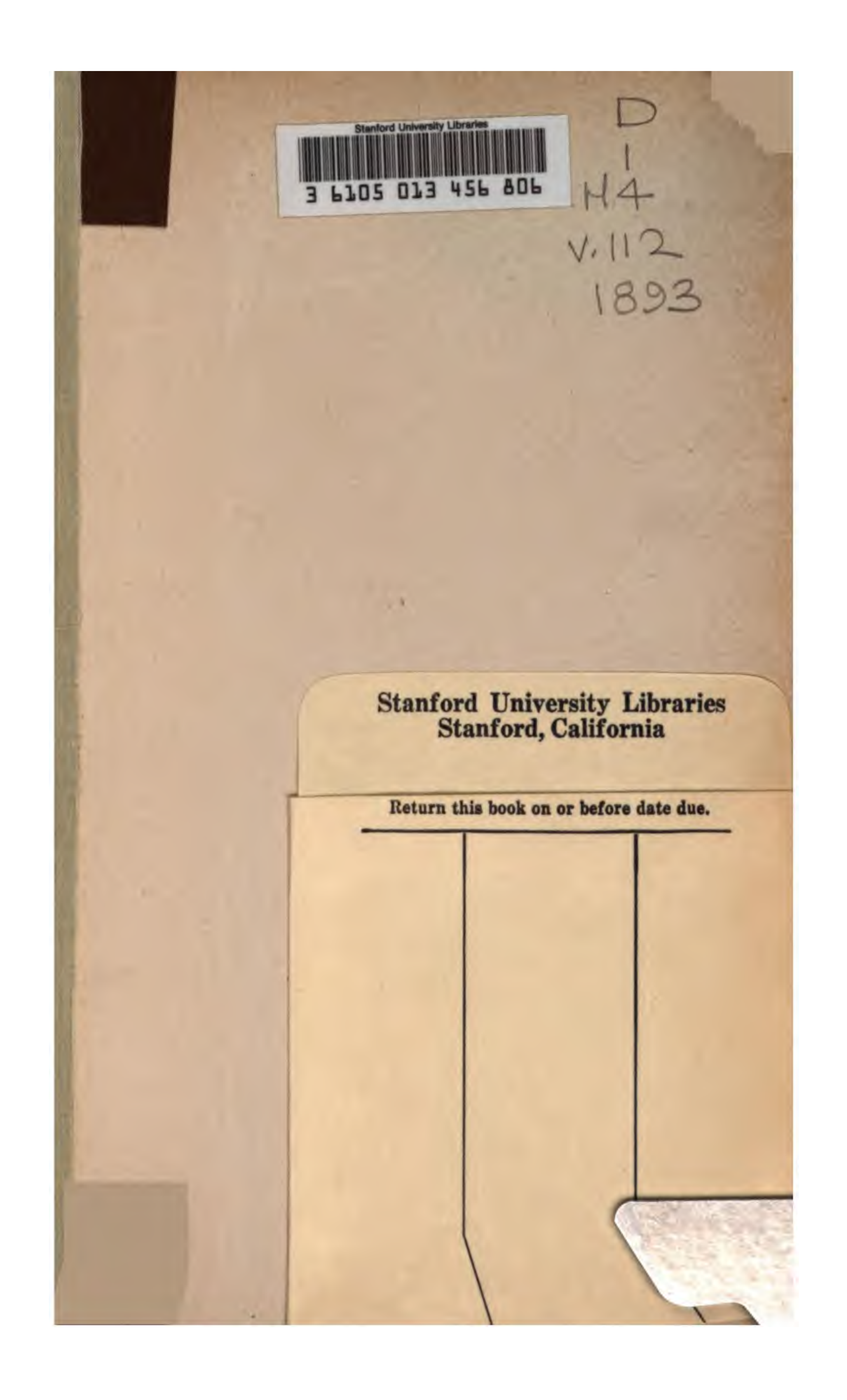
ziehe deßhalb meine Behauptung von dem gesicherten Ergebniß der Forschung, daß das Symbolum um die Mitte oder kurz vor der Mitte des zweiten Jahrhunderts entstanden ist, nicht zurück." Wie, fragen wir, reimen sich die Möglichkeit der Abfassung im ersten Jahrhundert mit der Gewißheit oder Sicherheit der Abfassung im zweiten? Ist das nicht ein Widerspruch? „Direkte äußere Zeugnisse, sagt uns Harnack, fehlen und innere Gründe stehen bei Vielen nicht hoch im Kurse. Auch haben die schlagendsten unter ihnen nur für den volle Beweiskraft, der das Gesammtbild geschichtlicher Anschauung anerkennt, aus dem sie stammen." Harnack gibt darauf einige seiner Gründe, die unser Verfasser gründlich widerlegt, S. 278 ff. Ist das Alles? kann B. mit Recht fragen, sind das die schlagendsten Gründe? „Man darf doch voraussetzen, daß der vorgelegte Theil von Harnack's Beobachtungen nicht gerade der schwächste ist. Sind aber die schlagendsten Gründe herzlich schlecht, dann können wir ihm alles Uebrige und die Entwicklung des Gesammtbildes geschichtlicher Anschauung, aus dem sie stammen, ruhig schenken." Harnack kann für seine Angriffe auf das Apostolicum nicht einmal Originalität beanspruchen, dieselben Behauptungen und Scheinbeweise finden sich schon bei Sydow.

Die verdienstliche Monographie des Paters Suitbert Bäumer, „Das apostolische Glaubensbekenntniß, seine Geschichte und sein Inhalt"[1]) berührt sich vielfach mit vorliegender Arbeit, hat aber die Geschichte des Apostolicums nicht vollständig behandelt, sondern mehr einen Grundriß geboten." Bäumer scheint es nicht für zweckdienlich gehalten zu haben, sich mit Harnack auseinanderzusetzen. Auch in einigen anderen untergeordneten Punkten gehen die Meinungen von Bäumer und Blume auseinander. In der Erklärung des Lehrinhaltes, in den Beweisen über den Inhalt und Ursprung des Symbolums stimmen die beiden Gelehrten überein, dagegen bestreitet Bl. mit Grund, daß das Römische Glaubensbekenntniß kleine Aenderungen erfahren habe. Im Ganzen werden beide Arbeiten sich gegenseitig ergänzen und erläutern. Man kann es nur mit Freuden begrüßen, daß auch katholische Gelehrte das Feld anbauen, in welchem bisher die Protestanten die Herrschaft geführt haben, daß Katholiken und orthodoxe Protestanten wie H. Cremer den Kampf gegen die moderne destruktive Kritik mit den Waffen der Wissenschaft ausfechten. Hoffentlich wird uns der Verfasser dieser tüchtigen Arbeit noch andere Früchte seines langjährigen Studiums schenken.

A. Zimmermann S. J.

---

1) Vgl. über dieselbe Bd. 112, S. 541—44 dieser Blätter. A. d. R.


Stanford University Libraries
3 6105 013 456 806
D
1
H4
v.112
1893
Stanford University Libraries
Stanford, California
Return this book on or before date due.